Bezugspreise
für Wien:
mit Zustellung ganzjährig 20 K
mit Zustellung halbjährig 10 K
ohne Zustellung ganzjährig 18 K
ohne Zustellung halbjährig 9 K
Außerhalb Wiens
ganzjährig 22 K, halbjährig 11 K.

Bezugsbeginn: 1. Jänner, beziehungsweise 1. Juli.

Einzelne Nummern 30 Heller bei der Schriftleitung.

Amtsblatt

der

Stadt Wien

Erscheint jeden Mittwoch und Samstag.

Schriftleitung:
1., Rathaus, Stiege 5, 1. Stock.
Fernsprecher: Rathaus.
Klappe 160 (Hauptschriftleiter).
Klappe 150 (Schriftleitung).

Postsparkassen-Konto Nr. 100.367.

Für den Buchhandel:
Gerlach & Wiedling, 1., Elisabethstraße 13. — Ganzjährig 30 K.

Annahme kleiner Anzeigen bei Haasenstein & Vogler, A.-G. 1., Schulerstraße 11.

Nr. 1. Mittwoch den 1. Jänner 1919. Jahrgang XXVIII.

Obmänner-Konferenz.

Bericht über die 101. Sitzung vom 16. September 1918.

Vorsitzender: Bgm. Dr. Weiskirchner.

Anwesende: VB. Hoß, die GR. v. Steiner, Schmid, Leitner, Dr. v. Dorn, Reumann, Skaret, Mag.-Dior. Dr. Nüchtern, Bau-Direktor Dr. Goldemund, Ob.Mag.-R. Dr. Mayr und Dr. Müller, die Magistratsräte Dr. Roßkopf und Dr. Hartl, Mag.-Sekr. Schramm.

Entschuldigt: GR. Dr. Hein.

Schriftführer: Mag.-Ob.-Kom. v. Radler.

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung und erteilt vor Eingehen in die Tagesordnung dem GR. Reumann das Wort.

Eine Ennnziation zur Friedenskundgebung der Regierung.

GR. Reumann führt aus, daß die Friedensaktion der österreichisch-ungarischen Regierung seines Erachtens vom Gemeinderate nicht mit Stillschweigen übergangen werden könne. Er glaube, daß es notwendig sein wird, in der morgigen Gemeinderats-Sitzung vom Präsidium aus eine Enunziation über diese Friedenskundgebung zu veranstalten.

Er habe sich gedacht, daß die Enunziation ungefähr in folgender Form, an der natürlich Änderungen vorgenommen werden könnten, sich bewegen könnte:

Der Wiener Gemeinderat begrüßt, eingedenk der schweren Opfer, welche der Krieg von der Bevölkerung der kriegführenden Staaten fordert, die Friedensaktion der österreichisch-ungarischen Regierung, die er als Symptom der Erkenntnis betrachtet, daß der Vernichtung von Menschenleben und von Werten einer Jahrhunderte langen Kultur endlich Einhalt geboten werden muß. Wenn auch diese Aktion vorläufig bloß unverbindliche Besprechungen über die Ziele der einzelnen Regierungen und ihre etwaigen Zugeständnisse anstrebt, so ist doch ihre Bedeutung als ernster Schritt zu einem Verständigungsfrieden unverkennbar und von einer solchen Bedeutung, daß der Wiener Gemeinderat in voller Uebereinstimmung mit allen Parteien nicht unterlassen kann, seine Zustimmung in öffentlicher Gemeinderats-Sitzung auszusprechen. Ganz besonders neigt der Wiener Gemeinderat der Ansicht zu, daß dieser Initiativschritt der österreichisch-ungarischen Regierung geeignet ist, den Friedenswillen in den kriegführenden Staaten mächtig zu stärken und zu fördern, so daß schon in dieser Wirkung, deren Eintritt mit Sicherheit zu erwarten, eine wichtige Vorarbeit zu einer Friedens-Konferenz zu erblicken ist. Der Wiener Gemeinderat spricht die Erwartung aus, daß diese Zustimmungskundgebung von den Gemeindevertretungen des Reiches, die ja die Leiden der ganzen Bevölkerung kennen, zu der ihrigen gemacht wird und so in beredter Weise der Sehnsucht der Leidenden nach dem Frieden Ausdruck gegeben wird. Der Gemeinderat spricht aber auch die Erwartung aus, daß bei den Friedensverhandlungen, sie mögen früher oder später eintreten, der Wille der Bevölkerung zum Ausdruck kommt, der dahin geht, daß alle Vorbedingungen geschaffen werden, die eine Bürgschaft sind für die Vermeidung künftiger Kriege.

Bgm. Dr. Weiskirchner erklärt, daß er prinzipiell gegen eine solche Kundgebung absolut nichts einzuwenden habe. Er habe auch schon darüber nachgedacht und müsse gestehen, daß er, vielleicht im Gegensatz zum Kollegen Reumann, einer derjenigen sei, welche die Bedeutung des Schrittes des Grafen Burian nicht überschätzen wollen. Aber schließlich könne man vielleicht durch Unterstreichung der Kundgebung eine Stärkung geben, welche von vornherein nicht in ihr liegt. Er glaube, daß drei Gedanken unbedingt zum Ausdruck kommen müssen: Der erste Gedanke wäre, daß die Kundgebung des Gemeinderates sich direkt an die Friedensbestrebungen der Völker in den kriegführenden Staaten wendet. Wenn also vom Wiener Rathause aus der Ruf erschallt, sollen diejenigen, welche in diesem unseligen Kriege den Gedanken des Friedenswillens haben, in ihren Bestrebungen bestärkt werden; während Graf Burian sich an die Neutralen an Lloyd George und Clemenceau wenden muß, müsse sich der Ruf des Wiener Gemeinderates an die pazifistischen Bestrebungen in sämtlichen Staaten wenden. Der zweite Gedanke wäre, daß Mittel gesucht werden müssen, wodurch weitere solche Kriege verhindert werden, und dann komme ein sehr heikler Punkt, der seiner Meinung nach aber notwendig wäre, wobei es nur fraglich ist, ob es klug ist, ihn jetzt schon auszusprechen: Der Verzicht auf jede territoriale Erweiterung oder Annexion.

GR. Dr. v. Dorn schließt sich den Ausführungen des Bürgermeisters an.

GR. Skaret bemerkt, er habe den Gedanken, daß sich die Gemeinde an die Völker wenden soll, heute vormittags mit GR. Reumann besprochen. Er denke sich es ungefähr so: die

Gemeinde Wien solle sich an die Gemeinden der Entente-Staaten wenden, beziehungsweise an ihre Gemeindevertretungen.

Bgm. Dr. Weiskirchner erklärt, er wolle nur vermeiden, daß er sich an die Regierungen der Entente-Staaten wende und darum möchte er auch unterscheiden zwischen der Note des Grafen Burian und der Ennunziation der Gemeinde Wien. Die Gemeinde Wien sei doch vielleicht demokratischer gestimmt als das Ministerium, namentlich das des Aeußern, und in der Lage, sich an die Völker zu wenden.

GR. Neumann bemerkt, daß er dagegen nichts einzuwenden habe.

Der Bürgermeister erklärt sohin, daß er morgen nach Eröffnung der Gemeinderats-Sitzung eine solche Kundgebung veranlassen werde und natürlich auf allseitige Zustimmung rechne.

Die Obmänner-Konferenz stimmt diesem Vorgange zu.

Der Bürgermeister gibt nun bekannt den Ausweis der Zentralstelle im Rathause vom 11. September 1918, den Ausweis über den Stand der Anmeldungen für den gesetzlichen Unterhaltsbeitrag, die Tabelle über die Kleinhandelspreise wichtiger Lebensmittel und Approvisionierungsartikel in der Woche vom 8. bis 14. September, den Ausweis über die Schlachtviehauftriebe auf dem Zentral-Viehmarkte zu St. Marx am 13. September 1918, sowie den Sanitätsbericht über die Zeit vom 8. August bis 10. September 1918. (Diese Berichte werden im Anschlusse an den Sitzungsbericht verlautbart.)

Straßenbahnfragen.

Direktor Spängler teilt mit, daß er gestern von der Firma Hutter & Schrantz, Laxenburgerstraße, einen Brief erhalten habe, worin die Firma mitteilt, daß die Vertrauensmänner der Arbeiter erklärt hätten, wenn der Verkehr auf der Linie 66 nicht wieder uneingeschränkt aufgenommen werde, seien sie genötigt, in den Streik zu treten. Die Firma schreibe, daß auch in anderen Betrieben eine ähnliche Stimmung zum Ausdruck komme.

Die Einschränkungen seien erfolgt, gerade um den Verkehr in den Bezirken, wo die arbeitende Bevölkerung am meisten zu kämpfen hat, möglichst intakt zu erhalten. Vielleicht sei es doch möglich, auf die Arbeiterschaft einzuwirken.

GR. Neumann verweist darauf, daß gerade diese Betriebseinstellung eine furchtbare Aufregung im 10. Bezirke hervorgerufen habe; er habe auch gleich im vorhinein gesagt, wie es wahrscheinlich kommen werde.

Direktor Spängler bemerkt, daß es sich um 700 Meter handle, die man in 7 Minuten zu Fuße zurücklegt.

Bgm. Dr. Weiskirchner bemerkt, daß er sofort die Auflassung aller Reduzierungen beantragen würde, aber dann seien die Straßenbahnen im November fertig. Er finde keinen Anlaß zu einem solchen Streik. Wenn die Sache so fortgeht, so kommen auch alle anderen Bezirke, besonders Floridsdorf und es müsse dann im Dezember der Verkehr ganz eingestellt werden.

Direktor Spängler verweist darauf, daß der Stand bis vor ungefähr acht Tagen derselbe geblieben sei wie Ende Juli. Es seien 830 bis 835 Triebwagen zur Verfügung gestanden. In der Zwischenzeit sei geschehen, was geschehen konnte. Das Militär habe 650 Soldaten zur Verfügung gestellt, die natürlich anfangs weniger leistungsfähig waren. Die Direktion habe um Enthebung von 500 Personen eingereicht und 90 seien schon zurückgekommen, auch bezüglich der Materialversorgung seien Schritte getan worden. Es sei gelungen, Glimmer durch das Militär zu bekommen, wobei zu bemerken sei, daß das Militär ihn selbst erst seit drei bis vier Monaten zur Verfügung habe. Ebenso sei etwas Schellack abgegeben worden, er müsse erst zur Verarbeitung nach Deutschland gehen, weil es in Oesterreich keine solchen Fabriken gibt. Mit der Firma Siemens-Schuckert sei wegen der Reparatur der Motoren abgeschlossen worden, was aber auch erst in drei bis vier Monaten wirksam sein werde. Die Bestellungen gehen in die Schweiz und das dauere vier Monate. Alle diese Maßregeln werden also erst in einer gewissen Zeit wirksam werden. In der letzten Woche sei wohl eine Besserung verspürt worden, man könne aber absolut nicht sicher sagen, daß sie tatsächlich bereits eingetreten sei. Wenn der Winter kommt, müssen mindestens noch 3- bis 400 Wagen betriebsfähig werden, damit die Straßenbahn den viel schwierigeren Betriebsverhältnissen gewachsen sei. Bei Schneefällen fallen wieder 200 bis 250 Wagen weg und das könne das Unternehmen nur vertragen, wenn der Wagenpark so groß sei, daß auch dann noch der Verkehr aufrecht erhalten werden könne. Wenn man jetzt schon mit der Auflassung der Reduzierungen beginne, sei an eine Besserung nicht zu denken. Man könne solche Maßregeln nicht nach dem ersten Moment wieder aufheben, sondern erst dann, wenn der Verkehr wirklich besser geworden sei. Gerade die arbeitende Bevölkerung müsse einsehen, wie schwierig die Betriebsverhältnisse jetzt seien und wie sehr man die Betriebsmittel schonen müsse.

GR. Schmid ist der Meinung, daß, wenn man die Einschränkung auf der Linie 66 aufhebt, auch die Fabriken in Floridsdorf und in anderen Bezirken mit dem gleichen Wunsche kommen würden, ebenso wie die Vorortebewohner zum Beispiel in St. Veit, die doch durch die Reduzierung sehr hart getroffen werden. Man müsse sich vor Augen halten, daß der Betrieb über Winter aufrecht erhalten werden müsse und daß eine gänzliche Einstellung auch für die Arbeiter eine Katastrophe bedeuten würde. Man sollte also diesem einseitigen Druck nicht nachgeben. Er bitte die Herren von der sozialdemokratischen Partei, ihren Einfluß in dieser Richtung bei den Arbeitern geltend zu machen.

GR. Skaret erklärt, daß er den Ausführungen des Direktors Spängler nicht widersprechen wolle, aber er würde wünschen, daß der Herr Bürgermeister nur einen Tag bei ihm im Parteisekretariat zubringe, um zu sehen, wie die Leute wirklich an der äußersten Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt seien. Der beste Beweis hiefür sei, daß auf allen Ecken und Enden unausgesetzt Streiks ausbrechen, von denen man durch die Zeitungen allerdings nichts erfahre. Die Leute erklären heute einfach, sie können nicht mehr weiter, sie haben kein Fleisch, kein Fett, das bißchen Mehl sei ganz unzureichend. 60 bis 70 Kronen für Fett im Schleichhandel ausgeben könnten die Leute nicht. Draußen sei es in vielen Beziehungen noch schlimmer als in Wien, die Märkte seien noch schlechter beschickt und die Lebensmittel noch teuerer als hier. Die Leute könnten nicht mehr weiter, es sei also gar nicht verwunderlich, wenn sie auch bei solchen Maßnahmen, wie die bei der Straßenbahn, ihrer Verzweiflung Ausdruck geben. Es sei auch nicht richtig, daß viele Leute im Bezirke wohnen, man sollte es gar nicht für möglich halten, welche Verschiebungen unter den Arbeitern durch die Kriegsindustrie in den Bezirken stattgefunden habe.

Direktor Spängler möge nur ein einzigesmal am Morgen versuchen, an der Ecke der Gumpendorferstraße und des Gürtels auf die 18er- oder 118er-Linie umzusteigen, um in den 10. Bezirk zu fahren. Es sei einfach unmöglich. Die Leute hängen an den Griffstangen und stehen auf den Puffern zwischen den Wagen. Gestern erst sei ein Soldat in der Arbeitergasse abgestürzt und ganz zerschmettert worden. Er sehe ein, daß angesichts der ganzen Sachlage es schwer sei, die ganzen Reduktionen aufzuheben, aber vielleicht könnte doch dort, wo der Verkehr so stark sei, wenigstens des Morgens der Verkehr verbessert werden. Jetzt haben die Arbeiter die Drosselung des Verkehres und zugleich die Erhöhung der Tarife. Vielleicht könnte also doch dort, wo ein solcher Massenandrang konstatiert werde, eine Ausnahme gemacht werden. Eine solche Ausnahme würde zu ertragen sein, ohne daß deshalb der Wagenpark in größere Gefahr käme.

Direktor Spängler erwidert, daß gerade der große Andrang auf die Linien 18 und 118 dafür spräche, daß auf anderen Strecken Wagen freigemacht werden müssen, um den Verkehr dort zu verdichten. Die freien Wagen stehen ja nicht in den Remisen, sondern werden auf jenen Strecken verwendet, wo die Ueberfüllung unerträglich werde. Es sei auch schon etwas besser geworden. Er verweise auf die Verhältnisse in anderen Städten. In Leipzig seien 40 Prozent der Motorwagen außer Dienst, in Berlin von 2700 Wagen 900. Es gehe überall so wie bei uns, nur träten die Verhältnisse bei uns früher ein, weil wir die fortwährenden Steigerungen und die kolossale Frequenzzunahme haben.

Der Bürgermeister bemerkt, es sei bedauerlich, daß, während die Gemeinde verpflichtet sei, die Erträgnisse des Unternehmens zu steigern, sie alles aufbieten müsse, um die Frequenz herabzudrücken und das Erträgnis zu verringern.

VB. Hoß bemerkt, er spräche auf der Straßenbahn oft mit Arbeitern und frage sie, was besser sei, ein bis zwei Monate bei verhältnismäßig schöner Witterung weniger weit fahren und dann ein kurzes Stück zu Fuß zu gehen, oder im halben Dezember überhaupt den Verkehr einstellen zu müssen. Die Leute sagen, wenn die Sache so stehe, sei es ihnen lieber, sie gehen jetzt ein Stück zu Fuß, als sie müssen im Winter mit schlechten Schuhen und Kleidern den ganzen Weg gehen. Er würde also bitten, auf die Leute einzuwirken. Wenn man in Favoriten nachgäbe, würde ein Sturm in allen anderen Bezirken entstehen.

GR. Skaret erklärt, Kollege Neumann werde den Bezirksvertrauensmann Pölzer ersuchen, die Leute in diesem Sinne aufzuklären.

Der Bürgermeister ersucht den Direktor Spängler, die Sache morgen im Stadtrat vorzubringen, er möge aber auch mit der Firma reden und ihr nahelegen, daß ein Weg von 700 m als Streikursache doch etwas bei den Haaren herbeigezogen sei.

Der Bürgermeister teilt hierauf mit, daß eine Reihe von Angestellten der Gemeinde Wien, insbesondere auch Straßenbahner, ein Memorandum überreicht hätten, welches eine Reihe von Forderungen enthalte. Diese müßten geprüft und darüber Bericht erstattet werden. Unter diesen Forderungen sei auch eine, die Gewährung eines Anschaffungsbeitrages noch im September. Sie war ursprünglich für den November in Aussicht genommen. Er sei aber doch nach den Unterredungen mit den verschiedenen Deputationen und Vertrauensmännern zu dem Entschlusse gekommen, den Anschaffungsbeitrag jetzt schon zu geben.

Bewilligung eines Anschaffungsbeitrages für die Angestellten der Gemeinde Wien.

VB. Hoß berichtet über die abermalige Bewilligung eines Anschaffungsbeitrages für die Angestellten der Gemeinde Wien einschließlich der Lehrpersonen und führt aus, daß die Angestellten herangetreten seien, sie möchten jetzt schon Einkäufe machen, wo die Preise teilweise noch günstiger seien und auch die Einlagerung von Bedarfsartikeln noch möglich sei. Daher habe sich der Herr Bürgermeister entschlossen, dem Stadtrat vorzuschlagen, den für Oktober in Aussicht genommenen Anschaffungsbeitrag in derselben Höhe und in denselben Voraussetzungen wie im Juli schon im September auszuzahlen. Die Kosten seien 11 Millionen. Ein zweites Begehren sei, den Angestellten womöglich Lebens- und Bedarfsartikel zur Verfügung zu stellen. In erster Linie kommen nur solche in Frage, die staatlich bewirtschaftet seien, wo es möglich ist, auf Grund der Karten entsprechende Mengen zu bekommen. Es wären das Kartoffeln, Gemüse, Fett, Kraut u. s. w. Diese Dinge könnten dann vielleicht von Zeit zu Zeit, wöchentlich oder alle 14 Tage, den Unternehmungen zur Verfügung gestellt werden, damit sie die Leute kaufen können. Etwas könnte auch bei Kohle gemacht werden, bei Schuhen, wenn möglich auch mit Kleiderstoffen. Wo die räumlichen Verhältnisse eine Einlagerung nicht zulassen, könnte man den Leuten die Bedarfsartikel auf zwei- oder dreimal geben, für sechs Wochen und dann wieder, auch Kraut und andere Bedarfsartikel. Die Gemeinde habe sich ja immer bemüht und werde es auch in Zukunft tun, um ihre Angestellten so weit als möglich zu befriedigen.

Bgm. Dr. Weiskirchner bemerkt hiezu, daß damit natürlich nur ein Teil des Memorandums erledigt sei.

Mag.-R. Dr. Hartl bemerkt ergänzend, daß die anderen Wünsche sich im wesentlichen mit denen der Staatsbeamten decken und infolge der Wechselwirkung zwischen den Staats- und Gemeindebeamten erst erledigt werden können, wenn sich der Staat endgiltig entschieden habe. Die zwei Anträge seien also: 1. Den Anschaffungsbeitrag, der eigentlich erst im November oder Ende Oktober fällig wäre, längstens am 1. Oktober zu geben, und zwar unter denselben Bedingungen wie im Mai und Juli. Der andere Antrag betreffe die Beschaffung von Lebensmitteln für die Angestellten einschließlich der Lehrpersonen, die einen eigenen Haushalt führen. Ueber die Bedeckung könne nichts gesagt werden, bevor man nicht das Erfordernis kenne, das die übrigen Wünsche hervorrufen. Das Geld sei vorläufig vorhanden, es werde aus den Kassabeständen und dem Rest des 88 Millionen-Kriegsanlehens genommen werden. Der einmalige Anschaffungsbeitrag koste 11 Millionen, davon entfallen auf die eigenen Gelder 6·1 Millionen.

Die Obmänner-Konferenz nimmt obige Ausführungen zustimmend zur Kenntnis.

Baustoff-Aktiengesellschaft.

Hierauf berichtet Bau-Dior. Dr Goldemund über die Beteiligung der Gemeinde an der zu gründenden Baustoff-Aktiengesellschaft und führt aus, daß einige Banken in einer

Eingabe die Anregung gegeben haben, eine Aktien-Gesellschaft zur Gewinnung und zum Vertriebe von Bausand und anderen Baustoffen ins Leben zu rufen. Die Gesellschaft solle sich in Zukunft auch auf weitere Gebiete der Baustoffbeschaffung erstrecken, vorerst natürlich mit Rücksicht auf die Kriegsverhältnisse auf Sand- und Schotterbeschaffung. Die Gewinnung des Sandes und Schotters sei vorerst durch Baggerung in der Donau gedacht. Es solle aber entgegen den jetzigen Baggerstellen im Einvernehmen mit der Donauregulierungs-Kommission die Baggerung oberhalb Wiens stattfinden, so daß die Gesellschaft unter günstigeren Bedingungen arbeitet. Für die Zukunft sei gedacht, in Verbindung mit der Abfuhr des Straßenkehrichts auch besondere Frachten in die Lobau zu führen, wo große Flächen der Kultur zugeführt werden sollen. Als Rückfracht würde die Gewinnung von Sand und Schotter erfolgen und dieser ebenfalls für die öffentlichen Bedürfnisse zur Verfügung gestellt werden. Was die Bedeutung einer solchen Aktiengesellschaft, an der sich die Gemeinde beteiligt, für die Oeffentlichkeit betreffe, so seien Sand und Schotter die wichtigsten Baustoffe, die gerade in Wien in ungünstiger Weise beschafft werden; während in anderen Großstädten Sand- und Schotterlager in der Nähe seien, seien hier die Verhältnisse schlechter. Eine großzügige Gewinnung von Sand und Schotter wäre aber für die Entwicklung des Bauwesens und die Verhältnisse nach dem Kriege sicherlich notwendig. Bei uns seien nur zwei kleine solche Gesellschaften, die sich gegenseitig nicht wehe tun würden. Der Schotterpreis sei deshalb auch ungeahnt hoch. Die Schottergewinnung erfolge nur in der Form, daß man verschiedene Sand- und Schottergruben aufmache, so lange Sand und Schotter zu finden sei. Außerdem seien die geförderten Mengen sehr gering, es liege also im allgemeinen Interesse, daß eine intensivere Produktion von Sand und Schotter eintrete und auch die Preise geregelt würden. Die Gemeinde selbst habe einen großen Bedarf an Sand und Schotter, 120.000 m³ pro Jahr. Aber auch die Qualität des Schotters sei fortwährend im Sinken begriffen, der Schotter, der heute geliefert werde, sei sehr sandarm, nachdem Sand im Preise sehr hoch stehe. Man brauche den Schotter immer mit Sand gemengt, bekomme ihn aber nicht, weil der Sand vorher entfernt werde. Der Nachteil für die öffentliche Pflasterung sei evident, weil die Hohlräume nur mangelhaft mit feinem Sand ausgefüllt seien. Beim Verkehr über das neue Pflaster sei die Erschütterung sehr stark, so daß der ohnehin die Hohlräume nicht füllende Sand herunterfalle und schließlich nur größere Kiesel übrigblieben, die sich dann aneinander reiben und Setzungen in der Straßenfläche hervorrufen. Es sei also gewiß auch im öffentlichen Interesse, daß die Gemeinde sich Sand in großen Mengen, in angemessener Qualität und zu angemessenen Preisen sichere. Vorerst sei in Aussicht genommen eine Leistung von 220.000 m³ jährlich. 120.000 m³ sei der Bedarf der Gemeinde, 100.000 m³ bleiben also für den freien Verkehr. Beabsichtigt sei die Anschaffung großer Schwimmbagger mit täglich 1000 m³ Leistungsfähigkeit und von Dampfschiffen, um das Remorkieren von der Baggerstelle zu den Sortierungsplätzen, die wieder an der Donau liegen, zu ermöglichen. Der Schotter und Sand werde dann maschinell aus den Schiffen auf die Fuhrwerke gehoben. Dabei sei noch eine Variante, daß an diesen Plätzen Sand und Schotter nicht nur gewonnen, sondern auch gleich unmittelbar an die Baustellen verteilt werde, wodurch eine wesentliche Verbilligung und Vereinfachung des gesamten Betriebes eintreten würde. Heute müsse jeder, der Sand oder Schotter brauche, sich erst einen Fuhrmann suchen, und dies sei schwierig und teuer. Das werde auch nach dem Kriege so sein und es sei daher notwendig, an andere Betriebsmittel zu denken. Gedacht sei also bei dieser Gesellschaft auch ein Fuhrwerksbetrieb mit zirka 40 Kraftwagenzügen à 10 Tonnen, was vollständig ausreicht. Zirka 35 Züge können ständig im Betrieb und fünf in der Reserve oder Reparatur sein. Ein Zwang sei natürlich damit nicht verbunden. Wer Pferde habe und sich den Schotter selbst zuführen wolle, könne es auch in Zukunft tun. Der Kraftwagenbetrieb habe noch den weiteren Vorteil, daß er zur Abfuhr des Aushubmaterials und der Abfallstoffe bei Demolierungen verwendet werden könne. Die Kraftwagen würden also zum Beispiel die Abhub- und Demolierungsbestandteile von den Baustellen wegführen und als Rückfracht Sand und Schotter nehmen. Dadurch würde eine so wesentliche Verbilligung eintreten, daß der Tonnenkilometer um 1 K 25 h geleistet werden könnte. Als Investition seien für die Sandgewinnung und Sortierung zirka fünf Millionen gedacht. Für die Abfuhr werden auch 4·7 Millionen erforderlich sein, so daß das Aktienkapitel zehn Millionen tragen würde. Die Rentabilität sei sorgfältigst studiert worden. Auf Grund der Anbote für die ganze Einrichtung sei ein Kalkül aufgestellt worden. Die Abschreibungen müßten natürlich bei einem solchen Betrieb auf kurze Zeit gerechnet werden und trotzdem sei die Rentabilität gesichert, das Unternehmen werde voraussichtlich sogar eine mehr als bürgerliche Verzinsung tragen und es könnte der weitere Gewinn dazu benützt werden, die Sand- und Schotterpreise im öffentlichen Interesse noch zu reduzieren. Es werde die Abgabe eines Kubikmeters Schotter, der jetzt 23 K kostet, mit 9 K möglich. Die Beteiligung der Gemeinde sei in der Form gedacht, wie sie bei den übrigen Aktiengesellschaften sei, in einem Mehrheitsverhältnis. Die Gemeinde solle sich mit 55 Prozent beteiligen. Dadurch sei die Mehrheit im Verwaltungsrat und ein bestimmender Einfluß auf die Geschäftsordnung gesichert, daß sie den öffentlichen Interessen entspreche. Der Betrieb würde aber auch gewisse Vorteile für die Gemeinde unmittelbar haben, indem das Unternehmen den für die Gemeinde bestimmten Sand und Schotter um zehn Prozent billiger liefern müsse als im Privatverkehr. Die Dringlichkeit der Angelegenheit sei besonders zu betonen. Der Ankauf werde täglich schwieriger, das Anbot sei so kurz befristet, daß eine baldige Entscheidung notwendig sei. Die Entscheidung der Donauregulierungs-Kommission werde manche Vorteile für die Gemeinde haben, insbesondere was die Zuweisung der Plätze an der Donau und der Lagerplätze betrifft.

Bgm. Dr. Weiskirchner fügt bei, daß diese Angelegenheit schon in einem Komitee beraten wurde, dem die GR. Schneider, Zatzka, Schmidt, Neumann und Melcher angehörten. Dieses Komitee habe die Idee einstimmig begrüßt und es sei kein Zweifel, daß die Sache wirklich Erfolg haben werde.

Die Obmänner-Konferenz nimmt diesen Bericht zustimmend zur Kenntnis.

Einfuhr von Geflügel aus Ungarn.

Mag.-R. Dr. v. Dierkes berichtet hierauf über die Einfuhr von Geflügel aus Ungarn und führt aus, daß der

Geflügelbedarf Wiens hauptsächlich aus Ungarn gedeckt und die Preise im Laufe des Krieges enorm gestiegen seien. Bei Kriegsausbruch habe eine Fettgans zum Beispiel per Kilo 1 K 40 h bis 1 K 80 h gekostet, im Vorjahre bei Saisonbeginn, also Ende September, sei der Preis auf 14 K gestiegen und sodann immer weiter, bis er am Ende der Saison 1917 36 bis 38 K betragen habe. Diese Preiserhöhung sei hauptsächlich dadurch entstanden, daß eine Reihe galizischer Händler, die sich früher mit Geflügelhandel gar nicht befaßt hatten, immer wieder an den Produktionsorten in Ungarn höhere Preise geboten hätten und daß dann diese Fettgänse und anderes Geflügel hauptsächlich in zerteiltem Zustande zu bedeutend höheren Preisen nach Wien gekommen seien, wobei sehr große Gewinne gemacht worden seien. Es sei schon lange zu befürchten gewesen, daß Ungarn diesem Treiben nicht mehr zusehen werde. Das ungarische Ernährungsamt habe ganz plötzlich am 2. August eine Verordnung erlassen, daß, wer nach Oesterreich exportiert, 50 Prozent der Ware an das Ernährungsamt zugunsten von Budapest abgeben müsse, und zwar Fettgänse zum Preise von 15 K 60 h per Kilo. Die Folge sei gewesen, daß die Exporteure den Verlust, den sie dadurch erlitten, einfach beim Export aufgeschlagen haben und so sei der Preis auf 58 K per Kilo gestiegen. Das sei ein solcher Preis, den nur wenige in Wien mehr zahlen können, nachdem eine Gans unter 300 K überhaupt nicht zu haben sei. Nun könnte man schließlich sagen, diese Wenigen sollen auch einen solchen Preis zahlen; es sei aber zu bedenken, daß natürlich eine Menge Leute, die solche Preise nicht mehr zahlen können, dann gezwungen seien, andere Lebensmittel zu kaufen und diese dadurch anderen weniger Bemittelten wegnehmen.

Infolgedessen habe man doch versucht, diesem Uebelstand abzuhelfen, um eine Reduktion der Preise zu erreichen. Es sei vorgeschlagen worden, erstens die Festsetzung von Höchstpreisen. Für Wien allein hätte sie keinen Zweck. Man habe das im Vorjahre getan und die Folge sei gewesen, daß die Provinz um eine bis zwei Kronen mehr geboten habe und die Händler die Ware statt nach Wien in die Provinz gebracht haben. Die Festsetzung von Höchstpreisen für ganz Oesterreich habe große Schwierigkeiten, infolge der verschiedenen Entfernungen von den Produktionsorten. Außerdem haben die Statthaltereien das Recht, für Notstandsgebiete andere Preise festzusetzen und würden davon auch Gebrauch machen. Es sei nun vorgeschlagen worden, eine Uebernahmsstelle für ganz Oesterreich zu errichten, welche das aus Ungarn einlangende Geflügel übernimmt und an die Konsumentenorganisationen und Händler verteilt. Zur Durchführung gäbe es zwei Wege. Erstens, daß die ungarische Regierung die Transportscheine an ihre Händler so ausstelle, daß sie nur an diese Zentralstelle liefern können. Dieser Weg sei zuerst versucht worden, trotzdem er vom Mißerfolg überzeugt gewesen sei. Der Vertreter des Volksernährungsamtes sei zum ungarischen Ernährungsamt gefahren und dort habe der Staatssekretär Nagy erklärt, das kümmere ihn nicht, er sei nicht da, die Lebensmittelpreise in Oesterreich zu beeinflussen, er müsse vor allem die Produzenten in Ungarn schützen und würde die Hand zu einer so gewaltigen Preisreduktion nicht bieten. Infolgedessen sei ein anderer Weg eingeschlagen worden, der Anbotzwang. Wer aus Ungarn und Kroatien Geflügel nach Oesterreich einführe, müsse sie zuerst der Uebernahmsstelle anbieten, diese setze den richtigen Preis im Einvernehmen mit dem Volksernährungsamt fest. Dadurch hoffe er zunächst wieder mit 38 K per Kilo beginnen zu können, so daß man nicht mehr 58 K und mehr bezahlen müsse. Bei diesem Preise sei für die ungarischen Händler noch immer ein größerer Gewinn vorhanden. Gegenwärtig werde der Gewinn auf 10 K per Kilo geschätzt. Die ungarischen Händler erklären, sie können nicht anders, weil sie selbst teuer bei den Produzenten kaufen. In der Erwartung, daß Ungarn heuer eine gute Maisernte habe, hoffen die Fachleute, daß es möglich sein werde, einen Preis von 38 K für die Uebernahmsstelle zu fixieren und die Ware zu diesem Preise nach Wien zu bringen. Wenn eingewendet werde, es könnte auch gar keine Ware hereinkommen, weil sie einfach nicht geliefert werden würde, so werde von den Fachmännern entgegnet, daß eine kolossale Produktion speziell an Fettgänsen stattgefunden habe und daß die Händler nicht in der Lage wären, es länger als acht Tage auszuhalten. Die Ware würde sonst zugrunde gehen, sie müßte also um jeden Preis abgegeben werden. Es sei auch erwähnt, daß die Ware nach Deutschland abgegeben würde, die Fachleute sagen aber, die deutsche Regierung habe wiederholt erklärt, daß sie mehr als 10 bis 12 Mark nicht bezahle, umsoweniger, als nach Deutschland auch im Frieden nur wenig ungarisches Geflügel komme. Das Amt für Volksernährung werde jetzt eine Verordnung erlassen, in welcher es der zu errichtenden Geflügelübernahmsstelle den Anbotzwang einräume. Jede Ware, die nach Oesterreich komme, müsse binnen 24 Stunden telegraphisch angezeigt werden und die Uebernahmsstelle habe binnen 24 Stunden zu erklären, ob sie die Ware übernehme oder ob der Betreffende sie selbst verkaufen könne, natürlich zu dem Preise, der von der Uebernahmsstelle festgesetzt werde. Die Uebernahmsstelle sei als gemeinnützige Genossenschaft mit beschränkter Haftung gedacht, an welcher die Gemeinde beteiligt sei. Es solle ein Stammkapital von 1 Million Kronen aufgebracht werden, woran sich die Gemeinde mit 350.000 K, also mit etwas mehr als einem Drittel beteilige. In den Aufsichtsrat entsendet die Gemeinde drei Vertrauensmänner, der Vorsitzende werde vom Bürgermeister ernannt. Ein Vertreter der Gemeinde solle auch Geschäftsführer sein. Alle Beteiligten hätten bereits zugestimmt, sowohl die Vertreter des Großhandels als des Kleinhandels und auch die Konsumentenorganisationen. Der Antrag laute also, die Gemeinde Wien möge auf Grund des Gesellschaftsvertrages dieser gemeinnützigen Gesellschaft mit einer Stammeinlage von 350.000 Kronen beitreten.

GR. Dr. v. Dorn fragt an, ob es sich nur um ungarische oder auch um polnische Gänse handle.

Referent Mag.-R. Dr. v. Dierkes erwidert, daß die polnischen Gänse ausdrücklich ausgenommen seien, sie dürfen nur auf Grund von Ausfuhrzertifikaten geliefert werden, und zwar an bestimmte Gemeinden und Organisationen. Die bekommen die Händler hier nicht, außer im Wege der Organisation oder der Gemeinde

GR. Skaret bemerkt, daß diese G. m. b. H. zu dem Zwecke gegründet wurde, Gänse von auswärts zu bekommen, und fragt an, was es mit den Gänsen sei, die bisher aus Galizien, Mähren und Böhmen kamen?

Auf die Erwiderung des Referenten, daß diese Gänse vollständig frei seien, bemerkt GR. Skaret, daß die Gesellschaft also auch solche Gänse verkaufen könnte.

Bgm. Dr. Weiskirchner erklärt, daß dies das einzige Mittel sei, ungarische Gänse überhaupt hereinzubringen. Die

Einkäufer der Gemeinde Wien in Russisch-Polen werden weiter arbeiten. Ueber die Gänse aus Böhmen und Mähren werde hier überhaupt nicht gesprochen werden.

GR. Reumann bemerkt, daß seit längerer Zeit weder böhmische noch mährische Ware nach Wien komme. Die Bezirkshauptleute ließen nichts wegführen. Wenn nur ungarische Ware auf den Markt komme, werde der Preis nie unter 38 K sein. Man dürfe nicht vergessen, daß zu einer Zeit, wo die Preise schon ziemlich hoch waren, der Preis für Gänse noch unter 38 K war. Diese furchtbare Steigerung sei also erst nach der Verfügung der ungarischen Regierung erfolgt, daß 50 Prozent der Ware abgegeben werden müssen. Man sollte versuchen, den Preis von 38 K noch herabzudrücken. Das sei sehr wichtig, denn man dürfe nicht übersehen, daß der Fettmangel sehr groß sei. Die Fleischpreise seien so gestiegen, daß es für die Bevölkerung geradezu eine Wohltat wäre, Geflügel zu entsprechendem Preise zu bekommen. Er habe nichts dagegen, daß diese Gesellschaft gegründet wurde, aber man solle sich nicht einzig auf ungarische Provenienzen beschränken, sondern trachten, womöglich auch aus Oesterreich etwas zu bekommen.

Mag.-R. Dr. v. Dierkes bemerkt, daß dies die Gesellschaft nach den Statuten ohne weiters tun könne. Der Gegenstand des Unternehmens sei die Versorgung Oesterreichs mit Geflügel und Geflügelprodukten, sie könne lebendes und geschlachtetes Geflügel jederzeit einkaufen.

Der Bürgermeister erklärt, er werde den Magistrat beauftragen, die Regierung aufzufordern, auch bezüglich der österreichischen Provenienzen Vorsorge zu treffen.

Die Obmänner-Konferenz nimmt den Bericht des Mag.-R. Dr. v. Dierkes zustimmend zur Kenntnis.

Hierauf berichtet Mag.-Sek. Schramm über die

Kartoffelversorgung

und führt aus, daß der Kartoffeleinlauf vom 1. Juli 1918 bis einschließlich 13. September 1918 betrage, aus dem Weichbilde Wiens (21. Bezirk) 17·5 Waggons

aus dem politischen Bezirke	Korneuburg	275·2	„
„ „ „ „	Floridsdorf-Umgeb.	64·5	„
„ „ „ „	Tulln	37·8	„
„ „ „ „	Gänserndorf	10·4	„
„ „ „ „	Mistelbach	28·5	„
	zusammen	433·9	Waggons
ferner aus	Ungarn	249·2	„
„ „	Polen	218·5	„
„ „	Görz (Anbaustelle Farra)	60·7	„
	Summe	962·3	Waggons

Derzeit sei eine Stockung in den inländischen Zufuhren zu verzeichnen, da die Frühkartoffelernte beendet sei und die Spätkartoffelernte noch nicht eingesetzt habe. Der Magistrat habe bereits mit Bericht vom 25. August 1918, Stelle 6, Zahl 14092/18, das k. k. Amt für Volksernährung auf diese voraussichtliche Stockung aufmerksam gemacht und ersucht, wegen rechtzeitiger Anlieferung ausländischer Ware (Deutschland, Ungarn und Polen) zur Ergänzung der Zufuhren die nötigen Schritte einzuleiten. Das k. k. Amt für Volksernährung habe mündlich bekanntgegeben, daß heuer auf Zufuhren deutscher Kartoffeln nicht zu rechnen sei. In seinem Berichte vom 10. September 1918, Stelle 6, Zahl 16357/18, an das Armee-Ober-Kommando und das Amt für Volksernährung habe der Magistrat neuerlich auf das Sinken der Zufuhren aufmerksam gemacht und das Verlangen auf Vermehrung der polnischen, beziehungsweise ungarischen Zufuhren gestellt. Die Aussichten seien allerdings nicht günstig, da die Zufuhren aus Ungarn zufolge der Haltung der ungarischen Regierung nicht gesteigert werden können und die Zufuhren aus Polen derzeit in der Hauptsache dem Armeebedarfe dienen müssen. Der Herr Bürgermeister habe am 14. September nachstehende Drahtnachrichten abgesendet: 1. Exzellenz Ministerpräsident Freiherr v. Hussarek, 2. Exzellenz Minister Paul, 3. Exzellenz Chef des Generalstabes Generaloberst v. Arz, 4. Exzellenz Vorsitzender des gemeinsamen Ernährungs-Ausschusses Generalmajor Landwehr v. Pragenau, 5. Exzellenz ungarischer Ernährungsminister Prinz Windischgrätz.

Die Zufuhren an Kartoffeln sinken in der letzten Zeit immer mehr. Die Vorräte der Gemeinde Wien seien aufgebraucht, so daß für die nächste Woche nicht einmal die unzulängliche ½ kg-Quote ausgegeben werden könne. Er stelle das dringende Ersuchen, alles aufzubieten, damit die Zufuhren aus Polen, welche zur Deckung des Bedarfes für die nächste Zeit allein in Betracht kämen, beschleunigt und vermehrt werden. Ferner ersuche er, dahin zu wirken, daß die Kartoffelzufuhren aus Ungarn, welche weitaus nicht das vorhergesehene Kontingent erreicht hätten, in der erforderlichen Höhe wieder einsetzen.

Die derzeitigen Einläufe stammten in der Hauptsache aus Polen und Ungarn und erreichten vorläufig noch immer die erforderliche Höhe, um ein halbes Kilogramm per Kopf und Woche ausgeben zu können. Für die laufende Woche seien Kartoffeln vorläufig den Bezirken 1, 10, 15, 19, 20 und 21 zugewiesen worden. Was die Versorgungszeit 1918/19 betreffe, so habe die Gemeinde Kartoffellieferungsverträge über 9187 Waggons geschlossen. Hievon entfielen auf

Niederösterreich . . .	1090·5	Waggons
Mähren	1195	„
Böhmen	4170	„
Schlesien	205·6	„
Bukowina	299	„
Galizien	2227	„
Summe . .	9187·1	Waggons

Im heurigen Jahre werde die Selbstversorgung in ausgedehnterem Maße gestattet werden als im Vorjahre. Die bezügliche Verordnung erscheine in den nächsten Tagen. Der Wiener Bevölkerung werde der Bezug der Kartoffeln aus Niederösterreich, Böhmen, Mähren und Galizien gestattet sein. Die Quote per Kopf und Versorgungszeit (40 Versorgungswochen) werde 100 kg betragen. Nach den Mitteilungen des k. k. Amtes für Volksernährung glaube dasselbe heuer soviele Kartoffeln aufringen zu können, um die Einhaltung der 2½ kg-Quote zu ermöglichen. Bei Berechnung von 40 Versorgungswochen seien für den Kopf der Bevölkerung hiebei 100 kg und für 2,000.000 Einwohner = 2,000.000 Meterzentner = 20.000 Waggons erforderlich. Bei der Annahme, daß sich im Wege der oberwähnten Selbstversorgung rund 200.000 Personen (gegen 130.000 im Vorjahre) selbst mit Kartoffeln versorgen werden, kommen für diese unmittelbare Selbstversorgung 200.000 Meterzentner = 2000 Waggons in Wegfall, da diese Menge im

Stückgutverkehr nach Wien kommen werde. Für die Gemeinde Wien blieben somit 18.000 Waggons, wovon 12.000 Waggons noch im Herbste nach Wien gebracht werden sollten. Die Anlieferungszeit werde mit sechs Wochen angenommen (Anfangs Oktober bis Mitte November), werde jedoch erfahrungsgemäß auf 8 bis 10 Wochen, solange es die Witterung gestatte, ausgedehnt sein.

Der Aufteilungsplan des Magistrates für diese Menge sei folgender:

Laufender Bedarf während der Anlieferungszeit	2000	Waggons
Lagerung durch die Kriegsleistungsbetriebe . .	500	"
" " " Konsumentenorganisationen .	800	"
" " " Spitäler, Klöster 2c. . . .	540	"
Konsumvereine	200	"
Kriegsküchen	900	"
Städtische Beamte und Angestellte	1200	"
" Lager	1500	"
Mieten	4360	"
Summe .	12000	Waggons.

Die städtischen Beamten und Angestellten sollten für die ganze Versorgungszeit unter Annahme der 2½-Quote, das heißt mit 1 Meterzentner Kartoffeln per Kopf beteilt werden.

Bei der Lebensmittelabgabestelle der Wiener städtischen Angestellten seien 72.000 Personen rayoniert.

Bei den Gaswerken sind 10.000 Personen rayoniert.

Bei den Elektrizitätswerken sind 4500 Personen rayoniert.

Bei den städtischen Straßenbahnen sind 34.000 Personen rayoniert, zusammen 120 500 Personen.

Es sei daher zur Belieferung der städtischen Beamten und Angestellten eine Menge von 1200 Waggons erforderlich.

GR. Skaret findet es merkwürdig, daß in Deutschland nach wie vor jeder 7 Pfund Kartoffeln bekomme, auch die Soldaten, die auf Urlaub sind und sich zuhause verköstigen, bekommen pro Tag ½ Kilo. Das sei eine sehr hohe Quote und es sei merkwürdig, daß man im brandenburgischen Gebiet, von wo die meisten Kartoffeln her sind, solche Mengen aufbringe. Es frage sich, ob man nicht auch von Ungarn eine stärkere Quote bekommen könnte. Die Quote solle jetzt auf 2 bis 2½ Kilo pro Woche erhöht werden. Das wäre ein gewaltiger Fortschritt, aber eine Erfüllung der Verträge sei das noch immer nicht. Der größte Jammer sei neben der kleinen Mehlquote die geringe Kartoffelquote.

GR. v. Steiner gibt der Meinung Ausdruck, daß sich die heurige Ernte ziemlich reichlich gestalten werde. Er wisse aus eigener Erfahrung und von Bauern, die hereinkommen, daß Kartoffeln geliefert werden, die bis zu 68 Dekagramm per Stück haben. Allerdings seien viele außen schön und innen schwarz. Man müßte also die Kartoffeln gut lagern. Wenn man sie aber wie jetzt in großen Haufen in den Kellern einlege, würde die Sache böse werden.

Bgm. Dr. Weiskirchner erwidert, daß der größte Wert darauf gelegt werde, daß die Einlagerung so weit als möglich dezentralisiert werde. Wenn jede Kriegsküche die zugewiesenen Kartoffeln für die ganze Saison bekomme, und ebenso alle Konsumentenvereinigungen, werden diese selbst darauf schauen, daß die Einlagerung gut sei. Wir selbst werden nur eine äußerste Reserve einlagern.

GR. v. Steiner führt aus, daß im Vorjahre die Anstalten mit Genehmigung des Magistrates versorgt worden seien. Durch fleißiges Durchklauben hätten sich die Kartoffeln bis Juli gehalten. Wenn das wieder gestattet würde, wäre er sehr dafür. Bei Artikel, die dem Verderben unterliegen, lasse sich bürokratisch schwer etwas machen.

VB. Hierhammer bemerkt, er habe mit einer ziemlichen Anzahl von Bürgermeistern aus dem Marchfelde über die Kartoffeln gesprochen, die gesagt hätten, die Ernte werde mindestens das Doppelte ergeben wie im Vorjahre, vielleicht das Dreifache. Die Ernte im Marchfeld berechtige zu den besten Hoffnungen.

Die Obmänner-Konferenz nimmt den Bericht des Mag.-Sekretärs Schramm zur Kenntnis.

GR. Leitner fragt an, wie es mit dem Salz bestellt sei. Seit vier Wochen bekämen die Händler nicht ein Kilo Salz. Er telephoniere jeden Tag an den Lieferanten, ob er Salz haben könne, und erhalte die Antwort, in einer Woche oder in vierzehn Tagen könne es geholt werden. Man könne aber doch nicht nach Floridsdorf um einen Sack Salz fahren. 70 Prozent der Bevölkerung im 17. Bezirke hätten überhaupt kein Salz und Salz sei doch ein unentbehrliches Kochmittel. Er bitte den Bürgermeister, etwas zu tun, eventuell sollte man den Salzbezug an eine Karte binden. Für den Mittelstand sei es auch außerordentlich schwierig, das zugewiesene Quantum Fleisch zu bekommen. Die Leute stellen sich schon um acht Uhr abends um 15 Dekagramm an. Sein Personal, zwölf Personen, haben seit 14 Tagen nicht ein Deka Fleisch bekommen. Auch da müsse etwas geschehen, man wisse ja nicht mehr, was man den Leuten geben solle. Mit der Kartoffelquote könne man derzeit nicht auskommen, mit der Mehlquote auch nicht. Man könne doch nicht alles im Schleichhandel kaufen.

VB. Hoß teilt mit, daß wegen des Salzes schon in der Vorwoche verschiedene Kollegen, auch aus Bäckerkreisen, bei ihm waren und daß er sofort erklärt habe, Mag.-Rat Dr. Wanschura werde die nötigen Erhebungen pflegen und darüber Bericht erstatten. Man werde dann sehen, was zu tun sei.

Hierauf berichtet Mag.-Rat Dr. Roßkopf über die

Mehlversorgung der Stadt Wien

und führt aus, daß im Verhältnis zu früheren Jahren die Aufbringung in der letzten Woche etwas günstiger gewesen sei, besonders wenn man die Ziffern für ganz Oesterreich und Niederösterreich vergleiche. Wenn sich auch die Situation gebessert habe, werde doch von der K. G. V. auch jetzt nur die bestimmte Wochenmenge zugewiesen, da die K. G. V. selbst über eine Reserve in Wien nicht verfüge. Die Reserven an Getreide seien auf dem flachen Lande, in Gemeinde- und Bezirkslagerhäusern untergebracht und werden nur sukzessive zugeschoben. Das habe zur Folge, daß die Brotmehlversorgung sich ziemlich schleppend vollziehe, wenn auch die Kochmehlversorgung, die zum Teile aus den ukrainischen Zuschüben erfolge, glatt vor sich gehe. Dieser Umstand habe den Herrn Bürgermeister veranlaßt, zu verlangen, das Ernährungsamt möge trachten, eine kleine Reserve an Brotgetreide vom flachen Lande nach Wien zu bringen, weil zu befürchten sei, daß die Verkehrsverhältnisse in den nächsten Wochen bedeutend schlechter würden. In den allernächsten Wochen sei mit den Rüben- und Kartoffeltransporten zu rechnen und es müsse daher der Wert darauf

gelegt werden, daß das Getreide aus den niederösterreichischen Bezirkslagerhäusern möglichst rasch nach Wien hereinkomme.

Eine kurze Uebersicht über bisherige Aufbringung und Ernteschätzung ergebe, daß auch heuer mit der Inlandsernte das Auslangen nicht gefunden werden könne. Die Aufbringung im Inland habe im Vorjahre 8 Millionen Meterzentner betragen, wenn die Verhältnisse sich heuer bessern, werde sie etwa 12 bis 13 Millionen Meterzentner betragen. Es sei daher ein Ausfall von mindestens 70.000 Waggons zu decken und dies könnte nur durch Sicherstellung von Getreide- oder Mehlzuschüben aus Ungarn, aus der Ukraine und Rumänien geschehen. Was Ungarn betrifft, so sei Ungarn noch immer nicht entschlossen, das Kontingent in Edelgetreide oder Edelmehl auszuliefern, vorläufig werden kleine Mengen Mehl als Abschlagszahlung von Ungarn geliefert. Die Verhandlungen mit Ungarn seien sehr schwierig, weil Ungarn den vollen Heeresbedarf für das ganze Jahr sicherstelle, weiters auch Bosnien und die Herzegowina versorge und die Ersatzlieferungen an Deutschland übernommen habe, die aus Aushilfen Deutschlands im Vorjahre aufgelaufen seien. Dabei sei nicht zu übersehen, daß Ungarn eine ganze Reihe notleidende österreichische Kronländer wie zum Beispiel Dalmatien, Görz, Gradiska 2c. versorge. Soviel aber jetzt feststehe, werde Ungarn seine Verpflichtung bezüglich der Maislieferung kompensationslos erfüllen. Im übrigen sei für Ungarn Edelgetreide Kompensationsware und verlange es dafür Eisen, Kohle 2c. Sehr günstig sei die Aufbringungsziffer in Niederösterreich. Niederösterreich habe ein „vorläufiges" Kontingent von rund 11.000 Waggons zu liefern. Bis 9. September waren davon 5641 angemeldet und 4000 Waggons fest abgeliefert, also beinahe 50 Prozent des vorgeschriebenen Quantums. Der Umstand, daß die Aufbringung auch in Böhmen jetzt günstiger sei, habe die Statthalterei in Prag veranlaßt, beim Ernährungsamt die Anlieferung der vollen Kochmehlration zu verlangen. Das Ernährungsamt stehe auf dem Standpunkte, daß die volle Verschleißmehlquote erst gegeben werden könne, wenn die Deckung des Brotmehlbedarfes für alle Kronländer sichergestellt sei und man genau weiß, welche Getreidebezüge aus dem Ausland und aus Ungarn zu erwarten seien. In Serbien sei der Anbau glücklich vor sich gegangen, leider sei aber die Ernte wie im Vorjahre unzulänglich und das aufgebrachte Quantum werde in vollem Umfange für die Armee benötigt. Rumänien solle bekanntlich nach dem im Frühjahre geschlossenen Vertrag auf eine Reihe von Jahren die Ueberschüsse an Getreide abliefern. Leider sei die Ernte in Rumänien nach verläßlichen Angaben ungünstig und es werde nur mit einer erheblichen Maisaufbringung zu rechnen sein. Was die Ukraine betreffe, so werde die Ernte als mittelgut bezeichnet, die Aufbringung sei aber in der letzten Zeit sehr schwierig geworden, weil erst vor vier Wochen ein langanhaltender Eisenbahnerstreik beigelegt werden konnte. Gegenwärtig sei die Ablieferung nicht ungünstig, sie komme aber zum größten Teil Deutschland zugute, weil dieses uns Getreide und Mehl im Frühjahr 1918 nur gegen die Bedingung aushilfsweise zur Verfügung gestellt habe, wenn es aus den Bezügen aus der Ukraine entschädigt werde. In den letzten Tagen sei, wie aus den Zeitungen bekannt, ein neuerliches Uebereinkommen mit der Ukraine geschlossen worden, welches das ganze Wirtschaftsjahr 1918/19 umfasse. Es verlautet, daß Oesterreich größere Mengen Getreide zur Verfügung gestellt werden sollen, und daß, wenn die Ukraine das Getreide nicht liefere, Deutschland und Oesterreich bei der Aufbringung mitwirken werden. Außerdem bestehe die Verpflichtung der Ukraine, wenn das Getreide nicht in vollem Maße geliefert werde, als Ersatz eine entsprechende Menge Zucker abzugeben. Angesichts dieser Verhältnisse und mit Rücksicht darauf, daß die Notlage auch bei allen anderen Nahrungsmitteln sich von Tag zu Tag steigere, habe der Stadtrat vor einigen Tagen beschlossen, an die Regierung heranzutreten, daß schon jetzt die Inlandsernte rechtzeitig und restlos erfaßt und gleichzeitig die Verhandlungen mit Ungarn, der Ukraine und Rumänien so rechtzeitig gepflogen werden würden, daß die Erhöhung der Kopfmehlquote auf das frühere ohnehin unzulängliche Ausmaße möglichst rasch durchgeführt werden könne.

Bgm. Dr. Weiskirchner bemerkt, daß es das Wichtigste sei, soviel Mehl als möglich als Reserve zu besitzen.

GR. Skaret bemerkt, daß er nicht wisse, ob man im Rathaus Kenntnis habe von dem Plan des ungarischen Ernährungsministers bezüglich der Mehlversorgung in Oesterreich. Ihm sei von sehr verläßlicher Seite mitgeteilt worden, daß die Mühlenbesitzer in Ungarn sich weigern, das derzeitige schlechte Mehl auszumahlen. Sie wollen nur Nullermehl ausmahlen, und der Minister könne sie nicht daran hindern. Es handle sich eben um vermögende und einflußreiche Leute. Der ungarische Ernährungsminister habe mit der österreichischen Regierung verhandelt, ob sie nicht größere Quantitäten Nullermehl beziehen wolle, natürlich in das Kontingent eingerechnet, das dann in Oesterreich ungleich teuerer verkauft würde. Das Nullermehl koste jetzt in Ungarn 3 K 75 h bis 3 K 78 h. Er wolle damit erzielen, daß in Ungarn der Preis der minderen Sorten bedeutend reduziert werden könne, wir sollen dafür die hohen Preise bezahlen und dort würde der Preis bis auf 2 K 70 h heruntergehen. Das würde einen Reingewinn von zirka 120 Millionen ergeben, wofür Ungarn bereit wäre, 40 Millionen einem Kriegsfonde zuzuführen. Außerdem wolle man in Ungarn die Herstellung von Weißgebäck gestatten und es, in die Quote eingerechnet, nach Oesterreich liefern. Die österreichische Regierung solle diesem Plane nicht abgeneigt sein, er habe dies von verläßlicher Seite gehört. Beim Fleisch habe die Geschichte angefangen. Auch bei der Milch habe Ungarn die Preise in die Höhe getrieben und die Folge sei gewesen, daß die ganzen anrainenden Wirtschaften die Milch nach Ungarn führen, weil sie dort mehr bekommen als hier. Während die ungarische Grenze so abgesperrt sei, daß man nicht einmal ein Kilo Mehl herüberbringen könne, bestünden in Oesterreich keinerlei Maßnahmen, die die Ausfuhr nach Ungarn verhindern.

Bgm. Dr. Weiskirchner bemerkt, daß der Ernährungsminister auch ihn vertraulich gefragt habe, welche Stellung er gegenüber dem Mehlprojekt des Fürsten Windischgrätz einnehme. Er habe sich entschieden dagegen ausgesprochen.

GR. Dr. v. Dorn fragt an, woher ein eiserner Vorrat zu beschaffen wäre.

Bgm. Dr. Weiskirchner erwidert, daß dies nur aus Ungarn geschehen könne. Ob das möglich sei, wisse er nicht. Er habe in Ungarn wegen eines speziellen Kontingentes für Wien verhandelt und den Minister Paul gebeten, die Verhandlungen in diesem Sinne weiterzuführen; sie dauern noch an. Aus Oesterreich sei ein eiserner Vorrat nicht zu bekommen.

Der Bürgermeister schließt die Sitzung.

Die Schlachtviehauftriebe auf dem Zentral-Viehmarkte St. Marx.

Schlachtviehauftrieb am 13. September 1918: 462 Stück Mastvieh, 53 Stück Beinlvieh, zusammen 515 Stück.

Darunter befanden sich: 163 Stück Ochsen, 54 Stück Stiere, 298 Stück Kühe, — Stück Büffel, zusammen 515 Stück.

Ferner langten aus dem Auslande für die Oesterreichische Zentral-Einkaufs-Gesellschaft ein:

— Mastvieh, — Stück Beinlvieh, zusammen — Stück.

Darunter befanden sich: — Stück Ochsen, — Stück Stiere — Stück Kühe, zusammen — Stück.

Außerdem langten für die Großschlächterei A. G. für Volksfürsorgezwecke ein:

4 Stück Mastvieh, 20 Stück Beinlvieh, zusammen 24 Stück.

Darunter befanden sich: 7 Stück Ochsen, 3 Stück Stiere, 14 Stück Kühe, zusammen 24 Stück.

Für die Eigenregie der Garnison und die Großschlächterei für die Provinz:

Schlachtviehauftrieb: 32 Stück Mastvieh, 3 Stück Beinlvieh, zusammen 35 Stück.

Darunter befanden sich: 1 Stück Ochsen, 3 Stück Stiere, 31 Stück Kühe, — Stück Büffel, zusammen 35 Stück.

Nachweisung

der eingegangenen Spenden und der hievon bestrittenen Ausgaben bis 11. September 1918.

Empfang	Betrag K	Betrag h
Beihilfen vom Kriegshilfsbureau des k. k. Ministeriums des Innern . . . Bargeld .	2,105.000	—
Wertpapiere im Nennwerte von .	50.000	—
Spenden ohne besonderen Widmungszweck Bargeld .	[1]) 6,326.507	01
Spenden für Ausspeisungszwecke:		
a) Freitischablösungsbeträge, gesammelt von Exzellenz Gräfin Anka Bienerth-Schmerling	[2]) 3,446.091	55
b) Abfuhren des Komitees des „Schwarz-gelben Kreuz" . . . . . Bargeld .	[3]) 1,367.222	80
Wertpapiere im Nennwerte von .	80.000	—
c) Sonstige . . . . . Bargeld .	[4]) 1,628.674	69
in Wertpapieren .	—	—
Spenden für die Aktion: „Warmes Frühstück für Schulkinder" . . . . . Bargeld .	[5]) 569.868	31
Spenden für allgemeine und Ausspeisungszwecke durch Exzellenz Frau Berta Weiskirchner als Vorsitzende der Frauen-Hilfsaktion	[6]) 5,892.602	27
Zinsen der Wertpapiere	304.046	61
Beitrag aus Staatsmitteln zu den Kosten der öffentlichen Ausspeisung	8,061.244	51
Vergütung für in den Nähstuben der Frauen-Hilfsaktion geleistete Arbeiten	2,790.065	95
Summe: Bargeld	32,491.323	70
Wertpapiere im Nennwerte von .	130.000	—
Ab die Ausgaben, Bargeld .	37,487.622	35
Wertpapiere im Nennwerte von .	50.000	—
Daher Abgang .	4,996.298	65
verfügbar .	80.000	—

Ausgaben	Betrag K	Betrag h
Fortlaufende Unterstützungen	3,265.580	09
Einmalige Unterstützungen	2,227.445	40
Auslagen für die Ausspeisung Bedürftiger .	27,646.577	86
Auslagen für die Näh- und Strickstuben der Frauen-Hilfsaktion	3,057.664	64
Beiträge an Fürsorgestellen, Bargeld . . .	1,133.916	88
Wertpapiere im Nennwerte von .	50.000	—
Auslagen für Porto, Drucksorten u. dgl. .	109.133	55
Verläge gegen Verrechnung	47.303	93
Summe: Bargeld .	37,487.622	35
Wertpapiere im Nennwerte von .	50.000	—
Anmerkung:		
An laufenden Unterstützungen für 76 Personen sind derzeit bewilligt pro Monat . . . . . 2.936 K 50 h		

Wien, am 11. September 1918.

Weidinger m. p.,
Rechnungs-Ober-Revident.

[1]) Darunter als Erlös für abgegebene 357.160 K 60 h Nominale Wertpapiere 298.755 K 51 h
[2]) „ „ „ „ „ „ 22.276 „ — „ „ „ „ 18.391 „ 55 „
[3]) „ „ „ „ „ „ 252.000 „ — „ „ „ „ 227.140 „ 80 „
[4]) „ „ „ „ „ „ 83.733 „ 80 „ „ „ „ 77.008 „ 80 „
[5]) „ „ „ „ „ „ 400 „ — „ „ „ „ 314 „ — „
[6]) „ „ „ „ „ „ — „ — „ „ „ „ — „ — „
715.570 K 40 h 621.610 K 66 h.

Stand der Anmeldungen für den Unterhaltsbeitrag am 15. September 1918.

Bezirk	Zahl der eingelangten Anmeldungen	Davon wurden vorgelegt der: Unterhalts-Kommission in Wien	Unterhalts-Kommission d. Heimatortes	Zentralstelle im Neuen Rathause	In Behandlung sind noch	Anmerkung giro.	Anmerkung a. a.
I.	3255	2972	—	4	38	241	—
II.	38224	36151	110	106	42	1815	—
III.	28805	27665	400	185	67	488	—
IV.	6771	6022	201	44	170	175	159
V.	24587	23550	25	20 Abt. XI:111	256	625	—
VI.	9516	9491	—	—	25	—	—
VII.	9253	8931	—	90	34	198	—
VIII.	10173	8111	49	10	29	1758	216
IX.	18782	18204	—	—	30	548	—
X.	40008	39411	19	234	104	49	191
XI.	10594	10263	—	26	100	205	—
XII.	27401	26835	—	75	124	—	367
XIII.	28836	27168	—	510	38	1120	—
XIV.	28591	27741	—	122	42	686	—
XV.	17174	16622	—	54	21	477	—
XVI.	53444	52230	677	392	145	—	—
XVII.	32708	31728	162	149	168	377	124
XVIII.	13969	13820	5	30	8	106	—
XIX.	10425	10036	92	45	80	172	—
XX.	34932	33870	166	255	21	620	—
XXI.	16885	16226	102	166	92	299	—
Summe	464333	447047	2008	2628	1634	9959 + 1057 = 11016	

Kleinhandelspreise wichtiger Lebensmittel und Approvisionierungsartikel im Wiener Gemeindegebiete.

Artikel		Nähere Bezeichnung	Menge	Woche vom 9. September bis 15. September 1915. Preise in Hellern: von	bis	25. Juli 1914: von	bis	Woche vom 8. September bis 14. September 1916: von	bis
Rindfleisch mit Zuwage	inländisches	vorderes	1 kg	698	1280	160	220	720	1800
	ausländisches		"	—	—			—	—
	inländisches	hinteres	"	800	1460	180	260	840	2000
	ausländisches		"	—	—			—	—
Schweinefleisch		abgezogenes	"	—	—	160	280	1420	1600
		junges	"	—	—	160	280		
Pferdefleisch		vorderes	"	560	700	88	112	—	450 *)
		hinteres	"	—	—	96	120	—	560 *)
Kartoffel	inländische	runde (frühe)	"	—	44	20	26	—	72
	ausländische		"	—	—			—	—
Zwiebel			"	—	—	32	40	150	284
Zucker			"	116	123	80	92	148	160
Weizenmehl		Auszugmehl	"	—	120	42	48	—	276
		Mundmehl	"	—	99	40	44	—	170

*) Handelspreise Vorderes 12 bis 20 K, Hinteres 14 bis 22 K.

Artikel		Nähere Bezeichnung	Menge	Woche vom 9. September bis 15. September 1915		25. Juli 1914		Woche vom 8. September bis 14. September 1916	
				Preise in Hellern					
				von	bis	von	bis	von	bis
Brot		weißgemischt	kg	—	—	27·8	42·7	—	—
		schwarzgemischt	„	—	57·1	25·5	39·7	—	124
Sauerkraut			„	—	—	—	—	—	—
Fisolen			„	—	—	36	40	—	—
Erbsen		ganz	„	—	—	32	48	—	—
		gespalten	„	—	—	48	64	—	—
Reis			„	—	—	42	82	—	—
Schweineschmalz			„	—	—	176	200	—	—
Speck geräuchert		ohne Paprika	„	—	—	154	200	Höchstpreise: — Handelspreise: —	—
Butter	ausländische	Tee-	„	—	—	320	400	—	2684
	inländische			1200	1360	220	300	—	—
		Koch-	„	—	—	—	—	—	—
Margarine			„	833	1200	160	200	833	1000
Eier		frische	1 Stück	32	48	7	10	53	113
		konservierte	„	—	—	—	—	—	—
Milch im Ausschank		Voll-	1 l	56	64	26	32	104	112
		Mager-	„	—	—	20	26	—	—
Petroleum			„	—	50	26	36	—	50
Kohle		Stein-	50 kg	350	420	186	204	433	669
		Braun-	„	160	300	107	119	354	500

Bericht über die Gesundheitsverhältnisse der Zivilbevölkerung Wiens in der Zeit vom 8. August bis 16. September 1918.

Die Gesundheitsverhältnisse der Stadt waren in der Berichtszeit stark von der sommerlichen Hitze beeinflußt, welche durch das rasche Verderben der ohnehin kärglichen Nahrungsmittel, namentlich der Milch, des Fleisches und der Würste zu zahlreichen Darmerkrankungen Anlaß gab, wobei zum Schlusse die Schwämmevergiftungen auch keine unbedeutende Rolle spielten. Die Sterbeziffer auf 1000 Einwohner mit Ausschluß der Ortsfremden und der Personen unbekannten Wohnortes betrug in den fünf Berichtswochen 13·7 gegen 15·2 im Vorjahre, war daher verhältnismäßig niedrig, weil im Vorjahre in der gleichen Zeit die Ruhr bedeutend stärker verbreitet war. An dieser Krankheit sind in der Berichtszeit 237 Personen gestorben, gegen 394 im Vorjahre, an Lungentuberkulose 644 gegen 851 im Vorjahre, an Schwämmevergiftungen 91 Personen. Der Stand der Infektionsfälle war im allgemeinen gering; nur die Dysenterie hatte mit 675 Fällen gegen 835 im Vorjahre starke Verbreitung aufgewiesen. Von hochvirulenten Krankheiten blieb die Wiener Bevölkerung fast verschont. An Flecktyphus erkrankten 7 Militärpersonen, darunter 4, die im städtischen Gaswerke Leopoldau beschäftigt waren; da derzeit 14 Tage seit der letzten Erkrankung verflossen sind und unter den in Beobachtung stehenden Arbeits- und Wohnungsgenossen bisher keine verdächtige Erkrankung beobachtet wurde, so ist zu erwarten, daß der Krankheitsherd im Gaswerke eingedämmt wurde. Außerdem erkrankte eine Kaffeehausbesitzerin infolge Verkehres mit Reisenden aus Galizien. An Blattern ist eine aus Chotebor zugereiste Hilfsarbeiterin und ein ungeimpftes Kind erkrankt, deren Angehörige mit der Familie der Hilfsarbeiterin in Wien und in Chotebor in Verkehr gestanden sind. Von Cholera ist die Stadt frei geblieben. Die Zahl der Hundswutfälle hat sich zwar im Vergleich zum Frühjahr vermindert, ist aber noch immer hoch; im städtischen Gesundheitsamte sind im August 15 Anzeigen über Wuterkrankungen bei Hunden eingelaufen gegen 19 im Juli und 33 im Juni; hiezu kamen im September 4 neue Fälle; von wütenden Hunden wurden im August 6 Personen verletzt, eine Frau im 19. Bezirke ist nach einer Bißverletzung gestorben, doch

die Diagnose Wut noch nicht sichergestellt. Seit Jahresbeginn sind 135 Hundswutfälle gemeldet worden; 46 Personen wurden verletzt, 3 sind an Lyssa erkrankt, 2 sind gestorben.

Stadtrat.

Sitzung des Stadtrates.

Donnerstag, 2. Jänner, 10 Uhr vormittags.

Gemeinderats-Ausschuß

für die

Verleihung des Heimatrechtes und des Bürgerrechtes.

Sitzung vom 14. November 1918.

Vorsitzende: Bgm. Dr. Weiskirchner, die GR. Dechant und Breuer.

Anwesende: die GR. Aichhorn, Ritter v. Findenigg, Heffenmeyer, Heindl, Hötzel, Kurz, Partik, Paulitschke, Pichler, Roth, Rotter, Sadilek und Vaugoin.

Beigezogen: Magistrats-Direktor Pawelka.

Folgenden Bewerbern wird über ihr Ansuchen das Bürgerrecht der Stadt Wien verliehen:

Nach dem Berichte und Antrage des GR. Pichler:

(10288, M. B. A. VII, 846/V.) Ignaz Kolruß, Glasgraveur.

(10290, M. B. A. VII, 10039/V.) August Louis Kraushaar, Posamentierer.

(10291, M. B. A. VII, 1254/V.) Augustin Stepansky, Kürschnermeister.

(10507, M. B. A. VII, 799/V.) Josef Schießling, Glasermeister.

(10510, M. B. A. VII, 757/V.) Heinrich Hegele, Gold- und Silberwaren-Erzeuger.

(10045, M. B. A. VII, 748/V.) Heinrich Perzi, Geschäftsleiter.

(10508, M. B. A. VII, 10016/V.) Ignaz Tabacek.

(10046, M. B. A. VII, 749/V.) Johann Kornherr.

Nach dem Berichte und Antrage des GR. Rotter:

(9438, M. B. A. VIII, 206/I/IV.) Josef Nowak, Schneidermeister.

(10037, M. B. A. II, 157/VIII.) Eduard Hofmann, Spirituosen-Erzeuger.

(10036, M. B. A. II, 318/VIII.) Johann Alois Ippisch, Zuschneider.

Nach dem Berichte und Antrage des GR. Partik:

(10554, M. B. A. IX, 282/V.) Karl Bründl, Schlossermeister.

(9656, M. B. A. IX, 147/V.) Leopold Gold, Tischlermeister.

(10953, M. B. A. IX, 349/V.) Adolf Ohly, Firmeninhaber.

(9178, M. B. A. IX, 155/V.) Josef Kreinhöfer, Fleischselchermeister.

(10958, M. B. A. XIII, 76/V.) Alois Burger, Firmeninhaber.

(10511, M. B. A. XIII, 77.) Martin Simroth, Gemischtwaren-Verschleißer.

(10956, M. B. A. XIII, 216.) Karl Ferschmann, Gemischtwaren-Verschleißer.

(10957, M. B. A. XIII, 167.) Ottokar Anton Emmerich Culk, Stadtbaumeister.

Nach dem Berichte und Antrage des GR. Kurz:

(11004, M. B. A. L, 22160/17.) Anton Kretschak, Elektrotechniker.

(10047, M. B. A. L, 8882.) Rudolf Schaffhauser, Gemischtwaren-Verschleißer.

(10052, M. B. A. XII, 20408.) Johann Ibsniller, Gastwirt (Taxe 300 K).

(10055, M. B. A. XII, 22302.) Paul Kinsky, Schuhmachermeister (Taxe 300 K).

(10053, M. B. A. XII, 8852.) Franz Danner, Hausbesitzer (Taxe 300 K).

(10051, M. B. A. XII, 11095.) Josef Mohr, Werkzeugmacher.

(10049, M. B. A. XII, 14396.) Anton Tonliczek, Hausbesitzer.

(10050, M. B. A. XII, 28338.) Josef Wollenetz, Hausbesitzer.

(10048, M. B. A. XII, 13072.) Karl Bosnijak, Photograph.

(10504, M. B. A. XII, 13403.) Franz Sedivetz, Gemischtwaren-Verschleißer.

Nach dem Berichte und Antrage des GR. Kurz wird beschlossen:

Folgenden Bewerbern wird gegen Erlag der ihrem Aufenthalte entsprechenden Taxe des Wiener Heimatrecht zugesichert:

(10888, M. B. A. XI, 5650.) Kaul Stirer, Hilfsarbeiter.

(10312, M. B. A. XII, 8723.) Leodegar Gerszi, Oberleutnant.

(10090, M. B. A. XII, 3049.) Josef Polster, Monteur.

Folgende Bewerber werden gegen Erlag der ihrem Aufenthalte entsprechenden Taxe in den Wiener Heimatverband aufgenommen:

(11034, M. B. A. X, 45330/17.) Karl Rudolf, Fleischhauergehilfe.

(10254, M. B. A. XIa, 8134.) Richard Stegmann, Oberleutnant.

(10075, M. B. A. X, 1381.) Edmund Chocholous, Spezereiwarenhändler.

(10098, M. B. A. XII, 29486.) Dem Josef Endstraßer, Baumeister, wird über sein Ansuchen die Taxe für die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Heimatverband von 600 K auf 100 K herabgesetzt.

Nach dem Berichte und Antrage des GR. Heffenmeyer wird beschlossen:

Folgenden Bewerbern wird über Ansuchen das Bürgerrecht der Stadt Wien verliehen:

(10294, M. B. A. XVI, 8469.) Franz Filip, Fleischhauermeister.

(10513, M. B. A. XVI, 20335.) Karl Breyer, Gärtner.

(10512, M. B. A. XVI, 16312.) Karl Stemmer, Kleinfuhrwerksbesitzer.

Folgenden Bewerbern wird über ihr Ansuchen die Aufnahme in den Wiener Heimatverband gegen Erlag der ihrem Aufenthalte entsprechenden Taxe zugesichert.

(10093, M. B. A. XVI, 55728/17.) Andreas Baisa, Hausbesitzer.

(10313, M. B. A. XVI, 20417.) Johann Haufner, Maurermeister.

Folgende Bewerber werden über ihr Ansuchen gegen Erlag der ihrem Aufenthalte entsprechenden Taxe in den Wiener Heimatverband aufgenommen:

(10520, M. B. A. XVI, 24563.) Ludwig Bailaiga, Gärtner.

(11212, M. B. A. XIV, 13298.) Johann Koralek, Versicherungsbeamter.

Nach dem Berichte und Antrage des GR. Heindl wird folgenden Bewerbern über ihr Ansuchen das Bürgerrecht der Stadt Wien verliehen:

(10034, M. B. A. I, 8900.) Friedrich Käftner, Gemischtwarenhändler.

(10035, M. B. A. I, 11479.) Josef Mahm, Holz- und Kohlenhändler.

(11215, M. B. A. I, 9251.) Georg Hapringer, Gemischtwaren-Verschleißer.

(10818, M. B. A, I, 14950.) Ludwig Wlcek, Damenkleidermacher.

Nach dem Berichte und Antrage des GR. Paulitschke wird folgenden Bewerbern über ihr Ansuchen das Bürgerrecht der Stadt Wien verliehen:

(10685, M. B. A. VI, 17656.) Ferdinand Rupp, Drechslermeister.

(10686, M. B. A. VI, 10183.) Richard Karl Ornstein, Direktor.

(10506, M. B. A. VI, 2883.) Johann Jerabek, Schuhmachermeister.

(11103, M. B. A. VI, 18358.) Eugen Fleischacker, Photograph.

(Obmann-Stellvertreter GR. Breuer übernimmt den Vorsitz.)

Folgenden Bewerbern wird über ihr Ansuchen das Bürgerrecht der Stadt Wien verliehen:

Nach dem Berichte und Antrage des GR. Roth:

(10820, M. B. A. V, 4105.) Matthias Kopenecz, Schneidermeister.

(7932, M. B. A. XII, 36618/17.) Rudolf Leon, Friseurmeister.

(8911, M. B. A. V, 8608.) Josef Adler, Fleischselchermeister.

(10951, M. B. A. V, 2110/V.) Ludwig Deyer, Tischlermeister.

(10038, M. B. A. III, 7845.) Friedrich Ballmann, Kaufmann.

(10039, M. B. A. III, 842/V.) Ferdinand Obenaus, Gastwirt.

(10040, M. B. A. III, 752/V.) Julius Thomas Krapp, Mechaniker.

(10285, M. B. A. III, 10672.) Josef Pokorny, Privatbeamter.

(10684, M. B. A. III, 101/V.) Franz Pfiffer, Glasermeister.

(10819, M. A. III, 39485.) Josef Salm, Branntweinschänker.

Nach dem Berichte und Antrage des GR. Roth wird beschlossen:

(9210, M. B. A. XVIII, 28760/17.) Johanna Kopetz, geb. Bartsch, provisorische Lehrerin, und deren minderjähriger Sohn werden über ihr Ansuchen gegen Erlag der ihrem Aufenthalte entsprechenden Taxe in den Wiener Heimatverband aufgenommen.

(11209, M. B. A. II, 8092.) Theodor Edler v. Lerch, Generalmajor, wird über sein Ansuchen gegen Erlag der seinem Aufenthalte entsprechenden Taxe in den Wiener Heimatverband aufgenommen.

(10527, M. B. A. V, 492.) Der Korina Franziska Pavesy wird über ihr Ansuchen gegen Erlag der ihrem Aufenthalte entsprechenden Taxe die Aufnahme in den Wiener Heimatverband zugesichert.

Folgenden Bewerbern wird über ihr Ansuchen das Bürgerrecht der Stadt Wien verliehen:

Nach dem Berichte und Antrage des GR. Aichhorn:

(10698, M. B. A. V, 1814/V.) Josef Spacek, Kleidermachermeister.

(10697, M. B. A. V, 590/V.) Josef Schöfmann, Gemischtwaren-Verschleißer.

Nach dem Berichte und Antrage des GR. Breuer:

(10293, M. B. A. XV, 30202.) Adolf Löschner, Kammmachermeister. (Taxe 300 K.)

(10687, M. B. A. XV, 1081.) Karl Sehnalek, Kanzlist. (Taxe 300 K.)

(10700, M. B. A. XV, 7207.) Johann Drescher, Reisender. (Taxe 300 K.)

(10042, M. B. A. IV, 327/IV.) Karl Soucek, Herrenschneidermeister.

(10292, M. B. A. XV, 9428.) Karl Ensthaler, Fleischselcher.

(10959, M. B. A. XV, 5329.) Franz David, Tischlermeister.

(10043, M. B. A. IV, 393.) Josef Kadlcik, Schlossermeister.

(10286, M. B. A. IV, 310/IV.) Josef Ruzek, Holz- und Kohlenhändler.

(7950, M. B. A. IV, 606/IV.) Anton Tham, Dienstmann.

Nach dem Berichte und Antrage des GR. Sadilek:

(11226, M. B. A. VII, 1008/V.) Leopold Georg Lahner, Fleischselchermeister.

(11224, M. B. A. VII, 1281/V.) Ignaz Bauer, Gemischtwarenhändler.

(11229, M. B. A. VII, 1019/V.) Matthäus Pomykala, Ledergalanteriewaren-Erzeuger.

Folgenden Bewerbern wird über ihr Ansuchen gegen Erlag der ihrem Aufenthalte entsprechenden Taxe die Aufnahme in den Wiener Heimatverband zugesichert:

Nach dem Berichte und Antrage des GR. Sadilek:

(10973, M. B. A. XX, 16869.) Franz Eder, Straßenarbeiter, und dessen minderjährigen Kindern.

(10310, M. B. A. VII, 957/V.) Henriette v. Remenyik, Private.

(20311, M. B. A. VII, 958/V.) Luise Auguste Remenyik, Private.

(10085, M. B. A. VII, 916/V.) Michael Malatz, Hutmachergehilfe.

(11024, M. B. A. VII, 735/V.) Franz Mucnjak, Hofhausdiener.

(11023, M. B. A. VII, 924/V.) Hans Hoff, Student.

Nach dem Berichte und Antrage des GR. Rotter:

(10968, M. B. A. VIII, 191/I/IV.) Anna Jahl, Stubenmädchen.

(10079, M. B. A. II, 270/VIII.) Karl Rajter, Platzmeister.

(10086, M. B. A. VIII, 257/IV.) Dr. Ernst Edler v. Szirányi, Arzt.

(10085, M. A. IX a, 8220.) Ernst Otto Hieronimus, Fabriks-Direktor.

(11232, M. B. A. II, 224/VIII.) Franz Labutta, Torwärter.

Nach dem Berichte und Antrage des GR. Partik:

(11059, M. A. XI a, 8310.) Josef Karl Freiherr Nemecie v. Bihocgrad, Feldmarschalleutnant.

(11179, M. B. A. IX, 824/IV.) Antonie Kovac, Hausschneiderin.

(10737, M. B. A. IX, 229/V.) Johann Nepp, Magazineur.

(10738, M. B. A. IX, 133/V.) Rosa Medakovic, geb. Kanzlaric, Majorswitwe.

(10969, M. B. A. IX, 43/V.) Rudolf Paul Miko, Buchhandlungsgehilfe.

(10979, M. B. A. IX, 220/V.) Paula Wagner, Lehramtskandidatin.

(10739, M. B. A. IX, 327/V.) Rudolf Reindl, Rechnungs-Unter-Offizier.

(11234, M. B. A. IX, 528.) Anton Edler v. Winter, Direktor der Konsularakademie.

(10092, M. B. A. XIII, 48148/XVII.) Josef Franz Wollek, Handelsakademiker.

(10091, M. B. A. XIII, 49622.) Josef Johann Techy, Hafnergehilfe.

Nach dem Berichte und Antrage des GR. Paulitschke:

(10967, M. B. A. VI, 12216.) Wilhelmine Anna Nathe, Erzieherin.

(10309, M. B. A. VI, 18249.) Emil Dobrowski de Dobrowa, Privatbeamter.

Nach dem Berichte und Antrage des GR. Heindl:

(11230, M. B. B. XI a, 8422.) Alexander Burjan, Ober-Ingenieur.

(11231, M. B. A. XI a, 8088.) Armandola Edler v. Wehrfest, Major.

(10796, M. B. A. I, 28186.) Nikolaus Moritz Alois Huber, Maria Prinz zu Hohenlohe-Waldenburg-Schillingsfürst, Legationsrat.

Nach dem Berichte und Antrage des GR. Ritter v. Findenigg:

(10735, M. B. A. III, 893/V.) Karoline Josefa Pakaski, geb. Panek, Kanzleigehilfin, und deren minderjährigen Kindern.

(10966, M. B. A. III, 2823.) Anton Rabitz, Fleischhauermeister.

(11175, M. B. A. XIII, 25854.) Franz Pokorny, Privat.

Nach dem Berichte und Antrage des GR. Aichhorn:

(9659, M. B. A. V, 4841.) Anna Zoller, geb. Novotny, Bedienerin, und deren vier minderjährigen Kindern.

(10526, M. B. A. V, 1289/V.) Friedrich Heinrich Oskar Max Westerhoff, Privatbeamter.

Nach dem Berichte und Antrage des GR. Breuer:

(10974, M. B. A. XV, 3943.) Michael Rektenwald, Friseur

(11177, M. B. A. IV, 74/IV.) Johann Gruin, Friseur.

(11176, M. B. A. IV, 178/IV.) Karl Michael Wandner, Privatbeamter.

(10082, M. B. A. IV, 309/IV.) Karl Dörner, Architekt.

(10523, M. B. A. IV, 261/IV.) Michael Geza Ferdinand Zach, Zuckerbäckergehilfe.

(10965, M. A. XI a, 7940.) Ernst Arnheim, Hofburgschauspieler.

(10525, M. B. A. IV, 448/IV.) Mathilde Anna Tschirsch, Hilfsbeamtin.

(10524, M. B. A. IV, 686/IV.) Wilhelm Riecke, genannt Sohns, Gymnasialschüler.

(10083, M. B. A. IV, 599/IV/17.) Leopold Janisch, Fleischhauergehilfe.

(10964, M. A. XI a, 7872/15.) Josef Albert Rudolf Stephani, Oberst.

Folgende Bewerber werden über ihr Ansuchen gegen Erlag der ihrem Aufenthalte entsprechenden Taxe in den Wiener Heimatverband aufgenommen:

Nach dem Berichte und Antrage des GR. Sadilek:

(11239, M. A. XI a, 8261.) Karl Knesek, Rittmeister.

(10519, M. B. A. VII, 611/V.) Andreas Schwarz, Militärrechnungs-Offizial.

(11253, M. A. XI a, 7950.) Viktor Wawretschka, Leutnant.

(11235, M. B. A. VII, 1303/V.) Marie Rechberger, Dienstmagd.

(11032, M. B. A. VII, 1006/V.) Franz Klein, Gastwirt.

(11031, M. B. A. VII, 1436/V.) Karl Buchelt, Handelsangestellter.

(11033, M. B A. VII, 1000/V.) Marie Korbel, Köchin.

(11030, M. B. A. VII, 690/V.) Josef Wundsam, Handelsangestellter.

Nach dem Berichte und Antrage des GR. Rotter:

(11006, M. B. A. VIII, 340/IV.) Helene Dynes, Lehramtskandidatin.

(11237, M. A. XI a, 8162.) Karl Franz Ginskey, Schriftsteller.

(11008, M. A. XI a, 8031.) Franz Wimmer, Major.

(11201, M. A. XI a, 8065.) Heinrich Laurenz Karl v. Kutschera, Oberst.

(11205, M. A. XI a, 8163.) Dr. Robert Dörr, Ober-Stabsarzt.

(10063, M. B. A. II, 552/VIII.) Leopold Cisar, Kellner.

(10745. M. B. A. VIII, 251/1/IV.) Hedwig Zdrazila, Lehramtskandidatin.

Nach dem Berichte und Antrage des GR. Baugoin:

(11245, M. A. XI a, 8201.) Valerian Andreas Piotrowski, Major.

(11246, M. A. XI a, 8222.) Jahann Schubert, General-Intendant.

Nach dem Berichte und Antrage des GR. Partik:

(10749, M. B. A. XIII, 339/V.) Eugen Lyrom v. Onor, Oberleutnant.

(10077, M. B. A. XIII, 49485/17.) Johannes Petter, Gärtner.

(10078, M. B. A. XIII, 3558.) Leopoldine Jisa, Verkäuferin.

(10978, M. B. A. IX, 406/V.) Richard Albert Grod, Militär-Ober-Offizial.

(10979, M. B. A. IX, 193/V.) Felix v. Kantz, Kaufmann.

(10746, M. B. A. IX, 272/V.) Edmund Otte, Lehramtskandidat.

(10748, M. B. A. IX, 318/V.) Rudolf Beran, Selchermeister.

(11213, M. B. A. IX, 73/V.) Theodor Josef Brosch Edler v. Aarenau, Oberst.

(11244, M. A. XI a, 8197.) Dr. Erhard Glaser, Ober-Stabsarzt.

(10074, M. B. A. IX, 387/V.) Max Josef Heiska, Militärbeamter.

(10980, M. B. A. XIII, 3712.) Maria Pasold, provisorische Lehrerin.

(10076, M. B. A. XIII, 1133.) Robert Hefner, Laborant.

Nach dem Berichte und Antrage des GR. Paulitschke:

(11248, M. A. XI a, 8099.) Johann Hermann Josef Ritter Bordolo v. Boreo.

(11206, M. A. XI a, 8064.) Oskar Robert Hoffmann, Oberst.

(11210, M. B. A. VI, 25693.) Johann Luef, Schank-Ober-Kellner.

Nach dem Berichte und Antrage des GR. Heindl:

(11247, M. A. XI a, 8066.) Josef Maraus, Hauptmann.

(11249, M. A. XI a, 8183.) Leopold Busch, Jurist.

(11252, M. A. XI a, 8106.) Josef Roedl, Major.

(11256, M. A. XI a, 8067.) Ernst Müller, Oberstleutnant.

Nach dem Berichte und Antrage des GR. Ritter v. Findenigg:

(10066, M. B. A. III, 617/V.) Heinrich Deutscher, Student.

(10067, M. B. A. 36076/17.) Bernhard Holzer, Geschäftsinhaber.

(10069, M. B. A. III, 1170.) Poser Pinkus.

(10617, M. B. A. III, 11414.) Hermann Frischauf, Kanzlei-Diurnist.

(11029, M. B. A. III, 40/V.) Norbert Bär, Privatbeamter.

(11255, M. A. XI a, 8134.) Robert Busch, Hauptmann.

(11242, M. A. XI a, 8131.) Ottomar Madle v. Lenzbrugg, General der Infanterie.

(11207, M. A. XI a, 8301.) Eugen Kaplan, Militärintendant.

(11251, M. A. XI a, 7942.) Kornel Mayer, Oberstleutnant.

(11241, M. A. XI a, 8194.) Robert v. Langer, Feldmarschalleutnant.

Nach dem Berichte und Antrage des GR. Aichhorn:

(11202, M. B. A. XI a, 8030.) Konrad Wretscher, General-Intendant.

(11238, M. A. XI a, 8302.) Rudolf Richter, Oberstleutnant.

(11070, M. B. A. V, 19577.) Marie Ledr, geb. Bock, Büglerin und deren minderjährige Kinder.

(10072, M. B. A. V, 16418/17.) Emmerich Alois Ohna, Gemischtwaren-Verschleißer.

Nach dem Berichte und Antrage des GR. Breuer:

(10750, M. B. A. XXI, 19306.) Karl Mück, Nordbahn-Kondukteur.

(10983, M. B. A. XV, 12959.) Adolf Nandor Putzker, Metallwarenfabrikant.

(11208, M. A. XI a, 8138.) Karl Poschenburg-Okrotny, Lehrer.

(11233, M. B. A. XV, 1460/IV.) Oskar Karl Schwalb, Oberst.

(11007, M. A. XI a, 8004.) Alfred Edler v. Schenk, General der Infanterie.

(11009, M. A. XI a, 7827.) Franz Burda, Hauptmann.

(11516, M. A. XI a, 5851.) Josefine Stoy, provisorische Lehrerin.

(10518, M. B. A. IV, 753.) Emil Alfred Roth, Zivil-Ingenieur.

(10742, M. A. XI a, 7941.) Viktor Poschenburg-Okrotny, Major.

(10538, M. A. XI a, 7720.) Lothar Edler v. Hortstein, General der Infanterie.

(10743, M. A. XI a, 5185.) Karaline Wodraschka, Private.

(10560, M. A. XI a, 7911.) Edmund Ritter v. Zaremba, Feldmarschalleutnant.

(10537, M. A. XI a, 7721.) Erich Edler v. Hortstein, Rittmeister.

(10741, M. A. XI a, 7873.) Richard Anton Kastel.

(10975, M. A. XI a, 6902.) Josef Sprung, Maschinschlosser, gehilfe.

(11027, M. A. XI a, 7531.) Jakob Heinrich Pulit, Militärbeamter.

(10688, M. A. XI a, 4796.) Alfred Hortwig, Hauptmann.

Folgenden Bewerbern wird über ihr Ansuchen die Gebühr für die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Heimatverband herabgesetzt:

Nach dem Berichte und Antrage des GR. Breuer:

(11010, M. A. XI a, 8103.) Karl Pinzer, Friseurgehilfe (auf 100 K).

(10984, M. A. XI a, 8003.) Marie Kromer, Schauspielerin (auf 40 K).

Nach dem Berichte und Antrage des GR. Rotter wird beschlossen:

(10069, M. B. A. VIII, 90/2/IV.) Das Ansuchen des Samuel Neufeld, Buchdruckereibesitzers, um Herabsetzung der Taxe für die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Heimatverband wird abgewiesen.

(10985, M. B. A. VIII, 91/1/IV.) Der Rosa Kirchhof, Vermieterin, wird über ihr Ansuchen die Taxe für die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Heimatverband auf 50 K herabgesetzt.

Folgenden Bewerbern wird über ihr Ansuchen die Taxe für die Aufnahme in den Wiener Heimatverband herabgesetzt:

Nach dem Berichte und Antrage des GR. Partik:

(10986, M. B. A. IX, 30/V.) Franz Bali, Schlossermeister (auf 40 K).

(10987, M. B. A., 203/V.) Nikolaus Bletlinger, Friseur (auf 100 K).

(11020, M. B. A. IX, 384/V.) Eugen Alexander Hermann, Beamter (auf 40 K).

(4285, M. B. A. IX, 684/V/17.) Aurelia Katharina Konrath, Gemischtwaren-Verschleißerin (auf 200 K).

Nach dem Berichte und Antrage des GR. Breuer:

(10522, M. B. A. XXI, 17050.) Johann Schirato, Schlossergehilfe (auf 40).

Die Ansuchen folgender Bewerber um Herabsetzung der Taxe für die Aufnahme in den Wiener Heimatverband werden abgewiesen:

Nach dem Berichte und Antrage des GR. Paulitschke:

(10095, M. B. A. VI, 8853/17.) Aron Garzo, Kürschnermeister.

Nach dem Berichte und Antrage des GR. Breuer:

(10539, M. B. A. IV, 404/IV ex 1917.) Hildegarde Kanner.

Nach dem Berichte und Antrage des GR. Breuer wird beschlossen:

(P. Z. 10751, M. A. XI a, 5045.) Die eidliche Angelobung der Bürgerpflichten durch Franz Michalek wird als geschehen angesehen; dessen Witwe Anastasia Michalek erlangt somit alle mit dem Bürgerrechte verbundenen Vorteile.

Nach dem Berichte und Antrage des GR. Sadilek wird beschlossen:

(10999, M. A. XI a, 7980.) Der Beschluß vom 6. März 1913, P. Z. 3239, mit welchem dem Josef Horvath das Heimatrecht in Wien zugesichert wurde, wird über das erfolgte Ableben des Genannten widerrufen.

Der vom Magistrate geltend gemachte Anspruch auf Aufnahme folgender Personen und ihrer Rechtsnachfolger in den Heimatverband nachstehender Gemeinden wird zur Kenntnis genommen und nachträglich genehmigt:

(9661, M. A. XI a, 7095.) Barbara Rickert nach Ebergassing.

(10058, M. A. XI a, 7666.) Anna Maria Maister nach Allentsteig.

(10059, M. A. XI a, 7573.) Josef Friesenbichler nach Prag.

(10060, M. A. XI a, 7369.) Laura Weber nach Liesing.

(10530, M. A. XI a, 7760.) Anton Wiesböck nach Graz.

(11216, M. A. XI a, 8204.) Amalie Stangl nach Mödling.

(10300, M. A. XI a, 7602.) Der Stadtrats-Beschluß vom 18. März 1915, P. Z. 3142, mit welchem der Justine Vargic das Heimatrecht in Wien zugesichert wurde, wird über die erfolgte Zurückziehung des Ansuchens seitens der Genannten widerrufen.

Nach dem Berichte und Antrage des GR. Breuer wird beschlossen:

(11180, M. A. XI a, 8195.) Das Ansuchen des Dr. Philipp v. Langenhan, Staatsrates, um Aufnahme in den Wiener Heimatverband wird genehmigt.

Außerdem wurden in dieser Sitzung im Sinne der §§ 2, 3 und 5 der Heimatgesetznovelle von 1896 679 Ansuchen um Aufnahme oder Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Heimatverband erledigt. Hievon entfielen auf Inländer 603 Aufnahmen und 67 Abweisungen, auf Ausländer 9 Zusicherungen.

Schluß der Sitzung.

Bezirksvertretungen

13. Gemeindebezirk, Hietzing.

Oeffentliche Sitzung vom 31. Oktober 1918.

Vorsitzender: BV. Leopold Karlinger.

Schriftführer: Magistrats-Ober-Kommissär Dr. Mennet.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und erklärt die Versammlung für beschlußfähig.

Die Aufnahmeschrift der letzten Sitzung wird verlesen und deren Fassung genehmigt.

Einlauf.

Rund-Antrag der Bezirksvertretung Mariahilf auf Heimbeförderung der Flüchtlinge.

Rund-Antrag der Bezirksvertretung Alsergrund, betreffend Uebertragung der zu errichtenden Möbelabgabestellen für Kriegsgetraute und aus dem Felde heimkehrende Soldaten an Fachleute.

Zustimmung.

Rund-Antrag der Bezirksvertretung Favoriten, betreffend Stellungnahme gegen den Statthalterei-Erlaß, wonach Angehörige des Lebensmittelverbandes der Kriegsleistungsbetriebe Wiens verpflichtet wurden, Kaffee und Zucker ab 1. Oktober 1918 sowie Mehl durch diesen Lebensmittelverband zu beziehen.

Zustimmung.

Rund-Antrag der Bezirksvertretung Währing, betreffend Sperrung der Einkaufsgeschäfte für Seide und Jute.

Zustimmung.

Zuschrift der Magistrats-Abteilung IV, betreffend den Verkehr von Lastkraftwagen in dem engen Teile der Speisingerstraße.

Zur Kenntnis.

Zuschrift der Magistrats-Abteilung XVI, betreffend die Straßenbenennungen „Mauergasse", „Atzgersdorferstraße" und „Elisabethallee".

Zur Kenntnis.

Armenratswahl:

Als Stimmenzähler betätigen sich die Beiräte Rohrbacher und Wagner.

Es werden 24 giltige Stimmzettel abgegeben, die alle auf die vom Armen-Institute Vorgeschlagenen entfallen, und zwar auf:

Adolf Hermany, Zimmer- und Dekorationsmaler, 13., Hüttelsdorferstraße 113;

Josef Katzelmayer, Fuhrwerksbesitzer, 13., Penzingerstraße 80;

Karl Luttenberger, Verwaltungsbeamter der städtischen Gaswerke, 13., Breitenseerstraße 80, als Armenräte.

Alois Pohoralek, Zuckerbäcker, 13., Lainzerstraße 129;

Karl Marksteiner, Sauerkrautler, 13., Gurkgasse 44;

Eduard Aichinger, Hausbesitzer, 13., Linzerstraße 427, und

Julius Strohschneider, Beamter der Wiener Bezirkskrankenkasse, 13., Linzerstraße 405.

Hiemit erscheinen dieselben gewählt und verkündet der Vorsitzende dieses einstimmige Wahlergebnis.

Anträge.

BR. Endres beantragt, den Herrn Bürgermeister zu ersuchen, einen Ausschuß von 31 Personen aus Abgeordneten, Stadt- und Gemeinderäten, Fachleuten der Industrie, des Handels und Gewerbes, der Schulen, Kunst, Musik und der Presse zu bilden, die mit der Lösung von in Richtlinien gegebenen Großstadtfragen für die Stadt Wien als Hauptstadt von Deutschösterreich als beratende Fachleute, die genügend Zeit und Verständnis hiefür besitzen, zu betrauen wären.

Angenommen.

BR. Neudorfer wünscht die Verbesserung der schlechten Beleuchtungskörper in der Wolfersberggasse.

BR. Neudorfer beantragt die Wiedereröffnung des bestandenen Durchganges durch die von der Gemeinde angekaufte Realität Utendorfgasse 3 zwecks Unwegvermeidung zur Haltestelle Hütteldorf-Bad.

Angenommen.

BR. Branco betreibt über Zuschrift der Sektionsleitung des Deutsch-christlichen Wählervereines „Hacking" die Kanalisierung in der Himmelhofgasse und ersucht um Abhilfe gegen das Schnellfahren der Militärlastenautos in der Deutschordenstraße.

BR. Wimpissinger bemängelt die Parzellierung der Himmelhofgasse, die infolge Terrainschwierigkeiten eine Verbauung der noch unverbauten Seite schwer möglich mache.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

Allgemeine Nachrichten.

Ergebnis der Zählung der Kriegshinterbliebenen in Wien.*)

1. Die Gefallenen, Verstorbenen und Vermißten.

1. Verteilung der Verluste auf Tod und Vermissung.

	Zahl	Prozent	
Gefallen	3873	39·10	81·90
Gestorben	4251	42·80	
Vermißt	1789	18·10	
Summe	9913	100·00	

2. Alter der Gefallenen, Verstorbenen und Vermißten.

	Zahl	Prozent
Unter 20 Jahre	133	1·34
20 bis 30 Jahre	2683	27·06
30 bis 40 Jahre	4498	45·37
Ueber 40 Jahre	2599	26·23
Summe	9913	100·00

3. Familienstand der Gefallenen, Verstorbenen und Vermißten.

	Zahl	Prozent
Ledig	2860	28·85
Verheiratet	6848	69·10
Verheiratet, getrennt	27	0·27
Verheiratet, gerichtlich geschieden	108	1·08
Verwitwet	70	0·70
Summe	9913	100·00

*) Auf Grund der Verordnung des Ministeriums für soziale Fürsorge vom 20. April 1918, R.-G.-Bl. Nr. 151, durchgeführt vom städtischen Wohlfahrtsamte unter Mitwirkung der Konskriptionsamts-Abteilungen der magistratischen Bezirksämter.

4. Die Familien der Gefallenen, Verstorbenen und Vermißten nach der Zahl der leiblichen ehelichen und unehelichen Kinder.

	Zahl	Prozent
Kinderlose	4422	44·60
1 Kind	2335	23·56
2 Kinder	1581	15·95
3 Kinder	832	8·39
4 Kinder	413	4·17
5 Kinder	192	1·94
6 Kinder	82	0·82
7 Kinder	31	0·31
8 Kinder	16	0·26
9 Kinder	55	0·05
10 Kinder	1	0·01
12 Kinder	3	0 04
Summe	9913	100·00

5. Militärischer Grad der Gefallenen, Verstorbenen und Vermißten.

	Zahl	Prozent
Gagist	384	3·80
Mannschaft mit Charge	2081	22·00
Mannschaft ohne Charge	7412	74·00
Unbekannt	36	0·20
Summe	9913	100·00

6. Berufsstand der Gefallenen, Verstorbenen und Vermißten.

	Zahl	Prozent
Arbeiter	5941	60·00
Angestellte	2741	27 80
Selbständige Gewerbe	1011	10·00
Freier Beruf	99	1·00
Unbekannt	121	1·20
Summe	9913	100·00

7. Letztes ziviles Einkommen der Gefallenen, Verstorbenen und Vermißten.

Angestellte:

	Zahl	Prozent
Bis 100 K monatlich	310	11·30
Von 100 K bis 200 K monatlich	1387	50·70
Ueber 200 K monatlich	860	31·40
Verdienst unbekannt	184	6·70
Summe	2741	100 00

Arbeiter:

	Zahl	Prozent
Bis 30 K wöchentlich	1605	27 00
Von 30 K bis 60 K wöchentlich	2973	50·00
Ueber 50 K wöchentlich	1189	2 ·00
Verdienst unbekannt	174	25·00
Summe	5941	122·00

Selbständige Gewerbe und freier Beruf:

	Zahl	Prozent
Bis 2000 K jährlich	153	13·80
Ueber 2000 K jährlich	765	68·00
Verdienst unbekannt	192	18·20
Summe	1110	100·00

8. Dauer des Aufenthaltes der Gefallenen, Verstorbenen und Vermißten in Wien.

	Zahl	Prozent
Ueber zehn Jahre	8656	87·30
Unter zehn Jahre	873	8·80
Unbekannt	384	3·90
Summe	9913	100·00

9. Zuständigkeit der Gefallenen, Verstorbenen und Vermißten.

	Zahl	Prozent
Wien	6368	64·90
Fremd	3538	35·03
Unbekannt	7	0·07
Summe	9913	100·00

II. Die Kriegshinterbliebenen

Die Gesamtzahl der Witwen (Ehegattinnen) und der leiblichen Waisen der Gefallenen, Verstorbenen und Vermißten.

Witwen	6749
Gesamtzahl der hinterbliebenen nicht angetrauten Lebensgefährtinnen	247
Summe der hinterbliebenen Frauen	6996
Waisen	11534
Zahl der Stief- und Pflegekinder	543

Summe der hinterbliebenen, von den Gefallenen, Verstorbenen und Vermißten versorgten Kinder 12077

Auf eine Witwe entfallen Waisen 1·7. Auf eine hinterbliebene Frau entfallen Kinder: 1·7.

a) die Ehegattinnen der Gefallenen, Verstorbenen und Vermißten.

10. Alter der hinterbliebenen Ehefrauen.

	Zahl	Prozent
Unter 20 Jahre	4	0·95
20 bis 30 Jahre	1115	16·50
30 bis 40 Jahre	3710	54·10
Ueber 40 Jahre	1920	28·45
Summe	6749	100·00
Wieder verehelicht	37	0·50

11. Vorbildung der hinterbliebenen Ehefrauen.

	Zahl	Prozent
Volksschule	3732	55·00
Bürgerschule	1555	23·00
Handelsschule	82	1·20
Andere Schulbildung	95	1·80
Unbekannt	1285	19·00
Summe	6749	100 00

12. Beruf der hinterbliebenen Ehefrauen vor der Ehe.

	Zahl	Prozent
Arbeiterinnen	4575	67·80
Angestellte	449	6·85
Selbst. Gewerbe	119	1·86
Ohne Beruf	1606	23·49
Summe	6749	100·00

13. Beruf der hinterbliebenen Ehefrauen vor der Einrückung des Ehegatten.

	Zahl	Prozent
Arbeiterinnen	1090	17·00
Angestellte	157	2·00
Selbst. Gewerbe	169	2·00
Ohne Beruf	5333	80·00
Summe	6749	100·00

14. Gegenwärtiger Beruf der hinterbliebenen Ehefrauen.

	Zahl	Prozent
Arbeiterinnen	2319	34·00
Angestellte	541	8·00
Selbst. Gewerbe	342	5·00
Ohne Beruf	3547	53·00
Summe	6749	100·00
Häuslicher Beruf	822	28·30
Außerhäusl. Beruf	2083	71·70
Summe	2905	100·00

15. Gegenwärtiges Einkommen der hinterbliebenen Ehefrauen.

Unterhaltsbeitrag	4860
Unterhaltsbeitrag und Militärversorgung	726
Militärversorgung	667
Zivilpension	692
Arbeitseinkommen	2678
Kapitalsbesitz	114

16. Dauer des Aufenthaltes der hinterbliebenen Ehefrauen in Wien.

	Zahl	Prozent
Ueber 10 Jahre	5821	86·00
Unter 10 Jahre	892	13·50
Unbekannt	36	0·50
Summe	6749	100·00

17. Gesundheitszustand der hinterbliebenen Ehefrauen.

	Zahl	Prozent
Gesund	4431	65·06
Krank	2262	33·06
Unbekannt	56	0·08
Summe	6749	100·00

b) Die ehelichen und unehelichen Kinder der Gefallenen, Verstorbenen und Vermißten.

18. Alter der Kriegerwaisen.

	Zahl	Prozent
0 bis 3 Jahre	538	4·50
3 bis 6 Jahre	2100	18·60
6 bis 16 Jahre	7359	63·70
Ueber 16 Jahre	1537	13·20
Summe	11534	100·00

19. Abstammung der Kriegerwaisen.

	Zahl	Prozent
Eheliche	11061	95·90
Außereheliche	473	4·10
Summe	11534	100·00
Vollwaisen	219	1·90
Halbwaisen	11315	98·10
Summe	11534	100·00

20. Gegenwärtige Pflegestätte der Kriegerwaisen.

	Zahl	Prozent
Bei der Witwe	10455	90·60
Eingerückt	188	1·60
Bei Pflegeeltern	730	6·30
In Dienst oder Stellung	71	0·60
In Armenpflege	55	0·50
Unbekannt	35	0·40
Summe	11534	100·00

21. Zuständigkeit der Kriegerwaisen.

	Zahl	Prozent
Wien	7402	64·00
Fremd	4132	36·00
Summe	11534	100·00

22. Bereits berufstätige Kriegerwaisen.

	Zahl	Prozent
Arbeiter	482	66·77
Angestellte	233	32·40
Selbständige	7	0·90
Summe	722	100·00

23. Den staatlichen Unterhaltsbeitrag beziehen.

10351 . . . . . 89 Prozent

24. Gesundheitszustand der Kriegerwaisen.

	Zahl	Prozent
Lungenkrank oder skrofulös	52	0·05
Blind, taubstumm, schwachsinnig	5	0·04
Andere Krankheiten	23	0·22
Summe	80	0·74

25. Regelung der Vormundschaft.

	Zahl	Prozent
Vormund bestellt	7486	65·00
Vormund nicht bestellt	3689	32·00
Unbekannt	359	3·00
Summe	11534	100·00

26. Umgangssprache der Kriegerwaisen.

	Zahl	Prozent
Deutsch	11110	96·00
Ungarisch	10	1·00
Tschechisch	250	1·70
Andere Sprachen	155	1·30
Summe	11534	100·00

27. Religionsbekenntnis.

	Zahl	Prozent
Katholisch	10953	95·00
Evangelisch	89	0·84
Israelitisch	346	3·00
Andere Religion	6	0·06
Unbekannt	140	1·10
Summe	11534	100·00

c) Nichtangetraute Lebensgefährtinnen der Gefallenen, Verstorbenen und Vermißten.

28. Familienstand der nicht angetrauten Lebensgefährtinnen.

	Zahl	Prozent
Ledig	158	63·70
Verheiratet	12	4·40
Gerichtlich geschieden	40	16·50
Verwitwet	37	15·40
Summe	247	100·00

29. Zuständigkeit der nicht angetrauten Lebensgefährtinnen.

	Zahl	Prozent
Wien	112	45·50
Fremd	104	43·30
Unbekannt	30	12·20
Summe	247	100·00

30. und 31. Berufstätigkeit der nicht angetrauten Lebensgefährtinnen.

a) Vor dem gemeinsamen Haushalte.

	Zahl	Prozent
Arbeiterinnen	172	69·60
Angestellte	15	6·00
Selbständige	7	2·70
Keinen Beruf	53	21·70
Summe	247	100·00

b) Gegenwärtig.

	Zahl	Prozent
Arbeiterinnen	156	63·10
Angestellte	19	7·80
Selbständige	9	3·70
Keinen Beruf	63	25·40
Summe	247	100·00

32. Gegenwärtiges Einkommen der nicht angetrauten Lebensgefährtinnen (abgesehen vom staatlichen Unterhaltsbeitrag).

	Zahl	Prozent
Arbeitseinkommen	180	73·00
Pension	8	3·00
Kapitalsbesitz	—	—·—
Kein Einkommen	59	24·00
Summe	247	100·00

33. Dauer der Lebensgemeinschaft.

	Zahl	Prozent
1 Jahr	3	1·20
1 bis 5 Jahre	67	27·00
Ueber 5 Jahre	165	67·00
Unbekannt	12	4·80
Summe	247	100·00

34. Gesundheitszustand der nicht angetrauten Lebensgefährtinnen.

	Zahl	Prozent
Gesund	187	76·70
Krank	56	22·00
Unbekannt	4	1·30
Summe	247	100·00

d) Stief- und Pflegekinder der Gefallenen, Verstorbenen und Vermißten.

35. Alter der Stief- und Pflegekinder.

	Zahl	Prozent
Bis 6 Jahre	29	5·30
6 bis 14 Jahre	215	39·60
Ueber 14 Jahre	299	55·10
Summe	543	100·00

36. Abstammung der Stief- und Pflegekinder.

	Zahl	Prozent
Ehelich	220	39·60
Außerehelich	300	55·90
Unbekannt	23	5·50
Summe	543	100·00

37. Zuständigkeit der Stief- und Pflegekinder.

	Zahl	Prozent
Wien	208	37·40
Fremd	335	62·60
Summe	543	100·00

e) Im Haushalte versorgte Vorfahren der Gefallenen, Verstorbenen und Vermißten.

	Zahl	Prozent
Vater	209	7·30
Mutter	1363	47·70
Eltern	1292	45·00
Summe	2864	100·00

f) Auf dem Lande lebende Angehörige der Eltern der Kriegerwaisen.

	Zahl	Prozent
Großvater	128	19·00
Großmutter	262	39·00
Großeltern	213	32·00
Geschwister	67	10·00
Summe . .	670	100·00

Lagerhäuser der Stadt Wien.

Bericht über das Geschäftsjahr 1917/18.

Im vierten Geschäftsjahre der Kriegszeit herrschte ebenso wie im Geschäftsjahre 1916/17 ein überaus starker Verkehr, dessen klaglose Bewältigung alle Kräfte voll in Anspruch nahm. Die Lagerräume waren bei raschem Umsatz das ganze Jahr gefüllt. Der Privatverkehr erfuhr weitere Einschränkungen und die Güterverteilung ging immer mehr an die staatlichen Wirtschafts-Zentralen und Konsumentenorganisationen über. Mannigfache Schwierigkeiten ergaben sich hiebei. In einschneidender Weise wurde der Lebensmittelverkehr durch die zunehmende Transportunsicherheit auf den Bahnen beeinträchtigt. Die Beraubung der Sendungen vermehrte die Reklamationsfälle derart, daß zur Bewältigung der damit verbundenen Erhebungen und der Kanzleiarbeiten eine große Zahl von Beamten und Hilfskräften ständig in Anspruch genommen war. Innerhalb der Bahnhöfe und Magazine der Lagerhäuser gelang es durch eine besondere Organisation, Diebstähle fast ganz zu verhindern.

Wenn die Lagerhäuser der Stadt Wien trotz der widrigen Verhältnisse ihre Leistungsfähigkeit voll entfalten und sogar gegen das Vorjahr noch steigern konnten, ist dies dem Umstande zuzuschreiben, daß die Lagerhäuser im Verlaufe des Krieges ihre Einrichtungen den wechselnden Bedürfnissen des Verkehres stets rasch angepaßt haben, so daß sie in der Lage waren, bei allen größeren Approvisionierungsmaßnahmen in der verlangten Weise mitzuwirken und niemals versagt haben.

Eine besonders wichtige Aufgabe fiel den Lagerhäusern bei der Unterbringung und Konservierung der Fleischvorräte für die Bevölkerung Wiens zu. Die Dürre des Sommers 1917 hatte im darauffolgenden Winter einen außerordentlichen Futtermangel und dieser hatte Notschlachtungen zur Folge. Da eine Unterbringung der dabei gewonnenen Fleischvorräte im Kühllagerhaus der Stadt Wien wegen dessen Ueberfüllung nicht mehr möglich war, wurden, um diese Vorräte für die Ernährung der Bevölkerung in der Zeit des völligen Mangels an Schlachtvieh sicherzustellen, von der Gemeinde die Kühlhallen des städtischen Schweineschlachthauses und im Auftrage des Amtes für Volksernährung die ausgedehnten Lagerkeller der Brauereien Hütteldorf und Simmering durch das Wiener Stadtbauamt mit der größten Beschleunigung zu Notgefrieranlagen umgestaltet. Diese Notgefrieranlagen, die im Schweineschlachthause am 1. Dezember 1917 und in den beiden Brauereien anfangs Mai 1918 fertiggestellt waren, werden von den Lagerhäusern der Stadt Wien ebenso wie die bereits seit September 1916 angegliederte Kühlanlage des Pferdeschlachthauses als Filialbetriebe des Kühllagerhauses der Stadt Wien geführt.

Die größte Inanspruchnahme der Lagerhausbetriebe im Kriege und überhaupt seit dem Bestande der städtischen Lagerhäuser hat die Uebernahme der Sendungen aus der Ukraina mit sich gebracht. Der Verkehr erhielt Mitte April 1918 durch die Zuzüge aus der Ukraina einen außerordentlichen Zuwachs. Jeder Zug brachte viele Waggons, so daß der Waggonstand in den Stationen der Lagerhäuser der Stadt Wien bis auf 1000 Waggons stieg. Fast alle Transporte, die nicht direkt an Mühlen rollten, wurden an die Lagerhäuser der Stadt Wien adressiert, ein erfreulicher Beweis für den Ruf der Lagerhäuser und die Einschätzung ihrer Leistungsfähigkeit.

Die geleistete Arbeit wird durch folgende Ziffern veranschaulicht: Vom 18. April bis 7. Juni, also innerhalb 50 Tagen, in welchem Zeitraume der größte Teil der Ukrainasendungen anlangte, sind in den Bahnhöfen der Lagerhäuser der Stadt Wien angelangt: aus der Ukraina: 2291 Waggons mit 278.564 q; sonstige: 2715 Waggons mit 272.995 q; zusammen: 5006 Waggons mit 551.559 q. In derselben Zeit sind abgerollt 4348 Waggons mit 516.161 q und wurden mit Fuhrwerk für den Wiener Konsum ausgegeben 16.024 Fuhren mit 233 822 q. Im gleichen Zeitraume sind im Frieden (nach dem Durchschnitte des Jahres 1913) 985 Waggons (à 100 q) angelangt, 938 Waggons (à 100 q) abgerollt und 4300 Fuhrwerkswagen mit 35.000 q ausgefolgt worden. Der Verkehr war also um ein vielfaches stärker als im Frieden. Dabei gab es aber mannigfache Hemmnisse, die die Leistungen im Ladedienste stark beeinträchtigten; in erster Linie die mangelhafte Verladung, sehr schlechtes Sackmateriale, Beladung von Waren verschiedenster Gattung in einem Waggon, Nichtübereinstimmung der Frachtbriefangaben mit der Sendung ꝛc. Die Entladung dieser Waggons nahm den zwei- bis fünffachen Zeitraum gegenüber der eines normal geladenen Waggons in Anspruch, was die erzielten Leistungen erst in ihrer ganzen Bedeutung offenbart.

Im Kühllagerhause hat sich der ukrainische Verkehr in ebenso starker Weise fühlbar gemacht, weil ein großer Teil der aus der Ukraina angelangten Pferde nach der Schlachtung in Gefrierräumen untergebracht werden mußte. Die Ankünfte im Kühllagerhause beliefen sich innerhalb dieser 50 Tage auf 16.527 q, die Ausfolgungen auf 9715 q. In den Filialbetrieben des Kühllagerhauses, den Kühlanlagen im Pferdeschlachthause, Schweineschlachthause und den Gefrieranlagen der Brauereien Simmering und Hütteldorf betrug der Umsatz 9624 q. Der Gesamtumsatz in den Kühlhausbetrieben betrug 35.866 q im Werte von zirka 52 Millionen Kronen. Ueberhaupt mußten im Kühllagerhause alle Kräfte auf das äußerste angestrengt werden, um die rechtzeitige Unterbringung und Konservierung der Fleischvorräte zu ermöglichen und deren Verderben zu verhindern.

Der Gesamtumsatz in allen Betrieben belief sich zur Zeit der urkrainischen Ankünfte auf 300 bis 500 Waggons pro Tag. Die Bewältigung dieses überaus starken, alles Bisherige weit übersteigenden Verkehres war eine außerordentliche Kraftprobe für die Leistungsfähigkeit aller Lagerhausbetriebe. Wenn diese Leistungen trotz schwieriger Verhältnisse erzielt werden konnten, ist dies der aufopferungsvollen Dienstleistung des Personales zuzuschreiben, an dessen Arbeitskraft die denkbar größten, nicht mehr zu überbietenden Anforderungen gestellt wurden.

Eine Angelegenheit, die das Lagerhaus vor eine ganz neue Aufgabe stellte, war die Notwendigkeit, Mais in Kolben zu entkernen. Zur Zeit des größten Mangels an Brotgetreide wurde Kolbenmais in Schleppschiffen nach Wien dirigiert. Auch der Saatmais langte in Kolben ein. In den Lagerhäusern wurden in kurzer Zeit drei leistungsfähige Maisrebelanlagen mit sieben Rebelmaschinen und den dazu gehörigen Fördereinrichtungen errichtet, die es ermöglichten, den eintreffenden Kolbenmais sofort aufzuarbeiten und den Mais — oft noch am Tage der Ankunft — an die Mühlen abzugeben. Insgesammt wurden in der Zeit vom 28. Jänner bis 22. Juni 1918 10,950.158 kg Maiskolben gerebelt.

Außerordentlich umfangreich war die Inanspruchnahme der Lagerhäuser bei der Uebernahme, Konservierung und Ausgabe der Lebensmittelvorräte der Gemeinde, die bei den von ihr auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung der Hauptstadt übernommenen, mannigfachen Aufgaben, soweit die verkehrstechnische Abwicklung in Betracht kam, nicht auf die durch den Kriegsverkehr überlasteten Wiener Hauptbahnhöfe angewiesen war, die den Lebensmittelverkehr auch gar nicht hätten bewältigen können, sondern sich der von ihr errichteten und in großzügiger Weise ausgestalteten Lagerhäuser und damit ihrer eigenen Bahnhöfe, Umschlagseinrichtungen, Magazine, Kühl- und Gefrieranlagen und des dazu gehörigen geschulten Personales bedienen konnte.

Im einzelnen ist über die Betriebe folgendes zu berichten:

1. Prateranlage, 2., Ausstellungsstraße.

In der Prateranlage, dem Hauptbetrieb, war nebst dem regen Bahnverkehr auf dem Betriebsbahnhofe ein besonders starker Fuhrwerksverkehr — an manchen Tagen über 1000 Fuhrwerke — zu verzeichnen. Die Magazine I bis V, in denen beständig rund 4000 Waggons Ware lagerten, hatten den Hauptanteil an dem gewaltigen Umsatze, den die Verteilung der Lebensmittel an die Bevölkerung Wiens mit sich brachte. Der Gesamtumsatz belief sich auf 545,341.185 kg im Werte von 419,201.028 K.

2. Kaianlage, 2., Handelskai.

Infolge der geringen Ankünfte auf dem Wasserwege waren die der Einlagerung und dem Umschlage dienenden Schiffselevatoren weniger beschäftigt als in früheren Jahren, hingegen waren die Bahnankünfte weit stärker, so daß auch die Magazine der Kaianlage und der große Bahnhof ständig in Anspruch genommen waren. Der Gesamtumsatz betrug 98,234.572 kg im Werte von 82,345.763 K.

3. Lagerhäuser im Freudenauer Winterhafen.

Im Winterhafen wickelte sich neben dem Bahn- und Fuhrwerksverkehr ein lebhafter Umschlag von Waren aus Schleppschiffen auf Bahnwaggons und umgekehrt — insbesondere Kohlen — ab. Die vier Magazine waren ständig voll belegt. Zeitweilig wurden auch Plätze im Freien zur Lagerung von Futterartikeln und Torfstreu in Anspruch genommen. Der Gesamtumsatz belief sich auf 24,391.875 kg im Werte von 77,130.110 K.

4. Speicher Zwischenbrücken, 20., Handelskai.

Wie in der Kaianlage war auch in dem im Mai 1916 von der Gemeinde angekauften und in die Betriebführung der Lagerhäuser der Stadt Wien übergebenen Speicher Zwischenbrücken der Verkehr, soweit der Umschlag aus Schleppschiffen in Betracht kam, geringer. Dagegen hat sich ein lebhafter Bahn- und Fuhrwerksverkehr abgespielt. Der Gesamtumsatz betrug 66,182.111 kg im Werte von 28,116.587 K.

5. Kühllagerhaus der Stadt Wien, 2., Engerthstraße.

Die Einrichtungen des im Mai 1916 eröffneten und seither stark beschäftigten Kühllagerhauses haben sich vorzüglich bewährt. Die Konservierung der Waren im Kühllagerhaus hat das beste Ergebnis gezeitigt, indem von den vielen eingelagerten Waren auch nicht die geringste Menge durch Lagerung irgendwelchen Schaden gelitten hat. Insbesondere war der Erfolg der besonders schwierigen Eierkonservierung ein überaus günstiger. Das Kühllagerhaus war das ganze Jahr hindurch vollauf in Anspruch genommen und der Umsatz belief sich auf 24,088.126 kg im Werte von 274,247.400 K.

6. Kühlanlage, 10., Schoberplatz, Pferdeschlachthaus.

In diesem im September 1916 dem Kühllagerhause angegliederten Filialbetrieb, der einen Belegraum für zirka 15 Waggons aufweist, findet die Kälte-Erzeugung durch einen elektrisch betriebenen, einzylindrigen Kohlensäurekompressor mit Hilfe einer Chlormagnesiumlösung statt. Dieser Betrieb wies im laufenden Geschäftsjahre einen Umsatz von 501.249 kg im Werte von 3,251.300 K auf.

7. Gefrieranlage, 3., St. Marx, Schweineschlachthaus.

In dieser Anlage können zirka 70 Waggons untergebracht werden. Die Kälte wird durch einen mit Dampfkraft betriebenen, doppelt wirkenden Kohlensäurekompressor mit einer Chlornatriumlösung erzeugt.

Die Kühl- und Gefrierräume waren seit Betriebsbeginn (Dezember 1917) ständig belegt. Es wurden bis 30. Juni 1918 504.497 kg Fleisch dem Einfrierprozesse unterzogen. Im ganzen war ein Umsatz von 712.809 kg im Werte von 11,424.300 K zu verzeichnen.

8. Gefrieranlage, 11., Brauerei Simmering.

Der Betrieb hat eine Fassungsfähigkeit für zirka 140 Waggons. Zur Kältelieferung dient ein mit Dampfkraft betriebener Ammoniakkompressor; in den Rohrsystemen zirkuliert Chlornatrium.

Von der Inbetriebsetzung (Mai 1918) bis Ende Juni 1918 wurden 352.736 kg Fleisch eingefroren; der Umsatz belief sich auf 548.061 kg im Werte von 5,696.000 K.

9. Gefrieranlage, 13., Brauerei Hütteldorf.

In diesem Betriebe können zirka 200 Waggons gelagert werden. Die Kälte-Erzeugung erfolgt durch einen mit Dampfkraft betriebenen Ammoniakdoppelkompressor mit Hilfe einer Chlorcalciumlösung. Seit Beginn der Einlagerungen (Mai 1918) bis Ende Juni 1918 wurden 254.583 kg Fleisch eingefroren. Der Umsatz betrug 392.521 kg im Werte von 9,792.000 K.

Ueber den Umfang des Verkehres in allen Betrieben geben nachstehende Ziffern Aufschluß: Der Gesamtumsatz der Waren belief sich auf 7,603.925 q — 76.039 Waggons à 100 q — im Werte von 911,204.488 K (gegen 3,564.294 q und

92,549.070 K nach dem Jahresdurchschnitte von 1976 bis 1916/17 und 7,404.578 q und 837,919.788 K im Geschäftsjahre 1916/17. Der höchste Versicherungswert des Warenlagers wurde am 28. Juni 1918 mit 189,944.440 K erreicht, der niedrigste Versicherungswert belief sich am 4. August 1917 auf 81,918.610 K.

Auf den Lagerhaus-Landungsplätzen wurden an 300 Arbeitstagen 167 Schiffe entladen und 50 Schiffe befrachtet (gegen 128 Schiffe und 90 Schiffe an 290 Arbeitstagen in 1916/17). Die Löschung ging bei 151 Schiffen oder 90·42 Prozent (gegen 110 Schiffen oder 85·94 Prozent in 1916/17) auf einheitliche Art vor sich, wogegen die Ladung van 16 Schiffen oder 9·58 Prozent (gegen 18 oder 14·06 Prozent in 1916/17) gleichzeitig zur Einlagerung und zum Umschlage bestimmt war.

Aus der Anzahl von 24.184 angelangten Warenposten wurden 2 Lagerscheine im Versicherungswerte von 18.400 K oder 0·01 Prozent (gegen 30 Stück im Werte von 799.300 K oder 0·11 Prozent von 26.359 Posten in 1916/17) ausgeschrieben.

Im Verzollungsgeschäfte hatte die Hauptzollamts-Abteilung der Lagerhäuser der Stadt Wien 1865 Amtshandlungen vorzunehmen. An Zöllen wurden 235.947 K 25 h auf Grund des der Gemeinde Wien für die Lagerhäuser eingeräumten Zollkredites und 245.316 K 10 h auf Grund anderer Kredite entrichtet; an Verbrauchsangaben waren 106.505 K 34 h abzustatten.

Das Personale der Lagerhäuser stand wie im Vorjahre das ganze Jahr hindurch bei beständiger Ueberstunden- und Sonn- und Feiertagsarbeit in angespannter Tätigkeit. In Verwendung standen 36 Beamte, 209 Kanzleihilfskräfte, 32 Unterbeamte und Diener, ferner durchschnittlich in der Woche 195 Wochenarbeiter (dagegen 31 Beamte und 95 Kanzleihilfskräfte, 27 Unterbeamte und Diener und 112 Wochenarbeiter im Geschäftsjahre 1916/17). Beschäftigt waren weiters durchschnittlich täglich 110 männliche und 237 weibliche Taglöhner und 160 Militärarbeiter (gegen 70 männliche, 152 weibliche und jugendliche Arbeiter und 198 Militärarbeiter im Geschäftsjahre 1916/17). Außerdem waren 50 männliche Akkordlöhner (gegen 38 in 1916/17) beschäftigt.

Der Güterumsatz der Lagerhäuser der Stadt Wien hat im Kriege eine außerordentliche Steigerung erfahren; der gewaltige Umfang der im Dienste des Lebensmittelverkehres bewältigten Aufgaben ist aus der nachstehenden Aufstellung ersichtlich:

Der Gesamtumsatz der eingelagerten Waren der Menge nach betrug in den letzten vier Friedensjahren 12,314.666 q, in den vier Kriegsjahren 26,881.895 q, war daher um 14,567.229 q höher; die Steigerung beträgt 118·30 Prozent.

Der Umsatz der eingelagerten Waren dem Werte nach belief sich in den letzten vier Friedensjahren auf 203,589.090 K, in den vier Kriegsjahren auf 2093,547.550 K, war daher um 1889,958.460 K höher; die Steigerung beträgt 927·86 Prozent.

Der Geldumsatz umfaßte in den letzten vier Friedensjahren 149,030.054 K, in den letzten vier Kriegsjahren 1651,930.458 K, war daher um 1502,900.404 K höher; die Steigerung beträgt 1008·45 Prozent.

Die außerordentliche Inanspruchnahme der Lagerhäuser der Stadt Wien und die volle Ausnützung ihrer Einrichtungen zeigt sich auch im finanziellen Ergebnis des Berichtjahres.

Den Einnahmen von 7,017.699 K 40 h stehen Ausgaben von 6,325.908 K 15 h gegenüber, so daß sich nach Durchführung der Verzinsung des Anlagekapitales und der erforderlichen, der starken Abnützung der Betriebseinrichtung entsprechenden Abschreibung ein Gebarungsüberschuß von 691.791 K 25 h (gegenüber einem Gebarungsüberschuß von 662.659 K 57 h im Geschäftsjahre 1916/17) ergibt.

Gemeindevermittlungsämter.

Verhandlungstage im Jänner 1919:

Margareten 2., 8., 15., 22., 29., Mariahilf und Ottakring 8., 15., 22., 29., Alsergrund 8., 22.

Baubewegung

vom 28. Dezember bis 31. Dezember 1918.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den 1. bis 9. und 20. Bezirk. — Für den 10. bis 19. und 21. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen.

Adaptierungen.

7. Bezirk: Halbgasse 2, von der Kinema A.-G., 7., Zollergasse 8, Bauführer F. Fuchs, Maurermeister, Klosterneuburg (2787).

16. Bezirk: Hofferplatz 8 und 9, von Karl Königstein, ebenda, Bauführer Millik & Langeder (57981).

" " Sandleitengasse 38, Einl.-Z. 3271 und 3280, von der Oesterreichischen Motoromnibus-Ges. m. b. H., ebenda, Bauführer Matthias Seidl (58008).

20. Bezirk: Wallensteinplatz 2 a, von Jul. und Gisela Jolesch, Bauführer Julius Müller, 3., Kegelgasse 45 (2793).

Eintragungen in den Erwerbsteuerkataster.

14. November 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

(Fortsetzung.)

Kolacek Ludmilla — Marktviktualienhandel — 1., Freyung, Markt.

Finger Paula — Lebensmittel- und Konsumwarenhandel, sowie Flaschenbier-Verschleiß — 18., Gentzgasse 137.

Alter Fanni — Lebensmittelhandel — 7., Westbahnstraße 8.

Hrdlicka Anna — Pachtbetrieb der dem Johann Löhner gehörigen Fiaker-Lizenz Nr. 943 — 1., Johannesgasse 20.

* * *

Gewerbe-Unternehmungen.

16. November 1918.

Philipp Presser & Josefine Frank, Offene Handels-Gesellschaft — Erzeugung von Parfümeriewaren — 8., Stolzenthalergasse 4.

Marie Strauß, verw Sonnenschein, Inhaberin der Firma Karl Sonnenschein's Witwe — Erzeugung von Papierservietten, Zigarettenpapier und Hülsen — 4., Belvederegasse 35.

Gomperz Adele, Inhaberin der Firma Ada Stepnitz — Wäschewaren-Erzeugung — 4., Schleifmühlgasse 15.

Fischl Rudolf — Pachtbetrieb des Personentransportes mit dem Einspännerwagen Nr. 530, dem Johann Nedoma gehörig — 8., Langegasse 30, Standplatz.

Schug Josef — Dienstmanngewerbe, Lizenz Nr. 92 — 1., Kärntnerring, Ecke Schwarzenbergstraße.
Schmatzberger Josef — Kleinfuhrwerksgewerb — 13., Kuefsteingasse 22.
Groß Friedrich — Anstreichergewerbe — 11., Simmeringer Hauptstraße 1.
Wagner Fritz — Handel mit Büchern, patentierten Instrumenten — 18., Haizingergasse 4.
Müller Johann — Tischlergewerbe — 18., Abt Karl-Gasse 19.
Rudolph Alfred — Mechanikergewerbe — 18., Ferrogasse 40.
Fluhr Adolf — Agentur mit Kohlen, Koks und Zement — 5., Bräuhausgasse 49.
Hasenberger Eduard — Gemischtwarenhandel — 8., Schlösselgasse 9.
Riedl Leopold — Wäscheputzergewerbe — 2., Fugbachgasse 16.
Holzer Matthäus — Dachdeckergewerbe — 17., Blumengasse 52.
Minar Julius — Pferdefleischhauergewerbe — 17., Geblergasse 69.
Sperlich Eduard — Holzhandel — 16., Koppstraße 11.
Nowotny Heinrich — Handel mit Maschinen, deren Bestandteilen, Fahrrädern ꝛc. — 16., Neulerchenfelderstraße 37.
Moulik Josef — Zuckerbäckergewerbe — 10., Landgutgasse 37.
Franz Franz — Kleinfuhrwerksgewerbe — 10., Puchsbaumgasse 39.
Wippel Franz — Zuckerbäckergewerbe — 10., Gudrunstraße 124.
Fischer Samuel — Konzession zum Betriebe einer Verlagsbuchhandlung — 3., Marokkanergasse 11.
Laufer Ida — Gemischtwarenhandel und Flaschenbier-Verschleiß — 4., Favoritenstraße 31.
Eigner Franziska — Fischhandel — 4., Naschmarkt.
Wieland Karoline — Personentransport mit dem Fiakerwagen Nr. 663 — 1., Opernring—Kärntnerstraße.
Löbl Eugenie — Handel mit Lebensmitteln — 2., Rotensterngasse 20.
Chynapek Paul — Schuhmachergewerbe — 17., Ottakringerstraße 88.
Karasek Marie — Frauen- und Kinderkleidermachergewerbe — 17., Palffygasse 7.
Dittrich Aurelia — Frauen- und Kinderkleidermachergewerbe — 17., Leopold Ernst-Gasse 29.
Koch Hermine — Trödlergewerbe — 13., Sechshauserstraße 89.
Haider Magdalena — Kleinfuhrwerksgewerbe — 10., Quellenstraße 42.
Kneier Anna — Wäschewaren-Erzeugung — 10., Senefeldergasse 22.
Blas Marie — Handel mit Viktualien und Zuckerbäckerwaren — 10., Landgutgasse 10.
Schleika Karoline — Gastwirts-Konzession — 1., Franziskanerplatz 3.

M. Abt. X, 8979.

Kundmachung.

Altmannsdorfer Friedhof; Wiederbelegung einfacher Gräber.

Nach dem 1. März 1919 werden die einfachen Gräber Nr. 743 bis 760 im Altmannsdorfer Friedhofe wiederbelegt. Enterdigungen aus diesen Gräbern sind nur vor deren Wiederbelegung zulässig. Die bezüglichen Gesuche sind bis **längstens 1. März 1919** beim Magistrate Wien, städtisches Gesundheitsamt (1., Neues Rathaus) einzubringen.

Verspätet überreichte Gesuche werden nicht berücksichtigt.

Nach dem 1. März 1919 werden die Grabkreuze von den Grabstellen auf Kosten und Gefahr der Eigentümer entfernt und im Friedhofe hinterlegt. Sie werden denjenigen Parteien, die binnen Jahresfrist ihr Eigentum nachweisen, ausgefolgt. Ueber den verbleibenden Rest verfügt die Gemeinde.

Vom Wiener Magistrate, Abteilung X,
im selbständigen Wirkungskreise,
am 12. Dezember 1918. 3—3

M. A. X, 8978.

Kundmachung.

Hernalser Friedhof; Wiederbelegung der Schachtgräber in der Gruppe M.

Nach dem 1. April 1919 werden die Schachtgräber in der Gruppe M des Hernalser Friedhofes wieder belegt. Enterdigungen aus diesen Grabstellen sind nur vor ihrer Wiederbelegung zulässig; die bezüglichen Gesuche sind bis **längstens 1. April 1919** bei dem Magistrate Wien, städtisches Gesundheitsamt (I., Neues Rathaus) einzubringen.

Verspätet überreichte Gesuche werden nicht berücksichtigt.

Nach dem 1. April 1919 werden die Grabkreuze auf Kosten und Gefahr der Eigentümer von den Grabstellen entfernt und im Friedhofe hinterlegt. Sie werden jenen Parteien, die binnen Jahresfrist ihr Eigentumsrecht entsprechend nachweisen, ausgefolgt; über den verbleibenden Rest verfügt die Gemeinde.

Da aber eine allgemeine Enterdigung der Leichenreste aus diesen Grabstellen nicht erfolgt, steht es den Parteien frei, nach der Wiederbelegung die Grabkreuze gegen Erlag der vorgeschriebenen Gebühr wieder setzen zu lassen.

Vom Wiener Magistrate, Abteilung X,
im selbständigen Wirkungskreise,
am 12. Dezember 1918. 2—3

Inhalt.

	Seite
Obmänner-Konferenz:	
Bericht der 101. Obmänner-Konferenz (16. September 1918)	1
Stadtrat:	
Sitzung des Stadtrates	12
Gemeinderats-Ausschuß:	
Bericht über die Sitzung des Gemeinderats-Ausschusses für die Verleihung des Heimatrechtes und Bürgerrechtes der Stadt Wien vom 14. November 1918	12
Bezirksvertretungen:	
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Hietzing vom 31. Oktober 1918	16
Allgemeine Nachrichten:	
Ergebnis der Zählung der Kriegshinterbliebenen in Wien	17
Lagerhäuser der Stadt Wien	21
Gemeindevermittlungsämter	23
Baubewegung:	
Gesuche um Baubewilligungen vom 28. Dezember bis 31. Dezember 1918	23
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster	23
Kundmachungen	24

Allgemeine Depositen-Bank

Wien, I., Schottengasse 1,

Filialen: Linz, Steyr, Triest, Oderberg-Bahnhof, Lemberg, Stanislau, Drohobycz, Czernowitz

und Wiener Wechselstuben: I., Teinfaltstraße 2, II., Taborstraße 7, IV., Rainerplatz 2, VII., Mariahilferstraße 74 b, VII., Neubaugasse 44, IX., Alserstraße 24, IX., Währingerstraße 63, XIII., Breitenseerstraße 6, XIII., Hietzinger Hauptstraße 3, XIV., Sparkasseplatz 1.

Aktienkapital: K 80,000.000·— **Reserven: K 41,500.000·—.**

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Schriftleiter: **Friedrich Schönsteiner.**
Papier aus der **Pittner Papierfabrik.** — Buchdruckerei **E. Kainz** vorm **J. B. Wallishausser**

Bezugspreise
für Wien:
mit Zustellung ganzjährig 20 K
mit Zustellung halbjährig 10 K
ohne Zustellung ganzjährig 18 K
ohne Zustellung halbjährig 9 K
Außerhalb Wiens
ganzjährig 22 K, halbjährig 11 K.

Bezugsbeginn: 1. Jänner, beziehungsweise 1. Juli.

Einzelne Nummern 30 Heller bei der Schriftleitung.

Amtsblatt

der

Stadt Wien

Erscheint jeden Mittwoch und Samstag.

Schriftleitung:
1., Rathaus, Stiege 5, 1. Stock.
Fernsprecher: Rathaus.
Klappe 160 (Hauptschriftleiter).
Klappe 150 (Schriftleitung).

Postsparkassen-Konto Nr. 100.367.

Für den Buchhandel:
Gerlach & Wiedling, 1., Elisabethstraße 13. — Ganzjährig 30 K.

Annahme kleiner Anzeigen bei Haasenstein & Vogler, A.-G. 1., Schulerstraße 11.

Nr. 2. Samstag den 4. Jänner 1919. Jahrgang XXVIII.

Stadtrat.

Bericht

über die Sitzung vom 19. Dezember 1918.

Vorsitzende: Bgm. Dr. Weiskirchner und die VB. Hoß und Neumann.

Anwesende: VB. Rain und die StR. Angermayer, Breuer, David, Dechant, Emmerling, Dr. Haas, Dr. Hein, Heindl, Hellmann, Hötzel, Hohensinner, Jung, Dr. Kienböck, Knoll, Körber, Melcher, Müller, Pick, Richter, Schmid, Schneider, Schwer, Siegel, Skaret, Spalowsky, Tomola, Vaugoin, Weber, Weigl und Winter.

Beigezogen: Ob.Mag.-R. Dr. Müller und die Direktoren Ing. Menzel und Ing. Karel.

Schriftführer: Mag.-Kom. Dr. Seipka.

Bgm. Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung und verliest:

1. Ein Dankschreiben des Kirchenmusikvereines an der Pfarre St. Rudolf, 14. und 15. Bezirk, für die bewilligte Subvention:

2. ein Schreiben des Staatskanzlers Dr. Renner in Angelegenheit der den Theater-Direktoren für den 14. und 15. Dezember 1918 erteilten Spielerlaubnis.

Berichterstatter StR. Schmid:

(P. Z. 12604, St. E. W., 3308.) Den Arbeitern der Wiener städtischen Elektrizitätswerke werden auch für das Jahr 1918 Weihnachtsremunerationen im Gesamtbetrage von 129.346 K und den Arbeitern des Ueberlandkraftwerkes Ebenfurth solche im Gesamtbetrage von 5631 K bewilligt.

(P. Z. 12607, St. E. W., 3112.) Die Auszahlung von Weihnachtsremunerationen, beziehungsweise Neujahrsgeldern an diejenigen Angestellten fremder Betriebe, Anstalten und Unternehmungen, mit denen die städtischen Elektrizitätswerke ständig im Geschäftsverkehre stehen, im Gesamtbetrage von 11.119 K wird genehmigt.

(P. Z. 12605, St. E. W., 2786.) Die Versetzung des Rechnungsbeamten der städtischen Elektrizitätswerke Viktor Kafurek, der für die weitere Dienstesverwendung bei den städtischen Elektrizitatswerken wegen seines körperlichen Gebrechens unverwendbar ist, in den dauernden Ruhestand wird genehmigt. Sein Ruhegehalt wird mit jährlich 3402 K 60 h und sein Mietzinsbeitrag mit jährlich 1626 K 40 h gegen dem bemessen, daß der genannte Angestellte vor Eintritt in den Ruhegenuß auf sein Guthaben an Generalkonto des Sparvereines für die Beamten und Diener der Internationalen Elektrizitäts-Gesellschaft mit dem Saldo von 12.400 K 28 h pro 30. Juni 1918 zugunsten des Pensionsfonds für die Angestellten der städtischen Elektrizitätswerke verzichtet.

(P. Z. 12461, St. E. W., 3081.) Den Hinterbliebenen des am 9. November 1918 im Ruhestande verstorbenen Hilfsarbeiters Josef Pölzl, und zwar:

Der Witwe namens Marie Pölzl wird eine Witwenpension von 771 K 33 h mit der Wirksamkeit vom 10. November 1918;

ein Leichenkostenbeitrag von 289 K 25 h und

jedem der beiden ehelichen Kinder namens Julianna und Anna Pölzl ein Erziehungsbeitrag von jährlich 154 K 26 h, gleichfalls ab 10. November 1918 zuerkannt.

(P. Z. 12603, St. E. W., 2990.) Der technische Beamte I. Klasse der städtischen Elektrizitätswerke Karl Satori ist für die weitere Dienstesverwendung bei den städtischen Elektrizitätswerken wegen seines körperlichen Gebrechens unverwendbar. Mit Rücksicht auf die von diesem Angestellten ausgesprochene Erklärung, für den Fall seiner Versetzung in den dauernden Ruhestand auf das ihm zustehende Guthaben an Generalkonto für die Beamten und Diener der Internationalen Elektrizitätsgesellschaft mit dem Saldo von 7904 K 29 h per 30. Juni 1918 zugunsten des Pensionfondes für die Angestellten der städtischen Elektrizitätswerke zu verzichten, wird seine Versetzung in den dauernden Ruhestand genehmigt und sein Ruhegehalt mit jährlich 4048 K und sein Mietzinsbeitrag mit jährlich 1672 K bemessen.

(P. Z. 12602, St. E. W., 3239.) Der Witwe des am 1. Dezember 1918 im Ruhestande verstorbenen Heizers der städtischen Elektrizitätswerke Franz Kopetzky namens Antonie Kopetzky wird eine Witwenpension von jährlich 650 K ab 2. Dezember 1918 und ein Leichenkostenbeitrag von 302 K 25 h bewilligt.

(P. Z. 12460, St. E. W., 3185.) Der Witwe des am 23. November 1918 verstorbenen Hilfsarbeiters der städtischen Elektrizitätswerke Karl Götzelmann, namens Marianne Götzelmann, wird eine Abfertigung von 2184 K und ein Leichenkostenbeitrag von 546 K bewilligt.

(P. Z. 12463, St. E. W., 2998.) Den Hinterbliebenen des am 25. Oktober 1918 verstorbenen Inkassanten 1. Klasse der städtischen Elektrizitätswerke Anton Kaan, und zwar:

Der Witwe namens Franziska Kaan wird eine Witwenpension von jährlich 1420 K mit der Wirksamkeit vom 1. November 1918;

ein Leichenkostenbeitrag von 575 K;

jedem der beiden ehelichen Kinder, namens Rudolf und Pauline Kaan, ein Erziehungsbeitrag von jährlich 284 K, gleichfalls ab 1. November 1918 und

die Quartiergeldquote für das Novemberviertel 1918 per 275 K bewilligt.

(P. Z. 12462, St. E. W., 3080.) Den Hinterbliebenen des am 11. November 1918 verstorbenen Hilfsarbeiters der städtischen Elektrizitätswerke Josef Küchl, und zwar:

Der Witwe namens Marie Küchl wird eine Witwenpension von jährlich 608 K 40 h mit der Wirksamkeit vom 12. November 1918;

ein Leichenkostenbeitrag von 507 K und

jedem der beiden Kinder namens Anna und Josef Küchl ein Erziehungsbeitrag von jährlich 121 K 68 h, gleichfalls ab 12. November 1918 zuerkannt.

(P. Z. 12465, St. G. W., 4731.) Die Abschreibung des Zinsrückstandes bis 31. Dezember 1918 im Betrage von 820 K 90 h für die von dem eingerückt gewesenen Vorarbeiter des städtischen Gaswerkes Simmering Ottokar Löw im Hause Meichelstraße 2 gemietete Wohnung wird genehmigt.

(P. Z. 12414, St. E. W., 3220.) Der Witwe des am 24. November 1918 verstorbenen Professionisten der städtischen Elektrizitätswerke August Hanus, namens Hermine Hanus, wird eine Abfertigung von 2340 K und ein Leichenkostenbeitrag von 584 K bewilligt.

(P. Z. 12606, St. E. W., 3298.) An die Beamten und an die im Monatsbezuge stehenden Angestellten der städtischen Elektrizitätswerke einschließlich des Ueberlandkraftwerkes Ebenfurth und der Braunkohlen-Bergbaugewerkschaft Zillingdorf werden im Jahre 1918 Weihnachtsremunerationen im Gesamtbetrage von 273.295 K ausbezahlt.

(P. Z. 12459, St. E. W., 2999.) Den Hinterbliebenen des am 24. Oktober 1918 verstorbenen Zählerablesers der städtischen Elektrizitätswerke, namens Robert Schaffer, und zwar:

Der Witwe namens Rosa Schaffer wird eine Witwenpension von 528 K 75 h mit der Wirksamkeit vom 1. November 1918;

ein Leichenkostenbeitrag von 587 K 50 h;

jedem der drei ehelichen, minderjährigen und unversorgten Kinder, namens Robert, Marta und Hertha Schaffer, ein Erziehungsbeitrag von jährlich 105 K 75 h, gleichfalls mit der Wirksamkeit vom 1. November 1918 bewilligt.

(P. Z. 12344, St. G. W., 7733.) Der Firma I. Brünner Maschinenfabriks-Gesellschaft „Paukerwerk" in Wien wird die Lieferung von zwei Stück Generator-Dampfkesseln für die Zentral-Generatorenanlage im Gaswerke Simmering zum Gesamtpreise von 244.800 K übertragen.

Berichterstatter StR. Emmerling:

(P. Z. 12237, M. A. XI, 79584.) Das Ansuchen der Erben nach der am 10. Oktober 1918 verstorbenen Pfründnerin Josefine Korn auf Verzicht des Rückersatzes der ausbezahlten laufenden Armenunterstützungen wird abgewiesen.

Berichterstatter StR. Heindl:

(P. Z. 12376, W. A., 3818.) Die Reinigung der Fußböden im städtischen Jugendamte wird der Firma A. Fleißig zu den Bedingungen des städtischen Preistarifes Nr. XXVIII mit einem Nachlasse von 5 Prozent übertragen.

Die Reinigung der Amtsräume der Kohlen-Abteilung 1., Eschenbachgasse 11, wird der Firma D. Pistorius zum Preise von 15 K per Reinigung übertragen.

Berichterstatter StR. Knoll:

(P. Z. 12184, M. A. X, 7572.) Die Gebühr für das am 25. August 1918 zur Beerdigung des Friedrich Weber außer der Reihenfolge auf Friedhofsbestand vergebene eigene Grab Gruppe 2, Reihe 1, Nr. 9 im Kagraner Friedhofe wird nachträglich mit dem Betrage von 240 K bestimmt.

Berichterstatter StR. Dr. Haas:

(P. Z. 11572, M. A. XIb, 29049.) Dr. med. Konstantin Mazis wird auf die Dauer von drei Monaten als Hospitant im Kaiserjubiläums-Spitale zugelassen.

(P. Z. 12598, St. Gesundheitsamt, 28006.) StR. Dr. Haas beantragt: Die Errichtung und der Betrieb von fünf Fürsorgestellen für Tuberkulose auf Kosten der Gemeinde Wien wird grundsätzlich genehmigt. Für die Errichtung dieser fünf Fürsorgestellen wird ein Kredit von 75.000 K, für den Betrieb im ersten Halbjahre 1919 ein Kredit von 75.000 K eröffnet. Das städtische Gesundheitsamt wird beauftragt, nach Eröffnung der Fürsorgestellen entsprechende Staatsbeiträge zu den Errichtungs- und Betriebskosten in Anspruch zu nehmen. Das städtische Gesundheitsamt wird ferner beauftragt, Erhebungen zu pflegen, ob durch die gegenwärtige Lage des „Roten Kreuz" dasselbe imstande ist, die in Aussicht genommenen Fürsorgestellen im 19. und 21. Bezirke ehestens zu errichten, widrigenfalls das Gesundheitsamt bezüglich dieser ehestens Anträge stellen soll.

VB. Neumann stellt folgenden Zusatz-Antrag: Das Gesundheitsamt hat Beobachtungen über die Erfolge der Fürsorgestellen anzustellen und einen eingehenden Bericht hierüber zu erstatten. Ebenso ist darüber zu berichten, ob bei den den Fürsorgestellen zur Verfügung stehenden beschränkten Mitteln auch nur eine teilweise erfolgreiche Bekämpfung der Tuberkulose zu erwarten ist.

StR. Dr. Hein stellt folgenden Zusatz-Antrag: Es sind neuerlich Erhebungen darüber anzustellen, wohin die seinerzeit für Tuberkulosefürsorgezwecke gesammelten 23 Millionen Kronen gekommen sind, was von diesem Betrage auf Wien entfallen und für Wien noch erhältlich ist.

Referenten-Antrag und Zusatz-Anträge angenommen.

(An den Gemeinderat.)

Antrag des StR. Pick:

Nach einer mir gestern zugekommenen Mitteilung befinden sich in dem ehemaligen Lagerplatze der Bau-Gesellschaft im 20. Bezirke, Brigittenauerlände 166, mehrere hundert Waggons Hartholz in Form von Gewehrschäften. Diese Vorräte liegen seit Wochen brach, das Holz ist den Wetterschäden ausgesetzt und zum Teile bereits verfault. Zweifellos besteht für Gewehrschäfte keine oder zumindest nicht so große Verwendung wie seinerzeit und es wäre wünschenswert, wenn die Gemeinde Wien diese wertvollen Vorräte

schnell erwerben und durch ihre Abgabe als Brennholz der Kohlennot wenigstens vorübergehend steuern würde. Beantrage, Zweckentsprechendes zu veranlassen.

(Wird der geschäftsordnungmäßigen Behandlung zugewiesen.)

Berichterstatter StR. Dr. Haas:

(P. Z. 12443, M. A. II, 6442.) Der Totengräberswitwe Johanna Redl wird der Fortbezug der Gnadengabe bis 31. Dezember 1919 bewilligt. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 12445, M. A. X, 9144.) Der Eleonore Kreysa wird das eigene Grab Gruppe 11, Reihe 9, Nummer 1, im alten Teile des Simmeringer Friedhofes auf 15 Jahre um den Betrag von 240 K unter der Bedingung überlassen, daß im Falle der Beisetzung eines Nichtzugewiesenen als erste Leiche vorher die Summe von 240 K nachzuzahlen sein wird.

(P. Z. 12570, M. A. XI, 81671.) Der Direktion des Wohltätigkeitshauses in Baden wird eine Spende von 100 K als Beitrag zur Weihnachtsfeier 1918 gewährt.

(P. Z. 12663, M. D., 7848.) Dem Ober-Bezirksarzt Dr. Karl Teufelberger wird für seine außerordentliche Tätigkeit bei der Vornahme der von der städtischen Beratungs- und Fürsorgestelle für Kriegsinvalide veranlaßten ärztlichen Untersuchungen eine Remuneration von 1500 K zuerkannt. Dieser Betrag ist auf Ausgabs-Rubrik LII zu verweisen.

(P. Z. 12569, M. A. X, 9469.) Die Gemeinde Wien ist bereit, dem Karolinen-Kinderspitale im 9. Bezirke zur Deckung des Betriebsabganges ein Darlehen von 60.000 K unter der Bedingung zu geben, daß das Darlehen samt Zinsen entweder von dem Anteile der Gemeinde Wien an der Hilfsaktion für die Kinderspitäler abgezogen wird oder das Spital die ihm aus der Hilfsaktion des Staatsamtes für Volksgesundheit zufließenden Mittel in der erforderlichen Höhe der Stadtgemeinde Wien überläßt. Das Staatsamt für Volksgesundheit hätte im zweiten Falle diesem Uebereinkommen schon jetzt beizutreten und sohin die Rückzahlung direkt an die Stadtgemeinde Wien vorzunehmen.

Berichterstatter StR. Tomola:

(P. Z. 12575, M. A. XV, 14477.) Die Verwendung des Eklokales Felberstraße—Benedikt Schellinger-Gasse im Untergeschosse des Schulgebäudes 14., Felberstraße 42/46, als Speisenabgabestelle der Kriegsfürsorge-Zentrale wird bis auf jederzeit möglichen Widerruf genehmigt und zu den erforderlichen und von der genannten Zentrale auf ihre Kosten auszuführenden baulichen Aenderungen (Umwandlung zweier Fenster in Türen) die Zustimmung erteilt, jedoch ist der frühere Zustand auf Verlangen der Gemeinde von der Kriegsfürsorge-Zentrale auf ihre Kosten wieder herzustellen.

(P. Z. 12579, M. A. XV, 15869.) Zu Schuldienern 1. Bezugsklasse im Wege der Zeitbeförderung werden ernannt die definitiven Schuldiener 2. Bezugsklasse: Matthias Leithner mit dem Range vom 17. November 1916, Andreas Karlin und Franz Posser mit dem Range vom 18. Dezember 1916, Karl Unrein mit dem Range vom 2. Jänner 1917, Franz Holub mit dem Range vom 14. Jänner 1917, Karl Himmelmayer mit dem Range vom 28. Jänner 1917, Wilhelm Pateisky mit dem Range vom 31. Jänner 1917, Johann Kostal mit dem Range vom 1. März 1918, Josef Hoschek und Josef Beranek mit dem Range vom 2. Juli 1918. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 12599, J. A. Kg., 284.) Zur Beschaffung von Schuhen und Aepfeln für die Beteilung der Kinder in den öffentlichen Kindergärten der Gemeinde Wien anläßlich der Weihnachtsfeiertage wird ein Betrag von 44.000 K bewilligt.

Zur Bestreitung kleinerer Auslagen wird den Leitungen der Kindergärten ein Gesamtbetrag von 9000 K gegen nachträglich zu erbringenden Verwendungsnachweis bewilligt.

Für den nicht budgetmäßig bedeckten Teilbetrag dieser Ausgaben wird ein 1. Zuschußkredit im Betrage von 13.000 K zur Ausgabs-Rubrik XXXVIII 4 e β genehmigt.

(P. Z. 12590, B. D., 5002.) Im Winter 1918/19 wird der Betrieb auf den städtischen Eislaufplätzen, und zwar im 5. Bezirke St. Johann-Park dem Bezirksvorsteher, im 6. Bezirke, Linke Wienzeile—Mollardgasse der Ortsgruppe Mariahilf des Jugendfürsorgevereines, im Hofe des städtischen Hauses 8., Schmidtgasse 11, der Ortsgruppe Josefstadt dieses Vereines und im 12. Bezirke, Steinbauergasse, dem Vereine zur Pflege der körperlichen Erziehung unter den bisherigen Bedingungen überlassen.

(P. Z. 11577, M. A. XV, 15126.) Der Ankauf des Werkes „Die Josefstadt, Geschichte des 8. Wiener Gemeindebezirkes" von Hans Rotter, Gemeinderat der Stadt Wien, wird für alle 563 Lokallehrerbibliotheken der Volks- und Bürgerschulen, für die 15 Bezirkslehrerbibliotheken, für die 13 Bezirkssektionen des Bezirksschulrates Wien und die Zentrale des Bezirksschulrates Wien in je einem Exemplare, zusammen alle in 592 Exemplaren zu je 10 K mit dem Gesamtkostenbetrage von 5920 K genehmigt.

Zu Ausgabs-Rubrik XLIII 11 wird ein Zuschußkredit von 6000 K bewilligt.

Berichterstatter StR. Spalowsky:

(P. Z. 12476, St. W. A., 5516.) Für das Jahr 1919 werden denjenigen städtischen Angestellten, welche zum Bezuge eines Stiefelpauschales berechtigt sind, gegen dessen Einstellung Schuhe ausgefolgt. Mit der Ausfolgung wird das städtische Wirtschaftsamt beauftragt, welches von der Ausfolgung die Stadtbuchhaltung, Abteilung 2, wegen Einstellung des Stiefelpauschales zu verständigen hat.

(P. Z. 12589, B. D., 5001.) Jedem städtischen Gartenarbeiter wird einmalig ein Paar Schuhe mit Lederoberteil und Holzsohle unentgeltlich beigestellt. Der hiefür entfallende Betrag von 14.000 K wird genehmigt.

(P. Z. 12446, M. B. A. I, 24088.) Dem Ansuchen der Eugenie Biringer v. Tarany um Uebernahme der Kosten im Betrage von 33 K, welche durch die Verpflegung des Dienstmädchens Anna Hurka im Brigitta-Spital des Vereines „Lucina" in der Zeit vom 29. Juli bis 8. Augnst 1918 aufgelaufen sind, durch die Wiener städtische Dienstbotenkrankenkassa wird Folge gegeben.

(P. Z. 12586, B. D., 4991.) Der Stadtgarten-Assistent 2. Klasse Karl Zuklin wird im Wege der Zeitbeförderung zum Stadtgarten-Assistenten 1. Klasse mit dem Range vom 17. November 1917 ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 12581, M. A. XVIII, 5256.) Den städtischen Krankenrevisoren werden für außerordentliche Mehrleistungen im zweiten

Halbjahre 1918 Remunerationen im Gesamtbetrage von 900 K bewilligt.

Berichterstatter StR. Breuer:

(P. Z. 12594, W. A. 3140.) Die Versicherungsverträge über die von der Gemeinde Wien eingelagerten Wohnungs- und Werkstätteneinrichtungen der zum Kriegsdienste Eingerückten oder durch den Krieg in Notlage Geratenen werden für das Jahr 1919 unter den bisherigen Bedingungen erneuert.

(P. Z. 12571, M. A. XI, 59071.) Den Aushilfsdienern im Asyl- und Werkhause Josef Hödl und Leopold Wiesmayer wird zur Bestellung als provisorische Aufseher die Altersnachsicht erteilt.

Berichterstatter StR. Siegel:

(P. Z. 12224, M. A. XVII, 27282.) Die Bezirksamts-Anträge, betreffend 9 Ansuchen um Herabsetzung, beziehungsweise Abschreibung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des 17. Bezirkes, werden genehmigt.

(P. Z. 12320 und 12319, M. A. X, 8005 und 8677.) Die Ansuchen des Franz Lutz, beziehungsweise des Alois Reinwein um Bewilligung zur nachträglichen Entrichtung der Renovationsgebühr für eigene Gräber im Wiener Zentral-Friedhofe werden bewilligt.

(P. Z. 12455, B. A. XI, 128.) Das neuerliche Anbot des Karl Benedict vom 12. November 1918 auf Pflastersteinlieferung wird abgelehnt.

Berichterstatter StR. Winter:

(P. Z. 12587, B. D. 4759.) Dem Kanalaufseher Franz Ibl wird das Definitivum verliehen.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Berichterstatter StR. Richter:

(12578, St. Wohnungsamt, 5518.) Der Ankauf von 125 Exemplaren von Lehmann's Wohnungsanzeigern für die städtischen Aemter und Anstalten pro 1919 wird mit dem Kostenbetrage von 4500 K genehmigt.

(12134, M. B. A. IX, 1532.) Dem Ansuchen der Frau Betty Dietl in Wien, 9., Liechtensteinstraße 96, um gnadenweise Uebernahme der für die wegen Scharlach durch 28 Tage (vom 26. April 1916 an gerechnet) erfolgte Verpflegung ihres Dienstmädchens Hilda Spitzer im Kaiser Franz Josef-Spitale in Wien aufgelaufenen Kosten von 89 K 60 h für Rechnung der Wiener städtischen Dienstbotenkrankenkassa wird mangels besonders rücksichtswürdiger Umstände keine Folge gegeben.

Berichterstatter StR. Schneider:

(P. Z. 12620, M. B. A. XIX, 1150.) Die vom magistratischen Bezirksamte für den 19. Bezirk der Firma Löschner & Helmer zu erteilende Bewilligung zur Erbauung einer Zeug- und Wächterhütte auf der Liegenschaft Einl.-Z. 128 Grundbuch Unter-Döbling an der Zehenthofgasse im 19. Bezirke wird gemäß §§ 97 und 105, Punkt 1 der Bauordnung für Wien bestätigt.

(P. Z. 12614, St. Str. B., 4011/140/16.) Die Durchführung von verschiedenen Erneuerungs-, Veränderungs- und Instandsetzungsarbeiten sowie die Erneuerung und teilweise Umlegung der elektrischen Beleuchtungsanlage, der Klingel- und der Telephonanlagen und die Anschaffung von Einrichtungsgegenständen für die beiden Direktionsgebäude, 4., Favoritenstraße 9 und 11, im Betrage von 137.000 K werden genehmigt.

Diese Kosten werden auf den Betriebsvoranschlag 1918/19, wo sie bedeckt sind, verwiesen.

Die Direktion der städtischen Straßenbahnen wird ermächtigt, die Arbeiten und Lieferungen für die noch auszuführenden Erneuerungs- und Instandsetzungsarbeiten und die Herstellung der Klingel- und Telephonanlagen sowie die Beleuchtungsanlagen im eigenen Wirkungskreise zu vergeben, beziehungsweise in eigener Regie auszuführen.

(P. Z. 12657, St. Str. B., 6665.) Dem kriegsbeschädigten Oberleutnant Gustav Kirsch wird auf die Dauer des Bedarfes eine Freikarte zur Fahrt zwischen Wohnung und Dienststelle gegen nachträgliche Beibringung des amtlichen Mittellosigkeitszeugnisses bewilligt.

(P. Z. 12613, St. Str. B., 6183.) Die Ausfertigung einer Kinderkartenanweisung für den pensionierten Straßenbahn-Revisor Anton Janacek zur Fahrt auf allen im Tarifgebiete I liegenden Straßenbahnlinien, ausgenommen die Sonderfahrpreisstrecken, sowie auf der Straßenbahnstrecke Hermesstraße—Perchtoldsdorf, gültig an allen Tagen des Jahres 1919, wird genehmigt.

(P. Z. 12611, St. Str. B., 6582/Rt.) Das Ansuchen der „Hilfsaktion zur Schuhversorgung für die Armen Wiens" um Neuausstellung von vier Stück Netzfreikarten wird abgelehnt.

(P. Z. 12468, St. Str. B., 6709.) Der Bericht, betreffend den Antrag des GR. Huber und Genossen auf Gewährung von Straßenbahnfreikarten für Invalide, wird zur Kenntnis genommen und genehmigt, daß anstatt der von GR. Huber und Genossen vorgeschlagenen Freikarten für in Spitalspflege befindliche Kriegsverletzte wie bisher Einzelfahrscheine unentgeltlich verabfolgt werden.

(P. Z. 12469, St. Str. B., 116.) Den Oesterreichischen Siemens-Schuckert-Werken wird gestattet, für die im August 1914 bestellten elektrischen Einrichtungen für 109 Motorwagen außer der Preiserhöhung gemäß Stadtrats-Beschluß vom 24. August 1916, P. Z. 8443, ab 1. Oktober 1917 den jeweils üblichen Teuerungszuschlag in Rechnung zu stellen.

Zur Bedeckung dieser Mehrkosten wird ein Sachkredit in der Höhe von 500.000 K, welcher im Investitions-Anlehen vom Jahre 1917 Deckung findet, genehmigt.

(P. Z. 12656, St. Str. B., 4067.) Der Instruktor Karl Krisch der städtischen Straßenbahnen wird mit 1. Dezember 1918 zum Verkehrsmeister mit den Bezügen der Kategorie II, Gehaltsklasse 3, das ist mit einem Jahresgehalte von 2860 K und einem jährlichen Wohnungsgelde von 1260 K unter gleichzeitiger Herabsetzung seiner Personalzulage von 156 K auf 96 K jährlich befördert. Das erhöhte Quartiergeld ist mit Rücksicht auf die bevorstehende Pensionierung des Genannten ausnahmsweise gleichfalls mit 1. Dezember 1918 flüssig zu machen.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 12619, St. Str. B., 7210.) Die von der Direktion der städtischen Straßenbahnen vorgelegten Anträge über 31 Ansuchen um Fahrpreisbegünstigungen werden genehmigt.

Berichterstatter Bgm. Dr. Weiskirchner:

(P. Z. 12732.) In Anbetracht der Tatsache, daß die Theater, Kinos und Varietes sowie die Konzert-, Vortrags- und ähnliche

Unternehmungen die einzigen Unternehmungen sind, die durch die von der n.-ö. Landesregierung angeordneten Einschränkungen beim Verbrauche von Gas und Elektrizität nicht einer bloßen Betriebsbeschränkung, sondern der vollständigen Sperre unterworfen wurden, weiters in Würdigung des Umstandes, daß durch die vollständige Sperre eine große Anzahl von Angestellten in Mitleidenschaft gezogen und beschäftigungslos wird, endlich mit Rücksicht darauf, daß sich die Theater-Direktoren mit der Beschränkung der Spielzeit auf $2^1/_2$ Stunden und der Herabsetzung des Stromverbrauches auf die Hälfte einverstanden erklärt haben, wird ausnahmsweise und ohne Präjudiz für die Zukunft zugestimmt, daß seitens der n.-ö. Landesregierung die Sperre der eingangs erwähnten Betriebe für den 21. und 22. sowie für den 25. und 26. Dezembar 1918 aufgehoben wird. Die weitere Entschließung behält sich der Stadtrat vor.

Berichterstatter StR. Dr. Hein:

(P. Z. 11393, M. B. A. XIV, 801.) Von der Ergreifung des Rekurses gegen die Entscheidung der n.-ö. Landesregierung vom 9. Dezember 1918, betreffend Verleihung der Hotelkonzession an Leopold Mayer, wird Abstand genommen.

Berichterstatter VB. Rain:

(P. Z. 12608, St. Brauh., 507.) Der Rechnungsabschluß des Brauhauses der Stadt Wien und der Oekonomie „Wallhof" für die Zeit vom 1. Juli 1917 bis 30. Juni 1918 wird genehmigt.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 12464, St. Stellw. Unt., 746.) Die auf Grund des Gemeinderats-Beschlusses vom 13. November 1918, P. Z. 11001, vorgeschlagenen Bezugserhöhungen für die im Jahresgehalte stehenden Angestellten der städtischen Stellwagen-Unternehmung werden gemäß dem Berichte und Antrage der Direktion genehmigt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 12458, St. L. B., 1043.) Dem Gemeinderats-Beschlusse vom 13. November 1918, P. Z. 11001/18, gemäß werden folgende Bezugserhöhungen genehmigt: 800 K für den Vize-Direktor Rudolf Sedlaczek vom 1. Jänner 1919 ab, je 400 K für die Abteilungsvorstände Otto Engelberger und Heinrich Köpf vom 1. Jänner 1919 ab, 400 K für den Aufnahmsbeamten Ferdinand Ruzicka vom 1. Oktober 1918 ab.

(P. Z. 12542, M. D., 6777.) Ueber Ansuchen wird Mag.-R. Anton Oesterreicher in den bleibenden Ruhestand versetzt. Sein Ruhegenuß wird unter Zugrundelegung einer anrechenbaren Dienstzeit von 29 Jahren mit zusammen 9603 K jährlich bemessen.

(P. Z. 12470, M. A. XI c, 2264.) Die Abhaltung eines Fortbildungskurses für die Beamten der Wiener Stadtbuchhaltung gemäß dem vorgelegten Programme wird genehmigt. Zur Bestreitung der Auslagen von rund 4000 K wird ein Zuschußkredit in dieser Höhe zur Ausgabs-Rubrik XXXVIII 8 bewilligt.

(P. Z. 12547, M. A. II, 8435.) Der Hauptkassen-Ober-Kontrollor Josef Terzer wird zum Hauptkassen-Vize-Direktor ernannt.

Den Ober-Kontrolloren Anton Stöckl und Josef Machan wird in Anbetracht ihrer vieljährigen vorzüglichen Dienstleistung der Titel „Hauptkasse-Vize-Direktor" und eine in die Ruhebezüge einzurechnende Personalzulage von jährlich 400 K verliehen.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend; an den Gemeinderat.)

(P. Z. 12580, M. A. XVI, 24330.) Im Personalstande des Konskriptionsamtes werden im Wege der Zeitbeförderung ernannt:

Zu Konskriptionsamts-Kontrolloren die Konskriptionsamts-Kommissäre: Ferdinand Friedl, Josef v. Paumgartten, Hermann Eichinger, Robert Pribyl, Richard Aftner, Karl Zeckl, Franz Neumayer, Leopold Portuna, Stanislaus Hajecki, Ernst Reiter, Friedrich Zeitlberger, Rudolf Polt, Rudolf Pokorny, Viktor Marcher, Rudolf Zelinger, Adolf Köck und Franz Bambule;

zu Konskriptionsamts-Kommissären die Konskriptionsamts-Offiziale: Friedrich Kreuzberger, Friedrich Uhl, Ernst Sellinger, Max Zöchling, Anton Humplik, Richard Nacal, Franz Müllner, Ferdinand Ressel und Richard Riedl;

zu Konskriptionsamts-Offizialen die Konskriptionsamts-Akzessisten: Otto Formacek, Anton Hainreich, Johann Witek, Leopold Panek, Josef Sterba und Karl Werner.

Die Anweisung der neuen Gehalte hat mit 1. Oktober 1918 und der neuen Quartiergelder mit 1. November 1918 zu erfolgen.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 12545, M. A. II, 9818.) Der Schlußbericht der Stadtbuchhaltung über die Herstellung der Schuldverschreibungen und Zinsscheinbogen des 80 Millionen Kronen-Anlehens vom Jahre 1917 wird zur Kenntnis genommen.

(P. Z. 12477, M. D., 8057.) Im Stande der rechtskundigen Beamten werden im Wege der Zeitbeförderung ernannt:

Zu Magistrats-Sekretären die Magistrats-Ober-Kommissäre Alexander Much, August Hofer, Dr. Robert Mayr, Tit.-Sekretär, Dr. Ferdinand Wagner, Dr. Franz Reichel v. Reichspurg, Dr. Robert Reineck, Richard Edler v. Radler, Dr. Friedrich Lautzberg, Dr. Robert de Frantz, Eduard Ritter v. Eisenbach, Dr. Richard Huber, Dr. Franz Urban, Martin Jechl, die Tit.-Sekretäre Ludwig Schramm und Dr. Viktor Nather, Dr. Otto Schutowits, Tit.-Sekretär Dr. Hans Liebl, Dr. Wilhelm Landskron, Dr. Leopold Telatko, Dr. Heinrich Pawlik, Dr. Leopold Schindler, Karl Urban, Dr. Rudolf Hiesmanseder, Rudolf Wagner, Dr. Franz Karner, Dr. Franz Libano, Dr. Karl Siller, August Hanisch, Dr. Robert Gewinner, Dr. Robert Starzikowsky, Dr. Josef Limauschek, Tit.-Sekretär Franz David, Dr. Karl Wiesenberger, Dr. Artur Bittmann, Dr. Alois Altmann, Dr. Ludwig Mennet und Dr. Otto Lorenz;

zu Magistrats-Ober-Kommissären die Magistrats-Kommissäre Dr. Franz Riesler, Dr. Franz Kierer, Artur Hampel, Dr. Josef Hartl, Dr. Karl Fenzl, Heinrich Baumer, Dr. Ludwig Trönle, Dr. Robert Feltl, Karl Travnicek, Alexander Hausleitner, Dr. Alexander Deipenbrock, Dr. Paul R. v. Hruby, Dr. Adolf Schweng und Dr. Viktor Kritscha;

zu Magistrats-Kommissären die Magistrats-Konzipisten Dr. Karl Viktor Mayer, Dr. Rudolf Neumayer, Dr. Erwin Hammer, Dr. Max Felkel, Dr. Johann Dietrich, Dr. Georg Weiler, Dr. Theodor Baumgartner und Dr. Otto Halbmayr;

zu Magistrats-Konzipisten die Magistrats-Konzeptspraktikanten Dr. Johann Scharnagl, Dr. Franz Binder, Dr. Wilhelm Hammerschmidt, Dr. Rudolf Sterl, Dr. Richard Blasl, Dr. Friedrich Semek, Dr. Ferdinand Spandl und Dr. Hermann Just.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 12339, St. Buchh., 560.) Im Personalstande der Stadtbuchhaltung werden im Wege der Zeitbeförderung ernannt:

Zu Rechnungs-Ober-Revidenten die Rechnungs-Revidenten Ernst Wolf, Johann Gindl, Karl Bioul, Johann Cizek, Friedrich

Licht, Ludwig Mifka, Johann Albrecht, Alfred Kautz, Viktor Hellmann, Felix Ferge, Hubert Wenger, Rudolf König, Rudolf Schneider, Karl Polatzek, Leopold Adam, Alois Schlusche, Viktor Mayerhofer und Franz Nemec;

zu Rechnungs-Revidenten die Rechnungs-Offiziale Gustav Broser, Max Trauschke, Franz Krammel, Heinrich Hein, Rudolf Pretsch, Adolf Reichert, Richard Mayr, Anton Kornfeld, Karl Zondra, Engelbert Wiletel und Josef Matznetter;

zu Rechnungs-Offizialen die Rechnungs-Assistenten Anton Rilberger, Karl Brosch, Gustav Käs, Johann Haidinger und Franz Oberleitner;

zum Rechnungs-Assistenten der Rechnungs-Praktikant August Prohaska.

(P. Z. 12397, M. D., 7413.) Die Dienstesentsagung des Magistrats-Konzipisten Dr. Erik Habernal gemäß § 115 D. P. wird genehmigt.

(P. Z. 12340, Buchh. D., 596.) Den Rechnungs-Praktikanten Karl Wran und Felix Griensteidl werden bei Aufrechterhaltung ihrer gegenwärtigen Diensteigenschaft die Bezüge der 11. Rangsklasse ab 1. Oktober 1918, längstens bis zum Ablaufe eines Jahres vom Tage ihres Dienstantrittes nach der Rückkehr von der aktiven Militärdienstleistung an gerechnet unter Einstellung ihres bisherigen Adjutums und unter Bedachtnahme auf die Bestimmungen des Anhanges II zur Dienstpragmatik, betreffend die Mobilisierungsgebühren, bewilligt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 12400, M. A. II, 9626.) Mit Rücksicht auf die außerordentliche Mehrleistung anläßlich der Liquidierung und Auszahlung der erhöhten Kriegszulagen für Beamte und Lehrer sowie Pensionisten und des Anschaffungsbeitrages vom 1. Oktober 1918 wird dem damit betrauten Personal der städtischen Hauptkasse eine Entschädigung von 3 K per Kopf und Tag, zusammen 1290 K, dem hiebei verwendeten Amtsdiener eine solche von 40 K bewilligt.

Die Ausgabe per zusammen 1330 K ist auf Rubrik LII 34 a bedeckt.

(P. Z. 12377, St. Lagerh., 38088.) Die Direktion der Lagerhäuser der Stadt Wien wird ermächtigt, den Vertrag mit der Wiener Eisenhandelsgesellschaft m. b. H., betreffend die Lagerung von Eisen im Magazin VII und im Freien der Lagerhäuser der Stadt Wien, zu den geltenden Bedingungen auf die Zeitdauer vom 1. Jänner bis 30. Juni 1919 zu verlängern.

(P. Z. 12334, M. D., 7968.) Die Bilanz der Lagerhäuser der Stadt Wien für das Geschäftsjahr 1917/18 wird unter Festsetzung einer Abschreibung von 586.523 K 22 h und einer Rücklage von 100.000 K zur Ergänzung der Selbstversicherungs- und Haftpflichtreserve mit dem ausgewiesenen Gebarungsüberschusse von 691.791 K 25 h genehmigt.

Aus Anlaß des Abschlusses des Geschäftsjahes 1917/18 wird der Direktion der Lagerhäuser der Stadt Wien für die außerordentlichen Leistungen im Approvisionierungsverkehre der Dank und die Anerkennung des Gemeinderates ausgesprochen.

(An den Gemeinderat.)

Berichterstatter StR. Müller:

(P. Z. 12585, M. D., 4990.) Der Stadtgarten-Assistent 2. Klasse Josef Varga wird im Wege der Zeitbeförderung zum Stadtgarten-Assistenten 1. Klasse mit dem Range vom 17. November 1917 ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 12583, B. D., 4989.) Der Stadtgarten-Assistent 2. Klasse Josef Deyerl wird im Wege der Zeitbeförderung zum Stadtgarten-Assistenten 1. Klasse mit dem Range vom 17. November 1917 ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 12584, B. D., 4988.) Der Stadtgarten-Assistent 2. Klasse Franz Kollmann wird im Wege der Zeitbeförderung zum Stadtgarten-Assistenten 1. Klasse mit dem Range vom 17. November 1917 ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Berichterstatter StR. Baugoin:

P. Z. 12182, M. A. X, 8518.) Dem Chemiker Richard Michel wird das eigene Grab Gruppe 12, Nr. 96 im Hietzinger Friedhofe um die Gebühr von 1800 K auf die Dauer des Friedhofsbestandes überlassen.

(P. Z. 12454, B. D., 4056.) Der Entwurf für die Beleuchtung der Zufahrtsstaße von der Steinbruchstraße zur Fabrik Zeiß im 13. Bezirke mittelst vier halb- und zwei ganznächtigen Auergasflammen wird genehmigt. Derzeit sind aber nur drei Flammen in den Punkten I, 1, 2 bis zu seinerzeitigen vollständigen Straßenherstellung zu errichten und ganznächtig brennen zu lassen. Die den städtischen Gaswerken hiefür auflaufenden Herstellungskosten von 14.000 K und die jährlichen Betriebskosten von 420 K für die drei ganznächtigen Flammen werden genehmigt.

(P. Z. 12444, M. A. X., 9182.) Dem Finanz-Sekretär Dr. Rudolf Goldmann wird das eigene Grab Gruppe 20, Nr. 81 im Hietzinger Friedhofe um die Gebühr von 450 K auf Friedhofsdauer überlassen.

(P. Z. 12318, M, A. X, 8210.) Dem Exporteur Karl Modes wird das eigene Grab Gruppe 12, Nr. 95 im Hietzinger Friedhofe um die Gebühr von 1200 K auf Friedhofsdauer überlassen.

(P. Z. 12371, M. A. X, 9208.) Dem Bezirksrat Raimund Frühwirth und Hausbesitzer Josef Köhler werden behufs Erbauung von einfachen Grüften die Gruftplätze Nr. 26, beziehungsweise 27 der Gruppe 22 des Baumgartner Friedhofes um die Gebühr von je 2400 K unter der Bedingung überlassen, daß der Betrag von 2400 K binnen acht Wochen nach Verständigung beim magistratischen Bezirksamte 13 eingezahlt, vor Errichtung der Grüfte um die Baubewilligung ebendaselbst eingeschritten, ferner der Bau selbst durch befugte Gewerbsleute ausgeführt werde. Sollte aber die erste Leiche eine nichtzugewiesene sein, so ist vor der Bestattung je der Betrag von 2400 K beim magistratischen Bezirksamte 13 nachzuzahlen.

(P. Z. 12370, M. A. X, 1572.) Der Kongregation der Barmherzigen Schwestern vom heil. Vinzenz von Paul werden behufs Errichtung einer gemeinsamen Begräbnisstätte 17 eigene Gräber im neuen Teile des Baumgartner Friedhofes in Würdigung des gemeinnützigen Wirkens der Kongregation um die ermäßigte Gebühr von 2550 K auf Friedhofsdauer unter den vom Magistrate aufgestellten Bedingungen überlassen.

(P. Z. 12574, M. A. XIV, 346.) Dem Johann und der Anna Coeln wird die politische Bewilligung erteilt, nach Maßgabe der vorgelegten Pläne die Liegenschaft Einl.-Z. 509 des Grundbuches Hietzing, sowie die Liegenschaft Einl.-Z. 1094 des Grundbuches

Ober-St. Veit im 13. Bezirke in Wien, auf 17 Baustellen und den unparzellierten Grundrest A abzuteilen und von der Liegenschaft Einl.-Z. 1422 des Grundbuches Ober-St. Veit im 13. Bezirke in Wien die provisorische Kat.-Parz. 712/36 behufs Uebertragung derselben in das Verzeichnis über öffentliches Gut abzuschreiben. Diese Abteilung ist als Parzellierung im Sinne des § 3, lit. a Wr. B.-O. zu betrachten. Die vom Magistrate zu stellenden Bedingungen sind einzuhalten.

(P. Z. 12558, M. A. III, 3196.) Zur Ergänzung der im Grundbuche Speising unter Einl.-Z. 18 inneliegenden Kat.-Parz. 516/2 und 517/2 überläßt die Gemeinde Wien der Therese Süß und Miteigentümern den im Plane des Stadtbauamtes vom Mai 1910, Fach-Abteilung XIV, Z. 293, rot angelegten und mit den Buchstaben b c d e g h i k (b) umschriebenen Teil der Kat.-Parz. 595 öffentliches Gut Speising im Ausmaße von ungefähr 259·94 m², ferner den mit den Buchstaben e f c g (e) umschriebenen Teil der Kat.-Parz. 293 öffentliches Gut Speising im ungefähren Ausmaße von 2·26 m², insgesamt Grundteile im Ausmaße von ungefähr 262·20 m² um den Betrag von 5000 K und unter folgenden Bedingungen:

Der Kaufpreis ist binnen 14 Tagen nach Verständigung der Käufer von der Genehmigung ihres Anbotes fällig.

Die Käufer übernehmen die Verpflichtung, gleichzeitig mit der grundbücherlichen Durchführung des vorliegenden Rechtsgeschäftes den mit den Buchstaben k l m n (k) umschriebenen und durch gelbe Färbung dargestellten Teil der Kat.-Parz. 516/2 in Einl.-Z. 18 Speising im Ausmaße von ungefähr 37·20 m² unentgeltlich als Straßengrund an die Gemeinde Wien abzutreten, gebühren- und lastenfrei in das Verzeichnis des öffentlichen Gutes zu übertragen und der Gemeinde Wien über deren Aufforderung in richtiger Höhenlage in den physischen Besitz und Genuß zu übergeben.

Die Käufer übernehmen weiters die Verpflichtung, auf den der ergänzten Liegenschaft Einl.-Z. 18 Speising vorliegenden Straßenzügen bis zur Straßenmitte auf ihre Kosten die richtige Höhenlage herzustellen.

Die Verflichtung zu Uebergabe des abzutretenden Straßengrundes in der richtigen Höhenlage und zur Herstellung der richtigen Höhenlage auf den vorliegenden Straßengründen sind als Reallasten zugunsten der Gemeinde Wien auf der Einl.-Z. 18 Speising einzuverleiben.

Sämtliche mit dem Rechtsgeschäfte und seiner grundbücherlichen Durchführung verbundenen Kosten und Gebühren tragen die Käufer zur Gänze allein.

(P. Z. 12373, M. A. XIV, 2081.) Der Firma Julius Frankl, G. m. b. H., und dem Dr. Karl Mangold wird die politische Bewilligung erteilt, die Liegenschaften Kat.-Parz. 195, 196/1 und 197/1, Einl.-Z. 184, Kat.-Parz. 197/3, Einl.-Z. 468, Kat.-Parz. 202/1, Einl.-Z. 186, Kat.-Parz. 202/5, Einl.-Z. 384, Kat.-Parz. 201/1, Einl.-Z. 385 und Kat.-Parz. 201/2, Einl.-Z. 386, sämtliche im Grundbuche Hietzing im 13. Bezirke in Wien inneliegend, nach Maßgabe der vorgelegten Pläne auf drei Baustellen und einen unparzelliert bleibenden Grundrest abzuteilen.

Die vom Magistrate gestellten Bedingungen sind einzuhalten.

(P. Z. 12595, Wohnungsamt, 4642.) Den Beamten und Angestellten des Wohnungsamtes der Stadt Wien werden die in dem vorgelegten Verzeichnisse beantragten Remunerationen im Gesamtbetrage von 9720 K bewilligt.

Berichterstatter StR. Melcher:

(P. Z. 12573, M. A. XIV, 2634.) In nachträglicher Genehmigung der von den Vertretern der Gemeinde Wien und des Wiener Magistrates bei der Verhandlung abgegebenen Erklärung wird das Protokoll der niederösterreichischen Landesregierung vom 29. November 1918 samt Plänen, betreffend die Bewilligung zur Errichtung eines Zubaues zum Röntgenlaboratorium der Ersten chirurgischen Klinik der Wiener Universität, zustimmend zur Kenntnis genommen.

(P. Z. 12331, M. B. A. XIX, 955.) Die von Johanna Rößler beabsichtigte Erbauung eines hölzernen Wohnhauses auf der Liegenschaft Einl.-Z. 868 Grundbuch Grinzing an der Himmelstraße im 19. Bezirke wird gemäß §§ 85 und 105, Punkt 5 der Bauordnung für Wien als Bauerleichterung zugestanden.

Berichterstatter StR. Hohensinner:

(P. Z. 12664, M. A. XV, 16086.) Zur Erteilung eines Studienurlaubes an die provisorische Lehrerin 2. Klasse Angelina Schlösinger auf die Zeit vom 1. Jänner bis 30. Juni 1919 gegen Karenz der Bezüge wird die Zustimmung gegeben.

Berichterstatter StR. Hellmann:

(P. Z. 12655, M. D., 6830.) Den mit der Führung der Ortsschulratsgeschäfte betrauten Beamten der Bezirke 1 bis 10 und 12 bis 21 werden für das Verwaltungsjahr 1917/18 die üblichen Remunerationen von 120 K für jede Ortsschulratskanzlei gewährt.

(P. Z. 12448, M. B. A. II, 7 I 4.) Die Bezirks-Anträge, betreffend zwölf Ansuchen um Nachsicht, beziehungsweise Ermäßigung der Hundesteuer, werden mit den von Ob.Mag.-R. Langthaler beantragten Aenderungen genehmigt.

Berichterstatter StR. Dr. Kienböck:

(P. Z. 12551, M. A. II, 9637.) Die Ausfolgung der von der Tief- und Betonbau-Unternehmung Carlo Paganini erlegten Kautionen von 1000 K und 400 K ohne Beibringung des Erlagscheines wird bewilligt.

(P. Z. 12582, M. A. XIX, 1352.) Von der Ergreifung des Rekurses gegen die mit Note der Steuer-Administration für den 1. Bezirk vom 9. Oktober 1918 mitgeteilte Erwerbsteueraufteilung bezüglich der Skodawerke Aktiengesellschaft für das Jahr 1916 wird Umgang genommen.

(P. Z. 12560, M. A. III, 3335.) I. Das der Gemeinde Wien nach dem am 22. Juli 1917 verstorbenen Karl Weller angefallene Legat wird angenommen.

II. Das Anbot des Karl Schlusche auf käufliche Ueberlassung der der Gemeinde Wien gehörigen Anteile an den Liegenschaften 6., Wallgasse Or.-Nr. 33 und 35, sowie des zur Ergänzung derselben erforderlichen städtischen Besitzes um den Pauschalpreis von 250.000 K wird abgelehnt.

III Der Stadtrat ist vorbehaltlich der vom Wiener Wärmestuben- und Wohltätigkeitsvereine beizubringenden statutenmäßigen Genehmigung bereit, dem Gemeinderate folgendes Rechtsgeschäft zur Annahme zu empfehlen:

Die Gemeinde Wien erwirbt zu den bereits ihr gehörigen Dreiviertelanteilen an den Liegenschaften Einl.-Z. 1046 und 1047 des Grundbuches für den 6. Bezirk, Wallgasse Or.-Nr. 33 und

35, von dem Wiener Wärmestuben- und Wohltätigkeitsvereine die diesem Vereine gehörigen Viertelanteile um den Pauschalbetrag von 56.230 K 32 h unter nachfolgenden Bedingungen:

1. Die genanten Liegenschaften werden rücksichtlich der verkauften Viertelanteile satz- und lastenfrei ins Eigentum der Käuferin übertragen.

2. Der Kaufschilling wird binnen 14 Tagen nach Einverleibung des Eigentums der Gemeinde in Barem entrichtet.

3. Der Verrechnung der dem Wiener Wärmestuben- und Wohltätigkeitsvereine zukommenden Anteile an den Zinseinnahmen und der verhältnismäßigen Anteile an den der Gemeinde Wien erwachsenen Verwaltungsauslagen wird der Zahlungstag des Kaufschillings zugrundegelegt.

4. Falls die Gemeinde Wien innerhalb zehn Jahren vom Tage der vorerwähnten Eigentumseinverleibung an gerechnet die Liegenschaft 6., Wallgasse Or.-Nr. 33 um einen 124.727 K 37 h oder die Liegenschaft 6., Wallgasse 35, um einen 100.194 K 55 h übersteigenden Preis verkauft, gebührt dem Wiener Wärmestuben- und Wohltätigkeitsvereine ein Viertel des erzielten und im Kaufpreise erhaltenen Mehrerlöses. Diese Verpflichtung der Käuferin wird jedoch unwirksam, wenn das auf der zu veräußernden Liegenschaft befindliche Haus vor dem Verkaufe umgebaut oder abgetragen wurde.

5. Alle mit diesem Rechtsgeschäfte und seiner grundbücherlichen Durchführung verbundenen Kosten und Gebühren trägt die Gemeinde Wien.

IV. Für den Fall des Zustandekommens dieses Rechtsgeschäftes wird zur Bedeckung des Kaufschillings von 56.230 K 32 h zur Ausgabs-Rubrik XII 13 ein Zuschußkredit in der Höhe des Erfordernisses bewilligt.

V. Im Sinne der letztwilligen Verfügung des Verstorbenen wird das Erträgnis der Häuser 6., Wallgasse Or.-Nr. 33 und 35 zur Häfte für Tuberkulosenfürsorgezwecke, zu einem Viertel zur Ausspeisung Bedürftiger, insbesondere bedürftiger Schulkinder verwendet. (An den Gemeinderat.)

Berichterstatter StR. Schwer:

(P. Z. 12661, M. A. IV, 4047.) Zur Aufbesserung der Kost der Mannschaft der städtischen Feuerwehr einschließlich der Unterbeamten am Heiligen Abend 1918 und am Neujahrstage 1919 wird ein Betrag von 2100 K (d. i. 1 K 50 h für den Mann) bewilligt.

(P. Z. 12662, M. A. IV, 4039.) Den in der Kanzlei, im Werkstättendienst, bei der Kost-, Material- und Monturverwaltung, sowie bei sonstigen außergewöhnlichen Dienstesverrichtungen verwendeten Offizieren, Unterbeamten und Mannschaftspersonen der städtischen Feuerwehr, sowie den dem Feuerwehr-Kommando zugewiesenen Kanzleikräften und Amtsdienern werden in Anerkennung ihrer besonderen Dienstleistungen Anerkennungsgaben in der vom Kommando der städtischen Feuerwehr beantragten Höhe bewilligt. Die Gesamtauslage von 4930 K wird genehmigt.

(P. Z. 12659, St. W. A, 4666.) Der Bezug der vom Wirtschaftsamte in dem vorgelegten Verzeichnisse genannten Zeitungen und Zeitschriften für die städtischen Aemter und Anstalten im Jahre 1919 wird bewilligt.

Berichterstatter StR. Körber:

(P. Z. 12591, B. D., 5012.) Im städtischen Donaubade am Erzherzog Karl-Platz 4 im 2. Bezirke ist auf Grund des Stadtbauamtsberichtes die Nachtwache bis auf weiteres um zwei Mann zu verstärken und wird hiefür ein bedeckter Betrag von 4000 K genehmigt.

(P. Z. 12666, B. D., 5094.) Das Betriebsergebnis des städtischen Strandbades „Gänsehäufel" im Jahre 1918 wird genehmigend zur Kenntnis genommen. Die Anerkennungsgaben für das ständige und nicht ständige Personale werden bewilligt.

Berichterstatter StR. Angermayer:

(P. Z. 12552, M. A. II, 8500.) Dem Albert Draeger wird das Sterbequartal nach dem verstorbenen städtischen Kanzlisten Emil Draeger im Betrage von 330 K zuerkannt.

(P. Z. 12553, M. A. II, 8443.) Der Katharina Pekař, geb. Blazek, wird das Sterbequartal nach dem verstorbenen pensionierten städtischen Straßenarbeiter Franz Blazek im Betrage von 146 K zuerkannt.

(P. Z. 12554, M. A. II, 7815.) Der Marie Kern, geb. Hickmann, wird das Sterbequartal nach dem pensionierten städtischen Straßenarbeiter Alexander Hickmann im Betrage von 151 K 84 h zuerkannt.

(P. Z. 11555, M. A. II, 5619.) Der Anna Ruhswurm wird das Sterbequartal nach dem verstorbenen städtischen Kanzlisten in Prov. Franz Krippel im Betrage von 395 K 16 h zuerkannt.

(P. Z. 12556, M. A. II., 7223.) Der Pauline Fuchs wird das Sterbequartal per 500 K sowie das Zinsquartal für die Zeit vom 1. November 1918 bis 31. Jänner 1919 im Betrage von 200 K nach dem verstorbenen städtischen Ratsdiener Julius Stahl zuerkannt.

(P. Z. 12557, M. A. II, 7116.) Der Eleonore Kriszt wird das Sterbequartal per 650 K sowie das Zinsquartal für die Zeit vom 1. November 1918 bis 31. Jänner 1919 im Betrage von 300 K nach dem verstorbenen städtischen Steueramts-Offizial Alexander Kriszt zuerkannt.

(P. Z. 12315, M. A. II, 8208.) Der Straßenarbeiterswitwe Magdalena Potsch wird die normalmäßige Witwenpension im Jahresbetrage von 675 K 25 h vom 1. Oktober 1918 an angewiesen.

(P. Z. 12367, M. A. II, 8209.) Der Kanzlei-Direktions-Adjunktenswitwe Hedwig Ripka wird die normalmäßige Witwenpension im Jahresbetrage von 2360 K vom 1. November 1918 an angewiesen.

(P. Z. 12399, M. A. II, 8650.) Der Ratsdienerswitwe Franziska Hölzl wird die normalmäßige Witwenpension im Jahresbetrage von 1093 K 33 h vom 1. November 1918 an angewiesen.

(P. Z. 12441, M. A. II, 8485.) Der Straßenarbeiterswitwe Antonia Harwath wird die normalmäßige Witwenpension im Jahresbetrage von 486 K vom 1. November 1918 an angewiesen.

(P. Z. 12544, M. A. II, 8262.) Der Kanzlistenswitwe Katharina Winkler werden die normalmäßige Witwenprovision im Jahresbetrage von 1100 K und Erziehungsbeträge von je 300 K jährlich für die drei unversorgten Kinder Wilhelm, Herta und Franz vom 1. November 1918 an angewiesen.

(P. Z. 12242, M. A. II, 6488.) Das Ansuchen der Straßenarbeiterswitwe Antonia Wania um Erhöhung der Gnadengabe wird mit Rücksicht auf die Dienstzeit des Gatten von sieben Jahren und den Verdienst der Gesuchstellerin abgewiesen.

Berichterstatter StR. Dr. Hein:

(P. Z. 12256, M. A. XI b, 14893.) Der Magistrat wird ermächtigt, auf die Geltendmachung der Verpflegskostenforderung der Gemeinde Wien im Betrage per 866 K 87 h bei dem Nachlasse nach dem Pflegling des Wiener Versorgungsheimes, Pius Mayerhofer, zu verzichten.

(P. Z. 12153, M. A. XIX, 1276.) Die Gemeinde Wien zieht ihren unter M. A. XIX, 936/16 eingebrachten Rekurs gegen die Erwerbsteueraufteilung bezüglich der Veitscher Magnesitwerke A.-G. pro 1915 zurück. Hinsichtlich der Erwerbsteueraufteilung pro 1916 wird von der Ergreifung eines Rechtsmittels Umgang genommen.

(P. Z. 12089, M. A. XIX, 1292.) Die Gemeinde Wien ist mit der von der Finanz-Landes-Direktion vorgeschlagenen Erwerbsteueraufteilung der Vereinigten Papier- und Ultramarinfabriken Jakob Kraus, Johann Setzer, R. Schneider jun. A.-G. einverstanden.

Schluß der Sitzung.

Allgemeine Nachrichten.

Gemeinderats-Ausschuß für städtische Wohnungsfürsorge.

Sitzung vom 13. Dezember 1918.

Bgm. Dr. Weiskirchner eröffnete die Sitzung und teilte zunächst das Ergebnis der in der letzten Gemeinderats-Sitzung vorgenommenen Wahl in den Gemeinderats-Ausschuß für Wohnungsfürsorge mit.

Zum Vorsitzenden wurde sodann gewählt GR. Dr. Stich, zum Obmann-Stellvertreter GR. Dr. Scheu.

Direktor Dr. Sagmeister berichtete hierauf über die Mieterschutz-Verordnung vom 26. Oktober 1918, R.-G.-Bl. 381, über die Einführung des Wohnungsnachweises und die Vollzugsanweisung des deutschösterreichischen Staatsrates vom 13. November 1918 über die Anforderung von Wohnungen durch die Gemeinden und über die Anforderung in Bestand oder in Anspruch genommener Liegenschaften für öffentliche Zwecke, wobei er ausführte:

Das Wohnungswesen und das Wohnungsrecht haben im Laufe der Jahre eine durchgreifende Aenderung erfahren. Die

Mieterschutz-Verordnung

wurde einer Neuredaktion unterzogen, es wurde der Schutz der Untermieter und der Mieter möblierter Wohnungen einbezogen und scharfe Strafbestimmungen gegen den Unfug des Ablösegeldes und des Wohnungswuchers erlassen. Die Bestimmungen sind noch zu neu, um ihre Wirkung vollständig zu erkennen. Es läßt sich aber heute schon eine außerordentliche Besserung konstatieren. Das Kriegswucheramt, dem die Strafhandlungen übertragen wurden, geht im Einvernehmen mit dem Wohnungsamte mit größter Schärfe vor und es ist zu hoffen, daß in absehbarer Zeit diesem Wucher wirksam gesteuert werden wird. Die neue Verordnung wurde auch nicht determiniert, sondern auf unbestimmte Zeit erlassen, es sind also darin sicher gewisse Ansätze zu einer Reform des Mietwesens überhaupt gelegen, wenn auch nicht gesagt werden kann, daß alle Bestimmungen dauernd erhalten bleiben werden. Das Wesentlichste sind die Bestimmungen zum Schutze der Mieter gegen die Kündigung und gerade diese haben es ermöglicht, daß trotz der schwierigen Verhältnisse der letzten Monate eine gewisse Beständigkeit der Wohnungsverhältnisse erreicht wurde. Die Demobilisierung, die von allen Seiten mit Recht gefürchtet wurde, hat sich noch viel schwieriger vollzogen, als man annehmen konnte, denn sie hat sich in ganz kurzer Zeit vollzogen und ihre Wirkung wurde noch verstärkt, durch die Massenzuwanderung vertriebener Deutschösterreicher aus dem Norden, Süden und Osten. Man kann nicht sagen, daß alle diese Massen wirklich Wohnung gefunden haben, aber sie haben wenigstens Unterstand oder Notunterkünfte gefunden. Es darf nicht übersehen werden, daß es zum großen Teile eben nur Notunterkünfte sind, und daß der Wohnungsbedarf noch auf längere Zeit hinaus bei weitem nicht gedeckt sein wird. Was die Abwanderung betrifft, von der man vielfach reden hört, so kann sie naturgemäß bei der Unmöglichkeit des Möbeltransportes nur für einen späteren Zeitpunkt in Betracht kommen. Uebrigens herrscht im allgemeinen nicht die Tendenz, die Wohnungen in Wien gänzlich aufzulassen, es wird also längere Zeit noch die Nachfrage das Angebot überwiegen. Das ist auch der Anlaß, daß die Aktion fortgesetzt werden muß und namentlich den Wohnungsnachweis in sehr ausgedehntem Maßstabe in Wirksamkeit tritt. Seit über vier Jahren wurde die Erlassung gesetzlicher Bestimmungen über den

obligatorischen Wohnungsnachweis

gefordert und er trat nun mit 1. Dezember 1918 in Kraft. Auch hier sind die Erfahrungen noch viel zu kurz, es ist aber außer Zweifel, daß man dadurch ein viel genaueres Bild über den Wohnungsmarkt gewinnen wird. Auch der bisherige auf leerstehende Wohnungen beschränkte Nachweis hat 37.000 wohnungssuchende Parteien ergeben. Gegenwärtig ist der Nachweis nicht nur auf leerstehende, sondern auch auf gekündigte und auch auf möblierte Wohnungen ausgedehnt und es wird allmählich auch eine Regelung des Bettgeherwesens erfolgen können. Eine weitere, wichtige legislative Neuerung ist die Vollzugsanweisung über

die Anforderung von Wohnungen.

Es können Wohnungen aus verschiedenen Gründen angefordert werden. Zunächst wegen Nichtbenützung oder nicht genügender Benützung, besonders solche, welche ein gewisses Maß überschreiten, Wohnungen mit sechs Zimmern und mehr, wenn die Zahl der Bewohner vier nicht überschreitet. Die Anmeldefrist ist vor einigen Tagen abgelaufen, die Zahl der Anmeldungen war stark, es ist aber leider nicht das ganze Material verwendbar, was weniger in den Wohnungen selbst, als in der sonstigen Situation begründet ist. Es können nämlich zahlreiche Doppelwohnungen in den Villenvierteln aus Mangel an Beheizungs- und Beleuchtungsmöglichkeit nicht einbezogen werden, vor allem auch wegen Mangel an Verkehrsmittel. Die Aufarbeitung des Materials erfolgt durch eigene Arbeitsgruppen, welche systematisch in ganz Wien das Material verarbeiten. Das Wohnungsgebiet

Wien umfaßt auch die Nachbargemeinden, welche in unmittelbarem Kontakt mit der Stadt stehen, und dadurch kommt zum ersten Male zum Ausdruck, wie heute schon das Gebiet Wien wirtschaftlich über die heutigen Grenzen hinausreicht. Eine andere wichtige Vollzugsanweisung betrifft die Anforderung solcher Liegenschaften, die bisher für öffentliche Zwecke angefordert waren, namentlich die sehr großen Anlagen der Militärverwaltung und der Flüchtlingsfürsorge. Auch hier wird sich manches erreichen lassen. Die zwei großen Flüchtlingslager in Steinklamm und Oberhollabrunn sind bereits in Benützung und es liegt dem Gemeinderat ein Antrag vor, die dauernde Erwerbung dieser Objekte anzubahnen. Was die Aktion der Gemeinde Wien betrifft, so wurde bekanntlich im heurigen Frühjahr

das große Programm der Gemeinde Wien

für die Regelung der Wohnungsfrage nach dem Kriege aufgestellt, das natürlich durch den Verlauf der Ereignisse gewisse Aenderungen erfahren müßte. Man kann aber der Erwartung Ausdruck geben, daß die Gemeindeverwaltung im großen und ganzen daran festhalten wird. So viel auch über den künftigen Niedergang Wiens gesprochen wird, so liegt doch bisher keine greifbare Tatsache vor, daß die Nachfrage nach Wohnungen abgenommen hat. Selbst wenn diese Nachfrage etwas geringer würde, so handelt es sich doch nicht nur um die Behebung der äußersten Wohnungsnot, sondern es muß an eine Besserung des Wohnungswesens überhaupt gedacht werden. Eine gründliche Verbesserung kann selbst bei einer Verringerung der Nachfrage nur durch die Schaffung Tausender von Wohnungen erfolgen. Aus der letzten Wohnungszählung ergibt sich, daß gerade der Bestand an allerkleinsten Wohnungen am größten ist, gerade hier muß also eine Besserung angestrebt werden. Die Besserung muß aber noch in anderer Art erfolgen. Heute gilt leider noch als Luxus eine Badegelegenheit, es gilt auch beinahe als Luxus, wenn das Klosett im Wohnungsverschluß ist und Wasserspülung hat, oder wenn arbeitsparende Einrichtungen vorhanden sind. Gerade auf diese Dinge muß heute das größte Gewicht gelegt werden.

Die Tätigkeit des Mietamtes war auch im abgelaufenen Jahre eine ziemlich angestrengte; sie war sicher befriedigend und hat nicht nur übermäßige Zinssteigerungen verhindert, sondern auch die Ständigkeit der Wohnungsverhältnisse im großen Umfange aufrecht erhalten.

Die Kriegerheimstätten haben insoweit eine Förderung erfahren, als es möglich wird, mit dem Bau tatsächlich zu beginnen. Es kann aber nicht übergangen werden, daß auf diesem Gebiete seit Jahren große Versäumnisse vorliegen. Wenn man die Vorschläge vom Jahre 1915 mit der Entwicklung der sozialen Verhältnisse vergleicht, so sieht man, daß die große Bedeutung der Bodenpolitik von verschiedenen Städten verkannt wurde, und daß vieles hätte besser werden können, wenn die nötige Einsicht in diesen Dingen früher geherrscht hätte. Die Einrichtungen zur Einlagerung von Möbeln und Werkstätteneinrichtungen der Eingerückten haben sich auch in der letzten Zeit bewährt. Derzeit sind 14 Depots mit einem Einlagerungswert von einer Million in Verwendung und es ist bezeichnend, daß trotz der beschränkten wirtschaftlichen Verhältnisse und der Wohnungsnot eine große Zahl von Herausnahmen aus diesen Depots zu verzeichnen ist. Auch das Schrebergartenwesen hat eine erfreuliche Entwicklung erfahren. Die ursprüngliche Zahl von 1391 Anmeldungen hat sich auf mehr als 5000 erhöht. Zusammenfassend kann man sagen, daß die Situation vielleicht etwas besser ist, als für die Zeit der Demobilisierung erwartet wurde, daß aber dringend davor gewarnt werden muß, das Wohnungswesen als eine erledigte Sache anzusehen. Es wird hier im Gegenteil noch vieles zu schaffen sein.

Hierauf wurde die

Debatte

eröffnet, in der VB. Reumann anfragt, ob seitens des Wohnungsamtes auch der neuesten Preistreiberei entgegengewirkt wird, die darin besteht, daß mangelhaft möblierte Wohnungen als vollständig eingerichtet bezeichnet und zu kolossalen Mietzinsen vermietet werden.

Direktor Dr. Sagmeister erwidert, daß in der neuen Mieterschutz-Verordnung gerade auf dieses Moment, das tatsächlich den modernsten Wucher darstellt, Bedacht genommen wurde. Die Einhebung eines erhöhten Mietzinses ist nur insofern gestattet, als sie dem tatsächlichen Werte der beigestellten Möbel entspricht. Es ist überhaupt verboten, und es wird dies auch in den Zeitungen wieder verlautbart werden, den Mietvertrag mit Verpflichtungen und Leistungen zu verknüpfen, welche nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit ihm stehen. Erstens ist das strafbar, zweitens ist eine solche Bestimmung nichtig und drittens kann derjenige, der aus einer solchen Vereinbarung etwas geleistet hat, dasselbe innerhalb eines Jahres zurückfordern.

VB. Reumann glaubt, daß mit dieser Fürsorge auch eine geeignete Wohnungsinspektion verknüpft werden muß, denn die schönsten Bestimmungen nützen nichts, wenn sie nicht überwacht werden.

Ober-Baurat Dr. Kapaun bemerkte, daß bedauerlicherweise in Ungarn eine Bestimmung besteht, daß bei möblierten Wohnungen für die Möbel ein Zuschlag von 100 Prozent verlangt werden kann, und es besteht die Gefahr, daß auch hier die Mieter in Unkenntnis der Verhältnisse sich eine 100prozentige Steigerung gefallen lassen müssen. Er begrüßt es also, daß dies durch die neue Vorschrift verhindert werden wird, bittet aber, der Anregung auf Errichtung einer Wohnungsinspektion näherzutreten.

Bgm. Dr. Weiskirchner erwiderte, es werde darüber ein eigenes Referat dem Ausschusse vorgelegt werden.

GR. Bermann betonte, daß auch die Mieter von nichtmöblierten Wohnungen gegenwärtig nicht so geschützt sind, wie es notwendig wäre. Die Mietämter in den verschiedenen Bezirken stellen die Preise verschieden fest. Bei einem Mietamt im 2. Bezirke wurde zum Beispiel der Mietzins für einen Wohnraum mit 1200 K als angemessen erklärt, für einen anderen gleichen Wohnraum in der Nähe mit 800 K. Es wird also notwendig sein, daß die Mietämter informiert werden, nicht über Maximalpreise, aber über die Angemessenheit der Preise in den verschiedenen Bezirksteilen. Es würde sonst vielleicht ein Hausherr, der erfährt, daß der Wohnraum in einem anderen Teile des Bezirkes höher bewertet wird, sofort auch mit dem Preise hinaufgehen. Weiters macht Redner aufmerksam, daß es eine große Zahl Wohnungen gibt, die heute für Aemter und Büros verwendet werden. Weiters stehen heute schon viele Kasernen leer, diese könnten allerdings vorläufig für Wohnräume

nicht verwendet, wohl aber von Ungeziefer gereinigt und als Büroräume verwendet werden, wofür dann in anderen Wohnräumen, die jetzt Büros sind, Platz für Mieter geschaffen würde.

Alexander Pursch bemerkte, es müsse dem Uebelstand entgegengearbeitet werden, daß Wohnungen mit alten Möbeln eingerichtet werden, um sie teuerer vermieten zu können. Trödler übernehmen leerstehende Wohnungen und richten sie mit alten Möbeln ein. So wurde in der Leopoldstadt eine Wohnung um 65.000 K vermietet, die ganz miserable Möbel enthielt.

Direktor Dr. Sagmeister erklärte bezüglich der Anregung des Ober-Baurates Dr. Kapaun, daß eine Vorlage über die Wohnungsinspektion bereits vorbereitet ist. Während der Kriegszeit hat das nötige Personal dazu gefehlt. Auch in Berlin, wo eine Wohnungsinspektion schon bestand, wurde sie auf Kriegsdauer eingestellt. Die Anregung wegen Hinausgabe einer Direktive an die Mietämter nehme er zur Kenntnis. Natürlich müsse dabei die äußerste Vorsicht beobachtet werden, denn Höchstpreise müssen vermieden werden, weil sie sonst als Mindestpreise gelten würden. In gewisser Beziehung besteht schon eine Direktive, indem die wirtschaftliche Lage des Vermieters, des Mieters und der reelle Wert des Objektes zu berücksichtigen ist. Naturgemäß können bei 21 Mietämtern immerhin Differenzen stattfinden, er werde aber bestrebt sein, sie auf das mindeste Maß herabzusetzen. Was die Freigabe von Büros für Wohnzwecke betrifft, so werde sie angestrebt, aber bisher sei der Kampf mit dem Staatsamt für Heerwesen nicht sehr erfolgreich gewesen. Bisher wurde sehr wenig freigegeben und vor Mai nächsten Jahres ist auf die Freigabe der anderen Büros — nahezu 900 Wohnungen — nicht zu rechnen. Die Kasernen kommen heute schon aus hygienischen Gründen für Wohnzwecke weniger in Betracht, der Umbau würde auch zu große Kosten erfordern. Manche Kasernen wären aber immerhin für Bürozwecke geeignet.

Der Bericht des Direktors Dr. Sagmeister wurde hierauf zur Kenntnis genommen.

Bestellung eines Baurechtes zur Errichtung von 1200 Kleinwohnungen.

Direktor Dr. Sagmeister berichtete hierauf über die Bestellung eines Baurechtes an 61 im Eigentume der Gemeinde Wien und des Wiener Bürgerspitalfonds befindlichen Baustellen zugunsten der Firma Ing. Karl Stigler & Alois Rous, Stadtbaumeister, zwecks Errichtung von 1200 Klein- und Mittelstandswohnungen und sagte:

Es ist dies die erste Vorlage, welche eine umfangreiche Förderung der Bautätigkeit bezweckt und in gewissem Konnex mit der nächsten Vorlage steht. Die erste Vorlage betrifft die Hebung der privaten Bautätigkeit, die zweite die gemeinnützige Bautätigkeit. Es steht außer Zweifel, daß die Belebung der Bautätigkeit eine Lebensfrage für Wien ist. Es handelt sich nicht um die Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses allein, sondern auch darum, dem Gewerbe und der Arbeiterschaft Verdienst zu schaffen. So schwierig die Rohstoffrage ist, so wird sich doch etwas machen lassen. Es sind eigentlich drei große Parallelaktionen im Zuge. Die erste, die Bauführung durch die Gemeinde selbst, ist heute nicht zu erörtern, sie wird vom Bau-Direktor geführt und bezweckt die Errichtung sogenannter Kriegswohnungen mit einem Kostenaufwande von 20 Millionen, insbesondere für kinderreiche Familien und Mindestbemittelte. Das nächste Referat betrifft die private Bautätigkeit. Es handelt sich in der Hauptsache um die Frage des sogenannten verlorenen Mehraufwandes, eine Frage, die auch in Deutschland sehr viel erörtert wird, zu einer praktischen Lösung im großen Umfange aber eigentlich nicht gekommen ist. Es ist ganz ausgeschlossen, in absehbarer Zeit Wohnungen zu einem Preise herzustellen, daß sie rentabel sind. Es muß also von irgend einer Seite für den verlorenen Mehraufwand eingetreten werden. Die Konstruktion kam nach längeren mühsamen Verhandlungen zustande und soll hier systematisch kurz geschildert werden. Schon im Frühjahre dieses Jahres hat die Firma Stigler & Rous an die Gemeinde eine Denkschrift gerichtet, in der sie ihre Bereitwilligkeit ausdrückte, eine größere Bauaktion zu unternehmen, wenn ihr hinsichtlich des verlorenen Mehraufwandes eine gewisse Unterstützung gegeben wird. Die Sache ist auch in den Ausschuß gekommen und es wurde beschlossen, die Firma aufzufordern, eine nähere Unterlage vorzulegen. In Uebereinstimmung mit dem Bauamt sind wir nun in der Lage, heute Vorschläge darüber zu machen. Es handelt sich um 61 Baustellen, die der Gemeinde und dem Bürgerspitalsfonds gehören und im Baurechte auf 70 Jahre überlassen werden sollen. Die Firma wollte ursprünglich die Baustellen selbst erwerben. Es wäre aber die Bewertung schwierig gewesen und der Verkauf hätte vielleicht eine Unterstützung der Privatspekulation bedeutet. Bei der Vergebung im Baurechte fallen diese Schwierigkeiten weg, weil nach 70 Jahre alle diese wertvollen Objekte wieder an die Gemeinde zurückfallen. Es sollen 1200 Wohnungen erbaut werden, in verschiedener Größe. Es sind fünf Gruppen von Baustellen. Eine Gruppe umfaßt 6 Baustellen mit vier Stock hoher Verbauung am Mariahilfergürtel, eine zweite 27 Baustellen im 12., Bezirke, eine dritte 6 Baustellen im 13. Bezirke, eine vierte 17 Baustellen im 19. Bezirke und die fünfte 5 Baustellen im 5. Bezirke. Es handelt sich also um sehr verschiedene Gegenden. Der Bauzins soll rücksichtlich aller Baustellen für die ersten 20 Jahre mit 3 Prozent, für die folgenden 20 Jahre mit $3^1/_2$ Prozent und für die restlichen 30 Jahre mit 4 Prozent des Grundwertes bestimmt werden. Es ist das erheblich höher als früher, da $2^1/_2$ Prozent üblich waren.

Die Verbauung ist fünf Jahre nach dem Abschlusse des allgemeinen Friedens durchzuführen. Diese Frist mußte bestimmt werden, weil die Anzahl der Baustellen so groß ist und heute noch niemand die Möglichkeit zu überblicken imstande ist, wie gebaut werden kann. Jedenfalls ist mit dem Bau zu beginnen, wenn die Baukosten bis zu 50 Prozent über den Stand vom 1. August 1914 gewichen sind. Voraussichtlich wird dies aber überhaupt nicht eintreffen. Wenn die Baukosten bis 1. Jänner 1922 nicht so weit gesunken sind, ist ohne Rücksicht auf die Kosten mit dem Bau zu beginnen, doch auf Verlangen der Gemeinde auch jederzeit. Wir wollen also eine Reihe von Möglichkeiten haben, weil man nicht weiß, wie sich die Preisverhältnisse gestalten werden. Für die nächste Zeit kommt wohl nur in Frage, daß auf Verlangen der Gemeinde jederzeit begonnen werden muß, und es wird vorgeschlagen werden, daß hinsichtlich der zwei großen Baublocks sofort das Begehren auf Baubeginn gestellt wird. Es ist nicht zu verkennen, daß sich hieraus eine erhebliche Haftung für verlorenen Mehraufwand ergeben wird. Wenn aber Arbeit und Wohnungen für absehbare Zeit geschaffen werden sollen, muß auch zu den jetzigen hohen Preisen mit dem Bau begonnen werden. Die Gemeinde wird vor allem für 85 Prozent der Belehnung die Bürgschaft übernehmen, analog wie das beim staat-

lichen Wohnungsfürsorgeamt der Fall ist. Die Ausfallsgarantie liegt darin, daß für eine jährliche reine Verzinsung von 5 Prozent und ½ Prozent Tilgung gehaftet wird. Die Baukosten werden annähernd 24 Millionen betragen. Bezüglich solcher Bauten, deren Beginn die Gemeinde ohne Rücksicht auf die Kosten fordern wird, sollen außerdem Zuschußdarlehen gewährt werden, und zwar bis auf 90 Prozent der Mehrkosten gegen 5 Prozent Zinsen und ½ Prozent Tilgung. Die Firma ist zu folgendem verpflichtet: 1. Die Einwirkung der Gemeinde bei Feststellung der Pläne und der Ausgestaltung in architektonischer Beziehung zu gestatten und diesfalls die Pläne und Skizzen vorzulegen. Alle diese Bauten sollen schon nach den Bestimmungen der neuen Bauordnung errichtet werden und ihren erhöhten Anforderungen entsprechen. Es sollen vor allem große freie Flächen vorhanden sein, die Wohnungen sollen aber auch kulturell möglichst gut ausgestaltet werden. Es wird dies nicht nur die Wohnungsverhältnisse bessern, sondern auch für die Rentabilität günstiger sein, da man für schöne Wohnungen hohe Zinse verlangen kann. Es wird möglich sein, eine Wohnung mit Zimmer, Kabinett und Küche mit eigenem Bad und Klosett, mit Gas und elektrischem Licht auszustatten, eine Reform, die sonst bisher kaum üblich war. Weiters muß die Firma die Beteiligung anderer Baumeister gestatten. Es ist wohl nicht tunlich, das Ganze in kleine Teile zu zerlegen, wir müssen aber Wert darauf legen, daß sich auch andere Baumeister beteiligen können und daher besteht die Verpflichtung, daß zwei Drittel sämtlicher Bauten an andere Baumeister weiterzugeben sind. Ebenso müssen hinsichtlich der Baugewerbetreibenden in erster Linie Wiener Firmen und sonstige deutschösterreichische Firmen berücksichtigt werden. Die Höhe der Mietzinse ist im Einvernehmen mit der Gemeinde festzusetzen. Die Gemeinde hat es daher in der Hand, übermäßige Zinse zu verhindern, anderseits aber die Garantie nicht ins Ungemessene wachsen zu lassen. Die Wohnungen dürfen nur an solche Personen überlassen werden, welche nach den Grundsätzen der Gemeinde in erster Linie zu berücksichtigen sind, vor allem Kriegsteilnehmer und kinderreiche Familien. Es ist nicht zu verkennen, daß durch dieses Uebereinkommen der Gemeinde Lasten zugunsten der privaten Bautätigkeit erwachsen. Man kann über die Frage private oder öffentliche Bautätigkeit verschiedener Meinung sein, aber über die Tatsache wird man nicht hinwegkommen, daß heute die private Bautätigkeit, was Kapital, Hilfsmittel und Organisation betrifft, eine beherrschende Stellung hat und daß wir bei Lösung der ganzen Frage ohne sie nicht auskommen können. Selbstverständlich wird auch die gemeinnützige Bautätigkeit entsprechend herangezogen werden.

In der

Debatte

ergriff als erster Redner GR. Kubacsek das Wort und bat, in Zukunft die Verhandlungsschrift zugleich mit der Einladung zuzustellen, damit sie vorher studiert werden kann.

BR. Gerhold schloß sich diesem Wunsche an und betonte, daß die Firma wahrscheinlich nur ein geringes Risiko habe und nach dem allgemeinen Eindruck, den die Vorlage gemacht hat, leicht einen Gewinn von 10 bis 15 Prozent erzielen werde.

GR. Breitner fragte, ob Forsorge getroffen ist, daß die Gestehungskosten dauernd überwacht werden und ob die Gemeinde das Recht hat, auch andere Firmen als jene, die ihr die Firma Stigler & Rous namhaft macht, bei den Arbeiten unterzubringen, ob nicht der Gemeinde ein vorzeitiges Rückkaufrecht auf Grund der tatsächlich erwachsenen Kosten und mit Berücksichtigung der inzwischen abgelaufenen Amortisation gewährt werden könnte; weiters ob nicht zur Gewährung von Darlehen die Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien herangezogen werden könnte wodurch vielleicht eine Zinsenersparnis zu erzielen wäre.

GR. Dr. Scheu fragte an, nach welchen Gesichtspunkten der Grundwert angenommen wurde und was unter den Gesamtgestehungskosten zu verstehen ist. Redner ersuchte ferner um Auskunft darüber, ob über die Zahl der Wohnungen, die gewonnen werden, eine Annahme besteht, und in welchem Verhältnis das von der Gemeinde zu übernehmende finanzielle Risiko zur Zahl dieser Wohnungen steht. Weiters wünscht Redner, daß die Baupläne vor der Genehmigung unter allen Umständen dem Ingenieur- und Architektenverein und der Zentral-Vereinigung der Architekten zur Begutachtung vorgelegt werden.

VB. Neumann wünschte, daß in dem Vertrage auch eine Verpflichtung der Bauherren ausgesprochen wird, die Kollektivverträge mit den Arbeitern einzuhalten.

Hofrat Dr. Maresch unterzog die Angelegenheit einer grundsätzlichen Beleuchtung. Die Frage des verlorenen Mehraufwandes sei die Frage des Tages. Früher hat man mit der privaten Bautätigkeit immer nur als mit einer spekulativen gerechnet, die Spekulationsmöglichkeit sollte unterstützt werden, damit gebaut wird. Diese Vorlage gehe einen neuen Weg. Wir konnten nicht warten, bis die Situation sich so gestaltet, daß die Spekulation sich auf die Bauten wirft. Die Gewährung von Obdach ist eine Aufgabe der Gemeinschaft, sie fällt also in erster Linie jenen Organen zu, welche die unmittelbare Berührung mit der Bevölkerung haben und die unterste Stelle der Fürsorge bilden. Die Fürsorge für Obdach wurde von der Gemeinde Wien früher aus formalen Gründen, niemals aus materiellen Gründen abgelehnt. Jetzt gehe man weiter, indem diese Frage in das Gemeindeprogramm aufgenommen wird. Infolgedessen müsse auch die Gemeinde eventuell die Kosten mittragen. Die Zukunft Wiens werde nicht so traurig sein wie man glaubt, Wien wird bestehen bleiben und sich entwickeln, wenn auch vielleicht in anderer Form. Es sei also notwendig, daß sich die Gemeinde an die Spitze der Aktion stellt, welche das Wohnen in Wien wieder erstrebenswert machen will. Redner begrüße daher die Vorlage, weil sie diesen Gedanken in großem Ausmaße ins Auge faßt. In der Aktion obwalte auch ein neuer Gedanke, daß die Gemeinde die Qualität der Wohnungen und die wirtschaftliche Möglichkeit des Wohnens überwachen soll. Diese wirtschaftliche Möglichkeit werde durch die Garantie der Gemeinde geboten.

Dr. v. Bonnczack begrüßte ebenfalls den Geist der Vorlage, weil die Gemeinde dadurch die Bautätigkeit energisch fördert. Er finde es aber nicht für notwendig, daß alle 61 Baustellen der Gemeinde auf die Dauer von fünf Jahren so gebunden werden. Wenn schon dermalen die Notwendigkeit bestehe, solche Bauten auszuführen, so sollten die zwei großen Objekte jetzt schon errichtet werden. Daß aber die Firma alle 61 Baustellen auf fünf Jahre verlangt, sehe beinahe einer Monopolisierung der ganzen Bautätigkeit durch diese Firma gleich und dazu gebe es keinen Anlaß. Bei dieser weitgehenden finanziellen Unterstützung wäre nicht nur diese Firma, sondern wären auch gemeinnützige Baugenossenschaften gerne bereit, zu arbeiten. Wenn auch zwei bis drei Baustellen von anderen Firmen verbaut werden sollen, so

kommen diese doch in ein Abhängigkeitsverhältnis zu dem Generalunternehmer, der das ganze Geschäft machen wird und alle anderen Firmen und gemeinnützigen Baugesellschaften hätten dann nicht die Möglichkeit der Konkurrenz.

GR. Partik hält die Aktion für dringlich. Es müsse aber doch festgestellt werden, was Wohnungen mit dieser Ausstattung kosten werden. Wenn die Wohnungen für kleine Leute vorgesehen sind, muß man doch wissen, ob die Leute auch die Möglichkeit haben, diese Zinse zu zahlen.

Dir. Dr. Sagmeister erwiderte auf die Anfragen: Das Vorkaufsrecht der Gemeinde ist so, daß die Verbauung nur stattfinden kann, wenn wir nicht selbst ein Interesse daran haben, die Sache zu erwerben. Die Uebertragung des Baurechtes ist immer an unsere Zustimmung gebunden. Was die Spesen, Provision ꝛc. betrifft, so ist im Detailübereinkommen ein Höchstbetrag von zehn Prozent festgesetzt, der nach den Verhältnissen nicht zu groß ist. Der Anregung wegen Heranziehung der Künstlerschaft zur Begutachtung der Pläne wird für die späteren Baugruppen ohne weiters entsprochen werden können. Es ist überhaupt ein allgemeiner Wettbewerb in Aussicht genommen. Nur für die zwei Gruppen, die schon im April gebaut und bei denen die Pläne im Februar vorgelegt werden sollen, wäre sich auf das Einvernehmen der Architekten mit dem Bauamt zu beschränken, weil sonst zu viel Zeit verloren geht. Für die weitere Verbauung werden aber die weitesten Kreise herangezogen werden können. Ueber die Frage der Kollektivverträge wird es möglich sein, bei den speziellen Verhandlungen zu sprechen. Es ist selbstverständlich, daß sie eingehalten werden müssen. In dieser Beziehung werden noch Verhandlungen zu pflegen sein. Die Frage der Geldbeschaffung ändert sich leider von Tag zu Tag nicht zum Besseren und die Heranziehung der städtischen Sparkassen wurde darum nicht in Aussicht genommen, weil gerade diese Gelder für andere Zwecke, insbesondere für die gemeinnützige Bautätigkeit vorbehalten bleiben sollen. Dem Bedenken gegen die Monopolisierung hat man sich nicht verschlossen. Es liegt aber in der Konstruktion der ganzen Sache, daß man nicht darum herumgekommen ist. Es ist natürlich, daß durch die Bestellung des Baurechtes für sämtliche Stellen, durch die Massenlieferungen, eine Verbilligung eintritt. Man kann auch heute nicht einzelne Punkte herausgreifen, weil dann möglicherweise das Ganze zerfällt. Die Verhandlungen haben monatelang gedauert und wir konnten für einen eventuellen gänzlichen Wegfall die Verantwortung nicht übernehmen. Es ist richtig, daß die Firma kein großes Risiko übernimmt. Sie wird aber auch keinen großen Gewinn machen können. Die Kontrolle wird nicht nur vom Bauamte geführt, im Streitfalle wird zunächst das Gutachten der Genossenschaft eingeholt, dann aber das Schiedsgericht einer unabhängigen Stelle des Ingenieur- und Architektenvereines angerufen werden. Diese Form der Bauführung ist den meisten Firmen überhaupt wenig zugänglich. Die Unternehmen pflegen sonst darauf zu sehen, daß sie ihre Bauten mit möglichstem Gewinn wieder veräußern können. Dies ist aber bei dem Baurecht ausgeschlossen. Der Gewinn kann nur in dem bürgerlichen Nutzen bei der Bauführung bestehen. Gerade dieser fällt aber bei den meisten Unternehmungen weniger ins Gewicht als das Interesse an der Wertsteigerung bei der Veräußerung. Es sind auch eigentlich, obwohl die Sache seit Monaten verhandelt wird und auch schon in der Oeffentlichkeit besprochen wurde, von keiner anderen Seite Offerte eingelangt. Was die Höhe der Zinse betrifft, so besteht natürlich eine Relation zwischen der Haftung der Gemeinde und der Höhe der Zinse. Die Zinse werden wohl etwas höher sein als sie heute üblich sind, aber es wird auch heute schon für gut ausgestattete Wohnungen mehr gezahlt. Die Wohnungen sind übrigens durch die Gestaltung der Geldverhältnisse relativ bedeutend billiger geworden als früher. Der Mietzins betrug früher in der Regel ein Drittel des Einkommens, während er heute oft nur ein Achtel bis ein Neuntel beträgt. Es ist also nichts zu fürchten, wenn gut ausgestattete Wohnungen zu einem etwas höheren Preise vergeben werden.

GR. Müller hält es für fraglich, daß Wohnungen mit dieser Ausstattung an Kriegsbeschädigte oder kinderreiche Familien aus Arbeiterkreisen vergeben werden können. Er regt an, ob es nicht möglich wäre, daß auch der Staat eine gewisse Garantie übernimmt. Zimmer, Kabinett und Küche dürften mindestens 100 bis 120 K monatlich kosten und das können Kriegsbeschädigte nicht zahlen. Es ist richtig, daß die Gemeinde alles unternehmen muß, um die Wohnungsnot zu lindern, aber man soll es vermeiden, daß die Leute sich beschweren, daß gerade die Gemeinde die Zinse in die Höhe schraubt, weil die Bauten nicht billiger sind. Redner wünscht auch, daß neben den kinderreichen Familien auch die städtischen Angestellten ein Vorzugsrecht genießen sollen.

GR. Max Winter teilt die Sorge des Vorredners nicht, daß die Höhe der Zinse der Gemeinde in die Schuhe geschoben werden könnte, es werde neben dieser Bautätigkeit noch eine andere entstehen, rein nach den Gesetzen des Kapitalismus, und dabei wird sich herausstellen, daß die Tätigkeit der Gemeinde mit diesen Zinsen die Konkurrenz aufnehmen kann. Redner begrüßt das Programm als solches, das den Interessen der Dauergemeinde zugute kommt. Es werde nicht nur für die Gegenwart etwas geschaffen, er verspricht sich davon auch einen ziemlichen Fortschritt für die Zukunft. Wie das Projekt im einzelnen gelingen wird, läßt sich heute nicht beurteilen, ehe die Sache nicht fertig ist. Wir könnten heute nur die allgemeinen Richtlinien festlegen. Ein Moment, das vom Gesundheitsstandpunkte wichtig ist, sei, daß es heute sehr viele Wohnungen gibt, in die nie ein Sonnenstrahl kommt, selbst bei Gebäuden auf freiem Gelände. Gerade kinderreiche Familien und Invalide brauchten aber Sonne. Man müßte also den Verfassern der Pläne vorschreiben, daß sie die Grundflächen so auszunützen haben, daß kein einziger zum Schlafen oder Wohnen benützter Raum ohne Sonne bleibt. Küchen und Nebenräume könnten nach Norden liegen. Dies sollte grundsätzlich in den Vertrag aufgenommen werden. Redner begrüßt es, daß Direktor Sagmeister sich grundsätzlich für die Kollektivverträge ausspricht und es für selbstverständlich hält, daß sie eingehalten werden müssen. Auch gegen die Monopolisierung bestehe eigentlich kein Bedenken. Der Gefahr der Monopolisierung bei dieser einen Firma stehen gegenüber die großen Vorzüge der billigeren Herstellung und einheitlichen Bauführung und der einheitlichen Festsetzung der Miete. Sonst würde jeder nach seinem eigenen Stil bauen, der eine teuerer, der andere billiger. Diese Verbindung des privaten Kapitalismus mit der Kraft der Gemeinde hält Redner für eine glückliche, allerdings sei auch diese ein Experiment, worüber wir noch keine Erfahrungen haben.

GR. Siegel wünscht, daß auch eine Einteilung der Wohnungsräume vorgelegt wird, und bemerkte weiters, daß die Erbauung von Häusern immer ein Gegenstand wüster Spekulationen gewesen sei, wahrscheinlich wird es auch dieser Firma darum zu tun sein, ihren Profit zu finden. Redner verlangt, daß bei Vergebung der Arbeiten auch auf den Schutz der Arbeiter Bedacht genommen werde, weil gerade von dieser Firma eine Neuerung eingeführt wurde, die eine gewisse Gefahr für das ganze Baugewerbe bedeutet. Diese Firma habe den Typus einer Gerüstung nach Wien gebracht, die unsere alten bewährten Hausgerüste, die eine Menge Unfälle verhütet, ersetzen soll. Sie will diese der Billigkeit halber abschaffen und mit bloßen Aufschußgerüsten arbeiten, wo über die Hand gearbeitet werden muß. Es existiert auch in der Genossenschaft der Baumeister eine Strömung, Arbeiten der Gemeinde in möglichst viele Baulose zu zerschlagen. Wenn man diesem Bestreben freien Lauf lasse, würde das Submissionswesen neue Blüten treiben. Dagegen müsse Stellung genommen werden. Ferner wäre zu erwägen, ob die Gemeinde nicht auf die Erstellung von Rohmaterialien zu annehmbaren Preisen Einfluß nehmen könnte, indem man kommunale Baustoffe verwendet und so dem Kartell in Ziegel und hydraulischen Bindemitteln eine Konkurrenz bietet. So könnte eine Herabminderung der Baukosten und somit der Mietzins herbeigeführt werden.

Frau GR. Dr. Seitz begrüßte den vorgelegten großzügigen Plan der Gemeinde umsomehr, als ihr die erschreckenden Schilderungen der Jugendfürsorgerinnen über die Wohnungsüberfüllungen vor Augen stehen. Was das Detail betreffe, so heißt es in der Beilage, „für die Kalkulation der jeweiligen Baukosten ist der Zeitpunkt des beabsichtigen Baubeginnes dergestalt maßgebend, daß eine nach dem Baubeginne eingetretene Veränderung der Arbeitslöhne, Materialpreise ꝛc. lediglich zu Lasten oder Vorteil der Firma geht." Die Materialpreise dürften im nächsten Jahre stark sinken und man müsse trachten, daß die Gemeinde nicht mehr belastet werde, als notwendig sei.

Direktor Dr. Sagmeister erwiderte auf die gegebenen Anregungen: In der Frage der kinderreichen Familien lag der früheren Regierung eine Vorlage des Wohnungsfürsorgeamtes vor und es wäre eine Zuschußannuität der Regierung zu erreichen gewesen. Wie sich der deutschösterreichische Staat jetzt dazu verhalten wird, kann heute nicht beurteilt werden. Die Sparsamkeit der jetzigen Finanzorgane dürfte aber mindestens so groß sein wie die der früheren. Von Gemeindeangestellten werden aber jedenfalls keine übermäßigen Preise gefordert werden. Es wird auf möglichst gute Ausstattung der Wohnungen bis in die Einzelheiten gedrungen werden. Es werden Schränke und Wirtschaftsmöbel eingebaut, Vorzimmerwände hergestellt, Gasherde und Gaskocher, Küchentische beigestellt, Klopfbalkone, Wandkästen, harte Brettlböden gemacht werden. Für alle Wohnungen, die mit einer Gesamtsteigerung der Kosten bis zu 30 Prozent hergestellt werden und aus Zimmer, Kabinett und Küche bestehen, ist ein Zins von 63 K monatlich, wenn die Steigerung 40 Prozent beträgt, von 67 K monatlich in Aussicht genommen. Es ist auch die Wahrnehmung gemacht worden, daß in allen Großstädten, in denen die Wohnungskultur in neuen Häusern steigt, die Wohnungen in den alten Häusern wesentlich billiger werden. Was die Orientierung nach der Sonne betrifft, so wird mit berufenen Architekten Fühlung genommen werden. Ueber den Arbeiterschutz wird der Bau-Direktor Dr. Goldemund Auskunft geben. Was die Anfrage der Frau Dr. Seitz betrifft, so müsse im Interesse der möglichst streitlosen Abwicklung der Angelegenheit feste Grundlinien geschaffen werden, und daher kann man Preisänderungen während des Baues nicht mehr gelten lassen. Die Preise können zurückgehen, es können aber leicht einzelne Bestandteile wieder teurer werden. Bei Baubeginn dürften die Preise billiger sein, während der fünfjährigen Bauzeit aber wieder ansteigen und diese Aenderungen würden zu endlosen Streitigkeiten führen, weil man nicht wissen kann, was billiger und was teuerer geworden ist.

Bau-Direktior Dr. Goldemund bemerkte, daß die Aufschußgerüste selbstverständlich nur dann in Wien eingeführt werden dürfen, wenn die Sicherheit der Arbeiter in jeder Hinsicht gewährleistet ist. Ueber die Aufschußgerüste könne man nicht im Vorhinein schlecht urteilen. Die schweren Gerüste seien viel bequemer, die Aufschußgerüste wesentlich billiger und die Sicherheit werde dadurch nicht gefährdet. In Deutschland, wo diese Gerüste verwendet werden, seien aus diesem Grunde durchaus nicht mehr Unfälle zu verzeichnen. Die Gerüste werden aber unter allen Umständen geprüft und eine Gefährdung der Arbeiter in keinem Falle geduldet. Bezüglich des Submissionswesens weist der Redner darauf hin, daß die Gemeinde ihre Zustimmung zur Weitervergebung geben muß. Es solle nur auch anderen Firmen Gelegenheit gegeben werden, mitzuarbeiten, aber unter Kontrolle der Gemeinde, so daß Auswüchse des Submissionswesens nicht zu befürchten seien. Was die Beistellung von Rohmaterialien durch die Gemeinde betrifft, so hat die Gemeinde schon seit längerer Zeit diesfalls Versuche gemacht. Es wurden Abschlüsse in Bezug auf Sand und Schotter gemacht und es sei die Gründung einer gemischtwirtschaftlichen Aktiengesellschaft im Zuge, bei der die Gemeinde die Mehrheit hat. Leider ist es nicht gelungen, ein Ziegelwerk mit entsprechender Leistungsfähigkeit zu erwerben, weil die Kriegsgewinnsteuer große Schwierigkeiten beim Ankaufe biete. Bezüglich des Zementes wolle die Gemeinde Gründe nächst Wien sichern, um die Transportkosten zu verbilligen. Die Erwerbung eines bestehenden Zementwerkes sei an denselben Gründen gescheitert wie die Erwerbung eines Ziegelwerkes. Ein Werk mit 10.000 Waggons Leistungsfähigkeit hätte 24 Millionen gekostet. Den Anforderungen an Licht und Luft werde bei den Neubauten in weitem Maße Rechnung getragen werden. Der direkten Forderung, daß es in jedem Raume Sonne geben muß, könne leider nicht ganz entsprochen werden, weil ja die eine Front gewöhnlich nach Norden liegt.

Frau GR. Anita Müller begrüßte das Projekt ebenfalls, vermißt aber Vorkehrungen zum Schutze der Kinder. Die Eltern müßten ihrem Erwerb nachgehen, die Wohnungen seien gerade für kinderreiche Familien und Invalide bestimmt, die Kinder müssen also beaufsichtigt werden. Es wären daher größere Räume zu schaffen, in welchen die Kinder der verschiedenen Familien tagsüber beaufsichtigt werden. Es wäre das eine Mehrbelastung, die Eltern wären aber wohl gerne bereit, Beiträge zu leisten. Weiters müßten genügend Waschküchen beigestellt werden. Die meisten Wohnungen werden durch das Waschen in der Wohnung ruiniert. Wenn eine kinderreiche Familie die Waschküche nur alle 14 Tage benützen kann, muß sie auch in der Wohnung waschen und so werden die unhygienischen Verhältnisse nicht beseitigt.

Rednerin regt ferner an, auch für den Mittelstand geeignete Wohnungen zu schaffen.

GR. Ullreich begrüßte die Vorlage grundsätzlich, weil dadurch die Notlage des Baugewerbes gemildert wird. Diese Aktion werde auch auf die private Bautätigkeit belebend wirken. Redner begrüßte es auch, daß hier die neue Bauordnung zur Anwendung kommen soll. Ueber ihre Wirkung auf die Bautätigkeit, die Kosten und die Wohnungszinse herrschen allerdings verschiedene Anschauungen. Insbesondere die Bau-Unternehmer und die Baugewerbetreibenden haben gegen einzelne Bestimmungen die schwersten Bedenken, weil sie angeblich das billige Bauen unmöglich machen. Hier werde nun gezeigt werden, ob diese Gegnerschaft begründet oder ob sie eine Uebertreibung sei. Mit der alten Bauordnung, den finsteren Häusern und Küchen müsse aufgeräumt werden. Was die Höhe der Mietzinse betrifft, so sei der Rentabilitätsstandpunkt auf diesen Fall nicht anzuwenden, man würde sonst zu außerordentlich hohen Mietzinsen kommen, was auch auf die anderen Häuser zurückwirken würde. Die Gemeinde müsse eben diese Mehrlast als Kriegslast übernehmen zugunsten der Bevölkerung, die auf kleine Wohnungen angewiesen ist. Die Mietzinse, die Direktor Sagmeister für so ausgestattete Wohnungen angeführt hat, sind annehmbar und werden hoffentlich eingehalten werden können. Bezüglich der Verpflichtung der Firma, zwei Drittel der Arbeiten an andere Baugewerbetreibende abzutreten, wäre Sorge zu tragen, daß dieser Umstand nicht von der Firma als General-Unternehmer zu Extragewinnen ausgenützt wird.

GR. Dr. Scheu bemerkte namens des Kollegen Breitner, daß eine Bindung der Mittel der Zentral-Sparkasse im Falle ihrer Mitwirkung nicht zu befürchten wäre, weil sie berechtigt sei, Teilschuldverschreibungen auszugeben. Kollege Siegl wolle nicht ein Vorkaufsrecht der Gemeinde, sondern ein Einlösungsrecht, das der Gemeinde im Vertrag gesichert ist.

GR. Dr. Grün bemerkt, es stehen sich bezüglich der Wohnungsausstattung zwei Richtungen gegenüber, der Standpunkt der Finanzmänner und Hauseigentümer und der der Hygieniker und Mieter. Zwischen beiden muß ein Kompromiß geschaffen werden. Während die Hygieniker für die äußerste Ausstattung seien haben die anderen die höchstmögliche Rentabilität im Auge. Es müsse also ein Kompromiß getroffen werden, daß beide Teile zufriedengestellt sind. Vor der endgiltigen Entscheidung sollte ein kleineres Komitee aus unparteiischen Sachverständigen beider Richtungen zur Würdigung dieser Tatsachen zusammengesetzt werden.

GR. Baugoin bemerkte, daß der ursprüngliche Standpunkt des Wohnungs-Ausschusses ein anderer war. Es war beabsichtigt, daß die Gemeinde Gründe zur Verfügung stellt, um dort durch gemeinnützige Wohnungsgenossenschaften billige Wohnungen zu errichten. An eine Kombination des Privatkapitals mit der Gemeinde in der Form, wie sie heute vorliegt, habe man nicht gedacht. Er stimmt trotzdem dem Projekte zu, weil daraus zu ersehen ist, daß die Gemeinde die Bautätigkeit heben will. Der Wohnungsnot wird aber dadurch nicht abgeholfen, weil es Jahre dauern werde, bis diese Wohnungen überhaupt benützt werden und dann durch das Abströmen der Zentral-Stellen und vieler Beamtenfamilien ohnehin kein Wohnungsmangel mehr sein dürfte. Es sei kein Zweifel, daß die Zinse mit Rücksicht auf die hohen Baukosten hochgehalten sein müssen und infolgedessen werden sie auf Kosten der Gemeinde wesentlich nach unten reguliert werden müssen. Ursprünglich sei gedacht gewesen, die Gründe auf kleine Parzellen aufzuteilen und dort kleine Familienhäuschen zu errichten. Das wäre das Ideal, denn es würde die Liebe zur Vaterstadt heben, wenn jeder Teilhaber an einem, wenn auch kleinen Häuschen wäre. Auch die Schrebergartenfrage könnte gleichzeitig damit gelöst werden, das könne aber nicht durch Errichtung von Zinskasernen geschehen. Redner würde also bitten, daß für die Zukunft überhaupt an die Errichtung von kleinen Häuschen im Erbbaurechte und erst später an die Errichtung größerer Häuser gedacht wird, bei welchen die hygienischen Rücksichten doch nicht so beobachtet werden können.

GR. Schmietz unterstützte die Ausführungen des letzten Redners. Er habe auch erwartet, daß auf den Bau von Familienhäusern für ein oder zwei Familien gedrungen werde. Nachdem diese Gründe nicht der Privatspekulation, sondern dem Bürgerspitalsfonds gehören, wäre es doch vielleicht möglich, wenigstens am Margaretengürtel nicht zwei- bis vierstöckig zu verbauen. Bis zur Erbauung vergehen fünf Jahre und man kann nicht wissen, wie sich die Wohnungsfrage bis dahin entwickeln wird, ob ein Bedürfnis nach solchen Zinskasernen bestehen werde oder nicht. Hingegen wäre eine Wohnungsreform schon nach einem Jahre möglich, wenn man das Ein- oder Zwei-Familienhaus als Grundlage nimmt. Redner begrüße aber die Vorlage aus dem Grunde der Hebung der Bautätigkeit und der Schaffung von Arbeitsgelegenheit. Wenn diese zwei Baublocks rasch verbaut werden, so könnte dies wohl der Wohnungsnot abhelfen. Bezüglich der anderen Bauten behalte er sich aber die Stellungnahme vor. Die Annahme, daß die Mietzinse früher ein Drittel des Einkommens betragen haben, müsse Redner als Privatangestellter als unrichtig bezeichnen. Er sei nie in der Lage gewesen, ein Drittel seines Einkommens für die Miete auszugeben, am allerwenigsten seit der allgemeinen Verteuerung. Redner fragte weiters, wie weit die finanzielle Verpflichtung der Gemeinde gehen kann, indem sie auch für ausfallenden Mietzins die Haftung übernimmt.

Ober-Baurat Batek meinte, daß Grund und Boden möglichst ausgenützt werden müssen. Würden die Gründe am Margaretengürtel nur ebenerdig oder einstöckig verbaut, so würde dies eine unerträgliche Last für die Gemeinde sein und es wäre dies auch vom Standpunkte des Stadtbildes nicht zu befürworten. Für den Bau von Familienhäusern wurden ohnehin weite Gebiete der äußeren Zone in Aussicht genommen. Es ist selbstverständlich, daß die ideale Wohnungspolitik dem Ein- oder Zwei-Familienhause zustrebt, aber dies läßt sich in einer bestehenden Großstadt mit ihrer geschichtlichen Entwicklung nicht überall durchführen. Durch die Vergebung der 61 Baustellen an einen Unternehmer wird kein Monopol geschaffen. Die Gemeinde gibt dadurch durchaus nicht alles auf, was sie in Wien an Baustellen zu vergeben hat. Es bleiben ihr noch zirka zehnmal so viel, die sie später dem Baumarkte zur Verfügung stellen kann.

StR. Baugoin erwiderte, bei der Vergebung der Gründe des Margaretengürtels im Erbbaurechte habe natürlich niemand an Ein- und Zwei-Familienhäuser gedacht, sondern nur bei den Gründen an der Peripherie. Er nehme auch die Vorlage an, weil sie die Bautätigkeit fördert, nicht aber als Aktion der Wohnungsreform.

Direktor Dr. Sagmeister bemerkte zum Schlußworte, daß die Detailpläne vorgelegt werden würden, wobei den gegebenen Anregungen jedenfalls Rechnung getragen werde. Was das Einlösungsrecht der Gemeinde betrifft, so glaubt Referent, er werde dies durchsetzen können und werde diesfalls sofort in Verhandlungen eintreten. So sehr die Kleinhäuser auch das Ideal seien, müsse man doch doch mit den heute gegebenen Verhältnissen rechnen. Durch die Verbauung der beiden Blocks werden über 200 Wohnungen neu geschaffen. Wenn man sie durch den Bau von Familienhäusern schaffen wollte, so bedingt das nicht nur die Abgabe der Grundflächen für Straßen, sondern auch Verkehrseinrichtungen, den Ausbau der Stadtbahn und von Schnellbahnen, Kanalisierung ꝛc., Dinge, die in so kurzer Zeit nicht gelöst werden können. Wenn man diese Baublocks der Privatspekulation überließe, würden die allerschlechtesten Bauten entstehen. Man muß also mit den gegebenen Verhältnissen rechnen. Ueber die Anregung, Mittelstandswohnungen zu errichten, wäre bei Vorlage der Detailpläne noch zu verhandeln. Unter der großen Zahl von Wohnungen sind solche, die für alle Stände berechnet sind, für die wir überhaupt zu sorgen haben. Was den Umfang der finanziellen Garantie betrifft, so hänge er davon ab, wie weit die Gemeinde Sozialpolitik treibt und wie weit sie finanzielle Rücksichten walten lassen muß. Diese zwei Gesichtspunkte müssen vereinigt werden, es könne also eine bestimmte Ziffer nicht angegeben werden. Wenn man aber die Kosten auf anderen Gebieten der Fürsorge vergleicht, so dürfte der Betrag nicht übermäßig hoch sein. Im ungünstigsten Falle ist das Risiko noch immer nicht so groß, als wenn die Gemeinde die Sache allein durchführen würde.

VB. Neumann, der mittlerweile den Vorsitz übernommen hatte, resumierte: Ein Widerspruch gegen die Vorlage ist eigentlich nicht erhoben worden. Die Vorlage entspricht dem Bedürfnis, gesunde Wohnungen herzustellen. Es handelt sich nicht nur um die Frage, ob überhaupt ein Wohnungsbedarf vorhanden ist, sondern darum, eine entsprechende Zahl gesunder Wohnungen herzustellen. Wenn sich auch herausstellen sollte, daß das Wohnungsbedürfnis kein solches ist, daß die Wohnungen sofort bezogen werden, so werde sich doch sukzessive der Umzug aus unhygienischen Wohnungen in hygienische vollziehen und damit hat die Gemeinde eine Aufgabe erfüllt, die sie längst hätte erfüllen sollen. Zweitens handelt es sich auch um die Hebung der Bautätigkeit und auch aus diesem Gesichtspunkte ist das Projekt nützlich und notwendig. Es sei richtig, daß das Ideal des Wohnungsbaues das Ein-Familienhaus ist, aber die Grundverhältnisse der Großstadt lassen eine großzügige Verbauung in dieser Form noch nicht zu. Infolgedessen wird man trachten müssen, an der Peripherie geeignete Bauplätze für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen. In dieser Richtung hat die Gemeinde den Anforderungen in letzterer Zeit Rechnung getragen. Die Anregungen, welche in der Debatte gefallen sind, werden so weit als möglich Berücksichtigung finden. Nachdem ein eigentlicher Widerspruch nicht erhoben wurde, wird die Vorlage der geschäftsmäßigen Behandlung zugeführt werden. Der Vorschlag des Herrn Dr. Grün, zwei Fachleute zur nochmaligen Prüfung heranzuziehen, könne schwer Berücksichtigung finden.

GR. Dr. Grün zog hierauf diesen Antrag zurück.

Förderung der Ersten gemeinnützigen Bau-Gesellschaft für Kleinwohnungen bei der Durchführung ihres auf die Erstellung von 1000 Kleinwohnungen gerichteten Bauprogrammes.

Direktor Dr. Sagmeister berichtete hierüber: Die Gemeinde hat diesfalls mit der Ersten gemeinnützigen Bau-Gesellschaft für Kleinwohnungen Fühlung genommen, welche bereits eine große Zahl solcher Bauten, insbesondere Beamten- und Arbeiterhäuser errichtet hat. Der verlorene Mehraufwand soll hier in ähnlicher Weise übernommen werden wie früher, die Gemeinde wird nur mit einem Teile engagiert sein, weil hoffentlich auch der staatliche Wohnungsfürsorgefonds sich an der Sache beteiligen wird. Es ist geplant, 1000 Wohnungen zu schaffen, das Projekt kommt noch mehr den Mindestbemittelten zugute als das erste. Bei der Ausstattung der Wohnungen sind aber ähnliche Grundsätze wie beim ersten Projekt aufgenommen worden. Mit dem Bau kann gewartet werden, bis eine gewisse Senkung der Baukosten eintritt, wenn aber der Baubeginn über Aufforderung der Gemeinde erfolgt, würde die Gemeinde vom verlorenen Mehraufwand zunächst zwei Drittel übernehmen. Diese Sache wird vielleicht nochmals den Ausschuß beschäftigen müssen, weil wir eventuell etwas mehr übernehmen müssen. Zur Haftung werden auch andere Faktoren herangezogen werden, zunächst der Staat, aber auch Fabriken, denn ist es immerhin begründet, daß bei Bauten, welche einzelnen Fabriken sozusagen auf den Leib geschnitten sind, auch die Industrie sich beteiligt.

Das Referat wird ohne Debatte angenommen.

Bestellung eines Baurechtes für ein Einküchenhaus.

Direktor Dr. Sagmeister referierte hierauf über die Bestellung eines Baurechtes an den Liegenschaften Einl.-Z. 1181 und 1182 Grundbuch 15. Bezirk an der Pilgramgasse zugunsten der Bau-Genossenschaft „Heimhof" zwecks Errichtung eines Einfamilien-Einküchenhauses. Er bemerkte hiezu, die Gemeinde habe grundsätzlich den Standpunkt, womöglich Erbbaurechte zu bestellen, damit der Grund nicht spekulativ weiterveräußert werden kann, sondern für die kommende Generation gesichert wird. Die Frage des Einküchenhauses ist nicht unbestritten. Es handelt sich aber jedenfalls um eine Frage der wirtschaftlichen Entwicklung und es sei daher dieser Versuch zu unterstützen. Ursprünglich war geplant, ein Ledigenheim, namentlich für Frauen, zu errichten. Dieses Projekt wurde aber zurückgestellt, weil man keinen Ueberblick hatte, ob nicht für Familien ein dringenderes Bedürfnis bestehe. Es wird nun getrachtet, beides zu vereinigen, das Prinzip der Einküche wird aber dabei festgehalten. Ob das Einküchenhaus das Ideal ist, wird die Zukunft entscheiden, aber auch seine Gegner werden einräumen, daß auch für diese Wohnungsform ein Bedürfnis besteht. Das Baurecht entspricht den allgemeinen Bedingungen; eine Ertragsgarantie der Gemeinde ist nicht vereinbart.

Das Referat wird ebenfalls ohne Debatte angenommen.

Bestellung weiterer Baurechte.

Direktor Dr. Sagmeister berichtete hierauf über die Bestellung eines Baurechtes an den Baustellen Einl.-Z. 774

und 775 Grundbuch Breitensee am Flötzersteig zugunsten des Friedrich Stummer zwecks Errichtung eines Kleinhauses mit höchstens drei Wohnungen, und beantragte die Genehmigung.

Direktor Gerhold wünschte bei diesem sowie bei den früheren Referaten die kalendermäßige Festsetzung des Baubeginnes, weil Bestimmungen, wie drei Jahre nach dem Friedensschlusse, zu unbestimmt seien.

Direktor Dr. Sagmeister erklärte, dieser Anregung Rechnung zu tragen.

Das Referat wird sodann angenommen.

Direktor Dr. Sagmeister berichtete hierauf über die Bestellung eines Baurechtes an der Einl.-Z. 360 Grundbuch Ober-Baumgarten an der Baumgartnerstraße zugunsten des Laurenz Eckstein, zwecks Errichtung eines Kleinhauses mit höchstens drei Wohnungen, und beantragt die Genehmigung.

Das Referat wird ohne Debatte angenommen und hierauf die Sitzung geschlossen.

Konstituierung von gemeinderätlichen Ausschüssen.

Unter dem Vorsitze des Bgm. Dr. Weiskirchner fand am 30. Dezember die Konstituierung des Gemeinderats-Ausschusses zur Beratung einer Neuordnung der Gemeindeverfassung und des Gemeindewahlrechtes und des Gemeinderats-Ausschusses zur Beratung des Entwurfes einer neuen Bauordnung für Wien statt.

In dem Gemeinderats-Ausschuß zur Beratung einer Neuordnung der Gemeindeverfassung und des Gemeindewahlrechtes wurden GR. Georg Emmerling zum Obmann, GR. Heinrich Hierhammer zum Obmann-Stellvertreter, GR. Dr. Viktor Kienböck zum Referenten, die GR. Dr. Robert Danneberg und Dr. Oskar Hein zu Korreferenten gewählt.

In dem Gemeinderats-Ausschuß zur Beratung des Entwurfes einer neuen Bauordnung für Wien wurden GR. Heinrich Schmid zum Obmann, GR. Karl Richter zum Obmann-Stellvertreter und GR. Hans Schneider zum Referenten gewählt.

Umgestaltung der Bezirksvertretungen.

Die n.-ö. Landesregierung hat an den Bgm. Dr. Weiskirchner unter dem 22. Dezember 1918 folgende Zuschrift gerichtet:

„An den Herrn Bürgermeister in Wien.

Dem von Euer Exzellenz im Schreiben vom 16. Dezember 1918 gestellten Antrage im Hinblicke auf die Bestimmungen des Artikels 10 des Gesetzes vom 12. November 1918, St.-G.-Bl. Nr. 5, über die Staats- und Regierungsform von Deutschösterreich und des § 3 der Vollzugsanweisung des Staatsrates vom 4. Dezember 1918, St.-G.-Bl. Nr. 8, die Auflösung der Bezirksvertretungen in Wien auf Grund des § 95 des Wiener Gemeindestatutes zu verfügen, gibt die n.-ö. Landesregierung statt und löst hiemit diese Bezirksvertretungen auf.

Von der n.-ö. Landesregierung:
Steiner m. p."

Ferner richtete die n.-ö. Landesregierung unter dem 24. Dezember 1918 folgende Zuschrift an den Herrn Bürgermeister:

„In Gemäßheit des § 3 der Vollzugsanweisung des Staatsrates vom 4. Dezember 1918 findet die n.-ö. Landesregierung die behufs Ergänzung der Wiener Bezirksvertretungen vorgeschlagene Art der Verteilung der Mandate mit der Abänderung zu genehmigen, daß im 9. Wiener Gemeindebezirke auf die christlichsoziale Partei 15, auf die sozialdemokratische Partei 11 und auf die bürgerlichen Parteien 4 Mandate zu entfallen haben, so daß in allen 21 Bezirken zusammen die Christlichsozialen 342, die Sozialdemokraten 227 und die übrigen Parteien 61 Mandate erhalten."

Die Neuordnung der Bezirksvertretungen stellt sich somit in folgender Weise dar:

1. Bezirk: Christlichsoziale 20, bürgerliche Parteien 10; Vorsteher christlichsozial, Stellvertreter christlichsozial.

2. Bezirk: Christlichsoziale 12, Sozialdemokraten 15, bürgerliche Parteien 3; Vorsteher Sozialdemokrat, Stellvertreter christlichsozial.

3. Bezirk: Christlichsoziale 16, Sozialdemokraten 10, bürgerliche Parteien 4; Vorsteher christlichsozial, Stellvertreter Sozialdemokrat.

4. Bezirk: Christlichsoziale 20, Sozialdemokraten 5, bürgerliche Parteien 5; Vorsteher christlichsozial, Stellvertreter christlichsozial.

5. Bezirk: Christlichsoziale 15, Sozialdemokraten 12, bürgerliche Parteien 3; Vorsteher christlichsozial, Stellvertreter Sozialdemokrat.

6. Bezirk: Christlichsoziale 16, Sozialdemokraten 10, bürgerliche Parteien 4; Vorsteher christlichsozial, Stellvertreter Sozialdemokrat.

7. Bezirk: Christlichsoziale 20, Sozialdemokraten 6, bürgerliche Parteien 4; Vorsteher christlichsozial, Stellvertreter christlichsozial.

8. Bezirk: Christlichsoziale 20, Sozialdemokraten 6, bürgerliche Parteien 4; Vorsteher christlichsozial, Stellvertreter christlichsozial.

9. Bezirk: Christlichsoziale 15, Sozialdemokraten 11, bürgerliche Parteien 4; Vorsteher christlichsozial, Stellvertreter Sozialdemokrat.

10. Bezirk: Christlichsoziale 15, Sozialdemokraten 15; Vorsteher Sozialdemokrat, Stellvertreter christlichsozial.

11. Bezirk: Christlichsoziale 15, Sozialdemokraten 15; Vorsteher Sozialdemokrat, Stellvertreter christlichsozial.

12. Bezirk: Christlichsoziale 16, Sozialdemokraten 12, bürgerliche Parteien 2; Vorsteher christlichsozial, Stellvertreter Sozialdemokrat.

13. Bezirk: Christlichsoziale 16, Sozialdemokraten 10, bürgerliche Parteien 4; Vorsteher christlichsozial, Stellvertreter Sozialdemokrat.

14. Bezirk: Christlichsoziale 15, Sozialdemokraten 15; Vorsteher Sozialdemokrat, Stellvertreter christlichsozial.

15. Bezirk: Christlichsoziale 16, Sozialdemokraten 12, bürgerliche Parteien 2; Vorsteher christlichsozial, Stellvertreter Sozialdemokrat.

16. Bezirk: Christlichsoziale 15, Sozialdemokraten 15; Vorsteher Sozialdemokrat, Stellvertreter christlichsozial.

17. Bezirk: Christlichsoziale 16, Sozialdemokraten 12, bürgerliche Parteien 2; Vorsteher christlichsozial, Stellvertreter Sozialdemokrat.

18. Bezirk: Christlichsoziale 16, Sozialdemokraten 8, bürgerliche Parteien 6; Vorsteher christlichsozial, Stellvertreter Sozialdemokrat.

19. Bezirk: Christlichsoziale 18, Sozialdemokraten 8, bürgerliche Parteien 4; Vorsteher christlichsozial, Stellvertreter christlichsozial.

20. Bezirk: Christlichsoziale 15, Sozialdemokraten 15; Vorsteher Sozialdemokrat, Stellvertreter christlichsozial.

21. Bezirk: Christlichsoziale 15, Sozialdemokraten 15; Vorsteher Sozialdemokrat, Stellvertreter christlichsozial.

Erwerbung der Krongüter.

Eine Denkschrift der Gemeinde Wien.

Mit Rücksicht auf das große Interesse, das die Gemeinde Wien an der Erwerbung der auf ihrem Gebiete befindlichen Liegenschaften des Krongutes hat, ließ der Bürgermeister eine Denkschrift ausarbeiten, die als Grundlage für die einzuleitenden Verhandlungen dienen soll und die am 12. Dezember 1918 an den Staatsnotar Dr. Julius Sylvester gerichtet wurde. Sie lautet:

Die Uebernahme und Nutzbarmachung der Krongüter berührt rechtlich in erster Linie den Staat als den Rechtsnachfolger der Krone, tatsächlich aber am stärksten und unmittelbar die Stadt Wien, in deren Weichbild oder in deren Nähe die meisten und wichtigsten Güter gelegen sind.

Ungemein groß ist demgemäß auch das Interesse der Gemeinde Wien an der Lösung dieser Frage, durch die in vieler Hinsicht die Durchführung der an die Großstadt herantretenden Fürsorgeverpflichtungen, die weitere Entwicklung der Stadt selbst und das Wohl ihrer Bewohner bedingt ist.

Die Gemeinde Wien erachtet es daher als eine ihrer ersten Pflichten, ihr Interesse an diesen Besitztümern mit allem ihr zugebote stehenden Nachdrucke zur Geltung zu bringen.

Die Gemeindeverwaltung erhofft sich dabei die verständnisvolle und entgegenkommende Würdigung seitens der Staatsverwaltung, denn das Interesse der Stadt Wien deckt sich vollkommen mit dem öffentlichen Interesse, das allein der leitende Gesichtspunkt der folgenden allgemeinen Grundsätze für die Verwertung der hofärarischen Besitzungen bildet.

Das außerordentliche Interesse, das die Gemeinde Wien an diesem Gegenstande hat, rechtfertigt wohl auch die Bitte, der Staatsrat möge die Gemeinde Wien vor jeder Verfügung über eines der Güter rechtzeitig in Kenntnis setzen und ihr Gelegenheit zur Stellungnahme geben.

Die Erinnerungen an eine jahrhundertelange Vergangenheit und die gebieterischen Forderungen der neuen Zeit verlangen in gleicher Weise, daß diese Besitztümer ohne allem Vorbehalt und alle Einschränkung dem Genusse und dem Nutzen der Allgemeinheit zugeführt und erhalten bleiben. Ganz im Einklange mit diesem Grundsatze wird die Gemeinde Wien jedem Versuche entgegentreten, diese Güter, seien es Baulichkeiten, Gärten oder Liegenschaften, der Privatspekulation, in welcher Form immer, auszuliefern.

Diesem obersten Grundsatze entspricht es auch, daß Kulturgüter von unschätzbarem Werte, wie sie die Hofburg, die Hofmuseen darstellen, unversehrt den kommenden Geschlechtern, und daß Kunstanstalten, wie die Hoftheater, ihrer erhabenen Widmung erhalten bleiben.

Diese Stätten, die der Kunst, der Wissenschaft dienen, bilden einen Kulturschatz des gesamten Staates und seine Verwaltung gebührt daher ausschließlich dem Staate, der sie vor jeder Entweihung, von welcher Seite sie auch drohen möge (Errichtung von Postämtern!), behüten wird. Seine Aufgabe wird es auch sein, die von Teilstaaten des ehemaligen Oesterreich bereits unternommenen Verschleppungsversuche von Kulturgütern (Sammlungen) tatkräftig zu vereiteln.

Die Gemeinde Wien wird entsprechend dem ausgesprochenen Grundsatze ihre Ansprüche überall dort zugunsten des Staates zurückzustellen, wo und soweit es sich um allen Staatsbürgern gewidmete Kulturschätze handelt (Schloß Schönbrunn, Schloß Hetzendorf, Belvedere).

Das öffentliche Interesse gebietet es auch, daß die Gärten und Gartenanlagen, die der Bevölkerung zugänglich sind oder es werden sollen, diesem Zwecke erhalten bleiben oder zugeführt werden. Dies ist eine gesundheitliche Forderung ersten Ranges und in diesem Zeitpunkte wohl auch ein Gebot der Dankbarkeit an die Wiener Bevölkerung, die wie keine Stadt des Hinterlandes unter dem Kriege gelitten und ihre Leiden getragen. Wäre es denkbar, daß den Wienern der Prater als Erholungsplatz verloren ginge? Die gleiche Zweckbestimmung fordert die Stadt Wien aber auch für die Gartenanlagen Schönbrunn mit der Fasanerie, den Augarten, die Anlagen von Hetzendorf, den Maria Theresien-Platz, den Kaisergarten an der Ringstraße und den sogenannten Heldenplatz.

Die Gartenanlagen dienen in erster Linie der Stadt und ihren Bewohnern; zu ihrer Verwaltung kann nach ihrem Zweck und ihrer Lage nur die Gemeinde Wien berufen sein, die dann auch die Verwaltung und Erhaltung zu besorgen haben wird. Sie sind als öffentliches Gut unentgeltlich in die Verwaltung der Gemeinde Wien zu übertragen.

Soferne eine getrennte Verwaltung des Gebäudes und der Gartenanlagen nicht durchführbar wäre (Schönbrunn, Hetzendorf), wird die Verwaltung der Gemeinde Wien unter Beitragsleistung des Staates zu erwägen sein.

Während hinsichtlich der besprochenen Güter die Zweckbestimmung als öffentliches Gut an sich bereits den Träger der Verwaltung erkennen läßt, tritt bei den Gütern mit der Zweckbestimmung als öffentliches Vermögen ein Wettbewerb der Interessen des Staates und der Gemeinde ein. Hier wird daher ein Vergleich der beiderseitigen Interessen stattfinden müssen und der stärkere Bedarf und das höhere Interesse entscheiden; so wird auch das öffentliche Interesse am besten gewahrt.

Es sind dies alle Liegenschaften und Baulichkeiten in Wien und Umgebung, teils Krongüter, teils Güter des Privat- und Familienfonds. Schon ihre Lage in der Stadt oder in ihrer Nähe, die vielfache Berührung mit Gemeindebesitz bedingen das Interesse der Gemeinde.

Dann aber ist es auch der große Bedarf, der den Besitz solcher Güter für die Gemeinde dringend notwendig, ja unerläßlich erscheinen läßt. Infolge der Zurückstellung des Baues des Museums können große Bestände der Sammlungen weder der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht oder einer sachgemäßen museale Behandlung unterzogen werden; die sprunghafte Steigerung der Verwaltungstätigkeit der Gemeinde Wien während des Krieges hat die Unterbringung der Aemter vielfach derart unhaltbar gemacht, daß selbst Hemmungen der Verwaltungstätigkeit unvermeidlich geworden sind; die ungeheuren Anforderungen, die infolge des Krieges auf dem Gebiete der Fürsorgetätigkeit an die Gemeinde Wien herangetreten sind und noch herantreten werden, machen die Erweiterung von bestehenden Baulichkeiten und die Errichtung großer Neubauten notwendig. Die bewährte Einrichtung der Kriegsgemüsegärten und die so erfolgreich begonnenen landwirtschaftlichen Unternehmungen der Gemeinde müssen weiter ausgebaut werden.

Zur Durchführung aller dieser Aufgaben benötigt die Gemeinde dringendst einen Teil der Besitztümer der Krone; die Gemeinde strebt daher die entgeltliche Erwerbung als Gemeindevermögen durch Kaufvertrag oder bestandweise Ueberlassung an.

Die folgenden Anmeldungen und Begründungen einzelner Ansprüche der Gemeinde sollen gemäß dem Zwecke dieser Denkschrift nur eine allgemeine Grundlage für die Verhandlungen über die einzelnen Ansprüche und zur Hervorhebung besonders wichtiger Forderungen der Gemeinde dienen.

Die Gemeinde Wien erlaubt sich vor allem an das Schreiben des Herrn Bürgermeisters vom 23. November 1918, M. Abt. III, 3656, anzuknüpfen und neuerdings ihr großes Interesse an der Erwerbung eines Teiles des Lainzer Tiergartens zu betonen. Der Besitz der an das Spital und an das Versorgungshaus angrenzenden Teile ist die unerläßliche Voraussetzung ür die weitere Entwicklung dieser Anstalt. Das Gebiet des Tiergartens eignet sich aber auch wie kein anderes zur Errichtung von neuen Anstalten für Tuberkulosenfürsorge und zur Erbauung einer großen Kinderpflegeanstalt. Die Waisenhäuser der Gemeinde sind vielfach nicht mehr entsprechend, ohne Licht, ohne Luft, und ihre zerstreute Lage erschwert und verteuert die Verwaltung; der allgemeine wirtschaftliche Niedergang und die Schwächung der Volksgesundheit werden einen außerordentlichen Zufluß, wie zu allen Fürsorgeanstalten, auch zur Versorgungshauspflege bringen und es muß daher an den Bau eines großen Waisenhauses und an die Erweiterung des Versorgungshauses gedacht werden; auch hiefür ist der Lainzer Tiergarten eines der geeignetsten Gebiete.

Neuerdings soll auf die günstige Gelegenheit zur Anlage einer Gartenstadt auf dem Gebiete des Tiergartens hingewiesen und daran die Bitte geknüpft werden, es möge die Besiedlung der Gemeinde Wien überlassen werden.

Die außerordentliche Bedeutung des Tiergartens als Erholungsplatz für die gesamte Bevölkerung und als Raum zur Lufterneuerung für die umliegenden Wohngebiete sollte bei dem heutigen Stande der Wohnungshygiene nicht unbeachtet bleiben.

Von größtem Wert für die Gemeinde ist der Besitz der ganzen Lobau, deren unteren Teil sie zur Abrundung ihres Besitzes und von anderen Gesichtspunkten (Ausgestaltung der Donau, Donau-Oderkanal) benötigt. Für Wohnzwecke der landwirtschaftlichen Arbeiter ist die Sicherung der Jagdhäuser und Jagdhütten in der Lobau und in Aspern notwendig.

Weiters strebt die Gemeinde Wien den hofärarischen Besitz auf der Simmeringer Haide an, der allseits von Gemeindebesitz umschlossen ist.

Außerordentlich erwünscht wäre der Gemeinde die Pachtung von Orth, um im Anschluß an städtischen Besitz und die Thavonat'schen Güter einen großen landwirtschaftlichen Betrieb errichten zu können.

Angemeldet wird neben der Ueberlassung des Praters die Erwerbung der Krieau und des Vorparkes von Schönbrunn, welch letzterer bereits eine Verwendung für Jugendfürsorge gefunden hat.

Hinsichtlich Schönbrunn (Seitengebäude), Hetzendorf und Laxenburg behält sich die Gemeinde vor, Anträge wegen teilweiser Verwendung zur Kinder- und Rekonvaleszenten-Fürsorge zu stellen.

Insbesondere der Kavalier- und der Valerietrakt sowie die beiden Fürstenstöckel des Schönbrunner Schlosses würden sich in Verbindung mit dem Kammergarten und dem tiefer gegen Meidling zu gelegenen Teile von Schönbrunn zu einem Erholungsheim für unterernährte Kinder außerordentlich eignen. Diese Angelegenheit steht beim Magistrate bereits in Behandlung und es werden voraussichtlich schon in nächster Zeit Anträge wegen bestandweiser Ueberlassung dieser Teile von Schönbrunn, und zwar unabhängig von der endgiltigen Entscheidung über die Verwendung der Krongüter, vorgelegt werden.

Die Räume des Reservespitals im Augarten könnten infolge der günstigen Lage zwischen dem 2. und 20. Bezirk, mit den Grünflächen, zweckmäßig gleichfalls zur Jugendfürsorge Verwendung finden.

Die Gemeinde Wien kann es weiters nicht unterlassen, darauf aufmerksam zu machen, daß der Stadterweiterungsfond seinem ganzen Ursprunge nach nicht zum gemeinsamen Eigentum der Teilstaaten des ehemaligen Oesterreich gehört; er kann zweckmäßig nur von der Gemeinde oder einer Kommission, wo sie ausschlaggebenden Einfluß hat, verwaltet werden.

Insbesondere legt die Gemeinde auch darauf Gewicht, daß die Servituten zugunsten des Stadterweiterungsfondes, die auf städtischen Liegenschaften noch lasten und die Gemeinde Wien in der Verwertung ungemein behindern, für den Stadterweiterungsfond aber ohne jeden Wert sind, endlich in Wegfall kommen.

Die geplante Unterbringung der „Modernen Galerie" im Belvedere wird für sehr entsprechend gehalten.

Ein Teil der städtischen Sammlungen könnte in dem Gebäude der ungarischen Garde (Neustiftgasse) eine des Gebäudes und der Sammlungen würdige Unterbringung finden.

Zur Deckung des dringendsten Bedarfes an Amts- und Büroräumen denkt die Gemeinde Wien an folgende Baulichkeiten: Das Gebäude der Leibgarde 7., Mariahilferstraße, das Gebäude der Reiterschwadron 7., Lerchenfelder-

straße, das Hofmobilien- und Materialdepot, 7., Mariahilferstraße und die Hofstallungen.

Schließlich erlaubt sich die Gemeinde Wien auf die unschöne Tiergartenmauer aufmerksam zu machen, durch deren Abtragung sich Ziegel und Steine gewinnen, sowie Arbeitsgelegenheit (Notstandsarbeiten) schaffen ließen.

Die Gesundheitsverhältnisse und Sterblichkeit der Bevölkerung Wiens.

Nachfolgender Bericht über den Einfluß des Krieges auf den Ernährungs-, beziehungsweise Gesundheitszustand der Wiener Bevölkerung wurde im Wege der neutralen Diplomaten den Entente-Regierungen übermittelt:

Die Unterernährung der Wiener Bevölkerung, welche durch die Knappheit der Lebensmittel während der Kriegsjahre hervorgerufen worden ist, hat in der letzten Zeit infolge der Absperrung der Lebensmittelzufuhren aus Böhmen, Mähren, Ungarn einen Umfang angenommen, welcher zu einer Katastrophe zu führen droht, falls nicht bald und in ausgiebiger Weise Abhilfe geschaffen werden kann.

Ein großer Teil der Bevölkerung konnte sich schon während des Krieges nur in ganz unzureichender Weise ernähren. Einer unserer bedeutendsten Physiologen, Professor Dr. Durig, hat berechnet, daß die Anzahl der Kalorien, welche nach den Lebensmittelkarten, deren tatsächliche Einlösung noch dazu nicht immer sicher war, der Bevölkerung Wiens zur Verfügung stand, 746 per Kopf und Tag betrug. Es steht aber heute wissenschaftlich fest, daß für Menschen von mittlerem Körpergewicht 2500 bis 5500 Kalorien pro Tag je nach der Arbeitsleistung erforderlich sind. So kam es, daß sehr viele Leute während der Kriegsjahre bis zu 40 Kilogramm an ihrem Körpergewichte einbüßten, da sie genötigt waren, von dem eigenen, zur Friedenszeit erworbenen Fettbestande zu zehren.

Nunmehr sind aber auch bei jenen Schichten der Bevölkerung, welche zu Kriegsbeginn über einen guten Ernährungszustand verfügten, alle Reserven verausgabt; der herabgekommene Körper ist nicht mehr in der Lage, aus sich selbst Kalorien zu verwerten.

Es ist begreiflich, daß diese Verhältnisse einen unheilvollen Einfluß auf die Gesundheitsverhältnisse der Bevölkerung nehmen mußten. Die Sterblichkeit ist infolgedessen enorm angestiegen. Während in den letzten Jahren vor dem Kriege auf 1000 Einwohner Wiens und das Jahr berechnet durchschnittlich 15·5 Todesfälle entfielen, betrug diese Zahl im Jahre 1917 20·4, für 9 Monate des Jahres 1918 19·6. Die absolute Zahl der

Sterblichkeit in Wien Tabelle I

mit besonderer Rücksicht auf Tuberkulose.

Im Jahre	Zahl der Einwohner	Zahl der		Zahl der Sterbefälle				Auf 1000 Einwohner entfallen						
										Sterbefälle				
										im ganzen		an Tuberkulose aller Art	an Lungentuberkulose	an sonstigen Infekt.-Krankheiten
		Lebend-	Tot-	im ganzen	an Tuberkulose aller Art	an Lungentuberkulose	an sonstigen Infekt.-Krankheiten	Lebend-	Tot-	einschließlich	ausschließlich			
		Geborenen		einschließlich der Ortsfremden und der Personen unbekannten Wohnortes				Geborene		der Ortsfremden u. der Personen unbekannten Wohnortes		einschließlich der Ortsfremden u. der Personen unbekannt. Wohnortes		
1867	584.127	24.002	974	18.309	4908	4447	2016	41·1	1·6	31·3	28·4	8·4	7·6	3·5
1871	647.672	25.922	1291	22.600	5633	5185	3004	40·0	2·0	36·2	32·9	9·0	8·0	4·8
1876	691.715	27.897	1204	21.231	5026	4568	3584	40·8	1·7	31·8	28·4	7·5	6·6	3·4
1881	731.110	29.021	1406	21.549	5418	5087	2365	39·7	2·0	29·5	25·4	7·4	6·9	3·2
1886	785.481	27.140	1444	20 869	5525	5138	1677	34·5	1·9	26·6	23·2	7·0	6·5	2·1
1891*)	1,378.419	47.346	2704	34.479	7940	7141	3430	34·4	2.0	25·0	24·3	5·8	5·1	2·5
1896	1,525.267	50.590	2981	34.132	7460	6252	2531	33·2	2·0	22·4	21·7	4·9	4·1	1·7
1901	1,687.912	52.415	3718	33.502	7677	6130	1845	31·0	2·2	19·9	19·2	4·5	3·6	1·1
1906	1,886.774	51.071	4312	33.973	7480	5608	1888	27·1	2·3	18 0	17·4	3·9	2·9	1·0
1911	2,047.968	41.030	4124	33.684	6899	5337	1273	20·2	2·0	16·5	15·7	3·4	2·6	0 6
1912	2,081.335	39.801	4450	32.141	6393	4924	1377	19·1	2·1	15·4	14·7	3·1	2·3	0·7
1913	2,115.254	37.387	4058	32.314	6430	5015	1599	17·7	2·0	15·3	14·5	3 0	2·3	0·8
1914	2,149.834	36.378	3771	33.268	6223	4940	1741	17 0	1·8	15·5	14·0	2·9	2·3	0·8
1915	2,184.883	29.257	2696	37.018	7810	6260	2608	13·4	1·2	17·0	14·5	3·6	2 9	1·2
1916	2,220.511	23.491	2593	37.631	9651	7842	1562	10·6	1·2	17·0	14 4	4·3	3·5	0·7
1917	,256.727	20.688	2203	46.131	11741	9650	2268	9·1	0·9	20·4	17·1	5·2	4·3	1·0
1918**)	2,293.540	14.035	1844	33.629	8867	7037	2117	6·1	1·0	19·6	16·4	5·1	4 0	1·2

*) Einverleibung der Bezirke 11 bis 19.

**) Die für das Jahr 1918 ausgewiesenen Zahlen beziehen sich auf die Monate Jänner bis einschließlich September.

Statistische Daten über den Einfluß der Ernährung auf die Sterblichkeit.

Tabelle II

Wien 1918.

	1913			1918		
	Gesamtzahl der Todesfälle	Auf 1000 Einwohner entfallen		Gesamtzahl der Todesfälle	Auf 1000 Einwohner entfallen	
		einschließlich der Ortsfremden und der Personen unbekannten Wohnortes	ausschließlich der Ortsfremden und der Personen unbekannten Wohnortes		einschließlich der Ortsfremden und der Personen unbekannten Wohnortes	ausschließlich der Ortsfremden und der Personen unbekannten Wohnortes
Jänner	2991	17·1	16·3	3761	19·5	16·4
Februar	3076	17·6	16·8	3439	19·7	16·4
März	3378	19·3	18·4	4042	21·0	17·6
April	2950	16·7	15·9	4041	21·4	17·9
Mai	2988	16·9	16·1	3803	19·6	16·4
Juni	2612	14·8	14·0	3618	19·2	15·7
Juli	2422	13·7	13·0	3870	19·0	15·8
August	2189	12·4	11·6	3329	17·1	14·2
September	2215	12·6	11·8	3726	19·8	16·6
Oktober	2475	13·9	13·2	6105 *)	38·2 *)	32·7 *)
November	2366	13·3	12·6	4874 *)	32·7 *)	28·1 *)
Summe	29662	15·3	14·5	44608	22·5	18·9

Auf Unterernährung sind zurückzuführen in Prozenten der Todesfälle:

	Sicher:		Schätzungsweise:	
Juli	9	Prozent	das 2 bis 3fache = 18 bis 27	Prozent
August	11	„	„ „ = 22 „ 33	„
September	8	„	„ „ = 16 „ 24	„
Oktober	7	„	„ „ = 14 „ 21	„
November	8	„	„ „ = 16 „ 24	„

Die Folgen der Unterernährung, welche in den Todesziffern zum Ausdruck kommen, treten erst einige Wochen nach der Nahrungskrise zutage. Die Augustziffer ist der Ausdruck der Krise vor der Ernte; die jetzige Krise wird sich erst im Dezember-Jänner ziffermäßig feststellen lassen. Bei den Obduktionen finden sich täglich ein bis mehrere Tote, die an verschiedenen Krankheiten im Zustande völligen Verhungerns gestorben sind.

*) Die Sterbeziffern der Monate Oktober und November 1918 sind noch nicht endgültig festgestellt.

Todesfälle stieg von 33.268 im Jahre 1914 auf 46.131 im Jahre 1917 und auf 33.629 in 9 Monaten des Jahres 1918 (Tabelle I). Dieser Anstieg der allgemeinen Sterblichkeit wurde im wesentlichen von der durch die Unterernährung hervorgernfenen Zunahme der Tuberkulose beeinflußt. Während im Jahre 1914 6223 Todesfälle an Tuberkulose zu verzeichnen waren, betrug die Zahl der an Tuberkulose Verstorbenen im Jahre 1917 bereits 11.741, in 9 Monaten des Jahres 1918 8867, hat sich demnach während der Kriegsjahre geradezu verdoppelt Jeder vierte Todesfall wurde durch Tuberkulose verursacht (Tabelle I).

Die Zahl der direkt wegen Nahrungsmangel zugrunde gegangenen Personen läßt sich wohl mit Bestimmtheit nicht angeben.

Soweit die Todesursache von den behandelnden Aerzten selbst auf Inanition zurückgeführt wurde, schwankt diese Zahl im Jahre 1918 zwischen 7 und 11 Prozent der Todesfälle. Nach den bei den behördlichen Obduktionen gewonnenen Erfahrungen stellt sich jedoch die Zahl der durch die Unterernährung verursachten oder wesentlich beeinflußten Todesfälle weit höher, schätzungsweise auf zirka 20 bis 30 Prozent (Tabelle II).

In erschreckender Weise macht sich die Unterernährung bei den Kindern fühlbar. Die Säuglinge konnten noch so halbwegs am Leben erhalten werden, da die Zahl der Geburten während der Kriegsjahre rapid gesunken ist (von 36.378 im Jahre 1914 auf 20.688 im Jahre 1917 und 14.035 in 9 Monaten des Jahres 1918) (Tabelle I) und diese wenigen Kinder im ersten Lebensjahre von ihren Müttern gestillt wurden. Nunmehr aber ist auch die Stillfähigkeit infolge des Nahrungsmangels wesentlich gesunken, Kuhmilch als Ersatz der Muttermilch oder Nährmehle aber nicht vorhanden.

Die Kinder im vorschulpflichtigen Alter zeigen massenhaft Erscheinungen an Rhachitis, Barlow'scher Krankheit und Skorbut, welche auf die ungenügende und unzweckmäßige Ernährung zurückzuführen sind.

Zu den größten Besorgnissen gibt der Zustand der Kinder, welche im 10. bis 16. Lebensjahre stehen, Anlaß. Sie befanden sich ja während der Kriegsjahre in dem Alter der körperlichen Entwicklung, in welchem das Nahrungsbedürfnis am größten ist und der Mangel an Nahrung für das ganze künftige Leben einen nachteiligen Einfluß ausübt. Diese Kinder sind jetzt nach

Kaiser Karl-Wohlfahrtswerk.

Tabelle III

Gesundheitliche Qualifikation im Sommer 1918 in Wien angemeldeter Kinder:

Hautfarbe:	Fettgehalt der Haut:
0 = gesund	0 = gut
1 = mittel	1 = mittel
2 = blaß	2 = mager
3 = sehr blaß	3 = sehr mager

Die Punkte der Qualifikation werden summiert.

Ergebnis:			Anzahl:
Klasse:	0	Hautfarbe gesund, Fettgehalt gut	4637
„	1		2805
„	2	Hautfarbe und Fettgehalt mittel	10999
„	3		9334
„	4	blaß und mager	15305
„	5		3713
„	6	sehr blaß und sehr mager	4051

Tabelle IV

Gewicht der Kinder.

Gewicht der an der Kinderklinik im Jahre 1918 aufgenommenen Kinder im Vergleiche zu dem Durchschnittsgewichte der Kinder.

Alter in Jahren	Knaben			Mädchen		
	Gewicht 1918	sonstiger Durchschnitt	Differenz	Gewicht 1918	sonstiger Durchschnitt	Differenz
0	3·35	3·4	(0·05)	2·9	3·2	(0·3)
1	6·6	10·2	4·2	6·6	9·7	3·1
2	10·0	12·7	2·6	8·5	12·2	3·7
3	10·9	14·7	4·2	10·1	14·2	4·1
4	13·0	16·5	3·5	12·8	15·7	2·9
5	13·9	18·0	4·1	14·3	17·0	2·7
6	15·7	20·5	4·8	15·3	19·0	3·7
7	18·1	23·0	4·9	16·0	21·0	5·0
8	21·0	25·0	4·0	18·3	23·0	4·7
9	21·2	27·5	6·3	20·0	25·0	5·0
10	22·8	30·0	7·2	22·5	27·0	4·5
11	27·8	32·5	5·7	25·7	29·0	3·3
12	26·5	35·0	8·5	28·0	32·0	4·0
13	32·3	37·5	5·2	30·4	37·0	6·6
14	30·3	41·0	9·7	35·2	43·0	7·8
15	29·8	45·0	(15·2)	39·0		

vier Kriegsjahren vielfach in jenem Stadium der Entwicklung ihres Körpers stehen geblieben, in dem sie sich zu Kriegsbeginn befunden haben.

Von 58.849 zum Zwecke einer Erholungsaktion im Sommer 1918 untersuchten Kindern aus den Wiener Schulen befanden sich nur 4637 in einem befriedigenden Gesundheitszustande (Tabelle III). Die bei dieser Gelegenheit vorgenommenen Wägungen zeigten namentlich bei den Knaben ein bedeutendes Zurückbleiben des Körpergewichtes gegen den sonstigen Durchschnitt (Tabelle IV). Die Not unserer Kinder ist nicht nur im jetzigen Augenblick besorgniserregend, sie bildet eine eminente Gefahr für ihr späteres Leben. Es ist ja wissenschaftlich festgestellt, daß die Tuberkulose im Kindesalter sich festsetzt, latent bleibt und im späteren Alter namentlich bei unterernährten, herabgekommenen Personen zum Ausbruche kommt.

Wie werden sich die Verhältnisse gestalten, wenn unsere unterernährten Kinder, mit dem Keim der Tuberkulose im Körper, in das 20. Lebensjahr eintreten werden, in welchem Alter bekanntlich die Tuberkulose die Mehrzahl ihrer Opfer fordert.

Nur rasche und ausgiebige Hilfe kann Rettung bringen.

Lebensmittelverkehr.

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 22. bis 28. Dezember 1918:

Rindfleisch 242.005 kg, und zwar aus Wien 17.659, aus dem sonstigen Niederösterreich 180, aus Oberösterreich 173.287, aus Steiermark 9367, aus Deutschland 41.512 kg.

Pferdefleisch 481 kg aus Oberösterreich.

Schaffleisch 4350 kg, und zwar aus Wien 4150, aus Oberösterreich 200 kg.

Schweinefleisch 42.235 kg, und zwar aus Wien 32.235 kg und 10.000 kg Speck.

Kälber 11 Stück, und zwar aus Wien 9, aus Oberösterreich 2 Stück.

Schafe 1880 Stück, und zwar aus Wien 1258, aus Niederösterreich 84, aus Oberösterreich 538 Stück.

Lämmer 24 Stück aus Wien.

Preisbewegung (in Kilogramm).

Rindfleisch (Siedfleisch) von 7 K 20 h bis 8 K 40 h.
Rindfleisch (Rostbraten und Rieden) bis 12 K.
Kalbfleisch von 5 K 75 h bis 19 K 50 h.

Schaffleisch von 20 K bis 23 K 20 h.
Schweinefleisch bis 20 K.
Kälber von 4 K 70 h bis 19 K 50 h.
Schafe von 10 K bis 18 K 50 h.
Lämmer mit Fell bis 15 K.
Per Bahn langten 54 Waggons mit 220·455 t ein.

Die dieswöchentlichen Zufuhren waren im allgemeinen im Vergleiche zur Vorwoche (anläßlich der Weihnachtsfeiertage) bedeutend größer. Rindfleisch war trotz der auf 20 dkg erhöhten Fleischquote vollkommen ausreichend. Schaffleisch war über Bedarf. Gefrorenes Schweinefleisch an Stelle des frischen Schweinefleisches war in größerer Menge vorhanden, wurde jedoch wegen der schlechten Qualität nur mangels anderer billigerer Fleischsorten notgedrungen gekauft. Kalbfleisch war keines vorhanden. Der Marktverkehr war anläßlich der Feiertage und infolge der Speckabgabe Montag sehr lebhaft.

Von der Gemeinde Wien wurden ausgegeben: 30.000 kg gefrorenes Schweinefleisch, 13.800 kg Speck.

Die Preislage blieb unverändert.

Von der Vieh- und Fleischverkehrs-Gesellschaft waren keine Zufuhren.

* * *

Rindermarkt.

In der Woche vom 21. bis 27. Dezember 1918 gelangten am Zentral-Viehmarkte St. Marx am Rindermarkte zur Verteilung an Extremfleischhauer 268, an Einheitsfleischhauer 1318 Rinder.

* * *

Jung- und Stechviehmarkt vom 27. Dezember 1918.

1. Auftrieb, beziehungsweise Zufuhr.

Kälber ausgeweidet 109, Lämmer ausgeweidet 19, Schafe lebend 6303, Schafe ausgeweidet 40 Stück.

2. Preise per Kilogramm.

Kälber ausgeweidete, 1. Qualität, bis 4 K 80 h, 3. Qualität von 3 K bis 4 K 50 h.

Lämmer ausgeweidete, 1. Qualität, bis 16 K.

Schafe ausgeweidete, 1. Qualität, von 10 K bis 18 K, Schafe lebende bis 10 K 75 h.

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 31 Stück Kälber weniger zugeführt. Auf dem Schafmarkte wurden um 3001 Stück Schafe weniger aufgetrieben.

Die Preislage auf dem dieswöchigen Jung- und Stechviehmarkte blieb gegen die Vorwoche unverändert.

3. Verteilung.

Am Jung- und Stechviehmarkte gelangten zur Verteilung: an Spitäler und Sanatorien 109 weidner Kälber, an Fleischhauer und Wirte 19 weidner Lämmer und 40 weidner Schafe.

Am Schafmarkte gelangten an Fleischhauer 6303 lebende Schafe zur Abgabe.

* * *

Pferdemarkt vom 24. Dezember 1918.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 282 Gebrauchs- und 244 Schlächterpferde.

Preis für Gebrauchspferde von 1600 K bis 8000 K per Stück.

Der Markt war ziemlich lebhaft.

* * *

Pferdemarkt vom 27. Dezember 1918.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 255 Gebrauchs- und 189 Schlächterpferde.

Preis für Gebrauchspferde von 1600 K bis 8000 K per Stück.

Der Markt war ziemlich lebhaft.

Baubewegung

vom 1. Jänner bis 3. Jänner 1919.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den 1. bis 9. und 20. Bezirk. — Für den 10. bis 19. und 21. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen

Adaptierungen.

1. Bezirk: Stephansplatz 8 a, von der Creditanstalt für Handel und Gewerbe, Bauführer H. Schuster (2810).
„ „ Wollzeile 24, von der Versicherungs-Gesellschaft „Oesterr. Phönix" (2823).
4. Bezirk: Mitterſteig 15, von Ferdinand Böhm, 14., Dingelstedtgasse 19, Bauführer G. Orglmeister (2819).
7. Bezirk: Seidengasse 42, von J. Baumgarten & Söhne, Bauführer F. Quidenus (2822).

Diverse geringere Bauten.

1. Bezirk: Kohleneinwurfsschacht, Hohenstaufengasse 5, Rockhgasse, von der priv. österr. Länderbank, dortselbst (2801).
7. Bezirk: Vordachherstellung, Neubaugasse 26, von Robert Flemmich, dortselbst (2816).

Eintragungen in den Erwerbsteuerkataster.

Gewerbe-Unternehmungen.

18. November 1918.

„Efem" Bürobedarfsges. m. b. H. — Handel mit Bürobedarfsartikeln — 1., Fischhof 3.

Meth Heinrich, Inhaber der Einzelfirma Heinrich Meth — Handel mit elektrischen Bedarfsartikeln — 2., Castellezgasse 2.

Kolm Siegfried, Inhaber der Firma S. Kolm — Exporthandel mit Bijouteriewaren — 8., Fuhrmanngasse 18.

Filipek Emil — Antiquitätenhandel — 1., Kolowratring 12.

Ellermann Felix — Handel mit Schmuckimitationen, Toilettegegenständen — 1., Naglergasse 9.

Törch Josef — Handel mit Bürsten, Pinseln und Nürnbergerwaren — 5., Margaretenstraße 88.

Frühwirth Franz — Ledergalanteriewaren-Erzeugung — 15., Hüttelsdorferstraße 24.

Schiller Friedrich — Erzeugung von Reliefbildern aus Kunststein — 3., Dietrichgasse 22.

Stanek Franz — Kleinfuhrwerksgewerbe — 3., Hagenmüllergasse 3.
Ruß Friedrich — Fahrradhandel — 3., Barichgasse 8.
Gesund Rudolf — Kaffeesieder-Konzession — 1., Werdertorgasse 1.
Plefka Johann — Gemischtwarenhandel — 8., Schlösselgasse 11.
Silhany Adalbert — Herrenkleidermachergewerbe — 8., Piaristengasse 42.
Klodner Josef — Kleinfuhrwerksgewerbe — 19., Iglaseegasse 45.
Ing. Schellner Franz — Elektrotechniker-Konzession — 4., Rechte Wienzeile 15.
Ernst Josef — Musikergewerbe — 4., Schelleingasse 44.
Koranda Josef — Handel mit Maschinen und technischen Instrumenten — 4., Fleischmanngasse 7.
Schütte Erich — Handel mit Automobilpneumatik — 3., Hyegasse 3
Pollitzer Samuel — Gemischtwarenhandel — 15, Neubaugürtel 47.
Moulia-Tiano Julius — Handelsagentur 1., — Hotel Metropol.
Moulia-Tiano Julius — Kommissionshandel im Großen — 1., Hotel Metropol.
Löwenheim Ida — Handel mit Lebensmitteln — 1., Bauernmarkt 13.
Hettler Marie — Wäschewaren-Erzeugung — 1., Fleischmarkt 18.
Günstling Elsa — Kostgebergewerbe — 9., Mosergasse 6.
Sorantia Maria — Handel mit Lebens- und Genußmitteln und Artikeln des Haus- und Küchenbedarfes — 15., Robert Hamerling-Gasse 14.
Sternberger Josefine — Damenkleidermachergewerbe — 15., Mariahilfergürtel 1.
Hawalda Johann — Schuhmachergewerbe — 15., Holochergasse 28.
Knappe Anna — Naturblumenbinder- und Händlergewerbe — 15., Maria vom Siege 4.
Stritzl Katharina — Fragnergewerbe — 3., Landstraßer Hauptstraße 157.
Schlerka Karoline — Handel mit Zuckerbäckerwaren und Kanditen — 3, Erdbergstraße 21.
Rubner Karoline — Fragnergewerbe — 3., Schimmelgasse 12.
Seifer Rosa — Geflügel- und Wildbrethandel — 3., Landstraßer Hauptstraße 111.
Krell Auguste — Handel mit Kurz-, Galanterie- und Parfümeriewaren — 8., Kochgasse 19.
Vitali Anna — Handel mit Handschuhen und Herrenmodeartikeln — 8., Alserstraße 17.
Schred Anna — Verschleiß von Kanditorei- und Zuckerwaren und von Fruchtsäften — 19., Sandgasse 14.
Koprina Marie — Lebensmittelhandel (beschränkt) — 4., Margaretenstraße 5.

* * *

19. November 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

Klempirz Stephanie — Personentransport mit dem Einspännerwagen Nr. 1123 — 4., Theresianumgasse 35.
Elznic Marie — Personentransport mit dem Einspännerwagen Nr. 762 — 2, Obere Donaustraße gegenüber dem Hause Nr. 47.
Zipper Anna — Handel mit Mineralien, Leichenbestattungsartikeln, Papier-, Kurz- und Galanteriewaren — 5., Margaretengürtel 14.
Nesvadba Karoline — Wäscheputzergewerbe — 16., Koflerplatz 1.
Grünhaut Fanni — Handel mit Kurz-, Mode-, Wirk- und Manufakturwaren — 7., Neustiftgasse 73.
Huf Marie — Gemischtwarenhandel — 7., Zollergasse 43.
Nevesz Berta — Handel mit Samt, Seidenstoffen und Seidenbändern — 7., Burggasse 58.
Päuerl Julianne — Handel mit Seifen-, Parfümerie- und Toilettartikeln ꝛc. — 7., Burggasse 25.
Pawelka Hedwig — Kinder- und Damenkleidermachergewerbe — 7., Westbahnstraße 28.
Groß Leopoldine — Modistengewerbe — 5., Wiedner Hauptstraße 122.
Gebauer Hermine — Gemischtwaren-Verschleiß — 16., Wilhelminenstraße 56.
Zimmermann Friedrich — Handel mit Schnitt- und Modetuchwaren, Kurz- und Galanteriewaren — 7., Zollergasse 15.
Schwarz Louise — Damenkleidermachergewerbe — 6., Gumpendorferstraße 34.
Süßermann Rosalia — Erzeugung von Papierwäsche — 6., Bürgerspitalgasse 12.
Gauwitz Juliane — Gastwirtsgewerbe — 3., Erdbergstraße 51.
Dorn Anton — Zuckerbäckergewerbe — 7., Lerchenfelderstraße 7.
Hochpesand August — Friseur und Raseur — 7., Burggasse 68.
Schimatschek Max — Warenhandel (beschränkt) — 7., Schottenfeldgasse 21.
Haslauer Franz — Handel mit Zucker und Zuckerwaren und Kracherln — 7., Westbahnstraße 50.
Nichtowitz Alois — Hühneraugenausschneider und Masseur — 7., Siebensterngasse 36.
Gratzl Johann — Bettwaren-Erzeuger — 13., Hütteldorferstraße 198.
Kerschner Ferdinand — Kleinfuhrwerksgewerbe — 5., Siebenbrunnengasse 46.
Sehner Franz — Kleinfuhrwerksgewerbe — 5., Siebenbrunnengasse 41.
Kornus Robert — Kaffeeschenker — 1., Singerstraße 13.
Kohorn Oskar — Herstellung von Papiergespinsten — 1., Schottenbastei 14.
Gottlieb Israel — Wildbret- und Geflügelhandel — 1., Rabensteig 3.
Moller Alois — Handel mit photographischen Apparaten und Artikeln — 16., Thaliastraße 146.
Grünwald Norbert — Futteralmachergewerbe — 5., Reinprechtsdorferstraße 27.
Hoffmann Alexander Simon — Handelsagentur — 5., Wehrgasse 2.
Linsmayer Karl — Kleinfuhrwerksgewerbe — 18., Hildebrandgasse 9.
Litwin Stephan jun. — Handelsagentur — 6., Laimgrubengasse 4.
Banhardt Hubert — Gastwirts-Konzession — 6., Wallgasse 32.
Haberhauer Alois — Schlossergewerbe — 6, Webgasse 36.
Stöger Franz — Kleinfuhrwerksgewerbe — 19., Billrothstraße 85.
Santner Karl — Personentransport mit dem Einspännerwagen Nr. 382 — 1., Wollzeile-Dominikanerbastei.
Santner Karl — Personentransport mit dem Einspännerwagen Nr. 270 — 3, Löwengasse
Korkfabrik A. Möller, Alleininhaber Arnold Möller — Handel mit technischen und chemischen Artikeln für die Getränkeindustrie — 7., Kandlgasse 23.
Heimische Kontorartikel Unternehmung E. Löwenstein — Gemischtwarenhandel im Großen — 7., Kaiserstraße 30.
Fuchs Felix — Handel mit technischen und elektrotechnischen Bedarfsartikeln — 7., Schottenfeldgasse 82.
Demel Anna — Alleininhaberin der Firma Ch. Demel's Söhne — Fabriksmäßige Ausübung des Zuckerbäckergewerbes — 1., Kohlmarkt 18.
„Ghaza" Zigarettenhülsen-Erzeugung G. m. b. H. — Fabriksmäßige Erzeugung von Zigarettenhülsen — 5., Bräuhausgasse 37.
Verlagsanstalt Tyrolia G. m. b. H. — Buchdruckergewerbe — 7., Neubaugasse 12.
S. Müller & Komp. — Gemischtwarenhandel im Großen — 1., Falkestraße 1.
Seibold Franz — Fabriksmäßige Erzeugung von Bürsten und Pinseln aller Art — 6., Marchettigasse 16.
Terner & Bollag — Gemischtwarenhandel im Großen — 7., Kaiserstraße 11.

* * *

20. November 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

Friedrich Paul Weisse's Nachf. F. Domusovich & W. Jung, offene Handelsgesellschaft — Anstreichergewerbe — 4., Schönbrunnerstraße 2.
Friedrich Paul Weisse's Nachf. F. Domusovich & W. Jung, offene Handelsgesellschaft — Zimmer- und Dekorationsmalergewerbe — 4., Schönbrunnerstraße 2.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt.

Seite

Stadtrat:
Bericht über die Sitzung vom 19. Dezember 1918 25
Allgemeine Nachrichten:
Gemeinderats-Ausschuß für städtische Wohnungsfürsorge 33
Konstituierung von gemeinderätlichen Ausschüssen 41
Umgestaltung der Bezirksvertretungen 41
Erwerbung der Krongüter 42
Die Gesundheitsverhältnisse und Sterblichkeit der Bevölkerung Wiens . 44
Lebensmittelverkehr:
Täglicher Fleischmarkt (Großmarkthalle) vom 22. bis 28. Dezember 1918 46
Rindermarkt vom 21. bis 27. Dezember 1918 47
Jung- und Stechviehmarkt vom 27. Dezember 1918 47
Pferdemarkt vom 24. Dezember 1918 47
Pferdemarkt vom 27. Dezember 1918 47
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 1. Jänner bis 3. Jänner 1919 47
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster 47
Kundmachungen.

Herausgeber: Die Gemeinde Wien. — Verantwortlicher Schriftleiter: Friedrich Schönsteiner.
Papier aus der Pittner Papierfabrik. — Buchdruckerei E. Kainz vorm J. B. Wallishausser.

Kundmachungen.

M. A. X, 8978.

Hernalser Friedhof; Wiederbelegung der Schachtgräber in der Gruppe M.

Nach dem 1. April 1919 werden die Schachtgräber in der Gruppe M des Hernalser Friedhofes wieder belegt. Enterdigungen aus diesen Grabstellen sind nur vor ihrer Wiederbelegung zulässig; die bezüglichen Gesuche sind bis **längstens 1. April 1919** bei dem Magistrate Wien, städtisches Gesundheitsamt (I., Neues Rathaus) einzubringen.

Verspätet überreichte Gesuche werden nicht berücksichtigt.

Nach dem 1. April 1919 werden die Grabkreuze auf Kosten und Gefahr der Eigentümer von den Grabstellen entfernt und im Friedhofe hinterlegt. Sie werden jenen Parteien, die binnen Jahresfrist ihr Eigentumsrecht entsprechend nachweisen, ausgefolgt; über den verbleibenden Rest verfügt die Gemeinde.

Da aber eine allgemeine Enterdigung der Leichenreste aus diesen Grabstellen nicht erfolgt, steht es den Parteien frei, nach der Wiederbelegung die Grabkreuze gegen Erlag der vorgeschriebenen Gebühr wieder setzen zu lassen.

Vom Wiener Magistrate, Abteilung X,
im selbständigen Wirkungskreise,
am 12. Dezember 1918. 3—3

B. W. A. I, Z. 1300 ex 1918.

Mehl-Umrayonierung anläßlich der Ausstellung der neuen Mehlbezugskarte.

Diejenigen Haushalte oder Einzelpersonen, welche nach Ablauf der gegenwärtig gültigen Mehlbezugskarte von der zuständigen städtischen Mehlabgabestelle (gelbe Karte) zu einer Konsumentenorganisation (blaue Karte) übertreten, und diejenigen Mitglieder von Konsumentenorganisationen, welche der zuständigen städtischen Mehlabgabestelle zugewiesen werden wollen, müssen den beabsichtigten Uebertritt **bis längstens am 25. Jänner 1919** der zuständigen Brot-Kommission zur Vormerkung anzeigen. Die dem Uebertritte entsprechende Mehlbezugskarte wird sodann zugleich mit den anderen Lebensmittelkarten im Monate Februar 1919 an dem noch zu verlautbarenden Tage zur Ausgabe glangen.

Der Uebertritt von einer städtischen Mehlabgabestelle zu einer anderen städtischen Mehlabgabestelle kann nur im Falle der Uebersiedlung in den Sprengel einer anderen Brot-Kommission erfolgen.

Nach dem 25. Jänner 1919 erstattete Uebertrittsanzeigen können, wenn sie nicht mit Uebersiedlungen im Zusammenhange sind, erst mit 6. Juli 1919 Berücksichtigung finden.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
als politischer Behörde I. Instanz,
am 2. Jänner 1919. 1—3

Stiftungen.

Schwestern Fröhlich-Stiftung

zur Unterstützung bedürftiger und hervorragender, schaffender Talente auf dem Gebiete der Kunst, Literatur und Wissenschaft.

Aus dieser Stiftung werden verliehen:

a) Stipendien an Künstler oder Gelehrte zur Vollendung ihrer Ausbildung oder zur Ausführung eines bestimmten Werkes, oder zur Veröffentlichung eines solchen, oder im Falle plötzlich eintretender Arbeitsunfähigkeit.

b) Pensionen an Künstler oder Gelehrte, welche durch Alter, Krankheit oder Unglücksfälle in Mittellosigkeit geraten sind.

1. Diese Stiftung kann nur schaffenden Talenten auf dem Gebiete der Kunst verliehen werden; es sind also die Vertreter der sogenannten reproduzierenden Künste (Schauspieler, Rezitatoren, Sänger, Virtuosen 2c.), ebenso auch alle auf dem Gebiete der graphischen Kunst tätigen Talente, wenn sie nur reproduzieren, wie Kupferstecher, Lithographen, Xylographen 2c., ausgeschlossen.

2. Von wissenschaftlichen Werken kommen nur solche in Betracht, die zugleich schriftstellerische Arbeiten sind und außer dem fachwissenschaftlichen auch einen literarischen Wert haben.

Zur Erlangung eines Stipendiums muß der Bewerber in seinem an das Kuratorium zu richtenden Gesuche folgende Belege beibringen:

1. Tauf- oder Geburtsschein;

2. Studien- oder Prüfungszeugnisse;

3. glaubwürdige Zeugnisse über wissenschaftliche oder künstlerische Leistungen;

4. behördliches Zeugnis über die Mittellosigkeit.

Mit dem Gesuche um eine Pension ist beizubringen:

1. Tauf- oder Geburtsschein;

2. glaubwürdige Bescheinigung über die Krankheit oder den Unglücksfall, wodurch der Bewerber in Mittellosigkeit geraten ist;

3. Ausweise über die Verdienste des Bewerbers um Wissenschaft und Kunst.

Die vorschriftsmäßig belegten Gesuche samt eventuellen Kunstproben sind **bis 1. März 1919** im Präsidialbureau des Wiener Gemeinderates, I., Neues Rathaus, Lichtenfelsgasse 2, 1. Stock, zu überreichen, woselbst auch die Stiftungsstatuten behoben werden können.

Nicht entsprechend instruierte Gesuche werden nicht in Betracht gezogen.

Vom Kuratorium der Schwestern Fröhlich-Stiftung.
Wien, im Dezember 1918. 1—3

M. Abt. XIII, 5399/18. Selbständiger Wirkungskreis.

Hermine Elßler'sche Universitäts-Stipendienstiftung.

Verliehen wird: Ein einmaliger Jahresbetrag von 600 K für das Studienjahr 1918/19.

Zur Bewerbung sind berufen: Studierende der weltlichen Fakultäten der Wiener Universität.

Bedingungen:

a) Der Bewerber muß in Wien geboren, österreichischer Staatsbürger und mindestens 18 Jahre alt sein;
b) hervorragende Begabung und vorzüglicher Fleiß;
c) tadelloser Lebenswandel;
d) Mittellosigkeit.

Vorzugsberechtigt sind Angehörige der Familien Elßler oder Schäffl, hinsichtlich welcher das Erfordernis der Geburt in Wien entfällt.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Impfzeugnis, Mittellosigkeitszeugnis und Studiennachweise; ferner ist anzuführen, ob der Stiftungswerber oder eines seiner Geschwister ein Stipendium bezieht.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 31. Jänner 1919.**

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 20. Dezember 1918. 1—3

M. Abt. XIII, 5129/18. Selbständiger Wirkungskreis.

Stiftung

für Gymnasialschüler aus den ehemaligen Gemeinden Hietzing und Penzing.

Verliehen wird: Ein Betrag von 218 K zur Anschaffung von Lehrmitteln.

Zur Bewerbung sind diesmal berufen: Dürftige Schüler an einem Gymnasium in Wien: a) deren Eltern, beziehungsweise Vorfahren zur Zeit der Einverleibung der ehemaligen Gemeinde Penzing in die Gemeinde Wien in der ersteren Gemeinde heimatsberechtigt waren, in Ermanglung solcher aber b) deren Eltern Gemeindeangehörige von Wien sind und in dem Gebiete der ehemaligen Gemeinde Penzing ihren Wohnsitz haben.

Dem Gesuche sind beizulegen: Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnis, Impfzeugnis, Studienzeugnisse der beiden letzten Semester, Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, eventuell Nachweis über die Zuständigkeit der Eltern oder deren Vorfahren am 19. Dezember 1890 in Penzing, polizeiliche Meldezettel der Eltern.

Einreichstelle: Gemeindebezirkskanzlei, 13. Bezirk, Hietzinger Kai 1.

Einreichungsfrist: **Bis 31. Jänner 1919.**

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 11. Dezember 1918. 1—3

Gegründet 1880 Telephon 33.171, 33.168

Metallwarenfabrik Aktiengesellschaft
vormals
Louis Müller's Sohn Fritz Müller
WIEN, XIII., GURKGASSE 18 — 22.

Fabrikation kompletter Beschläge für Waggons der Klein- und Vollbahnen, sowie Schiffsbeschläge, ferner Dampfkesselarmaturen für sämtliche Industriezweige. Weiters Rohabgüsse in allen Metallegierungen bis zum Stückgewichte von 2000 Kilogramm. **Spezialität: Ia Kompositions-Lagermetalle, zink- u. bleifrei.** Abteilung: Laternen (Franz WLACH Josef von GÖTZ). Erzeugung von Laternen u. Beleuchtungsgegenständen, Blech- und Metallwaren für Eisenbahnen u. Schiffahrt.

Telephon Nr. 46208 Telephon Nr. 46208

ARTIKA, pickfeines
Klebemittel
alkalifrei, als Ersatz für Gummiarabicum und Textrin,
gebrauchsfertiger, in dünner Schichte aufgetragen fast farbloser, rasch trocknender Klebstoff von vorzüglicher Klebkraft für die gesamte Kartonnageindustrie, zum Auftragen von Etiketten auf Papier, Leder, Glas und Blech ganz besonders geeignet, liefert prompt in Gefäßen zu 5 kg, 12½ kg und 50 kg, in Fässern zirka 250 kg ab Fabrik exklusive Emballage
Ceh & Blitz, Wien, XX/2, Dresdnerstraße 82

BÖHLER-STAHL

Allgemeine Depositen-Bank
Wien, I., Schottengasse 1,
Filialen: Linz, Steyr, Triest, Oderberg-Bahnhof, Lemberg, Stanislau, Drohobycz, Czernowitz
und Wiener Wechselstuben: I., Teinfaltstraße 2, II., Taborstraße 7, IV., Rainerplatz 2, VII., Mariahilferstraße 74 b, VII., Neubaugasse 44, IX., Alserstraße 24, IX., Währingerstraße 63, XIII., Breitenseerstraße 6, XIII., Hietzinger Hauptstraße 3, XIV., Sparkasseplatz 1.
Aktienkapital: K 80,000.000·—. Reserven: K 41,500.000·—.

FRIEDR. SIEMENS

FABRIK FÜR BELEUCHTUNGS- U. HEIZAPPARATE.

Spezialität: KRIEGSKÜCHEN FÜR MASSEN-AUSSPEISUNGEN

WIEN, IX/2, ALSERSTRASSE 20. FERNSPRECHER 16.104.

Schrauben- und Schmiedewaarenfabriks-Actiengesellschaft

Brevillier & Co. und A. Urban & Söhne

WIEN, VI., LINKE WIENZEILE 18.

FABRIKEN: Wien-Floridsdorf, Neunkirchen a. d. Südbahn, Ustron bei Teschen und Sporysz bei Zywiec.

Erzeugung: Schraubenwaren, Preß- u. Schmiedeteile aller Art, Waggonbestandteile, Kleinmaterial für den Eisenbahn-Oberbau, Eisen- und Metallguß, Schraubstöcke, Pflugbleche, Wagenachsen, Flanschen, Rohrschellen. Metallprägeartikel sowie Stangen aus Messing, Kupfer, Deltametall, Aluminium, Zink etc. Geschosse, Zünder und deren Bestandteile.

Bei Ministerien, Ämtern etc.
besteingeführte

Frema-Werke (Friedrich May)

Wien, I., Fischhof 3

Telephon Nr. 14602

liefern regelmässig:

Frema-Vervielfältigungsapparate
Frema-Vervielfältigungs-Zubehöre
Frema-Kohlepapier
Frema-Farbbänder
Frema-Schreibmaschinenpapier
Frema-Büro-Utensilien

Berndorfer Metallwarenfabrik

ARTHUR KRUPP A. G.

Berndorf Nieder-Oesterr.

Gegründet im Jahre 1843, gegenwärtig über 6000 Angestellte.

NIEDERLAGEN: WIEN, I., WOLLZEILE 12. :: BUDAPEST UND PRAG. ::

In eigener Erzeugung:

Bestecke und Tafelgeräte aus Alpacca-Silber, China-Silber und unversilbertem Alpacca und Pacfong. Kochgeschirre und Tafelgeräte aus Rein-Nickel, Gefäße, Kessel und technische Artikel aus Rein-Nickel für chemische Laboratorien, Krankenhäuser, Dampfküchen usw. Zinnstahlbestecke, Kunstbronzen. Bleche und Drähte aus Rein-Nickel, Neusilber, Messing, Tombak, Kupfer und Kupfernickel. Widerstandsdrähte, Fassondrähte, Stäbe und Stangen Druckkupferbleche, Rein-Nickel-Anoden, Elektrolytkupfer in Lamellen. Patronenhülsen, Geschoßmäntel etc. etc. etc.

ART. KRUPP BERNDORF — Schutzmarke für Alpacca-Silber I.

BERNDORF ALPACCA — Schutzmarke für Alpacca.

BERNDORF REIN-NICKEL — Schutzmarke für Rein-Nickel.

Achtung auf die obenstehenden Schutzmarken.

INTERNATIONALE HANDELSBANK

TEL. 12009, 16216, 16158.

:-: in Oesterreich :-:

EINLAGEN

in laufender Rechnung zu kulantesten Bedingungen, jederzeit rückzahlbar ohne Kündigung. Förderung von Gewerbe, Handel, Industrie, Export und Import.

Wien, I., Schottenring 21.

TEL. 12009, 16216, 16158.

Aktiengesellschaft der vereinigten Asphalt- und Baumaterialien-Werke

Wien-Floridsdorf-Wopfing

Wien, I., Singerstrasse 27. — Telephon 10.390, 11.666.

Dachpappe und Dachlack. **Anduro, teerfrei, geruchlos· Xerotikon** und **Grafolin. „Lotos“**, zur Herstellung von wasserdichtem Mörtel. **Pflasterungen mit Asphaltcoulé u. Comprimé** sowie mit **Asphaltpflasterplatten. Dachdeckungen** mit Steindachpappe, **Anduro** und Holzzement. — Holzstöckelpflasterungen. Asphalt-Makadam-Strassen. Asbest-Magnolith-Fussböden. Eichen- u. Buchenbrettelböden. Kunststeinstiegenstufen, pat. synthetische **Waldegger Marmorplatten.**

Spezialität: **„Tecto“-Wagen- und Waggonplachen.**

ANTON NIKLASCH HOLZHANDELSGESELLSCHAFT M. B. H.

Sämtl. Gerüst- und Betonbauhölzer

Lagerplätze: XIX., Heiligenstädterlände 11—17, Telefone: 94.520, 95.047. **Filiale:** Kagran, XXI., Wagramerstrasse 54, Telefon: 98.202.

WIENER EISENBAU A.-G.

Wien, X., Knöllgasse Nr. 35—39

Lieferantin der k. k. Heeresverwaltung, der k. k. Staatsbahnen, sämtlicher Unternehmungen der Gemeinde Wien u. vieler grosser industrieller Etablissements, liefert: **Brückentragwerke, Eisenkonstruktionen, Eiserne Dächer, Krane, Reservoire, Behälter, Glashäuser, Wintergärten, Eiserne Fenster, Eiserne Türen, Gitterfenster. Tel. 59.160 u. 59.209.**

Wienerberger

Ziegelfabriks- und Baugesellschaft

WIEN, I., Karlsplatz Nr. 1

Karl Schuhmann

Zink - Ornamenten - Fabrik und Bauspenglerei

Wien, VIII., Josefstädterstrasse 55/57

Fabriks-Eingang VIII., Lerchengasse 26.

Checkkonto 20251. Telephon Nr. 12636.

Architektonische und figurale Bauernamente, Zinkguss- und Kupferarbeiten. Dacheindeckungen mit Patent Hilger'schen Pfannen mit Wellenblechen, sowie Dachdeckungen in jedem Metall nach neuestem Systeme. **Schornsteinaufsätze sowie alle Arten Bleiarbeiten.** Kostenanschläge gratis und franko — Provinzaufträge promptest.

Julius Juhos & Komp.

Kontor u. Magazine: II., Nordbahnstr. 42

Träger-Lager u. Werkplatz: X., Sonnwendgasse 1—3

liefern sofort vom Vorrat und zu billigsten Preisen

Gewalzte Bauträger und U-Eisen

best inländ. Fabrikat nach den Normaltypen des Österr. Ingen.- u. Archit.-Vereines.



Gelochte Träger, Gusseiserne Säulen u. Schlösche Stab-, Façoneisen und Universal-Flacheisen

Schwere Bleche u. Feinbleche

für alle Zwecke in den erreichbar grössten Dimensionen.

Schmiedeeiserne Röhren jeder Art

stumpf und überlappt geschweisst, sowie in nahtloser Erzeugung

ferner mit Wassergas maschinell geschweisste Röhren und Hohlkörper

Stahlfassonguss, Eisengusswaren, Halbfabrikate u. Roheisen.

Granit

Anton Poschacher

Telephon 9219. **Wien** Telephon 9219.

Bureau: IV., Margaretenstrasse Nr. 30.

Lagerplatz: XX. (Brigittenau), Treustr. 35.

Granitwerke:

Mauthausen, Neuhaus u. Aschach in O.-Ö.

Lieferungen aller Steinmetzarbeiten aus Granit,

:: Pflastersteine etc. ::

Gebrüder Thonet

Fabriken massiv gebogener Holzarbeiten

empfehlen ihre erstklassigen Fabrikate

für jeden Bedarf.

A. HERZMANSKY

WIEN VII. Mariahilferstrasse 26 Stiftgasse 1, 3, 5, 7. **WIEN VII.**

Aktiengesellschaft der Wien-Floridsdorfer Mineraloel-Fabrik.

Beste Mineralschmieroele für alle Verwendungszwecke.

HUGO SCHOLZ

Tuchfabriksniederlage für Lieferungszwecke

Wien, I., Bäckerstrasse Nr. 3.

Lieferant der Kommune Wien, diverser Institute und Klöster empfiehlt sein reichhaltiges Lager aller Tuchsorten, sowie feiner Militärware und ärarischer Kommisstoffe.

Telephon 16.829

Oesterreichische

Mannesmannröhren-Werke

Gesellschaft m. b. H.

Wien, IX., Währingerstrasse 6—8

liefern:

Nahtlose Mannesmannstahlrohre aller Art, insbesondere nahtlose **Stahlmuffenrohre** für Bleidichtung für Gas- und Wasserleitungszwecke, **Stahlrohrmaste** für elektrische Beleuchtung und Stromzuführung, **Kandelaber** für stehendes und hängendes Gasglühlicht, u. a., auch **Gaslichtmaste** mit Herablassvorrichtung System „Wunderlich", **Blitzableiterstangen, Fahnenstangen, Wegweisersäulen, Stahlrohrbehälter** hochgespannte und verflüchtigte Gase und Chemikalien, u. a. m.

FERNSPRECHER NR.: 22830, 22834, 22840, 13066 und 14034

DRAHTANSCHRIFT: „MANNESROHR WIEN"

„GAMMA" INDUSTRIE- UND BAUBEDARFS-GESELLSCHAFT M. B. H.

Wien I., Habsburgergasse 1.

Telegrammadresse: Baugamma Wien. Telefon Nr. 6008.

Reichhaltiges Lager aller Sorten Werkzeuge für Schmiede, Schlosser, Tischler, Zimmerleute, Maurer; Baugeräte aller Art; landwirtschaftliche Geräte; Schmirgelpapier, Glaspapier.

G. WINIWARTER

Blech- und Bleiwaren-Fabrik

Wien, I., Getreidemarkt 8.

Verzinktes Eisenblech in allen Dimensionen. **Wellenblech** und **Trägerwellblech** zu Dächern, Plafonds, Balkons, Feuerschutzvorhängen etc.

Erzeugung von Bleiröhren, Bleiplatten, Hartbleiarmaturen, Bleisyphone etc. Verzinkte, verbleite und verzinnte Eisenbleche. Wellbleche schwarz und verzinkt etc. Spezialität: Bleiwolle, bestes Muffendichtungsmaterial. Preislisten und Prospekte auf Verlangen gratis und franko.

Seidenstoffe, Wollstoffe, fertige Damenkleider, Bluseu, Mäntel, Kinderkleider, Umhängtücher, Kopftücher, **Papiergewebe** für Berufskleidung, Wäsche und alle Zwecke, **Seiden-Strümpfe u. -Handschuhe, Lederwaren, Spielwaren.**

THEATERKARTEN-BÜRO

Fernsprech Nr. 38540 Serie **Stiftgasse 3** Fernsprech Nr. 38540 Serie

Sonn- und Feiertage Stiftgasse I im Hausflur.

Bezugspreise
für Wien:
mit Zustellung ganzjährig 20 K
mit Zustellung halbjährig 10 K
ohne Zustellung ganzjährig 18 K
ohne Zustellung halbjährig 9 K
Außerhalb Wiens
ganzjährig 22 K, halbjährig 11 K.

Bezugsbeginn: 1. Jänner, beziehungsweise 1. Juli.

Einzelne Nummern 30 Heller bei der Schriftleitung.

Amtsblatt der Stadt Wien

Schriftleitung:
1., Rathaus, Stiege 5, 1. Stock.
Fernsprecher: Rathaus.
Klappe 160 (Hauptschriftleiter).
Klappe 150 (Schriftleitung).

Postsparkassen-Konto Nr. 100.367

Für den Buchhandel:
Gerlach & Wiedling, 1., Elisabethstraße 13. — Ganzjährig 30 K.

Annahme kleiner Anzeigen bei Haasenstein & Vogler, A.-G. 1., Schulerstraße 11.

Erscheint jeden Mittwoch und Samstag.

Nr. 3. Mittwoch den 8. Jänner 1919. Jahrgang XXVIII.

Gemeinderat.

Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung vom 30. Dezember 1918.

Vorsitzende: Bgm. Dr. Weiskirchner und die VB. Hoß, Rain und Neumann.

Bürgermeister: Der Gemeinderat ist beschlußfähig, ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

1. Entschuldigt sind die Herren GR. Adametz wegen Krankheit, Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller (verreist), Bernhard Richter, Dr. v. Dorn und Penz.

2. Ich habe die Ehre, bekanntzugeben, daß die Erste österreichische Sparkassa zur Anschaffung und Verteilung von Winterkleidern an die in Privatpflege befindlichen Waisenkinder Wiens 6000 K, zur Anschaffung und Verteilung von Brennmaterial an die Armen Wiens 2000 K und zur Verteilung von Speisemarken ebenfalls an die Armen Wiens 2000 K gespendet hat.

Herr Dr. Ernst Biach, Hof- und Gerichtsadvokat, übermittelt namens des Herrn Adolf Jacobi aus einem Vermächtnisse nach Fräulein Henriette Ventura einen Betrag per 2850 K zur Ausspeisung armer Schulkinder der Gemeinde Wien ohne Unterschied der Konfession.

Die Wiener Sterilisierungs-Gesellschaft übermittelt eine Spende per 2000 K an Stelle der alljährlich veranstalteten Weihnachtsbescherung für arme Schulkinder des 3. und 11. Bezirkes.

Herr Viktor Mautner Ritter v. Markhof spendet für die Armen des 3. Bezirkes 500 K.

Herr Dr. Guido Müller, Notar, 3., Landstraßer Hauptstraße 58, spendet für die Armen des 3. Bezirkes 200 K.

Der Gemeinderat spricht für diese Spenden den verbindlichsten Dank aus.

3. Die Direktion des Arbeiterfürsorgeamtes berichtet mir: Das Staatsamt für soziale Fürsorge hat der Gemeinde Wien zur Erhaltung des öffentlichen allgemeinen Arbeitsnachweises eine Subvention von 20.000 K gewährt. Die Subvention erfolgte insbesondere im Hinblicke auf die Ausgestaltung der Frauen-Abteilung des Arbeitsnachweises und die Mitwirkung des Arbeiterfürsorgeamtes bei Einrichtung und Durchführung der Arbeitslosenunterstützung. Das genannte Staatsamt gibt in seiner Zuschrift der Hoffnung Ausdruck, daß die weitere Ausgestaltung des städtischen Arbeiterfürsorgeamtes in ständiger Zusammenarbeit der Gemeinde Wien und des Staatsamtes mit den an der Arbeitsvermittlung interessierten Berufskreisen erfolgen wird.

Der Gemeinderat spricht dem Staatsamte für soziale Fürsorge für diese Subvention den verbindlichsten Dank aus.

Es sind Anfragen überreicht worden, um deren Verlesung ich bitte.

Schriftführer GR. Philp (liest):

4. Anfrage des GR. Dr. Danneberg und Max Winter:

In der Gemeinderats-Sitzung am 18. Dezember 1918 wurde bei der Verhandlung der Post 6 „Subventionen für genossenschaftliche Fachschulen", Z. 11395, folgender Antrag des GR. Dr. Danneberg gestellt:

„Den Genossenschaften ist bei Auszahlung der Subvention für die Fachschulen mitzuteilen, daß eine Subventionierung für das nächste Schuljahr nur erfolgen kann, wenn ab Herbst 1919 der Unterricht nur an Wochentagen stattfindet und spätestens um 6 Uhr abends endet."

Dieser in der Debatte vom Antragsteller begründete Antrag ist klarerweise nach seinem Inhalt ein Zusatz-Antrag zu dem vom Stadtrate zu dem Gegenstande gestellten Antrage. Er wäre daher gemäß § 39 der Geschäftsordnung nach erfolgter Annahme des Haupt-Antrages zur Abstimmung zu bringen gewesen. Der Vorsitzende Herr VB. Rain hat jedoch eine Abstimmung nicht vorgenommen, sondern die Unterstützungsfrage gestellt und dann — offenbar im Sinne des § 20 der Geschäftsordnung — erklärt, der Antrag gehe an den Stadtrat.

In derselben Gemeinderats-Sitzung am 18. Dezember 1918 wurde bei Verhandlung der Post 7 „Subventionen für Weihnachtsbeteilungen pro 1918", Z. 11566, ein Antrag des GR. Max Winter gestellt und begründet:

„Den Vereinen, die Kinder zu Weihnachten beteilen, wird empfohlen, von jeder öffentlichen Beteilung der Kinder abzusehen, besonders aber von jeder öffentlichen Danksagung durch die Kinder."

Auch dieser Antrag, der als Zusatz-Antrag des Stadtrates zu qualifizieren ist, wurde nicht gemäß 39 der Geschäftsordnung abgestimmt, sondern gemäß § 20 dem Stadtrate zugewiesen.

Eine solche Handhabung der Geschäftsordnung, wonach in der Debatte gestellte und mit dem Beratungsgegenstande unmittelbar zusammenhängende, die Anträge des Berichterstatters berührende Anträge im Gemeinderate selbst nicht sofort zur Abstimmung gelangen, nimmt dem Gemeinderate jede Möglichkeit zu eigener Initiative. Sie macht das Recht der Antragstellung im Gemeinderate illusorisch. Handelt es sich um Beschlüsse des Gemeinderates, die sofort zur Durchführung gelangen, so bedeutet die Verweisung von Zusatz-Anträgen an den Stadtrat, auch wenn dort die Gewähr für die rasche Behandlung der zugewiesenen Anträge gegeben wäre, daß diese Anträge praktisch gegenstandslos bleiben müssen.

Wir stellen daher an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

1. Ist der Herr Bürgermeister der Ansicht, daß in den beiden vorliegenden Fällen die Geschäftsordnung irrtümlich gehandhabt wurde?

2. Ist der Herr Bürgermeister, falls er dieser Ansicht nicht ist, geneigt, dafür zu sorgen, daß dem Gemeinderate ehestens Vorschläge für eine Geschäftsordnung unterbreitet werden, welche die Frage der Antragstellung und Abstimmung sowie die der Interpellationen im Sinne der Geschäftsordnung für die Nationalversammlung regelt?

3. Ist der Herr Bürgermeister bereit, die beiden dem Stadtrat zugewiesenen Anträge dort zur Abstimmung zu bringen, bevor die Auszahlung der Subventionen erfolgt?

4. An welche Genossenschaften, beziehungsweise Wohltätigkeitsvereine sind Subventionen gemäß dem Beschlusse des Gemeinderates vom 18. Dezember bereits ausgezahlt worden, ohne daß die dem Stadtrate zugewiesenen Zusatz-Anträge dort zur Verhandlung gekommen wären?

Bürgermeister: Was die Anfrage 1 betrifft, so komme ich in eine gewisse Verlegenheit. Ich habe nämlich während des Referates des Kollegen Max Winter nicht den Vorsitz geführt, auch nicht die Abstimmung durchgeführt, es hat vielmehr Kollege Reumann den Vorsitz gehabt und nun soll ich meine Ansicht kundgeben über die Art und Weise, wie Kollege Reumann die Geschäftsordnung handhabt. Das tue ich nicht, denn da komme ich mit meinen Vize-Bürgermeistern in Konflikt. Im Augenblick, wo ein Vize-Bürgermeister den Vorsitz führt, hat er alle Rechte, aber auch alle Pflichten und daher alle Verantwortung des Vorsitzenden und es würde auch zu weit führen, wollte ich die Art und Weise, wie die Herren Vize-Bürgermeister den Vorsitz führen, einer Kritik unterziehen. Es wird daher Kollege Winter entschuldigen, wenn ich von der Beantwortung des Punktes 1 absehe. Was die Beantwortung der zwei anderen Punkte betrifft, so kann ich den verehrten Kollegen mitteilen, daß ich soeben veranlaßt habe, daß der Stadtrat diese beiden Akte erledigt. Es ist auch geschehen, diese beiden Akten sind im Stadtrate zur Erledigung gekommen und damit ist diese Angelegenheit auch erledigt.

5. Anfrage des GR. Herold:

Welches ist die Ursache, daß der so schön gelegene Bauplatz im 1. Bezirke am Karlsplatz (ehemals ausersehen für den Museumbau) bis jetzt immer noch unverbaut geblieben ist? Seit Jahren ist dieser Baublock nutzlos geblieben für den dortigen schönen und eleganten Stadtteil! Wird das Jahr 1919 endlich eine gedeihliche Lösung für diesen Bauplatz bringen? Sind die Baubestimmungen vielleicht zu hart? Oder sind die Preise zu hoch gestellt? Es muß doch irgend eine Bewandtnis haben, daß dieser herrliche Platz für eine bessere Zukunft nutzbar gemacht werde, im Interesse des Stadtteiles und im Interesse der Gemeinde.

Bürgermeister: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Frage der Verwertung der Gründe in der Nähe der Karlskirche steht seit Jahren auf der Tagesordnung, aber alle bisher vorgelegten Projekte haben immer den Widerstand einer Gruppe von Architekten und Künstlern gefunden. Während des Krieges haben auch wir eine neuerliche Ausschreibung veranlaßt wegen eines Projektes für eine zweckmäßige und künstlerisch befriedigende Lösung dieser Frage. Es ist nun damals ein Regulierungsplan überreicht worden, der nach der Anschauung des Stadtbau-Direktors eine befriedigende Lösung ergibt. Es wird nun diesbezüglich im Stadtbauamte gearbeitet und es wird dann das Ergebnis der Studien dem Stadt- und Gemeinderate vorgelegt werden.

6. Anfrage des GR. Kurz:

Die Goldschlagstraße ist von Nr. 129 bis Nr. 155 und von Nr. 140 bis Nr. 160 noch nicht ausgebaut. Ueber das freie Feld zwischen diesen Häusern führt der Uebergang über die Vorortelinie der Stadtbahn. Das Gitter dieses Ueberganges ist auf beiden Seiten weggerissen, so daß, zumal der Weg stark benützt und in der Nacht gar nicht beleuchtet ist, Lebensgefahr für alle Fußgänger besteht.

Ich richte daher an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

Ist der Herr Bürgermeister bereit, sofort zu veranlassen, daß über den unverbauten oben genannten Zwischenraum, das sogenannte Astfeld, die Straße ausgebaut und der Uebergang instand gesetzt wird?

Bürgermeister: Diese Anfrage ist so spät überreicht worden, daß ich außerstande war, die nötigen Erkundigungen bei den Aemtern zu pflegen und ich behalte mir daher vor, diese Anfrage in der nächsten Sitzung zu beantworten.

7. Anfrage des GR. Kurz:

Die Baracken auf der Schmelz und in der Heinrich Collin-Straße stehen größtenteils leer. Trotzdem ist die in der Nähe befindliche Bürgerschule Reinlgasse 19 noch immer von Militär belegt. Wir stellen daher an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

Ist der Herr Bürgermeister bereit, das Staatsamt für Heerwesen darauf aufmerksam zu machen, daß die sofortige Räumung dieses Schulgebäudes unschwer durchzuführen wäre?

Bürgermeister: Darüber habe ich folgenden Bericht erhalten: Das städtische Schulgebäude 13., Reinlgasse 19, Gurkgasse 32 (Knaben- und Mädchen-Bürgerschule) ist seit 19. Mai 1917 für 900 Mann des Landsturm-Bezirks-Kommandos Nr. 1 angefordert und ist nach dem Quartierungsausweise mit 1000 bis 1300 Mann belegt. Mit dem an die militärischen Dienstesstellen ergangenen Erlasse vom 26. November 1918, Pr. Nr. 665, hat das Staatsamt für Heerwesen hinsichtlich der Schulgebäude in Wien verfügt, daß zwecks Freimachung derselben unverzüglich Erhebungen einzuleiten sind, um die in solchen Gebäuden untergebrachten Truppen, Aemter u. dgl. anderweitig unterzubringen und als Ersatz hiefür die militärischen Objekte einschließlich der Barackenbauten heranzuziehen. Die Erhebungen sind, wie hieramtlich bekannt ist, im vollen Zuge und wurde auch schon eine Anzahl von Schulen von der Gemeinde Wien rückübernommen. Ein Haupthindernis für die Freimachung der Schulen ist der Umstand, daß viele Kasernen für Spitalszwecke in Verwendung stehen und daß die Baracken vielfach in einem derart desolaten Zustande sich befinden, daß sie nicht einmal für Bequartierungszwecke, viel weniger daher für Spitalszwecke verwendet werden können. Die Baracken auf der Schmelz sind nicht nur von den abziehenden Mannschaften, sondern auch von den Zivilpersonen derart demoliert, daß sie gegenwärtig für Belagszwecke nicht mehr in Betracht kommen. Dagegen befinden sich die Barackenbauten in der Heinrich Collin-Straße in einem besseren Zustande, doch ist dort derzeit noch ein liquidierender Ersatzkörper Schützen 24 untergebracht. Nach den im kurzen Wege gepflogenen Erhebungen besteht die Absicht, diese Baracken zu verkaufen und wurde ein diesbezüglicher Antrag seitens der Gebäudeverwaltung bei der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung bereits gestellt. Der Gefertigte ist der Ansicht, daß gegen den Verkauf seitens der Gemeinde Wien beim Staatsamt für Heerwesen Einsprache erhoben werden soll, weil hiedurch die Absicht des Staatsamtes, betreffend die Freimachung der städtischen Schulgebäude, direkt durchkreuzt würde.

Es ist auch notwendig, daß wir Stellung dazu nehmen und wenn diese Baracke noch brauchbar ist, soll man sie für diese Zwecke verwenden, aber nicht verkaufen und auf diese

Weise wieder ein Hindernis schaffen, daß wir unsere Schulen freibekommen.

8. Anfrage des GR. Panosch:

Einige der Wiener Molkereien und Großhändler haben an ihre Abnehmer ein Schreiben gerichtet, in welchen denselben mitgeteilt wird, daß die Lieferung von Milch ab 1. Jänner 1919 eingestellt werden muß. Da diese Maßnahme eine große Anzahl ganz kleiner Geschäftsleute sehr empfindlich trifft, ja in manchen Fällen die weitere Existenz ganz unmöglich macht, erlaubt sich der Unterzeichnete an den sehr geehrten Herrn Bürgermeister folgende Anfrage zu richten:

Ist der sehr geehrte Herr Bürgermeister geneigt, durch die städtische Milchverteilungsstelle auf die Molkereien und Milchgroßhändler einzuwirken, daß die weitere Belieferung mit Milch auch weiter im verringerten Maße aufrecht erhalten bleibt?

Bürgermeister: Ja, meine Damen und Herren! Wie das immer ist, an den Feiertagen ist ein größerer Verbrauch von Milch auf dem Lande. Durch den größeren Verbrauch von Milch auf dem flachen Lande während der Weihnachtsfeiertage ist die Gesamtanlieferung nach Wien, die am 22. Dezember 1918 noch rund 77.000 l betrug, auf rund 64.000 l an den Feiertagen zurückgegangen. Dieser Umstand dürfte nun einzelne Milchlieferanten veranlaßt haben, an ihre Einstellkunden die Mitteilung zu versenden, daß ihnen die Milchlieferung vom 1. Jänner 1919 an eingestellt werden müsse. Eine Genehmigung der Milchversorgungsstelle zu diesem Schritte wurde nicht eingeholt und ist dem Amte bisher auch nur ein derartiger Fall zur Kenntnis gekommen. Dieser Fall betrifft den Milchgroßhändler Johann Trösch, Inhaber der Wiener Molkerei, 4., Viktorgasse 22, der tatsächlich infolge Ausbleibens der mährischen Milchlieferungen — warum sie ausgeblieben sind, können sich die Damen und Herren wohl denken; weil inzwischen die tschechische Besitznahme von Südmähren erfolgt ist — aus dem Znaimer Bezirke und wegen des am 1. Jänner 1919 eintretenden Verlustes einer ungarischen Milchlieferung vorläufig nicht mehr in der Lage war, seine sämtlichen Einstellkunden mit dem Pflichtquantum für Säuglinge und Schwerkranke zu beteilen. Da inzwischen die Anlieferungen wieder bedeutend gestiegen sind (die Gesamtanlieferung am 27. Dezember betrug 76.677 l, am 28. Dezember 78,291 l), wird die Milchversorgungsstelle sofort Vorsorge treffen, daß entweder Trösch seine bisherigen Einstellkunden auch weiter mit Milch versorgt, oder andere Milchlieferanten hiezu verhalten werden. Ich hoffe doch, daß diese so peinliche Angelegenheit dadurch einigermaßen gemildert werden wird.

9. Anfrage des GR. Moißl:

In den letzten Wochen waren in den armen Bevölkerungskreisen Gerüchte im Umlauf, daß das Frühstück für Schulkinder, das vor zwei Jahren eingeführt wurde, wegen Mangels an Nahrungsmitteln eingestellt wird. Ich erlaube mir an den Herrn Bürgermeister folgende Anfragen zu stellen:

1. Sind diese Gerüchte wahr und wenn dies der Fall ist, was gedenkt der Herr Bürgermeister zu tun, um diese schwere Schädigung der Schuljugend aufzuhalten?

2. Wieviel Kinder erhalten das Schulfrühstück und woraus besteht dasselbe?

Bürgermeister: Die Gerüchte, daß die Kriegsfürsorge-Zentrale die Aufhebung der ihr übertragenen Aktion „Warmes Frühstück für Schulkinder" in Erwägung ziehe, sind durchaus unzutreffend. Im Gegenteil, die Kriegsfürsorge-Zentrale ist stets darauf bedacht, diese Aktion nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Lebensmittel und des stetig steigenden Bedürfnisses in den betreffenden Bevölkerungsschichten auszubauen. Die seitens der einzelnen Schulleitungen einlangenden Ansuchen um Erhöhung der ihnen zugewiesenen Frühstücksportionen sind immer berücksichtigt worden. Auch stehen die erforderlichen Lebensmittel so weit zur Verfügung, daß der ungestörte Betrieb dieser Aktion für die nächsten Monate gesichert ist. Dermalen werden täglich rund 17.000 Portionen verausgabt, und zwar 12.000 Portionen Malzkaffee und Brot und 5000 Portionen Eichelkaffee.

Sie sehen, daß diese Aktion, die vor mehreren Jahren eingeführt wurde, sich wirklich bewährt und für die Kinder eine wahre Wohltat geworden ist.

10. Anfrage des GR. Dr. Loewenstein:

Die durch die bekannte Kohlennot bedingte Einschränkung der motorischen Kraft hat zur Einstellung der elektrischen Aufzüge fast ausnahmslos geführt. Diese selbstverständlich notwendige Maßnahme bedeutet für eine Anzahl in den höheren Stockwerken wohnenden Kranken eine empfindliche Schädigung nicht nur ihres gesundheitlichen Zustandes, sondern auch ihrer materiellen Existenz. Diese bedauernswerten Kranken, worunter sich auch solche mit künstlichen Gliedmaßen befinden, können mitunter ihrer beruflichen Tätigkeit tagelang nicht nachgehen, da ihnen das tägliche Stiegensteigen unmöglich ist, anderseits können andere Kranke, welche gesundheitliche Schädigungen aufweisen, eine Verschlimmerung ihres Krankheitszustandes erleiden.

Ich erlaube mir an den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu stellen,

ob er nicht in der Lage wäre, bei der n.-ö. Landesregierung dahin zu wirken, daß für bestimmte Gruppen von Kranken, bei denen einwandfrei auf Grund einer ärztlichen Untersuchung nachgewiesen werden kann, daß für sie die Benützung des elektrischen Aufzuges mit Rücksicht auf ihren Krankheitszustand eine unbedingte Notwendigkeit ist, Ausnahmsbestimmungen festgesetzt werden könnten, damit die Kranken ohne weitere Gefährdung ihres Krankheitszustandes und ohne Schädigung ihrer materiellen Existenz der beruflichen Tätigkeit nachgehen können?

Bürgermeister: Durch die Einstellung des Betriebes der Aufzüge ist zweifellos eine große Anzahl kranker Personen aufs Schwerste geschädigt worden und ich glaube, daß es unsere Pflicht ist, sobald sich nur die Möglichkeit ergibt, unter den Spar- und Sperrmaßnahmen in erster Linie diese vor allem zu berücksichtigen und den Wiederbetrieb der Lifts für solche Personen zu gestatten. Leider ist, wie aber den Damen und Herren bekannt ist, der Kohleneinlauf nicht so, daß wir heute schon an einen Abbau der Spar- und Sperrmaßnahmen denken können.

11. Anfrage des GR. Schäfer:

Trotz aller volkswirtschaftlichen Probleme, deren Lösung in unserem neuen Staate die Zukunft bringen soll, darf man als Vertreter eines gewerbereichen Bezirkes die Fragen der Gegenwart nicht übersehen. Zu diesen für Wien brennenden Fragen, die der sofortigen Lösung zuzuführen sind, gehört die Frage des Renn- und Trabersportes. Viele 100.000 K sind jedes Jahr durch die Rennen und Traben und den dazugehörigen Luxus den Wiener Gewerbetreibenden zugutekommen. Der Jockaiklub für Oesterreich und der Trabrennverein können noch nicht wissen, wie sich der deutschösterreichische Staatsrat gegenüber dem Pferdesporte verhalten wird. Dagegen werden, wie verlautet, in Budapest jetzt schon Vorbereitungen getroffen, um die Rennen nicht nur im bisherigen Ausmaße, sondern womöglich noch mit höher dotierten Rennpreisen abzuhalten. Auch in Prag, als dem Mittelpunkte des tschechoslowakischen Staates, sollen Rennen stattfinden. Wir Wiener wollen nicht kleinstädtischer sein wie die beiden vorgenannten Städte. Mit Rücksicht auf den hohen volkswirtschaftlichen Wert, auf die Bedeutung für das Gewerbe, auf den Fremdenverkehr und aus steuerpolitischen Rücksichten wird es notwendig sein, die Rennen in Wien im vollen Umfange zu erhalten. Es wird daran erinnert, daß unmittelbar vor Kriegsausbruch eine große Bewegung einsetzte, um durch Verlängerung der Rennzeit in der Sommersaison einen erhöhten Fremdenverkehr und dadurch eine Förderung vieler Gewerbe, insbesondere der Luxusgewerbe Vorsorge zu treffen. Namentlich das Gewerbe für Personenfuhrwerk würde durch den Ausfall der Rennen hart getroffen werden. Ein schneller Entschluß ist auch deshalb von hoher Wichtigkeit, weil die Renntermine in Wien sehr bald festgesetzt werden müssen, damit nicht eine Kollision mit den Rennterminen Prags und Budapests eintrete.

Es wird daher gefragt,

ob der Bürgermeister beim Staatsrate dahin intervenieren wolle, daß er seine Stellungnahme über die Abhaltung von Galopp- und Trabrennen im Jahre 1919 baldigst im Interesse der oben angeführten Umstände bekanntgebe?

Bürgermeister: Ich glaube, daß die Abhaltung von Rennen von der jeweiligen Staatsform unabhängig ist. Es finden in Monarchien Rennen statt und in Republiken. Ich selbst bin kein Sportsmann und habe keine Gelegenheit, mich an Rennen zu beteiligen. Es sind aber doch viele Kreise, Gewerbetreibende 2c. daran beteiligt und ich sehe nicht ein, warum nicht für Leute, die ein Interesse daran haben, welches Pferd zuerst ankommt, auch dieses Vergnügen eingerichtet werden soll.

12. Anfrage des GR. Angeli:

Die vom 21. bis 31. Oktober 1918 wegen der Epidemiegefahr und die am 5. Dezember 1918 wegen Kohlennot über die Theater, Varietees, Vortragssäle aller Art, Kinos und sonstige Unterhaltslokalitäten behördlich verhängte und (von einigen wenigen ausnahmsweise freigegebenen Tagen abgesehen) noch andauernde Betriebssperre hat unsere Urania in eine mißliche Lage gebracht, so daß sie vor der Gefahr eines völligen Niederbruches steht.

Wie schon aus dieser Zusammenstellung ersichtlich ist, werden die Eigenart und die öffentliche Bedeutung der das Schulwesen ergänzenden öffentlichen Volksbildungsanstalten und insbesondere unserer vorbildlichen Wiener Urania, die in ganz Europa ihresgleichen nicht hat, von den zuständigen Amtsstellen noch immer nicht erkannt.

Bei den Kohlensparmaßnahmen vor zwei Jahren, im Februar 1917, war die Urania freilich noch schlechter behandelt worden. Der damalige Polizeipräsident Baron Gorup verhängte über die Urania und über die anderen Volksbildungsstätten, sowie über die Konzertsäle die völlige Sperrung, während die Theater und Varietees ihre Vorstellungen nur zu einer früheren Abendstunde zu schließen hatten! Jetzt ist man wenigstens soweit, daß man die Urania nicht schlechter behandelt, als „die sonstigen Vergnügungslokalitäten".

Einem Wiener, dem die segensreiche Wirksamkeit der Urania, dieser der ganzen Bevölkerung dienenden deutschen Kulturstätte, bekannt ist, erscheint es geradezu unbegreiflich, daß man das Dasein dieses großenteils aus Staats- und Gemeindemitteln erbauten Volksbildungshauses wegen seines bekanntlich minimalen Bedarfes an elektrischem Lichte aufs Spiel setzt. Welche Bedeutung die Wirksamkeit der Urania für unsere Volksbildung hat, ist aus dem letzten Jahresberichte des Institutes ersichtlich. In den neun Betriebsmonaten des Jahres 1917/18 wurden dort nicht weniger als 2355 Vorträge abgehalten, an denen 574.969 Hörer, das ist im Durchschnitte täglich 2122 Hörer teilnahmen. (Darunter befanden sich 159.869 Mittel-, Volks-, Bürger- und Gewerbeschüler.) Im laufenden Jahre wurde der Umfang der Vortragstätigkeit noch erweitert; aus den früheren Mieträumlichkeiten des 3. Stockwerkes wurden mit großen Opfern drei neue Hörsäle eingerichtet. Es finden dort 32 Semesterkurse für die im Berufe Stehenden und über das ganze Vortragsjahr gehende Sprachkurse für Ungarisch, Tschechisch, Kroatisch, Italienisch, Französisch und Englisch in zwei Stufen für Anfänger und für Vorgeschrittene statt. Dadurch hat sich die Zahl der Vorträge so vermehrt, daß bis zu der jetzigen Sperrung im Uraniagebäude am Aspernplatze täglich 15 bis 17 Vorträge, darunter 10 bis 15 Kursvorträge stattfanden. Dazu kamen noch der Zweigbetrieb der Urania im Gebäude der Exportakademie im 19. Bezirke und die ständigen Schülervorträge im Parkkino im 3. Bezirke. Die Urania hat bekanntlich auch eine allgemein zugängliche Volkssternwarte und gibt die Uraniabücherei, eine Sammlung von volkstümlichen Schriften heraus.

Der gemeinnützige wirtschaftliche Betrieb der Urania kann als Muster für alle Volksbildungsstätten dienen. Von den verhältnismäßig geringen öffentlichen Subventionen abgesehen, an denen auch die Gemeinde Wien mit jährlich 10.000 K beteiligt ist, erhält sich die Wiener Urania trotz der bedeutenden Höhe der Betriebsunkosten (im letzten Jahre 571.532 K 79 h) vollkommen selbst. Sie zahlt pünktlich die 4 Prozent Zinsen der ausgegebenen 470.000 K Anteilscheine, von denen 115.000 K bereits verlost und zurückgezahlt sind. Ihre 91 Angestellten beziehen monatlich an Gehalten, Löhnen und Teuerungszulagen mehr als 22.000 K. Dazu kommen noch Musiker, Künstler, ständige Vorleser und eine große Anzahl von vortragenden Lehrpersonen, die im Vertragsverhältnisse stehen. Für die Angestellten besteht ein bereits ansehnlicher Pensions- und Unterstützungsfonds, der sehr segensreich wirkt. Auch für die Versorgung der Angestellten mit Lebensmitteln wurde geradezu väterlich gesorgt.

Die Urania ist auch der Ausgangspunkt von hochbedeutsamen Bestrebungen für die Organisierung des Volksbildungswesens in ganz Deutschösterreich, wobei die ganze Lehrerschaft hinter ihr steht.

Diese großartige Organisation steht durch die jetzige Betriebssperrung in der Gefahr, zerschlagen zu werden. Die vorrätigen Betriebsmittel des Institutes reichen gerade noch dazu hin, die Dezembergehalte und -löhne nebst den Teuerungszulagen und den üblichen Neujahrsremunerationen zu bezahlen. Wenn auch vielleicht für den Augenblick noch Aushilfen gewonnen werden können, so ist doch der Fortbestand des Institutes im Falle der Fortdauer der Sperre auf das Aeußerste gefährdet.

Es sei noch beigefügt, daß die vielleicht für die Theater und Varietes u. s. w. wertvolle Erlaubnis einzelner Spieltage für die Urania gänzlich wertlos ist, da der Hauptteil ihrer Tätigkeit in fortlaufenden Vortragskursen besteht und da sie nur bei regelmäßigem Betriebe die Möglichkeit hat, ihre Vortragsfolge (durch die Versendung ihrer bekannten „Verlautbarungen") entsprechend anzukündigen.

Es gibt niemanden, der daran zweifeln könnte, daß unser neues Staatswesen nur durch die Ertüchtigung aller Volkskräfte zu neuer Blüte gelangen kann und daß dies in erster Linie auf dem Wege der Verbreiterung und Vertiefung der Volksbildung zu geschehen hat. Dazu ist aber vor allem notwendig, daß die bestehenden Volksbildungseinrichtungen gefördert und geschont werden, worunter wir auch den Schutz gegen die bureaukratische Schablone verstehen.

In diesem Sinne stellen wir an Seine Exzellenz den Herrn Bürgermeister die Anfrage,

ob er geneigt ist, nachdrücklichst dafür einzutreten, daß

1. die sofortige Wiederaufnahme der regelmäßigen Wirksamkeit des Volksbildungshauses, der Wiener Urania gestattet werde,

2. daß in Hinkunft bei allen polizeilichen und öffentlichen Maßnahmen die Verfügungen bezüglich der öffentlichen Volksbildungseinrichtungen, abgesondert von den Verfügungen über Theater, Varietes, Kinos und sonstige Unterhaltslokalitäten getroffen werden.

Bürgermeister: Das Staatsamt für öffentliche Arbeiten hat der Urania die Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit gestattet. Ich bin selbstverständlich gerne bereit, alles zu tun, damit Einrichtungen, wie die Urania oder andere öffentliche Volksbildungseinrichtungen so wenig als möglich durch die Kohlennot tangiert werden, denn die Aufrechterhaltung dieser Betriebe ist eine größere Notwendigkeit als die mancher Theater. (Beifall.)

13. Anfrage der GR. Dr. Grün und Hermann Fischer:

Aus eigenen Anschauungen konnten die Gefertigten sich überzeugen, daß wenigstens in den von ihnen bewohnten Bezirken (Wohnungsprater), eine Reihe von Geschäftslokalen im Erdgeschosse gesperrt, mit Rouleaux geschlossen und scheinbar ohne Benützung stehen. Anderseits hat eine Reihe von kleinen Geschäftsleuten, wie Installateure, Greißler, Näherinnen, das dringende Bedürfnis, ein offenes Geschäft zu gründen.

Würden die erwähnten geschlossenen Geschäftslokale trotz der Schließung wirklich nicht benützt werden, müßte man sich begnügen und könnte höchstens über den Wohnungsmangel verstimmt sein. Nun aber kann sich der Herr Bürgermeister durch seine Organe überzeugen, daß eine große Zahl der geschlossenen Lokale zur Warenverschleppung dienen, um die Durchsuchung der Wohnungen zu durchkreuzen. So sei unter vielen ein Fleischhauerlokal in der Wolfgang Schmälzl-Gasse 30 erwähnt, dessen Besitzern das Verkaufsrecht eingestellt wurde, so daß in der Tat niemand die Benützung des Lokales während des Tages sehen kann. Abendlich jedoch, auch in den Nachtstunden von 1 bis 3 ist ein geschäftliches Treiben bei Kerzenbeleuchtung zu konstatieren. Es erscheinen eine Anzahl von Personen mit großen Stücken Fleisch, mit Eierkisten, mit Mehl, Butter und sonstigen Lebensmitteln. Es wird offenbar Schleichhandel getrieben. Der Besitzer soll nach einem ziemlich maßgebenden Bericht allwöchentlich einen großen Geldbetrag in die Heimat schicken. Eine Reihe von anderen geschlossenen Lokalen, wie Geflügelhandlungen, Greißlereien, Kohlengeschäfte, die nur während des Tages geschlossen sind, dient ebenfalls dazu, die Preise von Lebensmitteln, die in den offenen Lokalen derselben Besitzer wegen der Höchstpreise nicht erzielt werden können und dürfen, hinter den Augen des Gesetzes in der ungeheuerlichsten Weise in die Höhe zu treiben. So werden Eier 2 K das Stück, Fettgänse von 56 K für das Kilogramm verkauft, bei einer Frau Breier in der Wolfgang Schmälzl-Gasse 6 für ein Kilogramm Butter 86 bis 100 K verlangt. — Ein Kohlengeschäft in der Wolfgang Schmälzl-Gasse 24 ist den größten Teil des Tages geschlossen, die rayonierten armen Teufel bekommen keine Kohle, weil angeblich alles weg ist, während am Abend ein reger Tauschhandel mit Lebensmitteln für noch vorhandene Kohlen stattfindet.

Mit einer weiteren Liste von geschlossenen, aber doch unrechtmäßig benützten Lokalen, kann vom Antragsteller durch seine Gewährsmänner gedient werden.

Die Gefertigten stellen daher die Anfrage:

1. Gedenkt der Herr Bürgermeister alle geschlossenen Lokale ihres Wohnortes und der anderen Bezirke gründlich revidieren zu lassen und die dortselbst lagernden Lebensmittel zu beschlagnahmen und den Schleichhandel zu vermindern?

2. Gedenkt der Herr Bürgermeister, die unnötig besetzten Geschäftslokale räumen zu lassen, damit Lokale, die für andere wichtig sind, nicht unnötig in Miete stehen und zu unrechtmäßigen Zwecken dienen?

3. Will der Herr Bürgermeister durch die Räumung der Lokale den von der Front zurückgekehrten Geschäftsleuten und den im Hinterlande befindlichen Arbeitern und Arbeiterinnen die Benützung ermöglichen?

Bürgermeister: Ja, also ich bitte, meine Damen und Herren, hier aufzumerken. (Rufe: Hört!)

Die Gemeinde Wien hat wohl ein Recht, Wohnungen, welche lediglich zur Aufbewahrung von Gegenständen dienen, anzufordern, nicht aber Geschäftslokale. Auch beim Wohnungsnachweis sind vermietete Geschäftslokale, mögen sie auch gesperrt sein, nicht melde- und kontrollpflichtig. Die von den Herren Antragstellern gewünschten Revisionen, Punkt 1 der Anfrage, können nur von der Polizei-Direktion, unter Umständen auch von der Gewerbebehörde im eigenen Wirkungskreise verfügt werden und es wird daher in diesem Punkte die Anfrage diesen Behörden mitgeteilt. Hinsichtlich der Punkte 2 und 3 geben die bestehenden Vorschriften keine Handhabe zum Einschreiten und es wird daher der Wortlaut der Anfrage den Staatsämtern für soziale Fürsorge und Justiz zur weiteren Behandlung mitgeteilt werden.

De lege lata läßt sich also nichts machen, de lege forenda geht die Anfrage an die zuständigen Staatsämter.

14. Anfrage des GR. Broczyner:

Mit der erfreulichen Zunahme des Straßenverkehres seit der Demobilisierung stellen sich teilweise auch wieder jene Unzukömmlichkeiten im Straßenverkehre ein, die schon vor dem Kriege den Gegenstand der Beschwerden in der Oeffentlichkeit gebildet haben. Unter anderem ist zu beobachten, daß einige Automobilisten sogenannte Scheinwerferlampen verwenden, die für den Automobilisten selbst wegen der durch diese Lampen bewirkten guten Beleuchtung der von ihm befahrenen Straßen wohl als sehr angenehm und nützlich empfunden werden mögen, die zu Fuß gehenden Passanten und die im Straßenverkehr verwendeten Pferde werden aber durch diese plötzlich grell auftretende Beleuchtung oft derart geblendet, daß sie das Sehvermögen auf kurze Zeit verlieren und jede Orientierung, wohin sie ausweichen sollen, unmöglich wird, so daß für sie vielfach eine große Unfallgefahr entsteht.

Ich stelle daher die Anfrage:

Was beabsichtigt der Herr Bürgermeister zu veranlassen, daß der die Sicherheit der Fußgeher gefährdende Unfug der Verwendung von Scheinwerferlampen durch Automobilisten je eher verboten und unmöglich gemacht wird?

Bürgermeister: Nach § 10 der Ministerial-Verordnung vom 28. April 1910, R.-G.-Bl. Nr. 81, dürfen blendende Scheinwerfer in Ortschaften mit städtischer Verbauung nicht verwendet werden. Es ist daher keine neue Verordnung notwendig, sondern es handelt sich darum, eine bestehende Verordnung zu handhaben. Ich werde daher diese Anfrage dem Polizeipräsidium mit dem Ersuchen übermitteln, daß die Sicherheitswache angewiesen werde, diese Verordnung wieder strikte zu handhaben. Es kommen eben Verordnungen in Vergessenheit und müssen von Zeit zu Zeit aufgefrischt werden.

15. Anfrage des GR. Dr. Loewenstein:

Der Verein zur Erhaltung und Förderung des Ersten öffentlichen Kinderkranken-Institutes hat bereits im Jahre 1913 um eine Vereinigung der Josefine v. Königswarter'schen Kinderspitalsstiftung mit der Wenzlaus Arco'schen Stiftung angesucht zum Zwecke der Errichtung eines neuen Kinderspitales unter dem Namen „Königswarter-Arco-Kinderspital".

Die stiftsmäßig zu diesem Zwecke in Aussicht genommenen, im 18. Bezirke, Theresiengasse 37/39, liegenden zwei Häuser, welche seit Kriegsbeginn als Filialspital des Vereins-Reservespitales Nr. 4 der Heeresverwaltung mit einem Krankenbelag von 68 Betten kostenlos zur Verfügung standen, sollen durch zweckentsprechende, behördlich bereits genehmigte Adaptierungen für die Errichtung eines Kinderspitales mit zumindestens 50 Krankenbetten Verwendung finden. Durch die Errichtung dieses neuen Kinderspitales, welches sofort in Angriff genommen werden könnte, würden jährlich 20.000 unentgeltliche Verpflegstage für arme kranke Kinder Wiens mit einem Schlage geschaffen werden. Bei dem ohnehin in Wien bestehenden Mangel an Kinderspitalsbetten würde aus der Errichtung dieses neuen Kinderspitales ein Vorteil von nicht zu unterschätzender Bedeutung resultieren.

Da seitens des Testamentsvollstreckers der Königswarter-Kinderspitalsstiftung eine protokollarische Einverständigungserklärung zum Zwecke der eingangs angeführten Vereinigung besteht, wäre der Herr Bürgermeister als Vorsitzender der Königswarter'schen Kinderspitalstiftung in der Lage, diese Aktion wesentlich zu fördern, denn die Arco-Stiftung, welche aus den früher erwähnten zwei Häusern besteht, ist aus der Verwaltung der Gemeinde Wien in die Verwaltung des Vereines zur Erhaltung und Förderung des Ersten öffentlichen Kinderkranken-Institutes bereits am 3. Juni 1914 übergegangen.

Ich gestatte mir an den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu stellen,

ob derselbe in der Lage wäre, eine Sitzung der Königswarter'schen Kinderspitalsstiftung ehetunlichst einzuberufen und sich mit seinem ganzen Einflusse nebst dem im Kuratorium sitzenden Vertreter der Gemeinde Wien dafür einzusetzen, daß durch die Vereinigung der eingangs erwähnten beiden Stiftungen die im Interesse der Wiener Bevölkerung wünschenswerte Errichtung des neuen Kinderspitales raschestens in die Wege geleitet werde?

Bürgermeister: In dieser Beziehung möchte ich darauf hinweisen, daß das Kuratorium der Baronin Königswarter'schen Kinderspitalsstiftung jetzt durch eine Zeit nicht beschlußfähig war. Der Gemeinderat hat in seiner letzten Sitzung die nötigen Wahlen vorgenommen. Es wurden die GR. Emmerling und Rotter gewählt. Nun fehlt noch der Repräsentant der israelitischen Kultusgemeinde, denn es ist der bisherige Präsident Dr. Stern gestorben, und dann der Repräsentant der evangelischen Kultusgemeinde, deren Präsident Dr. Witz-Oberlin ebenfalls gestorben ist. Es ist daher notwendig, daß in das Kuratorium wieder Vertreter dieser Korporationen entsendet werden. Wenn das geschehen sein wird und wir wieder beschlußfähig sind, werden wir eine Sitzung abhalten und ich werde nicht ermangeln, den Gegenstand, welchen Herr Dr. Loewenstein in seiner Anfrage erwähnt, zur Sprache zu bringen.

16. Anfrage des GR. Moißl:

In der letzten Nummer der „Wiener medizinischen Wochenschrift" berichtet Universitätsprofessor Dr. Pirquet über den ausgezeichneten Erfolg des Kaiser Karl-Wohlfahrtswerkes im vergangenen Sommer, welches die größte Hilfsaktion des wohltätigen Wiens für unsere Jugend darstellt. Der Arbeit weniger beheizter Männer ist es zu danken, daß fast 70.000 Kindern im vergangenen Sommer die Segnungen des Landaufenthaltes zuteil wurden. Der Ernährungszustand hat sich nun in unserer Stadt nicht gebessert und es wäre im Interesse unserer Kinder dringend geboten, daß die so glänzend verlaufene Aktion auch im heurigen Jahre fortgesetzt werde.

Ich erlaube mir daher die Anfrage,

ob der Herr Bürgermeister bereit ist, sofort mit dem Staatsamte für Volksgesundheit und mit der Leitung des Wohlfahrtswerkes in Fühlung zu treten, damit auch im kommenden Sommer die Möglichkeit einer Erholung geboten werde?

Bürgermeister: Darauf möchte ich erwidern, daß die Aktion dieser Kinderfürsorge in Ungarn ja nicht das erste Mal stattgefunden hat, sondern es haben sich bereits in den früheren Jahren Komitees, die sich mit der Unterstützung der Gemeinde gebildet haben, unter Teilnahme von Gemeindevertretern damit befaßt, Kinder während des Sommers auf das Land zu bringen. Die Wohlfahrtsaktion des vorigen Jahres war die größte, die bisher veranstaltet wurde. Ich glaube aber kaum, daß es sich empfehlen wird, dieselbe in diesem Umfange und mit denselben Zielen weiter zu verfolgen. (Zustimmung.) Gewiß ist aber, daß wir alles aufbieten werden, um möglichst vielen Kindern die Möglichkeit eines Landaufenthaltes zu gewähren, und ich rechne da heute schon wieder auf die Unterstützung aller jener Kreise

welche sich bisher betätigt haben, insbesondere auch auf die Lehrer und Lehrerinnen, welche in hingebungs- und aufopferungsvoller Weise sich auf diesem Gebiete tätig zeigten.

17. Anfrage der Frau GR. Popp:

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, daß in den Turnsälen und in den Sitzungssälen der Bezirksvertretungen Versammlungen politischen Charakters abgehalten werden.

Ich stelle daher die Anfrage,

ob der Herr Bürgermeister geneigt ist, anzuordnen, daß die Schulsäle und die Säle der Bezirksvertretungen allen ohne Unterschied der Parteirichtung zur Verfügung gestellt werden oder zu veranlassen, daß keine politische Partei Versammlungen in solchen Sälen veranstalten kann?

Bürgermeister: Ich halte es für selbstverständlich, daß diese Säle allen Parteien zugänglich sind und ich rechne darauf, daß auch Sie, meine sehr geehrten Herren und Damen, mir die Eingaben bringen und ich werde dieselben anstandslos erledigen. Nur werden wir uns einen gewissen Turnus einrichten müssen, denn gleichzeitig Versammlungen beider Parteien in diesen Sälen abzuhalten geht nicht, soweit sind wir noch nicht, wir könnten uns unter Umständen nicht gut vertragen. (Heiterkeit.)

18. Anfrage des GR. Broczyner:

Die Beamten der Städtischen Kaiser Franz Josef-Jubiläums-Lebens- und Rentenversicherungsanstalt haben schon vor einigen Wochen ihrer Direktion eine Eingabe mit dringenden Wünschen überreicht; die Erledigung dieser Eingabe ist aber deshalb bisher nicht möglich gewesen, da infolge der Auflösung und nachherigen Neukonstituierung des Gemeinderates die Städtische Kaiser Jubiläums-Lebens- und Rentenversicherungsanstalt schon seit Wochen ohne Verwaltungs-Ausschuß ist. Es ist dies ein Zustand, der nicht nur vom Standpunkte der Beamtenschaft der Anstalt, sondern auch vom Standpunkte der Anstalt selbst je eher beseitigt werden sollte, da für die ordnungsmäßige Führung jedes Geschäftsbetriebes das Vorhandensein einer verantwortlichen Verwaltung Vorbedingung ist.

Ich stelle daher die Anfrage:

Ist der Herr Bürgermeister bereit, je eher die Wahl des Verwaltungs-Ausschusses der Städtischen Kaiser Franz Josef-Jubiläums-Lebens- und Rentenversicherungsanstalt auf die Tagesordnung des Gemeinderates zu setzen?

Bürgermeister: Es liegt noch eine Interpellation Broczyner vor, ich bitte, sie zu verlesen.

19. Anfrage des GR. Broczyner:

Die Städtische Lebens- und Rentenversicherungsanstalt führt noch immer als Wahrzeichen des Byzantinismus aus der monarchistischen Zeit den seit jeher wenig geschmackvollen Titel „Städtische Kaiser Franz Josef-Jubiläums-Lebens- und Rentenversicherungsanstalt".

Mit Rücksicht darauf, daß jeder überzeugte Republikaner wünschen muß, daß so rasch als möglich alle monarchistischen Abzeichen und Erinnerungen verschwinden, aber auch mit Rücksicht darauf, daß der monarchistische Titel einer Geschäftsunternehmung bei der antimonarchistischen Stimmung der Bevölkerung auch dem Unternehmen selbst geschäftlich schadet, was schon daraus hervorgeht, daß sich alle Privatunternehmer in richtiger Erfassung der Volksstimmung beeilt haben, alle Erinnerungen aus der monarchistischen Zeit aus ihrem Firmenwortlaut raschestens zu entfernen, ferner mit Rücksicht darauf, daß die Akquisiteure der Städtischen Lebens- und Rentenversicherungsanstalt schon vielfach darüber klagen, daß ihnen der Name der Anstalt bei der Anwerbung von Geschäftsabschlüssen hinderlich ist, stellen wir die Anfrage:

Ist der Herr Bürgermeister bereit, je eher die Abänderung des Firmenwortlautes der Städtischen Kaiser Franz Josef-Jubiläums-Lebens- und Rentenversicherungsanstalt in einer der Volksstimmung entsprechenden Weise zu veranlassen?

Bürgermeister: Ich beantworte beide Interpellationen; erstens einmal werde ich auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung die Wahl der Mitglieder des Kuratoriums stellen. Wir haben so viele Wahlen vorzunehmen, daß man sie nur sukzessive vornehmen kann. Zweitens wird sich dieses neugewählte Kuratorium mit dem Antrage Broczyner wegen Firmaänderung befassen. Es geht nicht an, daß wir es ex Gemeinderat sofort machen. Wir haben eine Körperschaft, welche zur Vorberatung berufen ist und diese werde ich einladen, diesen Antrag Broczyner zu behandeln, um dann an den Gemeinderat einen Bericht zu erstatten.

20. Anfrage des GR. Paulitschke und Genossen:

Dank des Einschreitens des sehr geehrten Herrn Bürgermeisters wurde der Durchgang über den äußeren Burgplatz bei der Bellaria wieder freigegeben, jedoch ist der Verkehr durch das Burgtor über den äußeren und inneren Burgplatz zum Kohlmarkt aus ganz unbegreiflichen Gründen noch immer gesperrt.

Da dieser Durchgang für die westlichen Bezirke sowie auch für die Frequenz des Kohlmarktes von größter Bedeutung ist, erlaubt man sich die ergebenste Anfrage zu stellen:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, beim Staatsamte hinzuwirken, daß der freie Verkehr für Wagen und Fußgeher durch das Burgtor zum Kohlmarkt umgehend wieder gestattet wird?

Bürgermeister: Meine sehr geehrten Herren und Damen! Ich habe schon seinerzeit, nachdem die Tore geschlossen wurden, interveniert und habe damals erreicht, daß dieser Zugang längs des Vorgartens beim Restaurant vorbei in die Schauflergasse geöffnet werde. Ich werde neuerlich bei dem Herrn Staatsnotar Dr. Sylvester diese Sache vorbringen, denn ich halte es für im eminentesten Interesse der Bevölkerung gelegen, diese kürzeste Verbindung mit der Inneren Stadt wieder zu erhalten.

21. Anfrage der GR. Dr. Glasauer und Baugoin:

Die Einschränkung des Straßenbahnverkehres an Sonn- und Feiertagen wird als eine durch die Kohlennot bedingte Maßregel von der Bevölkerung ruhig hingenommen. Insbesondere trägt zur Beruhigung der Bevölkerung der Umstand bei, daß die Verkehrseinschränkung alle Linien gleichmäßig trifft.

Dies ist jedoch unrichtig. Die entferntesten Endpunkte in allen Bezirken, ja sogar die Endstation der Lienie 60 in Mauer ist erreichbar. Die Bezirksteile Ober- und Unter-St. Veit des 13. Bezirkes sind jedoch von jedem Straßenbahnverkehr ausgeschlossen, was infolge Einstellung des Stadtbahnverkehres zur Folge hat, daß die Bewohner zwei bis fünf Kilometer zu Fuß gehen müssen. In Anbetracht der schlechten Witterung muß daher der Verkehr auf der Linie 58 und 158 an Sonn- und Feiertagen wieder aufgenommen werden.

Die Gefertigten stellen daher die Anfrage:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, der Direktion der städtischen Straßenbahnen den Auftrag zu erteilen, an Sonn- und Feiertagen den Verkehr auf den Linien 58 und 158 ehestens wieder aufzunehmen?

Bürgermeister: Ich behandle diese Anfrage als Antrag und sie geht zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung an den Stadtrat.

22. Anfrage des GR. Moißl:

Für die Invaliden wurden Millionen gesammelt, die heute noch immer verwaltet werden, da die Fonds allen Nationen des alten Oesterreichs gehören. Bis diese Frage der Aufteilung zur Gänze ausstudiert sein wird, wird die Invalidenfrage durch die Zeit fast zur Gänze geregelt sein, das heißt, die Invaliden werden verhungert sein.

Es läge nun nichts näher als beispielsweise die Spender der Millionen Kronen für die Kriegsblinden zu fragen, welcher Nation von Blinden sie ihre Spende zuweisen, und die schwierige Frage des Studiums dieser Frage wäre gelöst. Ich frage deshalb:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, bei den maßgebenden Stellen energische Maßnahmen zum Schutze dieser Aermsten der Armen zu verlangen?

Bürgermeister: In dieser Beziehung hat mir das städtische Invalidenamt folgenden Bericht vorgelegt (liest):

„Die in Betracht kommenden Fonde, vor allem der frühere Kaiser und König Karl- gegenwärtig Kriegsfürsorgefonds befinden sich derzeit in Verwaltung des deutschösterreichischen Staatsamtes für soziale Fürsorge, wodurch jedoch der endgültigen Regelung der Rechtsverhältnisse des Karlfonds und den ihm angegliederten Fonds nicht vorgegriffen werden soll. Die endgültige Abrechnung wird im Einvernehmen mit den Regierungen der Nationalstaaten, die auf dem Boden der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie entstanden sind, erfolgen. Das Invalidenamt kann berichten, daß in der Beteilungstätigkeit des Kaiser- und König Karl-Kriegsfürsorgefonds, soweit sie deutschösterreichische Staatsbürger betrifft, niemals eine Unterbrechung eingetreten ist und daß seit Gründung des Invalidenamtes — das ist 20. Juni 1918 — bis heute zirka eine Viertelmillion Kronen an Unterstützungen zur Linderung der momentanen Notlage, sowie zwecks Existenzgründung durch das Invalidenamt allein ausbezahlt wurde. Die Ziffer der monatlichen Ausgaben bewegt sich in stark steigender Richtung.

Die Fürsorgemaßnahmen für die Kriegsblinden, also insbesondere auch die Beteilung aus den Kriegsblindenfonds erfolgen aus der n.-ö. Landes-Kommission zur Fürsorge für heimkehrende Krieger, Wien IX., Türkenstraße 3, und ist daher das Invalidenamt Wien hierüber nicht in der Lage, zu berichten.

Ich werde mich aber auch an dieses Amt wenden und einen Bericht verlangen, weil ich glaube, daß diese Fonde der weitestgehenden öffentlichen Kontrolle zu unterstellen sind.

Es sind Anträge überreicht worden, um deren Bekanntgabe ich bitte.

Schriftführer GR. Philp (liest):

23. Antrag des GR. Angeli:

Nach dem Zusammenbruch der österreichischen Front in Italien, was hauptsächlich durch die bekannten Ereignisse im Hinterlande veranlaßt worden ist, haben die Italiener ganz Südtirol bis zum Brenner besetzt. Aus Verordnungen und Maßnahmen verschiedener Art, hauptsächlich aber aus der italienischen Presse ist zu entnehmen, daß sie sich dort häuslich einrichten wollen und nicht mehr die Absicht haben, dieses rein deutsche Siedlungsgebiet zu räumen, was für unsere Volksgenossen, die dieses Gebiet bewohnen, unerträglich wäre und die größte Ungerechtigkeit darstellen würde; auch wäre es mit den Prinzipien der Menschenrechte, die Präsident Wilson verkündet hat, unvereinbar. Es sind dies die Gebiete, die seit urdenklichen Zeiten von einer rein deutschen Bevölkerung bewohnt sind, und zwar sind es folgende deutsche Täler und Gebiete: Das Vintschgau, das Passeiertal (die Heimat Andreas Hofer's), das Uttental, das Etschtal bis Salurn, Sarntal, Eggental, der Bitien und Ueberatsch, das Pustertal, das Eisaktal mit seinen zahlreichen Nebentälern, sowie das Ennsbergertal. Sollten die Italiener ihr Vorhaben ausführen und dieses Gebiet nicht mehr räumen wollen, so würde eine gefährliche Irredenta entstehen und vom Frieden könnte keine Rede sein. Es müssen daher alle deutschen Volksgenossen für die braven Südtiroler rechtzeitig eintreten und ihre Stimme erheben, um ein so schweres Unrecht zu verhindern.

Ich stelle daher den Antrag:

Die Gemeinde Wien spricht den bedrohten Volksgenossen in Deutsch-Südtirol die wärmste Sympathie und Anteilnahme aus und wendet sich außerdem an den in Kürze zusammentretenden Friedenskongreß und an Präsident Wilson mit der Bitte, es nicht zu dulden, daß die kerndeutsche Bevölkerung Deutsch-Südtirols unter italienisches Joch komme. Die italienische Grenze darf nicht weiter als bis Salurn vorgerückt werden.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrat.

24. Antrag der Frau GR. Dr. Alma Seitz:

Die wachsende Wohnungsnot und die zunehmende Hilfsbedürftigkeit zahlloser Familien drängen mehr als je vorher den Ausbau der Wohnungsfürsorge in den Vordergrund.

Die Einstellung von Wohnungsfürsorgerinnen als Organe zur Beaufsichtigung und zur Beratung der Parteien in sanitärer und wirtschaftlicher Hinsicht ist ein langgehegter Wunsch der im Kriege auf Wiener Boden fürsorgerisch tätigen Frauenorganisationen. Bisher stellten sich der Verwirklichung dieses Wunsches gesetzliche Hindernisse entgegen, die aber nunmehr — in Anbetracht der gegenwärtigen Handhabung des Gesetzes — unschwer zu überwinden sind.

Die Einführung von Wohnungsfürgerinnen im jetzigen Zeitpunkte würde nicht nur dem Erfordernisse nach Abhaltung der gesteigerten Hilfsbedürftigkeit entgegenkommen, sondern zugleich auch die Möglichkeit bieten, einer Anzahl von brotlosen Frauen und Mädchen aus Intelligenzberufen eine neue Existenz zu zu schaffen. Die Verdienstlosigkeit gerade in dieser Kategorie weiblicher Erwerbstätiger hat ihren Höhepunkt erreicht und erfordert dringend die Neuschaffung von geeigneten Verwendungsmöglichkeiten. Als solche wurden auf dem christlich-deutschen Frauentage zu Wien (Dezember 1917) die sozialen Frauenberufe bezeichnet, die analog der fortschreitenden Ausgestaltung der öffentlichen Fürsorge einer breiten Entwicklung fähig sind. Unter ihnen steht heute in erster Linie die Wohnungsfürsorgerin. Selbstverständlich ist, daß die Auswahl der zur Wohnungsfürsorge heranzuziehenden Personen eine sorgfältige Auslese nach den Bedingungen sittlichen Ernstes und geistiger Reife sein müßte und daß der tatsächlichen Einstellung in den Dienst eine gewisse Mindestausbildung vorausgehen müßte.

Die Gefertigte beantragt sohin:

In Anbetracht des zunehmenden Wohnungselendes wäre die Einführung der Wohnungsaufsicht durch Einstellung von Wohnungsfürsorgerinnen in Aussicht zu nehmen, welche vornehmlich die Frauen in sanitärer und wirtschaftlicher Hinsicht zu beraten und darüber zu wachen hätten, daß von Seite der in Wohnungsfürsorge zu nehmenden Parteien gewisse Mindestforderungen in Bezug auf Wohnungspflege erfüllt werden können und tatsächlich erfüllt werden. Bei der Heranziehung von Frauen und Mädchen für den Dienst in der Wohnungsaufsicht möge in erster Linie auf geeignete Kräfte aus Intelligenzberufen, welche durch die gegenwärtigen Umstände brotlos geworden sind, Rücksicht genommen werden. Erfordernis zur Verwendung als Wohnungsfürsorgerin ist eine gewisse fachliche Mindestausbildung, ebenso die Bedingung geistiger Reife und sittlichen Ernstes.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrat.

25. Antrag der GR. Witzmann, Forstner und Genossen:

Der 15. Bezirk steht in nächster Zeit durch den Ausbau der Schmelz vor einer großen Entwicklung. Schon jetzt aber ist der Mangel eines geeigneten Spielplatzes für die Kinder sehr fühlbar, da nur der Reithofferpark zur Verfügung steht und dieser für die vielen spielbedürftigen Kinder viel zu klein ist. Nachdem durch die Auflassung des ehemaligen Schmelzer Friedhofes große Grundkomplexe vollständig brach liegen, stellen die Gefertigten den Antrag:

Bis zur definitiven Regelung der im Budget des 15. Bezirkes für das Verwaltungsjahr 1919/20 bereits vorgesehenen Spielplatzfrage sei ein Teil dieses Komplexes provisorisch für einen Kinderspielplatz herzurichten, und zwar so zeitgemäß, daß er schon im kommenden Frühjahr seiner Benützung übergeben werden kann.

VB. Hoß (der inzwischen den Vorsitz übernommen hat): Geht an den Stadtrat.

26. Anfrage der GR. Ullreich, Paulitschke und Genossen:

Nach den gegenwärtigen Verhältnissen werden zwei Gruppen von Diurnisten unterschieden, und zwar solche mit Anwartschaft, das sind diejenigen die vermöge ihrer Studien Aussicht zur Vorrückung zum Rangsklassenbeamten haben und Diurnisten ohne Anwartschaft, das sind solche, welche Kanzlisten 2., respektive 1. Klasse werden können. Während bei den Diurnisten ohne Anwartschaft das Höchstausmaß der Dienstzeit mit drei Jahren festgesetzt ist, nach welchen sie zu Kanzlisten 2. Klasse vorrücken, besteht für Diurnisten mit Anwartschaft anscheinend gar kein Grundsatz über die Diurnistendauer, so daß bei einzelnen von ihnen der Zeitraum von drei Jahren Diurnistendienstzeit mehr oder weniger lang überschritten wird.

Eine Regelung dieser Verhältnisse ist notwendig, und zwar in der Richtung, daß die Dienstzeit als Diurnist mit Anwartschaft auf zwei Jahre festgesetzt wird, nach welcher sie zum Praktikanten zu ernennen sind.

Auch die Regelung der Dienstverhältnisse der während des Krieges aufgenommenen Diurnisten wäre wünschenswert, und zwar so, daß denjenigen Kriegsdiurnisten, die ihrer Beschreibung nach entsprechen und bei Vorhandensein des Bedarfes systemisiert werden, die während des Krieges zurückgelegte Dienstzeit entsprechend angerechnet wird.

Es wird daher beantragt:

Der Magistrat wird dahin beauftragt, dem Gemeinderate ehestens im obigen Sinne entsprechende Anträge zu unterbreiten.

VB. Hoß: Geht ebenfalls an den Stadtrat.

Zum Referate gelangt der Herr Bürgermeister.

Ich bitte, meine Damen und Herren, zu entschuldigen, daß heute einige Referate daran kommen, die nicht auf der Tagesordnung stehen. Es sind einige wichtige Stücke gekommen, die erst um ½3 Uhr im Stadtrate beraten werden konnten.

27. Berichterstatter Bgm. Dr. Weiskirchner: Post 28. Bewilligung eines unverzinslichen Darlehens von 500.000 K für den Verband der Krankenkassen Wiens und Niederösterreichs.

Das ist eines jener Stücke, von denen Herr VB. Hoß erwähnt hat, daß sie erst um ½3 Uhr im Stadtrate referiert werden konnten. Sie sind aber so dringend, daß sie heute noch im Gemeinderate zur Erledigung kommen müssen.

Es handelt sich hier um das Ansuchen des Verbandes der Krankenkassen Wiens und Niederösterreichs, Wien, 6., Königseggasse 10, um ein unverzinsliches Darlehen im Betrage von 500.000 K.

Es ist ein ähnlicher Fall, den wir schon vor einigen Sitzungen hatten, wo wir dem Krankenanstaltenfonds beispringen mußten. Sie bekommen ja heute noch ein Referat, wonach dem Krankenanstaltenfonds neuerlich geholfen werden muß, ebenso auch dem Verbande der Krankenkassen, der sich infolge der wirtschaftlichen und Kriegsverhältnisse ebenfalls in einer Lage befindet, daß er außerstande ist, die Ende des Monates liquiden Forderungen zu begleichen. Das sind die Forderungen, die die Aerzte, die Angestellten, die Apotheken usw. zu stellen haben.

Ich halte es selbstverständlich für eine Pflicht der Gemeinde Wien, solange sie es selbst zu tun imstande ist, beizuspringen und zu helfen. Die Ansprüche, die an uns gestellt werden, suppletorisch für den Staat einzugreifen, gehen schon über ein gewisses Maß hinaus. Aber aus dem Grunde, den ich eben erwähnt habe, daß es unsere Pflicht sei, helfend beizuspringen, solange wir können, beantrage ich:

„Der Gemeinderat wolle beschließen: Dem Verbande der Krankenkassen Wiens und Niederösterreichs wird ein unverzinsliches, innerhalb sechs Monaten rückzahlbares, noch in diesem Jahre auszuzahlendes Darlehen von 500.000 K bewilligt."

VB. Hoß: Wünscht jemand hiezu das Wort? — Herr GR. Spalowsky!

GR. Spalowsky: Ich bin selbstverständlich nicht dagegen, daß dem Verbande der Krankenkassen in der jetzigen Situation die Hilfe der Gemeinde versagt werde, obgleich es uns reizt, wie von Seite dieses Verbandes seine Verwaltung immer als glänzend hingestellt wird. Abgesehen davon möchte ich nur folgende Erklärung im Namen meiner Kollegen abgeben: Der Verband der Genossenschaftskrankenkassen und der ihm angehörenden Krankenkassen hat eine rein sozialdemokratische Verwaltung. In der Zeit der Demokratie, wo überall das Bestreben herrscht, der Minorität eine entsprechende Vertretung und einen entsprechenden Einfluß auf die Verwaltung zu gewähren, wird gerade im Verbande der Genossenschaftskrankenkassen mit aller Entschiedenheit gegen die Einführung des Proportionalwahlrechtes Stellung genommen! Ich erwähne, daß erst in der vorigen Woche im Staatsamte für soziale Fürsorge eine Konferenz über die Reform der Krankenkassen stattgefunden hat und dort haben sich ebenfalls die Vertreter der sozialdemokratischen Krankenkassen mit allem Nachdruck gegen die Einführung des Proportionalwahlrechtes ausgesprochen. (Rufe: Hört! Hört!) Mit Rücksicht auf dieses der Demokratie vollständig hohnsprechende Verhalten erklären wir, daß in unserer Zustimmung zur Gewährung dieses Darlehens nicht eine Vertrauenskundgebung für die Verwaltung dieses Verbandes erblickt werden darf. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkte, daß in allen diesen Krankenkassen kontrollos gewirtschaftet wird. (Lebhafte Unruhe und Zwischenrufe.)

VB. Hoß: Es ist niemand zum Worte gemeldet; die Debatte ist geschlossen, der Herr Berichterstatter zum Schlußworte.

Berichterstatter Bürgermeister: Es handelt sich um eine Notstandsaktion und ich bedauere es außerordentlich, daß überhaupt eine Debatte stattgefunden hat. Ich kann nur sagen, daß es sich nicht um irgendeine Parteisache, sondern nur um eine Institution handelt, die kranken Arbeitern zu dienen hat, und zwar ohne Unterschied der Parteiangehörigkeit. Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, meinen Anträgen zuzustimmen.

VB. Hoß: Ich bitte jene Damen und Herren, welche den Anträgen des Berichterstatters zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß:

Dem Verbande der Krankenkassen Wiens und Niederösterreichs wird ein unverzinsliches, innerhalb sechs Monaten rückzahlbares, noch in diesem Jahre auszuzahlendes Darlehen von 500.000 K bewilligt.

28. Berichterstatter Bürgermeister: Das zweite Referat betrifft Post 21, Zahl 12818. Abänderung des bisherigen Diensteides, der Angelobung und der Gelöbniserinnerung der städtischen Beamten.

In unserer Dienstpragmatik, die seinerzeit der Gemeinderat für die städtischen Beamten und Angestellten beschlossen hat, ist eine Eidesformel, welche natürlich durch die Umwälzungen vollständig obsolet geworden ist. Es ist daher notwendig, bis wir ein neues definitives Gemeindestatut bekommen, in dieser Beziehung Wandel zu schaffen.

Ich schlage daher dem verehrten Gemeinderat vor, daß folgende Formel bei der Beeidigung von Beamten und Angestellten zur Anwendung komme:

„Sie werden bei Ihrer Ehre und Treue eidesstättig geloben, der deutschösterreichischen Republik treu und gehorsam zu sein, die von der deutschösterreichischen Nationalversammlung beschlossenen Grundgesetze und übrigen Gesetze sowie die auf Grund dieser erlassenen Vollzugsanweisungen des deutschösterreichischen Staatsrates getreu und unverbrüchlich zu befolgen, die Interessen der Gemeinde Wien nach allen Ihren Kräften zu fördern und jeden Nachteil von ihr abzuwenden. Sie werden ferner geloben, alle Ihner anvertrauten Amtsgeschäfte treu und gewissenhaft zu besorgen, sich in allem genau nach dem für die städtischen Beamten und deren Amtsverrichtungen bestehenden Vorschriften zu be-

nehmen, sich auf keine Weise durch Eigennutz oder aus Nebenabsichten von der redlichen Erfüllung Ihrer Amtspflichten abwenden zu lassen, dem Gemeinderate und den übrigen beschließenden Organen der Gemeinde sowie dem Bürgermeister und Ihren sonstigen Vorgesetzen die schuldige Achtung und in Dienstsachen Gehorsam zu leisten, das Amtsgeheimnis zu bewahren und überhaupt sich alles dasjenige sorgfältigst gegenwärtig zu halten, was den Pflichten eines eifrigen, redlichen und würdigen Beamten der Stadt Wien angemessen ist."

Ich ersuche die verehrte Versammlung, dieser Eidesformel, welche nunmehr eine Gelöbnisformel und keine Eidesformel ist, zuzustimmen, damit ich in der Lage bin, dieser Amtshandlung, die eine nach dem Statut und nach der Dienstpragmatik vorgeschriebene ist, auch nachzukommen.

VB. Hoß: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich ersuche jene Herren, welche mit dem Referenten-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß:

1. Die §§ 21 bis 26 der Dienstpragmatik für die Gemeindebeamten und Diener der Stadt Wien haben zu lauten:

Eidesstättiges Gelöbnis und Angelobung.

§ 21. Der Angestellte hat bei dem Eintritte in den städtischen Dienst und bei seiner Wiederanstellung ein Gelöbnis nach der vorgeschriebenen Formel an Eidesstatt abzulegen und mit seinem Handschlage zu bekräftigen. Dasselbe Gelöbnis haben auch die Praktikanten nach der mit gutem Erfolge zurückgelegten Probepraxis zu leisten. Bei dem Eintritt in die Probepraxis haben diese die Bewahrung des Amtsgeheimnisses und die Erfüllung ihrer Dienstpflichten mittels Handschlages anzugeloben.

Gelöbniserinnerung.

§ 22. Wird ein städtischer Beamter, welcher das Gelöbnis bereits abgelegt hat, zu einer anderen Stelle in der Gemeindeverwaltung berufen oder auf eine höhere Dienstesstelle befördert, so ist ihm kein neues eidesstättiges Gelöbnis abzunehmen; es ist vielmehr nur an dieses von ihm abgelegte Gelöbnis zu erinnern und hiebei die Erfüllung der neu übernommenen Pflichten besonders hervorzuheben.

Abnahme des eidesstättigen Gelöbnisses, Entgegennahme der Angelobung und Vornahme der Gelöbniserinnerung.

§ 23. Die Gelöbnisleistung und die Angelobung geschieht in die Hände des Bürgermeisters; ebenso hat die Gelöbniserinnerung durch den Bürgermeister zu erfolgen. Bei der Abnahme des eidesstättigen Gelöbnisses eines Beamten, sowie bei der Vornahme der Gelöbniserinnerung hat der Leiter des Magistrates, der Vorstand des betreffenden Personalbureaus und der Vorsteher des Amtes oder der Anstalt, welchen der Beamte zugehört, anwesend zu sein. Der Abnahme des eidesstättigen Gelöbnisses von Buchhaltungsbeamten und der Gelöbniserinnerung an diese hat der Leiter der Stadtbuchhaltung beizuwohnen.

Ablegung des eidesstättigen Gelöbnisses.

§ 24. Bei der Ablegung des eidesstättigen Gelöbnisses ist dem Gelobenden die vorgeschriebene Gelöbnisformel vorzulesen. Nach Verlesung derselben hat der Bürgermeister das Gelöbnis in folgenden Worten des Gelobenden entgegenzunehmen:

„Ich gelobe dies eidesstättig und bekräftige dieses Gelöbnis mit meinem Handschlage."

Vorgang bei der Gelöbniserinnerung.

§ 25. Bei der Gelöbniserinnerung hat der Bürgermeister den Beamten auf das bereits geleistete Gelöbnis zu verweisen und ihn darin zu erinnern, daß er schon mittels desselben die gewissenhafte und redliche Erfüllung aller mit der neuen oder höheren Stelle verbundenen Pflichten eidesstättig gelobt hat.

Feststellung der erfolgten Gelöbnisleistung und -erinnerung.

§ 26. Die Gelöbnisformel ist nach Beisetzung des Tages der Ablegung des Gelöbnisses von dem Gelobenden eigenhändig zu unterfertigen.

Ebenso ist bei der Gelöbniserinnerung das darüber aufgenommene Protokoll von dem Beförderten oder auf einen anderen Dienstposten berufenen Beamten zu unterschreiben.

Die Gelöbnisablegung, beziehungsweise die Gelöbniserinnerung ist nebst dem Tage, an welchem sie erfolgte, auf dem Anstellungs- oder Beförderungsdekrete ersichtlich zu machen.

2. Die im § 24 der Dienstpragmatik für die Gemeinde-Beamten und Diener der Stadt Wien vorgesehene Gelöbnisformel hat zu lauten:

„Sie werden bei Ihrer Ehre und Treue eidesstättig geloben, der deutschösterreichischen Republik treu und gehorsam zu sein, die von der deutschösterreichischen Nationalversammlung beschlossenen Grundgesetze und übrigen Gesetze sowie die auf Grund dieser erlassenen Vollzugsanweisungen des deutschösterreichischen Staatsrates getreu und unverbrüchlich zu befolgen, die Interessen der Gemeinde Wien nach allen Ihren Kräften zu fördern und jeden Nachteil von ihr abzuwenden. Sie werden ferner geloben, alle Ihnen anvertrauten Amtsgeschäfte treu und gewissenhaft zu besorgen, sich in allem genau nach dem für die städtischen Beamten und deren Amtsverrichtungen bestehenden Vorschriften zu benehmen, sich auf keine Weise durch Eigennutz oder aus Nebenabsichten von der redlichen Erfüllung Ihrer Amtspflichten abwenden zu lassen, dem Gemeinderate und den übrigen beschließenden Organen der Gemeinde, sowie dem Bürgermeister und Ihren sonstigen Vorgesetzten die schuldige Achtung und in Dienstsachen Gehorsam zu leisten, das Amtsgeheimnis zu bewahren und überhaupt sich alles dasjenige sorgfältigst gegenwärtig zu halten, was den Pflichten eines eifrigen, redlichen und würdigen Beamten der Stadt Wien angemessen ist."

VB. Hoß: Zum Referate gelangt Herr GR. Tomola.

29. Berichterstatter GR. Tomola: Ich habe zu berichten über Post 16 und 17, die ich der Kürze wegen in einen Bericht zusammenfasse. In der letzten Sitzung des Gemeinderates wurde nach einem Antrage des Kollegen StR. Winter die Uebernahme des Flüchtlingslagers in Oberhollabrunn durch die Gemeinde Wien beschlossen. Bei dieser Gelegenheit wurden von überaus zahlreichen Sprechern des Gemeinderates Wünsche aufgestellt, welche dahin gingen, das Flüchtlingslager in entsprechender Weise zu verwerten. Die Anzahl dieser Wünsche ist eine so große, daß es gar nicht denkbar ist, in diesem einen Flüchtlingslager allen Wünschen gerecht zu werden. Es umfaßt mein Referat im übrigen auch einen Teil des Lagers von Pottendorf.

Meine Damen und Herren! Ich erwähnte ja schon, daß die Angelegenheiten, welche der Fürsorge der Gemeinde bedürfen, so umfassende sind, daß jeder Wunsch, welcher vor acht Tagen vorgebracht wurde, als vollständig gerechtfertigt angesehen werden muß, und daß es schwer fällt, auszuwählen, mit welchem dieser Anträge der Anfang gemacht werden soll. Nun hat das Flüchtlingslager in Oberhollabrunn schon seine Vergangenheit. Es wurde schon im Sommer d. J. benützt, um Lehrlinge dort unterzubringen und hat sich in dieser Weise ganz vortrefflich bewährt. Gegenwärtig wird vorgeschlagen, in diesem nun der Gemeinde eigentümlich gehörigen Lager Jugendliche beiderlei Geschlechtes unterzubringen, welche einer Erziehung, eines sicheren Haltes bedürfen, um den vielen Gefährdungen, die Zeit und Gesellschaft an ihnen verbrochen haben, zu entgehen, beziehungsweise von ihnen geheilt zu werden. Schon in normalen Zeiten war es in Wien eine ganz allgemein beobachtete Erscheinung, wie kaum in einer zweiten Stadt, daß Jugendliche, welche eigentlich in eine Lehre, Schule oder Erziehung gehören, sich in überaus großer Menge auf der Straße herumtummeln, die beste Zeit ihres Lebens, die Jugendzeit, welche der Vorbereitung für die Arbeit gewidmet sein soll, verlungern und versäumen und dann später, wenn die harte Pflicht der Arbeit an sie herantritt, doch nicht recht wissen, was sie beginnen sollen. Die Folge davon war, daß zahlreiche Berufe aus der Stadt Wien in ungenügender Weise alimentiert werden konnten und daß verschiedene Gewerbe genötigt waren, ihren Nachwuchs ausschließlich außerhalb Wiens zu beziehen, während die in Wien heranwachsende Jugend, kam sie in die Zeit, wo die Notwendigkeit zu verdienen für sie gegeben war, sich um einen Verdienst umsah, der keine erlernte Praxis erforderte. Diese Zustände, an und für sich beklagenswert, sind im Kriege zu einer Kalamität geworden; einerseits die Not im Elternhause, welche eine mangelhafte Erziehung zur Folge hatte, auf der anderen Seite die ungezählten leichten Erwerbsmöglichkeiten, dann die Verführung durch Individuen, welche sich schon einmal einem solchen Erwerbe gewidmet haben, brachten es mit sich, daß nicht erst vom 14. Lebensjahre, sondern viel früher schon die jungen Leute sich der Arbeit widmeten, damit viel Geld verdienten, wodurch sie auf Abwege jeder Art geleitet wurden. Ich erinnere an die große Menge der vor den Bahnhöfen herumlungernden Gestalten, welche auf diese Weise oft viel Geld verdienten, das sie dann in leichtsinnigster Weise ausgaben; ich erinnere an die vielen Jugendlichen, welche in den Gast- und Kaffeehäusern herumgehen und dort überflüssige Gegenstände verkaufen; ich erinnere daran, was die Frau Dr. Burjan in der letzten Sitzung erwähnte, daß nämlich die Verführung vielfach an junge Mädchen herantritt, und Sie alle werden mir zugeben, daß die Zustände, unter welchen die heranwachsende Jugend leidet, solche geworden sind, daß wir alle nichts anderes zu tun haben, als von diesem Geschlechte zu retten, was zu retten ist.

Ich kann und will da keinen Vorwurf gegen die Jugendlichen erheben, welche von der Bahn der richtigen Arbeit abgekommen sind. Es sind der Möglichkeiten so viele, die Verführung ist so zahlreich, daß sie bei der Urteilslosigkeit, welche ihrem Alter anhaftet, gewiß nicht angeklagt werden können. Aber wir, die Gesellschaft, müssen uns erinnern, daß dadurch, wenn wir diese Leute nicht rechtzeitig retten, eine Selbstverstümmelung an ihrer Gesundheit und an ihrer Erwerbsmöglichkeit und Arbeitskraft eintritt und unser Volk und die Bevölkerung Wiens vor den Folgen dieser Selbstverstümmelung zu bewahren, ist unsere Pflicht. Es ist nun möglich, im Lager von Oberhollabrunn 600 bis 700 solcher auf Abwege geratener junger Leute unterzubringen und zu bessern und auf solche Weise zu tauglichen Mitgliedern des Volkes heranzuziehen. Bei den Berechnungen, die gepflogen wurden, wurde unter anderem im Büro der niederösterreichischen Landesregierung eine Sitzung abgehalten, welcher auch die Landeshauptmann-Stellvertreter Sever und Kittinger, sowie Ministerialrat Dr. Bartsch beiwohnten In dieser Sitzung erklärte sich der Herr Landeshauptmann v. Steiner, sowie die beiden Stellvertreter bereit, von der Landesversammlung eine Subvention von 300.000 K zu erwirken. Herr Ministerialrat Dr. Bartsch erklärte, daß der Staat bereit sei, so viel beizutragen, als er nach dem neuen Fürsorgegesetze verpflichtet ist. Die einjährigen Kosten der Unterbringung von 500 bis 600 Jugendlichen in Oberhollabrunn sind mit zwei Millionen Kronen berechnet; es würde auf den Staat die Hälfte — also eine Million Kronen — entfallen und da die Landesversammlung 300.000 K zu tragen sich bereit erklärt hat, verbleiben auf die Stadt Wien 700.000 K. Nach dem vom Stadtrate einstimmig angenommenen Antrage, das Flüchtlingslager von Oberhollabrunn zu übernehmen, um die mehr weniger gemeinschädlichen Jugendlichen einer Fürsorgeerziehung teilhaftig werden zu lassen, bitte ich, daß auch der Gemeinderat diesem Antrage zustimme, ersuche ich ferner auch um die Bewilligung des Betrages von 700.000 K.

Im Zusammenhang damit berichte ich, wie ich schon eingangs erwähnte, auch über die Verwendung eines Teiles des Flüchtlingslagers in Pottendorf. Ein Teil dieses Flüchtlingslagers war immer als Siechenheim in Verwendung. Die Lage des Lagers, der Zustand der Baulichkeiten sind gut, auch die Verwendung als Siechenheim hat sich während mehrerer Jahre ganz entsprechend bewährt. Es lag daher der Gedanke nahe, sobald der Magistrat in Erfahrung gebracht hat, ein Teil dieses Flüchtlingslagers, und zwar das Siechenheim sei frei, es für Zwecke der Gemeinde Wien zu beanspruchen. In diesem Siechenheim können ungefähr 200 Personen untergebracht werden. Der Antrag, den der Stadtrat sich zu stellen erlaubt, geht dahin, es mögen 100 Kinder, deren Gesundheitszustand ein solcher ist, daß sie einer Erholung dringend bedürfen, dorthin geschickt werden. Einer Erholung dringend bedürfen! Solcher Kinder gibt es in Wien jetzt vielleicht viele Tausende und die hundert, für die wir jetzt Raum schaffen, sind weniger als ein Tropfen auf einen heißen Stein. Es kommt dabei zu erwägen, daß viele jener Anstalten, die der Gesundheit der Kinder in normalen Zeiten gewidmet waren, uns im Laufe des Krieges verschlossen wurden. Das Heim in San Pelagio ist seit nahezu fünf Jahren unbelegt. Auch die Heime in Hall und Sulzbach konnten nicht mehr in so intensiver Weise ausgenützt werden wie sonst. Aus den Ergebnissen des Kaiser Karl-Wohlfahrtswerkes „Wiener Kinder aufs Land" ist noch in Erinnerung, daß sich nahezu 70.000 Kinder im abgelaufenen Sommer als erholungsbedürftig gemeldet haben und daß nach den Untersuchungen, die an der Klinik des Hofrates Pirquet gepflogen wurden, fast $^9/_{10}$ dieser Kinder aus Gesundheitsrücksichten auch vom ärztlichen Standpunkte aus als dringend erholungsbedürftig bezeichnet wurden. Es wird also schwer sein, aus der großen Menge der Kinder

die geeigneten auszuwählen. Um nun doch einen Maßstab zu haben, ist geplant, unter den Kindern besonders jene auszuwählen, die als der Tuberkulose verdächtig bezeichnet werden. Ich habe schon erwähnt, daß die Lage des Lagers eine durchaus gesunde ist, Kost, Verpflegung und Wasser waren gleich gut und alle Berichte, die von der Heeresverwaltung eingelaufen sind, beweisen, daß irgendeine Ursache zur Klage nicht vorhanden war.

Es kann daher angenommen werden, daß das Lager auch dem in Aussicht genommenen Zwecke entsprechen wird. Um jedoch Befürchtungen vorzubeugen, erkläre ich nochmals, nicht tuberkulose Kinder, sondern solche, welche der Tuberkulose verdächtig sind, für die also die Wahrscheinlichkeit, gerettet zu werden, immerhin noch groß ist, sollen dort hinaus kommen. Nebst den hundert Kindern auch hundert Frauen. Auch hier soll in erster Linie auf solche Rücksicht genommen werden, deren Gesundheitszustand ein solcher ist, daß sie der Erholung und Pflege dringendst bedürfen. Wiederum sollen es nicht Tuberkulose sein, sondern solche, die unter den Strapazen des Krieges durch ihre Arbeit im Hinterlande so herabgekommen sind, daß es für sie gar nichts dringenderes gibt, als los von der Arbeit, hinaus in eine geordnete Pflege. Zum großen Teile werden es Familienmütter sein, welche ganz vorzüglich dazu geeignet sind, die Kinder, die mit ihnen im gleichen Lager untergebracht sind, entsprechend zu betreuen.

Der Stadtrat war der Meinung, daß durch die Ihnen vorgeschlagene Verwendung dieser beiden Lager in Oberhollabrunn und Pottendorf den dringendsten gegenwärtigen Bedürfnissen abgeholfen werde. Er ist sich aber vollständig bewußt, daß alle jene Wünsche, die hier schon vorgebracht wurden, so dringend sind, daß doch nicht alle erfüllt werden können, weil eben nicht die verfügbaren Räume vorhanden sind.

Ich bitte Sie, den von mir skizzierten Anträgen die Zustimmung zu erteilen.

VB. Hoß: Wenn die geehrten Damen und Herren keine Einwendung erheben, werde ich über beide erstatteten Referate die Debatte unter einem abführen. Ist dagegen eine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Wir werden also so vorgehen.

Ich erteile dem Herrn GR. Dr. Grün das Wort.

GR. Dr. Grün: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich begrüße diesen Antrag des Stadtrates und freue mich, daß die Stadt Wien das wenigstens teilweise gut machen will, was die gestürzten Götzen der vorrepublikanischen Zeit an dem Volke im allgemeinen und an den Frauen und Kindern insbesondere verbrochen haben. Nur wer so wie wir Vorstadtärzte Gelegenheit gehabt hat, sich unter den Armen umzuschauen, weiß, daß die Erkrankung der Frauen tief einschneidend in das Erwerbsleben des Mannes ist und daß die Arbeiter und die kleinen Beamten genau so an ihrem Erwerb gehindert werden, wenn die Frau krank ist, als wenn sie selbst krank wären. Dieser Antrag über die erholungsbedürftigen Frauen und Kinder ist sehr gerechtfertigt und entspricht einem Bedürfnis der Bevölkerung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Bevölkerung ist über die Verhältnisse sehr erbittert. Die gesteigerten Frauen- und Kinderarbeiten, der verminderte Wochenbettschutz, der Mangel an Lebensmitteln, der Mangel an Beheizungsmitteln, kurz und gut alle diese Umstände haben zahlreiche Krankheitsfälle mit sich gebracht und das Volk hat kein Verständnis dafür, wenn man ihm jetzt Brosamen von Seite der Wohltätigkeitsvereine zuführt. Das ist so, als beispielsweise der spanische Don Juan de Robres „mit selten christlicher Liebe dieses Armenhaus hat bauen lassen, vorher aber selbst die Leute zu Armen gemacht hat". Die Götzen der vergangenen Zeit haben zuerst das Volk betrogen und jetzt sucht man das Volk zu trösten. Infolgedessen imponiert es mir auch gar nicht, wenn die diversen hohen und fürstlichen Unterröcke in der Wohltätigkeit vorangegangen sind, nachdem sie vorher von den Zinsen des von ihnen herbeigeführten Krieges gelebt haben.

Es ist sehr interessant, daß einer Ihrer besten Köpfe, der Herr GR. Wolny in der letzten Sitzung sich bei den Ausführungen des Herrn Kollegen Winter sehr gewundert hat, der in warmen Tönen für die Familie eingetreten ist. (Zwischenrufe.)

Wenn der Herr GR. Wolny beispielsweise einen unserer besten Autoren, GR. Dr. Danneberg, über das sozialdemokratische Programm gelesen hätte . . . (Zwischenrufe und Gelächter.) Ich meine nicht den Danneberg, der vom GR. Hemala verfälscht wurde. (GR. Hemala: Pernerstorfer!) Sie sind eine Art literarischer Beinlstierer, Herr Kollege! (Schallende Heiterkeit. — Zwischenruf des GR. Hemala.) Herr Kollege, ich nehme es zur Kenntnis, daß Sie sehr nervös sind. Wenn ich hier einen ernsten Autor nenne . . .

VB. Hoß: Ich ersuche den Herrn Redner, nicht persönlich zu werden.

GR. Dr. Grün: Gestatten Sie, Herr Vize-Bürgermeister, persönlich war der Zwischenrufer! Wenn der Herr GR. Wolny gelesen hätte, daß zwei unserer wichtigsten Programmpunkte . . (GR. Hemala: Aber sachliche, nicht persönliche!) Gestatten Sie, das gehört zum Programm und ich lasse mich nicht davon wegprovozieren, ich habe ja Zeit!

Wenn Sie wissen, daß wir den Achtstundentag wollen und daß wir wollen, daß jeder vom Ertrag seiner Arbeit leben kann, wenn Sie wissen, daß wir wünschen, jeder Arbeiter solle soviel verdienen, daß es nicht notwendig ist, Frauen und Kinder vom Staate oder von privater Seite zu erhalten, wenn wir den Achtstundentag verlangen, dann wollen wir, daß jeder Arbeiter in der Lage sein solle, sich seiner Familie eine entsprechende Zeit zu widmen. Ich freue mich, wenn der Herr GR. Wolny durch den Herrn Kollegen Winter eines Besseren belehrt wurde. (Heiterkeit.)

Er kommt mir beinahe so vor, als wenn einer der alter Achäer beim Leichnam des Hektor gesagt hätte: „Wahrlich, viel sanfter erscheint er mir in der Nähe, als er mir in der Ferne erschien." (Zahlreiche Zwischenrufe. — VB. Hoß gibt das Glockenzeichen.) Herr Vize-Bürgermeister, ich bin ja gezwungen, auf Zwischenrufe zu reagieren. Die Frau GR Dr. Burjan hat das letztemal von einem Heim für ganz Unverbesserliche gesprochen; Herr Untermüller wird der erste Insasse sein. (Zwischenrufe. — Heiterkeit.)

VB. Hoß: Ich rufe Sie wegen dieses Ausdruckes zur Ordnung. (Zwischenrufe.)

GR. Dr. Grün: Ich will jetzt zur Sache übergehen. Es hat mich freilich gewundert, daß dieser Antrag, betreffend die kranken- und erholungsbedürftigen Leute vom Jugendamte ausgegangen ist und nicht vom Gesundheitsamte, das sich berufsmäßig mit kranken- und erholungsbedürftigen Leuten zu be-

schäftigen hat. Ich verstehe nicht, warum das Jugendamt diesen Antrag gestellt hat, das ja nur juristisch geleitet wird und von medizinischen Angelegenheiten nichts versteht und auch nichts zu verstehen hat. Ich hätte im Sinne einer Anregung der Frau Dr. Seitz nichts dagegen, wenn eine Frau an der Spitze des Jugendamtes stünde, welches ja, von der Berufsvormundschaft abgesehen, überhaupt nicht juristisch geleitet werden muß. Ich sage das deshalb, weil es mir aufgefallen ist, daß bei den Ernennungen der Fürsorgeärzte nicht alles Gold ist, was glänzt.

Ich stelle an die Fürsorgeärzte strengere Anforderungen als das Jugendamt, zumindest mehr als Dr. Kaup im Staatsamte für Volksgesundheit. Ein Fürsorgearzt soll nicht nur ein guter Arzt sein und eine Statistik verfassen können und finden, daß beispielsweise unter 100 Kindern drei Skoliose haben. Der Fürsorgearzt soll in erster Linie die Verhältnisse der Kinder und des Elternhauses kennen. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß die Fürsorgeärzte richtigerweise vom Gesundheitsamte ausgesucht werden sollten. Das Gesundheitsamt ist ja eine Behörde, der Sie Vertrauen schenken. Auch ich schenke diesem Amt Vertrauen, es ist ausgezeichnet geleitet. Ich bitte, es muß für alle Aerzte bei der Kommune ein Konkurs ausgeschrieben werden, damit nur die tüchtigsten darankommen und nicht nur die, welche zu dem Amte in irgend welcher Beziehung stehen.

Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß beispielsweise die Besetzung der schulärztlichen Stellen durch eine Klinik etwas ganz unärztliches ist und die Leute im Ausland halten es für lächerlich, daß eine Klinik sich zu einer schulärztlichen Fabrik erklärt hat. Ich werde auf dieses Kapitel wieder zurückkommen. Warum dieser Vorgang gewählt wurde, das liegt in Gründen der Korruption, die ich ein nächstesmal aufdecken werde.

Ich werde übrigens den Antrag annehmen, selbst wenn er von einem unrichtigen Antragsteller kommt. Ich freue mich, daß der Antrag gestellt wurde. Wir brauchen Heime, in welchen erholungsbedürftige Frauen untergebracht werden. Das Heim in Pottendorf ist ausgezeichnet klimatisch gelegen, besitzt alle entsprechenden Anforderungen. Es ist zu begrüßen, daß Frauen dort hinauskommen. Freilich ist es eine Frage, wo die Kinder und Frauen, welche hinauskommen sollen, untersucht werden. Es würde sich vielleicht empfehlen, wenn das Gesundheitsamt in dieser Beziehung Mittel und Wege schafft, um die Kinder unterzubringen, wenn sie keine Unterkunft haben, während die Frauen sich in einem Erholungsheim befinden. Hier hätte das Jugendamt einzugreifen, indem es für die Kinder eine Unterkunft findet. Ich glaube, es ist entsprechend, daß in diesem Heim in Pottendorf auch ein tüchtiger Arzt angestellt wird, der die erholungsbedürftigen Frauen und Kinder wieder zu Kräften bringt. Ich glaube, auf diesem Gebiete soll man weiterschreiten: Man soll noch weitere Gefangenenlager erwerben. Ist das Gefangenenlager in Gmünd noch nicht erworben, so bitte ich Sie, sich ehebaldigst mit der Erwerbung dieses Gefangenenlagers zu beschäftigen, nicht weil äußere und innere Ereignisse dieses Gefangenenlager bedrohen könnten, sondern weil in diesem Gefangenenlager in Gmünd eine Reihe von Gesundheitseinrichtungen sind, Apparate und Einrichtungsgegenstände, die Sie später auch für Geld nicht bekommen.

Es wäre noch eine kleine Zwischenfrage zu erledigen. Wer soll beurteilen, wer hinauskommen soll, welches Kind, welche Frau? Das darf nicht wieder den ohnehin stark überlasteten Gemeindeärzten aufgebürdet werden, sondern jeder Arzt soll beurteilen können, ob eine Frau oder ein Mann hinauszukommen hat oder nicht, wobei das städtische Gesundheitsamt die endgiltige Entscheidung zu treffen hat, jenseits von Gut und Böse. Ich bin dafür, daß man diesen Antrag ehebaldigst effektuiert und ich glaube, daß, wenn wir uns auch echauffiert haben, die Sozialdemokraten in jeder Beziehung nur dort zu finden sind, wo es sich um Kranke und fürsorgebedürftige Leute handelt. Durch den Eintritt von 60 Sozialdemokraten beiderlei Geschlechts werden die sozialen Triebkräfte in der sanitären Kommunalpolitik entschieden gefördert werden.

Ich komme nun kurz zum zweiten Punkt, zu den verwahrlosten Kindern im Kriege. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will nicht von den Erregern des Krieges sprechen, Sie werden sonst nervös . . (Zwischenrufe bei den Christlichsozialen. — Lärm.) Na, meine Herren, wenn Sie nervös werden, nehmen Sie Stahlbäder. (VB. Hoß, der wiederholt das Glockenzeichen gibt: Ich bitte den Herrn Redner, nicht selbst zu provozieren!) Herr Vize-Bürgermeister, ich habe lediglich einen ärztlichen Rat gegen die Nervosität gegeben. (Zwischenrufe.)

In dem Antrage heißt es: „Zur Durchführung der Fürsorge für verwahrloste Jugend wird ein Betrag von 700.000 K in der Voraussetzung bewilligt, daß das Land einen Betrag von 300.000 K und der Staat jene Kosten leistet, die er nach dem Gesetzentwurfe über die Fürsorgeerziehung zu leisten hätte."

Es heißt mit Recht in dem Antrage, daß die Kinder Opfer des Krieges sind. Die Kinder sind im Kriege verwahrlost, und zwar deshalb verwahrlost, weil der Vater im Felde, die Mutter im Geschäfte tätig war, weil die Kinder sich selbst überlassen waren. Sie sind verwahrlost nnd haben den Straßenmob vermehrt, den Straßenmob, der ganz parteilos ist und sich bald auf die Seite der sozialdemokratischen, bald auf die Seite der christlichsozialen Partei, ja selbst auf die Seite der Operettenrevolution stellt, wie ich mich selbst auf dem Ballplatz überzeugte. Die verwahrlosten Kinder sollen dort untergebracht werden, damit der Aufbau geistig heruntergekommener Kräfte wieder vor sich gehen kann. Hiezu muß man nach dem Antrage des Professors Dr. Bartsch, dem Leiter dieses Fürsorgeamtes in Oberhollabrunn, einen Ausschuß zur Seite stellen, dem Aerzte, Lehrer, Vormundschaftsbeamte und freie Vereinigungen angehören. Dr. Bartsch hat in dieser Hinsicht auf einem Kongreß für Schulhygiene brauchbare Anträge gestellt. Jedenfalls muß man Lehrer haben, welche in der Lage sind, die verwahrlosten Kinder wieder zur geistigen und moralischen Gesundheit zurückzuführen; aufrechte und gerade Lehrer, keine Kriecher und Frömmler. (Zwischenrufe bei den Christlichsozialen. — Ruf: Der Lehrer Seitz!) Vom Lehrer Seitz könnten Sie alle lernen. (Heiterkeit bei den Christlichsozialen.)

Weil ich bei der Jugenderziehung bin, so will ich mich entschieden gegen das Normalienblatt Nr. 13 des Magistrates, betreffend die militärische Jugendvorbereitung, aussprechen. Die militärische Jugendvorbereitung muß endgültig aus dem Programm. Sie ist eine Schule der Demütigung der Meinungs- und Willenslosigkeit. Ich weiß das aus meiner eigenen militärischen Dienstleistung, wo ich, wie ich mich noch erinnere, nicht bloß selbst gedemütigt wurde, sondern auch befehlsmäßig andere demütigen mußte. Die militärische Jugendvorbereitung hat gar

keinen Zweck, selbst wenn Regierungsrat Dr. Schiffner so großzügig darüber schreibt. (Referent GR. Tomola: Das ist nicht bei uns. Das geschieht hier nirgends!) Ich bitte Sie, im Normalienblatt 13 aus dem Jahre 1916 ist doch von der militärischen Jugendvorbereitung zu lesen. Ich glaube, nachdem das Militär verschwunden ist, werden wir jetzt auch die militärische Jugendvorbereitung ausschalten können und indem wir die Jugendlichen körperlich und geistig ertüchtigen, werden wir ein gesundes Geschlecht für die Zukunft heranziehen. (Beifall.)

VB. Hoß: Das Wort hat Herr GR. Rummelhardt.

GR. Rummelhardt: Ich begrüße den Antrag des Stadtrates ebenfalls mit ganzem Herzen und schließe mich auch den Worten des Herrn Vorredners an, daß an der Jugend viel gesündigt wurde durch die Gewalten, welche vor dem Kriege in Oesterreich die Regierung geführt haben. Vom Stadtrats-Referenten wurde gesagt, daß in Oberhollabrunn ein Heim für verwahrloste Jugendliche errichtet werden wird, um sie wieder auf den Weg der Besserung zu bringen. Ich bin vollständig überzeugt, daß der Krieg und seine Folgen unsere Jugend demoralisiert haben. Es wäre aber nicht notwendig gewesen, daß dies in einem solchen Maße geschehen ist, wenn die berufenen Regierungsstellen rechtzeitig dagegen Maßregeln ergriffen hätten. Schon im Jahre 1915 wurde bemerkt, daß eine Anzahl Jugendlicher im Alter von 14 bis 16 Jahren arbeitslos auf den Gassen herumstreicht, daß sie der Lehre entlaufen und wenn sie am Trockenen sind — wie man wienerisch sagt — in irgendeinen ärarischen Betrieb eintreten, wo sie ganz unverhältnismäßig hohe Löhne erhalten. Schon damals hat die Lehrlingsfürsorge-Kommission eine Eingabe an die Statthalterei gerichtet, es mögen Vorkehrungen getroffen werden, damit diese Verhältnisse nicht ins Unendliche gehen, damit die Jugendlichen nicht so mir nichts dir nichts der Lehre entlaufen und daß, wenn sie schon so hohe Löhne erhalten, wenigstens ein Teil dieser Löhne durch einen Sparzwang für spätere Zeiten aufbehalten bleibe. Es wurde damals der Statthalterei eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet, aber die Erledigung dieser Eingaben hat darin bestanden, daß die Statthalterei geschrieben hat, im Kriege muß man es gehen lassen wie es geht (Rufe: Hört! Hört!), sie sei nicht in der Lage, irgendeine dieser Maßregeln durchzuführen.

Meine Damen und Herren! Ich geißle dieses Urteil der Statthalterei, denn sie wäre berufen gewesen, alle Maßregeln zu ergreifen, um den Uebeln, die der Krieg mit sich bringt, möglichst einen Damm entgegenzusetzen. Wenn heute die Gemeinde Wien diese Vernachlässigung wieder gutmachen will, indem sie ein Heim für die verwahrloste Jugend einrichtet, so muß ich schon sagen, daß auch in diesem Falle die Gemeinde eine Last der Regierung übernimmt und einen Fehler der Regierung gutzumachen hat. Wenn nun ein solches Heim in Oberhollabrunn errichtet wird, so muß auch Sorge getragen werden, daß ein entsprechender Arbeits- und Erziehungsplan für die Jugend geschaffen wird. Es müssen Werkstätten errichtet und die Jugendlichen unter wirklich gebildeten und praktischen Fachlehrern zur Arbeit angehalten und für dieselbe erzogen werden. Es ist ja richtig, Frömmler, wie sich Herr Dr. Grün ausgedrückt hat, wollen wir alle nicht. Aber, daß für diese Jugendlichen auch ein sittlich-religiöser Erziehungseinfluß notwendig ist, werden Sie hier wohl alle ohne Unterschied der Partei zugeben. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Es muß daher Sorge getragen werden, daß dieser erziehliche Einfluß auch in diesem Heime auf die Jugendlichen stattfindet. Es nützt jedoch nichts, solche Heime zu errichten, sondern es ist auch Aufgabe der berufenen Vertreter, die Verwahrlosung überhaupt hintanzuhalten. Prophylaktische Maßnahmen sind auf diesem Gebiete das Wichtigste. Ich erlaube mir daher, an den Herrn Bürgermeister und den Stadtrat die Bitte zu richten, endlich auf eine Einrichtung das Augenmerk zu richten, welche ich für eine der wichtigsten im modernen Staate halte, eine öffentliche Berufsberatung. Sie werden zugeben, daß das Schicksal jedes Menschen zum großen Teile von seinem Berufe abhängt. Wehe, wenn einer in einen Beruf kommt, dem er physisch oder geistig nicht gewachsen ist. Ich glaube, eine der notwendigsten Ergänzungen für die Jugendlichenfürsorge ist die Einrichtung einer öffentlichen Berufsberatungsstelle durch Aerzte, Lehrer und Praktiker. Ich weiß ja, daß das Amt eines Berufsberaters nicht leicht ist, aber es muß gehen, denn die Berufsberatung beim Austritte aus der Schule ist das Wichtigste. Wir dürfen uns in Deutschösterreich nicht mehr den Luxus erlauben, daß auch nur eines unserer Kinder auf einen falschen Platz gestellt wird.

Nach der Berufsberatung muß als Ergänzung auch eine Berufskontrolle eingeführt werden. Wir wissen, daß junge Leute ganz ohne Grund nur durch äußere Einflüsse veranlaßt, der Lehre oder Arbeit entlaufen, eine Zeitlang herumlungern und daß gerade durch dieses Herumlungern der Keim zur späteren moralischen Verelendung gelegt wird. Es muß daher eine Berufskontrolle stattfinden, und wenn mit Recht eine Inspektion der Meisterlehre von Ihnen und von uns verlangt wird, so muß diese Inspektion nicht nur die Meister kontollieren, sondern auch auf die Jugendlichen jenen Einfluß nehmen, daß sie sich ihrer Pflicht wieder voll und ganz bewußt werden. (Beifall.) Es ist nichts schrecklicher für unsere Jugend, als daß sie heute glaubt, es gibt für sie keinen Herrn mehr. Wenn man heute 15- und 16jährige Jungen beobachtet, so sieht man, daß sie auftreten, als wenn sie schon die Welt gepachtet hätten und maßgebende Faktoren im Staate wären. (Rufe: Sehr richtig!)

Es wird Aufgabe der öffentlichen Berufskontrolle sein, hier Wandel zu schaffen. Es muß aber auch jeder Staatsbürger und jede Staatsbürgerin es als Pflicht ansehen, die Jugend wieder zu Sittlichkeit, Gehorsam und Bescheidenheit zu erziehen. (Beifall.) Wenn der Stadtrat eine Vorlage für die verwahrloste Jugend macht, so hätte ich nur noch eine Bitte: In späterer Zeit wird es vielleicht nicht mehr notwendig sein, ein Heim für Verwahrloste zu errichten, wenn für die arbeitende Jugend Heime schon in einer Zeit bestehen, wo sie noch nicht verwahrlost ist. Heute ist es den Eltern der Jugendlichen und den Meistern oft nicht möglich, die Jugendlichen richtig zu erziehen, und es ist daher auch notwendig, Heime für sie zu errichten. Ich bitte daher den Stadtrat, durch die Organe der Gemeinde Umschau zu halten, ob nicht in einem der Gebäude, die jetzt Kriegszwecken gedient haben, ein Heim für diese Zwecke errichtet werden könne.

Bürgermeister (der mittlerweile den Vorsitz übernommen hat): Das Wort hat Herr GR. Dr. Loewenstein.

GR. Dr. Loewenstein: Verehrte Frauen und Herren! Ich werde beiden Referaten des Stadtrates selbstverständlich zustimmen, weil ich wiederholt meiner Meinung bezüglich der erholungsbedürftigen Frauen und Kinder und auch bezüglich der

Sorge für die verwahrloste Jugend hier Ausdruck gegeben habe. Wenn heute darauf hingewiesen wurde, daß noch nicht die entsprechenden Anstalten errichtet wurden und wenn der unmittelbare Vorredner Herr Kollege Rummelhardt darauf hingewiesen hat, daß es eigentlich ein pflichtvergessenes Vorgehen der Behörden war, nicht rechtzeitig Vorsorge für die verwahrloste Jugend zu treffen, so möchte ich darauf aufmerksam machen, daß seit dem Jahre 1908 der Gesetzentwurf für Jugendfürsorge im Herrenhause liegt und nicht verabschiedet wurde. Wäre er verabschiedet worden, so unterliegt es keinem Zweifel, daß es nicht so weit gekommen wäre, wie es gegenwärtig hinsichtlich der Verwahrlosung der Jugend in der Kriegszeit geschehen ist. Es wären entsprechende Einrichtungen getroffen worden und wir hätten zumindest im jetzigen Augenblicke, wo wir mit so großen und überwältigenden Aufgaben überhäuft sind, nicht erst daran zu denken, die Jugendfürsorge in die Wege zu leiten. Wenn Sie darauf Rücksicht nehmen, was in dem Berichte seitens des Polizeirates Dr. Walkhoff bekanntgegeben wird — ich glaube, es war heuer im Mai — so wird sich ein trostloses Bild vor Ihren Augen entrollen.

Die Gesetzesverletzungen, welche die verwahrloste Jugend sich zuschulden kommen ließ, werden in zwei Gruppen eingeteilt, und zwar in Verfehlungen, zu deren Ahndung grundsätzlich das Strafgericht befugt ist und in Ordnungswidrigkeiten, welche in die Strafkompetenz der politischen Behörden, in Wien also dem Magistrate und der Polizei unterliegen. Während im Jahre 1913 6162 solcher Fälle verzeichnet wurden, stieg die Zahl im Jahre 1917 auf 14512, was annähernd einer 134 prozentigen Steigerung entspricht. Ich folge hier den Mitteilungen in der Zeitung für Kinderschutz und Jugendfürsorge. Es heißt dort (liest): „Unterscheidet man innerhalb dieser Gruppe zwischen den von Kindern und den seitens Mündiger begangenen, strafgesetzlich verpönten Handlungen, so verschiebt sich das Verhältnis zu Ungunsten der Unmündigen in einer geradezu erschreckenden Weise. Im Jahre 1913 wurden nämlich 1848, im Jahre 1917 hingegen 5926 Kinder unter 14 Jahren aus Anlässen dieser Art polizeilich beanständet, das bedeutet eine Zunahme von 220 Prozent.

Die von Mündigen begangenen strafbaren Handlungen stiegen von 4314 im Jahre 1913 auf 8556 im Jahre 1917, mithin um fast 99 Prozent."

Es heißt dann weiter (liest): „Die Gesamtzahl aller aus Anlässen der vorerwähnten Art beanständeten Kinder und Jugendlichen ist von 7885 im Jahre 1913 auf 14.029 im Jahre 1917 gestiegen (Zunahme fast 78 Prozent), davon betrafen Kinder 3260 Fälle im Jahre 1913 und 6757 im Jahre 1917 (Steigerung 107 Prozent)." Sie ersehen daraus, wie groß der Prozentsatz der verwahrlosten Jugend ist.

Noch eine kleine Statistik (liest): „In der Zeit vom 1. Juli bis zum 30. September 1917 wurden im Wiener Polizeirayon 2261 schulpflichtige Kinder wegen Diebstählen, 333 wegen verschiedener Körperverletzungen und Gefährdung der körperlichen Sicherheit und 137 wegen Sachbeschädigung beanständet."

Wenn ich nur noch eines hervorhebe, so möchte ich kurz erwähnen, daß das Wiener Polizeiamt im Jahre 1917 insgesamt in 43.993 Fällen mit Kindern und Jugendlichen zu tun gehabt hat. Das ist das Bild, das sich nach einer viereinhalbjährigen Kriegszeit vor unseren Augen entrollt und das zweifellos den Schrei zum Himmel steigen läßt, daß in diesen Fällen unbedingt eine Vernachlässigung der Obsorge für die Jugendlichen durch die Behörden erfolgt ist. Heute ist die Zeit, wo man den Behörden sagen kann, daß sie verabsäumt haben, rechtzeitig Vorsorge zu treffen. Erst im letzten Augenblick hat man ein Herz für diese Geschöpfe entdeckt und man sah, wie die Herren auf dem Exerzierplatze mit Zylinder und Glacee den hohen Herrschaften gezeigt haben, wie groß ihr warmfühlendes Herz für die Jugend ist. Es ist das ein düsteres, trauriges Bild, das wir wahrnehmen müssen. Es ist selbstverständlich heute nicht mehr möglich, in einer so großen Anzahl von Fällen Hilfe zu schaffen. Es ist daher die Bemerkung des Herrn Stadtrats-Referenten richtig, daß das, was die Gemeinde in dieser Angelegenheit tut, nur ein Tropfen auf glühenden Stein ist. Ich möchte nur ganz kurz in Erinnerung zurückrufen, daß in der langen Zeit, die ich schon im Gemeinderat zu sein die Ehre habe, von Ihnen nicht mit Ernst daran gegangen wurde, für die Jugendfürsorge zu arbeiten. So oft es sich um die Unterstützung von Horten gehandelt hat, hat Ihre Partei nur jenen Anstalten eine Unterstützung angedeihen lassen, von denen sie wußte, daß die diesbezüglichen Führer Ihrer Partei angehören.

Ich erinnere daran, daß der verstorbene GR. Winarsky auch auf diese Ungerechtigkeit hingewiesen hat. Ich habe unmittelbar vor Ausbruch des Krieges gebeten, daß Sie alle Institutionen, welche im Interesse der Jugendfürsorge arbeiten, unterstützen mögen. Wir müssen selbstverständlich nebst der körperlichen auch für die sittliche Erziehung der Jugend sorgen, denn wir brauchen einen Nachwuchs körperlich und moralisch gesunder Menschen und diesen können wir nur erzielen, wenn wir alle Mittel und Wege, welche uns zur Verfügung stehen, auch entsprechend ausnützen.

Die Ursachen, welche zur Verwahrlosung führen, sind verschiedene. Teilweise ist es eine krankhafte Veranlagung des betreffenden Individuums, welche es zum Verbrecher macht. Anderseits ist es Not und Elend in der Familie, denn die Leute geraten nur auf Abwege, weil sie zuhause nicht die entsprechende Beschäftigung finden. Es war seinerzeit keine schlechte Idee, Horte zu gründen, aber diese Horte haben nicht jene Bedeutung haben können, die sie haben sollten, weil sie eine Vereinsmeierei waren, und keine ernste Betätigung stattfand. Wenn es Horte gegeben hat, welche für die Jugend, welche die Schulen verlassen hat, eine entsprechende Beaufsichtigung boten, weil die Eltern die Erziehung nicht weiterleiten konnten, so war das eine dankenswerte Arbeit und hätte entsprechende Unterstützung finden sollen. Aber alle diese Horte mußten zugrunde gehen, weil sie auf die Bettelei bei den verschiedenen Wohltätigkeitsvereinen angewiesen waren, die ihre Unterstützungen nur dann zur Verfügung stellten, wenn sie für diese Leistungen eine Gegenleistung erfuhren. Ich glaube kaum, daß man in der Lage sein wird, sehr große Hilfsquellen für derartige Zwecke zu finden, weil für die warmfühlenden Seelen, die diese Mittel beistellten, keine Zuckerln mehr da sind, die sie reizen würden, ihre Mittel zur Verfügung zu stellen. Ich bin der Ansicht, daß diese Angelegenheit nicht von der Wohltätigkeit abhängig gemacht werden darf, sondern, daß es Aufgabe des Staates, des Landes und der Gemeinde ist, dafür Sorge zu

tragen, weil alle diese Wohltätigkeitsvereine stets mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen haben und nie in der Lage sind, das durchzuführen, was notwendig ist. Es wird daher notwendig sein, daß man so rasch als möglich im Staatsamt das Fürsorgegesetz erledigt. Ich glaube, mich recht zu erinnern, daß im Juni 1918 noch unter der alten Regierung ein Beirat gegründet wurde, welcher die Aufgabe hatte, diesen Gesetzentwurf in Beratung zu ziehen. Leider ist diese Angelegenheit infolge der Verhältnisse vorläufig zurückgestellt worden, aber ich glaube, daß es eine der ersten Aufgaben der Nationalversammlung sein wird, grundlegende Gesetze zu schaffen.

Was den zweiten Punkt anlangt, die Genehmigung des Betrages für erholungsbedürftige Frauen und Kinder, so glaube ich, daß diesbezüglich von Dr. Grün genug Worte gefallen sind. Ich möchte nur ganz kurz darauf hinweisen, daß gerade die Obsorge für die schulpflichtigen Kinder eine erhöhte sein muß, denn gerade mit Rücksicht auf den Umstand, daß das Sterblichkeitsverhältnis der schulpflichtigen Kinder im Verhältnis zu anderen Altersgruppen bedeutend größer ist, muß eine rasche Fürsorge möglich gemacht werden, um einen gesunden Körper in dem betreffenden Individuum zu erhalten.

Ich werde mir also bei einem der nächsten Referate des Herrn VB. Neumann bezüglich der Ernährungs-Angelegenheiten erlauben, über diese Angelegenheit ausführlich zu sprechen.

Nur mit Rücksicht auf den Umstand, daß der Stadtrats-Referent darauf hingewiesen hat, daß es sich hier um von Tuberkulose nicht infizierte Personen handelt, möchte ich darauf hinweisen, daß gerade im schulpflichtigen Alter zwischen dem 5. und 14. Lebensjahre die Tuberkulose verbreiteter ist, als jede Infektionskrankheit, als Scharlach oder Diphtherie. Ich werde mir bei nächster Gelegenheit erlauben, über die prozentuellen Zahlen ausführlicher zu sprechen.

Was die Frauen betrifft, hat schon Herr Dr. Grün richtig erwähnt, daß sie dem Erwerbe nachgehen müssen.

Es ist nun interessant, aus der Statistik zu ersehen, daß nahezu 60 Prozent aller Frauen schon vor dem Kriege sich dem Erwerbsleben zuwenden mußten. Wenn Sie in Berücksichtigung ziehen, daß durch die Kriegsereignisse die Verhältnisse bedeutend schlechter geworden sind, so kann man ruhig sagen, daß in jedem Haushalte neben dem Manne auch die Frau verdient. Daß aber die Frau durch die Kriegsstrapazen sehr erholungsbedürftig geworden ist, unterliegt wohl nicht dem geringsten Zweifel. Es ist daher selbstverständlich, daß die Erholungsbedürftigen, die dem Arbeiterstande angehören, berücksichtigt werden und es wäre zu wünschen, daß dieser Aktion sobald als möglich eine zweite Aktion nachfolgen möge. Mindestens auf diesem Gebiete hat sich die Notwendigkeit ergeben, die erholungsbedürftigen Frauen und Kinder zu unterstützen, um so rasch als möglich zu einem gedeihlichen Resultat zu kommen. Unsere Jugend ist die Zukunft des Staates und daher müssen wir für sie sorgen. Ebenso müssen wir für die Frauen sorgen, die im Erwerbsleben so schwer gelitten haben. Von diesem Standpunkte aus müssen wir beide Anträge des Stadtrats-Referenten aufs wärmste unterstützen und ich werde auch dafür stimmen. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Bürgermeister: Zum Worte gelangt Herr GR. Körber.

GR. Körber: Von den Herren Rednern wurde auf die Umstände hingewiesen, die es mit sich gebracht haben, daß leider ein so großer Teil unserer Jugend verwahrlost ist. Insbesondere Herr Kollege Rummelhardt hat darauf hingewiesen, daß die Gemeinde Wien zum Beispiel für die Lehrlinge sehr viel getan hat. Es sei nur auf die Fortbildungsschule in der Mollardgasse verwiesen. Jeder, der Gelegenheit gehabt hat, diese Schule zu besuchen, muß wohl sagen, daß auf diesem Gebiete außerordentliches geleistet worden ist Es ist unbedingt notwendig, daß die Jugend unterrichtet werde und das wurde auch von Herrn Dr. Grün betont. Auch bezüglich der Volks- und Bürgerschulen hat die Gemeinde Wien Außerordentliches geleistet und wir können wohl sagen, daß in dieser Hinsicht alles geschehen ist, was möglich war. Man muß sich daher wundern, daß wir dennoch für die verwahrloste Jugend einen Beitrag leisten müssen. Wenn die 700.000 K genügen, dann soll es ja gut sein, aber ich glaube, daß damit allein nicht geholfen sein wird, sondern daß man diesem Uebel nur dann steuern kann, wenn man es an der Wurzel ergreift.

Der Krieg hat ja bekanntlich Zustände gezeitigt, die speziell für unsere Jugend recht verderbenbringend waren. Es ist ja schon erwähnt worden, daß die Schuljugend auf der Gasse alles Mögliche treibt und die Schule nicht besucht. Man sollte aber weitergehen und auch die Gründe erforschen, warum eigentlich die Jugend nicht zur Schule geht. Wir haben in Wien noch über 100 Schulen, die noch von der militärischen Verwaltung belegt sind. Was vielleicht in Kriegszeiten hinzunehmen war, das wäre heute doch nicht mehr notwendig und daher sollten diese Schulen endlich einmal ihrem Zwecke wieder zugeführt werden. Im 2. Bezirke haben wir heute noch 13 Schulen, die von der militärischen Verwaltung belegt sind. Das ist ein Zustand, der wohl sehr zu bedauern ist. Im 2. Bezirke haben wir die sogenannte blau-weiße Garde, die von der Brigittenau auslogiert und nun in die Leopoldstadt gekommen ist, und zwar in die Untere Augartenstraße. Man muß sich überhaupt fragen, wozu denn diese blau-weiße Garde notwendig sei, daß sie heute noch eine Schule besetzt. Für wen ist sie überhaupt da? Zur Bewachung der Bevölkerung oder für sonst etwas? Kürzlich sah ich in der Leopoldstadt einen Streifwagen fahren, auf dem verschiedene Waren lagen und darauf waren auch vier Mann von der Garde mit aufgepflanztem Gewehr. Ich konnte nicht ausnehmen, wohin der Wagen gefahren ist Mir ist dabei nur aufgefallen, daß diese blau-weiße Garde noch etwas zu bewachen hat außer der Bevölkerung.

Es ist also ein Hauptübel, daß die Schulen nicht frei werden Wir hören es ja von unseren Lehrern, wie sie sich darüber beklagen, daß man die Schulen nicht freibekommen kann. Im zweiten Bezirke müssen die Kinder vom unteren Teil des Bezirkes, von der Donaustadt in die Leopoldstadt hinaufgehen. In den Klassen muß Wechselunterricht eingeführt werden — das sind Zustände, die heute wohl nicht mehr notwendig sind. Ich möchte daher ersuchen, und ich erlaube mir auch den Antrag zu stellen, daß man an das Amt für Heerwesen herantritt und dort vorstellig wird, daß endlich einmal diese Schulen frei werden. Es wird das sicherlich nur zu Nutz und Frommen unserer Jugend sein, denn wenn wir nicht darauf volles Gewicht legen, daß die Schuljugend auf die richtigen Wege des Lebens geführt wird, so können wir in Oberhollabrunn und wenn wir noch drei andere Städte dazu nehmen, die verwahrloste Jugend nicht hinein-

bringen. Es ist daher notwendig, daß man schon mit der Schuljugend anfängt.

Ich bitte, diesen Antrag anzunehmen und ich glaube, damit haben wir zur Behebung der Verwahrlosung der Jugend ein Erhebliches beigetragen.

Bürgermeister: Die Debatte ist geschlossen, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter GR. Tomola: Ich will im Schlußworte jene Bemerkungen, welche im Laufe der Debatte betreffs des Flüchtlingslagers Oberhollabrunn gefallen sind, und jene, welche das Lager in Pottendorf betrafen, getrennt besprechen. Betreffs der Fürsorge für die verwahrloste Jugend wurde vom Herrn Kollegen Rummelhardt in ganz vorzüglicher Weise darauf hingewiesen, daß vor allem prophylaktische Maßnahmen viel wichtiger sind als die Heilung schon Erkrankter. Die Heilung muß in energischer Weise in die Hand genommen werden. Es ist das eine Forderung, die in der kürzesten Frist uns vor sehr wichtige und sehr große Arbeiten stellen wird. Ich will aber in diesem Zusammenhange und um allen deutlich zu machen, wie sehr die Jugend vom 14. bis 16. Lebensjahre der regelmäßigen Arbeit entzogen wird, darauf aufmerksam machen, daß während des Krieges die Zahl der Lehrlinge bis auf ein Drittel der Lehrlingszahl vor dem Kriege gesunken ist, das heißt, wir haben im Jahre 1917 um nahezu 50.000 Lehrlinge weniger gehabt wie vor dem Krieg. Man kann diese Schuld nicht ausschließlich auf den Krieg zurückführen, da die Leute zwischen 14 und 17 Jahren nicht in den Krieg zogen, sie blieben in Wien, allerdings beschäftigt mit Dingen, die ganz und gar ungeeignet waren, sie zu tüchtigen Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft heranzuziehen.

Von Herrn Dr. Grün wurden verschiedene Umstände angeführt, die besonders darauf hinweisen sollten, was daran schuld ist, daß die Jugend so vernachlässigt wurde.

Ich als Referent habe Verschiedenes hervorgehoben, wie Mangel an häuslicher Erziehung, Mangel an Beaufsichtigung und ich gebe ohneweiters zu, wie ich es eingangs getan habe, daß der Krieg einen großen Teil, ja den Hauptteil der Schuld daran trägt, daß die Jugend heute in dem Zustande ist, in dem sie sich befindet. Aber Unrecht wäre es, die Schuld daran auf die Jugend zu schieben, denn die Jugend ist ein unglückliches Opfer aller dieser Zustände geworden.

Gibt es denn unter uns nicht auch Erwachsene, welche während dieser Jahre an Denkkraft, Moral und Ehrbegriffen Schaden gelitten hätten? Shakespeare's Worte in „Hamlet" treffen auch hier zu: Es nagt der Wurm des Frühlings Kinder an. Zu oft noch, eh' die Knospe sich erschlossen. Und in der Früh und frischem Tau der Jugend ist gift'ger Anhauch am gefährlichsten.

Selten hat jemand ein treffenderes Wort geprägt, als diese Ermahnung an Ophelia im „Hamlet".

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Berufsberatung, welche Kollege Rummelhardt hervorgehoben hat, ist zweifellos ein Mittel, welches durch die möglichen Maßnahmen gefördert werden muß. Unter Berufsberatung wird gemeiniglich bloß jener Teil verstanden, welche die der Schule entwachsene Jugend dem Gewerbe zuführt. Das ist aber ein großer Irrtum. Wenn wir Umschau halten in der Stadt Wien, so sehen wir, es mangelt den Wienern nicht nur in den Gewerbebetrieben, sondern auch in den Intelligenzberufen an einheimischen Nachwuchs. Auch diesen widmen sich zu wenig Wiener; ich verweise da auf die technischen Berufe, auf den Handelsberuf, wo allmählich der Zuzug von auswärts immer größer wird. Wir konnten ja diesen Zuzug ziemlich leicht ertragen. Aber jetzt, wo die Arbeitslosigkeit großer Massen eingetreten ist, ist es an der Zeit, dafür zu sorgen, daß jeder, der in dieser Stadt lebt, dazu herangezogen wird, werktätige und nützliche Arbeit zu leisten. Herr Kollege Dr. Grün hat in seinen Ausführungen den Wunsch ausgesprochen, es möge über die Auswahl dieser Verwahrlosten eine entsprechende Kontrolle geführt werden. Dafür ist vorgesorgt. Im Magistratsberichte heißt es diesbezüglich (liest): „Die Auswahl der erziehungsbedürftigen Jugend wird unter Mitwirkung des polizeilichen Jugendamtes, der Gerichte und der freiwilligen Jugendfürsorge erfolgen, welche in einem Verband zusammengefaßt und im Begriffe ist, in gemeinsamer Arbeit mit dem städtischen Jugendamte eine große Aktion für die verwahrloste Jugend durchzuführen.

Endlich muß ich in diesem Zusammenhange auch auf die Vorwürfe zu sprechen kommen, welche betreffs der militärischen Jugenderziehung hervorgerufen wurden. Ich wiederhole bei diesem Anlasse, nachdem viele Mitglieder neu hier im Saale anwesend sind, noch einmal, daß von der Gemeinde niemals die militärische Jugendvorbereitung gefördert wurde. Meine Damen und Herren! Die Gründung der städtischen Knabenhorte im Jahre 1908 erfolgte aus dem Grunde, um der damals geradezu groteske Formen annehmenden Jugenderziehung zu steuern. Es hatten sich damals verschiedene Vereine gebildet, welche vor hatten, die Jugend zu organisieren und zu erziehen, den Eltern tüchtige und gesittete Kinder ins Haus zu bringen. Ihr guter Wille darf nicht bezweifelt werden. Aber in den Vereinen wurde Dilettantenarbeit geleistet, weil viele glaubten, das Erzieherhandwerk sei sehr einfach und jeder verstehe es. Ich wiederhole, es hat die Arbeit in diesen Vereinen geradezu groteske Formen angenommen; ein Knabenhort unternahm eine Reise nach München. Die Musik spielte während der Fahrt. In München, wo gerade Ausstellung war, konzertierte die Knabenhortkapelle und die Kinder haben dann, wie Bettelmusikanten, abgesammelt.

Gerade diese Zustände waren es, die uns bewogen haben, im Jahre 1908 an die Errichtung eines eigenen städtischen Knabenhortes zu schreiten, in welchem niemals militärische Erziehung gepflegt wurde. Es ist ein böses Schicksal unserer Knabenhorte, daß sie immer wieder mit denen in einen Topf geworfen werden, welche ganz unerzieherisch eine Arbeit leisten, die von mir wiederholt bekämpft wurde und auch jetzt nicht genug bekämpft werden kann. Wenn Sie sich dagegen aussprechen, wenn Sie in Ihrem Wirkungskreise alles tun, um diese militärischen Vereine zu unterdrücken, so kommen Sie damit nur meinem Wunsche und dem Wunsche der Gemeinde entgegen und ich beglückwünsche Sie sehr, wenn Sie auf diesem Gebiete Erfolge aufweisen können.

Bezüglich der Verwendung des Pottendorfer Lagers wurden nur wenige Einwendungen erhoben. Herr Kollege Dr. Grün wünschte, daß womöglich auch die Kinder jener Frauen untergebracht werden, die nach Pottendorf kommen. Das wird selbstverständlich gerne geschehen, wenn es sich als notwendig erweist. Er wünschte auch hier, bezüglich der Auswahl etwas zu hören. Herr Kollege Dr. Grün hat anerkannt, daß 100 Frauen und 100 Kinder sehr wenig sind und daß hier eine Auswahl zu treffen schwieriger ist, als das große Los aus dem Glücksrade zu

ziehen. Seit Jahren ist in den magistratischen Aemtern die Einrichtung, daß jeder Arzt berufen und eingeladen ist, wenn er im Kreise seiner Berufstätigkeit besonders dringende Fälle hat, diese dem Magistrate mitzuteilen. Dort werden ja Erhebungen gepflogen und womöglich das Notwendigste veranlaßt werden.

Im übrigen glaube ich auf alle vorgebrachten Wünsche reflektiert zu haben. Ich erwähne nur noch, was ich eingangs versäumt habe, daß auch für die Unterbringung von Frauen und Kindern im Flüchtlingslager Pottendorf ein Betrag von 700.000 K angesprochen werden muß. Einen Betrag von 250.000 K stellte der Staats-Sekretär für Gesundheitswesen in Aussicht, allerdings lediglich unter der Bedingung, daß er diesen Betrag aus dem Titel, der für Tuberkulosenfürsorge bestimmt ist, entnehmen kann. Aus diesem Grunde finden Sie auch, daß nicht tuberkulose, mindestens aber der Tuberkulose verdächtige Personen dorthin geführt werden sollen. Wir konnten diese Bestimmung umso eher aufnehmen, als die Anzahl jener, welche jetzt der Tuberkulose verdächtig sind, so groß ist wie die Zahl der Unterernährten überhaupt.

Ich bitte also um die Genehmigung der gestellten Anträge.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung. Ich bitte jene Herren, welche den Antrag Post 16, betreffend Oberhollabrunn, annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Einstimmig angenommen.

Ich bitte jene Herren, welche den Antrag Post 17, betreffend das Lager Pottendorf, annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Einstimmig angenommen.

Ich bitte jene Herren, welche den Antrag des Herrn GR. Körber, betreffend die Befreiung der Schulen vom Militärbelag, unterstützen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Er ist genügend unterstützt und geht an den Stadtrat.

Beschluß:

Zur Durchführung der Fürsorge für verwahrloste Jugend wird ein Betrag von 700.000 K in der Voraussetzung bewilligt, daß das Land einen Betrag von 300.000 K und der Staat jene Kosten leistet, die er nach dem Gesetzentwurf über die Fürsorgeerziehung zu leisten hätte. Die Auslage wird auf Ausgabs-Rubrik LII 34 „Auslagen aus Anlaß der Kriegsereignisse" verwiesen.

*

Zur Erweiterung der Fürsorge für die erholungsbedürftigen Frauen und Kinder wird ein Betrag von 700.000 K unter der Voraussetzung genehmigt, daß das Staatsamt für Gesundheitswesen mit Rücksicht darauf, daß die Fürsorge tuberkulos gefährdeten Familien zugute kommt, ein Viertel der Kosten zur Zahlung übernimmt.

Die Auslagen werden auf die Ausgabs-Rubrik LII 34 „Auslagen aus Anlaß der Kriegsereignisse" verwiesen.

Bürgermeister: Die Herren Schriftführer konstatieren die Anwesenheit von mehr als 100 Gemeinderäten. Ich bitte den Herrn GR. Hötzel, sein Referat, dessen Genehmigung der qualifizierten Majorität bedarf, zu erstatten.

30. Berichterstatter GR. Hötzel: Zahl 11399, Post 27. Es handelt sich hier um die Erwerbung eines Ergänzungsgrundes von der Firma Julius Meinl in der Seitenberggasse im 16. Bezirke.

Die Gemeinde Wien besitzt in einem Baublocke, welchen die Firma Meinl ins Eigentum übernommen hat, durch Kauf einen Grundstreifen, der seinerzeit von der Gemeinde Ottakring übernommen und als Weg benützt wurde. Dieser Grundstreifen beträgt 165 m². Es wurde mit der Firma die Vereinbarung getroffen, daß sie den ihr gehörigen Grund in der Heigerleinstraße unentgeltlich an die Gemeinde Wien abtritt und dafür die 165 m² zum Preise von 51 K an die Firma käuflich überläßt. Das ist im ganzen ein Betrag von 8500 K. Nachdem die Firma, die eine Hälfte des Straßengrundes der Gemeinde Wien unentgeltlich abgibt — die andere Hälfte muß sie selbstverständlich abtreten — so hat das Stadtbauamt den Antrag gestellt, daß wir diesen Grund zur Arrondierung dieses Baublockes der Firma überlassen, und zwar nach dem Antrage um den Preis von 51 K per Quadratmeter. Der Grund, der uns unentgeltlich zugewiesen ist, hat ein Ausmaß von 497 m² und ist infolgedessen, nachdem er zu einem Drittel zu bewerten ist, der Preis 3497 K, zusammen 8449 K und 8500 K — ergibt eine Gesamtsumme von 16.949 K, sodaß der Grundpreis zugunsten der Gemeinde spricht und ein Durchschnittspreis von 102 K entfällt. Da der Kauf ein günstiger ist, bitte ich um die Annahme.

VB. Neumann (der den Vorsitz übernommen hat): Zum Worte ist niemand gemeldet. Eine Einwendung wird gegen diesen Antrag nicht erhoben. Ich bitte jene Damen und Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist also mit mehr als 80 Stimmen zum Beschlusse erhoben.

Beschluß:

Die Gemeinde Wien überläßt der Firma Julius Meinl, Wien, 16., Nauseagasse 59/63, zur Ergänzung ihres Baublockes zwischen der Heigerleinstraße und Seitenberggasse einerseits und der Effinger- und Spindeleggergasse anderseits den im Plane des Stadtbauamtes Fach-Abteilung XIV, 1804/18, vom Juli 1918 durch rote Farbe hervorgehobenen Teil der Kat.-Parz. 1748/7, ö. G. Ottakring, im ungefähren Ausmaße von 172·12 m² um die Bauschsumme von 9200 K unter nachstehenden Bedingungen:

1. Der Grund wird verkauft, wie er liegt und steht, und der Verkäuferin vollkommen satz- und lastenfrei übergeben.

2. Der Kaufpreis ist binnen acht Tagen nach Verständigung der Käuferin von der Genehmigung ihres Anbotes fällig.

3. Die Firma Julius Meinl verpflichtet sich, den von der Kat.-Parz. 768/2 nach der genehmigten Baulinie zur Heigerleinstraße entfallenden Grundteil im Ausmaße von ungefähr 994·45 m² ohne besondere Entschädigung gleichzeitig mit der Durchführung dieses Rechtsgeschäftes in das öffentliche Gut zu übertragen und der Gemeinde Wien über deren jeweiliges Verlangen in der richtigen Höhenlage zu übergeben.

Gleichzeitig gibt sie ihre Zustimmung, daß diese letztere Verpflichtung auf der Einl.-Z. 245 Ottakring oder auf der Einlage-Zahl, welcher die Kat.-Parz. 768/2 in der Folge zugeschrieben wird, als Reallast zugunsten der Gemeinde Wien einverleibt werde.

4. Die Firma Julius Meinl wird anläßlich der Herstellung der Grundbuchsordnung für ihren Baublock auch die Richtig-

stellung des Grundbuches und der Grundbuchsmappe in Ansehung der Kat.-Parz. 759/52 und 767/4 auf ihre Kosten veranlassen.

5. Sämtliche mit diesem Rechtsgeschäfte und seiner grundbücherlichen Durchführung verbundenen Kosten und Gebühren, sowie die Vermögensübertragungsgebühr gehen zu Lasten der Käuferin. Die Herstellung der Trennungspläne wird durch die Firma veranlaßt werden.

VB. Reumann: Wir gehen weiter und ich bitte den Herrn GR. Vaugoin, das Wort zu seinem Referate zu ergreifen.

31. Berichterstatter GR. Vaugoin: Zahl 6356, Post 19. Friedrich Stummer, Bestellung eines Baurechtes an den Baustellen 4 und 5 der Einl.-Z. 774 und 775 Grundbuch Breitensee, im 13. Bezirke.

Friedrich Stummer, Kappenerzeuger, 14., Johnstraße 58, hat um die Bestellung eines Baurechtes im Grundbuche Breitensee, E.-Z. 774—775 angesucht. Diese Baustelle liegt am Flötzersteig, unweit der neuen Ameisbrücke. Da diese Baustellen den Teil jenes Grundkomplexes bilden, den die Gemeinde Wien laut Gemeinderats-Beschluß um den Durchschnittspreis von 7 K per Quadratmeter gekauft hat, so wird der Wert der beiden Baustellen mit 12 K für den Quadratmeter, also mit rund 12.000 K vom Stadtbauamt angenommen. Da der Baurechtswerber sich verpflichtet hat, in dem zu erbauenden Hause nur Kleinwohnungen im Sinne des Gebäudesteuer-Gesetzes vom 28. September 1911 herzustellen, so wird der jährliche Bauzins mit 2·5 Prozent vom Grundwert, das ist mit 313 K, bemessen. Der Baurechtwerber hat sich mit diesem Bauzins einverstanden erklärt und auch die Verpflichtung übernommen, den Bau längstens bis 31. Dezember 1920 zu vollenden. Weil er jetzt aber infolge der Lage im Baugewerbe den Bau nicht sofort beginnen kann, den Grund aber einstweilen als Schrebergarten benützen will, so wurde mit ihm vereinbart, daß er bis zum Moment des Baubeginnes, längstens jedoch bis zum 1. Februar 1920 den Bauzins von 100 K, von dort an aber mit 313 K zu entrichten hat. Die übrigen Bedingungen des Baurechtsvertrages sind die von der Gemeinde bisher stets eingehaltenen und ich bitte um die Genehmigung des Stadtrats-Antrages.

VB. Reumann: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich bitte die Damen und Herren, welche mit dem Antrage des Referenten einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluß:

Die Gemeinde Wien bestellt dem Herrn Friedrich Stummer, Kappen-Erzeuger, an dem im bauämtlichen Plane vom Jänner 1918, XIV. Fachabteilung, Z. 3573/17, rot geänderten Baustellen 4 und 5, Einl.-Z. 774 und 775 des Grundbuches Breitensee im 13. Bezirke, mit den Parzellen 366/4 und 366/5 im Ausmaße von 1041·21 m² am Flötzersteig, für die Zeit bis 31. Dezember 1986 im Rahmen der mit Gemeinderats-Beschluß vom 20. Juni 1913, P. Z. 9503, festgesetzten allgemeinen und unter den nachstehenden besonderen Bedingungen ein Baurecht im Sinne des Gesetzes vom 26. April 1912, R.-G.-Bl. Nr. 86.

1. Das vom Bauberechtigten zu errichtende Wohnhaus darf höchstens drei Wohnungen enthalten und ist längstens bis 31. Dezember 1920 nach den der Gemeinde Wien vorzulegenden und von ihr zu genehmigenden Plänen auszuführen und benützungsfähig zu vollenden.

Das Ausmaß der bewohnbaren Fläche der einzelnen Wohnungen darf 80 m² im Sinne des Gebäudesteuergesetzes vom 28. Dezember 1911, R.-G.-Bl. Nr. 242, und der hiezu erlassenen Verordnung nicht überschreiten.

2. Der jährliche Bauzins wird für die Zeit bis zum tatsächlichen Baubeginne, jedoch längstens bis 1. Februar 1920 mit 100 K festgesetzt, vom Tage des tatsächlichen Baubeginnes, spätestens aber vom 1. Februar 1920 beträgt der jährlche Bauzins bis zur Beendigung des Baurechtes 313 K.

3. Zur Sicherstellung der bedungenen Verbauungsfrist ist bei der städtischen Hauptkasse spätestens am Tage der Uebergabe der Baustelle eine Kaution von 313 K zu erlegen.

4. Die Mietzinse sind mit angemessenen, unter Wahrung der Rentabilität des Hauses festzusetzenden Beträgen zu bestimmen und für die Festsetzung des Mietzinses und jede Abänderung desselben die Genehmigung der Gemeinde Wien zu erwirken.

5. Für alle Fälle der Veräußerung des Baurechtes ist der Gemeinde Wien das auf der Baurechtseinlage grundbücherlich sicherzustellende Vorkaufsrecht einzuräumen.

6. Sämtliche von dem mit dem Baurechte belasteten Grundstücke und dem auf demselben errichteten Bauwerke nach bestehenden und etwaigen künftigen Gesetzen zu entrichtenden Steuern, Abgaben und sonstigen öffentlichen Lasten trägt der Bauberechtigte allein; er ist auch verpflichtet, der Gemeinde Wien das sie treffende Gebührenäquivalent über jeweilige Aufforderung binnen 14 Tagen zu ersetzen.

7. Die mit der Errichtung des Vertrages und seiner grundbücherlichen Durchführung verbundenen Kosten und Gebühren trägt der Baurechtswerber allein.

32. Berichterstatter GR. Vaugoin: Zahl 5755, Post 20. Laurenz Eckstein, Bestellung eines Baurechtes an der Baustelle Nr. 98 der Einl.-Z. 360 Grundbuch Ober-Baumgarten, im 13. Bezirke.

Es handelt sich hier um die Bestellung des Baurechtes an Laurenz Eckstein im 13. Bezirke in Ober-Baumgarten, Einl.-Z. 360. Es ist das eine Eckbaustelle, und zwar Ecke der Kefergasse und Baumgartenstraße. Dort muß ein Vorgarten von 5 m Breite aufrecht erhalten werden und nur einstockhohe Verbauung ist gestattet, mit Ausnahme eines ebenerdigen Geschosses. Im übrigen sind die Bedingungen ganz analog denen des vorhergegangenen Referates. Der Bauzins wird ebenfalls mit 2½ Prozent festgesetzt.

Ich beantrage die Genehmigung im Sinne des Stadtrats-Antrages.

VB. Reumann: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich bitte jene Herren und Damen, welche mit dem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluß:

Die Gemeinde Wien bestellt dem Laurenz Eckstein, Handelsagenten in Wien, an der im bauämtlichen Plane vom Dezember 1917, Fach-Abt. XIV, 3236/17, durch blaue Umränderung dargestellten Baustelle Nr. 98, Einl.-Z. 360 des Grundbuches Ober-Baumgarten im 13. Bezirke, an der Ecke der Baumgartenstraße

und Kefergasse mit den Parzellen 36/2, 36/6, 10/3, 10/38, 10/39, 11/51, 31/4, 246/20 und 247/3 im Ausmaße von 786 m² für die Zeit bis 30. September 1987 im Rahmen der im Gemeinderats-Beschlusse vom 20. Juni 1913, P. Z. 9508, festgesetzten allgemeinen und unter nachstehenden besonderen Bedingungen ein Baurecht im Sinne des Gesetzes vom 26. April 1912, R.-G.-Bl. Nr. 86.

1. Das vom Baurechtswerber zu errichtende Kleinhaus darf höchstens drei Wohnungen enthalten und ist längstens bis 31. Dezember 1920 nach den der Gemeinde Wien vorzulegenden und von ihr zu genehmigenden Plänen auszuführen und benützungsfähig zu vollenden.

Das Ausmaß der bewohnbaren Flächen der einzelnen Wohnungen darf 80 m² im Sinne des Gebäudesteuergesetzes vom 28. Dezember 1911, R.-G.-Bl. Nr. 242, und der hiezu erlassenen Verordnung nicht überschreiten.

2. Der jährliche Bauzins wird für die Zeit bis zum tatsächlichen Baubeginne, jedoch längstens bis 1. Februar 1920 mit 32 K festgesetzt. Vom Tage des tatsächlichen Baubeginnes, spätestens aber vom 1. Februar 1920 beträgt der jährliche Bauzins bis zur Beendigung des Baurechtes 390 K.

3. Zur Sicherstellung der bedungenen Verbauungsfrist ist bei der städtischen Hauptkasse spätestens am Tage der Uebergabe der Baustelle eine Kaution von 390 K zu erlegen.

4. Die Mietzinse sind mit angemessenen, unter Wahrung der Rentabilität des Hauses festzusetzenden Beträgen zu bestimmen und es ist für die Festsetzung des Mietzinses und jede Abänderung desselben die Genehmigung der Gemeinde Wien zu erwirken.

5. Für alle Fälle der Veräußerung des Baurechtes ist der Gemeinde Wien das auf der Baurechtseinlage grundbücherlich sicherzustellende Vorkaufsrecht einzuräumen.

6. Sämtliche von dem mit dem Baurechte belasteten Grundstücke und dem auf demselben errichteten Bauwerke nach bestehenden und etwaigen künftigen Gesetzen zu entrichtenden Steuern, Abgaben und sonstigen öffentlichen Lasten trägt der Bauberechtigte. Er ist auch verpflichtet, der Gemeinde Wien das sie treffende Gebührenäquivalent über jeweilige Aufforderung binnen 14 Tagen zu ersetzen.

7. Sämtliche mit der Errichtung dieses Vertrages und seiner grundbücherlichen Durchführung verbundenen Kosten und Gebühren trägt der Baurechtswerber allein.

VB. Neumann: Ich bitte Herrn VB. Rain, das Wort zu seinem Referate zu ergreifen.

33. Berichterstatter VB. Rain: Zahl 12608, Post 2. Rechnungsabschluß des Brauhauses der Stadt Wien und der Oekonomie „Wallhof" für die Zeit vom 1. Juli 1917 bis 30. Juni 1918.

Die vorliegende Bilanz weist darauf hin, daß heuer wiederum das Ergebnis für das Brauhaus ein halbwegs günstiges ist.

Dieses ist insbesondere auf die Erzeugung im letzten Jahre zurückzuführen, welche 52.913 hl betrug, ein Plus von 10.469 hl. Der Verkauf ist auf 43.826 hl zurückgegangen. Ihnen die Schwierigkeiten zu schildern, welche das Brauhaus im abgelaufenen Jahre hatte, dieser Aufgabe glaube ich überhoben zu sein; das Brauhaus hat durch die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse sehr schwer gelitten, insbesondere fehlte es vollkommen an Rohstoffen und mußte zur Verwendung von Surrogatstoffen für die Bier-Erzeugung geschritten werden, denn es wurde auch die Verwendung von Zucker und Kartoffelstärkemehl für die Bier-Erzeugung verboten. Es ist Bier aus Zirok und Rüben hergestellt worden.

Bei allen Anforderungen war es dem Brauhaus doch möglich, jenes Ergebnis zu erreichen, welches Ihnen heute vorliegt. Ich muß konstatieren, daß man im vergangenen Jahre wiederholt zu Preissteigerungen griff und die Gemeinde Wien hat gegen die Brauerei-Zentrale Stellung genommen. Unter dem Drucke der Kriegswirtschaft wurden die seinerzeit festgesetzten Preise abgeändert und die neuen Preise vom Ernährungsamte nach eingehender Prüfung genehmigt.

Es wird Ihnen heute vielleicht der Reinertrag hoch erscheinen, dieser wird aber im nächsten Jahre nicht mehr so viel betragen mit Rücksicht darauf, daß heuer sehr viel an Ausgaben erspart wurde. Für viele Reparaturen waren die nötigen Materialien nicht vorhanden und ist auch ein Großteil der Gärbottiche naturgemäß außer Gebrauch gesetzt worden. Durch einen Zeitraum von 4½ Jahren ist viel Material zugrunde gegangen, das wird ersetzt werden müssen.

Der Bruttogewinn beträgt 3,360.890 K 84 h, an Zinsenlast sind 227.145 K 23 h zu leisten, an Betriebskosten 1,320.354 K 94 h. Die Wertabschreibung beträgt 1,074.572 K 12 h, der Reingewinn beläuft sich daher auf 738.818 K 55 h. Die Materialpreise haben eine enorme Steigerung erfahren, so zum Beispiel kostete Zirok, welcher vor dem Kriege ganz wertlos war, im vergangenem Jahre 300, 350 und 420 K per Meterzentner. Die Betriebsmittel mußten wir von der Brau-Zentrale beziehen, es war nicht dem freien Ermessen der Gemeinde Wien anheimgestellt, diese Materialien nach ihrem Willen anzukaufen. Wenn auch in vielen Kreisen die Meinung vorherrscht, eine kleine Reduzierung des Bierpreises werde einen effektiven Erfolg auf die breiten Schichten der Bevölkerung haben, so hat sich diese Meinung als irrig erwiesen, weil die Produktion eine geringere ist, beträgt sie doch 0·2 Prozent der Friedensproduktion. Würde das Brauhaus Bier zu geringerem Preise als den des Bieres aus anderen Brauereien absetzen, so wäre eine Ueberwachung des Schankpreises von Bier aus der städtischen Brauerei unmöglich, da die Wirte meistens zwei bis drei Gattungen von Bier ausschenken.

Sie finden bei Lektüre der Bilanz eine größere Anzahl von Reservefonds, die das Brauhaus als gewissenhafter Kaufmann einstellen mußte. So wurde eine Steuerreserve von 200.000 K eingestellt, mit Rücksicht darauf, daß es zu einer ausgiebigen Nachbesteuerung kommen dürfte. Wir mußten auch daran denken, unseren Pensionsfond, welcher für die Verhältnisse viel zu gering war, zu stärken. Sie wissen, daß wir das Brauhaus mit einer Schuld von einer Million Kronen übernommen haben; wir konnten nur nach und nach das Verlustkonto abschreiben. Wir haben den Pensionsfond auf eine Höhe von 418.495 K gebracht.

Wir mußten naturgemäß daran denken, nachdem der Krieg auch unsere Arbeiterschaft stark in Mitleidenschaft gezogen hat. Wir haben mit der Landesversicherungsanstalt eine Pferdeversicherung abgeschlossen. Infolge der innerhalb der jüngsten Jahre eingetretenen Verhältnisse ist nur ein Bruchteil der Beträge zur Auszahlung gelangt, ein Bruchteil des wahren Wertes oder des eingebildeten Wertes. Früher kosteten Pferde 1400 bis 1600 K, jetzt kommen sie auf 7000 bis 8000 K zu stehen

Wir erkannten, daß eine Selbstversicherung notwendig ist, um da vollkommen gesichert zu sein. Die Versicherungsreserve beträgt 115.000 K, die Fahrparkversicherung 450.691 K, die Steuerrücklage 225.000 K. Ferner haben wir eine Viehschwankungsreserve, welche 50.000 K beträgt. Diese Viehschwankungsreserve ist mit Rücksicht auf die hohen Preise und einen Abbau der Fleischpreise von größter Bedeutung. Die Instandsetzungsreserve beträgt 192.000 K. Bei den heutigen abnormalen Preisen und dem Umstande, daß an einen Abbau der Arbeitslöhne nicht zu denken ist, wird die Investition gewaltige Summen in Anspruch nehmen.

Was das Del-Credere-Provisions-Konto anbelangt, muß ich sagen, daß dasselbe 446.076 K beträgt. Dieses Konto haben wir im zweiten Kriegsjahre eingestellt. Während früher die Brauhäuser monatlich den Gastwirten Kredit gewährten, während früher der Kredit usuell oder Geschäftssache war, so haben sich in dieser Hinsicht die Verhältnisse geändert. Nur der kapitalskräftige Wirt erhält vierzehntägigen oder dreiwöchentlichen Kredit; andere müssen sogleich bezahlen. Es ist so weit gekommen, daß Gastwirte auch den größten Brauereien schon Einlagen für ihre Gebinde erlegen müssen, welche auch von Seite der Kundschaft anstandslos gezahlt werden.

Aus alldem ergibt sich, daß die Verwaltung eine äußerst gewissenhafte war, so daß ich Ihnen mit Beruhigung die Bilanz vorlegen kann, in dem Bewußtsein, daß alles vorgesehen wurde, was ein gewissenhafter Kaufmann zu tun pflegt. Ich bitte Sie daher um die Annahme des Antrages.

VB. Reumann: Es ist niemand zum Worte gemeldet. Wir schreiten zur Abstimmung. Ich bitte die Damen und Herren, die für den Antrag sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluß:

1. Der vorgelegte Rechnungsabschluß des Brauhauses der Stadt Wien und der Oekonomie „Wallhof" für die Zeit vom 1. Juli 1917 bis 30. Juni 1918 wird genehmigt.

2. Der ausgewiesene Reingewinn per 738.818 K 55 h ist wie folgt zu verwenden:

a) zur Abschreibung des Verlustvortrages aus der Zeit des passiven Betriebes per 403.011 K 12 h;

b) zur Abstattung der Kapitaltilgungsrate im Betrage von 13.854 K 79 h;

c) zur Rücklage als Steuerreserve mit 200.000 K;

d) zur Rücklage als Viehpreisschwankungsreserve mit 50.000 K;

e) zur Abfuhr an die eigenen Gelder der Gemeinde mit restlichen 78.952 64 h.

VB. Reumann: Zum Worte gelangt Herr VB. Hoß.

34. Berichterstatter VB. Hoß: Zahl 12334, Post 1. Ich habe die Ehre, den Bericht und Rechnungsabschluß der Lagerhäuser der Stadt Wien für das Geschäftsjahr 1917/18 vorzulegen. Der Rechnungsabschluß wurde von der Stadtbuchhaltung überprüft und richtig befunden.

Wie aus dem Jahresberichte zu ersehen ist, sind die Lagerhäuser auch im Berichtsjahre, dem vierten Kriegsjahre sehr stark in Anspruch genommen worden und ist ein bedeutender Umsatz an Approvisionierungsgütern zu verzeichnen. Die im Jahre 1916 den Lagerhäusern angegliederten neuen Betriebe, die Lagerhäuser Freudenauer Winterhafen, der Speicher Zwischenbrücken und das Kühlhaus waren ebenso wie die alten Betriebe ständig sehr gut beschäftigt. Der Geschäftsbetrieb erfuhr dadurch eine mächtige Ausdehnung, daß die von der Gemeinde Wien im Auftrage des Volksernährungsamtes errichtete Gefrieranlage im städtischen Schweineschlachthause, sowie in den Brauereien Simmering und Hütteldorf in die Betriebsführung der städtischen Lagerhaus-Direktion übergeben wurden. Nur durch das zweckmäßige und rechtzeitig ausgeführte Kühllagerhaus und die neuen Filialbetriebe wurde es ermöglicht, daß die Fleischrationierung durchgeführt werden konnte, da für die Zeit, wo die Zuschübe fast ganz aufgehört hatten, die entsprechenden Reserven aufgestapelt werden konnten. Das Vorhandensein dieser Vorrichtungen hat es ermöglicht, daß sich die schon ohnehin furchtbaren Approvisionierungsverhältnisse nicht noch verschlechtert haben, wodurch bisher nicht absehbare Folgen verhütet wurden. Ich bitte sich nur vorzustellen, was passieren hätte können, wenn wir nicht rechtzeitig die Kühlhäuser mit ihren Filialen gehabt hätten. Es hat eine Zeit gegeben, wo es möglich war, große Mengen Rinder und Fleisch hereinzubringen; es sind aber dann wieder Zeiten gekommen, wo nur wenig Rinder und überhaupt kein Fleisch hereinkam. Hätten wir nicht rechtzeitig vorgesorgt, so wären die Rinder wo anders geschlachtet worden, das Fleisch wäre zum teil sogar ins Ausland, nach Deutschland, gegangen. Wie sich dann die Verhältnisse in Wien gestaltet hätten, ist heute schwer zu beurteilen; es wäre aber jedenfalls sehr unangenehm geworden. Trotz der vielfachen durch den Krieg verursachten Hemmungen war es möglich, die Leistungsfähigkeit voll zu entfalten und sogar gegen das Vorjahr noch zu steigern. Dies war nur durch eine zweckmäßige Anpassung des ganzen Betriebes an die wechselnden Bedürfnisse des Verkehres möglich. Dadurch wurde es auch möglich, daß im Laufe des Krieges immer wieder große Mengen Lebensmittel in Wien aufgespeichert wurden, die sonst nicht in Wien eingelagert worden wären. (Umschlagverkehr.) Dies trat insbesondere bei der Uebernahme der ukrainischen Sendungen zutage. Diese wurden, weil die Lagerhäuser der Stadt Wien allein zur Abwicklung jeder noch so großen Menge bereit waren, zur Gänze, soweit sie nicht direkt in Mühlen gingen, an die Lagerhäuser der Stadt Wien adressiert. Durch Aufbietung aller Kräfte bei Tag- und Nachtarbeit ist es gelungen (die innerhalb einiger Wochen insgesamt zirka 2300 Waggon eingelangten ukrainischen Waren), neben dem sonstigen starken Verkehr auch diesen noch zu bewältigen und die Unterbringung dieser Vorräte zu sichern, wodurch wir seinerzeit zumindest vorübergehend aus einer großen Not gerettet wurden. Besonders umfangreich war die Inanspruchnahme der Lagerhäuser bei der Uebernahme, Konservierung und Verteilung der Lebensmittelvorräte der Gemeinde, insbesondere, wo die verkehrstechnische Abwicklung in Betracht kam, da die durch den Kriegsverkehr überlasteten Wiener Hauptbahnhöfe den Lebensmittelverkehr nicht hätten bewältigen können. Die Gemeinde konnte sich der von ihr errichteten und in großzügiger Weise ausgestalteten Lagerhäuser und damit ihrer eigenen Bahnhöfe, Umschlageinrichtungen, Magazine, Kühl- und Gefrieranlagen und des dazu geschulten Personales bedienen, und besaß nicht nur für die verkehrstechnische, sondern auch kaufmännische Durch-

führung ein Organ, das nie versagte und den Intentionen voll entsprach.

Was den Umsatz im Jahre 1917/18 betrifft, so kann ich darüber einige interessante Ziffern mitteilen: Der Umsatz im Geschäftsjahre 1917/18 betrug 76.039 Waggons im Werte von 911,204.488 K (gegen 74.046 Waggons im Werte von 837.019.788 K im vorigen Geschäftsjahre, 25.704 Waggons im Werte von 51,629.490 K im letzten Friedensjahre 1913 und 35.642 Waggons im Werte von 92,549.070 K im Durchschnitte der Geschäftsjahre 1876 bis 1916/17).

Der Geldumsatz belief sich auf 519,587.396 K gegen 510,940.807 K im Geschäftsjahre 1916/17, beziehungsweise 38,678.263 K im Jahre 1913. Ich gebe zu, daß die gegenwärtigen Preise ein Mehrfaches der Preise vom Jahre 1913 sind und daß dies auch eine bedeutende Rolle spielt. Aber es ist noch vielmehr gegenüber dem Jahre 1913 und früher geleistet worden. Das finanzielle Ergebnis des Geschäftsjahres war ein sehr günstiges. Die Rechnung schließt nach Dnrchführung der Verzinsung des Anlagekapitals und der erforderlichen, der außerordentlichen Abnützung der Betriebsanlagen entsprechenden Abschreibungen von 586.523 K 22 h (gegen 488.187 K 93 h im Vorjahre) mit einem Gebarungsüberschusse von 691.791 K 25 h gegenüber dem Gebarungsüberschusse von 662.659 K 57 h im Geschäftsjahre 1916/17 und einem Gebarungsüberschusse von 595.400 K im Voranschlage 1917/18.

Wenn trotz der verschiedensten Schwierigkeiten eine glatte Abwicklung der Geschäfte möglich wurde, so ist dies nur durch die hingebungsvolle Pflichterfüllung des gesamten Lagerhauspersonales möglich geworden, das sich jederzeit zur Verfügung stellte und den anstrengenden Dienst tadellos versah. Ich möchte die Gelegenheit benützen, um allen Bediensteten der städtischen Lagerhäuser vom Obersten bis zum Untersten den besten Dank auszusprechen. (Beifall.) Schließlich ersuche ich um Annahme der gestellten Anträge und die nachträgliche Zustimmnng, daß die Remunerationen der Angestellten vor den Weihnachten zur Auszahlung gebracht wurden. Die Herren wollten natürlich das Geld noch vor Weihnachten haben und ich glaube, daß auch die geehrten Herren dagegen keine Einwendnng erheben werden. Ich bitte um die Zustimmung.

VB. Neumann: Das Wort hat Herr GR. Kokrda.

GR. Kokrda: Der Bericht ist gewiß erfreulich. Ich kann aber die Bemerkung nicht unterdrücken, daß das städtische Lagerhaus nicht alle Vorkehrungen getroffen hat, um die ungeheuere Zahl von Mehrarbeit in entsprechender Weise zu bewältigen. Ich verweise nur auf die Tatsache, daß der ganze Fahrpark in das städtische Lagerhaus über eine Brückenwage fahren und denselben Weg wieder zurückgeleitet werden muß. Die Wagen bringen dadurch oft fünf bis sieben Stunden im Lagerhause zu, was natürlich ein großes Opfer für die Interessenten darstellt. Alle Interessenten, die im Lagerhause der Stadt Wien zu tun haben, beklagen diesen Uebelstand auf das Tiefste. Der Bericht konstatiert zwar, daß eine zweite Brückenwage eingebaut wurde, sonderbarerweise ist aber nur eine in Verwendung. Warum weiß ich nicht, wahrscheinlich deshalb, damit, wenn die Wage versagt, noch eine bereit ist, die funktioniert. Bei dem gegenwärtigen Umsatze würden aber nicht zwei Brückenwagen, sondern mindestens zu jedem Magazine eine Brückenwage notwendig sein, und wenn man von dem Reingewinn von 700.000 K spricht, so muß mir schon die Bemerkung erlaubt werden, daß dieser Reingewinn mit schweren Opfern von allen jenen Stellen und Korporationen, vornehmlich von Fuhrwerksbesitzern, bezahlt wird, welche mit den städtischen Lagerhäusern zu tun haben. Dazu kommt, daß heute in Wien fast ausschließlich die städtischen Lagerhäuser als Fassungsstellen in Betracht kommen.

Alle übrigen Lagerhäuser, die wir früher zur Verfügung hatten, kommen infolge der starken Bewirtschaftung der allerwichtigsten Bedarfs- und Nahrungsmittel nicht mehr in Betracht und außerdem fällt das Entscheidende weg, daß man früher die meisten Waren vom Bahnhofe direkt wegführen konnte, was heute, in der Zeit der Not, vollständig entfällt. Infolgedessen sind die Lagerhäuser der Stadt Wien so überaus überlastet. Dieser eine Umstand müßte nach meinem Dafürhalten so rasch als möglich und mit den allergrößten Opfern beseitigt werden. Es ist vielleicht durch die Ueberbürdung der Brückenwage die Folge eingetreten, daß beim Abwiegen der beladenen und der unbeladenen Wagen sehr arge Differenzen zu konstatieren sind. Es kommt dabei folgendes Interessante in Erscheinung. Die Nahrungsmittel und andere Gegenstände, die in Säcke gefüllt sind, befinden sich natürlich auch mitunter in solchen Säcken, die nicht die entsprechende Widerstandskraft haben und alle Herren, welche damit zu tun haben, wissen, was heute an Sackmaterial zur Verfügung gestellt wird. Es kommt zum Beispiel beim Mehl vor, daß die Säcke havariert sind, das weniger darin ist, als ursprünglich enthalten war. Wenn die Wagen von der Brückenwage wegkommen, so zeigt sich, daß trotz der Havarie der Säcke das Gewicht mit den 65 oder 75 kg per Sack übereinstimmt. Dieser Verlust geht zu Lasten des Empfängers. Warum das Lagerhaus gegenüber den Warenbeziehern so rigoros vorgeht, weiß ich nicht. Es ist aber eines der Mittel, um die Differenzen, die sich aus den Lagerhäuserbeständen ergeben, verschwinden zu lassen und um nicht allzugroße Ausfälle bei den Warenbeständen herauszubekommen. Das ist ein zweiter Fall, der — ich sage das aus Erfahrung — in der Regel bei den Untergewichten zu Ungunsten des Empfängers ausschlägt. Als man den Freihafen vor einigen Monaten insoferne in Betrieb gesetzt hat, als man dort auch Waren abzuholen hatte, hat man es unterlassen, rechtzeitig auf den Ausfolgescheinen den Vermerk zu machen, daß mit diesen Scheinen zunächst in den Lagerhäusern in der Ausstellungsstraße vorzusprechen sei, um dann erst den richtig ausgestellten Schein für den Freihafen zu erhalten. Es ist vielen Fuhrwerkern und Spediteuren geschehen, daß sie mit Ausfolgescheinen, für den Freihafen lautend, dort hingefahren sind, um dort zu erfahren, daß sie in die Ausstellungsstraße zurückkehren müssen und daß sie erst dort den richtig ausgestellten Ausfuhrschein auf die Magazine des Freihafens bekommen. Dadurch ist ein Tag verloren gegangen Nach meinem Dafürhalten hätte das anders gemacht werden können, ohne die abnormalen Opfer, welche an die Fuhrwerker gestellt worden sind, notwendig zu machen.

Es muß im allgemeinen zugegeben werden, daß sich die Verwaltung der Lagerhäuser alle Mühe gibt, um den Wünschen der Interessenten voll und ganz zu entsprechen. Bei diesem Anlasse möchte ich noch auf etwas verweisen. Es ist in allen Privatlagerhäusern möglich, sogenannte Unterausfolgescheine ausgestellt zu erhalten, das heißt, man deponiert den Ausfolgeschein bei der Kasse des Lagerhauses und bekommt einen eigenen Ausfolgeschein ausgestellt, mit welchem man, je nach dem das Fuhrwerk in

der Lage ist, einen Teil der Waren abzuführen, diese beheben kann.

Das ist in den städtischen Lagerhäusern nicht der Fall. Warum diese einfache Maßregel nicht eingeführt wird, verstehe ich nicht. Dazu kommt noch, daß die städtischen Lagerhäuser zum Unterschiede von allen privaten Lagerhäusern nur Ausfolgescheine, für einen Tag gültig, ausstellen. Nun bekommt man nur einen Waggon Waren auf Grund des Ausfolgescheines ausgefolgt. Wenn man nun zum Beispiel zwei Fuhrwerke schickt, weil man nicht mehr hat, und diese können den ganzen Waggon Waren nicht zur Abfuhr bringen, so würde der Ausfolgeschein nach den Bestimmungen der Lagerhäuser, da er am selben Tage verfällt, für den nächsten Tag keine Gültigkeit mehr haben.

Aber man praktiziert das nicht, weil diese Bestimmung nicht einzuhalten ist. Man läßt den Ausfuhrschein in dem Lagerhaus hinterlegen. Aber man bekommt keine Bestätigung darüber, daß man noch einen Rest an Waren auf den Originalschein zu bekommen hat, welchen Vorgang auch alle übrigen Privatlagerhäuser bisher eingehalten haben, das ist das Verfahren mit dem sogenannten „Restschein". Das könnte auch meinem Dafürhalten nach ganz gut in den städtischen Lagerhäusern eingeführt werden und auf alle Fälle ist es notwendig, daß man die Frist von 24 Stunden auf mindestens 48 Stunden erstreckt, weil es ganz unmöglich ist, an demselben Tage diejenige Menge, die man zugewiesen bekommt, auch wirklich abzuführen.

Ich hätte bei diesem Anlasse noch eine Bemerkung zu machen und das ist folgende: Es wird über Auftrag des Bezirkswirtschaftsamtes vielfach außertourlich ein bestimmter Gegenstand zur Verteilung gebracht, wie es gerade jetzt in der Weihnachtswoche mit dem Reis und der Marmelade der Fall war. Ich glaube, daß man diese Verteilung schon einige Wochen vorher in Aussicht genommen hat und daß man allen jenen Leuten, welche die Waren in die Detailkanäle abzuführen hatten, sie eine Woche früher hätte zuführen können, das heißt daß man alle jene Korporationen und Stellen, die mit der Warenverteilung zu tun haben, verständigt und ihnen rechtzeitg die Ausfolgescheine zur Verfügung gestellt hätte, damit nicht in den allerletzten Stunden mit ungeheuren Opfern Anstrengungen gemacht werden müssen, um die Waren dem Verkehr und den Konsumenten zu Verfügung stellen zu können. Gerade bei der Reisverteilung hat sich das sehr unangenehm fühlbar gemacht, weil tatsächlich die drei, vier Tage, welche zur Verfügung gestanden haben, nicht ausgereicht haben, um die Waren dem letzten Konsumenten zur Verfügung zu stellen.

Schließlich möchte ich noch eine Anfrage an den Herrn Referenten stellen. Sie bezieht sich auf den Verkehr mit der Eisenbahnverwaltung. Die verehrten Damen und Herren wissen, daß fast keine Sendung unberaubt ankommt. Ich finde nun in dem Berichte keine Silbe darüber, wie diese Differenzen, welche durch die Beraubung auf der Strecke entstanden sind, zur Verrechnung gelangen. Ich kann mir nicht erklären, daß unter den Post-Debitoren, die über 4 Millionen ausmachen, alle Forderungen an die Eisenbahnen enthalten sein können, weil ich diese Post bei dem ungeheuer großen Verkehr der Lagerhäuser für zu gering halte. Es müssen aus diesem Titel viel mehr Forderungen entstanden sein. Ich weiß zu unterscheiden, daß bei jenen Beraubungen der Waren das Lagerhaus der Stadt Wien nicht unmittelbar in Betracht kommt, aber nachdem das Lagerhaus in vielen Fällen, vielleicht in der überwiegenden Mehrheit der Fälle der eigentliche Empfänger ist, so ist es natürlich verpflichtet, bei Beraubungen als Reklamant den Bahnen gegenüber aufzutreten.

Darüber finde ich aber in dem Berichte keine Anmerkung. Es würde mich interessieren, wie es sich in dieser Frage verhält.

Im großen und ganzen muß zugegeben werden, daß die Lagerhausverwaltung eine ungeheure Aufgabe im vergangenen Geschäftsjahr bewältigt hat. Denn alle die Schwierigkeiten, von denen ich im allgemeinen gesprochen habe, nämlich bezüglich des Fuhrwerkes, des Personales, der Beschaffung des Baumateriales u. s. w. waren natürlich auch Schwierigkeiten, vor denen die Lagerhausverwaltung gestanden ist. Ich verweise nur auf die Fuhrwerkskosten. Sie wissen alle, wie furchtbar wir unter diesen Schwierigkeiten zu leiden haben. Um sie womöglich zu beseitigen, würde es notwendig sein, einige Brückenwagen einzufügen und ferner würde es notwendig sein, die Ausgabe von ein und demselben Artikel bei verschiedenen Magazinen durchzuführen. Denn jetzt kommt es vor, daß ein Artikel nur in einem Magazine lagert und so muß man sich dort erst anstellen, bis man die Ware ausgefolgt erhält. Ich bin überzeugt, daß es, wenn man sich mit halbwegs gutem Willen der Frage widmet, möglich sein dürfte, allen diesen Uebelständen einigermaßen zu steuern und die Allgemeinheit nicht mit solchen Opfern dauernd zu belasten. (Lebhafte Zustimmung.)

VB Neumann: Zum Worte gelangt Herr GR. Angeli.

GR. Angeli: Wer die Verhältnisse im Lagerhause kennt, wird zugeben, daß die Bureauräume der Beamtenschaft, die sich natürlich infolge des immer größer werdenden Umfanges der Geschäftsverhältnisse unendlich vermehrt hat, in keiner Weise entsprechen. Das Lagerhaus ist aus einem Maschinenhaus im Jahre 1873 hervorgegangen. Aus diesem alten Rumpelkasten bemüht sich eine Bau-Abteilung, entsprechende Bureauräume hervorzubringen. Das ist aber in keiner Weise möglich und es ist schade um jeden Heller, den man für diesen Zweck hineinsteckt. Denn es kann nichts ordentliches daraus werden, obwohl sich die gegenwärtige Direktion bemüht, die Bureauräumlichkeiten entsprechend auszugestalten.

Man kann wohl sagen, daß es Werkstätten gibt, die viel schöner sind als die Bureauräume der dortigen Beamten. Auch die für den Verkehr des Publikums bestimmten Räumlichkeiten genügen in keiner Weise, denn sie sind in erster Linie sehr dunkel, daß die Leute dort gar nichts sehen. Ferner müssen alle Parteien in einem engen Gange verkehren. Diese Räumlichkeiten entsprechen in keiner Weise den Anforderungen, die man an ein Lagerhaus stellen muß, das der Größe und dem Ansehen der Gemeinde entspricht. Ich weiß wohl, daß im Kriege die Verhältnisse derart waren, daß man es nicht anders machen konnte, indem man kein Personal und kein Baumaterial hatte. Jetzt würde es aber doch wohl möglich sein, ein den modernen Verhältnissen entsprechendes Amtsgebäude zu errichten. Die Beamten müssen dort unter den schwierigsten Verhälnissen arbeiten und sind wirklich bedauernswert. Nicht einmal der Direktor hat ein ordentliches Bureau, geschweige denn die anderen Beamten. Einer sitzt auf dem anderen. Diese Räume entsprechen in keiner Weise den Anforderungen der Hygiene.

Daher müßte man doch endlich einmal daran denken, ein entsprechendes Administrationsgebäude zu erbauen. Ich bitte den Herrn Referenten, der ja immer anregend wirkt, auch hier dafür einzutreten, daß so bald wie möglich ein entsprechendes Amtsgebäude zustande kommt. Im übrigen kann ich sagen, daß das Personal des Lagerhauses Hervorragendes geleistet hat und daß wir uns daher diesem Danke vollinhaltlich anschließen werden. (Beifall.)

VB. Neumann: Zum Worte gelangt Herr GR. Weigl.

GR. Weigl: Wir haben aus den Ausführungen des Referenten und der Herren entnommen, welche außerordentlichen Leistungen das Lagerhaus in dem letzten Kriegsjahr vollbracht hat. Da ist es gewiß am Platze, sich ein Bild davon zu machen, wie die dort beschäftigte Arbeiterschaft gewirkt hat. Wir hören, daß der Umsatz 7,603.925 Meterzentner im letzten Jahre betragen hat. Hiebei waren im ganzen 752 Arbeitskräfte beschäftigt. Hiezu kommen noch 237 weibliche und 167 Militärarbeiter, deren Intensität der Arbeit sicherlich nicht an jene eines Zivilarbeiters heranreicht. Umgerechnet auf die einzelne Arbeitskraft ergeben sich rund 10.100 Meterzentner auf die einzelne Person oder 34 Meterzentner pro Tag, eine Leistung, die außerordentlich genannt werden muß, wenn man in Erwägung zieht, daß bei diesen 552 Personen auch jene mitgerechnet sind, die eventuell in anderen Zweigbetrieben, zum Beispiel Kühlhaus u. s. w. beschäftigt sind. Es ist daher sehr erfreulich, daß der Herr Referent in seinem Referate zum Schlusse erklärte, daß diesem Personal der volle Dank für diese außerordentliche Leistung gebühre, wie auch die Direktion selbst in ihrem Berichte schon bemerkt, daß es nur der aufopferungsvollen Leistung des Personals, an dessen Arbeitskräfte die denkbar größten, nicht mehr zu überbietenden Anforderungen gestellt wurden, zuzuschreiben ist, wenn die Leistungen tatsächlich erfolgen konnten.

Die moralische Anerkennung haben diese Personen heute aus dem Munde des Referenten erfahren. Ich glaube aber, daß es am Platze wäre, diese Anerkennung auch pekuniär dadurch zum Ausdrucke zu bringen, daß bezüglich der Lohnverhältnisse einige Verbesserungen eintreten. Soviel ich weiß, beträgt der Lohn der Wochenarbeiter, die als Vorarbeiter gelten, derzeit 37 K wöchentlich (Rufe: Hört!), der allerdings durch die Kriegszulagen erhöht wird, die zwischen 62 und 100 K pro Woche betragen. Immerhin ist das ein Betrag, der den gegenwärtigen Verhältnissen nicht entspricht. Wenn ein Arbeiter ein halbes Dutzend Kinder hat, so ist es für ihn wohl sehr schwer möglich, mit 107 K wöchentlich auszukommen. Noch schlimmer steht es bei den Tagarbeitern. Wir haben in diesem Betriebe eine ziemliche Anzahl von Taglöhnern beschäftigt. — Heute noch haben die Taglöhner 3 K 60 h, wozu allerdings eine Kriegszulage von 5 K 40 h für den Tag kommt. Derjenige, der über sechs Kinder hat, bezieht eine Zulage von 13 K. Immerhin haben wir nur einen Taglohn von 9 bis 17 K, der mit Rücksicht auf die zehnstündige Arbeitszeit und die schwere Arbeitsleistung, die ja auch eine entsprechende Ernährung erfordert, sicherlich als zu gering bezeichnet werden muß.

Die Frauen haben einen Taglohn von 2 K 70 h, wozu noch Zulagen von 3 K 80 h kommen, so daß der Taglohn der Frauen 6 K 50 h beträgt.

Ein besonderes Kapitel bildet die Ueberstundenarbeit im städtischen Lagerhaus, die in besonders großem Ausmaße gerade während der Kriegszeit notwendig war. Die Arbeiterschaft des Lagerhauses leidet, sowie alle übrigen Bediensteten der Gemeinde daran, daß man sich im Prinzipe zur prozentuellen Entlohnung, wie sie in der Industrie durchgeführt ist, absolut nicht entschließen will. Für die Stunde wird nur eine Vergütung von 1 K 10 h gewährt, die mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse sicherlich lächerlich klein genannt werden muß. Es wäre also sehr notwendig, in dieser Beziehung Besserungen eintreten zu lassen.

Wohl haben wir heute gehört, daß 65.000 K an Weihnachtsremunerationen bewilligt wurden; ich habe aber schon einmal Gelegenheit gehabt, zu erklären, daß wir keine Freunde von solchen Remunerationen sind, denn wir stehen auf dem Standpunkte, daß für die geleistete Arbeit auch ein ordentlicher Lohn gezahlt werden muß, daß es aber nicht im Geschenkwege erreicht werden darf, daß ein Arbeiter zu gewissen Zeiten ein paar Groschen auf die Hand bekommt. Es ist ein besonderer Uebelstand, der, wie mir scheint, schon mit zur Einrichtung als solcher und mit dem Prestige eines städtischen Betriebes nicht vereinbar ist. Ich meine da die Einrichtung der sogenannten „Akkorder" im städtischen Lagerhause. Diese Einrichtung ist noch übernommen worden von den Lagerhäusern der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft und der Süddeutschen Dampfschiffahrts-Gesellschaft und wird auch im städtischen Lagerhause aufrecht erhalten. Diese Akkorder werden als Gelegenheitsarbeiter betrachtet; die Partie kommt frühmorgens ins Lagerhaus und die Leute fragen an, ob Arbeit da ist. Wenn welche da ist, dann beginnen sie zu arbeiten, und ist keine da, so müssen sie weggehen, ohne dafür eine Entschädigung zu erhalten. Das ist nicht nur schlecht für den Arbeiter, sondern es ist auch schlecht für den Lagerhausbetrieb. Ich habe erfahren, daß es sehr häufig vorkommt, daß frühmorgens, wenn die Leute anfragen kommen, eine entsprechende Arbeit noch nicht vorhanden ist. Im Laufe des Vormittags aber kommen Frachtwagen oder Waggons an und da würden die Akkorder sehr notwendig gebraucht werden, sie sind aber nicht mehr hier und deshalb gerät der Betrieb ins Stocken. Jene Klagen, welche Kollege Kokrda bezüglich des Wartens der Fuhrwerke angeführt hat, erfahren dadurch ihre Aufklärung. Es wäre in Ordnung, in einem Betriebe der Gemeinde Wien mit diesem Arbeitsverhältnis zu brechen, und wenn schon Akkordarbeiten bei gewissen Verladungen notwendig sind, muß dafür vorgesorgt werden, daß diese Akkorder im Betriebe beschäftigt bleiben, damit man sie auch an jenen Tagen, wo Akkordarbeiten nicht vorhanden sind, anderweitig beschäftigt und sich Arbeitskräfte sichert und anderseits diesen Leuten eine ständige Existenz bieten kann. Ich hätte also zu dieser ganzen Post nur den Wunsch auszudrücken, daß auch den Lagerhausarbeitern, diesen außerordentlich schwer arbeitenden Menschen eine bessere Existenz geboten wird. In nächster Zeit werden wir Gelegenheit haben, über die kürzere Arbeitszeit verhandeln zu müssen. Wir hoffen, daß auch die Bediensteten des Lagerhauses da einbezogen sein werden, so daß auch hinsichtlich der zehnstündigen Arbeitszeit eine Remedur geschaffen wird. Hand in Hand damit müssen die Bezüge dieser Arbeiterschichten einer Besserung unterzogen werden. Die Ausführungen des Herrn Referenten wie der Bericht haben uns überzeugt, daß diese

Arbeiterschichten alles geleistet haben, Tag und Nacht zu jeder Stunde zur Verfügung gestanden sind, und eine derart opferwillige Arbeiterschaft verdient auch, daß sie entsprechend behandelt wird. Ich bitte, daß diese Erwägungen bei der weiteren Behandlung in Betracht gezogen werden.

RB. Reumann: Das Wort hat Herr GR. Müller.

GR. Müller: Ich hätte nicht das Wort ergriffen, wenn nicht im Laufe der Debatte Vorwürfe gegen die Gemeindeverwaltung und Lagerhausverwaltung erhoben worden wären. Es hat Herr Kollege Kokrda verschiedene Wünsche vorgebracht, die teilweise gerechtfertigt, aber nicht immer durchführbar sind. Was zum Beispiel die Wagen anbetrifft, hat er erwähnt, daß mehrere Wagen vorhanden sein sollten, damit die Abfertigung rascher vor sich gehen kann. Ich bin gewissermaßen sein Berufskollege, weil ich einem ähnlichen Institute vorstehe, und da möchte ich sagen, daß er als Vertreter eines solchen Unternehmens froh sein muß, wenn unsere Kutscher nur an einer Wage vorüberfahren müssen. So beziehe ich 10, 20 bis 30 Wagen monatlich aus dem Lagerhause an Waren und mir ist es aufgefallen, daß sehr häufig ein Sack zu viel oder zu wenig da ist. Ich bin dann darauf gekommen, daß das vom doppelten Wägen kommt. Der Wagen fahrt zuerst zum Abwiegen mit der Plache und bei der zweiten Wage hat die Plache gefehlt und daraus entstanden Differenzen. Wenn wir mit lauter soliden und ehrlichen Kutschern zu tun hätten, wäre dem nichts entgegenzuhalten, und auch ich wäre dafür, denn das würde eine raschere Abfertigung ermöglichen, aber dieser Umstand ist sehr schwerwiegend und es leiden darunter die Unternehmer. Näheres anzuführen ist wohl nicht notwendig, weil auch dem Herrn Kollegen diese Umstände sehr genau bekannt sind.

Der Herr Kollege Weigl hat auch Klagen vorgebracht, und ich will da nur auf eines, nämlich auf die Lohnfrage antworten. Ich will da sicherlich nicht Ihrer Partei einen Vorwurf machen, weil solche Zustände überall vorkommen, aber mir ist es zu Ohren gekommen, daß bei Ihrem Konsumverein die Leute 60 bis 70 K einschließlich aller Zulagen bei neunstündiger Arbeitszeit bekommen, obwohl Sie hier im Gemeinderate die achtstündige Arbeitszeit verlangen. Ich kann Ihnen sagen, Ihre eigenen Leute von Ihrem Konsumvereine waren bei mir und haben sich beschwert, daß Sie den Antrag im Gemeinderat einbringen, während sie noch die neunstündige Arbeitszeit haben. (Rufe bei den Christlichsozialen: Hört!) Ich trete jederzeit für die gerechten Interessen der Arbeiterschaft ein, sage aber, man muß auch den Mut aufbringen, diese Forderungen bei den eigenen Unternehmungen durchzuführen. (Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.) Ich weiß, Sie können nichts dafür, Sie haben das verlangt, aber die anderen, die an der Spitze dieser Unternehmung stehen, wollten das nicht und diese Herren sind auch Sozialdemokraten. Ob Sozialdemokrat oder Christlichsozialer, jeder hat die Pflicht, das, was er für die Arbeiter verlangt, bei den eigenen Unternehmen durchzuführen und erst dann kann ich den Gegner als ehrlichen Freund der Arbeiterschaft betrachten. Ich habe mich nie gescheut, hier und im Stadtrate für die Arbeiter und Beamten einzutreten, ich mußte aber auch für die Lagerhausverwaltung hier eintreten. (Ruf bei den Christlichsozialen: Eine solche Gaunerei!)

VB. Reumann: Die Debatte ist geschlossen, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter VB. Hoß: Auf die vorgebrachten Ausführungen möchte ich nur bemerken, daß die derzeitigen Verhältnisse nicht normal sind. Es war das Personale nicht dasselbe wie früher, denn alle halbwegs Gesunden sind zum Militär gekommen und nur die minder Leistungsfähigen standen der Verwaltung zur Verfügung. Auch die anderen Verhältnisse bezüglich des Personales waren sehr ungünstig. Auch die verschiedenen Dinge, die Herr Kollege Kokrda vorgebracht hat, sind nicht nur bei uns, sondern überall in ganz Europa vorgekommen und sie werden leider, was wir vielleicht konstatieren werden, wenn über den Abschluß für 1918/19 referiert werden wird, für diese Zeit wahrscheinlich noch ganz anders sein.

Denn im Berichtsjahre 1917/18 waren die Verhältnisse noch lange nicht so ungünstig wie jetzt. Heute ist es kaum möglich, sich vor den Diebstählen überhaupt zu retten. Die Herren werden ja Beispiele genug aus eigener Erfahrung wissen. Was die Brückenwage betrifft, so haben die Herren GR. Müller und Kokrda ihre Meinung zum Ausdruck gebracht. Wir haben also zwei Meinungen gehört und ich bin überzeugt, daß der Herr Direktor Nübel objektiv genug sein wird, wenn er glaubt, daß es zweckmäßig ist, eine Aenderung vorzunehmen, dies auch zu tun. Wenn er aber findet, daß die Sache, so wie sie jetzt eingerichtet ist, am besten ist, dann wird er dies wahrscheinlich nicht tun, sondern warten, bis sich die Verhältnisse gebessert haben. Denn eine zweite Wage gerade nur aus dem Grunde aufzustellen, damit man die Diebstähle leichter verhindert, hätte keinen Sinn. Der Herr GR. Kokrda hat auch darauf hingewiesen, daß der Reingewinn, der größtenteils von den Einlegern bezahlt werde, zu groß sei. Ja, meine Herren, ist denn das Lagerhaus eine Wohlfahrtseinrichtung? Es ist doch im Interesse der Bevölkerung gegründet worden und kann niemals eine Wohlfahrtsanstalt sein. Wenn wir Investitionen von beinahe 10 Millionen Kronen gemacht haben, und einen Reingewinn von nur 600.000 K ausweisen, so ist das ein Bettelbetrag. Nennen Sie mir eine Unternehmung, die sich bei einer Investition von 10 Millionen Kronen mit einem solchen Betrage begnügen würde und noch dazu, wenn dieser Betrag nicht einem Privatsäckel, sondern der Allgemeinheit zufließt! Dieser Betrag ist so minimal, daß man darüber gar nicht reden sollte, besonders die Einlagerer nicht, die ja ohnehin den Lagerzins — meist noch mit einem Plus — auf die Käufer überwälzen. Das kommt sogar bei Institutionen vor, die für sich in Anspruch nehmen, daß sie nicht auf Gewinn berechnet sind.

Es ist auch gesagt worden, früher konnte die Ware vom Bahnhof weggeführt werden, jetzt aber muß alles vom Lagerhause abgeholt werden. Ich habe mir schon erlaubt, darauf hinzuweisen, daß dies deshalb geschehen ist, weil die Bahnhöfe alle überlastet waren. Wenn es das Lagerhaus nicht übernommen hätte, hätten die Herren erst gesehen, welche Kalamitäten sich dabei ergeben hätten. In diesem Sinne hätte ich nur gewünscht, daß das Lagerhaus nicht so ausgestaltet gewesen wäre und daß Sie die Waren von den Hauptbahnhöfen hätten wegführen müssen. Da hätten Sie sehr oft den Waggon in einer Woche nicht wegbekommen, oder Sie hätten den Waggon auf die Ostbahn bestellt, und er wäre vielleicht drei oder mehrere Tage etwa auf dem Franz Josefs-Bahnhof gestanden. Dadurch, daß der Direktor mit seinen Leuten die Sache vorsichtig behandelt und mit der Bahn ein Uebereinkommen getroffen hat, ist es möglich gewesen, daß alle Güter von den einzelnen Bahnhöfen direkt in das Lagerhaus

gebracht worden sind und für diejenigen, die eingelagert haben, war diese Art die beste; daß aber bei dieser großen Anzahl und bei dem unregelmäßigen Einlangen der Waggons, indem oft an einem Tage mehrere hundert ankommen, dann wieder durch Tage nur einzelne Waggons, Stockungen und Schwierigkeiten entstehen, ist selbstverständlich. Der Herr Kokrda ist einsichtig und praktisch genug, daß er weiß, daß man solchen Uebelständen nicht immer ausweichen kann. Ich verkenne nicht, daß es gewisse einzelne Sachen gibt, wo Abhilfe notwendig ist.

Ich möchte aber darauf aufmerksam machen, daß die Herren nicht erst jetzt, sondern auch früher schon Gelegenheit gehabt haben, auf solche Vorfälle und Unannehmlichkeiten aufmerksam zu machen. Wenn das geschehen wäre, hätten wir die Sache gewiß sofort untersucht und einen etwa vorgekommenen Irrtum ohneweiters eingestanden und Abhilfe geschafft. So aber ist es leicht, sich einige Monate oder ein halbes Jahr die Unannehmlichkeiten gefallen zu lassen und zu warten, bis die Gelegenheit kommt, darüber im Gemeinderat zu sprechen. Wenn sich eine solche Unannehmlichkeit ergibt, so möge jeder einzelne, ohne Rücksicht darauf, ob er Gemeinderat ist oder nicht, an die kompetente Stelle gehen, die ihm sicherlich immer zur Verfügung stehen wird. Sie bringen aber diesen Uebelstand erst heute vor, hätten sie dies früher getan, so hätten wir ihn gewiß behoben. Jetzt kann man nicht einmal mehr konstatieren, ob er sich im im Jahre 1917/18 ergeben hat oder nicht. Das sind gewiß nur Kleinigkeiten, die aufzubauschen nicht notwendig war. Wir werden uns aber immerhin angelegen sein lassen, der Sache nachzugehen und ich bin bereit, mit dem Herrn Kokrda mich hierüber auszusprechen.

Es ist auch gesagt worden, daß sehr häufig Säcke havariert sind und dabei Einlagerer geschädigt werden. Wie mir der Herr Direktor mitgeteilt hat, werden die Säcke effektiv abgewogen, damit die Einlagerer nicht zu kurz kommen. Wer ein Plus hat, erhält es zurück und das Minus wird abgerechnet. Wo ist da etwas zu finden, worin das Lagerhaus kein Entgegenkommen bewiesen hätte?

Das man mit den Anweisungen von der Ausstellungsstraße zum Freihafen am Praterspitz fahren muß, wäre gewiß ein Uebelstand, der behoben werden müßte. Der Herr Direktor hat aber mitgeteilt, daß dem nicht so ist, sondern daß man gleich direkt am Praterspitz fahren und seine Waren beheben kann. Das wäre auch eine Angelegenheit, die man mit dem Herrn Direktor auf dem kürzesten Wege besprechen könnte.

Weiters wurde beanständet, daß die Ausfolgescheine nur einen Tag giltig seien. Sie dürfen dabei aber die derzeitigen Verhältnisse nicht übersehen. Ich gebe zu, daß es sehr unangenehm ist, wenn jemand einen Waggon wegführen will und einen Schein hat, der nur auf einen Tag giltig ist, aber an diesem Tage verhindert ist, daß er am nächsten Tage neuerdings einen Schein lösen muß. Es sind das die Restscheine. Ich weiß, daß man darauf gekommen ist, daß mit diesen Restscheinen sehr viel Mogelei getrieben wird, selbstverständlich nicht von den Einlagerern, sondern von den Bediensteten und Kutschern. Durch diese Restscheine glaubte man einer Mogelei aber vorzubeugen. (GR. Kokrda: Das wird aber nicht eingehalten!) Der Herr Direktor hat dies zur Kenntnis genommen und wird so freundlich sein, da Abhilfe zu schaffen, wenn es möglich ist. Er ist gewiß bemüht, die Interessen der Einlagerer zu wahren.

Es ist auch von der Beraubung der Güter gesprochen worden. Ich habe schon eingangs davon gesprochen, daß wir nichts dafür können, wenn Waggons und ganze Züge beraubt werden und daß womöglich getrachtet wird, daß im Lagerhause selbst etwas derartiges nicht vorkommt. Was bis zum Lagerhause geschieht, dafür kann das Lagerhaus aber nicht zur Verantwortung gezogen werden.

Es ist auch gesagt worden, daß es zweckmäßig wäre, wenn sich das Lagerhaus bemühen würde, wenigstens die Reklamationen für die Einlagerer vorzunehmen. Nun wissen wir, daß ein Bureau besteht, das diese Reklamationen zu besorgen hat. Wenn sich aber hier nicht immer der entsprechende Erfolg zeigt, so ist es eine Sache, für die das Lagerhaus selbst nichts kann. Ich würde wünschen, daß Herr Kollege Kokrda so freundlich wäre, sich das Bureau anzusehen, ob es dem Zweck entspricht. Wenn nicht, dann möge er seine Anregungen geben, die der Herr Direktor gewiß gern entgegennehmen wird.

GR. Angeli hat zum Ausdruck gebracht, daß die Beamtenbüros den Verhältnissen nicht mehr entsprechen. Es ist richtig, daß die Beamten nicht gut untergebracht sind. Leider Gottes waren wir während des Krieges nicht in der Lage und werden es auch in der nächsten Zeit nicht sein, neue Amtsgebäude erbauen zu können. Selbst wenn wir den besten Willen hätten, wird es nicht gehen, weil hier etwas noch wichtiger ist als die Erbauung des Administrationsgebäudes. Wir müssen in erster Linie Wohnungen bauen. Wenn uns Materialien, Ziegel, Kalk und sonstige Baustoffe zur Verfügung stehen, so muß nach meiner Ueberzeugung das ganze Material in erster Linie für Volkswohnungen verwendet werden. Wenn die Beamten schon so viele Jahre in diesen Räumlichkeiten zugebracht haben, dann werden sie auch noch diese Zeit zubringen können, bis sie sehen, daß für die Bevölkerung die nötigen Wohnungen gebaut sind. (Zustimmung.) Der Bau von schönen Administrationsgebäuden muß also verschoben werden, bis der Gemeinderat finden wird, daß die Zeit dafür gekommen ist.

GR. Weigl hat über die Arbeiter gesprochen. Er hat es begrüßt, daß man ihnen die Anerkennung ausgesprochen hat, hat aber verlangt, daß man ihnen auch in pekuniärer Weise entgegenkommt. In dieser Beziehung sind wir bemüht, den Arbeitern so weit als möglich entgegenzukommen. Was die Akkordarbeiter betrifft, so ist die Sache nach meiner Auffassung nicht so einfach, wie es sich der Herr Kollege Weigl vorstellt. Obwohl ich weiß, daß er auf diesem Gebiete mehr zu tun hat als ich, muß ich doch, der ich seit vielen Jahren die Akkordarbeiter kenne — damals haben wir noch kein Lagerhaus gehabt und ich war noch nicht Gemeinderat — sagen, das sind Leute, die für Tagesarbeit gar nicht zu haben sind. Diese Akkordarbeiter verdienen 30 bis 50 K täglich, damit hat er das verdient, was er für die Woche braucht. Wie ich aus der Praxis weiß, bekommen die Familien dieser Arbeiter von dem Verdienste des Mannes am wenigsten, weil die Arbeiter gewohnt sind, sehr gut zu leben. Die Familie bekommt in vielen Fällen 2 K pro Tag, während der Mann 20 Gulden verdient hat. Mit Rücksicht auf die sehr schwere Arbeit muß er auch besser essen und die Familien dieser Arbeiter erhalten viel weniger als die Familien der glatten Wochenarbeiter.

Ich bitte auch nicht zu übersehen, daß in den Lagerhäusern nicht ununterbrochen Arbeit vorhanden ist. Hat es in den

Lagerhäusern schon in normalen Zeiten keine gleichmäßige Arbeit gegeben, so ist dies bei den jetzigen Verhältnissen umso weniger der Fall. Kommen plötzlich sehr viele Güter, so werden Akkordarbeiter immer in Partien herangezogen. Diese Arbeiter verdienen in ein paar Tagen das, was sie für die Woche brauchen. Sie melden sich immer wenn Arbeit da ist, arbeiten dann drei bis vier Tage und pausieren dann, weil sie auch ein paar Tage zur Ruhe brauchen.

Wenn irgend eine Form möglich ist, die die Arbeiterverhältnisse zweckmäßiger gestalten, so wird diesem Umstand Rechnung getragen werden. Bezüglich des Achtstundentages will ich bemerken, daß er seit 14 Tagen eingeführt ist.

Ich bitte um Zustimmung zu den Anträgen.

VB. Reumann: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich GR. Weigl gemeldet, ich erteile ihm deshalb das Wort.

GR. Weigl: Auf die Ausführungen des GR. Müller hin bin ich gezwungen, tatsächlich zu berichtigen, daß die Löhne der Arbeiter in den Konsumvereinen nicht 65 K sondern 120 K betragen. Ich kann tatsächlich berichtigen, daß hinsichtlich der Verkürzung der Arbeitszeit nicht nur nichts unterlassen wurde, sondern daß wir derzeit in Verhandlung stehen. Die Schwierigkeiten ergeben sich daraus, daß bei den Abgabestellen nicht rechtzeitig verladen werden kann. Auf diese äußeren Verhältnisse ist die Ausdehnung der Arbeitszeit zurückzuführen.

Es muß natürlich in dieser Beziehung eine Form gefunden werden, um über diese Verhältnisse hinwegzukommen. Herr Kollege Müller kann versichert sein, daß von unserer Seite der Sache der nötige Nachdruck verliehen wird. (Berichterstatter Hoß: Dasselbe gilt auch für das Lagerhaus!)

VB. Reumann: Wir schreiten zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen Herren, welche den Anträgen zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Anträge des Stadtrates sind einstimmig angenommen.

Beschluß:

1. Die Bilanz der Lagerhäuser der Stadt Wien für das Geschäftsjahr 1917/18 wird unter Festsetzung einer Abschreibung von 586.523 K 22 h und einer Rücklage von 100.000 K zur Ergänzung der Selbstversicherungs- und Haftpflichtreserve mit dem ausgewiesenen Gebarungsüberschusse von 691.791 K 25 h genehmigt.

Von dem Gebarungsüberschusse sind

a) zur Tilgung des aus dem Investitions-Anlehen vom Jahre 1908 aufgewendeten Anlagekapitales 5219 K 84 h,
b) zur Remunerierung der Angestellten 65.400 K,
c) zur Abfuhr an die eigenen Gelder der Gemeinde Wien 621.171 K 41 h

zu verwenden.

2. Aus Anlaß des Abschlusses des Geschäftsjahres 1917/18 wird der Direktion der Lagerhäuser der Stadt Wien für die außerordentlichen Leistungen im Approvisionierungsverkehre der Dank und die Anerkennung des Gemeinderates ausgesprochen.

35. Berichterstatter VB. Hoß: Zahl 12941, Post 29. Der Antrag betrifft die Gewährung eines Darlehens von zwei Millionen Kronen an den Krankenanstaltenfonds. Die Damen und Herren werden sich erinnern, daß der Gemeinderat vor kurzem, es war am 22. November, mit der Gewährung eines Darlehens an den Wiener Krankenanstaltenfonds sich beschäftigt hat Es wurde bei diesem Referate die ganze Situation des Krankenanstaltenfonds geschildert. Der Betrag von 10 Millionen Kronen, welchen Staat, Stadt und Land dem Fonds zur Verfügung stellten, war nur mehr in ganz geringem Ausmaße vorhanden, so daß der Fonds in der ersten Woche des Jänner 1919 ohne Barmittel sein würde. Es wurden mit dem Zentral-Verband der deutschen Sparkassen Verhandlungen eingeleitet, um ein Darlehen von 50 Millionen Kronen zur Sanierung des Krankenanstaltenfonds zu erlangen. Die Sparkassen haben mit Recht verlangt, daß eine Staatsgerantie geschaffen werden müsse. Ein Teil der Sparkassen hat sich von der Mitwirkung zurückgezogen, so daß voraussichtlich ein Darlehen höchstens im Betrage von etwa 20 Millionen Kronen zu erlangen sein wird. Der Krankenanstaltenfonds hat unter seinen Schulden unter anderem auch eine spätestens Ende Jänner 1919 zu bezahlende Post von 11 Millionen Kronen, so daß ihm von den Sparkassendarlehen aller Voraussicht nach höchstens 4 Millionen Kronen übrigbleiben, welche zur Deckung des durch die Krankenverpflegung sich ergebenden Defizits verwendet werden können. Damit nun der Fonds zumindesten bis Ende März den Betrieb der Krankenanstalt weiterführen kann, ist die Aufbringung eines Betrages von rund 10 Millionen Kronen notwendig. Sollte man sich nicht entschließen können, den angeforderten Betrag zur Verfügung zu stellen, so müßten die Anstalten gesperrt werden. Zu dieser Sperrung kann man es aber doch nicht kommen lassen. Hier müssen Staat, Land und Gemeinde einsetzen. Wenn nun diese drei Faktoren je 2 Millionen Kronen zur Verfügung stellen und zu diesen Beträgen die 4 Millionen Kronen, welche von den Sparkassen übrigbleiben, hinzugerechnet werden, so ergibt das eine Summe von 10 Millionen Kronen, mit der bis Ende März das Auslangen gefunden wird.

Bis zum März werden wir vielleicht zu einer Sanierung — ein Gesetz ist in Vorberatung — gelangen, wollen wir nicht wieder in eine Situation wie die jetzige kommen. Es bleibt wirklich nichts anderes übrig, als das Geld, welches der Krankenanstaltenfonds beansprucht, für diese Zwecke zur Verfügung zu stellen. Ich bitte um die Annahme des Antrages.

VB. Reumann: Zum Worte hat sich gemeldet Herr GR. Doppler. Ich erteile ihm das Wort.

GR. Doppler: Ich kann diese Angelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne bei dieser Gelegenheit über die Verhältnisse des Wiener Krankenanstaltenpersonales einige Worte zu sprechen. Ich muß sagen, daß die Verhältnisse der Angestellten ganz bedeutend gefährdet erscheinen und die Unsicherheit in ihrem Dienstverhältnisse immer größer wird. Es ist ein ganz eigentümliches Verhältnis, in dem diese Angestellten stehen, eine Zwitterstellung, die sie einnehmen. Sie sind nicht Staats-, nicht Landes-, nicht Gemeindeangestellte und ihre Lebensstellung hängt immer wieder davon ab, ob in den Fonds eingezahlt wird oder nicht. Ich glaube, daß es gelegentlich der Sanierung des Krankenanstaltenfonds auch vielleicht möglich wäre, auf die Verhältnisse dieser Angestellten Rücksicht zu nehmen. Denn speziell die Dienerschaft der Wiener Krankenanstalten leidet immer sehr daran, daß irgend eine gesetzliche Bestimmung, die für die anderen Beamten beschlossen worden, erst viel später auch für sie zur Durchführung gelangt. So findet namentlich die Dienst-

pragmatik auf sie keine Anwendung. Ich bitte daher, einen Antrag bei dieser Gelegenheit stellen zu dürfen und möchte ersuchen, denselben zustimmend zur Kenntnis zu nehmen:

„Das Gemeinderats-Präsidium möge bei den aus Anlaß der Sanierung des Wiener Krankenanstaltenfonds stattfindenden Verhandlungen dahin wirken, daß das rechtliche Dienstesverhältnis der Dienerschaft der Wiener Krankenanstalten endlich geklärt und diese Bediensteten in den Stand der pragmatischen Staatsangestellten überführt werden."

Ich bitte um die Annahme dieses Zusatz-Antrages.

VB. Reumann: Ich bringe nunmehr den Antrag des Stadtrates zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die für den Antrag stimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Ich bitte nun die sehr verehrten Damen und Herren, welche auch für den Zusatz-Antrag des Herrn GR. Doppler stimmen wollen, die Hand zu erheben. Der Zusatz-Antrag ist angenommen.

Beschluß:

Die Gemeinde ist bereit, auf Grund des Ergebnisses der am 23. Dezember 1918 abgehaltenen Sitzung über die Sanierung des Krankenanstaltenfonds, diesem ein Darlehen von zwei Millionen Kronen unverzinslich auf die Dauer eines Jahres unter der Bedingung zu geben, daß Staat und Land je den gleichen Betrag unter denselben Bedingungen beisteuern.

Diese Ausgabe ist als durchlaufende Ausgabe bei den eigenen Geldern der Gemeinde zu verrechnen und vorschußweise aus dem Anlehen 1918 zu bestreiten.

36. Berichterstatter VB. Hoß: Zahl 12667, Post 30. Der Antrag betrifft die Bewilligung von Weihnachtsgeldern an Bedienstete des Stadtbauamtes. Eine Reihe von dem Stadtbauamte unterstehenden Bediensteten, die im Wochenlohne stehen, sowie auch einzelne Bahnbedienstete, die mit den Steinverfrachtungen aus den städtischen Steinbrüchen in Oberösterreich zu tun haben, erhalten wie seit mehreren Jahren auch heuer Weihnachtsgelder. Diese belaufen sich insgesamt auf 56.155 K.

Bei dieser Gelegenheit erlaube ich mir zu bemerken, daß der Stadtrat am 19. Dezember seine Zustimmung gegeben hat, daß die Auszahlung noch vor Weihnachten erfolge, weil die Leute, wie im früheren Falle, darauf gewartet haben. Ich bitte um Ihre nachträglche Zustimmung hiezu.

VB. Reumann: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich bitte die Damen und Herren, welche dem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß:

Es wird nachträglich genehmigt, daß den dem Stadtbauamte unterstehenden, im Taglohne befindlichen Bediensteten die in der vorgelegten Tabelle ausgewiesenen Weihnachtsgelder zuerkannt wurden und werden die hiedurch auflaufenden Gesamtkosten von 56.155 K bewilligt.

VB. Reumann: Zum Worte gelangt Herr GR. Breuer.

37. Berichterstatter GR. Breuer: Ich habe die Ehre, zu Post 6, Zahl 11662, betreffend eine Denkschrift der Gemeinde Wien in Angelegenheit der Kredit-Hilfsaktion für den kriegsbetroffenen Gewerbestand, zu referieren. Dem Referate liegt ein Antrag zugrunde, den ich und eine Reihe von Kollegen in der Stadtrats-Sitzung vom 11. November 1918 eingebracht haben und der sich mit der Notlage der Mittelstandsgruppen beschäftigte. In diesem Antrage wurde angeführt, daß die Erscheinungen des Krieges und ihre Folgen zwar alle Bevölkerungsschichten schwer getroffen haben, am härtesten aber zweifellos den Mittelstand. Der Antrag unterscheidet im Mittelstand zwei Gruppen. und zwar die produzierende und die verwaltende. Zu der letzteren gehören die Fixangestellten und Beamten, zu der ersteren die Gewerbetreibenden. Ich will davon absehen, das alte Klagelied neu erklingen zu lassen, das uns allen, die wir im öffentlichen Leben stehen und in steter Verbindung mit den einzelnen Schichten der Bevölkerung sind, zur Genüge bekannt ist. Aber es kann nicht in Abrede gestellt werden, daß die Erscheinungen und Folgen des Krieges das Gewerbe besonders schwer getroffen haben. Ich verweise darauf, daß die Schaffung der Zentralen das Verschwinden des Materials herbeigeführt hat, die Festsetzung der Höchstpreise das Verschwinden der anderen Waren und der blühende Schleichhandel hat nie üppiger gewuchert als in der Zeit, die jetzt hinter uns liegt.

Dazu kam die Einberufung der Gewerbetreibenden und ihrer Mitarbeiter, die Flucht der Lehrlinge in ärarische oder sonstige Kriegsbetriebe. Dazu kam auch die kopflose Verwendung der Gewerbetreibenden nicht am Orte der Seßhaftigkeit, sondern zu höchst nebensächlichen Verwendungen an Orten, wo jeder andere diese Handlanger- und Aufsichtsdienste hätte versehen können. Bei dieser Gelegenheit möchte ich den Ruf erneuern, der hier schon wiederholt ertönte, die öffentliche Rechnungslegung der Zentralen ist eine Notwendigkeit, über die man nicht hinweggehen darf. In der Bevölkerung herrscht Unmut, um nicht zu sagen Empörung darüber, daß diejenigen, die mit öffentlichen Geldern wirtschaften, nicht auch öffentlich Rechnung legen. Es nährt den Boden des Mißtrauens, wenn man mit der öffentlichen Rechnungslegung seitens der Zentralen hintanhält, weil dies die Vermutung und Befürchtung nähren könnte, man habe diese öffentliche Rechnungslegung zu scheuen. Wir sind der Meinung, daß dies nicht der Fall ist, aber wir stehen auf dem Standpunkte: clara pacta, es muß rechnungsmäßig nachgewiesen werden, wie und auf welche Art die öffentlichen Gelder bewirtschaftet wurden.

Wie steht nun die Situation bei den Gewerbetreibenden? Mehr als vier Kriegsjahre sind durch die Lande gezogen und alle Erscheinungen, die uns bisher bekannt wurden, konzentrierten sich nun bei den heimkehrenden Gewerbetreibenden. Vier Jahre waren sie ihrem Berufe entzogen. Wo es möglich war, hat die Frau eingegriffen, um den Betrieb schlecht und recht weiter zu führen. Nun kommt der Gewerbetreibende nach Hause und sieht sich vis-a-vis de rien. Man hat auf seine Interessen keine Rücksicht genommen, und um das Gebäude zu krönen, wird die Steuerschraube in der unerhörtesten Weise angezogen. (Rufe: Sehr richtig!) Man fragt nicht, ob es möglich ist, daß jemand, der so viele Jahre seinem Berufe entzogen war, der unter der zentralen Bewirtschaftung, unter dem Mangel an Material und Arbeitskraft gelitten hat, auch imstande ist, nicht nur die seinerzeitigen, sondern die bis zur schwindelhaften Höhe emporgeschraubten Abgaben zu leisten. Mit dieser Sache werden wir uns hier wohl noch einige Male beschäftigen müssen. Heute ist es nur meine Aufgabe, den Antrag des Stadtrates, der von ihm einmütig

ohne Debatte zum Beschlusse erhoben wurde, zu begründen. Die Angelegenheit, die uns beschäftigt, hat eine kleine Vorgeschichte. Es werden am 25. Jänner, also in zirka vier Wochen gerade drei Jahre sein, daß man sich mit diesem Gegenstande beschäftigte. Denn schon mit Landes-Ausschuß-Beschluß vom 25. Jänner 1916 hat die Fürsorgebewegung ihren Anfang genommen. Es ist eine merkwürdige Erscheinung: mit dem Alter nehmen die physischen Kräfte ab, aber der Amtsschimmel, dieses alte Tierchen, ist von so kraftstrotzender Gesundheit, trotzdem erscheint es nicht möglich, ihn nur halbwegs in einen anständigen Galopp zu bringen. Verhandlungen auf Verhandlungen, Kompetenzstreitigkeiten auf Kompetenzstreitigkeiten zwischen den verschiedenen Ressorts, den Ministerien des Innern, des Handels, der Finanz und dem Arbeitsministerium, Beratungen über Beratungen, Weisheit wurde literweise gezapft, aber die Geschichte ging nicht einen Schritt weiter. Auch der Gemeinderat hat sich in den Jahren 1916 und 1918 mit der Sache beschäftigt. Ich war selbst bei den Beratungen anwesend. Der Gedanke war damals, diese Kredithilfe durch die Landesgewerbeförderungsämter zu leiten, die sich ja naturgemäß zunächst damit zu beschäftigen haben. Es hat langwieriger Verhandlungen bedurft, um das damalige Finanzministerium zu veranlassen, die Ausfallsgarantie zu übernehmen. Endlich ist es gelungen, die Sache unter den Hut zu bringen. Es sind Grundzüge für die Kredithilfe für das mittelständliche Gewerbe ausgearbeitet worden. In der Regel sollte eine Hilfe bis zum Ausmaße von 4000 K jenen Gewerbetreibenden gegeben werden, welche vor Kriegsbeginn ein lebensfähiges Geschäft besassen und durch den Krieg und seine Folgen nun in Geldschwierigkeiten geraten sind. Eine Landes-Kommission sollte mit zwei Abteilungen gegründet werden, eine für Wien, die andere für das Land Niederösterreich.

In diesen Grundzügen sind die einzelnen Administrativbestimmungen festgelegt und nunmehr mit dem Erlasse des österreichischen Staatsamtes für Finanzen vom 30. November 1918, Z. 3745, wurde die Gebührenbegünstigung eingeräumt. Bis hieher geht die Geschichte endlich so weit, daß man sagen kann, es ist die Bestimmung, es ist der Rahmen für diese Kredithilfe geschaffen. Aber nun, meine Frauen und Herren, tritt das Merkwürdige, das Bezeichnende, das Beschämende ein. Nunmehr, wo alle Voraussetzungen getroffen sind, alle administrativen Vorkehrungen geschaffen erscheinen, in demselben Augenblicke mangelt es an den notwendigen finanziellen Mitteln. Meine Frauen und Herren! Es ist viel Zeit verstrichen, nutzlos verstrichen, bis man die Grundzüge festgelegt hat. Ich möchte den Antrag des Stadtrates, eine Denkschrift an die Staatssekretariate zu richten, die hier in Frage kommen, mit einem Worte einbegleiten. Ich erinnere an jenes Wort, das am Ende der Türkenbelagerung Wiens im Jahre 1683 Graf Starhemberg an den Herzog von Lothringen durch Eilboten senden ließ: Eile tut not, gnädiger Herr! Und so möchte ich den verantwortlichen Faktoren in diesem Staate zurufen: Eile tut not, helfet und tut eure Pflicht, ehe es zu spät ist!

Mit diesen Worten bitte ich um einmütige Annahme der gestellten Anträge. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts.)

VB. Rain: Zum Worte gelangt pro Herr GR. Partik.

GR. Partik: Ich begrüße den Stadtrats-Antrag und freue mich darüber, daß es auch in diesem Falle der Gemeinderat ist, der den ersten Schritt tut, um den heimkehrenden kriegsbeschädigten Gewerbetreibenden die nötige Kredithilfe zu verschaffen. Ich glaube, es ist unbestritten und es kann mit Fug und Recht behauptet werden, daß gerade das mittelständische Gewerbe unter dem Kriege am schwersten gelitten hat. Tausende von Betrieben sind geschlossen worden, weil die Betriebsinhaber zur Kriegsdienstleistung einberufen worden waren. Es wurden allerdings von den Frauen der Eingerückten die Betriebe zum Teile mit den Gehilfen und Lehrlingen weitergeführt. Durch die lange Dauer des Krieges und die fortwährenden Musterungen mußten nicht nur die Gehilfen, sondern auch schließlich die Lehrlinge einrücken und die Frauen waren gezwungen, ihre Betriebe zu schließen.

Ein Teil dieser Frauen aber mußte dafür sorgen, ihre Betriebsstätten den Männern zu erhalten. Sie mußten daher den Zins fortbezahlen und alle ihre Ersparnisse, die sie vielleicht seit Jahrzehnten zusammengelegt hatten, verwenden, um die Lokale erhalten und selbst leben zu können. Die Briefe, welche die Männer von der Front an ihre Frauen heimgeschrieben haben, sie mögen unter allen Umständen trachten, den Zins für die Werkstätten aufzubringen, damit nach dem Kriege die Betriebe wieder aufgenommen werden können, sind geradezu rührend. Die Leute sind mit ihren Ersparnissen fertig geworden und müssen außerdem Schulden machen, um durchhalten zu können. Eine andere Gruppe, die nicht zur Kriegsdienstleistung einberufen worden ist, hat dadurch gelitten, daß sie durch die zentrale Bewirtschaftung nicht die nötigen Rohstoffe zur Verfügung bekommen hat.

Die Gewerbetreibenden und Kleingewerbetreibenden haben unter der zentralen Bewirtschaftung am allerhärtesten gelitten (Zwischenrufe: Sehr richtig!), während es der Großindustrie möglich war, mit der ihr zugewiesenen Kohle alles Mögliche für ihre Angestellten einzutauschen, ist den Kleingewerbetreibenden, den Schlossern und Schneidern und allen jenen, welche Kohle gebraucht haben, nicht einmal so viel Kohle zugewiesen worden, daß sie ihre Kleinbetriebe aufrecht erhalten konnten. Es mußte gewiß in den Kreisen der Gewerbetreibenden eine Verbitterung hervorrufen, wenn sie sehen mußten, daß der kleine Schuhmacher nicht einmal so viel Leder bekommen konnte, um Schuhe doppeln zu können und auf der anderen Seite die Schuhfabriken immer größer wurden und noch außerdem die Möglichkeit hatten, nicht nur die bestehenden Betriebe zu erweitern, sondern auch noch neue dazu zu errichten. Durch diese Protektionswirtschaft, die sich durch vier Jahre bei den Zentralen eingebürgert hat, hat unser Gewerbestand sehr gelitten und ist dem Ruin preisgegeben worden. Die neue Republik wird es notwendig haben, alles aufzuwenden, um den gewerblichen Mittelstand, um die Werte schaffenden Stände wieder aufzurichten und ins Wirtschaftsleben einzuführen. Alles, was wir heute und in den letzten Sitzungen an Fürsorgeaktionen beschlossen haben, das kostet Geld und dieses Geld kann nur aufgebracht werden, wenn die Möglichkeit geschaffen wird, daß sich alle jene, welche Werte schaffen, wieder betätigen können. Nur so kann ich mir die Wiederaufrichtung des Staates vorstellen. Die neue Republik muß jede Krone, die sie hat und erfassen kann, dazu verwenden, sie produktiv anzulegen, nur dann wird es möglich sein, daß das Staatsleben wieder aufblüht und sich der Staat wieder festigt. In allen

Staaten war es der gewerbliche Mittelstand, welcher die Grundfesten des Staates gebildet hat. Was wäre Deutschland gewesen ohne seinem kernigen Mittelstand, ohne das Können und Wollen des Mittelstandes, aus welchem die Großindustrie hervorgewachsen ist und aus welchem die Großindustrie ihre qualifizierten Arbeiter und ihre Werkmeister geschöpft hat.

Eine andere Gruppe von Gewerbetreibenden und Handeltreibenden wurde ebenso durch die zentrale Wirtschaft hart getroffen, wie die anderen erwerbenden Stände. Durch die Requisitionen wurde den Leuten nahezu alles genommen; den Kaufleuten, den Manufakturwarenhändlern, den Zugehörhändlern wurde die letzte Spule Zwirn weggenommen und nun lesen wir, daß in Brunn am Gebirge der Zwirn waggonweise gelagert hat. Hier aber, in Wien, war es nicht möglich, daß sich eine Näherin oder ein armer Schneider eine Spule Zwirn kaufen konnte, außer er hat sie sich im Schleichhandelsweg um 20 oder 30 K verschafft. Wenn wir lesen, daß Waren eingelagert waren, die niemals für die Heeresleitung eine Verwendung finden konnten, wenn wir lesen, daß Seidenstoffe, feine Blusenstoffe, Tüll, Seidenstrümpfe, Etamin und Marquisette eingelagert wurden, so müssen wir uns doch fragen, ob es denn an der Front jemanden gegeben hat, der einen seidenen Strumpf oder ein seidenes Hemd getragen hat. (Heiterkeit.) Hier hat man in der rücksichtslosesten Weise den Handeltreibenden die Sachen weggenommen, so daß man zum Beispiel in der Mariahilferstraße nur mehr Gewebe aus Papierstoff bekommen hat, an welchen die Leute jetzt ihr ganzes Geld verlieren. Dafür kann man nur die zentrale Wirtschaft verantwortlich machen.

Es ist wohl nicht notwendig, noch weiter zu betonen, daß diese Hilfe, die nun den Gewerbetreibenden gegeben werden soll, äußerst notwendig ist. Tausende sind zurückgekommen und können nun keine Beschäftigung finden, weder Meister noch Gehilfen. Wir haben Gewerbetreibende, die sich zur Volkswehr engagieren lassen, obwohl wir hier massenhaft Arbeit für sie hätten. Arbeiten gibt es riesig viel und wir könnten alle beschäftigen, wenn wir die nötigen Rohstoffe zur Verfügung hätten. Arbeiter sind ja auch schon in großer Zahl zurückgekommen. Wenn man die Straßen Wiens durchwandelt, dann sieht man, wie alles verwahrlost ist. Die Häuser sind nicht gefärbelt; sie müssen vom Keller bis zum Boden der Reparatur unterzogen werden. Mit diesen Arbeiten allein könnten wir die Bauhandwerker ganz Wiens beschäftigen.

Es wäre daher notwendig, daß bei der Sachdemobilisierung zunächst auf die Kleingewerbetreibenden Rücksicht genommen und daß diesen Material zur Verfügung gestellt würde. Es geht nicht an, daß dort wieder Protektionswirtschaft geübt wird, durch die wieder nur die großen Betriebe, die schon während des Krieges so viel verdient haben, abermals zum verdienen kommen, während die Kleinen wieder das Nachsehen haben werden. Es wird daher notwendig sein, die Pflege des Gewerbestandes von allen Seiten in die Hand zu nehmen. Dieser Antrag ist dazu geeignet und daher bitte ich um seine Annahme. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

VB. Rain: Zum Worte kontra gelangt Herr GR. Panosch.

GR. Panosch: Ich freue mich, daß sich endlich Gelegenheit ergibt, über die Leiden des Gewerbestandes einiges zu sagen. Der Gewerbestand hat sicher während der Kriegszeit außerordentlich stark gelitten, vielleicht am allermeisten. Der Gewerbestand ist immer einer derjenigen gewesen, der niemals Wohltaten haben wollte, sondern nur Arbeit und Verdienst. Wir hören zwar, daß dem Gewerbestande durch eine Kredithilfe geholfen werden soll. Aber man muß schier verzweifeln, ob es möglich sein wird, dem Gewerbestande in dieser Zeit auch eine Hilfe zuteil werden zu lassen. Für diese Kredithilfe ist ein Betrag von 6 bis 8 Millionen Kronen in Aussicht genommen, die ja ungefähr ausreichen würden. Die früheren Regierungen haben für andere Organisationen im Handumdrehen 10 Millionen Kronen aufgebracht, so daß diese gar nicht recht wußten, wohin mit dem vielen Geld!

Es ist sehr bedauerlich, daß der Gewerbestand, der sicher immer die treueste Stütze des Staates gewesen ist, in der Not auf eine Hilfe nicht rechnen kann.

Herr Kollege Partik hat auseinandergesetzt, daß wir mit Bewunderung auf die Frauen der Gewerbetreibenden hinblicken, die den Betrieb unter den schwierigsten Verhältnissen aufrechterhalten haben. Allerdings haben sie dabei ihre Ersparnisse zugesetzt.

Wir hören nun neuerdings von einem Gesetz zur Eintreibung der direkten Steuern. Der Staatssekretär für Finanzen erklärt, daß dieses Gesetz eine Gegenmaßregel sein soll gegen die ungeheuren Steuerrückstände, die sich während der vier Kriegsjahre in erschreckender Weise angehäuft haben. Dieses Gesetz soll in der kürzesten Zeit 800 Millionen Kronen eintragen. Einerseits hören wir, daß der Gewerbestand vollständig zugrunde gegangen ist, anderseits will man von demselben Gewerbestande 800 Millionen Kronen herauspressen! Ich will darauf nicht näher eingehen, denn die Steuern bilden ein eigenes Kapitel.

Es wird notwendig sein, auch eine gründliche Steuerreform durchzuführen, denn der Staat Deutschösterreich kann sich nicht den Luxus einer vielseitigen Steuerverwaltung erlauben, sondern die Steuereinhebung muß möglichst einfach sein. Ich möchte nur auf eine Steuer hinweisen, die sicher ungerecht und unmoralisch ist, auf die sogenannte Erwerbsteuer. Dafür, daß ein Gewerbetreibender oder Industrieller sich bemüht, einen Betrieb zu schaffen und darin tätig zu sein, wird er noch besonders besteuert. Wir alle sehen ein, daß Steuern bezahlt werden müssen, denn wir müssen ja viele Invaliden, Witwen und Waisen erhalten. Aber wir wollen, daß nicht nur der Gewerbestand allein belastet wird, sondern daß auch jene Kreise herangezogen werden, die während des Krieges kolossale Gewinne eingesteckt haben. Der Gewerbestand wird immer als Melkkuh für den Staat angesehen. Der Staat hat alle Ursache, sich seiner anzunehmen, um diese seine Stütze aufrecht zu erhalten. Es wird dem Gewerbestande vielfach vorgeworfen, daß seine Steuermoral nicht die richtige sei und daß er das Einkommen nicht richtig einbekenne. Ich möchte aber diese Behauptung umdrehen und erklären: Jene, die die Steuern vorschreiben, sollten die nötige Steuermoral haben und nicht den Gewerbestand unnötig belasten.

Ich begrüße den hier gestellten Antrag und habe nur den Wunsch, daß er endlich verwirklicht werde.

VB. Rain: Zum Worte gelangt Herr GR. Rotter.

GR. Rotter: Es lassen sich heute die wirtschaftlichen Folgen des Zusammenbruches des alten Oesterreichs noch nicht überblicken, aber gewiß bedeutet für Wien dieser Zusammenbruch die größte Katastrophe, nicht nur für die Unternehmer, sondern auch

für die Arbeiter. Ich habe bereits am 19. Juni hier eine Rede gehalten und vor der Zertrümmerung Oesterreichs gewarnt. Ich habe damals erklärt, ich könne darin nicht das Heil der Zukunft erblicken. Es ist ja richtig, daß das alte Oesterreich genug Fehler hatte, aber ich bin überzeugt, daß heute schon Millionen daran denken, daß der Tausch nicht gerade der beste gewesen ist. Dazu kommt noch die jetzige wirtschaftliche Lage, die durch die Aufrechthaltung der Bockade verschärft wird. Ich erinnere, daß zum Beispiel im Jahre 1870, nach der Einnahme von Paris, sofort Lebensmittel und Rohstoffe von den Deutschen zugeschoben wurden. Die Haltung der Feinde uns gegenüber ist also mindestens sehr merkwürdig. Durch die Aufrechterhaltung der Blockade werden Hunderttausende von Arbeitslosigkeit bedroht und zur Verzweiflung getrieben. Da muß ich schon fragen, wo sind die Pazifisten, wo sind die Demokraten, wo ist die Internationale, daß sie gegen diese unerhörte Aufrechthaltung der Blockade keinen Einspruch erheben! Was ist es mit den schönen Worten vom Völkerbund, ewiger Friede, Selbstbestimmungsrecht! Alles schweigt und nun zeigt es sich, daß alles nichts als Lug und Trug ist, wir wurden belogen und betrogen. Das alte Oesterreich ist zerstört worden durch den größten Verrat, den die Weltgeschichte kennt und durch die Unfähigkeit der Regierenden, das gebe ich ja zu. Aber was ist das heutige Deutschösterreich? Ein armer, hilfloser Krüppel, an dem sich jeder die Füße abwischt, der reine Watschenmann, an dem jeder seinen Zorn ausläßt. Was hat sich in wirtschaftlicher Beziehung für die großen Massen geändert? Gar nichts! Andere Leute sind an die Spitze gekommen, aber denen scheint mit dem Amte nicht auch der Verstand gekommen zu sein. Alle, besonders aber der Gewerbestand sieht mit großen Sorgen in die Zukunft, umsomehr als der alte Bürokratismus, der soviel verschuldet hat, eigentlich nicht verschwunden ist. Er ist geblieben, man hat ihn nur anders angestrichen. Früher war er grün, jetzt ist er ein bißchen rot. Er ist derselbe geblieben, der oft seine Unfähigkeit gezeigt hat. Aus diesem allgemeinen Zusammenbruche wurde nur der alte Amtsschimmel gerettet. Der neue Bürokratismus amtiert auch nicht schneller als der alte. Dieser Bürokratismus war immer so verständnislos, ja feindselig dem Gewerbestande gegenüber.

Er hat sich meistens leiten lassen von sozialpolitischen Doktrinären und Theoretikern. Das Kapitel „Zentralen" war kennzeichnend für den Bürokratismus der früheren Zeit. Die Zentralen haben den Konsumenten nichts genützt, den Gewerbestand aber ruiniert. Verordnungen wurden zu Hunderten besonders gegen den Gewerbestand erlassen und von den Herausgebern selbst nicht eingehalten und die von niemandem eingehalten werden konnten; wenn sie aber ein Gewerbetreibender übertrat, dann wurde er von diesem Bürokratismus drakonisch gestraft.

Dieser Bürokratismus hat auch den Gewerbestand seit Kriegsbeginn von allen Heereslieferungen ausgeschlossen und diese auf die Banken und auf die Großindustrie beschränkt. In das Kriegministerium konnten die bodenständigen Gewerbetreibenden nicht hinein kommen, aber gewisse Leute aus dem Osten, die ich nicht näher zu bezeichnen brauche, haben immer freien Zutritt gehabt. (Ruf: Flüchtling hat man sein müssen, dann ist es gegangen!) Wenn es nicht so traurig wäre, müßte man eigentlich lachen, daß zum Beispiel Stiefel vom Advokaten oder Kleider vom Möbelhändler geliefert wurden. Es war das aber bezeichnend für den Geist dieser Bürokratie, der dort geherrscht hat. Gott „Nimm" war bei allen diesen Lieferungen dabei, das hat so recht deutlich der „Leinweber-Prozeß" gezeigt, welcher die ungeheure Korruption, die dort geherrscht, enthüllt hat. Leider aber waren die richtigen, die wirklich Schuldigen nicht auf der Anklagebank. Man hat Provisionen bis 20.000 K bezahlt und da ist es doch klar, daß die Gewerbetreibenden nicht mittun konnten, weil ein Gewerbetreibender 20.000 K für Provision nicht ausgeben kann, um eine Lieferung zu bekommen.

Es ist bezeichnend, daß Provisionen auch von Leuten gegeben wurden, die in Versammlungen über Korruption und Militarismus geschimpft haben. Alle diese Leute haben an das Militär geliefert, den Militarismus aber bis ans Messer bekämpft; sie haben sich aber nicht geschämt, Lieferungen zu übernehmen. Der Bürokratismus hat den Gewerbestand ruiniert, er hat ihm die Rohstoffe verteuert, sie ihm ganz entzogen; er hat die Arbeiter, die Unternehmer einberufen und man hat dann die Leute oft zu den unglaublichsten Zwecken verwendet. So mußte ein Schneidermeister als Handlanger auf einem Bau arbeiten, ein Bäckermeister wurde als Kohlenträger verwendet, ein anderer Mann, der vom Kochen nichts verstanden hat, wurde als Koch verwendet, weil er aber schlecht gekocht hat, ist er eingesperrt worden. Das war ja so die Kur beim Militär, daß einer, wenn er etwas nicht gekonnt hat, dafür eingesperrt wurde. Vielfach wurde auch geklagt, daß Unteroffiziere, vor allem Feldwebel, die im Zivilberufe Arbeiter waren, die chargenlosen Unternehmer auf das unglaublichste malträtierten.

Dagegen hat man in den Zentralen ganze Familien versorgt, es genügte meistens nur die Vorweisung eines Geburtsscheines, um dort unterzukommen. Die Großindustrie und ihre Arbeiter hatten kolossale Verdienste. Alles hat man getan, um den Gewerbestand zu ruinieren, ja, man hat sogar die Frauen statt unterstützt, in der unglaublichsten Weise schikaniert. Wenn so eine Frau zu einem Amt gekommen ist und dort gesagt hat, daß sie nicht arbeiten kann, weil sie keine Rohstoffe mehr hat, hat man ihr gesagt: Dann sperren Sie halt zu. (Entrüstungsrufe.) Das war der Weisheit letzter Schluß unserer Behörden. Erst der n.-ö. Landes-Ausschuß war in der Lage, den Gewerbetreibenden Heereslieferungen zu verschaffen. Aber wie die Intendanten drangsaliert haben, ist unerhört, trotzdem die Lieferungen der Gewerbetreibenden tadellos waren; sie haben gewiß keine Stiefel mit Papiersohlen oder Pappendeckelsohlen geliefert, oder Brot mit Kalkzusatz. Es war eine bekannte Tatsache, daß die Gewerbetreibenden tadellos gearbeitet haben und trotzdem hatte man sie solange von allen Heereslieferungen ausgeschlossen.

Dem Landes-Ausschusse gebührt unser voller Dank, daß er unter so schwierigen Verhältnissen für die Gewerbetreibenden eingetreten ist. Leider hat auch unser Parlament völlig versagt; es war ja immer ein Feind des Gewerbestandes. Dieses Parlament, das in Wirklichkeit eine Karikatur auf ein Parlament war, in dem die größte Korruption geherrscht hat und in dem besonders in letzter Zeit nur der berüchtigte Kuhhandel geblüht hat, hat, wenn es gearbeitet hat — meistens hat es nicht gearbeitet — gegen den Gewerbestand gearbeitet. Es hat sich mit Fragen befaßt, zum Beispiel über den Nachtwächter von Leitomischl oder über die Aufschriftstafeln in

Prdlowiee. Wenn es aber Gesetze erlassen hat, so waren diese gegen den Gewerbestand gerichtet. Wir haben von diesem Parlamente umsonst verlangt, zum Beispiel das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb. Dieses war bis zur Vorlage an das Plenum fertig, der Bürgermeister Dr. Weiskirchner war damals Referent, aber kurz bevor es fertiggestellt wurde, wurde es durch Quertreibereien einer gewissen Kotterie wieder vertagt.

Wir haben verlangt die Regelung des Hausierhandels, eine Warenhaussteuer, Gesetze zum Schutze des Bauhandwerkes, die Altersversorgung der Gewerbetreibenden. Alles vergeblich! Alle diese Gesetze, die der Gewerbestand verlangt hat, wurden nicht erledigt. Alles ist nur gegen uns gemacht worden und deshalb ist es freudig zu begrüßen, daß endlich einmal auch etwas für die Gewerbetreibenden geschieht. Die Aktion des Landes-Ausschusses ist deshalb um so höher zu bewerten, weil es bei den jetzigen Geldverhältnissen so unendlich schwer ist, Geld flüssig zu machen. Es ist wahrlich die höchste Zeit dafür, und ich möchte bitten, daß die jetzige Aktion sobald als möglich durchgeführt werde.

Zum Schlusse will ich noch eine Forderung des Gewerbestandes vorbringen, nämlich daß die Gewerbetreibenden bei den kommenden Wahlen volle persönliche Freiheit haben, damit sie ihre Kandidaten durchbringen können, welche dann unsere Wünsche in den gesetzgebenden Körpern vorbringen können.

VB. Rain: Herr GR. Müller hat das Wort zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung.

GR. Müller: Ich beantrage Schluß der Debatte.

VB. Rain: Es wird Schluß der Debatte beantragt. Ich ersuche die Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Zum Worte sind noch gemeldet die GR. Reismann, Ferdinand Fischer und Kunschak. — Wenn die Herren einverstanden sind, werde ich die Debatte nunmehr absetzen und jene wichtigen Referate, welche auf das Neujahr Bezug haben, fortführen lassen. In der nächsten Sitzung werden dann die genannten Herren das Wort erhalten. (Allgemeine Zustimmung.)

Ich bitte somit Herrn GR. Spalowsky zum Referate.

38. Berichterstatter GR. Spalowsky: Zahl 12186, Post 13. Systemisierung von Diurnisten-, beziehungsweise Kanzleistellen im Status des Arbeiterfürsorgeamtes der Stadt Wien.

Das Amt benötigt zur Durchführung der neuen erhöhten Arbeiten diese Hilfskräfte. Es wird beantragt, die Zahl der systemisierten Diurnisten-, beziehungsweise Kanzlistenstellen von 55 auf 80 zu erhöhen, wobei in erster Linie solche Bewerber oder Bewerberinnen zu berücksichtigen sind, die bisher schon im Gemeindedienste, wenn auch nur als Aushilfskräfte tätig sind.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

VB. Rain: Zum Worte ist niemand gemeldet, keine Einwendung. Angenommen.

Beschluß:

1. Anläßlich der Ausgestaltung des Wohnungsnachweises und der Abteilung für Frauenarbeit des Arbeitsnachweises wird die Zahl der für das Arbeiterfürsorgeamt systemisierten Diurnisten-(innen) beziehungsweise Kanzlisten-(innen) Stellen von 55 auf 80 erhöht.

2. die freien Stellen sind in erster Linie mit solchen Bewerbern oder Bewerberinnen zu besetzen, die bisher schon im Gemeindedienste, wenn auch nur als Aushilfskräfte tätig sind; denselben wird die bereits im Gemeindedienste vollbrachte Dienstzeit eingerechnet.

39. Berichterstatter GR. Spalowsky: Zahl 12473, Post 14. Regelung der Bezüge für die Unterbeamten des städtischen Fuhrwerksbetriebes.

Die Unterbeamten des städtischen Fuhrwerksbetriebes haben um eine Erhöhung ihrer Bezüge angesucht. Es werden Ihnen die vorliegenden Anträge unterbreitet, die eine Erhöhung der Bezüge nach einer bestimmten Dienstzeit auf 500, 600, 800 und 1000 K beinhalten.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

VB. Rain: Zum Worte ist niemand gemeldet, keine Einwendung. Angenommen.

Beschluß:

In Abänderung der Bestimmungen des Gemeinderats-Beschlusses vom 5. Dezember 1911, P. Z. 17482, wird für die Unterbeamten des städtischen Fuhrwerksbetriebes das Quartiergeld wie folgt festgestellt: im ersten Dienstjahre, dem Probejahre, mit 500 K; bei einer Dienstzeit von über ein bis einschließlich neun Jahren mit 600 K, bei einer Dienstzeit von über neun bis einschließlich siebzehn Jahren mit 800 K und bei einer Dienstzeit von über siebzehn Jahren mit 1000 K. Der Anfall des neuen Quartiergeldes wird rückwirkend vom 1. August 1918 an bewilligt.

Den Unterbeamten des Fuhrwerksbetriebes kann nach zehn in dieser Eigenschaft vollstreckten Dienstjahren bei vollkommen zufriedenstellender Dienstleistung vom Stadtrate das Definitivum verliehen werden.

40. Berichterstatter GR. Spalowsky: Zahl 12480, Post 15. Verbesserung der Lohn- und Dienstverhältnisse der Depotaufseher des städtischen Fuhrwerksbetriebes.

Der Dienst ist ziemlich der gleiche wie bei den städtischen Straßenaufsehern und es wird beantragt, daß dieselben Verhältnisse dort platzgreifen sollen wie bei den Straßenaufsehern und daß sie überdies nach 20 Dienstjahren das Definitivum erreichen können.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

VB. Rain: Zum Worte gelangt Herr GR. Bermann.

GR. Bermann: Ich will nur, eine kurze Bemerkung vorbringen. Aus dem uns vorgelegten Antrage ist zu ersehen, daß die Aufseher der städtischen Fuhrwerksdepots mit einem Gehalte von 130, 140 und 150 K plus eines Mietzinsbeitrages von 25 K angestellt werden, das ist eine Verbesserung gegenüber den bisher bestandenen Verhältnissen.

Nun ist mir bekannt, daß diese Kategorie von Angestellten zu diesem Grundgehalte noch die seinerzeit hier festgelegten Teuerungs-, respektive Kriegszulagen in einem Ausmaße von 111 bis 303 K bezieht. Ich möchte bitten, daß ich falls dies nicht richtig ist, korrigiert werde. Ich glaube annehmen zu dürfen, daß auch diese Angestellten unter jene Kategorie fallen, die dieses Zuschlages in Form von Teuerungs- und Kriegszulagen teilhaftig sind. Ist dies der Fall, dann ist es meiner Ansicht

nach unverständlich, daß hier im Gemeinderate bei Beratung über die Festsetzung der Bezüge dieser Art von Angestellten mitgeteilt wird, daß ihr Monatsbezug nunmehr 125 bis 150 K betragen soll. Ich sage das aus einem bestimmten Grunde Wenn ich aus der in der letzten Zeit so sehr zutage getretenen Arbeiterliebe der Herren auf dieser Seite schließen soll, so muß ich annehmen, daß die Bevölkerung auch Ihrer Wählerschichte es für unfaßbar halten und darüber entrüstet sein wird, wenn ihr mitgeteilt wird, daß es Angestellte der Gemeinde Wien gibt, die mit 125 bis 150 K pro Monat bezahlt werden. Das ist doch gewiß unbegreiflich und unfaßbar. Man hätte klar sagen sollen, ihre Bezüge sind so und so viel, man hätte die Teuerungszulage dazurechnen müssen. Dies ist auch deshalb notwendig, um nicht Zweifel darüber zu lassen, daß etwa die Gemeinde der Anschauung ist, daß es möglich sein kann, die einmal gewährten Teuerungszulagen wieder zurückzunehmen. Die Zeiten sind vorbei, wo man den Angestellten mit einem Bettel von 125 bis 150 K abspeisen kann. Sie dürfen sich deshalb keiner Täuschung hingeben, daß dies nicht gelingen wird und daß die Zustimmung der Herren Kollegen von meiner Seite dazu niemals gegeben werden wird, wenn Sie mit dem Verlangen kommen sollten, die Teuerungszulagen abzubauen. Die Verhältnisse sind heute so, daß mit einem Abbau der Preise der Bedarfsartikel für absehbare Zeit überhaupt nicht gerechnet werden kann und wenn es so ist, so ist es unverständlich, heute der Oeffentlichkeit nicht gleich mitzuteilen, daß unter den Monatsbezügen für einen Angestellten zu verstehen sind 125 und 111, das sind 236 K mindestens.

Meine verehrten Damen und Herren! Ich glaube, in der vorletzten Sitzung haben Sie sich von dieser Seite so sehr darüber entrüstet, daß der Gehilfen-Ausschuß des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft mit dem Gremium einen Kollektivvertrag abgeschlossen hat, nach welchem pro 1917/18 Lehrlingen vom 17. Lebensjahre an ein Mindestlohn von 115 K gewährt werden soll, ein Verlangen, daß wir bereits im Jahre 1916 gestellt haben, also in einer Zeit, da die Preisverhältnisse ganz andere waren als heute. Die Herren haben sich aber darüber sehr entrüstet und mit Pathos hat Herr GR. Hemala den Vorwurf gegen unseren Kollegen, dem Gehilfenobmann Pick, erhoben, daß er es zugelassen hat, daß ein solcher Kollektivvertrag abgeschlossen wird. Wenn die Oeffentlichkeit erfahren sollte, daß unter Zustimmung der Herren auch von dieser Seite die städtischen Angestellten, erwachsene Leute, mit 125 K pro Monat abgespeist werden sollen, müßte sich auch in den Kreisen Ihrer Parteigenossen heller Aufruhr und Entrüstung erheben, die zu bannen Sie nicht in der Lage sein dürften, falls ich aus der gegenwärtig zutage getretenen Arbeiterliebe auf die Stimmung der Bevölkerungsschichten Ihrer Parteirichtung schließen darf. Deswegen würde ich wünschen, daß hier vor allem festgelegt werde, daß die Bezüge der städtischen Depotaufseher, die nunmehr mit den Bezügen der Straßenaufseher gleichgestellt werden, nicht 125 K, sondern jenen Betrag ausmachen, der mit Zuschlag der Teuerungszulage faktisch pro Monat den Leuten überwiesen wird, damit man sieht, daß die Stadtgemeinde keine Angestellten hat, denen sie bloß 125 K pro Monat auszahlt.

Ich möchte mir bei dieser Gelegenheit die Anfrage erlauben, ob diese Kategorie von neu im Monatslohne stehenden Angestellten ähnlichen Bestimmungen bezüglich der Urlaube unterworfen ist wie die Angestellten ähnlicher Art. Man hat nämlich in der Gemeinderats-Sitzung im Jahre 1909 beschlossen, den städtischen Angestellten, wenn sie volle drei Jahre im Dienste der Gemeinde stehen, einen bezahlten alljährlichen Urlaub im Ausmaße von acht Tagen zu gewähren. Ich möchte fragen, ob auch diese Angestellten dieses Urlaubes teilhaftig sind. Wenn das der Fall ist, möchte ich darauf aufmerksam machen, daß seit dem Jahre 1910 in Oesterreich ein Gesetz besteht, das für alle Angestellten, mit Ausnahme gewisser Kategorien, vor allem der Landes-, Staats- und Kommunalbeamten Geltung hat, auf Grund welches diesen Angestellten schon nach einer sechsmonatlichen Dienstzeit ein ununterbrochener, mindestens zehntägiger Urlaub zu gewähren ist und nach fünfjähriger Dienstzeit ein Urlaub von 14 Tagen, der sich bis auf 21 Tage steigert. Ich glaube, daß es recht und billig wäre, diesen Angestellten einen Urlaub in der Mindesthöhe des vom Gesetze für die Gehilfen vorgesehenen Ausmaßes zu gewähren, das sind mindestens zehn Tage, und zwar nicht erst nach einer dreijährigen Dienstzeit, sondern mindestens nach einer sechsmonatlichen. Ich glaube nicht, daß Sie das Begehren haben, die Angestellten der Gemeinde noch schlechter zu stellen als die Angestellten, für die im Jahre 1910 das Schutzgesetz geschaffen wurde. Wir haben damals eine ganze Reihe von Anträgen gestellt und konnten gewiß nicht die beste Begünstigung erreichen, denn sie haben auch durch die Mitschuld Ihrer Vertreter im Parlamente die Zustimmung des Hauses nicht gefunden.

Wenn Sie bezüglich der ersten Post eine Aufklärung nicht geben können, so bitte ich, jedenfalls meinen Antrag zur Kenntnis zu nehmen, der dahin geht, daß den Angestellten in der Folge ein Urlaub von zehn Tagen bewilligt werde und daß dieses Recht auf Urlaub alle jene Angestellten haben, die mindestens durch sechs Monate definitiv im Unternehmen stehen.

VB. Rain: Die Debatte ist geschlossen; der Herr Referent hat das Schlußwort.

Berichterstatter GR. Spalowsky: Meine verehrten Damen und Herren! Ich kann dem Herrn Kollegen Bermann auf seine Anfrage eine eingehende Antwort erteilen. Dabei sehe ich von den Worten ab, die er gegen unsere Partei gesprochen hat. Die Daten, die ich Ihnen bringen werde, werden Ihnen eine bessere Antwort geben, als ich darauf sagen könnte.

Es ist richtig, daß die Beträge anscheinend außerordentlich niedrig sind. Es muß aber doch beachtet werden, daß unsere städtischen Angestellten eine Reihe von Bezügen haben, die im Gehalte nicht zum Ausdrucke kommen, dabei aber außerordentlich wertvoll sind. Ich muß erwähnen, daß die Kategorie der Depotaufseher, wie andere Kategorien von Aufsehern, nicht nur Sommer- und Winterkleider, auch einen Tuchmantel erhalten, sondern überdies noch ein Paar Schuhe pro Jahr. Ich verweise ferner darauf, daß alle diese Angestellten der Altersversorgung teilhaftig sind und kein Beitrag zu irgend einer Pensionskasse zu bezahlen ist. Das kommt für die Beurteilung der Beträge doch auch außerordentlich in Betracht. Ich will ferner folgendes bemerken: Es ist richtig, daß wir 130 K Anfangsgehalt und 25 K Mietzinsbeitrag vorschlagen. Nun hat aber unser Beschluß über die Einführung der Kriegsteuerungszulagen und Anschaffungsbeiträge für alle städtischen Bediensteten Giltigkeit, die seit länger als 5 Monaten im Dienste der Gemeinde stehen. Mir sind momentan die Sätze nicht erinnerlich, aber die monatliche Kriegsteuerungszulage

beträgt mindestens 81 K und dazu kommt noch ein viermonatlicher Anschaffungsbeitrag in der Höhe von 180 K, das sind 720 K pro Jahr, 60 K pro Monat, das ergibt zusammen 296 K Mindestlohn. Dabei ist aber in Betracht zu ziehen, daß es sich da hauptsächlich um Leute handelt, die Familien haben und infolge des höheren Familienstandes in einer höheren Klasse eingereit sind, wodurch sich die Beträge noch wesentlich erhöhen. Ich habe den Mindestbetrag angeführt, um eine Vergleichsbasis zu schaffen. Dabei kommt aber bei der Kategorie der städtischen Depotaufseher noch in Betracht, daß ihnen durch einen früheren Gemeinderats-Beschluß eine Arbeitszulage in der Höhe von 4 K täglich für jeden Arbeitstag gewährt wurde. Jeder dieser Depotaufseher hat im Durchschnitt 16 solcher Arbeitstage, wofür ihm jedesmal 4 K bezahlt werden. Wenn Sie dies alles zusammenrechnen, ergibt sich ein Betrag von 360 K, den der betreffende Angestellte von Seite der Gemeinde bezieht. Ich kann nicht behaupten, daß dieser Bezug allein ungenügend wäre. Ich gebe zu, daß es zweckdienlich ist, das aufscheinen zu lassen, aber es hängt mit der komplizierten Behandlung der Lohn- und Gehaltsverhältnisse zusammen, die durch die Statusse hervorgerufen worden sind.

Ich will daran erinnern, daß wir, bevor die Herren in den Gemeinderat eingezogen sind, zwei Beschlüsse gefaßt haben. Der eine betrifft die Zurechnung der Hälfte der Teuerungszulage zum Gehalte, und in der letzten Sitzung des alten Gemeinderates wurde beschlossen, der Gemeinderat wird an eine Einstellung der Kriegszulagen nicht schreiten, bevor die Lebensmittelpreise jenes Niveau erreicht haben, welches durch den Abbau der Preise ermöglicht wird.

Ich glaube, vollständig auf die Frage geantwortet zu haben und es geht deutlich hervor, daß wir unserer Pflicht gegenüber den Angestellten voll und ganz nachgekommen sind.

Was die Urlaube anbelangt, so ist es richtig, daß dieser Beschluß aufrecht ist und eine gewisse Differenz zu den Bestimmungen des Handlungsgehilfengesetzes für unsere Angestellten besteht. Ich habe in dieser Hinsicht verschiedentlich gearbeitet; es wurde bei uns der Standpunkt eingenommen, daß diese Leute dem Handlungsgehilfengesetze nicht unterworfen sind. Es handelt sich um Aufseherkategorien. Ich gebe zu, daß wir an und für sich mit dem System der verschiedenen Zulagen werden brechen müssen. Wir werden zu einer Reform in unseren Anstellungsverhältnissen kommen müssen. Wir sind uns klar, daß hiebei die Gehalts-, Urlaubs- und Vorrückungsverhältnisse geändert werden müssen. Es ist einleuchtend, wenn von unserer Seite der Standpunkt vertreten wurde, eine großzügige Reform muß in der gegebenen Zeit durchgeführt werden. Wir helfen uns damit, daß wir den einzelnen Wünschen soweit als möglich Rechnung tragen. Ich glaube, den Herrn Kollegen die nötigen Aufklärungen gegeben zu haben und bitte um die Zustimmung zu den Anträgen.

VB. Rain: Ich bitte diejenigen Damen und Herren,) welche dem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.: Der Antrag ist angenommen.

Weiters wurde ein Antrag gestellt, welcher lautet (liest)

„Den in die Kategorie der Aufseher fallenden Angestellten der Gemeinde Wien ist nach ununterbrochener sechsmonatlicher Dienstdauer ein Urlaub im Mindestausmaße von zehn Tagen zu gewähren."

Ich stelle die Unterstützungsfrage. Der Antrag ist genügend unterstützt und gelangt zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung.

Beschluß:

Den Depotaufsehern des städtischen Fuhrwerksbetriebes für die Straßenpflege kommen die zufolge Gemeinderats-Beschlusses vom 18. Februar 1913, P. Z. 20799, für die Straßenaufseher bewilligten, im nachhinein fälligen Bezüge zu, und zwar bei einer Dienstzeit bis zu fünf Jahren: der Monatslohn von 130 K und der monatliche Mietzinsbeitrag von 25 K, von fünf bis zehn Jahren: der Monatslohn von 140 K und der Mietzinsbeitrag von 25 K, ferner über zehn Jahre: der Monatslohn von 150 K und der monatliche Mietzinsbeitrag von 25 K.

Den Depotaufsehern kann nach 20 in dieser Eigenschaft vollstreckten Dienstjahren bei vollkommen zufriedenstellender Dienstleistung vom Stadtrate das Definitivum verliehen werden.

Die definitiven Depotaufseher unterstehen den für Diener geltenden Bestimmungen der Dienstpragmatik für die Beamten und Diener der Gemeinde Wien.

VB. Rain: Es folgen nunmehr die Referate Post 25 und 26.

Ich glaube, die Damen und Herren sind einverstanden, wenn die beiden Referate unter einem behandelt werden.

Ich bitte nunmehr Herrn GR. Spalowsky, in den Referaten fortzufahren.

41. Berichterstatter GR. Spalowsky: Zahlen 12747 und 12748, Posten 25 und 26. Der Verein der katholischen Arbeiterinnen im 9. Bezirke hat um eine Subvention, und zwar in Geld und eine Zuwendung einer Spende in Heizmaterial angesucht. Dieser Verein unterhält ein Arbeiterinnenheim, in welchem 200 bis 250 Arbeiterinnen Wohnung und Verköstigung finden. Für die volle Unterkunft wird als Entgelt der Betrag von 20 bis 24 K verlangt. Dieses Entgelt wird oft, wenn es sich um arme Arbeiterinnen handelt, ermäßigt. Die Erhebungen der Bezirksvertretung haben ergeben, daß in diesem Heim wegen Mangel an Brennmaterialien 80 Zimmer nicht geheizt werden können. Es ist daher eine Zuwendung von Koks und eine Subvention im Betrage von 600 K notwendig. Der Verein erzielt keinen Ueberschuß. Er hat mit Rücksicht auf den sozialen Zweck seiner Tätigkeit eine große Schuldenlast. Ich bitte um Annahme der Anträge.

Bürgermeister (der den Vorsitz übernommen hat): Zum Worte gelangt Frau GR. Freundlich.

Frau GR. Freundlich: Wir stehen auf dem Standpunkte, daß Subventionen für Vereine, die lediglich den Zweck verfolgen, entweder als gewerkschaftliche Organisationen oder als politische Organisationen zu gelten, überhaupt nicht gegeben werden. Wir verlangen als organisierte Arbeiterschaft auch niemals Subventionen für unsere gewerkschaftlichen oder politischen Vereinigungen. Es ist etwas wesentlich anderes, wenn ich eine Subvention von einer öffentlichen Körperschaft verlange für Fürsorgezwecke oder für eine politische Organisation. Die Gewerkschaften und politischen Organisationen sind aufgebaut auf dem Prinzip der Selbsthilfe und sie haben auch noch nie Subventionen von einer öffentlichen Körperschaft in Anspruch genommen. Wir lehnen daher jede Subvention ab, die nicht für reine Fürsorge-

vereine, wie Kinderschutz oder Krankenkassen, die sich als öffentliche Fürsorgeeinrichtungen darstellen, dient. Wir werden nie für solche Subventionen stimmen, die für Vereinigungen bestimmt sind, die irgendwelche Partei- oder sonstige Sonderinteressen vertreten. Wir werden daher gegen diesen Antrag stimmen und lehnen solche Subventionen aus prinzipiellen Gründen ab.

Bürgermeister: Der Herr Referent hat das Schlußwort.

Berichterstatter GR. Spalowsky: Zu den Ausführungen der geehrten Vorrednerin will ich bemerken, daß ich ihren Standpunkt vollständig teile. Ich mache aber aufmerksam, daß es sich beim Verein der katholischen Arbeiterinnen weder um eine Gewerkschaft noch eine parteipolitische Organisation handelt, sondern daß er ein religiöser Standesverein ist. (Zwischenrufe: Die jüdischen Vereine werden auch nicht subventioniert!) Ich wiederhole, er ist weder eine Gewerkschaft noch eine politische Organisation. (Fortdauernde Zwischenrufe. — Der Bürgermeister gibt wiederholt das Glockenzeichen. — Bürgermeister: Ich bitte, den Herrn Referenten nicht zu unterbrechen.) Der Verein verfolgt rein charitative Zwecke und erhält die Subvention zur Erhaltung seines Arbeiterinnenheimes, in welchem er 240 Arbeiterinnen verpflegt und Unterkunft gibt. So hat er in diesem Jahre 546 Pfleglinge durch 73.184 Tage verpflegt, ohne einen Unterschied hinsichtlich der Konfession und des Standes zu machen. Tatsächlich sind auch Nichtkatholiken wiederholt darin untergebracht worden. Ich möchte auch feststellen, daß dieser Verein ähnlich zu beurteilen ist wie der Verein der arbeitenden Kinderfreunde. Dieser Verein kann auch mit Rücksicht auf seine Publikationen als politischer bezeichnet werden; wir tun dies aber nicht, weil wir parteipolitisch nicht ungleich vorgehen wollen. Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

Bürgermeister: Niemand mehr zum Worte gemeldet. Ich bitte die Damen und Herren, die für den Antrag des Herrn Referenten sind, die Hand zu erheben. Der Antrag ist angenommen.

Beschlüsse:

Dem Verein der katholischen Arbeiterinnen, 9., Pramergasse 9, wird wie in den Vorjahren eine Kokspende pro 1918 im Ausmaße von 80 q bewilligt.

Dem Vereine der katholischen Arbeiterinnen, 9., Pramergasse 9, wird wie in den Vorjahren eine Subvention im Betrage von 600 K bewilligt.

Bürgermeister: Zum Referate gelangt Herr GR. Angermayer.

42. Berichterstatter GR. Angermayer: Zahl 12233, Post 5. Es handelt sich um die weitere Stundung von Gehaltsvorschüssen der städtischen Angestellten einschließlich der Angestellten der städtischen Unternehmungen und der Lehrpersonen bis 1. Juli 1919. Die Vorschüsse sind mit Gemeinderats-Beschlüssen vom Dezember 1916 und Dezember 1917 gestundet worden. Nachdem sich die wirtschaftlichen Verhältnisse, unter deren Druck die Stundung gewährt wurde, nicht geändert haben, wird der Antrag gestellt, eine weitere Stundung bis zum Schlusse dieses Verwaltungsjahres zu gewähren.

Bürgermeister: Niemand ist zum Worte gemeldet. Eine Einwendung wird nicht erhoben. Der Antrag des Herrn Referenten ist genehmigt.

Beschluß:

Die mit dem Gemeinderats-Beschlusse vom 5. Dezember 1917, P. Z. 11899/17, bewilligte Stundung der Rückzahlung der den städtischen Angestellten, einschließlich der Angestellten der städtischen Unternehmungen und der im Wiener Schulbezirke an öffentlichen Volksschulen angestellten Lehrpersonen, gewährten Gehaltsvorschüsse wird bis 1. Juli 1919 erstreckt.

Bürgermeister: Zum Referate gelangt Herr GR. Emmerling:

43. Berichterstatter GR. Emmerling: Zahl 12449, Post 7. Der Arbeiterverein „Kinderfreunde" ersucht um Nachsicht der Beleuchtungs- und Beheizungskosten für die Turnsaalbenützung durch das Abend-Jugendheim. Ich beantrage die Genehmigung.

Bürgermeister: Es ist niemand zum Worte gemeldet. Eine Einwendung wird nicht erhoben. Der Antrag ist genehmigt.

Beschluß:

Dem Arbeiterverein „Kinderfreunde" werden die Beleuchtungs- und Beheizungskosten für die Turnsaalbenützung durch das Jugendheim nachgesehen.

Bürgermeister: Zum Referate gelangt Herr GR. Dr. Haas.

44. Berichterstatter GR. Dr. Haas: Zahl 11938, Post 8, betrifft die Bewilligung einer Subvention für den Zentral-Verein für Hauskrankenpflege. Dem Zentral-Vereine für Hauskrankenpflege wurde seit einer Reihe von Jahren der Betrag von 6000 K als Subvention vom Gemeinderate bewilligt.

Nun haben sich die Agenden des Vereines durch die Verhältnisse im letzten Jahre so vergrößert, daß der Verein mit seinen Mitteln, die zum größten Teile durch die Privatwohltätigkeit erflossen sind, nicht mehr auskommt. Es wurde ihm daher im vergangenen Jahre eine Subvention von 14.000 K zuerkannt.

Heuer ist er wieder bittlich geworden und der Stadtrat hat beschlossen, den Antrag auf eine Extrasubvention von 20.000 K zu stellen. Der Verein ist eine Notwendigkeit, er ist statutenmäßig nur für die Armut bestimmt und schließt die Pflege zahlungsfähiger Personen vollständig aus. Wir wissen ja, es sind viele Familien durch die Verhältnisse derart niedergegangen, daß es nicht möglich ist, ihren Kranken die nötige Pflege zuteil werden zu lassen. Im Spitale finden sie auch keine Aufnahme, der Verein ist also der einzige rettende Engel, der ihnen hilft. Ich bitte, dem Antrage zuzustimmen.

Bürgermeister: Das Wort hat Frau GR. Dr. Burjan.

Frau GR. Dr. Burjan: Ich begrüße den Antrag des Stadtrates auf das Allerwärmste und möchte beifügen, daß es sehr wenige Vereine gibt, die gerade in letzter Zeit so notwendig geworden sind; daß wir aber hören, daß dieser Verein nicht weiter existieren könnte und seine segensreiche Tätigkeit aufgeben müßte, wenn er nicht eine Subvention erhält, muß uns nachdenklich machen. Es wurde schon von einigen Rednern darauf hingewiesen, daß es unmöglich ist, Dinge, die im Interesse der Allgemeinheit sind, einzig auf die private Wohltätigkeit zu stellen. Wir sind auch vollkommen dagegen und jetzt umsomehr, weil wir überzeugt sind, daß die Schwierigkeiten, die nach dem

Kriege kommen werden, die Gebefreudigkeit und vielleicht auch die Gebefähigkeit der Menschen vermindern werden. Umsomehr ist der Verein für Hauskrankenpflege jetzt nötig. Denken wir an die vielen Frauen, die im Kriege die schwerste Männerarbeit geleistet und ihre Gesundheit dabei untergraben haben. Jetzt finden sie im Spitale keine Aufnahme und selbst, wenn sie Aufnahme fänden, müßten wir uns doch auf den Standpunkt stellen, daß sehr viele Fälle überhaupt nicht in das Spital gehören.

Ich erinnere nur an die vielen chronisch Erkrankten oder solche Fälle, wo die Krankheit im Beginnen ist und durch richtige Pflege noch vorgebeugt werden könnte. Ich habe an dem Antrage nur etwas auszusetzen, daß ich die Subvention für viel zu niedrig halte. Mit diesem Subventiönchen ist nichts getan. Man muß einen Verein, der so notwendig ist, auch wirklich großzügig unterstützen. Dieser Verein hat bis heute so viel geleistet, wie nur wenig andere private Vereine. Es ist aber notwendig, daß er richtig ausgebaut werde. Wenn heute noch in Arbeiterbezirken, wie dem 14., 15. und 17., keine Stationen sind, so ist das ein unhaltbarer Zustand. Es können oft für Schwerkranke keine Schwestern gefunden werden, weil die wenigen, die in den Stationen sind, Tag und Nacht beschäftigt sind. Ich glaube auch, daß es mit der Hauskrankenpflege allein nicht getan ist, sondern daß man auch die notwendigen Lebensmittel beistellen muß. Im Spital wird selbstverständlich der arme Kranke verköstigt, warum soll das bei der Hauskrankenpflege, die ebenfalls nur den Aermsten zugute kommt, anders sein. Vor dem Kriege hat der Kranke sich aus eigenen Mitteln Milch verschaffen können, während des Krieges hat er durch eine private Aktion und die Kriegsküchen sich Lebensmittel verschafft. Nach dem Kriege wird das alles aufhören. Der Verein muß aber in dieser Beziehung unabhängig werden.

Dann liegt mir noch ein Drittes besonders am Herzen. Wir sprechen alle viel von Bevölkerungspolitik, daß man für einen guten Nachwuchs sorgen muß. Ich stehe aber auf dem Standpunkte, daß man bei den Müttern anfangen muß, denn sie sind die Träger der kommenden Generation. Sie wissen, wie schwer heute eine Frau, wenn sie ein Kind bekommt, richtig unterzubringen ist. Ich halte es aber auch hier gar nicht für notwendig, daß man in einem ganz normal verlaufenen Falle die Frau von daheim wegnimmt und im Spitale unterbringt. Ich weiß auch genau, daß unseren Frauen damit nicht gedient ist, sie bleiben lieber zu Hause, wenn nur einigermaßen Kost und Pflege gesichert ist. Ich erinnere Sie auch, daß in Wien Tausende und Zehntausende von Heimarbeiterinnen sind, die gezwungen sind, zwei Tage nach der Niederkunft wieder aufzustehen und mit den schwersten Paketen stundenlang zu gehen und wieder zu arbeiten. Auf diese Weise untergraben sie oft für das ganze Leben die eigene Gesundheit, aber auch die der kommenden Kinder. (Rufe: Sehr richtig!) Ich möchte Sie also sehr bitten, diesem Vereine nicht nur die Subvention zu geben, sondern ihn auch zu ersuchen, einen ausführlichen Bericht und Kostenvoranschläge zu erstatten, wie seine ganze Tätigkeit ausgebaut werden könnte, so daß man auch die Hauswochenpflege einbeziehen könnte. Wenn ich die beantragte Subvention für zu niedrig halte, so tue ich das aus reiflicher Ueberlegung, weil ich den Standpunkt habe, daß es besser ist, eine etwas höhere Subvention zu geben und dafür gesunde, lebenstüchtige und arbeitsfreudige Menschen zu bekommen, statt kranke und sieche, die dann doch das ganze Leben die private und öffentliche Wohltätigkeit in Anspruch nehmen müßten. (Beifall.)

Bürgermeister: Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Referent zum Schlußworte.

Berichterstatter GR. Dr. Haas: Ich stimme der Frau Burjan vollkommen zu und bemerke nur, daß der Verein in der Ausbreitung seiner Tätigkeit durch die Verhältnisse gehindert wurde. Er konnte daher keine neuen Stationen errichten und auch Lebensmittel kann man ihm nicht verschaffen, weil eben der Mangel herrscht. Ich begrüße aber die Anregungen und glaube, der Verein wird gewiß denselben nachkommen.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung. Ich bitte die Damen und Herren, die für den Antrag sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß:

Dem Zentral-Verein für Hauskrankenpflege wird für das Jahr 1918 nebst der ordentlichen Subvention von 6000 K noch eine außerordentliche Subvention im Betrage von 20.000 K bewilligt.

45. Berichterstatter GR. Dr. Haas: Post 22. Errichtung von Fürsorgestellen für Tuberkulose und Betrieb durch die Gemeinde Wien. Die enorme Zunahme der Tuberkulosensterblichkeit insbesondere durch die Lungentuberkulose, macht es notwendig, die Einrichtungen, die dem Kampfe gegen die Tuberkulose dienen, entsprechend auszugestalten. Von der Tatsache ausgehend, daß die Fürsorgestellen Zentralen sind, in welche alle Fäden der Tuberkulosenbekämpfung zusammenlaufen und von welchen alle Impulse ausgehen, welche die Bekämpfung dieser Seuche bezwecken, muß getrachtet werden, diese Anstalten zu vermehren und die Leitung zielbewußt im öffentlichen Interesse in die Hand zu nehmen. Deshalb wurde vom Herrn Bürgermeister schon seinerzeit auch hier eine Bezirks-Zentrale errichtet und dieser furchtbaren Seuche die größte Aufmerksamkeit geschenkt. Im Laufe der Zeit wurden bereits sieben Fürsorgestellen errichtet, davon eine von der Gemeinde Wien im 10. Bezirke und andere von der privaten Wohltätigkeit.

Nun geht man daran, diese Institution auszubauen und es wird beantragt, fünf derartige Fürsorgestellen in Wien zu errichten und zwar im 2., 5., 12., 15. und 18. Bezirke. Für vier dieser Stellen sind die notwendigen Lokalitäten bereits in Aussicht genommen, für die andere sind sie noch projektiert. Die Kosten belaufen sich für die Errichtung auf 75.000 K, das jährlich wiederkehrende Erfordernis beträgt aber zirka 15.000 K. Es ist daher im ganzen eine Summe von 150.000 K zu beanspruchen. Es wurde im Stadtrate mit Recht darauf hingewiesen, daß die Tätigkeit dieser Fürsorgestellen in der Jetzzeit nicht ganz befriedigend zu nennen ist. Ja, meine verehrten Damen und Herren, ich muß das zugeben, aber was ist die Ursache? Wieder die gegenwärtigen Verhältnisse. In der Jetzzeit kann man nicht derartige Arbeiten, wie sie geplant und gedacht sind, durchführen. Es gibt ja Tuberkulose, welche unheilbar sind und auch eine Ansteckungsgefahr für die Umgebung bedeuten, diese müssen in Tuberkulose-Siechenanstalten untergebracht werden. Andere Fälle, die noch heilbar sind, müssen in Tuberkuloseheilanstalten untergebracht werden. Bei einer dritten Gruppe von Fällen, müssen die häuslichen Verhältnisse so geregelt werden, daß der

beste Nutzen für die Erkrankten und ihre Umgebung geschaffen wird. Während des Krieges war es unmöglich, Tuberkuloseheilanstalten zu errichten. Jetzt, wo der Krieg aus ist, wo wir eine ganze Reihe von Flüchtlingslagern zur Verfügung haben, ist es möglich, dieser Frage näher zu treten und es ist ihr auch bereits näher getreten worden, indem man beim Wilhelminenspital bereits eine Anzahl von Baracken zu diesem Zwecke in Verwendung genommen hat. Interessant ist, daß diese Baracken, welche für Tuberkulose schwerster Art bestimmt sind, nur zum Teile besetzt sind und daß ein Teil der dortigen Betten mit anderen internen Kranken besetzt werden mußte, damit diese Betten nicht leerstehen. Es ist auch Vorsorge getroffen worden für Tuberkulosenheilanstalten, worunter ich solche verstehe, in welchen die Tuberkulose noch geheilt werden kann.

Wir haben zu diesem Zwecke zum Beispiel das Lager von Steinklamm eingerichtet. Es wird eifrig daran weitergearbeitet, das Lager zu erweitern und es womöglich auf 1400 Betten zu bringen. Es ist dadurch eine bedeutende Abhilfe geschaffen. Wir haben auch vom „Roten Kreuz" das Barackenlager Stolzenberg übernommen. Es werden dann nach Bedarf und nach den vorhandenen Mitteln Anstalten zu erbauen und zu erweitern sein, um der Volksseuche mit vollem Erfolg an den Leib rücken zu können; dazu brauchen wir noch Zentren, welche für alle diese Anstalten die Mutterstelle darstellen, von wo aus alles unternommen werden kann und wo auch die Bevölkerung Hilfe ansprechen kann. Denn die Bevölkerung muß ja einen Ort haben, wohin sie sich um Auskunft wenden kann. Der Grundstock ist da, es muß nur ausgebaut und organisiert werden, so daß, wenn die Verhältnisse günstig werden, man mit den vollendeten Tatsachen kommen und mit Erfolg arbeiten kann. Ich bitte um Annahme des Antrages.

Bürgermeister: Zum Worte gelangt Herr GR. Pick.

GR. Pick: Die Fürsorgestellen für Tuberkulose sind wohl die einzige Errungenschaft, die während des Krieges gemacht worden ist und der man das Wort reden kann.

Der Gedanke, solche Fürsorgestellen für Tuberkulose zu gründen, entstand zu einer Zeit, wo die Bevölkerung auf der einen Seite durch den Radetzkymarsch, auf der anderen Seite durch das Beflaggen davon abgelenkt wurde, an das fruchtbare Morden an der Front zu denken, und damit wollten die k. k. und die k. und k. Behörden zeigen, daß sie auch sozialpolitisch wirken können. Sie haben deshalb diesen Gedanken, der durchaus nicht neu ist, ausgeheckt, beziehungsweise haben ihm konkrete Form gegeben, indem sie Lungenheilstätten schufen. Zum großen Glück für diesen Gedanken ist der Zusammenbruch eingetreten. Wenn der Krieg noch länger gedauert hätte, wäre der schöne Gedanke der Fürsorgestellen für Lungenkranke so in den Grund und Boden hinein kompromittiert worden, daß wir niemals mehr dazu gekommen wären, diesen Gedanken zu realisieren. Man vergegenwärtige sich die Aufgaben, welche diesen Stellen in Kriegszeiten zugedacht war. Man hat gesagt, vor allem soll eine Beratungsstelle für die Kranken, beziehungsweise ihre Familien geschaffen werden, damit diese wissen, wie die Tuberkulosen zu behandeln sind und wie sie sich ihrer Umgebung gegenüber zu benehmen haben. Es soll den Wohnungsverhältnissen große Aufmerksamkeit geschenkt werden und vor allem soll man — das ist das einfachste und richtigste Mittel — dazuschauen, daß die Lungenkranken möglichst viel zu essen bekommen. Alles, was zu einem rationellen Betriebe in solchen Fällen notwendig ist, war absolut nicht zu haben.

Wenn gesagt wurde, daß wir vorläufig nur eine vorbereitende Tätigkeit in dieser Sache beobachten können, daß wir auch jetzt nur vorbauen und vorsehen können für die Zeit, wo man Fürsorgestellen besser und rationeller betreiben zu können hofft, als heute, so möchte ich diesbezüglich auf eine Lücke aufmerksam machen. Es wird immer von Barackenlagern gesprochen, das ist eine sehr nützliche und notwendige Sache; aber wir wünschen, daß da eine andere Leitung Platz greife, wie in Alland, wo wir gesehen haben, daß eines schönen Tages die ganze Leitung versagt hat und die Kranken delogiert wurden. Die Baracken sind eine notwendige Sache. (Zwischenrufe des GR. Winter.) Ich wüßte noch ganz andere Säle, die sich für diese Zwecke sehr eignen würden. — Ich bitte, sich vor Augen zu halten, daß dieser Ausweg ein einseitiger ist, der nur zweckdienlich und nützlich ist, wenn es sich um ledige Menschen handelt, die für keine Frau oder Familie zu sorgen haben. Es ist gewiß für einen ledigen Menschen, der nicht für Angehörige zu sorgen hat, eine sehr gute Sache, wenn man ihm sagt: Von morgen ab gehst du dort und dort hin, dort hast du ein eigenes Zimmer und wirst dort verpflegt. Wenn es sich aber um das Mitglied einer Familie, insbesondere um den Ernährer oder die Mutter handelt, entstehen die größten Schwierigkeiten und es wird die Fürsorgestelle versagen. Mit der Entfernung des Ernährers, der in der betreffenden Fürsorgestelle vielleicht genesen dürfte — immer ist das nicht der Fall — ist die meist ohnehin schon infizierte Familie dem Hunger preisgegeben. Ich will damit sagen, daß die Fürsorgestelle nur dann ihrem Zwecke entsprechen kann, wenn eine großzügige Wohnungsfürsorge platzgreift. Es müßten sich allerdings die Zeiten noch sehr gewaltig ändern.

Es scheint, daß das, was sich bisher ereignet hat, noch nicht genügt. Man sagt, daß der Einspruch irgend eines Hausherrenvereines genügt, um ein Bauprojekt, das dem Wohnungselende abhelfen könnte, zu Falle zu bringen. Wenn das der Fall ist, da täuschen wir die Oeffentlichkeit, wenn wir mit solchen Projekten in die Oeffentlichkeit treten. Wer nicht das Herz hat, ohne Rücksicht auf die kapitalistischen Interessen dafür einzutreten, daß wir ganze Stadtteile in den Vororten niederlegen — das ist die Vorbedingung für die Tuberkulosenfürsorge — denn ich möchte die Fürsorgestelle kennen, nehmen wir zum Beispiel jene in Meidling, die mir gerade einfällt, weil ich den Herrn StR. Müller vor mir sehe — ich möchte also die Fürsorgestelle sehen, die nicht sofort durch ihre Organe verständigt wird, daß in diesem Stadtteil — und nicht nur in diesem Stadtteil — ganze Häuserreihen schon überreif sind, dem Erdboden gleichgemacht zu werden. Wer als Gesunder in ein solches Haus einzieht, muß krank werden. Wenn er noch so viele Wochen in einem Heim untergebracht war, muß er rezidiv werden. Das ist alles nur ein Schlag ins Wasser, wenn wir nicht Fürsorgestellen zur Hand haben und wenn wir nicht eine Wohnungsberatung haben, ebenso wie wir Spitalsbetten für Schwerkranke in Bereitschaft haben, so müssen wir auch Wohnungen in Bereitschaft haben, um kleine und auch große Familien vor der Gefahr einer Infektion zu bewahren. Wir müssen eine hygienische Wohnung beistellen können. Ich verrate gewiß kein öffentliches Geheimnis, wenn ich sage: bei hygienischen Wohnungen würde

manche Unterbringung in Heilstätten vollständig überflüssig werden. Alles, was eine Heilstätte dem Lungenkranken bietet, kann auch eine hygienische Wohnung bieten und dabei haben wir noch das Gute, daß die Pflege von Familienangehörigen erfolgt. Wer also hier anpacken will, muß etwas tiefer schürfen und muß rücksichtsloser vorgehen, als es bisher der Fall war. Besonders unseren Krankenkassen brennt diese Sache an den Fingern. Die Krankenkasse, der ich vorzustehen die Ehre habe, hat eine eigene solche Stelle geschaffen dank dem Entgegenkommen des Stadtphysikates. Tagtäglich erleben wir dasselbe. Von dem Mangel an Nahrungsmitteln will ich nicht reden; denn diese Frage läßt sich zur Zeit nicht aus der Welt schaffen. Aber genau so oft wie Beschwerden über Nahrungsmittel erfahren wir auch Beschwerden über die Wohnungsmisere. Es ist aber ganz aussichtslos, irgendwelche Mittel für diesen Zweck aufzuwenden, so lange nicht die Wohnung wenigstens einigermaßen hygienisch gestaltet werden kann. So steht man nur mit verschränkten Armen da und kann nichts tun, obwohl die Krankenkasse so verwaltet wird, daß sie jeden Lungenkranken ohne weiters an die Hand gehen könnte. Wir verwalten sie auch ohne Beihilfe, die man uns aufdrängen will, zur Zufriedenheit. Man hat es daher nicht notwendig, uns mit diesem Proporz zu kommen. Das ist ein dummes Schlagwort bei Krankenkassen, das doch kein Mensch versteht. Wir haben ja den Proporz (Widerspruch), wir haben den Unternehmer proportionell darinnen und die Arbeiter ebenfalls. (Rufe: Wo?) In jeder gesetzlichen Krankenkasse. (Zwischenrufe.) Wir wissen schon, was das ist. Wir würden ganz einfach unsere Krankenkassen zum Tummelplatz einzelner Leute machen, die, weil sie auf dem normalen Wege ein Mandat nicht erlangen können, sich einschleichen wollen. Das wollen wir allerdings nicht. (Zwischenrufe und Unruhe.) Nehmen Sie zur Kenntnis: Wir lassen uns nicht blenden durch das Gerechtigkeitsgefühl, das auf einmal für den Proporz erwacht ist. Wir wissen ganz gut, daß man uns in diesem Saale einmal zugerufen hat: „Wir haben Euch obidraht!" Wir erinnern uns daran, daß man uns mit Wonne dies zugerufen hat und die „Obidrahten" kommen jetzt herein. (Heiterkeit.) Wir haben uns also nicht aufgedrängt, weil wir nicht von Mandaten leben, weil wir nicht auf Mandate warten, weil wir uns Mandate zu erobern gewöhnt sind. Wir wünschen auch keinen Proporz in der Bezirkskrankenkasse. Wer Fürsorgestellen als Einrichtungen der Krankenkassen nicht gefährden will, muß uns zustimmen, wenn wir sagen: Von den Krankenkassen ist alles Politische fern zu halten. (Gelächter rechts.) Meine Herren! Wir kennen das. Sie wachen mit Argusaugen darüber, ob Sie in den von uns geleiteten Krankenkassen doch nicht etwas Politisches entdecken können, das wird Ihnen aber nicht gelingen können. (Zwischenrufe.) Gewiß, Sie haben ja einige Leute zu dem Zweck eigentlich angestellt, die mit der Lupe alles beobachten und verdrehen wollen. Aber ernste Menschen werden dadurch nicht irre gemacht. Da es keine christlichsoziale Syphilis, keine sozialdemokratische Tuberkulose gibt, da auch die Krankenkassen nichts anderes zu tun haben, als Fürsorge für die Kranken zu sein, müssen wir natürlich verhüten, daß die Krankenkassen zum Schwarzklub einiger politischer Mandatsjäger werden. Die Fürsorgestellen werden wir als Krankenkassen uns sehr angelegen sein lassen. Mir ist darum nicht bange. Allerdings, über unsere Kräfte werden wir nicht wirken können. Bei dieser Gelegenheit muß ich auch sagen, daß wir in den Krankenkassen zwangsweise Beiträge einführen mußten und zwar infolge eines Gesetzes. Diese Beiträge gleichen schon sehr einer ausgewachsenen Steuer. Es ist eine schreiende Ungerechtigkeit. Die krankenversicherungspflichtigen Arbeiterklassen zahlen bereits eine sehr hohe Steuer. Kommen Sie mir nicht damit, daß die Unternehmer einen Teil der Beträge zahlen. Denn die Unternehmer entrichten das niemals, sondern alles wird den Arbeitern aufgerechnet. Wir haben es also hier mit einer sehr ausgewachsenen Sanitätssteuer zu tun. Es ist hoch an der Zeit daß endlich einmal eine allgemeine Sanitätssteuer eingeführt wird (Rufe: Sehr richtig!), die nicht ein Millionstel, nicht einmal ein Hunderttausendstel dessen ausmachen dürfte, was bisher für das Ermorden von Menschen ausgegeben wurde. Ein Teil dieser Summe könnte ja im Steuerwege hereingebracht werden.

Zum Schlusse möchte ich noch bemerken: Wer unsere Tätigkeit verstehen will, der muß sich immer vor Augen halten, daß wir selbstverständlich immer bemüht sind, mit unserem Denkvermögen — weil wir nun einmal in der neuen sozialistischen Welt sind — dafür zu sorgen, daß wir keine Fürsorgestellen mehr brauchen, indem wir Tuberkulose zu verhüten trachten werden und zwar dadurch, daß die arbeitenden Menschen gesund erhalten werden, so lange sie arbeitsfähig sind. So müssen Sie uns verstehen. So lange Sie uns aber nicht verstehen, fechten Sie immer daneben. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Bürgermeister: Der Herr Berichterstatter zum Schlußworte.

Berichterstatter GR. Dr. Haas: Herr GR. Pick hat gegen den Antrag selbst nicht gesprochen, hat aber Punkte angezogen, welche nicht Gegenstand der heutigen Erörterung sein können, sondern, wie der Herr Bürgermeister bereits gesagt hat, bei einer anderen Gelegenheit vollständig erörtert werden sollen. Damit schließe ich.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung. Ich bitte jene Damen und Herren, welche dafür sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß:

1. Die Errichtung und der Betrieb von fünf Fürsorgestellen für Tuberkulose auf Kosten der Gemeinde Wien wird grundsätzlich genehmigt.

2. Für die Errichtung dieser fünf Fürsorgestellen wird ein Kredit von 75.000 K, für den Betrieb im ersten Halbjahre 1919 ein Kredit von 75.000 K eröffnet.

3. Das städtische Gesundheitsamt wird beauftragt, nach Eröffnung der Fürsorgestellen entsprechende Staatsbeiträge zu den Errichtungs- und Betriebskosten in Anspruch zu nehmen.

Bürgermeister: Zur Berichterstattung gelangt Herr GR. Knoll.

46. Berichterstatter GR. Knoll: Zahl 12168, Post 10. Baulinienabänderung für das Gebiet des 21. Bezirkes zwischen der Pragerstraße, Frömmlgasse, Schwaigergasse und der Nordwestbahn.

Diese Abänderung ist notwendig, weil die Straßenbreite nur 11·37 m beträgt und weil anderseits ein freier Platz geschaffen werden muß. Ich bitte um die Annahme.

Bürgermeister: Es ist niemand zum Worte gemeldet keine Einwendung. Angenommen.

Beschluß:

1. In dem Gebiete des 21. Bezirkes zwischen der Pragerstraße, der Frömmlgasse, der Schwaigergasse und der Nordwestbahn werden die im Plane des Stadtbauamtes Z. 905/B. A. I ex 1918 rot schraffierten Linien als Baulinie neu bestimmt.

2. Die in diesem Plane rot eingeschriebenen und unterstrichenen Höhenzahlen haben als zukünftige Straßenhöhen zu gelten.

3. Die Verbauung des Gebietes hat nach den Bestimmungen des Gemeinderates vom 5. Juli 1907 P. Z. 7995/07, zu erfolgen.

Bürgermeister: Zur Berichterstattung Herr GR. Müller.

47. Berichterstatter GR. Josef Müller: Zahl 12745, Post 23, betrifft das Ansuchen des Vereines Gartenfreunde, Wien 12, um eine Subvention. Es wurde diesem Vereine eine Subvention von 500 K bewilligt, bitte um die Annahme.

Bürgermeister: Es ist niemand zum Worte gemeldet, keine Einwendung. Angenommen.

Beschluß:

Dem Vereine Gartenfreunde, Wien 12, wird wie im Vorjahre auch pro 1918 eine Subvention im Betrage von 500 K bewilligt.

48. Berichterstatter GR. Josef Müller: Zahl 12744, Post 24. Kleintierzucht- und Schrebergärtenverein „Esparsette" um Subvention. Es handelt sich hier eigentlich um dieselbe Angelegenheit. Zwei Schrebergärtenvereinigungen haben 20.000 K für die Wasserleitung und Einfriedung ausgegeben und bitten nun um Subvention. Ich bitte, auch hier eine Subvention von 500 K zu bewilligen.

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? Es ist nicht der Fall, keine Einwendung. Angenommen.

Beschluß:

Dem Kleintierzucht- und Schrebergärtenverein „Esparsette" Wien 12, wird wie im Vorjahre auch pro 1918 eine Subvention im Betrage von 500 K bewilligt.

Bürgermeister: Zur Berichterstattung Herr Kollege Schneider.

49. Berichterstatter GR. Schneider: Zahl 12474, Post 11. Vergrößerung des Werkplatzes der städtischen Straßenbahnen 12., Aßmayergasse. Da wir im Verlaufe des Krieges nicht in der Lage waren, den Straßenoberbau in der Weise herzurichten, wie es notwendig gewesen wäre, indem es an Rohstoffen und Arbeitern mangelte, jetzt aber eine Besserung eingetreten ist, jedoch die Werkstätte dafür zu klein wäre, wird beantragt:

„Die Erbauung eines dritten Hallenschiffes bei der Montierungshalle am Werkplatz, 12., Aßmayergasse der städtischen Straßenbahnen, ferner die Adaptierung des Kanzleigebäudes samt Schaffung eines unterkellerten Anbaues daselbst in einem Gesamtkostenbetrage von 355.000 K wird genehmigt."

Bürgermeister: Niemand zum Worte gemeldet, keine Einwendung. Angenommen.

Beschluß:

Die Erbauung eines dritten Hallenschiffes bei der Montierungshalle am Werkplatz, 12., Aßmayergasse der städtischen Straßenbahnen, ferner die Adaptierung des Kanzleigebäudes samt Schaffung eines unterkellerten Anbaues daselbst in einem Gesamtkostenbetrage von 355.000 K wird genehmigt.

50. Berichterstatter GR. Schneider: Zahl 12227, Post 12. Gewährung einer außerordentlichen Weihnachtsgabe für die Arbeiter und Aufseher der städtischen Steinbrüche in Oberösterreich. Es wird beantragt: Es wird nachträglich genehmigt, daß den Arbeitern und Aufsehern der städtischen Steinbrüche in Oberösterreich, welche am 1. Oktober 1918 bereits im Gemeindedienste tätig waren und deren Dienstverhältnis am Auszahlungstage noch fortbesteht, eine außerordentliche Weihnachtsgabe gewährt wird, die unter Zugrundelegung des mit Gemeinderats-Beschluß vom 24. April 1918, P. Z. 4040, festgesetzten Anschaffungsbeitrages in der Art bemessen wird, daß

a) Arbeiter, welche schon am 31. März 1918 ständig in Arbeit gestanden sind, 100 Prozent, wenn sie aber vor dem 1. Jänner 1914 in den städtischen Dienst getreten sind, 110 Prozent,

b) Arbeiter, welche erst nach dem 31. März 1918, beziehungsweise nach dem 30. Juni 1918, jedoch vor dem 1. Oktober 1918 ständig in Arbeit gestanden sind, 75 Prozent, beziehungsweise 50 Prozent des einmaligen Anschaffungsbeitrages erhalten.

Diese Weihnachtsgabe ist in der Zeit vom 15. bis 20. Dezember auszubezahlen.

Jenen Arbeitern und Aufsehern der städtischen Steinbrüche, welche von der militärischen Dienstleistung zurückgekehrt sind und die Arbeit in den städtischen Brüchen erst nach dem 1. Oktober 1918, aber noch vor dem 24. Dezember 1918 wieder aufnehmen konnten, werden Weihnachtsgaben von 50 K und Familienerhaltern von 75 K bewilligt.

Das bedeckte Gesamterfordernis von 50.000 K wird genehmigt.

Bürgermeister: Das Wort hat Frau GR. Boschek.

Frau GR. Boschek: Ich habe mich zu diesem Punkte aus folgenden Gründen gemeldet: Hier wird davon gesprochen, daß die Arbeiter im Steinbruch in Oberösterreich eine Weihnachtsgabe bekommen sollen. Jetzt erfahren wir vom Referenten, daß diese Weihnachtsgabe an Stelle des Anschaffungsbeitrages gegeben werden soll. Ich muß dabei folgendes erwähnen: Erst wollen wir wissen, für wie viele Arbeiter diese 55.000 K in Betracht kommen und wie viel der einzelne Arbeiter als Unterstützung bekommen wird. Ich muß auch darauf hinweisen, daß aus dem Beschlusse des Gemeinderates, betreffend den Anschaffungsbeitrag vom 17. Dezember 1917 und 24. April 1918, nicht ersichtlich ist, in welcher Höhe die einzelnen Arbeiter und Aufseher diese Unterstützung bekommen sollen. Wir sind auf alle Fälle gegen diese Art der Geschenke wie Weihnachtsgaben u. dgl., wir verlangen für die Arbeiter wie überhaupt für die Angestellten eine gleiche Behandlung, damit nicht einzelne einen Anschaffungsbeitrag oder Teuerungsbeitrag erhalten und der andere auf ein Geschenk angewiesen ist; sondern wir wünschen, daß alle Arbeiter nach gleichem Maße behandelt werden.

Bei dieser Gelegenheit muß ich noch erwähnen, daß wir durch eine Information kanstatieren können, daß die Löhne, die die Arbeiter in den Steinbrüchen in Oberösterreich erhalten, nicht zeitgemäß sind.

Die Löhne sollen, ich weiß das nicht genau, 3 K 50 h bis 4 K täglich betragen. Wenn dagegen angeführt werden sollte, daß diese Löhne den Ortsverhältnissen angepaßt sind, so möchte ich dagegen feststellen, daß in Langstein bei Mauthausen ein Kohlenbergwerk ist, wo die Arbeiter täglich 12 K erhalten, das beweist doch am besten, daß die Existenzbedingungen und die Teuerungsverhältnisse in dieser Gegend, wo die Gemeinde ihre Steinbrüche hat, derartige sind, daß ein höherer Löhn als 4 K täglich mit Recht beansprucht werden kann. Diese schlechten Löhne der Gemeindearbeiter haben aber noch folgende Nachteile: Es ist nicht möglich, daß die Arbeiter in den privaten Steinbrüchen höhere Löhne durchsetzen können, weil immer auf die niederen Löhne in den Steinbrüchen der Gemeinde Wien hingewiesen wird. Zum Beweise dessen diene, daß wir eine Zuschrift von den Arbeitern aus dem Kohlenbergwerke erhalten haben, die erklärt haben, daß ihre Unternehmen in der vorigen Woche an eine Lohnreduzierung geschritten sind.

Es wird dort immer darauf hingewiesen, daß in den Steinbrüchen der Gemeinde Wien niedere Löhne gezahlt werden, und es wurde aus diesem Grunde bei den privaten Steinbrüchen eine Reduzierung von 12 auf 8 K gefordert. Die Organisation der Arbeiter mußte sich mit allen Kräften dafür einsetzen, damit nicht diese niederen Löhne, die die Gemeinde Wien als Grundlage der dort ortsüblichen Löhne angenommen hat, allgemein eingeführt werden. Ich glaube nicht, daß die Gemeinde Wien dem Standpunkte huldigen kann, daß man niedere Löhne zahlen soll. Denn wir wissen ja alle, daß die niederen Löhne gleichbedeutend sind mit der unqualifizierten und unproduktiven Arbeitskraft, und wir müssen sagen, die unqualifizierten Arbeitskräfte machen auch unsere Betriebe unrentabel und unproduktiv, während wir darauf sehen müssen, daß die Betriebe, die in der Verwaltung der Gemeinde Wien geführt werden, produktiv bleiben. Ich möchte da noch auf einen Ausspruch des Herrn StR. Tomola zurückkommen, der gemeint hat, es liege nicht in unserem Interesse, wenn der Zuzug von fremden Arbeitern nach Wien erfolge. Ich möchte demgegenüber sagen, daß es nicht im Interesse Wiens und Deutschösterreichs liege, daß man die qualifizierten Arbeitskräfte abwandern läßt, weil die kommunalen Betriebe schlechte Löhne bezahlen und dadurch auch bei den Privatbetrieben diese niederen Löhne erhalten bleiben. Daher möchte ich folgenden Antrag stellen (liest): „Der Magistrat wird beauftragt, dem Stadtrat wie dem Gemeinderat einen Bericht über Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter in den Steinbrüchen der Gemeinde Wien in Oberösterreich, ferner über die Arbeitszeit, die Löhne nnd Zulagen vorzulegen und Vorschläge zur Verbesserung der ganz unhaltbaren Arbeitsbedingungen zu stellen."

Ich bitte, diesen Antrag anzunehmen.

Bürgermeister: Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter GR. Schneider: In Angelegenheit der Entlohnung der Arbeiter in den Steinbrüchen in Mauthausen erlaube ich mir folgendes zu entgegnen: Die Lohnverhältnisse in Mauthausen sind insoferne vorbildlich, als wir tatsächlich viel höhere Löhne zahlen, als alle übrigen privaten Unternehmungen. (Lebhafte Zustimmung bei den Christlichsozialen. — Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Die Sache verhält sich so: Unsere Arbeiter, die die Gemeinde Wien beschäftigt, haben eine Teuerungszulage erhalten. Der Gemeinderats-Beschluß jedoch hat auf die außerhalb von Wien stehenden Arbeiter keine Anwendung, weil die Lebensverhältnisse auf dem Lande viel günstiger sind als in Wien. Um dennoch diesen Leuten diese Zulage nicht entgehen zu lassen, soll beschlossen werden, daß diese Arbeiter die Zulage an Weihnachtsstatt bekommen. Eine Teuerungszulage haben wir nicht geben können, weil sämtliche dortige Firmen dagegen waren und erklärt haben, sie müßten es dann auch tun; sie können aber die Löhne nicht erhöhen, weil sie sonst die Erzeugnisse verrechnen müßten. Nadem das Steinmaterial für die Gemeinde Wieu aus dem städtischen Steinbruche in Mauthausen allein nicht ausreicht, sind wir auf die anderen Steinbrüche angewiesen und müssen die Steine auch von den privaten Firmen erhalten und wenn dann eine Lohnerhöhung eintritt, so erhalten wir jeden einzelnen Pflasterstein noch teuerer, als dies jetzt der Fall ist. Bekanntlich sind die Pflastersteine ohnehin sehr teuer.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung. Ich ersuche die Damen und Herren, welche mit dem Antrage des Berichterstatters einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Ich ersuche nun die Herren, welche den Antrag der Frau GR. Broschek unterstützen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist genügend unterstützt und wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

Beschluß:

Es wird nachträglich genehmigt, daß den Arbeitern und Aufsehern der städtischen Steinbrüche in Oberösterreich, welche am 1. Oktober 1918 bereits im Gemeindedienste tätig waren und deren Dienstverhältnis am Auszahlungstage noch fortbesteht, eine außerordentliche Weihnachtsgabe gewährt wird, die unter Zugrundelegung des mit Gemeinderats-Beschluß vom 24. April 1918, P. Z. 4040, festgesetzten Anschaffungsbeitrages in der Art bemessen wird, daß

a) Arbeiter, welche schon am 31. März 1918 ständig in Arbeit gestanden sind, 100 Prozent, wenn sie aber vor dem 1. Jänner 1914 in den städtischen Dienst getreten sind, 110 Prozent;

b) Arbeiter, welche erst nach dem 31. März 1918, beziehungsweise nach dem 30. Juni 1918, jedoch vor dem 1. Oktober 1918 ständig in Arbeit gestanden sind, 75 Prozent, beziehungsweise 50 Prozent des einmaligen Anschaffungsbeitrages erhalten.

Diese Weihnachtsgabe ist in der Zeit vom 15. bis 20. Dezember auszubezahlen.

Jenen Arbeitern und Aufsehern der städtischen Steinbrüche, welche von der militärischen Dienstleistung zurückgekehrt sind und in die Arbeit in den städtischen Brüchen erst nach dem 1. Oktober 1918 aber noch vor dem 24. Dezember 1918 wieder aufnehmen konnten, werden Weihnachtsgaben von 50 K und Familienerhaltern von 75 K bewilligt.

Das bedeckte Gesamterfordernis von 50.000 K wird genehmigt.

Bürgermeister: Ich erlaube mir, die letzte öffentliche Sitzung in diesem Jahre zu schließen und danke bei diesem Anlasse meinen Vertretern und Mitarbeitern im Präsidium und im Gemeinderate, den Herren Bezirkvorstehern und Mitgliedern der Bezirksvertretungen, aber auch den Beamten des Magistrates und der Unternehmungen, sowie sämtlichen Angestellten und Arbeitern der Gemeinde Wien bestens für ihre Mitarbeit. Ich glaube, die Hoffnung aussprechen zu können, daß es gelingen wird, durch die Zusammenfassung aller Kräfte endlich jene Wiederaufrichtung des Wirtschaftslebens zu erreichen, welche für die Wiener notwendig ist. Glück auf im neuen Jahre!

Ich schließe die öffentliche Sitzung, es folgt noch eine kurze vertrauliche Sitzung.

(Schluß der öffentlichen Sitzung um 7 Uhr 50 Minuten abends.)

Beschluß-Protokoll

der vertraulichen Sitzung vom 30. Dezember 1918.

Vorsitzender: Bgm. Dr. Weiskirchner.

Es wurden nachstehende Beschlüsse gefaßt:

1. Dem Magistrats-Ober-Kommissär d. R. Dr. August Stern wird in Würdigung seiner mehrjährigen verdienstlichen, auch im Interesse der Gemeinde gelegenen Tätigkeit im wirtschaftlichen Hilfsbureau der Gemeinde Wien für Privat-Angelegenheiten der Einberufenen der Titel „Magistrats-Sekretär d. R." verliehen.

2. Dem Direktor des Steueramtes Emil Mock wird in Anerkennung seiner hervorragenden Dienstleistung während des Krieges eine in die Pension einrechenbare Personalzulage von jährlich 1200 K bewilligt.

3. Dem Hauptkassa-Direktor Georg Groh wird in Anerkennung hervorragender Dienstleistung während des Krieges eine in die Ruhebezüge einrechenbare Personalzulage von jährlich 1200 K bewilligt.

4. 1. Den Rechnungs-Ober-Revidenten Karl Clarici, Oskar Tiltsch, Rudolf Winkler, Karl Bruckmayer, Wenzel Kulisek, Adolf Walter, Anton Stark, Karl Hirt, Josef Knauer, Gustav Gabriel, Gustav Seidl und Josef Knobloch werden unter Wahrung ihrer bisherigen Diensteseigenschaft als Rechnungs-Ober-Revidenten die Bezüge der 7. Rangsklasse, den Rechnungs-Ober-Revidenten Wenzel Kulisek, Josef Knauer und Josef Knobloch ohne Einreihung in die 7. Rangsklasse auch der Titel „Rechnungsrat" zuerkannt.

Dem Wasserbezugs-Ober-Revisor Otto Groll werden für seine langjährige und vorzügliche Dienstleistung ad personam die Bezüge der 7. Rangsklasse verliehen.

Die bisherigen Titel der Beamten der 8. bis 10. Rangsklasse des Wasserbezugs-Revisorates werden abgeändert, und zwar in der 8. Rangsklasse in Inspektor (bisher Ober-Revisor), in der 9. Rangsklasse in Ober-Offizial (bisher Revisor 1. Klasse), in der 10. Rangsklasse in Offizial (bisher Revisor 2. Klasse).

Die Bezugserhöhungen treten ab 1. Dezember 1918 in Wirksamkeit.

5. Den Vize-Bürgermeisterswaisen Therese und Pauline Edle v. Bergmüller werden die auf Lebensdauer bewilligten Gnadengaben von jährlich je 1200 K auf jährlich je 1500 K erhöht.

6. Der Lagerhausarbeiterswitwe Marie Binder wird der Fortbezug der Gnadengabe von jährlich 300 K und des Erziehungsbeitrages für ihr Kind Marie, geboren 1. Dezember 1906, von 72 K vom 1. Jänner 1919 bis Ende des Jahres 1921, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt.

7. Der Lagerhausarbeiterswitwe Therese Giller wird der Fortbezug der Gnadengabe von jährlich 300 K vom 1. Jänner 1918 bis Ende des Jahres 1921, längstens bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt.

8. Der Lagerhausarbeiterswitwe Franziska Weinhengst wird der Fortbezug der Gnadengabe von jährlich 300 K vom 1. Jänner 1919 bis Ende des Jahres 1921, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt.

9. Dem Direktor des Wohnungsamtes der Stadt Wien Dr. Alois Sagmeister wird der Teilbetrag seiner Diensteszulage in der Höhe von 3300 K jährlich als in die Pension einrechenbare Personalzulage gewährt.

10. 1. Dem der Direktion der städtischen Stellwagen-Unternehmung zugeteilten Vize-Inspektor der städtischen Straßenbahnen Franz Scheidl wird in Würdigung seiner langjährigen verdienstvollen Tätigkeit bei der städtischen Stellwagen-Unternehmung

a) das ihm mit Gemeinderats-Beschluß vom 19. Juli 1909, P. Z. 9971, gewährte jährliche Bilanzgeld von 500 K,

b) die Dienstzeit vom 5. Oktober 1898 bis 6. April 1901 für die Pensionsbemessung angerechnet.

2. Die aus diesem Anlasse erforderlichen Zahlungen an das Pensions-Institut der Beamten der städtischen Straßenbahnen (1260 K aus P. 1 a und 1635 K 15 h aus P. 1 b) gehen zu Lasten der städtischen Stellwagen-Unternehmung.

11. Der Stenograph Franz Figl wird zum Revisor extra statum des gemeinderätlichen Stenographenamtes ernannt.

12. Dem Ratsdiener Johann Meidl wird vom 1. November 1918 an in Würdigung seiner in vielseitiger Verwendung entwickelten verdienstvollen Tätigkeit zu seinen bisherigen Bezügen eine in die Pension einrechenbare Diensteszulage von jährlich 600 K bewilligt.

13. Dem Friedhofsarbeiter Simon Jan wird anläßlich seiner Pensionierung eine unverschuldet unterbrochene Dienstzeit von insgesamt 5 Jahren, 5 Monaten und 8 Tagen in die für die Pension anrechenbare Dienstzeit gnadenweise eingerechnet.

14., 15., 16. Gehaltsvorschüsse.

17. Dem pensionierten Kanzlei-Direktions-Adjunkten Franz Koch wird die Militärdienstzeit vom 1. Oktober 1887 bis 14. Dezember 1891 mit Rücksicht auf ähnliche Fälle und sein schweres Leiden nachträglich gnadenweise angerechnet und ihm eine dementsprechende jährliche Erhöhung von 585 K 60 h zur Pension vom Ersten des dem Gemeinderats-Beschlusse nächstfolgenden Monate an gewährt.

18. (P. Z. 12391.) Folgenden Personen werden Gnadengaben, beziehungsweise Gnadenerziehungsbeiträge bewilligt:

(M. A. II, 7678.) Ludovika Unger, Rechnungs-Assistentenswitwe, 1200 K (Gnadenerziehungsbeitrag 240 K).

(M. A. II, 3189.) Veronika Fuchs, Arbeiterswitwe, 480 K.

(M. A. II, 6204.) Josef Salmayr, Straßenarbeiter, 300 K.

(M. A. II, 7796.) Marie Neubauer, Arbeiterswitwe, 240 K.

(M. A. II, 6455.) Wilhelmine Nießner, Hilfstechnikerswitwe, 1000 K.

(M. A. II, 6118.) Barbara Zeiner, Arbeiterswitwe, 300 K.

(M. A. II, 7581.) Cäzilie Dittenberger v. Dittenberg, Magistrats-Sekretärswitwe, 400 K.

(M. A. II, 6448.) Marie Zahel, Straßenarbeiterswitwe, 300 K.

(M. A. II, 6482.) Elise Winkler, Wasserleitungsaufseherswitwe, 300 K.

(M. A. II, 6500,) Irene Schallhofer, Straßenarbeiterswitwe, 240 K.

(M. A. II, 6509.) Elisabeth Mestry, Straßenarbeiterswitwe, 300 K.

(M. A. II, 6759.) Marie Vielguth, Aushilfsdienerswitwe, 240 K.

(M. A. II, 7653.) Karoline Ristich, Kanzleigehilfenswitwe, 300 K.

(M. A. II, 6799.) Creszenzia Urban, ehemalige Versorgungshauswäscherin, 500 K.

(M. A. II, 852.) Anna Neugebauer, Konstriptionsamts-Akzessistenswitwe, 600 K.

(M. A. II, 2916.) Emma Reger, Hauptkassa-Kontrollorswaise, 360 K.

(M. A. II, 5599.) Julianne Undesser, Arbeiterswitwe, 500 K.

(M. A. II, 6446.) Agnes Weyringer, Kanzlei-Direktions-Adjunktenswaise, 600 K.

(M. A. II, 6443.) Marie Six, Amtsdienerswitwe, 480 K.

(M. A. II, 6445.) Josef Steyskal, ehemaliger Straßenarbeiter, 588 K.

(M. A. II, 6485.) Johanna Stagel, Straßenarbeiterswitwe, 500 K.

(M. A. II, 6444.) Franz Staudner, gewesener Straßenarbeiter, 560 K.

(M. A. II, 6506.) Pauline Wach, Straßenarbeiterswitwe, 360 K.

(M. A. II, 6483.) Hermine Scharff, Schlachthaus-Direktorswaise, 200 K.

(M. A. II, 6383.) Anna Watzko, Marktdienerswitwe, 360 K.

(M. A. II, 5468.) Friederike Roßmanitz, Bauratswaise, 500 K.

(M. A. II, 5111.) Marie Seeger, Arbeiterswitwe, 240 K.

(M. A. II, 4858.) Hermine Zach, ehemalige Versorgungshauswirtin, 614 K.

(M. A. II, 4686.) Leopoldine Schediwy, Exekutionsamts-Offizialswitwe, 240 K.

(M. A. II, 6357.) Anna Langer, Depotaufseherswitwe, 360 K.

(M. A. II, 5715.) Rudolf Rigal, gewesener Straßenarbeiter, 420 K.

(M. A. II, 6519.) Johanna Hoffmann, Arbeiterswitwe, 300 K.

(M. A. II, 6440.) Anna Ludwig, Kanalaufseherswitwe, 400 K.

(M. A. II, 6358.) Anna Stowasser, Straßenarbeiterswitwe, 400 K.

(M. A. II, 6649.) Emilie Zach, Offizialswaise, 240 K.

(M. A. II, 6619.) Franz Weiser, ehemaliger Straßenarbeiter, 120 K.

(M. A. II, 5968.) Barbara Rudnai, Heizerswitwe, 400 K.

(M. A. II, 6447.) Marie Zadiera, Kanzleihilfsdienerswitwe, 300 K.

(M. A. II, 4540.) Marie Zipper, Sanitätsaufseherswitwe, 500 K.

(M. A. II, 4085.) Franziska Wieser, Gemeindesekretärswitwe, 800 K.

(M. A. II, 1003.) Ludovika Prager, Straßenaufseherswitwe, 240 K.

(M. A. II, 6475.) Amalia Schober, Zeichnerswitwe, 400 K, (2 je 100 K Gnadenerziehungsbeiträge).

(M. A. II, 6499.) Emma Ruprecht, Rechnungs-Offizialsgattin, 800 K (2 je 150 K Gnadenerziehungsbeiträge).

(M. A. II, 8078.) Katharina Hild, Kanzlei-Praktikantenswitwe, 408 K (72 K Erziehungsbeitrag).

(M. A. II, 6438.) Marie Lehner, Amtsdienerswitwe, 240 K (72 K Erziehungsbeitrag).

(M. A. II, 6257). Marie Vogler, Straßenarbeiterswitwe, 420 K.

(M. A. II, 7834.) Paul Weißmandl, Straßenarbeiter, 720.

(M. A. II, 6156.) Emilie Taschke, Schreiberswaise, 360 K.

(M. A. II, 1675.) Ernst Werther, ehemaliger Totengräber, 360 K.

(M. A. II, 4652.) Leopoldine Trunner, Hauptkassa-Akzessistenswitwe, 800 K.

(M. A. II, 7041.) Rosa Brenner, Straßenaufseherswitwe, 420 K.

(M. A. II, 6364.) Pauline Schneider, Rathausdienerswitwe, 300 K.

(M. A. II, 6279.) Anna Siebenhaar, Straßeneinräumerswitwe, 480 K.

(M. A. II, 6246.) Agnes Schuh, Zeugwartswitwe, 360 K.

(M. A. II, 6490.) Johann Steiner, ehemaliger Holzknecht, 360 K.

(M. A. II, 3979.) Marie Wolf, Depotaufseherswitwe, 480 K.

(M. A. II, 6384.) Franz Veverka, gewesener Straßenarbeiter, 720 K.

(M. A. II, 1823, 1824.) Franziska Stagl, Aushilfsdienerswitwe, 360 K.

(M. A. II, 7669.) Anton König, gewesener Straßenarbeiter, 360 K.

(M. A. II, 6620.) Katharina Wolfsgruber, Steinmetzwitwe, 420 K.

(M. A. II, 6441.) Mathilde Nerradt, Kanzlistenswitwe, 360 K.

(M. A. II, 6631.) Anna Wimmer, Kanalaufseherswitwe, 480 K.

(M. A. II, 6362.) Marie Steffel, Aufseherswitwe, 600 K.

(M. A. II, 6471.) Therese Zeiner, Straßenarbeiterswitwe, 300 K (72 K Erziehungsbeitrag).

19. Die Gemeinde Wien erteilt als Patron ihre Zustimmung, daß dem Chor-Direktor der städtischen Patronats-Pfarrkirche Maria Geburt am Rennweg im 3. Bezirke vom Zeitpunkte seiner Rückkehr aus der militärischen Dienstleistung, d. i. vom 15. November 1918 bis 30. Juni 1919, aus der Kirchenkassa eine Kriegszulage von 300 K jährlich ausbezahlt werde.

20., 21. Gehaltsvorschüsse.

22. Der Magazinsgehilfenswitwe Anna Putrè wird eine Gnadengabe von 180 K jährlich auf die weitere Dauer von drei Jahren, und zwar bis 30. Juni 1921, allenfalls bis zu einer etwa früher eintretenden Versorgung verliehen.

23. Der Witwe des am 25. Mai 1911 verunglückten Provisionisten der städtischen Elektrizitätswerke Josef Konetschny, namens Emilie Konetschny, und deren vier ehelichen Kindern Georg Emilie, Josef und Anna Konetschny wird die gnadenweise Erhöhung der monatlichen Unfallsrente um 10 K per Kopf und Monat für die Zeit vom 1. Juni 1918 bis 31. Mai 1919 bewilligt.

24. Der Witwe nach dem am 5. September 1915 verstorbenen Rechnungsführer der städtischen Straßenbahnen Viktor Wiltsch, namens Johanna Wiltsch, und deren minderjährigen Kindern wird die ihr mit Gemeinderats-Beschluß vom 22. Februar 1916 zuerkannte Gnadengabe von monatlich 90 K auf die Dauer von weiteren drei Jahren oder bis zum Eintritte günstigerer Erwerbsverhältnisse oder einer anderweitigen Versorgung aus Betriebsmitteln der städtischen Straßenbahnen zuerkannt.

25. Der Witwe nach dem am 28. Juli 1918 verstorbenen Kondukteur der städtischen Straßenbahnen Ferdinand Nietsch, namens Rosa Nietsch, und ihren zwei minderjährigen Kindern wird auf die Dauer von drei Jahren oder bis zum Eintritte günstigerer Erwerbsverhältnisse oder einer anderweitigen Versorgung ab 1. Dezember 1918 eine monatliche Gnadengabe von 71 K 70 h aus Betriebsmitteln der städtischen Straßenbahnen bewilligt. Die Genannte hat sich jedoch zu verpflichten, auf die ihr und ihren Kindern satzungsmäßig zustehende Abfertigung im Betrage von 960 K aus der Pensionskasse für die Bediensteten und Arbeiter der städtischen Straßenbahnen zugunsten der Firma „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" zu verzichten. Auf die Auszahlung dieser Gnadengabe haben die Bestimmungen über die Auszahlung der Pensionen aus der Pensionskasse für die Bediensteten und Arbeiter der städtischen Straßenbahnen sinngemäße Anwendung zu finden.

26. Der Witwe nach dem am 15. Mai 1918 verstorbenen Schlosser der städtischen Straßenbahnen Alexander Schuch, namens Adele Schuch, und ihren zwei minderjährigen Kindern wird auf die Dauer von drei Jahren oder bis zum Eintritte günstigerer Erwerbsverhältnisse oder einer anderweitigen Versorgung ab 1. Dezember 1918 eine monatliche Gnadengabe von 79 K 24 h aus Betriebsmitteln der städtischen Straßenbahnen bewilligt. Die Genannte hat sich jedoch zu verpflichten, auf die ihr und ihren Kindern gebührende Abfertigung im Betrage von 801 K aus der Pensionskasse für die Bediensteten und Arbeiter der städtischen Straßenbahnen zugunsten der Firma „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" zu verzichten.

27. Dem gewesenen Kondukteur der städtischen Straßenbahnen Johann Schuller wird vom 1. April 1918 an auf drei Jahre eine Gnadengabe von jährlich 707 K 10 h, welche analog den Bestimmungen des § 10 der Pensionskasse für die Bediensteten und Arbeiter der städtischen Straßenbahnen auf Rechnung des Straßenbahnbetriebes auszuzahlen ist, unter der Bedingung gewährt, daß er seine Klage auf Zuerkennung einer Unfallsrente unter Verzicht auf den Anspruch und unter gegenseitiger Aufhebung der Kosten zurückzieht. Sollte Schuller diese Bedingung nicht annehmen, so wird während eines allfälligen weiteren Ruhens des prozessualen Verfahrens die Auszahlung der Gnadengabe zurückgehalten und tritt für den Fall eines rechtskräftigen Zuspruches einer Unfallsrente nur mit jenem Betrage in Kraft, um welchen sie die zugesprochene Unfallsrente übersteigt. Für den Fall einer rechtskräftig zugesprochenen Rente während der drei Jahre wegen Wiedereintrittes der vollen Erwerbsfähigkeit wird im ersten Fall eine Gnadengabe überhaupt nicht gewährt, im zweiten Fall vom Tage der Einstellung der Rente die Gnadengabe ebenfalls gänzlich eingestellt.

28. Dem Landesgerichtsrat Dr. Emil Faulhaber wird eine systemisierte Jugendanwaltstelle, und zwar jene der Hauptstelle des Jugendamtes unter gleichzeitiger Einreihung in die zweite Gehaltsstufe der 7. Rangsklasse der städtischen Beamten und im Falle vollkommen zufriedenstellender Dienstleistung unter Festsetzung einer einjährigen Frist zur Erreichung der 6. Rangsklasse verliehen.

Weiters werden Jugendanwaltstellen verliehen dem Leiter des städtischen Kinderschutzamtes in Brünn Richard Fink unter Einreihung in die zweite Gehaltsstufe der 7. Rangsklasse und im Falle vollkommen zufriedenstellender Dienstleistung unter Festsetzung einer zweijährigen Frist zur Erreichung der 6. Rangsklasse, dann dem Richter Felix Faschank unter Einreihung in die erste Gehaltsstufe der 8. Rangsklasse unter Festsetzung des Ranges vom 1. Februar 1918, dem Richter Dr. Othmar Wentzel unter Einreihung in die zweite Gehaltsstufe der 9. Rangsklasse und unter Festsetzung des Ranges vom 1. August 1915, dem Auskultanten Dr. Franz Brumüller unter Einreihung in die zweite Gehaltsstufe der 9. Rangsklasse und unter Festsetzung des Ranges vom 1. Juli 1916, dem Adjunkten der n.-ö. Finanzprokuratur Dr. Hans Treulich unter Einreihung

in die zweite Gehaltsstufe der 9. Rangsklasse und unter Festsetzung des Ranges vom 1. August 1915 und schließlich dem Bezirksrichter Dr. Heinrich Götzl unter Einreihung in die erste Gehaltsstufe der 7. Rangsklasse und unter Festsetzung des Ranges vom 27. August 1917.

Für die Jugendanwälte ist der oben festgesetzte Rang für die Erlangung der 6. Rangsklasse maßgebend.

29. Den Ober-Kontrolloren Anton Stöckl und Josef Machan wird in Anbetracht ihrer vieljährigen vorzüglichen Dienstleistung der Titel „Hauptkasse-Vize-Direktor" und eine in die Ruhebezüge einzurechnende Personalzulage von jährlich 400 K verliehen.

30. Der Gehalt des Braumeisters Adolf Stanka wird mit 17.000 K jährlich festgesetzt. Die Personalzulage des kaufmännischen Leiters Rechnungsrat Doralt wird auf 250 K monatlich erhöht. Die Personalzulage des Leiters des Stadtbureaus Magistratsrates Dr. Schlesinger wird auf 250 K monatlich erhöht. Das Entfernungsgebührenpauschale des Letztgenannten wird auf 300 K monatlich erhöht. Sämtliche Bezugserhöhungen treten mit 1. Jänner 1919 in Kraft.

31. Dem städtischen Kanzlei-Direktions-Adjunkten Kamillo Krisianowsky wird auf die Dauer seiner Bestellung als städtischer Gefangenhaus-Inspektor an Stelle seiner bisherigen Dienstteszulage eine solche in der Höhe von 120 K monatlich gewährt. Zur Deckung des sich hieraus im laufenden Verwaltungsjahre ergebenden Mehrerfordernisses von 287 K 50 h wird zur Ausgabs-Rubrik XIX 2a ein Zuschußkredit in der Höhe dieses Erfordernisses bewilligt.

32. Der Totengräberswitwe Johanna Redl wird der Fortbezug der bisherigen Gnadengabe von jährlich 300 K bis Ende des Jahres 1919, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt.

33. Den Beamten der städtischen Straßenbahnen Josef Haidvogl, Leopold Strizek, Ing. Max Edlen v. Knapitsch, Dr. Zdenko Zeifart, Ing. Hugo Thumb, Jakob Klinger, Ing. Franz Schrey, Ing. Edgar Szongott, Ing. Otto Gander, Ing. Heinrich Werner, Ing. Guido Bertagnoli wird ab 1. Dezember 1918 je eine zur Pensionsbemessung anrechenbare Personalzulage von 600 K jährlich unter den im Gemeinderats-Beschlusse vom 12. März 1912, P. Z. 2605, festgesetzten Bedingungen zuerkannt.

34. Der Heizarbeiterswitwe Franziska Berger wird der Fortbezug der Gnadengabe von jährlich 300 K bis einschließlich 31. Mai 1921, beziehungsweise bis zu einer allfällig früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt.

Schluß der Sitzung.

Stadtrat.

Sitzungen des Stadtrates.

Mittwoch den 8. Jänner 1919, 10 Uhr vormittags.
Freitag den 10. Jänner 1919, 10 Uhr vormittags.

Allgemeine Nachrichten.

Gemeindevermittlungsämter.

Verhandlungstage im Jänner 1919:

Margareten 8., 15., 22., 29.

Baubewegung

vom 4. Jänner bis 7. Jänner 1919.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den 1. bis 9. und 20. Bezirk. — Für den 10. bis 19. und 21. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen.

Zubauten:

20. Bezirk: Stromstraße 49, von der Firma Josef Hölzl, ebenda, Bauführer Pittel & Brausewetter (2829).

Adaptierungen.

1. Bezirk: Wollzeile 24, von der Versicherungs-Gesellschaft „Oest. Phönix", ebenda, Bauführer die Vaterländische Bau-Gesellschaft (2823).
3. Bezirk: Petrusgasse 5, von Johann Amberger, 9., Sporkenbühelgasse 3, Bauführer Mathias u. Belloni (1).
6. Bezirk: Mollardgasse 63, von Josef Wild, Schadekgasse 2, Bauführer Alfons Klappholz (2831).
7. Bezirk: Kirchberggasse 33, von B. u. S. Wachtl, ebenda, Bauführer M. O. Kuntschik (2825).
9. Bezirk: Wasagasse 27, von Dr. S. Langhaus und Mitbesitzer, Bauführer Michna u. Herzberg (2830).

Gesuche um Baulinienbestimmung, beziehungsweise um Bekanntgabe der Aussteckung der Baulinien wurden überreicht.

2. Bezirk: Ferdinandstraße 25, Czerningasse 4, Einl.-Z. 513, vom Vorstande der Israelitischen Kultusgemeinde in Wien Mag. Bauabt. XIV b (1).

Eintragungen in den Erwerbsteuerkataster.

20. November 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

(Fortsetzung.)

S. Müller & Komp., offene Handelsgesellschaft — Handel mit technischen Oelen und Fetten — 1., Falkestraße 1.

Garhofer Josef, Alleininhaber der Firma J. Garhofer — Kommissionshandel im Großen — 5., Schloßgasse 4.

Großlicht Artur, Alleininhaber der Firma A. Großlicht — Gemischtwarenhandel — 5., Rechte Wienzeile 75.

Großlicht Artur, Alleininhaber der Firma A. Großlicht — Erzeugung von Likören, Spirituosen und Fruchtsäften — 5., Rechte Wienzeile 75.

Produktiv- und Einkaufsgenossenschaft der Hutmacher Oesterreichs — Fabriksmäßiger Betrieb des Hutmachergewerbes — 17., Wichtelgasse 75.

M. Wotraubek, A.-G. — Fabriksmäßiger Betrieb der Kristalleis-Erzeugung (Kunsteis) — 3., Erdbergstraße 155.

M. Wotraubek, A.-G. — Fabriksmäßiger Betrieb der Seifen-Erzeugung — 3., Erdbergstraße 155.

M. Wotraubek, A.-G. — Fabriksmäßiger Betrieb der Schweineschlächterei, Schweinefett- und Speck-Erzeugung — 3., Erdbergstraße 155.

M. Wotraubek, A.-G. — Fabriksmäßiger Betrieb der Kunstspeisefett-Erzeugung — 3., Erdbergstraße 155.

Kronengold Aron — Handel mit landwirtschaftlichen Produkten — 2., Förstergasse 10.

(Das Weitere folgt.)

Gemeinderat:

Inhalt.

Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 30. Dezember 1918:

Inhalt:

Mitteilungen des Vorsitzenden:

1. Entschuldigte Gemeinderäte 49
2. Eingelangte Spenden 49
3. Subventionierung des öffentlichen allgemeinen Arbeitsnachweises der Gemeinde Wien 49

Anfragen:

4. GR. Dr. Danneberg und Max Winter: Handhabung der Geschäftsordnung im Gemeinderate 49
5. GR. Herold: Verwertung der Gründe in der Nähe der Karlskirche 50
6. GR. Franz Kurz Ausbau einer Straße über das Aspfeld im 11. Bezirke 50
7. — Beantragte Räumung der Bürgerschule 13. Bezirk, Reinlgasse 19 50
8. GR. Panosch: Milchnot 51
9. GR. Moißl: Das Frühstück der Schulkinder 51
10. GR. Dr. Loewenstein: Wiederinbetriebsetzung der elektrischen Aufzüge 51
11. GR. Schäfer: Abhaltung der Rennen 51
12. GR. Angeli: Sperrung der Urania 52
13. GR. Dr. Grün und Herm. Fischer: Warenverschleppung in geschlossenen Geschäftslokalen 52
14. GR. Broczyner: Verwendung der Scheinwerferlampen durch Automobilisten 53
15. GR. Dr. Loewenstein: Errichtung eines neuen Kinderspitales 53
16. GR. Moißl: Entsendung von Wiener Kindern aufs Land . 53
17. Frau GR. Popp: Abhaltung von politischen Versammlungen in städtischen Gebäuden 54
18. GR. Broczyner: Antrag auf Neuwahl des Verwaltungs-Ausschusses der städtischen Kaiser Franz Josef-Jubiläums-Lebens- und Rentenversicherungsanstalt 54
19. — Aenderung des Titels dieser Anstalt 54
20. GR. Paulitschke: Wiedereröffnung des Burgtores . . . 54
21. GR. Dr. Glasauer und Baugoin: Wiederaufnahme des Straßenbahnverkehres nach Ober- und Unter-St. Veit . . 54
22. Versorgung der Invaliden 54

Anträge:

23. GR. Angeli: Gegen die Abtretung Südtirols an die Italiener 55
24. GR. Dr. Alma Seitz: Einführung der Wohnungsaufsicht durch Einstellung von Wohnungsfürsorgerinnen 55
25. GR. Witzmann und Forstner: Errichtung eines Spielplatzes auf den Gründen des ehemaligen Schmelzer Friedhofes 55
26. GR. Ulreich, Paulitschke und Genossen: Regelung der Dienstverhältnisse der Diurnisten 55

Berichte:

27. Bgm. Dr. Weiskirchner: Bewilligung eines unverzinslichen Darlehens von 500.000 K für den Verband der Krankenkassen Wiens und Niederösterreichs 56
28. — Abänderung des bisherigen Dienstleides 56
29. GR. Tomola: Fürsorge für verwahrloste Jugend und erholungsbedürftige Frauen und Kinder (Flüchtlingslager Oberhollabrunn und Pottendorf 57
30. GR. Hötzel: Kaufanbot der Firma Julius Meinl . . . .
31. GR. Baugoin: Bestellung eines Baurechtes für Friedrich Stummer 65 66
32. — Bestellung eines Baurechtes für Laurenz Eckstein 66
33. VB. Rain: Rechnungsabschluß des Brauhauses der Stadt Wien und der Oekonomie „Wallhof" 1917/18 67
34. VB. Hoß: Rechnungsabschluß der Lagerhäuser pro 1917/18 . 68
35. — Bewilligung eines weiteren Darlehens an den Krankenanstaltenfonds 74
36. — Bewilligung von Weihnachtsgeldern an Bedienstete des Stadtbauamtes 75
37. GR. Breuer: Denkschrift der Gemeinde Wien in Angelegenheit der Kredithilfsaktion für den kriegsbetroffenen Gewerbestand 75
38. GR. Spalowsky: Systemisierung von Diurnisten-, beziehungsweise Kanzlistenstellen im Status des Arbeiterfürsorgeamtes 79
39. — Regelung der Bezüge für die Unterbeamten des städtischen Fuhrwerksbetriebes 79
40. — Verbesserung der Lohn- und Dienstverhältnisse der Depotaufseher des städtischen Fuhrwerksbetriebes 79
41. GR. Spalowsky: Kostspende und Subvention an den Verein der katholischen Arbeiterinnen 81
42. GR. Angermayer: Stundung der Rückzahlung von Gehaltsvorschüssen 82
43. GR. Emmerling: Arbeiterverein „Kinderfreunde": Nachsicht der Beleuchtungs- und Beheizungskosten für die Turnsaalbenützung 82
44. GR. Dr. Haas: Subvention für den Zentral-Verein für Hauskrankenpflege 82
45. — Errichtung von Fürsorgestellen für Tuberkulose 83
46. GR. Knoll: Baulinienabänderung für das Gebiet des 21. Bezirkes zwischen Pragerstraße, Frömmlgasse, Schwaigergasse und Nordwestbahn 83
47. GR. Josef Müller: Gewährung einer Subvention an den Verein „Gartenfreunde", Wien 12 86
48. — Subventionsgewährung an den Kleintierzucht- und Schrebergartenverein „Esparsette" 86
49. GR. Schneider: Vergrößerung des Werkplatzes der städtischen Straßenbahnen, 12., Aßmayergasse 86
50. — Gewährung einer außerordentlichen Weihnachtsgabe für die Arbeiter und Aufseher der städtischen Steinbrüche in Oberösterreich 86

Beschluß-Protokoll der vertraulichen Sitzung des Gemeinderates vom 30. Dezember 1918.

Inhalt:

1. Verleihung des Titels „Magistrats-Sekretär i. R." an den Mag.-Ob.-Komm. i. R. Dr. August Stern 88
2. Zuerkennung einer Personalzulage an den Direktor des Steueramtes Emil Mock 88
3. Zuerkennung einer Personalzulage an den Direktor der Hauptkassa Georg Groh 88
4. Beförderungen und Titeländerungen im Status der Stadtbuchhaltungsbeamten 88
5. Erhöhung der Gnadengabe an Therese und Pauline Edle v. Bergmüller 88
6. Gnadengabe an Marie Binder 88
7. Gnadengabe an Therese Giller 88
8. Gnadengabe an Franziska Weinhengst 88
9. Personalzulage für den Direktor des Wohnungsamtes Dr. Alois Sagmeister 88
10. Einrechnung von Dienstjahren und einer Zulage zur Pensionsbemessung des Vize-Inspektors der städtischen Straßenbahnen Franz Scheidl 88
11. Ernennung des Stenographen Franz Figl zum Revisor extra statum des gemeinderätlichen Stenographenamtes 88
12. Diensteszulage an den Ratsdiener Johann Meidl 88
13. Gnadenweise Dienstzeitanrechnung für Simon Jan 88
14., 15., 16. Gehaltsvorschüsse 89
17. Anrechnung der Militärdienstzeit für Franz Koch 89
18. Gnadengaben und Erziehungsbeiträge 89
19. Bewilligung einer Kriegszulage für den Chor-Direktor der städtischen Patronats-Pfarrkirche Maria Geburt am Rennweg im 3. Bezirke 90
20., 21. Gehaltsvorschüsse 90
22. Gnadengabe an Anna Putré 90
23. Erhöhung der Unfallsrente für Emilie Konetschny 90
24. Gnadengabe an Johanna Wiltsch 90
25. Gnadengabe an Rosa Nietsch 90
26. Gnadengabe an Adele Schuch 90
27. Gnadengabe an Johann Schuller 90
28. Verleihung von sieben Jugendanwaltstellen 90
29. Personalzulagen und Titelverleihungen im Status der Hauptkassabeamten 91
30. Regelung der Bezüge der leitenden Beamten des Brauhauses der Stadt Wien 91
31. Diensteszulage für den Gefangenhaus-Inspektor Kamillo Krisianowsky 91
32. Gnadengabe an Johanna Redl 91
33. Personalzulagen für Beamte der städtischen Straßenbahnen . . 91
34. Gnadengabe an Franziska Berger 91

Stadtrat:
Sitzungen des Stadtrates 91
Allgemeine Nachrichten:
Gemeindevermittlungsämter 91
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 4. Jänner bis 7. Jänner 1919 91
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster 91
Kundmachungen.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Schriftleiter: **Friedrich Schönsteiner.**
Papier aus der **Vittner Papierfabrik.** — Buchdruckerei **E. Kainz** vorm **J. B. Wallishausser.**

Kundmachungen.

B. W. A. I, Z. 1300 ex 1918.

Mehl = Umrayonierung anläßlich der Ausstellung der neuen Mehlbezugskarte.

Diejenigen Haushalte oder Einzelpersonen, welche nach Ablauf der gegenwärtig gültigen Mehlbezugskarte von der zuständigen städtischen Mehlabgabestelle (gelbe Karte) zu einer Konsumentenorganisation (blaue Karte) übertreten, und diejenigen Mitglieder von Konsumentenorganisationen, welche der zuständigen städtischen Mehlabgabestelle zugewiesen werden wollen, müssen den beabsichtigten Uebertritt **bis längstens am 25. Jänner 1919** der zuständigen Brot-Kommission zur Vormerkung anzeigen. Die dem Uebertritte entsprechende Mehlbezugskarte wird sodann zugleich mit den anderen Lebensmittelkarten im Monate Februar 1919 an dem noch zu verlautbarenden Tage zur Ausgabe glangen.

Der Uebertritt von einer städtischen Mehlabgabestelle zu einer anderen städtischen Mehlabgabestelle kann nur im Falle der Uebersiedlung in den Sprengel einer anderen Brot-Kommission erfolgen.

Nach dem 25. Jänner 1919 erstattete Uebertrittsanzeigen können, wenn sie nicht mit Uebersiedlungen im Zusammenhange sind, erst mit 6. Juli 1919 Berücksichtigung finden.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
als politischer Behörde I. Instanz,
am 2. Jänner 1919. 2—3

B. W. A. 1 — Z. 4 ex 1919.

Beginn des Inkrafttretens des neuen (grauen) Einkaufsscheines für Rindfleisch und des neuen (rosa) Einkaufsscheines für Wohlfahrtsfleisch.

I.

Donnerstag den 9. Jänner 1919 tritt der neue (graue) Einkaufsschein für Rindfleisch in Kraft. Von diesem Tage angefangen darf jeder Haushalt nur bei der Rindfleischabgabestelle Einheits-, beziehungsweise Extremrindfleisch beziehen, in deren Kundenliste er eingetragen, welche Abgabestelle auch auf dem neuen Einkaufsscheine vermerkt ist. Die Abgabe von Rindfleisch an nicht auf Grund der neuen Einkaufsscheine für Rindfleisch in die Kundenliste eingetragene Haushalte ist den Rindfleischverkäufern verboten.

Die wöchentlich auf eine bezugsberechtigte Person entfallende Rindfleischmenge (einschließlich der Zuwage, das ist höchstens 15 Prozent bei vorderem und höchstens 20 Prozent bei hinterem Rindfleisch) sowie die vom Rindfleischeinkaufsscheine abzutrennenden Abschnitte werden wie bisher jeweils amtlich verlautbart.

Im übrigen bleiben die Bestimmungen der Verordnung vom 14. September 1918, B. W. A. 1, Z. 1005, aufrecht.

II.

Die Vorweisung des neuen rosa Einkaufsscheines für Wohlfahrtsfleisch bei der zuständigen Abgabestelle behufs Eintragung desselben hat in der bisher üblichen Weise zu erfolgen. Der Schein tritt Samstag den 11. Jänner 1919 in Kraft.

III.

Alle Uebertretungen dieser Verordnung werden, soferne die Handlung nicht einer strengeren Strafe unterliegt, von der politischen Bezirksbehörde mit einer Geldstrafe bis zu 20.000 K oder mit Arrest bis zu sechs Monaten bestraft. Wird die Uebertretung in Ausübung eines Gewerbes begangen, so kann auch auf den Verlust der Gewerbeberechtigung erkannt werden.

Vom Wiener Magistrate,
als politischer Behörde I. Instanz,
am 3. Jänner 1919. 1—

B. W. A. Wien, Stelle 5.

Kohlenausgabe für Jänner 1919.

Auf Grund der §§ 3, 11 und 19 der St.-Vdg. vom 11. September 1917, L.-G.- u. V.-Bl. Nr. 163, wird für die Zeit vom 1. Jänner 1919 bis auf weiteres der Küchenbrand mit 20 kg Steinkohle, beziehungsweise 25 kg Braunkohle festgesetzt.

Gewerbe, Industrien, Anstalten und Zentral-Heizungen erhalten für den Monat Jänner:

a) auf Grund der Kohlen(Koks)bezugskarten für Gewerbe:
für einen ganzen Betriebsbrand 100 kg Steinkohle, beziehungsweise 125 kg Braunkohle,
für einen ganzen Heizbrand 80 kg Steinkohle, beziehungsweise 100 kg Braunkohle;

b) auf Grund von Bezugsscheinen:
für den Betrieb die unter dem Buchstaben B,
für Heizung die unter dem Buchstaben C festgesetzte Monatsmenge.

Vom Wiener Magistrate,
als politischer Behörde I. Instanz,
am 31. Dezember 1918. 1—1

Stiftungen.

Karl Meißl-Stiftung.

Aus der Karl Meißl-Stiftung für arme christliche Gewerbetreibende gelangen 15.000 K in Teilbeträgen von 200 und 400 K zur Verteilung.

Anspruchsberechtigt sind: Christliche Gewerbetreibende, welche seit mindestens vier Jahren im 2. oder 20. Bezirke ihr Gewerbe ausüben und ohne Verschulden in Not geraten sind.

Die einmal mit welchem Betrage immer Beteilten können erst nach Ablauf von vier Jahren wieder beteilt werden.

Die Auswahl der zu Beteilenden steht der Bezirksvertretung Leopoldstadt zu.

Die mit einem Taufschein, Armutszeugnis und dem Gewerbeschein belegten Gesuche müssen **bis spätestens 31. Jänner 1919** bei der Bezirksvorstehung Leopoldstadt (2., Karmelitergasse 9, 2. Stock) eingebracht werden.

Auf nicht rechtzeitig eingebrachte oder nicht ordentlich belegte Gesuche kann keine Rücksicht genommen werden.

Bezirksvertretung Leopoldstadt,
am 21. Dezember 1918. 1—3

Schwestern Fröhlich-Stiftung

zur Unterstützung bedürftiger und hervorragender, schaffender Talente auf dem Gebiete der Kunst, Literatur und Wissenschaft.

Aus dieser Stiftung werden verliehen:

a) Stipendien an Künstler oder Gelehrte zur Vollendung ihrer Ausbildung oder zur Ausführung eines bestimmten Werkes, oder zur Veröffentlichung eines solchen, oder im Falle plötzlich eintretender Arbeitsunfähigkeit.

b) Pensionen an Künstler oder Gelehrte, welche durch Alter, Krankheit oder Unglücksfälle in Mittellosigkeit geraten sind.

1. Diese Stiftung kann nur schaffenden Talenten auf dem Gebiete der Kunst verliehen werden; es sind also die Vertreter der sogenannten reproduzierenden Künste (Schauspieler, Rezitatoren, Sänger, Virtuosen 2c.), ebenso auch alle auf dem Gebiete der graphischen Kunst tätigen Talente, wenn sie nur reproduzieren, wie Kupferstecher, Lithographen, Xylographen 2c., ausgeschlossen.

2. Von wissenschaftlichen Werken kommen nur solche in Betracht, die zugleich schriftstellerische Arbeiten sind und außer dem fachwissenschaftlichen auch einen literarischen Wert haben.

Zur Erlangung eines Stipendiums muß der Bewerber in seinem an das Kuratorium zu richtenden Gesuche folgende Belege beibringen:

1. Tauf- oder Geburtsschein;

2. Studien- oder Prüfungszeugnisse;

3. glaubwürdige Zeugnisse über wissenschaftliche oder künstlerische Leistungen;

4. behördliches Zeugnis über die Mittellosigkeit.

Mit dem Gesuche um eine Pension ist beizubringen:

1. Tauf- oder Geburtsschein;

2. glaubwürdige Bescheinigung über die Krankheit oder den Unglücksfall, wodurch der Bewerber in Mittellosigkeit geraten ist;

3. Ausweise über die Verdienste des Bewerbers um Wissenschaft und Kunst.

Die vorschriftsmäßig belegten Gesuche samt eventuellen Kunstproben sind **bis 1. März 1919** im Präsidialbureau des Wiener Gemeinderates, I., Neues Rathaus, Lichtenfelsgasse 2, 1. Stock, zu überreichen, woselbst auch die Stiftungsstatuten behoben werden können.

Nicht entsprechend instruierte Gesuche werden nicht in Betracht gezogen.

Vom Kuratorium der Schwestern Fröhlich-Stiftung.
Wien, im Dezember 1918. 2—3

M. Abt. XIII, 5129/18. Selbständiger Wirkungskreis.

Stiftung

für Gymnasialschüler aus den ehemaligen Gemeinden Hietzing und Penzing.

Verliehen wird: Ein Betrag von 218 K zur Anschaffung von Lehrmitteln.

Zur Bewerbung sind diesmal berufen: Dürftige Schüler an einem Gymnasium in Wien: a) deren Eltern, beziehungsweise Vorfahren zur Zeit der Einverleibung der ehemaligen Gemeinde Penzing in die Gemeinde Wien in der ersteren Gemeinde heimatsberechtigt waren, in Ermanglung solcher aber b) deren Eltern Gemeindeangehörige von Wien sind und in dem Gebiete der ehemaligen Gemeinde Penzing ihren Wohnsitz haben.

Dem Gesuche sind beizulegen: Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnis, Impfzeugnis, Studienzeugnisse der beiden letzten Semester, Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, eventuell Nachweis über die Zuständigkeit der Eltern oder deren Vorfahren am 19. Dezember 1890 in Penzing, polizeiliche Meldezettel der Eltern.

Einreichstelle: Gemeindebezirkskanzlei, 13. Bezirk, Hietzinger Kai 1.

Einreichungsfrist: **Bis 31. Jänner 1919.**

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 11. Dezember 1918. 2—3

M. Abt. XIII, 5399/18. Selbständiger Wirkungskreis.

Hermine Elßler'sche Universitäts-Stipendienstiftung.

Verliehen wird: Ein einmaliger Jahresbetrag von 600 K für das Studienjahr 1918/19.

Zur Bewerbung sind berufen: Studierende der weltlichen Fakultäten der Wiener Universität.

Bedingungen:

a) Der Bewerber muß in Wien geboren, österreichischer Staatsbürger und mindestens 18 Jahre alt sein;
b) hervorragende Begabung und vorzüglicher Fleiß;
c) tadelloser Lebenswandel;
d) Mittellosigkeit.

Vorzugsberechtigt sind Angehörige der Familien Elßler oder Schäffl, hinsichtlich welcher das Erfordernis der Geburt in Wien entfällt.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Impfzeugnis, Mittellosigkeitszeugnis und Studiennachweise; ferner ist anzuführen, ob der Stiftungswerber oder eines seiner Geschwister ein Stipendium bezieht.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 31. Jänner 1919.**

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 20. Dezember 1918. 1—3

M. Abt. XIII, 5120/18. Selbständiger Wirkungskreis.

Johann Gögl'sche Stiftung.

Im Laufe eines jeden Jahres gelangen die verfügbaren Interessen der Johann Gögl'schen Stiftung zu Verleihung.

Die Auszahlung der Beträge ist an einen bestimmten Tag nicht gebunden und erfolgt die Zuwendung der Stiftung nach Maßgabe des Stiftungserträgnisses, so oft Bewerber vorhanden sind.

Zur Bewerbung sind berufen: Handels- und Gewerbetreibende, welche ohne ihr Verschulden in Notlage geraten sind.

Dieselben müssen jedoch österreichische Staatsbürger und in Wien wohnhaft sein und ihr Gewerbe noch betreiben.

Angehörige der deutschen Nation genießen bei sonst gleichen Verhältnissen den Anspruch auf Berücksichtigung vor anderen Bewerbern.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Gewerbeschein oder Konzessions-Dekret und letzter Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer.

Die in solcher Weise belegten Gesuche können jederzeit in der Magistrats-Abteilung XIII überreicht werden.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
im Dezember 1918. 1—3

M. Abt. XIII, 5160/18. Selbständiger Wirkungskreis.

Kaiser Franz Josef-Regierungsjubiläums-Stiftung

für ohne ihr Verschulden notleidend gewordene Gewerbetreibende.

Im Laufe eines jeden Jahres gelangen die verfügbaren Interessen zur Verteilung.

Zur Bewerbung sind berufen: Ohne ihr Verschulden in eine Notlage geratene Gewerbetreibende, welche in Wien wohnen und ihr Gewerbe noch betreiben.

Die Auszahlung der Beträge ist an einen bestimmten Tag nicht gebunden und erfolgt die Zuwendung der Stiftung nach Maßgabe des Stiftungserträgnisses, so oft Bewerber vorhanden sind.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Gewerbeschein oder Konzessions-Dekret und letzter Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer.

Die in solcher Weise belegten Gesuche können jederzeit im Bureau des Herrn Bürgermeisters oder in der Einlaufstelle der Magistrats-Abteilung XIII (1., Ebendorferstraße 1, Halbstock) überreicht werden.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 1. Jänner 1919. 1—3

M. Abt. XIII, 5173/18. Selbständiger Wirkungskreis

Theobald Uffenheimer'sche Studentenstiftung.

Verliehen werden: Drei Stipendien zu je 285 K, und zwar je eines an einen christlichen Hörer der juridischen und medizinischen Fakultät der Universität in Wien, beziehungsweise der technischen Hochschule in Wien, und weiters ein Stipendium zu 300 K an einen christlichen Hörer der medizinischen Fakultät der Wiener Universität für das Studienjahr 1918/19.

Vorzugsberechtigt sind: Verwandte des Stifters, dann nach Wien zuständige oder im Bezirke Leopoldstadt in Wien oder in Wien überhaupt geborene Bewerber.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf- und Heimatschein, Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnis, Maturitätszeugnis, Impfzeugnis, Studiennachweis und allenfalls Nachweis der Verwandtschaft.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Letzter Einreichungstag: **31. Jänner 1919.**

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 2. Dezember 1918. 1—3

••

M. Abt. XIII, 5172/18. Selbständiger Wirkungskreis.

Dr. Moritz Andreas Goldberger'sche Stiftung
für arme Studenten.

Verteilt werden: 2380 K in 7 Beträgen zu 340 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme strebsame Studenten der Rechte, der Medizin und der Technik in Wien.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Armutszeugnis, Studienzeugnisse und Impfnachweis.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 31. Jänner 1919.**

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 2. Dezember 1918. 1—3

M. Abt. XIII, 5396/18. Selbständiger Wirkungskreis.

Stiftung eines ungenannt sein wollenden Menschenfreundes

Im Laufe eines jeden Jahres kommen aus den verfügbaren Interessen der Stiftung eines ungenannt sein wollenden Menschenfreundes, deren Stammkapital 200.000 K beträgt, Jahresrenten oder einmalige Gaben zur Verleihung.

Anspruch auf diese Stiftung haben bedürftige Personen, die durch ein Ereignis körperlich beschädigt worden sind, oder die bedürftigen Hinterbliebenen der bei solchen Anlässen getöteten oder infolge derselben verstorbenen Personen. In Betracht kommen aber nur mit dem Ringtheaterbrande in keinem Zusammenhange stehende Verunglückte oder deren Hinterbliebene.

Die Verleihung der Stiftung ist an einen bestimmten Tag nicht gebunden und erfolgt die Zuwendung derselben nach Maßgabe des Stiftungserträgnisses, so oft geeignete Bewerber vorhanden sind.

Das Verleihungsrecht steht dem Wiener Stadtrate zu.

Bewerber um eine Unterstützung aus dieser Stiftung haben ihre Gesuche mit dem Tauf(Geburt)scheine, dem Heimatscheine einem armenärztlichen Befunde über ihre Erwerbsunfähigkeit und einem amtlichen Zeugnisse über die ihnen zugestoßene körperliche Beschädigung zu belegen.

Bittsteller, die aus Anlaß ihrer körperlichen Beschädignng schon von der Unfallversicherungskassa, aus einer Stiftung, einem Fonds oder anderweitig eine Unterstützung beziehen, haben dies anzugeben und nachzuweisen.

Wenn Hinterbliebene einer bei einem Ereignisse getöteten oder infolge einer hiebei erlittenen Verletzung verstorbenen Person um eine Unterstützung einschreiten, so haben sie außerdem den Nachweis zu erbringen, in welchem Verwandtschaftsverhältnisse sie zu dem Getöteten oder Verstorbenen gestanden sind.

In solcher Weise belegte Gesuche können jederzeit in der Magistrats-Abteilung XIII überreicht werden.

Ausdrücklich wird bemerkt, daß auf nicht gehörig belegte Gesuche keine Rücksicht genommen werden kann.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 20. Dezember 1918. 1—3

M. Abt. XIII, 5401/18. Selbständiger Wirkungskreis.

Johann Anton Eckhart'sche Stiftung
für arbeitsunfähige Gewerbsleute.

Verliehen werden: 27 Stiftplätze zu je 63 K durch Verlosung.

Zur Bewerbung sind berufen: In Wien ansässige, durch Unglücksfälle verarmte, wegen Alters- oder Körpergebrechen arbeitsunfähige Gewerbsleute, gleichviel ob Meister oder Gesellen, ob Männer oder Weiber, die mit keiner dauernden Unterstützung oder doch nur mit dem niedrigsten Erhaltungsbeitrage von monatlich früher 6 K, seit 1. September 1917 10 K beteilt sind.

Mündliche Ansuchen nimmt entgegen: **Vom 1. bis einschließlich 15. Februar 1919** (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage) die Magistrats-Abteilung XIII (1., Rathaus, Ebendorferstraße 1, Halbstock) zwischen 10 und 12 Uhr vormittags.

Jeder Bewerber hat mitzubringen: Tauf(Geburt)schein, Trauungsschein, polizeilichen Meldezettel, Heimatschein, Armutszeugnis und armenärzliches Zeugnis über die Erwerbsunfähigkeit; Witwen auch den Totenschein des Gatten; Meister: Gewerbeschein (Konzessions-Dekret) oder Bestätigung der Gewerbezurücklegung; Gesellen: Arbeits(Wander)buch und Gesellen(Lehr)brief oder Freisprechungszeugnis.

Oeffentliche Ziehung der Lose: Am 6. März 1919 um 10′ Uhr vormittags im Rathause (Beratungszimmer des Gemeinderates, 1. Stock, Aufgang über Stiege VII). Die gezogenen Nummern werden durch die „Wiener Zeitung" und durch Anschlag an den Amtstafeln des Rathauses und der Armen-Institute veröffentlicht.

Die Stiftungsbeträge werden ausgezahlt: Von der städtischen Hauptkassa gegen Abgabe des Loses an Werktagen in der Zeit vom 16. bis einschließlich 31. März 1919. Die bis dahin nicht behobenen Beträge fallen an die Stiftung zurück.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 19. Dezember 1918. 1—3

Allgemeine Depositen-Bank

Wien, I., Schottengasse 1,

Filialen: Linz, Steyr, Triest, Oderberg-Bahnhof, Lemberg, Stanislau, Drohobycz, Czernowitz

und Wiener Wechselstuben: I., Teinfaltstraße 2, II., Taborstraße 7, IV., Rainerplatz 2, VII., Mariahilferstraße 74 b, VII., Neubaugasse 44, IX., Alserstraße 24, IX., Währingerstraße 63, XIII., Breitenseerstraße 6, XIII., Hietzinger Hauptstraße 3, XIV., Sparkasseplatz 1.

Aktienkapital: K 80,000.000·—. Reserven: K 41,500.000·—,

Bezugspreise
für Wien:
mit Zustellung ganzjährig 20 K
mit Zustellung halbjährig 10 K
ohne Zustellung ganzjährig 18 K
ohne Zustellung halbjährig 9 K
Außerhalb Wiens
ganzjährig 22 K, halbjährig 11 K.

Bezugsbeginn: 1. Jänner, beziehungsweise 1. Juli.

Einzelne Nummern 30 Heller bei der Schriftleitung.

Amtsblatt der Stadt Wien

Schriftleitung:
1., Rathaus, Stiege 5, 1. Stock.
Fernsprecher: Rathaus.
Klappe 160 (Hauptschriftleiter).
Klappe 150 (Schriftleitung).

Postsparkassen-Konto Nr. 100.367

Für den Buchhandel:
Gerlach & Wiedling, 1., Elisabethstraße 13. — Ganzjährig 30 K.

Annahme kleiner Anzeigen bei Haasenstein & Vogler, A.-G. 1., Schulerstraße 11.

Erscheint jeden Mittwoch und Samstag.

Nr. 4. Samstag den 11. Jänner 1919. Jahrgang XXVIII.

Obmänner-Konferenz.

Bericht über die 102. Sitzung vom 7. Oktober 1918.

Vorsitzender: Bgm. Dr. Weiskirchner.
Anwesende: Die VB. Hierhammer, Hoß und Rain; die GR. v. Steiner, Schmid, Leitner, Dr. Hein, Dr. v. Dorn, Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller, Neumann und Skaret. Die Ob.-Mag.-R. Dr. Aug. Mayr, Artzt, Dr. Müller und Dr. Held. Die Mag.-R. Dr. Roßkopf und Dr. Hartl. Stadtphysikus Dr. Jahn. Direktor Menzel.
Schriftführer: Mag.-Ob.-Kom. v. Radler.

Bgm. Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung und gibt bekannt:

Den Ausweis der Zentralstelle im Rathause vom 2. Oktober 1918, die Tabelle über den Stand der Anmeldungen für den Unterhaltsbeitrag vom 6. Oktober 1918, den Ausweis über die Schlachtviehauftriebe auf dem Zentral-Viehmarkte zu St. Marx am 4. Oktober 1918, die Tabelle über die Kleinhandelspreise wichtiger Lebensmittel und Approvisionierungsartikel in der Woche vom 29. September bis 7 Oktober und den Sanitätsbericht über die Zeit vom 17. September bis 6. Oktober 1918. (Diese Berichte und Tabellen werden im Anschlusse an den Sitzungsbericht veröffentlicht.)

Der Bürgermeister bemerkt hierauf, daß es wohl Pflicht der Gemeindevertretung sei, den neuesten Friedensschritt der Regierung zu begrüßen und neuerlich ihrer Friedenssehnsucht Ausdruck zu geben; er werde in der nächsten Gemeinderats-Sitzung ex praesidio dieser Pflicht nachkommen, wobei er auch auf den Antrag der deutschen Sozialdemokraten wegen Zusammenschluß aller Deutschen reflektieren werde, weil die Stadt Wien als größtes deutsches Gemeinwesen der Monarchie daran in erster Linie interessiert sei.

Die Obmänner-Konferenz stimmt dem Vorschlage des Bürgermeisters einmütig zu.

Die Grippe-Erkrankungen.

Bgm. Dr. Weiskirchner teilt mit, daß infolge Grippe-Erkrankungen nach den Meldungen, die er erhalten habe, bereits 1000 Schulklassen geschlossen seien. Er habe, ohne die Antwort der Oberbehörden abzuwarten, die sofortige Schließung aller Schulen Wiens verfügt. Es handle sich nicht bloß um die kranken Kinder, sondern auch um die zahlreichen Erkrankungen von Lehrpersonen; der Unterricht könne nicht aufrecht erhalten werden, wenn die Lehrer krank seien. Wenn vielleicht infolgedessen mehrere Klassen zusammengezogen werden müßten, würde die Ansteckungsgefahr noch erhöht.

Stadtphysikus Dr. Jahn berichtet über die gegenwärtig in Wien herrschende Grippe und führt aus, daß letzten Freitag rund 41 Schulklassen gesperrt, bis Samstag abends tausend Klassen, hauptsächlich im 10., 11., 3., 1. und 12. Bezirke gesperrt worden seien. Es sei infolgedessen an den Bezirksschulrat berichtet und die Schließung aller Klassen gestern durchgeführt worden. Es seien sofort sämtliche Amtsärzte telegraphisch und telephonisch verständigt worden, daß vom heutigen Tage an der Unterricht in den Volks- und Bürgerschulen auf acht Tage zu sistieren sei. Die Horte und Ausspeisungen seien aus sozialen Gründen offen gelassen worden. Die Eltern seien meist nicht zuhause, die Kinder blieben ohne Aufsicht und würden vielleicht zu anderen Familien gedrängt, wo kranke Kinder seien. Es sei nur die eine Bedingung gestellt worden, daß die Lehrer Kinder, welche voraussichtlich mit Grippe behaftet sind, den städtischen Aerzten zur Behandlung zuweisen. Dasselbe gelte für die städtischen Kindergärten. Man habe sie vorläufig offen lassen können, weil dort nicht besonders viele Fälle von Erkrankungen vorgekommen seien, es sei aber auch hier die Bedingung gestellt worden, daß offenbar erkrankte Kinder zuhause behalten werden. Ueber die Todesfälle könne er nichts genaues berichten, weil die Woche noch nicht abgeschlossen sei. In der Vorwoche seien 199 Fälle gewesen, darunter 64 Militärpersonen. Demgegenüber dürfte in der letzten Woche ein Ansteigen um 50 bis 60 Personen zu bemerken sein. Heute findet eine Sitzung des Landes-Sanitätsrates statt, in welcher über die Schließung der Schulen und Vergnügungslokale sowie über die Beistellung von Spitalsbetten beraten werden wird. An die Bereitstellung von Spitalsbetten sei von der Gemeinde schon anfangs nach den ersten Erkrankungen gedacht worden und sei sofort nach den ersten Anzeigen über Grippe-Erkrankungen eine Eingabe an die Statthalterei wegen Einführung der Anzeigepflicht gerichtet worden. Die Statthalterei stimme zu, das Gesundheitsministerium sei aber nicht ganz einverstanden. Seine Bedenken seien auch dem Gesundheitsamte nicht fremd, aber es wäre für die Aerzte als Verwaltungsmediziner sehr wichtig, wenigstens einen beiläufigen Ueberblick über die Zahl der

Erkrankungen zu gewinnen. Es lassen sich auch verschiedene sanitäre und Desinfektionsmaßnahmen, besonders nach Todesfällen in Hotels, leichter durchführen, wenn die Anzeigepflicht bestehe. Demgegenüber stehe die Tatsache, daß diese Krankheit nicht mit Sicherheit zu diagnostizieren sei, daß eine große Belastung der Aerzte entstünde und die Sache jetzt überhaupt, wo wenig Aerzte zur Verfügung stehen, schwer durchzuführen wäre. Es werde auch mit Recht gesagt, daß die ganze Zahl der Grippe-Erkrankungen gewiß nicht erfaßt werden könnte, weil viele Fälle doch nicht angezeigt und auch nicht ärztlich behandelt werden, besonders die leichteren. Was die Betten betreffe, so habe die Gemeinde über Antrag des Gesundheitsamtes das Meidlinger Notspital zur Verfügung gestellt.

Bgm. Dr. Weiskirchner spricht sein Bedauern darüber aus, daß das Ministerium auf die Anzeigepflicht nicht eingehe und daß es auf die speziellen Verhältnisse Wiens keine Rücksicht nehme. Er gebe ohneweiters zu, daß die Anzeigepflicht am Lande schwer durchzuführen sei. Auch für Wien würde sie nicht eine ganz verläßliche Statistik ergeben, wäre aber noch immer besser, als wenn man gar nichts wisse. Er habe gestern auch den Stadtphysikus Dr. Jahn ersucht, bezüglich der Beistellung der notwendigen Arzneien mit dem Apothekergremium eine Besprechung abzuhalten. Der Präsident des Gremiums sei soeben bei ihm gewesen und habe erklärt, daß tatsächlich Mangel an den für diese Krankheit geeigneten Arzneien herrsche und habe gebeten, Schritte einzuleiten, um diesen Uebelstand nach Möglichkeit zu beheben. Vor allem müsse man sich nach Deutschland wenden, um wenigstens einige tausend Kilo dieser Arzneien zu erhalten. Man müsse auch das Landes-Verteidigungsministerium ersuchen, eine gewisse Anzahl Magister für die Zivil-Apotheken zu entheben. Das Publikum beschwere sich mit Recht, daß in den Apotheken langsam gearbeitet werde.

GR. Neumann führt aus, daß er von dem Verbande der Krankenkassen eine Zusammenstellung der Sterbefälle erhalten habe, welche sehr ungleiche Ziffern zeige. Im Juni seien es 273 Fälle, im Juli 3985, im August 792, im September bis zum 27. 1794. Im September seien darunter 52 Fälle an Lungenentzündung gewesen, im Juli 58. Nach den Berichten der Kontrollorgane seien die Fälle gegenwärtig durchwegs schwer, mit hohem Fieber verbunden. Ganze Familien liegen regungslos in den Betten. Besonders zahlreich seien die Fälle im 20., 21., 13., 14. und 11. Bezirke. Wie der Bericht vom 30. September gekommen sei, sei die Situation im 10. Bezirke noch günstiger gewesen, heute sei aber auch dort eine große Zahl von Fällen zu verzeichnen. Ebenso in Schwechat, im Triestingtale, in Wiener-Neustadt und Gmünd. In Heidenreichstein seien in einer Woche 27 Einwohner und der Arzt gestorben.

Bgm. Dr. Weiskirchner bemerkt, daß nach dem Berichte des Gesundheitsamtes in der 37. bis 39. Jahreswoche die Zahl der Sterbefälle 14·4, 16·5 und 17·8 betragen habe, also steigende Tendenz zeige gegenüber 14·1, 15·9 und 15·9 im Vorjahre und 10·6 vor zwei Jahren. Insbesondere in den drei Berichtswochen seien 768, 865 und 975 Personen gegenüber 766, 827 und 808 Personen im Vorjahre und 543, 603 und 626 im Jahre 1916 gestorben. Davon seien an Ruhr 36, 63 und 46, an Lungentuberkulose 128, 160 und 130, an Lungenentzündung 75, 112 und 199 Personen gestorben.

Auf die Frage des Bürgermeisters, wie sich annäherungsweise die Zahl der Sterbefälle in der abgelaufenen Woche stelle, erklärt Stadtphysikus Dr. Jahn, daß sie nach den bisherigen Berichten noch höher sein dürfte, aber genaue Zahlen lägen noch nicht vor, weil erst morgen der Termin für die Berichte ablaufe. Unter den 199 Sterbefällen an Lungenentzündung seien 64 Militärpersonen.

Bgm. Dr. Weiskirchner betont, man müsse darauf dringen, zu erfahren, welche Maßnahmen die Militärverwaltung ergreife. Er ersuche den Stadtphysikus, zu veranlassen, daß von der Militärverwaltung ein Bericht darüber gegeben werde.

Auf die Frage des GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller, ob ein Schutz gegen die Erkrankung möglich sei, ob man etwa Merkzettel, wie seinerzeit bei der Cholera, herausgeben könne, erklärt Stadtphysikus Dr. Jahn, daß dies nicht recht durchführbar sei. Die Verhaltungsmaßregeln seien nur größte Reinlichkeit, Vermeidung des Kontaktes mit Kranken, was natürlich jetzt schwer durchzuführen sei. Leichterkrankte lassen sich ja oft weder vom Büro noch von der Arbeit abhalten, können aber doch infizieren. Die Leute müssen sich hüten, die Hände zu beschmutzen, Türklinken anzufassen, die eventuell mit Schleim von Patienten behaftet seien. Händedrücke ꝛc. seien möglichst zu vermeiden. In der Großstadt lasse sich das natürlich schwer durchführen. Die Empfindlichkeit gegen diese Krankheit sei ungeheuer groß.

GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller bemerkt, daß die Arzneifrage eine große Rolle spiele. Er sei gewiß sehr dafür, daß die Fürsorge für arme Kranke in besonderer Weise durchgeführt werde. Er wisse aber aus eigener Erfahrung, weil Tausende von Rezepten durch seine Hand gingen, daß Armenärzte, aber auch besonders Spitalsärzte oft leichtfertig Rezepte unterschreiben. Der Ober-Bezirksarzt, der die Kontrolle habe, sei in Hunderten von Fällen daraufgekommen, daß gewisse Vorschriften des armenärztlichen Dienstes nicht beachtet werden, daß Leute jeden zweiten Tag Rezepte bekommen für Mengen, die sie in acht Wochen nicht aufbrauchen würden, so daß ein wirklicher Schleichhandel mit Medikamenten dadurch unterstützt und gefördert werde. Gewisse Dosierungen werden in solchen Mengen vorgenommen, daß sie für den Kranken, wenn er sie selbst aufbraucht, gewiß gesundheitsschädlich wären. Er bitte also, durch ein Rundschreiben an sämtliche Armenärzte diese Schlamperei abzustellen. Insbesondere beim Franzbranntwein werden ganz unglaubliche Mengen verschrieben. Hier solle also eine strengere Kontrolle stattfinden. Auch die Professoren in den Spitälern verschreiben in ganz ungeheuerlicher Weise. Es gäbe Rezepte, die 30 bis 40 K kosten, bei richtiger Dosierung würden aber 8 K ausreichen. Redner begrüßt es, daß man sich an Deutschland wendet, damit zu der waffenbrüderlichen Vereinigung auch die Vereinigung bezüglich der Medikamente komme.

Stadtphysikus Dr. Jahn erwidert, daß das Physikat wiederholt in die Lage komme, wegen der Rezepte Rundschreiben an die Aerzte zu richten. Er werde das auch jetzt wieder tun. Die Hauptschuld an der Wiederholung der Rezepte sei aber auf Rechnung der Apotheker zu setzen, denn der Apotheker habe das alte Rezept in der Hand und könne also genau wissen, wann es verschrieben wurde. Gerade wegen des Franzbranntweines sei bereits ein Rundschreiben an die Aerztekammer und die anderen ärztlichen Organisationen ergangen, sich möglichst zu beschränken und nicht mehr als 50 g zu verschreiben. Es seien jetzt auch

viele supplierende Aerzte, die nicht mit allen Vorschriften vertraut seien. Bezüglich der Medikamente aus Deutschland sei zu erwähnen, daß im Ministerium eine Bewirtschaftungs-Zentrale für Heilmittel bestehe.

GR. v. Steiner erklärt sich mit den Sperrmaßregeln einverstanden, hält sie aber für einen Schlag ins Wasser. Was nützt es, Schulen und Theater zu sperren, wenn auf der Elektrischen alles Kopf an Kopf gedrängt sei. Dies sei gewiß noch gefährlicher. Was die Beschaffung der Medikamente betreffe, so werde in der nächsten Gemeinderats-Sitzung bereits ein Antrag des Stadtrates vorliegen, die Regierung aufzufordern, die chemische Industrie in Oesterreich zu fördern. Er habe, als er noch dem Reichsrat angehörte, diesfalls im Finanzministerium vorgesprochen. Jetzt sei man auf die Hirstgruppe in Deutschland angewiesen und wenn man ein solches Heilmittel kaufen wolle, müßte man es um 300 bis 400 Prozent teuerer bezahlen. Es müsse also getrachtet werden, auf eigenen Füßen zu stehen. Es wäre auch dringend notwendig, daß die Statthalterei in der Spitalsfrage Ordnung mache. Ihm sei schon vor drei Wochen von maßgebenden Personen mitgeteilt worden, daß die Spitalsfrage im Sinne des Gemeinderates gelöst werden solle und daß die zur Vorberatung eingesetzte interministerielle Kommission den Standpunkt des Gemeinderates teile. Bis heute habe man aber weder beim Lande noch hier etwas weiteres gehört, wahrscheinlich handle es sich wieder um Ressortstreitigkeiten zwischen den einzelnen Ministerien. Es sei dringend notwendig, einen Einblick in die Beschaffung der Arzneimittel zu bekommen, auch auf dem flachen Lande, weil der Verkehr zwischen Stadt und Land auch Gefahren habe. An der Peripherie der Stadt seien die Aerzteverhältnisse geradezu trostlos. In seinem Bezirke müsse der Arzt um 7 Uhr früh wegfahren und komme abends 8 Uhr nachhause. Er solle auf den Kahlenberg, Cobenzl ꝛc. kommen, den Wagen habe man ihm genommen, wie solle er den Dienst versehen? Er bitte also, die Spitalsfrage und die Aerztefrage zu regeln.

Bgm. Dr. Weiskirchner bemerkt, er sei unmittelbar nach Ernennung des Gesundheitsministers zu diesem gegangen und habe gebeten, eine kommissionelle Besprechung zu veranstalten, an der die Vertreter der Gemeinde Wien teilnehmen. Bisher sei keine Antwort gekommen.

GR. Dr. Hein stimmt den Ausführungen des GR. v. Steiner zu. Es müsse auch gegen die Mißbräuche eingeschritten werden, die bei der Bewirtschaftungs-Zentrale für Medikamente bestehen, wonach Drogisten derartige Geschäfte machen können.

Bgm. Dr. Weiskirchner ersucht den Stadtphysikus, den Antrag wegen der Medikamente schriftlich vorzulegen. Er werde denselben der österreichischen und auch der deutschen Regierung zur Kenntnis bringen. Die weiteren Schritte der Gemeinde werden von den Beschlüssen des Landes-Sanitätsrates abhängen.

Der Bericht des Stadtphysikus Dr. Jahn wird von der Konferenz zur Kenntnis genommen.

Gasfragen.

Direktor Menzel berichtet sodann über die von der Regierung verfügte Aufhebung des Heizverbotes und führt aus, daß die Anlagen der städtischen Gaswerke durch mechanische und chemische Einflüsse stark abgenützt werden, so daß fortwährend Instandsetzungsarbeiten durchgeführt werden müßten. Alljährlich müßten aber außerdem umfangreiche Erneuerungen bei den Oefen, den Transportanlagen für Kohle und Koks usw. ausgeführt werden. Diese Arbeiten geschehen nach einem Plane, der Bedacht nimmt auf die Möglichkeit der rechtzeitigen Beschaffung des Materials und der Arbeiter und der selbstverständlich auch abhänge vom Gasbedarf, die diese Arbeiten nur im Sommer und Frühherbst gestattet. Es ist natürlich vorgesehen gewesen, daß zur Zeit der Aufhebung des Heizverbotes ein starkes Anschwellen des Gasbedarfes zu erwarten sei, daß die Gasabgabe um ungefähr 80.000 m³ von einem Tag auf den anderen steigen werde. Die Inbetriebnahme der erforderlichen Oefen sei auch für den 11. Oktober vorgesehen gewesen. Nun sei unerwartet ohne Fühlungnahme mit dem Gaswerke das allgemeine Heizverbot schon am Samstag den 5. Oktober mit Wirkung vom Montag an aufgehoben worden. Für die Heizung mit festen Brennstoffen sei die Sache natürlich einfach. Wer Kohle besitze, könne heizen, wer keine besitze, eben nicht. Wenn der Kohlenhändler keine Kohle habe, gebe er keine her. Anders sei es beim Gaswerk. Hier fragen die Gasofenbesitzer nicht, ob das nötige Gas vorhanden sei, sie machten einfach die Hähne auf und heizten plötzlich. Dadurch könnten außerordentliche Verlegenheiten für die Gaswerke entstehen, da sie höchstens eine Woche dem erhöhten Gasbedarfe gewachsen seien. Er habe den Herrn Bürgermeister auf diese Lage am 5. Oktober aufmerksam gemacht. Es sei zu befürchten gewesen, daß dem Gasbedarf nicht entsprochen werden könne, weil der Gasvorrat in 36 Stunden aufgezehrt sein würde. Wenn schon in den Behältern kein Gas sei, könne auch keines abgegeben werden, weil kein Druck in das Rohrnetz gegeben werden könne. Er habe vorgeschlagen, die Bevölkerung auf diese Lage aufmerksam zu machen und anzukündigen, daß möglicherweise mit der Sperrung der Gasabgabe durch einige Stunden des Tages vorgegangen werden müsse. Die Witterung aber habe sich derart geändert, daß nunmehr von dieser Maßnahme Abstand genommen werden könne. Der Gasverbrauch sei am Samstag verhältnismäßig gering gewesen, der gestrige Tag sei günstig verlaufen, das Wetter sei bedeutend wärmer geworden. Es sei für heute zu erwarten, daß die Steigerung des Bedarfes nicht 80.000, sondern nur 20- bis 30.000 m³ betragen werde, so daß durch forcierte Inbetriebsetzung der Oefen, die allerdings auch nicht ohne Gefahr sei, über die Schwierigkeiten hinweggekommen werde.

GR. Dr. Hein regt an, eine Beschwerde bei der Statthalterei einzubringen, daß derartige Maßnahmen nicht ohne Einvernehmen mit der Gemeinde erfolgen sollen.

Der Bürgermeister erklärt, er werde dies besorgen, denn es sei merkwürdig, immer, ohne die Gemeinde zu fragen, vorzugehen.

Direktor Menzel berichtet sodann über den Stand der Kohlenvorräte des städtischen Gaswerkes. Der Vorrat betrage zirka 56.000 t gegenüber 130.000 t im Vorjahre, also nicht einmal die Hälfte bei größerer Gasabgabe. Im Arbeitsministerium habe am 23. September eine Sitzung unter dem Vorsitz des Ministers stattgefunden, wobei der Minister feststellte, daß zu seinem großen Erstaunen die Zusage, die am 3. August 1918 hinsichtlich der Belieferung der städtischen Gaswerke vom Arbeisministerium gemacht, in keiner Weise eingehalten worden sei. Der Minister habe erklärt, wenn er von den Zentralen derart

unterstützt werde, werde er für seine Person die Konsequenzen ziehen müssen.

Ober-Bergrat v. Aggermann habe dann erklärt, daß nach einer tagszuvor abgehaltenen internen Besprechung die Kohlenbelieferung der städtischen Gaswerke als gesichert betrachtet werden könne, falls nicht wieder Arbeiterausstände im Revier entstehen und wenn die nötige Anzahl Wagen und Lokomotiven zur Abfuhr bereitgestellt werden würde. Der Kohlenversorgungs-Inspektor in Mährisch-Ostrau, der anwesend war, habe erklärt, daß er bisher nicht in der Lage war, die Kohle für die Gaswerke zu liefern, weil alle Schächte mit dringenden Anforderungen des Ministeriums überdeckt waren. Auf Grund der neuen Kohlenverteilung könne er die volle Aufbringung der Wiener Gaswerkskohle zusichern. Die Gaswerks-Direktion habe erklärt, daß, wenn die Kohlenbelieferung der Gaswerke wie bisher nur mit ungefähr 70 Prozent der zugesicherten Menge erfolge, die Gaswerke in der dritten Dezemberwoche betriebsunfähig seien. Wenn aber die volle Menge geliefert werde, käme sie über den Winter hinweg und würden im April ungefähr 40.000 t Vorrat haben. Das sei keinesfalls viel, weil der tägliche Bedarf im Winter 3000 t ist, 40.000 t also nur eine Störung von etwa 13 Tagen ausgleichen. Auf eine Anfrage des Ministers, ob die Staatsbahnverwaltung in der Lage sei, zu garantieren, daß die Kohle auch nach Wien geführt werde, habe der Vertreter der Nordbahn-Direktion erklärt, daß zwar mit Rücksicht auf die außerordentliche Wichtigkeit der Gasversorgung Wiens die Kohlenbelieferung des Gaswerkes erstrangig befördert werde, eine Garantie aber mit Rücksicht auf den außerordentlichen Lokomotivmangel nicht gegeben werden könne.

Auf die Frage des GR. Dr. Hein, wie die Belieferung in den letzten Tagen gewesen sei, erklärt Direktor Menzel, daß das Gaswerk im September einen Rückstand von 39·9 Prozent gehabt habe. Im August sei die Minderlieferung 28·5 Prozent gewesen. Es sei also nach der Sitzung im Ministerium schlechter geworden. Vom 23. September bis gestern sei die Minderlieferung noch immer 29·4 Prozent. Der Herr Bürgermeister habe in den letzten Tagen sowohl an den Arbeits- wie an den Eisenbahnminister Eingaben wegen der Kohlenversorgung der Gaswerke gerichtet.

GR. Dr. Hein regt an, im Anschluß daran sich wieder an das Eisenbahnministerium zu wenden und zu sagen, daß nach der Sitzung sich die Verhältnisse eher verschlechtert haben und daß dies zu einer Katastrophe führen könne. Es sollte durch einen Beschluß festgestellt werden, die Gemeindeverwaltung bedauere, daß sich die Situation nach der Sitzung trotz der Zusagen verschlechtert habe.

Bgm. Dr. Weiskirchner stellt fest, daß die Gemeinde in der Frage der Kohlenversorgung der Gaswerke in allen vier Kriegsjahren unermüdlich ihre warnende Stimme erhoben habe.

GR. Reumann bemerkt, daß Schritte bei Minister Homann nicht viel nützen werden. Minister Homann gebe sich alle Mühe, das Gaswerk und Elektrizitätswerk mit Kohle zu versorgen, aber die eigentümlichen Verhältnisse, die eingetreten seien, ließen alle Bemühungen scheitern. Erst vor 3 bis 4 Tagen sei wieder der Zuschub von Mährisch-Ostrau abgesperrt worden. Alle Bemühungen des Ministers reichten nicht aus, eine regelmäßige Zufuhr zu erreichen und wenn die Obmänner zu ihm gehen, werde er nur zusagen, daß er sich alle Mühe geben werde.

Tatsache sei, daß die Förderung zurückgegangen ist. Das sei aber nicht eine Erscheinung, die in Oesterreich allein bestehe, sondern überall, wo Kohle produziert werde, in Frankreich, England und Belgien, und es sei merkwürdig, daß sie auch dort eingetreten sei, wo es möglich war, den Stand der Arbeiterzahl aufrecht zu erhalten. Das sei auch ganz natürlich zu erklären. Es sei allgemein die Arbeitsfreudigkeit nicht mehr so wie früher vorhanden. Es brächten das die äußeren Verhältnisse mit sich. Außerdem zeige sich bei uns, daß die Leute Feierschichten machten, um sich mit Lebensmitteln zu versorgen. Die Versorgung mit Lebensmitteln sei nach Ansicht des Ministers in Mähr.-Ostrau günstig durchgeführt, während sie im Braunkohlengebiet schlecht sei. Aber auch, wo sie günstig sei, werden die Leute nicht so versorgt wie im Frieden und auch die günstigere Versorgung reiche unter den gegebenen Verhältnissen lange nicht an die Versorgung, die im Frieden für jeden möglich gewesen sei. Wenn die Obmänner auch hundertmal zum Eisenbahnminister gehen, werde er doch den gegenwärtigen Verhältnissen machtlos gegenüberstehen. Die augenblicklichen Bedürfnisse, die eintreten, führten dahin, daß überhaupt ein bestimmtes Programm in Bezug auf die Kohlenversorgung heute unmöglich sei. Das Belieferungsprogramm sei schon 3 bis 4mal umgestaltet worden. Jetzt wird wieder ein neues Programm ausgearbeitet, ob es eingehalten werden könne, wisse man nicht. Die Munitionsbetriebe wurden nicht nur bloß mit 30 bis 40 Prozent beliefert, sondern die Belieferung wurde überhaupt zeitweise eingestellt. Die Obmänner können zum Minister gehen, aber ein Erfolg sei in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Er glaube auch, daß die Belieferung der Gaswerke wenig gesichert sei, obwohl alles mögliche getan wurde.

Bgm. Dr. Weiskirchner bemerkt, daß man bei 30 Prozent Ausfall berechnen könne, wann das Gaswerk fertig sei.

GR. Dr. v. Dorn erklärt sich damit einverstanden, daß man sich um die Sache bemühe, er sei aber der Meinung, daß bloße Zuschriften und persönliche Rücksprachen nicht genügen würden. Es wäre eine öffentliche Demonstration nötig, die durch den Gemeinderat erfolgen müßte.

GR. v. Steiner erklärt, daß er ein Gegner des vielen Antichambrierens sei, er halte es aber für gut, den Minister Homann zu fragen, welche Wirkung für die Kohlenbelieferung Wiens die gewährte Preissteigerung seitens Ungarn habe. Auch hätten die Bergarbeiter heute nicht dasselbe Interesse, zu fördern wie früher. Weiter ersuche er, auch zum Kriegsminister zu gehen. Man höre auch, daß die mangelhafte Belieferung Wiens darauf zurückzuführen sei, daß zu wenig Wagen und Lokomotiven beigestellt würden. Vielleicht wäre es möglich, eine bestimmte Anzahl der Nordbahn zur Verfügung zu stellen. Die Soldateska nehme keine Rücksicht auf das Hinterland. Man müßte also energisch mit dem Kriegsminister reden.

GR. Reumann warnt davor, bezüglich der Bergarbeiter Forderungen zu stellen, weil gerade unter ihnen ohnehin eine furchtbare Erregung darüber herrscht, wie das Militär gegen sie vorgegangen ist. Die Bergarbeiter stehen heute auf dem Standpunkt, wenn im Bergwerk nichts zu tun ist, befassen sie sich mit dem Schleichhandel und verdienen dabei genau so viel wie im Bergwerk. Bgm. Dr. Weiskirchner erklärt, das

Resultat der Debatte sei, daß die Obmänner-Konferenz wieder einmal zu Exzellenz Homann gehe, den Ernst der Lage mit ihm bespreche und dabei kann auch die Anregung des GR. Steiner aufgenommen werden, welche Wirkungen die höheren Preise für Kohle nach Ungarn ausgelöst haben. Vom Resultat der Audienz werde auch die Berichterstattung an den Gemeinderat im Sinne des Antrages Dorn abhängen.

GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller bemerkt, daß Direktor Menzel gesagt habe, daß 3200 Tonnen täglich im Winter gebraucht werden, dagegen sollte die Gemeinde mit 2600 Tonnen täglich beliefert werden; das sei also zu wenig, nachdem der Vorrat nur 56.000 Tonnen betrage.

Direktor Menzel erwidert, daß im Winter immer eine Minderbelieferung gegenüber dem Verbrauch sei. Die 3200 Tonnen würden auch nicht jeden Tag gebraucht, sondern nur zeitweilig. Bei der Sitzung im Arbeitsministerium sei vom Kohlenversorgungsinspektor auch der Vorschlag gemacht worden, das Gaswerk möge einen Vertreter zu ihm entsenden, der als ständiges Ueberwachungsorgan fungieren solle. Auch Budapest habe einen solchen Vertreter dort. Er habe diesen Vorschlag abgelehnt in der Erwägung, daß er nur gemacht wurde, um eventuell die Verantwortung abzulehnen, wenn die Kohle nicht aufgebraucht werde. Der Vertreter der Gemeinde würde dann selbst sagen, es sei alles getan worden, aber es hätte leider nichts erreicht werden können. Ein Vertreter der Gemeinde könnte auch dort nichts machen.

Der Bericht des Gaswerks-Direktors wird zur Kenntnis genommen.

Mag.-R. Hartl berichtet hierauf über die

Erhöhung der Kriegszuwendungen an die städtischen Angestellten.

Beamten, Arbeiter und Lehrer und führt aus, daß von den gesamten Wünschen der Beamtenschaft, die sich im wesentlichen mit denen der Staatsangestellten decken, bereits zwei durch Gemeinderats-Beschlüsse erledigt worden seien, die Beschaffung von Lebensmitteln, allerdings mit den durch die Verhältnisse gebotenen Einschränkungen und die Gewährung eines einmaligen Anschaffungsbeitrages statt im November schon Ende September. Es erübrige nunmehr die Erledigung der anderen Wünsche. Diese habe verschoben werden müssen, bis der Staat dazu Stellung genommen habe, weil die Gemeinde mit Rücksicht auf die Wechselwirkung bei derartigen Maßnahmen keine andere Regelung vornehmen konnte als der Staat. Unter diesen Wünschen stehe in erster Linie die Erhöhung der fortlaufenden Kriegszulagen. Die Erhöhung habe der Staat um durchschnittlich 30 Prozent vom 1. Oktober 1918 an vorgenommen. Dasselbe Ausmaß solle auch bei der Gemeinde in Anwendung kommen, und zwar nach denselben Grundsätzen, die bisher galten, so daß die den Gemeindeangestellten nach Zahlung der Steuern übrigbleibenden Nettobezüge den Barzulagen der Staatsbeamten gleichkommen, deren Steuern bekanntlich der Staat zur Zahlung übernommen habe. Die prozentuelle Steigerung sei nicht in allen Klassen gleich, weil die Angestellten nicht mehr in fünf Familienstandsklassen, sondern in deren acht eingeteilt werden, und zwar für je ein Familenmitglied mehr eine Klasse höher, während früher je zwei in eine Klasse gefallen sind. Dadurch ergebe sich natürlich eine verschiedene Steigerung. Dazu komme die Erhöhung der Zulagen zu den Ruhegenüssen im selben Ausmaße wie beim Staate, das sei um ein Drittel. Die Lehrer nehmen diesmal eine Sonderstellung ein, weil nach dem Gesetze vom 28. August 1918 der Staat den Ländern und jenen autonomen Organen, die die Lehrer bezahlen, 50 Prozent der Teuerungszulagen ersetze, wenn sie nach bestimmten Voraussetzungen und in gewissem Ausmaß gegeben werden würden. Dieses Ausmaß sei gesetzlich fixiert, es sei bedeutend geringer als die bisherigen Zuwendungen an die Lehrer nach dem Beamtenschema. Bekanntlich erhielten die Wiener Lehrer seit jeher dieselben Zulagen, welche die in Rangsklassen eingeteilten Beamten bekamen. Es sei auch entschieden ein Fehler der staatlichen Vorlage, daß die Lehrer in kleinen Gemeinden dieselben Zulagen erhielten wie die der Großstadt. Praktische Konsequenzen würden sich nach dem Gesetze für die nicht eingerückten Lehrer nicht ergeben. Trotzdem müssen die Zulagen gemäß dem Gesetze beschlossen und bemessen werden, damit der Gemeinde vom Staate die 50 Prozent ersetzt werden. Wirksam werde das neue Gesetz werden für die eingerückten Lehrer, da sie ebenso behandelt werden wie die eingerückten Staatsbeamten. Die Behandlung der Eingerückten sei für die Gemeinde sehr schwierig. Bisher seien die Eingerückten anders behandelt worden als beim Staate. Sie hätten bei der Gemeinde eine fortlaufende Zulage nicht bekommen. Wenn nun die Gemeinde ihren Angestellten fortlaufende Kriegszulagen gebe, so laufe sie Gefahr, diese Zulage nicht den Angestellten zu geben, sondern dem Staate. Die fortschreitende Teuerung bringe es auch mit sich, daß auch schon Beamte und Lehrer, nicht nur Arbeiter den Unterhaltsbeitrag bekommen, und zwar deshalb, weil sie keine fortlaufenden Kriegszulagen bezogen. Würde nun die Gemeinde den Eingerückten solche Zulagen geben, so wäre die Folge, daß der Staat den Unterhaltsbeitrag einstelle.

Die Gemeinde müßte also dem Staate Millionen bezahlen. Eine weitere Folge wäre aber auch eine Verkürzung der Angestellten, denn der Unterhaltsbeitrag sei in manchen Klassen höher als die Kriegszulagen der Gemeinde, weil der Staat für jedes Kind 730 K mehr gebe, die Gemeinde aber nur 300 bis 400 K. Man habe den Ausweg einschlagen wollen, den Unterhaltsbeitrag eventuell in die Kriegszulage einzurechnen, das gehe aber nicht, weil dann kein Angestellter mehr den Unterhaltsbeitrag beziehen, sondern ihn einfach zurücklegen würde, damit sich die Frauen nicht zweimal im Monat um das anstellen müßten, was sie ohnehin von der Gemeinde mit dem Gehalts- oder Lohnbezug erhalten würden. Infolgedessen hätte man die Besserstellung der Eingerückten dadurch zu erreichen geglaubt, daß der Anschaffungsbeitrag, der bisher den Eingerückten nur insofern gegeben worden sei, als sie nicht Gagisten seien und nicht den Unterhaltsbeitrag bezögen, jetzt wie im Dezember vorigen Jahres allen Eingerückten gegeben werde, unter der Voraussetzung, daß sie überhaupt einen Fortbezug an Gehalt oder Lohn haben. Den Fortbezug hätten aber alle, die vor ihrer Einrückung wenigstens ein Jahr im Gemeindedienste gestanden waren und verheiratet seien, bei den Unternehmungen auch diejenigen, die eine Mutter oder Geschwister zu erhalten hätten. Praktisch werde also auch diese Forderung erfüllt. Die Mehrleistung der Gemeinde würde 1½ Millionen betragen. Jetzt koste der Anschaffungsbeitrag 11 Millionen, dann werde er 12½ Millionen kosten. Er solle vor Weihnachten gegeben werden. Bei den Lehrpersonen werde selbstverständlich, entsprechend der gesetzlichen Anordnung alles, was

sie an Kriegszulagen und Anschaffungsbeiträgen während des Jahres von der Gemeinde bewilligt erhalten hätten, in die Kriegszulage, die ihnen auf Grund des Gesetzes zukomme, eingerechnet werden. Anderseits werde in den Bestimmungen ausdrücklich betont, daß sie die Mehrzuwendung, die sie als Beamte erhielten, behalten könnten. Da die gesetzliche Zulage nur für 1918 festgesetzt sei, werde bestimmt, daß die Lehrer auch später bis auf weiteres dieselben Zulagen wie die Beamten erhalten könnten. Eine weitere Forderung sei die Einrechnung eines Teiles der Kriegszulagen in die Pension. Diesbezüglich liege beim Staate bereits ein vom Kaiser genehmigter Ministerrats-Beschluß vor, der die Einrechnung von 50 Prozent der dem letzten Aktivitätsbezuge entsprechenden Kriegszulage der ersten Familienstandsklasse in die Pension verfüge jedoch mit der Beschränkung, daß diese 50 prozentige Sonderzulage, vermehrt um die normale Zulage zu den Pensionsbezügen, die obige Aktivitätskriegszulage nicht übersteigen dürfe. Diese Maßnahme solle auch bei den städtischen Angestellten durchgeführt werden. Ein weiterer Wunsch sei die erhöhte Anrechnung der Kriegsjahre. Der Staat werde die Anrechnung 1½ fach durchführen. Die Angelegenheit sei allerdings noch nicht im Ministerrat erledigt, aber die Vorlage gehe dahin, daß zu jedem Kalenderjahr, in dem der Betreffende während des Krieges drei Monate gedient habe, ein halbes Jahr zugerechnet werde. Das sei also bezüglich des Jahres 1914 besser als die 1½ fache Anrechnung. Auch diese Regelung solle bei der Gemeinde analog durchgeführt werden. Es sei allerdings möglich, daß sich in der morgigen Sitzung des Sub-Komitees des Staatsangestellten-Ausschusses eine wesentliche Abänderung ergebe. Der Staatsangestellten-Ausschuß habe in der letzten Sitzung erklärt, er wünsche, daß seine Beschlüsse vom Juli genau durchgeführt werden würden. Infolgedessen sei es möglich, daß infolge der Beschlüsse des Staatsangestellten-Ausschusses eine Aenderung der Vorlage erfolgen muß. Das finanzielle Mehrerfordernis für die Erhöhung der fortlaufenden Zulagen und die Anschaffungsbeiträge würde für das laufende Verwaltungsjahr, also bis 30. Juni 1919 rund 50 Millionen betragen. Im Verwaltungsjahr 1919/20 würde es 100 Millionen ausmachen, weil für 1918/19 noch ein Rest von 30 Millionen des 80-Millionen-Anlehens vorhanden gewesen sei, der für 1919/20 nicht mehr zur Verfügung stehe, und außerdem die Kassenbestände nicht mehr zur Deckung herangezogen werden könnten, da sie budgetmäßig bis Ende dieses Verwaltungsjahres aufgebraucht wären. Es ergebe sich also bis Ende Juni 1920 ein Mehrerfordernis von 150 Millionen. Selbstverständlich werde dieses Erfordernis durch normale Einnahmen nicht gedeckt werden können. Es bleibe also nur der Weg, ein Anlehen aufzunehmen. Durch dieses sollen aber auch die 80 Millionen, die voriges Jahr aufgenommen worden seien, refundiert werden. Denn dieser Betrag sei auf Grund der Anlehensermächtigung von 1914 aufgenommen und vorschußweise für Kriegsausgaben verwendet worden. Es ergäbe sich also ein Betrag von rund 250 Millionen, der durch ein Anlehen aufzubringen wäre. Was die gesetzlichen Anlehensermächtigungen betreffe, so stehe von der aus dem Jahre 1908 noch ein Rest von über 50 Millionen und von der aus dem Jahre 1914 ein solcher von 70 Millionen zur Verfügung.

Sie können also schon wegen ihrer Unzulänglichkeit zu einem Anlehen in der obigen Höhe nicht herangezogen werden. Außerdem müßten diese Reste für die Investitionszwecke belassen werden, für welche die Ermächtigung gegeben worden sei. Es müßte also für das neue Anlehen eine spezielle Ermächtigung beschafft werden. Diese dürfte wohl kaum auf verfassungsrechtliche Bedenken stoßen. Schließlich müsse die Gemeinde ihre dringendsten Ausgaben bestreiten und ihre Beamten bezahlen, auch wenn der Landtag nicht versammelt sei. Es wird also beantragt, für ein Anlehen von 250 Millionen Kronen die Ermächtigung durch Landes-Ausschuß-Beschluß und kaiserliche Sanktion zu erwirken.

Bgm. Dr. Weiskirchner erklärt zusammenfassend, daß nächsten Donnerstag die Vorlage, betreffend die neuerlichen Zuwendungen, im Stadtrate behandelt und voraussichtlich in acht Tagen auch im Gemeinderate beschlossen werden würden. Ferner ersuche er um die Ermächtigung, im Sinne des Magistratsantrages einerseits mit den Banken und anderseits mit der Regierung Fühlung zu nehmen wegen Begebung eines Anlehens von 250 Millionen.

Streik bei der Straßenbahn.

Bgm. Dr. Weiskirchner teilt weiters mit, er habe heute vormittags die Nachricht erhalten, daß die Hauptwerkstätte der Straßenbahn in Streik getreten sei. Bemerkenswerterweise hätten die Streikenden sich weder an die Direktion noch an ihn gewendet, sondern seien einfach fortgegangen. Der Streik habe sich dann auch auf eine Reihe anderer Werkstätten ausgedehnt, so daß dermalen 1865 Arbeiter streiken, darunter 400 Soldaten. Es sei vor einiger Zeit von verschiedenen Arbeiterkategorien, auch von der sozialdemokratischen Gruppe, unter Führung des Abgeordneten Forstner, ein Memorandum überreicht worden, in welchem ausdrücklich der 15. Oktober als Termin angegeben war, bis zu welchem die Erledigung verlangt wird. Die heutige Beratung zeigt, daß er daran sei, um diesen nur von einzelnen Gruppen gestellten Termin einzuhalten. Er sei noch nicht informiert, aus welchen Motiven jetzt plötzlich der Streik ausgebrochen sei. Er könne sich nur denken, daß dies in Verbindung mit dem Friedensgedanken stehe und der Sorge, ob nicht der Kriegsschluß und der Eintritt der Friedenszeit gewisse Reduzierungen in den Bezügen der Arbeiter zur Folge haben werde. Er erkläre seinerseits, wenn die Arbeiter in den Streik treten, ohne sich an ihn zu wenden, daß er mit streikenden Arbeitern nicht verhandle. Sie sollen zuerst die Arbeit aufnehmen, dann sei er bereit, sie zu empfangen. Die 400 Soldaten werde er einfach dem Stationskommando zur Verfügung stellen.

GR. Reumann bemerkt, er sei einverstanden, daß gleichzeitig mit der Durchführung der neuen Zuwendungen auch die Anlehenfrage erledigt werde und daß dem Bürgermeister die Ermächtigung gegeben werde, die nötigen Verhandlungen mit den Bankinstituten zu pflegen. Schließlich müsse bei so hohen Ausgaben auch die Deckung gefunden werden, wenn auch in Form eines Anlehens. Jedenfalls müsse anläßlich der neuen Zuwendungen auch die Finanzlage der Gemeinde der Oeffentlichkeit demonstriert werden, indem man zeige, daß dies aus den eigenen Einkünften nicht bestritten werden könne, sondern nur durch ein Anlehen. Was die Arbeiter betreffe, so wisse er nicht, welche Beweggründe die Leute in den Streik getrieben hätten. Es sei aber auch dem Bürgermeister nicht unbekannt, daß gegenwärtig ein eigentümlicher Zug durch die Arbeiterschaft gehe, der auch der Ausdruck des Unmutes über die verschiedenen Schwierigkeiten sei, mit denen gerade jetzt die Arbeiter zu kämpfen hätten.

GR. Skaret, der mittlerweile telephonische Erkundigungen eingezogen hat, bemerkt, daß die Arbeiter unwillig seien, weil ihr Memorandum nicht erledigt werde.

GR. Neumann bemerkt, man dürfe nicht vergessen, unter welch furchtbaren Umständen die Leute leben. Im großen und ganzen sei das doch nicht gedeckt, was sie zum Leben brauchen. Die Leute seien gegenwärtig in derart mißlichen Verhältnissen, daß solche Ausbrüche eigentlich begreiflich erscheinen würden. Er zweifle übrigens nicht, daß die Leute, wenn man ihnen sage, es werde gerade verhandelt, sich zufrieden geben und die Arbeit aufnehmen würden. Kollege Skaret werde mit den Leuten sprechen, vielleicht sei es möglich, sie zu bewegen, daß sie die Arbeit aufnehmen.

Der Bürgermeister bemerkt, er wolle bekanntgeben was die Arbeiter der Gemeinde Wien täglich verdienen. Bei den dauernd beschäftigten Facharbeitern verdienen ledige junge Burschen täglich 14 K 22 h, die ältesten verheirateten 27 K 98 h. Dauernd beschäftigte Hilfsarbeiter verdienen die jüngsten ledigen 12 K 69 h, die ältesten verheirateten 21 K 74 h. Bei den Kriegsaushelfern Facharbeiter die jüngsten ledigen 13 K 50 h, die ältesten verheirateten 22 K 30 h. Von den Hilfsarbeitern die jüngsten ledigen 11 K 98 h, die ältesten verheirateten 20 K 77 h. Von den Kriegshilfsarbeiterinnen die jüngsten 10 K 44 h, die ältesten 16 K 57 h. Jetzt werden alle diese Bezüge neuerlich namhaft erhöht. Das Mehr mache für die Straßenbahn heuer 5 Millionen aus. Man könne nicht sagen, daß die Gemeindevertretung sich den Arbeitern gegenüber ablehnend verhalte. Dabei müsse er sagen, es solle dies kein Vorwurf sein, die Arbeitsleistung sei eigentlich nicht im Verhältnis zu diesen Bezügen. Man komme auch mit der Instandsetzung der Wagen nicht so vorwärts, daß man heute schon den Vorschlag auf Aufhebung der Reduzierungen machen könnte. Wenn die Hauptwerkstätte auch nur eine Woche streike, sei der Rückschlag für den ganzen Betrieb derart, daß man nicht wisse, ob man im Winter noch auf einen Stand der Wagen komme, um den Verkehr weiter besorgen zu können.

GR. Skaret, der sich neuerlich telephonisch erkundigt hat, teilt mit, er habe nichts Neues erfahren, nur das eine, man habe aus dem Rathaus gehört, daß beabsichtigt sei, allen 30 Prozent Zulage zu geben; damit seien die Leute nicht einverstanden, sie wollen, daß über die einzelnen Punkte ihrer Forderungen verhandelt werde. Jetzt seien sie ganz wild, sie seien ganz einfach weggegangen und hätten andere Betriebe mitgerissen. Er könne jetzt nur Eines bewerkstelligen, es sollen die Vertrauensmänner heute abends zusammenkommen. Es sei aber erkärt worden, es sei technisch unmöglich, die Leute zu veranlassen, bis Morgen Früh die Arbeit aufzunehmen, weil eine Verständigung nicht mehr zu erzielen sei. Es bestehe aber die Absicht, für heute Abends so viele Vertrauensmänner als möglich einzuberufen, um mit ihnen die Sache zu besprechen, Was er erreichen werde, wisse er nicht. Die Leute seien sehr ungehalten, daß nicht über die einzelnen Punkte verhandelt, sondern nur von 30 Prozent gesprochen werde.

Bgm. Dr. Weiskirchner erwähnt, daß ja noch eine Reihe anderer Punkte dazu komme. Die eineinhalbfache Anrechnung der Dienstzeit, was für die Aelteren gewiß von Bedeutung sei, für die Jüngeren natürlich weniger. Dann der Anschaffungsbeitrag noch vor Weihnachten. Die ursprüngliche Forderung sei eine fünfzigprozentige Lohnerhöhung gewesen. Der Personaletat der Straßenbahnen sei 80 Millionen. 50 Prozent mehr bedeuten weitere 40 Millionen und dabei wäre nur eine Kategorie von städtischen Angestellten berücksichtigt. Das könne die Gemeinde nicht mehr leisten.

Abg. Forstner habe ihm mit rekommandiertem Brief das Memorandum eingeschickt. Er habe es sofort dem Dior. Spängler gegeben und heute habe Mag.-R. Dr. Hartl das Referat erstattet.

GR. Skaret teilt mit, daß er mit Dior. Spängler auch gesprochen und ihn auf die Bewegung aufmerksam gemacht habe. Jetzt glauben die Leute, sie sollen nur 30 Prozent bekommen und sonst nichts.

Bgm. Dr. Weiskirchner bemerkt, er könne nur darauf hinweisen, daß die Sache termingemäß erledigt werde, und müsse sagen, das sei doch ein Schritt, der unmöglich vom Arbeitgeber gebilligt werden könne.

GR. v. Steiner sagt namens des Bürgerklubs, daß dieser für die Vorlage des Referenten stimmen werde. Er begrüße es auch, daß gleichzeitig für die Bedeckung gesorgt werde. Zweitens glaube er, mit Rücksicht auf die Mitteilung, daß die Leute deshalb in Streik getreten seien, damit die Forderungen ihres Memorandums bis 15. Oktober erledigt werden, daß der Herr Bürgermeister bei seinem Standpunkt beharrren und, wenn der Streik andauert, der Oeffentlichkeit mitteilen solle, welche Löhne bis jetzt bezahlt wurden, und wie die neuen Zuwendungen seien.

Die Bevölkerung solle urteilen, ob der Streik gerechtfertigt sei oder nicht.

VB. Rain betont, daß auch beim Staate nur eine 30prozentige Erhöhung beschlossen worden sei. Die Gemeindeverwaltung habe aber weiters, und das müsse den Arbeitern bekannt sein, sich mit der Besorgung von Lebensmitteln eingehend beschäftigt, was eine der Hauptforderungen gewesen wäre. Es werde auch vergessen, daß für die Pensionisten gewaltige Opfer gebracht werden und daß der Anschaffungsbeitrag früher gegeben werde. Die Bevölkerung werde wohl nicht begreifen, daß gerade jetzt ein Streik ausbricht. Wenn die Vertrauensmänner dem Arbeitgeber erklären, bis zum 15. sei der Termin, so müsse doch auch Gelegenheit gegeben sein, daß der Arbeitgeber die Sache sich zurechtlegt und ruhig und sachlich darüber beratet. Hätte die Gemeinde den Termin nicht eingehalten, so könnte man mit Recht sagen, die Gemeinde habe etwas verabsäumt, und deshalb seien die Leute so erbost. Das sei aber nicht der Fall, und darum bitte er, daß die Herren wirklich auf die Leute einwirken. Die Notlage der Arbeiterschaft sei ja bekannt, die Löhne sehen hoch aus, aber ein Kilo Mehl koste im Schleichhandel schon über 20 K. Den Leuten würden auch die Kriegsjahre höher berechnet, es kämen jedem Einzelnen zwei Jahre zugute. Auch das sei eine schwere Belastung für den Pensionsetat, die in die Millionen gehe. Die Leute sagen, 30 Prozent seien zu wenig. Sie müßten aber selbst überzeugt sein, daß das nicht das einzige sei. Bei der Gemeinde veranschlagten die Leute immer nur den nackten Lohn, ohne alle Nebenbezüge, und dadurch kämen sie natürlich zu bedeutend niedrigeren Bezügen als in der Industrie. Sie sagten nicht, was sie sonst noch bekämen. Es sei also entschieden besser, wenn die Bevölkerung wisse, was sie eigentlich erhalten. Bei der Gemeinde seien die Leute auch pensionsberechtigt.

Bgm. Dr Weiskirchner richtet an die Vertreter der sozialdemokratischen Partei die Frage, ob er damit rechnen dürfe, daß er bis morgen Nachricht bekomme.

GR. Skaret erwidert, daß diese vielleicht noch heute erfolgen werde.

StR. Dr. Hein erklärt, daß er selbstverständlich für die Anträge sei und fragt an, welche Forderungen sonst noch im Memorandum seien.

Bgm. Dr. Weiskirchner erwidert, daß eine 50 prozentige Lohnerhöhung und doppelte Anrechnung der Kriegszeit gefordert werde.

StR. Dr. Hein bemerkt, daß 30 Prozent und die einhalbfache Einrechnung bewilligt werde. Man sollte also den Leuten klarmachen, daß es ganz unrichtig sei, daß sie nur 30 Prozent bekämen.

Bgm. Dr. Weiskirchner sagt, daß die Leute bis Donnerstag warten sollten. Vorläufig liege nur ein Antrag vor. Wenn er einstimmig angenommen werde, habe er die Gewähr, daß ihn auch der Gemeinderat akzeptieren werde.

Auf die Frage des Bürgermeisters, wie sich die Obmänner-Konferenz zu den Verhandlungen verhalte, erklärt GR. Dr. Hein, daß er jedenfalls für Verhandlungen sei.

Bgm. Dr. Weiskirchner stellt zusammenfassend fest, daß bezüglich der jetzigen Vorlage Einstimmigkeit herrsche und diese somit dem Stadtrat und Gemeinderat vorgelegt werde. Zweitens werde er von sämtlichen Parteien ermächtigt, wegen eines Anlehens in der Höhe von 250 Millionen mit den Banken und der Regierung in Verhandlungen zu treten.

GR. v. Steiner teilt mit, er sei der Meinung, daß der auf der Tagesordnung der nächsten Gemeinderats-Sitzung stehende Antrag des Stadtrates, welcher die Errichtung einer Propaganda-Abteilung durch die Regierung begrüßt, vertagt werden solle, da es nicht opportun sei, die Sache jetzt im Gemeinderate zu besprechen.

Die Obmänner-Konferenz stimmt diesem Vorschlage zu.

Bgm. Dr. Weiskirchner teilt mit, er habe den Magistrat beauftragt, einen umfassenden Bericht über alle Approvisionierungsfragen dem Gemeinderate vorzulegen. Es müsse im Gemeinderate eine Ernährungs-Debatte abgeführt werden, damit stimme auch der Antrag Dr. Hein und Hohensinner überein, der allerdings nur einen Teil der Approvisionierungsfragen betreffe.

Mag.-R. Dr. Roßkopf berichtet über den

Stand der Ernährungsfragen.

In Angelegenheit der Mehlversorgung teilt er mit, daß die Aufbringung in Niederösterreich ziemlich glatt gewesen, aber leider die Versorgung Wiens allein auf Niederösterreich eingestellt sei. Natürlich sei zu befürchten, daß vielleicht schon in den nächsten Wochen eine Stockung eintrete, weil die Landwirte mit den Anbauarbeiten beschäftigt seien, und Ungarn sich noch nicht dazu verstanden habe, das Kontingent Edelgetreide, Mehl und Mais zur Verfügung zu stellen. Bekanntlich habe Ungarn im Vorjahre schleppend geliefert. Heuer sei die Abstellung eines bestimmten Quantums noch nicht erfolgt, dagegen werde seit vier Wochen ununterbrochen zwischen der österreichischen und ungarischen Regierung auf der Basis verhandelt, daß für alle Arten Lebensmittel, auch für Mehl, das Ungarn liefert, Kompensationen seitens Oesterreich geboten werden, und es sei sehr zu befürchten, daß Ungarn, wie in letzter Zeit verlautet, selbst für Mais, der ursprünglich kompensationslos geliefert wurde, auch eine Kompensation verlangen werde. Die Aussichten für die Mehlversorgung seien ungünstig. Niederösterreich werde voraussichtlich in vier bis sechs Wochen ausgeschöpft sein und Wien werde auf Ungarn, das Ausland oder die anderen Kronländer angewiesen sein. In Böhmen sei die Ernte und auch die Aufbringung günstig. Dagegen sei es dem Ernährungsminister noch nicht gelungen, von der böhmischen Statthalterei auch nur einen Waggon Getreide für Wien zu bekommen. In Mähren sei die Ernte etwas ungünstiger, weil teilweise Beschädigungen während des Anbaues stattgefunden haben, und infolgedessen sei aus Mähren nichts zu erwarten. Die politischen Verhältnisse der letzten Tage brächten es mit sich, daß auch auf die Ukraine und Rumänien nicht mehr zu rechnen sei, das habe der Ministerpräsident vor einigen Tagen im Abgeordnetenhause erklärt. Es bleibe daher für unsere Versorgung nur Ungarn übrig, und es müsse die Gemeinde darauf bestehen, daß, wie wiederholt betont wurde, auch seitens Ungarns ein bestimmtes Kontingent an Oesterreich, zumindesten ein Teil für Wien geliefert werde. Er möchte einschalten, daß Wien auch das Mehl für Kochzwecke zum großen Teil von Ungarn beziehe, daß aber Ungarn über 3000 Waggons, die nach dem Kontingent geliefert werden sollten, noch nicht abgegeben habe.

Was die Zuckerversorgung betreffe, so sei bekanntlich vor einigen Tagen eine Regierungs-Verordnung erschienen, welche verfüge, daß einerseits in nächster Zeit nur Rohzucker ausgegeben werde, anderseits der Zuckerpreis erhöht werde. Die Rübenernte sei sehr günstig. Im Vorjahre seien es 29·5 Millionen Meterzentner gewesen, heuer seien es 50 bis 60 Millionen, also ungefähr das Doppelte. Außerdem seien durch Verträge mit der Ukraine bedeutende Quantitäten sichergestellt worden. Die Ukraine sei verpflichtet, wenn die Getreidelieferung nicht erfolge, einen Ersatz in Zucker zu liefern. Insofern wären eigentlich die Voraussetzungen für die Zuckerversorgung günstig. Leider fehle es an Kohle. Trotzdem seit dem Frühjahr ununterbrochen von allen Faktoren verlangt worden sei, daß die Belieferung mit Kohle rechtzeitig erfolge, stehe man heute vor der Tatsache, daß nur ein kleiner Teil der Zuckerfabriken, und diese nur für einige Wochen, mit Kohle versorgt seien, die Raffinerien dagegen derzeit und auch für die nächste Zeit nicht beliefert werden könnten. Die Folge sei, daß in Hinkunft nur die Erzeugung von Rohzucker möglich sei, die von Weißzucker überhaupt nicht. Aber noch eine andere Folge sei die, daß ein großer Teil der Rüben nicht verarbeitet werden könne und infolgedessen die Notwendigkeit einträte, diese Rüben in anderer Form dem menschlichen Genusse zuzuführen. In dieser Beziehung werde in den Anträgen verlangt, daß die Rüben durch rechtzeitige, ordnungsmäßige Konservierung für Speisezwecke aufbewahrt werden.

Bgm. Dr. Weiskirchner erklärt, daß er darauf den größten Wert lege, weil er eine Katastrophe bei den Kartoffeln fürchte.

Mag.-Rat Dr. Roßkopf bemerkt fortfahrend, daß sich aber aus dieser Tatsache noch andere viel unangenehmere Folgen ergeben. Wiewohl den landwirtschaftlichen Produzenten der Uebernahmspreis von 6 auf 12 K erhöht worden sei, rechnet die Regierung damit, daß ein großer Teil der Rüben

nicht übernommen werden könne. Die Frage der Entschädigung der Landwirte liege nun der Regierung sehr am Herzen, anderseits würden aber auch die Raffineriebetriebe nicht in Tätigkeit gesetzt werden können und sollten daher auch diese für den Ausfall entschädigt werden. Die Regierung sei nun der Meinung, daß diese Entschädigung nur in der Weise stattfinden könne, daß der Zuckerpreis wesentlich erhöht und auf diese Weise ein Garantiefonds geschaffen werde, welcher 20 K per Meterzentner betrage und im Einvernehmen zwischen dem Finanzministerium und dem Ernährungsamt auf die zu entschädigenden Rübenproduzenten und Raffinerien aufgeteilt werden solle. Die Preissteigerung sei enorm. Während bisher der Preis für Rohzucker 120 K war, solle er jetzt auf 226 K erhöht werden, der Preis für Weißzucker, der bisher 130 K war, auf 240 K, also um 80 Prozent. Der Detailpreis für Weißzucker sei noch nicht bestimmt, ebensowenig der für Rohzucker, es sei aber anzunehmen, daß der Preis für Rohzucker, der bisher 153 bis 157 K betragen habe, auf 298 K erhöht werde, also auch hier eine Steigerung um 90 Prozent, die sehr übel angebracht sei, weil gleichzeitig bei der gleichen Quote von $^3/_4$ Kilogramm der minderwertige Rohzucker ausgegeben werde, der nicht nur weniger Süßstoff enthalte, sondern auch viel schlechter aufbewahrt werden könne. In dieser Beziehung gehe der Antrag des Stadtrates dahin, daß die Regierung aufgefordert werde, rechtzeitig die Beistellung von Kohle an die Raffinerien zu ermöglichen und daß die Gemeinde gegen die Preiserhöhung protestiere, umsomehr als sie einseitig bloß die Verbraucher belaste, einzig zur Schaffung eines Garantiefonds für die Rübenproduzenten und Raffinerien. Was die Verhältnisse im Oktober betreffe, so habe Sektionschef v. Löwenfeld-Ruß im Abgeordnetenhause angekündigt, daß schwere Stockungen in der Zuckerversorgung eintreten werden. Ueber diese Störungen werde die Gemeinde Wien hinwegkommen, allerdings nur, weil sie über einen gewissen Vorrat verfüge, der dann natürlich aufgebraucht werde. Und selbst wenn die Regierung ihr Versprechen, diesen Vorrat zu ersetzen, einhalte, werde der Weißzucker, der im Oktober abgegeben werde, nur durch Rohzucker ersetzt werden können.

Die Fettversorgung sei auch sehr ungünstig. Die Gemeinde sei nur unter den größten Schwierigkeiten imstande, die Kopfquote von 4 Dekagramm auszugeben, wozu für die Mindestbemittelten noch 5 Dekagramm für 14 Tage kämen. Der Wochenbedarf mit Ausschluß der Kriegsindustrie sei derzeit 12 Waggons. Durch die Versorgung der Kriegsindustrie und eines Teiles der Provinz, wo allerdings nur ganz kleine Quantitäten, etwa 1 Dekagramm abgegeben werden, erhöhe sich der Bedarf noch wesentlich über 12 Waggons. Aus der Ukraine sei überhaupt nichts zu erwarten, aus Rumänien auch nichts. Ungarn sei verpflichtet, Schweine zu liefern, liefere aber nur die bereits seit längerer Zeit zwischen dem österreichischen Ackerbauministerium und der ungarischen Regierung abgeschlossenen Schweine. Auch diese gingen zu Ende. Man höre, daß Verhandlungen über einen neuen Vertrag schweben, genaues sei darüber nicht bekannt. Für die weitere Versorgung würden ausschließlich die nordischen Staaten in Betracht kommen, hier sei aber ein beinahe vollständiger Stillstand eingetreten. Die „Oezeg" verfügt über einen Wocheneinlauf von $1^1/_2$ bis 2 Waggons. Durch die Ansammlung desselben gelinge es alle 8 bis 10 Wochen eine Butterwoche einzuschalten. Im übrigen sei man vollkommen auf Margarine angewiesen. Hier seien aber bedeutende Schwierigkeiten bei der Herstellung. Erstens seien die Oelsaaten, die geeignet seien, zum großen Teile aufgebracht, es seien auch die Oelpressereien nicht mehr in der Lage, den Bedarf der Fabriken zu befriedigen, weil auch sie Kohlenmangel hätten. Ebensowenig seien die Betriebe, die sich mit der Herstellung von Margarine befassen, mit Kohle versorgt, so daß sich auch hier schon in den nächsten Tagen Schwierigkeiten ergeben werden.

Was das Rindfleisch betreffe, so sei die Rayonierung durchgeführt und es sei möglich gewesen, in den letzten zwei Wochen die ganz unzulängliche Wochenquote von 20 Dekagramm abzugeben, jedoch nur unter teilweiser Heranziehung der Reserven, und wenn die Zuschübe nächste Woche nicht günstiger werden, würden alle Reserven aufgebraucht sein. Die Schwierigkeiten seien darauf zurückzuführen, daß die Kronländer ihr Kontingent nicht vollständig liefern, zum Teil auch auf die bedeutenden Heereslieferungen, und daß Ungarn zwar jetzt noch sein Kontingent von 9000 Rindern abstelle, aber minderwertige Tiere und infolgedessen die Fleischausbeute gering sei. Dabei sei für die nächsten Wochen auch zu befürchten, daß Ungarn, nachdem eine Vertragsbindung bezüglich der Rindfleischlieferung nicht bestehe, neuerlich Schwierigkeiten machen werde.

Die Kartoffelversorgung befindet sich in einem Uebergangsstadium. Durch die neue Verordnung, welche die Belieferung der Einzelhaushaltungen ermögliche, werde eine gewisse Erleichterung gegeben. Die Gemeinde besitze jedoch nicht die kleinste Reserve, welche es ermöglichen würde, die Kartoffelabgabe in allen Bezirken durchzuführen. Er erwähne, daß entsprechend den Verhältnissen in Deutschland seitens der Gemeinde verlangt werden müsse, daß mindestens eine Dreikilogrammquote gesichert werde, weil wahrscheinlich im Winter alle übrigen Lebensmittel mangeln werden.

Mag.-R. Dr. **Roßkopf** bespricht hierauf die einzelnen Anträge des Stadtrates und führt aus, daß die Absätze 1, 2 und 3 der wiederholt in der Obmänner-Konferenz und im Stadtrate besprochenen Anträge wegen Sicherstellung einer entsprechenden Reserve an Edelgetreide, restlose Erfassung der Inlandsernte, rechtzeitiger Sicherstellung der Zuschübe aus Ungarn und dem Ausland betreffen. Viertens werde die Regierung aufgefordert, reichlichere Kartoffelzuschübe zu veranlassen, so daß mindestens die Dreikilogrammquote per Kopf und Woche ausgegeben werden könne. Weiters werden entsprechende Maßnahmen verlangt, um die Beschickung der Obstmärkte, namentlich mit Spätobst, Aepfel 2c. durchzuführen. Die Gemeinde protestiere gegen die beabsichtigte Ausgabe von Rohzucker und die enorme Preissteigerung, sie verlange die Zuweisung von Kohle an die Raffinerien und gleichzeitig auch die Erhöhung der unzulänglichen Kopfquote an Zucker mindestens auf das alte Maß, weil der Rohzucker minderwertig sei. Die nicht zur Verwertung kommende Rübenmenge müsse entsprechend konserviert werden. Zur Sicherung eines minimalen Fleischquantums werde verlangt, daß die restliche Abstellung der Kontingente aus Oesterreich und Ungarn sichergestellt werde. Bezüglich Fett werde die Regierung aufgefordert, Verhandlungen mit Ungarn einzuleiten und Zuschübe aus den okkupierten Provinzen zu veranlassen, um die Aufrechterhaltung der ohnedies unzulänglichen Quote

von 4 Dekagramm zu ermöglichen. Der Schluß-Antrag sei, daß die Gemeinde diese Forderung der Regierung überreiche, auf ihre wiederholten, leider fruchtlosen Petitionen aufmerksam mache, weiters daß sie jede Verantwortung ablehne, wenn die Regierung sich abermals diesen unabweislichen Forderungen verschließe.

Die Obmänner-Konferenz nimmt den Magistratsbericht zur Kenntnis und stimmt dem Antrage des Stadtrates zu.

Mag.-R. Dr. Roßkopf berichtet hierauf über den Ankauf von Kühen und führt aus, daß die Milchversorgung bekanntlich in den letzten Monaten außerordentlich ungünstig gewesen sei. Die Milchmeier Wiens hätten im Frieden 15.000 Kühe, nach der Septemberzählung sei diese Zahl auf 1500 Stück gesunken. Die Gemeinde habe bekanntlich seit längerer Zeit eine Kuhhaltung auf verschiedenen Gütern in Niederösterreich eingerichtet und verfüge derzeit über 1030 melkende Kühe mit einer Tagesproduktion von 6300 l. Bei Abgabe von je $^1/_4$ l, wovon aber ein großer Teil den Spitälern zukomme, könnten etwa 25.000 Portionen abgegeben werden. Während die Milchmeier früher in der Lage gewesen seien, im Laufe des Frühherbstes ihren Kuhbestand zu regenerieren, gehe dies heute nicht. Melkkühe könnten ausschließlich aus Oberösterreich, Tirol und Vorarlberg bezogen werden, aber Tirol sei durch den Krieg bereits in Mitleidenschaft gezogen, so daß schon im Vorjahre die Abgabe von Melkkühen nicht gestattet worden sei. Die Gemeinde sei im Vorjahre lediglich in der Lage gewesen, 73 Rinder aus Vorarlberg zu beziehen.

Die Obmänner-Konferenz nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Nachweisung

der eingegangenen Spenden und der hievon bestrittenen Einnahmen und Ausgaben bis 2. Oktober 1918.

Empfang	Betrag K	Betrag h	Ausgabe	Betrag K	Betrag h
Beihilfen vom Kriegshilfsbureau des k. k. Ministeriums des Innern . . . Bargeld .	2,105.000	—	Fortlaufende Unterstützungen	3,265.571	50
Wertpapiere in Nennwerte von .	50.000	—	Einmalige Unterstützungen	2,249.981	90
Spenden ohne besonderen Widmungszweck Bargeld .	[1]) 6,329.568	55	Auslagen für die Ausspeisung Bedürftiger .	27,877.015	55
Spenden für Ausspeisungszwecke: a) Freitischablösungsbeträge, gesammelt von Exzellenz Gräfin Anka Bienerth-Schmerling	[2]) 3,446.091	55	Auslagen für die Näh- und Strickstuben der Frauen-Hilfsaktion	3,051.416	97
b) Abfuhren des Komitees des „Schwarz-gelben Kreuz" . . . . . Bargeld .	[3]) 1,367.222	80	Beiträge an Fürsorgestellen, Bargeld . . .	1,138.916	88
Wertpapiere im Nennwerte von .	80.000	—	Wertpapiere im Nennwerte von .	50.000	—
c) Sonstige . . . . . Bargeld .	[4]) 1,632.973	69	Auslagen für Porto, Drucksorten u. dgl. .	109.174	55
in Wertpapieren .	—	—	Verläge gegen Verrechnung	49.303	93
Spenden für die Aktion: „Warmes Frühstück für Schulkinder" . . . . . Bargeld .	[5]) 569.868	31			
Spenden für allgemeine und Ausspeisungszwecke durch Exzellenz Frau Berta Weiskirchner als Vorsitzende der Frauen-Hilfsaktion .	[6]) 5,899.254	27			
Zinsen der Wertpapiere	304.646	61			
Beitrag aus Staatsmitteln zu den Kosten der öffentlichen Ausspeisung	9,161.244	51			
Vergütung für in den Nähstuben der Frauen-Hilfsaktion geleistete Arbeiten	2,894.425	19			
Summe: Bargeld .	33 709 695	48	Summe: Bargeld .	37,741.381	28
Wertpapiere im Nennwerte von .	130 000	—	Wertpapieren im Nennwerte von .	50.000	—
Ab die Ausgaben, Bargeld .	37,741.381	28			
Wertpapiere im Nennwerte von .	50 000	—			
Daher Abgang .	*) 4,031.685	80	Anmerkung:		
verfügbar .	80.000	—	An laufenden Unterstützungen für 76 Personen sind derzeit bewilligt pro Monat . . . . . 2936 K 50 h		

Wien, am 2. Oktober 1918.

Weidinger m. p.,
Rechnungs-Ober-Revident.

[1]) Darunter als Erlös für abgegebene 357.160 K 60 h Nominale Wertpapiere 298.755 K 51 h
[2]) „ „ „ „ „ 22.276 „ — „ „ „ „ 18.391 „ 55 „
[3]) „ „ „ „ „ 252.000 „ — „ „ „ „ 227.140 „ 80 „
[4]) „ „ „ „ „ 83.733 „ 80 „ „ „ „ 77.008 „ 80 „
[5]) „ „ „ „ „ 400 „ — „ „ „ „ 314 „ — „
[6]) „ „ „ „ „ — „ — „ „ „ „ — „ — „
715.570 K 40 h 621.610 K 66 h.

*) Gedeckt zum Teile aus dem vom k. k. Finanzministerium erhaltenen Vorschusse von 1,000.000 K, mit dem Reste aus den eigenen Geldern der Gemeinde Wien.

Stand der Anmeldungen für den Unterhaltsbeitrag am 6. Oktober 1918.

Bezirk	Zahl der eingelangten Anmeldungen	Davon wurden vorgelegt der: Unterhalts-Kommission in Wien	Unterhalts-Kommission d. Heimatortes	Zentralstelle im Neuen Rathause	In Behandlung sind noch	Anmerkung giro.	Anmerkung a. a.
I.	3286	3016	—	4	24	242	—
II.	38406	36349	110	106	24	1817	—
III.	29016	27901	400	185	42	488	—
IV.	6828	6069	203	44	175	178	159
V.	24733	23702	25	Abt. XI: 111 20	248	627	—
VI.	9584	9553	—	—	31	—	—
VII.	9303	8972	—	90	43	198	—
VIII.	10306	8211	49	10	22	1796	218
IX.	18918	18336	—	—	33	549	—
X.	40228	39627	19	234	108	49	191
XI.	10672	10341	—	26	100	205	—
XII.	27572	26976	—	75	154	—	367
XIII.	28965	27300	—	510	35	1120	—
XIV.	28811	27960	—	122	42	687	—
XV.	17311	16752	—	54	28	477	—
XVI.	53714	52510	677	395	132	—	—
XVII.	32954	31964	162	149	174	380	125
XVIII.	14067	13919	5	30	7	106	—
XIX.	10483	10104	93	45	68	173	—
XX.	35140	34081	166	255	18	620	—
XXI.	17024	16329	102	166	123	304	—
Summe	467321	449972	2011	2631	1631	10016 + 1060 = 11076	

Kleinhandelspreise wichtiger Lebensmittel und Approvisionierungsartikel im Wiener Gemeindegebiete.

Artikel	Nähere Bezeichnung	Menge	Woche vom 30. September bis 6. Oktober 1917		25. Juli 1914		Woche vom 29. September bis 4. September 1918	
			Preise in Hellern					
			von	bis	von	bis	von	bis
Rindfleisch mit Zuwage	vorderes	1 kg	698	1280	160	220	720	1800
	hinteres	„	800	1460	180	260	840	2000
Schweinfleisch	abgezogenes	„	—	—	160	280	1500	1600
	junges	„	—	—	160	280	—	—
Pferdefleisch	vorderes	„	—	450	88	112	—	*) 450
	hinteres	„	—	560	96	120	—	*) 560
Kartoffel	runde	„	88	96	20	26	—	72
Zwiebel		„	156	246	32	40	180	284
Zucker		„	116	123	80	92	148	160

*) Handelspreise: Vorderes 12 bis 21 K.
Hinteres 14 bis 22 K.

Artikel		Nähere Bezeichnung	Menge	Woche vom 30. September bis 6. Oktober 1917		25. Juli 1914		Woche vom 29. September bis 4. Oktober 1918	
				Preise in Hellern					
				von	bis	von	bis	von	bis
Weizenmehl		Auszugmehl	1 kg	—	120	42	48	—	276
		Mundmehl	„	—	67	40	44	—	170
Brot		weißgemischt	„	—	57·1	27·8	42·7	—	—
		schwarzgemischt	„	—	57·1	25·5	39·7	—	124
Sauerkraut			„	—	—	—	—	—	—
Fisolen			„	—	—	36	40	—	—
Erbsen		ganz	„	—	—	32	48	—	—
		gespalten	„	—	—	48	64	—	—
Reis			„	—	—	42	82	—	—
Schweineschmalz			„	—	—	176	200	—	—
Speck geräuchert		ohne Paprika	„	—	—	154	200	—	—
Butter	inländische	Tee-	„	1280	1450	—	—	—	—
	ausländische		„	1409	1429	320	400	—	3080
		Koch-	„	—	—	220	300	—	—
Margarine			„	833	1200	160	200	833	1000
Eier		frische	1 Stück	34	48	7	10	60	113
		konservierte	„	—	—	—	—	—	—
Milch im Ausschanke		Voll-	1 l	56	64	26	32	104	112
		Mager-	„	—	—	20	26	—	—
Petroleum			„	—	50	26	36	—	78
Kohle		Stein-	50 kg	300	433	186	204	433	700
		Braun-	„	160	300	107	119	490	500

Ausweis über die Schlachtviehauftriebe auf dem Zentral-Viehmarkte St. Marx

am 4. Oktober 1918.

Schlachtviehauftrieb: 244 Stück Mastvieh, 42 Stück Beinlvieh, zusammen 286 Stück. Darunter befanden sich: 104 Stück Ochsen, 47 Stück Stiere, 114 Stück Kühe, 21 Stück Büffel zusammen 286 Stück.

Ferner langten aus dem Auslande für die Oesterreichische Zentral-Einkaufs-Gesellschaft ein: Schlachtviehauftrieb: — Stück Mastvieh, — Stück Beinlvieh, zusammen —. Darunter befanden sich: — Stück Ochsen, — Stück Stiere, — Stück Kühe, — Stück Büffel, zusammen —.

Außerdem langten für die Großschlächterei-Aktiengesellschaft für die Volksfürsorgeaktion ein: Schlachtviehauftrieb: — Stück Mastvieh, — Stück Beinlvieh, zusammen —. Darunter befanden sich: — Stück Ochsen, — Stück Stiere, — Stück Kühe, — Stück Büffel, zusammen —.

Schlachtviehauftrieb: 104 Stück Mastvieh, 57 Stück Beinlvieh, zusammen 161 Stück. Darunter befanden sich: 38 Stück Ochsen, 38 Stück Stiere, 85 Stück Kühe, zusammen 161 Stück.

Bericht über die Gesundheitsverhältnisse der Zivilbevölkerung Wiens

in der Zeit vom 17. September bis 6. Oktober 1918.

Während in normalen Zeiten der September und Oktober die Monate der niedrigsten Sterblichkeit sind, hat in diesem Jahre die Sterblichkeit anfangs nur unter dem Einfluß der Ruhr, später auch infolge immer größerer Ausbreitung der Grippe eine für die Jahreszeit ungewohnte Höhe erreicht. Dieselbe betrug mit Ausschluß der Ortsfremden und der Personen unbekannten Wohnortes auf 1000 Einwohner berechnet, in der 37. bis 39. Jahreswoche 14·4, 16·5 und 17·8 gegen 14·1, 15·9 und 15·2 im Vorjahre und 10·6, 11·9 und 12·1 im Jahre 1916 Insgesamt starben in den drei Berichtswochen 768, 865 und 975 Personen gegen 766, 827 und 808 im Vorjahre und 543, 603 und 626 im Jahre 1916. Von den einzelnen Todesursachen wären hervorzuheben: die Ruhr mit 36, 63 und 46 Todesfällen,

die Lungentuberkulose mit 128, 160 und 130 Todesfällen und die Lungenentzündung mit 75, 112 und 199 Fällen. In den letzteren Zahlen spiegelt sich die Ausbreitung und Schwere der in Wien herrschenden Grippe-Epidemie, welche Ende Juli mit 120 Todesfällen an Lungenentzündungen einen Höhepunkt erreicht hatte, um während des Augustes fast ganz zu verschwinden und um Mitte September wieder an Ausbreitung zu gewinnen. Das städtische Gesundheitsamt hat sofort die bei der eigenartigen Ausbreitungsweise der Krankheit durchführbar erscheinenden Maßregeln in Angriff genommen. Die städtischen Amtsärzte erhielten zunächst mündlich und sodann auch schriftlich Weisungen über das Vorgehen gegenüber dieser Krankheit. Im Einvernehmen mit den Schulbehörden wurden Revisionen jener Schulklassen, in welchen eine größere Zahl von Kindern krankheitshalber abwesend war, sowohl durch die Schulinspektoren als auch durch die Bezirksärzte veranlaßt, um so weit als nötig, sogleich die betreffenden Schulklassen für acht Tage zu sperren. In gleicher Weise wird auch bei den Mittelschulen, Privatschulen, gewerblichen Fortbildungsschulen und bei den Kindergärten vorgegangen. Im Verlaufe dieser Aktion kam es zu einer täglich steigenden Anzahl von Sperrungen, welche am Samstag den 5. Oktober bereits die Zahl von 1000 Volks- und Bürgerschulklassen-Sperrungen erreicht hatte. Da hiemit von den 5000 städtischen Volksschulklassen ein volles Fünftel ausfiel, hat der Herr Bürgermeister das städtische Gesundheitsamt beauftragt, die Sperrung sämtlicher Volks- und Bürgerschulen für acht Tage aus sanitären Gründen durchzuführen. Hiebei wurde die Schulausspeisung und die Beteilung mit einer Jause in den Horten im Hinblick auf die Ernährungsschwierigkeiten nicht aufgehoben; solche Kinder, welche offensichtlich mit Schnupfen und Husten behaftet sind und somit leicht zur Uebertragung der Krankheit Anlaß geben können, werden jedoch davon auszuschließen sein und behufs entsprechender Behandlung an die städtischen Aerzte (Armenärzte) gewiesen. Um über die Zahl der Erkrankungen und ihre Ausbreitung in den einzelnen Bezirken, nach Altersstufen und Bevölkerungsschichten, über Bildung von Krankheitsherden ꝛc. irgendwie verläßliche Angaben zu erhalten und auf Grund derselben sodann in sachlich begründeter und gerechtfertigter Weise die notwendigen Maßnahmen (Schulschließungen, Vermeidung von Ansammlungen von Menschen an Vergnügungsorten, Desinfektionen in besonders gefährdeten Wohnungen ꝛc.) zu treffen und rechtzeitig wieder aufheben zu können, hat das Gesundheitsamt bei der n.-ö. Statthalterei die Einführung der Anzeigepflicht für die Dauer des gehäuften Auftretens beauftragt. — Von großer Bedeutung erschien insbesondere auch die Unterbringung der an schwerer Grippe Erkrankten in Spitalspflege. Da der normale Spitalsbelag in Wien für die Unterbringung der zahlreichen, an schwereren Formen von Grippe Erkrankten offenbar nicht ausreicht, hat der Herr Bürgermeister am 2. Oktober 1918 genehmigt, in das städtische Notspital in Meidling, welches für zirka 140 Personen vollkommen eingerichtet ist, zum Zwecke der Verpflegung von an Grippe Erkrankten verwendet und sobald die Verhandlungen mit der n.-ö. Statthalterei betreffs der Uebernahme des Betriebes beendet sind, belegt werde. Weiters hat der Herr Bürgermeister Verhandlungen mit dem Apotheker-Hauptgremium angeordnet, um die wichtigsten, zur Behandlung der Grippe erforderlichen Medikamente in den Wiener Apotheken sicherzustellen.

Für den 7. Oktober ist eine Sitzung des niederösterreichischen Landes-Sanitätsrates und für einen der nächsten Tage eine Sitzung des Obersten Sanitätsrates zu gleichem Zwecke einberufen, sodaß mit Sicherheit zu erwarten ist, daß alle nach dem Stande der Wissenschaft und Forschung möglichen Vorbeugungsmaßnahmen durchgeführt werden.

Nach den Mitteilungen der praktischen und Amtsärzte ist ohne Zweifel die Zahl der an Grippe Erkrankten eine sehr große, doch verlaufen bei weitem die meisten Fälle günstig. Zum Tode führende Komplikationen sind insbesondere: bösartige Formen von Lungenentzündung und heftige Entzündungen der Luftröhre und des Kehlkopfes. In der letzten Septemberwoche sind, wie schon anfangs erwähnt, 199 Personen an Lungenentzündungen gestorben, darunter 65 Soldaten, sodas 134 Zivil-todesfälle übrigbleiben, gegen etwa 50 in normalen Verhältnissen. Ueber die laufende Woche, das ist vom 29. September bis 5. Oktober 1918, liegen noch keine abgeschlossenen Zahlen vor. Eine Durchsicht der Totenbeschaubefunde hat 254 Todesfälle an Lungenentzündungen und Influenza ergeben, sodaß der nächste Ausweis eine weitere Steigerung der Todesfälle bringen wird. Zum näheren Verständnis der ausgewiesenen Ziffern seien im Folgenden die entsprechenden Zahlen aus der letzten großen Grippe-Epidemie in Wien angeführt. Sie hat vom Anfang Dezember 1889 bis etwa Mitte Jänner 1890, also annähernd sieben Wochen geherrscht. Damals hatte Wien 800.000 Einwohner und es starben an entzündlichen Krankheiten der Atmungsorgane in der 49. bis 2. Jahreswoche 68, 73, 86, 180, 218 und 160 Personen, an Lungentuberkulose 71, 103, 122, 132, 143 und 129 Personen. Derzeit hat Wien 2.300.000 Einwohner, also fast das Dreifache. Es starben an Lungenentzündungen, an sonstigen Krankheiten der Atmungsorgane und der Influenza zusammen seit anfangs September wöchentlich 71, 98, 145 und 260 Personen, an Lungentuberkulose 120, 128, 160 und 138 Personen. Die Zahl der Todesfälle ist daher bisher verhältnismäßig klein, viel niedriger als bei der letzten Epidemie. Bezüglich der Schulschließungen sei erwähnt, daß damals die Weihnachtsferien bis zum 6. Jänner verlängert wurden. — Das die Gerüchte, die Todesfälle seien auf die Lungenpest zurückzuführen, grundlos sind, dürfte wohl hinlänglich bekannt sein.

Im übrigen war der Stand der Infektionskrankheiten ein relativ niedriger, von den hochvirulenten Krankheiten, Blattern, Fleckthypus und Cholera ist die Stadt frei geblieben.

Der Bürgermeister:
Dr. Weiskirchner m. p.

Für den Bürgerklub:
v. Steiner m. p.

Für den Verband der freiheitlich-bürgerlichen Partei:
Dr. Hein m. p.

Für die sozialdemokratische Partei:
Reumann m. p.

Der Schriftführer:
v. Radler m. p.,
Magistrats-Ober-Kommissär.

Stadtrat.

Bericht

über die Sitzung vom 27. Dezember 1918.

Vorsitzende: Die VB. Hoß, Rain und Neumann.

Anwesende: Bgm. Dr. Weiskirchner und die StR. Angermayer, Breuer, David, Dechant, Emmerling, Dr. Haas, Dr. Hein, Heindl, Hötzel, Hohensinner, Jung, Dr. Kienböck, Knoll, Körber, Melcher, Müller, Richter, Schmid, Schneider, Schwer, Siegel, Spalowsky, Vaugoin, Weber, Weigl und Winter.

Beigezogen: Ob.Mag.-R. Dr. Müller, Mag.-R. Dr. Fastenbauer und die Direktoren Ing. Karel und Ing. Spängler und Ober-Inspektor Günther.

StR. Hellmann und Tomola entschuldigt.

Schriftführer: Mag.Sekretär v. Radler.

VB. Rain eröffnet die Sitzung.

Berichterstatter StR. Dr. Haas:

(P. Z. 12819, Ges. A.) Dem nicht ärztlichen männlichen Sanitätspersonale in den Stationen wird mit Rücksicht auf die noch immer andauernden schlechten sänitären Verhältnisse und die damit verbundene Mehrleistung und Gesundheitsgefährdung eine tägliche Zulage von 10 K, den Stationsleitern und Führern von 20 K, dem weiblichen Personale der Stationen und der Absonderungsstelle sowie dem Sanitätspersonale in den Bezirken eine Zulage von 8 K für jeden tatsächlichen, im Dienste zugebrachten Tag, rückwirkend vom 16. November 1918 an vorläufig bis Ende Jänner 1919 gewährt. Das städtische Gesundheitsamt wird angewiesen zu diesem Zeitpunkte neuerlich über die allfällige Notwendigkeit einer entsprechend zu vermindernden und weniger schematischen Zulage zu berichten. Zur Bedeckung der Ausgaben wird zur Ausgabs-Rubrik XXXII 11 1/2 ein Zuschußkredit in der Höhe von 300.000 K bewilligt.

(P. Z. 12769, M. Bau-A. VI e, 3851.) Für die Instandsetzung des schadhaften Deckenverputzes, sowie für die Vornahme von Weißungsarbeiten an den Wänden der Hauptküche im Wiener Versorgungsheim im 13. Bezirke wird ein Betrag von 14.698 K genehmigt.

Die Durchführung der Baumeisterarbeiten wird der Firma Guido Gröger auf Grund ihres Anbotes vom 3. Dezember 1918 übertragen.

(P. Z. 12597, G. A., 26252.) Zu städtischen Bezirksärzten 1. Klasse werden ernannt die städtischen Ober-Aerzte:

Dr. Hans Weidner mit dem Range vom 30. Dezember 1914;

Dr. Richard Fellner mit dem Range vom 18. Juni 1915;

Dr. Alexander Jehle mit dem Range vom 19. Jänner 1917;

Dr. Rudolf Kübler mit dem Range vom 15. März 1917;

Dr. Eduard Fiedler mit dem Range vom 28. April 1917 und

Dr. Eduard Titze mit dem Range vom 26. August 1918.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Berichterstatter StR. Dechant:

(P. Z. 12760, M. A. X, 7957.) Der Marie Dopfer wird das eigene Grab Gruppe 2, Nr. 42 im Heiligenstädter Friedhofe um die Gebühr von 500 K auf Friedhofsdauer überlassen.

(P. Z. 12768, M. A. XXII, 2396.) Den Mitgliedern der Bezirksvertretung Währing Karl Binowetz, Klemens Endlicher, Johann Horak, Johann Seisl, Alois Auinger, Wenzel Guth und Franz Schwarzinger wird das Diplom für mehr als zehnjährige verdienstvolle Ausübung des Ehrenamtes eines Bezirksrates verliehen.

Berichterstatter StR. Angermayer:

(P. Z. 12252, M. D., 7407.) Dem städtischen Kanzlei-Direktions-Adjunkten Kamillo Krisianowsky wird auf die Dauer seiner Bestellung als städtischer Gefangenhaus-Inspektor an Stelle seiner bisherigen Diensteszulage eine solche in der Höhe von 120 K monatlich gewährt. Zur Deckung des sich hieraus im laufenden Verwaltungsjahre ergebenden Mehrerfordernisses von 287 K 50 h wird zur Ausgabs-Rubrik XIX 2 a ein Zuschußkredit in der Höhe dieses Erfordernisses bewilligt. (An den Gemeinderat.)

Berichterstatter StR. Heindl:

(P. Z. 12773, M. B. A. I, 29611.) Dem Kriegsinvaliden Alois Debeljak wird ein Kastanienbraterstand in der Lothringerstraße gegenüber dem Hause Or.-Nr. 7 im 1. Bezirke für den Winter 1918/19 verliehen.

Berichterstatter StR. Knoll:

(P. Z. 12817, M. B. A. VII, 2390.) Auf der Straßenrampe zur Kaiser Franz Josef-Brücke im Zuge der Floridsdorfer Hauptstraße im 21. Bezirke sind 15 neue halb- und 7 neue ganznächtige Hängelichtdoppelflammen aufzustellen. Die dortselbst vorhandenen 4 halb- und 6 ganznächtigen Auergasflammen sind zu entfernen. Die den städtischen Gaswerken auflaufenden Herstellungskosten von 4200 K und jährlichen Betriebskosten von 1450 K werden genehmigt.

Berichterstatter StR. Dr. Kienböck:

(P. Z. 12742, M. A. I, 2566.) Zur Klarstellung der Eigentumsverhältnisse der Gemeinde Wien an der im Hause 9., Liechtensteinstraße 23, angebrachten Erinnerungstafel des Hofburgschauspielers Josef Lewinsky wird die vom Hauseigentümer auszufertigende Erklärung genehmigt, in welcher das Eigentumsrecht der Gemeinde Wien anerkannt und die Verpflichtung zu dessen Duldung und zur Vornahme der Instandsetzungsarbeiten übernommen wird.

(P. Z. 12750, M. A. III, 3212.) Der Bericht über die Zwangsversteigerung der Liegenschaft Einl.-Z. 19 Fünfhaus wird zur Kenntnis genommen.

(P. Z. 12796 bis 12798.) Leichenkostenbeiträge werden zuerkannt:

Dem Franz Scheithauer, Vater des verstorbenen Kanzleibeamten der städtischen Gaswerke Franz Scheithauer, 525 K,

dem Johann Dichtl, Bruder des verstorbenen Laternenwärters Anton Dichtl, 120 K

und der Augustine Kobliczek, Tochter der verstorbenen Reinigungsfrau der städtischen Gaswerke Marie Ligmaier, 367 K 78 h.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 12794, St. G. W., 3927.) Der minderjährigen Tochter nach dem verstorbenen Laternenwärter Wilhelm Grohmann wird ein Erziehungsbeitrag (Waisenpension) im Jahresbetrage von 169 K 99 h und ein einmaliger Krankheits- und Leichenkostenbeitrag in der Höhe von 242 K 23 h zuerkannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Folgenden Witwen nach Angestellten der städtischen Gaswerke werden zuerkannt:

(P. Z. 12799, St. G. W., 3919) der Witwe nach dem Gasmesserwärter Eduard Korntner die normalmäßige Witwenpension im Jahresbetrage von 608 K 61 h und ein Krankheits- und Leichenkostenbeitrag von 456 K 46 h;

(P. Z. 12800, St. G. W., 3986) der Witwe nach dem Kanzleidiener Cyprian Strycek die normalmäßige Witwenpension im Jahresbetrage von 1160 K und ein Krankheits- und Leichenkostenbeitrag im Betrage von 525 K;

(P. Z. 12801, St. G. W., 3994) der Witwe nach dem Laternenwärter Rudolf Tuma die normalmäßige Witwenpension im Jahresbetrage von 566 K 62 h und ein Krankheits- und Leichenkostenbeitrag von 424 K 97 h;

(P. Z. 12802, St. G. W., 3808) der Witwe nach dem Kesselheizer Franz Brabetz die normalmäßige Witwenpension im Jahresbetrage von 917 K 71 h und ein Krankheits- und Leichenkostenbeitrag von 688 K 29 h;

(P. Z. 12803, St. G. W., 3706) der Witwe nach dem Magazinsgehilfen Leopold Schiefer die normalmäßige Witwenpension im Jahresbetrage von 693 K 82 h, ein Erziehungsbeitrag von 138 K 76 h jährlich für ihr Kind Rosa und ein Krankheits- und Leichenkostenbeitrag von 520 K 36 h;

(P. Z. 12804, St. G. W., 3840) der Witwe nach dem Laternenwärter Karl Wickenhauser die normalmäßige Witwenpension im Jahresbetrage von 541 K 28 h, Erziehungsbeiträge von je 108 K 24 h jährlich für die Kinder Elisabeth, Johann, Karl, Willibald und Anton sowie ein Krankheits- und Leichenkostenbeitrag von 451 K 4 h;

(P. Z. 12805, St. G. W., 4188) der Witwe nach dem Rechnungsbeamten Max Hybler die normalmäßige Witwenpension im Jahresbetrage von 1933 K 33 h, ein Erziehungsbeitrag von jährlich 386 K 67 h für ihr Kind Elisabeth und ein Krankheits- und Leichenkostenbeitrag im Betrage von 800 K;

(P. Z. 12806, St. G. W., 3958) der Witwe nach dem Lokomotivführer Franz Byskocil eine Abfertigung im Betrage von 2528 K 93 h und ein Krankheits- und Leichenkostenbeitrag von 632 K 23 h;

(P. Z. 12807, St. G. W., 4288) der Witwe nach dem Monteur Ferdinand Burian eine Abfertigung im Betrage von 2029 K 28 h und ein Krankheits- und Leichenkostenbeitrag im Betrage von 507 K 32 h;

(P. Z. 12808, St. G. W., 4320) der Witwe nach dem Laternenwärter Franz Bischof eine Abfertigung im Betrage von 1699 K 86 h und ein Krankheits- und Leichenkostenbeitrag im Betrage von 424 K 97 h. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Folgende Angestellte der städtischen Gaswerke werden über ihr Ansuchen in den bleibenden Ruhestand versetzt:

(P. Z. 12809, St. G. W., 3888) der Beleuchtungsaufseher Georg Koller mit einem Ruhegenuß von 1532 K 37 h jährlich;

(P. Z. 12810, St. G. W., 4644) der Hilfsarbeiter Johann Prazma mit einem Ruhegenuß von 1196 K 37 h jährlich;

(P. Z. 12811, St. G. W., 2360) der quieszierte Laternenwärter Karl Cizek mit einem Ruhegenuß von 876 K jährlich;

(P. Z. 12812, St. G. W., 3852) der Laternenwärter Blasius Brecer mit einem Ruhegenuß von 1188 K 3 h jährlich;

(P. Z. 12813, St. G. W., 4084) der Heizer Vinzenz Tiefenböck mit einem Ruhegenuß von 1733 K 23 h jährlich;

(P. Z. 12814, St. G. W., 4590) der Heizer Josef Sebesta mit einem Ruhegenuß von 1733 K 23 h jährlich;

(P. Z. 12815, St. G. W., 4099) der Einsetzer Josef Dittrich mit einem Ruhegenuß von 1926 K 78 h jährlich;

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Berichterstatter StR. Emmerling:

(P. Z. 12653, W. A., 4567.) Der Firma Kainz vorm. Wallishausser wird in Abänderung des Stadtrats-Beschlusses vom 10. Oktober 1918, P. Z. 492, vom 1. Oktober angefangen bis auf weiteres eine Aufzahlung von 90 Prozent auf die zufolge Stadtrats-Beschlusses vom 15. Juli 1915, P. Z. 7422, genehmigten Preise für den Satz und Druck des Amtsblattes der Stadt Wien samt Beilagen und den damit verbundenen Nebenarbeiten bewilligt.

(P. Z. 12593, M. A. XI c, 1267.) Der Magistrat wird ermächtigt, dem Vereine von Kinderfreunden die Rückstände an Kanal- und Senkgrubenräumungsgebühren der Realität 19., Hartäckerstraße 26 im Betrage von 4023 K 90 h und Wassermehrverbrauchsgebühren per 420 K 2 h, zusammen 4425 K 92 h in Anrechnung zu bringen. Auf die nach Abschreibung der vorgenannten Gebührenrückstände zugunsten der Gemeinde Wien noch verbleibende Restforderung an den Verein von Kinderfreunden von 820 K 17 h wird seitens der Gemeinde Verzicht geleistet.

(P. Z. 12550, M. A. II, 8225.) Der Gartenarbeiterswitwe Anna Plocek wird eine Abfertigung von 766 K 50 h angewiesen.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Berichterstatter StR. Weber:

(P. Z. 12764, M. A. XV, 3220.) Der Heizarbeiterswitwe Franziska Berger wird der Fortbezug der Gnadengabe von jährlich 300 K bis einschließlich 31. Mai 1921, beziehungsweise bis zu einer allfällig früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt. (An den Gemeinderat.)

Berichterstatter StR. Winter:

(P. Z. 12781, Jugendamt, 152.) Der seitens des Feuerwehr-Kommandos zur Bewachung der Barackenanlagen in Oberhollabrunn bis auf weiteres zugewiesenen Mannschaft wird Bequartierung, freie Verpflegung und eine tägliche Zulage von 10 K per Mann bewilligt.

Berichterstatter VB. Neumann:

(P. Z. 12826, B. D., 4742.) Die Anbringung eines Gleitschutzes an den städtischen Lastkraftwagen nach Maßgabe des eintretenden Bedarfes, jedoch nur an höchstens 60 Wagen wird mit dem bedeckten Kostenbetrage von 45.000 K genehmigt. Das Stadtbauamt wird ermächtigt, wegen Durchführung dieser Arbeiten mit leistungsfähigen Firmen zu verhandeln und die Anbringung eines Gleitschutzes nach Maßgabe einlangender und entsprechender Anbote sofort zu bestellen.

Berichterstatter StR. Schmid:

(P. Z.) 12816, St. G. W., 4717.) Den Geldeinhebern der städtischen Gaswerke Franz Rath, Eduard Kleiber, Leo Köhler, Johann Opfolder, Gustav Heindl, Anton Langer, Franz Hanak, Karl Weiß, Anton Leidorf, Wilhelm Löw, Josef Babitzky wird eine für die Bemessung der Pension und der Kriegszulage nicht anrechenbare Personalzulage von 500 K jährlich,

den Geldeinhebern Johann Weißmann, Ludwig Kvasnicka, Josef Hofmann, Franz Prisner, Karl Vitale, Johann Benischek, Johann Buchner, Johann Machanek eine ebensolche Personalzulage von jährlich 400 K und

den (Exekutiv-)Geldeinhebern Jakob Polzer, Josef Scherbaum, Adolf Mayerhofer eine gleiche Personalzulage von jährlich 300 K vom Tage des Antrittes ihres Dienstes unter der Voraussetzung ihrer Verwendung als Geldeinheber bewilligt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 12795, St. G. W., 4455.) Dem Josef Hajicek, Vater des Heizers der städtischen Gaswerke Josef Hajicek, wird der einmalige Krankheits- und Leichenkostenbeitrag im Betrage von 611 K 38 h zuerkannt.

(P. Z. 12791, St. G. W., 4830.) Dem Chemiker des Gaswerkes Leopoldau Ing. Friedrich Knöttner wird unter Aufrechterhaltung des Dienstverhältnisses als Vertragsbeamter der Monatsbezug vom 1. Dezember 1918 auf 300 K erhöht.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Berichterstatter StR. Baugoin:

(P. Z. 12772, B. A. IX, 1838.) Der Magistrat wird ermächtigt, den am 31. Dezember 1918 ablaufenden Vertrag, betreffend Hauskehrichtabfuhr aus der Kaiser Franz Josef-Landwehrkaserne im 13. Bezirke, unter Erhöhung der jährlichen Vergütung auf 4500 K auf die Dauer eines Jahres, das ist bis 31. Dezember 1919 zu verlängern.

(P. Z. 12759, M. A. X, 9003.) Dem General-Direktor der Poldihütte A. Pazzani wird das eigene Grab Gruppe 5, Nummer 113 im Hietzinger Friedhofe um die Gebühr von 2250 K auf Friedhofsdauer überlassen.

(P. Z. 12755, M. A. X, 8947.) Dem städtischen Ober-Bezirksarzt Dr. Hugo Stoiber wird das heimgefallene eigene Grab Gruppe B 10, Nr. 25 des Ober-St. Veiter Friedhofes um die Gebühr von 480 K auf 15 Jahre überlassen.

(P. Z. 12754, M. A. VIII a, 1062.) An Stelle des erkrankten mit dem Forstschutzdienste im Ober-St. Veiter Gemeindewalde „Stock im Weg", Schutzbezirk 6, betrauten Hofjägers i. R. August Haas wird der Hofjäger Josef Braun bestellt; ihm ist vom Tage der Uebernahme des Aufsichtsdienstes die mit Stadtrats-Beschluß vom 11. April 1918, P. Z. 3541, genehmigte jährliche Remuneration von 45 K anzuweisen.

Berichterstatter VB. Neumann:

(P. Z. 12831, M. Bau-Abt. XIII a, 4795.) Für die Erhaltung und den Betrieb der städtischen Wasserleitungen in der Zeit vom 1. Jänner bis 30. Juni 1919 werden folgende Bauschkredite bewilligt: Für die Erhaltung des Rohrnetzes samt Schieber, Feuer-Spritz- und Straßenwechsel und der zugehörigen Baulichkeiten im Wiener Gemeindegebiete sowie für die Behebung von Gebrechen 60.000 K, für die Erhaltung und Auswechslung der Auslaufbrunnen 5000 K, für die Anschaffung und Erneuerung von Auslaufbrunnen sowie für den Betrieb des Leuchtbrunnens am Schwarzenbergplatz 11.000 K, für die Erhaltung des Schöpfwerkes beim städtischen Lagerhause im Prater 300 K, für die Erhaltung und den Betrieb der Albertinischen Wasserleitung 1000 K, für die Erhaltung und den Betrieb der übrigen öffentlichen Wasserleitungen 500 K, für die Erhaltung der Wientalwasserleitung 10.000 K.

Mit Ausnahme der letzten Post sind diese Bauschkredite im Hauptvoranschlage bedeckt.

Für Neuanschaffungen, Verbesserungen und Aenderungen, für die obige Bauschkredite keine Geltung haben, sind nach wie vor Einzelbewilligungen zu erteilen.

Auf jeder Rechnung, die auf obige Bauschkredite angewiesen wird, ist stets genau der Zweck und der Ort der Arbeit anzugeben.

Für den letzten Bauschkredit (Erhaltung der Wientalwasserleitung) von 10.000 K wird ein Zuschußkredit, und zwar der erste im laufenden Verwaltungsjahre, zur Ausgabs-Rubrik XXVI 8 d in der vollen Höhe von 10.000 K bewilligt.

(VB. Neumann übernimmt den Vorsitz.)

Berichterstatter VB. Rain:

(P. Z. 12850, B. A. X, 291, 292.) Auf Grund der bestehenden Bedingungen werden die Kanal- und Senkgrubenräumungsarbeiten in allen Bezirken für die Zeit vom 1. Jänner bis 30. Juni 1919 nach Maßgabe der Anbote und unter Berücksichtigung der durch die nachträglichen Verhandlungen festgelegten Abänderungen nachstehenden Unternehmungen übertragen:

Im 1., 3., 5. und 17. Bezirke dem Karl und Johann Scheidl zum Halbjahrespauschale, und zwar: für den 1. Bezirk von 149.300 K, für den 3. Bezirk von 271.300 K, für den 5. Bezirk von 74.100 K und für den 17. Bezirk von 82.000 K;

im 6., 7. und 8. Bezirke dem Heinrich Rohner zum Halbjahrespauschale, und zwar: für den 6. und 7. Bezirk von 70.400 K und für den 8. Bezirk von 330.000 K;

im 2. Bezirke dem Viktor Zaoral und Martin Bogner zum Halbjahrespauschale von 356.000 K;

im 4. Bezirke dem Martin Bogner zum Halbjahrespauschale von 36.400 K;

im 9. Bezirke der Elise Löffler zum Halbjahrespauschale von 194.600 K;

im 10. Bezirke der Marie Schürr zum Halbjahrespauschale von 150.000 K;

im 11. Bezirke dem Ferdinand Maural zum Halbjahrespauschale von 193.200 K;

im 12. Bezirke, Sektion 1 a, 1 b, 2, 3 und 5, dem Franz Täubler zum Halbjahrespauschale von 378.000 K;

im 12. Bezirke, Sektion 4, der Ottilie Steininger, verehelichte Traeger, zum Halbjahrespauschale von 44.300 K;

im 13. Bezirke, Sektion 1 und 2, dem Friedrich Mikl zum Halbjahrespauschale von 160.400 K;

im 13. Bezirke, Sektion 3, 4 und 5, dem Franz Magerl und Anton Käshofer zum Halbjahrespauschale von 158.700 K;

im 14. und 15. Bezirke der Barbara Gnapp zum Halbjahrespauschale von 185.300 K;

im 16. Bezirke der Josefine Gnapp zum Halbjahrespauschale von 186.500 K;

im 18. Bezirke dem Viktor Zaoral zum Halbjahrespauschale von 56.000 K;

im 19. Bezirke einschließlich der Räumung des Hauptsammelkanales samt Nebensammler daselbst der Käthe Fröhlich zum Halbjahrespauschale von 165.000 K;

im 20. Bezirke der Käthe Hottwagner zum Halbjahrespauschale von 150.500 K und

im 21. Bezirke dem F. Steininger zum Halbjahrespauschale von 9900 K.

Die Räumungsarbeiten in den Hauptsammelkanälen im 1., 3. und 9. Bezirke, im Schlammfang des Hauptsammelkanales, im Schottenringkanale nächst dem Franz Josefs-Kai im 1. Bezirke, im Weißgärbernebensammler im 3. Bezirke, im Alsbachkanale zwischen dem Donaukanale und der Einmündung des ehemaligen Währingerbachkanales im 9. Bezirke werden für die Zeit vom 1. Jänner bis 30. Juni 1919 der Elise Löffler gegen eine Entschädigung von 120 K für eine Fuhre von mindestens 1 m³ ausgehobener Sinkstoffe übertragen. Weiters werden dieser Unternehmerin die Räumungsarbeiten im linken Hauptsammelkanale im 2. Bezirke gegen eine Entschädigung von 220 K für eine Fuhre von mindestens 1 m³ ausgehobener Sinkstoffe und die Räumungsarbeiten im rechten Hauptsammelkanale an der Erdbergerlände von der Kübeckgasse abwärts und an der Simmeringerlände im 3. und 11. Bezirke, sowie der Regenausläße, Ueberfall- und Spülkammern zum Einheitspreise von 30 K für den Mann und die Nacht und 180 K für ein Pferdepaar und die Nacht übertragen.

Berichterstatter StR. Müller:

(P. Z. 12745, M. A. II, 9268.) Dem Vereine Gartenfreunde im 12. Bezirke wird wie im Vorjahre auch pro 1918 eine Subvention von 500 K bewilligt.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 12744, M. A. II, 9172.) Dem Kleintierzucht- und Schrebergärtenverein „Esparsette" wird wie im Vorjahre auch pro 1918 eine Subvention von 500 K bewilligt.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 12849, Bau-Abt. VI d, 2808.) Den Bediensteten des Theresienbades, des Kaiser Franz Josef-Bades und des Dampf-Wannen- und Brausebades im 21. Bezirke werden für das Betriebsjahr 1918 nach Maßgabe der vorgelegten Verzeichnisse Erkenntlichkeitsgaben im Gesamtbetrage von 6070 K bewilligt.

(P. Z. 12770, Bau-Abt. I, 780.) Dem Fuhrwerksbesitzer Johann Zirg werden für die Beistellung des Fuhrwerkes für die städtische Gartenverwaltung bis auf weiteres gegen jederzeitigen Widerruf nachstehende Preise mit Wirkung vom 1. Dezember 1918 bewilligt:

Für die ganztägige Beistellung eines Streif-, Möbel-, Patentmöbel-, Truhen-, Kohlen- oder Wasserwagens samt Kutscher 100 K.

Für die halbtägige Beistellung eines solchen Wagens samt Kutscher 60 K.

Für eine Düngerfuhr vom städtischen Depot 12., Tivoligasse nach Albern 70 K, nach Kagran 60 K, in den Reservegarten am Cobenzl 80 K, sonst innerhalb der Bezirke 1 bis 20 55 K.

Aus Billigkeitsgründen wird ihm auf die Verdienstsumme bezüglich der Leistungen vor dem 1. Dezember 1918 eine Aufzahlung von 15.000 K gewährt und diese Ausgabe auf die Position der Rubrk XXIV 1 h verwiesen.

(P. Z. 12749, M. A. III, 907.) Zum Zwecke weiterer Verhandlungen über das Anbot des Ferdinand Fischer, betreffend tauschweise Ueberlassung eines an die Liegenschaft 12., Wilhelmstraße 22, anschließenden städtischen Grundes, wird ein stadträtliches Komitee eingesetzt.

Berichterstatter VB. Rain:

(P. Z. 12838, St. Stellw. Unt., 788/2.) Zu dem mit Stadtrats-Beschluß vom 17. Dezember 1918, P. Z. 12394, für die Neujahrsgelder der Stellwagenangestellten genehmigten Betrage wird ein Ergänzungsbetrag von 5000 K, somit im ganzen die Summe von 26.000 K bewilligt.

(P. Z. 12751, M. A. III, 3233.) Zum Zwecke weiterer Verhandlungen über das Anbot der Wienerberger Ziegelfabriks- und Bau-Gesellschaft auf Verkauf einer Anzahl von Liegenschaften an der Laaerstraße im 10. Bezirke an die Gemeinde Wien wird ein stadträtliches Komitee eingesetzt.

(P. Z. 12784, St. Stellw. Unt., 1044.) Im Stande der städtischen Leichenbestattung werden befördert: Stallmeister Rudolf Wetzstein (Gehalt 3300 K, Quartiergeld 1200), Depotbeamter Josef Landgraf (Gehalt 2400 K, Quartiergeld 1200 K), Buchhaltungsbeamter Karl Löschl (Gehalt 2200 K, Quartiergeld 1000 K), Buchhaltungsbeamter Theodor Rieger (Gehalt 2400 K, Quartiergeld 1000 K), Beamter der Einlagen-Abteilung Hermann Reichelt (Gehalt 1800 K, Quartiergeld 1000 K).

Praktikant Hans Bieg wird zum Buchhaltungsbeamten mit dem Jahresgehalte von 1800 K und dem jährlichen Quartiergelde von 1000 K ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Berichterstatter StR. Spalowsky:

(P. Z. 12761, M. A. X, 9364.) Den von der Zentral-Friedhofsverwaltung in Vorschlag gebrachten Kanzleihilfskräften werden Weihnachtsgaben im Gesamtbetrage von 110 K zuerkannt.

(12747, 12748.) Dem Vereine der katholischen Arbeiterinnen wird, wie in den Vorjahren, eine Kokksspende pro 1918 im Ausmaße von 80 q und eine Subvention von 600 K bewilligt.

(An den Gemeinderat.)

Berichterstatter StR. Jung:

(P. Z. 12752, M. A. VIII, 2370.) Die vom Stadtbauamte beantragten Neujahrszuwendungen an verschiedene Personen, die dem Betriebe der I. und II. Kaiser Franz Josef-Hochquellenleitung Dienste geleistet haben, werden nach Maßgabe des im vorgelegten Bauamtsberichte enthaltenen Verzeichnisses im Gesamtbetrage von 1788 K genehmigt.

(P. Z. 11399, M. A. III, 2214.) Die Gemeinde Wien überläßt der Firma Julius Meinl zur Ergänzung ihres Baublockes zwischen der Heigerleinstraße und Seitenberggasse einerseits und der Effinger- und Spindeleggergasse anderseits den im Plane des Stadtbauamtes bezeichneten Teil der Kat.-Parz. 1743/7, ö. G. Ottakring, im ungefähren Ausmaße von 172·12 m² um die Bauschsumme von 9200 K unter den vom Magistrate vorgelegten Bedingungen. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 12757, M. A. X, 7914.) Die Grabstellgebühr für die eigenen Gräber in der Reihe 1 der Gruppe 18 bis 22 im Ot:a-

kringer Friedhofe wird bei Vergebung in laufender Reihe mit dem Betrage von 240 K auf 15 Jahre, beziehungsweise 600 K auf Friedhofsdauer, die Erneuerungsgebühr derzeit mit dem Betrage von 160 K bestimmt. Für Nichtzugewiesene wird allgemein die Grabstell- und die Erneuerungsgebühr für eigene Gräber mit dem Vierfachen der Gebühr für Zugewiesene festgesetzt.

Berichterstatter StR. Schwer:

(P. Z. 12766, M. A. IV, 3525, 4121.) Der der Gemeinde Wien durch die infolge eines Unfalles notwendig gewordene Schlachtung des Dienstpferdes „Eusebius" der städtischen Feuerwehr entstandene Schaden im Betrage von 7500 K wird wegen Uneinbringlichkeit abgeschrieben.

Berichterstatter StR. Schmid:

(P. Z. 12343, St. E. W., 3244.) Der Firma Gebrüder Gutmann wird die Lieferung von 24.000 t Ostrauer oder Petershofener Kleinkohle für das Jahr 1919 zu den Preisen und Bedingungen ihrer Offerte vom 8. November 1918,

der Firma Ed. J. Weinmann die Lieferung von 25.000 t nordwestböhmischer Braunkohle für das Jahr 1919 zu den Preisen und Bedingungen ihrer Offerte vom 5. November 1919,

der Oesterreichischen Länderbank die Lieferung von 42.000 t nordwestböhmischer Braunkohle für das Jahr 1919 zu den Preisen und Bedingungen ihrer Offerte vom 16. November 1918,

der Oesterreichischen Länderbank die Lieferung von jährlich 10.000 t oberschlesischer Hohenlohekohlen auf die Dauer von fünf Jahren ab 1. Jänner 1919 zu den Preisen und Bedingungen ihrer Offerte vom 13. November 1918 übertragen.

Die Kosten für diese Lieferungen sind im Betriebspräliminare der betreffenden Schlußjahre vorzusehen.

Bgm. Dr. Weiskirchner

berichtet über die durch die Kohlennot geschaffene Lage der dre großen städtischen Unternehmungen und stellt folgende Anträge:

Der Stadtrat nimmt die Verfügung des Staatsamtes für öffentliche Arbeiten bezüglich der Bewilligung von Theatervorstellungen am 29. und 31. Dezember 1918 und 1. Jänner 1919 zur Kenntnis, verwahrt sich jedoch dagegen, daß diese Verfügung ohne Anhörung der Gemeindevertretung erflossen ist. Unter der Voraussetzung, daß sich die Situation hinsichtlich der Kohlenanlieferung nicht verschlechtert, wird es dem Staatsamte anheimgestellt, den Theater- und Vergnügungsunternehmungen die Erlaubnis zu erteilen, am Sonntag, 5. und am Montag (Feiertag), 6. Jänner 1918 Vorstellungen unter den bekannten Einschränkungen abzuhalten.

Der Straßenbahnverkehr wird am Silvesterabend um 8 Uhr so wie an jedem anderen Tage beendet.

Das Staatsamt wird dringendst ersucht, entweder für eine Vermehrung der Kohlenanlieferung zu sorgen oder die Eingabe der Gemeinde vom 13. Dezember hinsichtlich der Sperr- und Sparmaßnahmen zu erledigen.

Der Bürgermeister wird ersucht, allwöchentlich einen amtlichen Bericht über die Anlieferung von Kohle zur Information der Bevölkerung hinauszugeben. (Angenommen.)

(P. Z. 12818, M. D., 6281.) Die Abänderung des bisherigen Diensteides, der Angelobung und der Gelöbniserinnerung der städtischen Beamten wird genehmigt. (Wortlaut des Beschlusses siehe Amtsblatt Nr. 3, Seite 5.)

Berichterstatter StR. Siegel:

(P. Z. 12756, M. A. X, 8382.) Dem Johann Sperker wird ausnahmsweise das heimgefallene eigene Grab Gruppe 34 c, Reihe 16, Nummer 14 im Zentral-Friedhofe um die ermäßigte Gebühr von 200 K unter der Bedingung auf 15 Jahre überlassen, daß dieser Betrag binnen acht Wochen nach Verständigung beim Totenbeschreibamte eingezahlt werde.

(P. Z. 12771, M. Bau-A. XI, 159.) Der Firma Ing. Mayreder, Kraus & Komp. werden zur Pflasterung der Rampe der Kaiser Franz Josef-Brücke 300 Stück Pflasterplatten 22 × 12 Zoll und 200 Stück Pflasterplatten 12 × 18 Zoll zum Einheitspreise von 4 K 40 h, beziehungsweise 6 K 60 h für das Stück ab städtischen Steinlagerplatz gegen vorherige Einzahlung des Kaufschillings von 2640 K bei der städtischen Hauptkassa überlassen.

Berichterstatter StR. Schmid:

(P. Z. 12792, St. G. W., 9718.) Die Vergebung von Gasmesserlieferungen an die Firmen: Danubia A. G., Franz Maneschek A. G., Schinzel & Komp., Julius Pintsch und S. Elster zum Gesamtkostenbetrage von 744.500 K wird im Sinne des Antrages der Direktion der städtischen Gaswerke genehmigt.

(P. Z. 12789, St. E. W., 3355.) Die Anschaffung von 350 Stück Straßenbahnjahreskarten für das Jahr 1919 durch die Direktion der städtischen Elektrizitätswerke mit dem Betrage von 182.000 K wird genehmigt.

(P. Z. 12788, St. E. W., 3335.) Nachstehenden beim Bau und Betrieb des Ueberlandnetzes beschäftigt gewesenen Angestellten werden Remunerationen bewilligt, und zwar: dem technischen Beamten Anton Kahrer 700 K, dem technischen Beamten Johann Schutovits 450 K, dem Montagemeister Franz Reger 900 K, dem Kabelmeister Matthias Weinguni 250 K, dem Kabelaufseher Johann Sellinger 400 K.

(P. Z. 12790, St. E. W., 3044.) Es wird genehmigt, daß der Akkumulatorenfabrik A.G., General-Repräsentanz Wien, außer den laut Stadtrats-Beschluß vom 25. Noaember 1915 genehmigten festen und unveränderlichen Prämien bei Plattenwechsel eine Aufzahlung im Sinne des Antrages der Direktion der städtischen Elektrizitätswerke gewährt werden kann, daß diese Mehrkosten ab 1. Juli 1918 in Kraft treten, daß diese Vereinbarungen bis zum 31. Dezember 1919 Giltigkeit haben, insoferne nicht einer der beiden Vertragsteile Einspruch dagegen erhebt, daß etwaige nach dem 20. Oktober 1918 zur Einführung gelangende neue Lasten dem Umfange der Reparatur nach von den städtischen Elektrizitätswerken zu tragen sind und daß die Abrechnung im Anschluß an jede Arbeit vorgenommen werden kann. Schließlich wird zur Kenntnis genommen, daß die Mehrkosten im Präliminarbetrage von 360.000 K für das Betriebsjahr 1917/18 ihre volle Bedeckung finden.

(P. Z. 12840, St. E. W., 3382.) Dem Unternehmer Franz Böck wird für die Monate Oktober, November und Dezember 1918 eine Aufzahlung von 20 Prozent auf die bis 30. September 1918 in Geltung gewesenen Einheitspreise für Erd- und Pflasterungsarbeiten für die städtischen Elektrizitätswerke bewilligt.

(P. Z. 12839, St. E. W., 9732.) Die Giltigkeit der für die Ausführung von Gasmesserreparaturen zwischen den städtischen Gaswerken und den Firmen S. Elster und Schinzel & Co. bestehenden Verträge wird unter gleichzeitiger Erhöhung der Preissätze des Jahres 1918 um 20 Prozent, beziehungsweise der Tarifpreise vom Jahre 1911 um 120 Prozent ab 1. Jänner 1919 bis einschließlich 30. Juni 1919 verlängert.

Berichterstatter StR. David:

(P. Z. 12823, M. A. X, 5970). Das Ansuchen des Josef Benedikt um Bewilligung zur nachträglichen Entrichtung der Renovationsgebühr für das eigene Grab Gruppe 43 D, Reihe 2, Nr. 24 im Zentral-Friedhofe wird bewilligt.

(P. Z. 12824, M. A. X, 9454.) Dem Dr. Othmar Natter wird der Gruftplatz Nr. 3 der Gruppe 4 im Gersthofer Friedhofe zur Erbauung einer einfachen Gruft um die Gebühr von 9200 K unter den vom Magistrate gestellten festgesetzten Bedingungen überlassen.

Berichterstatter StR. Heindl:

(P. Z. 12837, M. A. XXII, 1934.) Die Miete der Wohnungen Nr 7 a und 8 im 3. Stocke des Bürgerspitalfondshauses 1., Gonzagagasse 23 ab 1. Mai 1919 um den Jahreszins von 1600 K + 2500 K = 4100 K für Zwecke des städtischen Jugendamtes wird genehmigt. Zur Deckung der am 1. Mai fällig werdenden Mietzinsrate per 2050 K wird zur Ausgabs-Rubrik XXXVIII 4 b α ein Zuschußkredit in der Höhe dieses Erfordernisses bewilligt. Namens des Bürgerspitalfondes wird die Vermietung genehmigt.

Berichterstatter StR. Richter:

(P. Z. 12774, M. B. A. XIX, 3218/II.) Dem Ansuchen der Klara Anninger um Uebernahme des von ihr bereits bezahlten auf 28 Tage entfallenden Teilbetrages von 98 K der für die Verpflegung ihres Dienstboten Anna Schellander im Landesspital zu Dugaresa in Kroatien erwachsenen Kosten durch die Wiener Dienstbotenkrankenkasse wird keine Folge gegeben.

(P. Z. 12852, J. A. B. 1443/16.) Der Ankauf von 700 Paar Kinder-Lederschuhen mit Holzsohlen und 384 Paar Kinder-Lederschuhen mit Ledersohlen vom Landsturmbezirks-Kommando Nr. 39 zum Pauschalpreis von 13.691 K 45 h zuzüglich der Vergütung von 50 K für die Arbeitsmannschaft wird genehmigt und gestattet, daß dem Landsturmbezirks-Kommando Nr. 39 und dem Ehepaar Oberleutnant Lunzer der Dank ausgesprochen werde.

Berichterstatter StR. Knoll:

(P. Z. 12830, M. Bau-Abt. VI e, 4125.) Für die Vornahme verschiedener Instandhaltungsarbeiten im städtischen Zinshause 21., Anton Bosch-Gasse 17, wird zu dem bereits genehmigten Kostenbetrage von 6250 K ein bedecktes Mehrerfordernis von 4640 K 11 h bewilligt.

Berichterstatter StR. Baugoin:

(P. Z. 12595, St. Wohnungsamt, 4642.) Der Tätigkeitsbericht des Wohnungsamtes der Stadt Wien für das Jahr 1918 wird zur Kenntnis genommen.

Berichterstatter StR. Schneider:

(P. Z. 12828, Bau-Dir., 4452.) Die im Voranschlage 1918/ 9 bedeckte dritte Baurate von 127.833 K als Beitrag zum Baue der Liesingtalsammelkanäle ist auf Grund der Gemeinderats-Beschlüsse vom 8. April 1915 und 22. Februar 1916, P. Z. 3686/15 und 868/16, flüssig zu machen.

(P. Z. 12783, St. Str. B., 3219/5.) Der Antrag des gewesenen GR. Dobek auf Errichtung einer Wartehalle der städtischen Straßenbahnen in der Dornbacherstraße bei der Güpferlingstraße wird abgelehnt.

Schluß der Sitzung.

Bericht

über die Sitzung vom 30. Dezember 1918.

Vorsitzende: Bgm. Dr. Weiskirchner, die VB. Hoß und Rain.

Anwesende: VB. Neumann und die StR. Angermayer, Breuer, David, Dechant, Emmerling, Dr. Hein, Heindl, Hellmann, Hötzel, Hohensinner, Jung, Dr. Kienböck, Knoll, Körber, Melcher, Müller, Pick, Richter, Schmid, Schwer, Siegel, Skaret, Spalowsky, Tomola, Baugoin, Weber, Weigl und Winter.

Entschuldigt: StR. Dr. Haas.

Schriftführer: Mag.-Konz. Dr. Seipka.

Berichterstatter Bgm. Dr. Weiskirchner:

(P. Z. 12854, M. A. II.) Dem Verbande der Krankenkassen Wiens und Niederösterreichs wird ein unverzinsliches, innerhalb sechs Monaten rückzahlbares, noch in diesem Jahre auszuzahlendes Darlehen von 500.000 K bewilligt.

(An den Gemeinderat.)

Berichterstatter VB. Hoß:

(P. Z. 12941.) Die Gemeinde ist bereit, auf Grund des Ergebnisses der am 23. Dezember 1918 abgehaltenen Sitzung über die Sanierung des Krankenanstaltenfonds, diesem ein Darlehen von 2,000.000 K unverzinslich auf die Dauer eines Jahres unter der Bedingung zu geben, daß Stadt und Land je den gleichen Betrag unter denselben Bedingungen beisteuern. Diese Ausgabe ist als durchlaufende Ausgabe bei den eigenen Geldern der Gemeinde zu verrechnen und vorschußweise aus dem Anlehen 1918 zu bestreiten.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 12548, M. A. II, 8704.) Der pensionierte Hauptkassen-Offizial J. Theodor Himmelbauer wird über sein Ansuchen mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1919 als Hauptkassen-Offizial mit dem Range vom 5. August 1916 reaktiviert.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Berichterstatter StR. Tomola:

(P. Z. 12950, M. A. II, 3740.) Anläßlich der Verständigung über die für 1918 zur Veranstaltung von Weihnachtsbeteilungen bewilligten Subventionen sind die betreffenden Vereine in Kenntnis zu setzen, daß im Gemeinderate der Wunsch ausgesprochen wurde, die Beteilungen sollen unter Ausschluß der Oeffentlichkeit und in einer Art vorgenommen werden, welche die Kinder die Gaben nicht als Almosen empfinden läßt.

(P. Z. 12951, M. A. II, 3075.) Anläßlich der Auszahlung der diesjährigen Subventionen für genossenschaftliche Fachschulen sind diese zu verständigen, daß sie mit der Bewilligung einer weiteren Subvention seitens der Gemeinde Wien pro 1919 nur dann rechnen können, wenn ab Herbst 1919 der Unterricht nur an Wochentagen stattfindet und spätestens um 6 Uhr abends endet, oder — insolange die derzeitigen außerordentlichen Verhältnisse bestehen — wenn ste nachweisen, daß ihnen trotz ihrer Bemühungen die Erfüllung dieser Bedingung nicht möglich war.

Schluß der Sitzung.

Bezirksvertretungen

18. Gemeindebezirk, Währing.

Oeffentliche Sitzung vom 6. November 1918.

Vorsitzender: BV. Anton Baumann.

Schriftführer: Kanzlei-Direktions-Adjunkt Friedrich Haroldt.

Einlauf.

Zuschrift des Herrn Bürgermeisters, betreffend die Bildung einer Wiener Bürgerwehr, beziehungsweise die Vornahme von Werbungen für dieselbe.

Zuschrift des Magistrates vom 30. Oktober 1918, betreffend die Einstellung der Tätigkeit der staatlichen Kontroll-Kommissionen hinsichtlich des Metallablieferungskontrolldienstes.

Zuschrift des Wohnungsamtes der Stadt Wien, betreffend die Ausmietung von Wohnparteien im Hause 18., Eduardgasse 4, aus Anlaß der beabsichtigten Verlegung des Betriebes der Drahtstiften- und Schraubenfabrik L. Larsen's Söhne in dasselbe.

Zuschrift der Magistrats-Abteilung XVII vom 18. Oktober 1918, betreffend die Erhöhung des Maximaltarifes für das Rauchfangkehrergewerbe in Wien (50 Prozent Zuschlag).

Die Zuschriften werden zur Kenntnis genommen.

Anträge.

BR. Dworak und Kollegen stellen folgenden Antrag: Die beim Gersthofer Bahnviadukte befindlichen Plakatierungsplanken Soini & Komp. Ecke der Simonygasse, beziehungsweise Bäckenbrünnlgasse bilden nicht nur eine Verunzierung des Bezirkes, sondern dienen auch als Versteck für gefährliche lichtscheue Individuen, weshalb die eheste Entfernung dieser Planken beantragt wird. Vor einigen Tagen haben zwei dort versteckte Einbrecher nach erfolgter Plünderung einer Verkaufshütte auf dem Gersthofer Markte die verfolgenden Wachleute mit scharfen Revolverschüssen empfangen. Die Wache mußte dann ebenfalls schießen und ist hiebei eine Kugel in die Wohnung des benachbarten Hauses eingedrungen. Nachdem unter dem Bahnviadukte ohnehin eine große Plakatierungstafel vorhanden ist und die erwähnten Planken nur wenig benützt werden, wäre die Entfernung ehestens zu veranlassen. Einstimmig angenommen.

BV. Baumann berichtet über die Zuschrift des magistratischen Bezirksamtes für den 18. Bezirk, betreffend die Verlängerung der Jagdverpachtung im Jagdgebiete des Bezirkes.

Der Antrag auf Umgangnahme von der Versteigerung der Jagdverpachtung und Vergebung der Jagd an den bisherigen Pächter gegen Entrichtung des auf 300 K erhöhten Pachtschillings wird einstimmig angenommen.

BR. Schwarzinger berichtet über die Aufstellung einer Verkaufshütte am Gersthofer Markte durch die Grünwarenhändlerin Franziska Szrachovicz.

Der Antrag auf Befürwortung der Aufstellung dieser Hütte, welche zur Belebung des Marktes beitrage, wird einstimmig angenommen.

BV. Baumann beantwortet die in der letzten Sitzung gestellte Anfrage des BR. Schwarzinger, betreffend die Herstellung, beziehungsweise ordnungsmäßige Uebergabe des Trottoirs in der Starkfriedgasse bei der Realität Regenstreif, 18., Pötzleinsdorferstraße 36, 38 und 40 in das Eigentum, beziehungsweise Erhaltung der Gemeinde Wien und die Erbauung einer Garage im Vorgarten der Realität Pötzleinsdorferstraße 20.

Die Rechte der Gemeinde Wien bezüglich der Ausführungen und Uebergabe des Trottoirs bei der Realität Regenstreif seien sichergestellt. Die Herstellung des Trottoirs hänge jedoch mit der Niveauregulierung der Starkfriedgasse zusammen und letztere hätte von Amtswegen mit Rücksicht auf die Kriegsverhältnisse zurückgestellt werden müssen.

Im Anschlusse daran beantwortete der Bezirksvorsteher die in der letzten Sitzung gestellte Anfrage des BVSt. Horak und Kollegen, betreffend die Beseitigung der Holzplanke in der Starkfriedgasse, bei der Realität Regenstreif.

Während des Krieges hätten die im Zuge gewesenen Amtshandlungen, betreffend die Verbreiterung und Regulierung der Starkfriedgasse, zurückgestellt werden müssen. Aus diesem Grunde sei auch die Herstellung des Gehsteiges und die Entfernung der gegenständlichen Holzplanke entfallen. Bei Eintritt halbwegs normaler Verhältnisse werde die Regulierung durchgeführt werden.

Wahl.

(2723.) Ueber Zuschrift des Bezirksschulrates Wien vom 4. Oktober 1918 wurde zur Neuwahl eines Ersatzmannes für den Ortsschulrat des 18. Bezirkes an Stelle des Wenzel Dworak, welch letzterer als Mitglied in den Ortsschulrat für den verstorbenen Karl Blühm einzutreten hat, geschritten.

Es werden 22 Stimmzettel abgegeben.

BR. Anton Luft wird einstimmig für die restliche Funktionsperiode bis Ende Juni 1923 gewählt.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

---

21. Gemeindebezirk, Floridsdorf.

Oeffentliche Sitzung vom 7. November 1918.

Vorsitzender: BVSt. Emil Scholz.

Schriftführer: Kanzlei-Direktions-Adjunkt Josef Jehlicka.

Der Vorsitzende stellt die Beschlußfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung.

Nachdem gegen die Verhandlungsschrift der Sitzung vom 9. September 1918 keine Einwendung erhoben wird, erklärt der Vorsitzende dieselbe als genehmigt.

BR. Schulteis stellte hierauf folgenden Antrag:

Die Bezirksvertretung des 21. Bezirkes spricht Sr. Exzellenz dem Herrn Bürgermeister die volle Zustimmung zur Begrüßung der deutschösterreichischen Nationalversammlung in der Gemeinderats-Sitzung vom 29. Oktober 1918 aus.

Einstimmig angenommen.

Mitteilungen.

Der Wiener Stadtrat hat die aus Anlaß der Rückstellung des Schulgebäudes 21., Jubiläumsgasse 21, für Unterrichtszwecke auflaufenden Kosten für notwendige Reparaturen im Betrage von 40.200 K genehmigt.

Der Wiener Stadtrat hat die durch das Ableben des Josef Wagner erledigte Totengräberstelle im Groß-Jedlersdorfer Friedhofe seiner Witwe, Franziska Wagner, unter denselben Bedingungen verliehen, die bezüglich dieses Dienstverhältnisses bisher bestanden haben.

Zur Kenntnis.

Rund-Antrag der Bezirksvertretung Favoriten: Stellungnahme gegen die Verfügung der n.-ö. Statthalterei, wonach Angehörige des Lebensmittelverbandes der Kriegsleistungsbetriebe Wiens verpflichtet wurden, den Kaffee und Zucker vom 1. Oktober 1918 ab wie das Mehl durch den genannten Lebensmittelverband zu beziehen.

Zustimmung.

Anträge oder Anfragen.

BR. Schmidt beantragt, das schadhaft gewordene Pflaster in der Donaufelderstraße von der Wagenfabrik abwärts noch vor Eintritt des Winters in Ordnung zu bringen. (Angenommen.)

BR. Schulteis beantragt, die Friedhofsverwaltung in Stammersdorf zu veranlassen, das äußere Friedhofstor beständig geschlossen zu halten. (Angenommen.)

BR. Busch beschwert sich über die übermäßige Inanspruchnahme der Straßen im Ortsteile Jedlesee durch die schweren Militärautos und bittet um Abhilfe.

Dies wird durch den Vorsitzenden zugesagt.

Den Anträgen des Stadtbauamtes, betreffend Baulinienabänderung für das Gebiet des 21. Bezirkes zwischen der Pragerstraße, Frömmlgasse, Schwaigergasse und der Nordwestbahn, wird zugestimmt.

Wahl von Armenräten.

Abgestimmt wird mit Stimmzetteln; abgegeben werden 14 Stimmen, welche sämtlich auf

Leopold Resch, Beamter, und

Anton Freudensprung, Post-Unterbeamter, lauten.

Dieselben erscheinen sonach einstimmig gewählt.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

Die neuen Bezirksvertretungen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat mit Schreiben vom 30. Dezember 1918 unter Bezugnahme auf die Vollzugsanweisung des Staatsrates vom 4. Dezember 1918 über die einstweilige Ergänzung der bestehenden Gemeindevertretungen und auf Grund des § 95 des Wiener Gemeindestatutes nachfolgend verzeichnete Personen zu Mitgliedern der provisorischen Bezirksvertretungen berufen:

1. Gemeindebezirk (Innere Stadt).

Vorsitzender: Wieninger Josef, Bürger, Hausbesitzer, 1., Grashofgasse 3; Stellvertreter: Glück Johann, Bürger und Gastwirt, 1., Grünangergasse 10.

Bezirksräte: Aldor Wilhelm, Kaffeehausbesitzer, 1., Wipplingerstraße 29; Adamek Josef, Bürger und Kaufmann, 1., Wollzeile 33; Anderl Katharina, 1., Färbergasse 3; Bendl Paul, Prokurist, 1., Singerstraße 6; Dorner Josef, Kaufmann, 1., Stadiongasse 5; Farda Kaspar, Kaufmann, 1., Färbergasse 3; Fischer Hermann, Inhaber eines Auskunftsbureaus, 1., Gisela-straße 1; Frankl-Scheiber Berta, Vize-Präsidentin des Waisenrates, 1., Haarhof 4; Freuder Koloman, Dr., Arzt, 1., Wollzeile 25; Gades Anton, Bürger, Spengler und Hausbesitzer, 1., Domgasse 5; Hladky Franz, Gemischtwaren-Verschleißer, 1., Naglergasse 25; Hörnisch Ignaz, Bürger und Hausbesitzer, 1., Freisingergasse 4; Mach Johann, Hotelier, 1., Himmelpfortgasse 14; Meindl Christine, Uhrmachersgattin, 1., Stephansplatz 15; Neumann Wilhelm, Dr., Advokat, 1., Wipplingerstraße 15; Pfisterer Anna, Geschäftsfrau, 1., Lobkowitzplatz 1; Rubitschka Johann, Gebäudeaufseher, 1., Universitätsplatz 1; Salatsch Adolf, Kleidermacher, 1., Tuchlauben 19; Schönauer Karl, Bürger, 1., Grashofgasse 3; Seidl Josef, Bürger und Buchbinder, 1., Schwertgasse 3; Sommer Josef, Kaufmann, 1., Ledererhof 2; Stiglitz Maximilian, Dr., Advokat, 1., Elisabethstraße 26; Stöhr Rudolf, Kaufmann, 1., Färbergasse 3; Themeßl Jakob, 1., Weihburggasse 18; Thilo Edmund, Zahntechniker, 1., Bräunerstraße 11; Wanner Heinrich, Bäcker, 1., Mayfedergasse 1; Waschler Karl, Portier, 1., Schmerlingplatz 2; Wolfbauer Johann, Bürger und Bäcker, 1., Johannesgasse 23.

2. Gemeindebezirk (Leopoldstadt).

Vorsitzender: Berdiczower Max, Redaktions-Sekretär, 2., Obere Donaustraße 1; Stellvertreter: Ludikowsky Ignaz, Ober-Revident der Staatsbahnen, 2., Erzherzog Karl-Platz 6.

Bezirksräte: Amon Therese, Beamtin, 2., Pillersdorfgasse 13; Aufwerber Friedrich, städtischer Lehrer, 2., Praterstraße 42; Blasel Leopold, Dr., Ing., 2., Prater 124; Coufal Ladislaus, Armenrat, 1., Nordwestbahnstraße 35; Deisenhammer Matthias, Bahnbediensteter, 2., Innstraße 6; Fuchs Bertold, Beamter, 2., Nordbahnstraße 44; Grünfeld Leopold, Kassenbeamter, 2., Leopoldsgasse 26; Hofmann Edmund, Tapezierer, 2., Ferdinandsstraße 19; Hornek Julius, Motorführer der städtischen Straßenbahnen, 2., Schiffmühlenstraße 47; Jellinek Wenzel, Metallarbeiter, 2., Am Tabor 15; Jünger Josef, Post-Unterbeamter und Armenrat, 2., Vereinsgasse 4; Kiener Franz, Fleischhauer, 2., Ilgplatz 6; Lederer Ludwig, Metallarbeiter, 2., Tiergartenstraße 4; Müller Josef, Eisenbahnbediensteter, 2., Hillerstraße 6; Nagy Franz, Verkehrsführer der städtischen Straßenbahnen, 2., Walcherstraße 5; Raab Wilhelm, Hausbesitzer, 2., Wagramerstraße 7; Rosenfeld Paul, Dr., Advokat, 2., Negerlegasse 6; Rudolf Ludwig, Gastwirt, 2., Springergasse 23; Rübner Siegmund, Holzgroßhändler, 2, Kaiser Josef-Straße 39; Schultze Wilhelm, Chemiker, 2., Obere Augartenstraße 40; Seiler Franz, Magazineur und Hausbesorger, 2., Vorgartenstraße 211; Stark Theodor, Versicherungsbeamter, 2., Kronprinz Rudolf-Straße 22; Thaumüller Johann, Elektriker, 2., Vereinsgasse 19; Track Anton, städtischer Ober-Maschinist, 2., Erzherzog Karl-Platz 12; Trautner Emil, Textilarbeiter, 2., Schiffmühlenstraße 78; Wiesinger Friedrich, Gastwirt, 2., Rueppgasse 26; Wimmer Karl, Hilfsämter-Direktions-Adjunkt, 2., Engerthstraße 213; Zesewitz Karl, Schuhmachermeister, 2., Klanggasse 7.

3. Gemeindebezirk (Landstraße).

Vorsitzender: Spitaler Paul, 3., Rennweg 61; Stellvertreter: Maschina Wenzel, Kassenbeamter 3., Keinergasse 17.

Bezirksräte: Böhme Karl, Privatbeamter, 3., Landstraßer Hauptstraße 49; Cararo Angelo, Lehrer, 3., Untere Viaduktgasse 1; Fekete Paul, Bürger und Schuhmacher, 3., Rochusgasse 6; Fischer Rudolf, Elektrotechniker, 3., Erdbergstraße 31; Fleck Rudolf, Maschinenmeister i. R., 3., Nottendorfergasse 24; Freund Leopold, Baupolier, 3., Kardinal Nagl-Platz 7 bis 9; Hellmann Johann, Bürger und Fleischhauer, 3., Messenhausergasse 2; Hoffmayr Karl, Schriftsetzer, 3., Ungargasse 65; Kautz Karl, Privatbeamter und Hausbesitzer, 3., Rennweg 76; Klein Mathilde, Arztensgattin, 3., Posthorngasse 1; Klement Matthias, Postunterbeamter, 3., Schützengasse 11; Kral Ferdinand, Privatbeamter, 3., Untere Viaduktgasse 25; Lindner Peter, Gastwirt, 3., Dianagasse 2; Nehasil Johann, Rauchfangkehrermeister, 3., Erdbergstraße 29a; Nosek Adolf, Bürger und Gastwirt, 3., Invalidenstraße 2; Palitschek Anton, v., Dr. Professor, 3., Rochusgasse 11; Presburger Karl, Zollinspektor, 3., Dianagasse 8; Rauscher Karl, Bürger und Zuckerbäcker, 3., Landstraßer Hauptstraße 72; Riedl Ferdinand, Realitätenvermittler und Hausbesitzer, 3., Landstraßer Hauptstraße 58; Schlerka Gustav, Selcher, 3., Rochusgasse 21; Schubert Emanuel, Mechaniker, 3., Fasangasse 45/16; Schuster Hermine, Private, 3., Klimschgasse 1; Sperl Friedrich, Druckereibesitzer, 3., Rennweg 58; Stecher Julius, technischner Ministerialbeamter, 3., Landstraßer Hauptstraße 101; Stephelbaur Laura, 3., Erdbergstraße 69; Töll Leopold, Kaufmann, 3., Salmgasse 23; Vogl Josef, Bürger und Druckereileiter, 3., Seidlgasse 8; Waldbrunner Karl, Metallformer, 3., Dietrichgasse 16.

4. Gemeindebezirk (Wieden).

Vorsitzender: Charwat Maximilian, Rentner, 4., Wiedner Hauptstraße 37; Stellvertreter: Feiler Friedrich, Sonnen- und Regenschirm-Erzeuger, 4., Favoritenstraße 17.

Bezirksräte: Altenberg Jakob, Vergolder und Rahmen-Erzeuger, 4., Wiedner Hauptstraße 37; Biner Leopold, Privatbeamter, 4., Goldegggasse 31; Ertelt Anna, Private, 4., Viktorgasse 24; Franek Anton, Lokomotivführer, 4., Favoritenplatz 1; Fürst Franz, Rauchfangkehrer, 4., Rienößlgasse 16; Hackenberg Wilhelm, Ober-Inspektor der Staatsbahnen, 4., Schönburgstraße 32; Hackhofer Georg, Inspektor der Südbahn, 4., Schelleingasse 43; Heindl Josef, Gastwirt, 4., Favoritenstraße 54; Hochrainer Johann, Bettwaren-Erzeuger, 4., Favoritenstraße 23; Jonak Josef, Postunterbeamter, 4., Phorusgasse 7; Krasa Anna, Volksschullehrerin, 4., Kleinschmidgasse 1; Lackner Friedrich, Ing., Südbahnbeamter, 4., Johann Strauß-Gasse 42; Langkammer Josef, Handschuh- und Bandagenmacher, 4., Favoritenstraße 18; Lubinka Eduard, Kaufmann, 4., Prinz Eugen-Straße 54/56; Lucca Alois, Schuldiener, 4., Preßgasse 24; Majewsky Edmund, Buchhalter, 4., Floragasse 7; Menzel Anton, Geflügel- und Wildbrethändler, 4., Gußhausstraße 23; Merth Ludwig, Fachlehrer, 4., Trappelgasse 4; Mucha Anton, Modelltischler, 4., Heumühlgasse 11; Pernitsch Gustav, Kaufmann, 4., Mayerhofgasse 9; Prohaska Rudolf, Ing., Zivilgeometer, 4., Phorusgasse 2; Prokop Karl, Farbwarenhändler, 4., Schönbrunnerstraße 2; Schembera Franz, Gemischtwarenhändler, 4., Heumühlgasse 5; Schwarz Franz, Kurzwaren-Verschleißer, 4., Karolinengasse 10; Singer Richard, Dr, Arzt, 4., Schönburgstraße 19; Weber Alois, Redakteur, 4., Goldeggasse 1; Weinwurm Johann, Gastwirt, 4., Große Neugasse 36; Wielemans Edler v. Monteforte Alexander, Ing. Baurat, 4., Radekgasse 1.

5. Gemeindebezirk (Margareten).

Vorsitzender: Porzer Thomas, Bürger und Hausbesitzer, 5., Schönbrunnerstraße 50; Stellvertreter: Hummel Albert, Sekretär, 5., Ramperstorfergasse 32.

Bezirksräte: Czapp Friedrich, Fabriksbesitzer, 5., Schönbrunnerstraße 106; Faber Bartholomäus, Armenrat und Zuckerbäcker, 5., Reinprechtsdorferstraße 63; Fuchs Johann, Dr., Medizinalrat, 5., Pilgramgasse 17; Garo Karl, Goldarbeiter, 5., Kohlgasse 41; Gneiß Ignaz, Beamter, 5., Anzengrubergasse 9; Hein Ernst, Industrieangestellter, 5., Schönbrunnerstraße 18; Kalous Josef, Armenrat und Hausbesitzer, 5., Kettenbrückengasse 19; Kremlitzka Josef, Bürger und Armenrat, 5., Wehrgasse 24; Kresse Josef, Ortsschul- und Armenrat, Gebäudeverwalter, 5., Schönbrunnerstraße 72; Leißner Ferdinand, Sekretär, 5., Spengergasse 21; Löderer Gustav, Bürger, Ortsschul- und Armenrat, Bankbeamter, 5., Nikolsdorfergasse 3; Merbaul Karl, Armen- und Waisenrat, Hausbesitzer, 5., Wiedner Hauptstraße 84; Mützel Wilhelm, Beamter, 5., Siebenbrunnengasse 46; Pawlik August, Bürger, Ortsschul- und Armenrat, Tuchhändler, 5., Wehrgasse 2; Pecnik Heinrich, Armenrat, Tapezierermeister, 5., Franzensgasse 21; Petz Theodor, Ortsschulrat, Sodawasser-Erzeuger, 5., Schönbrunnerstraße 108;

Pletzl Robert, Bäcker, 5., Siebenbrunnenfeld 16; Raunigg Johann, Buchbinder, 5., Hofgasse 9, Rister Leopold, Beamter, 5., Einsiedlergasse 17; Rosanelli Anton, Zimmermaler und Anstreicher, 5., Reinprechtsdorferstraße 9; Schulz Anton, Ober-Kontrollor, 5., Hartmanngasse 14; Seitz Emilie, Lehrerin, 5., Schönbrunnerstraße 119; Stockinger Michael, Bürger, Holz- und Kohlengroßhändler, 5., Zeinlhofergasse 5; Tomand; Fritz, Metallarbeiter, 5., Bräuhausgasse 31; Wanderer Franz Ortsschul- und Armenrat, Bürger, Genossenschaftsvorsteher, Tischler und Hausbesitzer, 5., Johannagasse 5; Woralll Konrad, Lehrer, 5., Högelmüllergasse 1 b; Zeuner Josef, Bürger, Lithograph, 5., Margaretenhof 1.

6. Gemeindebezirk (Mariahilf).

Vorsitzender: Dirnbacher Wolfgang, Rentner und Hausbesitzer, 6., Hirschengasse 1; Stellvertreter: Groß Johann, Sekretär, 6., Millergasse 32.

Bezirksräte: Bockhorni Johann, Desinfektionsanstalt-Inhaber, 6., Grasgasse 3; Brod Jakob, Redakteur, 6., Kasernengasse 9; Broneder Rudolf, Schneider, 6., Hirschengasse 15; Dobrovojevic Nikolaus, Beamter, 6., Magdalenenstraße 35; Glas Ludwig, Rentner und Hausbesitzer, 6., Esterhazygasse 14; Göbl Franz, Handschuhmacher und Bandagist, 6., Gumpendorferstraße 83; Grandauer Johann, Ober-Rechnungsrat i. R., 6., Stumpergasse 36; Gustine Ludwig, Zinkwaren-Erzeuger, 6., Liniengasse 17; Heinz Ferdinand, Malergehilfe, 6., Morizgasse 13; Jettel Ludwig, Schul-Direktor, 6., Gumpendorferstraße 4; Marianek August, Schriftsetzer, 6., Morizgasse 13; Mausberger Rudolf, städtischer Oberlehrer i. R., 6., Esterhazygasse 12; Petter Franz, Federnschmückermeister, 6., Kaunitzgasse 1; Pfaller Franz, Album- und Lederwaren-Erzeuger, 6., Schadekgasse 8; Pollak Gustav, Hausbesitzer, 6., Wallgasse 19; Pollak Marie, Private, 6., Wallgasse 19; Popper Helene, Dr., 6., Gumpendorferstraße 144; Preis Alexander, n.-ö. Landesbeamter, 6., Schadekgasse 10; Reutterer Karl, Beamter, 6., Stumpergasse 16; Rupp Ferdinand, Drechsler und Genossenschafts-Vorsteher, 6., Morizgasse 4; Sailer Georg, Inspektor, 6., Loquaiplatz 9; Schelz Josef, Genossenschafts-Vorsteher, 6., Aegidigasse 22; Schenk Johann, Schlossermeister, 6., Kasernengasse 25; Spudich Alois, Lehrer, 6., Millergasse 17; Stadler Julius, Tapezierer, 6., Marchettigasse 8; Tomanek Paul, Handelsschulprofessor, 6., Mittelgasse 6; Zaworka Franz, Gastwirt, 6., Esterhazygasse 18; Zelenka Josef, Fabrikant, 6., Mariahilferstraße 113.

7. Gemeindebezirk (Neubau).

Vorsitzender: Ohrfandl Heinrich C., 7., Kenyongasse 20; Stellvertreter: Ebeling Christian, 7., Neustiftgasse 25.

Bezirksräte: Bittner Franz Maria, Katechet, 7., Westbahnstraße 40; Fraß Elise, Stadtratsgattin, 7., Burggasse 51; Gerstner Theodor, Tischlermeister, 7., Schottenfeldgasse 48 a; Grab Rosa, Buchhalterin, 7., Kaiserstraße 93; Grabherr Josef, Messerschmied, 7., Kandlgasse 3; Grausam Friedrich, Magazineur, 7., Lerchenfelderstraße 33; Groß Bertold, Redakteur, 7., Siebensterngasse 27; Hanisch Adalbert, Elektriker, 7., Badhausgasse 5; Hanusch Karl, Inspektor, 7., Seidengasse 29; Jawecki v. Nalecz, Rechnungs-Revident, 7., Neustiftgasse 10; Kiesl Georg, Hausbesitzer, 7., Seidengasse 39; Krauliz Adolf, Gürtler, 7., Neustiftgasse 78; Kreutzer Anton, Buchhalter, 7., Neubaugasse 50; Kurtisch Franz, Fachlehrer, 7., Zieglergasse 96; Lammel Franz, Postunterbeamter, 7., Halbgasse 8; Lemberger Adolf, Handelsangestellter, 7., Kaiserstraße 77; Logemann Georg, Privatbeamter, 7., Neustiftgasse 109; Maurer Emil, Dr., Advokaturs-Konzipient, 7., Neustiftgasse 101; Mayr Ignaz, Privatbeamter, 7., Bernardgasse 16; Petzl Karl, Ober-Kommissär, 7., Wimbergergasse 46; Rammer Anton, Postunterbeamter, 7., Lindengasse 3; Schrammel Ludwig, Beamter, 7., Zieglergasse 25; Schubert Ludwig, Hausbesorger, 7., Schottenfeldgasse 69; Strauß Anton, Juwelier, 7., Bernardgasse 25; Strohmayer Josefine, Baumeistersgattin, 7., Burggasse 34; Wagner Heinrich, Federnschmücker, 7., Neubaugasse 49; Zottl Karl, Steueramtskontrollor, 7., Kaiserstraße 67/69; Zuleger, Josef, Hausbesitzer, 7., Zieglergasse 72.

8. Gemeindebezirk (Josefstadt).

Vorsitzender: Bergauer Johann, 8., Piaristengasse 25; Stellvertreter: Vieröckl Rudolf, 8., Tigergasse 16.

Bezirksräte: Amon Rudolf, Rechnungsrat, 8., Lederergasse 13; Bauer Josef, Beamter, 8., Kupkagasse 2; Brandstätter Karl, Privatbeamter, 8., Langegasse 60; Brückner Franz, Beamter, 8., Florianigasse 67; Feldmann Johann, Kaufmann, 8., Josefstädterstraße 74; Germ Franz, Ober-Rechnungsführer, 8., Schmidgasse 16; Gürtelschmied Franz, Adjunkt, 8., Lederergasse 16; Halbgebauer Andreas, Fleischhauer, 8., Buchfeldgasse 10; Harditzky Eduard, Inspektionsrat i. P., 8., Blindengasse 33; Hartig Wilhelm, Kaufmann, 8., Neudeggergasse 17; Heim Robert, Druckerei-Direktor, 8., Albertgasse 30; Hertl Josef, Oberlehrer, 8., Kochgasse 11; Hrouda Franz, Schuhmachermeister, 8., Tigergasse 23; Kaller Emanuel, Post-Kontrollor, 8., Strozzigasse 42; Kapfinger Anton, Landes-Rechnungs-Revident, 8., Lerchengasse 21; Koch Josef, Buchbinder, 8., Lammgasse 6; Kövesdy Theodor, Inspektor, 8., Langegasse 65; Lange Wilhelm, 8., Roter Hof 12; Marisch Johann, Schwertfeger, 8., Pfeilgasse 51; Martinek Heinrich, Lehrer, 8., Josefstädterstraße 26; Pipal Ludwig, Mechaniker, 8., Breitenfelderstraße 6; Rain Heinrich, Gastwirt, 8., Lerchenfelderstraße 46; Riedl Franz, Kleidermacher, 8., Lederergasse 37; Schober Anton, Monteur, 8., Lerchengasse 13; Sedlak Friedrich, Schätzmeister, 8., Blindengasse 33; Stella Leopold, Hausbesorger, 8., Pfeilgasse 30; Sturmb Hugo, Leichenbestattungs-Unternehmer, 8., Piaristengasse 43; Ullmann Josef Orgelbauer, 8., Floriannigasse (Mölkerhof).

9. Gemeindebezirk (Alsergrund).

Vorsitzender: Stary Josef, 9., Franz Josefbahn-Straße 39; Stellvertreter: Schleifer Friedrich, Beamter, 9., Säulengasse 19.

Bezirksräte: Epstein David, Handelsangestellter, 9., Marktgasse 58; Fleischner Rudolfine, Privatlehrerin, 9., Marktgasse 56; Föderl Georg, 9., Badgasse 24; Forster Heinrich, Handelsangestellter, 9., Pramergasse 27; Gerasch Hugo, Kontrollor der Ersten österreichischen Sparkasse, 9., Lustkandlgasse 15; Gießkann Theodor, 9., Bauernfeldplatz 4; Gold Leopold, Tischler, 9., Alserstraße 34; Hart Heinrich, Beamter, 9., Georg Sigl-Gasse 1; Hladky Rudolf, Schriftsetzer, 9., Liechtenstein-

straße 24; Innerhuber Karl, Staatsbahnschaffner, 9., Liechtensteinstraße 127; Jungwirth Josef, Ober-Inspektor, 9., Althanplatz 8; Kripal Josef, Adjunkt, 9., Mariannengasse 19, Löschner Karl, Stadtbaumeister, 9., Nußdorferstraße 42; Lotties Alfred, Direktor, 9., Servitengasse 6; Miklas August, Bürgerschullehrer, 9., Latschkagasse 1; Neudel Gustav, Tischlergehilfe, 9., Löblichgasse 3; Newald Anny v., 9., Währingerstraße 22; Pelzer Ludwig, Hufschmied, 9., Nußdorferstraße 45; Preininger Karl, 9., Latschkagasse 1; Redlich Hugo, Dr. med., 9., Nußdorferstraße 25; Rein Ignaz, Skontist, 9., Eisengasse 14; Sablik Karl, Faktor, 9., Lazarettgasse 32; Steger Johann, 9., Alserstraße 4; Steinfelder Adolf, Tapezierer, 9., Dreihackengasse 4; Stowasser Ignaz, Dr., Advokat, 9., Brünnlbadgasse 18; Tatzl Johann, Postunterbeamter, 9., Canisiusgasse 11; Weber Rudolf, Stadtbaumeister, 9., Alserbachstraße 33; Zikmund Maria, Fabriksarbeiterin, 9., Lustkandlgasse 45.

10. Gemeindebezirk (Favoriten).

Vorsitzender: Sigl August, Privatbeamter, 10., Laxenburgerstraße 10; Stellvertreter: Krist Johann, Kaufmann, 10., Eugenplatz 12.

Bezirksräte: Alt Bertold, Privatbeamter, 10., Erlachplatz 8; Baumgartner Katharina, Arbeitersgattin, 10., Lobgasse 43; Blüml Karl, Oberlehrer, 10., Quellenstraße 156; Cejchan Josef, Gastwirt, 10., Kudlichgasse 36; Dobner Adolf, Fabriks-Direktor, 10., Laxenburgerstraße 77; Fuchs Franz, 10., Knöllgasse 43; Glaser Franz, Schlossergehilfe, 10., Keplergasse 9; Görner Karl, Eisendreher, 10., Alxingergasse 18; Gundacker Franz, Einspänner-Eigentümer, 10., Siccardsburggasse 67; Harlaß Josef, Beamter, 10., Favoritenstraße 114; Hermann Matthias, Volksschullehrer, 10., Erlachplatz 8; Hölzl Anton, Buchdrucker, 10., Laxenburgerstraße 10; Honauer Oskar, Privatbeamter, 10., Keplergasse 9; Honsa Johann, Post-Ober-Offizial, 10., Gudrunstraße 122; Kopriva Julius, Beamter, 10., Laxenburgerstraße 10; Ludwig Johann, Schuhmachermeister, 10., Goethegasse 14; Meidl Anton, Beamter, 10., Buchengasse 9; Mrkwicka Josef, Postunterbeamter, 10., Triesterstraße 73; Pechan Franz, Maschinenschlosser, 10., Quellenstraße 90; Pölzer Amalie, Private, 10., Wielandplatz 5; Reiß Salomon, Ober-Kondukteur, 10., Laxenburgerstraße 10; Rober Valentin, Schlossergehilfe, 10., Laxenburgerstraße 10; Rosenmayer Leopold, Fleischhauer, 10., Columbusgasse 78; Schleimer Anton, Friseur, 10., Laxenburgerstraße 26; Schramm Franz, Beamter, 10., Goethegasse 18; Semrad Stephan, Bürgerschul-Direktor, 10., Rotenhofgasse 7; Somitsch Franz, Privatbeamter, 10., Leibnitzgasse 2; Tichy Wenzel, Fuhrwerksbesitzer, 10., Patrubangasse 5.

11. Gemeindebezirk (Simmering).

Vorsitzender: Zehetbauer Franz, Privatbeamter, 11., Drischützgasse 4; Stellvertreter: Schmölzer Josef, 11., Kopalgasse 49.

Bezirksräte: Babion Josef, Tischlergehilfe, 11., Grillgasse 37; Bernhart Alois, Gärtner, 11., Kaiser-Ebersdorferstraße 49; Diranko Franz, 11., Braunhubergasse 13; Folz Karl, Spirituosenhändler, 11., Gottschalkgasse 11; Friedrich Leonhard, Fuhrwerksbesitzer, 11., Kopalgasse 23; Fuchshofer Johann, Gemischtwarenhändler, 11., Ravelinstraße 2; Geppl Karl, Lagerhalter, 11., Braunhubergasse 25; Grötz Leopold, 11., Hörtengasse 31; Hacker Leopold, Gastwirt, 11., Simmeringer Hauptstraße 60; Janak Wenzel, Tischlergehilfe, 11., Braunhubergasse 25; Kapek Anton, Tischlermeister, 11., Simmeringer Hauptstraße 16; Kopelent Franz, Tierarzt, 11., Simmeringer Hauptstraße 168; Krammer Franz, Bäckermeister, 11., Kaiser-Ebersdorferstraße 298; Kupilik Wenzel, Tischlergehilfe, 11., Braunhubergasse 25; Leitner Karl, Bäckermeister, 11., Kaiser-Ebersdorferstraße 326; Lindner Franz, 11., Hauffgasse 26; Marx Georg, Postamtsdiener, 11., Simmeringer Hauptstraße 111; Medwed Georg, Maschinenschlosser, 11., Felsgasse 3; Nowak Vinzenz, Drehergehilfe, 11., Geiselbergstraße 41; Paulik Anna, Private, 11., Drischützgasse 4; Paulik Josef, Zahlstellenleiter, 11., Drischützgasse 4; Pummer Josef, Kohlenhändler, 11., Grillgasse 33; Rappl Ferdinand, 11., Sedlitzkygasse 22; Schossig Wilhelm, Rentner, 11., Simmeringer Hauptstraße 11; Specht Theresia, Private, 11., Krausegasse 10; Stichenwirth Karl, Ingenieur, 11., Simmeringer Hauptstraße 138; Tuma Viktor, Eisendreher, 11., Braunhubergasse 25; Veith Heinrich, Beamter, 11., Hauffgasse 6.

12. Gemeindebezirk (Meidling).

Vorsitzender: Adlersflügel Matthias, Kassenfabrikant, 12., Wilhelmstraße 41; Stellvertreter: Zanaschka Alois Sekretär, 12., Mandlgasse 17.

Bezirksräte: Bayer Karl, Kanzleioffiziant, 12., Schönbrunnerstraße 236; Bezdeka Johann, Gemischtwarenhändler, 12., Breitenfurterstraße 93; Burghaber Josef, Gastwirt und Hausbesitzer, 12., Schönbrunnerstraße 169; Danek Michael, Holzarbeiter, 12., Oppelgasse 11; Franz Johann, Maschinenmeister, 12., Rotenmühlgasse 63; Gerhold Josef, Direktor, 12., Schönbrunnerstraße 278; Hackl Michael, Betriebsleiter, 12., Wolfganggasse 58; Hanslik Andreas, Rentner und Hausbesitzer, 12., Grünbergstraße 27; Hartl Rudolf, Baumeister, 12., Dörfelstraße 15; Hellner Rudolf, Friseur, 12., Wilhelmstraße 16; Hopp Johann, Buchdrucker, 12., Aßmayergasse 76; Isnenghi Karl, Rentner, 12., Tivoligasse 20; Jaksch Josef, Beamter, 12., Wolfganggasse 23; Knechtl Franz, Schuhwarenfabrikant und Hausbesitzer, 12., Steinbauergasse 20; Mayr Franz, Kanzleidiener, 12., Reschgasse 7; Moritz Gustav, Magister der Pharmazie, 12., Marschallplatz 5; Neumann Ludwig, Kaufmann und Hausbesitzer, 12., Migazziplatz 4; Pirkebner Josef, Kassenbeamter, 12., Schönbrunnerstraße 283; Pisinger Johann, Beamter, 12., Wolfganggasse 58; Reichhart Julius, Werkführer, 12., Längenfeldgasse 58; Schalda Matthäus, Gürtler, 12., Mandlgasse 19; Schromm Karl, Telegraphenmeister, 12., Tanbruckgasse 24; Staller Karl, Werkzeugfabrikant, 12., Vivenotgasse 42; Smutny Bartholomäus, Kassenbote, 12., Klährgasse 22; Unterkircher Luise, Bildhauersgattin, 12., Schönbrunnerstraße 237; Witzelsberger Franz, Gemischtwaren-Verschleißer, 12., Strohberggasse 30; Wolf Karl, Adjunkt, 12., Arndtstraße 75; Zörkler Wilhelm, Bürgerschul-Direktor, 12., Rotenmühlgasse 8.

13. Gemeindebezirk (Hietzing).

Vorsitzender: Karlinger Leopold, Bürger und Hausbesitzer, 13., Cumberlandstraße 42; Stellvertreter: Bieber Friedrich, Staatsbeamter, 13., Auhofstraße 144.

Bezirksräte: Aschermann Eduard, Kaufmann, 13., Diabelligasse 1; Bartisal Adele, Private, 13., Jenullgasse 17; Bechèt Franz, Privatbeamter, 13., St. Veitgasse 51; Beier Albrecht, Lehrer, 13., Sechshauserstraße 108; Bertgen Rudolf, Beamter, 13., Stuweckengasse 23; Blach Leopold, städtischer Steueramts-Direktor i. P., 13., Breitenseerstraße 40; Branko Walter, Offiziant, 13., Deutschordenstraße 2; Dworzak Franz Karl, Vorstand der Wiener Kommunal-Sparkasse i. P., 13., Weiglgasse 14; Endres Franz Xaver, Inspektor der Südbahn i. P., 13., Bossigasse 30; Heinzel Josef, Werkmeister, 13., Linzerstraße 94; Hoff Rudolf, Rechnungs-Direktor, 13., Leegasse 2; Kraft Franz C., Beamter der Kreditanstalt für Handel und Gewerbe, 13., Hadikgasse 148; Lehninger Johann, Straßenbahnbediensteter, 13., Straßenbahnhof Speising, Objekt 1; Liebhart Franz, Cafetier, 13., Ameisgasse 11; Meier Josef, Mehl- und Hülsenfrüchtenhändler, 13., Schanzstraße 15; Neudorfer Leopold, Kaufmann und Hausbesitzer, 13., Linzerstraße 460; Nießner Hermann, Sicherheitswach-Inspektor i. P., 13., Vitusgasse 1; Pelleter Karl, Bürgerschullehrer, 13., Vitusgasse 1; Sauer Johann, Gastwirt und Hausbesitzer, 13., Linzerstraße 105; Schimon Franz, Lokomotivführer, 13., Hackingerstraße 59; Schwaller Josef, gräfl. Domänenrat i. P., 13., Hietzinger Hauptstraße 97; Skoupy Leopold, Schlossergehilfe, 13., Ameisgasse 43; Sommerfeld Josef, Eisenbahner, 13., Märzstraße 139; Stumpf German, Bäckermeister, 13., Am Platz 3; Starzinger, Rudolf, Sekretär der Grazer Waggonfabrik, 13., Lautensackgasse 9; Taubeck Stephan, Manipulant, 13., Spallartgasse 23; Wolf Johann, Stadtbaumeister, 13., Spallartgasse 12; Zuckermann Adolf, Advokaturs-beamter, 13., Weiglgasse 19.

14. Gemeindebezirk (Rudolfsheim).

Vorsitzender: Frey Karl, Beamter, 14., Arnsteingasse 25; Stellvertreter: Wicha Leopold, Bürger, Metallwarenfabrikant und Hausbesitzer, 14., Sturzgasse 18.

Bezirksräte: Brauneiß Josef, Volksschullehrer, 14., Märzstraße 47; Dallinger Johann, Privatier, 14., Holochergasse 3; Dorsch Ferdinand, Ober-Kontrollor, 14., Pouthongasse 28; Geyer Anton, Mechaniker, 14., Fenzlgasse 20; Gleisel Leopold, Diener, 14., Märzstraße 77; Gold Josef, Rauchfangkehrermeister, 14., Johnstraße 67; Hartl Franz, Kanzleidiener, 14., Sturzgasse 19; Halmschlager Franz, Bürgerschullehrer, 14., Sechshauserstraße 54; Hegendorfer Josef, Obsthändler, 14., Braunhirschengasse 41; Hummelbrunner Theodor, Metallarbeiter, 14., Arnsteingasse 33; Jonas Alois, Teppichreiniger und Hausbesitzer, 14., Huglgasse 24; Krikawa Ferdinand, Redakteur, 14., Ullmannstraße 10; Löscher Anton, Bürger und Kaufmann, 14., Sechshausergürtel 3; Mayer Anton, Bürger, Gemischtwaren-Verschleißer und Hausbesitzer, 14., Beckmanngasse 46; Pascher Johann, Bürgerschul-Direktor, 14., Reindorfgasse 35; Paul Heinrich, Bildhauer, 14., Felberstraße 84; Richter Hugo, Offizial der Staatsbahnen, 14., Felberstraße 56; Schmid Karl, Staatsbeamter, 14., Lehnergasse 1; Schwarz Siegmund, Dr., Arzt, 14., Mariahilferstraße 189; Schwarz Rudolf, Feigenkaffee-Erzeuger, 14., Reichsapfelgasse 27; Siegmeth Adolf, Kassier, 14., Goldschlagstraße 43; Sitter Adolf, Bürger, Pfaidler und Hausbesitzer, 14., Storchengasse 8; Toman Anton, Schuhmacher, 14., Goldschlagstraße 110; Vidoni Josef, Bürger, Gemischtwaren-Verschleißer und Hausbesitzer, 14., Schwendergasse 29; Watzek Adolf, Metallschleifer, 14., Kauerhofstiege 13; Wistrzil Agnes, Friseurin, 14., Illekgasse 7; Witzmann Franz, Beamter, 14., Graumanngasse 35; Ziegler Franz, Schmied, 14., Sturzgasse 19.

15. Gemeindebezirk (Fünfhaus).

Vorsitzender: Palesch Franz, Privatier, 15., Pouthongasse 4; Stellvertreter: Grassinger Johann, Privatbeamter, 15., Zinckgasse 17.

Bezirksräte: Barthelme Friedrich, Postunterbeamter, 15., Mariahilferstraße 158; Bauernfeind Johann, Hausbesitzer, 15., Markgraf-Rüdiger-Straße 1; Brusenbauch Peter, Steinmetz, 15., Zwölfergasse 9; Happisch Leopold, Redakteur, 15., Löhrgasse 13; Höretsauer Johann, Gewerkschafts-Sekretär, 15., Dingelstedtgasse 11; Hudetz Edmund, Post-Ober-Offizial, 15., Grenzgasse 20; Jarde Gustav, Ober-Kondukteur der Staatsbahnen, 15., Felberstraße 14; Klar Ferdinand, Postunterbeamter, 15., Reithofferplatz 16; Klimer Eduard, Taschner, 15., Sperrgasse 12; Koch Karl, Buchdrucker, 15., Hackengasse 22; Köhler Anton, Kaufmann, 15., Pelzgasse 12; Königsstetter Käthe, Sekretärin, 15., Felberstraße 26; Kopetzky Josef, Bürgerschul-Direktor i. P., 15., Klementinengasse 27; Krickl Karl, Schuhmachermeister, 15., Goldschlagstraße 3; Marounek Franz, Ober-Rechnungsrat, 15., Maria vom Siege 8; Masacek Johann, Arbeitervereins-Sekretär, 15., Rosinagasse 7; Mayer Heinrich, Goldsticker, 15., Goldschlagstraße 28; Neder Hermine, städtische Lehrerin, 15., Märzstraße 19; Puhwein Viktoria, Krankenkassenbeamtin, 15., Friesgasse 9; Schimonek Emil, Lagerhalter, 15., Zinckgasse 15; Schmutzer Karl, Eisenhändler, 15., Märzstraße 34; Schwarzinger Ferdinand, Post-Offizial, 15., Herklotzgasse 13; Stadler Florian, Vergolder, 15., Robert Hamerling-Straße 32; Tobola Josef, Sekretär, 15., Hagengasse 2; Venus Leopold, Privatbeamter, 15., Hagengasse 2; Windholz Karl, Post-Kontrollor, 15., Haidmannsgasse 6; Wobrausky Ignaz, Kaufmann, 15., Goldschlagstraße 23; Zemanek Hermine, Private, 15., Pilgerimgasse 19.

16. Gemeindebezirk (Ottakring).

Vorsitzender: Pollitzer Johann, Eisendreher, 16., Arnethgasse 96; Stellvertreter: Heigl Josef, Handelskammerrat, Genossenschaftsvorsteher, 16., Hippgasse 26.

Bezirksräte: Amtmann Johann, Tapezierermeister, 16., Brunnengasse 68; Ascher Robert, Prokurist, 16., Reinhardtgasse 4; Barusch Emmerich, Schriftsetzer, 16., Friedmanngasse 19; Berger Adolf, Privatbeamter, 16., Koppstraße 90; Bink Heinrich jun., Fabrikant, 16., Panikengasse 43; Fidrant Wenzel, Schuhmachermeister, 16., Lambertgasse 18; Gollinger Franz, Privatbeamter, 16., Lorenz Mandl-Gasse 8; Hainzelmeier Edmund, Post-Unterbeamter, 16., Grundsteingasse 37; Hofer Georg, Firmen-Vertreter, 16., Ottakringerstraße 156; Jehly Eduard, Schriftsetzer, 16., Menzelgasse 23; Killer Franz, Schuhoberteil-Erzeuger, 16., Gaullachergasse 3; Kraupa Gustav, Beamter, 16., Baldiagasse 2; Kreitsch Josef, Lehrer, 16., Kollburggasse 4a; Kunda Marie, Tabakarbeiterin, 16., Habsburgplatz 5; Lippa Cäcilie, Privatbeamtin, 16., Hasnerstraße 110; Mack Leopold, Monteur, 16., Friedmanngasse 24; Pleska Johann, Hausbesitzer, 16., Ottakringerstraße 189; Pohl Karl, Postamtsdiener, 16., Thaliastraße 46; Rehak Rudolf, Eisendreher, 16., Speckbachergasse 32; Schafranek Emil,

Privatbeamter, 16, Klausgasse 30; Schmidt Karl, Volksschullehrer, 16., Wilhelminenstraße 118; Steinruck Heinrich, Grabstein-Erzeuger, 16., Ottakringerstraße 189; Tichy Franz, Weinschenker, 16., Ottakringerstraße 224; Wagner Josef, Privatbeamter, 16., Hirtlgasse 34; Weingärtner Karl, Bürstenbindermeister, 16, Neulerchenfelderstraße 34; Wimmer Ferdinand, Kaufmann, 16., Koppstraße 30; Zipper Julius, Redakteur, 16., Hasnerstraße 101; Zoubeck Franz, Krankenkassenangestellter, 16., Wilhelminenstraße 77.

17. Gemeindebezirk (Hernals).

Vorsitzender: Kretschek Karl, Hausbesitzer, 17., Steinergasse 13; Stellvertreter: Haidl Anton, Beamter, 17., Helblinggasse 6.

Bezirksräte: Bauer Adolf, Hilfskassen-Sekretär, 17., Palffygasse 8; Bauer Josef, Gastwirt, 17., Wattgasse 84; Ellmann Max, Dr., Arzt, 17., Schadinagasse 1; Felder Johann, Optiker, 17., Mariengasse 31; Heinrich Josef, Metallarbeiter, 17., Rosensteingasse 34; Heschl Friedrich Dr., Arzt, 17., Jörgerstraße 27; Jenschik Anton, Privatbeamter, 17., Beheimgasse 62; Jiricek Johann, Eisendreher, 17., Klemens Hofbauer-Platz 2/3; Konrath Paul, Deichgräbermeister, 17., Dornbacherstraße 113; Kothanek Franz, Rechnungsrat, Hausbesitzer, 17., Lacknergasse 25; Leinmüller Franz, Privatbeamter, 17., Ferchergasse 9; Lindmeier Anton, Bürger, Kanzleileiter und Hausbesitzer, 17., Bartholomäusplatz 2; Matauschek Lambert, Bürger, Kaufmann, 17., Hernalser Hauptstraße 83; Mayer Franz, Gehilfenobmann, 17., Bergsteiggasse 40; Müller Rudolf, Privatbeamter, 17., Ottakringerstraße 80; Nossek Franz, Bürger, Hausbesitzer, 17., Mariengasse 21; Patz Franz, Bürgerschul-Direktor, 17., Hernalser Hauptstraße 128; Reger Karl, Werkmeister, 17., Lobenhauerngasse 3; Resch Leopoldine, Private, 17., Rötzergasse 35; Schlinke Adolf, Privatbeamter, 17., Rosensteingasse 34; Sichart Emmerich, Redakteur, 17., Rosensteingasse 75; Spurny Alois, Dampfwäscherei- und Hausbesitzer, 17., Gschwandnergasse 33; Steidl Leopold, Bürger, Hausbesitzer, 17., Gschwandnergasse 54; Suchanek Bernhard, Lehrer, 17., Hernalser Hauptstraße 64; Twaroch Johann, Bürger, Hausbesitzer, 17., Weidmanngasse 21; Vogt Eduard, Tapezierer und Dekorateur, 17., Geblergasse 12; Wolf Johann, Hilfsarbeiter, 17., Lobenhauerngasse 21; Zimmel Franz, Bürger, Schön- und Schwarzfärber, Hausbesitzer, 17., Hormayrgasse 58.

18. Gemeindebezirk (Währing).

Vorsitzender: Kerner Karl, Bäckermeister, 18., Währingerstraße 148; Stellvertreter: Papouschek Josef, Privatbeamter, 18., Schulgasse 61.

Bezirksräte: Auinger Alois, Post-Kontrollor, 18., Glanzinggasse 42; Bauer Eduard, Buchdruckereibesitzer, 18., Gersthoferstraße 14; Binowetz Karl, Inspektor der Nordbahn, 18., Scheidlstraße 35; Bradler Josef, Staatsbahnschaffner, 18., Währingergürtel; Danel Paul, Tischler, 18., Schopenhauerstraße 29; Denk Karl, Schulrat, 18., Währingerstraße 147; Dworak Wenzel, Spediteur, 18., Gentzgasse 162; Figl Richard, Steuerverwalter, 18., Theresiengasse 46; Gemeiner Elisabeth, Dr. phil., Gentzgasse 118; Grill Franz, Fuhrwerksbesitzer, 18., Gersthoferstraße 137; Gröppl Josef, Spengler, 18., Eduard Weiß-Gasse 1; Guth Wenzel, Ober-Direktor, 18., Gersthoferstraße 111; Heiselmeyer Karl, Genossenschafts-Vorsteher und Wäscheputzer, 18., Schopenhauerstraße 11; Holaubek Karl, Zeitungsverwalter, 18., Semperstraße 59; Kamenicky Hugo, Offizial, 18., Eduardgasse 3; Kleppel August, Münzarbeiter, 18., Karl Beck-Gasse 21; Klinger Alois, Buchhalter, 18., Klostergasse 35; Maschke Anna, Vordruckerin, 18., Schulgasse 30; Odehnal Franz, Dr., Postsparkasse-Sekretär, 18., Schulgasse 30; Schiner Hans, Volksschul-Direktor, 18., Gymnasiumstraße 32; Schmerz Lorenz, Zeitungsbeamter, 18., Theresiengasse 72; Schwarzinger Franz, Ober-Offizial, 18., Wallrießstraße 11; Spazil Franz, Post-Unterbeamter, 18., Schopenhauerstraße 25; Trubrig Anton, Mag. pharm., Kanzleivorstand, 18., Dempschergasse 10; Unger Gustav, Direktor, 18., Gymnasiumstraße 31; Warburg Karl, Buchhaltungsvorstand der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt, 18., Severin Schreiber-Gasse 35; Wedl Franz, Metallarbeiter, 18., Hildebrandgasse 15; Wilfinger Hermann, Weinschänker, 18., Hameaustraße 5.

19. Gemeindebezirk (Döbling).

Vorsitzender: Kuhn Wenzel, Nationalrat, Hausbesitzer, 19., Armbrustergasse 29; Stellvertreter: Hengl Leopold, Wirtschaftsbesitzer, 19., Grinzingerstraße 66.

Bezirksräte: Baar Julius, Landesbeamter, 19., Rudolfinergasse 4; Bilek Cilly, Hilfsarbeiterin, 19., Heiligenstädterstraße 169; Cseppan Nikolaus, Tapezierermeister, 19., Sieveringerstraße 93; Ferge Oskar, Weinbauadjunkt, 19., Sandgasse 35; Hengl Karl, Gastwirt, 19., Himmelstraße 27; Hohm Wilhelm, Handelsgärtner, 19., Weinberggasse 17; Jahn Josef, Monteur, 19., Budinskygasse 4; Kargl Richard, Oberlehrer 19., Kahlenbergerstraße 24; Kotrba Adolf, Anstreicher, 19. Oblkirchergasse 10; Kraus Oskar, Direktor, 19., Friedlgasse 53; Lehner Karl, Hausbesitzer, 19., Sieveringerstraße 168a; Mauthner Hans Martin, Gesellschafter der Firma Mauthner, 19., Gebhardtgasse 13; Mika Josef, Privatbeamter, 19., Heiligenstädterstraße 42; Mohr Anton, Privatbeamter, 19., Heiligenstädterstraße 148; Musil Alois, Kaufmann, 19., Probusgasse 13; Partik Leopold, Gastwirt, 19., Döblinger Hauptstraße 11; Pröll Franz, Bauunternehmer, 19., Heiligenstädterstraße 271; Schiesel Johann, Hausbesitzer, 19., Sollingergasse 28; Schmidt Franz, Gastwirt, 19., Heiligenstädterstraße 201; Selestowitsch Josef, Lehrer, 19., Hofzeile 10; Stumpf Kilian, Bäckermeister, 19., Döblinger Hauptstraße 84; Visintini Franz, Ingenieur, Hauptmann i. d. Res., 19., Gymnasiumstraße 71; Voith Ignaz, Post-Unterbeamter, 19., Krottenbachstraße 36; Weghuber Josef, Monteur, 19., Budinskygasse 4; Weinzinger Karl, Hausbesitzer, 19., Heiligenstädterlände 31; Werner Wilhelm, Bürgerschul-Direktor, 19., Döblinger Hauptstraße 44; Wodianka Alfred, Zoll-Offizial, 19., Döblinger Hauptstraße 18; Woitek Karl, Ober-Offiziant, 19., Pantzergasse 28.

20. Gemeindebezirk (Brigittenau).

Vorsitzender: Janeczek Johann, Kontrollor, 20., Vorgartenstraße 84; Stellvertreter: Behnert Robert, Hotelier, 20., Treustraße 74.

Bezirksräte: Adler Karl, Bahnbediensteter, 20., Handelskai 12; Beer Rudolf, Privatbeamter, 20., Webergasse 13; Blum Julius, Ober-Buchhalter, 20., Wallensteinstraße 21;

Breuer Johann, Metallarbeiter, 20., Salzachstraße 1; Derbl Josef, Gewerkschaftsbeamter, 20., Klosterneuburgerstraße 107; Eckert Ignaz, Hausbesitzer, 20., Greiseneckergasse 25; Fabrici Gustav, Finanz-Ober-Verwalter, 20., Engerthstraße 39; Geßl Josef, Gießer, 20., Hannovergasse 7; Glaser Josef, Flaschenbierhändler, 20., Jägerstraße 35; Kaps Julius, Trafikant und Branntweinschänker, 20., Burghardtgasse 18; Kienast Josef, Fabriksbeamter, 20., Ospelgasse 28; Kutschera Johann, Dreher, 20., Pappenheimgasse 51; Lachner rekte Wotzy Josef, Kaufmann, 20., Wallensteinstraße 45; Mochek Josef, Schlosser, 20., Dresdnerstraße 46; Morgenstätter Ludwig, Werkführer, 20., Hellwagstraße 31; Münzker Marie, Private, 20., Pasettistraße 31; Neubauer Josef, Baumeister, 20., Stromgasse 60; Ponesch Jakob, Staatsbeamter, 20., Wasnergasse 19; Prillisauer Andreas, Hotelier, 20., Wallensteinstraße 6; Scherry Michael, Ingenieur, 20., Vorgartenstraße 63; Schöfer Alois, Bürgerschul-Direktor i. P., 20., Jägerstraße 4; Skokan Ludwig, Zuckerbäcker, 20., Nordbahnstraße 8; Tameller Josef, Bohrist, 20., Dresdnerstraße 53; Wagner Heinrich, Depotleiter, 20., Brigittagasse 13; Wimmer Franz, Kleinfuhrwerker, 20., Staudingergasse 4; Wanicek Marie, Volksschullehrerin, 20., Brigittaplatz 17; Wyt Josef, pens. Straßenbahnbediensteter, 20., Leipzigerstraße 18; Zesulka Franz, Geschäftsführer, 20., Klosterneuburgerstraße 100.

21. Gemeindebezirk (Floridsdorf).

Vorsitzender: Bretschneider Franz, Privatbeamter, 21., Bismarckplatz 10; Stellvertreter: Scholz Emil, bürgerlicher Gastwirt und Hausbesitzer, 21., Leopoldauerstraße 18.

Bezirksräte: Amadeo Adolf, Privatbeamter, 21., Angererstraße 14; Babitsch Jakob, Privatbeamter, 21., Baumergasse 35; Babovsky Franz, Kondukteur, 21., Koloniestraße 127; Binder Emmerich, Ingenieur, Abteilungsleiter der Staatsbahnen, 21., Bauergasse 2; Böhm Leopold, Wirtschafts- und Hausbesitzer, 21., Amtsstraße 20; Brenner Michael, Maschinenwärter, 21., Erzherzog Karl-Straße 241; Brödl Franz, Gärtner und Hausbesitzer, 21., Kagranerplatz 26; Brosch Karl, Bäckermeister und Hausbesitzer, 21., Anton Bosch-Gasse 20; Fallmann Anna, Private, 21., Brünnerstraße 33; Fürst Josef, Stationsmeister, 21., Ostmarkgasse 5; Grübl Theresia, Fabriksarbeiterin, 21., Barnhagengasse 4; Haider Eberhard, Schlosser, 21., Gerichtsstraße 7/9; Hirma Josef, Mechaniker, 21., Siemensstraße 164; Höchsmann Eduard, Modelltischler, 21., Genochplatz 3; Hummelberger Josef, Gärtner und Hausbesitzer, 21., Erzherzog Karl-Straße 202, Jakob Anton, Volksschul-Direktor und Hausbesitzer, 21., Leopoldauerplatz 24; Jiszda Matthäus, Sekretär, 21., Leopoldauerstraße 81; Konorsa Emil, Dreher Angererstraße 14; Pölz Ferdinand, Mechaniker, 21., Brünnerstraße 35; Pultar Josef, Dr., Hof-Sekretär, 21., Brünnerstraße 2; Sarne Rupert, Elektrotechniker, 21., Rußbergstraße 70; Schönbauer Karl, Oberlehrer und Hausbesitzer, 21., Stadlauerstraße 51; Schuhmaier Friedrich, Baumeister, 21., Freytaggasse 3; Schuller Marie, Private, 2., Riepelgasse 17; Schulteis Johann, Bürgerschul-Direktor, 21., Schöpfleuthnergasse 35; Sild Konrad, Kaufmann und Hausbesitzer, 21., Am Spitz 13; Thoma Franz, Spengler, 21., Wagramerstraße 114; Waldenberger Johann, Wagenschreiber, 21., Lang-Enzersdorferstraße 82.

Realitäten-Verkehr in Wien.

Vom 1. bis 31. August 1918.

(Zusammengestellt vom Zentral-Wahl- und Steuerkataster der Stadt Wien.)

1. Bez., Franzensring 20, Einl.-Z. 295, bisheriger Besitzerin Amalia Löwenstein ½, grundbücherlich übertragen an m. Hans Gustav Böhm, m. Katharina Böhm, je ¼, am 5. August 1918.
" " Nibelungengasse 15, E.-Z. 820, bish. Bes. Gräfin Gabriele Szechenyi v. Sarvar und Felsövidek, Prinzessin Marie zu Windischgraetz, geb. Gräfin Szechenyi, je ½, grdb. übertr. an die Oesterreichischen Siemens-Schuckert-Werke, am 19. Aug. 1918.
" " Parisergasse 4, E.-Z. 848, bish. Bes. Gräfin Flora Wurmbrand-Stuppach, Marie Miller v. Aichholz, je ½, grdb. übertr. an Abraham J. Poljokan, Salomon J. Poljekan, je ½, am 3. Aug. 1918.
" " Pestalozzigasse 3, E.-Z. 858, bish. Bes. Amalia Löwenstein ½, grdb. übertr. an m. Hans Gustav Böhm, m. Katharina Böhm, je ¼, am 5. Aug. 1918.
" " Reichsratsstraße 5, E.-Z. 921, bish. Bes. Dr. Ernst Marbach, grdb. übertr. an Angela Marbach, am 21. Aug. 1918.
2. Bez., Stephaniestraße 12, E.-Z. 15, bish. Bes. Dr. Eduard Schorr, grdb. übertr. an Josef Zadik Danon ½, Cesar Josef Danon, Mosco Josef Danon, je ¼, am 3. Aug. 1918.
" " Ferdinandstraße 22, E.-Z. 512, bish. Bes. Marie Gerhardt 5/12, grdb. übertr. an Marie Winkler 5/12, am 20. Aug. 1918.
" " Herminengasse 18, E.-Z. 720, bish. Bes. Gräfin Marie Alberti, Gisela v. Dahnon, je ¼, Graf Wilhelm Alberti d'Enno, Gräfin Angelika Alberti d'Enno, je ⅛, grdb. übertr. an Simon Reich ¾, am 13. Aug. 1918.
" " Kleine Pfarrgasse 35, E.-Z. 1316, bish. Bes. Minna Franziska Gastfreund, grdb. übertr. an Benjamin Schönker, Hudessa Schönker, je ½, am 8. Aug. 1918.
" " Alliiertenstraße 7, E.-Z. 1332, bish. Bes. Ida Marmorek, verehelichte Klapp 12/12, grdb. übertr. an Salomea Holiczer, Eugenia Holiczer, je ½, am 22. Aug. 1918.
" " Handelskai 208, E.-Z. 1484, bish. Bes. Rudolf Swoboda, Wilhelm Swoboda, Marie Simic, Amalia Marawetz, je ¼, grdb. übertr. an Albert Kohn, Fanni Löwy, je ½, am 3. Aug. 1918.
" " Rembrandtstraße 23, E.-Z. 1566, bish. Bes. Fanni Czysz, grdb. übertr. an Jakob Nizuiski (richtig Nizinski), am 5. Aug. 1918.
" " Rembrandtstraße 25, E.-Z. 1567, bish. Bes. Fanni Czysz, grdb. übertr. an Adolf Schreiber, am 6. Aug. 1918.
" " Schiffmühlenstraße 72, E.-Z. 1717, bish. Bes. Cäzilie Adler, Marie Neubauer, je 1/3, grdb. übertr. an Franz Nowak 2/3, am 7. Aug. 1918.
" " Schiffmühlenstraße 72, E.-Z. 1717, bish. Bes. Fritz Rainer 1/3, grdb. übertr. an Franz Nowak 1/3, am 13. Aug. 1918.
" " Schüttaustraße 45, E.-Z. 1778, bish. Bes. Antonia Wilhelmine Weiß, grdb. übertr. an Franz Kühtreiber, am 8. Aug. 1918.
" " Schüttelstraße 95, E.-Z. 1851, bish. Bes. Gustav Roigk, grdb. übertr. an Alexander Pelzl, am 22. Aug. 1918.
" " Große Sperlgasse 40, E.-Z. 1922, bish. Bes. Minna Franziska Gastfreund, grdb. übertr. an Benjamin Schönker, Hudessa Schönker, je ½, am 3. Aug. 1918.
" " Stephaniestraße 2, E.-Z. 2025, bish. Bes. Isaak Seiberling, grdb. übertr. an die Dianabad-Aktienunternehmung in Wien, am 9. Aug. 1918.
" " Taborstraße 23, E.-Z. 2065, bish. Bes. Marie Wittmann 145/2128, grdb. übertr. an Dr. Hugo Wittmann, Irene Wittmann, Karl Wittmann, je 145/9408, am 24. Aug. 1918.
" " Taborstraße 30, E.-Z. 2070, bish. Bes. Dr. Josef Rainer 1/24, grdb. übertr. an Anton Rainer 1/24, am 23. Aug. 1918.
" " Taborstraße 41, E.-Z. 2078, bish. Bes. Wilhelm Scharl 1/6, grdb. übertr. an Heinrich Schlichter, Luise Abel, je 1/12, am 7. Aug. 1918.
" " Tandelmarktgasse 24, E.-Z. 2140, bish. Bes. Marie Wittmann 1/4, grdb. übertr. an Dr. Hugo Wittmann, Irene Wittmann, Karl Wittmann, je 1/12, am 24. Aug. 1918.
" " Volkertplatz 8, E.-Z. 2306, bish. Bes. Karl Kinzel, grdb. übertr. an Gottlieb Brazda, Agnes Brazda, je ½, am 23. Juni 1918.
" " Vorgartenstraße 189, E.-Z. 3109, bish. Bes. Rudolf Reichelt, grdb. übertr. an die Gemeinnützige Ein- und Mehrfamilienhäuser-Baugenossenschaft für Eisenbahner, reg. G. m. b. H., am 8. Aug. 1918.
2. Bez., Untere Augartenstraße 26, E.-Z. 3786, bish. Bes. die Sparkasse Schwaz in Tirol, grdb. übertr. an Ludwig Neumann, am 6. Aug. 1918.
" " Obere Donaustraße 12, E.-Z. 4031, bish. Bes. Samuel Gottlieb, Minna Gottlieb, je ½, grdb. übertr. an Moses Hirsch Neugröschel, Ester Neugröschel, je ½, am 12. Aug. 1918.

2. Bez., Ausstellungsstraße 63, E.-Z. 4902, bish. Bes Sophie Syrowatka, grdb. übertr. an Wilhelm Karasek, Emma Karasek, je ½, am 9. Aug. 1918.
" " Stuwerstraße 58, E.-Z. 4906, bish. Bes. Gräfin Thekla Johanna Attems, Reichsgraf Heinrich v. Attems-Petzenstein, je ½, grdb. übertr. an m. Stella Herschkowitz, m. Hilda Herschkowitz, m. Irene Herschkowitz, m. Gisela Herschkowitz, je ¼, am 9. Aug. 1918.
" " Sebastian Kneippgasse 5, E.-Z. 4907, bish. Bes. Gräfin Thekla Johanna Attems, Reichsgraf Heinrich v. Attems-Petzenstein, je ½, grdb. übertr. an m. Stella Herschkowitz, m. Hilda Herschkowitz, m. Irene Herschkowitz, m. Gisela Herschkowitz, je ¼, am 9. Aug. 1918.
" " Kronprinz Rudolf-Straße 28, E.-Z. 5194, bish. Bes. Hugo Ervin, Grete Ervin, je ½, grdb. übertr. an Berhaz Ballatat Reszveny Tarsasag, am 10. Aug. 1918.
" " Schönngasse 13, E.-Z. 5586, bish. Bes. Adolf Neugebauer, grdb. übertr. an Emanuel Koutnik, Marie Koutnik, je ½, am 17. Aug. 1918.

3. Bez., Apostelgasse 39, E.-Z. 52, bish. Bes. Alois Pagler, Hermine Pagler, je ½, grdb. übertr. an Raphael Kanzah, am 8. Aug. 1918.
" " Dietrichgasse 14, E.-Z. 247, bish. Bes. Gustav Turetschek, grdb. übertr. an Alfred Freiherrn v. Fromm ½, am 12. Aug. 1918.
" " Dietrichgasse 32 a, E.-Z. 266, bish. Bes. Josefine Sorger, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 9. Aug. 1918.
" " Erdbergstraße 148, E.-Z. 447, bish. Bes. Baronin Adaschka Gagern, geb. Baronin Lepel, Baronin Mira Lepel, verehel. Malzat, Baron Paul Lepel, je ⅛, grdb. übertr. an Baron Peter Lepel ¾, am 19. Aug. 1918.
" " Landstraßer Hauptstraße 70, E.-Z. 906, bish. Bes. Ignaz Frankl ¼, grdb. übertr. an Gustav Frankl ¼, am 18. Aug. 1918.
" " Löwengasse 5, E.-Z. 1027, bish. Bes. Siegfried Feldbauer ⅒, grdb. übertr. an Jakob Feldbauer ⅒, am 10. Aug. 1918.
" " Messenhausergasse 5, E.-Z. 1124, bish. Bes. Johann Heinz ½, grdb. übertr. an Konrad Heinz, Rosa Heinz, Anna Heinz, Antonie Heinz, Helene Heinz, je ⅒, am 22. Aug. 1918.
" " Rennweg 68, E.-Z. 1348, bish. Bes. Elisabeth Jovanovic, Emilie Pinhack, m. Johanna Raczizky, je ¼, m. Viktor Hutter, m. Emilie Hutter je ⅛, grdb. übertr. an Dr. Artur Sinnreich, am 10. Aug. 1918.
" " Sophienbrückengasse 12, E.-Z. 1504, bish. Bes. Dr. Oskar Rind, Gisela Rind, je ½, grdb. übertr. an das Russische Bad Brdlik und Bursztyn G. m. b. H., am 31. Aug. 1918.
" " Schimmelgasse 21, E.-Z. 1523, bish. Bes. Karl Herndl 46/1056, grdb. übertr. an Berta Wenzl 46/1056, am 7. Aug. 1918.
" " Schimmelgasse 21, E.-Z. 1523, bish. Bes. Otto Herndl 46/1056, grdb. übertr. an Therese Pleska 46/1056, am 7. Aug. 1918.
" " Schimmelgasse 21, E.-Z. 1523, bish. Bes. Franz Herndl jun. 46/1056, grdb. übertr. an Otto Göschl 46/1056, am 7. Aug. 1918.
" " Hintermoyergasse 9, E.-Z. 2043, bish. Bes. Wiener Bankkreditbank A.-G., grdb übertr. an Johann Slavicek, am 3. Aug. 1918.
" " Erdbergstraße 15, E.-Z. 2813, bish. Bes. Baronin Adaschka Gagern, geb. Baronin Lepel, Baronin Mira Lepel, verehel. Malzat, Baron Paul Lepel, je ⅛ grdb. übertr. an Baron Peter Lepel ¾, am 17. Aug. 1918.
" " Gestettengasse 15, E.-Z. 2814, bish. Bes. Baronin Adaschka Gagern, geb. Baronin Lepel, Baronin Mira Lepel, verehel. Malzat, Baron Paul Lepel, je ⅛, grdb. übertr. an Baron Peter Lepel ¾, am 17. Aug. 1918.
" " Gestettengasse 17, E.-Z. 2815, bish. Bes. Baronin Adaschka Gagern, geb. Baronin Lepel, Baronin Mira Lepel, verehel. Malzat, Baron Paul Lepel, je ⅛, grdb. übertr an Baron Peter Lepel ¾, am 17. Aug. 1918.
" " Weißgärberlände 8, E.-Z. 3282, bish. Bes. Frieda Salvendy, grdb. übertr. an Viktor Schloß, am 13. Aug. 1918.

4. Bez., Alleegasse 40, E.-Z. 33, bish. Bes. Marie Latschenberger ⅛, grdb. übertr. an Dr. Josef Liebermann ⅛, am 10. August 1918.
" " Alleegasse 55, E.-Z. 45, bish. Bes. Hermann Hüller, Elsa v. Götz, Marie Poka de Pokafalva, Leopoldine Wallner, Sophie Thurner, je ⅛, grdb. übertr. an Gräfin Gabriele Szechenyi, am 17. Aug. 1918.
" " Belvederegasse 30, E.-Z. 78, bish. Bes. Anna Böhler, grdb. übertr. an Therese Koll, geb Gleich, am 16. August 1918.
" " Favoritenstraße 44, E.-Z. 128, bish. Bes. Franz Katzer ½, grdb. übertr. an Elise Budischowsky ½, am 24. Aug. 1918.
" " Freundgasse 2, E.-Z. 169, bish. Bes. Hermann Kuner, Regine Kuner, je ½, grdb. übertr. an Adolf Liebeskind, Berta Liebeskind, je ½, am 30. Aug. 1918.

4. Bez., Karlsgasse 5, E.-Z. 324, bish. Bes. Marie Pichler, grdb. übertr. an Dr. Hans Pichler, Alice Pichler, je ½, am 9. Aug. 1918.
" " Kolschitzkygasse 9, E.-Z. 404, bish. Bes. Allgemeines unentgeltliches Kinderspital St. Josef, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 21. Aug. 1918.
" " Kolschitzkygasse 11, E.-Z. 405, bish. Bes. Verein zur Erhaltung des unentgeltlichen Kinderspitales St. Josef, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 21. Aug. 1918.
" " Kolschitzkygasse 13, E.-Z. 406, bish. Bes. Verein zur Erhaltung des unentgeltlichen Kinderspitales St. Josef im 4. Gemeindebezirke Wieden, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien am 21. Aug. 1918.
" " Paniglgasse 5, E.-Z. 590, bish. Bes. Adolf Lohmeyr, grdb. übertr. an Leda Djebaroff, am 7. Aug. 1918.
" " Schleifmühlgasse 21, E.-Z. 731, bish. Bes. Siegmund Weiß, ⅛, grdb. übertr. an Jakob Reinhold, am 6. Aug. 1918.
" " Viktorgasse 3, E.-Z. 829, bish. Bes. Anna Böhler, grdb. übertr. an Therese Koll, geb. Gleich, am 16. Aug. 1918.
" " Viktorgasse 5, E.-Z. 831, bish. Bes. Anna Böhler, grdb. übertr. an Therese Koll, geb. Gleich, am 16. Aug. 1918.
" " Viktorgasse 12, E.-Z. 835, bish. Bes. Max Notthaft, Karl Jagersberger, je ½, grdb. übertr. an Ihre Exzellenz Frau Annie Dumba-Lieven, am 1. Aug. 1918.
" " Belvederegasse 11, E.-Z. 1027, bish. Bes. Wiener Baugesellschaft, grdb. übertr. an Friedrich Alfred Karplus, Hans Karplus, je ½, am 24. Aug. 1918.
" " Belvederegasse 9, E.-Z. 1028, bish. Bes. Wiener Baugesellschaft, grdb. übertr. an Friedrich Alfred Karplus, Hans Karplus, je ½, am 24. Aug. 1918.
" " Belvederegasse 7, E.-Z. 1029, bish. Bes. Wiener Baugesellschaft, grdb. übertr. an Friedrich Alfred Karplus, Hans Karplus, je ½, am 24. Aug. 1918.
" " Belvederegasse 5, E.-Z. 1030, bish. Bes. Wiener Baugesellschaft, grdb. übertr. an Friedrich Alfred Karplus, Hans Karplus, je ½, am 24. Aug. 1918.
" " Seisgasse 8, E.-Z. 1191, bish. Bes. Johann Herzog, grdb. übertr. an Dr. Oskar Gold, Emmy Gold, je ½, am 20. Aug. 1918.
" " Prinz Eugen-Straße 30, E.-Z. 1335, bish. Bes. Leopold Freiherr v. Chlumecky, grdb. übertr. an Albert Homsy, am 31. Aug. 1918.
" " Viktorgasse 12 a, E.-Z. 1342, bish. Bes. Max Notthaft ½, grdb. übertr. an Karl Jagersberger ½, am 8. Aug. 1918.
" " Wiedner Gürtel 66, E.-Z. 1345, bish. Bes. Julius Müller, grdb. übertr. an Rudolf Löw-Beer, am 13. Aug. 1918.
" " Wiedner Gürtel 64, E.-Z. 1346, bish. Bes. Julius Müller, grdb. übertr. an Marianne Löw-Beer, am 13. Aug. 1918.

5. Bez., Obere Amtshausgasse 34, E.-Z. 10, bish. Bes. Julie Fechner, verehel. Horak, grdb. übertr. an Salamon Guistein, Franziska Guistein, je ½, am 24. Aug. 1918.
" " Diehlgasse 52, E.-Z. 71, bish. Bes. Wilhelm Wolf ½, Siegmund Haas-Schweinburg ½, grdb. übertr. an Josef Karl Alois Wolf, am 31. Aug. 1918.
" " Castelligasse 21, E.-Z. 122, bish. Bes. Bertha Wenzl 46/1056, grdb. übertr. an Karl Herndl, 46/1056, am 7. Aug. 1918.
" " Castelligasse 21, E.-Z. 122, bish. Bes. Therese Pleska 46/1056, grdb. übertr. an Otto Herndl 46/1056, am 7. Aug. 1918.
" " Castelligasse 21, E.-Z. 122, bish. Bes. Otto Göschl 46/1056, grdb. übertr. an Franz Herndl jun. 46/1056, am 7. Aug. 1918.
" " Gartengasse 7, E.-Z. 275, bish. Bes. Marie Ottmann, grdb. übertr. an Marie Dolezal, am 1. Aug. 1918.
" " Am Hundsturm 4, E.-Z. 425, bish. Bes. Hermann Hans Karl Rückauf, Karl Viktor Stephan Rückauf, je ½, grdb. übertr. an Eduard Löwy ½, Siegmund Löwy, Mathilde Löwy, je ¼, am 13. Aug. 1918.
" " Johannagasse 36, E.-Z. 583, bish. Bes. Anna Holzinger, Adolf Blahout, Antonie Blahout, Franz Blahout, Marie Blahout, verehel. Kocky, je ²/₁₀, grdb. übertr. an Irene Hecht, am 29. Aug. 1918.
" " Krongasse 3, E.-Z. 676, bish. Bes. Johann Kopestinsky ¼, grdb. übertr. an Marie Kopestinsky ¼, am 27. Aug. 1918.
" " Siebenbrunnengasse 19, E.-Z. 1064, bish. Bes. Karl Pleimer ½, Franz Pleiner, Karl Pleiner jun., Marie Schönbauer, je ⅙, grdb. übertr. an die Gesellschaft für graphische Industrie, am 7. Aug. 1918.
" " Wimmergasse 23, E.-Z. 1304, bish. Bes. Heinrich Hanak, Berta Hanak, je ½, grdb. übertr. an Johann Poys, Johanna Poys, je ½, am 31. Aug. 1918.
" " Bachergasse 10, E.-Z. 1455, bish. Bes. Berta Wenzl 46/1056, grdb. übertr. an Karl Herndl 46/1056, am 7. Aug. 1918.
" " Bachergasse 10, E.-Z. 1455, bish. Bes. Therese Pleska 46/1056, grdb. übertr. an Otto Herndl 46/1056, am 7. Aug. 1918.
" " Bachergasse 10, E.-Z. 1455, bish. Bes. Otto Göschl 46/1056, grdb. übertr. an Franz Herndl jun. 46/1056, am 7. Aug. 1918.

5. Bez., Arbeitergasse 42, E.-Z. 1505, bish. Bes. Elisabeth Friesinger 1/2, grdb. übertr. an Josef Friesinger, Johann Friesinger, je 1/4, am 10. Aug. 1918.
" " Diehlgasse 29, E.-Z. 1540, bish. Bes. Johann Bachl, Agnes Bachl, je 1/2, grdb. übertr. an Dr. Paul Engel, Georg Engel, je 1/2, am 16. Aug. 1918.
" " Anzengrubergasse 11, E.-Z 1944, bish. Bes. Anton Patak, grdb. übertr. an Franz Patak, am 5. Aug. 1918.
" " Leitgebgasse 11, E.-Z. 2059, bish. Bes. Marie Stradner, grdb. übertr. an Johann Partik, Anna Partik, je 1/2, am 26. Aug. 1918.
" " Vogelsanggasse 35, E.-Z. 2216, bish. Bes. Adolf Blicher, Friederike Blicher, je 1/2, grdb. übertr. an Franz Knoll, Marie Knoll, je 1/2, am 23. Juli 1918.
" " Wiedner Hauptstraße 129, E.-Z. 2328, bish. Bes. Josef Zika, grdb. übertr. an Osias Steinfeld, Olga Steinfeld, je 1/2, am 13. Aug. 1918.
" " Gassergasse 1, E.-Z. 2391, bish. Bes. Romuald Pieczacka, grdb. übertr. an Josef Kerner, am 5. August 1918.
6. Bez., Braungasse 5, E.-Z. 57, bish. Bes. die Gemeindesparkasse Joslowitz, grdb. übertr. an Dr. Bernhard Heinrich Straßberg, am 20. Aug. 1918
" " Gumpendorferstraße 109, E.-Z. 323, bish. Bes. Franz Lindenthal, grdb. übertr. an Berta Jolles, am 1. Aug. 1918.
" " Millergasse 39, E.-Z. 751, bish. Bes. Anna Maria Magdalena Geiger, grdb übertr. an Rudolf Hohner, Theresia Hohner, je 1/2, am 7. Aug. 1918.
" " Sandwirtgasse 19, E.-Z. 899, bish. Bes. Eduard Sievert, Marie Sievert, je 1/2, grdb. übertr. an Josefine Miader, am 29. Aug. 1918.
" " Stumpergasse 26, E.-Z. 972, bish. Bes. Ludwig Krizek, Friedrich Krizek, je 1/2, grdb. übertr. an Josef Unger, Marie Unger, je 1/2, am 3. Aug. 1918.
" " Stumpergasse 53/55, E.-Z. 996, bish. Bes. Ludwig Riepl, m. Elisabeth Linser, je 1/3, grdb. übertr. an August Matisch 2/3, am 15. Aug. 1918.
" " Mittelgasse 35, E.-Z. 1041, bish. Bes. Eduard Viktor Schön, grdb. übertr. an Desiderius Schwarz, Berta Schwarz, Alois Fischl, Marie Fischl, je 1/4, am 14. Aug. 1918.
" " Loquaiplatz 11, E.-Z. 1271, bish. Bes. Rosa Fasol, Pauline Fasol, Helene Fasol, je 1/3, grdb. übertr. an Elias Reich, Paula Reich, je 1/2, am 16. Aug. 1918.
7. Bez., Burggasse 20, E.-Z. 141, bish. Bes. Dr. Josef Blumauer Edler v. Montenave 1/6, grdb. übertr. an Dr. Willi Blumauer Edlen v. Montenave, Marie Marschovsky, geb. Edle v. Montenave, je 1/12, am 10. Aug. 1918.
" " Burggasse 31, E.-Z. 145, bish. Bes. Julius Beck 1/2, grdb. übertr. an Rosa Beck 1/2, am 18. Aug. 1918.
" " Burggasse 64, E.-Z. 174, bish. Bes. Johann Reiß 4/30, grdb. übertr. an Josef Schön 4/30, am 3. Aug. 1918.
" " Kaiserstraße 30, E.-Z. 353, bish. Bes. Marie Kaiser, grdb. übertr. an die Firma Hochmuth & Gerstmann, am 23. Aug. 1918.
" " Lerchenfelderstraße 15, E.-Z. 514, bish. Bes. Percivalia Nowak 1/2, Elisabeth Weinberger, Irene Engel, verehel. Zechner, je 1/4, grdb. übertr. an Dr. Edmund Kolda 2/3, Therese Kolda 1/3, am 1. Aug. 1918.
" " Lerchenfelderstraße 35, E.-Z. 520, bish. Bes. Rudolf Nilius, grdb. übertr. an Johann Peter Illich, Gastone Illich, Albert Illich, Nikolaus Illich, je 1/4, am 10. Aug. 1918.
" " Lerchenfelderstraße 37, E.-Z. 521, bish. Bes. die Firma „Gutenberghaus", Gebr. Geel, grdb. übertr. an Dr. Felix v. Redlich, am 8. Aug. 1918.
" " Neubaugasse 40, E.-Z. 738, bish. Bes. Dr. Nathan Weindling, Rosa Weindling, je 1/2, grdb. übertr. an Marie Elisabeth Schulz, geb. Kolender, verwitw. Seiper, am 5. Aug. 1918.
" " Neubaugasse 44, E.-Z. 742, bish. Bes. Alexander Kalmar, grdb. übertr. an Adolf Jakobi, Anna Jakobi, je 1/2, am 3. Aug. 1918.
" " Neustiftgasse 11, E.-Z. 788, bish. Bes. Friedrich Schiller, Leopoldine Schiller, je 1/2, grdb. übertr. an August Dent, am 29. Aug. 1918.
" " Neustiftgasse 15, E.-Z. 792, bish. Bes. Klara v. Lapp, grdb. übertr. an Peter Westen, am 5. Aug. 1918.
" " Neustiftgasse 17, E.-Z. 794, bish. Bes. Klara v. Lapp, grdb. übertr. an Peter Westen, am 5. Aug. 1918.
" " Neustiftgasse 19, E.-Z. 796, bish. Bes. Klara v. Lapp, grdb. übertr. an Peter Westen, am 5. Aug. 1918.
" " Siebensterngasse 5, E.-Z. 1005, bish. Bes. Hans Pokorny 1/3, grdb. übertr. an Hermine Padolier 1/3, am 22. Aug. 1918.
" " Stuckgasse 4, E.-Z. 1106, bish. Bes. Hilda Dany 1/2, grdb. übertr. an Artur Levie 1/2, am 2. Aug. 1918.
" " Stuckgasse 4, E.-Z. 1106, bish. Bes. Helene Dany 1/2, grdb. übertr. an Johanna Wagner, verehel. Levie, je 1/2, am 2. Aug. 1918.
" " Stuckgasse 10, E.-Z. 1112, bish. Bes. Bertold Morgenstern, grdb. übertr. an Josef Maschin, am 11. Aug. 1918.

7. Bez., Kandlgasse 34, E.-Z. 1391, bish. Bes. Marie Ratz, grdb. übertr. an Dora Esriel, am 30. Aug. 1918.
" " Neubaugürtel 24, E.-Z. 1564, bish. Bes. Johann Schmid 1/2, grdb. übertr. an Adelheid Schmid 1/2, am 18. Juli 1918.
8. Bez., Florianigasse 4, E.-Z. 167, bish. Bes. Karoline Marmorek, grdb. übertr. an das k. k. Aerar, am 12. Aug. 1918.
" " Haspingergasse 5, E.-Z. 220, bish. Bes. Berta Chrioni, Rudolf Kazda, Hans Kazda, Marie Uebelaker, verwitw. Zarnba, Aloisia Stach, Renee Weihrauch, Franz Kazda, Rosalia Krafi, je 1/8, grdb. übertr. an Aloisia Schillinger, Franziska Herrmann, je 1/2, am 4. Aug. 1918.
" " Josefstädterstraßr 66, E.-Z. 271, bish. Bes. Josef Schrottenbach 1/224, grdb. übertr. an Josef Schrottenbach 8/224, am 20. Aug. 1918.
" " Langegasse 29, E.-Z 371, bish. Bes. Dr. Anton Ritter v. Frisch, grdb. übertr. an Dr. Hans Ritter v. Frisch, Dr. Otto Ritter v. Frisch, Dr. Ernst Ritter v. Frisch, Dr. Karl Ritter v. Frisch, je 1/4, am 1 Aug. 1918.
" " Schlösselgasse 6, E.-Z. 687, bish. Bes. m. Grete Hammerand 7/40, grdb. übertr. an Anna Hammerand 4/40, Josefine Hammerand, Erhard Hammerand, m. Franziska Hammerand, je 1/40, am 10. Aug. 1918.
" " Zeltgasse 14, E.-Z. 850, bish. Bes. Karl Fibinger, Anna Fibinger, je 1/2, grdb. übertr. an Ing. Dr. Franz Dominik Rybarzewski, am 31. Aug. 1918.
" " Florianigasse 43, E.-Z 1000, bish. Bes. Katharina Reger, verehel. Bürger, grdb. übertr. an Franz Weiß, am 15. Aug. 1918.
" " Schönborngasse 15, E.-Z. 1009, bish. Bes. Margarete Gräfin v. Hoyos, grdb. übertr. an Dr. Rudolf Spiro, Frida Libich, Marianne Spiro, je 1/3, am 20. Aug. 1918.
9. Bez., Alserstraße 32, E.-Z. 44, bish. Bes. das Pensions-Institut für die Bühnen- und Orchester-Angehörigen Oesterreichs in Wien, grdb. übertr. an Edmund Weisweiller, Dr. Moritz Weisweiller, Dr. Gustav Weisweiller, Dr. Viktor Stein, je 1/4, am 27. Aug. 1918.
" " Augasse 13, E.-Z. 83, bish. Bes. Agnes Kaufmann, grdb. übertr. an die Sparkassa der Marktgemeinde Raabs, am 30. Aug. 1918.
" " Widerhofergasse 4, E.-Z. 578, bish. Bes. Josefine Milostny, grdb. übertr. an Maximilian Thürhaus, Sabine Thürhaus, je 1/2, am 27. Aug. 1918.
" " Nußdorferstraße 11 a, E.-Z. 582, bish. Bes. Karl Fischer, grdb. übertr. an Karoline Holzschuh, am 16. Aug. 1918.
" " D'Orsaygasse 11, E.-Z. 664, bish. Bes. Ferdinand Fellner, grdb. übertr. an Robert Reiner jun., am 3. Aug. 1918.
" " Porzellangasse 34, E.-Z. 720, bish. Bes. Karl Pfeffer 1/4, grdb. übertr. an Franz Pfeffer, Marie Lindermann, je 1/8, am 14. Aug 1918.
" " Säulengasse 3, E.-Z. 827, bish. Bes. Aloisia (Luise) Allina, verehel. Englisch, grdb. übertr. an Josef Englisch, am 3. Aug. 1918.
" " Schubertgasse 19, E.-Z. 848, bish. Bes. Aloisia (Luise) Allina, verehel. Englisch, grdb übertr. an Josef Englisch, am 3. Aug. 1918.
" " Wiesengasse 30, E.-Z. 1233, bish. Bes. Anton Patak, grdb. übertr. an Antonie Nevrivy, am 5. Aug. 1918.
" " Rögergasse 21, E.-Z. 1508, bish. Bes. Josef Brandl, Theresia Brandl, je 1/2, grdb. übertr. an Peisach Vogel, Ides Vogel, geb. Rubin, Salomon Vogel, Rosa Vogel, geb. Meier, je 1/4 am 15. Aug. 1918.
" " Dreihackengasse 8, E.-Z. 1793, bish. Bes. Otto Wagner jun., grdb. übertr. an Dr. Philipp Achselrad, am 21. Aug. 1918.
" " Lustkandlgasse 45, E.-Z. 1947, bish. Bes. Eduard König, grdb. übertr. an Anna Weiß, am 15. Aug. 1918.
" " Borschkegasse 11, E.-Z. 1977, bish. Bes. August Krollmann, Emma Krollmann, je 1/2, grdb. übertr. an Marie Pichler, am 27. Aug 1918.
" " Pramergasse 7 E.-Z. 1269, bish. Bes. die A.-G. Montan und Industrialwerke, vorm. Joh. Dav. Starck, grdb. übertr. an die Oesterreichisch-ungarische Glashütten-Gesellschaft, G. m. b. H., am 21. Aug. 1918.
10. Bez., Favoriten, Buchengasse 52, E.-Z. 104, bish. Bes. Hugo Pick, Paula Fleuhaus, je 1/2, grdb. übertr. an Adolf Neugebauer, am 21. Aug. 1918.
" " Favoriten, Buchengasse 105, E.-Z. 134, bish. Bes. Johann Wühl, Leopoldine Wühl, je 1/4, grdb. übertr. an Siegmund Hochermann 1/2, am 23. Aug. 1918.
" " Favoriten, Columbusgasse 1, E.-Z. 181, bish. Bes. Josefa Eret grdb. übertr. an Josefine Fischer, Alfons Eret, je 1/2, am 4. Aug. 1918.
" " Favoriten, Favoritenstraße 136, E.-Z. 665, bish. Bes. Anna Engelmann, verehel. Zeller 1/6, grdb. übertr an Eduard Engelmann 1/6, am 1. Aug. 1918.

10. Bez., Favoriten, Favoritenstraße 202, E.-Z. 710, bish. Bes. Lorenz Nöbauer, Antonie Nöbauer, je ½, grdb. übertr. an Katharina Janowitzer, am 3. Aug. 1918.
„ „ Favoriten, Muhrengasse 21, E.-Z. 1153, bish. Bes. Magdalena Lang, grdb. übertr. an Karl Hittinger, Elisabeth Hittinger, je ½, am 8. Aug. 1918.
„ „ Favoriten, Neusetzgasse 5, E.-Z. 1217, bish. Bes. Anna Engelmann, verehel. Zeller, grdb. übertr. an Eduard Engelmann, am 1. Aug. 1918.
„ „ Favoriten, Quellenstraße 49, E.-Z. 1485, bish. Bes. Hermine Friedmann ½, grdb. übertr. an Israel Friedmann ½, am 16. Aug. 1918.
„ „ Favoriten, Senefelderg sse 40, E.-Z. 1563, bish. Bes. Antonie Rauscher ½, grdb. übertr. an Anton Rauscher, Ludwig Rauscher, je ¼, am 10. Aug. 1918.
„ „ Favoriten, Gudrunstraße 158, E.-Z. 1664, bish. Bes. Johann Schmid, Emmerich Schmid, Ludwig Schmid, je ⅓, grdb. übertr. an Peter Hummel, Rosalia Hummel, je ½, am 6. Aug. 1918.
„ „ Favoriten, Gudrunstraße 169, E.-Z. 1668, bish. Bes. Jakob Wertheim, grdb. übertr. an Ernestine Wertheim ¼, Alfred Wertheim, Hans Wertheim, Margarete Witrofsky, geb. Wertheim, Lilly Stern, geb. Wertheim, je ³/₁₆, am 9. Aug. 1918.
„ „ Favoriten, Waldgasse 5, E.-Z. 1794, bish. Bes. Johann Köpf, grdb. übertr. an Josefine Kubata, am 14. Aug. 1918.
„ „ Inzersdorf-Stadt, Fernkorngasse 41, K.-Nr. 743 E.-Z. 388, bish. Bes. Leopold Lettowsky, Angela Lettowsky, je ½, grdb. übertr. an Abraham Planzer, Rosalia Planzer, je ½, am 15. Aug. 1918.
„ „ Inzersdorf-Stadt, Angeligasse 59, K.-Nr. 349, E.-Z. 483, bish. Bes. Josef Kuchar ½, grdb. übertr. an Anna Kuchar ½, am 1. Aug. 1918.
11. Bez., Kaiser-Ebersdorf, Sellingergasse 7, K.-Nr. 68, E.-Z. 66, bish. Bes. Franz Schmid, Theresia Schmid, je ½, grdb. übertr. an Franz Gerstner, Julianne Gerstner, je ½, am 13. Aug. 1918.
„ „ Simmering, Krausegasse 15, K.-Nr. 44, E.-Z. 39, bish. Bes. Cäcilia Pfisterer, grdb. übertr. an Franz Haydn, Anna Haydn, je ½, am 14. Aug. 1918.
„ „ Simmering, Hauptstraße 75, K.-Nr. 165, E.-Z. 155, bish. Bes. Johann Hetzmann ½, grdb. übertr. an Leopold Jankowitsch ½, am 29. Aug. 1918.
„ „ Simmering, Hauptstraße 71, K.-Nr. 177, E.-Z. 167, bish. Bes. Oskar Tintner ⁵/₇₂, grdb. übertr. an Franz Kaiser ⁵/₇₂, am 17. Aug. 1918.
„ „ Simmering, Rinnböckgasse 63, K.-Nr. 264, E.-Z. 255, bish. Bes. Oskar Tintner ⁵/₂₇, grdb. übertr. an Franz Kaiser ⁵/₇₂, am 30. Aug. 1918.
„ „ Simmering, Simmeringer Hauptstraße 1, K.-Nr. 314, E.-Z. 302, bish. Bes. Theresia Bayer, grdb. übertr. an Theresia Merth, geb. Bayer ²/₃, Dr. Hugo Bayer ¹/₃, am 8. Aug. 1918.
„ „ Simmering, Kaiser-Ebersdorferstraße 24, K.-Nr. 323, E.-Z. 311, bish. Bes. Anna Striegl, grdb. übertr. an Josef Ernst, Theresia Ernst, je ½, am 13. Aug. 1918.
„ „ Simmering, Kopalgasse 9, K.-Nr. 370, E.-Z. 356, bish. Bes. Oskar Tintner ⁵/₇₂, grdb. übertr. an Franz Kaiser ⁵/₇₂, am 30. Aug. 1918.
„ „ Simmering, Simmeringer Hauptstraße 102, K.-Nr. 570, E.-Z. 597, bish. Bes. Katharina Martschitz, grdb. übertr. an Hermann Fillenz, Marie Klein, je ½, am 27. Aug. 1918.
„ „ Simmering, Braunhubergasse 14, K.-Nr. 532, E.-Z. 1308, bish. Bes. Anna Marie Metzker, grdb. übertr. an Paul Metzker, am 27. Aug. 1918.
„ „ Simmering, VI. Landengasse 42, K.-Nr. 692, E.-Z. 1765, bish. Bes. Franz Ujka, Johanna Ujka, je ½, grdb. übertr. an Franz Schedlbauer, Anna Schedlbauer, je ½, am 28. Aug. 1918.
„ „ Simmering, K.-Nr. 825, E.-Z. 2050, bish. Bes. Anna Metzker ½, grdb. übertr. an Paul Metzker ½, am 27. Aug. 1918.
12. Bez., Altmannsdorf, Altmannsdorferstraße 65, K.-Nr. 267, E.-Z. 775, bish. Bes. Matthias Baumann, Leopoldine Baumann, je ½, grdb übertr. an Edmund Steindl, Leopoldine Steindl, je ½, am 23. Aug. 1918.
„ „ Gaudenzdorf, Schönbrunnerstraße 172, K.-Nr. 122, E.-Z. 122, bish. Bes. Rosina Wittemann, grdb. übertr. an Gisa Beer, Ella Beer, Ernst Kohn, je ⅓, am 15. Aug. 1918.
„ „ Hetzendorf, Hetzendorferstraße 153, K.-Nr. 270, E.-Z. 119, bish. Bes. an Ludovika Rothböck, grdb. übertr. an Dr. Eduard Neubauer, am 3. Aug. 1918.
„ „ Hetzendorf, Schlögelgasse 36, K.-Nr. 304, E.-Z. 530, bish. Bes. Johann Schaufler (Kurand), Alois Schaufler, Karl Schaufler, Marie Flügel, Anna Schmierl, Robert Schaufler, m. Hugo Strichatschel, je ⅛, m. Anna Schaufler, m. Aloisia Schaufler, m. Marie Schaufler, m. Karl Schaufler, je ¹/₃₂, grdb. übertr. an Franz Schindler, Antonie Schindler, je ½, am 28. Aug. 1918.
12. Bez., Hetzendorf, Altmannsdorferstraße 34, K.-Nr. 451, E.-Z. 711, bish. Bes. Franz Felkl, grdb. übertr. an Paul Thalwitzer, Franziska Thalwitzer, je ½, am 6. Aug. 1918.
„ „ Unter-Meidling, Reschgasse 26, K.-Nr. 298, E.-Z. 298, bish. Bes. Robert Nowak, Charlotte Nowak, je ½, grdb. übertr. an Rudolf Salzer, am 3. Aug. 1918.
„ „ Unter-Meidling, Rotenmühlgasse 19, K.-Nr. 317, E.-Z. 317, bish. Bes. Ludwig Turgy ⅓, grdb. übertr. an Anton Prah, Josefine Prah ⅙, am 14. Aug. 1918.
„ „ Unter-Meidling, Vivenotgasse 37, E.-Z. 439, K.-Nr. 439, bish. Bes. Elias Diener, grdb. übertr. an Leo Fischel, Otto Zeisel, je ½, am 17. Aug. 1918.
„ „ Unter-Meidling, Vierthalergasse 10, K.-Nr. 475, E.-Z. 475, bish. Bes. Josef Götz, grdb. übertr. an m. Berta Leopoldine Bachl, am 13. Juli 1918.
„ „ Unter-Meidling, Meidlinger Hauptstraße 71, K.-Nr. 540, E.-Z. 540, bish. Bes. August Gramann, Karoline Gramann, je ½, grdb. übertr. an Mischko Klodner Marie Klodner, je ½, am 31. Aug. 1918.
„ „ Unter-Meidling, Rollingergasse 25, K.-Nr. 1043, E.-Z. 880, bish. Bes. Franz Kobenter, grdb. übertr. an Johann Wesely, am 3. Aug. 1918.
„ „ Unter-Meidling, Erlgasse 24 a, K.-Nr. 1003, E.-Z. 955, bish. Bes. Gräfin Thekla Johanna Attems, Reichsgraf Heinrich v. Attems-Petzenstein, je ½, grdb. übertr. an Karl Maresch, am 27. Aug. 1918.
„ „ Unter-Meidling, Breitenfurterstraße 15, K.-Nr. 843, E.-Z. 1208, bish. Bes. Barbara Schmid, grdb. übertr. an Leopold Dienstl, Anna Dienstl, je ½, am 16. Aug. 1918.
„ „ Unter-Meidling, Rottmayergasse 19, K.-Nr. 867, E.-Z. 1242, bish. Bes. Johann Freimann, Marie Freimann, Johann Bauer, Josefa Bauer, je ¼, grdb. übertr. an Josef Dorfinger, Rosina Dorfinger, je ½, am 17. Aug. 1918.
„ „ Unter-Meidling, Längenfeldgasse 78, K.-Nr. 917, E.-Z. 1249, bish. Bes. Marie Riener, grdb. übertr. an Johanna Geiber, am 23. Aug. 1918.
„ „ Unter-Meidling, Ratschkygasse 29, K.-Nr. 1062, E.-Z. 1359, bish. Bes. Georg Nebert, Marie Nebert, je ½, grdb. übertr. an Rudolf Jahn, Marie Jahn, je ½, am 20. Aug. 1918.
„ „ Unter-Meidling, Aßmayergasse 74, K.-Nr. 937, E.-Z. 1377, bish. Bes. Demetrius Strehunetz ¼, grdb. übertr. an Marie Strehunetz ¼, am 2. Aug. 1918.
„ „ Unter-Meidling, Wienerbergstraße 30, K.-Nr. 1055, E.-Z. 1452, bish. Bes. Heinrich Stagl, grdb. übertr. an Franz Sonntag, Marie Sonntag, je ½, am 6. Aug. 1918.
„ „ Unter-Meidling, Koflergasse 19, K.-Nr. 1276, E.-Z. 2174, bish. Bes. Josef Pavel, Josefa Pavel, je ½, grdb. übertr. an Johann Lintner, am 6. Aug. 1918.
„ „ Unter-Meidling, Arndtstraße 9, K.-Nr. 1284, E.-Nr. 2183, bish. Bes. Marie Hilscher, grdb. übertr. an Matthias Fuhry ¾, Marie Fuhry ¼, am 1. Aug. 1918.
„ „ Unter-Meidling, Schallergasse 43, bish. Bes. Leopold Jakob, Antonia Jakob, je ½, grdb. übertr. an Antonia Schürer v., Waldheim ⁶¹/₁₀₀, Marie Woska ³⁹/₁₀₀, am 29. Aug. 1918.
13. Bez., Ober-Baumgarten, Linzerstraße 320, K.-Nr. 18 6, E.-Z. 99 bish. Bes. Baronin Laura Blumencron, geb. v. Bruszlay, grdb. übertr. an Franz Günter, Theresia Günter, je ½, am 11. Aug. 1918.
„ „ Ober-Baumgarten, Linzerstraße 318, K.-Nr. 400, E.-Z. 102, bish. Bes. Hermine Zahn, grdb. übertr. an Leopold Muckenhuber, Johanna Muckenhuber, je ½, am 2. Aug. 1918.
„ „ Ober-Baumgarten, Lautensackgasse 7, K.-Nr. 357, E.-Z. 244, bish. Bes. Mathilde Weiß, grdb. übertr. an Bela Berö, am 4. Aug. 1918.
„ „ Ober-Baumgarten, Hütteldorferstraße 337, K.-Nr. 399, E.-Z. 380, bish. Bes. Rosina Hajek, grdb. übertr. an Hans Sobotka, Virginie Sobotka, je ½, am 28. Aug. 1918.
„ „ Unter-Baumgarten, Linzerstraße 255, K.-Nr. 7, E.-Z. 15, bish. Bes. Edwin Tanzer, grdb. übertr. an Marie Dambórsky, am 29. Aug. 1918.
„ „ Breitensee, Kienmayerstraße 64, K.-Nr. 344, E.-Z. 40, bish. Bes. Ferdinand Zeininger, Theresia Zeininger, je ½, grdb. übertr. an Lukas Schleritzka, Karolina Schleritzka, je ½, am 28. Aug. 1918.
„ „ Breitensee, Mitisgasse 34, K.-Nr. 396, E.-Z. 749, bish. Bes. Sylvester Braun, Julianne Braun, je ½, grdb. übertr. an Anna Rebernik, am 7. Aug. 1918.
„ „ Breitensee, Spallartgasse 23, K.-Nr. 402, E.-Z. 754, bish. Bes. Antonie Sidler, grdb. übertr. an Anton Oesterreicher, am 10. Juli 1918.
„ „ Breitensee, Spallartgasse 23, K.-Nr. 402, E.-Z. 754, bish. Bes. Anton Oesterreicher, grdb. übertr. an Georg Neufellner, Sophie Neufellner, je ½, am 3. Aug. 1918.
„ „ Hietzing, Trauttmansdorffgasse 44, K.-Nr. 148, E.-Z. 145, bish. Bes. Ottomar Maschner, grdb. übertr. an Sophie Schäfer, am 12. Aug. 1918.

13. Bez., Hietzing, Lainzerstraße 105, K.-Nr. 260, E.-Z. 215, bish. Bes. Johann Ritter Liemert-Weiß v. Mainprugg 1/8, grdb. übertr. an Dr. Robert Freiherr v. Czedik 1/8, am 30. Aug. 1918.

" " Hietzing, Altgasse 16, K.-Nr. 188, E.-Z. 272, bish. Bes. Karl Bayer, Josefine Bayer, je 1/2, grdb. übertr. an Ernst Steidtner, Mathilde Steidtner, je 1/2, am 9. Aug. 1918.

" " Hietzing, Lainzerstraße 2, K.-Nr. 344, E.-Z. 328, bish. Bes. Anna Anderle, Johann Anderle, Ottilie Anderle, Rosa Anderle, Berta Anderle, verehel. Leeb, je 1/8, grdb. übertr. an Robert Lehner, am 1. Aug. 1918.

" " Hietzing, Hietzinger Hauptstraße 38 a, K.-Nr. 386, E.-Z. 436, bish. Bes. Betty Wenz 1/2, grdb. übertr. an Rudolf Wenz 1/2, am 9. Aug. 1918.

" " Hütteldorf, Wolfersberggasse 11, K.-Nr. 229, E.-Z. 144, bish. Bes. Dr. Samuel Grünhut 1/4, Dr. Karl Grünhut 7/12, Eleonore Dora Grünhut 1/6, grdb. übertr. an Bernhard Janowitzer, Berta Janowitzer, je 1/2, am 14. Aug. 1918.

" " Hütteldorf, Hüttelbergstraße 12, K.-Nr. 226, E.-Z. 486, bish. Bes. Paul Dömeny, Agnes Ella Landesmann, je 1/2, grdb. übertr. an Markus Moritz Krausz, am 14. Aug. 1918.

" " Hütteldorf, Hüttelbergstraße 47, K.-Nr. 231, E.-Z. 508, bish. Bes. Bettine Waizenkorn, grdb. übertr. an Alexander Just, Josefine Just, je 1/2, am 10. Aug. 1918.

" " Lainz, Lainzerstraße 166, K.-Nr. 105, E.-Z. 40, bish. Bes. Anna Steske, grdb. übertr. an Anna Muck, am 20. Aug. 1918.

" " Penzing, Hadikgasse 64, K.-Nr. 346, E.-Z. 76, bish. Bes. Karl Zach, Hermine Zach, je 1/2, grdb. übertr. an Oskar Fronz, am 8. Aug. 1918.

" " Penzing, Linzerstraße 57, K.-Nr. 171, E.-Z. 221, bish. Bes. Heinrich Jellinek, Jakob Jellinek, je 1/2, grdb. übertr. an Josef Peter, Theresia Peter, je 1/2, am 24. Aug. 1918.

" " Penzing, Hietzinger Kai 63, K.-Nr. 305, E.-Z. 363, bish. Bes. Adolf Adler, grdb. übertr. an Josef Bondy, Martha Bondy, je 1/2, am 8. Aug. 1918.

" " Penzing, Hollergasse 37, K.-Nr. 547, E.-Z. 678, bish. Bes. Georg List, Marie List, je 1/2, grdb. übertr. an Johann Scharrach, Leopoldine Scharrach, je 1/2, am 2. Aug. 1918.

" " Penzing, Hadikgasse 32, K.-Nr. 327, E.-Z. 811, bish. Bes. Dr. Ferdinand Seltsam 1/2, grdb. übertr. an Stephanie Seltsam, 1/2, am 20. Aug. 1918.

" " Penzing, Gurkgasse 57, K.-Nr. 918, E.-Z. 936, bish. Bes. Hermine Johnscher, grdb. übertr. an Johann Kreiner, Aloisia Kreiner, je 1/2, am 25. Aug. 1918.

" " Penzing, Hütteldorferstraße 139, K.-Nr. 934, E.-Z. 947, bish. Bes. Johann Böhm, grdb. übertr. an Adolf Kornspann, Gusti Kornspann, je 1/2, am 15. Aug. 1918.

" " Penzing, Goldschlagstraße 135, K.-Nr. 800, E.-Z. 1056, bish. Bes. Therese Immervoll, grdb. übertr. an Stephan Racz, Teresia Racz, am 24. Aug. 1918.

" " Penzing, Beckmanngasse 37, K.-Nr. 779, E.-Z. 1068, bish. Bes. Johanna Janisch, verehel. Pribitzer, grdb. übertr. an Samuel Grünstein, Gisela Grünstein, je 1/2, am 31. Aug. 1918.

" " Penzing, Meiselstraße 55, K.-Nr. 655, E.-Z. 1109, bish. Bes. Leopoldine Eder, Justine Nacowsky, verehel. Zemplmer, je 1/2, grdb. übertr. an Franziska Skerletz, Antonie Wodraschka, je 1/2, am 9. August 1918.

" " Penzing, Märzstraße 132, K.-Nr. 822, E.-Z. 1117, bish. Bes. die Gemeindesparkasse Joslawitz, grdb. übertr. an Dominik Lehner, am 18. Aug. 1918.

" " Penzing, Hütteldorferstraße 189, K.-Nr. 897, E.-Z. 1197, bish. Bes. Eva Schaller, grdb. übertr. an Julius Tiller, Anna Tiller, je 1/2, am 2. Aug. 1918.

" " Penzing, Hütteldorferstraße 187, K.-Nr. 759, E.-Z. 1198, bish. Bes. Anna Rauscher, grdb. übertr. an Josef Rummel, am 30. Aug. 1918.

" " Penzing, Ameisgasse 73, K.-Nr. 970, E.-Z. 1222, bish Bes Josef Reimer, grdb. übertr. an Alois Patek, Emma Patek, je 1/2, am 9. Aug. 1918.

" " Penzing, Ameisgasse 45, K.-Nr. 817, E.-Z. 1278, bish. Bes. August Novotny, Marie Novotny, je 1/2, grdb. übertr. an Wilhelm Back, Marie Back, je 1/2, am 13. Aug. 1918.

" " Penzing, Matznergasse 24, K. Nr. 992, E.-Z. 1387, bish. Bes. Johann König, Marie König, je 1/2, grdb. übertr. an Rudolf Peschka, Marie Peschka, je 1/2, am 1. Aug. 1918.

" " Penzing, Amortgasse 33, K.-Nr. 830, E.-Z. 1467, bish. Bes. Anton Rainer, Josef Rainer, Katharina Rainer, verehel. Solarcz, je 1/3, grdb. übertr. an Wenzel Böhm, Aloisia Böhm, je 1/2, am 17. Aug. 1918.

" " Penzing, Diesterweggasse 13, K.-Nr. 798, E.-Z. 1547, bish. Bes. Berta Stepanek, grdb. übertr. an Otto Löwy, Dr. Robert Löwy, je 1/2, am 13. Aug. 1918.

" " Penzing, Rupertgasse 3, K.-Nr. 1115, E.-Z. 1586, bish. Bes. Rudolf Ehrlich, Marie Ehrlich, je 1/2, grdb. übertr. an Hedwig Lehrfreund, Wanda Steinhaus, je 1/2, am 20. Aug. 1918.

13. Bez., Penzing, Penzingerstraße 144, K.-Nr. 1049, E.-Z. 1598, bish. Bes. Dr. Franz Bründl, grdb. übertr. an Anna Sachs, Marie Köck, je 1/2, am 30. Aug. 1918.

" " Penzing, Philippsgasse 3, K.-Nr. 772, E.-Z. 1677, bish. Bes. Heinrich Muli 1/2, grdb. übertr. an Rosa Muli 6/32, Herta Muli, Rosa Kriwer, je 5/32, am 28. Aug. 1918.

" " Penzing, Weiglgasse 3 b, K.-Nr. 406, E.-Z. 1689, bish. Bes. Josef Hrdina, Marie Hrdina, je 1/2, grdb. übertr. an Alois Mittag, Marie Mittag, je 1/2, am 15. Aug. 1918.

" " Speising, Anton Langer-Gasse 58, K.-Nr. 261, E.-Z. 539, bish Bes. die Firma Freiberger & Komp., grdb. übertr. an Johann Egger, Viktoria Egger, je 1/2, am 27. Aug. 1918.

" " Ober-St. Veit, Firmiangasse 5, K.-Nr. 124, E.-Z. 1, bish. Bes. Elisabeth, grdb. übertr. an Karl Hirt, Julius Hirt, Richard Hirt, je 1/3, am 14. Aug. 1918.

" " Ober-St. Veit, Flurgasse 1 a, K.-Nr. 661, E.-Z. 49, bish. Bes. die Gemeinnützige Ein- und Mehrfamilienhäuser-Bau-Genossenschaft für Eisenbahner, r. Gen. m. b. H., grdb. übertr. an Sebastian Mondolfo, Hermine Mondolfo, je 1/2, am 23. Aug. 1918.

" " Ober-St. Veit, Rohrbacherstraße 23, K.-Nr. 205, E.-Z. 136. bish. Bes. Karl Tuma, Hermine Tuma, je 1/2, grdb. übertr. an Ign z Josef Löbel, Flora Löbel, je 1/2, am 16. Aug. 1918.

" " Ober-St. Veit, Amalienstraße 13, K.-Nr. 287, E.-Z. 287, bish. Bes. Barbara Zicka 1/4, grdb. übertr. an Anton Stöck, Karoline Stöck, je 1/8, am 31. Aug. 1918.

" " Ober-St. Veit, Amalienstraße 3, K.-Nr. 261, E.-Z. 317, bish. Bes. Hedwig Geldner 5/8, m. Grete Geldner 1/8. grdb. übertr. an Katharina Pelka, am 22. Aug. 1918.

" " Ober-St. Veit, Testarellogasse 10, K.-Nr. 376, E.-Z. 1184, bish. Bes. Anna Banmgartner, grdb. übertr. an Viktor Baumgartner, Karl Baumgartner, Rudolf Baumgartner, Rudolf Aichinger, je 1/4, am 27. Aug. 1918.

" " Ober-St. Veit, Bossigasse 30, K.-Nr. 487, E.-Z. 1470, bish. Bes. Julie Schaufler, grdb. übertr. an Samuel Eduard Michelstädter, Helene Michelstädter, je 1/2, am 6. Aug. 1918.

" " Ober-St. Veit, Testarellogasse 26, K.-Nr. 551, E.-Z. 1571, bish. Bes. Franz Magdlener 1/2, grdb. übertr. an Marie Magdlener 1/4, Emilie Magdlener, Karl Magdlener, je 1/8, am 8. Aug. 1918.

" " Ober-St. Veit, Amalienstraße 28, K.-Nr. 575, E.-Z. 1608, bish. Bes. Emund Kallich, grdb. übertr. an Franz Binder, Auguste Binder, je 1/2, am 26. Aug. 1918.

" " Unter-St. Veit, Kremsergasse 5, K.-Nr. 35, E.-Z. 30, bish. Bes. Ferdinand Richard, Karl Richard, Josef Richard, Marie Richard, je 4/16, grdb. übertr. an Max Seelenmayer, Franziska Seelenmayer, je 1/2, am 23. Aug. 1918.

" " Unter-St. Veit, Reichgasse 40, K.-Nr. 291, E.-Z. 231, bish. Bes. Alma Hagemann, wiederverehel. Walthier, grdb. übertr. an Heinrich Polakiewicz, am 13. Aug. 1918.

" " Unter-St. Veit, St. Veitgasse 18, K.-Nr. 312, E.-Z. 414, bish. Bes. Richard Kola, grdb. übertr. an Arthur Schwarz, Emil Schwarz, je 3/8, Ernst Wahle 1/4, am 13. Aug. 1918.

14. Bez., Rudolfsheim, Grimmgasse 7/9, K.-Nr. 81 und 82, E.-Z. 81, bish. Bes. Leopoldine Rockenbauer 1/2, grdb. übertr. an Leopoldine Rockenbauer, Katharina Rockenbauer, Hermine Rockenbauer, Karl Rockenbauer, je 1/8, am 21. Aug. 1918.

" " Rudolfsheim, Dreihausgasse 10, K.-Nr. 166, E.-Z. 166, bish. Bes. Siegmund Ruetz, Franziska Ruetz, je 1/2, grdb. übertr. an Wilhelm Bedra, Karoline Bedra, je 1/2, am 29. Aug. 1918.

" " Rudolfsheim, Dreihausgasse 8, K.-Nr. 167, E.-Z. 167, bish. Bes. Leopold Zwianer 3924/211200, grdb. übertr. an Johann Zwiamer 3924/211200, am 6. Aug. 1918.

" " Rudolfsheim, Reindorfgasse 8, K.-Nr. 251, E.-Z. 251, bish. Bes. Wunibald Plann 1/2, grdb. übertr. an Anna Hesch 1/2, am 22. Aug. 1918.

" " Rudolfsheim, Reindorfgasse 17, K.-Nr. 258, E.-Z. 258, bish. Bes. Ignaz Heller, grdb. übertr. an Moritz Klein, Malvine Klein, je 1/2, am 15. Aug. 1918.

" " Rudolfsheim, Reichsapfelgasse 26, K.-Nr. 313, E.-Z. 313, bish. Bes. Georg Wenninger, Franziska Wenninger, je 1/2, grdb. übertr. an Josefine Kahlig, am 2. Aug. 1918.

" " Rudolfsheim, Reithofferplatz 10, K.-Nr. 482, E.-Z. 482, bish. Bes. Franz Anton Steiner 10/256, grdb. übertr. an Elisabeth Steiner 10/256, am 3. Aug. 1918.

" " Rudolfsheim, Krollgasse 17, K.-Nr. 836, E.-Z. 1235, bish. Bes. Karoline Egerth, grdb. übertr. an Friedrich Stach, Anna Stach, je 1/2, am 4. Aug. 1918.

" " Rudolfsheim, Goldschlagstraße 93, K.-Nr. 818, E.-Z. 1 316 bish. Bes. Matthias Duitz, Anna Duitz, je 1/2, grdb. übertr. an die prot. Firma Franz Machinek sen., mechanische Fabrik, am 3. Aug. 1918.

" " Rudolfsheim, Johnstraße 43, K.-Nr. 858, E.-Z. 1335, bish. Bes. Julius Frisch, grdb. übertr. an Leopold Hengl, am 27. Aug. 1918.

14. Bez., Sechshaus, Sechshauserstraße 53, K.-Nr. 26, E.-Z. 26, bish. Bes. Richard Kraus 1/2, grdb. übertr. an Hans Kraus, Felix Kraus, m. Franz Rosina Schober, je 1/20, am 26. Aug. 1918.
" " Sechshaus, Hollergasse 12, K.-Nr. 167, E.-Z. 151, bish. Bes. Anton Schöberl 5/20, Anton Schöberl, Rudolf Schöberl, Franz Schöberl, Leopoldine Schöberl, je 4/20, grdb. übertr. an Josef Freund 21/20, am 18. Aug. 1918.

15. Bez., Thalgasse 4, K.-Nr. 34, E.-Z. 34, bish. Bes. Dr. Leopold Weiß, Hermine Weiß, je 1/2, grdb. übertr. an Franz Riha, Irene Riha, je 1/2, am 9. Aug. 1918.
" " Neubaugürtel, K.-Nr. 646, E.-Z. 589, bish. Bes. Marie Bürger 1/4, grdb. übertr. an Josef Bürger, Karl Bürger, Marianne Pelzlbauer, je 1/12, am 21. Aug. 1918.
" " Wurzbachgasse, K.-Nr. 690, E.-Z. 629, bish. Bes. Marie Bürger 1/4, grdb. übertr. an Josef Bürger, Karl Bürger, Marianne Pelzlbauer, je 1/12, am 21. Aug. 1918.

16. Bez., Neulerchenfeld, Gaullachergasse 6, K.-Nr. 140, E.-Z. 3, bish. Bes. Johann Ruf 16/48, grdb. übertr. an Margarete Lichtenstein 16/48, am 21. Aug. 1918.
" " Neulerchenfeld, Gaullachergasse 22, K.-Nr. 148, E.-Z. 18, bish. Bes. Friedrich Mencyk, grdb. übertr. an Gustav Helmreich 32/72, Dr. Egon Helmreich 11/72, Leopoldine Helmreich 19/72, Minna Eckhardt 1/12, am 10. Aug. 1918.
" " Neulerchenfeld, Gaullachergasse 31, K.-Nr. 121, E.-Z. 51, bish. Bes. Johann Mischansky 1/2, grdb. übertr. an Barbara Mischansky 1/2, am 29. Aug. 1918.
" " Neulerchenfeld, Grundsteingasse 47, K.-N. 165, E.-Z. 251, bish. Bes. Adolf Schneider 1/2, grdb. übertr. an Henriette Schneider 1/2, am 1. Aug. 1918.
" " Neulerchenfeld, Brunnengasse 13, K.-Nr. 356, E..Z 444, bish. Bes. Rudolf Bierochs, Leonore Bierochs, je 1/2, grdb. übertr. an Josef Basatko, Marie Basatko, je 1/2, am 6. Aug. 1918.
" " Neulerchenfeld, Brunnengasse 7, K.-Nr. 277, E.-Z. 451, bish. Bes. Anna Töpfer 27680/100000, grdb. übertr. an Rudolf Töpfer 27680/100000, am 3. Aug. 1918.
" " Neulerchenfeld, Brunnengasse 7, K.-Nr. 277, E.-Z. 451, bish. Bes. Rudolf Töpfer 31960/100000, grdb. übertr. an Theresia Brauneg 31960/100000, am 14. Aug. 1918.
" " Neulerchenfeld, Brunnengasse 3, K.-Nr. 249, E.-Z. 452, bish. Bes. Margarete Böhm 118/10000, grdb. übertr. an Karl Hohenecker, Rosa Hohenecker, je 359/10000, am 27. Aug. 1918.
" " Neulerchenfeld, Fröbelgasse 6, K.-Nr. 609, E.-Z. 658, bish. Bes. Johann Bauer, Anna Bauer, je 1/2, grdb. übertr. an Karl Netzl, am 8. Aug. 1918.
" " Neulerchenfeld, Haberlgasse 18, K.-Nr. 712, E.-Z. 702, bish. Bes. Anna Maschka verehel. Habetin, grdb. übertr. an Franziska Poleno, am 2. Aug. 1918.
" " Ottakring, Liebhartstalestraße 9, K.-Nr. 1054, E.-Z. 218, bish. Bes. Adele Lewie, grdb. übertr. an Adolf Beck, Robert Buchsfeld, je 1/2, am 1. Aug. 1918.
" " Ottakring, Huttengasse 77, K.-Nr. 720, E.-Z. 539, bish. Bes. Artur Nascha, Ignaz Nascha, je 1/2, grdb. übertr. an Bernhard Mayer, am 3. Aug. 1918.
" " Ottakring, Hasnerstraße 118, K.-Nr. 567, E.-Z. 561, bish. Bes. m. Josef Oberndorfer 1/2, grdb. übertr. an Marie Hilscher 1/2, am 16. Aug. 1918.
" " Ottakring, Roterdgasse 78, K.-Nr. 63, E.-Z. 624, bish. Bes. Josef Fimberger, grdb. übertr. an Emanuel Schimek, Hermine Ferschner, je 1/2, am 14. Aug. 1918.
" " Ottakring, Feßtgasse 12, K.-Nr. 215, E.-Z. 769, bish. Bes. Franz Zierhut, grdb. übertr. an Ida Lang, am 17. Aug. 1918.
" " Ottakring, Friedrich Kaiser-Gasse 21, K.-Nr. 257, E.-Z. 822, bish. Bes. Johann Pokorny, Philomena Pokorny, je 1/2, grdb. übertr. an Elias Grün, am 2. Aug. 1918.
" " Ottakring, Lambertgasse 9, K.-Nr. 255, E.-Z. 839, bish. Bes. Marie Henke, grdb. übertr. an Hermine Neuwirth, am 27. Aug. 1918.
" " Ottakring, Yppengasse 2, K.-Nr. 650, E.-Z. 1006, bish. Bes. Elisabeth Maruschka, grdb. übertr. an Therese Pröglhof, Josefa Augustin, Elisabeth Kovar, je 1/3, am 13. Juni 1918.
" " Ottakring, Yppengasse 4, K.-Nr. 651, E.-Z. 1078, bish. Bes. Elisabeth Maruschka, grdb. übertr. an Theresia Pröglhof, Josefa Augustin, Elisabeth Kovar, je 1/3, am 13. Juni 1918.
" " Ottakring, Payerlgasse 8, K.-Nr. 2006, E.-Z. 1221, bish. Bes. Ferdinand Schaffhausen 1/2, grdb. übertr. an Adolf Ptlifka, Katharina Achatzi, je 1/4, am 26. Aug. 1918.
" " Ottakring, Wattgasse 8, K.-Nr. 160, E.-Z. 1456, bish. Bes. Aloisia Heß, grdb. übertr. an Franz Stangl, je 1/2, am 2. Aug. 1918.
" " Ottakring, Kulmgasse 4, K. Nr. 1394, E.-Z. 1659, bish. Bes. Leopold Steidl, Wanda Steidl, je 1/2, grdb. übertr. an Aloisia Mayreder, am 2. Aug. 1918.
" " Ottakring, Sandleitengasse 10, K.-Nr. 1346, E.-Z. 2044, bish. Bes. Alois Heffeter, Josefa Heffeter, je 1/2, grdb übertr. an Edmund Müller, Susanne Müller, je 1/2, am 13. Aug. 1918.

16. Bez., Ottakring, Seitenberggasse 46, K.-Nr. 1171, E.-Z. 2303, bish Bes. Barbara Güntersdorfer, grdb. übertr. an Johann Reither. Theresia Reither, je 1/2, am 31. Aug. 1918.
" " Ottakring, Römergasse 65, K.-Nr. 2177, E.-Z. 2306, bish. Bes. Richard Grünwald, grdb. übertr. an Josef Macha, Franziska Macha, je 1/2, am 22. Aug. 1918.
" " Ottakring, Ganglbauergasse 30, K.-Nr. 1243, E.-Z. 2486, bish. Bes. Marie Pirker 1/2, grdb. übertr. an Simon Pirker, m. Karl Pirker, m. Marie Pirker, m. Anna Pirker, je 1/8, am 16. Aug. 1918.
" " Ottakring, Anzengruberplatz 9, K.-Nr. 1689, E.-Z. 3174, bish. Bes. Hermine Parthl, grdb. übertr. an Julie Garai, am 18. Aug. 1918.
" " Ottakring, Kolburggasse 1, K.-Nr. 1909, E.-Z. 3230, bish. Bes. Franz Grünauer, Marie Grünauer, je 1/2, grdb. übertr. an Wilhelm Kubic, Hildegarde Kubic, je 1/2, am 19. Aug. 1918
" " Ottakring, Wurlitzergasse 81, K.-Nr. 2060, E.-Z. 3263, bish. Bes. Marie Eder, grdb. übertr. an August Matras, Julianne Matras, je 1/2, am 2. Aug. 1918.
" " Ottakring, Lienfeldergasse 60 a, K.-Nr. 2142, E.-Z. 3395, bish. Bes. Hermine Pollaschek 1/2, grdb. übertr. an Marie Wimazal 1/2, am 31. Aug. 1918.
" " Ottakring, Seeböckgasse 22 a, K.-Nr. 2125, E.-Z. 3397, bish. Bes. Karl Wild, Julie Wild, je 1/2, grdb. übertr. an Adolf Erker, am 17. Aug. 1918.

17. Bez., Dornbach, Promenadegasse 33, K.-Nr. 148, E.-Z. 268, bish. Bes. Wilhelm Henke, grdb. übertr. an Max Reiß, am 31. Juli 1918.
" " Dornbach, Dornbacherstraße 31, K.-Nr. 97, E.-Z. 366, bish. Bes. Gisela Pohl, grdb. übertr. an Robert Müller, am 30. Aug. 1918.
" " Dornbach, Pointengasse 58, K.-Nr. 152, E.-Z. 396, bish. Bes. Franz Nowak, Marie Nowak, je 1/2, grdb. übertr. an Franziska Scharrach, am 21. Aug. 1918.
" " Dornbach, Rosenackerstraße 17, K.-Nr. 456, E.-Z. 1155, bish. Bes. Aloisia Groß, grdb. übertr. an Max Kaßner, Hermine Kaßner, je 1/2, am 14. Aug. 1918.
" " Hernals, Hernalsergürtel 41, K.-Nr. 2, E.-Z. 7, bish. Bes. Adolf Kohn 1/2, grdb. übertr. an Josef Kohn, Ignaz Kohn, je 1/6, m. Alfred Kohn, m. Hans Kohn, je 1/12, am 14. Aug. 1918.
" " Hernals, Hernalser Hauptstraße 119, K.-Nr. 1120, E.-Z. 136, bish. Bes. Johann Scheidl 1/2, grdb. übertr. an Josefa Scheidl 1/2, am 28. Aug. 1918.
" " Hernals, Ottakringerstraße 46, K.-Nr. 153, E.-Z. 299, bish. Bes. Franz Fischer, Anna Fischer, je 1/2, grdb. übertr. an Paltel Wachtel, Judith Blind, je 1/2, am 30. Aug. 1918.
" " Hernals, Bergsteiggasse 20, K.-Nr. 377, E.-Z. 362, bish. Bes. Matthias Hölgraber, grdb. übertr. an Ferdinand Drechsler, Josefa Drechsler, je 1/2, am 21. Aug. 1918.
" " Hernals, Frauengasse 11, K.-Nr. 163, E.-Z. 530, bish. Bes. Marie Lamsch, Marie Reichl, je 1/2, grdb. übertr. an Johann Durda, Franziska Durda, je 1/2, am 5. Aug. 1918.
" " Hernals, Lobenhauerngasse 4, K.-Nr. 1210, E.-Z. 560, bish. Bes. Katharina Wlasek, grdb. übertr. an Karl Stöhr, am 23. Aug. 1918.
" " Hernals, Geblergasse 83, K.-Nr. 639, E.-Z. 608, bish. Bes. Hermann Bettelheim, Franziska Bettelheim, je 1/2, grdb. übertr. an Elisabeth Amberger, Aloisia Lehner, je 1/2, am 22. Aug. 1918.
" " Hernals, Beheimgasse 65, K.-Nr. 720, E.-Z. 747, bish. Bes. Anna Fröschl 1/18, grdb. übertr. an Theresia Gall, Marie Fröschl, Pauline Plöchl, Karoline Klaus, je 1/90, Marie Fröschl, Hilde Fröschl, Leopoldine Fröschl, je 1/270, am 9. Aug. 1918.
" " Hernals, Hormayrgasse 12, K.-Nr. 252, E.-Z. 831, bish. Bes. Antonie Ripka, grdb. übertr. an Richard Pollatschek, Heinrich Pollatschek, Irma Schönfeld, Karl Pollatschek, je 1/4, am 14. Aug. 1918.
" " Hernals, Rokitanskygasse 47, K.-Nr. 832, E.-Z. 1022, bish. Bes. Alois Moißl, grdb. übertr. an Emma Carli, am 30. Aug. 1918.
" " Herals, Mariengasse 24, K.-Nr. 1159, E.-Z. 1098, bish. Bes. Dr. Hugo Novak, grdb. übertr. an Eugenie Jean, am 10. Aug. 1918.
" " Hernals, Lobenhauerngasse 41, K.-Nr. 1485, E.-Z. 1175, bish. Bes. Rosa Slunecko, grdb. übertr. an Rosa Slunecko, Josef Slunecko, je 1/4, am 5. Aug. 1918.
" " Hernals, Klopstockgasse 4, K.-Nr. 966, E.-Z. 1351, bish. Bes. m. Stephanie Schlapschy, verehel. Mayer, grdb. übertr. an Viktor Wittek, Leopoldine Wittek, je 1/2, am 28. Aug. 1918.
" " Neuwaldegg, Neuwaldeggerstraße 15, K.-Nr. 13, E.-Z. 45, bish. Bes. Lazar Ostoits 1/2, grdb. übertr. an Kamenko Ostoits 1/2, am 28. Aug. 1918.

18. Bez., Gersthof, Ladenburggasse 16. K.-Nr. 125, E.-Z. 179, bish. Bes. Josef Jaitner, Eleonore Jaitner, je ½, grdb. übertr. an Ella Pollak, am 26. Aug. 1918.
" " Gersthof, Erndtgasse 15, K.-Nr 367, E.-Z. 235, bish. Bes. Ignaz Lieberth, Amalie Scheidl, verehel. Lieberth, je ½, grdb. übertr. an Rudolf Kammerhofer, Theresia Kammerhofer, je ½, am 2. Aug. 1918.
" " Gersthof, Erndtgasse 32, K.-Nr. 519, E.-Z. 432 bish. Bes. m. Heinrich Kersch, grdb. übertr. an Georg Deckardt, Paula Deckardt, am 13. Aug. 1918.
" " Gersthof, Herbeckstraße 43, K.-Nr. 171, E.-Z. 443, bish. Bes. Samuel Weiszmann, Hermine Weiszmann, je ½, grdb. übertr. an Vinzenz Neugebauer, am 6. Aug. 1918.
" " Gersthof, Herbeckstraße 57, K.-Nr. 304, E.-Z 562, bish. Bes. Josef Wagner, grdb. übertr. an Emilie Wagner 7/56, Josef Wagner, Rosa Wagner, Hermine Wagner, Emilie Bikimek, Therese Lutz, Anna Kern, Leopoldine Ruppert, je 3/56, am 30. Juli 1918.
" " Gersthof, Scheidlstraße 25, K.-Nr. 570, E.-Z. 935, bish. Bes. Alfred Epstein, grdb. übertr. an Salomon Büschel, am 2. Aug. 1918.
" " Gersthof, Wallrießstraße 85, K.-Nr. 580, E.-Z. 1029, bish. Bes. Ferdinand Kernthaler, Sophie Kernthaler, je ½, grdb. übertr. an Stephan Felix Weil, am 10. Aug. 1918.
" " Gersthof, K.-Nr. 578, E.-Z. 1138, bish. Bes. Ernst Keller, grdb. übertr. an Philipp Grünhut, am 19. Aug. 1918.
" " Pötzleinsdorf, Julienstraße 14, K.-Nr. 176, E.-Z. 78, bish. Bes. m. Rudolf Nechuta ½, grdb. übertr. an Aloisia Nechuta, m. Christiana Nechuta, je ½, am 28. Aug. 1918.
" " Pötzleinsdorf, Pötzleinsdorferstraße 61, K.-Nr. 104, E.-Z. 283, bish. Bes. Rosa Fuchs, grdb. übertr. an Alexander Freiherrn Popper v. Podhragy, am 9. Aug. 1918.
" " Pötzleinsdorf, Pötzleinsdorferstraße 47, K.-Nr. 132, E.-Z. 291, bish. Bes. Marie Strobl ½, grdb. übertr. an Marie Pichler ½, am 6. Aug. 1918.
" " Salmannsdorf, Salmannsdorferstraße 16, K.-Nr. 34, E.-Z. 86, bish. Bes. Rudolf Mattausch, grdb, übertr. an Luise Hafner, am 8. Aug. 1918.
" " Währing, Martinsstraße 85, K.-Nr. 198, E.-Z. 12, bish. Bes. Adele Tiefenfeld v. Eckhardt-Francesconi 14/42, Marie Beil 11/42, grdb. übertr. an die Kommunal-Sparkassa im Bezirke Währing 25/42, am 6. Aug. 1918.
" " Währing, Hildebrandgasse 27, K.-Nr. 411, E.-Z. 39, bish. Bes. Antonie Hilscher, grdb. übertr. an Viktor Kobza, Theresia Kobza, je ½, am 25. Aug. 1918.
" " Währing, Gymnasiumstraße 27, K.-Nr. 39, E.-Z. 93, bish. Bes. Richard Ostermann ¼, grdb. übertr. an Josef Ostermann, Marie Ostermann, je ⅛, am 23. Aug. 1918.
" " Währing, Gentzgasse 86/88, K.-Nr. 68, E.-Z. 127, bish. Bes. Rosa Freyberg, grdb. übertr. an Heinrich Jellinek, Jakob Jellinek, je ½, am 5. Aug. 1918.
" " Währing, Gymnasiumstraße 40, K.-Nr. 909, E.-Z. 270, bish. Bes. Franz Steinböck, grdb. übertr. an die Zigarettenpapier- und Hülsenfabrik „Monopol" G. m. b. H., am 17 Aug. 1918.
" " Währing, Anastasius Grün-Gasse 28, K.-Nr. 910, E.-Z. 271, bish. Bes. Franz Steinböck, grdb. übertr. an die Zigarettenpapier- und Hülsenfabrik „Monopol" G. m. b. H., am 17. Aug. 1918
" " Währing, Karl Ludwig-Straße 35, K.-Nr. 940, E.-Z. 303, bish. Bes. Edith Czizek Edle v. Smidaich, grdb. übertr. an Siegmund Simon Feldbauer, Regine Feldbauer, je ½, am 18. Aug. 1918.
" " Währing, Währingerstraße 154, K.-Nr. 117, E.-Z. 361, bish. Bes. Friedrich Dechant, Margarete Dechant, je ½, grdb. übertr. an Anton Stich, Elise Stich, je ½, am 30. Aug. 1918.
" " Währing, Theresiengasse 16/18, K.-Nr. 572, 573, E.-Z. 444, bish. Bes. m. Emma Jarl, m. Friedrich Jarl, je ⅛, grdb. übertr. an Katharina Jarl 2/3, am 27. Aug. 1918.
" " Währing, Kreuzgasse 27, K.-Nr. 683, E.-Z. 613, bish. Bes. Dr. Jakob Adolf 106/120, grdb. übertr. an Anton Nowatschek, Magdalena Nowatschek, je 106/480, Philomena Marangoni 106/240, am 6. Aug. 1918.
" " Währing, Edelhofgasse 29, K.-Nr. 957, E.-Z. 1343, bish. Bes Anton Leinauer, grdb. übertr. an Rudolf Pusch, Marie Pusch, je ½, am 28. Aug. 1918.
" " Währing, Währingerstraße 97, K.-Nr. 134, E.-Z. 1579, bish. Bes. Rosa Freyberg, grdb. übertr. an Siegmund Kornmehl, Helene Kornmehl, je ½, am 5. Aug. 1918.
" " Währing, Staudgasse 52, K.-Nr. 1372, E.-Z. 1624, bish. Bes. Rosalie Kohl, grdb. übertr. an Arthur Roth, am 14. Aug. 1918.
" " Währing, Weitlofgasse 10, K.-Nr. 1374, E.-Z. 1757, bish. Bes. Rudolf Leuchter ½, grdb. übertr. an Rudolf Leuchter jun. ½, am 21. Aug. 1918.

18. Bez. Währing, Plenergasse 10, K.-Nr. 1536, E.-Z. 1880, bish. Bes. Josefa Auguste Kutschera, grdb. übertr. an Dr. Hans Mittler, Rosa Mittler je ½, am 8. Aug. 1918.
" " Währing, Semperstraße 19, K.-Nr. 320, E.-Z. 1956, bish. Bes. Berta Rigand, grdb. übertr. an Milan Ivanovits, Katharina Ivanovits, je ½, am 1. Aug. 1918.
" " Währing, Hofstattgasse 25, K.-Nr. 1530, E.-Z. 1978, bish. Bes. Leopold Zehetgruber, Leopoldine Zehetgruber, je ½, grdb. übertr. an Salamon Rosenzweig, am 30. Aug. 1918.
" " Währing, Plenergasse 6, K.-Nr. 1509, E.-Z. 1992, bish. Bes. Anna Brom, grdb. übertr. an Leopold Schachter, Regine Schachter, je ½, am 16. Aug. 1918.
" " Währing, Abt Karl-Gasse 23, K.-Nr. 1692, E.-Z. 2174, bish. Bes. Katharina Scheibenzuber, grdb. übertr. an Leo Isidor Silberstein, Tony Silberstein, je ½, am 27. Aug. 1918.
" " Währing, Hasenauerstraße 43, K.-Nr. 1649, E.-Z. 2290, bish. Bes. Hans C. Leiden, grdb. übertr. an Erna Patak, am 10. Aug. 1918.
" " Pötzleinsdorf, Pötzleinsdorferstraße 49, K.-Nr. 154, E.-Z. 344, bish. Bes. Marie Strobl, grdb. übertr. an Hermine Baer-Kiskeszi geb. Strobl, Marie Henke, geb. Strobl je ½, am 6. Aug. 1918.
" " Währing, Währingerstraße 137, K.-Nr. 125, E.-Z. 360, bish. Bes. Franziska Hauptmann, Helene Hauptmann, Baptista Hauptmann, je ⅓, grdb. übertr. an Eduard Doernhoeffer, am 7. Aug. 1918.
" " Währing, Währingergürtel 123, K.-Nr. 1256, E.-Z. 936, bish. Bes. Marie Strobl ½, grdb. übertr. an Ferdinand Strobl, Hermine v. Baer-Kiskeszi, Valerie Henke, Marie Pichler, je ⅛, am 6. August 1918.
19. Bez., Ober-Döbling, Heiligenstädterstraße 49, K.-Nr. 44, E.-Z. 165, bish. Bes. Franz Holluber, grdb. übertr. an Karl Kerndl, Franziska Kerndl, je ½, am 23. Aug. 1918.
" " Ober-Döbling, Gymnasiumstraße 54, K.-Nr. 423, E.-Z. 241, bish. Bes. Franz Bildl, Julie Bildl, je ½, grdb. übertr. an Heinrich Retschury, am 5. Aug. 1918.
" " Ober-Döbling, Hutweidengasse 5, K.-Nr. 336, E.-Z. 468, bish. Bes. Karl Kerchler, Anna Kerchler, je ½, grdb. übertr. an Hermine Höllriegl, am 2. Aug. 1918.
" " Ober-Döbling, Hutweidengasse 15, K.-Nr. 389, E.-Z. 483, bish. Bes. Richard Ferge, grdb. übertr. an Karl Bernhard, Anny Bernhard, je ½, am 28. Aug 1918.
" " Ober-Döbling, Friedlgasse 45, K.-Nr. 811, E.-Z. 522, bish. Bes. Dr. Wilhelm Dub, Emilie Edle v. Portheim, je ½, grdb übertr. an Alexander Sträußler, am 6. Aug. 1918.
" " Ober-Döbling, Hartäckerstraße 19, K.-Nr. 532, E.-Z. 891, bish. Bes. Leopold Wolf, grdb. übertr. an Hugo Manhardt, am 4. Aug. 1918.
" " Ober-Döbling, Gebhardtgasse 13, K.-Nr. 859, E.-Z. 1183, bish. Bes. Ferdinand Fellner, grdb. übertr. an jun. Robert Reiner am 5. Aug. 1918.
" " Ober-Döbling, Weinberggasse 13, K.-Nr. 878, E.-Z. 1267, bish. Bes. Betty Wenz, ½, grdb. übertr. an Rudolf Wenz, ½, am 9. Aug. 1918.
" " Ober-Döbling, Döblingergürtel 3, K.-Nr. 961, E.-Z. 1303, bish. Bes. Rudolf Kann, Dr. Ernst Hilfreich, je ½, grdb. übertr. an Richard Lasko-Genee, Therese Lasko-Genee, je ½, am 6. Aug. 1918.
" " Ober-Döbling, Weinberggasse 43, K.-Nr. 864, E.-Z. 1471, bish. Bes. Remigius Etti, grdb. übertr. an Georg Brandl, Marie Brandl, je ½, am 17. Aug. 1918.
" " Heiligenstadt, Hohe Warte 34, K.-Nr. 260, E.-Z. 16, bish. Bes. Therese Bayer, grdb. übertr. an k. k. Rittmeister Dr. Hugo Bayer, am 8. Aug. 1918.
" " Nußdorf, Greinergasse 47, K.-Nr. 53, E.-Z. 157, bish. Bes. Dr. Franz Krappel, Anna Krappel, je ½, grdb. übertr. an Hans Pezellen, Ferdinand Pezellen, Josefine Pezellen, je ⅓, am 24. Aug. 1918.
" " Nußdorf, Hackhofergasse 16, K.-Nr. 84, E.-Z. 207, bish. Bes. Luise Knauer, m. Fritz Knauer, m. Karl Knauer, je ⅓, grdb. übertr. an Eduard Heyßler, Marie Heyßler, je ½, am 12. Aug. 1918.
" " Nußdorf, Heiligenstädterstraße 172, K.-Nr. 194, E.-Z. 294, bish. Bes. Ullrich Neuhauser, grdb. übertr. an m. Norbert Herles, m. Bruno Herles, m. Gunther Herles, je ⅓, am 2. Aug. 1918.
" " Ober-Sievering, Sieveringerstraße 259, K.-Nr. 22, E.-Z. 64, bish. Bes. Hermine Schachinger, 1/12, grdb. übertr. an Barbara Schachinger, 1/24, m. Margarete Schachinger 1/12, m. Friedrich Schachinger, 1/12, m. Mathilde Schachinger 1/12, am 20. Aug. 1918.
" " Ober-Sievering, Agnesgasse 30, K.-Nr. 75, E.-Z. 380, bish. Bes. Mathilde Steinmetz, grdb. übertr. an Heinrich Klebinder, am 21. Aug. 1918.
" " Unter-Sievering, Sieveringerstraße 45, K.-Nr. 99, E.-Z. 23, bish. Bes. Antonie Rößner, grdb. übertr. an Helene Möbius, am 12. Aug. 1918.

19. Bez., Unter-Sievering, Sieveringerstraße 132, K.-Nr. 156, E.-Z. 144, bish. Bes. Ernestine Zejbek, grdb. übertr. an Josef Lehrhaupt 1/10, Elsa Lehrhaupt 7/10, Rudolf Neustadl 2/10, am 9. Aug. 1918.

" " Unter-Sievering, Sieveringerstraße 89, K.-Nr. 4 und 5, E.-Z. 431, bish. Bes. Alois Hiller, Aloisia Hiller je 1/2, grdb. übertr. an Gustav Selkes, Marie Selkes, je 1/2, am 2. Aug. 1918.

" " Unter-Sievering, Sieveringerstraße 32 a, K.-Nr. 286, E.-Z. 791, bish. Bes. Amalia Glücks, grdb. übertr. an Rosa Weiler, am 9. Aug. 1918.

20. Bez., Treustraße 31, E.-Z. 2205, bish. Bes. Franz Freund, grdb. übertr. an Wilhelm Ohrenstein richtig Wolf, Simon Rübel, je 1/2, am 10. Aug. 1918.

" " Treustraße 33, E.-Z. 2206, bish. Bes. Franz Freund, grdb. übertr. an Wilhelm Ohrenstein richtig Wolf, Simon Rübel, je 1/2, am 10. Aug. 1918.

" " Allerheiligenplatz 17, E.-Z. 2987, bish. Bes. Otto Stein, grdb. übertr. an Maximilian Prager, Dora Prager, je 1/2, am 27. Aug. 1918.

" " Leystraße 127, E.-Z 3184, bish. Bes. Minna Basch, grdb. übertr. an Armin Simon genannt Heinrich Jellinek, Jakob Jellinek, je 1/2, am 1. Aug. 1918.

" " Meldemannstraße 15, E.-Z. 3519, bish. Bes. Gisela Breier, grdb. übertr. an Rupert Steinbreuer, am 6. Aug. 1918.

" " Meldemannstraße 19, E.-Z. 3521, bish. Bes. Rosa Ehrenpreis, grdb. übertr. an Samuel Fürnberg, am 7. Aug. 1918.

" " Traisengasse 19, E.-Z. 3716, bish. Bes. Peter Glaser 1/2, grdb. übertr. an Susanne Glaser 1/2, am 24. Aug. 1918.

" " Traisengasse 16, E.-Z. 3719, bish. Bes. Elise Lamprecht, grdb. übertr. an Josef Christian Junkel, am 15. Aug. 1918.

" " Jägerstraße 17, E.-Z. 3874, bish. Bes. Ernst Steiner, grdb. übertr. an Anton Hoffenreich, Viktor Zaoral, Martin Bogner, je 1/3, am 15. Aug. 1918.

" " Bäuerlegasse 24, E.-Z. 4115, bish. Bes. Heinrich Stahl, grdb. übertr. an Milan Joamovits, Katharina Joamovits, geb. Janitz, je 1/2, am 28. Aug. 1918.

" " Salzachstraße 42, E.-Z. 4155, bish. Bes. Minna Basch, grdb. übertr. an Heinrich Jellinek, Jakob Jellinek, je 1/2, am 1. Aug. 1918.

" " Leipzigerstraße 18, E.-Z. 4424, bish. Bes. Eleonore Freudenberger, grdb. übertr. an Marie Elisabeth Schulz, geb. Kolender, am 1. Aug. 1918.

" " Denisgasse 35, E.-Z. 4875, bish. Bes. Siegmund Barber, grdb. übertr. an Konrad Heger, Marie Heger, je 1/2, am 27. Aug. 1918.

" " Kaschlgasse 6, E.-Z. 5535, bish. Bes. Alois Fr. Simona, Marie Simona, je 1/2, grdb. übertr. an Israel Markheim, Fradel Markheim, je 1/2, am 3. Aug. 1918.

21. Bez., Aspern, Groß-Enzersdorferstraße 1, K.-Nr. 82, E.-Z. 82, bish. Bes. Wenzel König, grdb. übertr. an Johann Schmid, Klementine Schmid, je 1/2, am 19. Aug. 1918

" " Aspern, Vergaragasse 11, K.-Nr. 251, E.-Z. 231, bish. Bes. Matthias Haas 1/2, grdb. übertr. an Marie Haas 1/2, am 31. Aug. 1918.

" " Donaufeld, An der Schanze, K.-Nr. 835 Fl., E.-Z. 193, bish. Bes. Edmund Klinger, Marie Klinger, je 1/2, grdb. übertr. an Georg Burisch, Josefa Burisch, je 1/2, am 17. Aug. 1918.

" " Floridsdorf, Schloßhoferstraße 40, K.-Nr. 1108 Fl., E.-Z. 77, bish. Bes. Anton Steininger, grdb. übertr. an Anton Steininger, Anna Steininger, je 1/4, am 26. Aug. 1918.

" " Floridsdorf, Scheffelstraße 29, K.-Nr. 1006 Fl., E.-Z. 266, bish. Bes. Anton Gembus 1/2, grdb. übertr. an Johann Durkalec, Therese Durkalec, je 1/4, am 24 Aug. 1918.

" " Hirschstetten, Genochplatz 3, K.-Nr. 35, E.-Z. 235, bish. Bes. Alois Kirchner, grdb. übertr. an Josef Gruber, am 2. Aug. 1918.

" " Jedlesee, Jenneweinstraße 16, K.-Nr. 178 Fl., E.-Z. 116, bish. Bes. Anton Fleischl 1/2, grdb. übertr. an Michael Breyer, Elisabeth Breyer, je 1/4, am 12. Aug. 1918.

" " Groß-Jedlersdorf I, Stammersdorferstraße 8, K.-Nr. 73, E.-Z. 88, bish. Bes. Elisabeth Nägerl, Katharina Neudorfer, Anton Altenberger, je 1/3, grdb. übertr. an Josef Unterthaler, Katharina Unterthaler, je 1/2, am 12. Aug. 1918.

" " Groß-Jedlersdorf I, Baumergasse 62, K.-Nr. 89, E.-Z. 108, bish. Bes. Josef Unterthaler, Katharina Unterthaler, je 1/2, grdb. übertr. an Alois Gotsch, Marie Gotsch, je 1/2, am 24. Aug. 1918.

" " Groß-Jedlersdorf II, Anton Störk-Gasse 71, K.-Nr. 73 Fl., E.-Z. 266, bish. Bes. Adam Ticslik, grdb. übertr. an Michael Friedschröder Anna Friedschröder, je 1/2, am 22. Aug. 1918.

21. Bez., Kagran, Wagramerstraße 116, K.-Nr. 292, E.-Z. 624, bish. Bes. Nikolaus Bräxl, Karoline Bräxl, je 1/2, grdb. übertr. an Karl Sonderhof, Anna Sonderhof, je 1/2, am 14. Aug. 1918.

" " Kagran, Klenaugasse, K.-Nr. 396, E.-Z. 768, bish. Bes. Johann Zelenka, Johanna Zelenka, je 1/2, grdb. übertr. an Florian Schachinger, am 20. Aug. 1918.

" " Leopoldau, Leopoldauerplatz 50, K.-Nr. 50, E.-Z. 50, bish. Bes. Johann Klomm, Anna Klomm, je 1/2, grdb. übertr. an Barbara Tögel am 13. Aug. 1918.

" " Leopoldau, Leopoldauerplatz 81, K.-Nr. 81, E.-Z. 81, bish. Bes. Johann Angst, Anna Angst, je 1/2, grdb. übertr. an Leopold Angst, Antonie Schreiter, je 1/2, am 27. Aug. 1918.

" " Leopoldau, Wagramerstraße 195, K.-Nr. 209, E.-Z. 645, bish. Bes. Edmund Löbl, grdb. übertr. an Bieler Max Mayer, am 26. Aug. 1918.

" " Stadlau, An der unteren alten Donau, K.-Nr. 98, E.-Z. 133, bish. Bes. Emilie Wagner, grdb. übertr. an Alois Kouba, am 22. Aug. 1918.

" " Strebersdorf, Strebersdorferstraße 158, K.-Nr. 62, E.-Z. 61, bish. Bes. Matthias Schilling, grdb. übertr. an Johanna Schilling, am 30. Aug. 1918.

" " Aspern, Lobaugasse 3, K.-Nr. 36, E.-Z. 36, bish. Bes. Leopold Hollmann, Katharina Hollmann, je 1/2, grdb. übertr. an Leopold Hollmann jun., Josefine Hollmann, je 1/2, am 1. Aug. 1918.

Baustellen-Verkehr in Wien.

Vom 1. bis 31. August 1918.

(Zusammengestellt vom Zentral-Wahl- und Steuerkataster der Stadt Wien.)

3. Bez., P. 2314/3, in das öffentl. Gut übertragen, E.-Z. 2010, bish. Bes. Theresia Schramm, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 31. Aug. 1918.

" " P. 2359/1, Garten, E.-Z. 2044, bish. Bes. Rudolf Widra 1/8, grdb. übertr. an die Firma M. Wotraubek A.-G. 1/8, am 17. Aug. 1918.

" " P. 2378/4, in das öffentl. Gut übertragen, E.-Z. 2058, bish. Bes. Johann Pospischil, Josefa Pospischil, je 24/48, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 22. Aug. 1918.

" " P. 2372/3, in das öffentl. Gut übertragen, E.-Z. 2059, bish. Bes. Johann Pospischil, Josefa Pospischil, je 16/32, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 22. Aug. 1918.

" " P. 2373/3, in das öffentl. Gut übertragen, E.-Z. 2060, bish. Bes. Johann Pospischil, Josefa Pospischil, je 1/2, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 22. Aug. 1918.

" " P. 2603/1, Garten, 2603/4, Bauarea, E.-Z. 3797, bish. Bes. Franz Knapp, Aloisia Knapp, je 1/2, grdb. übertr. an Augustine Dworak, am 30. Aug. 1918.

5. Bez., P. 627/23, Acker, E.-Z. 2482, bish. Bes. das Bürgerspital in Wien, grdb. übertr. an den Verein zur Erhaltung des unentgeltlichen St. Josef Kinder-Spitales im 4. Wiener Gemeindebezirke Wieden, am 11. Aug. 1918.

" " P. 618/55, Wiese, E.-Z. 2484, bish. Bes. die Gemeinde Wien, grdb. übertr. an den Verein zur Erhaltung des unentgeltlichen St. Josef Kinder-Spitales im 4. Wiener Gemeindebezirke Wieden, am 21. Aug. 1918.

9. Bez., P. 382 Garten, P. 385 Bauarea, P. 386 Garten, Bauf. 6, E.-Z. 1577, bish. Bes. Rudolf Demski, grdb. übertr. an Med. Dr. Samuel Goldstern, am 21. Aug. 1918.

" " P. 383/1 Bauarea, Bauf. 7, E.-Z. 1578, bish. Bes. Rudolf Demski, grdb. übertr. an Med. Dr. Samuel Goldstern, am 21. Aug. 1918.

10. Bez., Favoriten, Teil der P. 1602/1 in E.-Z. 710 übertragen und in P. 1540 vereint, E.-Z. 499, bish. Bes. Richard Drasche, Freiherr v. Wartenberg, grdb. übertr. an Lorenz Nöbauer, Antonie Nöbauer, je 1/2, am 3. Aug. 1918.

" " Favoriten, Teil von P. 1604 ins öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 499, bish. Bes. Richard Drasche Freiherr v. Wartenberg, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 3. Aug. 1918.

" " Favoriten, Teil der P. 1541 Bauarea, ins öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 710, bish. Bes. Katharina Janowitzer, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 3. Aug. 1918.

" " Favoriten, P. 934/86 Bauarea, E.-Z. 2926, bish. Bes. der k. k. Stadterweiterungsfond, grdb. übertr. an die Firma Karl Engler, G. m. b. H., am 14. Aug. 1918.

10. Bez., Favoriten, P. 934/99 Bauarea, E.-Z. 2939, bish. Bes. der k. k. Stadterweiterungsfond, grdb. übertr. an die Firma Karl Engler, G. m. b. H., am 14. Aug. 1918.

11. Bez., Kaiser-Ebersdorf, P. 1046 Acker, E.-Z. 127, bish Bes. Franz Ujka, Johanna Ujka, je ½, grdb. übertr. an Adolf Schuster, am 2. Aug. 1918.

" " Kaiser-Ebersdorf, P. 1040 in E.-Z. 879 übertragen, E.-Z. 127, bish. Bes. Adolf Schuster, grdb. übertr. an Anton Leipert, am 12. Aug. 1918.

" " Kaiser-Ebersdorf, P. 1442/1 Garten, E.-Z. 573, bish. Bes. Anna Metzker, grdb. übertr. an Paul Metzker, am 27. Aug. 1918.

" " Kaiser-Ebersdorf, P. 1045/1, 1045/2 Aecker, E.-Z. 878, bish. Bes. Franz Ujka, Johanna Ujka, je ½, grdb. übertr. an Adolf Schuster, am 2. Aug. 1918.

" " Simmering, P. 668/18, 667/2 Aecker, P. 546 Bauarea, E.-Z. 1375, bish. Bes. Katharina Martschitz, grdb. übertr. an Hermann Fillenz, Armin Klein, je ½, am 27. Aug. 1918.

" " Simmering, P. 667/18, 668 19, 668/20 Baust., E.-Z. 1376, bish. Bes. Katharina Martschitz, grdb. übertr. an Hermann Fillenz, Armin Klein, je ½, am 27. Aug. 1918.

" " Simmering, P. 668/3 Acker, P. 658/33 Baust., E. Z. 1377, bish. Bes. Katharina Martschitz, grdb. übertr. an Hermann Fillenz, Armin Klein, je ½, am 27. Aug. 1918.

" " Simmering, P. 668/16 Baust., E.-Z. 1757, bish. Bes. Katharina Martschitz, grdb. übertr. an Hermann Fillenz, Armin Klein, je ½, am 27. Aug. 1918.

" " Simmering, P. 668/17 Baust., E.-Z. 1758, bish. Bes. Katharina Martschitz, grdb. übertr. an Hermann Fillenz, Armin Klein, je ½, am 27. Aug. 1918.

" " Simmering, P. 631 Acker, E.-Z. 2044, bish. Bes. Jakob Löwy, grdb. übertr. an Adolf Baxa, Auguste Baxa, je ½, am 7. Aug. 1918.

12. Bez., Hetzendorf, P. 516/1 Acker, Baust. 1 in neue E.-Z. 871 übertragen, E.-Z. 385, bish. Bes. die Firma Julius Frankl, Ges. m. b. H., grdb. übertr. an Friedrich Belich, am 14. Aug. 1918.

13. Bez., Breitensee, P. 299/13 Acker, Baust. 6, E.-Z. 598, bish. Bes. Anna Seidl (Kurandin) 1/5, grdb. übertr. an Karl Freytag, Josef Freytag, Hermann Freytag, je 1/15, am 24. Aug. 1918.

" " Breitensee, P. 299/14 Acker, Baust. 7, E.-Z. 599, bish. Bes. Anna Seidl (Kurandin) 1/5, grdb. übertr. an Karl Freytag, Josef Freytag, Hermann Freytag, zus. 1/5, am 24. Aug. 1918.

" " Breitensee, P. 299/16 Acker, Baust. 9, E.-Z. 602, bish. Bes. Anna Seidl (Kurandin) 1/5, grdb. übertr. an Karl Freytag, Josef Freytag, Hermann Freytag, zus. 1/5, am 24. Aug. 1918.

" " Hacking, P. 108/1 Wiese, Baust., E.-Z. 141, bish. Bes. Hans Birke, grdb. übertr. an Oskar Leibil, am 3. Aug. 1918.

" " Hietzing, P. 92/2 Garten, E.-Z. 274, bish. Bes. Karl Bayer, Josefine Bayer, je ½, grdb. übertr. an Ernst Steidtner, Mathilde Steidtner, je ½, am 9. Aug. 1918.

" " Lainz, P. 155, 154/2 Bauarea, P. 156/2 Garten, P. 157/3 Acker, in neue E.-Z. 725 übertragen, E.-Z. 96, bish. Bes. Barbara Jäger, grdb. übertr. an Karl Roßner, Franz Neuwirth, je ½, am 13. Aug. 1918.

" " Lainz, P. 345/11 Wiese, E.-Z. 291, bish. Bes. die Oesterreichische Heimstätten-Gesellschaft, r. G. m. b. H., grdb. übertr. an Wilhelm Spitz, am 8. Aug. 1918.

" " Ober-St. Veit, P. 548 Wiese, E.-Z. 398, bish. Bes. Barbara Zicka ¼, grdb. übertr. an Anton Stöckl, Karoline Stöckl, je 1/2, am 31. Aug. 1918.

" " Ober-St. Veit, P. 622 Wiese, E.-Z. 439, bish. Bes. Anton Trillsam, grdb. übertr. an Felix Klein, am 21. Aug. 1918.

" " Ober-St. Veit, P. 884 Baupl., E.-Z. 746, bish. Bes. Anton Trillsam, grdb. übertr. an Felix Klein, am 27. Aug. 1918.

" " Ober-St. Veit, P. 886/5 Baupl., E.-Z. 754, bish. Bes. Anton Trillsam, grdb. übertr. an Felix Klein, am 27. Aug. 1918.

" " Ober-St. Veit, P. 886/6 Baupl., E.-Z. 755, bish. Bes. Anton Trillsam, grdb. übertr. an Felix Klein, am 27. Aug. 1918.

" " Ober-St. Veit, P. 886/7 Baupl., E.-Z. 756, bish. Bes. Anton Trillsam, grdb. übertr. an Felix Klein, am 27. Aug. 1918.

" " Ober-St. Veit, P. 1086/1 Baupl., E.-Z. 921, bish. Bes. Anton Trillsam, grdb. übertr. an Felix Klein, am 27. Aug. 1918.

" " Ober-St. Veit, P. 1086/2 Baupl., E.-Z. 922, bish. Bes. Anton Trillsam, grdb. übertr. an Felix Klein, am 27. Aug. 1918.

" " Ober-St. Veit, P. 1086/3 Baupl., E.-Z. 923, bish. Bes. Anton Trillsam, grdb. übertr. an Felix Klein, am 27. Aug. 1918.

" " Ober-St. Veit, P. 1086/5 Baupl., E.-Z. 925, bish. Bes. Anton Trillsam, grdb. übertr. an Felix Klein, am 27. Aug. 1918.

13. Bez., Ober-St. Veit, P. 1087 Acker, E.-Z. 929, bish. Bes. Anton Trillsam, grdb. übertr. an Felix Klein, am 27. Aug. 1918.

" " Ober-St. Veit, P. 1247/20 Baust. 17, der Gruppe M in neue E.-Z. 1764 übertragen, E.-Z. 1037, bish. Bes. die Wiener Bau-Gesellschaft, der Wiener Bankverein, je ½, grdb. übertr. an Johann Maschek, Marie Maschek, je ½, am 18. Aug. 1918.

" " Ober-St. Veit, P. 143/2 Baust. 2, Gruppe W, in neue E.-Z. 1763 übertragen, E.-Z. 1107, bish. Bes. die Wiener Bau-Gesellschaft, der Wiener Bankverein, je ½, grdb. übertr. an Gisela Plöhn, am 13. Aug. 1918.

" " Speising, P. 414/9 Wiese, Baust. 1, E.-Z. 445, bish. Bes. Eduard Selner 1/16, grdb. übertr. an Ferdinand Selner 1/16, am 7. Aug. 1918.

16. Bez., Neulerchenfeld, P. 276 Hofraum, E.-Z. 445, bish. Bes. Rudolf Bierochs, Leonore Bierochs, je ½, grdb. übertr. an Josef Basatko, Marie Basatko, je ½, am 6. Aug. 1918.

" " Ottakring, P. 283/1 Acker, P. 283/2 Garten, E.-Z. 645, bish. Bes. Johann Schmolz, grdb. übertr. an Karl Rohr, Marie Rohr, je ½, am 8. Aug. 1918.

" " Ottakring, P. 738/16, 737/10, E.-Z. 2273, bish. Bes. Siegfried Lelewer, grdb. übertr. an Paul Böhm, Jenny Böhm, je ½, am 26. Aug. 1918.

" " Ottakring, P. 1527/5, 1526/11, 1529/8 Baustellen, E.-Z. 2367, bish. Bes. Dr. Johann Heindl, Adalbert Heindl, Viktor Heindl, Karl Heindl, Marie Lunaczek, Mathilde Aufschnailer v. Hubenburg, Anna Peyerl, je 1/7, grdb. übertr. an Ludwig Berger, Jeanette Berger, je ½, am 24. Aug. 1918.

" " Ottakring, P. 1526/2, 1523/1, 1525/1, 1531/13, 1521/11, 1524/1, 1528/1, 1521/30, E.-Z. 2371, bish. Bes. Dr. Johann Heindl, Adalbert Heindl, Viktor Heindl, Karl Heindl, Marie Lunaczek, Mathilde Aufschnailer v. Hubenburg, Anna Peyerl, je 1/7, grdb. übertr. an Ludwig Berger, Jeanette Berger, je ½, am 24. Aug. 1918.

" " Ottakring, P. 749/7 Baustelle, E.-Z. 2409, bish. Bes. Otto Rainer 1/21, grdb. übertr. an Karoline Rainer 1/21, am 10. Aug. 1918.

" " Ottakring, P. 749/7 Baustelle, E.-Z. 2409. bish. Bes. Josefine Weißhappel 1/54, grdb. übertr. an die Verlassenschaft nach Karl Fuchs 1/54, am 10. Aug. 1918.

" " Ottakring, P. 749/9 Baustelle, E.-Z. 2411, bish. Bes. Otto Rainer 1/21, grdb. übertr. an Karoline Rainer 1/21, am 10. Aug. 1918.

" " Ottakring, P. 749/11 Baustelle, E.-Z. 2413, bish. Bes. Otto Rainer 1/21, grdb. übertr. an Karoline Rainer 1/21, am 10. Aug. 1918.

" " Ottakring, P. 749/30, E.-Z. 2429, bish. Bes. Otto Rainer 1/21, grdb. übertr. an Karoline Rainer 1/21, am 13. Aug. 1918.

" " Ottakring, P. 749/32 Baustelle, E.-Z. 2431, bish. Bes. Otto Rainer 1/21, grdb. übertr. an Karoline Rainer 1/21, am 10. Aug. 1918.

" " Ottakring, P. 749/34 Baustelle, E.-Z. 2433, bish. Bes. Otto Rainer 1/21, grdb. übertr. an Karoline Rainer 1/21, am 13. Aug. 1918.

" " Ottakring, P. 749/37, E.-Z. 2436, bish. Bes. Otto Rainer 1/21, grdb. übertr. an Karoline Rainer 1/21, am 10. Aug. 1918.

" " Ottakring, P. 749/9 Baustelle, E.-Z. 3411, bish. Bes. Josefine Weißhappel 1/54, grdb. übertr. an die Verlassenschaft nach Karl Fuchs 1/54, am 10. Aug. 1918.

" " Ottakring, P. 749/11 Baustelle, E.-Z. 2413, bish. Bes. Josefine Weißhappel 1/54, grdb. übertr. an die Verlassenschaft nach Karl Fuchs 1/54, am 10. Aug. 1918.

" " Ottakring, P. 749/30, E.-Z. 2429, bish. Bes. Josefine Weißhappel 1/54, grdb. übertr. an die Verlassenschaft nach Karl Fuchs 1/54, am 10. Aug. 1918.

" " Ottakring, P. 749/32 Baustelle, E.-Z. 2431, bish. Bes. Josefine Weißhappel 1/54, grdb. übertr. an die Verlassenschaft nach Karl Fuchs 1/54, am 10. Aug 1918.

" " Ottakring, P. 749/34 Baustelle, E.-Z. 2433, bish. Bes. Josefine Weißhappel 1/54, grdb. übertr. an die Verlassenschaft nach Karl Fuchs 1/54, am 10. Aug. 1918.

" " Ottakring, P. 749/37, E.-Z. 2436, bish. Bes. Josefine Weißhappel 1/54, grdb. übertr. an die Verlassenschaft nach Karl Fuchs 1/54, am 10 Aug. 1918.

" " Ottakring, P. 1532/14, 1527/2, E.-Z. 3025, bish. Bes. Dr. Johann Heindl, Adalbert Heindl, Viktor Heindl, Karl Heindl, Marie Lunaczek, Mathilde Aufschnailer v. Hubenburg, Anna Peyerl, je 1/7, grdb. übertr. an Ludwig Berger, Jeanette Berger, je ½, am 24. Aug. 1918.

17. Bez., Dornbach, P. 1147/1 Acker, P. 1148/2 Wiese, E.-Z. 488, bish. Bes. Ignaz Rindler, grdb. übertr. an Löwit & Komp., am 17. Aug. 1918.

" " Dornbach, P. 1[illegible] Acker, Baust. 14 a, E.-Z. 1344. bish. Bes. die Gemeinnützige Familienhäuser-Bau- und Wohnungs-Genossenschaft „Ostmark" in Wien, r. G. m. b. H., grdb. übertr. an Elisabeth Pietschmann, am 22. Aug. 1918.

17. Bez. Hernals, P. 523/12, 523/17 Baustellen, E.-Z. 1903, bish. Bes. der Wiener Bankverein, grdb. übertr. an J. v. Petravic & Komp., am 10. Aug. 1918.

" " Hernals, P. 1151 Acker, E.-Z. 1985, bish. Bes. Leopoldine Hocke 1/2, grdb. übertr. an Dr. Karl Rauscher, Ernst Singer, je 1/2, am 3. Aug. 1918.

18. Bez., Gersthof, P. 102/6 Acker, E.-Z. 613, bish. Bes. Hans Bosma 2/42 grdb. übertr. an Marie Beitl, Adele Eckhardt-Francesconi v. Tiefenfels, Alfred Bosma, je 2/126, am 9. Juli 1918.

" " Gersthof, P. 102/8 Acker, E.-Z. 615, bish. Bes. Hans Bosma 1/42 grdb. übertr. an Marie Beitl, Adele Eckhardt-Francesconi v, Tiefenfels, Alfred Bosma, je 2/126, am 9. Juli 1918.

" " Gersthof, P. 102/15 Acker, E.-Z. 622, bish. Bes. Haus Bosma 2/42, grdb. übertr. an Marie Beitl, Adele Eckhardt-Francesconi v. Tiefenfels, Alfred Bosma, je 2/12, am 9. Juli 1918.

" " Gersthof, P. 102/16 Acker, E.-Z. 623, bish. Bes. Hans Bosma 2/42, grdb. übertr. an Marie Beitl, Adele Eckhardt-Francesconi v. Tiefenfels, Alfred Bosma, je 2/126, am 9. Juli 1918.

" " Gersthof, P. 109/17 Acker, E.-Z. 624, bish. Bes. Hans Bosma 2/42, grdb. übertr. an Marie Beitl, Adele Eckhardt-Francesconi v. Tiefenfels, Alfred Bosma, je 2/126, am 9. Juli 1918.

" " Gersthof, P. 102/18 Acker, E.-Z. 625, bish. Bes. Hans Bosma 2/42, grdb. übertr. an Marie Beitl, Adele Eckhardt-Francesconi v. Tiefenfels, Alfred Bosma, je 2/126, am 9. Juli 1918.

" " Gersthof, P. 102/19 Acker, E.-Z. 626, bish. Bes. Hans Bosma 2/42, grdb. übertr. an Marie Beitl, Adele Eckhardt-Francesconi v. Tiefenfels, Alfred Bosma, je 2/126, am 9. Juli 1918.

" " Gersthof, P. 102/22 Wiese, Acker, E.-Z. 629, bish. Bes. Hans Bosma 2/42, grdb. übertr. an Marie Beitl, Adele Eckhardt-Francesconi v. Tiefenfels, Alfred Bosma, je 2/126, am 9. Juli 1918.

" " Gersthof, P. 102/23 Acker, E.-Z. 630, bish. Bes. Hans Bosma 2/42, grdb. übertr. an Marie Beitl, Adele Eckhardt-Francesconi v Tiefenfels, Alfred Bosma, je 2/126, am 9. Juli 1918.

" " Gersthof, P. 102/24 Acker, E.-Z. 631, bish Bes. Hans Bosma 2/42, grdb. übertr. an Marie Beitl, Adele Eckhardt-Francesconi v. Tiefenfels, Alfred Bosma, je 2/126, am 9. Juli 1918.

" " Gersthof, P. 102/25 Acker, E.-Z. 632, bish. Bes. Hans Bosma 2/42, grdb. übertr. an Marie Beitl, Adele Eckhardt-Francesconi v. Tiefenfels, Alfred Bosma, je 2/126, am 9. Juli 1618.

" " Gersthof, P. 102/26 Acker, E.-Z. 633, bish. Bes. Hans Bosma 2/42, grdb. übertr. an Marie Beitl, Adele Eckhardt-Francesconi v. Tiefenfels, Alfred Bosma, je 2/126, am 9. Juli 1918.

" " Gersthof, P. 102/27 Acker, E.-Z. 634, bish. Bes. Hans Bosma 2/42. grdb. übertr. an Marie Beitl, Adele Eckhardt-Francesconi v. Tiefenfels, Alfred Bosma, je 2/126, am 9. Juli 1918.

" " Gersthof, P. 102/28 Acker, E.-Z. 635, bish. Bes. Hans Bosma 2/42, grdb. übertr. an Marie Beitl, Adele Eckhardt-Francesconi v. Tiefenfels, Alfred Bosma. je 2/126, am 9. Juli 1918.

" " Gersthof, P. 102/29 Acker, E.-Z 636, bish. Bes. Hans Bosma 2/42, grdb. übertr. an Marie Beitl, Adele Eckhardt-Francesconi v. Tiefenfels, Alfred Bosma, je 2/126, am 9. Juli 1918.

" " Gersthof, P. 102/30 Acker, E.-Z. 637, bish. Bes. Hans Bosma 2/42, grdb. übertr. an Marie Beitl, Adele Eckhardt-Francesconi v. Tiefenfels, Alfred Bosma. je 2/126, am 9. Juli 1918.

" " Gersthof, P. 102/31 Acker, E.-Z. 638, bish. Bes. Hans Bosma 2/42, grdb. übertr. an Marie Beitl, Adele Eckhardt-Francesconi v. Tiefenfels, Alfred Bosma, je 2/126, am 9. Juli 1918.

" " Gersthof, P. 102/32 Acker, E.-Z. 639, bish. Bes. Hans Bosma 2/42, grdb. übertr. an Marie Beitl, Adele Eckhardt-Francesconi v. Tiefenfels, Alfred Bosma, je 2/126, am 9. Aug. 1918.

" " Gersthof, P. 102/33 Wiese, Acker, E.-Z. 640, bish. Bes. Hans Bosma 1/42, grdb. übertr. an Marie Beitl, Adele Eckhardt-Francesconi v. Tiefenfels, Alfred Bosma, je 2/126, am 9. Juli 1918.

" " Gersthof, P. 102/34 Wiese, Acker, E.-Z. 641, bish. Bes. Hans Bosma 2/42, grdb. übertr. an Marie Beitl, Adele Eckhardt-Francesconi v. Tiefenfels, Alfred Bosma, je 2/12, am 9. Juli 1918.

" " Gersthof, P. 102/35 Wiese, Acker, E.-Z. 642, bish. Bes. Hans Bosma, je 2/42, grdb. übertr. an Marie Beitl, Adele Eckhardt-Francesconi v. Tiefenfels, Alfred Bosma, je 2/126, am 9. Juli 1918.

" " Gersthof, P. 102/36 Acker, E.-Z. 643, bish. Bes. Hans Bosma 2/42, grdb. übertr. an Marie Beitl, Adele Eckhardt-Francesconi v. Tiefenfels, Alfred Bosma, je 2/126, am 9. Juli 1918.

" " Gersthof, P. 102/37 Acker, E.-Z. 644, bish. Bes. Hans Bosma 2/42, grdb. übertr. an Marie Beitl, Adele Eckhardt-Francesconi v. Tiefenfels, Alfred Bosma, je 2/126, am 9. Juli 1918.

" " Gersthof, Acker, P. 102/39, E.-Z. 646, bish. Bes. Hans Bosma 1/12, grdb. übertr. an Marie Beitl, Adele Eckhardt-Francesconi v. Tiefenfels, Alfred Bosma, je 1/36, am 9. Juli 1918.

18. Bez., Gersthof, P. 102/40 Acker, E.-Z. 647, bish. Bes. Hans Bosma 2/42, grdb. übertr. an Marie Beitl, Adele Eckhardt-Francesconi v. Tiefenfels, Alfred Bosma, je 2/126, am 9. Juli 1918.

" " Gersthof, P. 102/45, 327/5 Aecker, E.-Z. 652, bish. Bes. Hans Bosma 2/42, grdb. übertr. an Marie Beitl, Adele Eckhardt-Francesconi v. Tiefenfels, Alfred Bosma, je 2/126, am 9. Juli 1918.

" " Gersthof, P. 174/25 Bauarea, E.-Z. 1076, bish. Bes. Samuel Weiszmann, Henriette Weiszmann, je 1/2, grdb. übertr. an Vinzenz Neugebauer, am 6. Aug 1918.

" " Neustift am Walde, P. 406/2 Wiese, E.-Z. 363, bish. Bes. Hugo Manhardt, grdb. übertr. an Leopold Wolf, am 3. Aug. 1918.

" " Neustift am Walde, P. 407 Wiese, E.-Z. 364, bish. Bes. Hugo Manhardt, grdb. übertr. an Leopold Wolf, am 3. Aug. 1918.

" " Neustift am Wald, P. 348/1 Weingarten, E.-Z. 166, bish. Bes. Antonie Willmann grdb. übertr. an Auguste Wolf, am 1. Aug. 1918.

" " Pötzleinsdorf, P. 563/1, 564 Aecker, E.-Z. 131, bish. Bes. Hans Bosma 2/42, grdb. übertr. an Marie Beitl, Adele Eckhardt-Francesconi v. Tiefenfels, Alfred Bosma, je 1/126, am 9. Juli 1918.

" " Pötzleinsdorf, P. 645 Wiese, E.-Z. 181, bish. Bes. Hans Bosma 2/14, grdb. übertr. an Marie Beitl, Adele Eckhardt-Francesconi v. Tiefenfels, Alfred Bosma, je 2/42, am 9. Juli 1918.

" " Pötzleinsdorf, P. 554/109 Acker, E.-Z. 444, bish. Bes. Bernhard Weiß, Eugenie Weiß, je 1/2, grdb. übertr. an Alois Bauer, am 3. Aug. 1918.

" " Pötzleinsdorf, P 554/222 Acker, E.-Z. 871, bish. Bes. Bernhard Weiß, Eugenie Weiß, je 1/2, grdb. übertr. an Alois Bauer, am 3. Aug. 1918.

" " Salmannsdorf, P. 274/2 Weingarten, E.-Z. 109, bish. Bes. Rudolf Mattausch, grdb. übertr. an Luise Hafner, am 8. Aug. 1918.

" " Währing, P. 479/29, E.-Z. 272, bish. Bes. Franz Steinböck, grdb. übertr. an die Zigarettenpapier- und Hülsenfabrik „Monopol", G. m. b. H., am 17. Aug. 1918.

" " Währing, P. 479/30 Bauarea, E.-Z. 1360, bish. Bes. Franz Steinböck, grdb. übertr. an die Zigarettenpapier- und Hülsenfabrik „Monopol", G. m. b. H., am 17. Aug. 1918.

" " Währing, P. 745/7 Acker, E.-Z. 2205, bish. Bes. Wenzel König grdb. übertr. an Helene Schlitter, Nikolaus Schlitter, je 1/2 am 13. Aug. 1918.

" " Währing, P. 730/12, 740/13 Weingärten, E.-Z. 2228, bish. Bes. Wenzel König, Franz Berbalk, je 1/2, grdb. übertr. an Dr. Hermann Michel, Josefine Michel, je 1/2, am 13. Aug. 1918.

19. Bez., Ober-Döbling, P. 868/49 Garten, P. 868/92 Bauarea, E.-Z. 835, bish. Bes. Dr. Robert Just 1/6, grdb. übertr. an m. Hilda Just 1/6, am 27. Aug. 1918.

" " Ober-Döbling, P. 693/4 Garten, E.-Z 1781, bish. Bes. Marie Sykora 1/2, Luise Ulrich, Marie Greiner, Johanna Sykora, Stephanie Sykora, Josef Sykora, Hugo Sykora, je 1/14, grdb. übertr. an Karl Pollak, Eugenie Pollak, je 13/28, am 14. Aug. 1918.

" " Ober-Döbling, P. 693/5 Garten, E.-Z. 1782, bish. Bes. Marie Sykora 1/2, Luise Ulrich, Marie Greiner, Johanna Sykora, Stephanie Sykora, Josef Sykora, Hugo Sykora, je 26/28, grdb. übertr. an Karl Pollak, Eugenie Pollak, je 13/28, am 14. Aug. 1918.

" " Unter-Döbling, P. 380/8 in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 13, bish. Bes. Felix Lederer, Wilhelm Schloß, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 5. April 1918.

" " Unter-Döbling, P. 423/7, 432/14, Garten, Baust. 6, 5 in die neue E.-Z. 473 übertragen, E.-Z. 194, bish. Bes. die Firma Julius Frankl, G. m. b. H. 1/2, Moritz Edler v. Kuffner 80/320, Wilhelm Kuffner, Karl Kuffner Freiherr v. Dioszegh, je 40/320, grdb. übertr. an Siegfried Schneck, Stephanie Schneck, je 1/2, am 2. Aug. 1918.

" " Unter-Döbling, P. 423/10 in die neue E.-Z. 474 übertragen, E.-Z. 194, bish. Bes. die Firma Julius Frankl, G. m b. H. 160/320, Moritz Edler v. Kuffner 80/320, Wilhelm Kuffner, Karl Kuffner Freiherr v. Dioszegh, je 40/320, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 21. Aug. 1918.

" " Unter-Döbling, P. 423/8, 9 in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 194, bish. Bes. die Firma Julius Frankl, G. m. b. H. 160/320, Moritz Edler v. Kuffner 80/320, Wilhelm Kuffner, Karl Kuffner Freiherr v. Dioszegh, je 40/320, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 21. Aug. 1918.

" " Grinzing, P. 365/1, 2, 3 Weingarten, E.-Z. 27, bish. Bes. Adolf Franz Waldstein, grdb. übertr. an Franz Diglas, Johann Diglas, je 1/2, am 23. Aug. 1918.

" " Grinzing, P. 364 Weingarten, E.-Z. 387, bish. Bes. Adolf Franz Waldstein, grdb. übertr. an Franz Diglas, Johann Diglas, je 1/2, am 23. Aug. 1918.

19. Bez., Grinzing, P. 450/96, 97 Acker in die neue E.-Z. 873 übertragen, E.-Z. 723, bish. Bes. Emilie Hertzka, Yella Hertzka, je ½, grdb. übertr. an Dr. Egon Wellesz, Emmy Wellesz, je ½, am 7. Aug. 1918.
" " Grinzing, P. 450/21 Baust., E.-Z. 756, bish. Bes. Emil Hertzka, Yella Hertzka, je ½, grdb. übertr. an Dr. Oswald Kolischer, Franziska Kolischer, je ½, am 20. Aug. 1918.
" " Grinzing, P. 450/20 Acker, in die neue E.-Z. 872 übertragen, E.-Z. 755, bish. Bes. Emil Hertzka, Yella Hertzka, je ½, grdb. übertr. an Julie Wassermann, am 2. Aug. 1918.
" " Heiligenstadt, P. 360/8 Acker, P. 370/13 Bauarea, E.-Z. 865, bish. Bes. Anna Kreindl ¼, Karl Kreindl jun. ¾, grdb. übertr. an Louis Bochmann, am 14. Aug. 1918.
" " Unter-Sievering, P. 744/5 Acker, E.-Z. 592, bish. Bes. Berta Wannemacher, grdb. übertr. an Elsa Malvine Oeltjen, am 16. Aug. 1918.
" " Unter-Sievering, P. 744/6 Acker, E.-Z. 593, bish. Bes. Berta Wannemacher, grdb. übertr. an Elsa Malvine Oeltjen, am 16. Aug. 1918.
" " Unter-Sievering, P. 645/3 Garten, P. 646/4 Acker in die neue E.-Z 919 übertragen, E.-Z. 218, bish. Bes. Moritz Steinbach, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 24. Aug. 1918.
" " Unter-Sievering, P. 645/4, 646/7, 646/8 in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 218, bish. Bes. Moritz Steinbach, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 24. Aug. 1918.
21. Bez., Aspern, P. 730, 731 Acker in die E.-Z. 36 Asp. übertragen, E.-Z 16, bish. Bes. Leopold Hollmann, grdb. übertr. an Leopold Hollmann jun., Josefine Hollmann, je ½, am 1. Aug. 1918.
" " Aspern, P. 771 Acker, E.-Z. 469, bish Bes. Oskar Schwarz, grdb. übertr. an Sidonie Goldhammer, am 17. Aug. 1918.
" " Donaufeld, P. 942 in E.-Z. 144 übertragen, E.-Z. 282, bish. Bes. Stephanie Hofbauer, grdb. übertr. an Michael Heugl, Johanna Heugl, je ½, am 29. Aug. 1918.
" " Donaufeld, P. 940/3, 941 in E.-Z. 282 übertragen, E.-Z. 144, bish. Bes. Michael Heugl, Johanna Heugl, je ½, grdb. übertr. an Stephanie Hofbauer, geb. Zeinlinger, am 29. Aug. 1918.
" " Donaufeld, P. 263 Bauarea, P. 264 Garten in E.-Z. 619 übertragen, E.-Z. 620, bish. Bes. Josef Preißler, Karoline Preißler, je ½, grdb. übertr. an Nathan Eger, Ernestine Eger, je ½, am 20. Aug. 1918.
" " Hirschstetten, P. 274 Acker in die neue E.-Z. 311 übertragen, E.-Z. 86, bish. Bes. Heinrich Christ, Eva Christ, je ½, grdb. übertr. an Rosa Binder, am 22. Aug. 1918.
" " Leopoldau, P. 685/4 in E.-Z. 282 Donaufeld übertragen, E.-Z 796, bish. Bes. Michael Heugl, Johanna Heugl, je ½, grdb. übertr. an Stephanie Hofbauer, am 2. Aug. 1918.
" " Leopoldau, P. 1835/2 in E.-Z. 768 übertragen, E.-Z. 955, E.-Z. 955, bish. Bes. Luise Lederer, Lazar Vitali, je ⅔, Eduard Fürth, Helene Fürth, Emil Kann, Josef Perutz, je ⅓, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 2. Aug. 1918.
" " Leopoldau, P. 20, 21/2, 21/1 Bauarea mit K.-Nr. 87 in die neue E.-Z. 1047 übertragen, E.-Z. 87, bish. Bes. Josef Trummer, Marie Trummer, verehel. Sigmund, Otto Trummer, je ½, grdb. übertr. an Josef Kaiser, Marie Kaiser, je ½, am 1. Aug. 1918.

Allgemeine Nachrichten.

Unterstützungsbeträge für unfallversicherungspflichtige Kleingewerbetreibende.

Die Arbeiter-Unfallversicherungsgesellschaft für Niederösterreich verlautbart:

Laut der Beschlüsse des n.-ö. Landtages vom 12. Oktober 1907, 10. Jänner 1908 und 21. Jänner 1913 widmet der n.-ö. Landes-Ausschuß gegen jederzeitigen Widerruf alljährlich einen Betrag im Höchstausmaße von 30.000 K zu dem Zwecke der Unterstützung der Unternehmer unfallversicherungspflichtiger gewerblicher Betriebe mit der Bestimmung, daß die Gesamtheit der unten näher bezeichneten Betriebsunternehmer um den betreffenden Betrag an Versicherungsbeitrag für das laufende Kalenderjahr weniger zu entrichten hat. Die Aufteilung dieses Unterstützungsbetrages wird prozentuell nach dem von den einzelnen Kleingewerbetreibenden zu entrichtenden Versicherungsbeitrage erfolgen.

Anspruch auf diese Begünstigungen haben jene Betriebsunternehmer, deren Betriebe wegen der Verwendung eines Motors oder Dampfkessels unfallversicherungspflichtig sind und welche im vorangegangenen Kalenderjahre (1918) keine oder höchstens eine jährliche Personaleinkommensteuer von 18 K 70 h ausschließlich der Kriegszuschläge zu entrichten hatten. Diese Betriebe müssen jedoch solcher Art sein, daß sie auch ohne Verwendung eines Motors oder Dampfkessels ausgeübt werden könnten. Es haben daher zum Beispiel Mühlen- und Sägebesitzer keinen Anspruch auf diese Unterstützung aus Landesmitteln, weil Mühlen und Sägen ohne Verwendung motorischer Kraft nicht ausgeübt werden können.

Es werden hiemit alle Unternehmer von unfallversicherungspflichtigen gewerblichen Betrieben, bei welchen die in den vorstehenden Landtags-Beschlüssen enthaltenen Bedingungen für die Anwartschaft auf Unterstützung aus Landesmitteln zutreffen, eingeladen, bis längstens 31. März 1919 bei der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt für Niederösterreich in Wien, 20. Bezirk, Webergasse 2—6, um die Befreiung von der Einzahlung ihrer auf das Jahr 1919 entfallenden Versicherungsbeiträge nach Maßgabe des vom n.-ö Landes-Ausschuß bewilligten Unterstützungsbetrages anzusuchen. Gleichzeitig werden alle Unternehmer oben beschriebener Betriebe, die im Jahre 1918 eine Personaleinkommensteuer von mehr als 18 K 70 h, jedoch höchstens von 24 K 40 h ausschließlich der Kriegszuschläge zu entrichten hatten, ohne jede Verbindlichkeit eingeladen, bis längstens 31. März 1919 ihre Gesuche um Unterstützung aus Landesmitteln bei der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt für Niederösterreich in Wien, 20. Bezirke Webergasse 2—6, einzubringen, wozu bemerkt wird, daß der n.-ö. Landtag erst darüber beschließen wird, ob diesen Unternehmern die Unterstützung für das Jahr 1919 zu gewähren ist. Es wird ausdrücklich aufmerksam gemacht, daß die Gesuche um Unterstützung alljährlich von neuem einzubringen sind, demnach auch jene anspruchsberechtigten Betriebsunternehmer, deren Versicherungsbeiträge im Jahre 1918 aus Landesmitteln bestritten worden sind, ihre Gesuche betreffend die Versicherungsbeiträge für das Jahr 1919 neuerlich innerhalb des vorgeschriebenen Termines (31. März 1919) einzureichen haben. Anspruchsberechtigte Betriebsunternehmer, deren Betriebe erst nach dem 1. Jänner 1919 unfallversicherungspflichtig erkannt werden, haben nur dann Anspruch auf diese Unterstützung,

1. für das erste Halbjahr 1919, wenn sie ihre Gesuche bis längstens 31. März 1919, und

2. für das zweite Halbjahr 1919, wenn sie ihre Gesuche bis längstens 30. September 1919 bei der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt für Niederösterreich in Wien einbringen.

Für die bei der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt für Niederösterreich in Wien einzubringenden Unterstützungsgesuche müssen die von der genannten Anstalt aufgelegten Drucksorten verwendet werden. Diese Drucksorten sind bei der erwähnten Anstalt unentgeltlich zu beziehen. Die anspruchsberechtigten Betriebs-Unternehmer wollen daher umgehend bei der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt für Niederösterreich in Wien um Zusendung der erforderlichen Drucksorten ansuchen.

Die anspruchsberechtigten Betriebs-Unternehmer, welche im Jahre 1918 keine Personaleinkommensteuer zu entrichten hatten

haben dies in dem an die Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt für Niederösterreich in Wien einzusendenden Unterstützungsgesuche anzuführen.

Die Betriebs-Unternehmer, welche für das Jahr 1918 eine Personaleinkommensteuer von höchstens 24 K 40 h ausschließlich der Kriegszuschläge entrichteten, haben den bezüglichen Zahlungsauftrag der Steuerbehörde dem an die Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt für Niederösterreich in Wien einzusendenden Unterstützungsgesuche beizuschließen.

Ist ein anspruchsberechtigter Betriebs-Unternehmer nicht mehr im Besitze dieses Zahlungsauftrages der Steuerbehörde, so braucht er bei der Steuerbehörde nicht um Ausstellung eines Duplikates anzusuchen. Er hat vielmehr die Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt für Niederösterreich in Wien zu ersuchen, bei der Steuerbehörde erheben zu lassen, mit welchem Betrage ihm die Personaleinkommensteuer für das abgelaufene Jahr vorgeschrieben wurde.

Alle Gesuche an die Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt für Niederösterreich in Wien sind stempelfrei.

Unterstützungsgesuche, die nicht innerhalb des festgesetzten Termines bei der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt für Niederösterreich in Wien einlangen, können nicht berücksichtigt werden.

Die anspruchsberechtigten Betriebs-Unternehmer sind wie bisher verpflichtet, ihre Beitragsberechnungen innerhalb von 14 Tagen nach Ablauf der Beitragsperiode, also längstens bis 14. Juli und 14. Jänner für das erste, beziehungsweise zweite Halbjahr an die Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt für Niederösterreich in Wien einzusenden. Sie verlieren ihren Anspruch auf Unterstützung für jene Beitragsperiode, für welche sie die Beitragsberechnung verspätet einsenden.

Anspruchsberechtigte Betriebs-Unternehmer, deren Beiträge von der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt für Niederösterreich in Wien pauschaliert sind, haben wie bisher keine Beitragsberechnungen einzusenden.

Ergeben sich bei der gemäß § 23 Unfallversicherungsgesetz vorzunehmenden Ueberprüfung der eingesandten Beitragsberechnungen Beitragsnachzahlungen, so hat der Betriebs-Unternehmer diese Nachzahlungen aus eigenem zu leisten; es liegt daher im Interesse des Betriebs-Unternehmers, seine Beitragsberechnungen richtig zu verfassen.

Die Gesundheitsverhältnisse der Zivilbevölkerung Wiens in der Zeit vom 3. bis 7. Jänner 1919.

Bericht des Gesundheitsamtes.

Mit der Abnahme der Grippe haben sich die Gesundheitsverhältnisse der Stadt Wien wesentlich gebessert, wenn auch nicht in dem Grade, daß man von der Rückkehr normaler Verhältnisse sprechen könnte. In der 52. Jahreswoche stellte sich die Sterbeziffer für 1000 Einwohner mit Ausschluß der Ortsfremden und der Personen unbekannten Wohnortes auf 16·9, gegen 19·0 in der Vorwoche und 16·0 im Vorjahre. An Grippe und Lungenentzündung sind 155 Personen gestorben, gegen 181 in der Vorwoche, an Lungentuberkulose 165 gegen 161, an organischen Krankheiten des Herzens und der Blutgefäße 94 gegen 88.

Während die Infektionskrankheiten im allgemeinen einen sehr günstigen Stand aufweisen, zeigt der Flecktyphus keine Neigung zur Abnahme. In der Berichtswoche wurden 3 Fälle aus dem Zivil und 8 aus dem Militär gemeldet. Von den Zivilfällen betrafen 2 Erkrankungen Geschäftsleute, welche zur Beschaffung von Nahrungsmitteln Mitte Dezember nach Budapest fuhren, sich nur zwei Tage aufhielten und anfangs Jänner in Wien an Flecktyphus erkrankten. Ein Fall betrifft eine städtische Lehrerin im 10. Bezirke, bei der die Infektionsquelle noch nicht gefunden wurde. Alle 3 sind der Krankheit in kürzester Zeit erlegen. Von den Militärfällen waren 4 Heimkehrer; 3 Erkrankungen, darunter 1 Regimentsarzt, sind als Infektionen des Kriegsspitales 4 anzusehen; ein Fall betrifft einen Schneidermeister, bei dem der Weg der Infektion ebenfalls noch nicht festgestellt wurde. Im vergangenen Jahre sind im ganzen 197 Flecktyphusfälle vorgekommen, davon 93 bei Zivil und 104 beim Militär. Von der Gesamtheit entfallen jedoch 110 Fälle auf die Monate November und Dezember. Fast sämtlich sind sie auf die mangelhaften sanitären Vorkehrungen bei der Demobilisierung zurückzuführen.

Lebensmittelverkehr.

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 29. Dezember 1918 bis 4. Jänner 1919:

Rindfleisch 207.738 kg, und zwar aus Wien 10.919, aus Oberösterreich 77.398, aus Steiermark 26.908, aus Mähren 2649, aus Deutschland 89.864 kg.

Pferdefleisch 11.262 kg, und zwar aus Oberösterreich 678, aus Mähren 10.584 kg.

Schweinefleisch und Selchfleisch 13.733 kg, und zwar aus Wien 13.733 kg.

Kälber 11 Stück, und zwar aus Wien 7, aus Niederösterreich 1, aus Oberösterreich 2 Stück.

Schafe 1852 Stück, und zwar aus Wien 389, aus Niederösterreich 16, aus Oberösterreich 1447 Stück.

Lämmer 6 Stück aus Wien.

Preisbewegung (in Kilogramm).

Rindfleisch (Siedfleisch) von 7 K 20 h bis 22 K.
Rindfleisch (Rostbraten und Rieden) 12 K bis 28 K.
Kalbfleisch von 5 K 75 h bis 19 K 50 h.
Schaffleisch von 20 K bis 24 K.
Schweinefleisch bis 20 K.
Kälber von 4 K 70 h bis 13 K 30 h.
Schafe von 15 K 50 h bis 18 K 50 h.
Lämmer bis 1500 K per Stück.

Per Bahn langten 50 Waggons mit 204·937 t ein.

Die dieswöchigen Zufuhren waren im Vergleiche zur Vorwoche im allgemeinen kleiner. Rindfleisch war mit der herabgesetzten Quote ausreichend. Schaffleisch in genügenden Mengen vorhanden, jedoch herrschte wenig Nachfrage. Schweinefleisch jedoch der Nachfrage nicht genügend. Kalbfleisch nur für Spitäler. Mit dem Salzspeck konnte das Auslagen nur knapp

gefunden werden. Der Marktverkehr war besonders an den Speckabgabetagen äußerst lebhaft.

Von der Gemeinde Wien wurden ausgegeben: 5000 kg Schweinefleisch, 6000 kg Selchfleisch, 3700 kg Pferdewürste.

Die Preislage blieb bis auf die Erhöhung des Rindfleischpreises, bei Einheitsfleisch vorderes 8 K 20 h, hinteres 10 K, Bratenfleisch 14 K und bei Extremfleisch vorderes 20 K, hinteres 22 K, Bratenfleisch 20 K, unverändert.

Von der Vieh- und Fleischverkehrs-Gesellschaft wurde nichts zugeführt.

* * *

Rindermarkt.

In der Woche vom 29. Dezember 1918 bis 4. Jänner 1919 gelangten am Zentral-Viehmarkte St. Marx zur Verteilung an Extremfleischhauer 139, an Einheitsfleischhauer 648 Rinder.

* * *

Jung- und Stechviehmarkt vom 2. Jänner 1919.

1. Auftrieb, beziehungsweise Zufuhr.

Kälber lebend 1239, Kälber ausgeweidet 147, Lämmer ausgeweidet 20, Schafe ausgeweidet 35 Stück.

2. Preise per Kilogramm.

Kälber ausgeweidete, 1. Qualität bis 4 K 80 h, 3. Qualität von 3 K bis 4 K 50 h.

Lämmer ausgeweidete, 1. Qualität bis 1600 K per Paar.

Schafe ausgeweidete, 1. Qualität von 10 K bis 18 K.

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 38 Stück Kälber mehr zugeführt. Auf dem Schafmarkte wurden um 5064 Stück Schafe weniger aufgetrieben.

3. Verteilung.

Am Zentral-Viehmarkte St. Marx gelangten zur Verteilung an Spitäler und Sanatorien 147 weidner Kälber, an Fleischhauer und Wirte 20 weidner Lämmer, 35 weidner Schafe und 940 lebende Schafe.

Am Schafmarkte gelangten an Fleischhauer 6303 lebende Schafe zur Abgabe.

* * *

Pferdemarkt vom 31. Dezember 1918.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 362 Gebrauchs- und 382 Schlächterpferde.

Preis für Gebrauchspferde von 1600 K bis 8000 K per Stück.

Der Markt war lebhaft.

* * *

Pferdemarkt vom 3. Jänner 1919.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 394 Gebrauchs- und 338 Schlächterpferde.

Preis für Gebrauchspferde von 1600 K bis 8000 K per Stück.

Der Markt war lebhaft.

Baubewegung

vom 8. Jänner bis 10. Jänner 1919.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den 1. bis 9. und 20. Bezirk. — Für den 10. bis 19. und 21. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen.

Adaptierungen.

4. Bezirk: Blechturmgasse 32, von C. und H. Martens, 4., Schlüsselgasse 9, Bauführer K. Stepanek (29).

20. Bezirk: Marchfeldstraße 18, von der „Astoria" Filmgesellschaft mit beschränkter Haftung, ebenda, Bauführer K. Korn (30).

Diverse geringere Bauten.

3. Bezirk: Barackenherstellung, Hagenmüllergasse, Einl.-Z. 2669/29, von Dr. Aug. Hlond, 3., Hagenmüllergasse 34, Bauführer Drazka, Pichler und Dicker (27).

Gesuche um Parzellierungen.

13. Bezirk: Liegenschaft, Breitensee, Einl.-Z. 442/43 ꝛc., von Siegmund Sachsel (31).

Eintragungen in den Erwerbsteuerkataster.

20. November 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

(Fortsetzung.)

Cucek Franz — Gastwirtsgewerbe — 2., Linnégasse 3.

Schwarz Baruch, genannt Jakob — Gastwirtsgewerbe — 2., Rotensterngasse 31.

Prichystal Johann — Tischlergewerbe — 3., Steingasse 40.

Kattner Franz — Kleinfuhrwerksgewerbe — 13., Hietzingerkai 125.

Schenk-Sudhof Ferdinand — Buch- und Kunsthandel — 6., Schmalzhofgasse 5.

Pelikan Hugo — Gemischtwaren- und Farbwarenhandel — 15., Würffelgasse 2.

Pelikan Hugo — Gemischtwarenhandel — 15., Würffelgasse 2.

Kyza Johann — Zuckerbäckergewerbe — 15., Dingelstedtgasse 19.

Schmalzbach Osias — Handel mit Lebensmitteln — 2., Glockengasse 9.

Waktor Siegmund — Kleinfuhrwerksgewerbe — 2., Czerningasse 14.

Meller Osias — Handel mit Pelzwaren — 2., Kleine Pfarrgasse 29.

Weiß Karl — Friseurgewerbe — 2., Stuwerstraße 4.

Feldmann Rudolf — Herrenkleidermachergewerbe — 2., Pillersdorfgasse 2.

Rakuschan Wilhelm — Metallwarenlackierergewerbe — 16., Habichergasse 47.

Santner Karl — Personentransport mit dem Fiakerwagen Nr. 458 — 1., Führichgasse–Lobkowitzplatz.

Krtsmary Alfred — Personentransport mit dem Einspännerwagen Nr. 976 — 9., Widerhofergasse.

Krtsmary Alfred — Personentransport mit dem Einspännerwagen Nr. 843 — 8., Laudongasse–Schlösselgasse.

Pal Jakob Georg — Handel mit chemisch-technischen Bedarfsartikeln — 15., Kannegasse 5.

Baron Simon — Schuhmachergewerbe — 9., Hahngasse 30.

Ullmann Mano — Uhrmachergewerbe — 2, Kleine Schiffgasse 4.

Fiedler Rudolf — Kleinfuhrwerksgewerbe — 2., Schiffmühlenstraße 72.

Marosch Franz — Marktviktualienhandel — 14., Meiselmarkt.

Prestel Adolf — Handel mit Holz und Kohlen im Großen und im Kleinen — 14., Grimmgasse 34.

Kolauch Leopoldine — Damenkleidermachergewerbe — 15., Mariahilferstraße 185.

Marian Adelheid — Gastwirtsgewerbe — 17., Steinergasse 3.

Petrzelka Marie — Gastwirtsgewerbe — 17, Haslingergasse 23.

Tham Hermine — Damenkleidermachergewerbe — 2., Kleine Sperlgasse 7.

Herzog Friederike — Handel mit Antiquitäten — 2., Volkertstraße 3.

Zichtl Aurelie — Handel mit Lebens- und Genußmitteln sowie Flaschenbier-Verschleiß — 15., Haidmannsgasse 6.

Strobl Hermine — Verschleiß von Zuckerbäckerwaren Kanditen ꝛc. — 14., Felberstraße, Ecke des Rustensteges.

Zajec Anna — Handel mit Schneiderzugehör und neuen Säcken — 14., Sechshauserstraße 75.
Blehsky Margarete — Marktfahrergewerbe — 14., Selzergasse 12.
Fischer Veronika — Handel mit Zuckerbäckerwaren und Obst — 14. Märzstraße 44.
Heß Franziska — Gemischtwarenhandel — 14., Denglergasse 14.
Simon Katharina — Wäschewaren-Erzeugung — 14., Villergasse 3.
Prohaska Marie — Viktualienhandel — 14., Sturzgasse 28.
Zemann Josefine — Wäscheputzerei — 14., Kellinggasse 8.
Robock Franziska — Handel mit Lebens- und Genußmitteln — 14., Prinz Karl-Gasse 8.
Vogel Johanna — Handel mit alten Metallen ꝛc. — 14., Märzstraße 77.

* * *

21. November 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

Brüder Holzer — Handel mit Bureaueinrichtungs- und Bedarfsgegenständen — 9., Schulz-Straßnitzkygasse 11.
Winterstein & Taussig, offene Handelsgesellschaft — Gemischtwarenhandel im Großen — 9., Liechtensteinstraße 81.
Sophie Dolezal, offene Handelsgesellschaft — Modistengewerbe — I., Neuer Markt 8.
Weiner Isaak Moses, Alleininhaber der Firma: Ed. F. Csanks Nachf. J. M. Weiner — Handel mit Eisenwaren, sowie mit Haus- und Küchengeräten — 2., Taborstraße 24.
Müller Emanuel, Alleininhaber der prot. Firma: Emanuel Müller — Kleidermachergewerbe — 7., Kirchengasse 38.
Schnedes Rudolf, Inhaber der Firma: Mardos-Film — Handel mit Films — 6., Mariahilferstraße 89.
Dr. Defris Siegmund, Alleininhaber der Firma: Elektrotechnische Fabrik Dr. techn. Siegmund Defris — Fabriksmäßige Erzeugung von Bronze- und Metallwaren — 6., Marchettigasse 14.
Kraus Viktor, Alleininhaber der Firma: Karl Kraus Sohn — Zweigniederlassung des in Reichenberg betriebenen Handels mit Tuch und Textilwaren — 1., Rathausstraße 2.
Scharrer Johann — Kleinfuhrwerksgewerbe — 19., Budinskygasse 4.
Pöchhacker Julius — Gemischt- und Kolonialwarenhandel im Großen — 9., Lazarettgasse 18.
Hanel Rudolf — Erstattung von Vorschlägen für Verbesserung bestehender Gewerbebetriebe auf Grund der Ueberprüfung der buchhalterischen und technischen Geschäftsführung — 9., Widerhofergasse 7.
Mühlendorf Abraham — Schuhpasta-Erzeugung — 9., Pfluggasse 4.
Mrkvicka Otto — Buchbindergewerbe — 9., Sobieskiplatz 3.
Spitz Isidor — Handel mit Zuckerbäckerwaren, Fruchtsäften ꝛc. — 4., Mittersteig 2 a.
Kroupa Maximilian — Kleidermachergewerbe — 4., Taubstummengasse 13.
Melich Karl — Kaffeesiedergewerbe — 4., Margaretenstraße 7.
Albrecht Ludwig — Handel mit Waschartikeln und Haushaltungsgegenständen — 4., Große Neugasse 21.
Koch Emanuel — Konzession zur Ausführung von Gasrohrleitungen ꝛc. — 3., Göllnergasse 23.
Rauber Karl — Marktfahrergewerbe — 14., Goldschlagstraße 118.
Schiffner Moritz Ludwig — Gemischtwarenhandel und Flaschenbier-Verschleiß — 14., Meiselstraße 7.
Liperi Adolf — Tapezierergewerbe — 14., Mariahilferstraße 178.
Horowitz Hermann — Handel mit Schul-, Markttaschen und Handkoffern — 14., Kauerhof.
Fels Hermann — Handel mit Schuhcreme, Galanteriewaren ꝛc. — 14., Lehnergasse 5.
Sandmann Josef — Fleischhauergewerbe — 14., Sechshauserstraße 83.
Zwerina Johann — Verschleiß von Zuckerbäckerwaren, Kanditen ꝛc. — 14., Felberstraße, Ecke Schmelzbrücke.
Kahoun Josef — Marktviktualienhandel — 14., Meiselstraße.
Goldhahn Anton — Marktviktualienhandel — 14., Schwendergasse, Markt.
Todel Jakob — Uebernahme von Wäsche zum Putzen — 2., Obermüllnerstraße 1.
Reinold Josef — Kleinfuhrwerksgewerbe — 2., Obermüllnerstraße 11.
Hauner Gustav — Verschleiß von Konditoreiwaren und Fruchtsäften — 18., Kreuzgasse 30.
Lederer Josef — Fleischhauergewerbe — 7., Seidengasse 44.
Jisa Antonia — Warenhandel — 7., Kaiserstraße 95.
Wosnitza Viktoria — Modistengewerbe — 7., Lerchenfelderstraße 9.
Dufek Anna — Wäschewaren-Erzeugung — 17., Palffygasse 18.
Trojanowicz Emilie — Gemischtwarenhandel — 13., Marchettigasse 7.
Wiedemann Emma — Gemischtwarenhandel im Großen — 3., Baumannstraße 3.
Pouch Renata — Verschleiß von Bier und Wein in handelsüblich verschlossenen Flaschen — 9., Fechtergasse 2.
Konstantin Susanne — Naturblumenbinder und -Händler — 9., Porzellangasse 54.
Jannek Barbara — Lebensmittelhandel — 9., Währingergürtel 124.
Knöpfmacher Emma — Fragnergewerbe — 9., Liechtensteinstraße 119.
Hampeis Anna — Lebensmittelhandel — 9., Georg Sigl-Gasse 2.
Hinkelmann Adolfine — Friseur- und Raseurgewerbe — 9., Schlagergasse 1.
Fischer Elsa — Frauenkleidermachergewerbe — 9., Hahngasse 34.
Goldschmidt Thekla — Verschleiß von Baumwollwaren — 9., Maria Theresien-Straße 19.
Großmann Fanni — Gemischtwarenhandel im Großen mit Ausschluß von Lebensmitteln — 9., Universitätsstraße 10.
Maurer Leopoldine — Verschleiß von Zuckerbäckerwaren, Kanditen ꝛc. — 14., Ecke Wieningerplatz, Süßgasse.
Kroupa Anna — Damenkleidermachergewerbe — 14., Jadengasse 4.

* * *

22. November 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

Erste Wiener Schuhleistenfabrik Siegfried König — Schuhleistenfabrik — 6., Mollardgasse 33.
Hirschfeld Karoline, Inhaber der Firma J. Hirschfeld — Fabriksmäßige Erzeugung von Zünderbestandteilen — 10., Leebgasse 67.
Hirschfeld Keile, Inhaber der Firma J. Hirschfeld — Fabriksmäßige Erzeugung von Badezimmereinrichtungen — 10., Leebgasse 67.
Hajek Hermann — Personentransport mit dem Fiakerwagen Nr. 238 — 1., Wollzeile, Dominikanerbastei.
Santner Karl — Personentransport mit dem Fiakerwagen Nr. 938 — 1., Johannesgasse 20.
Santner Karl — Personentransport mit dem Fiakerwagen Nr. 479 — 1., Stephansplatz.
Lohr Franz — Spenglergewerbe — 2., Vorgartenstraße 203.
Pischa Josef — Herrenkleidermachergewerbe — 3., Lessinggasse 3.
Kreisel Julius — Gemischtwarengroßhandel — 2., Untere Augartenstraße 21.
Steckerl Arnold — Handel und Kommissionshandel mit Gemischtwaren im Großen — 2., Praterstraße 42.
Weiß Adolf — Kommissionshandel mit chemisch-technischen Präparaten, sowie mit Fetten und Oelen — 2., Vereinsgasse 24.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt.

Seite

Obmänner-Konferenz:
Bericht der 102. Obmänner-Konferenz (7. Oktober 1918) 93
Stadtrat:
Bericht über die Sitzung des Stadtrates vom 27. Dezember 1918 . . 106
Bericht über die Sitzung des Stadtrates vom 30. Dezember 1918 . 111
Bezirksvertretungen:
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Währing vom 6. November 1918 112
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Floridsdorf vom 7. November 1918 113
Die neuen Bezirksvertretungen 113
Realitätenverkehr in Wien vom 1. bis 31. August 1918 119
Baustellenverkehr in Wien vom 1. bis 31. August 1918 126
Allgemeine Nachrichten:
Unterstützungsbeträge für unfallversicherungspflichtige Kleingewerbetreibende 129
Die Gesundheitsverhältnisse der Zivilbevölkerung Wiens in der Zeit vom 3. bis 7. Jänner 1919 130
Lebensmittelverkehr:
Täglicher Fleischmarkt (Großmarkthalle) vom 29. Dezember 1918 bis 4. Jänner 1919 130
Rindermarkt vom 29. Dezember 1918 bis 4. Jänner 1919 130
Jung- und Stechviehmarkt vom 2. Jänner 1919 130
Pferdemarkt vom 31. Dezember 1918 131
Pferdemarkt vom 3. Jänner 1919 131
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 8. Jänner bis 10. Jänner 1919 131
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster 131
Kundmachungen.

Herausgeber: Die Gemeinde Wien. — Verantwortlicher Schriftleiter: Friedrich Schönsteiner.
Papier aus der Pittner Papierfabrik. — Buchdruckerei E. Kainz vorm J. B. Wallishausser.

Kundmachungen.

M. Abt. XIX, 1573/18.

Allgemeine Verpflichtung zur Mitwirkung bei der Verzeichnung der Wahlberechtigten für die konstituierende Nationalversammlung.

Nach § 11 des Gesetzes vom 18. Dezember 1918, St.-G.-Bl. Nr. 115, über die Wahlordnung für die konstituierende Nationalversammlung ist jeder deutschösterreichische Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechtes wahlberechtigt, der vor dem 1. Jänner 1919 das zwanzigste Lebensjahr überschritten hat, somit jeder deutschösterreichische Staatsbürger, der vor dem Jahre 1899 geboren ist.

Zum Zwecke der Anlegung der Wählerverzeichnisse haben die Gemeinden nach § 4 der Vollzugsanweisung des deutschösterreichischen Staatsrates vom 21. Dezember 1918, St.-G.-Bl. Nr. 128, nach Verlautbarung der Wahlausschreibung unverzüglich die Verzeichnung der Wahlberechtigten nach Ortschaften und innerhalb jeder Ortschaft nach Straßen und Hausnummern einzuleiten.

Gemäß den Bestimmungen des § 5 der angeführten Vollzugsanweisung wird hiemit die allgemeine Verpflichtung zur Mitwirkung bei der Verzeichnung der Wahlberechtigten ausgesprochen.

Im Sinne der Bestimmungen des § 6 dieser Vollzugsanweisung werden den Hauseigentümern oder deren Stellvertretern Hauslisten und Wähleranlageblätter in entsprechender Zahl zugestellt und hinsichtlich der Ausfüllung derselben folgende Anordnungen getroffen:

1. Die Hauseigentümer oder deren Stellvertreter haben die Namen der im Hause wohnenden Wohnungsinhaber, nach der Zahlenfolge der Türnummern geordnet, in die Hauslisten einzutragen und die Wähleranlageblätter an die in jeder Wohnung befindlichen wahlberechtigten Personen binnen 24 Stunden nach ihrer Zustellung zu verteilen.

2. Die Wahlberechtigten sind verpflichtet, die Wähleranlageblätter durch Eintragung der für die Beurteilung des Wahlrechtes maßgebenden Daten in die hiefür vorgesehenen Rubriken genauestens auszufüllen und binnen zwei Tagen dem Hauseigentümer oder dessen Stellvertreter zu übergeben.

Jedem Wahlberechtigten ist es jedoch freigestellt, sein Wähleranlageblatt unmittelbar im Wege des magistratischen Bezirksamtes seines Wohnortes an die Wahlbehörde zu übersenden, wovon er dem Hauseigentümer oder dessen Stellvertreter Mitteilung zu machen hat.

3. Die Hauseigentümer oder deren Stellvertreter haben die ihnen von den Wahlberechtigten übergebenen ausgefüllten Wähleranlageblätter zu sammeln und sodann für jede Wohnung getrennt in den Rubriken 3 und 4 der Hausliste die Anzahl der von ihnen eingesammelten, in den Rubriken 5 und 6 aber die Zahl der von den Wahlberechtigten im Wege des magistratischen Bezirksamtes der Wahlbehörde übersendeten Wähleranlageblätter, in beiden Fällen gesondert nach dem Geschlechte der betreffenden Wahlberechtigten einzutragen. Die ausgefüllten Hauslisten und Wähleranlageblätter sind bis zur Abholung durch einen Beauftragten des Magistrates aufzubewahren.

4. Der Beauftragte des Magistrates wird sein Erscheinen mindestens 24 Stunden vorher dem Hauseigentümer oder dessen Stellvertreter bekanntgeben, der seinerseits die Wohnungsinhaber hievon in Kenntnis zu setzen hat, denen die weitere Verständigung aller in Betracht kommenden Wohnungsinsassen obliegt. Der Beauftragte des Magistrates überprüft in jedem Hause die Listen und Wähleranlageblätter, zu welcher Amtshandlung der Hauseigentümer (Stellvertreter) ein geeignetes Lokal beizustellen hat.

Im eigenen Interesse der Wahlberechtigten ist es gelegen, dem im Hause erschienenen Beauftragten des Magistrates, beziehungsweise bei unmittelbarer Abgabe des Wähleranlageblattes an die Wahlbehörde dem Beamten des magistratischen Bezirksamtes alle für die Beurteilung des Wahlrechtes dienlichen Auskünfte zu erteilen und ihnen die hiefür maßgebenden Dokumente vorzulegen.

Als Dokumente kommen in Betracht:

a) zum Nachweise des Wohnsitzes der Meldezettel oder eine polizeiliche Wohnsitzbestätigung;

b) zum Nachweise der Staatsbürgerschaft und des Alters eines der nachstehenden Dokumente: Heimatschein, die behördlich bestätigte Staatsbürgerschaftserklärung, Militärdokumente, Tauf-(Geburts-) und Trauungsschein, sowie alle anderen amtlichen Urkunden, aus welchen Staatsbürgerschaft und Alter unzweifelhaft zu entnehmen sind.

Wenn eines der obgenannten Erfordernisse nicht durch Dokumente ausgewiesen wird, kann die Eintragung in das Verzeichnis der Wahlberechtigten auf Grund des bloßen Wähleranlageblattes nur dann erfolgen, wenn die Wahlberechtigung durch die dem Magistrate zugebote stehenden Behelfe sicherzustellen ist.

5. Uebertretungen der vorangeführten Bestimmungen werden, soweit sie die allgemeine Mitwirkung bei der Verzeichnung der Wahlberechtigten im Sinne des § 6 der Vollzugsanweisung des deutschösterreichischen Staatsrates vom 21. Dezember 1918, St.-G.-Bl. Nr. 128, betreffen, gemäß § 14 derselben Vollzugsanweisung von den politischen Behörden an Geld von 10 bis 1000 K oder mit Arrest von 24 Stunden bis zu 14 Tagen bestraft.

Wien, am 4. Jänner 1919.

Der Bürgermeister der Stadt Wien:

Dr. Richard Weiskirchner. 1—1

M. B. A. X, Z. 50875/18.

Verteilung des Jagdpachtschillings.

Auf Grund des § 23 des Gesetzes vom 8. Dezember 1902, L.-G.-Bl. Nr. 22 ex 1903, wird hiemit verlautbart, daß die Grundbesitzer der in das Gemeindegebiet von Wien einbezogenen Teile von Ober- und Unterlaa sowie von Enzersdorf die Auszahlung des Anteiles an dem Jagdpachtschilling für das Jahr 1918, der auf sie nach der Größe ihres in das Gemeinde-Jagdgebiet des 10. Bezirkes einbezogenen Grundbesitzes entfällt, unter Nachweis ihres Anspruches und unter der Angabe, ob sie nicht mit Rücksicht auf die der Gemeinde Wien durch die Beistellung von Flurwächtern erwachsenen Kosten auf diesen Anspruch zugunsten der Gemeinde verzichten, hieramts in der Zeit vom 13. Jänner 1919 bis einschließlich 12. Februar 1919 verlangen können.

Wird dieser Anspruch innerhalb dieser Frist nicht erhoben, so verfällt der betreffende Betrag zugunsten der Gemeindekassa.

Vom magistratischen Bezirksamte für den 10. Bezirk
Wien, am 31. Dezember 1918.

Für den Bezirksamtsleiter:
Dr. Binder,
Magistrats-Konzipist. 1—1

B. W. A. I, Z. 1300 ex 1918.

Mehl-Umrayonierung anläßlich der Ausstellung der neuen Mehlbezugskarte.

Diejenigen Haushalte oder Einzelpersonen, welche nach Ablauf der gegenwärtig gültigen Mehlbezugskarte von der zuständigen städtischen Mehlabgabestelle (gelbe Karte) zu einer Konsumentenorganisation (blaue Karte) übertreten, und diejenigen Mitglieder von Konsumentenorganisationen, welche der zuständigen städtischen Mehlabgabestelle zugewiesen werden wollen, müssen den beabsichtigten Uebertritt **bis längstens am 25. Jänner 1919** der zuständigen Brot-Kommission zur Vormerkung anzeigen. Die dem Uebertritte entsprechende Mehlbezugskarte wird sodann zugleich mit den anderen Lebensmittelkarten im Monate Februar 1919 an dem noch zu verlautbarenden Tage zur Ausgabe gelangen.

Der Uebertritt von einer städtischen Mehlabgabestelle zu einer anderen städtischen Mehlabgabestelle kann nur im Falle der Uebersiedlung in den Sprengel einer anderen Brot-Kommission erfolgen.

Nach dem 25. Jänner 1919 erstattete Uebertrittsanzeigen können, wenn sie nicht mit Uebersiedlungen im Zusammenhange sind, erst mit 6. Juli 1919 Berücksichtigung finden.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
als politischer Behörde I. Instanz,
am 2. Jänner 1919. 3—3

Stiftungen.

Karl Meißl-Stiftung.

Aus der Karl Meißl-Stiftung für arme christliche Gewerbetreibende gelangen 15.000 K in Teilbeträgen von 200 und 400 K zur Verteilung.

Anspruchsberechtigt sind: Christliche Gewerbetreibende, welche seit mindestens vier Jahren im 2. oder 20. Bezirke ihr Gewerbe ausüben und ohne Verschulden in Not geraten sind.

Die einmal mit welchem Betrage immer Beteilten können erst nach Ablauf von vier Jahren wieder beteilt werden.

Die Auswahl der zu Beteilenden steht der Bezirksvertretung Leopoldstadt zu.

Die mit einem Taufschein, Armutszeugnis und dem Gewerbeschein belegten Gesuche müssen **bis spätestens 31. Jänner 1919** bei der Bezirksvorstehung Leopoldstadt (2., Karmelitergasse 9, 2. Stock) eingebracht werden.

Auf nicht rechtzeitig eingebrachte oder nicht ordentlich belegte Gesuche kann keine Rücksicht genommen werden.

Bezirksvertretung Leopoldstadt,
am 21. Dezember 1918. 2—3

M. Abt. XIII, 5173/18. Selbständiger Wirkungskreis.

Theobald Uffenheimer'sche Studentenstiftung.

Verliehen werden: Drei Stipendien zu je 285 K, und zwar je eines an einen christlichen Hörer der juridischen und medizinischen Fakultät der Universität in Wien, beziehungsweise der technischen Hochschule in Wien, und weiters ein Stipendium zu 300 K an einen christlichen Hörer der medizinischen Fakultät der Wiener Universität für das Studienjahr 1918/19.

Vorzugsberechtigt sind: Verwandte des Stifters, dann nach Wien zuständige oder im Bezirke Leopoldstadt in Wien oder in Wien überhaupt geborene Bewerber.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf- und Heimatschein, Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnis, Maturitätszeugnis, Impfzeugnis, Studiennachweis und allenfalls Nachweis der Verwandtschaft.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Letzter Einreichungstag: **31. Jänner 1919.**

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 2. Dezember 1918. 2—3

M. Abt. XIII, 5129/18. Selbständiger Wirkungskreis.

Stiftung

für Gymnasialschüler aus den ehemaligen Gemeinden Hietzing und Penzing.

Verliehen wird: Ein Betrag von 218 K zur Anschaffung von Lehrmitteln.

Zur Bewerbung sind diesmal berufen: Dürftige Schüler an einem Gymnasium in Wien: a) deren Eltern, beziehungsweise Vorfahren zur Zeit der Einverleibung der ehemaligen Gemeinde Penzing in die Gemeinde Wien in der ersteren Gemeinde heimatsberechtigt waren, in Ermanglung solcher aber b) deren Eltern Gemeindeangehörige von Wien sind und in dem Gebiete der ehemaligen Gemeinde Penzing ihren Wohnsitz haben.

Dem Gesuche sind beizulegen: Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnis, Impfzeugnis, Studienzeugnisse der beiden letzten Semester, Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, eventuell Nachweis über die Zuständigkeit der Eltern oder deren Vorfahren am 19. Dezember 1890 in Penzing, polizeiliche Meldezettel der Eltern.

Einreichstelle: Gemeindebezirkskanzlei, 13. Bezirk, Hietzinger Kai 1.

Einreichungsfrist: **Bis 31. Jänner 1919.**

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 11. Dezember 1918. 2—3

Schwestern Fröhlich-Stiftung

zur Unterstützung bedürftiger und hervorragender, schaffender Talente auf dem Gebiete der Kunst, Literatur und Wissenschaft.

Aus dieser Stiftung werden verliehen:

a) Stipendien an Künstler oder Gelehrte zur Vollendung ihrer Ausbildung oder zur Ausführung eines bestimmten Werkes, oder zur Veröffentlichung eines solchen, oder im Falle plötzlich eintretender Arbeitsunfähigkeit.

b) Pensionen an Künstler oder Gelehrte, welche durch Alter, Krankheit oder Unglücksfälle in Mittellosigkeit geraten sind.

1. Diese Stiftung kann nur schaffenden Talenten auf dem Gebiete der Kunst verliehen werden; es sind also die Vertreter der sogenannten reproduzierenden Künste (Schauspieler, Rezitatoren, Sänger, Virtuosen 2c.), ebenso auch alle auf dem Gebiete der graphischen Kunst tätigen Talente, wenn sie nur reproduzieren, wie Kupferstecher, Lithographen, Xylographen 2c., ausgeschlossen.

2. Von wissenschaftlichen Werken kommen nur solche in Betracht, die zugleich schriftstellerische Arbeiten sind und außer dem fachwissenschaftlichen auch einen literarischen Wert haben.

Zur Erlangung eines Stipendiums muß der Bewerber in seinem an das Kuratorium zu richtenden Gesuche folgende Belege beibringen:

1. Tauf- oder Geburtsschein;

2. Studien- oder Prüfungszeugnisse;

3. glaubwürdige Zeugnisse über wissenschaftliche oder künstlerische Leistungen;

4. behördliches Zeugnis über die Mittellosigkeit.

Mit dem Gesuche um eine Pension ist beizubringen:

1. Tauf- oder Geburtsschein;

2. glaubwürdige Bescheinigung über die Krankheit oder den Unglücksfall, wodurch der Bewerber in Mittellosigkeit geraten ist;

3. Ausweise über die Verdienste des Bewerbers um Wissenschaft und Kunst.

Die vorschriftsmäßig belegten Gesuche samt eventuellen Kunstproben sind **bis 1. Marz 1919** im Präsidialbureau des Wiener Gemeinderates, I., Neues Rathaus, Lichtenfelsgasse 2, 1. Stock, zu überreichen, woselbst auch die Stiftungsstatuten behoben werden können.

Nicht entsprechend instruierte Gesuche werden nicht in Betracht gezogen.

Vom Kuratorium der Schwestern Fröhlich-Stiftung.
Wien, im Dezember 1918. 3—3

M. Abt. XIII, 5399/18. Selbständiger Wirkungskreis.

Hermine Elßler'sche Universitäts-Stipendienstiftung.

Verliehen wird: Ein einmaliger Jahresbetrag von 600 K für das Studienjahr 1918/19.

Zur Bewerbung sind berufen: Studierende der weltlichen Fakultäten der Wiener Universität.

Bedingungen:

a) Der Bewerber muß in Wien geboren, österreichischer Staatsbürger und mindestens 18 Jahre alt sein;

b) hervorragende Begabung und vorzüglicher Fleiß;

c) tadelloser Lebenswandel;

d) Mittellosigkeit.

Vorzugsberechtigt sind Angehörige der Familien Elßler oder Schäffl, hinsichtlich welcher das Erfordernis der Geburt in Wien entfällt.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Impfzeugnis, Mittellosigkeitszeugnis und Studiennachweise; ferner ist anzuführen, ob der Stiftungswerber oder eines seiner Geschwister ein Stipendium bezieht.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 31. Jänner 1919.**

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 20. Dezember 1918. 2—3

**

M. Abt. XIII, 5436/18. Selbständiger Wirkungskreis.

Theresia Rosenauer'sche Stiftung
für verschämte Arme in Wien.

Zur Verleihung gelangen: 500 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Verschämte Arme in Wien.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatsnachweis.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 31. Jänner 1919.**

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 20. Dezember 1918. 1—3

M. Abt. XIII, 5201/18. Selbständiger Wirkungskreis.

Dr. Emanuel Bunzel'sche Stiftung
für erwachsene Blinde.

Verteilt werden: 180 K in fünf gleichen Teilbeträgen.

Zur Bewerbung sind berufen: Erwachsene mittellose Blinde christlichen Glaubens.

Dem Gesuche sind beizulegen: Taufschein, Heimatschein, armenärztliche Bestätigung über die Erblindung.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 15. Februar 1919.**

Verleihungstag: 10. April 1919.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 19. Dezember 1918. 1—3

Zur kulanten Besorgung aller im Kursblatte notierten Effekten und Valuten bestens empfohlen:

Wechselstube des Bankhauses

Schelhammer & Schattera

Wien, I., Stephansplatz 11, Parterre. Gegründet 1832.

Telephon Nr. 46208 **Telephon Nr. 46208**

ARTIKA, pickfeines

Klebemittel

alkalifrei, als Ersatz für Gummiarabicum und Textrin, gebrauchsfertiger, in dünner Schichte aufgetragen fast farbloser, rasch trocknender Klebstoff von vorzüglicher Klebkraft für die gesamte Kartonnageindustrie, zum Auftragen von Etiketten auf Papier, Leder, Glas und Blech ganz besonders geeignet, liefert prompt in Gefäßen zu 5 kg, 12½ kg und 50 kg, in Fässern zirka 250 kg ab Fabrik exklusive Emballage

Ceh & Blitz, Wien, XX/2, Dresdnerstraße 82

Bei Ministerien, Ämtern etc.
besteingeführte

Frema-Werke (Friedrich May)

Wien, I., Fischhof 3

Telephon Nr. 14602

liefern regelmässig:

Frema-Vervielfältigungsapparate
Frema-Vervielfältigungs-Zubehöre
Frema-Kohlepapier
Frema-Farbbänder
Frema-Schreibmaschinenpapier
Frema-Büro-Utensilien

Berndorfer Metallwarenfabrik

ARTHUR KRUPP A. G.

Berndorf Nieder-Oesterr.

Gegründet im Jahre 1843, gegenwärtig über 6000 Angestellte.

NIEDERLAGEN: WIEN, I., WOLLZEILE 12. :: BUDAPEST UND PRAG. ::

In eigener Erzeugung:

Bestecke und Tafelgeräte aus Alpacca-Silber, China-Silber und unversilbertem Alpacca und Pacfong. Kochgeschirre und Tafelgeräte aus Rein-Nickel, Gefäße, Kessel und technische Artikel aus Rein-Nickel für chemische Laboratorien, Krankenhäuser, Dampfküchen usw. Zinnstahlbestecke, Kunstbronzen. Bleche und Drähte aus Rein-Nickel, Neusilber, Messing, Tombak, Kupfer und Kupfernickel. Widerstandsdrähte, Fassondrähte, Stäbe und Stangen Druckkupferbleche, Rein-Nickel-Anoden, Elektrolytkupfer in Lamellen. Patronenhülsen, Geschoßmäntel
:—: **etc. etc. etc.** :—:

ART. KRUPP BERNDORF — Schutzmarke für Alpacca-Silber I.

BERNDORF ALPACCA — Schutzmarke für Alpacca.

BERNDORF REIN-NICKEL — Schutzmarke für Rein-Nickel.

Achtung auf die obenstehenden Schutzmarken.

Allgemeine Depositen-Bank

Wien, I., Schottengasse 1,

Filialen: Linz, Steyr, Triest, Oderberg-Bahnhof, Lemberg, Stanislau, Drohobycz, Czernowitz

und Wiener Wechselstuben: I., Teinfaltstraße 2, II., Taborstraße 7, IV., Rainerplatz 2, VII., Mariahilferstraße 74 b, VII., Neubaugasse 44, IX., Alserstraße 24, IX., Währingerstraße 63, XIII., Breitenseerstraße 6, XIII., Hietzinger Hauptstraße 3, XIV., Sparkasseplatz 1.

Aktienkapital: K 80.000.000·—. **Reserven: K 41,500.000·—**

Bezugspreise
für Wien:
mit Zustellung ganzjährig 20 K
mit Zustellung halbjährig 10 K
ohne Zustellung ganzjährig 18 K
ohne Zustellung halbjährig 9 K
Außerhalb Wiens
ganzjährig 22 K, halbjährig 11 K.

Bezugsbeginn: 1. Jänner, beziehungsweise 1. Juli.

Einzelne Nummern 30 Heller bei der Schriftleitung.

Amtsblatt
der
Stadt Wien

Erscheint jeden Mittwoch und Samstag.

Schriftleitung:
1., Rathaus, Stiege 5, 1. Stock.
Fernsprecher: Rathaus.
Klappe 160 (Hauptschriftleiter).
Klappe 150 (Schriftleitung).

Postsparkassen-Konto Nr. 100.367

Für den Buchhandel:
Gerlach & Wiedling, 1., Elisabethstraße 13. — Ganzjährig 30 K.

Annahme kleiner Anzeigen bei Haasenstein & Vogler, A.-G. 1., Schulerstraße 11.

Nr. 5. Mittwoch den 15. Jänner 1919. Jahrgang XXVIII.

Stadtrat.

Sitzungen des Stadtrates.

Donnerstag, 16. Jänner, um 10 Uhr vormittags.
Freitag, 17. Jänner, um 10 Uhr vormittags.

Bericht

über die Sitzung vom 2. Jänner 1919.

Vorsitzende: Die VB. Hoß und Neumann.

Anwesende: Bgm. Dr. Weiskirchner, VB. Rain und die StR. Angermayer, Breuer, Dechant, Emmerling, Dr. Haas, Dr. Hein, Heindl, Hötzel, Hohensinner, Jung, Dr. Kienböck, Knoll, Körber, Melcher, Müller, Pick, Richter, Schmid, Schneider, Schwer, Siegel, Spalowsky, Tomola, Vaugoin, Weber, Weigl und Winter.

Entschuldigt: StR. Skaret.
Beigezogen: Ob.Mag.-R. Dr. Müller.
Schriftführer: Mag.-Sekr. v. Radler.

VB. Hoß eröffnet die Sitzung und gibt bekannt die Nachweisung über die Belastung des Reservefonds für das Verwaltungsjahr 1918/19 mit 21. Dezember 1918:

Reservefonds		1,000.000 K — h
Belastung durch bereits zur Gebühr erwachsene Auslagen	287.633 K 02 h	
Belastung durch bereits genehmigte, jedoch noch nicht zur Gebühr erwachsene Auslagen	683.987 „ 54 „	
zusammen .	971.620 „ 56 „	
daher noch .	28.379 K 44 h	

verfügbar.

Außerdem stehen für Rechnung des Reservefonds Anträge im Gesamtbetrage von 1,561.705 K 47 h in Vormerkung, deren Genehmigung noch aussteht. (Zur Kenntnis.)

Berichterstatter StR. Dechant:

(P. Z. 12601/18, L. W. A., 506/18.) Das Landwirtschaftsamt wird beauftragt, wegen eventueller Vergrößerung der Alberner Fischzuchtanlage an den Stadtrat zu berichten.

Ehemöglichst sämtliche Park- und Stauteiche der Gemeinde Wien zur Fischzucht heranzuziehen.

Wegen Ueberlassung der Schloßteiche in den ehemaligen kaiserlichen Schlössern in und um Wien zu gleichen Zwecken mit den zuständigen Stellen in Verhandlung zu treten.

Mit der Wientalwasserleitung in Unter-Tullnerbach behufs Pachtung des Stauweihers, der Sandfilteranlagen 2c. zwecks Anlage einer Fischzucht Verhandlungen einzuleiten.

Sich bei den hiezu nötigen Vorarbeiten und der Aufstellung einer Rentabilitätsberechnung des städtischen Ingenieurs Daniel Doppelreiter zu bedienen.

(P. Z. 12588/18, B. A. VII, 2266/18.) Die Brenndauer der halbnächtigen Gasflamme Nr. 1415 in der Hasenauerstraße im 18. Bezirke wird in eine ganznächtige umgeändert. Die den städtischen Gaswerken hiedurch auflaufenden jährlichen Betriebskosten von 25 K werden genehmigt.

(P. Z. 12567 und 12958/18, M. A. X, 8393 und 8816/18.) Die Ansuchen des Johann Grand und der Kassierswitwe Leopoldine Permazato um Bewilligung zur nachträglichen Entrichtung der Renovationsgebühr für das Familiengrab Gruppe 18, Reihe 8, Nr. 2, beziehungsweise für das eigene Grab Gruppe 18, Reihe 6, Nr. 7 im Döblinger Friedhofe werden bewilligt.

(P. Z. 12959/18, M. A. X, 9549/18.) Dem Dr. Hugo Fürth wird die fertige Doppelgruft Gruppe 16, Nr. 5 im Döblinger Friedhofe ohne Gruftbelag um die Gebühr von 16.000 K auf die Dauer des Friedhofsbestandes überlassen.

Berichterstatter StR. Vaugoin:

(P. Z. 12960/18, M. A. X, 9308/18.) Der Marie Käferböck wird der Gruftplatz Nummer 28 der Gruppe 22 im Baumgartner Friedhofe um die Gebühr von 2400 K überlassen. Sollte die erste Leiche eine nichtzugewiesene sein, so ist vor der Bestattung der Betrag von 2400 K beim magistratischen Bezirksamte XIII nachzuzahlen.

(P. Z. 12957/18, M. A. X, 8077/18.) Dem Ansuchen des Hauptmannes Albert Dolansky um die Bewilligung zur Erwerbung der eigenen Gräber Gruppe 1, Nr. 262 und 263 im Hütteldorfer Friedhofe gegen Erlag der nach dem alten Tarife berechneten

Gebühren wird keine Folge gegeben. Der Gesuchsteller wird aufgefordert, die Gräber durch Einzahlung der nach dem neuen Tarife berechneten Gebühren bis längstens 1. Februar 1919 auf Friedhofsdauer zu erwerben, widrigenfalls die Gemeinde über die Gräber anderweitig verfügen wird.

Berichterstatter StR. Dr. Haas:

(P. Z. 7, M. A. XI, 89842/18.) Dem Michaeler-Bade, 18., Michaelerstraße 12/18, werden ab 1. Jänner 1919 für ein Wannenbad 3. Klasse 1 K 44 h, für ein Dampfbad 1. Klasse 2 K 72 h vergütet.

(P. Z. 12963/18, M. A. XI b, 31037/18.) Die Doktoren der Medizin Dr. Leopold Haunold und Regimentsarzt Dr. Leopold Stieböck werden als Hospitanten im Kaiserjubiläums-Spitale zugelassen.

(P. Z. 12975/18, St. Jugendamt, V-263/3/18.) Dr. Alfred Kolisko und Dozent Dr. Rudolf Neurath werden vom 1. Jänner 1919 angefangen als Jugendärzte der Bezirksjugendämter Landstraße, beziehungsweise Meidling gegen ein Jahreshonorar von 1000 K für zwei Arbeitsstunden in der Woche, beziehungsweise 2000 K für vier Arbeitsstunden, beziehungsweise 3000 K für sechs Arbeitsstunden bestellt. Das Dienstverhältnis ist beiderseits einmonatlich ohne Angabe von Gründen kündbar. Die mit Stadtrats-Beschluß vom 9. Jänner 1913, P. Z. 198, genehmigte Dienstanweisung für die Kinderärzte der städtischen Berufsvormundschaft hat auf das Dienstverhältnis dieser Jugendärzte sinngemäße Anwendung zu finden.

Berichterstatter StR. Emmerling:

(P. Z. 12658/18, St. Wohnungsamt, 728/18.) Die bei der Drucklegung des Berichtes des Wohnungsamtes über die Wohnungszählung 1917 aufgelaufene Kostenüberschreitung von 630 K wird genehmigt. Die Mehrkosten sind auf Ausgabs-Rubrik LII 30 zu verrechnen. Die Festsetzung des Verkaufspreises der Broschüre mit 1 K für das Stück wird genehmigend zur Kenntnis genommen.

Berichterstatter StR. Dr. Kienböck:

(P. Z. 12967/18, M. A. XIX, 1435/18.) Von der Ergreifung des Rekurses gegen die Erwerbsteueraufteilung bezüglich der Großeinkaufs-Gesellschaft österreichischer Konsumvereine, Ges. m. b. H., für die Jahre 1911 bis 1917 wird Umgang genommen.

(P. Z. 12825/18, M. A. XXII, 1903/18.) Die vom Vereine des Kaiserjubiläums-Stadttheaters in Wien in der General-Versammlung am 18. November 1918 vorgenommene Aenderung seiner Satzungen wird zur Kenntnis genommen. Der Stadtrat spricht den Wunsch aus, daß die nach dem Pachtvertrage erforderliche Zustimmung zur Aufführung von Operetten nur erteilt werde, wenn gediegene Werke in Frage kommen. Hievon ist der genannte Verein zu verständigen.

Berichterstatter VB. Rain:

(P. Z. 13031/18, M. A. IX, 141/18.) Den außer der gewöhnlichen Betriebszeit im städtischen Schweineschlachthofe tätigen Tierärzten und Schlachthofdienern werden Anerkennungsgaben in der Höhe von 1145 K gewährt.

(P. Z. 12829/18, Bau-Abt. X, 362/18.) Dem Ansuchen der Verlassenschaft nach dem verstorbenen Kanalräumungs-Unternehmer Friedrich Mikl um die Bewilligung zur weiteren Besorgung der Kanal- und Senkgrubenräumungarbeiten in den Abschnitten 1 und 2 des 13. Bezirkes bis zum Ablaufe der Vertragsdauer, das ist bis einschließlich 31. Dezember 1918, unter den zufolge Stadtrats-Beschlusses vom 20. Juni 1918, P. Z. 6186, mit dem Erblasser vertragsmäßig vereinbarten Preisen und Bedingnissen wird Folge gegeben.

(P. Z. 12977/18, St. Brauh., 184/18.) Der Gemeinderats-Beschluß vom 13. November 1918, P. Z. 9988, betreffend Kriegszulagen, Kriegsdienstjahre, Dienstalterszulagen, Anschaffungsbeiträge, findet auch auf die in Rannersdorf diensttuenden Angestellten unveränderte Anwendung.

Nachbenannte Angestellte der „Gemeinde Wien — städtische Leichenbestattung" werden über ihr Ansuchen ab 1. Jänner 1919 in den dauernden Ruhestand versetzt:

(P. Z. 12937/18, St. L. B., 1057/18) die Bureaudienerin Katharina Huber mit einem jährlichen Ruhebezug von 958 K 77 h;

(P. Z. 12998 bis 13000/18, St. L. B., 1059, 1054 und 1056/18) der Filialdiener Karl Pauer mit einem jährlichen Ruhebezug von 1636 K 4 h; der Nachtportier und Träger Ferdinand Opawsky mit einem jährlichen Ruhebezug von 766 K 50 h; der Professionist Maximilian Huber mit einem jährlichen Ruhebezug von 1027 K 41 h. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 12938/18, St. L. B., 1063/18.) Der Marie Treitler, Witwe nach dem Träger und Aushilfsfilialdiener der „Gemeinde Wien — städtische Leichenbestattung", Leopold Treitler, wird eine jährliche Gnadengabe von 620 K 50 h ab 1. Juli 1918 zuerkannt. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 12993/18, St. L. B., 1064/18.) Den fünf minderjährigen Ganzwaisen nach dem verstorbenen Kutscher der städtischen Leichenbestattung Franz Neidhart: Franz, Anna, Karl, Ludwig und Friedrich Neidhart wird ein jährlicher Erziehungsbeitrag von je 90 K 38 h ab 1. Oktober 1918 zuerkannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 12976/18, St. Stellw. Unt., 841/18.) Der Stellwagenkutscherswitwe Anna Jira wird eine Pension in der Höhe von jährlich 506 K 67 h und für ihre unversorgten Kinder Franz und Angela ein jährlicher Erziehungsbeitrag von je 168 K 89 h, sämtliche Versorgungsgenüsse ab 2. November 1918, nach Maßgabe der bestehenden Bestimmungen zuerkannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 12994—12997/18, St. L. B., 1061, 1055, 1060 und 1058/18.) Folgenden Witwen nach Angestellten der „Gemeinde Wien — städtische Leichenbestattung" werden Witwenpensionen, beziehungsweise Erziehungsbeiträge zuerkannt:

der Hausoffizierswitwe Fanni Zieger im Jahresbetrage von 573 K 33 h ab 1. Oktober 1918;

der Professionistenswitwe Marie Märten im Jahresbetrage von 509 K 28 h ab 1. Juli 1918;

der Professionistenswitwe Anna Rettinger im Jahresbetrage von 544 K 5 h und für ihre Tochter Elisabeth ein Erziehungsbeitrag von jährlich 108 K 81 h ab 1. August 1918;

der Inspektorswitwe Josefine Karafiat im Jahresbetrage von 2520 K und für ihren Sohn Kurt ein Erziehungsbeitrag von jährlich 504 K ab 1. September 1918. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 12743/18, M. A. II, 7228/18.) Das Ansuchen der Totengräberswitwe Aloisia Eder um eine Gnadengabe wird abgewiesen.

Berichterstatter StR. Weber:

(P. Z. 13039/18, M. B. A. XXI 27785/18.) Für die Inanspruchnahme städtischen Straßengrundes per 1·80 m² durch die beim Hause 21. Schwaigergasse 19, Eigentümerin Firma Hammerbrotwerke und Dampfmühle Skaret Hanusch u. Komp., vorhandenen Risalite wird als einmaliges Einlösungsentgelt der Betrag von 44 K festgesetzt. Der bisher vorgeschriebene Anerkennungszins von 1 K jährlich ist mit 1. Jänner 1919 zu löschen.

Berichterstatter StR. Schneider:

(P. Z. 12559/, M. A. III, 2615/18.) Behufs weiterer Verhandlungen über das Kaufanbot der Eheleute Alfred und Renata Wiener auf die städtische Liegenschaft Einl.-Z. 403 Grinzing im 19. Bezirke wird ein stadträtliches Komitee eingesetzt.

(P. Z. 13005/18 St. Str. B. 7275/18.) Dem Ansuchen der Polizei-Direktion Wien um 747 Straßenbahnfreikarten für Polizeiorgane für das Jahr 1919 wird Folge gegeben.

(P. Z. 8, St. Str. B., 6351/10/18.) Dem Ansuchen der Zentral-Transportleitung um Straßenbahnfreikarten für das Jahr 1919 wird keine Folge gegeben.

(P. Z. 12848/18, St. Str. B., 4159/1/18.) Die Lieferung von 5 km-Rillenschienengleis, Profil 210/200, wird der Prager Eisen-Industriegesellschaft unter der Bedingung übertragen, daß sie in zwei längstens am 1. März, beziehungsweise am 30. April 1919 fälligen Teillieferungen bewerkstelligt werde. Bei Nichteinhaltung dieser Lieferfristen ist die Direktion der städtischen Straßenbahnen berechtigt, die Bestellung rückgängig zu machen. Die endgültige Preisfestsetzung erfolgt jeweilig 14 Tage vor Beginn jeder Walzung.

Die Direktion der städtischen Straßenbahnen wird ermächtigt, die bezüglichen Vereinbarungen zu treffen.

(P. Z. 12934, St. Str. B., 4192.) Die Inspektoren der städtischen Straßenbahnen Ing. Karl Goller, Franz R. v. Wolff und Richard Werner werden mit 1. Jänner 1919 zu Ober-Inspektoren ernannt. Die höheren Gehalte werden mit 1. Jänner 1919, das erhöhte Quartiergeld mit 1. Februar 1919 flüssig gemacht.

Dem Inspektor der städtischen Straßenbahnen Ing. Ludwig Schuller wird mit 1. Jänner 1919 der Titel eines Ober-Inspektors verliehen.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend; an den Gemeinderat.)

(P. Z. 12935/18, St. Str. B., 8118/18.) Der Josefine Stärker Witwe nach dem im Felde gefallenen Kondukteur Johann Stärker, wird ab 1. Dezember 1918 gnadenweise eine Witwenpension von 41 K 56 h und ihren zwei minderjährigen Kindern ein Erziehungsbeitrag von je 13 K 85 h monatlich bis zur Neuregelung der gesetzlichen Militärversorgung, längstens jedoch auf die Dauer von drei Jahren, beziehungsweise bis zu ihrer Wiederverehelichung oder bis zum Eintritte günstigerer Erwerbsverhältnisse, beziehungsweise bis zu einer anderweitigen Versorgung aus Betriebsmitteln bewilligt. Die Gemeinde hat sich jedoch zu verpflichten, auf die ihr satzungsgemäß zustehende Abfertigung aus der Pensionskassa im Betrage von 806 K samt Zinsen zugunsten des Betriebes zu verzichten. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 12936/18, St. Str. B., 178/1917/18.) Die Lieferung von 60 Waggons neue Bremsklötze um den beiläufigen Gesamtbetrag von 750.000 K und zu den sonstigen Bedingungen bei allenfalls eintretenden Preiszuschlägen oder Preisnachlässen wird der Firma R. Ph. Waagner, L. & J. Biro & A. Kurz A. G. in Wien,

die Lieferung von 15 Waggons Bremsklötze um den beiläufigen Gesamtbetrag von 187.500 K und zu den sonstigen Bedingungen bei allenfalls eintretenden Preiszuschlägen und Preisnachlässen der Firma Erste Wiener Eisengießerei- und Handels-Aktiengesellschaft, Wien, übertragen.

Die Auslage von rund 431.500 K ist im Betriebsvoranschlage bedeckt.

Das Anbot der Firma Aktiengesellschaft der Lokomotivfabrik vorm. G. Sigl in Wiener-Neustadt wird abgelehnt.

(P. Z. 12933/18, St. Str. B., 4250/18.) Die von ihrer zuständigen Militärbehörde als vermißt bezeichneten Angestellten der städtischen Straßenbahnen gelten als gefallen, und zwar:

Kondukteur Eduard Neumann mit 25. Juli 1916;
Kondukteur Ferdinand Teibler mit 4. Juni 1916;
Kondukteur Karl Seiberl mit Ende 1915;
Kondukteur Josef Baldus mit 26. Juli 1916.

Die den Genannten dienstordnungsmäßig oder auf Grund des Gemeinderats-Beschlusses vom 29. Juli 1914, P. Z. 11531, zustehenden Mobilisierungsgebühren sind mit Ende des Monates, in welchem dieser Beschluß gefaßt wird, einzustellen und die ihren Angehörigen allenfalls satzungsmäßig oder auf Grund des Stadtrats-Beschlusses vom 19. November 1914, P. Z. 15187, gebührenden Versorgungsgenüsse von dem dem Beschlusse folgenden nächsten Monatsersten an anzuweisen.

(P. Z. 13004/18, St. Str. B., 7500/18.) Die Anträge der Straßenbahn-Direktion über 24 Ansuchen um Fahrpreisbegünstigungen auf den städtischen Straßenbahnen werden genehmigt.

Berichterstatter StR. Heindl:

(P. Z. 13030/18, M. A. III, 3617/18.) Die Wohnung Nr. 4 im Bürgerspitalfondshause 1., Schottenring 28, wird ab 1. Jänner 1919 an Rosalia Kaufmann um den Jahreszins von 6050 K gegen halbjährige termingemäße Zinszahlung und Kündigung vermietet.

(P. Z. 6, M. A. III, 3581/18.) In teilweiser Abänderung des Stadtrats-Beschlusses vom 12. Dezember 1918, Z. 12255, wird die Wohnung Nr. 9 im Bürgerspital-Fondshause 1., Gonzagagasse 7, vom Maitermin 1919 ab an den Pelzwarenhändler Max Breitfeld um den Jahreszins von 2710 K gegen halbjährige Zinszahlung und Kündigung vermietet.

(P. Z. 4, M. A. XV, 16373/18.) Die Benützung des Turnsaales der Volksschule 1., Bartensteingasse 7, für die vom städtischen Wirtschaftsamte in der Zeit vom 2. bis 11. Jänner 1919 durchzuführende Schuhabgabe an städtische Angestellte wird genehmigt.

(P. Z. 12970/18, M. B. A. I, 171/18.) Die Verfügung des magistratischen Bezirksamtes für den 1. Bezirk auf Ausfolgung einer ermäßigten Hundemarke im Betrage von 10 K an Betty Achlanitz wird nachträglich genehmigt.

(P. Z. 12939/18, M. A. XIII, 4724/18.) Aus den verfügbaren Interessen der beiden Karl Kreithner'schen Waisenstiftungen wird den Waisen Josef Praprotnik, Wenzel Jirasek, Barbara Aigner und Therese Scharitzer je ein Betrag von 1464 K verliehen.

Berichterstatter StR. Winter:

(P. Z. 12928/18, M. B. A. IX, 2346/2/18.) Dem Ansuchen von neun Parteien im 9. Bezirke um Nachsicht, beziehungsweise Herabsetzung der Hundesteuer wird Folge gegeben.

Berichterstatter StR. Knoll:

(P. Z. 13034/18, B. A. IX, 2603/18.) Der Magistrat wird ermächtigt, den am 31. Dezember 1918 ablaufenden Vertrag mit der n.-ö. Landesregierung über die Reinigung der Kagraner Reichsstraße (Wagramerstraße) vom km 0·0 bis km 4·117 bei Erhöhung der staatlichen Beitragsleistung von 9500 K auf 12.000 K bis 31. Dezember 1919 zu erneuern.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 13037/18, Wohnungsamt, 1754/10.) Die anläßlich der Einführung der Seidenraupenzucht in den Kaiser Karl-Kriegerheimstätten in Aspern auflaufenden Kosten für die Beistellung der Maulbeerpflanzen im Betrage von 7500 K werden von der Gemeinde Wien übernommen. Diese Auslage ist auf Ausgabs-Rubrik LII 34 „Auslagen aus Anlaß der Kriegsereignisse" zu verrechnen.

Es wird die Zustimmung erteilt, daß ein Organ des Stadtgarteninspektorates die Ueberwachung der auf Kosten des Wiener Kriegerheimstättenfondes durchzuführenden Herrichtung und Bepflanzung der für die Maulbeeranlage gewidmeten Parzelle 575 in Aspern besorgt. Die diesem Organe zu gewährende Zulage ist der Gemeinde von dem Fonde zurückzuerstatten.

Der jährliche Anerkennungszins für die dem Wiener Kriegerheimstättenfonde pachtweise zu überlassende Parzelle 575 in Aspern wird mit 100 K festgesetzt.

(P. Z. 13040/18, M. B. A. XXI, 28954/18.) Für die Inanspruchnahme städtischen Straßengrundes per 0·195 m² durch das beim Hause 21., Leopoldsplatz, Eigentümer Alois und Wilhelmine Rath, vorhandenen Risalit wird als einmaliges Einlösungsentgelt der Betrag von 3 K 90 h festgesetzt. Der bisher hiefür vorgeschriebene Platzzins von 50 h jährlich ist mit 1. Jänner zu löschen.

(P. Z. 13038/18, M. B. A. XXI, 27790/18.) Für die Inanspruchnahme städtischen Straßengrundes per 0·364 m² durch die beim Hause XXI., Pragerstraße 12, Eigentümer Karl Bertl, vorhandenen Risalite wird als einmaliges Einlösungsentgelt der Betrag von 15 K festgesetzt. Der bisher vorgeschriebene Anerkennungszins von 50 h jährlich ist mit 1. Jänner 1919 zu löschen.

Berichterstatter StR. Pick:

(P. Z. 12971/18, M. B. A. XVIII, 460/III/18.) Dem Ansuchen der Hilde Lauer um Uebernahme der Verpflegskosten, welche durch die Verpflegung ihrer Dienstmagd Marie Kogelnik in dem nicht öffentlichen Brigitta-Spitale des Vereines „Lucina" in der Höhe von 68 K 75 h aufgelaufen sind, auf die Dienstbotenkrankenkasse wird aus Billigkeitsgründen stattgegeben.

Berichterstatter StR. Schwer:

(P. Z. 12974/18, St. S., 831/18.) Dior. Dr. Latzke und Prof. Dr. Rommel erhalten die Erlaubnis, die im Handschriften-Katalog der Stadtbibliothek verzeichneten Briefe von und an Anzengruber zu benützen, unter der Bedingung, daß die Briefe weder ganz noch teilweise abgedruckt werden und den Briefen an Anzengruber nur jene Daten entnommen werden, die sich auf Anzengruber und seine Werke beziehen.

(P. Z. 12973/18, St. S., 842/18.) Der Stadtrat erteilt dem akademischen Maler C. Kaiser-Herbst die Erlaubnis, zwei Ansichten von Grinzing aus dem Besitze des städtischen Museums, und zwar ein Oelgemälde von Saar und ein Aquarell von Gerstmayer, zu kopieren.

(P. Z. 12820/18, M. A. II, 8761/18.) Der Feuerwehr-Inspektorswaise Bianka Kopetzky wird eine Waisenpension von 1100 K vom 1. November 1918 angefangen im Sinne des Magistrats-Antrages angewiesen.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 12954 und 12955/18, M. A. IV, 4092 und 4086/18.) Dem Sappeur-Oberleutnant Franz Güttler und dem Pionier-Hauptmann Leopold Staar wird gestattet, sich durch sechs Wochen bei Tage auf einer der Hauptwachen der städtischen Feuerwehr aufzuhalten und an den Uebungen und Ausrückungen der Feuerwehr teilnehmen zu dürfen. Aus dieser Bewilligung darf jedoch nicht der Anspruch auf Verleihung einer etwa freiwerdenden Stelle im Stande der Offiziere der städtischen Feuerwehr abgeleitet werden.

(P. Z 12953/18, M. A. IX, 3242/18.) Die Anschaffung von vier Plattensätzen für die elektrischen Batterien der Feuerwehrkraftwagen bei der Akkumulatorenfabriks-A.-G. in Wien wird mit dem Kostenbetrage von 10.000 K bewilligt.

(P. Z. 13024/18, M. A. II, 7845/18.) Der Marie Paulicek wird das Sterbequartal nach dem verstorbenen pensionierten Löschmeister der städtischen Feuerwehr Anton Schönbach im Betrage von 428 K 87 h zuerkannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 12969/18, M. A. XXII, 1941/18.) Die im Berichte des Leiters des städtischen Uhrenmuseums vom 10. Dezember 1918 angeführten Uhren werden um den Betrag von 5000 K angekauft. Aus diesem Anlasse wird zur Ausgabs-Rubrik IV 13 e „Auslagen für das städtische Uhrenmuseum" ein zweiter Zuschußkredit im Betrage von 5000 bewilligt.

(P. Z. 12564/18, M. A. IV, 3615/18.) Dem Kutscher der städtischen Feuerwehr Josef Demelmayr wird das Definitivum verliehen. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 12549/18, M. A. II, 7794/18.) Der Feuerwehrtelegraphistenswitwe Anna Speil wird der Fortbezug der Gnadengabe von jährlich 360 K ab 1. Jänner 1919 bis Ende des Jahres 1921, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt. (An den Gemeinderat.)

(VB. Neumann übernimmt den Vorsitz.)

(P. Z. 12563/18, M. A. IV, 3882/18.) Der Menagewirtschaft der städtischen Feuerwehr wird zur Deckung der Mehrkosten für die Anschaffung von Fleisch im November 1918 ausnahmsweise ein besonderer Zuschuß im Betrage von 11.370 K aus Gemeindemitteln bewilligt. Zur Ausgabs-Rubrik XX 9 des Voranschlages für das Jahr 1918/19 „Feuerlöschwesen — Verschiedene Erfordernisse" wird ein zweiter Zuschußkredit im Betrage von 11.370 K genehmigt. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 12562/18, M. A. IV, 3562/18.) Die Anschaffung eines Benzinkraftwagens mit eingebauter Rotationspumpe für die städtische Feuerwehr wird auf Grund des Anbotes der Firma Richard Klinger, G. m. b. H., in Gumpoldskirchen vom 9. September 1918 mit dem Kostenbetrage von 28.175 K genehmigt. Zur Ausgabs-Rubrik XX 5 b des Voranschlages für das Verwaltungsjahr 1918/19 „Lösch- und Rettungsgeräte und Ausrüstungsgegenstände; Neuanschaffung" wird ein zweiter Zuschußkredit in der Höhe von 28.175 K bewilligt.

(An den Gemeinderat.)

Berichterstatter VB. Hoß:

(P. Z. 13032/18, M. A. XVI, 24328/18.) Die mit dem Stadtrats-Beschlusse vom 9. Juli 1918, P. Z. 6814, bis 31. Dezember 1918 bewilligte Verwendung von 19 Aushilfsschreibkräften im Konskriptionsamte wird unter Beibehaltung des mit dem Stadtrats-Beschlusse vom 30. Oktober 1918, P. Z 10624, bewilligten Tagesentgeltes bis 31. März 1919 verlängert und das auf Ausgabs-Rubrik LII 35 zu verweisende Kostenerfordernis von 10.620 K genehmigt.

(P. Z. 12946/18, M. A. II, 10104/18.) Der Freischreibung und Einlösung der am 8. Juli 1918 verlosten zwei Stück 4prozentigen Pfandbriefe der Niederösterreichischen Landeshypothekenanstalt zu je 200 K Nominale, die für die Gemeinde Kagran vinkuliert sind, wird zugestimmt.

(P. Z. 12944/18, M. A. II, 8496/18.) Der Bauratswitwe Berta Horodecki wird die normalmäßige Witwenpension im Jahresbetrage von 3200 K und für die drei unversorgten Kinder Berta, Frieda und Rudolf ein Erziehungsbeitrag von je 640 K jährlich vom 1. November 1918 an angewiesen.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 12929/18, Zentr. Spark., 869/18.) Nachstehende Rechnungsbeamte der Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien werden im Wege der Zeitbeförderung ernannt:

In die 9. Rangsklasse: Karl Neumann mit dem Range vom 4. August 1916; Hans Böhm mit dem Range vom 11. November 1916; Josef Tittrich mit dem Range vom 4. August 1917; Rudolf Springer mit dem Range vom 26. Februar 1918; Walter Hamernik und Franz Kuras mit dem Range vom 19. Juni 1918;

in die 10. Rangsklasse: Alfred Zappert mit dem Range vom 9. April 1916; Waldemar Höllriegel mit dem Range vom 18. Mai 1916. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P Z. 12932/18, St. Lagerh., 3862/18.) Die ständige Ueberprüfung und Ueberwachung der Feuerlöscheinrichtungen in den städtischen Lagerhausanlagen durch einen Offizier der städtischen Feuerwehr wird nach dem Vorschlage der Direktion der Lagerhäuser der Stadt Wien genehmigt. Die Kosten sind aus den Betriebseinnahmen der Lagerhäuser zu bestreiten.

(P. Z. 12753/18, M. A. VIII a, 1048/18.) Die Forstverwaltung Raßwald wird ermächtigt, an die vorgeschlagenen Personen Neujahrsgelder im bedeckten Gesamtbetrage von 615 K auszuzahlen.

(P. Z. 12832/18, Bau-Abt. X, 288/18.) Dem beim Baue des zweiten Sammelkanales im 21. Bezirke zugeteilten Ober-Aufseher Viktor Tschipko wird für die Zeit dieser Verwendung ab 1. November 1918 auf die Dauer der außergewöhnlichen Verhältnisse eine Erhöhung der Bauzulage auf 100 K monatlich bewilligt.

(P. Z. 12827/18, M. A. VIII a, 930/18.) Der von der Forstverwaltung Raßwald vorgelegte Kostenvoranschlag über allgemeine Landwirtschaft mit einem bedeckten Kostenerfordernisse von 14.200 K wird genehmigt.

Berichterstatter StR. Spalowsky:

(P. Z. 12927/18, M. B. A. XIX, 1284/17 und 1610/18.) Dem Ansuchen des Ing. Josef Jellinek um Uebernahme des ausgeschiedenen Teilbetrages von 47 K 30 h der für die Spitalsverpflegung seines Dienstboten Therese Winkler erwachsenen Kosten durch die Wiener Dienstbotenkrankenkasse wird keine Folge gegeben.

Berichterstatter StR. Schmid:

(P. Z. 12978/18, St. E. W., 3176/18.) Dem Kanzleidiener 2. Klasse der städtischen Elektrizitätswerke Johann Zlinsky wird eine anrechenbare jährliche Personalzulage in der Höhe von 1300 K zuerkannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend; an den Gemeinderat.)

(P. Z. 12980/18, St. E. W., 3019/18.) Die Dienstbezüge des Konstrukteurs extra statum der städtischen Elektrizitätswerke Franz Kattinger werden mit 3600 K Gehalt und 1900 K Quartiergeld nebst der jeweiligen Kriegszulage und dem für die technischen Beamten mit Außendienst genehmigten Spesenpauschale nebst den für die 1. Gehaltsklasse der technischen Beamten systemisierten Vorrückungsfristen festgesetzt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 12979/18, St. E. W., 2962/18.) Dem Kanzleibeamten 3. Klasse der städtischen Elektrizitätswerke Hugo Pathan wird für die Dauer seiner Verwendung im Außendienste ein jährliches Spesenpauschale von 800 bewilligt.

(P. Z. 13001 und 13002/18, St. G. W., 4489 und 4017/18.) Die normalwäßige Witwenpension wird zuerkannt: Der Witwe nach dem Gasmesserwärter Josef Bauer im Jahresbetrage von 695 K 56 h und ein Erziehungsbeitrag von je 139 K 11 h jährlich für die Kinder Ernestine und Stephan, sowie der Witwe nach dem Vorarbeiter Josef Vujtech im Jahresbetrage von 1108 K 90 h und ein Erziehungsbeitrag von je 221 K 78 h jährlich für die Kinder Josef und Otto. Letzterer wird ein Krankheits- und Leichenkostenbeitrag von 831 K 68 h bewilligt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Berichterstatter StR. Tomola:

(P. Z. 13036/18, M. Bau-Abt. VI b, 524.) Die aus Anlaß der mit Stadtrats-Beschluß vom 10. Jänner 1918, P. Z. 334 erfolgten Bestimmung des städtischen Armenhauses 16., Arnethgasse 84 für die Unterbringung einer Jugendfürsorgestelle und eines Jugendheimes auszuführenden baulichen Herstellungen werden nach dem vom Stadtbauamte ausgearbeiteten Entwurfe genehmigt. Wegen der schwierigen Verhältnisse sind aber vorläufig nur die Umgestaltungsarbeiten im Ebenerdgeschosse für die Jugendfürsorgestelle durchzuführen. Die hiefür auflaufenden, bedeckten Kosten im Betrage von 72.300 K werden bewilligt.

Die erforderlichen Arbeiten und Lieferungen sind, soweit es nicht durch die ständigen Ersteher für die laufenden Arbeiten und Lieferungen möglich ist, im Wege freier Vereinbarung, beziehungsweise im Handeinkaufe zu besorgen.

Für die notwendigen baulichen Umgestaltungen wird vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der Bauverhandlung die Baubewilligung erteilt.

Dem mit der ständigen Bauaufsicht zu betrauenden Ingenieur des Stadtbauamtes wird ein Zehrungsbeitrag von 5 K täglich bewilligt. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 12966/18, M. A. XV, 15790/18.) Der in der Vollsitzung des Wiener Fortbildungsschulrates vom 28. Juni 1918 beschlossenen Systemisierung von fünf hauptberuflichen Lehrstellen wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 12423/18, M. A. XV, 15818/18.) Zum Plenarsitzungs-Beschlusse des Fortbildungsschulrates vom 12. Dezember 1918, G. Z. 2588, betreffend die Gewährung einer Kriegsaushilfe für die nebenberuflichen Lehrpersonen des Wiener Fortbildungsschulrates und Anrechnung der Kriegsmehrdienstzeit wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 12964/18, M. A. XI c, 2605/18.) Die Herausgabe eines Beiblattes „Mitteilungen des Verbandes für freiwillige Jugendfürsorge" zu den „Blättern für das Wohlfahrts- und Armenwesen der Stadt Wien" wird genehmigt.

(P. Z. 12328/18, M. A. XV, 15274/18.) Der Ankauf der von der Verlagsbuchhandlung Wilhelm Braumüller in Wien angebotenen Gedichtsammlung Wolfgang Madjera's „Sommersonnenwende" in 563 Exemplaren für die Lokallehrerbibliotheken sämtlicher Volks- und Bürgerschulen Wiens wird mit dem Kostenerfordernisse von 1189 K 6 h genehmigt.

(P. Z. 12398/18, M. D., 4568/18.) Der Schuldiener 2. Bezugsklasse Felix Wicha wird gemäß § 102 D. P. aus Dienstesrücksichten auf einen Amtsdienerposten 2. Bezugsklasse mit gleichem Range und ohne Schmälerung seines Gehaltes versetzt.

(P. Z. 12561/18, M. A. III, 3152/18.) Das Anbot der Marie Bauer, den ihr gehörigen Riegelbau nächst dem Krapfenwaldl der Gemeinde Wien um den Betrag von 16.000 K und unter der weiteren Bedingung zu überlassen, daß der rückständige Bestandzins von 2750 K von diesem Kaufschilling in Abzug gebracht wird, wird angenommen. Ueber die Verwendung dieses Riegelbaues im Sinne der Aeußerung des Bezirksschulrates Wien erwartet der Stadtrat mit größter Beschleunigung Vorschläge des Magistrates.

(P. Z. 12775 bis 12778, B. Sch. R., 13606, 13977, 12271 und 14079/18.) Zu definitiven Lehrerinnen für weibliche Handarbeiten werden im Vorrückungswege ernannt mit der Rechtswirksamkeit vom 1. November 1918: die provisorischen Lehrerinnen für weibliche Handarbeiten Henriette Beyer und Anna Peisser an den allgemeinen Volks- und Bürgerschulen für Mädchen im 16. Bezirke, Wurlitzergasse 59, beziehungsweise im 2. Bezirke, Wittelsbachstraße 6, mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Dezember 1918: die provisorische Lehrerin für weibliche Handarbeiten Anna Schott an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im 21. Bezirke, Amtsstraße 25, mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Dezember 1917: die Bezirksaushilfslehrerin für weibliche Handarbeiten Berta Korn an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im 13. Bezirke, Hackinger Kai 15. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 12779/18, B. Sch. R., 13975/18.) Die Volksschullehrerin 2. Klasse Albine Mayer wird im Vorrückungswege mit der Rechtswirksamkeit vom 1. November 1918 zur Volksschullehrerin 1. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im 19. Bezirke, Pyrkergasse 14, ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 12780/18, B. Sch. R., 13609/18.) Der Volksschullehrer 2. Klasse Josef Hamatha wird im Vorrückungswege mit der Rechtswirksamkeit vom 1. September 1918 zum Volksschullehrer 1. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im 16. Bezirke, Speckbachergasse 48, ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Berichterstatter StR. Schneider:

(P. Z. 18, St. Str. B., 4176/18.) Dem Zentral-Verband von gewerblichen Erwerbs- und Wirtschafts-Genossenschaften, G. m. b. H., wird die Herstellung von 1000 Stück Blocktaschen zum Preise von 90 K für ein Stück in der Ausführung wie das vorgelegte Muster, jedoch mit schwarzen Schnallen, übertragen.

Der Waffenhauptfabrik im Wiener Arsenal wird die Herstellung von 3000 Stück Blocktaschen zum Preise von 90 K in der Ausführung wie das vorgelegte Muster aus Natur-Blank- und Kalbleder übertragen.

Die Gesamtkosten im Betrage von 360.000 K werden auf den Betriebsvoranschlag 1918/19, wo sie bedeckt sind, verwiesen.

Berichterstatter StR. Angermayer:

Nachstehende normalmäßige Witwenpensionen werden angewiesen:

(P. Z. 12821/18, M. A. II, 9024/18) der Konskriptionsamts-Direktorswitwe Emilie Berger im Jahresbetrage von 3200 K vom 1. November 1918 an;

(P. Z. 12835/18, M. A. II, 8525/18) der Amtsdienerswitwe Anna Evöky im Jahresbetrage von 880 K vom 1. November 1918 an;

(P. Z. 12947/18, M. A. II, 8090/18) der Straßenarbeiterswitwe Anna Gündl im Jahresbetrage von 486 K 66 h vom 1. November 1918 an;

(P. Z. 12948/18, M. A. II, 8091/18) der Straßenarbeiterswitwe Antonia Spagel im Jahresbetrage von 486 K 66 h vom 1. November 1918 an;

(P. Z. 12949/18, M. A. II, 8283/18) der Straßenarbeiterswitwe Aloisia Jakoube im Jahresbetrage von 536 K 55 h vom 4. Oktober 1918 an;

(P. Z. 13025/18, M. A. II, 8205/18) der Ratsdienerswitwe Karoline Klein im Jahresbetrage von 1093 K 33 h vom 1. November 1918 an;

(P. Z. 13026/18, M. A. II, 8439/18) der Straßenarbeiterswitwie Julie Körbler im Jahresbetrage von 486 K 66 h vom 17. Oktober 1918 an;

(P. Z. 13029/18, M. A. II, 8927/18) der Straßenarbeiterswitwe Anna Bollarth im Jahresbetrage von 571 K 83 h vom 1. Dezember 1918 an;

(P. Z. 13027/18, M. A. II, 8688/18) der Depotarbeiterswitwe Barbara Tesar im Jahresbetrage von 399 K und die normalmäßigen Erziehungsbeiträge von je 78 K für die Kinder Raimund, Oskar und Josef, vom 3. November 1918 an.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 12836/18, M. A. II, 8677/18.) Der Kanzleigehilfenswitwe Rosa Batowetz wird eine Abfertigung von 912 K 50 h angewiesen. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 12833/18, M. A. II, 7788/18.) Der Ober-Offizialswaise Kamillo Blümel wird die bisherige Gnadengabe von jährlich 300 K vom 1. Jänner 1919 an auf 480 K erhöht und bis Ende des Jahres 1921 im Sinne des Magistrats-Antrages bewilligt. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 12834/18, M. A. II, 8001/18.) Der Mahnbotenswitwe Ottilie Pokorny wird die normalmäßige Witwenpension mit dem Jahresbetrage von 850 K und der Erziehungsbeitrag für ihr Kind Emma mit 240 K jährlich vom 1. Dezember 1918 an neu bemessen und angewiesen. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Berichterstatter VB. Rain:

(P. Z. 12751/18, M. A. III, 3233/18.) Das Anbot der Wienerberger Ziegelfabriks- und Bau-Gesellschaft auf käufliche Ueberlassung einer Anzahl von Liegenschaften an der Laaerstraße im 10. Bezirke nebst darauf befindlichen Baulichkeiten an die Gemeinde Wien wird abgelehnt.

Berichterstatter StR. Dr. Kienböck:

(P. Z. 12968/18, M. A. XXII, 1932/18.) Der Bericht des Magistrates an die n.-ö. Landesregierung, mit welchem die Verlängerung der Räumungstermine zum Februartermine 1919 in Antrag gebracht wird, wird genehmigend zur Kenntnis genommen.

(P. Z. 12965/18, M. A. XIII, 2221/18.) Die Gemeinde Wien ist bereit, die Verwaltung der vom Kriegshilfs-Ausschusse deutscher Schutzvereine im 2. Bezirke errichteten Stiftung für Kriegerwaisen zu übernehmen. Dem vorgelegten Stiftbriefentwurfe wird zugestimmt. Von der Einhebung eines Verwaltungskostenbeitrages wird abgesehen.

(P. Z. 13022/18, M. A. I, 511/18.) Ein Magistratsbericht in Angelegenheit der Verjährungsfristen für Forderungen aus Geschäften des täglichen Lebens, in welchem mitgeteilt wird, daß mit der Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Justiz vom 13. Dezember 1918 verordnet wurde, daß Forderungen des novellierten § 1486 a. b. G.-B. nicht vor Ablauf des Kalenderjahres verjähren, welches auf das Kriegsende folgt, wird zur Kenntnis genommen.

Berichterstatter StR. Müller:

(P. Z. 13033/18, Bau-Abt. IX, 2554/18.) Der Magistrat wird ermächtigt, die am 31. Dezember 1918 ablaufenden Verträge mit der n.-ö. Landesregierung über die Reinigung der Triester Reichsstraße von km 0 bis km 1·3 und der Oedenburger Reichsstraße von km 0 bis km 2·0, bei Erhöhung der staatlichen Beitragsleistung von 3300 K auf 6600 K, beziehungsweise 4950 K auf 9900 K bis 31. Dezember 1919 zu erneuern.

(P. Z. 13028/18. M. A. II, 8841/18.) Der städtischen Gärtnerswitwe Ida Fillafer wird eine Abfertigung im Betrage von 1642 K 50 h angewiesen. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Berichterstatter StR. Tomola:

(P. Z. 12943/18, M. D., 8335/18.) Der Entwurf eines Schreibens an den Staats-Sekretär für Unterricht in Angelegenheit des Beschlusses der Wiener Studentenschaft auf Ausschluß der nichtdeutschen Studierenden von den Wiener Hochschulen wird genehmigend zur Kenntnis genommen.

Berichterstatter StR. Siegel:

(P. Z. 12956/18, M. A. X, 8432/18.) Dem städtischen Bürgerschullehrer Josef Ruhm wird das eigene Grab Gruppe N, Nr. 85 im Hernalser Friedhofe um die Gebühr von 220 K auf 15 Jahre überlassen.

Der Vorsitzende gibt folgende Interpellationen bekannt:

Anfrage des StR. Weigl:

Am 18. November 1918 wurde vom Verbande der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Oesterreichs an das Präsidium des Gemeinderates eine Eingabe, betreffend die während des Krieges zur Dienstleistung bei der Straßenbahn herangezogenen Pensionisten dieses Unternehmens gerichtet. In dieser Eingabe wird im wesentlichen das Verlangen gestellt, den in Betracht kommenden Pensionisten die während des Krieges zurückgelegte Dienstzeit der früheren vollbrachten Dienstzeit im eineinhalbfachen Ausmaße zuzurechnen, um auf diese Weise eine Erhöhung der Pensionsbezüge dieser Personen herbeizuführen. Diese Eingabe wurde bisher nicht erledigt. Ich stelle deshalb die Anfrage:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, die Eingabe noch im Jänner 1919 der Erledigung zuzuführen?

In Beantwortung dieser Interpellation erklärt der Bürgermeister, daß er das lebhafteste Bestreben habe, den Termin einzuhalten. (Zur Kenntnis.)

Anfrage des StR. Weigl:

Am 12. Dezember 1918 wurde von mir gemeinsam mit meinen Parteifreunden ein Antrag auf Einführung der achtstündigen Arbeitszeit in den Betrieben der Gemeinde Wien eingebracht. Obwohl in dem Antrage die Einführung des Achtstundentages ab 1. Jänner 1919 verlangt wird, überdies mit Beginn des Monates Jänner 1919 auf Grund des Gesetzes vom 19. Dezember 1918, St.-G.-Bl. Nr. 138, in fabriksmäßig betriebenen Gemeindebetrieben der Achtstundentag durchgeführt werden muß, wodurch ohne Zweifel der von der zitierten Verordnung nicht erfaßte Teil der Bediensteten und Arbeiter in den Gemeindebetrieben, wenn nicht gleichzeitig auch für ihn die achtstündige Arbeitszeit festgesetzt wird, in größte Unruhe versetzt werden muß, ist der Antrag bisher im Stadtrate noch nicht zur Verhandlung gelangt. Ich stelle daher an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

Ist der Bürgermeister bereit, den Magistrat zu beauftragen, die Bearbeitung des Antrages derart zu beschleunigen, daß derselbe in der nächsten Sitzung des Stadtrates verhandelt und über ihn Beschluß gefaßt werden kann?

In Beantwortung dieser Interpellation erklärt der Bürgermeister, daß in dieser Angelegenheit interne Sitzungen im Magistrate stattgefunden hätten, und daß der bezügliche Antrag in der nächsten Woche dem Stadtrate vorgelegt werden dürfte. (Zur Kenntnis.)

Bgm. Dr. Weiskirchner

berichtet über die durch die herrschende Kohlennot hervorgerufene Lage der Elektrizitätswerke und Gaswerke im Zusammenhange mit der von der Polizei-Direktion, beziehungsweise vom Staatsamte verfügten Theatersperre am 5. und 6. Jänner 1919 und stellt folgende Anträge:

Das Staatsamt für öffentliche Arbeiten wird ersucht, in kürzester Zeit, womöglich morgen eine Besprechung aller inter-

essierten Kreise vorzunehmen, in welcher die Kompetenzfrage in Angelegenheit der Theatersperre geregelt werden soll. Durch eine vom Staatsamte zu erlassende Vollzugsanweisung solle eine gesetzliche Grundlage für die künftige Regelung dieser Frage geschaffen werden.

StR. Winter schlägt vor, die Kaffeehäuser um 8 Uhr zu sperren. Durch diese Lichtersparnis könnten den Theatern vier Spieltage in der Woche eingeräumt werden.

StR. Dr. Kienböck schlägt die Einschränkung der Stiegenbeleuchtung vor.

StR. Schwer schlägt die Einstellung der Ladung der Personen-Elektromobile und die Schaffung eines Lichtinspektorates vor.

StR. Hohensinner schlägt eine Einschränkung der Straßenbeleuchtung in der Inneren Stadt vor.

StR. Melcher schlägt die Entsendung einer Abordnung nach Prag zu Präsidenten Masaryk vor, um mit diesem über Kohlenlieferungen direkt zu verhandeln.

Der Antrag des Bürgermeisters wird angenommen.

Schluß der Sitzung.

Gemeinderats-Ausschuß
für die
Verleihung des Heimatrechtes und des Bürgerrechtes.

Sitzung vom 20. Dezember 1918.

Vorsitzende: Bgm. Dr. Weiskirchner, VB. Neumann, Obmann GR. Dechant und die Obmann-Stellvertreter GR. Breuer und Paul Richter.

Bgm. Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung und begrüßt die neugewählten Mitglieder des provisorischen Gemeinderats-Ausschusses für die Verleihung des Heimatrechtes und Bürgerrechtes der Stadt Wien.

Hierauf wird die Wahl des Obmannes und zweier Obmann-Stellvertreter vorgenommen. Ueber Vorschlag des Bürgermeisters werden GR. Dechant zum Obmann und die GR. Breuer und Paul Richter zu Obmann-Stellvertretern ernannt.

Folgenden Bewerbern wird über ihr Ansuchen das Bürgerrecht der Stadt Wien verliehen:

Berichterstatter GR. Breuer:

(P. Z. 11953.) Alfred Holan, Hutmacher.
(P. Z. 11951.) Felix Kuschenitz, Hausbesitzer.
(P. Z. 11952.) Franz Ignaz Mosbeck, Skontist.
(P. Z. 11950.) Heinrich Bogner, Maler- und Anstreichermeister.
(P. Z. 11949.) Wenzel Chalupa, Schneidermeister.
(P. Z. 11948.) Jakob Erhard, Fleischselcher. (4. Bezirk.)
(P. Z. 12482.) Lorenz Baswald, Gemischtwarenhändler.
(P. Z. 12483.) August Buczek, Buchhalter.
(P. Z. 12481.) Heinrich Mantler, Uhrmachermeister. (7. Bezirk.)

Berichterstatter GR. Doppler:

(P. Z. 10299.) Franz Josef Angerer, Gastwirt.
(P. Z. 10297.) Johann Raschenberger, Gastwirt.
(P. Z. 12178.) Karl Raab, Realitätenbesitzer.
(P. Z. 10056.) Anton Rassel, Prokurist.
(P. Z. 10298.) Heinrich Schwander, Milchhändler. (17. Bezirk.)
(P. Z. 10296.) Rudolf Kallat, Gastwirt. (5. Bezirk.)

Berichterstatter GR. Haider:

(P. Z. 10433.) Rudolf Schiel, Hausbesitzer.
(P. Z. 11963.) Alois Höfermayer, Fleischhauermeister. (14. Bezirk.)
(P. Z. 12490.) Johann Führer, Pflasterermeister. (15. Bezirk.)

Berichterstatter GR. Roth:

(P. Z. 12173.) Ignaz Payrhuber, Firma-Gesellschafter. (3. Bezirk.)
(P. Z. 11955.) Franz Waldmann, Tischlermeister.
(P. Z. 12263.) Josef Zemlicka, Bürsten- und Pinselmachermeister.
(P. Z. 11954.) Emil Tschauner, städtischer Gaskassier.
(P. Z. 11956.) Anton Ullmann, Gemischtwaren-Verschleißer. (5. Bezirk.)

Berichterstatter GR. Jung:

(P. Z. 12172.) Josef Witschka, Geschäftsleiter. (1. Bezirk.)

Berichterstatter GR. Rotter:

(P. Z. 12274.) Alois Binder, Friseur.
(P. Z. 12276.) Josef Nowak, Schuhmachermeister.
(P. Z. 12275.) Adolf Trammer, Provisionsagent. (8. Bezirk.)

Berichterstatter GR. Paulitschke:

(P. Z. 11975.) Anton Ressel, Ledergalanteriewaren-Erzeuger.
(P. Z. 12175.) Raimund Linke, Fragner. (6. Bezirk.)

Berichterstatter GR. May:

(P. Z. 12432.) Johann Bauer, Holz- und Kohlenhändler.
(P. Z. 12176.) Johann Schwarz, Schuhmachermeister.
(P. Z. 12488.) Franz Kriegseis, Fiakereigentümer.
(P. Z. 11962.) Josef Katzlberger, Hausbesitzer.
(P. Z. 12431.) Anton Stolfer, Geschäftsführer. (12. Bezirk.)

Berichterstatter GR. Partik:

(P. Z. 11958.) Karl Richard Wolf, Prokurist. (9. Bezirk.)

Berichterstatter GR. Wawerka:

(P. Z. 11960.) Georg Karl Dier, Fleischhauermeister.
(P. Z. 11961.) Josef Nawratil, Werkmeister.
(P. Z. 12485.) Josef Prihoda, Gemischtwaren-Verschleißer.
(P. Z. 12487.) Hugo Stich, Privatbeamter.
(P. Z. 12621.) Johann Köstner, Hausbesitzer. (10. Bezirk.)

Berichterstatter GR. Huber:

(P. Z. 12489.) Karl Hofbauer, Fischhändler. (13. Bezirk.)

Berichterstatterin Frau GR. Strobl:

(P. Z. 12177.) Alfred Pabst, Disponent.
(P. Z. 11964.) Franz Havelka, Mechanikermeister. (16. Bezirk.)

(P. Z. 12484.) Ernest Kral, Friseur. (10. Bezirk.)

(P. Z. 12622.) Ernst Hermann Bartnek, Taschnermeister. (15. Bezirk.)

Berichterstatter GR. Dechant:

(P. Z. 9657.) Anton Fally, Schuhmachermeister.

(P. Z. 10961.) Johann Allein, Buchdruckereibesitzer.

(P. Z. 10960.) Adalbert Pfeifer, Kaufmann.

(P. Z. 10514.) Rudolf Steindl, Fleischhauermeister.

(P. Z. 11966.) Michael Anzenberger, Zimmerpolier. (18. Bezirk.)

Folgende Bewerber werden gegen Erlag der ihrem Aufenthalte entsprechenden Taxe in den Wiener Heimatverband aufgenommen:

Berichterstatter GR. Roth:

(P. Z. 12712.) Friedrich v. Csatary, General-Direktor der Dona-Dampfschiffahrts-Gesellschaft.

(P. Z. 12713.) Dr. Karl Schneider, Generalstabsarzt.

(P. Z. 11994.) Friedrich Ginzel, Realschulsupplent.

(P. Z. 12635.) Richard Emanuel Fried, Major.

(P. Z. 12190.) Ernst Pelikan, Expositursleiter.

Berichterstatter GR. Haider:

(P. Z. 12195.) Alexander Mühlstein, städtischer Hilfsbeamter.

(P. Z. 12194.) Aloisia Grinzinger, Industrielehrerin.

Berichterstatter GR. David:

(P. Z. 12582.) Franz Mück, Postoffizial.

Berichterstatter GR. Dr. Granitsch:

(P. Z. 11886.) Johann Nadenik, Küchenfleischhauer.

(P. Z. 12646.) Marzel Edler v. Bauer, Major.

Berichterstatter GR. Ignaz Fischer:

(P. Z. 12698.) Pauline v. Hoyer, Bahnadjunktenswitwe.

(P. Z. 12689.) Georg Hahn, militärtechnischer Akzessist.

Berichterstatter GR. Neustadtl:

(P. Z. 12437.) Julius Nimmerrichter, Hauptmann.

Berichterstatterin Frau GR. Strobl:

(P. Z. 11879.) Oskar Feil, Hauptmann.

Berichterstatter GR. Rotter:

(P. Z. 12647.) Ferdinand Freiherr Schramm-Schießl, Major.

(P. Z. 11895.) Alois Czulik v. Thurya, Oberst.

(P. Z. 12648.) Johann Heinrich, Hauptmann.

(P. Z. 12650.) Oskar Ebert, Major.

(P. Z. 12649.) Ernest v. Robrscheid, Major.

(P. Z. 12524.) Augustin Werner, Militär-Ober-Offizial.

Berichterstatter GR. Partik:

(P. Z. 12701.) Stephanie Brenner, Private.

(P. Z. 12191.) Alois Schiel, Oberleutnant.

(P. Z. 12236.) Cäsar Isaak Russo, Leutnant.

(P. Z. 12700.) Bruno Franz Habermann, Hauptmann.

Berichterstatter GR. Wawerka:

(P. Z. 12525.) Maximilian Hummer, Schaffner.

Berichterstatter GR. Kurz:

(P. Z. 12711.) Johann Wenzel Freiherr Haas v. Haagenfels, Oberst.

(P. Z. 12703.) Edmund Waage Edler v. Eichwäloen, Oberst.

(P. Z. 12730.) Josef Chlupac, Friedhofsarbeiter.

Berichterstatter GR. Huber:

(P. Z. 11879.) Karl Sofka, Oberst.

(P. Z. 11899.) Leopold Götzinger, Offiziant.

(P. Z. 12714.) Alois Kieweg, Kanzleihilfskraft.

(P. Z. 12715.) Robert Edler v. Brilli, Major.

Berichterstatterin Frau GR. Seidl:

(P. Z. 12435.) Hugo Weis, Hauptmann.

(P. Z. 12528.) Karl Kraus, Hauptmann.

Berichterstatter GR. Hieß:

(P. Z. 12702.) Marie Reiter, Private.

Berichterstatter GR. Koppensteiner:

(P. Z. 11916.) Franz Toufar, Lehramtskandidat.

Berichterstatter GR. Breuer:

(P. Z. 12434.) Karl Becher Ritter v. Rüdenhof, Generalmajor.

(P. Z. 11989.) Dr. Bruno Hirsch-Zailler, Oberarzt.

(P. Z. 11881.) Gustav Wacha, Oberst.

(P. Z. 11882.) Anton Johann Ratzka, Vertreter.

(P. Z. 12280.) Oskar Haisig, Major.

(P. Z. 12527.) Friedrich Müller, Major.

(P. Z. 12529.) Walter Hugo Fuchs, Bau-Kommissär.

(P. Z. 12533.) Josef Seipka Edler v. Auenstaedt, Feldmarschalleutnant.

(P. Z. 12531.) Maximilian Horner, Lehramtskandidat.

(P. Z. 12532.) Leopold Friedrich v. Engelborn-Plachelka, Major.

(P. Z. 12430.) Maria Zach, provisorische Lehrerin.

Berichterstatter GR. Reismann:

(P. Z. 12192.) Moritz Dworschak, Militär-Ober-Verpflegsverwalter.

(P. Z. 12193.) Adolf Hübner, Oberstleutnant. (12. Bezirk.)

Berichterstatter GR. Hermann Fischer:

(P. Z. 12695.) Julius Franz Müller, Techniker.

Berichterstatter GR. Dechant:

(P. Z. 11908.) Josef Hanisch, Militärintendant.

(P. Z. 12719.) Dr. Georg Themelis, praktischer Arzt.

(P. Z. 12704.) Dr. Hermann Wilhelm Michel, Univ.-Assistent.

(P. Z. 12438.) Dr. Johann Steiner, Generalstabsarzt.

(P. Z. 12186.) Karl Tappler, Oberleutnant.

(P. Z. 12526.) Amalia Reeh, Beamtenswitwe.

(P. Z. 11909.) Dr. Oskar Wilhelm Frank, Stabsarzt.
(P. Z. 11905.) Rudolf Geißler, Aushilfsschuldiener.
(P. Z. 11912.) Wilhelm Friedrich Martin, Militärtierarzt.
(P. Z. 11906.) Karl Zenker, Architekt.

Berichterstatter GR. Partik:

(P. Z. 11883.) Viktor Taussig, Leutnant.

Berichterstatter GR. Breuer:

(P. Z. 11993.) Alfred Augusta, General-Auditor.

Folgenden Bewerbern wird über ihr Ansuchen gegen Erlag der ihrem Aufenthalte entsprechenden Taxe die Aufnahme in den Wiener Heimatverband zugesichert:

Berichterstatter GR. Roth:

(P. Z. 12696.) Viktor Anton Sagai, Oberst.
(P. Z. 12690.) Klementine Nilsen, Kunstmalerin.
(P. Z. 12198.) Liborius Ritter v. Frank, General der Infanterie.
(P. Z. 11920.) Anna Marie Sabetay, Private.
(P. Z. 12497.) Klara Lerch, Rittmeisterswitwe.
(P. Z. 12492.) Ferdinand Zallmann, Militärrechnungsrat.

Berichterstatter GR. Doppler:

(P. Z. 12205.) Maria Zabransky, Kleidermacherin.
(P. Z. 10521.) Franz Cech, Eisendrehergehilfe.
(P. Z. 10529.) Otto Adolf Wittner, Optiker-Vize-Meister.
(P. Z. 12503.) Walter Läbel, Rechtspraktikant.

Berichterstatter GR. Jung:

(P. Z. 12499.) Otto Werdnigg, Oberleutnant.
(P. Z. 12504.) Franz Gauhs, Major. (1. Bezirk.)

Berichterstatter GR. Rotter:

(P. Z. 12219.) Franz Ulreich, Oberstleutnant.
(P. Z. 12218.) Viktor Missetitsch, Postaushilfsdiener.
(P. Z. 12516.) Karl Edler v. Englert, Feldmarschalleutnant.
(P. Z. 12514.) Alexander Freiherr v. Krobatin, Feldmarschall
(P. Z. 12513.) Karl Heinrich, Kontre-Admiral.
(P. Z. 12512.) Richard Rottenburg, Oberleutnant.
(P. Z. 11925.) Alfred Stops, Hauptmann.
(P. Z. 12510.) Karl Milius v. Rasticevo, Hauptmann.
(P. Z. 11923.) Theodor Doblizki, Oberst.
(P. Z. 12511.) Johann Karl v. Kostial-Zivanovic, Oberstleutnant.
(P. Z. 11998.) Franz Bachmann, Ober-Intendant.
(P. Z. 11893.) Josef Paulizza, Ober-Intendant.
(P. Z. 11999.) Heinrich Brilli, Oberstleutnant.
(P. Z. 12631.) Ernst Laura, Major.
(P. Z. 12694.) Artur R. Kosciesza-Stetkiewicz, Ober-Rechnungsrat.
(P. Z. 12633.) Stephanie Kastaly, Private.
(P. Z. 12632.) Robert Spalek, Oberstleutnant.
(P. Z. 11924.) Helene Ivo, Kontoristin.
(P. Z. 11896.) Rudolf Schimek-Rußwurm, Oberstleutnant.
(P. Z. 12635.) Dr. Chaskel-Brenner, Ober-Stabsarzt.
(P. Z. 11894.) Richard Petak, Oberst.
(P. Z. 11892.) Johann Franzel, Generalmajor.
(P. Z. 11891.) Marie Valerie Stern, Regimentsarztenswitwe.

Berichterstatter GR. Paulitschke:

(P. Z. 12502.) Therese Wernsdorfer, Näherin.
(P. Z. 12509.) Rudolf Veit, Oberstleutnant.

Berichterstatter GR. Partik:

(P. Z. 12278.) Ernst Loos, Militärverpflegs-Ober-Offizial.
(P. Z. 12197.) Antonia Gillnig, Oberleutnantswitwe.
(P. Z. 12008.) Alois Schischa, Bankbeamter.
(P. Z. 12692.) Alexander Rud. Neumann, Oberstleutnant.
(P. Z. 11897.) Siegfried Deutsch, Rechtshörer.
(P. Z. 12625.) Andreas Gmeiner, Militär-Ober-Rechnungsrat.
(P. Z. 12517.) Dr. Wilhelm Andreas Nyri-Szekely, praktischer Arzt.
(P. Z. 12518.) August Viktor Nemeczek, Hauptmann.

Berichterstatter GR. May:

(P. Z. 11898.) Emanuel Donath, Oberstleutnant.
(P. Z. 12519.) Jakob Fogel, städtischer Gartenarbeiter.
(P. Z. 12498.) Anna Chowanetz, Private.
(P. Z. 12520.) Graf Wladimir Lazansky, Rittmeister.
(P. Z. 12637.) Franz Skala, Drechslergehilfe.

Berichterstatter GR. Wawerka:

(P. Z. 12001.) Karl Heyrowski, Oberstleutnant.
(P. Z. 12002.) Ferdinand Panek, Artilleriezeugs-Ober-Offizial.
(P. Z. 12220.) Josef Burghardt, Ober-Kellner.

Berichterstatter GR. Anton Kurz:

(P. Z. 12706.) Heinrich Rupp, Rechnungsunteroffizier.
(P. Z. 11707.) Artur Edler v. Mudra, Major.
(P. Z. 12709.) Karl Natiesta, Oberstleutnant.

Berichterstatter GR. Huber:

(P. Z. 11927.) Julius Bergauer, Kanzleidiener.
(P. Z. 11928.) Anton Kallner, Schuhmachergehilfe.
(P. Z. 12202.) Viktor Reiber, Oberstleutnant.
(P. Z. 12204.) Arnold Anton Truxa, Oberstleutnant.

Berichterstatter GR. David:

(P. Z. 12642.) Wilhelm Meisenholder, Hauptmann-Rechnungsführer. (16. Bezirk.)

Berichterstatter GR. Dr. Granitsch:

(P. Z. 12500.) Gustav Ritter v. Mauthner, Kontre-Admiral.
(P. Z. 12501.) Bruno Freiherr v. Schönberger, Feldmarschalleutnant.
(P. Z. 12505.) Karl Johann Graf v. Auersperg, General der Kavallerie.
(P. Z. 12506.) Maximilian Freiherr v. Catinelli, Oberst.
(P. Z. 12693.) Anton Riha, Militär-Intendant.

Berichterstatter GR. Ignaz Fischer:

(P. Z. 11889.) Wilhelm Goldschläger, Galanteriewarenhändler.

(P. Z. 12627.) Siegmund Hirschmann, Militärverpflegsverwalter.
(P. Z. 12624.) Dr. Arnold Raschkes, Ober-Stabsarzt.
(P. Z. 12006.) Eva Steinkraus, Private.
(P. Z. 12199.) Karl Eichberg, Oberstleutnant.
(P. Z. 12708.) Ignaz Pordes, Ober-Revident.
(P. Z. 12689.) Ludwig Karl Tisch, Major.
(P. Z. 12694.) Eugenie Losch, Private.

Berichterstatter GR. Kurz:

(P. Z. 11929.) Henriette Groß, Private.
(P. Z. 12203.) Anna Badics, Hilfsarbeiterin.
(P. Z. 12491.) Ludwig Standl, Leutnant.
(P. Z. 12521.) Josef Wildner, Spenglermeister.
(P. Z. 12638.) Ferdinand Jakovic, Buchhalter.

Berichterstatterin GR. Frau Strobl:

(P. Z. 12009.) Paul Galik, Fleischhauermeister.

Berichterstatter GR. Haider:

(P. Z. 11901.) Franz Bazant, Gärtnergehilfe.
(P. Z. 11902.) Rudolf Polzer, Hauptmann.
(P. Z. 11903.) Josefa Kaucky, Versicherungs-Inspektorswitwe,
(P. Z. 12641.) Mathilde Roth.
(P. Z. 12639.) Konrad Prusenovsky, Generalmajor.
(P. Z. 11930.) Otto Schneider, Maschinenschlossermeister.
(P. Z. 11900.) Rosina Junsa, Näherin.
(P. Z. 12987.) Karl Ferdinand Johann György de Deakona Oberstleutnant.
(P. Z. 12688.) Siegmund Gerö, Generalstabsarzt.
(P. Z. 12695.) Josef Polivka, Oberstleutnant.
(P. Z. 12214.) Adalbert Purschögel, Werkmeister.
(P. Z. 12691.) Dr. Max Emanuel Brodfeld, Oberstleutnantauditor.
(P. Z. 11996.) Rudolf Wilhelm Babor, Oberstleutnant.

Berichterstatter GR. Paul Richter:

(P. Z. 11932.) Max Goldgruber, Manipulant.

Berichterstatter GR. Hieß:

(P. Z. 12926.) Franz Kovarovics, Kutscher.
(P. Z. 11988.) Hermine Kamper, Postbedienstete.
(P. Z. 12000.) Dr. Rudolf Göbel, Ober-Stabsarzt.

Berichterstatter GR. Breuer:

(P. Z. 12496.) Dr. Bela Herz, Linienschiffsarzt.
(P. Z. 12277.) Beatrix Köhrer, Ober-Stabsarztenswitwe.
(P. Z. 12623.) Josef Tomkowski, Oberstleutnant.
(P. Z. 12508.) Johann Lesche.
(P. Z 12269.) Ignaz Spurny, Feldmarschalleutnant.
(P. Z. 12697.) Anton Bizka, Inspektor der Staatsbahnen.

Berichterstatter GR. Reismann:

(P. Z. 12636.) Roman Frisch, Oberleutnant.

Berichterstatter GR. Hermann Fischer:

(P. Z. 12005.) Matthias Batz, Schuhmachermeister.
(P. Z. 12628.) Louis Georgette, Erzieherin.
(P. Z. 11918.) Saul Neumann, Schneidermeister.

Berichterstatter GR. Dechant:

(P. Z. 12426.) Johann Schilling, Feldmarschalleutnant.
(P. Z. 12625.) Karl Petrovich, Gesandtschaftskanzlei-Direktor.
(P Z. 12427.) Gustav Bochenek, Oberstleutnant.
(P. Z. 10094.) Wilhelm Leopold Neumann, Salzniederlageleiter.
(P. Z. 12643.) Nimra Aegydius, Hauptmann.
(P. Z. 12522.) Hans Bramberger, Oberleutnant.
(P. Z. 12525.) Rudolf Herzig, Rittmeister.
(P. Z. 12206.) Heinrich Regele, Hauptmann.
(P. Z. 12644.) Johann Motl, Oberstauditor.
(P. Z. 11910.) Johann Holzer, Hauptmann.
(P. Z. 12493.) Wilhelm Fritsch, Kaufmann.
(P. Z. 11914.) Karl Schmidt, Leutnant.
(P. Z. 11907.) Philipp v. Almasy, Rittmeister.
(P. Z. 11904.) Matthias Ritter v. Czatek, Generalmajor.
(P. Z. 11913.) Ottokar Mohilla, General-Intendant.
(P. Z. 11911.) Adolf Carda, Hauptmann.
(P. Z. 11915.) Eduard Rzehacek, Hauptmann.
(P. Z. 12494.) Johann Payer, Oberstleutnant.
(P. Z. 12626.) Gustav Köhler, Gendarmeriemajor.

Berichterstatter GR. Breuer:

(P. Z. 12216.) Ferdinand Svitelsky, Major.
(P. Z. 12217.) Aristides Ritter von Arenstorff, Hauptmann.
(P. Z. 12215.) Franz Emanuel Delavos, Oberstleutnant.

Der auf Grund des § 2 der Heimatgesetznovelle erhobene Anspruch folgender Bewerber auf Aufnahme in den Wiener Heimatverband wird anerkannt:

(P. Z. 11884.) Oskar Ritter v. Montlenont, Generalkonsul.
(P. Z. 11885.) Ernest Pietsch, Oberstleutnant.
(P. Z. 12208.) Wilhelm Kreuth.
(P. Z. 11782.) Jaroslav Six, Architekt und Stadtbaumeister.

(P. Z. 12672.) Die Witwe und die zwei minderjährigen Kinder des am 22. Oktober 1914 gefallenen Franz Marschat werden taxfrei in den Wiener Heimatverband im Sinne des § 7 der Heimatgesetznovelle aufgenommen.

Folgenden Bewerbern wird über ihr Ansuchen die Gebühr für die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Heimatverband herabgesetzt:

(P. Z. 11936.) Eugen Feldl, Bankbeamter, auf 400 K;
(P. Z. 12640.) Josef Musatics, Reisender, auf 40 K.

Die Geltendmachung des Anspruches auf Aufnahme folgender Gemeindeangehörigen in den Heimatverband fremder Gemeinden wird zur Kenntnis genommen und nachträglich genehmigt:

(P. Z. 22534.) Emil Ritter v. Lepkovszky, Kitzbühel;
(P. Z. 12180.) Martin Fink, Lingenau;
(P. Z. 12179.) Marie Tatzreiter, Klosterneuburg;
(P. Z. 12004.) Johann Birner, Inzersdorf;
(P. Z 12003.) Marie Berger, Lilienfeld;
(P. Z. 11888.) Magdalena Mandl, Bisamberg;
(P. Z. 12439.) Engelbert Schmidt, Batzdorf.

Heimatrechtsansuchen oder -Ansprüche von Ausländern, welche in der Lage sind, die deutschösterreichische Staatsbürgerschaft nach der Bestimmung des § 2 des Staatsbürgerschaftsgesetzes vom 5. Dezember 1918, St.-G.-Bl. Nr. 91, durch Abgabe der Staatsbürgerschaftserklärung zu erwerben, werden von nun an hinsichtlich der zu erlegenden Taxe so behandelt, als ob das Ansuchen (Anspruch) nach der Staatsbürgerschaftserklärung, also von einem Inländer gestellt worden wäre.

Im Sinne der §§ 2, 3 und 5 der Heimatgesetznovelle werden 1114 Ansuchen um Aufnahme oder Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Heimatverband erledigt. Hievon entfielen auf Inländer 1028 Aufnahmen und 71 Abweisungen, auf Ausländer 15 Zusicherungen.

Schluß der Sitzung.

Bezirksvertretungen

Sitzungen.

Die Bezirksvertretung Landstraße hält am 16. Jänner um halb 5 Uhr nachmittags und die von Meidling am 21. Jänner um halb 5 Uhr nachmittags eine öffentliche Sitzung ab; die von Ottakring hält am 16. Jänner um halb 5 Uhr nachmittags und die der Brigittenau um 6 Uhr abends ihre konstituierende Sitzung ab.

Wiener Kommunal-Sparkassen.

Dezember 1918.

Zentral-Sparkassa.

Im abgelaufenen Monat Dezember 1918 wurden bei der Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien in der Hauptanstalt und den Zweiganstalten von 26.241 Parteien 23,122.414 K 04 h eingelegt und an 14.936 Parteien 25,462.928 K 03 h rückbezahlt. Der Einlagenstand betrug Ende Dezember 1918 einschließlich der kapitalisierten Zinsen 304,475.909 K 52 h.

Im Hypothekardarlehensgeschäfte wurden 37.000 K — h zugezählt und 317.150 K 19 h rückbezahlt, so daß sich der Stand der Hypothekardarlehen am 31. Dezember 1918 auf 95,223.466 K 87 h belief.

Der Stand der Wertpapiere betrug am 31. Dezember 1918 106,078.800 K — h, an Kassen- und Salinenscheinen besaß die Anstalt am 31. Dezember 1918 57,100.000 K — h.

Rudolfsheim.

Im Dezember 1918:

Eingelegt von 7778 Parteien	7,088.149 K 06 h
Rückgezahlt an 5010 Parteien	6,464.635 „ 76 „

Im abgelaufenen 2. Semester 1918:

Eingelegt von 41.360 Parteien	38,389.338 K 75 h
Rückgezahlt an 37.256 Parteien	34,992.615 „ 49 „

Mit 31. Dezember 1918 betrug der Stand

der Gesamteinlagen einschließlich der kapitalisierten Zinsen von 2,408 240 K 52 h auf 69.278 Konti	129,066.042 K 22 h
„ Hypothekardarlehen	58,187.438 „ 16 „
„ Gemeindedarlehen	3,465.317 „ 66 „
„ Gesamt-Werteffekten	65,108.762 „ 55 „
des Reservefonds	4,716.379 „ 94 „
Das Kassa-Revirement belief sich im 2. Semester 1918 auf	137,369.062 „ 13 „

Hernals.

Einlagen von 6255 Parteien	6,004.723 K 10 h
Rückzahlungen an 5473 Parteien	5,518.076 „ 65 „

Stand am 31. Dezember 1918:

Gesamteinlagen auf 59.672 Konti einschließlich der kapitalisierten Zinsen .	103,852.361 K 62 h
Hypothekardarlehen	43.760.724 „ 49 „

Währing.

Gesamt-Einlagenstand am Ende des Vormonates	72.007.342 K 67 h
Eingezahlt wurden von 5334 Parteien . .	4,496.556 „ 43 „
zusammen .	76,503.899 K 10 h
Rückgezahlt wurden an 4177 Parteien .	4,423.745 „ 01 „
Einlagenstand am 31. Dezember 1918 . .	72,080.154 K 09 h
hinzugeschriebene Zinsen vom 2. Semester 1918	1,364.770 „ 51 „
Gesamt-Einlagenstand am 31. Dezember 1918	73,444.924 „ 60 „
verteilt auf 42.768 Konti	
Zuwachs	1,437.581 „ 93 „
Stand der Einlagen im Scheckverkehr . .	2,247.655 „ 97 „
„ „ aushaft. Hypothekar-Darlehen .	31.921.755 „ 29 „
„ „ Darlehen auf Wertpapiere . .	4,381.887 „ 85 „
„ „ eskomptierten Wechsel	53.000 „ — „
„ „ Wertpapiere (Nominale) . . .	43,192.450 „ — „

Döbling.

Gesamt-Einlagenstand am Ende des Vormonates	19,879.240 K 47 h
Eingezahlt wurden von 1303 Parteien .	1,860.782 „ 01 „
Zusammen .	21,740.022 K 48 h
Rückgezahlt wurden an 1212 Parteien . .	1,529.577 K 30 h
Gesamt-Einlagenstand am Ende des Monates auf 14.149 Konti.	20,210.445 „ 18 „
Kapitalisierte Zinsen	363.739 „ 83 „
Zusammen .	20,574.185 „ 01 „
Zuwachs	694.944 „ 54 „
Stand der Einlagen im Scheckverkehr (in obigem Einlagenstand enthalten) . . .	1,136.942 K 05 h
Stand der aushaft. Hypothekar-Darlehen .	9,876.787 „ 10 „
„ „ Darlehen auf Wertpapiere . .	50.224 „ 17 „
„ „ Wertpapiere (Nominale) . . .	8,585.750 „ — „

Floridsdorf.

Stand des Vormonates	33,285.595 K 34 h
Eingelegt wurden von 1433 Parteien . .	2,292.659 „ 58 „
Kapitalisierte Zinsen	624.094 „ 07 „
Zusammen	36,202.348 K 99 h
Rückgezahlt wurden an 944 Parteien . .	1,328.438 „ 42 „
Stand mit Ende Dezember 1918 . . .	34,873.910 K 57 h

Heimsparkassen:

Stand des Vormonates	408.287 K 39 h
Eingelegt wurden von 128 Parteien . . .	43.288 „ 19 „
Kapitalisierte Zinsen	7.804 „ 04 „
Zusammen .	459.379 K 62 h
Rückgezahlt wurden an 32 Parteien . . .	29.539 „ 30 „
Stand mit Ende Dezember 1918	429.840 K 32 h
Gesamtstand	35,303.750 „ 89 „

Baubewegung

vom 11. Jänner bis 14. Jänner 1919.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den 1. bis 9. und 20. Bezirk. — Für den 10. bis 19. und 21. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen.

Adaptierungen.

3. Bezirk: Erdbergstraße 91, von Marie und Johann Huber, Erdbergstraße 120 a (61).

4. Bezirk: Alleegasse 33, von der Wiener Baugesellschaft, 1., Wallnerstraße 2 (60).

Realitäten-Verkehr in Wien.

Vom 1. bis 30. September 1918.

(Zusammengestellt vom Zentral-Wahl- und Steuerkataster der Stadt Wien.)

1. Bezirk, Hegelgasse 15, Einl.-Z. 438, bisheriger Besitzer Alfred Freiherr v. Skene, grundbücherlich übertragen an Dr. Alfred Freiherrn v. Skene, am 10. Sept. 1918.

„ „ Johannesgasse 3, E.-Z. 523, bish. Bes. Dr. Artur Gurzinski, Stanislaus Gurzinski, je ½, grdb. übertr. an Josef Ferber 2/6, Anphel Kouyoumdjisky 1/6, am 9. Sept. 1918.

„ „ Kolowatring 8, E.-Z. 655, bish. Bes. Alfred Freiherr v. Skene, grdb. übertr. an Dr. Alfred Freiherrn v. Skene, am 10. Sept. 1918.

„ „ Sonnenfelsgasse 3, E.-Z. 1213, bish. Bes. m. Rudolf Nechuta 2/12, grdb. übertr. an Aloisia (Luise) Nechuta, m. Christine Nechuta, je 1/12, am 11. Sept. 1918

„ „ Tiefer Graben 28, E.-Z. 1306, bish. Bes. Cäcilie v. Mannlicher, Albertine v. Mannlicher, je ½, grdb. übertr. an die Firma Mez, Vater & Söhne, am 17. Sept. 1918.

„ „ Tuchlauben 16, E.-Z. 1231, bish. Bes. Karl Graf Wallis, grdb. übertr. an Alfred Schuschny, Kamilla Schuschny, je ½, am 3. Sept. 1918

„ „ Salztorgasse 1, E.-Z. 1510 bish. Bes. Viktor Löw-Beer ¼, grdb. übertr. an Emma Mandler ¼, am 17. Aug. 1918.

2. Bezirk, Untere Augartenstraße 30, E.-Z. 85, bish. Bes. Alexander Honig, grdb. übertr. an Ottilie Honig ½, am 26. Sept. 1918.

„ „ Große Mohrengasse 44, E.-Z. 159, bish. Bes. m. Gisela Senn, grdb. übertr. an Leonore Baldinger, am 4. Sept. 1918.

2. Bezirk, Kleine Pfarrgasse 13, E.-Z. 1308, bish. Bes. Eduard Kovacs, grdb. übertr. an Kune Akselrad, Dora Akselrad, je ½, am 20 Sept. 1918.

„ „ Alliiertenstraße 5, E.-Z. 1330, bish. Bes. Charlotte Scheu, grdb. übertr. an Arnold Weißmann, Auguste Weißmann, je ½, am 12. Sept. 1918.

„ „ Alliiertenstraße 9, E.-Z. 1334, bish. Bes. Paula Spitzer, grdb. übertr. an Salomea Holiczer, Eugenie Holiczer, je ½, am 22. Aug. 1918.

„ „ Große Stadtgutgasse 29, E.-Z. 1976, bish. Bes. Richard Wescher Edler v. Piberau, grdb. übertr. an Josef Rothmann, Berta rekte Beile Rothmann, je ½, am 29. Sept. 1918.

„ „ Wehlistraße 159, E.-Z. 3772, bish. Bes. Paul Hein, Philippine Hein, je ½, grdb. übertr. an Ludwig Gal ¾, Josef Wochinger, Johann Wochinger, je ⅛, am 2. Sept. 1918.

„ „ Molkereistraße 23, E.-Z. 4778, bish. Bes. m. Franz Ferdinand Ascher ½, grdb. übertr. an Martha Ascher ½, am 8. Sept. 1918.

„ „ Ausstellungsstraße 59, E.-Z. 4900, bish. Bes. Mathilde Kölbl, grdb. übertr. an Isaak Jakob Rebecca, am 26. Sept. 1918.

„ „ Haidgasse 7 a, E.-Z. 4980, bish. Bes. Franz Kothmayer, Katharina Kothmayer, je ½, grdb. übertr. an Salomon Schwarz, Josefine Schwarz, je ½, am 14. Sept. 1918.

„ „ Harkortstraße 9, E.-Z. 5127, bish. Bes. die Sparkasse Oberhollabrunn, grdb. übertr. an Ester Neugröschl, am 14. Sept. 1918.

„ „ Ybbsstraße 30, E.-Z. 5131, bish. Bes. die Baumaterialien Handels-Gesellschaft m. b. H. „Hydraulika", grdb. übertr. an die Firma M. Gelband, am 28. Sept. 1918.

„ „ Erlaßstraße 8, E.-Z. 5150, bish. Bes. Wenzel Schrom, Marie Schrom, je ½, grdb. übertr. an Dr. Joachim Ellner, Regine Ellner, je ½, am 29. Sept. 1918.

„ „ Wolfgang Schmälzl-Gasse 12, E.-Z. 5261, bish. Bes. „Wohnhaus", G. m. b. H., grdb. übertr. an Estara Freylich, am 26. Sept. 1918

„ „ Josef Gall-Gasse 3, E.-Z. 5333, bish. Bes. der Spar- und Vorschußverein Sitzendorf, G. m. b. H., grdb. übertr. an Bella Nachmias, am 31. Juli 1918.

„ „ Alliiertenstraße 16, E.-Z. 5395, bish. Bes. Dr. Stephan Puchy, grdb. übertr. an Gusta Bieler, am 29. Sept. 1918.

3. Bezirk, Barichgasse 17, E.-Z. 91, bish. Bes. m. Elisabeth Lechner 1/10, grdb. übertr. an Fanni Lechner 1/10, am 8. Sept. 1918.

„ „ Erdbergstraße 39, E.-Z. 367, bish. Bes. m. Elisabeth Lechner 1/10, grdb. übertr. an Fanni Lechner 1/10, am 8. Sept. 1918.

„ „ Fasangasse 14, E.-Z. 467, bish. Bes. Wilhelmine Nowach 11/14, grdb. übertr. an Hugo Nowach, Alfred Nowach, Eugenie Nowach, je 11/42, am 31. Sept. 1918.

„ „ Kleingasse 3, E.-Z. 747, bish. Bes. Josef Mösbaur, grdb. übertr. an Kronprinz Rudolf-Kinderspitalstiftung im 3. Wiener Gemeindebezirke, am 27. Sept. 1918.

„ „ Kugelgasse 4, E.-Z. 834, bish. Bes. Antonie Aicher, grdb. übertr. an Franz Aicher, Anna Klinger, Josef Aicher, Marie Klöbl, je ¼, am 15. Sept. 1918.

„ „ Marxergasse 30 E.-Z. 1096, bish. Bes. Alois Breyer, grdb. übertr. an Max v. Feledy, am 13. Sept. 1918.

„ „ Reisnerstraße 22, E.-Z. 1269, bish. Bes. Aurelia Sturm ½, grdb. übertr. an m. Emanuel Sturm ½, am 19. Sept. 1918.

„ „ Bechardgasse 9, E.-Z. 2492, bish. Bes. Cäcilie Altmann, grdb. übertr. an Eduard Tropp, am 12. Sept. 1918.

„ „ Bechardgasse 9, E.-Z. 2492, bish Bes. Eduard Tropp, grdb. übertr. an Siegmund Herzog, am 26. Sept. 1918.

„ „ Bechardgasse 11, E.-Z. 2493, bish. Bes. Viktor v. Larisch, grdb. übertr. an Eduard Tropp, am 12. Sept. 1918.

„ „ Bechardgasse 11, E.-Z. 2493, bish. Bes. Eduard Tropp, grdb. übertr. an Siegmund Herzog, am 26. Sept. 1918.

„ „ Bechardgasse 13, E.-Z. 2494, bish. Bes. Viktor v. Larisch, grdb. übertr. an Eduard Tropp, am 12. Sept. 1918.

„ „ Bechardgasse 13, E.-Z. 2494, bish. Bes. Eduard Tropp, grdb. übertr. an Siegmund Herzog, am 26. Sept. 1918.

„ „ Kärchergasse 22, E.-Z. 2533, bish. Bes. die Wiener Baugesellschaft, grdb. übertr. an Rudolfine Frühling, am 7. Sept. 1918.

„ „ Erdbergstraße 89, E.-Z. 2611, bish. Bes. Franz Matauschek, Marie Matauschek, je ½, grdb. übertr. an Mirko Surmin, am 18. Sept. 1918.

„ „ Khumgasse 5, E.-Z. 2659, bish. Bes. Anton Chmelar, grdb. übertr. an Dr. Heinrich Rosenbusch, am 19. Sept. 1918.

„ „ Kölblgasse 30, E.-Z. 2690, bish. Bes. Elise Gärber ½, Elsa Dedeyan, Wilhelm Gärber, je 1/6, grdb. übertr. an Chaim Zehngeboth 2/6, am 26. Sept. 1918.

„ „ Erdbergstraße 91, E.-Z. 2777, bish. Bes. Karl Ripstein, Josefa Ripstein, je ½, grdb. übertr. an Johann Huber, Marie Huber, je ½, am 13. Sept. 1918.

3. Bezirk, Streichergasse 4, E.-Z. 2784, bish. Bes. Max Duschnitz, grdb. übertr. an Alois Kröner, Karoline Kröner, je ½, am 25. Sept. 1918.
" " Rudolf v. Alt-Platz 4, E.-Z. 3385, bish. Bes. Sarah Silberstein, geb. Cresco, grdb. übertr. an Albert Homsy, am 9. Sept. 1918.
4. Bezirk, Alleegasse 40, E.-Z. 33, bish. Bes. Hildegard Latschenberger, Anna Latschenberger, Hedwig Latschenberger, verehel. Kirnbauer, je 1/5, grdb übertr. an Dr. Josef Liebermann 3/5, am 17. Sept. 1918.
" " Freundgasse 12, E.-Z. 179, bish. Bes. Julius Helcey, grdb. übertr. an Rubin Königsfest, am 28. Sep. 1918.
" " Schönburgstraße 8, E.-Z. 280, bish. Bes. Rosa Prinzessin v. Croy, grdb. übertr. an Richard Freiherrn Drasche v. Wartinberg, am 21. Sept. 1918
" " Margaretenstraße 20, E.-Z. 469, bish. Bes. Josef Schmid, Leopoldine Schmid, je ½, grdb. übertr. an Nissim Nathan, am 21. Sept. 1918.
" " Mühlgasse 22, E.-Z. 729, bish Bes. Siegmund Weiß, grdb. übertr. an Alye Homsy, am 20. Sept. 1918.
" " Starhemberggasse 33, E.-Z. 771, bish Bes. Marie Dirnhuber ½, grdb. übertr. an Dr. Siegmund v. Falk ½, am 3. Sept. 1918.
" " Starhemberggasse 33, E.-Z. 771, Bes. Marie Dirnhuber ½, grdb. übertr. an Leopoldine Rubner ½, am 6. Sept. 1918.
" " Starhemberggasse 44, E.-Z. 781, bish. Bes. Jakob Magyar, grdb. übertr. an Marie Christian, Anton Vogelsinger, Ernst Vogelsinger, Aloisia Christian, je ¼, am 24. Sept. 1918.
" " Phorusgasse 9, E.-Z. 1068, bish. Bes. Aurelia Sturm, grdb. übertr. an m. Emanuel Sturm, am 24. Sept. 1918.
" " Mayerhofgasse 2, E.-Z. 1073, bish. Bes. Anna Petschacher, grdb. übertr. an Richard Petschacher, Helene Held, Rudolf Petschacher, Verlassenschaft, je 1/3, am 28. Sept. 1918.
" " Mühlgasse 20, E.-Z. 1094, bish. Bes. Siegmund Weiß, grdb. übertr. an Heinrich Glaser, am 29. Sept. 1918.
" " Wiednergürtel 24, E.-Z. 1115, bish. Bes. Ludwig Sigmund, grdb. übertr. an Heinrich Faraga, am 11. Sept. 1918.
" " Schelleingasse 12, E.-Z 1330, bish. Bes. Leon David Levi, grdb. übertr. an Rubin Königsfest, am 26. Sept. 1918.

5. Bezirk, Vogelsanggasse 26, E.-Z. 397, bish. Bes. Franz Jarischko, Hermine Jarischko, je ½, grdb. übertr. an Rudolf Horoatovic, Vera Horoatovic, je ½, am 8. Sept. 1918.
" " Jahngasse 24, E.-Z. 543, bish. Bes. Wolfgang Timmel ½, grdb. übertr. an Josef Kronberger, Karoline Krouberger, je ¼, am 4. Sept 1918.
" " Schloßgasse 16, E.-Z. 1018, bish. Bes. Elisabeth Marklowsky v. Pernstein 1/10, grdb. übertr. an Albert Marklowsky v. Pernstein 1/10, am 18. Sept. 1918.
" " Ziegelofengasse 11, E.-Z. 1399, bish. Bes. Karl Petrides, Barbara Petrides, je 3/5, grdb. übertr. an Friedrich Geutner, Julie Geutner, je 1/2, am 19. Sept. 1918.
" " Jahngasse 38, E.-Z. 1721, bish. Bes. Richard Weich, grdb. übertr. an Heinrich Fromm, am 29. Sept 1918.
" " Siebenbrunnengasse 41, E.-Z. 1755, bish. Bes. Friedrich Wagner, grdb. übertr. an Heinrich Wagner, Rudolf Wagner, je ½, am 11. Sept. 1918.
" " Leitgebgasse 11, E.-Z. 2059, bish. Bes. Zerline Klein, grdb. übertr. an Johann Partik, Anna Partik, je ½, am 26. Sept. 1918.
" " Anzengrubergasse 21, E.-Z. 2087, bish. Bes. Wilhelm Aichhorn, grdb. übertr. an Emilie Rakasovic Edle v. Savodol, Marie Rakasovic Edle v. Savodol, je ½, am 14. Sept. 1918.
" " Krongasse 20, E.-Z 2226, bish. Bes. Gustav Blasser, grdb. übertr. an Dorothea Traxl, Elsa Ganginelli, je ½, am 6. Sept. 1918.
" " Wiedner Hauptstraße 130, E.-Z. 2275, bish. Bes. Julius Rosenfeld, grdb. übertr an Hans Amfaldern, am 3. Sept. 1918.
" " Margaretengürtel 114, 116, 118, E.-Z. 2408, bish Bes. die Oester.-ung. Automarameter-Unternehmung Z. J. G. Jean Baron de Baurgoing, grdb. übertr. an die „Alag", Allgemeine Lastauto-Transportgesellschaft m. b. H., am 1. Sept. 1918.

6. Bezirk, Eisvogelgasse 3, E.-Z. 144, bish. Bes. Graf Ladislaus Zichy, Gräfin Julie Zichy, je ½, grdb. übertr. an Leopold Schenkel, am 21. Sept. 1918.
" " Capistrangasse 1, E.-Z. 247, bish. Bes. Marie Wenzel, grdb. übertr. an die prot. Firma Karl Palda, am 30. Aug. 1918.
" " Gumpendorferstraße 131, E.-Z. 312, bish. Bes. Alois Erthal ¼, grdb. übertr. an Franz Erthal ¼, am 27. Sept. 1918.
" " Gumpendorferstraße 132, E.-Z. 343, bish. Bes. Firma B. Heller & Sohn, grdb. übertr. an Adolf Ambor, am 6. Sept. 1918.
" " Hornbostelgasse 8, E.-Z. 425, bish. Bes. Alois Erthal, ¼, grdb. übertr. an Franz Erthal ¼, am 27. Sept. 1918.
" " Hornbostelgasse 10, E.-Z. 426, bish. Bes. Alois Erthal ¼, grdb. übertr. an Franz Erthal ¼, am 27. Sept. 1918.
6. Bezirk, Esterhazygasse 33, E.-Z. 448, bish. Bes. Gustav Altermann, ½, grdb. übertr an Josef Schmid, Wilhelmine Schmid je ¼, am 21. Sept. 1918.
" " Liniengasse 45, E.-Z. 543, bish. Bes. die Firma B. Heller & Sohn grdb. übertr. an Adolf Ambor am 6. Sept. 1918.
" " Millergasse 35, E.-Z. 747, bish. Bes. Hermine Eichinger ¾, grdb. übertr. an Samuel Weißmann ½, am 21. Sept. 1918.
" " Millergasse 35, E.-Z. 747, bish. Bes. Samuel Weißmann ½, grdb. übertr. an Moritz Glanz ½, am 25. Sept. 1918.
" " Kasernengasse 3, E.-Z 1273, bish. Bes. Bertold Lanyi, Hermine Lanyi, je ½, grdb. übertr. an Max Babik, Olga Babik, je ½, am 7. Sept. 1918.
7. Bezirk, Bandgasse 7, E.-Z 35, bish. Bes. Rudolf Karly ½, grdb. übertr. an die Verlassenschaft Franz Karly ½, am 27. Sept. 1918.
" " Breitegasse 2, E.-Z. 113, bish. Bes. Ignaz Pokorny, grdb. übertr. an Emma Gottwald, m. Emma Reichelt, je ½, am 24. Sept. 1918.
" " Zieglergasse 72, E.-Z. 191, bish. Bes. Josef Zuleger ½, Josef Zuleger ½, Helene Sauer, Marie Fürsic, je 1/6, grdb. übertr an Dora Rapp, am 28. Sept. 1918.
" " Burggasse 110, E.-Z. 205, bish. Bes. Karl Szmetana, grdb. übertr. an Adolf Gottfried rekte Abraham, am 10. Sept. 1918.
" " Lindengasse 48 bis 50, E.-Z. 233, bish. Bes. Marie Steinhuber 1/120, grdb. übertr. an Siegmund Lendvay 1/120, am 5. Sept. 1918.
" " Seidengasse 39, E.-Z. 359, bish. Bes. Leo Zupnik Margarete Zupnik, je ½, grdb. übertr. an Karl Schärf, Malzia Schärf, je ½, am 11. Sept. 1918.
" " Lerchenfelderstraße 129, E.-Z. 561, bish. Bes. Hans Schimitzek, grdb. übertr. an August Vinciguerra, am 26. Sept. 1918.
" " Neubaugasse 63, E.-Z. 760, bish. Bes. Martin Hubmann ½, grdb. übertr. an Rudolf Hubmann, Anna Obratschey, Leopoldine Schöntal, Martin Hubmann, je 1/8, am 21. Sept. 1918.
" " Stuckgasse 4, E.-Z. 1106, bish. Bes. Artur Levie, Johanna Wagner, je ½, grdb. übertr. an Johann L. Nehez, am 17. Sept. 1918.
" " Zieglergasse 37, E.-Z. 1199, bish. Bes. Johann Ribisch, Franz Ribisch, Karl Ribisch, Georg Ribisch, Franz Ribisch, Josef Schweinberger, je 1/6, grdb. übertr. an Konrad Lindner, am 26. Sept. 1918.
" " Zieglergasse 58/60, E.-Z. 1215, bish. Bes. Johann Mischansky ½, grdb. übertr. an Barbara Mischansky ½, am 9. Sept. 1918.
8. Bezirk, Albertgasse 53, E.-Z. 19, bish. Bes. Leopoldine Gaßner, verehel. Goldschmidt, grdb. übertr. an Heinrich Goldschmidt, am 4. Sept. 1918.
" " Josefstädterstraße 85, E.-Z. 291, bish. Bes. Anna Müller, grdb. übertr. an Johann Müller 2/5, Hermine Breuer, Marie Gröschl, Edmund Ackermann, je 1/5, am 3. Sept. 1918.
" " Lerchenfelderstraße 60, E.-Z. 528, bish. Bes. Josef Czernay 18/20, grdb. übertr. an Theresia Czernay 18/20, Josef Czernay, Karoline Czernay, je 27/40, am 16. Sept. 1918.
9. Bezirk, Kolingasse 9, E.-Z. 321, bish. Bes. Emilie Schnabl, grdb. übertr. an Dr. Josef Schnabl, Leo Schnabl, Rosa Eisenberger, Luise Eisenberger, Ottilie Bleier, je 1/5, am 27. Sept. 1918.
" " Liechtensteinstraße 80, E.-Z. 403, bish. Bes. Franz Wimmer, grdb. übertr. an Dr. Oskar v. Hovorka, am 5. Sept. 1918.
" " Nußdorferstraße 36, E.-Z. 607, bish. Bes. Karoline Weber ½, grdb. übertr. an Luise Aich, Elsa Weltner, je 2/12, Grete Weber 1/24, m. Friedrich Weber 3/24, am 3. Sept. 1918.
" " Nußdorferstaße 36, E.-Z. 607, bish. Bes. Ferdinand Weber ½, grdb. übertr. an Luise Aich, Elsa Weltner, je 2/12, Grete Weber 1/24, m. Friedrich Weber 3/24, am 3. Sept. 1918.
" " Salzergasse 15, E.-Z. 811, bish. Bes. Fanni Fröhlich Pauline Glauber, Emma Mink, Amalia Selinger, je ¼, grdb. übertr. an Anna Lerchner, am 16. Sept. 1918.
" " Salzergasse 18, E.-Z. 812, bish. Bes. Fanny Fröhlich, Pauline Glauber, Emma Munk, Amalia Selinger, je ¼, grdb. übertr. an Anna Lerchner, am 16. Sept. 1918.
" " Türkenstraße 15, E.-Z. 1041, bish. Bes. Malvine v. Krasny 1/7, Klemens Ehrenzweig 1/14, grdb. übertr. an den Israelitschen Humanitätsverein Wien, B'nai B'rith zu Wien 6/42, Israelitischer Humanitätsverein Eintracht B'nai B'rith 3/42, am 22. Sept. 1918.
" " Meynertgasse 9, E.-Z. 1739, bish. Bes. Laura Schacherl, verehel. Baar, grdb. übertr. an Richard Hilfreich, am 6. Sept. 1918.
" " Ayrenhoffgasse 8, E.-Z. 1966, bish. Bes. Josef Kaufmann, grdb. übertr. an Pinia Wiesenfeld, am 26. Sept. 1918.
" " Lustkandlgasse 48, E.-Z. 2018, bish. Bes. Valentin Georg Boßhardt, Luise Boßhardt, je ½, grdb. übertr an Salomon Fisch, Isidor Fisch, je ½, am 10. Sept. 1918.
10. Bezirk, Favoriten, Gellertgasse 12, K.-Nr. 446, E.-Z. 446, bish. Bes. Leonhard Hartmann, grdb. übertr. an Karl Knepperges, am 1. Sept. 1918.

10. Bezirk, Favoriten, Herzgasse 55, E.-Z. 596, bish. Bes. Josef Blaha, grdb. übertr. an Georg Jirovec, Cäcilie Jirovec, je ½, am 13. Sept. 1918.
" " Favoriten, Favoritenstraße 121 E.-Z. 679, bish. Bes. Albine Jarosek, grdb. übertr. an Johann Adamek, Barbara Adamek, je ½, am 2. Sept. 1918.
" " Favoriten, Siccardsburggasse 28, E.-Z. 1603, bish. Bes. Rudolf Kocensky, grdb. übertr. an Ignaz Kirschenhofer, Anna Kirschenhofer, je ½, am 13. Sept. 1918.
" " Favoriten, Wielandgasse 18, E.-Z. 1893, bish. Bes. Samuel Goldberger, grdb. übertr an Johann Gabler, Katharina Gabler, je ½, am 13. Sept. 1918.
" " Favoriten, Landgutgasse 33, E.-Z. 2553, bish. Bes. Alois Schöninger 1/8, grdb. übertr. an Johann Track, Anna Track, je 1/12, am 18. Sept. 1918.
" " Favoriten, Absberggasse 7, E.-Z. 2564, bish. Bes. Franz Targler, grdb. übertr. an Philippine Weiß, am 25. Sept. 1918.
" " Favoriten, Favoritenstraße 159, E.-Z. 3012, bish. Bes. Emanuel Luhan ½, grdb. übertr. an Franziska Luhan ½, am 14. Sept. 1918.
" " Favoriten, Favoritenstraße 161, E.-Z. 3013, bish. Bes. Marie Navratil, Johann Slama, je ½, grdb. übertr. an Rudolf Schumits, Anna Schumits, je ½, am 4. Sept. 1918.
" " Inzersdorf-Stadt, Neilreichgasse 46, K.-Nr. 594, E.-Z. 361, bish. Bes. Gustav Baum, grdb. übertr. an Josef Hecht, Theresia Hecht, je ½, am 27. Sept. 1918.
" " Inzersdorf-Stadt, Senefeldergasse 70, K.-Nr. 366, E.-Z. 587, bish. Bes. Johann Adamek, Barbara Adamek, je ½, grdb. übertr. an Anna Horak, am 2. Sept. 1918.
" " Inzersdorf-Stadt, Knöllgasse 27, K.-Nr. 686, E.-Z. 1366, bish. Bes. Franz Ripbauer, Rosina Ripbauer, je ½, grdb. übertr. an Rudolf Saliger, Marie Saliger, je ½, am 18. Sept. 1918.
" " Inzersdorf-Stadt, Van der Nüll-Gasse 98, K.-Nr. 741, E.-Z. 1459, bish. Bes. Leo Gorlitz, grdb. übertr. an Josef Puhrmayer, Magdalena Puhrmayer, je ½, am 21. Sept. 1918.

11. Bezirk, Kaiser-Ebersdorf, Dreherstraße 78, K.-Nr. 363, E.-Z. 476, bish. Bes. Josef Philippi, Aloisia Philippi, je ½, grdb. übertr. an Constanzie Philippi, am 14. Sept. 1918.
" " Simmering, Dorfgasse 37, K.-Nr. 93, E.-Z. 86, bish. Bes. Vereinigte Mautner'sche Preßhefefabriken, G. m. b. H., grdb. übertr. an die Simmeringer Essig- und Likörfabrik Th. u. G. Mautner Ritter v. Markhof, am 27. Sept. 1918.
" " Simmering, Dorfgasse 39, K.-Nr. 94/95, E.-Z. 87, bish. Bes. Vereinigte Mautner'sche Preßhefefabriken, G. m. b. H., grdb. übertr. an die Simmeringer Essig- und Likörfabrik Th. u. G. Mautner Ritter v. Markhof, am 27. Sept. 1918.
" " Simmering, Kaiser-Ebersdorferstraße 51, K.-Nr. 464, E.-Z. 432, bish. Bes. Alois Gey, Leopoldine Gey, je ½, grdb. übertr. an Andreas Hoschek, Marie Hoschek, je ½, am 27. Sept. 1918.
" " Simmering, 2. Landengasse 8, K.-Nr. 156 H, E.-Z. 782, bish. Bes. Elisabeth Podpera, grdb. übertr. an Sabine Feuer, am 13. Sept. 1918.
" " Simmering, Braunhubergasse 16, K.-Nr. 590, E.-Z. 1411, bish. Bes. Franziska Schimeczek ½, grdb. übertr. an Franz Schimeczek, Friedrich Schimeczek, Richard Schimeczek, Franz Schimeczek, Verlassenschaft, je 1/8, am 12. Sept. 1918.
" " Simmering, Schneidergasse 6/8, K.-Nr 720, E.-Z. 1561, bish. Bes. Therese Goldhardt 2/6, Berta Pirak 2/6, Elsa Kraus 1/6, grdb. übertr. an Adolf Bustin recte Abrazam, am 7. Sept. 1918.
" " Simmering, Geiselbergstraße 39, K.-Nr. 822, E.-Z. 2037, bish. Bes. Karl Metzner, grdb. übertr. an Karl Fole, Elisabeth Fole, je ½, am 20. Sept. 1918.
" " Simmering, K.-Nr. 936, E.-Z. 2134, bish. Bes. die Gemeinnützige Ein- und Mehrfamilienhäuser-Bau-Genossenschaft für Eisenbahner, r. G. m. b. H., grdb. übertr. an Josef Schultmeyer, Marie Schultmeyer, je ½, am 20. Sept. 1918.
" " Simmering, K.-Nr. 939, E.-Z. 2137, bish. Bes. die Gemeinnützige Ein- und Mehrfamilienhäuser-Bau-Genossenschaft für Eisenbahner, reg. Gen. m. b. H., grdb. übertr. an Josef Schultmeyer, Marie Schultmeyer, je ½, am 20. Sept. 1918.
" " Simmering, K.-Nr. 939, E.-Z. 2137, bish. Bes. die Gemeinnützige Ein- und Mehrfamilienhäuser-Bau-Genossenschaft für Eisenbahner, reg. Gen. m. b. H., grdb. übertr. an Alfred Bachmann, Franziska Bachmann, je ½, am 28. Sept. 1918.
" " Simmering, Hugogasse 8, K.-Nr. 513, E.-Z. 2185, bish. Bes. Marie Weber ½, grdb. übertr. an Hugo Horn, Marie Horn, je 1/4, am 7. Sept. 1918.

12. Bezirk, Altmannsdorf, Altmannsdorferstraße 92, K.-Nr. 172, E.-Z. 89, bish. Bes. Antonia Schrbeny, Rosa Kolm, je 11/60, grdb. übertr. an Ludwig Breitenbrunner 22/60, am 25. Sept. 1918.
" " Altmannsdorf, Biedermanngasse 13, K.-Nr. 213, E.-Z. 342, bish. Bes. Gustav Perlicka, grdb. übertr. an Katharina Warkowitz, am 21. Sept. 1918.
12. Bezirk, Gaudenzdorf, Schönbrunnerstraße 221, K.-Nr. 18, E.-Z. 18, bish. Bes. Aloisia Perpe, geb. de Gregorio, grdb. übertr. an Adolf Oesterreicher, am 12. Sept. 1918.
" " Gaudenzdorf, Aichhorngasse 10, K.-Nr. 29, E.-Z. 29, bish. Bes. Rosa Stern 1/2, grdb. übertr. an Antonie Wirth ½, am 22. Sept. 1918.
" " Gaudenzdorf, Rechte Wienzeile 209, K.-Nr. 133, E.-Z. 133, bish. Bes. Ida Beck 470/2840, grdb. übertr. an Alfred Paulitschek, Hermine Paulitschek, Max Paulitschek, Emilie Paulitschek, zus. 470/2840, am 7. Sept. 1918.
" " Hetzendorf, Boergasse 12, K.-Nr. 131, E.-Z. 24, bish. Bes. Antonia Fiala, Emmerich Fiala, je ½, grdb. übertr. an Franz Schwan, Wilhelme Schwan, je ½, am 30. Sept. 1918.
" " Hetzendorf, Deutschmeisterstraße 2 a, K.-Nr. 380, E.-Z. 675, bish. Bes. Heinrich Nanke ½, grdb. übertr. an Aloisia Nanke ½, am 9. Sept. 1918.
" " Unter-Meidling, Ignazgasse 36, K.-Nr. 402, E.-Z. 402, bish. Bes. Johanna Lindner, Amalia Lindner, je ½, grdb. übertr. an Leopold Waller, am 27. Sept. 1918.
" " Unter-Meidling, Ignazgasse 29, K.-Nr. 460, E.-Z. 460, bish. Bes. Gisela Hofbauer 1/14, grdb. übertr. an Franz Legat 1/14, am 30. Sept. 1918.
" " Unter-Meidling, Wilhelmstraße 16, K.-Nr. 511, E.-Z. 511, bish. Bes. Elisabeth Wieser, 2/8, grdb. übertr. an Rudolf Hellner, Anna Hellner, je 1/8, am 28. Sept. 1918.
" " Unter-Meidling, Mandlgasse 31, K.-Nr. 927, E.-Z. 521, bish. Bes. Marie Spatzal, m. Karl Schmeckal, Margarete Lichtenstern, je 1/3, grdb. übertr. an Peter Borovansky, Theresia Borovansky, je ½, am 3. Sept. 1918.
" " Unter-Meidling, Wilhelmstraße 60, K.-Nr. 590, E.-Z. 590, bish. Bes. Sophie Dimert, grdb. übertr. an Karl Sys, Beatrix Sys, je ½, am 26. Sept. 1918.
" " Unter-Meidling, Canalettogasse 7, K.-Nr. 676, E.-Z. 676, bish. Bes. Theresia Bartl, grdb. übertr. an Karl Jelinek, Josefa Jelinek, je ½, am 21. Sept. 1918.
" " Unter-Meidling, Spittelbreitengasse 28, K.-Nr. 991, E.-Z. 923, bish. Bes. Julie Blazek, grdb. übertr. an Josef Pavel, Josefa Pavel, je ½, am 7. Sept. 1918.
" " Unter-Meidling, Ruckergasse 6, K.-Nr. 745, E.-Z. 975, bish. Bes. Karl Helm, grdb. übertr. an Marie Helm, am 14. Sept. 1918.
" " Unter-Meidling, Mandlgasse 33, K.-Nr. 926, E.-Z. 1131, bish. Bes. Marie Spatzal, m. Karl Schmeikal, Margarete Lichtenstern, je 1/3, grdb. übertr. an Peter Borovansky, Theresia Borovansky, je ½, am 3. Sept. 1918.
" " Unter-Meidling, Eichenstraße 76, K.-Nr. 992, E.-Z. 1433, bish. Bes. Berl Kolb, Max Sokal, rette Meyer, je ½, grdb. übertr. an Samu l Gottesmann, am 20. Sept. 1918.
" " Unter-Meidling, Füchselhofgasse 7, K.-Nr. 1092, E.-Z. 1508, bish. Bes. Martha Popper, Hermine Back, je ½, grdb. übertr. an Edmund Weisz, Alma Weisz, je ½, am 9. Sept. 1918.
" " Unter-Meidling, Siebertgasse 8, K.-Nr. 2187, E.-Z. 2186, bish. Bes. Sophie Compert, grdb. übertr. an Milan Ivanovitz, Katharina Ivanovitz, je ½, am 1. Sept. 1918.
" " Unter-Meidling, Schallergasse 10, K.-Nr. 1312, E.-Z. 2212, bish. Bes. Franz Waza, August Waza, Leokadia Waza, je 1/3, grdb. übertr. an Franz Dostal, Jose. Dostal, je ½, am 6. Sept. 1918.
" " Unter-Meidling, Schallergasse 8, K.-Nr. 1313, E.-Z. 2213, bish. Bes. Franz Waza, August Waza, Leokadia Waza, je 1/3, grdb. übertr. an Franz Dostal, Josef Dostal, je ½, am 6. Sept. 1918.

13. Bezirk, Ober-Baumgarten, Linzerstraße 284, K.-Nr. 138, E.-Z. 127, bish. Bes. Karl Josef Flor ½, grdb. übertr. an Anna Flor 1/8, Emma Flor, m. Anna Flor, je 3/16, am 18. Sept. 1918.
" " Unter-Baumgarten, Linzerstraße 263, K.-Nr. 11, E.-Z. 9, bish. Bes. Martin Zehetner, Dominik Zehetner, Anna Görner, Johann Zehetner, Karl Zehetner, Gisela Lißner, je 1/6, grdb. übertr. an Edwin Tanzer, am 25. Sept. 1918.
" " Unter-Baumgarten, Gutenbergasse 11, K.-Nr. 341, E.-Z. 184 bish. Bes. Marianne Ortony, grdb. übertr. an Elise Weiler am 12. Sept. 1918.
" " Unter-Baumgarten, Linzerstraße 190, K.-Nr. 185, E.-Z. 283, bish. Bes. Ladislaus Csernohorsky, Stella Csernohorsky je ½, grdb. übertr. an Johann Kreiner, Aloisia Kreiner, je ½ am 30. Sept. 1918.
" " Unter-Baumgarten, Hernstorferstraße 8, K.-Nr. 392, E.-Z. 391, bish. Bes. August Lang, Anna Lang, je ½, grdb. übertr. an Josef Köckeis 3/5, Josefine Köckeis 2/5, am 20. Sept. 1918.
" " Unter-Baumgarten, Hütteldorferstraße 204, K.-Nr. 356, E.-Z. 432, bish. Bes. Georg Reimer, Karoline Reimer, je ½, grdb. übertr. an Josef Steinberger, Anna Steinberger, je ½, am 29. Sept. 1918.
" " Unter-Baumgarten, Hörizergasse 4, K.-Nr. 427, E.-Z. 540, bish. Bes. Anton Chmelar, grdb. übertr. an Valerie Grey, am 20. Sept. 1918.

13. Bezirk, Breitensee, Breitenseerstraße 49, K.-Nr. 4, E.-Z. 9, bish. Bes. Eduard Peter, grdb. übertr. an die Firma Josef Schuler, Aktiengesellschaft, Erste ungarische Stahlschreibfeder-, Federhalter- und Indigo-Copierpapierfabrik, am 5. Sept. 1918.
" " Breitensee, Marnogasse 3, K.-Nr. 305, E.-Z. 68, bish. Bes. Marie Weißhappel, grdb. übertr. an Leopold Wolf, Christine Wolf, je ½, am 13. Sept. 1918.
" " Breitensee, Kienmayergasse 14, K.-Nr. 268, E.-Z. 138, bish. Bes. Rudolf Schull, grdb. übertr. an Marie Ruzowitzky, am 19. Sept. 1918.
" " Hietzing, Volkgasse 8, K.-Nr. 401, E.-Z. 505, bish. Bes. Marie Batta-Kilo ½, grdb. übertr. an Dr. Alois Heilinger ½, am 5. Sept. 1918.
" " Hütteldorf, Hüttelbergstraße 5, K.-Nr. 197, E.-Z. 491, bish. Bes. Marie Krivanek, grdb. übertr. an Max Wohlmuth, am 28. Sept. 1918.
" " Lainz, Veitingergasse 20, K.-Nr. 142, E.-Z. 327, bish. Bes. Dr. Otto Brill, Irene Brill, je ½, grdb. übertr. an Anna Weiß, am 19. Sept. 1918.
" " Speising, Gallgasse 39, K.-Nr. 115, E.-Z. 223, bish. Bes. Rosalia Minczakonsko, grdb. übertr. an Johanna Minczakowska ½, am 14. Sept. 1918.
" " Speising, Gallgasse 21, K.-Nr. 122, E.-Z. 231, bish. Bes. Katharina Kauba, grdb. übertr. an August Kaubu, Karl Kauba, je ½, am 3. Sept. 1918.
" " Speising, Schillingergasse 11, K.-Nr. 200, E.-Z. 259, bish. Bes. Josef Bock ½, grdb. übertr. an Leopoldine Bock, Barbara Höbling, Franz Bock, Michael Bock, Johann Bock, Josef Bock, Berta Bintze, je 1/7, am 27. Sept. 1918.
" " Ober-St. Veit, Amalienstraße 26, K.-Nr. 191, E.-Z. 245, bish. Bes. Edmund Kallich, grdb. übertr. an Galenig Tschavdarian, am 18. Sept. 1918.
" " Unter-St. Veit, Fleischgasse 5, K.-Nr. 20, E.-Z. 18, bish. Bes. Franz Thiem, grdb. übertr. an Ottilie Heger, am 16. Sept. 1918.
" " Unter-St. Veit, Hügelgasse 12, K.-Nr. 248, E.-Z. 274, bish. Bes. Otto Maubach, grdb. übertr. an Hans Maubach, am 20. Sept. 1918.
" " Unter-St. Veit, St. Veitgasse 63, K.-Nr. 211, E.-Z. 284, bish. Bes. Franz Salmhofer ½, grdb. übertr. an Henriette Salmhofer ½, am 11. Sept. 1916.
" " Unter-St. Veit, Hummelgasse 50, K.-Nr. 343, E.-Z. 514, bish. Bes. August Dyntar, grdb. übertr. an Miroslav Melichar, Gustav Steiner, je ½, am 2. Sept. 1918.
" " Penzing, Nisselgasse 9, K.-Nr. 42, E.-Z. 72, bish. Bes. Anna Schoiber v. Engelstein, Anna Kaiser, je ½, grdb. übertr. an Franz Koch, Marie Koch, je ½ am 2. Sept. 1918.
" " Penzing, Diesteweggasse 20, K.-Nr. 102, E.-Z. 126, bish. Bes. Franz Assem, Marie Assem, je ½, grdbb. übertr. an Josef Freudorfer, Anna Freudorfer, je ½, am 25. Sept. 1918.
" " Penzing, Cumberlandstraße 13, K.-Nr. 137, E.-Z. 171, bish. Bes. Georg v. Gerson Auerbach, grdb. übertr. an Dr. Ludwig Jekels, Karoline Engel, je ½, am 27. Sept. 1918
" " Penzing, Gurkgasse 11, K.-Nr. 439, E.-Z. 244, bish. Bes. Alois Butschek, grdb. übertr. an Siegmund Grünfeld, am 13. Sept. 1918.
" " Penzing, Penzingerstraße 118, K.-Nr. 747, E.-Z. 478, bish. Bes. Franz Glawatsch, Hermine Glawatsch, je ½, grdb. übertr. an die Firma Klein & Brandl, am 29. Sept. 1918.
" " Penzing, Penzingerstraße 114, K.-Nr. 302, E.-Z. 487, bish. Bes. Hugo Bölcker, Emilie Bölcker, je ½, grdb. übertr. an Leo Gorlitz, am 27. Sept. 1918.
" " Penzing, Linzerstraße 203, K.-Nr. 368, E.-Z. 523, bish. Bes. Johann Razim, grdb. übertr. an Rudolf Eigl, Marie Eigl, je ½, am 5. Sept. 1918.
" " Penzing, Hustergasse 7, K.-Nr. 562, E.-Z. 799, bish. Bes. Viktor Redlich ½, grdb. übertr. an Anton Redlich ½, am 3. Sept. 1918.
" " Penzing, An der Hustergasse 5, E.-Z. 801, bish. Bes. Viktor Redlich ½, grdb. übertr. an Anton Redlich ½, am 3. Sept. 1918.
" " Penzing, Hustergasse 3, K.-Nr. 593, E.-Z. 805, bish. Bes. Viktor Redlich ½, grdb. übertr. an Anton Redlich ½, am 3. Sept. 1918.
" " Penzing, Missindorfstraße 32, K.-Nr. 795, E.-Z. 996, bish. Bes. Wendelin Kühnel, Amalie Kühnel, je ½, grdb. übertr. an Viktor Kleemann, Gisela Kleemann, je ½, am 7. Sept. 1918.
" " Penzing, Linzerstraße 104, K.-Nr. 715, E.-Z. 1298, bish. Bes. Cäcilie Smetana ½, grdb. übertr. an Josef Smetana ½, am 4. Sept. 1918.
" " Penzing, Goldschlagstraße 181, K.-Nr. 826, E.-Z. 1361, bish. Bes. Hans Treer, grdb. übertr. an Karl Aschner, Felix Aschner, je ½, am 7. Sept. 1918.
" " Penzing, Penzingerstraße 120, K.-Nr. 733, E.-Z. 1477, bish. Bes. Ferdinand Glazmeier, Henriette Glazmeier, je ½, grdb. übertr. an Leopoldine Stipek, am 19. Sept. 1918.

13. Bezirk, Penzing, Onno Klopp-Gasse 11, K.-Nr. 1094, E.-Z. 1592, bish. Bes. Rudolf Heilinger, Luise Heilinger, je ½, grdb. übertr. an Regine Arabian, am 28. Sept. 1918.
" " Penzing, Leegasse 4, K.-Nr. 1043, E.-Z. 1737, bish. Bes. Anna Müllner, grdb. übertr. an Karoline v. Raczynska, am 25 Sept 1918.
" " Penzing, Leegasse 6, K.-Nr. 1044, E.-Z. 1738, bish. Bes. Anna Müllner, grdb. übertr. an Karoline v. Raczynska, am 25. Sept. 1918.
" " Penzing, Linzerstraße 126, K.-Nr. 1008, E.-Z. 1807, bish. Bes. Franz Karl Herzig, Anna Herzig, je ½, grdb. übertr. an Max Breth, Hedwig Breth, je ½, am 26. Sept. 1918.

14. Bezirk, Rudolfsheim, Braunhirschengasse 54, K.-Nr. 103, E.-Z. 103, bish. Bes. Leopoldine Goldschmidt 4/12, grdb. übertr. an Heinrich Goldschmidt 4/12, am 4. Sept. 1918.
" " Rudolfsheim, Braunhirschengasse 52, K.-Nr. 104, E.-Z. 104, bish. Bes. Leopoldine Goldschmidt 4/12, grdb. übertr. an Heinrich Goldschmidt 4/12, am 4. Sept. 1918.
" " Rudolfsheim, Braunhirschengasse 20, K.-Nr. 120, E.-Z. 120, bish. Bes. Barbara Derka, grdb. übertr. an Karl Neumann, am 5. Sept. 1918.
" " Rudolfsheim, Reindorfgasse 11, K.-Nr. 254, E.-Z. 254, bish. Bes. Anna Schellinger, grdb. übertr. an die Firma Rosental & Komp., G. m. b. H., am 8. Sept. 1918.
" " Rudolfsheim, Reindorfgasse 13, K.-Nr. 255, E.-Z. 255, bish. Bes. Anna Schellinger, grdb. übertr. an die Firma Rosenthal & Komp., G. m. b. H., am 3. Sept. 1918.
" " Rudolfsheim, Geibelgasse 10, K.-Nr. 292, E.-Z. 292, bish. Bes. Franz Riha, grdb. übertr. an Abraham Forel, Hermine Forel, je ½, am 31. Aug. 1918
" " Rudolfsheim, Sturzgasse 5, K.-Nr. 455, E.-Z. 455, bish. Bes. Emanuel Wagner, Marie Wagner, je ½, grdb. übertr. an Richard Spitz, am 26. Aug. 1918.
" " Rudolfsheim, Märzstraße 54, K.-Nr. 478, E.-Z. 478, bish. Bes. Heinrich Lefna, grdb. übertr. an Leopold Nestinger, Magdalene Nestinger, je ½, am 20. Sept. 1918.
" " Rudolfsheim, Märzstraße 66, K.-Nr. 506, E.-Z. 506, bish. Bes. m. Karl Kröcksamer 1/6, grdb. übertr. an Matthias Krocksamer 1/12, Anna Nemeczek, Karoline Martin, je 1/24, am 11. Sept. 1918.
" " Rudolfsheim, Zillekgasse 17, K.-Nr. 862, E.-Z. 1265, bish. Bes. Johann Schrepfer, grdb. übertr. an Karoline Nechwill 1/2, m. Johann Schrepfer, m. Wilhelm Schrepfer, je 1/4, am 31. Aug. 1918.
" " Rudolfsheim, Sueßgasse 14, K.-Nr. 935, E.-Z. 1272, bish. Bes. Franziska Haider, grdb. übertr. an Ottilie Mautner, am 4. Sept. 1918.
" " Rudolfsheim, Sueßgasse 26, K.-Nr. 915, E.-Z. 1395, bish. Bes. Wilhelm Sichra, grdb. übertr. an Luise Sichra ½, Wilhelmine Sichra, Karl Sichra, je 1/4, am 25. Aug. 1918.
" " Rudolfsheim, Sturzgasse 28, K.-Nr. 1027, E.-Z. 1400, bish. Bes. Johann Schrepfer sen., grdb. übertr. an Josefine Schrepfer, Johann Schrepfer, m. Wilhelm Schrepfer, m. Johann Schrepfer, je 1/4, am 31. Aug. 1918.

15. Bezirk, Löhrgasse 20, K. Nr. 354, E.-Z. 354, bish. Bes. Wenzel Borzik, Antonie Borzik, je ½, grdb. übertr. an Therese Mauk, am 19. Sept. 1918.
" " Moeringgasse 18, K.-Nr. 694, E.-Z. 709, bish. Bes. Karl Maringer ½, grdb. übertr. an Heinrich Schreiber ½, am 18. Sept. 1918.

16. Bezirk, Neulerchenfeld, Gaullachergasse 61, K.-Nr. 106, E.-Z. 34, bish. Bes. Franz Knapp, grdb. übertr. an Eduard Blank 2/3, Josefine Bösenkopf 1/3, am 30. Sept. 1918.
" " Neulerchenfeld, Gaullachergasse 40, K.-Nr. 183, E.-Z. 35, bish. Bes. Erna Trisch, grdb. übertr. an Ludwig Piccardi, Emilie Piccardi, je ½, am 18. Sept. 1918.
" " Neulerchenfeld, Hofferplatz 10, K.-Nr. 314, E.-Z. 316, bish. Bes. Karoline Illek, grdb. übertr. an Nataliе Gestring, Klara Gestring, je ½, am 4. Sept. 1918.
" " Neulerchenfeld, Neumayrgasse 13, K.-Nr. 221, E.-Z. 388, bish. Bes. Stephanie Diwis 1/3, grdb. übertr. an Josefa Diwis 1/3, am 18. Sept. 1918.
" " Neulerchenfeld, Herbststraße 22, K.-Nr. 300, E.-Z. 424, bish. Bes. Anton Rottal, Eleonore Rottal, je ½, grdb. übertr. an Wilhelm Kratochwill, Marie Kratochwill, je ½, am 19. Sept. 1918.
" " Neulerchenfeld, Neumayrgasse 8, K.-Nr. 278, E.-Z. 462, bish. Bes. Otto Herz, grdb. übertr. an Marie Rüling, am 15. Sept. 1918.
" " Neulerchenfeld, Kirchstetterngasse 58, K.-Nr. 211, E.-Z. 473, bish. Bes. Ale ander Brusc, Ilona Schlesinger, je ½, grdb. übertr. an Wilhelmine Kiefer, am 27. Sept. 1918.
" " Neulerchenfeld, Liebhardtgasse 36, K.-Nr. 409, E.-Z. 512, bish. Bes. Albert Moritz, Marie Moritz, je ½, grdb. übertr. an Ludwig Riedl, Karoline Riedl, je ½, am 7. Sept. 1918.

16. Bezirk, Neulerchenfeld, Neumayrgasse 2, K.-Nr. 245, E.-Z. 512, bish. Bes. Marie Beseły 717/10000, grdb. übertr. an Theresia Jonasch 717/10000, am 14. Sept. 1918.
" " Neulerchenfeld, Reinhartsgasse 103, K.-Nr. 579, E.-Z. 695, bish. Bes. Anton Werunsky, grdb. übertr. an Rosa Knapp, Josef Homolka, je ½, am 7. Sept. 1918.
" " Ottakring, Ganalbauergasse 33, K.-Nr. 361, E.-Z. 452, bish. Bes. Johann Blaha, grdb. übertr. an Johann Haindl, Barbara Haindl, je ½, am 12. Sept. 1918.
" " Ottakring, Ottakringerstraße 103, K.-Nr. 268, E.-Z. 531, bish. Bes. Klara Lang, 1/6, grdb. übertr. an Julianne Hroch, Marie Reif, Karoline Tußmann, je 1/24, Leopoldine Hysam, Heinrich Schindler, Marie Schindler, je 1/12, am 16. Sept. 1918.
" " Ottakring, Ottakringerstraße 77, K.-Nr. 471, E.-Z. 543, bish. Bes. Amalie Eder ½, grdb. übertr. an Michael Werndl, am 27. Sept. 1918.
" " Ottakring, Neulerchenfelderstraße 77, K.-Nr. 467, E.-Z. 653, bish. Bes. Franz Arnberger, Magdalena Arnberger, je ½, grdb. übertr. an Karl Krötlinger, am 19. Sept. 1918.
" " Ottakring, Wichtelgasse 35, K.-Nr. 790, E.-Z. 820, bish. Bes. die Sparkassa Kirchberg a. Wagram, grdb. übertr. an Ferdinand Böhm, am 7. Sept. 1918.
" " Ottakring, Abelegasse 19, K.-N. 229, E.-Z. 993, bish. Bes. Hermine Schönwiese 1/3, grdb. übertr. an Paula Honek, Anna Honek, je 1/6, am 28. Sept. 1918.
" " Ottakring, Friedrich Kaiser-Gasse 20, K.-Nr. 402, E.-Z. 994, bish. Bes. Hermine Schönwiese 1/3, grdb. übertr. an Paula Honek, Anna Honek, je 1/6, am 28. Sept. 1918.
" " Ottakring, Blumberggasse 6, K.-Nr. 1362, E.-Z. 999, bish. Bes. Rosalie Wolf ½, grdb. übertr. an Johann Reinwein ½, am 4. Sept. 1918.
" " Ottakring, Wattgasse 36, K.-Nr. 591, E.-Z. 1050, bish. Bes. Karoline Birend, grdb. übertr. an Philomene Pokorny, am 11. Sept. 1918.
" " Ottakring, Arnethgasse 42, K.-Nr. 572, E.-Z. 1143, bish. Bes. Mathilde Schefranek, grdb. übertr. an Johann Hübl, Henriette Hübl, je ½, am 21. Sept. 1918.
" " Ottakring, Friedrich Kaiser-Gasse 77, K.-Nr. 728, E.-Z. 1200, bish. Bes. Klara Lang 1/6, grdb. übertr. an Julianne Hroch, Marie Teißmann, Karoline Fußmann, je 1/24, Leopoldine Hysam, Heinrich Schindler, Marie Schindler, je 1/12, am 16. Sept. 1918.
" " Ottakring, Lindauergasse 34, K.-Nr. 303, E.-Z. 1298, bish. Bes. Johann Köck, Marie Köck, je ½, grdb. übertr. an Johann Stadlmayer, Marie Stadlmayer, je ½, am 20. Sept. 1918.
" " Ottakring, Enenkelstraße 25, K.-Nr. 1088, E.-Z. 1720, bish. Bes. Dr. Wenzel Dürnschmid, grdb. übertr. an Theresia Nowak, am 30. Sept. 1918.
" " Ottakring, Redtenbachergasse 34, K.-Nr. 747, E.-Z. 1960, bish. Bes. Ludmilla Hau (Gradinger), grdb. übertr. an Josef Herdina, Wilhelmine Herdina, je ½, am 6. Sept. 1918.
" " Ottakring, Heigerleinstraße 5, K.-Nr. 1605, E.-Z. 2231, bish. Bes. Josef Cech, grdb. übertr. an Julianne Dobesch, am 3. Sept. 1918.
" " Ottakring, Degengasse 59, K.-Nr. 1878, E.-Z. 2267, bish. Bes. Josef Schäu, grdb. übertr. an Alfred Pollak, am 3. Aug. 1918.
" " Ottakring, Wilhelminenstraße 123, K.-Nr. 1237, E.-Z. 2320, bish. Bes. Dr. Karl Hahn, grdb. übertr. an Wilhelmine Weßner, am 6. Sept. 1918.
" " Ottakring, Hasnerstraße 109, K.-Nr. 1973, E.-Z. 2363, bish. Bes. Anton Novopacky, Elisabeth Novopacky, je ½, grdb. übertr. an Alfred Daubler, Berta Höpfner, je ½, am 19. Sept. 1918.
" " Ottakring, Nauseagasse 29, K.-Nr. 1854, E.-Z. 2819, bish. Bes. Berta Erhart, grdb. übertr. an die Langauer Bergbau-Gesellschaft r. G. m. b. H. in Retz, am 8. Sept. 1918.
" " Ottakring, Klausgasse 23, K.-Nr. 2187, E.-Z. 2855, bish. Bes. Anton Schiener, grdb. übertr. an Josefa Wiesinger, Anna Wiesinger je ½, am 27. Sept 1918.
" " Ottakring, Nauseagasse 17, K.-Nr. 1853, E.-Z. 2864, bish. Bes. Berta Erhart, grdb. übertr. an die Langauer, Berg-Bau-Gesellschaft r. G. m. b. H. in Retz, am 8. Sept. 1918.
" " Ottakring, Nauseagasse 15, K.-Nr. 1852, E.-Z. 2865, bish. Bes. Berta Erhart, grdb. übertr. an die Langauer Berg-Bau-Gesellschaft r. G. m. b. H. in Retz, am 8. Sept. 1918.
" " Ottakring, K.-Nr. 2174, E.-Z. 3360, bish. Bes. Otto Schlager, Anna Schlager, je ½, grdb. übertr. an Josef Schwarz, am 28. Sept. 1918.
" " Ottakring, Hettenkofergasse 11, K.-Nr. 2170, E.-Z. 3416, bish. Bes. das Stift Schotten, grdb. übertr. an die „Vulkan" Maschinenfabriks-Aktiengesellschaft, am 13. Sept. 1918.
" " Ottakring, Arnethgasse 67, K.-Nr. 2166, E.-Z. 3425, bish. Bes. Karl Dobek, grdb. übertr. an Alois Zbeschitz, Marie Zbeschitz, je ½, am 21. Sept. 1918.

17. Bezirk, Dornbach, Urbangasse 11, K.-Nr. 244, E.-Z. 483, bish. Bes. Ferdinand Gastmüller, Barbara Gastmüller, je ½, grdb. übertr. an Pauline Oesterreicher, am 30. Sept. 1918.
" " Dornbach, Winklergasse 5, K.-Nr 295, E.-Z. 625, bish. Bes. Margarete Escherich 1/4, Charlotte Escherich 3/4, grdb. übertr. an Heinrich Brunner, am 25. Sept. 1918.
" " Dornbach, Sandleitengasse 66, K.-Nr. 397, E.-Z. 787, bish. Bes. Josefa Tinger, grdb. übertr. an Jan Hendrik Moltzer, am 13. Sept. 1918.
" " Dornbach, Sandleitengasse 68, K.-Nr. 395, E.-Z. 788, bish. Bes. Franziska Dworak, grdb. übertr. an Jan Hendrik Moltzner, am 13. Sept. 1918.
" " Dornbach, Frauenfeldergasse 15, K.-Nr. 501, E.-Z. 998, bish. Bes. Dr. Oskar Trebitsch, grdb. übertr. an Aron Kessler, Berta Kessler, Dr. Maximilian Keßler, Dr. Adolf Kessler, je 1/4, am 28. Sept. 1918.
" " Dornbach, Frauenfelderstraße 7, K.-Nr. 422, E.-Z. 1002, bish. Bes. Magdalena Lerchner, grdb. übertr. an Johann Marchart, am 2. Sept. 1918.
" " Hernals, Rötzergasse 27, K.-Nr. 1241, E.-Z. 172, bish. Bes. Betty Wenz, grdb. übertr. an Rudolf Wenz, am 13. Sept. 1918.
" " Hernals, Elterleinplatz 11, K.-Nr. 104, E.-Z. 183, bish. Bes Antonia Nagl, grdb. übertr. an Georg Wentzke, Marie Wentzke, je ½, am 11. Sept. 1918.
" " Hernals, Ottakringerstraße 54, K.-Nr. 208, E.-Z. 294, bish. Bes. Andreas Krampolek, Marie Krampolek, je ½, grdb. übertr. an Julius Berger, Gisela Berger, je ½, am 6. Sept. 1918.
" " Hernals, Haslingergasse 20, K.-Nr. 275, E.-Z. 491, bish. Bes. Johann Jauka, grdb. übertr. an Franz Stottan, Aloisia Stottan, je ½, am 12. Sept. 1918.
" " Hernals, Ortliebgasse 6, K.-Nr. 221, E.-Z. 512. bish. Bes. Johann Großberger, Anna Großberger, je ½, grdb. übertr. an Graf Maximilian Attems-Gilleis, Dr. Friedrich Freiherrn v. Haymerle, je ½, am 16. Sept. 1918.
" " Hernals, Beheimgasse 21, K.-Nr. 425, E.-Z. 742, bish. Bes. Friedrich Menczik, grdb. übertr. an Franz Bauer, Josefine Bauer, je ½, am 16. Sept. 1918.
" " Hernals, Beheimgasse 32, K.-Nr. 400, E.-Z. 771, bish. Bes. Julius Stribel, Franziska Stribel, je ½, grdb. übertr. an Adele Lewie, am 26. Sept. 1918.
" " Hernals, Lacknergasse 5, K.-Nr. 321, E.-Z. 987, bish. Bes. Ferdinand Neugebauer ½, grdb. übertr. an Marie Neugebauer ½, am 4. Sept. 1918.
" " Hernals, Lacknergasse 5, K.-Nr. 321, E.-Z. 987 bish. Bes. die Verlassenschaft nach Ferdinand Neugebauer ½, grdb. übertr. an Ferdinand Neugebauer ½, am 4. Sept. 1918.
" " Hernals, Antoniegasse 73, K.-Nr. 479, E.-Z. 1013, bish. Bes. Josef Leinfellner sen. 10/16, Josef Leinfellner jun. 3/16, grdb. übertr. an Josef Brenner 13/16, am 12. Sept. 1918.
" " Hernals, Klopfstockgasse 58, K.-Nr. 1128, E.-Z. 1101, bish. Bes. Anna Bauer, grdb. übertr. an Josef Bauer, m. Anna Bauer, je ½, am 4. Sept. 1918.
" " Hernals, Ottakringerstraße 7, K.-Nr. 330, E.-Z. 1386, bish. Bes. Heinrich Prey, grdb. übertr. an Ignaz Peschat, am 14. Sept. 1918.
" " Hernals, Lacknergasse 39, K.-Nr. 1510, E.-Z. 1521, bish. Bes. Katharina Gruber ½, Katharina Csönger, Anna Zemann, Hermine Ullrich, Barbara Gruber, Josef Gruber, je 1/10, grdb. übertr. an Johann Böhm, Rosa Böhm, je ½, am 21. Sept. 1918.
" " Hernals, Kastnergasse 24, K.-Nr. 1377, E.-Z. 1541, bish. Bes. Leopold Karlinger, Anna Karlinger, je ½, grdb. übertr. an Magdalena Seemann, am 24. Sept. 1918.
" " Hernals, Elterleinplatz 12, K.-Nr. 1240, E.-Z. 1570, bish. Bes. Antonie Nagl, grdb. übertr. an Georg Wentzke, Marie Wentzke, je ½, am 11. Sept. 1918.
" " Hernals, Gilmgasse 3, K.-Nr. 1274, E.-Z. 1593, bish. Bes. Josef Haas 1/6, grdb. übertr. an Ottilie Haas 1/6, am 7. Sept. 1918.
" " Hernals, Hernalser Hauptstraße 31, K.-Nr. 66, E.-Z. 1631, bish. Bes. Franz Manlik, grdb. übertr. an Edmund Steinbach, Antonie Steinbach, je ½, am 23. Sept. 1918.
" " Hernals, Hernalser Hauptstraße 169, K.-Nr. 1244, E.-Z. 1772, bish. Bes. k. k. priv. österr. Hypothekenbank A. G. in Wien, grdb. übertr. an Ferdinand Drechsler, Josefine Drechsler, je ½, am 1. Sept. 1918.
" " Neuwaldegg, Neuwaldeggerstraße 35/37, K.-Nr. 23, 24, E.-Z. 77, bish. Bes. Dr. Ernst Marbach, grdb. übertr. an Angela Marbach, am 23. Sept. 1918.
" " Neuwaldegg, Neuwaldeggerstraße 21, K.-Nr. 16, E.-Z. 103, bish. Bes. Rudolf Kaufmann 1/10, grdb. übertr. an Josef Kaufmann, Max Kaufmann, je 1/20, am 6. Sept. 1918.
18. Bezirk, Gersthof, Bastiengasse 53, K.-Nr. 265, E.-Z. 127, bish. Bes. Viktor Grzesicki, grdb. übertr. an Friedrich Menczik, am 28. Sept. 1918.

18. Bezirk, Gersthof, Ladenburggasse 39, K.-Nr. 546, E.-Z. 170, bish. Bes. Sparkassa d. l. f. Stadt Tulln, grdb. übertr. an Hubert Schiske, am 19. Sept. 1918.
" " Gersthof, Ladenburggasse 4, K.-Nr. 470, E.-Z. 485, bish. Bes. Elisabeth Janku, grdb. übertr. an Hans Uschik, am 24. Sept. 1918.
" " Pötzleinsdorf, Pötzleinsdorferstraße 66, K.-Nr. 38, E.-Z. 54, bish. Bes. 1/3, Anna Grünas grdb. übertr. an Leopoldine Hirschauer 1/3, am 4. Sept. 1918.
" " Pötzleinsdorf, Dürwaringstraße 20, K.-Nr. 346, E.-Z. 455, bish. Bes. Dr. Willibald Locker, grdb. übertr. an Max Tazoll, am 17. Sept. 1918.
" " Pötzleinsdorf, Scheibenbergstraße 13, K.-Nr. 189, E.-Z. 560, bish. Bes. Josef Johann Prasse, grdb. übertr. an Eugenie Gadol, am 17. Sept. 1918.
" " Pötzleinsdorf, Scheibenbergstraße 19, K.-Nr. 212, E.-Z. 563, bish. Bes. Marie Mayer 1/2, m. Josef Mayer, m. Martha Mayer, m. Hilda Mayer, je 1/6, grdb. übertr. an Siegmund Kis, am 12. Sept. 1918.
" " Pötzleinsdorf, Herbeckstraße 148, K.-Nr. 232, E.-Z. 656, bish. Bes. Hedwig Blank, grdb. übertr. an Adolf Körper 2/3, Katharina Körper 1/3, am 18. Sept. 1918.
" " Pötzleinsdorf, Dürwaringstraße 18, K.-Nr. 345, E.-Z. 882, bish. Bes. Dr. Willibald Locker, grdb. übertr. an Eduard Heidendorfer, am 17. Sept. 1918.
" " Salmannsdorf, Salmannsdorferstraße 27, K.-Nr. 82, E.-Z. 34, bish. Bes. Magdalena Stomper 4104/11520, grdb. übertr. an Heinrich Stemper 1026/11520, Anna Tritilek, 1539/11520, Josefine Kubesch 1539/11520 am 2. Aug. 1918.
" " Weinhaus, Lackner gasse 102, K.-Nr. 20, E.-Z. 6, bish. Bes. Dr. Friedrich Wechsberg, grdb. übertr. an Salamon Guttenberg, Abraham Metzger, je 1/2, am 16. Sept. 1918.
" " Währing, Kutschergasse 7, K.-Nr. 753, E.-Z. 426, bish. Bes. Viktor Eder, Anna Eder, je 1/2, grdb. übertr. an Hermann Geber, am 6. Sept. 1918.
" " Währing, Theresiengasse 20, 22, 24, K.-Nr. 539, E.-Z. 446, bish. Bes. Karl Losos, Marie Losos, je 1/2, grdb. übertr. an Rudolf Wedro, am 2. Sept. 1918.
" " Währing, Kreuzgasse 27, K.-Nr. 883, E.-Z. 613, bish. Bes. Isidor Blach 7/120, grdb. übertr. an Dr. Adolf Jakob 7/120, am 3. Sept. 1918.
" " Währing, Hildebrandgasse 2, K.-Nr. 478, E.-Z. 615, bish. Bes. Ludwig Fekete, Antonie Fekete, je 1/2, grdb. übertr. an Franz Istinger, Grete Istinger, je 1/2, am 16. Sept. 1918.
" " Währing, Schopenhauerstraße 50, K.-Nr. 393, E.-Z. 726, bish. Bes. Viktor Mautner, Ritter v. Markhof grdb. übertr. an Franz Trenka, Marianne Trenka, je 1/2, am 4. Sept. 1918.
" " Währing, Karl Beck-Gasse 25, K.-Nr. 759, E.-Z. 796, bish. Bes. Franz Josef Krasl, grdb. übertr. an Wilhelm Wodicka, Anna Wodicka, je 1/2, am 18. Aug. 1918.
" " Währing, Abt Karl-Gasse 14, K.-Nr. 359, E.-Z. 732, bish. Bes. Stephan Csokor 3/8, grdb. übertr. an Emilie Marie Csokor, Johann Csokor, m. Stephan Csokor je 1/8, am 23. Sept. 1918.
" " Währing, Antonigasse 76, K.-Nr. 302, E.-Z. 1026, bish. Bes. Franz Birk, Karoline Birk, je 1/2, grdb. übertr. an Josef Kogler, Helene Kogler, je 1/2, am 7. Sept. 1918.
" " Währing, Schopenhauerstraße 79, K.-Nr. 1081, E.-Z. 1241, bish. Bes. J. Siegmund Stern, Josef Aicher, je 1/2, grdb. übertr. an Karoline v. Konopka, am 7. Sept. 1918.
" " Währing, Schopenhauerstraße 76, K.-Nr. 1337, E.-Z. 1257, bish. Bes. Alexander Haupt, grdb. übertr. an Raimund Swoboda, Malvine Swoboda, je 1/6, Artur Freudenfels 2/3, am 7. Sept. 1918.
" " Währing, Währingergürtel 25, K.-Nr. 1263, E.-Z. 1577, bish. Bes. Adolf Oesterreicher, grdb. übertr. an Bertold Morgens, am 5. Sept. 1918.
" " Währing, Semperstraße 4, K.-Nr. 1002, E.-Z. 1528, bish. Bes. Johann Ev. Holzmann 1/4, Marie Holzmann 1/2, grdb. übertr. an Elisabeth Holzmann, Johann Ev. Holzmann, Elisabeth Holzmann, je 1/4, am 2. Sept. 1918.
" " Währing, Schulgasse 62, K.-Nr. 1400, E.-Z. 1769, bish. Bes. Siegmund Stern, Josef Aicher, je 1/2, grdb. übertr. an Albert Hugl, am 30. Sept. 1918.

19. Bezirk, Ober-Döbling, Döblinger Hauptstraße 84, K.-Nr. 8, E.-Z. 75, bish. Bes. Hermann Stumpf, Leopoldine Stumpf, je 1/8, grdb. übertr. an Kelian Stumpf 2/3, am 13. Sept. 1918.
" " Ober-Döbling, Döblinger Hauptstraße 38, K.-Nr. 443, E.-Z. 146, bish. Bes. Franziska Hubert, grdb. übertr. an Ludwig Pekarek, am 19. Sept. 1918.
" " Ober-Döbling, Heiligenstädterstraße 77, K.-Nr. 49, E.-Z. 163, bish. Bes. Josef Kust, grdb. übertr. an Georg Hust, am 30. Sept. 1918.
" " Ober-Döbling, Oblkirchergasse 22, K.-Nr. 376, E.-Z. 420, bish. Bes. Margarete Schucking 2/3, grdb. übertr. an Dr. Arnold Schober, Marie Schober, je 1/3, am 7. Sept. 1918.

19. Bezirk, Ober-Döbling, Hutweidengasse 6, K.-Nr. 354, E.-Z. 343, bish. Bes. Andreas Berger, Elisabeth Berger, je 1/2, grdb. übertr. an Adam Cieslik, Anna Cieslik, je 1/2, am 10. Sept. 1918.
" " Ober-Döbling, Friedlgasse 22, K.-Nr. 499, E.-Z. 740, bish. Bes. Norbert Hopp, grdb. übertr. an Andreas Sannek, Apollonia Sannek, je 1/2, am 19. Sept. 1918.
" " Ober-Döbling, Rodlergasse 7, K.-Nr. 766, E.-Z. 1169, bish. Bes. Matthias Grünner, Marie Grünner, je 1/2, grdb. übertr. an Marie Kamon, am 27. Sept. 1918.
" " Ober-Döbling, Rodlergasse 22, K.-Nr. 895, E.-Z. 1226, bish. Bes. Julius Knorr 1/2, grdb. übertr. an Anton Hauer, Rosina Hauer, je 1/4, am 17. Sept. 1918.
" " Ober-Döbling, Chimanistraße 1 b, K.-Nr. 768, E.-Z. 1292, bish. Bes. Gustav Kornel Selkes, Marie Selkes, je 1/2, grdb. übertr. an Gräfin Natalie Szechenyi, am 11. Sept. 1918.
" " Ober-Döbling, Heiligenstädterstraße 5, K.-Nr. 826, E.-Z. 1305, bish. Bes. Johann Scholz, Anna Scholz, je 1/2, grdb. übertr. an Markus Israel Reich, am 13. Sept. 1918.
" " Ober-Döbling, Budinskygasse 18, K.-Nr. 1006, E.-Z. 1700, bish. Bes. Alexander Zuber, Rosina Zuber, je 1/2, grdb. übertr. an Johann Gahsamas, am 2. Sept. 1918.
" " Unter-Döbling, Silbergasse 11, K.-Nr. 11, E.-Z. 86, bish. Bes. Karl Nasse, Johanna Nasse, je 1/2, grdb. übertr. an Friedrich Karl Schaaf, Emilie Schaaf, je 1/2, am 5. Sept. 1918.
" " Unter-Döbling, Iglaseegasse 54, K.-Nr. 109, E.-Z. 100, bish. Bes. Severin Lehner 105/1024, grdb. übertr. an Josef Felsinger, Marie Felsinger, je 105/2048, am 4. Sept. 1918.
" " Unter-Döbling, Paradeisgasse 22, K.-Nr. 178, E.-Z. 171, bish. Bes. Franz Feigl, grdb. übertr. an Erwin Abeles, am 26. Sept. 1918.
" " Unter-Döbling, Silbergasse 36, K.-Nr. 220, E.-Z. 265, bish. Bes. Lorenz Kapellari, Marie Kapellari, je 1/2, grdb. übertr. an Elsa Winter, Etelka Eckstein, je 1/2, am 15. Sept. 1918.
" " Grinzing, Straßergasse 25, K.-Nr. 242, E.-Z. 182, bish. Bes. Ignaz Wagner 1/2, grdb. übertr. an Marie Wagner 1/2, am 24. Sept. 1918.
" " Heiligenstadt, Hohe Warte 56, K.-Nr. 26, E.-Z. 14, bish. Bes. Emilie Schnabl, grdb. übertr. an Leo Schnabl, am 25. Sept. 1918.
" " Heiligenstadt, Hohe Warte 52/54, K.-Nr. 112, E.-Z. 293, bish. Bes. Dr. August Schenker-Angerer, grdb. übertr. an die Verlassenschaft nach Gertrude Schenker-Angerer 1/4, Gottfried Schenker-Angerer, m. August Schenker-Angerer, je 3/8, am 26. Sept. 1918.
" " Nußdorf, Greinergasse 47, K.-Nr. 53, E.-Z. 157, bish. Bes. Hans Pezellen, Ferdinand Pezellen, Josefine Pezellen, je 1/3, grdb. übertr. an Gustav Schöler, Hildegarde Schöler, je 1/2, am 6. Sept. 1918.
" " Nußdorf, Kahlenbergerstraße 11, K.-Nr. 11, E.-Z. 163, bish. Bes. Jakob Grobstein, Julie Grobstein, Matthias Grobstein, Franz Grobstein, Josefine Rupprecht, je 1/8, Marie Gerzabek 3/8, grdb. übertr. an Josef Mitwalsky, Katharina Mitwalsky, je 1/2, am 2. Sept. 1918.
" " Nußdorf, Eichelhofstraße 6, K.-Nr. 159, E.-Z. 265, bish. Bes. Alois Frey 71/840, grdb. übertr. an Katharina Frey, Josef Frey, je 71/480, am 10. Sept. 1918.
" " Nußdorf, Eichelhofstraße 6, K.-Nr. 159, E.-Z. 265, bish. Bes. Johann Frey 27/240, grdb. übertr. an Katharina Frey, Josef Frey, je 27/480, am 4. Sept. 1918.
" " Nußdorf, Nußberggasse 6, K.-Nr. 200, E.-Z. 302, bish. Bes. Ma ie Keck, grdb. übertr. an Anna Haslinger, am 4. Sept. 1918.
" " Nußdorf, Schätzgasse 3, K.-Nr. 272, E.-Z. 701, bish. Bes. Elise Zemann, grdb. übertr. an Josef Winkler, Anna Winkler, je 1/2, am 13. Sept. 1918.
" " Sieveringerstraße 82, K.-Nr. 51, E.-Z. 40, bish. Bes. Maximilian Straube, grdb. übertr. an Franz Rockenbauer, Josefa Rockenbauer, je 1/2, am 21. Sept. 1918.
" " Unter-Sievering, Kaasgrabengasse 11, in die neue E.-Z. 921 übertragen, K.-Nr. 206, E.-Z. 218, bish. Bes. Moritz Steinbach, grdb. übertr. an Friedrich Kalmar, Vera Kalmar, je 1/2, am 3. Sept. 1918.
" " Unter-Sievering, Sieveringerstraße 175 a, K.-Nr. 296, E.-Z. 806, bish. Bes. Felix Lederer, grdb. übertr. an Dr. Samuel Dubsky, am 12. Sept. 1918.

20. Bezirk, Denisgasse 8, E.-Z. 329, bish. Bes. Karl Danzinger, Marie Danzinger, je 1/2, grdb. übertr. an Marie Wielander, am 3. Sept. 1918.
" " Klosterneuburgerstraße 12, E.-Z. 867, bish. Bes. Josef Pauleder Soltesz, Josefine Soltesz, je 1/4, grdb. übertr. an Leopoldine Liebel-Soltesz 1/2, am 28. Sept. 1918.
" " Allerheiligenplatz 4, E.-Z. 3160, bish. Bes. der Spar- und Vorschußverein in Haus, r. G. m. b. H., grdb. übertr. an Leopold Böhm, am 26. Sept. 1918.
" " Leystraße 33, E.-Z. 3255, bish. Bes. Diana Striks, grdb. übertr. an Regina Schlachet, am 7. Sept. 1918.

20. Bezirk, Pasettistraße 103, E.-Z. 3461, bish. Bes. Adele Jüptner, grdb. übertr. an Alexander Gegenbauer, Juliana Gegenbauer, je ½, am 18. Sept. 1918.
" " Klosterneuburgerstraße 91, E.-Z. 4228, bish. Bes. Rudolf Zdenek, Albine Schneider, Hermine Lischitzky, Ferdinand Zdenek, je ¼, grdb. übertr. an Tschavdarian Galenig, am 18. Sept. 1918.
" " Rebhanngasse 13, E.-Z. 5097, bish. Bes. Franz Nedomansky, grdb. übertr. an Siegfried Stein, Arnold Zeisel, Salomon Adler, je ⅛, am 26. Sept. 1918.
" " Kampstraße 9, E.-Z. 5355, bish. Bes. Josef Wurts, grdb. übertr. an Klotilde Hollerl, Franzi Allert, Josef Wurts, je ⅛, am 7. Sept. 1918.
" " Donaueschingenstraße 17, E.-Z. 5424, bish. Bes. Hugo Ervin, grdb. übertr. an Berhaz Vallalat Reszveny Tarsasag, am 2. Sept. 1918.

21. Bezirk, Aspern, Groß-Enzersdorferstraße 6, K.-Nr. 99, E.-Z. 59, bish. Bes Baltasar Pruckner ¼, grdb. übertr. an Franz Pruckner Josef Pruckner, je ⅛, am 11. Sept. 1918.
" " Donaufeld, Pitzgasse 13, K.-Nr. 542 Fl., E.-Z. 147, bish. Bes. Johann Baitschek, Theresia Baitschek, je ½, grdb. übertr. an die Wiener Filiale der General-Repräsentanz für Oesterreich der Gyöngyös Visontaer Weinproduzenten-Genossenschaft A.-G. in Wien, am 7. Sept. 1918.
" " Donaufeld, Siegfriedgasse 57, K.-Nr. 623 Fl., E.-Z. 153, bish. Bes. Alois Riha, Katharina Riha, je ½, grdb. übertr. an Wilhelm Cerhunek, Katharina Cerhunek, je ½, am 19. Sept. 1918.
" " Donaufeld, Siegfriedgasse 47, K.-Nr. 618 Fl., E.-Z. 178, bish. Bes. Rosalie Weiß ½, grdb. übertr. an Anna Benedikt, Rosalie Tomazic, je ¼, am 16. Sept. 1918.
" " Donaufeld, Donaufelderstraße 26, K.-Nr. 906, E.-Z. 187, bish. Bes. Heinrich Zeitlberger, Marie Zeitlberger, je ½, grdb. übertr. an Rudolf Treßl, Berta Treßl, Verlassenschaft Theodor Treßl, je ¼, m. Berta Schreiber, m. Edmund Schreiber, je ⅛, am 12. Sept. 1918.
" " Donaufeld, Kaiserin Elisabeth-Gasse 29, K.-Nr. 1236, E.-Z. 750, bish. Bes. Franz Eisenmann, Theresia Eisenmann, je ½, grdb. übertr. an Johann Selepa, Genovefa Selepa, je ½, am 28. Sept. 1918.
" " Donaufeld, Sebastian Kohl-Gasse 14, K.-Nr. 1363 Fl., E.-Z. 772, bish. Bes. das Spar- und Vorschußkonsortium Oberhollabrunn, r. G. m. b. H., grdb. übertr. an die Firma Vereinigte chemische Fabriken Kreidl, Heller & Komp., am 16. Sept. 1918.
" " Donaufeld, Sebastian Kohl-Gasse 10, K.-Nr. 1364 Fl., E.-Z. 814, bish. Bes. das Spar- und Vorschußkonsortium in Oberhollabrunn, r. G. m. b. H., grdb. übertr. an Gustav Heller, am 16. Sept. 1918.
" " Donaufeld, Sebastian Kohl-Gasse 12, K.-Nr. 1365, E.-Z. 816, bish. Bes. das Spar- und Vorschußkonsortium Oberhollabrunn, r. G. m. b. H., grdb. übertr. an Gustav Heller, am 16. Sept. 1918.
" " Floridsdorf, Bismarckplatz 17, K.-Nr. 1013, E.-Z. 240, bish. Bes. Ferdinand Hutter ½, grdb. übertr. an m. Maria Magdalena Hutter, m. Margarete Hutter, m. Elisabeth Hutter, m. Hermine Hutter, je 1/16, Ferdinand Hutter ¼, am 21. Sept. 1918.
" " Floridsdorf, Schöpfleuthnergasse 23, K.-Nr. 1152, E.-Z. 289, bish. Bes. Berta Pretsch ½, grdb. übertr. an Rudolf Pretsch ½, am 13. Sept. 1918.
" " Floridsdorf, Schwaigergasse 29, K.-Nr. 40, E.-Z. 301, bish. Bes. Baltasar Pruckner ½, grdb. übertr. an Franz Pruckner, Josef Pruckner, je ¼, am 11. Sept. 1918.
" " Groß-Jedlersdorf I, Amtsstraße 51, K.-Nr. 113, E.-Z. 53, bish. Bes. Marie Schröder, grdb. übertr. an Marie Ott, am 4. Sept. 1918.
" " Groß-Jedlersdorf I, Amtsstraße 53, K.-Nr. 96, E.-Z. 54, bish. Bes. Marie Schröder, grdb. übertr. an Marie Ott, am 4. Sept. 1918.
" " Groß-Jedlersdorf I, Baumergasse 10, K.-Nr. 204, E.-Z. 124, bish. Bes. Karl Buchberger ½, grdb. übertr. an Josef Buchberger 5/40, Karl Buchberger, Leopold Buchberger, Marie Buchberger, Rosina Buchberger, Verlassenschaft Josef Buchberger, je 3/40, am 9. Sept. 1918.
" " Groß-Jedlersdorf I, K.-Nr 130, E.-Z. 942, bish. Bes. Therese Pribitzer, grdb. übertr. an Johann Schuster, Theresia Schuster, am 12. Sept. 1918.
" " Groß-Jedlersdorf II, Hopfengasse 4, K.-Nr. 310 Fl., E.-Z. 170, bish. Bes. Johann Groiß ½, grdb. übertr. an Johann Seloucky, Theresia Seloucky, je ¼, am 7. Sept. 1918.
" " Groß-Jedlersdorf II, K.-Nr. 1514 Fl., E.-Z. bish. Bes. Franz Heger, Marie Heger, je ½, grdb. übertr. an Josef Schott, Marie Schott, je ½, am 12. Sept. 1918.
" " Hirschstetten, Hirschstettenerstraße 102, K.-Nr. 28, E.-Z. 28, bish. Bes. Magdalene Schmid ½, grdb. übertr. an Josef Schmid ½, am 13. Sept. 1918.

21. Bezirk, Jedlesee, Peter Kaiser-Gasse 24, K.-Nr. 119 Fl., E.-Z. 201, bish. Bes. Christine Zdarzil ½, grdb. übertr. an m. Christine Zdarzil ½, am 11. Sept. 1918.
" " Jedlesee, Christian Bucher-Gasse 13, K.-Nr. 1367, E.-Z. 426, bish. Bes. Leopold Kos ¼, grdb. übertr. an Marie Kos ¼, am 18. Sept. 1918.
" " Kagran, Kagranerplatz 29, K.-Nr. 127, E.-Z. 127, bish. Bes. Johann Korzonek ½, grdb. übertr. an Marie Korzonek ¼, Irene Korzonek, Johann Korzonek, je ⅜, am 12. Sept. 1918.
" " Leopoldan, Leopoldauerplatz 81, K.-Nr. 81, E.-Z. 81, bish. Bes. Johann Angst, Anna Angst, je ½, grdb. übertr. an Leopold Angst, Antonie Scheiter, je ½, am 28. Aug. 1918.
" " Stadlau, Strahlenergasse 4, K.-Nr. 94, E.-Z. 123, bish. Bes. Josef Pfaffermayer ½, grdb. übertr. an Barbara Pfaffermayer ½, am 14. Sept. 1918.
" " Strebersdorf, Langenzersdorferstraße 35, K.-Nr. 20, E.-Z. 20, bish. Bes. Hans Sochor, grdb. übertr. an Ferdinand Pölz, am 4. Sept. 1918.
" " Strebersdorf, Krottenhofgasse 1, K.-Nr. 66, E.-Z. 65, bish. Bes. Johann Stecher, Barbara Stecher, je ½, grdb. übertr. an Josef Haslinger, Theresia Haslinger, je ½, am 7. Sept. 1918.

Baustellen-Verkehr in Wien.

Vom 1. bis 30. September 1918.

(Zusammengestellt vom Zentral-Wahl- und Steuerkataster der Stadt Wien.)

1. Bezirk, Parz. 1473/166 Bauarea, Baust. 9, Gruppe N, Einl.-Z. 4905, bisheriger Besitzer Karl Roth, Emil Roth, je ½, grundbücherlich übertragen an Ida Schönherz, am 26. September 1918.
3. Bezirk, P. 96/3 Bauarea, Baust. 4, E.-Z. 2495, bish. Bes. Viktor v. Larisch, grdb. übertr. an Eduard Tropp, am 12. Sept. 1918.
" " P. 2786/4 Garten, E.-Z. 3429, bish. Bes. Franz Bösel, grdb. übertr. an Ernst Bösel, Richard Bösel, Marianne Bösel, m. Else Bösel, je ⅛, m. Robert Bösel, m. Helene Bösel, je 1/16, Eduard Bösel, Henriette Dokoupil, Stephanie Frankan, je ⅛, am 18. Sept. 1918.
4. Bezirk, P. 1234/4 Bauarea, Baustelle, E.-Z. 779, bish. Bes. Jakob Magyar, grdb. übertr. an Marie Christian, Anton Vogelsinger, Ernst Vogelsinger, Aloissa Christian, je ¼, am 24. Sept. 1918.
10. Bezirk, Inzersdorf-Stadt, P. 819/1 Bauarea, E.-Z. 359, bish. Bes. Gustav Baum, grdb. übertr. an Josef Hecht, Theresia Hecht, je ½, am 27. Sept. 1918.
" " Kaiser-Ebersdorf, P. 14/6 Garten, in die neue E.-Z. 880 übertragen, E.-Z. 11, bish. Bes. Karl Hamig, grdb. übertr. an Anton Klimesch, Leopoldine Klimesch, je ½, am 20. Sept. 1918.
12. Bezirk, Altmannsdorf, P. 320/3, 320/4 Straßengrund, in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 253, bish. Bes. die Firma Julius Franki, G. m. b. H. ½, Moritz Edler v. Kuffner ¼, Wilhelm Kuffner, Karl Freiherr Kuffner de Diosszegh, je ⅛, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 2. Juli 1918.
" " Hetzendorf, P. 229/1 Garten, E.-Z. 202, bish. Bes. Gisela Dworak, Ernst Kledus, Laura Kledus, die Firma Oesterr. Bergmann-Elektrizitätswerke, Ges. m. b. H. in Wien, grdb. übertr. an Marie Langer, am 6. Sept. 1918.
" " Hetzendorf, P. 394/1, 397/2 Aecker, E.-Z. 644, bish. Bes. Anna Wantsch, grdb. übertr. an Marie Lederer, Anna Koula, je ⅛, am 23. Sept. 1918.
" " Unter-Meidling, P. 78/35 Bauarea, in die E.-Z. 1410 übertragen, E.-Z. 1405, bish. Bes. die Firma F. Rollinger, grdb. übertr. an Leopoldine Tomanek Edle v. Beyerfels, am 30. Juli 1918.
" " Unter-Meidling, P. 78/30 pro. Straßenhof, P. 78/35 Bauarea, E.-Z. 1410, bish. Bes. Leopoldine Tomanek Edle v. Beyerfels, grdb. übertr. an Josef Katzlberger, Viktoria Katzlberger, je ½, am 27. Sept. 1918.
13. Bezirk, Ober-Baumgarten, P. 39/4 Garten, E.-Z. 192, bish. Bes. Raimund v. Götz, grdb. übertr. an Moritz Edlen v. Kuffner, am 11. Sept. 1918.
" " Ober-Baumgarten, P. 39/5 Garten, E.-Z. 193, bish. Bes. Raimund v. Götz, grdb. übertr. an Moritz Edlen v. Kuffner, am 11. Sept. 1918.
" " Ober-Baumgarten, P. 39/6 Garten, E.-Z. 194, bish. Bes. Raimund v. Götz, grdb. übertr. an Moritz Edlen v. Kuffner, am 11. Sept. 1918.
" " Unter-Baumgarten, P. 24/5 Garten, Baust. 3, P. 24/6 Garten, Baust. 4, P. 24/7 Garten, Baust. 5, E.-Z. 11, bish. Bes. Raimund v. Götz, grdb. übertr. an Moritz Edlen v. Kuffner, am 11. Sept. 1918.

13. Bezirk, Unter-Baumgarten, P. 23/6 Wiese, Bauft. 8, E.-Z. 505, bish. Bes. Raimund v. Götz, grdb. übertr. an Moritz Edlen v. Kuffner, am 11. Sept. 1918.
" " Breitensee, P. 339/3 Acker, in die neue E.-Z. 845 übertragen, E.-Z. 381, bish. Bes. Leopoldine Furchheimer, grdb. übertr. an Margarete Kepich, Elisabeth Mayer, je ½, am 4. Sept. 1918.
" " Breitensee, P. 357/2 Acker, in die E.-Z. 318 übertragen, E.-Z. 397, bish. Bes. Katharina Siwy, Laurenz Wieselthaler, Anna Wieselthaler, Karl Wieselthaler, Franz Stadler, Anna Anscheringer, Josef Stadler, Karl Stadler, Leopoldine Kuhn, Marie Wörthmann, grdb. übertr. an die Firma Karl Zeiß, G. m. b. H. in Wien, am 4. Sept. 1918.
" " Hietzing, P. 280/1 Garten, E.-Z. 254, bish. Bes. Karl Zach, Hermine Zach, je ½, grdb. übertr. an Fritz Müller, Betty Müller, je ½, am 24. Sept. 1918.
" " Lainz, P. 335/13 Acker, Bauft. 13, E.-Z. 433, bish. Bes. Gustav Albert Mussard, grdb. übertr. an Hans Amsaldern, am 16. Sept 1918.
" " Lainz, P. 335/39 Acker, Baustellteil in die neue E.-Z. 726 übertragen, E.-Z. 434, bish. Bes. Moritz Oppenheim ⅗, die Firma Julius Frankl, G. m. b. H. ⅖, grdb. übertr. an Hans Amsaldern, am 3. Sept. 1918.
" " Speising, P. 462 Acker, E.-Z. 260, bish. Bes. Josef Bock, grdb. übertr. an Leopoldine Bock, Franz Bock, Michael Bock, Johann Bock, Josef Bock, Barbara Höbling, Berta Vintze, je 1/7, am 27. Sept. 1918.
" " Ober-St Veit, P. 819 Wiese, E.-Z. 577, bish. Bes. Therese Geiger, grdb. übertr. an Therese Geiger, Karl Geiger, Anna Geiger, Hermine Schwarzenberg, je ¼, am 19. Sept. 1918.
" " Ober-St. Veit, P. 1247/43, Bauft. 1, Gruppe B, in E.-Z. 1765 übertragen, E.-Z. 1037, bish. Bes. die Wiener Bau-Gesellschaft und der Wiener Bankverein, je ½, grdb. übertr. an Wilhelm Pfeffer, Rosa Pfeffer, je ½, am 17. Sept. 1918.
" " Ober-St. Veit, P. 490/4 Garten, E.-Z. 1574, bish. Bes. Sophie Glasauer, grdb. übertr. an Franz Milek, Jeanne Milek, je ½, am 25. Sept. 1918.
" " Penzing, P. 567/3 Garten, E.-Z. 486, bish. Bes. Hugo Völcker, Emilie Völcker, je ½, grdb. übertr. an Leo Gorlitz, am 27. Sept. 1918.
" " Penzing, P. 844, 631/14 632/12, Aecker, 634/9, Wiese, E.-Z. 1890, bish. Bes. Karl Blaimschein, grdb. übertr. an Anton Redlich, Viktor Redlich, je ½, am 3 Sept. 1918.
16. Bezirk, Ottakring, P. 581 Acker, E.-Z. 68, bish. Bes. Heinrich Noibinger sen., grdb. übertr. an Lorenz Noibinger, am 10. Juli 1918.
" " Ottakring, P. 86 Wiese, E.-Z. 146, bish. Bes. Josef Mandl, Josefa Teifel, Barbara Kittmann, je ⅓, grdb. übertr. an Josef Bogan, Marianne Bogan, je ½, am 4. Sept. 1918.
" " Ottakring, P. 287 Weingarten, E.-Z. 294, bish. Bes. Heinrich Noibinger sen., grdb. übertr. an Georg Noibinger, am 10. Juli 1918.
" " Ottakring, P. 580 Weigarten, E.-Z. 295, bish. Bes. Heinrich Noibinger sen., grdb. übertr. an Lorenz Noibinger, am 10. Juli 1918.
" " Ottakring, P. 1546 Garten, E.-Z. 2099, bish. Bes. Heinrich Noibinger sen., grdb. übertr. an Heinrich Noibinger, Georg Noibinger, Lorenz Noibinger, Magdalena Budin, Josefa Budin, je ⅕, am 10. Juli 1918.
" " Ottakring, P. 332/14, 332/15 Baustellen, E.-Z. 3143, bish. Bes. Josef Karner, Johann Karner, je ½, grdb. übertr. an Josef Gerhold, Hermine Gerhold, je ½, am 6. Sept. 1918.
" " Ottakring, P. 1572/2, 1573/3, E.-Z. 3157, bish. Bes. Heinrich Noibinger sen., grdb. übertr. an Heinrich Noibinger, Georg Noibinger, Lorenz Noibinger, Magdalena Budin, Josefa Budin, je ⅕, am 10. Juli 1918.
" " Ottakring, P. 3469/52, E.-Z. 3412, bish. Bes. das Stift Schotten, grdb. übertr. an die „Vulkan" Maschinenfabriks-Aktiengesellschaft, am 17. Sept. 1918.
" " Ottakring, P. 3469/55, E.-Z. 3415, bish. Bes. das Stift Schotten, grdb. übertr. an die „Vulkan" Maschinenfabriks-Aktiengesellschaft, am 18. Sept. 1918.
" " Ottakring, P. 3469/13 bis 3469/24 in E.-Z. 3465 übertragen, E.-Z. 3460, bish. Bes. das Stift Schotten, grdb. übertr. an die Großeinkaufs-Genossenschaft der Kaufleute in Wien, r. G. m. b. H. in Wien, am 16. Sept. 1918.
" " Ottakring, P. 3469/25 bis 3469/30 in neue E.-Z. 3492 übertragen, E.-Z. 3460/2, bish. Bes. das Stift Schotten, grdb. übertr. an die Großeinkaufs-Genossenschaft der Kaufleute in Wien, r. G. m. b. H., am 16. Sept. 1918.
17. Bezirk, Hernals, P. 525/12 bis 523/17 Baustellen, E.-Z. 1903, bish. Bes. der Wiener Bankverein, die Wiener Bau-Genossenschaft, je ½, grdb. übertr. an J. v. Pretzavic & Co., am 10. Sept. 1918.
18. Bezirk, Pötzleinsdorf, P. 647 Aecker, E.-Z. 35, bish. Bes. Theresia Geidtner, Anna Werner, Elisabeth Rotter, Marie Edelbauer, je ¼, grdb. übertr. an Dr. Ludwig Beer, Robert Drucker, Armin Bondi, je ⅓, am 26. Sept. 1918.
18. Bezirk, Pötzleinsdorf, P. 359/7 Acker, E.-Z. 953, bish. Bes. Josef Pauly, Theresia Pauly, je ½, grdb. übertr. an Franz Lochnit, Berta Lochnit, je ½, am 10. Sept. 1918.
" " Pötzleinsdorf, P. 354/5 Acker, E.-Z. 986, bish. Bes. Josef Pauly, Theresia Pauly, je ½, grdb. übertr. an Franz Lochnit, Berta Lochnit, je ½, am 10. Sept. 1918.
" " Währing, P. 453 Bauarea, 1275, Garten, E.-Z. 2238, bish. Bes. Albert Mussard, grdb. übertr. an Wilhelm Traub, Malvine Traub, je ½, am 10. Sept. 1918.
" " Ober-Döbling, P. 15/14 Bauarea, E.-Z. 1183, bish. Bes. Ferdinand Fellner, grdb. übertr. an Robert Reiner, am 6. Sept. 1918.
" " Ober-Döbling, P. 784/7 Acker, E.-Z. 1563, bish. Bes. Johann Zacherl, grdb. übertr. an Ilse Zacherl, am 9. Sept. 1918.
" " Ober-Döbling, P. 784/9, 785/4 Acker, E.-Z. 1565, bish. Bes. Johann Zacherl, grdb. übertr. an m. Anselma Zacherl, am 9. Sept. 1918.
" " Ober-Döbling, P. 784/11 Acker, E.-Z. 1567, bish. Bes. Johann Zacherl, grdb. übertr. an m. Cloe Zacherl, am 9. Sept. 1918.
" " Ober-Döbling, P. 866/18 Acker, E.-Z. 541, bish. Bes. Johann Zacherl, grdb. übertr. an m. Ruth Zacherl, am 9. Sept. 1918.
" " Ober-Döbling, P. 784/41, 786/4 Acker, E.-Z. 564, bish. Bes. Johann Zacherl, grdb. übertr. an Ilse Zacherl, am 9. Sept. 1918.
" " Unter-Döbling, P. 347/1 Garten, E.-Z. 37, bish. Bes. Ferdinand Fenz ⅛, grdb. übertr. an das Konvent der unbeschuhten Karmeliter ⅛, am 5. Sept. 1918.
" " Unter-Döbling, P. 212/7 Acker, E.-Z. 365, bish. Bes. Johann Zacherl, grdb. übertr. an Dr. Hans Zacherl, am 9. Sept. 1918.
" " Unter-Döbling, P. 212/8 Acker, E.-Z. 366, bish. Bes. Hans Zacherl, grdb. übertr. an Davis Zacherl, am 9. Sept. 1918.
" " Unter-Döbling, P. 212/9 Acker, E.-Z. 367, bish. Bes. Hans Zacherl, grdb. übertr. an David Zacherl, am 9. Sept. 1918.

19. Bezirk, Unter-Döbling, P. 212/10 Garten, E.-Z. 368, bish. Bes. Hans Zacherl, grdb. übertr. an Ilse Zacherl, am 9. Sept. 1918.
" " Unter-Döbling, P. 212/11 Acker, E.-Z. 369, bish. Bes. Hans Zacherl, grdb. übertr. an m. Anselme Zacherl, am 9. Sept. 1918.
" " Unter-Döbling, P. 212/12 Acker, E.-Z. 370, bish. Bes. Hans Zacherl, grdb. übertr. an Gregor Zacherl, am 9. Sept. 1918.
" " Unter-Döbling, P. 212/13 Acker, E.-Z. 371, bish. Bes. Hans Zacherl, grdb. übertr. an Chloe Zacherl, am 9. Sept. 1918.
" " Unter-Döbling, P. 213/8 Acker, E.-Z. 372, bish. Bes. Hans Zacherl, grdb. übertr. an m. Luise Zacherl, am 9. Sept. 1918.
" " Unter-Döbling, P. 214/12 Garten, E.-Z. 373, bish. Bes. Hans Zacherl, grdb. übertr. an Michael Zacherl, am 9. Sept. 1918.
" " Unter-Döbling, P. 213/9, E.-Z. 374, bish. Bes. Hans Zacherl, grdb. übertr. an Michael Zacherl, am 9. Sept. 1918.
" " Unter-Döbling, P. 213/10 Acker, P. 214/14 Garten, E.-Z. 375, bish. Bes. Hans Zacherl, grdb. übertr. an m. Sylvester Zacherl, am 9. Sept. 1918.
" " Unter-Döbling, P. 213/11 Acker, P. 214/3 Acker, P. 214/15 Garten, E.-Z. 376, bish. Bes. Hans Zacherl, grdb. übertr. an m. Peter Zacherl, am 9. Sept. 1918.
" " Unter-Döbling, P. 212/1 Acker, E.-Z. 237, bish. Bes. Hans Zacherl, grdb. übertr. an Dr. Hans Zacherl, am 9. Sept. 1918.
" " Unter-Döbling, P. 411/2 Garten, P. 412 Weingarten, E.-Z. 452, bish. Bes. Severin Lehner 105/1024, grdb. übertr. an Josef Felsinger, Marie Felsinger, je 105/2024, am 4. Sept. 1918.
" " Grinzing, P. 788 Weingarten, E.-Z. 320, bish. Bes. Ignaz Wagner sen. ¾, grdb. übertr. an Ignaz Wagner ¾, am 24. Sept. 1918.
" " Grinzing, P. 789 Weingarten, E.-Z. 339, bish. Bes. Ignaz Wagner sen. ¾, grdb. übertr. an Ignaz Wagner ¼, am 24. Sept. 1918.
" " Grinzing, P. 975 Wiese, E.-Z. 340, bish. Bes. Ignaz Wagner ½, grdb. übertr. an Karl Wagner, Elisabeth, je ¼, am 24. Sept. 1918.
" " Heiligenstadt P. 215/1 Garten, P. 215/2 Bauarea, E.-Z. 740, bish. Bes. Emilie Schnabl, grdb. übertr. an Leo Schnabl, am 25. Sept. 1918.
" " Nußdorf, P. 535 Wiese, E.-Z. 61, bish. Bes. August Kohl, grdb. übertr. an Paul Stephan, am 20. Sept. 1918.
" " Nußdorf, P. 430 Garten, E.-Z. 205, bish. Bes. Alois Frey, grdb. übertr. an Katharina Frey, Josef Frey, je ½, am 10. Sept. 1918.
" " Nußdorf, P. 558 Wiese, E.-Z. 242, bish. Bes. die Firma Hermann Gerstl, grdb. übertr. an Eduard König, am 17. Sept. 1918.

19. Bezirk, Nußdorf, P. 424 Acker, E.-Z. 270, bish. Bes. Alois Frey $^{71}/_{240}$ grdb. übertr. an Katharina Frey, Josef Frey, je $^{71}/_{480}$, am 10. Sept. 1918.
" " Nußdorf, P. 424 Acker, E.-Z. 270, bish. Bes. Alois Frey $^{27}/_{240}$, grdb. übertr. an Katharina Frey, Josef Frey, je $^{27}/_{480}$, am 10. Sept. 1918.
" " Nußdorf, P. 478/1, 478/2, E.-Z. 327, bish. Bes. Alois Frey $^{71}/_{240}$, grdb. übertr. an Katharina Frey, Josef Frey, je $^{71}/_{480}$, am 10. Sept. 1918.
" " Nußdorf, P. 478/1, 478/2, E.-Z. 327, bish. Bes. Johann Frey $^{71}/_{240}$, grdb. übertr. an Katharina Frey, Josef Frey, je $^{71}/_{480}$, am 10. Sept. 1918.
" " Nußdorf, P. 427, 428, E.-Z. 342, bish. Bes. Alois Frey $^{71}/_{240}$, grdb. übertr. an Katharina Frey, Josef Frey, je $^{71}/_{480}$, am 10. Sept. 1918.
" " Nußdorf, P. 427, 428, E.-Z. 342, bish. Bes. Johann Frey $^{71}/_{240}$, grdb. übertr. an Katharina Frey, Josef Frey, je $^{71}/_{480}$, am 10. Sept. 1918.
" " Nußdorf, P. 750/1 Garten, P. 750/2 Weingarten, E.-Z. 348, bish. Bes. Alois Frey $^{71}/_{420}$, grdb. übertr. an Katharina Frey, Josef Frey, je $^{71}/_{480}$, am 10. Sept. 1918.
" " Nußdorf, P. 750/1 Garten, 750/2 Weingarten, E.-Z. 348, bish. Bes. Johann Frey $^{71}/_{240}$, grdb. übertr. an Katharina Frey, Josef Frey, je $^{71}/_{480}$, am 10. Sept. 1918.
" " Nußdorf, P. 749 Weingarten, E.-Z. 619, bish. Bes. Alois Frey $^{71}/_{240}$, grdb. übertr. an Katharina Frey, Josef Frey, je $^{71}/_{480}$, am 10. Sept. 1918.
" " Nußdorf, P. 749 Weingarten, E.-Z. 619, bish. Bes. Alois Frey $^{71}/_{240}$, grdb. übertr. an Katharina Frey, Josef Frey, je $^{71}/_{480}$, am 10. Sept. 1918.
" " Nußdorf, P. 563, 564 Wiesen, E.-Z. 707, bish. Bes. Karl Binder, grdb. übertr. an Edmund König, am 19. Sept. 1918.
" " Ober-Sievering, P. 378 Weingarten, E.-Z. 184, bish. Bes. Theresia Beier, grdb. übertr. an Karl Pollak, Eugenie Pollak, je ½, am 18. Sept. 1918.
" " Ober-Sievering, P. 122 Garten, P. 343 Wiese, E.-Z. 222, bish. Bes. m. Berta Wannenmacher $^{5}/_{105}$, grdb. übertr. an Berta Wannenmacher $^{30}/_{1260}$, Rudolf Wannenmacher, Hans Wannenmacher, m. Adolf Wannemacher, m. Adele Wannenmacher, m. Ernst Wannenmacher, an Verlassenschaft nach Karoline Wannenmacher $^{5}/_{1260}$, am 5. Sept. 1918.
" " Unter-Sievering, P. 563/2 Acker, E.-Z. 82, bish. Bes. Johann Zacherl, grdb. übertr. an m. Luise Zacherl, am 9. Sept. 1918.
" " Unter-Sievering, P. 646/1, 646/2, 646/3, 647 Aecker, E.-Z. 218, bish. Bes. Moritz Steinbach, grdb. übertr. an Theodor Kern, am 11. Sept. 1918.
" " Unter-Sievering, P. 643/1, Acker, E.-Z. 374, bish. Bes. Johann Zacherl, Hermine Zacherl, je ½, grdb. übertr. an Dr. Hans Zacherl, Doris Zacherl, Gregor Zacherl, Ilse Zacherl, m. Ruth Zacherl, m. Anselma Zacherl, m. Chloe Zacherl, m. Luise Zacherl, m. Michael Zacherl, m. Sylvester Zacherl, m. Peter Zacherl, je $^{1}/_{11}$, am 9. Sept. 1918.
" " Unter-Sievering, P. 563/3 Acker, E.-Z. 751, bish. Bes. Johann Zacherl, grdb. übertr. an m. Sylvester Zacherl, am 9. Sept. 1918.
" " Unter-Sievering, P. 563/4 Acker, E.-Z. 752, bish. Bes. Johann Zacherl, grdb. übertr. an m. Peter Zacherl, am 9. Sept. 1918.
" " Unter-Sievering, P. 563/5, E.-Z. 753, bish. Bes. Johann Zacherl, grdb. übertr. an m. Michael Zacherl, am 9. Sept. 1918.
" " Unter-Sievering, P. 563/6 Acker, E.-Z. 754, bish. Bes. Johann Zacherl, grdb. übertr. an m. Chloe Zacherl, am 9. Sept. 1918.
" " Unter-Sievering, P. 563/7 Acker, E.-Z. 755, bish. Bes. Johann Zacherl, grdb. übertr. an m. Anselma Zacherl, am 9. Sept. 1918.
" " Unter-Sievering, P. 643/2 Acker, E.-Z. 908, bish. Bes. Johann Zacherl, Hermine Zacherl, je ½, grdb. übertr. an Dr. Hans Zacherl, Doris Zacherl, Gregor Zacherl, Ilse Zacherl, m. Ruth Zacherl, m. Anselmo Zacherl, m. Chloe Zacherl, m. Luise Zacherl, m. Michael Zacherl, m. Sylvester Zacherl, m. Peter Zacherl, je $^{1}/_{11}$, am 9. Sept. 1918.
" " Unter-Sievering, P. 643/3 Acker, E.-Z. 909, bish. Bes Johann Zacherl, Hermine Zacherl, je ½, grdb. übertr. an Dr. Hans Zacherl, Doris Zacherl, Gregor Zacherl, Ilse Zacherl, m. Ruth Zacherl, m. Anselma Zacherl, m. Chloe Zacherl, m. Luise Zacherl, m. Michael Zacherl, m. Sylvester Zacherl, m. Peter Zacherl, je $^{1}/_{11}$, am 9. Sept. 1918.
" " Unter-Sievering, P 643/4 Acker, E.-Z. 910, bish. Bes. Johann Zacherl, Hermine Zacherl, je ½, grdb. übertr. an Dr. Hans Zacherl, Doris Zacherl, Gregor Zacherl, Ilse Zacherl, m. Ruth Zacherl, m. Anselmo Zacherl, m. Chloe Zacherl, m. Luise Zacherl, m. Michael Zacherl, m. Sylvester Zacherl, m. Peter Zacherl je $^{1}/_{11}$ am 9. Sept. 1918.

21. Bezirk, Aspern, P. 633/2, 634/2 in E.-Z. 98 übertragen, E.-Z. 485 bish. Bes. Rudolf Kiesling, Karl Kiesling, Marie Kiesling Johann Kiesling, Franziska Kiesling, Elisabeth Kiesling, grdb. übertr. an Johann Kiesling, Franziska Kiesling, je ½, am 16. Sept. 1918.
" " Aspern, P. 633/3, 634/3 in E.-Z. 484 übertragen, E.-Z. 485. bish. Bes. Rudolf Kiesling, Karl Kiesling, Marie Kiesling Johann Kiesling, Franziska Kiesling, Elisabeth Kiesling, grdb übertr. an Rudolf Kiesling $^{4}/_{6}$, Elisabeth Kiesling $^{2}/_{6}$, am 16. Sept. 1918.
" " Aspern, P. 863/2 in E.-Z. 484 übertragen, E.-Z. 486, bish. Bes. Rudolf Kiesling, Johann Kiesling, Franziska Kiesling, Elisabeth Kiesling, grdb. übertr. an Rudolf Kiesling $^{4}/_{6}$, Elisabeth Kiesling $^{2}/_{6}$ am 16. Sept. 1918.
" " Groß-Jedlersdorf I, P. 20, Acker, E.-Z. 391, bish Bes. Karl Buchberger ½, grdb. übertr. an Josefa Buchberger $^{5}/_{10}$, Karl Buchberger, Leopold Buchberger, Maeie Buchberger, Rosina Buchberger, Josef Buchberger's Verlassenschaft, je $^{3}/_{40}$, am 9. Sept. 1918.
" " Hirschstetten, P. 73/8 Acker, E.-Z. 172, bish. Bes. Magdalena Schmid ½, grdb. übertr. an Josef Schmid ½, am 13. Sept. 1918.
" " Jedlesee, P. 297 Acker, E.-Z 438, bish. Bes. Arnold Pick ¼, grdb. übertr. an Siegmund Weiß ⅛, Salamon Weininger $^{1}/_{16}$, Regine Herzl $^{1}/_{16}$, am 15. Sept. 1918.
" " Leopoldau, P. 659 Acker, E.-Z. 442, bish. Bes. Marie Fürtner $^{15}/_{288}$, grdb. übertr. an Leopoldine Hamböck $^{15}/_{288}$, am 11. Sept 1918.
" " Leopoldau, P. 1192 Acker, E.-Z. 443, bish. Bes. Marie Fürtner $^{15}/_{288}$ grdb. übertr. an Leopoldine Hamböck $^{15}/_{288}$, am 11. Sept. 1918.
" " Leopoldau, P. 1321 Acker, E.-Z. 444, bish. Bes. Marie Fürtner $^{27}/_{144}$, grdb. übertr. an Leopoldene Hamböck $^{27}/_{144}$, am 11 Sept. 1918.
" " Stadlau, P. 577/7, 577/8 in das öffentl. Gut übertragen, E.-Z. 303, bish. Bes. die Firma Julius Frankl, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 21. Sept. 1918.
" " Stadlau, P. 577/4, 577/5, 577/6, künftiger Straßengrund in neue E.-Z. 361, E.-Z 303, bish. Bes. die Firma Julius Frankl, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 21. Sept. 1918.
" " Strebersdorf, P. 752/2, 753 in E.-Z. 704 übertragen, E.-Z. 241, bish. Bes. Karoline Pfeiffer, grdb. übertr. an das k. k. Aerar, am 1. Sept. 1918.
" " Strebersdorf, P. 752/3, 752/2, 155, in E.-Z. 704 übertragen, E.-Z. 242, bish. Bes. Karoline Pfeiffer, grdb. übertr. an das k. k. Aerar, am 1. Sept. 1918.
" " Strebersdorf, P. 735/1 Acker, E.-Z. 455, bish. Bes. Josef Sachs, grdb. übertr. an Hans Sachs, Kurt Sachs, je ½, am 15. Sept. 1918.
" " Strebersdorf, P. 734/1 Acker, E.-Z. 589, bish. Bes. Josef Sachs, grdb. übertr. an Hans Sachs, Kurt Sachs, je ½, am 3. Sept. 1918.
" " Strebersdorf, P. 647/10, E.-Z. 693, bish. Bes. Ferdinand Nagl, Theresia Nagl, je ½, grdb. übertr. an Franziska Weißböck, am 19. Sept. 1918.

Eintragungen in den Erwerbsteuerkataster.

22. November 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

(Fortsetzung.)

Herold Josef — Handel mit chemisch-technischen Bedarfsartikeln — 2., Vorgartenstraße 150.
Singer Josef — Handelsagentur — 15., Henriettenplatz 7.
Pruscha August — Tischlergewerbe — 15., Sperrgasse 2.
Nabicht Karl — Musikergewerbe — 15., Viktoriagasse 14 a.
Frisch Hermann — Schuhmachergewerbe — 13., Mitisgasse 15.
Kutschera Walter — Kleinfuhrwerksgewerbe — 18., Mitterbergasse 30.
Fleischner Johann — Kleinfuhrwerksgewerbe — 13., Sporckplatz 5.
Lauber Ludwig — Erzeugung von Kerzen aus Ozogorit — 6., Mariahilferstraße 37.
Glatz Josef Franz — Nachkalkulieren von Frachtbriefen — 15., Sutterheimstraße 2.
Mejstrik Alois — Schlossergewerbe — 15., Löschenkohlgasse 11.
Mittendorfer Johann — Goldarbeitergewerbe — 15., Hütteldorferstraße 35.

Langmichl Josef — Musikergewerbe — 14., Flachgasse 11.
Wiesbauer Franz — Verschleiß von Zuckerbäckerwaren, Kanditen ꝛc. — 14., Schwendergasse 35.
Lederer Alfred — Gemischtwarenhandel im Großen, mit Ausschluß von Lebensmitteln — 9., Seegasse 6.
Hermann Adolf — Kleinfuhrwerksgewerbe — 11., Kopalgasse 11.
Toschner Ludwig — Kleinfuhrwerksgewerbe — 10., Eugengasse 7.
Kleppich Robert — Uhrmachergewerbe — 10., Erlachgasse 124.
Abt Franz — Gastwirtsgewerbe — 10., Gellertgasse 7/9.
Walter Josef — Handel mit Viktualien, Zuckerbäckerwaren und Flaschenbier — 10., Bürgergasse 20.
Podpora Elise — Lebensmittelhandel, beschränkt — 13., Schwendergasse 49.
Herles Katharina — Personentransport mit dem Einspännerwagen Nr. 992 — 1., Nibelungengasse.
Eckerl Amalie — Viktualienhandel — 2., Lessinggasse 12.
Fourek Agnes — Handel mit Lebensmitteln — 2., Kronprinz Rudolf-Straße 8.
Eisner Marie — Fleisch- und Selchwaren-Verschleiß — 15., Goldschlagstraße 25.
Kubes Pauline — Viktualien-Verschleiß — 19., Friedlgasse 63.
Mayerböck Johanna — Verschleiß von Kanditen, Bäckereien ꝛc. — 7., Lerchenfelderstraße 137.

* * *

23. November 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

Battan Alois (Alleininhaber der Firma Louis Battan) — Großhandel mit Farb- und Kolonialwaren und Baumaterialien — 6., Luftbadgasse 13.
Staetter Johann (Alleininhaber der Firma Betti Galimberti) — Modistengewerbe — 6., Mariahilferstraße 33.
Lehner Johann — Pachtbetrieb der dem Josef Ludwig gehörigen Kaffeehaus(Gastwirt)-Konzession — 19., Gatterburggasse 19.
Rosenberger Rudolf — Kleinfuhrwerksgewerbe — 10., Quellenstraße 42/44.
Stesl Josef — Pferdehandel — 10., Thavonatgasse 10.
Repas Josef — Gastwirtsgewerbe — 10., Troststraße 96.
Brandstein Siegfried Josef — Handelsagentur — 10., Favoritenstraße 108.
Buchmann Rudolf — Gemischtwarenhandel — 10., Van der Nüllgasse 66.
Lehner Johann — Marktfahrergewerbe — 10., Erlachgasse 80.
Weiser Johann — Kleinfuhrwerksgewerbe — 7., Sigmundsgasse 6.
Mach Franz — Kleidermachergewerbe — 19., Schegargasse 8.
Bergmüller Paul — Kleinfuhrwerksgewerbe — 13., Reinlgasse 15.
Heim Rudolf — Gemischtwaren-Verschleiß — 6., Mariahilferstraße 55.
Haberhauer Alois — Spenglergewerbe — 6., Webgasse 36.
Auschwitz Friedrich — Kleinfuhrwerksgewerbe — 6., Millergasse 38.
Schuster Leopold — Kleinfuhrwerksgewerbe — 6., Gumpendorferstraße 117.
Schmid Johann — Handel mit Lebensmitteln — 2., Ybbsstraße 28.
Klug Karl — Handel mit Galanterie-, Bijouterie- und Parfümerieware — 2., Rueppgasse 37.
Urban Josef — Handel mit elektro-medizinischen Apparaten und deren Bestandteilen — 7., Wimbergergasse 34.
Pollak Hans — Handel mit Briefmarken für Sammlerzwecke — 7., Kandlgasse 32.
Schubert Rudolf — Tischlergewerbe — 18., Karl Beck-Gasse 21.
Koller Friedrich — Kleinfuhrwerksgewerbe — 6., Webgasse 34.
Berger Isaak — Pachtbetrieb der der Rosalia Weniger gehörigen Konzession (§ 16, lit. b, c und f G.-O.) — X., Sonnwendgasse 4.
Fellner Alois — Pachtbetrieb der dem Johann Adam gehörigen Einspänner-Lizenz Nr. 1452 — 2., Kaiser Josef-Straße 2 und 16.
Kaiser Nathan — Kaffeesieder-Konzession — 1., Kaiser Wilhelm-Ring 2.
Drndarsky Theodor — Handel mit Haus- und Küchengeräten — 2., Stephaniestraße 2.
Matznetter Karl — Kleinfuhrwerksgewerbe — 10., Buchengasse 158.
Kacirek Katharina — Fortbetrieb des Kleidermachergewerbes nach dem verstorbenen Gatten Rudolf Kacirek — 17., Klopstockgasse 2.
Fabiantschitsch-Kleinknecht Josefa — Fortbetrieb der Einspänner-Lizenz Nr. 702 nach dem verstorbenen Gatten Josef Fabiantschitsch — 4., Wiedner-gürtel, Park-Hotel.
Hahn Marie — Wanderhandel mit Obst, Grünwaren, Naturblumen und Geflügel — 10., Leebgasse 44.
Waitz Barbara — Kleinfuhrwerksgewerbe — 10., Siccardsburggasse 26.
Zirnsag Marie — Kleinfuhrwerksgewerbe — 10., Schröttergasse 42.
Ludwig Cäcilie — Kleinfuhrwerksgewerbe — 10., Angeligasse 74.
Wöppermann Rosa Ella — Verschleiß von Zuckerbäckerwaren, Kanditen ꝛc. — 6., Mittelgasse 6.
Horacel Berta — Fragnergewerbe — 13., Gurkgasse 15.
Wilhartitz Katharina — Handel mit Galanterie-, Nürnberger-, Spiel- und Papierwaren — 2., Praterstraße 50.
Pyrek Marie — Marktviktualienhandel — 14., Schwendergasse.
Heger Rosa — Hand- und Nagelpflege mit Ausschluß einer Heilzwecken dienenden Betätigung — 7., Mariahilferstraße 28.
Nycz Helene — Marktfahrergewerbe — 17., Weißgasse 24.

* * *

25. November 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

Oesterreichische Erdöl-Gesellschaft m. b. H. — Handel mit Brutto- und Nettoprozenten und sonstigen Berganteilen — 1., Schottenring 18 a.
Schön Johann — Knopfdrechslergewerbe — 16., Huttengasse 53.
Wedel Johann — Gold- und Silberarbeitergewerbe — 16., Abelegasse 7.
Streng Ferdinand — Kleinfuhrwerksgewerbe — 16., Römergasse 34.
Hirschberg Julius — Maschinstrickerei — 16., Ottakringerstraße 149.
Reithmayer Andreas — Kleinfuhrwerksgewerbe — 16., Paletzgasse 6.
Ungar Friedrich — Goldarbeitergewerbe — 1, Dominikanerbastei 4.
Fischer Heinrich — Antiquitätenhandel — 1, Rauhensteingasse 5.
Frühauf Andreas — Handel mit Lebensmitteln — 1., Fleischmarkt 18.
Kohn Siegmund — Handelsagentur — 7., Westbahnstraße 35.
Lüders Friedrich — Handel mit Emailgeschirr — 7., Burggasse 105.
Dastl Alois — Handel mit Beleuchtungskörpern — 7., Burggasse 73.
Weiß Michael — Musikergewerbe — 18., Währingerstraße 115.
Watzinger Alois — Viktualienhandel — 17., Nattergasse 19.
Boucek Karl — Kleinfuhrwerksgewerbe — 18., Antonigasse 11.
Mazura Franz — Buchdruckergewerbe — 13., Sechshauserstraße 87.
Boburka Johann — Obst- und Gemüsehandel — 3., Steingasse 26.
Ulscher Diamant — Erzeugung von Parfümeriewaren und kosmetischen Artikeln — 9., Dietrichsteingasse 3.
Diamant Ignaz — Kleidermachergewerbe — 9., Pfluggasse 4.
Thierschmidt Max Otto — Handel mit Papier- und Papierwaren aller Art — 9., Wasagasse 29.
Schaich Hermann — Sammeln der Adressen verkäuflicher Geschäfte, Fabriken, Häuser und Realitäten — 9., Berggasse 2.
Tempel Berl — Vermittlung von kleinen Losen und exotischen Effekten, die an der Börse nicht notiert werden — 9., Porzellangasse 19.
Apter Beila — Handel mit Seide und Stoffen — 1., Wollzeile 16.
Pillat Marie — Verschleiß von Zuckerbäckerwaren, Kanditen, Fruchtsäften ꝛc. — 15., Schweglerstraße 48.
Ertl Leonie — Damenkleidermachergewerbe — 15., Kranzgasse 28.
Groger Margarete — Verschleiß von Zuckerbäckerwaeen, Kanditen ꝛc. — 15., Mariahilfergürtel 29.
Blasel Katharina — Gastwirtsgewerbe — 2., K. k. Prater, Große Zufahrtsstraße 124.
Wandermann Lea — Erzeugung von Puder und Zahnpluver und Parfüms — 2., Schüttelstraße 67.
Meißner Hermine — Handel mit Klavieren — 2., Obere Donaustraße 12.
Schindl vulgo Schindler Anna — Modistengewerbe — 16., Brunnengasse 48.
Musil Amalia — Handel mit Leinen, Wäsche und Wirkwaren — 16., Weyprechtgasse 7.
Conicella Marie — Verschleiß von Konditoreiwaren und Fruchtsäften — 16, Joh. Nep. Berger-Platz 6.
Magyar Berta — Wechsel und Eskomptegewerbe — 1., Himmelpfortgasse 11.
Gareis Paula — Gemischtwarenhandel — 7., Neustiftgasse 19.

* * *

26. November 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

Eduard Stöhr, offene Handelsgesellschaft — Fleischselchergewerbe — 6., Brückengasse 12.
Eugenie Gareis & Komp., offene Handelsgesellschaft — Zuckerbäckergewerbe — 16., Neumayrgasse 1.
„Eag", Ein- und Ausfuhr, Ges. m. b. H. — Gemischtwarenhandel im Großen — 1., Gonzagagasse 19.
Konovsky Rudolf — Schneidergewerbe — 13., Hütteldorferstraße 212.
Wenzel Franz — Spenglergewerbe — 13., Rupertgasse 18.
Rötz Wenzel Heinrich — Juwelier-, Gold- und Silberarbeitergewerbe — 6., Hirschengasse 9.
Pachowsky Franz — Tischlergewerbe — 16., Albrechtskreithgasse 38.
Fleischmann Franz — Kleinfuhrwerksgewerbe — 19., Sonnbergplatz 6.
Dietsch Karl — Kleinfuhrwerksgewerbe — 2., Ennsgasse 25.
Pernetz Maximilian — Uhrmachergewerbe — 15, Mariahilferstraße 161.
Huber Franz — Papierhandel — 15., Rosinagasse 5.
Grimm Johann — Gemischtwarenhandel — 15., Mariahilferstraße 168.

Kallert Josef — Kleinfuhrwerksgewerbe — 18., Herbeckstraße 74.
Körner Friedrich — Kaffeesiedergewerbe — 2., Praterstraße 8.
Denk Franz — Konzession zur Verfertigung und zum Verkauf von Handfeuerwaffen — 2., Militärschießstätte.
Jaritz Karl Josef — Gemischtwaren-Großhandel — 2., Untere Augartenstraße 23.
Ascoli Guido — Handel mit Papier-, Schreibwaren, Schreibmaschinen ꝛc. — 1., Fleischmarkt 18.
Starecek Franz — Kleinfuhrwerksgewerbe — 16., Albrechtskreithgasse 22.
Mader Franz — Kleinfuhrwerksgewerbe — 16., Römergasse 32.
Groißmayer Leopold — Viktualien-Verschleiß — 16., Speckbachergasse 6.
Haselmann Johann — Sattlergewerbe — 9., Lichtentalergasse 9.
Schenk-Südhof Ferdinand — Buch- und Kunsthandlung — 6., Schmalzhofgasse 5.
Vecha Johann — Glasergewerbe — 13., Linzerstraße 59.
Tomanek Vinzenz — Schuhmachergewerbe — 16., Grüllemayergasse 17.
Eckhart Adolf — Kleinfuhrwerksgewerbe — 16., Arnethgasse 78.
Schneider Josef — Pachtbetrieb des dem Josef Haucke gehörigen Gast- und Schankgewerbes — 15., Märzstraße 27.
Großmann Alexander — Gemischtwarenhandel im Großen mit Ausnahme von Lebensmitteln — 1., Werdertorgasse 19.
Kösner Karoline — Kleinfuhrwerksgewerbe — 16., Grüllemayergasse 17.
Tzeland Therese — Handel mit Leinen, Wäsche, Wirkwaren und neuen Kleidern — 16., Gaullachergasse 53.
Weber Theresia — Lebensmittel- und Konsumwaren-Verschleiß sowie Flaschenbier — 16., Hasnerstraße 59.
Pospichal Marie — Frauen- und Kinderkleidermachergewerbe — 16., Speckbachergasse 26.
Ehn Barbara — Kleinfuhrwerksgewerbe — 13., Glasauergasse 6.
Bayerhofer Theresia — Handel mit Naturblumen — 13., Hietzinger Hauptstraße 64.
Veith Anna — Gastwirtsgewerbe — 6., Kasernengasse 26.
Grünberger Anna — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — 2., Ybbsstraße 35.

* * *

27. November 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

Felix Fleischel & Komp., offene Handelsgesellschaft — Erzeugung von Parfümeriewaren und kosmetischen Artikeln und Handel damit — 9., Frankgasse 6.
Weingartshofer & Komp. — Fabriksmäßig betriebener Karosseriebau — 9., Alserbachstraße 4.
Platzer Adolf, Alleininhaber der Firma Wiener Kunst-Unternehmung — Konzession zum Betriebe des Buch- und Kunstverlages — 7., Kandlgasse 32.
Straßer Josef — Schuhmachergewerbe — 9., Fechtergasse 15.
Kolin Josef — Schuhmachergewerbe — 9., Berggasse 11.
Göbel Andreas — Mechanikergewerbe — 6., Morizgasse 3.
Zajitz Johann — Spenglergewerbe — 18., Semperstraße 51.
Wiesbauer Franz — Handel mit Dichtungsmaterial, Maschinen und Apparaten ꝛc. — 18., Gymnasiumstraße 18.
Mayerhofer Alois — Gewerbsmäßiger Betrieb einer Garage — 18., Staudgasse 36.
Schächter Rubin — Handel mit Kurzwaren, neuen Tuchresten und Emballagen — 18., Martinstroße 54.
Berger Franz — Handelsagentur — 6., Stumpergasse 5.
Wasservogel Julius — Großhandel mit Wein — 2., Wolfgang Schmälzl-Gasse 25.
Rammel Heinrich — Kleinfuhrwerksgewerbe — 2., Adambergergasse 1.
Jandl Heinrich — Kleinfuhrwerksgewerbe — 2., Arnezhoferstraße 3.
Morgenstern Leopold — Handel mit Papier-, Schreib- und Zeichenwaren im Großen — 9., Widerhofgasse 3.
Chlamtatsch Max — Agentur und Kommissionswarenhandel mit Lebensmitteln im Großen — 9., Löblichgasse 6.
Großmann Heinrich — Kommissionshandel mit Textilwaren — 9., Eisengasse 15.
Koziste Franz — Kleinfuhrwerksgewerbe — 9., Althanplatz 2 a.
Wochenmarkt Leiser — Erzeugung von Schuhriemen durch Schneiden mit der Hand aus Lederabfällen — 9., Liechtensteinstraße 83.
Lang Eduard — Lebensmittelhandel — 9., Alserbachstraße 3.
Kohn Viktor Hugo — Handel mit Preßhefe — 9., Liechtensteinstraße 130.
Herejk Karl — Musikergewerbe — 9., Salzergasse 19.
Schwind Karl — Kleinfuhrwerksgewerbe — 9., Thurygasse 4.
Styrsky Anton — Spenglergewerbe — 9., Lazarettgasse 5.
Klein Simon — Handel mit Maschinen, Werkzeugen. elektrotechnischen Artikeln ꝛc. — 1., Fleischmarkt 20.
Hengl Katharina — Marktviktualienhandel — 1., Markt, Am Hof.
Weißbart Marie — Kleinfuhrwerksgewerbe — 2., Erzherzog-Karl-Platz 2.
Neumann Jeanette — Lebensmittelhandel — 9., Glasergasse 4 a.
Waldner Fanni — Gemischtwarenhandel im Großen — 9., Rotenlöwengasse 5.
Dohan Ida — Geflügelhandel — 9., Sechsschimmelgasse 14.
Natscheradetz Mathilde — Handel mit Papier-, Schreib- und Zeichenwaren — 9., Pulverturmgasse 7.

* * *

28. November 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

Spezielle Werkstätte für Holzbearbeitung, Fraise, Hobel- und Kehlleisten, Ges. m. b. H. — Kleinfuhrwerksgewerbe — 10., Leebggsse 84.
„Lemo", Leiser Lemo — Zigarettenhülsen- und Papierwarenfabrik — 10., Quellenstraße 151.
Getzinger Franz — Handel mit Lebens- und Genußmitteln sowie Flaschenbier-Verschleiß — 13., Fünkhgasse 8.
Käßmann Josef — Musikergewerbe — 17., Jörgerstraße 56.
Popp Leopold — Frachtentransport mit Kleinfuhrwerk — 17., Badgasse 3.
Brabenec Franz — Wildbret- und Geflügelhandel — 11., Simmeringer Hauptstraße 31.
Hinterleitner Konrad — Marmor-, Granit- und Sandsteinwaren-Erzeugung — 11., Simmeringer Hauptstraße 341.
Staniek Johann — Handel mit Pferden — 13., Zehentnergasse 39.
Knoll Emil — Handel mit Brennmaterialien — 13., Leyserstraße 15.
Adamek Franz — Kleinfuhrwerksgewerbe — 10., Senefeldergasse 26.
Wenzlowsky August — Pferdefleisch- und Selchwaren-Verschleiß — 10., Herzgasse 14.
Laudin Vinzenz — Kleinfuhrwerksgewerbe — 10., Waldgasse 12.
Fleck Wenzel — Gemischt- und Kurzwarenhandel — 10., Rotenhofgasse 11.
Thorwartl Josef — Kleinfuhrwerksgewerbe — 10., Herndlgasse 17.
Bock Siegmund — Kleinfuhrwerksgewerbe — 10., Quellenstraße 8.
Hammer Karl — Verschleiß von Kanditen, Zuckerbäckerwaren, Kracherln ꝛc. — 10., Columbusgasse 80.
Botknecht Hermann — Handel mit Lebensmitteln — 3., Landstraßer Hauptstraße 113.
Marek Emil — Handelsagentur — 14., Märzstraße 48.
Zaki Wenzel — Faßbindergewerbe — 14., Pouthongasse 3.
Mödlin Ludwig — Ledergalanteriewaren-Erzeugung — 14., Goldschlagstraße 104.
Kühner Rudolf — Holz- und Kohlenhandel — 14., Grimmgasse 33.
Anforge Ignaz — Tischlergewerbe — 14., Huglgasse 18.
Wagner Adolf — Glasergewerbe — 16., Heigerleinstraße 1.
Kohn Moritz — Gemischtwarenhandel — 10., Favoritenstraße 106.
Ziganek Franz Johann — Kleinfuhrwerksgewerbe — 13., Hütteldorf, Heizhaus.
Winkler Josefine — Wäscheputzerei — 18., Semperstraße 29.
Mader Beata — Gemischtwarenhandel — 10., Favoritenstraße 67.
Perina Franziska — Fragnergewerbe — 10., Rotenhofgasse 103.
Tintner Anna — Pferdefleisch-Verschleiß — 10., Favoritenstraße 214.
Nowak Anna — Kleinfuhrwerksgewerbe — 10., Quellenstraße 40.
Schmidek Leopoldine — Gastwirtsgewerbe — 10., Favoritenstraße 140
Haberleitner Berta — Damenkleidermachergewerbe — 3., Rennweg 86.
Jovanovics Helene — Geflügelhandel — 3., Löwengasse 32.
Unger Philomena — Modistengewerbe — 14., Storchengasse 15.
Drucker Antonia — Handel mit Möbeln, Herren- und Damenkleidern — 14., Storchengasse 18.
Fuchs Marie — Handel mit Rauchrequisiten — 14., Märzstraße 55.
Suchomel Maria Anna — Damenkleidermachergewerbe — 14., Stättermayergasse 5.

* * *

Gewerbe-Unternehmungen.

29. November 1918.

Hofmeier Karl m., Inhaber der Einzelfirma Dr. K. Hofmeier — Handelsagentur — 2., Obere Donaustraße 81.
Hofmeier Karl m., Inhaber der Einzelfirma Dr. K. Hofmeier — Handel mit Maschinen, Werkzeugen und Metallwaren — 2., Obere Donaustraße 81.
Firma S. Markus, Inhaber Fanni Markus, geb. Rosenberg — Gemischtwarenhandlung, Filiale — 2., Negerlegasse 1.
Müller Moses, Alleininhaber der Firma M. Müller — Gemischtwarengroßhandel — 2., Mayergasse 7.

Kratzer Ferdinand — Kleinfuhrwerksgewerbe — 16., Kulmgasse 3.
Konecny Franz — Musikergewerbe — 16., Habichergasse 46.
Moller Karl — Handel mit elektrotechnischen Installationsbedarfsartikeln — 16., Ottakringerstraße 69.
Maurowitsch Simon — Kleinfuhrwerksgewerbe — Maroltingergasse 96.
Putz Franz — Gastwirtsgewerbe — 4., Schönburgstraße 18.
Dr. Günther Raimund — Erzeugung kosmetischer Artikel mit Ausschluß jeder Seifen-Erzeugung — 4., Paulanergasse 4.
Kropik Bartolomäus — Kleinfuhrwerksgewerbe — 16., Hasnerstraße 94.
Tiefengraber Rudolf — Musikergewerbe — 16., Odoakergasse 22.
Burkert Anton — Zimmerputzergewerbe — 16., Friedmanngasse 53.
Graf Franz — Pferdefleischhauer — 13., Barchettigasse 5.
Gröbner Julius — Handel mit Lebens- und Genußmitteln sowie Flaschenbier-Verschleiß — 13., Ameisgasse 65.
Tuma Thomas — Kleinfuhrwerksgewerbe — 13., Zehetnergasse 25.
Beywinkler Karl — Tischlergewerbe — 6., Strohmayergasse 9.
Sterba Wenzel — Zuckerbäckergewerbe — 6., Gumpendorferstraße 105.
Parsch Franz — Pferdefleischhauergewerbe — 18., Kreuzgasse 15.
Huber Johann — Kleinfuhwerksgewerbe — 18., Staudgasse 36.
Sagon Eugen — Glasergewerbe — 18., Schulgasse 48.
Perlmutter Mayer — Manufakturwarenhandel — 2., Nestroygasse 5.
Wiedermann Ludwig — Kleinfuhrwerksgewerbe — 2., Mayergasse 14.
Haber Hans — Erzeugung von Spirituosen, Likören und Fruchtsäften auf kaltem Wege — 1., Schulerstraße 6.
Dworak Karl — Tischlergewerbe — 12., Ignozgasse 7.
Mayer David — Trödlerkonzession — 4., Heumühlgasse 4.
Fiedler Franz — Kleinfuhrwerksgewerbe — 4., Luisengasse 1.
Hegedüs Hermine — Chemische Putzerei und Uebernahme zum Färben, Appretieren und Wäscheputzen — 4., Phorusgasse 7.
Haas Berta — Handel mit Leder- und Galanteriewaren — 4., Margaretenstraße 9.
Marton Theresia — Verschleiß von Konditoreiwaren und Fruchtsäften — 16., Lerchenfeldergürtel 21.
Willerstorfer Helene — Kleinhandel mit Brennmaterialien — 14., Schellhammergasse 7.
Suchanek Franziska — Wäsche- und Wäscheputzergewerbe — 16., Habichergasse 6.
Deutschmann Adele — Strohhut-Erzeugung — 8., Josefstädterstraße 76.
Haak Elsa Franziska — Damenkleidermachergewerbe — 8., Blindengasse 17.
Reichelt Aloisia — Naturblumenhandel — 18., Martinsstraße 54.
Meichailovicz Anna — Verschleiß von Kurz-, Galanterie- und Spielwaren — 2., Schüttaustraße 67.
Rausch Anna — Wäscheputzerei — 2., Engerthstraße 229.
Altmann Josefa — Kleinfuhrwerksgewerbe — 2., Im Werd 17.
Hochschartner Pauline — Fußpflege und Hühneraugenschneiden nur für Damen, ohne blutige ätzende oder arzneiliche Manipulation — 1., Weihburggasse (Zentral-Bad).
Halm Karoline — Handel mit Galanterie- und Toilettewaren — 1., Rabensteig 3.

* * *

30. November 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

Popp Eugen und Hutka Franz Lastenautomobil Ges. m. b. H. — Lastentransport-Unternehmung mittels Kraftwagen — 20., Schwedengasse 6.
Westermayer Alfred, Alleininhaber der Firma Fritz Wilhelm — Erzeugung und Verschleiß von Essenzen und ätherischen Oelen ꝛc. — 20., Rauscherstraße 17.
Berger Viktor, Inhaber der Firma Viktor Berger & Komp. — Erzeugung von Oel, Fettwaren und chemisch-technischen Produkten — 20., Leithastraße 5.
Dusek Josef — Verschleiß von Papier- und Zuckerwaren — 20., Wexstraße 11.
Alter Ephraim — Handel mit Zigarettenpapierhülsen und Zigarettenspitzen — 20., Salzachstraße 19/22.
Semorad Andreas — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — 20., Klosterneuburgerstraße 54.
Bombacher Hersch Leiser — Handel mit Pelzwaren, Tuchabfällen und Fellen — 20., Wolfsaugasse 10.
Tippman Leopold — Kleinfuhrwerksgewerbe — 20., Dammstraße 30.
Titz Karl — Kleinfuhrwerksgewerbe — 20., Klosterneuburgerstraße 87.
Pick Emil — Handel mit Papier, Zeichen- und Schreibwaren — 20., Brigittagasse 5.
Mantel Isidor — Zimmer- und Fensterputzergewerbe — 20., Hannovergasse 4.
Gruber Flora — Kleinfuhrwerksgewerbe — 20., Wintergasse 21.
Urbanek Franz — Pferdefleischhauergewerbe — 20., Rauscherstraße 25.
Felgenhauer Johann — Schuhmachergewerbe — 20., Universumstraße 48.
Kibanek Anton — Herrenkleidermachergewerbe — 20., Dammstraße 6.
Delm Anton — Kleidermachergewerbe — 20., Treustraße 49.
Sailer Josef — Kleinfuhrwerksgewerbe — 20., Staudingergasse 8.
Rothbart Julius — Kleinfuhrwerksgewerbe — 20., Wallensteinstraße 62.
Beinhofer Franz — Kleinfuhrwerksgewerbe — 20., Romanogasse 21.
Stolicka Felix — Kleinfuhrwerksgewerbe — 20., Leithastraße 22.
Wurm Lorenz — Pachtbetrieb der dem Johann Sautner gehörigen Einspänner-Lizenz 261 — 1., Hoher Markt 8.
Lenik Leopold — Kleinfuhrwerksgewerbe — 20., Jägerstraße 58.
Kovarik August — Kleinfuhrwerksgewerbe — 20., Klosterneuburgerstraße 70.
Heininger Rudolf — Kleinfuhrwerksgewerbe — 20., Wintergasse 64.
Hoffmann Josef — Kleinfuhrwerksgewerbe — 20., Nordwestbahnstraße 73.
Wenzlofsky Eugen — Kleinfuhrwerksgewerbe — 20., Rauscherstraße 15.
Stock Franz — Fleischhauergewerbe — 20., Jägerstraße 14.
Meister Franz — Kleinfuhrwerksgewerbe — 20., Jägerstraße 56.
Feiertag Julius — Handel mit Lebensmitteln — 20., Othmargasse 40.
Haan Jakob — Viktualienhandel — 20., Salzachstraße 27.
Buchner Ferdinand — Fragnergewerbe — 20., Kajarangasse 21.
Moißl Leopold — Kleinfuhrwerksgewerbe — 20., Brigittagasse 16.
Kammerer Rudolf — Friseurgewerbe — 20., Brigittenauerlände 30.
Zögernitz Anton — Kleinfuhrwerksgewerbe — 20., Denisgasse 40.
Weschler Leopold — Erzeugung von Hausschuhen und Pantoffeln ohne Lederbestandteile — 20., Leipzigerstraße 62.
Deutsch Juda Leeb — Kleinfuhrwerksgewerbe — 20., Nordwestbahnstraße 81.
Just Emil — Handel mit Lebensmitteln — 20., Streffleurgasse 3.
Ballasz Wilhelmine — Warenhandel mit Obst, Blumen, Geflügel und Gemüse — 20., Marchfelderstraße 9.
Ohrenstein Marie — Handel mit Lebensmitteln — 20., Dammstraße 4.
Huckauf Anna — Wanderhandel mit Obst, Blumen, Geflügel und Gemüse — 20., Dresdnerstraße 122.
Daum Marie — Wanderhandel mit Obst, Blumen, Gemüse und Geflügel — 20., Karajangasse 17.
Pscheidl Paula — Handelsagentur — 20., Lände 62.
Taussig Elsa — Handel mit Galanterie- und Spielwaren — 20., Klosterneuburgerstraße 43.
Stickler Therese — Kleidermachergewerbe — 20., Rauscherstraße 12.
Sucek Berta — Wanderhandel mit Obst, Blumen, Geflügel und Gemüse — 20., Treustraße 54.
Dreikurs Sophie Sonie — Milchhandel — 20., Wallensteinstraße 34.
Schoff Marie — Handel mit Lebensmitteln und Flaschenbier — 20., Klosterneuburgerstraße 42.
Wolfert Elisabeth — Gastwirts-Konzession — 20., Nordwestbahnstraße 4.
Paul Katharina — Viktualienhandel — 20., Dresdnerstraße 34.
Hofer Aloisia — Handel mit Lebensmitteln und Flaschenbier — 20., Allerheiligenplatz 13.
Hanus Mathilde — Kleinfuhrwerksgewerbe — 20., Wintergasse 65.
Dallos Antonie — Kleinfuhrwerksgewerbe — 20., Stromstraße 9.

Inhalt.

	Seite
Stadtrat:	
Sitzungen des Stadtrates	133
Bericht über die Sitzung des Stadtrates vom 2. Jänner 1919	133
Gemeinderats-Ausschuß:	
Bericht über die Sitzung des Gemeinderats-Ausschusses für die Verleihung des Heimatrechtes und Bürgerrechtes der Stadt Wien vom 20. Dezember 1918	140
Bezirksvertretungen:	
Sitzungen	144
Wiener Kommunal-Sparkassen:	
Zentral-Sparkassa	144
Rudolfsheim	144
Hernals	144
Währing	144
Döbling	144
Floridsdorf	145
Baubewegung:	
Gesuche um Baubewilligungen vom 11. Jänner bis 14. Jänner 1919	145
Realitätenverkehr in Wien vom 1. bis 30. September 1918	145
Baustellenverkehr in Wien vom 1. bis 30. September 1918	151
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster	153
Kundmachungen.	

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Schriftleiter: **Friedrich Schönsteiner.**
Papier aus der **Pittner Papierfabrik.** — Buchdruckerei **E. Kainz** vorm **J. B. Wallishausser.**

Kundmachungen.

M. B. A. XIII, 4/1/II.

Jagdpachtschillingsverteilung im 13. Bezirke.

Vom magistratischen Bezirksamte für den 13. Bezirk als politischer Behörde I. Instanz wird im Sinne des § 23 des Gesetzes vom 8. Dezember 1902, L.-G.-Bl. Nr. 22 ex 1903, bekanntgemacht, daß die Grundbesitzer im 13. Wiener Gemeindebezirke die Auszahlung der Anteile am Jagdpachtschillinge für das abgelaufene Jahr 1918, welche auf sie nach der Größe ihres in das betreffende Gemeindejagdgebiet einbezogenen Grundbesitzes entfallen, unter Nachweis ihrer Ansprüche in der Zeit **vom 1. Februar 1919 bis 1. März 1919** bei dem magistratischen Bezirksamte für den 13. Bezirk verlangen können.

Falls der Anspruch innerhalb der bezeichneten Frist nicht geltend gemacht wird, verfällt der betreffende Betrag zugunsten der Gemeindekasse.

Für den Bezirksamtsleiter:
Bayer m. p.,
Magistrats-Sekretär.

1—1

B. W. A. Wien, Stelle 5.
Z. 10730/18.

Ausgabe neuer Küchenbrandkarten.

Auf Grund der Statthalterei-Verordnung vom 29. April 1918, L.-G.- und V.-Bl. Nr. 70, betreffend die Regelung des Verbrauches von Kohle, Koks und Briketts und sonstigen Brennstoffen, werden zum Kohlenbezuge für Küchenbrand neue Karten mit der Geltungsdauer vom 9. Februar 1919 bis 18. Oktober 1919 ausgegeben.

Die Ausgabe der neuen Küchenbrandkarten erfolgt durch die zuständige Brot- und Mehl-Kommission, und zwar für die anspruchsberechtigten Wohnungsinhaber (Haushaltungsvorstände) mit den Anfangsbuchstaben des Familiennamens:

A—F . . . . . am 14. Jänner 1919
G—J und L . . . . am 15. Jänner 1919
K, M—O . . . . . am 16. Jänner 1919
P—R, S, St . . . . . am 17. Jänner 1919
Sch, T—Z . . . . . am 18. Jänner 1919

in der Zeit von 8 Uhr früh bis 11 Uhr vormittags und von 2 bis 5 Uhr nachmittags.

Hinsichtlich des Anspruches auf Ausfolgung von Küchenbrandkarten, der Behebung der Karten, der Gebarung mit denselben, der Rayonierung und Umrayonierung und der sonstigen Bestimmungen finden die Anordnungen der Magistrats-Kundmachung vom 1. Mai 1918, Bezirkswirtschaftsamt Wien, Stelle 5, Z. 3601/18, betreffend die Ausgabe der mit 8. Februar 1919 ablaufenden Küchenbrandkarten, sinngemäße Anwendung.

Vom Wiener Magistrate,
als politischer Behörde I. Instanz,
am 10. Jänner 1919. 1—1

Stiftungen.

M. Abt. XIII, 5436/18. Selbständiger Wirkungskreis.

Theresia Rosenauer'sche Stiftung
für verschämte Arme in Wien.

Zur Verleihung gelangen: 500 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Verschämte Arme in Wien.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatsnachweis.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 31. Jänner 1919.**

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 20. Dezember 1918. 2—3

M. Abt. XIII, 5201/18. Selbständiger Wirkungskreis.

Dr. Emanuel Bunzel'sche Stiftung
für erwachsene Blinde.

Verteilt werden: 180 K in fünf gleichen Teilbeträgen.

Zur Bewerbung sind berufen: Erwachsene mittellose Blinde christlichen Glaubens.

Dem Gesuche sind beizulegen: Taufschein, Heimatschein, armenärztliche Bestätigung über die Erblindung.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 15. Februar 1919.**

Verleihungstag: 10. April 1919.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 19. Dezember 1918. 2—3

M. Abt. XIII, 5399/18. Selbständiger Wirkungskreis.

Hermine Elßler'sche Universitäts-Stipendienstiftung.

Verliehen wird: Ein einmaliger Jahresbetrag von 600 K für das Studienjahr 1918/19.

Zur Bewerbung sind berufen: Studierende der weltlichen Fakultäten der Wiener Universität.

Bedingungen:

a) Der Bewerber muß in Wien geboren, österreichischer Staatsbürger und mindestens 18 Jahre alt sein;
b) hervorragende Begabung und vorzüglicher Fleiß;
c) tadelloser Lebenswandel;
d) Mittellosigkeit.

Vorzugsberechtigt sind Angehörige der Familien Elßler oder Schäffl, hinsichtlich welcher das Erfordernis der Geburt in Wien entfällt.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Impfzeugnis, Mittellosigkeitszeugnis und Studiennachweise; ferner ist anzuführen, ob der Stiftungswerber oder eines seiner Geschwister ein Stipendium bezieht.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 31. Jänner 1919.**

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 20. Dezember 1918. 3—3

M. Abt. XIII, 5173/18. Selbständiger Wirkungskreis.

Theobald Uffenheimer'sche Studentenstiftung.

Verliehen werden: Drei Stipendien zu je 285 K, und zwar je eines an einen christlichen Hörer der juridischen und medizinischen Fakultät der Universität in Wien, beziehungsweise der technischen Hochschule in Wien, und weiters ein Stipendium zu 300 K an einen christlichen Hörer der medizinischen Fakultät der Wiener Universität für das Studienjahr 1918/19.

Vorzugsberechtigt sind: Verwandte des Stifters, dann nach Wien zuständige oder im Bezirke Leopoldstadt in Wien oder in Wien überhaupt geborene Bewerber.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf- und Heimatschein, Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnis, Maturitätszeugnis, Impfzeugnis, Studiennachweis und allenfalls Nachweis der Verwandtschaft.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Letzter Einreichungstag: **31. Jänner 1919.**

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 2. Dezember 1918. 3—3

Karl Meißl-Stiftung.

Aus der Karl Meißl-Stiftung für arme christliche Gewerbetreibende gelangen 15.000 K in Teilbeträgen von 200 und 400 K zur Verteilung.

Anspruchsberechtigt sind: Christliche Gewerbetreibende, welche seit mindestens vier Jahren im 2. oder 20. Bezirke ihr Gewerbe ausüben und ohne Verschulden in Not geraten sind.

Die einmal mit welchem Betrage immer Beteilten können erst nach Ablauf von vier Jahren wieder beteilt werden.

Die Auswahl der zu Beteilenden steht der Bezirksvertretung Leopoldstadt zu.

Die mit einem Taufschein, Armutszeugnis und dem Gewerbeschein belegten Gesuche müssen **bis spätestens 31. Jänner 1919** bei der Bezirksvorstehung Leopoldstadt (2., Karmelitergasse 9, 2. Stock) eingebracht werden.

Auf nicht rechtzeitig eingebrachte oder nicht ordentlich belegte Gesuche kann keine Rücksicht genommen werden.

Bezirksvertretung Leopoldstadt,
am 21. Dezember 1918. 3—3

M. Abt. XIII, 5160/18. Selbständiger Wirkungskreis.

Kaiser Franz Josef-Regierungsjubiläums-Stiftung

für ohne ihr Verschulden notleidend gewordene Gewerbetreibende

Im Laufe eines jeden Jahres gelangen die verfügbaren Interessen zur Verteilung.

Zur Bewerbung sind berufen: Ohne ihr Verschulden in eine Notlage geratene Gewerbetreibende, welche in Wien wohnen und ihr Gewerbe noch betreiben.

Die Auszahlung der Beträge ist an einen bestimmten Tag nicht gebunden und erfolgt die Zuwendung der Stiftung nach Maßgabe des Stiftungserträgnisses, so oft Bewerber vorhanden sind.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Gewerbeschein oder Konzessions-Dekret und letzter Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer.

Die in solcher Weise belegten Gesuche können jederzeit im Bureau des Herrn Bürgermeisters oder in der Einlaufstelle der Magistrats-Abteilung XIII (1., Ebendorferstraße 1, Halbstock) überreicht werden.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 1. Jänner 1919. 2—3

M. Abt. XIII, 5396/18. Selbständiger Wirkungskreis.

Stiftung eines ungenannt sein wollenden Menschenfreundes.

Im Laufe eines jeden Jahres kommen aus den verfügbaren Interessen der Stiftung eines ungenannt sein wollenden Menschenfreundes, deren Stammkapital 200.000 K beträgt, Jahresrenten oder einmalige Gaben zur Verleihung.

Anspruch auf diese Stiftung haben bedürftige Personen, die durch ein Ereignis körperlich beschädigt worden sind, oder die bedürftigen Hinterbliebenen der bei solchen Anlässen getöteten oder infolge derselben verstorbenen Personen. In Betracht kommen aber nur mit dem Ringtheaterbrande in keinem Zusammenhange stehende Verunglückte oder deren Hinterbliebene.

Die Verleihung der Stiftung ist an einen bestimmten Tag nicht gebunden und erfolgt die Zuwendung derselben nach Maßgabe des Stiftungserträgnisses, so oft geeignete Bewerber vorhanden sind.

Das Verleihungsrecht steht dem Wiener Stadtrate zu.

Bewerber um eine Unterstützung aus dieser Stiftung haben ihre Gesuche mit dem Tauf(Geburt)scheine, dem Heimatscheine einem armenärztlichen Befunde über ihre Erwerbsunfähigkeit und einem amtlichen Zeugnisse über die ihnen zugestoßene körperliche Beschädigung zu belegen.

Bittsteller, die aus Anlaß ihrer körperlichen Beschädignng schon von der Unfallversicherungskassa, aus einer Stiftung, einem Fonds oder anderweitig eine Unterstützung beziehen, haben dies anzugeben und nachzuweisen.

Wenn Hinterbliebene einer bei einem Ereignisse getöteten oder infolge einer hiebei erlittenen Verletzung verstorbenen Person um eine Unterstützung einschreiten, so haben sie außerdem den Nachweis zu erbringen, in welchem Verwandtschaftsverhältnisse sie zu dem Getöteten oder Verstorbenen gestanden sind.

In solcher Weise belegte Gesuche können jederzeit in der Magistrats-Abteilung XIII überreicht werden.

Ausdrücklich wird bemerkt, daß auf nicht gehörig belegte Gesuche keine Rücksicht genommen werden kann.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 20. Dezember 1918. 2—3

M. Abt. XIII, 5406/18. Selbständiger Wirkungskreis.

Preysing-Uehlein'sches Stipendium

für einen Hörer der medizinischen Fakultät der Universität in Wien.

Verliehen werden für das Studienjahr 1918/19 drei Jahresbeträge von je 800 K.

Anspruchsberechtigt sind: Bedürftige Hörer der medizinischen Fakultät der Universität in Wien, welche die Maturitätsprüfung an einem Wiener Gymnasium abgelegt haben, im 16. Gemeindebezirke in Wien geboren und nach Wien zuständig sind, in Ermanglung solcher Bewerber Studierende der genannten Fakultät, die in Wien geboren und dahin zuständig sind, unter den gleichen übrigen oben angeführten Bedingungen, und zwar insbesondere solche, die im letzten Jahre ihrer Studien stehen.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Nachweis der Zuständigkeit nach Wien, das Impfzeugnis, ein Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnis, das Maturitätszeugnis und die sonstigen Studiennachweise.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.
Einreichungsfrist: **Bis 15. Februar 1919.**

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 15. Dezember 1918. 1—3

M. Abt. XIII, 5172/18. Selbständiger Wirkungskreis.

Dr. Moritz Andreas Goldberger'sche Stiftung

für arme Studenten.

Verteilt werden: 2380 K in 7 Beträgen zu 340 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme strebsame Studenten der Rechte, der Medizin und der Technik in Wien.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Armutszeugnis, Studienzeugnisse und Impfnachweis.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.
Einreichungsfrist: **Bis 31. Jänner 1919.**

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 2. Dezember 1918. 2—3

M. Abt. XIII, 5395/18. Selbständiger Wirkungskreis.

Wilhelm und Magdalena Brandseph'sche Stiftung

für unheilbare oder erwerbsunfähige Personen.

Gewährt wird: Einmalige oder dauernde Unterstützung.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme, unheilbare Kranke und arme oder mittellose erwerbsunfähige Personen, welche ohne eigenes Verschulden mittellos oder verarmt, christlichen Glaubensbekenntnisses und nach Wien zuständig sind.

Besondere Bestimmungen: Die Zuwendungen aus der Stiftung erfolgen nach Maßgabe des Stiftungserträgnisses, so oft geeignete Bewerber vorhanden sind.

Die Gesuche können jederzeit eingebracht werden.

Dem Gesuche sind beizulegen: Taufschein, Heimatschein, Nachweis der unheilbaren Erkrankung oder der Erwerbsunfähigkeit.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 18. Dezember 1918. 1—3

**

M. Abt. XIII, 5401/18. Selbständiger Wirkungskreis.

Johann Anton Eckhart'sche Stiftung
für arbeitsunfähige Gewerbsleute.

Verliehen werden: 27 Stiftplätze zu je 63 K durch Verlosung.

Zur Bewerbung sind berufen: In Wien ansässige, durch Unglücksfälle verarmte, wegen Alters- oder Körpergebrechen arbeitsunfähige Gewerbsleute, gleichviel ob Meister oder Gesellen, ob Männer oder Weiber, die mit keiner dauernden Unterstützung oder doch nur mit dem niedrigsten Erhaltungsbeitrage von monatlich früher 6 K, seit 1. September 1917 10 K beteilt sind.

Mündliche Ansuchen nimmt entgegen: **Vom 1. bis einschließlich 15. Februar 1919** (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage) die Magistrats-Abteilung XIII (1., Rathaus, Ebendorferstraße 1, Halbstock) zwischen 10 und 12 Uhr vormittags.

Jeder Bewerber hat mitzubringen: Tauf(Geburt)schein, Trauungsschein, polizeilichen Meldezettel, Heimatschein, Armutszeugnis und armenärztliches Zeugnis über die Erwerbsunfähigkeit; Witwen auch den Totenschein des Gatten; Meister: Gewerbeschein (Konzessions-Dekret) oder Bestätigung der Gewerbezurücklegung; Gesellen: Arbeits(Wander)buch und Gesellen(Lehr)brief oder Freisprechungszeugnis.

Oeffentliche Ziehung der Lose: Am 6. März 1919 um 10 Uhr vormittags im Rathause (Beratungszimmer des Gemeinderates, 1. Stock, Aufgang über Stiege VII). Die gezogenen Nummern werden durch die „Wiener Zeitung" und durch Anschlag an den Amtstafeln des Rathauses und der Armen-Institute veröffentlicht.

Die Stiftungsbeträge werden ausgezahlt: Von der städtischen Hauptkassa gegen Abgabe des Loses an Werktagen in der Zeit vom 16. bis einschließlich 31. März 1919. Die bis dahin nicht behobenen Beträge fallen an die Stiftung zurück.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 19. Dezember 1918. 2—3

M. Abt. XIII, 5129/18. Selbständiger Wirkungskreis.

Stiftung
für Gymnasialschüler aus den ehemaligen Gemeinden Hietzing und Penzing.

Verliehen wird: Ein Betrag von 218 K zur Anschaffung von Lehrmitteln.

Zur Bewerbung sind diesmal berufen: Dürftige Schüler an einem Gymnasium in Wien: a) deren Eltern, beziehungsweise Vorfahren zur Zeit der Einverleibung der ehemaligen Gemeinde Penzing in die Gemeinde Wien in der ersteren Gemeinde heimatsberechtigt waren, in Ermanglung solcher aber b) deren Eltern Gemeindeangehörige von Wien sind und in dem Gebiete der ehemaligen Gemeinde Penzing ihren Wohnsitz haben.

Dem Gesuche sind beizulegen: Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnis, Impfzeugnis, Studienzeugnisse der beiden letzten Semester, Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, eventuell Nachweis über die Zuständigkeit der Eltern oder deren Vorfahren am 19. Dezember 1890 in Penzing, polizeiliche Meldezettel der Eltern.

Einreichstelle: Gemeindebezirkskanzlei, 13. Bezirk, Hietzinger Kai 1.

Einreichungsfrist: **Bis 31. Jänner 1919.**

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 11. Dezember 1918. 3—3

M. Abt. XIII, 5130/18. Selbständiger Wirkungskreis.

Johann Trobl'sche Stiftung
für verunglückte Bauarbeiter.

Verteilt werden: Die verfügbaren Zinsen in Beträgen von mindestens 100 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Verunglückte christliche Bauarbeiter oder deren Hinterbliebene.

Unter „Bauarbeitern" sind bei dieser Stiftung Maurer und Gerüster (Gehilfen und Lehrlinge), Bautaglöhner und Bautaglöhnerinnen zu verstehen.

Dem Gesuche sind beizulegen: Taufschein, Heimatschein, Nachweis über die Art und Zeit des erlittenen Unfalles, armenärztliches Zeugnis, allenfalls Totenschein des verstorbenen Gattenteiles.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 15. Februar 1919.**

Verleihungstag: Mai 1919.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 12. Dezember 1918. 1—3

Allgemeine Depositen-Bank

Wien, I., Schottengasse 1,

Filialen: Linz, Steyr, Triest, Oderberg-Bahnhof, Lemberg, Stanislau, Drohobycz, Czernowitz

und Wiener Wechselstuben: I., Teinfaltstraße 2, II., Taborstraße 7, IV., Rainerplatz 2, VII., Mariahilferstraße 74 b, VII., Neubaugasse 44, IX., Alserstraße 24, IX., Währingerstraße 63, XIII., Breitenseerstraße 6, XIII., Hietzinger Hauptstraße 3, XIV., Sparkasseplatz 1.

Aktienkapital: K 80,000.000·—. Reserven: K 41,500.000·—

Bezugspreise
für Wien:
mit Zustellung ganzjährig 20 K
mit Zustellung halbjährig 10 K
ohne Zustellung ganzjährig 18 K
ohne Zustellung halbjährig 9 K
Außerhalb Wiens
ganzjährig 22 K, halbjährig 11 K.

Bezugsbeginn: 1. Jänner, beziehungsweise 1. Juli.

Einzelne Nummern 30 Heller bei der Schriftleitung.

Amtsblatt der Stadt Wien

Schriftleitung:
1., Rathaus, Stiege 5, 1. Stock.
Fernsprecher: Rathaus.
Klappe 160 (Hauptschriftleiter).
Klappe 150 (Schriftleitung).

Postsparkassen-Konto Nr. 100.367

Für den Buchhandel:
Gerlach & Wiedling, 1., Elisabethstraße 13. — Ganzjährig 30 K.

Annahme kleiner Anzeigen bei Haasenstein & Vogler, A.-G. 1., Schulerstraße 11.

Erscheint jeden Mittwoch und Samstag.

Nr. 6. Samstag den 18. Jänner 1919. Jahrgang XXVIII.

Obmänner-Konferenz.

Bericht über die 103. Sitzung vom 19. Oktober 1918.

Vorsitzender: Bgm. Dr. Weiskirchner.

Anwesende: Die VB. Hierhammer, Hoß und Rain, die GR. v. Steiner, Leitner, Dr. Hein, Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller, Dr. v. Dorn, Reumann, Mag.-Dior. Dr. Nüchtern, die Ob.-Mag.-R. Dr. Mayr, Pawelka, Dr. Ehrenberg, Mag.-R. Dr. Roßkopf, Mag.-Sekr. Dr. Hubmayer.

Entschuldigt: Die GR. Schmid und Skaret.

Schriftführer: Mag.-Ob.-Kom. v. Radler.

Ernährungsfragen.

Bgm. Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung und teilt mit, daß er schon in der Vorwoche beim Statthalter von Niederösterreich gewesen sei, um ihm über den Stand der Ernährungsfrage zu berichten und die Befürchtungen mitzuteilen, welche er für die nächsten Wochen hege. Er sei damals zum Statthalter gegangen, weil er nie gerne mit einer in statu demissionis befindlichen Regierung verhandle. Sein Gang zum Statthalter sei vergeblich gewesen. Heute sei er mit den Vize-Bürgermeistern beim Ernährungsminister Paul gewesen, der ihn in Gegenwart des Sektionschefs Löwenfeld-Ruß empfing. Er fühle sich verpflichtet, einen ganz offenen Bericht über das Ergebnis dieser Unterredung mit dem Ernährungsminister zu unterbreiten. Er glaube, damit noch nicht in die Oeffentlichkeit gehen zu können, sondern die Beschlüsse des für Montag einberufenen deutschen Nationalrates abwarten zu sollen, welcher sich auch mit den Ernährungsfragen befassen werde und er würde dann die Obmänner eventuell für Montag abends wieder zu sich bitten. — Wenn er zuerst die Provinzen und Länder durchgehe, aus denen die Stadt Wien im Laufe der letzten Jahre Lebensmittel bezogen habe, so stelle sich die Sache so dar: Aus Rumänien sei nichts zu erwarten, abgesehen von der äußeren Lage, weil dort eine Mißernte war. Die Ukraine scheine kaum mehr als Exportland in Frage zu kommen.

Was Russisch-Polen betreffe, so sei dort heller Aufruhr. In Lublin seien österreichische Offiziere erschossen worden, der Generalgouverneur sei machtlos, auch im übrigen Russisch-Polen seien die Verhältnisse so, daß er dem Einkäufer der Gemeinde Wien, Valenda, nur wünschen könne, daß er noch heil zurückkomme. Was Böhmen anbelangt, so sei ja in dem letzten Demonstrationsstreik zum Ausdruck gekommen, daß Böhmen sich absperren wolle. Das drücke sich auch in so vielen Verhältnissen aus, und es sei für den künftigen deutschösterreichischen Staat sehr betrübend, daß auch die Deutschböhmen für ein Ausfuhrverbot seien. Dasselbe spiele sich in Mähren ab. Er habe Gelegenheit gehabt, heute mit dem Statthalter Baron Heinold zu sprechen. Auch dort seien sowohl die Sozialdemokraten als die Tschechen und Deutschen für ein Ausfuhrverbot und es könne höchstens noch auf acht Tage auf Zufuhren aus Mähren gerechnet werden.

Bezüglich Galiziens wisse er nicht, welche Beschlüsse heute der ukrainische Nationalrat in Lemberg fassen werde, aber er glaube, wie immer sie ausfallen werden, werde der Gegensatz zwischen Polen und Ukrainern noch wesentlich verschärft werden, und es werde vielleicht Galizien das erste Land sein, in dem der Bürgerkrieg ausbräche. Ob daher unter diesen Verhältnissen auf Galizien gerechnet werden könne, sei zweifelhaft.

Für Wien blieben also übrig die inner-österreichischen Länder, von denen Tirol und Salzburg noch ärger daran seien als Wien. Nord-Steiermark habe nichts, Oberösterreich habe sich abgesperrt. Er habe Minister Paul aufgefordert, er solle sofort an den Statthalter für Oberösterreich telegraphieren, daß Lebensmittel nach Wien geschickt werden. Der Linzer Gemeinderat habe beschlossen, gegen die Ausfuhr nach Salzburg zu protestieren. Ob also von Oberösterreich etwas zu bekommen sein werde, wisse er nicht. Nachdem er so die Territorien durchgegangen sei, erlaube er sich auf die einzelnen Artikel zu kommen. Wien brauche täglich 41 Waggons Mehl. Es handle sich aber um ganz Deutschösterreich. Um die Versorgung der illyrischen Staaten kümmere sich die Regierung nicht mehr, die Versorgung von Dalmatien und Istrien sowie die der jugoslavischen Länder sei von Kroatien übernommen worden. Auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung sei also schon eine gewisse Vereinigung vollzogen. Die Regierung brauche für ganz Deutschösterreich 83 Waggons Mehl pro Tag. Sie habe nun die Meinung gehabt, diesen Bedarf in der Weise zu decken, daß von Böhmen 40 Waggons, von Mähren 20 und der Rest von Ungarn gedeckt werde. Von den 40 Waggons aus Böhmen sei auch nicht ein Decka nach Wien gekommen. Die böhmische Statthalterei habe die 40 Waggons schon im Rollen gehabt, sie seien aber von den tschechischen Eisenbahnern aufgehalten worden und

keine Zentrale der Welt sei imstande, eine solche Maßnahme zu verhindern. Statthalter Baron Heinold schicke zwar nicht 20 Waggons, sondern nur 15 bis 17, erkläre jedoch, daß auch er nicht weiter imstande sei, zu liefern, nachdem auch die Parteien in Mähren für ein Ausfuhrverbot seien, und er glaube daher kaum, daß in den nächsten Wochen noch etwas abgehen werde.

Die ungarischen Verhältnisse seien bekannt. Er schicke voraus, daß die österreichische Regierung den Sektionschef Löwenfeld-Ruß nach Budapest geschickt habe, um mit der ungarischen Regierung zu verhandeln. Wekerle habe ihn nicht mehr empfangen. Der Sektionschef habe dann mit dem Prinzen Windischgraetz konferiert, der erklärt habe, daß seine Richtung in Ungarn abgetan sei, er könne nicht mehr daran denken, daß die zugesagten 5 Millionen Zentner Mais noch realisiert werden würden. Es seien noch zirka 400 Waggons Edelmehl aus Ungarn ausständig, und es bestehe Hoffnung, diese noch zu bekommen, aber nach einer gewissen Zeit könne auf Ungarn nicht mehr gerechnet werden. Nun habe der Minister auf seine Frage, ob es wahr sei, daß Wekerle beim Kaiser vor Zeugen versprochen habe, für Oesterreich zu sorgen, diese Frage bejaht. Wer die Reden im ungarischen Parlament lese, werde ja wissen, welche Strömungen dort herrschen. Ob es von Ungarn klug sei, Deutschösterreich so vor den Kopf zu stoßen, sei eine Frage, die er jetzt nicht beantworten wolle. Prinz Windischgraetz habe dem Sektionschef Löwenfeld-Ruß auch gesagt, es gebe jetzt keine ungarische Regierung, welcher Partei immer, welche die Ausfuhr von Lebensmitteln bewilligen könnte. Dabei sei bemerkt worden, daß sich das nur auf Brotfrucht beziehe, daß aber Gemüse und ähnliche Sachen, wovon Ungarn solchen Ueberfluß habe, daß es die Ware nicht behalten könnte, weil sie sonst verderbe, noch weiter über die Grenze gelassen werden. — Wenn er jetzt die Vorräte für die nächsten Wochen ins Auge fasse, so ergebe sich folgendes: Die Gemeinde habe 400 Waggons vom Militär. Wenn Mähren weiter liefere und Ungarn den Rest liefert, habe die Gemeinde so viel, daß sie mit der Brotfrucht bis 7. November gedeckt wäre. Das Ernährungsamt sei aber außerstande, über den 7. November hinaus irgend eine Zusage zu machen. Einen Lichtschimmer hätte sie noch in dem Umstande, daß aus den Balkanländern noch 2400 Waggons in Schleppern auf der Donau schwimmen. Es wäre Pflicht der Regierung oder, nachdem eine solche heute eigentlich nicht mehr bestehe, vielleicht anderer Faktoren, zum Beispiel des Nationalrates, daß diese 2400 Waggons für die Gemeinde gerettet werden würden.

Ebenso düster sei das Bild bei den Kartoffeln. Die Regierung erkläre sich außerstande, durch die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt der Gemeinde Kartoffeln zur Verfügung zu stellen und verweise auf die von der Gemeinde geschlossenen Verträge über Kartoffeln. Die Gemeinde habe in Böhmen 6283 Waggons geschlossen. Sie könne diese Vertragskartoffeln nur aus den tschechischen Gebieten haben, denn im Erzgebirge und in den deutschen Randgebirgen wachsen keine Kartoffeln. Das Kontingent, das Böhmen liefern könnte, sei 17.000 Waggons. Er habe bei Stanek anfragen lassen, wie sich dieser gegen die Absendung der Vertragskartoffeln verhalte, und habe durch Mittelspersonen erfahren, es würden 4000 Waggons geliefert werden. Also statt 17.000 nur 4000. Wenn es gelinge, diese 4000 Waggons für Wien zu bekommen, so wäre das natürlich für einige Zeit ein Ausweg. Er bemerke hiebei, daß tatsächlich von Böhmen immer noch täglich 15 bis 17 Waggons anrollen. Ob seine diplomatischen Verhandlungen mit Stanek das bewirkt haben, wisse er nicht, aber es sei Tatsache, aus Böhmen komme doch etwas, während aus Mähren nur 2 bis 3 Waggons kommen und Baron Heinold glaube, daß er kaum mehr länger etwas werde senden können. Das dritte Gebiet sei Galizien. Bekanntlich habe die Gemeinde in Ostgalizien Verträge auf 2072 Waggons. Es liege in der Natur der Sache, daß die Gemeinde nicht mit jedem kleinen ruthenischen Bauern abschließen könne. Die Gemeinde habe mit den polnischen Großgrundbesitzern abgeschlossen. Bei dem Gegensatz, der jetzt in Ostgalizien auftauche, sei es aber fraglich, ob die Gemeinde diese Kartoffeln noch bekomme. Er habe auch nicht versäumt, und er bitte nachträglich um die Indemnität, mit dem Abgeordneten Petrusiewicz zu verhandeln. Dieser habe die Sache sympathisch begrüßt und gesagt, von Seite des ukrainischen Nationalrates werde gewiß der Gemeinde Wien kein Hindernis in den Weg gelegt werden, er mache nur aufmerksam, ob es gelingen werde, diese Kartoffeln durch Westgalizien durchzubringen. Minister Paul habe erklärt, daß er dies bezweifle. Auch Ungarn werde sie bei seiner jetzigen Haltung vielleicht nicht durchlassen.

Ob.Mag.-R. Dr. Ehrenberg gibt den Stand der abgeschlossenen Verträge bekannt und führt aus, daß es in Niederösterreich 1358, in Böhmen 6283, in Galizien 2270, in der Bukowina 498, in Mähren 1249, in Schlesien 155 Waggons seien.

Bgm. Dr. Weiskirchner stellt fest, daß die Gemeinde bis zum 7. November also mit Brot gedeckt sei. Er wisse nicht, ob die Brotquote werde vermindert werden müssen. Ueber die Fettversorgung müsse er mitteilen, daß das Volksernährungsamt und die „Dezeg" keine Vorräte hätten, als höchstens 10 Waggons. Es bliebe eigentlich für Wien an Fett nur mehr der Talg übrig, der in den Wiener Schlachthäusern beim Schlachten der Rinder abfällt und den man mit Oel zu einer Margarinesubstanz verarbeiten könne. Was den Zucker betreffe, so sei die Lage ungemein ungünstig. Die Rohzuckerfabriken seien bisher mit nicht mehr als 30 Prozent der Kohle beliefert worden. Wenn er die Relation zwischen Kohle und Rübe annehme, so hingen also 70 Prozent der Rübenernte in der Luft oder würden verfaulen. Dies sei die Situation, wie sie heute im Ernährungsamte geschildert wurde. Die Gemeindeverwaltung habe sich bemüht, für Wien einen gewissen Vorrat zu bekommen. Es sei umsonst gewesen und jetzt stehe die Stadt vor einer Katastrophe sondergleichen. Als Symptom der ungarischen Verhältnisse wolle er noch mitteilen, daß in Budapest tatsächlich die Drohung erhoben worden sei, man werde die Versorgung der Armee einstellen. Was die Realisierung dieser Drohung bedeuten würde, brauche er nicht weiter auszuführen. Die Demobilisierung würde dann nicht von oben angeordnet werden, sondern es würde sich eine Art Autodemobilisierung ergeben, die Truppenkörper würden sich auflösen und die Folgen wären wohl unübersehbar.

Aus diesem Berichte sei zu entnehmen, daß es keine Stunde zu verlieren gebe und daß die Gemeindeverwaltung, nachdem die Zentral-Regierung tatsächlich kaum mehr als bestehend angesehen werden könne, selbst alle Schritte unternehmen müsse, um die Stadt und ihre Bevölkerung vor schweren Erschütterungen zu bewahren. Er habe nicht versäumt, auf Grund

seiner persönlichen Verbindungen mit den verschiedenen Nationen der künftigen selbständigen Staaten zu verhandeln und auch mit Ungarn Verbindungen anzuknüpfen. Es würde sich vielleicht doch noch eine Transaktion machen lassen, vorausgesetzt, daß der Verkehr zwischen Oesterreich und Ungarn nicht überhaupt für einige Zeit aussetze.

Wie aus den Zeitungen bekannt, sei der Deutsche Nationalrat für Montag einberufen. Er werde sich zunächst konstituieren und nicht nur einen Vollzugs-Ausschuß, sondern auch eine Anzahl anderer Ausschüsse, darunter einen Ernährungs-Ausschuß wählen, der die Maßnahmen für Deutschösterreich zu treffen habe. Er sei der Meinung, daß die Gemeindeverwaltung dem Deutschen Nationalrat die Wiener Ernährungslage darlegen und ihn im Hinblick auf die Besorgnisse, welche die Gemeindeverwaltung hege, ersuche, die Ernährungsfrage in erster Linie zu behandeln. Er würde sogar noch weiter gehen und an ihn die Bitte stellen, mit dem tschechischen und ukrainischen Nationalrat und mit Ungarn, vor allem aber auch mit dem Deutschen Reich in unmittelbare Verhandlungen zu treten. Der Regierung Oesterreichs sei es unmöglich, mit den Tschechen zu verhandeln, weil sie nicht mehr zu ihr kommen, ebenso mit den Südslaven, die uns wohl weniger angehen. Was das Verhältnis zu Ungarn betreffe, so habe er schon mitgeteilt, daß Wekerle den Abgesandten der österreichischen Regierung nicht mehr empfangen habe. Wenn nun die Regierung in solcher Weise versage, dann müsse die Gemeindeverwaltung die Konsequenzen ziehen, und wenn auch der Deutsche Nationalrat nicht zustimme, so bliebe nichts übrig, als daß die Vertreter der Gemeinde Wien selbst Verhandlungen einleiten würden. Man könne ja über die ganzen Strömungen denken, wie man wolle, er könne die Bevölkerung Wiens nicht verhungern lassen und auch die anderen Mitglieder der Konferenz hätten in dieser Zeit alles aufzubieten, um eine Hungersnot von Wien abzuhalten.

Rebus sic stantibus stehe die Stadt Wien vor einer Hungersnot; die Regierung sei ohnmächtig, sie habe keine Exekutive mehr, der ganze Apparat versage. Ob der Deutsche Nationalrat eine Exekutive bekomme, wisse er nicht. Ob Verhandlungen des Deutschen Nationalrates mit den in Betracht kommenden Faktoren einen Erfolg haben würden, wisse er auch nicht. Er stehe aber auch auf dem Standpunkt, daß der Deutsche Nationalrat, wenn er konstituiert sei, auch die Pflicht haben werde, für die Bevölkerung Deutschösterreichs einzutreten. Das seien die Anträge, die er sich zu unterbreiten erlaube.

Die Frage des GR. Dr. Ritter v. Dorn, ob der Nationalrat nur aus Abgeordneten bestehe, bejaht der Bürgermeister und erklärt, daß er nicht Mitglied sei. Der Bürgermeister des größten deutschen Gemeinwesens sei nicht Mitglied des Deutschen Nationalrates.

GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller erklärt, er stimme darin überein, daß jeder Gemeinderat dafür zu sorgen habe, daß in Wien keine Hungersnot ausbreche. Er richte an den Herrn Bürgermeister die Anfrage, ob er sich schon Gedanken darüber gemacht habe, was zu geschehen habe, wenn im Laufe der nächsten Wochen die Zentral-Regierung versage, der Deutsche Nationalrat nichts bringe und auch Verhandlungen, die die Gemeinde zu führen versuchen werde, ein positives Resultat nicht ergeben würden. Er mache aufmerksam, daß heute der 18. Oktober sei und daß der Herr Bürgermeister gesagt habe, wenn es so weiter gehe, sei die Brotversorgung am 7. November zu Ende. Man könne es schließlich nicht darauf ankommen lassen, daß ein Tag komme, wo einfach nichts mehr zu essen da sei, wodurch ein Zustand entstehen würde, der sich vielleicht jetzt schon in Galizien entwickle, das Aufhören jeder Ordnung mit den Konsequenzen, die sich jeder ausmalen könne.

Bgm. Dr. Weiskirchner erwidert, daß er in diesem Falle auch nicht vor einem Aufruf an die in Wien lebenden Ausländer zurückscheuen würde, Wien zu verlassen. Es seien viele Ausländer hier, Ungarn, Polen usw. Es sei das nicht eine Maßregel, die er vorschlage, es wäre zuerst ein Aufruf zum freiwilligen Verlassen Wiens. Es gebe Tausende von Familien, die ebensogut auf dem Lande leben könnten, wo sie ihre Villa oder ihr Schloß haben; es müßte doch getrachtet werden, die Wiener Bevölkerung zu vermindern. Vor Zuzug habe er bereits warnen lassen durch eine Kundgebung des Wohnungsamtes. Im übrigen hoffe er ja doch noch, daß schließlich, wenn Ungarn nicht helfe, Deutschland helfen werde. Deutschland habe tatsächlich Ueberschuß, sowohl an Brotfrucht wie an Kartoffeln, Deutschösterreich müßte an Deutschland appellieren. Natürlich müßte das sehr bald geschehen. Er habe unlängst schon mit Baron Tucher gesprochen und er glaube doch, daß die Stadt Wien vor dem Aeußersten bewahrt bleiben werde. Aber das seien lauter Akte der Selbsthilfe, die unternommen werden müssen, andere gebe es nicht. Er glaube, daß, wenn die Stadt Wien unter dieser Darstellung der Verhältnisse ihren Ruf an Bayern ergehen lasse, dieses sowohl aus Gründen der Stammes- und Blutsverwandtschaft, als auch aus Gründen der Menschlichkeit zu Hilfe kommen würde.

GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller erklärt, daß er nach dieser Antwort seine Vorschläge heute noch nicht stellen werde, und sich dies vorbehalte, bis der Bericht über die Verhandlungen im Deutschen Nationalrat vorliege.

GR. Reumann führt aus, daß ihn der Bericht, den der Herr Bürgermeister gegeben habe, nicht überrasche. Er habe bereits eine Mitteilung erhalten, wonach die Hammerbrotwerke verständigt worden seien, daß sie nur bis 1. November auf eine Versorgung zu rechnen hätten. Der Nationalrat, der Montag zusammentrete, werde die Ernährungsfrage in den Vordergrund schieben, wenigstens nach den Erklärungen, die abgegeben worden seien, und er glaube, es werde auf Grund dieser Erklärungen der Ernährungsfrage auch das größte Gewicht beigelegt werden. Ob bereits am Montag diesbezügliche Beschlüsse gefaßt werden, wisse er allerdings nicht. Es werden aller Wahrscheinlichkeit nach nur diese allgemeine Erklärung und dann spezielle Erklärungen der einzelnen Parteien abgegeben werden, die ihre verschiedenen politischen Richtungen betreffen. Dann werde die Konstituierung stattfinden und werden wahrscheinlich auch die verschiedenen Komitees gewählt werden, darunter auch der Ernährungs-Ausschuß. Trotzdem meine er, sollte auch die Gemeinde Wien einen eigenen Ausschuß für die Ernährungsfragen aus Gemeinderäten bilden, weil dann gleichzeitig mit dem Ausschuß des Nationalrates für Ernährungsfragen eine gewisse Verbindung hergestellt werden könnte. Außerdem müßten aber auch alle Schritte gemacht werden, welche von der Gemeinde selbst erfolgen können. Die Gemeinde müßte versuchen, mit den Vertretern der einzelnen Staaten in Verbindung zu treten. Wien müsse gleichsam als internationale Stadt betrachtet werden, und von diesem Gesichts-

punkte aus müsse auch den anderen daran gelegen sein, Wien zu unterstützen. Was die Abstoßung der Fremden betreffe, so müßte das das letzte Mittel sein.

Bgm. Dr. Weiskirchner erklärt, daß er mit dem Aufruf nur diejenigen, die die Möglichkeit haben, auf dem Lande zu leben, ersuchen wolle, die Stadt zu verlassen. Er fasse das als ultima ratio auf. Er könne nicht die bodenständische Bevölkerung entfernen, sondern nur die Ausländer, er sei aber gerne bereit, mit dem tschechischen und ukrainischen Staat darüber das Einvernehmen zu pflegen.

GR. Reumann bemerkt fortfahrend, daß das also das allerletzte Mittel wäre, denn wenn die Gemeinde auf dem Standpunkt stehe, daß die Ausländer Wien verlassen sollen, so würde das gewiß eine feindselige Stimmung erzeugen, gerade unter dem Teile der Bevölkerung, der für die Wiener Ernährung wichtig sei. Er beantrage also, einen eigenen Ernährungs-Ausschuß zu bilden, vielleicht könnte sich die Obmänner-Konferenz gleich als solcher konstituieren. Dieser Ausschuß solle sofort nach der Konstituierung des Ernährungs-Ausschusses des Deutschen Nationalrates sich mit diesem in Verbindung setzen, um die gemeinsamen Schritte zu beraten. Er müsse aber auch spezielle Verhandlungen führen, damit die Ernährung Wiens wenigstens einigermaßen gesichert werde. Es werde ungemeine Schwierigkeiten geben, das herbeizuführen, was notwendig sei. Aber schließlich müßten alle Anstrengungen gemacht werden, um aus dieser schlechten Zeit einigermaßen heil herauszukommen. Wenn einmal die Konstituierung der einzelnen Staaten durchgeführt sei, dann werde sich schon ein Ausweg finden. Das Schlimmste sei eben der Uebergang.

GR. v. Steiner führt aus, daß aus den Berichten, die der Obmänner-Konferenz und dem Stadtrate zugekommen seien, mit Sicherheit hervorgehe, daß wieder bedeutende Schwierigkeiten bevorstehen sollen. Er sei aber der Meinung, daß erst nach Neujahr, im Jänner oder Februar Schwierigkeiten kommen würden, von denen man jetzt noch keine Ahnung habe. Nun habe der Herr Bürgermeister mitgeteilt, daß er durch den Deutschen Nationalrat und auch selbst Verhandlungen pflegen werde und er könne das tiefste Bedauern nicht unterdrücken, daß der Bürgermeister der Stadt Wien im Deutschen Nationalrat nicht Sitz und Stimme habe. Er erlaube sich folgende Frage aufzuwerfen: Die Verhandlungen werden Wochen in Anspruch nehmen. Die Gemeinde werde ein kleines Quantum bekommen, aber nicht so viel, daß sie sagen könne, sie könne bis zur nächsten Ernte durchhalten. Damit müsse aber schon heute gerechnet werden, nachdem alles versage. Wenn die Gemeinde nun zur Selbsthilfe bis in die äußersten Konsequenzen schreite, sich garnicht um die Regierung und die von ihr geschlossenen Verträge oder sonstige Vereinbarungen kümmere, was er auch für richtig halte, und dennoch alles versage, wenn Ungarn nichts hergebe, die Tschechen auch nichts und Deutschland nicht so viel geben könne, um die Bevölkerung vor Hunger zu schützen, so werde nichts anderes übrig bleiben, als sich an Amerika zu wenden. Das wäre auch ein Mittel, die Teuerung zu drücken und die ungarischen Agrarier zu zwingen, mit den Preisen herabzugehen. Nur wenn genügend Lebensmittel da seien, würde die Lage einigermaßen erträglich sein. Er persönlich sei dieser Anschauung. Er möchte niemand verantwortlich machen, er spreche das nur aus, weil er nicht wisse, woher man was bekommen solle. Es werde der Jänner und Februar kommen und man werde vor einer Situation stehen, die die größten Gefahren in sich berge. Daß der Bürgermeister nicht im Deutschen Nationalrat Sitz und Stimme habe, bedaure er nochmals, das könne man aber heute nicht mehr ändern. Die Legalität der Abgeordneten erlösche bald, das Abgeordnetenhaus könne die Mandate nicht verlängern, weil die Böhmen nicht mehr kommen. Man hätte das nicht so einseitig machen sollen. In den Deutschen Nationalrat gehöre der Bürgermeister von Wien und auch andere große Gemeinwesen, wie Brünn ꝛc. Er werde gewiß alles unterstützen, was erforderlich sei, würde aber den Herrn Bürgermeister bitten, darüber nachzudenken, ob es nicht möglich wäre, auch diese Alternative in Erwägung zu ziehen. Im übrigen schließe er sich auch dem Antrage bezüglich des Ernährungs-Ausschusses an.

GR. v. Dorn erklärt zunächst sein Einverständnis mit dem Antrag Reumann, mache aber darauf aufmerksam, daß auch in Deutschland die Verhältnisse vielfach ungeklärt seien. Auch Deutschland sei in einer außerordentlich schwierigen Lage: es mache den Eindruck, als ob die Ententeleute alles tun würden, um Deutschland zu vernichten; es müßte abgewartet werden, wie sich die Verhältnisse in Deutschland gestalten würden. Was die Anregung des Herrn Ober-Kurators v. Steiner betreffe, so habe gestern anläßlich einer Besprechung der neuen Situation ein Herr, der über die internen Vorgänge wohl informiert sei, gesagt, es sei nicht so schlecht, wenn jetzt Frieden werden werde, werde von Amerika etwas kommen.

GR. Dr. Hein erklärt sich mit allen Vorschlägen einverstanden, auch mit dem des Kollegen Reumann, daß ein Ernährungs-Ausschuß gebildet werde, wobei er sich allerdings vor Augen halte, daß er nicht wisse, wie er sich zur Obmänner-Konferenz verhält.

Bgm. Dr. Weiskirchner erklärt, daß sich die Obmänner-Konferenz als provisorischer Ernährungs-Ausschuß konstituiere und er beantrage in der nächsten Gemeinderats-Sitzung die Wahl eines dreißiggliedrigen Ernährungs-Ausschusses, bei welcher Gelegenheit sich die Obmänner-Konferenz der Wahl des Gemeinderates unterwerfe. Unter Umständen könnte sie als Exekutiv-Komitee des großen dreißiggliedrigen Ausschusses fungieren.

GR. Dr. Hein erklärt, er sei vollkommen einverstanden angesichts der katastrophalen Situation. Es wäre das eine Entlastung der Obmänner-Konferenz. Was die Frage betreffe, ob Nationalrat oder Selbsthilfe, so werde er sie natürlich auch im ersteren Sinne beantworten. Aber wenn er sich überhaupt etwas verspreche, so sei dies von der Selbsthilfe. Es sei kein Zweifel, daß Wien von allen diesen Staaten eher etwas bekomme als der Deutsche Nationalrat. Er habe schon wiederholt bei früheren Anlässen den Standpunkt eingenommen, daß die Gemeinde ihre Position verschlechtere, wenn sie sich mit allen übrigen deutschen Städten gleichstelle. Wien werde noch eher berücksichtigt werden, als wenn der deutsche Nationalrat mit den anderen verhandle. Er glaube also, daß der Herr Bürgermeister mit den Schritten der Selbsthilfe nicht einen Augenblick zögern solle.

Die Konstituierung und Beratung im Ernährungs-Ausschusse des Nationalrates werde auch warhscheinlich nicht so rasch von statten gehen. Die Gemeinde werde also jedenfalls schon jetzt alle Schritte selbst machen müssen, bis auf den Schritt, von dem der Herr Ober-Kurator v. Steiner gesprochen habe. Man müsse überall anklopfen, bevor man die Bevölkerung verhungern lasse. Da geb-

es selbstverständlich keine Schranken der Nationalität, der Völker oder des Weltmeeres. Das allerletzte wäre, daß man die Fremden zum Verlassen der Stadt auffordere, weil sich die Gemeinde dadurch nicht nur bei dem betreffenden Nationalrat, sondern vielleicht auch bei jenen Seiten, an die dann als ultima ratio appelliert werden solle, Feindseligkeiten zuziehen würde. Da müsse man sehr vorsichtig sein.

VB. Rain erklärt, daß er den Antrag Reumann für annehmbar halte, weil so der nötige Kontakt mit dem Nationalrat hergestellt werden könne. Er wisse aber nicht, ob der Erfolg ein erfreulicher sein werde, weil die Abgeordneten deutscher Nationalität sowohl in Böhmen wie in Mähren sich bereits mit den Tschechen geeinigt hätten, nichts auszuführen. In den heutigen Ausführungen des Ernährungsministers sei darüber einiges bekannt geworden. Er möchte aber den Herrn Bürgermeister bitten, nicht mehr zuzuwarten. In dieser Frage sei keine Zeit, zu warten, sie könne nicht schnell genug angepackt werden. Nachdem mitgeteilt wurde, daß auf der Donau 2400 Waggons Mehl schwimmen, würde er bitten, daß der Herr Bürgermeister sofort vorstellig werde, daß die Gemeinde etwas davon bekomme. Dann sage er offen, der Nationalrat werde unter Umständen weniger Einfluß haben als die Gemeinde Wien, und er würde bitten, schon heute den Bürgermeister zu ermächtigen, jetzt schon Verhandlungen mit den böhmischen Abgeordneten einzuleiten.

Bgm. Dr. Weiskirchner erklärt, daß er darüber nur mit dem deutschen Botschafter rede. Es handle sich nicht bloß um die 2400 Waggons. Sektionschef Riedl fahre heute nach Berlin wegen dieser 2400 Waggons und der von ihm angedeuteten Transaktion mit der Ukraine.

VB. Hoß führt aus, daß, wenn auch jetzt schon einzelne deutsche Abgeordnete in Böhmen und Mähren sich ablehnend verhalten, so glaube er doch, man müsse unter allen Umständen die Einigkeit nach außen zeigen, und die Gemeinde Wien als größte Stadt der deutschen Provinzen, die ein Teil des Bundesstaates sein solle, müsse trachten, mit den Vertretern der Provinzen die Einigkeit zu erhalten.

Die Situation sei in jeder Richtung ungünstig und es bleibe voraussichtlich nichts übrig, als daß der Herr Bürgermeister sich mit Herren aus den verschiedenen Kreisen in den Provinzen in Verbindung setze.

Kohlenversorgung.

Bgm. Dr. Weiskirchner berichtet hierauf über die Kohlenversorgung und führt aus, daß in der letzten Obmänner-Konferenz beschlossen worden sei, daß er mit den Obmännern zu Minister Homann gehen solle. Er sei noch nicht hingegangen, denn es habe keinen Zweck, mit einem demissionierten Minister zu verhandeln. Das Gaswerk habe jetzt 51.000 t, sei also noch für eine Reihe von Wochen versorgt. Das Elektrizitätswerk sei versorgt. Wenn Zillingdorf, das sich jetzt geradezu als Retter in der Not bewähre, schärfer forciert werde, werde die elektrische Beleuchtung aufrecht bleiben können. Das Schwierigste sei der Zimmerbrand. Es habe Herr VB. Hierhammer gestern eine Sitzung der Kohlen-Kommission abgehalten.

VB. Hierhammer teilt mit, daß er für gestern eine Sitzung der Kohlen-Kommission einberufen habe, zu der auch Ober-Bergrat Kloß erschienen war. Mag.-R. Dr. Fastenbauer habe den Bericht erstattet und zur Erwägung gestellt, den Zimmerbrand auf vorläufig kurze Zeit einzustellen. Ober-Bergrat Kloß habe ein ganz entsetzliches Bild der Kohlenbelieferung gegeben, zunächst über die Schwierigkeiten der Förderung, die mit einer gewissen passiven Resistenz vor sich gehe, ferner daß mehr als 40 Prozent der Bergleute mit Grippe behaftet seien und daß auch das Eisenbahnfahrpersonal sehr darunter leide. Dann habe er mitgeteilt, daß auch bei der Kohle die Tschechen den Standpunkt haben, daß nicht ein Stäubchen herauskommen darf; sie haben sogar gesagt, sie werden sich vor die Züge werfen und sie nicht abgehen lassen. Die Vorräte seien im Vorjahre noch beruhigend gewesen, diesmal seien aber die Verhältnisse so, daß man von Depotskohle überhaupt nicht reden könne. Die Fachleute, die mit dem Kohlenhandel zu tun haben, die Vertreter des A. K. V., der Firma Königer und der Vorstand der Kleinkohlenhändler hätten erklärt, daß der Zimmerbrand mit Rücksicht auf die jetzige Witterung nicht so außerordentlich notwendig sei und daß überhaupt großer Mißbrauch getrieben werde. Das sei durch die Ueberbürdung der Kommissionen begründet. Der Vorsteher der Kleinkohlenhändler stehe auf dem Standpunkte, daß der Zimmerbrand auf eine Zeit ganz gut abgeschafft werden könnte. Dann sei auch ein Antrag dagewesen, man möge den Zimmerbrand vollständig einstellen, aber auch den Küchenbrand bei allen Personen, welche in Kriegsküchen oder anderen solchen Küchen speisen. Diesen Antrag habe man sofort zu Fall gebracht, weil man das sehr schwer erfassen könne, weil sich das immer ändere und schließlich die Leute auch ein Nachtmahl haben wollen. Schließlich sei der einmütige Beschluß gefaßt worden, den Zimmerbrand jetzt auf eine Zeit von vorläufig einer Woche einzustellen. Dadurch werde noch ein ziemliches Quantum erübrigt. Wie es aber in Zukunft aussehen wird, sei eine Frage, die bisher unbeantwortet ist. Wenn die Förderung der Kohle in so geringem Maße weiter gehe, anderseits auch die Krankheiten fortbestünden, so werde, wenn Kälte eintritt, der Zimmerbrand auch nicht mehr geliefert werden können. Der Herr Vertreter des Arbeitsministeriums habe allerdings einige Versprechungen machen wollen, aber diese seien zumeist auf dem Papier geblieben und er habe dem Ober-Bergrat gesagt, er glaube nicht, daß er dazu autorisiert sei, weil man überhaupt vor einem Chaos stehe. Weiter könne er nichts sagen, als daß der Zimmerbrand vorläufig sistiert werde und der Küchenbrand aufrecht bleibe. Die separate Belieferung werde vollständig eingestellt, so daß auch die Bezugsscheine, die schon ausgegeben wurden, nicht mehr honoriert werden.

Bgm. Dr. Weiskirchner erklärt, daß er selbstverständlich den in der Obmänner-Konferenz wiederholt besprochenen Plan weiter verfolge, daß für Wärmestuben gesorgt werden müsse. Die Gemeinde habe dazu alle Vorbereitungen getroffen. In dankenswerter Weise hätten auch mehrere Heime sich zur Verfügung gestellt, das katholische Gesellenheim, die Vereine des Kollegen Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller, und es werde zweifellos eine Kohlenersparnis sein, wenn statt tausend einzelnen Zimmerbränden tausend Leute in einem warmen Saale beisammensitzen.

GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller bemerkt, daß bei der Kohle noch das unangenehme Moment dazu komme, daß, während bei der Brotfrucht wenigstens dasjenige eine Aussicht gibt, was Ober-Kurator v. Steiner früher ausgeführt hat, die Kohlen-

not heute so international ist, daß nicht einmal von außen eine Unterstützung zu bekommen wäre. Es sei eine psychologische Erscheinung, daß die Förderung derart abnimmt. Er wisse von der Prager Eisen, daß die Arbeiter in den Hütten- und Maschinenwerken mit geringen Differenzen so ziemlich die Friedensleistung machen, während die Förderung fabelhaft zurückgehe. Das sei eine Erscheinung auf der ganzen Welt. Da wir vor einer Katastrophe stehen könnten, wenn ein harter Winter komme, der drei bis vier Monate dauere, möchte er den Herrn Bürgermeister fragen, ob es in Niederösterreich außer Zillingdorf und Grünberg-Klaus noch andere Bergwerke gebe, die bisher nicht nach Wien geliefert haben, weil die Kohle minderwertig sei. Weil eben in der Not alles gebrannt werden könnte. Zweitens möchte er fragen, wie weit die Holzheizung als Aushilfe in Betracht kommen könne. Er habe heute zufällig erfahren, daß in der Nähe Wiens Holz zur Verfügung stehe. Drittens halte er die Wärmestubenfrage für diesen Winter von allergrößter Bedeutung. Bezüglich der Krankheiten habe er keine Besorgnisse. Die spanische Seuche sei auf der ganzen Welt, aber sonst seien wir von Seuchen freigeblieben und er glaube auch nicht, daß die Wärmestuben daran etwas Wesentliches ändern werden. Er möchte nur bitten, nachdem er nicht wisse, wie die Organisation sei, ob der Herr Bürgermeister nicht geneigt wäre, diese Wärmestuben-Angelegenheit durch einen Gemeinderats-Ausschuß auch in die Ingerenz des Gemeinderates zu bringen. Vielleicht wäre ein gemeinsames Wirken möglich.

Bgm. Dr. Weiskirchner erklärt, er habe alle Parteien zur Aktion eingeladen. Das würde dann ein Beirat sein. Was das Holz betreffe, so könne er keine Ziffern nennen, aber es könne nicht aufgebracht werden, weil das Fuhrwerk fehle, um das Holz vom Schlag zur Bahn zu führen. Er mache aufmerksam, daß die Waldwege, die zur Bringung des Holzes dienen, für Lastautos unfahrbar seien. Meist seien es Ochsengespanne, im Winter finde auch die Bringung mit Schlitten statt. Die Gemeinde werde gewiß alles aufbieten, die großen Vorräte, die sie im Waldviertel habe, hereinzubringen, aber jetzt seien die unglaublichsten Schwierigkeiten. Die Gemeinde habe mit Kriegsgefangenen gearbeitet, mit Italienern, sie mußten von der Gemeinde ernährt, bequartiert und eigene Baracken aufgestellt werden. Es sei geschehen, was möglich sei, aber diese Bringung sei unglaublich schwierig.

VB. Hierhammer bemerkt, daß die Bringung teilweise durch die Triften erfolge, vorausgesetzt, daß die Witterung darnach sei.

Bgm. Dr. Weiskirchner teilt mit, daß die Ernährung der Holzknechte in Naßwald von hier aus erfolge, und diesen Lebensmittel geschickt werden, weil sie dort gar nichts zum essen haben.

Die Obmänner-Konferenz faßt sohin einstimmig folgende Beschlüsse:

1. Die Obmänner-Konferenz konstituiert sich heute als provisorischer Ernährungs-Ausschuß der Stadt Wien und richtet unter eingehender Darstellung der Lage an den am Montag zusammentretenden deutschen Nationalrat die Bitte, sich in erster Linie mit der Ernährungsfrage zu befassen.

2. Der Bürgermeister wird beauftragt, in der nächsten Gemeinderats-Sitzung den Antrag auf Wahl eines dreißiggliedrigen, aus allen Parteien bestehenden Ernährungs-Ausschusses zu stellen, bei welcher Gelegenheit sich die Mitglieder der Obmänner-Konferenz der Wahl in diesen Ausschuß zu unterziehen haben. Der gewählte Ernährungs-Ausschuß wird beauftragt, unverweilt die Verbindung mit dem Ernährungs-Ausschuß des deutschen Nationalrates in die Wege zu leiten.

3. Der Magistrat wird beauftragt, über die Wärmestubenaktion dem Gemeinderate zu berichten und ist ein Gemeinderats-Ausschuß zu wählen, der diese Maßnahme durchführt.

Stadtrat.

Bericht

über die Sitzung vom 8. Jänner 1919.

Vorsitzende: Bgm. Dr. Weiskirchner und VB. Hoß.

Anwesende: Die VB. Rain und Neumann und die StR. Angermayer, Breuer, David, Dechant, Emmerling, Dr. Hein, Heindl, Hellmann, Hötzel, Hohensinner, Jung, Dr. Kienböck, Knoll, Körber, Melcher, Müller, Pick, Richter, Schneider, Schwer, Siegel, Skaret, Spalowsky, Vaugoin, Weber, Weigl und Winter.

Schriftführer: Mag. Konz. Dr. Forkl.

Bgm. Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung und verliest

1. den Bericht des städtischen Gesundheitsamtes über die Gesundheitsverhältnisse der Zivilbevölkerung Wiens in der Zeit vom 3. bis 7. Jänner 1919;

2. den Dank des Zentral-Krippenvereines in Wien für die Erneuerung der Straßenbahn-Freikarten für die Angestellten des Vereines;

3. einen Magistratsbericht über die als Antrag dem Stadtrate zugewiesene Interpellation des GR. Gohout, betreffend Milderung der Beschränkungen in der Verwendung von Motoren in Druckereien; nach diesem Berichte wird zirka 90 Prozent aller Druckereien die längere Benützung der Elektromotoren ermöglicht. Der Verband der Druckereibesitzer hat sich mit dieser liberalen Auslegung der Vollzugsanweisung zufriedengestellt erklärt.

1 bis 3 werden zur Kenntnis genommen.

4. den Antrag des StR. Körber:

Die Direktion der städtischen Straßenbahnen wird beauftragt, die Kriegs-Remuneration für das Jahr 1918 an die Unterbeamten der städtischen Straßenbahnen sofort zur Auszahlung zu bringen.

(Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.)

5. ein Dankschreiben des Kommissärs der Schweizerischen Hilfsaktion für Wien, Obersten Frey, für freundliches Entgegenkommen;

6. den Geschäftsausweis der Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien für den Monat Dezember 1918;

7. einen Magistratsbericht über die als Antrag dem Stadtrate zugewiesene Anfrage des GR Rummelhardt, betreffend die Freigabe der städtischen Schulgebäude 9., Lazarettgasse 27 und Gilgegasse 12. Nach dem Berichte wurde der Spitalbetrieb in diesen Schulen (Filiale des Garnisonsspitales Nr. 1) bereits aufgelassen

und mit den Räumungsarbeiten schon begonnen. Nach erfolgter vollständiger Räumung, um deren Beschleunigung der Sanitätschef des liquidierenden Militär-Kommandos bereits ersucht wurde, wird die sofortige Rückstellung dieser Schulen an die Gemeinde Wien zum Zwecke der Wiederaufnahme des Unterrichtes veranlaßt werden;

8. ein Dankschreiben des Kuratoriums des n.-ö. Landesmuseums für die Abschußbewilligung im Forstwirtschaftsbezirke Mannswörth an den Leiter der naturwissenschaftlichen Abteilung;

9. einen Bericht der Direktion der städtischen Straßenbahnen, wonach sich die Einführung der Doppelbesetzung mit Schaffnern und der Zugsführer in den Straßenbahnzügen für die Zeit der gegenwärtigen außerordentlichen Betriebseinschränkung sehr gut bewährt.

5 bis 9 werden zur Kenntnis genommen.

Berichterstatter StR. Schwer:

(P. Z. 42, M. D., 7231.) Dem Titular-Kanzlei-Offizial Franz Heiß werden die Bezüge der 9. Rangsklasse der Kanzleibeamten mit dem Rechte der Vorrückung in die höheren Gehaltsstufen dieser Rangsklasse zuerkannt und ihm der Titel eines Kanzlei-Ober-Offiziales verliehen.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend; an den Gemeinderat.)

(P. Z. 61, M. A. XI, 75666/18.) Die Wahl des Josef Kubat, Julius Moder, Franz Nowotny und Karl Schubert zu Armenräten des 8. Bezirkes mit der Funktionsdauer bis 31. Dezember 1919 wird bestätigt.

(P. Z. 73, Bau-Abt. VI e, 2960/18.) Die Umgestaltung der an die Pyrkergasse angrenzenden ehemaligen drei Stallungen auf der städtischen Liegenschaft 19., Würthgasse 5, 7 und 9 in Werkstättenräume für Zwecke der städtischen Feuerwehr wird im veranschlagten Betrage von 142.000 K genehmigt und zu der Ausgabs-Rubrik XII 4 d ein Zuschußkredit in gleicher Höhe bewilligt. Die Arbeiten und Lieferungen werden nach dem Bauamts-Antrage vergeben. Vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der Bauverhandlung wird für diese baulichen Umgestaltungen die Baubewilligung erteilt. (An den Gemeinderat.)

Berichterstatter StR. Dr. Hein:

(P. Z. 12962, M. A. XI, 92645/18.) Die letztwillig nach dem im Jubiläums-Spitale in Wien verstorbenen Josef Korinek der Gemeinde Wien zufallenden Fahrnisse des Nachlasses im Gesamtschätzungswerte von 4400 K werden dem Bruder des Erblassers Heinrich Korinek zum Schätzungswerte überlassen. Notar Johann Znaimer in Langenlois wird mit der Vertretung der Gemeinde Wien bis zur Einantwortung des Nachlasses betraut.

(P. Z. 5, M. A. XIX, 1431/18.) Von der Ergreifung des Rekurses gegen die Erwerbsteueraufteilung bezüglich der Rothkosteletzer und Erlacher Spinnerei und Weberei A.-G. für das Jahr 1916 wird Umgang genommen.

Berichterstatter StR. Dechant:

(P. Z. 52, M. A. X, 9129/18.) Dem pensionierten Amtsdiener Johann Pollak wird ausnahmsweise das eigene Grab Gruppe C, Reihe 7, Nr. 20 im Neustifter Friedhofe um die Gebühr von 240 K auf 15 Jahre überlassen.

(P. Z. 53, M. A. X, 7251/18.) Der Anna Gratz wird das eigene Grab Gruppe 14 A, Nr. 236 im Hernalser Friedhofe um die Gebühr von 250 K auf 20 Jahre überlassen.

Die Wahl folgender Personen zu Armenräten mit der Funktionsdauer bis Ende 1919 wird bestätigt:

(P. Z. 64, M. A. XI, 48482/18.) Friedrich Benisch, Franz Reither, Franz Scheidl und Josef Zanka (18. Bezirk);

(P. Z. 66, M. A. XI, 68727.) Viktor Hofbauer und Oskar Spiel (19. Bezirk).

Berichterstatter StR. Breuer:

(P. Z. 274, M. A. XI, 5075/18.) Wenzel Fritsch, Heinrich Meitner, Hermann Moschner und Heinrich Roeggl (4. Bezirk);

(P. Z. 60, M. A. XI, 76689.) Josef Führer (4. Bezirk).

Berichterstatter StR. Baugoin:

(P. Z. 54, M. A. X, 8359/18.) Das Ansuchen des Hausbesitzers Alois Moder um Bewilligung zur nachträglichen Entrichtung der Renovationsgebühr für das eigene Grab Gruppe 1, Nr. 13 im Lainzer Friedhofe wird bewilligt.

(P. Z. 57, M. A. XI, 76344/18.) Die Wahl der Hermine Huber und Josefine Schäfer zu Bezirkswaisenrätinnen des 13. Bezirkes Hietzing wird bestätigt.

Berichterstatter StR. Spalowsky:

(P. Z. 65, M. A. XI, 66264/18.) Die Wahl des Theodor Gerstner, Johann Krammer und Adolf Tomez zu Armenräten des 7. Bezirkes mit der Funktionsdauer bis 31. Dezember 1919 wird bestätigt.

Berichterstatter StR. Hötzel:

(P. Z. 12568, M. A. X, 8716/18.) Die Gemeinde Wien kauft zur Erweiterung des Hernalser Friedhofes von Marie Fuß die Liegenschaft Kat.-Parz. 995/1 Garten, 995/2 Bauarea, 995/3 Garten und 995/4 Acker mit dem Hause Konskr.-Nr. 405 samt Zubehör in Einl.-Z. 206 Grundbuch Dornbach im Ausmaße von annähernd 2976 m² um den Preis von 65.000 K unter den vom Magistrate aufgestellten Bedingungen.

(An den Gemeinderat.)

Berichterstatter VB. Hoß:

(P. Z. 51, M. A. IX, 11780/18.) Den Marktamts-Akzessisten Georg Schätzler, Eduard Altmann, Theodor Brandmayer, Josef Merz und Richard Baupotisch werden ab 1. Oktober 1918 die Bezüge der 10. Rangsklasse unter der Bedingung bewilligt, daß sie binnen Jahresfrist den Nachweis der erfolgreichen Ablegung der vorgeschriebenen Prüfungen erbringen. Für den Anfall der höheren Gehaltsstufe ist folgender Rangtag zugrunde zu legen: bei Georg Schätzler der 13. März 1917, bei Eduard Altmann und Theodor Brandmayer der 16. November 1917.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 50, M. A. IX, 10945.) Der provisorische Marktdiener Viktor Kinast wird zum definitiven Marktdiener 2. Bezugsklasse mit dem Range vom Ernennungstage ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 76, Bau-Dir. 5208/18.) Auf Grund des Gemeinderats-Beschlusses vom 13. November 1918, P. Z. 11001, werden im Hilfstatus für Architektur des Stadtbauamtes mit dem ange-

führten Range ernannt: Zu Architekten 1. Klasse Karl Stoik (3. November 1916) und Fritz Fialkowsky (19. April 1918); zu Architekten 2. Klasse Karl Schmalhofer (15. Juni 1916), Engelbert Mang (16. Mai 1917) und Konstantin Peller (29. März 1918); zum Architekten 3. Klasse Gottlieb Michal (19. August 1916).

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 79, Bau-Dir., 5209/18.) Auf Grund des Gemeinderats-Beschlusses vom 13. November 1918, P. Z. 11001, werden im geodätischen Hilfsstatus des Stadtbauamtes mit erhöhter Einrechnung der Kriegsjahre folgende Geometer-Assistenten zu Geometern in der 10. Rangsklasse mit dem angeführten Range ernannt: Emil Swoboda (27. Dezember 1916), Andreas Schreiber und Karl Schreiter (15. Mai 1917), Wilhelm Plank (3. Juni 1917), Ernst Hruby (3. Juli 1917) und Felix Krämer (15. Jänner 1918).

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 48, M. A. IX, 11746.) Im Sinne des Gemeinderats-Beschlusses vom 13. November 1918, P. Z. 11001/18, betreffend die erhöhte Anrechnung der Kriegsjahre für die Bezüge um 2½ Jahre, werden im Stande des Veterinäramtes ernannt: Zu Veterinäramts-Inspektoren Robert Kunz mit dem Range vom 31. Juli 1916, Dr. Adolf Wenzel, Dr. Rudolf Harabath, Franz Haudek, Viktor Völker, Dr. Richard Sekyra, Franz Hnolik, Oskar Schenkl, Friedrich Polly, Theodor Schiff, Heinrich Rosenzweig, Bernhard Rudofsky mit dem Range vom 11. August 1916, und Karl Gerber mit dem Range vom 22. Jänner 1918; zum städtischen Bezirkstierarzt Walter Trauner mit dem Range vom 15. Mai 1917. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 49, M. A. IX, 11780/18.) Im Sinne des Gemeinderats-Beschlusses vom 13. November 1918, P. Z. 11001/18, betreffend die erhöhte Anrechnung der Kriegsjahre für die Bezüge um 2½ Jahre, werden im Stande des Marktamtes ernannt: Zu Marktamts-Inspektoren Franz Tomeczek mit dem Range vom 22. November 1916; Alfred Sohm, Siegfried Gollob, Erasmus Vogl, Karl Scholz, Franz Bütter, Karl Goldnagel und Karl Obermayer mit dem Range vom 12. Jänner 1917, Konrad Zogmaier mit dem Range vom 31. Juli 1917.

Zu Marktamts-Kommissären: Karl Gröm mit dem Range vom 1. Juli 1916, Max Dirmhirn und Emil Fidelsberger mit dem Range vom 9. September 1916, Richard Heinisch mit dem Range vom 13. Dezember 1916, Karl Bauer mit dem Range vom 14. Dezember 1916, Karl Stöhr und Emanuel West mit dem Range vom 16. November 1917.

Zum Marktgebühreneinheber 1. Bezugsklasse: Johann Ludwig mit dem Range vom 29. Jänner 1918.

Zu Marktdienern 1. Bezugsklasse: Johann Kaupe mit dem Range vom 12. September 1916, Josef Leitzinger mit dem Range vom 1. Oktober 1916, Ludwig Epp mit dem Range vom 17. Oktober 1916, Karl Discher mit dem Range vom 3. Dezember 1916, Gottfried Haas mit dem Range vom 18. Juni 1917, Karl Glattes mit dem Range vom 25. August 1917, Wilhelm Lindner mit dem Rauge vom 31. Dezember 1917, Karl Haydn und Franz Frailer mit dem Range vom 5. Mai 1918, Hubert Schmelzer mit dem Range vom 30. Juni 1918, Rudolf Waldherr und Anton Musch mit dem Range vom 4. September 1918.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 12660/18, L. W. A., 1/180/18.) Der vom Magistrate vorgelegte Entwurf der Bedingnisse für die Verpachtung des Eigenjagdrechtes der Gemeinde Wien auf dem Gute Cobenzl wird genehmigt und dieses Eigenjagdrecht für die Zeit vom 1. Jänner 1919 bis 31. Dezember 1923 an den Wirschaftsbesitzer Leopold Wallner gegen einen Jahrespachtschilling von 1000 K verpachtet.

(P. Z. 249, M. A. XXII, 779.) Die Versicherung der in den vorgelegten Verzeichnissen genannten städtischen Kassenstellen mit den angeführten Beständen gegen Einbruchsdiebstahl bei den im Magistratsberichte genannten fünf Versicherungs-Unternehmungen unter den vom Magistrate vereinbarten Bedingungen wird genehmigt. Zur Deckung der Auslage für den in der laufenden Finanzperiode fällig werdenden Prämienbetrag per 7238 K 82 h wird zur Ausgabs-Rubrik IV 21 i ein Zuschußkredit in der Höhe dieses Erfordernisses bewilligt.

(P. Z. 43, M. D., 8560/18.) Nachstehende Kanzleigehilfen werden unter gleichzeitiger Einrechnung des Kriegsmehrdienstes als Kanzlisten 1. Klasse in den Kanzleistatus eingereiht:

Richard Suchanek mit einem Monatsbezuge von 185 K und jährlichem Mietzinsbeitrag von 840 K;

Friedrich Stoß und Josef Steinschauer mit einem Monatsbezuge von 170 K und jährlichem Mietzinsbeitrag von 720 K;

Karl Habetinek mit einem Monatsbezuge von 155 K und jährlichem Mietzinsbeitrag von 600 K und

Wilhelm Flor mit einem Monatsbezuge von 140 K nnd jährlichem Mietzinsbeitrag von 480 K.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 78, B. D., 5207/18.) Auf Grund des Gemeinderats-Beschlusses vom 13. November 1918, P. Z. 11001, werden im Hauptstatus des Stadtbauamtes unter erhöhter Einrechnung der Kriegsjahre mit dem bezeichneten Range ernannt: Zu Bau-Inspektoren: die Ing. Alexander Kähling (3. Juni 1916), Adolf Hassa (1. Juli 1916), Franz Ruedl, Eduard Schulz, Karl Walter und Albert Hackenberg (3. September 1916), Julius Hamann, Franz Czapek und Franz Schönbrunner (16. Dezember 1916), Richard Künstner (8. April 1917), Viktor Fuchs, Karl Fischer, Ludwig Klug und Karl Kämpf (3. Juli 1917), Franz Kaser (4. Juli 1917), August Huger, Heinrich Schlögl, Josef Bittner, Franz Drahovzal, Ludwig Machek, Josef Hein und Karl Schalberger (8. Oktober 1917), Alfred Zeugswetter (28. Oktober 1917), Matthias Reisser, Ernst Hein, Theodor Calafati und Friedrich Frank (29. April 1918), Anton Weny und Leopold Etzmannsdorfer (15. August 1918) und Ernst Brand (6. Oktober 1918); zu Bau-Ober-Kommissären: die Ing. Emil Barnert und Ludwig Mayer (3. Juni 1916), Leopold Mazal (23. Juni 1916), Hugo Mayer (27. Juli 1916), Vinzenz Pospisil (5. September 1916), Heinrich Weininger, Adolf Stöckl, Otto Hula und Rudolf Münster (18. November 1916), Adalbert Furch (18. Februar 1916), Johann Gabriel (11. März 1916), Alfred Fetzmann (20. Juni 1917), Rudolf Wurst, Otto Langl, Disiderius Fanta, Theodor Schindler und Josef Jansen (21. Juni 1917) Richard Loibl (2. August 1917), Johann Barousch (12. Jänner 1918) und Ludwig Kocmanek (3. Februar (1918); zu Bau-Kommissären: die Ing. Ernst Koppes und Karl Schweizer (21. Dezember 1916), Rudolf Butter, Eduard Tanzer, Oskar Podirsky, Karl Bellazzi, Martin Waditschatka, Alfred Wroblewsky und Johann Schneider (15. Mai 1917). (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 280, M. D., 8093/18.) Der Bericht der Magistrats-Direktion, betreffend die Einführung des Achtstundentages in den städtischen Betrieben, wird zur Kenntnis genommen.

Anfrage des StR. Winter,

betreffend die Abholzung an der Grenze Wiens außerhalb des Tiergartens für die Zwecke der Gemeinde Liesing und im Tiergarten für die Zwecke der Gemeinde Wien:

Anläßlich eines Besuches im Lainzer Tiergarten brachte ich in Erfahrung und konnte mich durch Augenschein davon überzeugen, daß im Gebiete des Lainzer Grabens außerhalb der Tiergartenmauer zugunsten der Gemeinde Liesing gegenwärtig eine Holzschlägerung im Gange ist, die so, wie sie gedacht ist, nicht nur einen Vandalismus bedeutet, sondern auch eine Gefahr für die Gemeinde Wien. Vor Jahr und Tag wurde vom Finanzärar ein Stück von dem Tiergarten abgetrennt, das gegen die Straße nach Mauer zu abfällt. Dieses Stück wurde dem ehemaligen Ministerium für Landesverteidigung für die Zwecke der Errichtung einer Militärrealschule übergeben. Das Grundstück besteht aus 26 Joch Wald und 9 Joch Wiese. Diese, die Haidlwiese, die gleich außerhalb des Linienamtes Mauer zur Rechten der von Wien nach Mauer führenden Straße liegt, wurde vom Landesverteidigungsministerium vorläufig für die Zwecke einer Erholungsstätte für verwundete Soldaten in Aussicht genommen und es wurde diese Erholungsstätte dort auch errichtet. Sie besteht aus zwei Schlafbaracken, einer Liegehalle, zwei Tagesbaracken und einer Küchenbaracke. Anläßlich des Besuches konnte ich nun sehen, daß die beiden Tagesbaracken abgetragen werden und ich konnte erfahren, daß dies von einem Liesinger Bauunternehmer über Auftrag der Liesinger Gemeinde geschehe. Die Baracken seien vom Staatsamte für Uebergangswirtschaft der Gemeinde Liesing überlassen worden.

Dadurch ist die Verwendung dieser Baracken für die gesundheitlichen Zwecke der Wiener Bevölkerung schon halb in Frage gestellt. Aber immerhin wäre es noch möglich, wenigstens die Reste für solche Zwecke zu verwenden, wenn nicht noch etwas Zweites dazukäme. Die ganzen 26 Joch alten Waldes, zumeist Eichen, sollen niedergelegt werden, um die Gemeinde Liesing mit Holz zu versehen. Auch diese Arbeit ist bereits im Gange. Dieser in sich geschlossene Wald bietet einen beträchtlichen Windschutz für den ganzen 13. Bezirk und es ist auch zu bedenken, ob die Niederschläge nicht eine Gefahr für die Gemeinde Wien mit sich bringen können. Dazu kommt, daß auch die von der Gemeinde Wien im Tiergarten durchgesetzten Schlägerungen zur Gewinnung von 50.000 Raummetern Brennholz in einer Weise durchgeführt werden müssen daß große Gefahr besteht, daß der Lainzer Graben bei einem rasch hereinbrechenden Unwetter verklauft wird. Schon im Jahre 1909 waren diese Teile Wiens nahe daran, durch Hochwässer, die der Lainzer Graben damals führte, überschwemmt zu werden. Er nimmt die ganzen Gewässer des Sammelgebietes um den Katzengraben herum auf, also die Wässer etwa aus einem Raumgebiete von 1000 Hektar Niederschlagsfläche. Wenn dort auf diesem hügeligen Gebiete weite Waldflächen niedergelegt werden, so kann das Wasser keinen Halt finden und es kann eine solche Katastrophe, wie sie im Jahre 1909 drohte, sehr leicht herbeigeführt werden. Bei dieser Gelegenheit ist es wohl auch angebracht, zu fragen, warum aus dem 2000 Hektar großen Tiergarten 50.000 Raummeter Holz gewonnen werden müssen und aus den 43.000 Hektar großen Staatswaldungen des Wiener Waldes nur 80.000 Raummeter. Die kürzere Entfernung kann hier nicht allein ausschlaggebend ein. Wir müssen uns darüber klar werden, daß das Holz aus dem Tiergarten unter Umständen sehr teuer bezahlt werden kann, wenn wir hinterher etwa eine Ueberschwemmung über Hietzing ergehen lassen müssen.

Ich frage Sie darum, Herr Bürgermeister:

Sind Sie gewillt, unverzüglich alle Schritte zu unternehmen, die eine Niederlegung der 26 Joch Wald neben der Haidewiese hintanhalten?

Sind Sie gewillt, dafür zu sorgen, daß die aus dem Tiergarten zu gewinnende Holzmenge im gleichen Verhältnis veranschlagt werde wie die Holzmenge, die aus dem Wiener Wald gewonnen werden soll? Wenn Wien aus dem Tiergarten und Staatsforsten 130.000 Raummeter Holz gewinnen soll, so kämen auf jedes der 45.000 Hektar etwa drei Raummeter, auf den ganzen Tiergarten also mit seinen 2000 Hektaren 6000 Raummeter, nicht aber 50.000 und auf die Staatsforste im Wiener Wald der Rest.

Sind Sie geneigt, das Zweckdienliche zu veranlassen, daß die Niederlegung der Baracken auf einem an Wien anstoßenden Gebiet nicht fortgesetzt werde? Die heute noch stehenden Baracken sind für die Unterkunft von 50 erholungsbedürftigen Kindern ausreichend, ohne daß sonderliche Adaptierungen nötig wären. Bei dem Mangel an Erholungsstätten für die Wiener Kinder geht es nicht an, daß eine derart unzweckmäßige Verwüstung von öffentlichem Gut geduldet werden kann.

Bgm. Dr. Weiskirchner erklärt, über diese Angelegenheit Erhebungen einleiten und sie in die Verhandlungen mit dem Staatsnotar Dr. Sylvester einbeziehen zu wollen.

Berichterstatter StR. Knoll:

(P. Z. 122, M. B. A. XXI, 27680/18.) Für die Inanspruchnahme städtischen Straßengrundes per 0·325 m² durch die beim Hause 21., Frömmlgasse 34 vorhandenen zwei Risalite wird als einmaliges Einlösungsentgelt der Betrag von 8 K festgesetzt. Der bisher hiefür vorgeschriebene Platzzins von 50 h jährlich ist mit 1. Jänner 1919 zu löschen.

(P. Z. 121, M. B. A. XXI, 28838/18.) Für die Inanspruchnahme städtischen Straßengrundes per 0·36 m² durch das beim Hause 21., Floridusgasse 67 vorhandene Risalit wird als einmaliges Einlösungsentgelt der Betrag von 7 K 20 h festgesetzt. Der bisher hiefür vorgeschriebene Platzzins von 50 h jährlich ist mit 1. Jänner 1919 zu löschen.

(P. Z. 123, M. B. A. XXI, 28838/18.) Für die Inanspruchnahme städtischen Straßengrundes per 0·30 m² durch das beim Hause, 21., Floridusgasse 65 vorhandene Risalit wird als einmaliges Einlösungsentgelt der Betrag von 7 K 20 h festgesetzt. Der bisher hiefür vorgeschriebene Platzzins von 50 h jährlich ist mit 1. Jänner 1919 zu löschen.

(P. Z. 120, M. B. A. XXI, 29978/18.) Die vom magistratischen Bezirksamte für den 21. Bezirk an die Firma Asbest- und Gummiwerke Calmon, Ges. m. b. H. zu erteilende Baubewilligung für die Errichtung einer Abwasser-Kläranlage und teilweise Umlegung des Kanales in ihrer Fabrik, 21. Bezirk, Stadlauerstraße 41 wird unter den in der Verhandlungsschrift vom 29. November 1918 angeführten Bedingungen bestätigt.

(P. Z. 252, M. B. A. XXI, 28957/18.) Dem Ansuchen der Bezirkskrankenkassa Floridsdorf um Belassung des bisherigen Platzzinses per 5 K für den im Trottoir vor dem Hause 21., Holzmeistergasse 9, befindlichen Kohlenabwurfschacht für die Zeit vom 1. Jänner bis 1. Mai 1919 wird Folge gegeben.

Berichterstatter StR. Müller:

(P. Z. 55, M. A. XI, 86228/18.) Dem Hausschneider im zweiten städtischen Waisenhause wird vom 25. November 1918 angefangen ein Tageslohn von 3 K 75 h bewilligt.

(P. Z. 80, B. D., 4073/18.) Dem Hilfsarbeiter im städtischen Theresienbad Franz Blach wird über sein Ansuchen unter Anrechnung einer Dienstzeit von 29 Jahren mit den Ruhegenüssen von zusammen 3028 K 20 h in den bleibenden Ruhestand versetzt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 81, B. D., 3806.) Der Stadtgarten-Assistent 1. Klasse Wilhelm Skabransky wird über sein Ansuchen in den bleibenden Ruhestand versetzt. Seine Ruhebezüge werden mit zusammen 3100 K jährlich bemessen. Mit Rücksicht auf seine langjährige gute Dienstleistung wird ihm der Titel „Stadtgärtner" zuerkannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend; an den Gemeinderat.)

Berichterstatter StR. Melcher:

(P. Z. 119, M. B. A. IX, 1147, 3/III/18.) Dem Ansuchen der Franziska Rusek um die gnadenweise Uebernahme der für die Verpflegung ihres Dienstmädchens Hermine Schüller im Allgemeinen Krankenhause in Wien durch 28 Tage (vom 11. Februar 1916 an gerechnet) aufgelaufenen Kosten im Betrage von 89 K 60 h durch die Wiener städtische Dienstbotenkrankenkassa wird Folge gegeben.

Berichterstatter StR. Hohensinner:

(P. Z. 139, 167 bis 169, 171 bis 180, 191, 192, 207 bis 215, 217, 218, 222 und 223, B. Sch. R. Z. 12261, 8769, 8704, 8564, 12124, 8853, 9141, 9817, 13967, 11472, 6489, 8528, 13360, 10202, 10152, 6827, 11946, 11863, 11513, 11464, 11427, 8869, 14043, 14039, 13619, 12879, 12867, 11724, und 12520 aus 1918.)

Folgende provisorische Lehrkräfte werden zu Volksschullehrerinnen, beziehungsweise -lehrern 2. Klasse mit der Rechtswirksamkeit von dem bezeichneten Tage an ernannt:

Irene Englisch und Elisabeth Schikisch Edle v. Velebit (1. Oktober 1918), Marie Madlé (1. August 1918), Marie Sturmmair (1. Oktober 1918), Adelheid Eberhard (1. Dezember 1918), Friederike Braucz (1. Jänner 1918), Adolf Brusenbauch (1. Juni 1914), Rudolf Ott (24. Juni 1917), Rudolf Filipp (22. April 1917), Walter Reischl (30. Mai 1916), Franz Schug rekte Schuh (14. Februar 1917), Norbert Sprongl (14. Juli 1917), Johann Berger (1. März 1918), Konrad Pata (1. Oktober 1917), Franz Glosauer (1. September 1918), Alexander Hampel (1. August 1918), Karl Schlögl (1. Oktober 1918), Franz Gibelhauser (1. Oktober 1917), Ernst Langer (1. November 1918), Adolf Heinl (1. Jänner 1918), Adolf Windischberger (1. Dezember 1918), Georg Schmidt (1. März 1918), Franz Hawlena (1. Oktober 1917), Rudolf Becsi (1. Februar 1918), Friedrich Schwetz (1. März 1918), Franz Klos (1. Juni 1918), Leo Häusler (1. Juli 1918), Egon Budil (1. Dezember 1917) und Otto Wolff (1. September 1918). (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Berichterstatter StR. Heindl:

(P. Z. 63, M. A. XI, 69570/18.) Die Wahl des Johann Haschka, Ferdinand Kapoun, Richard Krach, Leopold Swoboda und Vinzenz Wollek zu Armenräten des 10. Bezirkes mit der Funktionsdauer bis 31. Dezember 1919 wird bestätigt.

(P. Z. 58, M. A. XI, 83023/18.) Die Wahl des Hans Trepulka zum Obmann, Johann Berger zum ersten Obmann-Stellvertreter, Franz Zimmermann zum zweiten Obmann-Stellvertreter und Josef Schwingenschlögl zum Schriftführer des Armen-Institutes Simmering wird bestätigt.

(P. Z. 72, Bau-Dir., 5259/18.) Die anläßlich der Vereinigung der Magistrats-Bau-Abteilungen XIII a und XIII b im Amtshause 1., Doblhoffgasse 6, nach dem bauämtlichen Entwurfe vorzunehmenden baulichen Umgestaltungen und Instandsetzungsarbeiten werden mit dem veranschlagten bedeckten Kostenbetrage von 24.000 K mit der Einschränkung genehmigt, daß die Bepolsterung der Türen auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben und die Beistellung der Teppiche derzeit nur im unbedingt notwendigen Ausmaße zu erfolgen hat. Die erforderlichen Arbeiten und Lieferungen sind teils durch die ständigen städtischen Ersteher für die laufenden Arbeiten und Lieferungen, teils im Wege freier Vereinbarung, beziehungsweise im Handeinkaufe zu besorgen.

(P. Z. 62, M. A. XI, 71613/18.) Die Wahl des Adolf Hanke und Josef Irndorfer zu Armenräten des 1. Bezirkes mit der Funktionsdauer bis 31. Dezember 1919 wird bestätigt.

Berichterstatter StR. Winter:

(P. Z. 118, M. B. A. IX, 294/2/3/18.) Dem Ansuchen der Hermine Singer um gnadenweise Uebernahme der für die Verpflegung der Dienstmagd Juliana Brayer im Elisabeth-Spitale für die Zeit vom 7. April 1917 durch 28 Tage aufgelaufenen Kosten im Betrage von 150 K 36 h auf Rechnung der Wiener Dienstboten-Krankenkasse wird Folge gegeben.

Berichterstatter StR. Pick:

(P. Z. 250, M. B. A. X, 39683/18.) Die für die Verpflegung der Margarete Pichler, Dienstmädchen bei Rosa Diamant im Wiedner Krankenhause in der Zeit vom 19. Februar bis 16. April 1918 aufgelaufenen Verpflegskosten im Betrage von 75 K 18 h werden ausnahmsweise auf Rechnung der Wiener Dienstboten-Krankenkasse übernommen.

Berichterstatter StR. Weber:

(P. Z. 56, M. A. XI, 90660/18.) Dem Aushilfsdiener des Asyl- und Werkhauses Josef Rohr wird behufs Bestellung als provisorischer Aufseher die Altersnachsicht erteilt.

(P. Z. 251, M. B. A. XXI, 28896/18.) Die vom magistratischen Bezirksamte für den 21. Bezirk dem Friedrich Dietz von Weidenberg zu erteilende Baubewilligung für den auf zukünftigen öffentlichen Platzgrund fallenden hölzernen Materialschuppen auf der Kat.-Parz. 1417, Einl.-Z. 245 Grundbuch Donaufeld, wird unter der Bedingung bestätigt, daß dieser Schuppen über jeweilige Aufforderung des magistratischen Bezirksamtes für den 21. Bezirk ohne Anspruch auf irgend eine Entschädigung wieder beseitigt werde. Diese Verpflichtung ist durch Einverleibung eines Demolierungsreverses auf der Liegenschaft Einl.-Z. 245 sicherzustellen. Von der Entrichtung einer Kanaleinmündungsgebühr anläßlich der Herstellung eines gemauerten Abortes samt Rohrleitung mit der Einmündung in den Straßenkanal der Leopoldauerstraße auf der angeführten Liegenschaft wird abgesehen. Dagegen ist für die Benützung des Straßenkanales durch diese Rohrleitung eine jährliche Gebühr von 84 K 45 h vom Tage der Einmündung der Rohr-

leitung in den Straßenkanal bei der städtischen Hauptkassa-Abteilung für den 21. Bezirk im vorhinein zu entrichten.

Berichterstatter StR. Angermayer:

(P. Z. 83 bis 93, V. A. IX, 1914, 2354, 2353, 1959, 2173, 2147, 2116, 2107, 1984, 1979, 1980 aus 1918.) Folgende städtische Straßenarbeiter werden auf Grund des § 2 der allgemeinen Pensionsvorschrift für die provisorischen Bediensteten über Ansuchen in den bleibenden Ruhestand mit den bezeichneten jährlichen Ruhegenüssen versetzt:

Anton Franke (889 K 14 h), Franz Gullner (858 K 48 h) Karl Raschka (797 K 16 h), Franz Krause (1073 K 10 h), Josef Wallner (827 K 82 h), Friedrich Stumvoll (700 K 80 h), Karl Bichler (1035 K 87 h), Konrad Pfeiffle (642 K 40 K), Paul Edlich (700 K 80 h), Leopold Fuchsbauer (981 K 12 h) und Johann Beran (595 K 68 h).

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 246, M. A. II, 8277/18.) Der Straßenarbeiterswitwe Barbara Bayer wird die normalmäßige Witwenpension im Jahresbetrage von 511 K und ein Erziehungsbeitrag von 102 K 20 h vom 12. Oktober 1918 an angewiesen.

(P. Z. 247, M. A. II, 8527.) Der Kanzlistenswitwe Anna Gelinek wird die normalmäßige Witwenprovision im Jahresbetrage von 1100 K vom 1. November 1918 an angewiesen.

Berichterstatter StR. Richter:

(P. Z. 12853, M. A. XI b 19785/18.) Den mit der Krankenpflege betrauten geistlichen Pflegeschwestern des Jubiläums-Spitales und der städtischen Versorgungshäuser wird zu ihren Barlöhnen von monatlich 30 K beziehungsweise 25 K eine Teuerungszulage von 50 Prozent für das Verwaltungsjahr 1918/19 mit Wirksamkeit vom 1. Juli 1918 an und ein einmaliger Anschaffungsbeitrag von 180 K für jede Schwester bewilligt.

Ferner wird die Beistellung je eines Paares Dienstschuhe für jede Schwester aus den Vorräten des Wiener Versorgungsheimes und die Vornahme allfälliger Reparaturen der Dienstschuhe der Schwestern in der Werkstätte der genannten Anstalt auf Gemeindekosten für die Dauer der bestehenden außergewöhnlichen Verhältnisse genehmigt.

Zur Deckung der hiedurch erwachsenden Mehrauslagen von zusammen 147.060 K werden Zuschußkredite (die ersten) in der Höhe des Erfordernisses, und zwar zu Rubrik I 7 des Sondervoranschlages für das Jubiläums-Spital von 82.320 K, zu Rubrik XI 14 des Voranschlages für den Bürgerspitalsfond von 8580 K und zu Rubrik XXXVII 14 v des Hauptvoranschlages für die eigenen Gelder von 56.160 K bewilligt.

(An den Gemeinderat.)

Berichterstatter VB. Rain:

(P. Z. 97, St. Stellw. Unt. 826/18.) Der Kutscher der städtischen Stellwagen-Unternehmung Josef Thimler wird mit 22. November 1918, unter Zuerkennung eines jährlichen Ruhebezuges von 777 K 12 h auf die Dauer von sechs Monaten in den zeitlichen Ruhestand versetzt.

(P. Z. 281, St. Stellw. Unt., 825/3.) Auf die Dauer der Wirksamkeit des Gesetzes vom 19. Dezember 1918 wird die Abänderung, beziehungsweise Ergänzung der Arbeitsordnung der Werkstätte der städtischen Stellwagen-Unternehmung nach dem Berichte der Direktion genehmigt.

(P. Z. 94, St. Stellw. Unt., 683/3.) Der Pensionsbezug des mit dem Stadtrats-Beschlusse vom 30. Oktober 1918, P. Z. 10653, in den Ruhestand versetzten Schmiedegehilfen der städtischen Stellwagen-Unternehmung Franz Tretter wird auf 1851 K 79 h richtiggestellt.

(P. Z. 96, St. Stellw. Unt., 827/18.) Der Schaffner der städtischen Stellwagen-Unternehmung Josef Steinbauer wird mit 27. November 1918 unter Zuerkennung eines jährlichen Ruhebezuges von 789 K 38 h auf die Dauer von sechs Monaten in den zeitlichen Ruhestand versetzt.

(P. Z. 99, St. Stellw. Unt., 830/18.) Der Schneidergehilfe der städtischen Stellwagen-Unternehmung Franz Stehlik wird mit 1. Dezember 1918 unter Zuerkennung einer jährlichen Pension von 1550 K 52 h in den dauernden Ruhestand versetzt.

(P. Z. 100, St. Stellw. Unt., 831/18.) Der Kutscher der städtischen Stellwagen-Unternehmung Josef Schmidt wird mit 1. Dezember 1918 unter Zuerkennung einer jährlichen Pension von 1037 K 12 h in den dauernden Ruhestand versetzt.

(P. Z. 95, St. Stellw.-Unt., 858.) Der Schaffnerswitwe Therese Ruseisen wird eine Pension in der Höhe von jährlich 300 K und ihr außerdem für ihre unversorgten Kinder Alfred, Sidonie und Max ein jährlicher Erziehungsbeitrag von je 100 K gleich 300 K), sämtliche Versorgungsgenüsse mit dem Gesamtjahresbetrage von 600 K ab 1. Dezember 1918 nach Maßgabe der bestehenden Bestimmungen zuerkannt.

(P. Z. 102, St. L. B., 1062/18.) Die Leichenkosten nach dem verstorbenen Inkassanten der städtischen Leichenbestattung Johann Resch im Betrage von 197 K 64 h werden zur Abschreibung gebracht.

(P. Z. 98, St. Stellw.-Unt., 829.) Der Kutscher Franz Dietrich der städtischen Stellwagen-Unternehmung wird mit 16. November 1918 unter Zuerkennung eines jährlichen Ruhebezuges von 972 K 69 h auf die Dauer eines Jahres in den zeitlichen Ruhestand versetzt.

Die Mitteilung, daß vom Staatsrate den Theatern, Kinos und Konzert-Unternehmungen für fünf Tage der Woche Spielerlaubnis erteilt wurde und daß die Kaffeehäuser bis 9 Uhr abends geöffnet sein dürfen, wird zur Kenntnis genommen.

Berichterstatter StR. Hellmann:

(P. Z. 233 bis 241, M. A. XV, 14595, 15087, 14194, 14302, 14355, 13622, 14023, 14127, 14024/18.) Die Ansuchen folgender Lehrpersonen um Bewilligung der Rückzahlung von Uebergenüssen in den nachstehend angeführten Beträgen in monatlichen Teilbeträgen werden bewilligt:

Alois Steinkellner (184 K 94 h), Franz Geyer (880 K), Heinrich Sobetz (1821 K 72 h), Gottfried Angerer (692 K 24 h), Hermann Hein (386 K 72 h), Friedrich Palfinger (635 K 13 h), Otto Neumann (1486 K 66 h), Karl Glammer (698 K 70 h) und Marie Schmidt (133 K 33 h).

(170, 198 bis 206, 216, 219 bis 221, V. Sch. R., 12598, 11209, 7931, 11735, 12504, 12420, 11642, 9966, 12048, 12008, 13556, 14215, 13431 und 12863/18.) Folgende provisorische Lehrkräfte werden auf Grund des § 37 des Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, zu Volksschullehrern, be-

ziehungsweise -lehrerinnen 2. Klasse mit der Rechtswirksamkeit von den bezeichneten Terminen an ernannt:

Ernestine Popp (1. Dezember 1918), Johann Texl (1. Juli 1918), Friedrich Peha 1. November 1918), Karl Richter (1. Oktober 1917), Karl Bitzan (1. Oktober 1918), Ferdinand Schwiertlich (1. Mai 1918), Franz Weiß (1. Oktober 1918), Josef Will 1. August 1918), Ernst Kotrasch (1. April 1918), Josef Grögler (1. Oktober 1917), Karl Prayer (1. April 1918), Karl Schaub (1. Jänner 1918), Karl Laab (1. Juli 1918) und Heinrich Friedrich 1. Dezember 1918). (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Berichterstatter StR. Schneider:

(P. Z. 12559, M. A. III, 2978/17.) Die Gemeinde Wien bestellt zugunsten des Alfred und der Renata Wiener an der städtischen Liegenschaft Einl.-Z. 403 Grinzing, bestehend aus der Kat.-Parz. 841/1 und 841/2 im Ausmaße von insgesamt 909 m², auf die Dauer von 70 Jahren gegen Zahlung eines jährlichen Bauzinses von 750 K für die ersten 20 Jahre, 875 K für die folgenden 20 Jahre und 1000 K für die restlichen 30 Jahre und unter den im Magistratsberichte vom 15. April 1918, M. A. III, Z. 2978/17, angeführten Bedingungen ein Baurecht im Sinne des Gesetzes vom 26. April 1912, R.-G.-Bl. Nr. 86.

(An den Gemeinderat.)

Berichterstatter StR. Schneider berichtet über P. Z. 282, St. Str. B., 3840/18, und beantragt:

Vom 9. Jänner an wird — auf die gleiche Dauer wie sie für die Wirksamkeit des Gesetzes vom 19. Dezember 1918 über die Einführung des Achtstundenarbeitstages in fabriksmäßig betriebenen Gewerbe-Unternehmungen festgesetzt ist — im Betriebe der Hauptwerkstätte, des Werkplatzes der Bauleitung und des Dienstkleiderhauptlagers der städtischen Straßenbahnen die 48stündige Arbeitswoche eingeführt.

Die Arbeitszeit beträgt in diesen Betrieben an Werktagen (Montag bis einschließlich Freitag) täglich 8½ Stunden, an gewöhnlichen Samstagen aber 5½ Stunden mit dem Arbeitsschluß um 12½ Uhr, einschließlich der Zeit für die Auszahlung, sowohl für die männlichen als auch für die weiblichen Arbeiter.

Den Arbeitern und Arbeiterinnen wird zur Wahrung ihres bisherigen Wochenverdienstes für jede Woche ein weiterer Zuschlag von drei Arbeitsstunden gerechnet; die vorschußweise Auszahlung der auf die 48stündige Werkzeit zu rechnenden Ersparnisprämie wird um 2½ Prozent erhöht.

Die übrigen Bestimmungen über freie bezahlte (Norma-) Tage und die sonstigen Vorschriften bezüglich Krankheit, Urlaube u. s. w. bleiben aufrecht oder werden sinngemäß angewendet.

Die Direktion der städtischen Straßenbahnen wird beauftragt, wegen allfälliger Durchführung des Achtstundentages in den übrigen Zweigen des Betriebes der Straßenbahn Verhandlungen mit den Bediensteten zu pflegen und sodann unter Bekanntgabe der Kosten an den Stadtrat zu berichten.

Zusatz-Antrag des StR. Dr Kienböck: Die Direktion der städtischen Straßenbahnen wird eingeladen, sich über die Frage der Neuberechnung der Stundenlohnsätze im Zusammenhange damit zu äußern, daß trotz der Verkürzung der Arbeitszeit das Lohneinkommen des Arbeiters unverkürzt bleiben soll.

Zusatz-Antrag des StR. Weigl: Entgegen dem Antrage der Straßenbahn-Direktion, den durch die Verkürzung der Arbeitszeit den Arbeitern entfallenden Lohn durch drei Stundenlöhne zu ersetzen, wird beantragt, den Ausfall auf die Stundenlöhne aufzurechnen.

(Referenten-Antrag angenommen, Zusatz-Anträge Dr. Kienböck und Weigl gehen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung.)

Berichterstatter StR. David:

(P. Z. 117, M. B. A. XVII, 5/7/18.) Die Ansuchen des Karl Fiedler und Johann Schmid um Nachsicht der Hundesteuer für das Jahr 1918, beziehungsweise 1917 werden abgewiesen. Dem Michael Kräftner und dem Karl Weixelbaum werden diese Steuern pro 1918 und der Marie Stix pro 1917 nachgesehen.

Schluß der Sitzung.

Bezirksvertretungen

6. Gemeindebezirk, Mariahilf.

Oeffentliche Sitzung vom 28. November 1918.

Vorsitzender: BV. Wolfgang Dirnbacher.

Schriftführer: Kanzleileiter Direktions-Adjunkt Kienast.

Nach Feststellung der Beschlußfähigkeit begrüßt der Vorsteher die von der Kriegsdienstleistung zurückgekehrten Herren BVSt. Glas und die BR. Pollak und Preis.

Einlauf

Dankschreiben des ehemaligen Statthalters an den Bürgermeister über die ihm während seiner Amtsführung von den Funktionären der Gemeinde jederzeit gewährte Unterstützung. (Zur Kenntnis.)

Wohnungsamt der Stadt Wien, betreffend die Anforderung von Wohnungen sowie die Kontrolle der Anzeigepflicht. (Zur Kenntnis.)

Kundmachung der Magistrats-Abteilung IV, betreffend das Fahrverbot für Lastkraftwagen im Bereiche des Rathauses. (Zur Kenntnis.)

Verständigung der Magistrats-Abteilung XVIII, daß die Versicherungsgebühr an die Wiener Dienstbotenkrankenkassa für das Jahr 1919 mit 5 K festgesetzt wurde. (Zur Kenntnis.)

Auftrag der Magistrats-Abteilung XXII, betreffend die Anwendung der äußersten Sparsamkeit beim Verbrauche von Brenn- und Beleuchtungsstoffen in den städtischen Aemtern. (Zur Kenntnis.)

Anträge.

BR. Jettel beantragt mit Rücksicht darauf, daß in absehbarer Zeit die Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten im großen Maße erfolgen wird, bei dem Gemeinderate vorstellig zu werden, daß der Bauplatz neben der Laimgrubenkirche, welcher das Schönheitsbild sehr beeinträchtigt, ehestens der Verbauung zugeführt werde. Auf diesem Platze wäre ein Schulgebäude zu errichten, da eine Verlegung der an der Grenze des Bezirkes gelegenen Volksschule in der Rahlgasse, Ecke Gumpendorferstraße, die ohnehin räumlich viel zu groß ist, nach dem erwähnten zentral gelegenen Platze, auch von den interessierten Bevölkerungskreisen sehr begrüßt werden dürfte. Ueberdies liegen für die Realität in der Gumpendorferstraße günstige Kaufanbote vor, so daß der Neubau dieser Schule der Gemeinde keine nennenswerten Kosten verursachen würde. (Angenommen.)

Schluß der öffentlichen Sitzung.

---

7. Gemeindebezirk, Neubau.

Oeffentliche Sitzung vom 3. Dezember 1918.

Vorsitzender: BV. Ohrfandl.

Schriftführer: Kanzleileiter Prem.

Der Vorsitzende begrüßt die Erschienenen und erklärt die Sitzung nach festgestellter Beschlußfähigkeit für eröffnet.

Sodann gelangt der

Einlauf

zur Verlesung. Es ist nachstehendes Geschäftsstück eingelangt:

Bezirksvertretung IV: Zustimmung zum hieramtlichen Antrage, betreffend Erledigung von Verpflegskostenakten.

Mitteilungen.

Der Vorsitzende bringt ein Dankschreiben der Hinterbliebenen des verstorbenen Genossenschaftsvorstehers Gehrig für die Beileidskundgebung zur Verlesung.

Derselbe teilt ferner mit, daß die Bedarfsprüfungsstelle des Volksbekleidungsamtes im 7. Bezirke Mitte Februar 1919 nach dem 6. Bezirk, Webgasse 18, verlegt werden wird. (Zur Kenntnis.)

Anträge und Anfragen.

BR. Rammer macht aufmerksam, daß die feuergefährlichen Uebelstände im Schulgebäude 7., Burggasse 14/16, dermalen noch weiter bestehen und sogar noch neue Lagerungen dazugekommen sind. Die gleichen Uebelstände herrschen im Schulgebäude 7., Stiftgasse 35.

BV. Ohrfandl wird diesbezüglich eine Verständigung an die Magistrats-Abteilung XV ergehen lassen.

BV. Ohrfandl dankt sodann sämtlichen Bezirksräten für ihre aufopferungsvolle selbstlose Tätigkeit im abgelaufenen Jahre und bittet die Herren, ihn auch im neuen Jahre in der stets bewiesenen Tatkraft unterstützen zu wollen. Gerade die jetzige Zeit verlange eine besondere Anspannung aller Kräfte und ein einheitliches Zusammenwirken, weil nur hiedurch ein Wachsen und Erstarken unseres neuen Staates ermöglicht werde.

BVSt. Ebeling dankt dem Bezirksvorsteher für die herzlichen Worte. Er versichert ihn der treuen Mitarbeiterschaft sämtlicher Bezirksräte im Interesse des Bezirkes und des jungen Staates und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß der Vorsteher auch im kommenden Jahre die Kraft zur Ausübung seines schweren Amtes finden möge.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

---

9. Gemeindebezirk, Alsergrund.

Oeffentliche Sitzung vom 20. Dezember 1918.

Vorsitzender: BV. Stary.

Schriftführer: Kanzleileiter Direktions-Adjunkt Altwirth.

Der Vorsitzende begrüßt die Versammlung, insbesondere die von der militärischen Dienstleistung zurückgekehrten Bezirksräte, stellt die Beschlußfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung.

Die Aufnahmeschrift der letzten öffentlichen Sitzung vom 16. Oktober 1918 wird für genehmigt erklärt.

Einlauf.

Zuschrift des Wohnungsamtes der Stadt Wien, betreffend den Antrag des BR. Kripal wegen der leerstehenden Wohnungen im Hause 9., Pelikangasse 16/18. (Zur Kenntnis.)

Anfragen und Anträge.

BR. Lotties stellt namens der deutschfreiheitlichen Bezirksräte nachstehende Anfrage: Nach einer amtlichen Mitteilung des Bürgermeisters soll die Bezirksvertretung des 9. Bezirkes nach der vorgeschriebenen Einberufung einer verhältnismäßigen Anzahl von Vertretern des Arbeiterstandes, 16 Angehörige der Christlichsozialen und nur 2 Angehörige der freiheitlichen Partei umfassen. Die Berechnungsgrundlage, derzufolge im 9. Bezirke die Anzahl der Arbeitervertreter 12 betragen soll, ist offenbar unrichtig. Daß die restlichen auf die zwei bürgerlichen Parteien entfallenden Bezirksratsstellen zwischen diesen nur nach dem Verhältnisse der auf jede von ihnen bei der letzten im Bezirke nach allgemeinem und gleichem Wahlrechte vorgenommenen Reichsratswahl aufgeteilt werden dürfen, bedarf keiner weiteren Erörterung. Hienach würden uns von 21 solchen Stellen 10, von 20 9, von 18 8 gebühren. Wir fragen den Herrn Bezirksvorsteher: 1. Ist es ihm bekannt, wieso der erwähnte Vorschlag für die Verteilung der Bezirksratsstellen zustande gekommen

ist? 2. Was gedenkt er zu tun, um zu verhindern, daß ein solcher Rechtsraub verübt wird? 3. Ist er bereit, den Bürgermeister auf die äußerst bedenklichen Folgen aufmerksam zu machen, die ein derartiges Beispiel nackter Willkür und schreienden Unrechtes gerade unter den gegenwärtigen Verhältnissen zeitigen müßte?

Der Vorsitzende BV. Stary beantwortet sofort die einzelnen Fragepunkte, und zwar Punkt 1: Nein. Punkt 2: Nachdem er vor einer vollendeten Tatsache steht, ist er nicht in der Lage, etwas dagegen zu unternehmen. Punkt 3: Dies ist Sache des Herrn Bürgermeisters.

BR. Lotties erbittet sich neuerdings das Wort zu einer Anfrage und ersucht den Bezirksvorsteher, allsogleich bei dem Landespräsidenten für Niederösterreich v. Steiner dahin einzutreten, daß die Mandate im Bezirksrate des 9. Bezirkes nach Fug und Recht verteilt werden.

BV. Stary sagt dies zu, spricht den liberalen Vertretern im Bezirksamte den Dank für ihre bisherige Mitarbeit aus und hofft, daß trotz dieser Angelegenheit sich sämtliche bürgerlichen Parteien bei den bevorstehenden Wahlen zu einem gemeinsamen Wirken auf einer Plattform finden und vereinigen werden.

BR. Schidl stellt nachstehenden Antrag: Durch die infolge der Auflösung Oesterreichs und einer Reihe von Staaten notwendig gewordene Neuordnung unserer staatlichen Verwaltung soll, wie bereits angekündigt, namentlich in den alten Zentralstellen, eine starke Verminderung des Standes der Staatsangestellten erfolgen. Es werden gerechterweise in erster Linie alle Nichtdeutschen den ihrer Nationalität entsprechenden Staaten zur Verfügung gestellt werden. Im Zusammenhange mit dieser Standesverminderung sollen auch starke Versetzungen von Wien in Dienstorte außerhalb Wiens, ja selbst in die ehemaligen Kronländer erfolgen. Unter den in Wien bodenständigen Staatsangestellten besteht vielfach die Befürchtung, daß bei diesen Versetzungen alle möglichen Einflüsse sich geltend machen werden, das Moment der Bodenständigkeit jedoch in letzter Linie berücksichtigt wird. Dadurch würden die Wiener Staatsangestellten, die durch die Bande der Erziehung, Familie und vielfach auch durch wirtschaftliche Interessen stark mit ihrer Vaterstadt verbunden sind, aufs schwerste geschädigt. Es wird daher der Antrag gestellt: Der Bürgermeister der Stadt Wien wird ersucht, seinen Einfluß beim Staatsrate dahin geltend zu machen, daß im Zuge der zu gewärtigenden Veränderung im Stande der Staats- und Fondsangestellten und damit im Zusammenhange bei den erfolgenden Versetzungen in Dienstorte außerhalb Wiens das Moment der Bodenständigkeit entsprechende Rücksicht findet. (Wird einstimmig angenommen.)

BR. Schidl beantragt weiters: Anläßlich der Heimkehr unserer Truppen von der italienischen Front blieben im Küstenlande, Krain und Kärnten — gewiß auch noch in anderen Ländern — die aus dem besetzten Gebiete mitgeführten Bestände an Schlacht- und Stechvieh zurück. Schon in Tarvis z. B. wurde von zurückgehenden Truppen eine Kuh um 20 K verkauft. Da von den Eisenbahnen — ich habe die Verhältnisse in Villach persönlich kennen gelernt — Train, Pferde und Vieh zur Einwaggonierung in der ersten Dekade des November 1918 nicht angenommen wurden, mußte es gegen Quittung, oft auch ohne Quittung entweder der Gemeinde- oder Bahnverwaltung übergeben werden. So sind gewisse Gebiete nunmehr im Besitze eines großen Viehstandes. Bekanntlich wurde es der Gemeinde Villach möglich, für Rindfleisch einen Höchstpreis von 2 K festzustellen, und das in einem Zeitpunkte, wo Wien vor der Gefahr steht, daß die Bevölkerung auch nicht die bescheidene Quote von 15 dg per Kopf und Woche erhält. Bezüglich eines in Anbetracht dieser Verhältnisse notwendigen Ausgleiches werden entsprechende Verhandlungen mit dem jugo-slawischen Staate geboten sein. Eine sofortige Aktion läßt sich jedoch bezüglich des auf deutsch-österreichisches Gebiet eingeführten Viehes durchführen, um eine entsprechende Abgabe von Vieh für die notleidende Wiener Bevölkerung zu erzielen. Um die Vorräte in den in Betracht kommenden Gebieten zu erfassen, wäre sofort eine entsprechende Erhebung des Viehstandes zu veranlassen, wobei die Besitzer die Herkunft ihrer Pferde, Rinder, Schweine und Schafe ꝛc. genau nachzuweisen hätten. Es wird daher der Antrag gestellt: Der Bezirksvorsteher wird ersucht, an den Herrn Bürgermeister mit der Bitte heranzutreten, daß dieser die Aufmerksamkeit der maßgebenden Stellen auf die anläßlich des Rückzuges der österreichisch-ungarischen Armee verschleppten Bestände von Pferden, Rindern, Schweinen und Schafen richte, um durch einen teilweisen Ausgleich die in Wien katastrophal gewordene Fleischnot wenigstens einigermaßen zu lindern. (Einstimmig angenommen.)

Nachdem nunmehr die Tagesordnung erschöpft erscheint und die Bezirksvertretung in diesem Jahre zum letztenmale eine Sitzung abhält, ergreift der Vorsitzende BV. Stary die Gelegenheit, um allen Herren der Bezirksvertretung, insbesondere seinem Stellvertreter für die Mühewaltung und Arbeit, sowie das freundschaftliche Entgegenkommen, das er jederzeit bei den Herren gefunden hat, zu danken und wünscht allen gute Weihnachtsfeiertage und ein glückliches Neujahr.

Die BR. Lotties, Dr. Stowasser und Löschner erwidern diese Wünsche im Namen ihrer Parteifreunde aufs herzlichste, BVSt. Jungwirth in seinem Namen gleichfalls aufs freundlichste.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

---

11. Gemeindebezirk, Simmering.

Oeffentliche Sitzung vom 11. November 1918.

Vorsitzender: BV. Josef Schmölzer.

Schriftführer: Kanzleileiter Krottendorfer.

Der Vorsitzende konstatiert die Beschlußfähigkeit, begrüßt die Anwesenden und erklärt die Sitzung für eröffnet.

Er ersucht sämtliche Bezirksräte um ihre Unterstützung bei Führung der Geschäfte der Bezirksvertretung.

BR. Kopelent versichert den Vorsteher, daß sämtliche Bezirksräte ihm treu zur Seite stehen, bittet ihn aber auch, seinen ganzen Einfluß geltend zu machen, daß die gefaßten Beschlüsse auch zur Durchführung gelangen.

Ueber Antrag des Bezirksvorstehers wird dem Kanzleileiter Krottendorfer und dem Akzessisten Baumeister für ihre Tätigkeit während der Erkrankung des verstorbenen BV. Hirsch die Anerkennung ausgesprochen.

Die eingelaufenen Beileidsschreiben anläßlich des Ableben des BR. Hirsch und des BWSt. Mayerhofer werden zur Kenntnis genommen.

Einlauf.

Städtische Stellwagen-Unternehmung, Stellwagenverkehr nach dem 11. Bezirke. (Zur Kenntnis.)

Bezirksvorstehung des 14. Bezirkes, Stellungnahme gegen die geplanten Großwarenhäuser. (Wird zugestimmt.)

Magistrats-Abteilung XI b, Ueberlassung des Armenhauses des 11. Bezirkes an den Verein „Kinderschutzstationen". (Zur Kenntnis.)

Direktion der städtischen Straßenbahnen, betreffend den durchgehenden Verkehr von der Geiselbergstraße nach Kaiser-Ebersdorf.

BR. Kopelent beantragt mit Rücksicht darauf, daß die Direktion der Straßenbahnen auf den Antrag der Bezirkvorstehung nicht eingehen kann, die Weiterleitung der Züge von Kaiser-Ebersdorf zur Wollzeile. (Angenommen.)

Rund-Antrag der Bezirkvertretung des 10. Bezirkes betreffs Zucker- und Kaffeebezug durch Angehörige des Lebensmittelverbandes der Kriegsleistungsbetriebe Wiens. (Wird beigestimmt.)

Rund-Antrag der Bezirksvertretung des 6. Bezirkes, betreffend Stellungnahme gegen das Ueberhandnehmen von volksfremden Elementen, die Handel und Gewerbe an sich reißen. (Wird beigestimmt.)

Magistrats-Abteilung IV, betreffend den Lastwagenverkehr durch die Kopalgasse.

Der Vorsteher bemerkt, daß er sich von den aufzustellenden Warnungstafeln wenig verspricht.

BR. Friedrich wünscht, daß, falls das vorgeschriebene Tempo nicht eingehalten wird, die Bezirksvorstehung wegen Abstellung dieses Uebelstandes sich an das Staatsamt für Heerwesen wenden möge. (Angenommen.)

Direktion der n.-ö. Landesbahnen, betreffend Reinigung der Wartehallen im 11. Bezirke. (Zur Kenntnis genommen.)

Bericht.

Der Bezirksvorsteher referiert über die Uebernahme der Straßenreinigung und -Erhaltung in die magistratische Eigenregie. Er gibt eine eingehende Darstellung des ganzen Betriebes und hebt die Vorteile hervor, welche für den Bezirk erwachsen, wenn die Eigenregie des Magistrates platzgreift.

Nachdem hiezu die BR. Maresch, Lindner, Hacker, Marx und Friedrich gesprochen, wird der Antrag auf Abgabe der Straßenreinigung in die magistratische Eigenregie angenommen.

Anträge.

BR. Schossig stellt den Antrag, daß die Schuhverteilung an ungarische Staatsangehörige eingestellt werde.

Ueber Antrag des Vorstehers und des BV. Maresch wird dieser Antrag an das Armen-Departement des Magistrates geleitet.

BR. Hacker wünscht eine bessere Beleuchtung der Kadenergasse aus Sittlichkeitsrücksichten. (Angenommen.)

BR. Hacker regt neuerlich die Errichtung einer Haltestelle in Simmering der Staatsbahn an.

Die BR. Maresch und Marx unterstützen diesen Antrag, der sohin angenommen wird.

BR. Maresch stellt den Antrag, es ist kompetenten Ortes dahin zu wirken; daß die während der Kriegszeit zur Einquartierung benützten Schulen im 11. Bezirke durch Freimachung und Vornahme der notwendigsten Herstellungen ehestens den Unterrichtszwecken wieder zugeführt werden. (Angenommen.)

BR. Lindner urgiert neuerlich die endliche Herstellung der Leberstraße. (Angenommen.)

BR. Größ bespricht die schlechten Straßenverhältnisse in Kaiser-Ebersdorf, insbesondere des Gröretgrabens bis Kimmerlgasse, wünscht eine Erhöhung des Straßenarbeiterpersonales für den genannten Bezirksteil und eine bessere Beleuchtung des Marktes in Ebersdorf und der Seitengassen, welche bis 8 Uhr anzudauern hätte.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

---

12. Gemeindebezirk, Meidling.

Oeffentliche Sitzung vom 13. November 1918.

Vorsitzender: BV. Adlersflügel.

Schriftführer: Kanzleileiter Magistrats-Kommissär Dr. Trönle.

Nach Feststellung der Beschlußfähigkeit erklärt der Vorsitzende die Sitzung für eröffnet.

BV. Adlersflügel teilt mit, das die BR. Ludwig Krause und Robert Grechtshammer ihre Mandate zurückgelegt haben und spricht ihnen den Dank für ihre bisherige Wirksamkeit aus.

Einlauf.

Zuschrift der Magistrats-Abteilung XVI, Z. 22928/18, über die Uebersiedlung des Landesgewerbeförderungsamtes für Wien und Niederösterreich. (Zur Kenntnis.)

Zuschrift der Magistrats-Abteilung III, Z. 2488/18, über die Erstreckung der Umbauverpflichtung des Hauses 12., Hetzendorferstraße 63, auf fünf weitere Jahre. (Zur Kenntnis.)

Zuschrift der Magistrats-Abteilung IV, Z. 655/17, über die Bestätigung der Wahlen in der Freiwilligen Feuerwehr Gaudenzdorf. (Zur Kenntnis.)

Zuschrift der Magistrats-Abteilung XVII, Z. 3617/18, über die Errichtung eines Dienstmannstandplatzes, 12., Meidlinger Südbahnhof (Ankunftsseite). (Zur Kenntnis.)

Zuschrift der Magistrats-Abteilung XVII, Z. 3712/18, über die Erhöhung des Maximaltarifes im Rauchfangkehrergewerbe in Wien. (Zur Kenntnis.)

Zuschrift des städt. Gesundheitsamtes, Z. 24701/18, über die Bestellung des Dr. Josef Fiebiger, Professor, als Supplenten an Stelle des Dr. Hermann Cermak, städtischen Ober-Arztes im 12. Bezirke. (Zur Kenntnis.)

Zuschrift der Magistrats-Abteilung IV, 2888/18, über die Erhöhung der Barzuschüsse zur Entlohnung der Gerätehausdiener bei den freiwilligen Feuerwehren. (Zur Kenntnis.)

Zuschrift des Magistrates über die Einstellung der Tätigkeit der staatlichen Kontroll-Kommissionen für die Ablieferung von Metallgeräten. (Zur Kenntnis.)

Zuschrift der Magistrats-Bauamts-Abteilung I, Z. 554/18, über die Votivsäule vor dem Hause 12., Meidlinger Hauptstraße 4. (Zur Kenntnis.)

Antrag.

BR. Isnenghi wünscht, daß die Kehrrichtsammelwagen auch den Werkstätten- und Kellermist abführen, damit dieser nicht bei dem jetzigen Mangel an Fuhrwerk auf die Straßen, Felder und in die Gärten geworfen werde. (BVSt. Burghaber wird dieserwegen Schritte unternehmen.)

Schluß der öffentlichen Sitzung.

---

13. Gemeindebezirk, Hietzing.

Oeffentliche Sitzung vom 6. Dezember 1918.

Vorsitzender: Der mit der Geschäftsführung betraute bisherige BV. Karlinger.

Schriftführer: Magistrats-Ober-Kommissär Dr. Mennet.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und erklärt die Versammlung für beschlußfähig.

Die Aufnahmeschrift der letzten Sitzung wird verlesen und deren Fassung genehmigt.

Einlauf.

Der Rund-Antrag der Bezirksvertretung Neubau, Erhebungsakten bezüglich Verpflegskostenrückstände nur dann in Behandlung zu nehmen, wenn die erfolglose Einmahnung der Partei hierauf ausdrücklich vermerkt ist, um im Falle der bereits erfolgten Zahlung überflüssige Arbeit zu ersparen, wird zur Kenntnis genommen.

Die Zuschrift des Bezirksschulrates Wien, Z. 5950/18, betreffend die Danksagung an die Funktionäre, welche sich um den Empfang der aus Ungarn zurückgekehrten Wiener Schulkinder verdient gemacht haben, wird desgleichen zur Kenntnis genommen.

Die Zuschrift der Sektion Hacking des Hietzinger Deutschchristlichsozialen Wählervereines um Außerbetriebsetzung der Straßenlaterne Nr. 1092 und Inbetriebsetzung der Nr. 246 zur Verbesserung der Beleuchtung der Auhofstraße wird mit zustimmendem Beschlusse der Direktion der städtischen Gaswerke übermittelt werden.

Anträge.

Der Vorsitzende beantragt, durch das Gemeinderats-Präsidium beim Staatsrate zu erwirken, daß die große Wiese des ehemaligen kaiserlichen Tiergartens an der südöstlichen Ecke beim Linienamtsgebäude Speising in der Speisingerstraße für Schrebergärten zur Verfügung gestellt werde, da darnach ein großes Bedürfnis der Bevölkerung besteht.

Beirat Aichinger beantragt dasselbe bezüglich der großen Wiese bei der Nikolauskapelle in der Nähe des Hackinger Tiergartentores.

Beirat Wild stellt den Zusatz-Antrag, auch für die entsprechende Abfriedung dieser anzulegenden Schrebergärten zur Verhütung von Wildschaden zu sorgen. (Den Anträgen wird zugestimmt.)

Schluß der öffentlichen Sitzung.

---

16. Gemeindebezirk, Ottakring.

Oeffentliche Sitzung vom 28. November 1918.

Vorsitzender: Der mit der Geschäftsführung betraute bisherige Bezirksrat Handelskammerrat Josef Heigl.

Schriftführer: Kanzleileiter Dr. Rupert Gaugusch.

Der Vorsitzende begrüßt die erschienenen Beiräte, stellt die Beschlußfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung.

Der Bericht über die letzte Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Einlauf.

Der Stadtrat hat den Entwurf für den Bau des Ottakringerbach-Entlastungskanales zwischen Gürtel- und Neulerchenfelderstraße mit dem Erfordernis von 66.821 K genehmigt.

Der Stadtrat hat die Herstellung der Rohrergasse im 16. Bezirke durch die Baugesellschaft „Austria" mit einem Kostenbetrage von 15.000 K genehmigt.

Die Gemeinde Wien hat von der Verlassenschaft nach Moritz Nowak die Liegenschaft Ottakringerstraße 147 um den Pauschalbetrag von 82.500 K erworben.

Der Gemeinderat hat die Vornahme eines Grundtausches mit Georg Wagner, betreffend Grundstücke beim Ottakringer Friedhofe und an der Roterdstraße, genehmigt.

Der Stadtrat hat die Unbenennung der Finsenstraße in „Eduard Lang-Gasse" genehmigt und eine neue, an der Lupusheilstätte vorüberführende Straße mit „Finsengasse" benannt.

Zur Ablagerung des Schnees aus dem 16. Bezirke im kommenden Winter wurde der städtische Grund westlich der Sandleitengasse am Roterdbache bestimmt.

Ueber den Antrag des Beirates Ramharter wegen Pflasterung des Flötzersteiges bis zur Anhöhe gibt das Stadtbauamt bekannt, daß derzeit die Pflasterung nicht durchführbar ist; die Straße wurde neu makadamisiert und gewalzt.

Der Stadtrat hat den Beitrag für die Wiener Dienstbotenkrankenkassa für das Jahr 1917 mit 5 K für jeden angemeldeten Dienstboten festgesetzt.

Anträge und Anfragen.

Der Vorsitzende berichtet über den Antrag der Bezirksvorstehung Neubau, betreffend versuchsweise Einhebung der Verpflegskosten-Rückstände vor Einleitung der Erhebungen durch die Bezirksvertretungen, und beantragt die Zustimmung. (Angenommen.)

Beirat Jehly richtet an den Vorsitzenden eine Anfrage über verschiedene Mißstände im Versorgungsheim in der Liebhardtgasse. Der Vorsitzende verspricht, sie dem Obmann des Armen-Institutes behufs Abstellung zur Kenntnis zu bringen.

Beirat Ramharter teilt mit, daß von der Gastwirtschaft Friedrich Kaiser-Gasse 69 kürzlich ein Waggon Kartoffeln bezogen wurde; er wünscht, daß derartige Sendungen beschlagnahmt und dem allgemeinen Verbrauche zugeführt werden. Weiters wünscht er eine Aenderung im Bezuge von Schweinefleisch mittels der Einkaufsscheine.

Armenrats- und Ortschulrats-Ergänzungswahl.

Der Vorsitzende stellt die Anwesenheit von 26 Mitgliedern des Beirates fest und ersucht die Anwesenden um Abgabe der Stimmzettel vorerst für die Armenrats-Ergänzungswahl.

Zu Skrutatoren werden die BR. Pleska und Ramharter bestimmt.

Abgegeben werden 26 Stimmzettel.

Es erscheinen vorbehaltlich der Bestätigung durch den Stadtrat für den Rest der Funktionsperiode zu Armenräten des 16. Bezirkes einstimmig gewählt:

Josef Neworal, Sekretär, Neumayrgasse 2; Alois Müllner, Bronzearbeiter, Kirchstetterngasse 3; Karl Voitl, Pflasterermeister, Enenkelstraße 23; Emil Hellwöger, Kaufmann, Brunnengasse 72; Josef Soukup, Schuhmachermeister, Herbststraße 25; Franz Meixner; Cafetier, Neulerchenfelderstraße 88; Anton Fehr, Branntweinschänker, Degengasse 25; Karl Piller, Bäckermeister, Effingergasse 11; Franz Benesch, chirurg. Instrumentenmacher, Gaullachergasse 38, Adolf Reckendorfer, Spielwaren-Erzeuger, Friedrich Kaiser-Gasse 68; Ludwig Valzacchi, städtischer Lehrer, Friedmanngasse 40; Karl Rabenseifner, Siebmachermeister, Wurlitzergasse 9; Anton Zwaodsky, Kaufmann, Brestelgasse 5; Karl Höltl, Pflasterermeister, Enenkelstraße 12; Johann Schenk, Mag.-Ober-Offizial, Wattgasse 55; Johann Rabenseifner, Siebmachermeister, Friedrich Kaiser-Gasse 105; Karl Schönwiese, Bürgerschullehrer, Hubergasse 9

Hierauf ersucht der Vorsitzende um Abgabe der Stimmzettel für die Wahl eines Ersatzmannes für das Ortsschulratsmitglied Benjamin Schee. Abgegeben werden 26 Stimmen. Dieselben entfallen sämtlich auf Johann Holzner, Inspektor der städtischen Elektrizitätswerke, 16., Lindauergasse 38.

Nach Verkündigung des Wahlergebnisses schließt der Vorsitzende die öffentliche Sitzung.

Sitzungen.

4. Bezirk, 21. Jänner, halb 5 Uhr nachmittags.
19. „ 20. „ „ 5 „ „

Allgemeine Nachrichten

Angelobung.

Donnerstag den 16. Jänner 1919 nahm Bürgermeister Dr. Weiskirchner in seinem Empfangssalon die Angelobung des Magistrats-Direktors Pawelka, des Bau-Direktors Ing. Dr. Goldemund, des Ober-Stadtphysikus Dr. Böhm, des Direktors der Stadtbuchhaltung Hillinger und der Direktoren der städtischen Unternehmungen vor.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hielt aus diesem Anlasse folgende Ansprache:

„Mit Rücksicht auf die durch die Umwälzung geschaffene neue Lage ist es meine Pflicht, nachdem ich selbst das Gelöbnis der Treue gegen die Republik in die Hände des Landeshauptmannes abgelegt habe, auch Sie in diesem Sinne anzugeloben. Ich rechne darauf, daß Sie in bewährter Treue und Hingebung an den Dienst der Gemeinde diesem Gelöbnis folgend, alles aufbieten werden, die Verwaltung der Stadt so zu führen, daß wir darauf stolz sein und mit Befriedigung auf die Tätigkeit der städtischen Beamten blicken können. Unter einem ermächtige ich Sie, daß jeder der Herren in seinem Wirkungskreise dieses eidesstättige Gelöbnis auch seinen Beamten bindend abnimmt."

Ober-Magistratsrat Formanek verlas nunmehr die Gelöbnisformel, worauf die erschienenen Oberbeamten das Gelöbnis in die Hände des Bürgermeisters ablegten.

Frage der Neuregelung der Arbeits-, Lohn- und Gehaltsverhältnisse der städtischen Angestellten.

GR. Solterer ersucht um die Veröffentlichung nachstehender Zuschrift:

Wie der Abdruck meines in der Sitzung des Gemeinderates vom 11. Dezember 1918 eingebrachten Antrages auf Neuregelung der Arbeits-, Lohn- und Gehaltsverhältnisse der städtischen Beamten und Bediensteten zeigt, haben sich in meinem Antrage einige Irrtümer eingeschlichen. Da sich für diesen Antrag in den Bedienstetenkreisen großes Interesse kundgibt, seien im Nachfolgenden diese Irrtümmer festgestellt und zur Zerstreuung mancher Bedenken einige Bemerkungen zu einzelnen Punkten meines den Fachmännern des Magistrates zur Beratung und Behandlung übergebenen Vorschlages gegeben:

Zu Seite 2531 des Amtsblattes Nr. 104, 1. Spalte, 1. Absatz, 3. und 5. Satz von oben: Eine Ueberstellung der „Steueramtsbeamten" in Untergruppe II b könnte erfolgen; über die Gruppenzugehörigkeit der Feuerwehroffiziere bin ich infolge Un-

kenntnis ihrer Vorbildung nicht klar, vielleicht wäre infolge der Wichtigkeit und Gefährdung dieser Kategorie die Ueberstellung derselben in Gruppe IV, beziehungsweise V a berechtigt. Die Unterscheidung zwischen Physikats- und Armenärzten hielt ich infolge der bisherigen Uebung aufrecht. Gerechter schiene mir, diese Unterscheidung durch Untergruppierung der Beamtengruppe V in V a und b herbeizuführen. Auch die Manipulantinnen könnten besser gereiht und gestellt werden.

Gleiche Seite, Spalte und Absatz, 20. Zeile statt: „Aufseher u. dgl." muß es heißen: „Aufsehergehilfen u. dgl."

Dieselbe Seite und Spalte, 2. Absatz, 16. Zeile von unten statt: „die höheren" soll stehen: „wenigstens die höheren".

Dieselbe Seite, 2. Spalte, 3. Absatz, 3. Zeile ist nach „Anstellung" einzuschalten: („Unterstellung unter die Dienstpragmatik)"; 5. Absatz, vorletzte Zeile, statt: „Zwei- und Dreijahrstufen" muß stehen: Zwei-, Drei- und Vierjahrstufen".

Dieselbe Seite, 2. Spalte, 6. Absatz, 8. Zeile, ist nach den Worten: „zu beginnen haben und" einzuschieben: „nach 2 Jahren in den Lohn 5 K 50 h und von da"; infolgedessen ändert sich auf Seite 2533 Tabelle A, Kolonne I a, b und c der erste 3 in einen 2.

Seite 2532, 1. Spalte, oberste Zeile ist zu setzen statt: „vierjähriger" richtig: „dreijähriger"; dementsprechend sind auf Seite 2537, Tabelle A, Kolonne I, statt der Ziffern „4" und „6" zu setzen: „3" und „7".

Dieselbe Seite und Spalte, 6. Zeile von oben statt: „Monatszinsbeitrag" ist zu setzen: „Monatsquartiergeld".

Dieselbe Seite und Spalte, 2. Absatz, 9. Zeile statt: „Tätigkeit" ist: „Tüchtigkeit" und statt: „schwerer" ist: „schwererer" zu setzen.

Dieselbe Seite und Spalte, 9. Absatz, 5. Zeile ist nach dem Worte: „durchgehends" einzufügen: „25 h beziehungsweise".

Dieselbe Seite und Spalte, vorletzter Absatz ist hinzufügen: „Dadurch ergäbe sich bei der Aufsehergruppe eine Untergruppierung in II a (zum Beispiel Straßenaufseher), II b (zum Beispiel Sanitätsaufseher) und II c (zum Beispiel Bauaufseher)".

Seite 2533, 2. Spalte, 2. Absatz, ist zu ergänzen durch den Satz: „Die gleiche Besserbehandlung wurde den dem Aufseherstande angehörigen Professionisten durch die Untergruppierung in II b und c zuteil".

Dieselbe Seite, Tabelle A in der Kolonne II ist der erste 4 in der Linie der Monatslohnstufe 255 zu streichen, dafür die Kolonne um zwei 4 nach unten zu verlängern; in der Kolonne III a ist die Ziffer 3 in der Linie des Taglohnes 9 K 25 h zu streichen, in derselben Linie Kolonne III b und c sind Querstriche zu setzen, weiters in der Kolonne III a der vorletzte 4 durch einen 3 zu ersetzen und unten noch ein 4 hinzuzufügen.

Seite 2534, Tabelle B, der Tageslohnstufe ist statt: „6 K 30 h" zu stellen: „6 K 50 h"; weiters sind in der Kolonne I an Stelle des obersten Querstriches ein 2, an Stelle der zwei in der Monatsgehaltlinie 210 und 220 stehenden 2 je ein 3 zu setzen, dafür die untersten zwei 3 zu streichen.

Dieselbe Seite, Tabelle C: die Zifferkolonne Monatsgehalte ist so weit herabzudrücken, daß die erste Ziffer 150 in der Linie des dritten 2 der Spalte I beginnt.

Seite 2535, Tabelle D ist in der Kolonne Jahresgehalt die siebente Ziffer: 2300 auf 3300 zu ändern.

Seite 2536, 2. Spalte, 1. Absatz, zweit- und drittletzte Zeile: Die Ziffern 5 und 5 sind in 4 und 6 umzuändern; dasselbe gilt für die Tabelle D auf Seite 2538 für die zwei 5 in der Kolonne V. Zu vorstehendem Absatz wäre noch hinzuzufügen: „Hiezu muß noch bemerkt werden, daß die Statusangehörigen der Armenärzte und Feuerwehroffiziere wie bisher ihre Beamtenlaufbahn mit der VII. Rangsklasse zu beginnen hätten."

Bezüglich des Praktikantentums wäre zu erwähnen, daß sowohl für Berufs-, als auch für Anwartsdiurnisten in meinem Vorschlag kein Platz ist, daher die Dienstzeit sogleich als Praktikant (Beamter), beziehungsweise Aspirant (Unterbeamter) zu beginnen hat. Gegen die derzeitige Zusammenziehung aller Praktikanten in einen Konkretalstatus habe ich wohl nichts einzuwenden, würde aber die Errichtung eines Praktikantenstandes für jeden einzelnen Status für besser halten.

Seite 2537, 1. Spalte, letzter Absatz, 10. Zeile von unten ist statt: „7—8" nur „7" zu setzen; dafür nach dem Worte „erstrecken" der Satz einzufügen: „Für Büroarbeit sind ausnahmslos 6 Stunden festzusetzen".

Seite 2538, Tabelle D, Kolonne I ist die Anmerkung zu setzen: *) An der derzeitigen Klassenvorrückung der Exekutionsamts- und Katasterbeamten (Erreichung der VIII. Rangsklasse im Zeitavancement bloß im Gehalt und nicht im Rang) habe ich nichts zu ändern.

Dieselbe Seite sind an Stelle: „Beamte" die Worte: „Bedienstete" und an Stelle: „Rangsklasse" richtig: „Rangs(dienst)klasse" zu setzen.

Seite 2539, 1. Spalte, 2. Absatz soll es in der 9. Zeile statt „80 K" richtig „70 K" heißen; in den zwei nächsten Zeilen sind die Worte: „erhalten um 15 K monatlich mehr als ihre ledigen Kollegen"; zu streichen und dafür das Wort: „und" zu setzen: in der drittfolgenden Zeile ist statt „10" die Ziffer „15 K" zu setzen und nach „die übrigen provisorischen" das Wort „Unterbeamten" einzufügen.

Seite 2539, 2. Spalte, 6. Absatz ist hinzuzufügen: „Die durch etwaiges außertourliches Avancement gewonnenen Jahre wären für die Berechnung des Zukunftseinkommens den Dienstjahren hinzuzurechnen; auch die vollbrachten oder doch ein Teil der vollbrachten Anwartsdiurnistenjahre sollte für den gleichen Zweck den Statusdienstjahren zugerechnet werden." Wohlerworbene Rechte dürfen keinem Angestellten genommen werden; mein Vorschlag will niemandem schaden.

Zu Tabelle D, Seite 2538 wäre noch zu bemerken, daß im derzeit geltenden Zeitavancement die Vorrückungsfristen von der heutigen IX. in die VIII. Rangsklasse, bei den Kanzleibeamten 7, bei den Kassenbeamten 6 und als Praktikantenzeit 2 Jahre festgelegt sind, während in meinem Vorschlage 8 und 7 Jahre und 3 Jahre vorgeschlagen wurden. Da ich aber „Anwartsdiurnisten" nicht kenne, ist die von mir vorgeschlagene Vorrückungsart immer noch besser als die derzeit geltende.

Außerdem muß noch gesagt werden, daß vorliegender Vorschlag entgegen einem früheren Beschlusse des Gemeinderates wieder den Aushilfsdienerstatus einführt; Aushilfsdiener dürften immer notwendig sein. Was aus diesem für Amtsdiener befähigt ist, geht dort hinüber, alles andere rückt im Aushelferstatus zeitgemäß weiter.

Mit diesen Zeilen dürften Textunrichtigkeiten und Bedenken behoben sein.

Bezirksschulrat Wien.

Erlaß des Bezirksschulrates Wien vom 25. November 1918, ad G. Z. 10834/18:

Der Bezirksschulrat findet sich bestimmt, der Volksschullehrerin 1. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen 10., Herzgasse 27, Hermine Weiß, anläßlich ihrer Versetzung in den Ruhestand für ihre andauernde, pflichttreue Dienstleistung die belobende Anerkennung auszusprechen.

Erlaß des Bezirksschulrates Wien vom 3. Dezember 1918, ad G. Z. 12100/18:

Der Bezirksschulrat findet sich bestimmt, der Volksschullehrerin 1. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen 8., Langegasse 36, Irene Schmeidel, anläßlich ihrer Versetzung in den Ruhestand für ihre langjährige, ersprießliche Tätigkeit im Schuldienste die Anerkennung auszusprechen.

Erlaß des Bezirksschulrates Wien vom 3. Dezember 1918, ad G. Z. 11602/18:

Der Bezirksschulrat findet sich bestimmt, der Volksschullehrerin 1. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen 4., Karolinenplatz 7, Katharina Lutz, anläßlich ihrer Versetzung in den Ruhestand für ihre stets gewissenhafte Pflichterfüllung die Anerkennung auszusprechen.

Erlaß des Bezirksschulrates Wien vom 14. Dezember 1918, ad G. Z. 7240/18:

Der Bezirksschulrat findet sich bestimmt, der definitiven Arbeitslehrerin Anna Holdschik an der allgemeinen Volksschule für Mädchen 10., Keplerplatz 7, für ihre andauernde, pflichteifrige Dienstleistung die belobende Anerkennung auszusprechen.

Erlaß des Bezirksschulrates Wien vom 18. Dezember 1918, ad G. Z. 6176/18:

Der Bezirksschulrat findet sich bestimmt, der Lehrerin der französischen Sprache an der Bürgerschule für Mädchen 19., Kreindlgasse 24, Marie Bilka, für ihre langjährige, ersprießliche Dienstleistung die Anerkennung auszusprechen.

Historischer Atlas des Wiener Stadtbildes.

Der Verlag der Deutschösterreichischen Staatsdruckerei beabsichtigt Ende April 1919 die Herausgabe eines vornehm ausgestatteten, reich illustrierten Werkes in einer beschränkten Auflage: Arbeiten des kunsthistorischen Institutes der Universität Wien (Lehrkanzel Strzygowski), Bd. XVI: Historischer Atlas des Wiener Stadtbildes herausgegeben von Max Eisler. Ausgewählte Gesamtansichten und Pläne der Stadt Wien seit 1529 auf fünfzig großen Doppeltafeln (65:90 cm) in Lichtdruck und Farbensteindruck. Dazu etwa 20 Seiten Text mit vielen Abbildungen. Buchkünstlerische Ausstattung von Dr. Rudolf Junk. Es wird hiermit eine Subskription eingeleitet, welche Mitte Februar 1919 geschlossen wird. Der Subskriptionspreis beträgt 250 Kronen.

Der Ladenpreis dieses Werkes wird den Subskriptionspreis wesentlich übersteigen. Das Werk wendet sich an die Vertreter der verschiedensten Wissenschaften, der Denkmalpflege und des Heimatschutzes, an die modernen Architekten und Städtebauer, an die Liebhaber und Sammler. Seit langem als Bedürfnis empfunden, wird das Werk einen erlesenen künstlerischen Genuß bereiten und zur Grundlage jeder Beschäftigung mit Wiener Kulturfragen werden. Es bietet für jedermann eine ohneweiters lesbare, überraschend vielseitige Geschichte in Bildern und ist geeignet, ein kostbares Hausbuch zu werden. Vorausbestellungen wolle man an den Verlag der Deutschösterreichischen Staatsdruckerei oder an eine beliebige Buchhandlung richten.

Lebensmittelverkehr.

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 5. Jänner bis 11. Jänner 1919:

Rindfleisch 175.110 kg, und zwar aus Wien 63.958, aus dem sonstigen Niederösterreich 128, aus Oberösterreich 34.789, aus Steiermark 76.235 Stück.

Pferdefleisch 7230 kg, und zwar aus Wien 2200, aus Oberösterreich 5030 Stück.

Schweinefleisch 12.498 Stück, und zwar aus Wien 12.498 Stück.

Kälber 33 Stück, und zwar aus Wien 11, aus Steiermark 22 Stück.

Schafe 1213 Stück, und zwar aus Wien 929, aus Niederösterreich 14, aus Oberösterreich 204, aus Mähren 13, aus Steiermark 47 Stück.

Lämmer 24 Stück, und zwar aus Wien 3, aus Niederösterreich 14, aus Mähren 7 Stück.

Preisbewegung (in Kilogramm).

Rindfleisch (Siedfleisch) von 8 K 10 h bis 20 K.
Rindfleisch (Rostbraten und Rieden) 9 K 10 h bis 22 K.
Kalbfleisch von 5 K 75 h bis 6 K.
Schaffleisch von 22 K 50 h bis 24 K.
Schweinefleisch 20 K.
Kälber von 4 K 70 h bis 4 K 80 h.
Schafe von 15 K 50 h bis 18 K 50 h.
Lämmer 15 K.

Per Bahn langten 37 Waggons mit 165·67 t ein.

Die dieswöchigen Zufuhren waren im Vergleiche zur Vorwoche kleiner. Rindfleisch war ausreichend, Schaffleisch in geringeren Mengen, Schweinefleisch in ungenügender Menge und Kalbfleisch nur für Spitäler vorhanden. Der Marktverkehr war mittelmäßig.

Von der Gemeinde Wien wurden ausgegeben: 9818 kg Schweinefleisch à 20 K, 1800 kg Pferdewürste à 13 K 50 h, 400 kg Pferdezungen à 13 K 50 h.

Die Preislage blieb unverändert.

Von der Vieh- und Fleischverkehrs-Gesellschaft wurde nichts zugeführt.

* * *

Rindermarkt.

In der Woche vom 3. Jänner bis 10. Jänner 1919 gelangten am Zentral-Viehmarkte St. Marx am Rindermarkt zur Verteilung an Extremfleischhauer 145, an Einheitsfleischhauer 506 Rinder.

* * *

Jung- und Stechviehmarkt vom 9. Jänner 1919.

1. Auftrieb, beziehungsweise Zufuhr.

Kälber ausgeweidet 164, Lämmer ausgeweidet 23, Schafe lebend 842, Schafe ausgeweidet 11 Stück.

2. Preise per Kilogramm.

Kälber ausgeweidete, 1. Qualität bis 4 K 80 h, 3. Qualität von 4 K bis 4 K 50 h.

Lämmer ausgeweidete, 1. Qualität bis 16 K.

Schafe ausgeweidete, 1. Qualität von 10 K bis 16 K.

Schafe lebende, 1. Qualität bis 11 K 20 h.

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 17 Stück Kälber mehr zugeführt. Auf dem Schafmarkte wurden um 397 Stück Schafe weniger aufgetrieben.

3. Verteilung.

Am Jung- und Stechviehmarkte St. Marx gelangten zur Verteilung an Spitäler und Sanatorien 164 weidner Kälber, an Fleischhauer und Wirte 23 weidner Lämmer, 11 weidner Schafe und 600 lebende Schafe.

* * *

Pferdemarkt vom 7. Jänner 1919.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 453 Gebrauchs- und 620 Schlächterpferde.

Preis für Gebrauchspferde von 1600 K bis 8000 K per Stück.

Der Markt war sehr lebhaft.

* * *

Pferdemarkt vom 10. Jänner 1919.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 332 Gebrauchspferde.

Preis für Gebrauchspferde von 1600 K bis 8000 K per Stück.

Der Markt war lebhaft.

Baubewegung

vom 15. Jänner bis 17. Jänner 1919.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den 1. bis 9. und 20. Bezirk. — Für den 10. bis 19. und 21. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen.

Adaptierungen.

3. Bezirk: Hegergasse 2, von H. Schock, 14., Schweglerstraße 30 (53).
4. Bezirk: Favoritenstraße 29/31, von Michael Ottmann, 4., Alleegasse 27 (66).
6. Bezirk: Mariahilferstraße 57, von Hönisch ebenda, Bauführer, Epstein, Architekt (52).
7. Bezirk: Neustiftgasse 32/34, von der Wiener Werkstätte, 7., Döblergasse 4 (64).
" " Burggasse 102, von der priv. österr. Länderbank (56).

Diverse geringere Bauten.

20. Bezirk: Kanalherstellung, Burghardtgasse 21, von Josef Perchis, 19., Peter Jordan-Straße 28 (67).

Eintragungen in den Erwerbsteuerkataster.

2. Dezember 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

Paul Hahn & Komp., Offene Handelsgesellschaft — Bankkommissionshandel — 1., Wollzeile 27.

F. Kohn & Komp., Offene Handelsgesellschaft — Kommissionswarenhandel im Großen — 1., Fleischmarkt 16.

F. Kohn & Komp., Offene Handelsgesellschaft — Handelsagentur — 1., Fleischmarkt 16.

„Leona" Schuhfabrik Aktiengesellschaft vorm. Glasner, Stein & Komp., — Fabriksmäßige Schuhwaren-Erzeugung — 7., Halbgasse 15.

Krampf Günther — Handelsagentur — 5., Gartengasse 19.

Bauer Gottlieb — Kaffeesiedergewerbe — 5., Schönbrunnerstraße 97.

Hamperl Alois — Gastwirtsgewerbe — 5., Siebenbrunnengasse 24.

Arlt Julius — Schuhmachergewerbe — 19., Heiligenstädterstraße 142.

Beer Siegfried — Handelsagentur — 8., Strozzigasse 28.

Schroll Richard — Kleinfuhrwerksgewerbe — 13., Mitterberggasse 30.

Ambroz Vinzenz — Kürschner und Kappenmachergewerbe — 8., Josefstädterstraße 85.

Wenninger Eduard — Kleinfuhrwerksgewerbe — 20., Spaungasse 22.

Sträußler Hermann — Kleinfuhrwerksgewerbe — 20., Dammstraße 30.

Reichner Hermann — Kleinfuhrwerksgewerbe — 20., Pasettistraße 58

(Das Weitere folgt.)

Inhalt.

	Seite
Obmänner-Konferenz:	
Bericht der 103. Obmänner-Konferenz (19. Oktober 1918)	157
Stadtrat:	
Bericht über die Sitzung des Stadtrates vom 8. Jänner 1919	162
Bezirksvertretungen:	
Sitzungen	168
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf vom 28. November 1918	168
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Neubau vom 3. Dezember 1918	169
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Alsergrund vom 20. Dezember 1918	169
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Simmering vom 11. November 1918	170
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Meidling vom 13. November 1918	171
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Hietzing vom 6. Dezember 1918	172
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Ottakring vom 28. November 1918	172
Allgemeine Nachrichten:	
Angelobung	173
Frage der Neuregelung der Arbeits-, Lohn- und Gehaltsverhältnisse der städtischen Angestellten	173
Bezirksschulrat Wien	175
Historischer Atlas des Wiener Stadtbildes	175
Lebensmittelverkehr:	
Täglicher Fleischmarkt (Großmarkthalle) vom 5. Jänner 1919 bis 11. Jänner 1919	175
Rindermarkt vom 3. Jänner bis 10. Jänner 1919	176
Jung- und Stechviehmarkt vom 9. Jänner 1919	176
Pferdemarkt vom 7. Jänner 1919	176
Pferdemarkt vom 10. Jänner 1919	176
Baubewegung:	
Gesuche um Baubewilligungen vom 15. Jänner bis 17. Jänner 1919	176
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster	176
Kundmachungen.	

Herausgeber: Die Gemeinde Wien. — Verantwortlicher Schriftleiter: Friedrich Schönsteiner.
Papier aus der Pittner Papierfabrik. — Buchdruckerei E. Kainz vorm J. B. Wallishausser.

Stiftungen.

M. Abt. XIII, 5436/18. Selbständiger Wirkungskreis.

Theresia Rosenauer'sche Stiftung
für verschämte Arme in Wien.

Zur Verleihung gelangen: 500 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Verschämte Arme in Wien.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatsnachweis.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 31. Jänner 1919.**

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 20. Dezember 1918. 3—3

M. Abt. XIII, 5201/18. Selbständiger Wirkungskreis.

Dr. Emanuel Bunzel'sche Stiftung
für erwachsene Blinde.

Verteilt werden: 180 K in fünf gleichen Teilbeträgen.

Zur Bewerbung sind berufen: Erwachsene mittellose Blinde christlichen Glaubens.

Dem Gesuche sind beizulegen: Taufschein, Heimatschein, armenärztliche Bestätigung über die Erblindung.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 15. Februar 1919.**

Verleihungstag: 10. April 1919.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 19. Dezember 1918. 3—3

M. Abt. XIII, 5401/18. Selbständiger Wirkungskreis.

Johann Anton Eckhart'sche Stiftung
für arbeitsunfähige Gewerbsleute.

Verliehen werden: 27 Stiftplätze zu je 63 K durch Verlosung.

Zur Bewerbung sind berufen: In Wien ansässige, durch Unglücksfälle verarmte, wegen Alters- oder Körpergebrechen arbeitsunfähige Gewerbsleute, gleichviel ob Meister oder Gesellen, ob Männer oder Weiber, die mit keiner dauernden Unterstützung oder doch nur mit dem niedrigsten Erhaltungsbeitrage von monatlich früher 6 K, seit 1. September 1917 10 K beteilt sind.

Mündliche Ansuchen nimmt entgegen: **Vom 1. bis einschließlich 15. Februar 1919** (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage) die Magistrats-Abteilung XIII (1., Rathaus, Ebendorferstraße 1, Halbstock) zwischen 10 und 12 Uhr vormittags.

Jeder Bewerber hat mitzubringen: Tauf(Geburt)schein, Trauungsschein, polizeilichen Meldezettel, Heimatschein, Armutszeugnis und armenärzliches Zeugnis über die Erwerbsunfähigkeit; Witwen auch den Totenschein des Gatten; Meister: Gewerbeschein (Konzessions-Dekret) oder Bestätigung der Gewerbezurücklegung; Gesellen: Arbeits(Wander)buch und Gesellen(Lehr)brief oder Freisprechungszeugnis.

Oeffentliche Ziehung der Lose: Am 6. März 1919 um 10 Uhr vormittags im Rathause (Beratungszimmer des Gemeinderates, 1. Stock, Aufgang über Stiege VII). Die gezogenen Nummern werden durch die „Wiener Zeitung" und durch Anschlag an den Amtstafeln des Rathauses und der Armen-Institute veröffentlicht.

Die Stiftungsbeträge werden ausgezahlt: Von der städtischen Hauptkassa gegen Abgabe des Loses an Werktagen in der Zeit vom 16. bis einschließlich 31. März 1919. Die bis dahin nicht behobenen Beträge fallen an die Stiftung zurück.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 19. Dezember 1918. 3—3

M. Abt. XIII, 5130/18. Selbständiger Wirkungskreis.

Johann Trobl'sche Stiftung
für verunglückte Bauarbeiter.

Verteilt werden: Die verfügbaren Zinsen in Beträgen von mindestens 100 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Verunglückte christliche Bauarbeiter oder deren Hinterbliebene.

Unter „Bauarbeitern" sind bei dieser Stiftung Maurer und Gerüster (Gehilfen und Lehrlinge), Bautaglöhner und Bautaglöhnerinnen zu verstehen.

Dem Gesuche sind beizulegen: Taufschein, Heimatschein, Nachweis über die Art und Zeit des erlittenen Unfalles, armenärztliches Zeugnis, allenfalls Totenschein des verstorbenen Gatten-teiles.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 15. Februar 1919.**

Verleihungstag: Mai 1919.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 12. Dezember 1918. 2—3

---

*

M. Abt. XIII, 5396/18. Selbständiger Wirkungskreis.

Stiftung eines ungenannt sein wollenden Menschenfreundes.

Im Laufe eines jeden Jahres kommen aus den verfügbaren Interessen der Stiftung eines ungenannt sein wollenden Menschenfreundes, deren Stammkapital 200.000 K beträgt, Jahresrenten oder einmalige Gaben zur Verleihung.

Anspruch auf diese Stiftung haben bedürftige Personen, die durch ein Ereignis körperlich beschädigt worden sind, oder die bedürftigen Hinterbliebenen der bei solchen Anlässen getöteten oder infolge derselben verstorbenen Personen. In Betracht kommen aber nur mit dem Ringtheaterbrande in keinem Zusammenhange stehende Verunglückte oder deren Hinterbliebene.

Die Verleihung der Stiftung ist an einen bestimmten Tag nicht gebunden und erfolgt die Zuwendung derselben nach Maßgabe des Stiftungserträgnisses, so oft geeignete Bewerber vorhanden sind.

Das Verleihungsrecht steht dem Wiener Stadtrate zu.

Bewerber um eine Unterstützung aus dieser Stiftung haben ihre Gesuche mit dem Tauf(Geburt)scheine, dem Heimatscheine einem armenärztlichen Befunde über ihre Erwerbsunfähigkeit und einem amtlichen Zeugnisse über die ihnen zugestoßene körperliche Beschädigung zu belegen.

Bittsteller, die aus Anlaß ihrer körperlichen Beschädignng schon von der Unfallversicherungskassa, aus einer Stiftung, einem Fonds oder anderweitig eine Unterstützung beziehen, haben dies anzugeben und nachzuweisen.

Wenn Hinterbliebene einer bei einem Ereignisse getöteten oder infolge einer hiebei erlittenen Verletzung verstorbenen Person um eine Unterstützung einschreiten, so haben sie außerdem den Nachweis zu erbringen, in welchem Verwandtschaftsverhältnisse sie zu dem Getöteten oder Verstorbenen gestanden sind.

In solcher Weise belegte Gesuche können jederzeit in der Magistrats-Abteilung XIII überreicht werden.

Ausdrücklich wird bemerkt, daß auf nicht gehörig belegte Gesuche keine Rücksicht genommen werden kann.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 20. Dezember 1918. 3—3

M. Abt. XIII, 5406/18. Selbständiger Wirkungskreis.

Preysing-Uehlein'sches Stipendium

für einen Hörer der medizinischen Fakultät der Universität in Wien.

Verliehen werden für das Studienjahr 1918/19 drei Jahresbeträge von je 800 K.

Anspruchsberechtigt sind: Bedürftige Hörer der medizinischen Fakultät der Universität in Wien, welche die Maturitätsprüfung an einem Wiener Gymnasium abgelegt haben, im 16. Gemeindebezirke in Wien geboren und nach Wien zuständig sind, in Ermanglung solcher Bewerber Studierende der genannten Fakultät die in Wien geboren und dahin zuständig sind, unter den gleichen übrigen oben angeführten Bedingungen, und zwar insbesondere solche, die im letzten Jahre ihrer Studien stehen.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Nachweis der Zuständigkeit nach Wien, das Impfzeugnis, ein Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnis, das Maturitätszeugnis und die sonstigen Studiennachweise.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 15. Februar 1919.**

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 15. Dezember 1918. 2—3

M. Abt. XIII, 5172/18. Selbständiger Wirkungskreis.

Dr. Moritz Andreas Goldberger'sche Stiftung

für arme Studenten.

Verteilt werden: 2380 K in 7 Beträgen zu 340 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme strebsame Studenten der Rechte, der Medizin und der Technik in Wien.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Armutszeugnis, Studienzeugnisse und Impfnachweis.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 31. Jänner 1919.**

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 2. Dezember 1918. 3—3

M. Abt. XIII, 5395/18. Selbständiger Wirkungskreis.

Wilhelm und Magdalena Brandseph'sche Stiftung

für unheilbare oder erwerbsunfähige Personen.

Gewährt wird: Einmalige oder dauernde Unterstützung.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme, unheilbare Kranke und arme oder mittellose erwerbsunfähige Personen, welche ohne eigenes Verschulden mittellos oder verarmt, christlichen Glaubensbekenntnisses und nach Wien zuständig sind.

Besondere Bestimmungen: Die Zuwendungen aus der Stiftung erfolgen nach Maßgabe des Stiftungserträgnisses, so oft geeignete Bewerber vorhanden sind.

Die Gesuche können jederzeit eingebracht werden.

Dem Gesuche sind beizulegen: Taufschein, Heimatschein, Nachweis der unheilbaren Erkrankung oder der Erwerbsunfähigkeit.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 18. Dezember 1918. 2—3

M. Abt. XIII, 5120/18. Selbständiger Wirkungskreis.

Johann Gögl'sche Stiftung.

Im Laufe eines jeden Jahres gelangen die verfügbaren Interessen der Johann Gögl'schen Stiftung zu Verleihung.

Die Auszahlung der Beträge ist an einen bestimmten Tag nicht gebunden und erfolgt die Zuwendung der Stiftung nach Maßgabe des Stiftungserträgnisses, so oft Bewerber vorhanden sind.

Zur Bewerbung sind berufen: Handels- und Gewerbetreibende, welche ohne ihr Verschulden in Notlage geraten sind.

Dieselben müssen jedoch österreichische Staatsbürger und in Wien wohnhaft sein und ihr Gewerbe noch betreiben.

Angehörige der deutschen Nation genießen bei sonst gleichen Verhältnissen den Anspruch auf Berücksichtigung vor anderen Bewerbern.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Gewerbeschein oder Konzessions-Dekret und letzter Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer.

Die in solcher Weise belegten Gesuche können jederzeit in der Magistrats-Abteilung XIII überreicht werden.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
im Dezember 1918. 2 3

BÖHLER-STAHL

Granit — **Anton Poschacher** — Telephon 9219. **Wien** Telephon 9219.
Bureau: IV., Margaretenstrasse Nr. 30.
Lieferungen aller Steinmetzarbeiten aus Granit, :: Pflastersteine etc. :: Lagerplatz: XX. (Brigittenau), Treustr. 35
Granitwerke: Mauthausen, Neuhaus u. Aschach in O.-Ö.

G. WINIWARTER
Blech- und Bleiwaren-Fabrik
Wien, I., Getreidemarkt 8.
Verzinktes Eisenblech in allen Dimensionen. Wellenblech und Trägerwellblech zu Dächern, Plafonds, Balkons, Feuerschutzvorhängen etc.
Erzeugung von Bleiröhren, Bleiplatten, Hartbleiarmaturen, Bleisyphone etc. Verzinkte, verbleite und verzinnte Eisenbleche. Wellbleche schwarz und verzinkt etc. Spezialität: Bleiwolle, bestes Muffendichtungsmaterial. Preislisten und Prospekte auf Verlangen gratis und franko.

ANTON NIKLASCH HOLZHANDELSGESELLSCHAFT M. B. H.
Sämtl. Gerüst- und Betonbauhölzer
Lagerplätze: XIX., Heiligenstädterlände 11—17, Telefone: 94.520, 95.047 — Filiale: Kagran, XXI., Wagramerstrasse 54, Telefon: 98.202.

„Austria" Petroleumindustrie A. G.
Wien, I., Renngasse 6
Telephone: 15.840, 18.280, 22.760, 22.862, 23.414
Petroleum, Paraffin, Auto-Benzin, Motoren-Benzin, Lösungs-Benzin, Schmier-Öle, Gas-Öle, Dieselmotoren-Treiböl, Heizöl, Asphalt, Koks.
Telegramme: Senkero Wien
Zentral-Verkaufsbureau für die Erzeugnisse der Raffinerien in: Trzebinia, Drohobycz („Austria"), Mährisch-Schönberg und Peczenizyn.

Schrauben- und Schmiedewaarenfabriks-Actiengesellschaft
Brevillier & Co. und A. Urban & Söhne
WIEN, VI., LINKE WIENZEILE 18.
FABRIKEN: Wien-Floridsdorf, Neunkirchen a. d. Südbahn, Ustron bei Teschen und Sporysz bei Zywiec.
Erzeugung: Schraubenwaren, Preß- u. Schmiedeteile aller Art, Waggonbestandteile, Kleinmaterial für den Eisenbahn-Oberbau, Eisen- und Metallguß, Schraubstöcke, Pflugbleche, Wagenachsen, Flanschen, Rohrschellen. Metallprägeartikel sowie Stangen aus Messing, Kupfer, Deltametall, Aluminium, Zink etc.
Geschosse, Zünder und deren Bestandteile.

WIENER EISENBAU A.-G.
Wien, X., Knöllgasse Nr. 35—39
Lieferantin der k. k. Heeresverwaltung, der k. k. Staatsbahnen, sämtlicher Unternehmungen der Gemeinde Wien u. vieler grosser industrieller Etablissements, liefert:
Brückentragwerke, Eisenkonstruktionen, Eiserne Dächer, Krane, Reservoire, Behälter, Glashäuser, Wintergärten, Eiserne Fenster, Eiserne Türen, Giliarfenster. Tel. 59.160 u. 59.209.

**

Allgemeine Depositen-Bank

Wien, I., Schottengasse 1,

Filialen: Linz, Steyr, Triest, Oderberg-Bahnhof, Lemberg, Stanislau, Drohobycz, Czernowitz

und Wiener Wechselstuben: I., Teinfaltstraße 2, II., Taborstraße 7, IV., Rainerplatz 2, VII., Mariahilferstraße 74 b, VII., Neubaugasse 44, IX., Alserstraße 24, IX., Währingerstraße 63, XIII., Breitenseerstraße 6, XIII., Hietzinger Hauptstraße 3, XIV., Sparkasseplatz 1.

Aktienkapital: K 80,000.000·—. Reserven: K 41,500.000·—.

Fabrikation aller Sorten

SCHREIBMASCHINEN-FARBBÄNDER GES. MARKE GESCH IMPERATOR

Vertreter überall gesucht

VERLANGEN SIE OFFERTE

am verbreitetsten!

Beste Qualität **KARBONPAPIER** Beste Qualität

Imperator mit der Krone in den Marken: Imperator mit der Sonne

Eigene Erzeugung! Sofort lieferbar!

„Imperator", Erste Wiener Farbband- und Kohlepapierfabrik, Ges. m. b. H.

Wien I., Industriepalast, Franz-Josefs-Kai Nr. 7/9

Telephon 20-4-38. — Telegr.-Adr.: Imperatorband, Wien

Berndorfer Metallwarenfabrik
ARTHUR KRUPP A. G.
Berndorf Nieder-Oesterr.

Gegründet im Jahre 1843, gegenwärtig über 6000 Angestellte.

NIEDERLAGEN: WIEN, I., WOLLZEILE 12. :: BUDAPEST UND PRAG. ::

In eigener Erzeugung:

Bestecke und Tafelgeräte aus Alpacca-Silber, China-Silber und unversilbertem Alpacca und Pacfong. Kochgeschirre und Tafelgeräte aus Rein-Nickel, Gefäße, Kessel und technische Artikel aus Rein-Nickel für chemische Laboratorien, Krankenhäuser, Dampfküchen usw. Zinnstahlbestecke, Kunstbronzen. Bleche und Drähte aus Rein-Nickel, Neusilber, Messing, Tombak, Kupfer und Kupfernickel. Widerstandsdrähte, Fassondrähte, Stäbe und Stangen Druckkupferbleche, Rein-Nickel-Anoden, Elektrolytkupfer in Lamellen. Patronenhülsen, Geschoßmäntel etc. etc. etc.

ART KRUPP BERNDORF — Schutzmarke für Alpacca-Silber I.

BERNDORF ALPACCA — Schutzmarke für Alpacca.

BERNDORF REIN-NICKEL — Schutzmarke für Rein-Nickel.

Achtung auf die obenstehenden Schutzmarken.

FRIEDR. SIEMENS

FABRIK FÜR BELEUCHTUNGS- U. HEIZAPPARATE.

Spezialität: KRIEGSKÜCHEN FÜR MASSEN-AUSSPEISUNGEN

WIEN, IX/2, ALSERSTRASSE 20. FERNSPRECHER 16.104.

Julius Juhos & Komp.

Kontor u. Magazine: II., Nordbahnstr. 42, Trägerlager u. Werkplatz: X., Sonnwendg. 1—3 liefern sofort vom Vorrat und zu billigsten Preisen:

Gewalzte Bauträger und U-Eisen

bestes inländ. Fabrikat nach den Normaltypen des Österr. Ingen.- und Archit.-Vereines. **Genietete Träger, gusseiserne Säulen und Schläuche, Stab-, Fassoneisen und Universal-Flacheisen. Schwere Bleche und Feinbleche** für alle Zwecke in erreichbar grössten Dimensionen.

Schmiedeeiserne Röhren jeder Art, stumpf und überlappt geschweisst, sowie in nahtloser Erzeugung; ferner mit Wassergas maschinell geschweisste Röhren und Hohlkörper, **Stahlfassonguss, Eisengusswaren, Halbfabrikate u. Roheisen.**

Wienerberger
Ziegelfabriks- und Baugesellschaft
WIEN, I., Karlsplatz Nr. 1

Karl Schuhmann

Zink-Ornamenten-Fabrik und Bauspenglerei

Wien, VIII., Josefstädterstrasse 55/57

Fabriks-Eingang VIII., Lerchengasse 26.

Checkkonto 20251. Telephon Nr. 12636.

Architektonische und figurale Bauornamente, Zinkguss- und Kupferarbeiten, Dacheindeckungen mit Patent Hilger'schen Pfannen mit Wellenblechen, sowie **Dachdeckungen in jedem Metall** nach neuestem System. **Schornsteinaufsätze sowie alle Arten Bleiarbeiten.** Kostenanschläge gratis und franko — Provinzaufträge prompteste.

„GAMMA" INDUSTRIE- UND BAUBEDARFS-GESELLSCHAFT M. B. H.

Wien I., Habsburgergasse 1.

Telegrammadresse: Baugamma Wien. Telefon Nr. 6008.

Reichhaltiges Lager aller Sorten Werkzeuge für Schmiede, Schlosser, Tischler, Zimmerleute, Maurer; Baugeräte aller Art; landwirtschaftliche Geräte; Schmirgelpapier, Glaspapier.

A. HERZMANSKY

WIEN VII. Mariahilferstrasse 26 Stiftgasse 1, 3, 5, 7. **WIEN VII.**

Seidenstoffe, Wollstoffe, fertige Damenkleider, Bluse Mäntel, Kinderkleider, Umhängtücher, Kopftücher, **Papiergewebe** für Berufskleidung, Wäsche und alle Zwecke, **Seiden-Strümpfe u. -Handschuhe, Lederwaren, Spielwaren**

THEATERKARTEN-BÜRO

Fernsprech Nr. 38540 Serie **Stiftgasse 3** Fernsprech Nr. 38540 Serie

Sonn- und Feiertage Stiftgasse 1 im Hausflur.

Bezugspreise
für Wien:
mit Zustellung ganzjährig 20 K
mit Zustellung halbjährig 10 K
ohne Zustellung ganzjährig 18 K
ohne Zustellung halbjährig 9 K
Außerhalb Wiens
ganzjährig 22 K, halbjährig 11 K.

Bezugsbeginn: 1. Jänner, beziehungsweise 1. Juli.

Einzelne Nummern 30 Heller bei der Schriftleitung.

Amtsblatt der Stadt Wien

Schriftleitung:
1., Rathaus, Stiege 5, 1. Stock.
Fernsprecher: Rathaus.
Klappe 160 (Hauptschriftleiter).
Klappe 150 (Schriftleitung).

Postsparkassen-Konto Nr. 100.367

Für den Buchhandel:
Gerlach & Wiedling, 1., Elisabethstraße 13. — Ganzjährig 30 K.

Annahme kleiner Anzeigen bei Haasenstein & Vogler, A.-G. 1., Schulerstraße 11.

Erscheint jeden Mittwoch und Samstag.

Nr. 7. Mittwoch den 22. Jänner 1919. Jahrgang XXVIII.

Obmänner-Konferenz.

Bericht über die 104. Sitzung vom 21. Oktober 1918.

Vorsitzender: Bgm. Dr. Weiskirchner.

Anwesende: Die VB. Hierhammer, Hoß und Rain; die GR. v. Steiner, Leitner, Dr. Hein, Dr. Ritter v. Dorn, Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller, Reumann, Skaret; die Ob.-Mag.-R. Dr. Mayr, Pawelka und Doktor Ehrenberg; Mag.-R. Dr. Roßkopf; Mag.-Sekr. Dr. Hubmayr.

Entschuldigt: GR. Schmid.

Schriftführer: Mag.-Ob.-Kom. v. Radler.

Bgm. Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung und teilt mit, daß heute die Konstituierung der provisorischen Nationalversammlung Deutschösterreichs stattgefunden habe. Als gleichberechtigte Vorsitzende seien gewählt Abgeordneter Dinghofer, Bürgermeister von Linz, Reichsrats-Abgeordneter Jodok Fink und Vize-Präsident des Abgeordnetenhauses Seitz, ferner sieben Schriftführer und sechs Ordner. Nach der Erklärung der Parteien sei die Einsetzung eines Ernährungs-Ausschusses und eines Vollzugs-Ausschusses mit je 20 Mitgliedern beschlossen worden. Der Vollzugs-Ausschuß sei beauftragt worden, sofort über die durch die Antwort Wilson's an die Regierung geschaffene Lage zu beraten und der deutschösterreichischen Nationalversammlung seine Anträge zu unterbreiten. Der Ernährungs-Ausschuß sei auch konstituiert worden und er bitte den Herrn GR. Reumann, darüber Mitteilung zu machen.

GR. Reumann teilt mit, daß der Ernährungs-Ausschuß zu Vorsitzenden die Herren Abgeordneten Teltschik, Dr. Jerabek und ihn gewählt habe, als Schriftführer die Herren Schäffer und Dr. Schürff. Der Beschluß gehe hauptsächlich dahin, daß sofort Verbindungen wegen Beschaffung von Nahrungsmitteln angeknüpft werden. Es sei ein kleines Exekutiv-Komitee aus sechs Herren gewählt worden, das morgen vormittags 10 Uhr zusammentritt. Um 2 Uhr nachmittags werde das Plenum des Ausschusses zusammentreten, wobei auch der Herr Bürgermeister, der Herr Ernährungsminister und der Herr Eisenbahnminister geladen seien. Die nötigen Formalitäten würden morgen vormittags besprochen werden.

Sicherstellung des Kartoffelbedarfes.

Bgm. Dr. Weiskirchner führt aus, daß es heute Aufgabe der Konferenz sei, zu beraten, welche Forderungen sie an den neukonstituierten Ernährungs-Ausschuß stellen werde. Denn er müsse morgen im Ernährungs-Ausschuß der provisorischen Nationalversammlung positive Anträge stellen. Die Konferenz solle sich heute mit den drei wichtigsten Sachen: Mehl, Kartoffeln und Fett befassen. Er ersuche Herrn Ob.-Mag.-R. Dr. Ehrenberg, zu sagen, erstens: was brauche die Gemeinde an Kartoffeln nach der jeweiligen Kopfquote, zweitens: was habe sie geschlossen, und was brauche sie noch, nachdem der Herr Ernährungsminister gesagt hat, er sei außerstande, aus eigener Machtvollkommenheit Kartoffeln zu beschaffen, und die Gemeinde auf die Vertragskartoffeln gewiesen habe.

Ob.-Mag.-R. Dr. Ehrenberg führt aus, daß bei der Quote von 1 kg die Gemeinde wöchentlich 200 Waggons Kartoffeln brauche, das sei das Minimum. Es müßten zunächst die folgenden sieben Monate oder dreißig Wochen ins Auge gefaßt werden.

Bgm. Dr. Weiskirchner bemerkt, daß das 6000 Waggons wären, das sei aber viel zu wenig. Bei der Quote von 2 kg wären es 12.000 Waggons.

VB. Rain bemerkt ergänzend, daß man auch 10 bis 20 Prozent Verlust rechnen müßte, weil vieles gestohlen werde oder verderbe.

Bgm. Dr. Weiskirchner bemerkt, daß es bei drei Kilo 18.000 Waggons wären, dazu müßte man also 15 bis 20 Prozent aufschlagen.

Ob.-Mag.-R. Dr. Ehrenberg berichtet weiters, daß die Gemeinde auf rund 11.000 Waggons geschlossen habe, davon in Niederösterreich 1358, in Böhmen 6283, in Galizien 2270 in der Bukowina 498, in Mähren 1249, in Schlesien 15, Waggons. Die Gemeinde habe 22.000 Waggons gebraucht, ohne Rücksicht auf die Selbstversorger mit 2000 bis 3000 Waggons. Die Gemeinde müßte also noch zirka 50 Prozent durch die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt bekommen.

Bgm. Dr. Weiskirchner ist der Meinung, daß man das aus Niederösterreich bekommen werde, bezüglich Böhmens teile er mit, daß er heute mit Vize-Präsidenten Tusar gesprochen habe, dieser meine, daß vielleicht nicht das ganze, aber immerhin ein gewisses Kontingent aus Böhmen zu bekommen sein werde. Er mache dabei aufmerksam, daß eigentlich der Einlauf aus Böhmen befriedigender sei als aus Mähren.

Ob.-Mag.-R. Dr. Ehrenberg teilt mit, daß heute aus Böhmen im ganzen 37 Waggons, aus Mähren 25, aus Galizien 27 Waggons angerollt seien.

Bgm. Dr. Weiskirchner teilt fortfahrend mit, es bestehe die Gefahr, daß die aus Ostgalizien anrollenden Wagen in Westgalizien aufgehalten würden. In Westgalizien sei die polnische Amtssprache via facti bei den Eisenbahnen eingeführt. Im Osten amtieren die dort anwesenden Polen noch deutsch.

Ob.-Mag.-R. Dr. Ehrenberg bemerkt, es berichte Markt-Kommissär Klosak, daß in Westgalizien vorläufig kein Anstand sei, wenn auch Schwierigkeiten punkto Fuhrwerk und Mannschaft bestünden. Er habe Fühlung mit ruthenischen Kreisen genommen und sei der Anschauung, daß, wenn mindestens die Prämien wie bisher weiter bezahlt würden, die Ruthenen lieferungswillig seien.

Bgm. Dr. Weiskirchner teilt fortfahrend mit, daß ihm auch von Petrusiewicz gesagt worden sei, er sei einverstanden, daß Wien von ihnen beliefert wird, er wisse allerdings nicht, ob er den entsprechenden Einfluß hat. Er müßte vom Ernährungs-Ausschusse der provisorischen Nationalversammlung mit den Vertretern des tschechisch-slowakischen Staates gesprochen werden, daß sie die Verpflichtungen bezüglich der 6238 Waggons Vertragskartoffeln erfüllen. Zweitens müßte man doch auch mit den Ukrainern reden, die, wie er glaube, auch schon konstituiert seien. Dann glaube er, müßte sich die Gemeinde doch auch nach Berlin und nach Bayern wenden. Man müsse doch trachten, auf die 3 Kiloquote zu kommen. Verlangt müsse sie jedenfalls werden. Es müsse einerseits das Quantum bis März sichergestellt werden, zweitens die Rate für März, April und Mai. Bis Februar, das seien vier Monate oder 17 Wochen, brauche die Gemeinde pro Woche 600 Waggons, im ganzen also 10.200 Waggons, dazu ein 15prozentiger Aufschlag, das ist 12.000 Waggons. Die wären sofort zu liefern.

GR. Neumann bemerkt, daß es sich nicht allein um Wien, sondern auch um andere Teile Oesterreichs handle. Tirol sei ganz fertig. Natürlich werde das beansprucht werden, aber es werde sich zeigen, was aufzubringen ist. Es werde auch notwendig sein, morgen den Antrag zu stellen, daß bei den Reisen, die gemacht werden, ein Vertreter Wiens beigezogen werde. Dagegen werde auch nichts einzuwenden sein.

GR. v. Steiner bemerkt, daß trotz dieser Tätigkeit des Ernährungs-Ausschusses der Magistrat die weitere Kartoffelversorgung Wiens unentwegt im Auge behalten müsse.

Bgm. Dr. Weiskirchner erklärt, daß er am nächsten Freitag im Gemeinderate die Wahl eines 30 gliedrigen Ernährungs-Ausschusses beantragen werde. Auf die Frage, wie es eigentlich in Kroatien stehe, ob Kroatien und Slawonien noch Ueberschuß haben, erwidert GR. Neumann, man wolle auch dort in Verbindung treten. Das sei auch in der Nationalversammlung beschlossen worden.

Auf die Anfrage des GR. Skaret, ob die Durchfuhr der ruthenischen Kartoffeln durch Galizien Schwierigkeiten habe, erklärt Ob.-Mag.-R. Dr. Ehrenberg, daß Markt-Kommissär Klosak noch keine Schwierigkeiten entdeckt habe. Wenn aber die Waren durch Ungarn gehen sollen, müßte man sich allerdings erst vorher die Durchfuhrbewilligung sichern. Von den verschiedenen Seiten werde berichtet, daß die Kartoffelernte in Nord- und Nordwestungarn sehr reichlich, im Banat und im südlichen Teile ungünstig sei. Jetzt schon werde die Gemeinde mit Offerten für Kartoffelwalzgrieß überschwemmt. Ungarn verarbeitet eine große Menge Rohprodukte. Jedenfalls sei Ungarn jetzt reich an Kartoffeln.

Bgm. Dr. Weiskirchner bemerkt, daß Ungarn auch ein bedeutendes Kontingent für die Spiritus-Erzeugung freigebe.

GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller betont, daß es in erster Linie auf die Witterung ankomme. Für die erste Periode seien 12.240 Waggons Kartoffeln aufzubringen. Auf die noch frostfreien sechs Wochen verteilt, wären dies pro Woche 2000 Waggons.

Auf die Frage des Bgm. Dr. Weiskirchner, wie die größte Leistungsfähigkeit im Vorjahre gewesen sei, erklärt Ob.-Mag.-R. Dr. Ehrenberg, daß sie ungefähr 70 Waggons pro Tag gewesen. Allerdings bestünden jetzt die größten Schwierigkeiten bei der Bahn und er fürchte, daß das Chaos noch größer werden würde. Man müsse sich eben auf den Wettergott verlassen, daß die Witterung im Dezember halbwegs günstig bleibt. Er fürchte übrigens das Gefrieren der Kartoffeln nicht so sehr, wenn man sie sofort in Verkehr bringe. Sie schmecken etwas süß, könnten aber ganz gut verkocht werden.

GR. Dr. v. Schwarz-Hiller bemerkt, daß die Kartoffeln ein Nahrungsmittel seien, dessen Transport viel Raum beanspruche. Das sei eigentlich auch eine Transportfrage. Es wäre wichtig, morgen dem Ernährungsrat in erster Linie die Frage vorzulegen, in welcher Weise die Wagenfrage erledigt wird. Im Vorjahre seien bei besseren Verhältnissen nur ungefähr 50 Prozent hereingebracht worden, und zwar pro Woche 1190 Waggons. Jetzt sollen 2000 Waggons pro Woche hereingebracht werden. Deshalb sage er, die Kartoffelfrage sei nicht nur eine Beschaffungsfrage, sondern in erster Linie eine Transportfrage.

Der Mehlbedarf der Stadt Wien.

Mag.-R. Dr. Roßkopf berichtet hierauf über den Mehlbedarf der Stadt Wien und führt aus, daß der Tagesbedarf 41 Waggons wäre, das ergebe im Monat 1230 Waggons, bei der gekürzten halben Kochmehlquote würden davon 100 Waggons auf Kochmehl entfallen. Was die Provenienz des Mehles betreffe, so mache er aufmerksam, daß nur noch aus Niederösterreich größere Quantitäten im Wege des Spätdrusches hereingebracht werden könnten. Oberösterreich verfüge auch über Getreide, dürfte aber den größten Teil zur Versorgung von Salzburg und Tirol abgeben, so daß für die nächste Zeit nur mit Niederösterreich gerechnet werden könne. Daraus ergebe sich der Antrag, sofort mit der tschecho-slowakischen und ungarischen Regierung wegen Sicherstellung des Mehlbezuges in Verbindung zu treten. Bei der halben Verschleißmehlquote benötige die Gemeinde monatlich 1230 Waggons.

Auf die Bemerkung des Bürgermeisters, daß doch angestrebt werden sollte, die ganze Mehlquote zu bekommen, erklärt Mag.-R. Dr. Roßkopf, daß dann über 1600 Waggons benötigt würden.

Auf die Frage des Bürgermeisters, wieviel Niederösterreich noch aufbringen könne, erwiderte Mag.-R. Dr. Roßkopf, daß Niederösterreich, wenn von den Bauern alles abgeliefert werde, noch ungefähr 8- bis 10.000 Waggons aufbringen könnte. Das sei nur die Frühdruschaktion und das vorläufige Kontingent, das restlos abgeliefert werden könnte, weil die Ernte in Niederösterreich nicht schlecht gewesen sei.

Es müsse mit zehn vollen Monaten gerechnet werden. Mit dem vorläufigen Kontingente seien 12.000 Waggons aufgebracht. Vielleicht fehle noch eine Kleinigkeit, aber bis zu 10.000 Waggons könne man rechnen. Bisher seien gegen 12.000 Waggons geliefert worden und die seien nur für drei Monate vorgeschrieben gewesen.

Bgm. Dr. Weiskirchner bemerkt, daß Wien täglich 41 Waggons, ganz Deutschösterreich 83 Waggons pro Tag brauche.

Mag.-R. Dr. Roßkopf fügt noch bei, daß die Selbstversorger schon abgerechnet seien. Das sei nur für den öffentlichen Ernährungsdienst.

GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller erklärt, daß er die Ziffern, die der Herr Magistratsrat vorbringt, als unbedingt richtig ansehen müsse. Es wären dann noch 8000 Waggons unbedeckt. Die anderen Kronländer haben sich abgesperrt. Man wisse nicht, ob Niederösterreich sich nicht auch absperren will.

GR. Reumann teilt mit, es sei heute beschlossen worden, daß vom Ernährungsamte von jetzt an keine Verordnung mehr ausgegeben werden dürfe, welche nicht vom Ernährungs-Ausschuß begutachtet sei. Dieser Beschluß werde morgen auch dem Minister mitgeteilt werden.

Der Bürgermeister stellt fest, daß die Gemeinde also 16.000 Waggons beanspruchen müsse. Ganz Deutschösterreich werde ungefähr das Doppelte brauchen.

Auf die Frage des Bürgermeisters, wo dies aufzubringen sei erwidert Mag.-R. Dr. Roßkopf, daß dieses Quantum in Niederösterreich, Oberösterreich und durch Zuschübe aus Böhmen und Ungarn, eventuell aus dem Auslande aufgebracht werden müsse. Niederösterreich habe in normalen Zeiten allein an Brotgetreide 5 bis 6 Millionen Meterzentner, das seien 50- bis 60.000 Waggons. Angenommen, die Produktion würde jetzt nur die Hälfte betragen, so wären es 25.000 Waggons, davon nehme er wieder nur die Hälfte, weil schon 8- bis 10.000 Waggons aufgebracht worden seien; es seien also nur weitere 8- bis 10.000 Waggons aufzubringen. Jetzt sei das Kontingent nur für drei Monate als vorläufiges Kontingent vom Ernährungsamte vorgeschrieben worden und nun komme erst das definitive Kontingent.

Bgm. Dr. Weiskirchner fordert den Mag.-R. Dr. Roßkopf auf, ihm das schriftlich mit seiner Unterschrift zu geben, dann werde er es zu vertreten suchen.

GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller ersucht, die offiziellen Ziffern der Friedensernte bekanntzugeben.

Mag.-R. Dr. Roßkopf erwidert, daß er den durchschnittlichen Ertrag Niederösterreichs im letzten Jahre auf 50 Prozent veranschlagt habe, dabei sei die Ernte heuer gut gewesen, nicht nur in Roggen, sondern auch in Weizen und Gerste.

Bgm. Dr. Weiskirchner bemerkt, daß die Gerste auch im Brot gegessen werde. Mais bekomme man überhaupt nicht. Windischgraetz, der derzeit noch den Titel „Ernährungsminister" hat, habe dem Sektionschef Löwenfeld-Ruß erklärt, weder er, noch eine andere kommende ungarische Regierung sei mehr imstande, die 5 Millionen Meterzentner in Aussicht gestellten Mais an Oesterreich abzugeben.

Auf die Frage des GR. Dr. Hein, wie es in Oberösterreich sei, erwidert Mag.-R. Dr. Roßkopf, daß die Statistik nur die österreichische Produktion überhaupt betreffe, separate Daten habe er nur für Niederösterreich. Seit dem Jahre 1914 sei keine offizielle Statistik mehr ausgegeben worden. Ueberschuß habe nur Oberösterreich. Es brauche ihn aber zur Versorgung von Salzburg und Tirol. Es bliebe also nur Niederösterreich übrig, um das Defizit zu decken, und die Vertragsbezüge aus Ungarn. Kroatien müsse jetzt schon Bosnien, die Herzegowina, Dalmatien und Istrien versorgen. Natürlich sei es schwierig, aus Niederösterreich das Ganze aufzubringen. Er denke, daß vielleicht eine Art Vereinbarung mit den Produzenten geschlossen werde. Die Brotfruchternte in Deutschland sei erst im Gange, sie sei dort sechs Wochen später.

Bgm. Dr. Weiskirchner teilt mit, es habe der deutsche Botschafter gesagt, daß die Gemeinde Kartoffeln bekommen werde, bei Mehl sei es zweifelhaft. Es sei auch zu berücksichtigen, daß die deutsche Armee, die sich bis vor kurzem im Feindesland, in Frankreich und Belgien, versorgt habe, jetzt in die Heimat zurückkomme. Es werden also vielleicht um zirka zwei Millionen mehr zu versorgen sein, die der Heimat zur Last fallen.

Der Fettbedarf.

Mag.-R. Dr. Roßkopf berichtet über den Fettbedarf der Gemeinde und führt aus, daß bei Deckung der Fettquote mit 12 dkg, die bekanntlich schon lange nicht mehr besteht, der Wochenbedarf 24 Waggons, der Monatsbedarf 100 Waggons, für ein halbes Jahr also 600 Waggons sei. Wenn man 6 dkg berechne, die Hälfte. Das Schwierigste sei die Deckung. Aus Deutsch-Innerösterreich sei beinahe nichts aufzubringen. Oberösterreich liefere noch etwas Butter, eine kleine Menge für die Spitäler, im allgemeinen sei es aber ganz abgesperrt. Aus Niederösterreich sei weder Butter noch Fett zu bekommen. Es kommen also in Betracht nur Böhmen und Mähren. Diese Länder hätten in den letzten Monaten überhaupt nichts mehr geliefert, weder Schweine noch Fett, es blieben also nur die Zuschübe aus Ungarn und Kroatien, wo allerdings der Fettpreis heute schon 77 bis 80 K sei. Dann kämen die Oelprodukte. Die allgemeine Aufbringung sei nicht ungünstig, weil die heimische Oelproduktion in den letzten Jahren vom Ernährungsamt mit großem Interesse verfolgt wurde, aber die Oelpressereien seien größtenteils nicht in Innerösterreich. Außerdem sei die Schwierigkeit mit der Kohle. Da man Butter nicht aufbringen könne, könnte man Speisefett nur unter Zuhilfenahme der Oelprodukte als Streckmittel in Form von Margarine erzeugen.

GR. Reumann bemerkt, daß nach Kroatien eine Deputation gesendet werde. Die Ungarn seien aber jetzt auf die Deutschen wütend, weil sie vom Selbstbestimmungsrecht Gebrauch machen und fürchten, daß das auf ihr eigenes Land überschlagen werde.

Bgm. Dr. Weiskirchner richtet an GR. Reumann die Anfrage, ob im Ernährungs-Ausschuß auch die Kohlenfrage behandelt worden sei.

GR. Reumann erwidert, daß auch darüber gesprochen worden sei, es werde aber eine Spezial-Sitzung dafür stattfinden. Wahrscheinlich übermorgen.

Der Zuckerbedarf Wiens.

Mag.-R. Dr. Roßkopf berichtet hierauf über den Zuckerbedarf der Gemeinde Wien. Unter Zugrundelegung der 1 Kilogrammquote per Kopf und Monat genügten monatlich 200 Waggons. Die Zucker-Erzeugung werde jedoch im Innerösterreich sehr wenig betrieben, mit Ausnahme von Leopoldsdorf, Bruck a. L. und Hohenau gebe es keine Fabrik. Daraus ergebe sich eine Schwierigkeit, es würde nichts nützen, wenn man die böhmischen und mährischen Zuckerfabriken mit Rüben und Kohle beliefere, es wäre wieder die Schwierigkeit bei der Ausfuhr nach Innerösterreich. Die Zuckerfabriken für Rohzucker und die Raffinerien seien ausschließlich in Böhmen und Mähren.

Die Frage des GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller, ob Gemüse aus Ungarn komme, bejaht Ob.Mag.-R. Dr. Ehrenberg und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß auch aus Böhmen Gemüse kommen werde, weil die böhmischen Fabriken mit Sauerkraut so überdeckt seien, daß sie es hoffentlich trotz alledem hergeben werden.

StR. Dr. Hein teilt mit, daß ihm gesagt wurde, daß die Fabriken, die Dörrgemüse erzeugen, jetzt sehr zurückhalten und nichts erzeugen lassen, weil sie vom Kriegsministerium alimentiert wurden und nicht damit rechnen, daß es so weiter gehe. Vielleicht wäre da etwas zu machen. Allerdings seien auch diese Fabriken meist in Mähren und Böhmen. Es sei ihm gesagt worden, wenn die Gemeinde einspringe, würden die Fabriken etwas erzeugen.

Bgm. Dr. Weiskirchner ersucht den GR. Dr. Hein, die Leute zum Ob.-Mag.-R. Dr. Ehrenberg zu schicken.

Ob.-Mag.-R. Dr. Ehrenberg berichtet, daß die Gemeinde zur Marmelade-Erzeugung 25 Waggons Zucker brauche. Heute sei ihm in der „Geos", die wahrscheinlich auch nicht lange mehr bestehen werde, zugesagt worden, daß alles, was an Rohzucker erreichbar sei, der Gemeinde für die Erzeugung von Marmelade in Tribuswinkel zugeschoben werden werde. Mit Kohle sei die Fabrik bis Jänner gedeckt, mit Pflaumen und Äpfel auch halbwegs. Er hoffe also, wenn nicht besondere Transportschwierigkeiten eintreten, zirka 500 Waggons erzeugen zu können. Das bleibe natürlich gegen das Vorjahr zurück. Im Vorjahre seien es 738 Waggons gewesen. Nach den Nachrichten haben die böhmischen Fabriken sich kolossal eingedeckt und um jeden Preis gekauft. Auch das sei ein Artikel, der nicht auf die Dauer haltbar sei. Wenn halbwegs gute Beziehungen zwischen dem tschechoslowakischen Staat und der Gemeinde Wien eintreten, dürfte auch von dort etwas Marmelade nach Wien kommen. Die Marmeladefabriken in Deutschösterreich zählen nicht, höchstens Bozen, und dort fehle die Kohle.

GR. v. Steiner ersucht den Bürgermeister, auch die Lederfrage im Ernährungs-Ausschusse zu besprechen. Man möge sich an das Kriegsministerium wenden, damit im Winter für die Zivilbevölkerung Leder abgegeben werde.

Stadtrat.

Sitzungen des Stadtrates.

Mittwoch, 22. Jänner, um 10 Uhr vormittags.
Donnerstag, 23. Jänner, um 10 Uhr vormittags.

Bericht

über die Sitzung vom 10. Jänner 1919.

Vorsitzende: Die VB. Hoß und Rain.

Anwesende: Bgm. Dr. Weiskirchner, VB. Neumann und die StR. Angermayer, Breuer, David, Dechant, Emmerling, Dr. Haas, Dr. Hein, Heindl, Hellmann, Hötzel, Hohensinner, Jung, Dr. Kienböck, Knoll, Körber, Melcher, Müller, Pick, Richter, Schmid, Schneider, Schwer, Siegel, Skaret, Spalowsky, Tomola, Vaugoin, Weber, Weigl und Winter.

Beigezogen: Direktor Ing. Spängler.

Schriftführer: Mag.-Sekretär v. Radler.

VB. Hoß eröffnet die Sitzung und macht folgende Mitteilungen:

Antrag des StR. Körber:

Den Zugsbegleitern bei den städtischen Straßenbahnen wird rückwirkend vom 1. Jänner 1919 die Fahrtzulage gewährt, wie es bei den anderen Bediensteten der Fall ist.

(Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.)

Berichterstatter StR. Knoll:

(P. Z. 295, M. A. II, 9594/18.) Die Propeller-Ueberfuhr des August Zwerzina von Nußdorf nach Jedlesee (als Geschäftsnachfolger des Rudolf R. v. Peithner) wird, wie in den letzten Jahren, mit 700 K subventioniert. Die Ausgabe ist auf den Reservefonds zu verweisen. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 336, M. B. A. XXI, 27678/18.) Für die Inanspruchnahme städtischen Straßengrundes per 0·777 m² durch die beim Hause 21. Bezirk, Christian Bucher-Gasse 28, vorhandenen drei Risalite wird als einmaliges Einlösungsentgelt der Betrag von 24 K festgesetzt. Der bisher hiefür vorgeschriebene Platzzins von 50 h jährlich ist mit 1. Jänner 1919 zu löschen.

Berichterstatter StR. Hohensinner:

(P. Z. 326, M. A. XV, 16508/18.) Der Beurlaubung der Bürgerschullehrerinnen Julie Weinwurm und Marianne Dorn zwecks Eintrittes als Ordenskandidatinnen in das Kloster vom armen Kinde Jesu im 19. Bezirke auf die Dauer des Schuljahres 1918/19 gegen Karenz der Gebühren, jedoch termingemäße Einzahlung der Pensionsfondsbeiträge, wird die Zustimmung erteilt.

Nachstehenden Volksschullehrern I. Klasse wird die Rückzahlung von Uebergenüssen in monatlichen Teilbeträgen zu 20 K ab 1. Dezember 1918 bewilligt:

(P. Z. 313, M. A. XV, 15144/18) Josef Söllner,
(P. Z. 315, M. A. XV, 13817/18) Heinrich Ehlotzky,
(P. Z. 317, M. A. XV, 13290/18) Wilhelm Fahrner.

(P. Z. 319, M. A. XV, 15141/18.) Dem provisorischen Lehrer 2. Klasse Franz Herburger wird die Tilgung des Remunerationsübergenusses von 508 K in monatlichen Teilbeträgen von 40 K ab 1. Jänner 1919 bewilligt.

Berichterstatter StR. Dr. Haas:

(P. Z. 332, Bau-Abt. VIII a, 56/18.) Dem Ansuchen der Firma Schrabetz & Komp. vom 26. Mai 1917 um Gewährung der tarifmäßigen Aufzahlungen für Lärchenholzpflaster in den

Straßen der Modenagründe, über die laut Anbot der Firma zu verwendende Menge von 800 m², wird stattgegeben und werden die Mehrkosten von 500 K genehmigt.

Dem Ansuchen der gleichen Firma vom 7. Mai 1918 um Gewährung einer Aufzahlung von 400 Prozent für die im Jahre 1918 ausgeführten restlichen Holzstöckelpflasterungsarbeiten auf den Modenagründen und Festsetzung des Beginnes der Haftzeit mit dem gleichen Tage, an dem die übrigen Holzpflasterungen daselbst in das Eigentum der Gemeinde übernommen wurden, wird stattgegeben. Die Mehrkosten von 1100 K werden genehmigt.

Der gleichen Firma werden die Bewachungskosten während der Arbeitsunterbrechung auf den Modenagründen, das ist vom 10. Jänner bis 31. März 1917 gegen Verrechnung nach dem Preistarife vom Jahre 1912 und der mit Stadtrats-Beschluß vom 28. September 1916, P. Z. 9444, M. A. VI, 2357/16, genehmigten Aufzahlung von 115 Prozent vergütet. Die Mehrkosten mit rund 2600 K werden genehmigt.

Dem Ansuchen der Aktiengesellschaft der vereinigten Asphalt- und Baumaterialienwerke vom 23. April 1918 um Gewährung einer Aufzahlung von 270 Prozent auf die Tarifpreise für im Jahre 1918 ausgeführte Asphaltiererarbeiten auf den Modenagründen wird stattgegeben. Die Mehrkosten per 2100 K werden genehmigt.

Dem Ansuchen der Bau-Unternehmung L. Wolf & Komp. vom 15. Juli 1917 um Gewährung einer Aufzahlung von 100 Prozent für Pflasterungsarbeiten und 80 Prozent für das Steinfuhrwerk auf die Anbotspreise vom 8. Mai 1916 für die Randsteinlegungen in den Straßen auf den Modenagründen wird stattgegeben. Die von der Oesterreichischen Bodenkreditanstalt rückzuvergütenden Mehrkosten von 1100 K werden genehmigt.

Für voraussichtlich auflaufende Mehrkosten für Mehrleistungen von Deichgräberarbeiten anläßlich der Straßenherstellungen auf den Modenagründen wird ein Betrag von 4000 K genehmigt.

Der für die Randsteinlegungen auf den Modonagründen laut Stadtrats-Beschluß vom 4. Mai 1917, P. Z. 4305, genehmigte Sachkredit von 78.968 K wird auf 80.068 K erhöht.

Der für die Holzpflasterungen auf den Modenagründen mit Stadtrats-Beschluß vom 28. September 1916, P. Z. 9444, und Stadtrats-Beschluß vom 4. Juni 1917, P. Z. 5565, genehmigte Sachkredit von 248.000 K wird auf 258.300 K erhöht und das bedeckte Mehrerfordernis von 10.300 K auf die Ausgab-Rubrik XXII 1 d verwiesen.

(P. Z. 59, M. A. IX. 82572/18.) Dem Armenrate des 3. Bezirkes Josef Fischer wird das Diplom für die mehr als zehnjährige Ausübung des Mandates verliehen.

(P. Z. 275, M. A. XI b, 31896/18.) Dr. Josef Bochskanl wird als Hospitant im Kaiserjubiläums-Spitale zugelassen.

(P. Z. 248 und 298, M. A. II, 9389 und 8275/18.) Der Ober-Bezirksarztenswitwe Hermine Gerstinger und der Ober-Tierarztenswitwe Beatrix Lutz werden die normalmäßigen Witwenpensionen im Jahresbetrage von 1800 K, beziehungsweise 2466 K 66 K angewiesen; letzterer wird außerdem ein Erziehungsbeitrag von je 493 K 33 h jährlich für die beiden Kinder Wilhelm und Ernst zuerkannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 306, M. A. X, 9387/18.) Dem Direktor Michael Gabriel wird der Gartengruftplatz Nr. 8 in Gruppe 42 H des Zentral-Friedhofes um die Gebühr von 10.000 K unter der Bedingung überlassen, daß die Gebühr binnen acht Wochen nach Verständigung beim städtischen Totenbeschreibamte eingezahlt und die Bestimmungen des Magistrates eingehalten werden.

(P. Z. 307, M. A. XI b, 25720/18.) Der Bericht des Magistrates über Vorkehrungen im Kaiserjubiläums-Spitale zum Zwecke der Pflege Grippekranker wird genehmigend zur Kenntnis genommen.

(P. Z. 308, M. A. XI b, 18897/18.) Der Sekundararzt des Kaiser Franz Josef-Kinderhospizes in Sulzbach Dr. Josef Speneder wird über sein Ansuchen als Sekundararzt 1. Klasse in den Stand der Sekundarärzte der städtischen Versorgungsanstalten mit dem Range vom 26. Mai 1915 und Einreihung hinter dem Sekundararzte 1. Klasse Dr. Krenthaller übersetzt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 309, M. A. XI, 83251/18.) Dem Waisenhausleiter Ignaz Stumvoll wird vom 1. Oktober 1917 an die 1. Quadriennalzulage von jährlich 300 K zuerkannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 394, M. A. III, 3919/18.) Der Magistrat wird beauftragt, mit den Brown-Boveri-Werken, A. G., wegen des Verkaufsanbotes, betreffend einen Baublock an der Haidestraße im 11. Bezirke neuerlich zu verhandeln und innerhalb 14 Tagen dem Stadtrate hierüber Bericht zu erstatten.

Berichterstatter StR. Weber:

(P. Z. 335, M. B. A. XXI, 27450/18.) Für die Inanspruchnahme städtischen Straßengrundes per 0·482 m² durch das beim Hause 21. Bezirk, Kretzgasse 6, Eigentümer Dr. Samuel und Adele Ruß, vorhandene Risalit wird als einmaliges Einlösungsentgelt der Betrag von 20 K festgesetzt. Der bisher vorgeschriebene Platzzins von 50 h jährlich ist mit 1. Jänner 1919 zu löschen.

Berichterstatter StR. Weigl:

(P. Z. 300, M. A. II, 8348/18.) Der Straßenarbeiterswitwe Marie Schalt wird die bisherige Gnadengabe von jährlich 300 K vom 1. Jönner 1919 angefangen auf jährlich 348 K erhöht und bis Ende des Jahres 1921, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt.

(An den Gemeinderat.)

Berichterstatter StR. Dr. Kienböck:

(P. Z. 397, M. A. I, 2630/18.) Der Stadtrat stimmt der Löschung der ob der Liegenschaft Einl.-Z. 465 Grundbuch Nußdorf, Eigentümer Anna Rendl und Genossen zugunsten der bestandenen Gemeinde-Nußdorf unter A. P. 2 und 3 einverleibten Verbindlichkeiten zu und hat der Magistrat die erforderliche Urkunde auszufertigen.

Berichterstatter StR. Richter:

(P. Z. 305, M. A. X, 9062/18.) Der Oberstleutnantswitwe Marie v. Hammer wird das heimgefallene eigene Grab Gruppe 3 Nr. 197 des Lainzer Friedhofes auf 15 Jahre um die Gebühr von 180 K und unter der Bedingung überlassen, daß diese Gebühr binnen acht Wochen nach Verständigung beim magistratischen Bezirksamte für den 13. Bezirk einbezahlt werde.

(P. Z. 364 bis 368.) Folgende Beamte der städtischen Gaswerke werden in die 2. Gehaltsklasse, 3. Gehaltsstufe befördert:

Mit dem Range vom 1. Jänner 1919: die Rechnungsbeamten Rudolf Bartl, Karl Fink und Richard Weber; der technische Beamte Bruno Ritter v. Meyer. Mit dem Range vom 1. Mai 1918: der Kanzleibeamte Josef Ptačnik.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 104, St. G. W., 4479/18.) Rudolf Merz wird im Hinblicke auf die erhöhte Einrechnung der Kriegsjahre mit dem Range vom 8. Jänner 1916 (statt 8. Juli 1918) zum Kanzleibeamten der städtischen Gaswerke der 4. Gehaltsklasse, 3. Gehaltsstufe befördert. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 103, St. G. W., 9836/18.) Die Lieferung der im ersten Halbjahre 1919 erforderlichen Glühkörper für die öffentliche Beleuchtung wird den bisherigen Lieferern auf Grund ihrer Anbote übertragen.

(P. Z. 343, St. E. W., 3370/18.) Der Oesterreichischen Länderbank wird die Lieferung von je 20.000 t nordwestböhmischer Braunkohle für die Jahre 1919 und 1920 zu den Preisen und Bedingungen ihrer Offerte vom 21. Dezember 1918 übertragen.

(P. Z. 370, St. G. W., 4637/18.) Der Anna Beringer, Mutter des verstorbenen Schlossergehilfen der städtischen Gaswerke Leopold Beringer wird der Krankheits- und Leichenkostenbeitrag im Betrage von 400 K zuerkannt.

(P. Z. 346, St. E. W., 3171/19.) Der Marie Aschinger, Witwe des Maschinisten der städtischen Elektrizitätswerke Anton Aschinger wird die im Vorjahre bewilligte Gnadengabe von jährlich 800 K auch für das Kalenderjahr 1919 bewilligt.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 347 bis 454.) Folgenden Witwen nach Bediensteten der städtischen Gaswerke werden Witwenpensionen, beziehungsweise Erziehungsbeiträge und Krankheits- und Leichenkostenbeiträge zuerkannt:

Der Kesselheizerswitwe Marie Madera eine Witwenpension im Jahresbetrage von 756 K 7 h, ein Erziehungsbeitrag von jährlich 151 K 21 h für das Kind Richard sowie der Krankheits- und Leichenkostenbeitrag von 567 K 5 h.

Der Gasmeisterswitwe Karoline Weidmann eine Witwenpension im Jahresbeitrage von 1352 K 23 h, Erziehungsbeiträge von je 270 K 44 h jährlich für die Kinder Berta und Elfrieda sowie der Krankheits- und Leichenkostenbeitrag von 1014 K 18 h

Der Laternenwärterswitwe Leopoldine Hana eine Witwenpension im Jahresbetrage von 402 K 24 h, Erziehungsbeiträge von je 80 K 45 h jährlich für die Kinder Franz, Leopold und Ferdinand, sowie der Krankheits- und Leichenkostenbeitrag von 351 K 96 h.

Der Laternenwärterswitwe Marie Nowotny eine Witwenpension im Jahresbetrage von 618 K 76 h, Erziehungsbeiträge von 123 K 75 h, jährlich für die Kinder Ludwig und Theresia sowie der Krankheits- und Leichenkostenbeitrag von 464 K 7 h.

Der Aushilfhdienerswitwe Emma Bayer eine Witwenpension im Jahresbetrage von 601 K 38 h sowie der Krankheits- und Leichenkostenbeitrag von 252 K 58 h.

Der Laternenwärterswitwe Marie Uchitil eine Witwenpension im Jahresbetrage von 584 K, sowie der Krankheits- und Leichenkostenbeitrag von 438 K.

Der Laternenwärterswitwe Marie Berthold eine Witwenpension im Jahresbetrage von 779 K 64 h, sowie der Krankheits- und Leichenkostenbeitrag von 464 K 7 h.

Der Laternenwärterswitwe Marie Kübl eine Witwenpension im Jahresbetrage von 566 K 62 h, sowie der Krankheits- und Leichenkostenbeitrag von 424 K 97 h.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 369, St. G. W., 4413/18.) Der Witwe nach dem Kesselheizer der städtischen Gaswerke Eduard Peter wird eine Abfertigung im Betrage von 2674 K 93 h unter Verzicht auf den Rückersatz der vom 29. September bis 13. Oktober 1918 ausgezahlten Kriegsunterstützung im Betrage von 83 K 44 h und der einmalige Krankheits- und Leichenkostenbeitrag im Betrage von 668 K 73 h zuerkannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 345, St. E. W., 3188/18/I c) Die Ueberweisung einer Spende von 500 K an den Unterstützungsfond im Rahmen der Hilfs- und Fürsorgeaktion für Elektrotechniker des Elektrotechnischen Vereines in Wien wird bewilligt.

(P. Z. 390, M. A. III, 2393/18.) Es wird zur Kenntnis genommen, daß der Ergänzungsgrund zum Kalkwerk in der Hinterbrühl ohne den darauf befindlichen Waldbestand übergeben wird und daß demzufolge der mit Gemeinderats-Beschluß vom 22. November 1918, P. Z. 10949, festgesetzte Kaufschilling eine Ermäßigung von 4000 K erfährt. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 105 bis 114, St. G. W., 355 bis 363.) Nachstehende Bedienstete der städtischen Gaswerke werden mit den normalmäßigen Ruhrbezügen in den bleibenden Ruhestand versetzt: der Monteur Josef Groß sen., die Gasmesserwärter Gottfried Fuchs, Johann Beigl sen., Johann Milota, Julius Lorenz, Josef Pfeiffer, Matthias Vesely, der Beleuchtungsmonteur Ferdinand Withalm, die Monteure Alfred Schweitzer und Karl Janisch, der Hilfarbeiter Wenzel Sejko, die Heizer Franz Langmüller und Franz Marksteiner, sowie die Laternenwärter Josef Groll, Franz Kmeth, Leopold Nowak, Franz Schatzl, Anton Stiermayer und Eduard Strohmayer.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Berichterstatter StR. Schneider:

(P. Z. 333, Bau-Abt. XII, 148/18.) Dem mit der baukünstlerischen Ausgestaltung der neuen Aspernbrücke betrauten Architekten Prof. Max Hegele wird auf Grund seines Ansuchens vom 31. August 1918 und der Nachtragserklärung vom 14. Dezember 1918 für seine bei diesem Baue geleisteten Mehrarbeiten und als Teuerungsbeitrag eine Vergütung von 5000 K zuerkannt.

(P. Z. 115, St. Str. B., 2576/200/18.) Der Bericht der Direktion der städtischen Straßenbahnen über die vom StR. Weigl gegebene Anregung die Bahnhofwerkstätten wegen Entlastung der Hauptwerkstätten zur Reparatur der Motorwagen mehr als bisher heranzuziehen, wird zur Kenntnis genommen. In diesem Berichte wird darauf hingewiesen, daß ein Grund zur weiteren Heranziehung der Bahnhofwerkstätten nicht vorhanden ist, da der Wagenstand den Bedürfnissen entspricht und wegen des dauernden Kohlenmangels vorläufig keine Möglichkeit besteht, den Fahrplan zu verstärken. Außerdem bestehe kein Arbeitermangel mehr, so daß der Arbeiterstand der Hauptwerkstätte jederzeit nach Bedarf ergänzt werden kann.

(P. Z. 371, St. Str. B., 564/10/18.) Die anläßlich der Errichtung eines neuen Zentral-Umschalters im Amtsgebäude der Straßenbahn-Direktion von der Post-Direktion geforderte Preiserhöhung von rund 27.000 K, sowie der Einbau von Rückrufklinken zum Preise von 2100 K wird genehmigt.

(P. Z. 372, St. Str. B., 4301/18.) Den Lokomotivführern der städtischen Straßenbahnen Georg Kalser, Method Mazourek, Franz Storch und Eugen Schmitt werden ab 1. Jänner 1919 zur Pensionsbemessung anrechenbare Personalzulagen von je 240 K jährlich gewährt, welche bei Erreichung der nächsthöheren Dienstklasse einzustellen sind. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 373, St. Str. B., 109/41/18.) Die Anbote der Witkowitzer Berg- und Eisenhüttengewerkschaft vom 28. Dezember 1918 bezüglich Lieferung von Rillenschienengleis Profil 210/160 mit verstärktem Leitschenkel und von Schienenweichen, passend zu diesem Profil, an die städtischen Straßenbahnen werden angenommen. Die Direktion der städtischen Straßenbahnen wird ermächtigt, die diesbezüglichen Bestellungen durchzuführen und die erforderlichen Vereinbarungen wegen der Preisbestimmung und der Lieferfristen zu treffen.

(P. Z. 116 und 374, St. Str. B., 7750 und 7920/18/Rt.) Die Anträge der Straßenbahn-Direktion über 46 Ansuchen um Fahrpreisbegünstigungen werden genehmigt.

Berichterstatter StR. Angermayer:

(P. Z. 299 und 301, M. A. II, 8518 und 5345/18.) Nachbenannten Personen werden jährliche Gnadengaben bis Ende des Jahres 1921, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt: der Straßenarbeiterswitwe Rosalia Sokol eine solche von 300 K ab 15. Oktober 1918 und dem Straßenarbeiter Josef Frisch eine solche von 420 K ab 24. September 1918. (An den Gemeinderat.)

Berichterstatter StR. David:

(P. Z. 302, M. A. III, 3903/18.) Von der Einleitung weiterer Verhandlungen über das Anbot des Ing. Richard Brix auf Verkauf von Grundstücken in Perchtoldsdorf, Gießhübl, Brunn a. G. und Gaaden an die Gemeinde Wien wird abgesehen.

Berichterstatter StR. Schneider:

(P. Z. 570, St. Str. B., 457.) Behufs Verbesserung des Sonntagsverkehres der Straßenbahnen seien folgende Linien an Sonn- und Feiertagen in Betrieb zu setzen:

Die Linie 117, von Floridsdorf bis Leopoldau.

Die Linie 32, von Floridsdorf bis Jedlesee.

Die Linien N und Nk, von der Klosterneuburgerstraße über Ring und Kai rund.

Die Linie 37, vom Schottentor über die Döblinger Hauptstraße bis Barawitzkagasse.

Die Linie 39, vom Schottentor bis Sievering.

Die Linie 40, vom Gürtel bis zum Türkenschanzpark.

Die Linie F, von Währing Kreuzgasse über Ring und Landstraßer Hauptstraße bis St. Marx.

Die Linie 49, von der Bellaria bis Stadtbahnstation Breitensee.

Die Linie 58, verlängert bis Unter-St. Veit und gleichzeitige Einführung der Linie 59 bis Lainz.

Die Linie 62, verlängert von der Hermesstraße bis zum Versorgungsheim.

Die Linie 66, von der Kärntnerstraße durch die Favoritenstraße bis zur Gundrunstraße.

Die Linie 67, von der Kärntnerstraße durch die Favoritenstraße bis zur Lehmgasse.

Die Linie 80, von der Schlachthausbrücke bis zum Lusthaus.

Die Linien T und Tk, von der Sophienbrücke bis zur Hauptallee.

Die Linie A von der Praterstraße bis zur Lagerhausschleife.

Die Linie 5, von der Josefstädterstraße bis zur Mariahilferstraße.

Es werden folgende Zusatz-Anträge gestellt:

StR. Spalowsky: Wiedereinführung der Linie 57.

StR. Müller: Die Straßenbahn-Direktion wird ermächtigt, an schönen Sonn- und Feiertagen Einschubzüge vom Meidlinger Bahnhofe nach Mauer einzustellen. Die Linie 63 ist zu verdichten.

StR. Vaugoin: Einführung der Linie 158.

StR. Angermayer: Wiedereinführung der Linien 3, 13 und 61 (direkter Verkehr vom Franz Josef-Bahnhof zum Meidlinger Südbahnhof).

StR. Emmerling: Wiedereinführung der Linie nach Schwechat.

StR. Winter: Wiedereinführung der Linie 158. Klagloser Anschluß an die Linie 58. Führung der Linie 57 bis Unter-St. Veit (Bahnschranken). An der Endstation 158 ist das Umkehren auf dem Anfahrtsgeleise ohne Benützung der Umkehrschleife durchzuführen, solange den Verkehr nur zwei Wagen besorgen.

StR. Skaret: Wiedereinführung der Radiallinien, insbesondere der 13er-Linie und Weiterführung der 157er-Linie vom Gürtel bis Winckelmannstraße.

StR. Weber: Wiederherstellung einer Verbindung nach Stadlau und von Kagran bis zum Spitz. Auf der Linie 31 über die Franz Josefs-Brücke sind geschlossene Wagen zu verwenden.

StR. David: Wiedereinführung der J-Linie von Ottakring bis Stadiongasse.

Ueber Antrag des StR. Knoll wird die Debatte geschlossen und die Fortsetzung der Beratung, für welche noch mehrere Stadträte zum Worte vorgemerkt sind, vertagt. Die im Laufe der Debatte gestellten Anträge werden der Direktion der städtischen Straßenbahn zur schleunigen Berichterstattung an den Stadtrat zugewiesen.

Bgm. Dr. Weiskirchner teilt in Beantwortung der in der letzten Stadtrat-Sitzung vom StR. Max Winter eingebrachten Interpellation, betreffend die Abholzung an der Grenze Wiens außerhalb des Tiergartens für die Zwecke der Gemeinde Liesing und im Tiergarten für die Zwecke der Gemeinde Wien mit, daß nach einem Berichte des Wohnungsamtes die vier im Lainzer Tiergarten befindlichen militärischen Baracken vom Bezirkswirtschaftsamte Stelle 8 zwecks Unterbringung der im Tiergarten mit der Holzschlägerei beschäftigten Angestellten übernommen wurden. Dem Wohnungsamte war von dieser Uebernahme bis heute nichts bekannt; sie dürfte im Zusammenhange mit der Frage der Holzschlägerung erledigt worden sein und dürften diese Baracken die Holzarbeiter-Unterkünfte darstellen. Hinsichtlich der Anregung des StR. Winter wird sich das Wohnungsamt sofort mit dem Jugendamte in Verbindung setzen.

Schluß der Sitzung.

Bericht

über die Sitzung vom 11. Jänner 1919.

Vorsitzende: Die VB. Hoß und Reumann.

Anwesende: Bgm. Dr. Weiskirchner und die StR. Angermayer, Breuer, David, Dechant, Emmerling, Dr. Hein, Heindl, Hellmann, Hötzel, Hohensinner, Jung, Körber, Melcher, Müller, Pick, Richter, Schmid, Schneider, Schwer, Siegel, Spalowsky, Tomola, Vaugoin, Weigl und Winter.

Entschuldigt: StR. Knoll.

Schriftführer: Magistrat-Konzipist Dr. Forkl.

VB. Hoß eröffnet die Sitzung.

Berichterstatter StR. Tomola:

(P. Z. 396, M. A. XV, 146.) Die unentgeltliche Mitbenützung von Turnsälen in Schulen des 2. und 7. Bezirkes vom 10. Jänner bis zum Wahltage zur Abhaltung von Wählerversammlungen, und zwar jener des 2. Bezirkes an Sonntagen nachmittags und an Donnerstagen abends, jener des 7. Bezirkes an Dienstagen und Donnerstagen von 5 bis 8 Uhr abends und an Sonntagen von 9 bis 12 Uhr mittags und von 2 bis 8 Uhr abends einschließlich der kostenlosen Beleuchtung wird unter der Bedingung genehmigt, daß die Beleuchtung auf das unbedingt notwendige Ausmaß eingeschränkt und von einer Beheizung abgesehen werde. Weiters wird das Rauchverbot und dessen Ersichtlichmachung, die Entlohnung des Schuldieners und die Haftung für alle Sachbeschädigungen bedungen.

(P. Z. 421, M. A. XV, 339.) Unter denselben Bedingungen wird die Mitbenützung der Turnsäle in Schulen des 3., 8. und 14. Bezirkes an den angesuchten Tagen und Stunden genehmigt.

(P. Z. 432, St. Jugendamt, Jugendfürsorge 23/18.) Die provisorische Akzessistin Petra Belem und die ihr bisher dienstlich zugeteilte provisorische Fürsorgerin Giannina Stanicic werden dem Verbande der freiwilligen Jugendfürsorge in Wien als Leiterin, beziehungsweise als Mitarbeiterin für die am 1. Jänner 1919 eröffnete Hauptgeschäftsstelle des Verbandes zugewiesen. Der Verband übernimmt hiefür die Verpflichtung, den Gehalt der beiden Genannten dem städtischen Jugendamte zurückzuerstatten. Die dienstliche Zuweisung hätte zunächst für ein Jahr zu erfolgen.

(P. Z. 67, M. A. XV, 16386/18.) Die Gemeinde Wien erteilt die Zustimmung zu der mit Beginn des Schuljahres 1918/19 erfolgten provisorischen Eröffnung je einer Parallele zu der 1., 2. und 3. Klasse an der Hilfsschule für schwachbefähigte schulpflichtige Kinder 14., Dadlergasse 16.

(P. Z. 327, B. Sch. R., 16781/17.) Der Magistratsbericht, betreffend Parallelklassen an Schulen des 7. Inspektionsbezirkes, wird zur Kenntnis genommen.

(P. Z. 320, M. A. XV, 15262/18.) Dem Ansuchen des Volksschullehrers 1. Klasse Matthias Hermann um Gleichstellung mit dem verheirateten Lehrpersonen ohne Kinder hinsichtlich der Kriegszulage und des Anschaffungsbeitrages wird gnadenweise Folge gegeben; dagegen werden die Ansuchen des Volksschullehrers 1. Klasse Alois Lhotka und der Bürgerschullehrerin Adele Reichard abgewiesen.

(P. Z. 321, M. A. XV, 12724/18.) Das Ansuchen des Volksschullehrers 1. Klasse Franz Becsi um gnadenweise Belassung des Quartiergeldes für das Novemberquartal 1914 und für das Februar- und Maiquartal 1915 wird bewilligt.

(P. Z. 68 und 69, M. A. XV, 16242 und 16341.) Zur Eheschließung der provisorischen Lehrer 2. Klasse Hans Bach und Leopold Stich wird nachträglich die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 325, M. A. XV, 16473.) Zur Beurlaubung des Volksschullehrers 1. Klasse Josef Hellmann zwecks Ausübung des Mandates als Stadt- und Gemeinderat vom 7. Jänner 1919 an bis auf weiteres, längstens jedoch vorläufig auf die Dauer des laufenden Schuljahres gegen Ersatz der Substitutionskosten (auch der nach § 19 des Subst.-Normales erwachsenden) und Einstellung allfälliger Remunerationen wird die Zustimmung erteilt.

(Während der Verhandlung und Abstimmung über diesen Gegenstand ist StR. Hellmann im Sitzungssaale nicht anwesend.)

(P. Z. 310, M. A. XV, 12748.) Die Zuerkennung einer Remuneration an die Seelsorger auch im Schuljahre 1918/19 für alle in der vierten und fünften Volksschulklasse oder an Bürgerschulen erteilten Unterrichtsstunden wird genehmigt.

(P. Z. 228 bis 232, M. A. XV, 16135 bis 16139.) Der Zuerkennung von Wegentschädigungen in den angeführten Beträgen an folgende provisorische katholische Religionslehrer im Schuljahre 1917/18 wird zugestimmt:

P. Peter Walle (136 K 40 h), P. Ernest Sykora (97 K 24 h), P. Luzius Lackner (100 K 76 h), P. Alois Kanda (33 K 88 h) und P. Josef Hruby (52 K 36 h).

(P. Z. 244, M. A. XV, 15153.) Das Ansuchen des Bürgerschul-Direktors Ferdinand Haag um Bewilligung einer Wegentschädigung wird abgewiesen.

(P. Z. 324, M. A. XV, 16507.) Zur Verminderung der Lehrverpflichtung des definitiven katholischen Religionslehrers Johann Fiedler von 21 auf 20 wöchentliche Unterrichtsstunden für die Dauer des Schuljahres 1918/19 wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 242, M. A. XV, 15343.) Das Ansuchen des Oberlehrers i. R. Karl Sitter um gnadenweise Belassung der Kriegszulage (sowie des Anschaffungsbeitrages) in jenem Maße, in welchem er dieselbe zuletzt während der aktiven Dienstzeit bezogen hat, wird abgelehnt.

(P. Z. 389, M. A. XV, 4640.) Den in dem Magistratsberichte genannten Witwen nach Lehrpersonen und Schuldienern wird die Belassung der bisherigen Gnadengabe im Sinne der Magistrats-Anträge bewilligt. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 314 und 323, M. A. XV, 14421 und 11967.) Dem Volksschullehrer 2. Klasse Ignaz Jakobartl wird die Rückzahlung eines Uebergenusses von 655 K, dem Volksschullehrer 2. Klasse Gustav Benja eines solchen von 301 K in monatlichen Teilbeträgen bewilligt. Das Ansuchen des Letztgenannten um Nachsicht des Uebergenusses wird abgelehnt.

(P. Z. 126, B. Sch. R., 3226.) Zur definitiven Versetzung der Arbeitslehrerin Aloisia Hotzy aus Dienstesrücksichten von der allgemeinen Volksschule für Mädchen 17., Jörgerstraße 38, an die Bürgerschule für Mädchen 7., Zieglergasse 49, wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 127, B. Sch. R., 9800/17.) Zur definitiven Versetzung des Volksschullehrers 1. Klasse Karl Schatzl aus Dienstesrücksichten von der allgemeinen Volksschule für Knaben und Mädchen 1., Werdertorgasse 6 an die allgemeine Volksschule für Knaben 12. Singrienergasse 21, vom Beginne des Schuljahres 1919/20 an, wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 431, B. Sch. R., 14023.) Zur definitiven Versetzung des Volksschullehrers 1. Klasse Karl Rethey aus Dienstesrücksichten von der allgemeinen Volksschule für Knaben 15., Hackengasse 11 an die allgemeine Volksschule für Knaben 15., Talgasse 2, vom Beginne des Schuljahres 1919/20 an, wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 71, St. Jugendamt, 1556.) Im Stande des städtischen Jugendamtes werden die Offiziale Alois Völkl, Josef Hansal und Wilhelm Oberleitner im Wege der Zeitbeförderung zu Ober-Offizialen, ersterer mit dem Range vom 17. März 1917, die letzteren mit dem Range vom 3. Dezember 1917 ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 128 bis 130, B. Sch. R., 2715, 12984 und 11808.) Der Termin für die Rechtswirksamkeit der Ernennung folgender Lehrpersonen zu Volksschullehrern 2. Klasse wird wie folgt abgeändert:

Gustav Azmann (16. Mai 1916), Wolfgang Leistner (6. Juni 1917) und Adolf Budil (9. Dezember 1916).

(P. Z. 131 bis 135, B. Sch. R., 14558, 14559, 14850, 14840 und 14563/18.) Folgende provisorische Lehrkräfte für weibliche Handarbeiten werden im Vorrückungswege mit der Rechtswirksamkeit von den bezeichneten Tagen an zu definitiven Lehrerinnen für weibliche Handarbeiten ernannt:

Magdalene Demel und Leopoldine Künzel (1. November 1918), Marie Wimmer, Karoline Meier und Amalie Neumann (1. Dezember 1918). (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 136, B. Sch. R., 7769/18.) Die Ernennung der aushilfsweise bestellten provisorischen Lehrerin 2. Klasse Friederike Förster im Vorrückungswege zur Volksschullehrerin 2. Klasse gemäß § 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917 wird abgelehnt.

(P. Z. 193 bis 197, B. Sch. R., 5367, 10897, 10888, 10828 und 10754.) Folgende provisorische Lehrer 2. Klasse werden mit der Rechtswirksamkeit von den bezeichneten Tagen an im Vorrückungswege zu Volksschullehrern 2. Klasse ernannt: Josef Maresch (1. April 1918), Johann Vater (1. Juli 1918), Wilhelm Leitinger (1. April 1918), Leopold Krötlinger (1. September 1918) und Emil Pischtiak (1. Jänner 1918).

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 137, 138, 140 bis 166, B. Sch. R., 12415, 12273, 12217, 12213, 11939, 11410, 8479, 12368, 11334, 9450, 9435, 9432, 4286, 7846, 10502, 14205, 13845, 13547, 14213, 14089, 13264, 13135, 13013, 13007, 12792, 12686, 12987, 12912 und 12262.) Folgende Lehrkräfte werden mit der Rechtswirksamkeit von den angeführten Tagen an im Vorrückungswege zu Volksschullehrerinnen 2. Klasse ernannt: Antonie Ries (1. September 1918), Karoline Weindl, Josefine Strammer und Adele Pehn (1. Oktober 1918), Helene v. Metzerich (1. August 1918), Marie Angerbauer (1. Dezember 1918), Auguste Mlczoch und Amanda Ovcaric (1. August 1918), Rosa Krall v. Kralsberg (1. September 1918), Hilda Sommer (1. Juli 1918), Wilhelmine Dobias (1. Oktober 1918), Friederike v. Altvatter (1. September 1918), Marie Lachnit (1. Dezember 1917), Wilhelmine Homolatsch und Therese Hackl (1. August 1918), Hermine Hager (1. November 1918), Elisabeth Hacker (1. Oktober 1918), Ingeborg Holocher, Gabriele v. Sattler, und Marie Pabst (1. Dezember 1918), Elisabeth Raab (1. Oktober 1918), Eva Schramm (1. August 1918), Helene Obendorfer (1. November 1918), Margarete Friepeß (1. Dezember 1918) Helene Pellech (1. September 1918), Thekla Kuchinka (1. April 1918), Marie Pschorn (1. November 1918), Elisabeth Perz und Margarete Fleischmann (1. Oktober 1918).

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Berichterstatter StR. Schmid:

(P. Z. 437, St. E. W., 818.) Die Dienstbezüge des kaufmännischen Beamtem extra statum der städtischen Elektrizitätswerke Franz Pokorny werden vom 1. Jänner 1919 angefangen auf 2400 K Gehalt und 1200 K Quartiergeld nebst dem mit dem Gemeinderats-Beschlusse vom 13. November 1918, P. Z. 10651, genehmigten Spesenpauschale von jährlich 800 K erhöht, wobei ihm unter Umgangnahme von der Einreihung in die Gruppe der Verwaltungsbeamten für die Zukunft die Vorrückung in höhere Dienstbezüge nach Maßgabe der für die Verwaltungsbeamten der städtischen Elektrizitätswerke genehmigten Vorrückungs- und Beförderungsfristen zugesichert wird.

Gleichzeitig wird ihm unter Nachsicht seiner mit dem Gemeinderats-Beschlusse vom 23. Juni 1911, P. Z. 9609, zur Kenntnis genommenen Verzichtleistung auf die Gewährung einer Alters-, beziehungsweise Hinterbliebenen-Versorgung durch die Gemeinde die Zusicherung erteilt, daß ihm, beziehungsweise seinen Hinterbliebenen im Falle seiner eigenen Dienstunfähigkeit oder seines Ablebens diejenigen Beträge werden flüssig gemacht werden, welche die von ihm, beziehungsweise von seinen Hinterbliebenen in diesem Zeitpunkte bezogenen Hauptmannspension auf diejenigen Ruhegenüsse ergänzen, welche ihm beziehungsweise seinen Hinterbliebenen alsdann nach Maßgabe seiner Dienstleistung bei der Gemeinde auf Grund der Pensionsvorschrift für die Beamten und Diener der Stadt Wien gebühren würden. (An den Gemeinderat.)

Berichterstatter StR. Dechant:

(P. Z. 425, B. A. VIII a, 376/18.) Das bei der Herstellung der verlängerten Felix Mottl-Straße und der Gassen 2 und 3 entlang der Exportakademie im 19. Bezirke eingetretene und bedeckte Mehrerfordernis von 10.160 K 37 h wird nachträglich genehmigt.

Berichterstatter StR. Spalowsky:

(P. Z. 423 und 426, B. A. X, 575 und 571.) Dem Ansuchen der Verlassenschaft nach dem am 7. Dezember 1918 verstorbenen Kanalräumungsunternehmer Friedrich Gnapp um die Bewilligung zur weiteren Besorgung der dem Genannten mit Stadtrats-Beschluß vom 20. Juni 1918, P. Z. 6186, übertragenen Kanal- und Senkgrubenräumungsarbeiten im 14. und 15. Bezirke und dem Ansuchen der Verlassenschaft nach dem Kanalräumungsunternehmer Rudolf Löffler um die Bewilligung zur weiteren Besorgung der Kanal- und Senkgrubenräumungsarbeiten im 9. Bezirke und der Räumungsarbeiten im Hauptsammelkanale des 1., 3. und 9. Bezirkes bis zum Ablauf der Vertragsdauer unter den zufolge obigen Stadtrats-Beschlusses mit dem Erblasser vertragsmäßig vereinbarten Preisen und Bedingungen wird Folge gegeben.

Berichterstatter StR. Dr. Hein:

(P. Z. 294, M. A. I, 2975.) Der Magistrat wird ermächtigt, in der Nachlaßsache nach Karl Potansky namens der Gemeinde Wien die bedingte Erbserklärung aus dem Testamente abzugeben, den vorhandenen Nachlaß mit gerichtlicher Ermächtigung bestmöglichst zu veräußern und beauftragt, über den Verbleib des im Testamente angeführten weiteren Nachlasses Nachforschungen zu pflegen und hierüber an den Stadtrat zu berichten.

(P. Z. 329, M. A. XIX, 1498/18.) Von der Ergreifung des Rekurses gegen die Erwerbsteueraufteilung bezüglich der Pottendorfer Baumwollspinnerei und Zwirnerei-A.-G. für das Jahr 1917 wird Umgang genommen.

Berichterstatter StR. Hellmann:

(P. Z. 311, 312, 316 und 318, M. A. XV, 13726, 15387, 13053 und 13049.) Die Ansuchen nachstehender Lehrpersonen um ratenweise Rückzahlung eines Uebergenusses werden genehmigt: der Lehrerin der französischen Sprache Marie Risnar im Betrage von 202 K 23 h, der Volksschullehrer Franz Satzinger (1543 K 33 h), Rudolf Palm (760 K) und Ferdinand Jelinek (631 K 67 h).

(P. Z. 322, M. A. XV, 15209/18.) Dem Antrage des Bezirksschulrates Wien vom 29. November 1918, G. Z. 7208/18, daß der Bürgerschullehrerin an der Mädchen-Bürgerschule 19. Grinzingerstraße 59/61, Hedwig Molak, geb. Sahlinger, von der an Privat-Volksschulen mit Oeffentlichkeitsrecht zugebrachten Dienstzeit der Teil vom 12. November 1904 bis 5. April 1911 im Sinne des § 39 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, für die Zukunft bei Bemessung von Dienstalterszulagen eingerechnet werden könne, wird die Zustimmung verweigert.

(P. Z. 12762, M. A. XV, 15067.) Die Verteilung der vom Frauenhilfs-Komitee des 19. Bezirkes beigestellten Speisen an Ortsarme und bedürftige Schulkinder im Schulhause 19., Wigandgasse 29, wird bis auf jederzeit möglichen Widerruf gestattet.

(P. Z. 12765/18, M. A. XV, 16134.) Dem provisorischen Lehrer 2. Klasse Alfred Lehner wird nachträglich die Zustimmung zur Eheschließung erteilt.

Berichterstatter StR. Baugoin:

(P. Z. 428, M. A. X, 26.) Dem Konrad Anderl sen. wird der Doppelgruftplatz Nr. 64 in der Gruppe 2 an der östlichen Mauer des Hütteldorfer Friedhofes um die Gebür von 7000 K auf die Dauer des Friedhofsbestandes überlassen.

(VB. Neumann übernimmt den Vorsitz.)

Berichterstatter VB. Hoß:

(P. Z. 296, M. A. II, 7996.) Für die Doppelwaise Roderich Kinzer wird eine Waisenpension von 2000 K vom 1. Oktober 1918 an unter gleichzeitiger Einstellung des bisherigen Erziehungsbeitrages angewiesen. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 77, Bau-Dir., 5241.) Den Beamten des Hilfsstatus des Stadtbauamtes werden die nachstehenden neuen Rangstitel verliehen:

In der 7. Rangsklasse „Technischer Verwalter".

In der 8. Rangsklasse „Technischer Ober-Revident".

In der 9. Rangsklasse „Technischer Revident".

In der 10. Rangsklasse „Technischer Offizial".

In der 11. Rangsklasse „Technischer Assistent" („Technischer Praktikant"). (An den Gemeinderat.)

Nach einem Zusatz-Antrage des StR. Baugoin wird die Stadtbau-Direktion beauftragt, einen Vorschlag über die Abänderung des Titels „Hilfsstatus" zu erstatten.

Berichterstatter Bgm. Dr. Weiskirchner

stellt zur P. Z. 421 hinsichtlich der Uebernahme von Krongütern durch die Gemeinde folgende Anträge:

1. Der Bericht des Bürgermeisters über seine Verhandlungen mit dem Staatsnotar Dr. Sylvester wird zur Kenntnis genommen.

2. Wegen Eröffnung des Kaisergartens, Durchführung eines Verkehrsweges senkrecht zum Parlamente durch den Volksgarten, Führung einer Fahrstraße vom Nordwestbahnhofe durch den Augarten ist sofort an den Staatsnotar heranzutreten.

3. Wegen entgeltlicher oder bestandweiser Uebernahme von Krongütern im allgemeinen Interesse der Bevölkerung Wiens haben Magistrat und Stadtbauamt sofort einen eingehenden Bericht zu erstatten.

4. Der Bericht wegen Inanspruchnahme des Stadterweiterungsfondes durch die Gemeinde ist vom Magistrate sofort vorzulegen.

StR. Schmid wünscht die Eröffnung des Kindergartens im Belvedere und von Teilen des Theresianumgartens für den allgemeinen Besuch; ferner soll ein Verbindungsweg zwischen Schwarzenberggarten und Belvedere und zwischen Belvedere und Botanischem Garten hergestellt werden.

StR. Hohensinner regt an, daß für den Verkehr zwischen dem oberen Belvederegarten und dem Botanischen Garten eine Verbindung geschaffen werde.

StR. Müller schlägt vor, daß folgende Tore von Schönbrunn geöffnet werden: Das Tor an der Straße Am Fasangarten, jenes in der Schönbrunnerallee und das beim Maxingparke, so daß eine Kommunikation durch Schönbrunn nach allen Richtungen möglich ist.

StR. Winter schlägt die Umwandlung der Menagerie, des Tirolergartens und der Fasanerie in eine Versuchsstation vor, in der die Biologie des Pflanzen- und Tierreiches dem allgemeinen Publikum veranschaulicht werden könnte (Schule des Lebens). — Für ein zweites Volksheim soll der alte Saalbau im Augarten zur Verfügung gestellt werden.

StR. Hein regt die Einholung von Gutachten bei Männern der Kunst und Wissenschaft hinsichtlich der Verwendung einzelner Krongüter an.

StR. Körber wünscht die Entfernung der Augartenmauer in der Rauscherstraße. Die Fortsetzung der Castellezgasse wolle in Aussicht genommen werden.

StR. Baugoin regt die Erhaltung des alten Baumbestandes im Lainzer Tiergarten an; die großen, freien Plätze daselbst sollen für eine Anlage verwendet werden, die eine Kombination zwischen Erbbaurecht und Schrebergärten darstellt. — Im Tirolergarten soll bei Eintritt normaler Verhältnisse eine Meierei (Volkstivoli) errichtet werden. — Der Fasangarten soll gleich eröffnet werden und einen Ausgang nach Hetzendorf erhalten.

Gelegentlich der gegenständlichen Beratungen regt StR. Hohensinner die Entfernung der Mauer des Schwarzenberggartens in der Prinz Eugen-Straße an.

(Referenten-Antrag einstimmig angenommen; die vorgebrachten Anregungen werden dem Magistrate zur weiteren Behandlung übermittelt.)

(P. Z. 409, M. A. X, 147.) Der Stadtrat widmet zur Beerdigung des Leichnams des Hofrates und Universitätsprofessors Dr. Friedrich Schauta ein Grab an der linksseitigen Mauer des Wiener Zentral-Friedhofes in der Gruppe historisch-denkwürdiger Persönlichkeiten. (Einstimmig angenommen.)

(P. Z. 410, M. A. X, 109.) Zur Beerdigung der Leiche des Dichters Peter Altenberg widmet die Gemeinde Wien ein Grab an der linksseitigen Mauer des Wiener Zentral-Friedhofes in der Gruppe der historisch-denkwürdigen Persönlichkeiten.

(Einstimmig angenommen.)

Berichterstatter StR. Schneider:

(P. Z. 13006, St. Str. B., 7063.) Der Stadtrat ist nicht in der Lage, den allgemein gehaltenen Ansuchen des Zentral-Verbandes der deutschösterreichischen Kriegsbeschädigten um Freikarten für die Mitglieder des Arbeits-Ausschusses sowie um Fahrpreisbegünstigungen (Freikarten und Ermäßigungen) für Kriegsblinde und sonstige Kriegsverletzte, leidende oder mit Gebrechen behaftete Krieger in der vom Verbande vorgeschlagenen Weise zu entsprechen. Er behält sich vielmehr vor, Fahrpreisbegünstigungen nach Maßgabe der Bestimmungen des Gemeinderats-Beschlusses vom 13. März 1903, P. Z. 1320, über die Ausgabe von Freikarten von Fall zu Fall bei nachgewiesener Mittellosigkeit auch an Kriegsverletzte wie bisher zu bewilligen.

Der Stadtrat ermächtigt die Direktion der städtischen Straßenbahnen, den in Wien seßhaften und hier beschäftigten Kriegsbeschädigten deutschösterreichischer Staatszugehörigkeit, die (infolge kriegerischer Einwirkung) mit Blindheit oder einem solchen körperlichen Gebrechen behaftet sind, daß sie zur Fortbewegung die Straßenbahn in Anspruch nehmen müssen, Anweisungen zur Fahrt gegen Lösung von Kinderkarten auszufertigen, und zwar je nach Bedarf mit Gültigkeit für einzelne Strecken oder für das Tarifgebiet I, bei Blinden auch für eine Begleitperson.

Diese Begünstigung wird ohne Bedacht auf die Vermögenslage des Kriegsbeschädigten gewährt und ist auf das Jahr 1919 beschränkt. Für die Gebarung mit diesen Anweisungen gelten die einschlägigen Vorschriften des allgemeinen Tarifes. Eine Gebührenbegünstigung nach dem Fahrkartensteuergesetz hat der Zentral-Verband unter allfälliger Beihilfe der Straßenbahn-Direktion zu erwirken.

Berichterstatter VB. Hoß:

(P. Z. 429, M. A. XI, 82230/18.) Die Wahl des Anton Freudensprung und des Leopold Resch zu Armenräten des 21. Bezirkes mit der Funktionsdauer bis 31. Dezember 1919 wird bestätigt.

(P. Z. 41, M. D., 8344/18.) Der Magistratsrat Heinrich Hengster wird über Ansuchen in den bleibenden Ruhestand versetzt; sein Ruhegenuß wird mit dem Gesamtbetrage von jährlich 11.300 K festgesetzt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 74, Bau-Dir., 4539/18.) Dem Oskar Grüner wird auf die Dauer seiner Verwendung als Architekturzeichner eine für die Kriegszulagenbemessung nicht zu berücksichtigende Zulage von monatlich 100 K bewilligt.

(P. Z. 75, Bau-Dir., 5210/18.) Auf Grund des Gemeinderats-Beschlusses vom 13. November 1918 werden infolge erhöhter Anrechnung der Kriegsjahre im bau- und maschinentechnischen Hilfsstatus des Stadtbauamtes mit dem unten angeführten Rangstage ernannt:

zu Bauaufsichts-Ober-Revidenten 2. Klasse: Johann Ruf (31. Mai 1916), Hubert Rodler (4. August 1916), Viktor Wagner (11. Dezember 1916), Karl Schmidt (19. Februar 1917), August Giger (3. November 1917), Arnold Thetter (17. November 1917), Moritz Englinger (28. Jänner 1918), Robert Brodicky (11. Juli 1918), Viktor Stark (15. August 1918);

zu Bauaufsichts-Revidenten: Franz Bittmann (28. September 1916), Franz Szegfü (13. November 1916), Karl Brunner (10. März 1917), Gustav Sperat (12. September 1917), Richard Schwaiger (11. Dezember 1917);

zu Bauaufsichts-Offizialen: Richard Bittmann, Franz Braune und Friedrich Hüttner (15. Mai 1916), Anton v. Schmoll (10. Jänner 1918), Anton Javorsky (13. Mai 1918).

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 293, M. D., 8382/18.) Dem Magistrats-Sekretär Dr. Franz Urban wird für die Dauer seiner gegenwärtigen Verwendung eine Diensteszulage von monatlich 200 K, welche gleichzeitig als Entfernungsgebührenpauschale zu gelten hat, ab 1. Dezember 1918 gewährt.

(P. Z. 70, M. A. VIII a, 936/18.) Der von der Forstverwaltung Naßwald vorgelegte Kostenvoranschlag über den Fuhrwerksbetrieb für das Wirtschaftsjahr 1918/19 wird mit dem Erfordernisse von 20.000 K genehmigt.

(P. Z. 82, Bau-Dir., 4490/18.) Der Baurat Ing. Hans Stroßner wird über sein Ansuchen in den bleibenden Ruhestand versetzt. Seine Ruhebezüge werden zusammen mit 11.100 K bemessen. In Würdigung seiner besonderen Verdienste bei der Ausführung der in den letzten Jahren geschaffenen Brücken der Stadt Wien wird ihm der Titel „Ober-Baurat" verliehen.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend; an den Gemeinderat.)

Schluß der Sitzung.

Bezirksvertretungen

Sitzungen.

7. Bezirk, 23. Jänner, 5 Uhr nachmittags.
11. „ 23. „ 5 „ „

---

4. Gemeindebezirk, Wieden.

Oeffentliche Sitzung vom 17. Dezember 1918.

Vorsitzender: BV. Charwat.

Schriftführer: Kanzleileiter Ober-Offizial Hlafka.

Nach Feststellung der Beschlußfähigkeit erklärt der Vorsitzende die Sitzung für eröffnet.

Die Verhandlungsschrift der am 19. November 1918 abgehaltenen Sitzung wird vorgelesen und genehmigt.

Der Vorsitzende teilt mit, daß die Gattin des B.-R. Karl Prokop am 17. Dezember 1918 verschieden ist, weshalb er im Namen der Bezirksvertretung sowie im eigenen Namen ein Beileidschreiben übersendete und ersucht um nachträgliche Genehmigung.

Zuschrift der Magistrats-Abteilung IV, betreffend Fahrverbot, für Schwerfuhrwerk und Lastkraftwagen in der Taubstummengasse im 4. Bezirke.

Zur Kenntnis.

Zuschrift des Ortsschulrates des 4. Bezirkes, betreffend Schulprogramm pro 1919/20.

Hiezu spricht BV. Charwat in ausführlicher Weise und beantragt, die Zuschrift zur Kenntnis zu nehmen und ihn zu ermächtigen, Verhandlungen dahin gehend einleiten zu können, daß der im 4. Bezirke, Schelleingasse, gelegene, seit Jahren für den Neubau einer neuen Volksschule in Aussicht genommene Bauplatz im Falle der Unterbringung der bisherigen Knaben-Volksschule 4., Alleegasse 44, im Schulgebäude 4., Karolinenplatz 7, als Jugendspielplatz des 4. Bezirkes hergerichtet und verwendet werde, da der 4. Bezirk derzeit nur über einen derartigen Spielplatz, und zwar bei der Schule 4., Alleegasse 11, verfüge, der den Bedürfnissen des 4. Bezirkes in keiner Weise genügen könne.

Hiezu sprechen die B.-R. Merth und Hönigmann, worauf die Zuschrift zur Kenntnis und der Antrag des Vorsitzenden einstimmig angenommen wird.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

---

10. Gemeindebezirk, Favoriten.

Oeffentliche Sitzung vom 30. November 1918

Vorsitzender: BV. Hruza.

Schriftführer: Kanzleileiter Neuwirth.

Der Vorsitzende begrüßt die Erschienenen und gibt bekannt, daß folgende Spenden eingelangt sind:

Von Johann Dorn anläßlich der Verleihung des Bürgerrechtes 100 K,

von Ernst Kral anläßlich der Verleihung des Bürgerrechtes 50 K,

von Franz Dvorak anläßlich der Verleihung des Bürgerrechtes 200 K,

von Josef Winkler anläßlich der Verleihung des Bürgerrechtes 200 K.

Vor Eingang in die Tagesordnung hält der Vorsitzende an die Versammelten eine Ansprache, in welcher er ausführt, daß die Bezirksvertretungen Wiens von den Ereignissen nicht unberührt bleiben werden. Bezüglich seiner Person bringe er zur Kenntnis, daß er seine Stelle als Bezirksvorsteher niedergelegt habe.

BVSt. Krist schildert in bewegten herzlichen Worten die Tätigkeit des BV. Hruza.

Redner bittet schließlich BV. Hruza, seine reichen Erfahrungen dem Bezirke zur Verfügung zu stellen und dankt demselben herzlichst für dessen segensreiche Tätigkeit.

BR. Dobner richtet an den Vorsitzenden herzliche Abschiedsworte und betont, daß es demselben gelungen sei, durch seine stets gleichbleibende Herzlichkeit ein gutes Einvernehmen mit den Bezirksräten aufrecht zu erhalten. Auch dieser Redner dankt dem scheidenden Bezirksvorsteher für dessen langjähriges verdienstvolles Wirken.

BR. Stepanek erwähnt, daß er in Vertretung seiner Wählerschaft unzählige Male den Rat des BV. Hruza eingeholt und stets bereitwilliges Entgegenkommen gefunden habe.

Redner wünscht dem Scheidenden ferneres Wohlergehen, was er sich durch ein arbeitsreiches Leben verdient habe.

BR. Honsa spricht im Namen der jüngeren Kollegen dem BV. Hruza den besten Dank aus, wünscht demselben eine wohlverdiente Ruhe.

BR. Rosenmayer versichert, daß die Bezirksvertretung auch in Zukunft ihre Pflicht gewissenhaft erfüllen werde und dankt sodann in warmen Worten dem Bezirksvorsteher für seine so oft bewiesene Kollegialität.

Hierauf erbittet sich der als Gast erschienene Obmann des Ortsschulrates Decker das Wort, dankt dem Vorsitzenden für seine Tätigkeit auf dem Gebiete des Schulwesens.

GR. Wawerka schließt sich den Ausführungen der Vorredner an.

BV. Hruza dankt allen Vorrednern für deren ehrende Worte und kommt sodann auf den Rücktritt des StR. Wippel, der vom Standpunkte des 10. Bezirkes tief bedauert werden müsse, zu sprechen. Wippel, welcher früher schon als Bezirksvorsteher-Stellvertreter wirkte, habe sich das Wohl des Bezirkes angelegen sein lassen und es sei dem Redner Bedürfnis, dies öffentlich zu bekunden.

BVSt. Krist schließt sich den Ausführungen des Vorredners hinsichtlich des StR. Wippel an und hebt die vielen günstigen Erfolge desselben hervor.

StR. Wippel verbreitet sich ausführlich über die jüngsten politischen Vorgänge und beleuchtet die Aussichten für die Zukunft. Am Ende seiner Darlegung dankt derselbe für die ihm gewidmeten ehrenden Worte und bittet die Versammelten um gutes Angedenken.

Einlauf.

Zuschrift des magistratischen Bezirksamtes X, betreffend die Numerierung des Hauses auf der Baustelle Einl.-Z. 531 Favoriten an der Weldengasse.

Zuschrift der Magistrats-Abteilung III, betreffend den Ankauf der Liegenschaften Einl.-Z. 2520 und 2521 Favoriten vom

Vereine „Arbeiterheim Favoriten" um den Pauschalbetrag von 73.500 K.

Zuschriften der Bezirksvertretungen 6, 7, 8, 13 und 17, womit dem hieramtlichen Beschlusse vom 23. September 1918, Z. 3411/18, betreffend den Zucker- und Kaffeebezug durch Angehörige des Lebensmittelverbandes der Kriegsleistungsbetriebe Wiens, zugestimmt wird.

Sämtliche Einlaufstücke werden zur Kenntnis genommen.

Anträge.

Rund-Antrag der Bezirksvertretung Neubau, betreffend die Erledigung von Verpflegskostenakten nach vorheriger Feststellung daß der Rückstand noch unberichtigt aushaftet.

Angenommen.

BVSt. Krist beantragt auf Grund einer Eingabe mehrerer am Laaerberge seßhafter Gewerbetreibender und Schaubudenbesitzer die Verlängerung der städtischen elektrischen Stromkabel, welche derzeit bis an den Rand des Laaerwaldes liegen, um zirka 150 m, um die dortigen Geschäfte mit Leucht- und Betriebsstrom zu versehen. In Begründung seines Antrages führt derselbe aus, daß diese Gegend ganz unbeleuchtet sei und die Sicherheit in diesem abseits gelegenen Bezirksteile dadurch erheblich gebessert würde. Uebrigens sei der Verkehr infolge der dort befindlichen Schrebergärten ein besonders reger.

Angenommen.

BR. Gundacker beantragt, die Straßenbahnzüge der Linie „O" statt über den Columbusplatz in der Laxenburgerstraße und zwar bis zur Troststraße zu führen.

Nachdem BVSt. Krist und BR. Harlaß zu diesem Antrage gesprochen haben, wird derselbe nach den aufklärenden Bemerkungen des Vorsitzenden zur Kenntnis genommen.

BR. Harlaß beantragt, maßgebenden Ortes dahin zu wirken, daß die Kanäle allmonatlich in der vorgeschriebenen Zeit ordnungsmäßig geräumt werden, um die durch die unterlassene, beziehungsweise nicht zeitgerechte Räumung entstehenden sanitären Uebelstände zu beseitigen.

Angenommen.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

---

14. Gemeindebezirk, Rudolfsheim.

Sitzung vom 22. November 1918.

Vorsitzender: BV. Kunz.

Schriftführer: Kanzleileiter Pallinger.

Einlauf.

Zuschrift des Bürgermeisters, betreffend Werbetätigkeit für die Bürgerwehr und Teilnahme eines Funktionärs der Gemeinde- oder Bezirkvertretung bei den Werbungen. (Wird zur Kenntnis genommen.)

Zuschrift der Magistrats-Abteilung IV, Z. 2888/18, vom 30. Oktober 1918, betreffend Erhöhung der Barzuschüsse zur Entlohnung der Geräthausdiener der Freiwilligen Feuerwehr in Rudolfsheim (Wird zur Kenntnis genommen.)

Rund-Antrag der Bezirksvertretung Wieden, betreffend Ausfertigung von Bestätigungen an Käufer von Gebrauchspferden am Pferdemarkte im Wien. (Wird zur Kenntnis genommen.)

Rund-Antrag der Bezirksvertretung Neubau, betreffend die Erledigung der Verpflegskostenakte. (Einhellig zugestimmt.)

Rund-Antrag der Bezirksvertretung Währing, betreffend die Sperrung oder zumindestens Nichtbewilligung von Neueröffnungen von Seidenflecke- und Juteeinkaufsgeschäften in allen Bezirken Wiens. (Einhellig zugestimmt.)

Rund-Antrag der Bezirksvertretung Alsergrund, betreffend Möbelaktion für Kriegsgetraute. (Einhellig zugestimmt.)

Rund-Antrag der Bezirksvertretung Mariahilf, betreffend Stellungnahme gegen das Ueberhandnehmen von volksfremden Elementen, die Handel und Gewerbe an sich reißen und auf allen Gebieten Wucher und Schleichhandel betreiben. (Einhellig zugestimmt.)

Anträge.

BR. Korneisl stellt den Antrag, geeignete Kinderspielplätze zwischen der Diefenbachgasse und der Linken Wienzeile zu schaffen. Auszeichnung des genannten Teiles im General-Regulierungsplan, dahingehend, daß der Kinderspielplatz eingetragen erscheint. Zweckmäßige künftige Ausgestaltung der alten Bezirksteile, hauptsächlich auf Zufuhr frischer Luft durch Verbreiterung bestehender Straßen und Herstellung von Verbindungsstraßen, Feststellung der erforderlichen Ausgestaltungen des Bezirkes und Vorlage des Ergebnisses an die Bezirksvertretung zur weiteren Behandlung. (Einhellig zugestimmt. An das M. B. A. XIV übermittelt.)

Wahlen.

Ueber Zuschrift des Bezirksschulrates der Stadt Wien wird die Wahl von zwei Ersatzmännern für den Ortsschulrat vorgenommen.

Zu Stimmzählern wurden über Vorschlag des Vorsitzenden die BR. Pascher und Vidoni bestellt.

Abgegeben werden 22 Stimmzettel, sämtliche giltig.

Es wurden zu Ersatzmännern gewählt:

Paul Otto, Postbediensteter, Storchengasse 18.

Urban Emanuel, Handelsangestellter, Kauerhof 10.

Ueber Zuschrift der Magistrats-Abteilung XI wird die Wahl eines Armenrates vorgenommen.

Als Stimmzähler werden über Vorschlag des Vorsitzenden die BR. Pascher und Vidoni bestellt.

Abgegeben werden 21 Stimmzettel, sämtliche giltig.

Es wurde zum Armenrate für die restliche Funktionsperiode Genoch Josef, Werkmeister, Gaswerk Westbahn mit 22 Stimmen gewählt.

Ueber Zuschrift der Sparkassa Rudolfsheim, wird die Wahl von zwei Mitgliedern in den Sparkassa-Ausschuß vorgenommen.

Als Stimmzähler werden über Vorschlag des Vorsitzenden die BR. Pascher und Vidoni bestellt.

Abgegeben werden 22 Stimmzettel, sämtliche giltig.

Es werden zu Mitgliedern in den Sparkassa-Ausschuß gewählt:

Brauneiß Leopold, Hausbesitzer, Märzstraße 47.

Mayer Anton, Hausbesitzer, Beckmanngasse 68.

Der Vorsitzende BV. Kunz erklärt hierauf, daß er sein Mandat als Bezirksvorsteher krankheitshalber zurücklegen werde.

Die BR. Vidoni, Pascher und Krikawa widmen dem Scheidenden daraufhin warme Abschiedsworte.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

---

19. Gemeindebezirk, Döbling.

Oeffentliche Sitzung vom 20. Dezember 1918.

Vorsitzender: BV. Kuhn.

Schriftführer: Direktions-Adjunkt Rudolf Gruber.

Der Bezirksvorsteher eröffnet die Sitzung.

Einlauf.

Rund-Antrag der Bezirksvertretung des 6. Wiener Gemeindebezirkes, dem Landesrat Kunschak den Dank für seine Stellungnahme in der Flüchtlings-Angelegenheit und Wohnungsnot auszusprechen, ferner den Bürgermeister und Gemeinderat zu bitten, unentwegt bei der Regierung die Rückbeförderung der Galizianer in ihr Heimatland zu fördern und bei nicht österreichisch-jüdischen Flüchtlingen die zwangsweise Abschiebung zu erwirken; Flüchtlingen, die ihre ausbeuterischen Geschäfte weiter betreiben, bei allfälligen Umständen die Betriebe zu sperren; bei der Ausgabe von Einkaufsscheinen und Lebensmittelkarten die Flüchtlinge strenge zu bewachen und sie beim Einkaufe von aus Gemeindegeldern beschafften, für die ärmere Bevölkerung bestimmten Lebensmitteln nicht zuzulassen. (Einstimmig angenommen.)

Rund-Antrag der Bezirksvertretung für den 18. Bezirk, betreffend die Sperrung der Geschäfte mit dem Einkauf von Seiden- und Juteflecken. (Angenommen.)

Rund-Antrag der Bezirksvertretung des 9. Wiener Gemeindebezirkes, betreffend die Uebertragung der Geschäfte in den Möbelabgabestellen für Kriegsgetraute und aus dem Felde heimkehrende Soldaten an Fachleute und nicht an Beamte. (Angenommen.)

Rund-Antrag der Bezirksvertretung des 7. Bezirkes, betreffend die Erhebungsaktion bei den Verpflegskostenrückständen. (Angenommen.)

Anträge.

BR. Schmidt beantragt, die Haltestelle Grinzingerstraße der Linie 36 der elektrischen Straßenbahn wieder zu errichten, dafür die Strecke zum Zahnradbahnhof aufzulassen. (Angenommen.)

BR. Baar urgiert seinen Antrag vom 4. April 1918, betreffend die Aufnahme von Kindern in den städtischen Kindergärten. (Bezirksvorsteher wird das Nötige veranlassen.)

BR. Dr. Püringer legt wegen Ueberbürdung mit Berufsgeschäften in einem Schreiben an den Herrn Bezirksvorsteher sein Mandat mit dem herzlichsten Dank für das freundliche Wohlwollen und mit Dank und Gruß an die Herren Bezirksräte zurück. — Der Bezirksvorsteher bedauert den Rücktritt des BR. Püringer und wird dies demselben schriftlich zum Ausdrucke gebracht werden.

Anfragen.

BR. Cseppan fragt an, ob es richtig ist, daß das Kriegsspital Grinzing aufgelassen wird? — Der Bezirksvorsteher bemerkt, daß dies bis jetzt noch nicht der Fall ist.

BR. Voith wünscht die bessere Pflege der Sollinger- und Budinskygasse. (Bezirksvorsteher wird dafür Sorge tragen.)

BR. Weinzinger wünscht eine Beschotterung der Straße an der Donaulände, da seit vier Jahren dort nichts geschehen ist. — Der Bezirksvorsteher bemerkt, daß dieser Grund dem Stifte Klosterneuburg gehört und vielleicht später eine Regelung erfahren wird, er wünscht aber dessenungeachtet einen begründeten schriftlichen Antrag in dieser Sache.

BR. Stumpf berichtet über den schlechten Zustand der Gunoldstraße. (Bezirksvorsteher wird Abhilfe schaffen.)

BR. Ferge fragt an, ob schon Vorsorge, betreffend der Beschneidung der Alleebäume, getroffen wurde und empfiehlt das Beschneiden der Bäume in der Chimanistraße und in der Eroikagasse. (Bezirksvorsteher wird das Nötige veranlassen.)

BR. Karl Musil gibt bekannt, daß bei der Endstation auf der Hohen Warte das Erdreich eingegangen ist und eine Planke und eine Sandkiste herabzufallen droht. (Bezirksvorsteher wird die Bauamts-Abteilung verständigen.)

BR. Karl Hengl wünscht die Eröffnung der Haltestelle Billrothstraße der elektrischen Straßenbahn bei der Chimanistraße, eventuell unter Auflassung der Haltestelle bei der Gymnasiumstraße.

BR. Kühnelt beschwert sich über die schlechte Beleuchtung in Döbling, während in der Stadt, Schottengasse 2c. nahezu normale Beleuchtung herrscht. — Der Bezirksvorsteher weist auf die große Kohlennot hin. Die bessere Beleuchtung im 1. Bezirke dürfte aus besonderen Sicherheitsrücksichten erfolgen.

Armenrats-Ergänzungswahl.

Durch das Ableben des Armenrates Josef Rupprecht wurde eine Armenratsstelle frei. Im Sinne des § 41 der Vorschriften für die Armenpflege wird vom Armen-Institute Franz Matschnig vorgeschlagen.

Bei hierauf stattfindenden Wahl, bei welcher 21 giltige Stimmzettel abgegeben wurden, erscheint Franz Matschnig, Kanzlei-Expedient der Straßenbahn-Direktion, 19., Diemgasse 6, als Armenrat einstimmig gewählt.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

Allgemeine Nachrichten

Die Hilfsaktionen für Wien.

Die Schweizer Hilfe.

Ueber Intervention des Bgm. Dr. Weiskirchner beim hiesigen Schweizerischen Gesandten Bourcart hat sich die Schweizerische Regierung in hochherziger Weise bereit erklärt, Wien Lebensmittel zuzusenden. In der Sitzung des Schweizerischen Nationalrates vom 18. Dezember 1918 begründete der Nationalrat Jäger einen diesbezüglichen Antrag, der einhellige Zustimmung fand.

Am 20. Dezember erhielt der Bürgermeister vom Schweizerischen Delegierten des „Roten Kreuzes" Professor Ferrières folgendes Telegramm:

Bin sehr glücklich, daß meine Schritte bei der Schweizerischen Regierung und bei den amerikanischen Beauftragten ausgezeichnete Würdigung gefunden haben und Approvisionierungsmaßnahmen schon teilweise in Ausführung sind. Erhöffe rascheste Hilfe.

Der Bürgermeister antwortete:

Wärmsten Dank für die erfreuliche Mitteilung. Ihre hochherzige Aufklärungstätigkeit über das in Wien herrschende Elend festigt in der Wiener Bevölkerung die Zuversicht, daß mir durch die Intervention des Auslandes, insbesondere des edlen Schweizervolkes, in absehbarer Zeit von der größten Not erlöst werden. Nehmen Sie für Ihr Fürsorgewerk den innigsten Dank entgegen und seien Sie versichert, daß Ihnen die Wiener für Ihre von reinster Menschlichkeit getragenen Bestrebungen in dankbarer Hochschätzung stets verbunden bleiben werden.

Ferner sandte der Bürgermeister an den Bundespräsidenten Calonder in Bern das nachstehende Telegramm:

Aufs tiefste bewegt von der hochherzigen Teilnahme, die die Vertreter aller Nationalitäten der Schweiz, allen voran Herr Bundespräsident und Nationalrat Jäger, der an der Kriegsnot so bitter leidenden Wiener Bevölkerung entgegenbringen, bitte ich im Namen des Wiener Gemeinderates den innigsten Dank entgegenzunehmen. Möge der Gedanke der Menschlichkeit der im edlen Schweizervolke immer seine überzeugtesten Vorkämpfer besaß, bald überall siegen und den schwergeprüften Völkern ein menschenwürdiges Dasein sichern.

Der erste Schweizer Hilfszug traf am 30. Dezember hier ein. Die im Zuge mitgekommenen Herren Kommandant Oberstleutnant Frey, Oberleutnant Dr. Schmid und der Vertreter des Schweizer „Roten Kreuzes" Dr. Ferrières, ein Neffe des Professors Ferrières, wurden im Auftrage des Bürgermeisters vom Ober-Magistratsrat Formanek in St. Pölten begrüßt. Die Herren sowie Lagerhausekretär de Grenus erschienen am nächsten Tage im Rathause, wo sie vom Bgm. Dr. Weiskirchner und den VB. Hoß, Rain und Neumann empfangen wurden. Der Bürgermeister begrüßte die Herren mit herzlichen Worten, worauf eine Besprechung, betreffend die Verteilung der von der Schweiz übersendeten Lebensmittel, stattfand.

Mit dem ersten Lebensmittelzug waren eingelangt: 10 Tonnen Schokoladepulver, 57 Tonnen Kondensmilch, 60 Tonnen Fett, 140 Tonnen Reis und 150 Tonnen Mehl.

Am Sonntag, den 5. Jänner, langte unter dem Kommando des Oberleutnants Honegger der zweite Zug mit Lebensmitteln aus der Schweiz an. Er bestand aus 31 Waggons Mehl, 6 Waggons Reis, 3½ Waggons Schokoladepulver und 1 Waggon Schokolade.

Während ihres hiesigen Aufenthaltes besichtigten die Schweizer verschiedene Märkte, Volksküchen, Kriegsküchen, Sanitätsanstalten ꝛc.

Am 8. Jänner verließ das mit dem ersten Lebensmittelzuge eingetroffene Begleitdetachement wieder Wien.

Der dritte Schweizer Hilfszug kam unter Führung des Oberleutnants Pozzi am 9. Jänner hier an. Der Zug brachte ungefähr 200 Tonnen Reis und 140 Tonnen Mehl.

Zwecks der Verteilung der Schweizer Lebensmittelzufuhren fand am Montag, den 13. Jänner, unter dem Vorsitze des VB. Rain und in Anwesenheit der Schweizer Delegierten unter Führung des Oberstleutnants Frey, der Vertreter des Staatsamtes für soziale Fürsorge, der Gemeinde und der Fachreferenten des Magistrates im Rathause eine Sitzung statt.

Große Verdienste um die Hilfsaktion hat sich außer dem hiesigen Schweizer Gesandten Bourcart der Stadtpräsident von Zürich, Naegele, erworben.

Mit dieser offiziellen Hilfsaktion der Schweizer Regierung geht eine private Hilfstätigkeit in allen Orten der Schweiz Hand in Hand, die schon beträchtliche Sammelergebnisse gezeitigt hat.

Die Lebensmittelhilfe der Entente.

Am 2. Jänner kamen mehrere Mitglieder der interalliierten Wirtschaftskonferenz, und zwar die Herren Alonso Taylor (Amerika), Professor Haguerin (Frankreich) und Beveridge (England), nach Wien.

Hier fanden im Laufe der nächsten Tage Beratungen zwischen den Vertretern der interalliierten Wirtschaftskonferenz und dem Staatsamte für Volksernährung und der Gemeinde Wien statt.

Nachdem die Mitglieder der interalliierten Kommission wegen der Verproviantierung Wiens auch noch bei den Regierungen in Prag und Budapest vorgesprochen hatten, wurde am 9. Jänner vom Staatsrate folgendes Kommuniquee veröffentlicht:

Die Mitglieder der interalliierten Lebensmittel-Kommission, die gestern aus Prag hierher zurückgekehrt sind, fanden sich nachmittags im Ernährungsamte ein, wo unter dem Vorsitze des Staatssekretärs Dr. Löwenfeld-Ruß die Beratungen über die Deutschösterreich zu gewährende Lebensmittelaushilfe fortgesetzt wurden.

Dr. Taylor gab namens der Kommission die Erklärung ab, daß von den Alliierten Deutschösterreich vorläufig insgesamt 24.000 Tonnen Getreide, ferner 2000 Tonnen Fett und 750 Tonnen Kondensmilch zur Verfügung gestellt werden. In den angeführten Getreidemengen sind die bisher bereits zugesagten 8000 Tonnen Getreide, die aus Italien schon im Anrollen sind, inbegriffen.

Die weitere Versorgung Deutschösterreichs wird, wie Dr. Taylor in Aussicht gestellt hat, noch im Laufe dieses Monats den Gegenstand von weiteren Beratungen bilden, die voraussichtlich in Paris geführt werden.

Einige Tage später reiste die Kommission von Wien ab.

Die Liebesgabenpakete Italiens.

Die italienische Regierung hat mit Rücksicht auf die überaus traurigen Ernährungsverhältnisse der breiten Masse der Bevölkerung Wiens angeordnet, daß die im Kriegsgefangenenlager in Sigmundsherberg befindlichen italienischen Liebesgabenpakete unentgeltlich der Stadt Wien zur Verfügung gestellt wurden. Die Zahl der Pakete beträgt ungefähr 1 Million, sie waren im Gefangenenlager in 40 großen Schuppen untergebracht. In der ersten Jännerwoche erfolgte der Abtransport nach Wien. Die Verteilung ihres Inhaltes, der aus Reis, Bohnen, Zwieback ꝛc. bestand, erfolgte nach einem vom Mag.-R. Dr. Roßkopf ausgearbeiteten Verteilungsplan an Minderbemittelte.

Englische Liebesgaben.

Auch England sandte uns eine Lebensmittelhilfe. Am 13. Jänner langte ein englischer Hilfszug hier ein. Derselbe brachte Reis, Mehl und Schokolade, die an die Mindestbemittelten zur Verteilung kamen.

Am nächsten Vormittage erschienen die Offiziere des englischen Hilfszuges mit dem Kommandanten Major Dibben in Begleitung des Majors Bethell von der Interalliierten-Kommission im Rathause, wo sie vom Bgm. Dr. Weiskirchner und den VB. Hoß, Rain und Neumann empfangen und begrüßt wurden. Major Bethell erklärte als Sprecher der Abordnung, daß der Lebensmittelzug, der gestern in Wien einlangte, ein Geschenk des englischen Armee-Ober-Kommandos in Italien sei, gedacht als Liebesgabe an die Wiener. Hierin solle eine Anerkennung liegen für die sehr gute und humane Behandlung, welche die Deutschösterreicher, und besonders die Wiener, im Gegensatze zu den Preußen während des Krieges den englischen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten haben angedeihen lassen. Instruktionsgemäß sind diese Lebensmittel für die arme Bevölkerung bestimmt und erfolgte die Uebersendung völlig unentgeltlich ohne jede Bezahlung oder Gegenleistung. Major Bethell stellte die Ankunft weiterer dreier Lebensmittelzüge in der gleichen Weise in Aussicht.

Bgm. Dr. Weiskirchner brachte den Dank der Gemeinde hiefür zum Ausdrucke und beauftragte sofort Mag.-R. Roßkopf mit der Ausarbeitung eines Verteilungsplanes, welcher dem Kommandanten der englischen Mission zur Genehmigung vorgelegt wurde.

Milchkühe für Wien.

Das Land Vorarlberg, das selbst an allem Not leidet, hat sich in den letzten Tagen bereit erklärt, der Gemeinde Wien 150 Milchkühe abzugeben und hat diese Anzahl später auf 525 erhöht. Diese 525 Kühe langten in zwei Transporten am 11. und 12. Jänner in Wien ein. Darunter befinden sich auch 150 frischmelkende Kühe, wodurch sich die in Wien selbst produzierte Milch derzeit um zirka 1000 l erhöht. Von der gesamten Anzahl übernahm die Gemeinde Wien diesmal bloß die hochträchtigen Kalbinnen, zirka 50 Stück, um diese jungen Tiere der Weiterzucht zu erhalten, weiters einige hochträchtige, erst im März abkalbende Kühe und schließlich 28 für das Wiener Genesungsheim in Steinklamm bestimmte Stücke.

Den gesamten Rest, zirka 440 Stück erhielten die Milchmeier Wiens. Von 8000 Milchkühen, welche in Friedenszeiten und noch bei Kriegsbeginn 200 Milchmeier in Wien eingestellt hatten, ist die Anzahl auf 1800 minderergiebige Milchkühe gesunken. Den Umstand, daß die Kühe bei bester Qualität und dank dem Entgegenkommen bei der Vorarlberger Landesregierung und der Vermittlung des Präsidenten Nationalrates Jodok Fink im Preise mäßig sind, benützten die Wiener Milchmeier, um ihre stark verringerten Betriebe aufzufrischen und eine Anzahl gesperrter Betriebe wieder zu eröffnen.

Es wäre verfrüht, aus diesem Lichtblicke der letzten Tage eine Besserung der trostlosen Milchversorgungsverhältnisse Wiens ableiten zu wollen. Wenn jedoch einige Voraussetzungen, an deren Verwirklichung mit allem Eifer gearbeitet wird, in den nächsten Tagen zutreffen, ist eine Besserung der Milchversorgung Wiens zu erwarten. Zu diesen Voraussetzungen zählen, daß Vorarlberg der Gemeinde Wien noch einiges Milchvieh überläßt und daß ebenso Tirol Milchvieh abgibt. Die Verhandlungen hierüber sind im Zuge und würden mit diesen beiden Anlieferungen in erster Linie wieder die Milchmeier bedacht werden, um die Milch-Erzeugung in Wien selbst nach Möglichkeit zu heben. In den letzten Monaten hat die Gemeinde Wien unter großen Schwierigkeiten gegen 1300 hochwertige Schweizer Milchkühe eingeführt und in ihren landwirtschaftlichen Betrieben eingestellt. In kurzer Frist werden diese Kühe, welche sämtlich hochträchtig waren, abgekalbt haben und deren Ertrag wird auch wieder zur Entspannung der Milchverhältnisse beitragen.

Baubewegung

vom 18. Jänner bis 21. Jänner 1919.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den 1. bis 9. und 20. Bezirk. — Für den 10. bis 19. und 21. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen.

Adaptierungen.

3. Bezirk: Gärtnergasse 9, von Dr. F. Rebek, 1., Plankengasse 2, Bauführer Grünanger (73).

7. Bezirk: Westbahnstraße 14, von Kliment & Hava, 7., Neustiftgasse 78 (74).

Diverse geringere Bauten.

1. Bezirk: Lobkowitzplatz 2, Baracken, von der fürstl. Zdenka Lobkowitz'schen Gebäudeverwaltung, Bauführer Kliment & Hava (71).

Gesuche um Parzellierungen.

16. Bezirk: Einl.-Z. 1894, von A. Lainer (75).

Eintragungen in den Erwerbsteuerkataster.

2. Dezember 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

Ing. Stransky Leo — Metallwarenfabrik, Apparatebau und Handel mit Zugehörteilen für Eisenbeleuchtung ꝛc. — 20., Dresdnerstraße 116.

Thür Alois — Kleidermachergewerbe — 20., Bäuerlegasse 9.

Flügelmann Markus — Zahntechnikergewerbe — 20., Jägerstraße 20.
Veitl Friedrich — Handel mit altem Eisen, Metall und Säcken — 20., Pasettistraße 107.
Prochaska Ernst — Viktualienhandel — 20., Rauscherstraße 4.
Vielgut Hermann — Handel mit Säcken — 20., Romanogasse 22.
Bilgurei Moses — Handel mit Seiden- und Manufakturwaren — 20., Kluckygasse 1.
Belzer Salomon Wolf — Handel mit geistigen Getränken in handelsüblich verschlossenen Fässern — 20., Wintergasse 21.
Landkammer Andreas — Faßbindergewerbe — 20., Salzachstraße 42.
Studeny Alois — Erzeugung von Weichkäse — 20., Treustraße 56.
Ehrlich Franz — Erzeugung von Weichkäse — 20., Treustraße 56.
Ulrich Anton — Viktualienhandel — 20., Greiseneckergasse 18.
Ing. Rindler Josef — Erzeugung von chemischen Produkten und kosmetischen Artikeln auf kaltem Wege — 20., Marchfeldstraße 6.
Jedlicka Johann — Schuhmachergewerbe — 20., Klosterneuburgerstraße 8.
Dach Wenzel — Handel mit Galanteriewaren — 20., Klosterneuburgerstraße 48.
Teltscher Robert — Handel mit Wein in versiegelten Flaschen und geschlossenen Gebinden — 20., Nordwestbahnhof, Mag. V b.
Jellinek Josef — Schuhmachergewerbe — 20., Dammstraße 8.
Federbusch Alexander Moses — Zuckerbäckergwerbe — 20., Traunfelsgasse 1.
Klimesch Leopold — Schuhmachergewerbe — 20., Gerhardusgasse 29.
Riedl Friedrich — Tischlergewerbe — 20., Brigittaplatz 16.
Knöpfmacher Wilhelm — Kleinfuhrwerksgewerbe — 20., Greiseneckergasse 21.
Bruckner Moritz — Kleinfuhrwerksgewerbe — 20., Roßauerlände 20.
Lichtblau Wilhelm — Handel mit Lebens- und Genußmitteln sowie Flaschenbier-Verschleiß — 15., Mariahilferstraße, Ecke Mariahilfergürtel.
Oelberg Uscher — Handel mit Uhren, Gold- und Silberwaren — 20., Kluckygasse 6.
Simacek Rosalia — Wanderhandel mit Obst und Gemüse — 15., Herklotzgasse 19.
Kamin Antonia — Verschleiß von Zucker und Zuckerbäckerwaren — 5., Reinprechtsdorferstraße 55 a.
Koch Hermine — Tröblergewerbe — 5., Ziegelofengasse 35.
Grimme Marie — Naturblumenbindergewerbe — 8., Josefstädterstraße 17.
Rubin Rosa — Handel mit alten und neuen Säcken — 20., Leystraße 79.
Nemetz Julie — Wanderhandel mit Obst, Blumen und Grünwaren — 20, Dammstraße 11.
Weghuber Antonia — Handel mit Lebensmittel — 20., Stromstraße 95.
Hlady Rosalie — Elektrische Wäscherolle — 20., Allerheiligenplatz 6.
Felker Anna — Kleinfuhrwerksgewerbe — 20., Klosterneuburgerstraße 111.
Träger Marie — Handel mit Lebensmitteln und Flaschenbier — 20., Bäuerlegasse 24.
Fohler Marie — Handel mit Lebensmitteln — 21., Marchfelderstraße 4.
Ochs Pauline — Elektrische Wäscherolle und Uebernahme von Putzwäsche — 20., Ospelgasse 30.

* * *

3. Dezember 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

Dr. Quittner & Komp., offene Handelsgesellschaft — Fabrikation von Emaillit und einer Imprägnierungsmasse für Lastfahrzeugbespannungen — 5., Margaretenstraße 138.
J. & L. Keßler, offene Handelsgesellschaft — Handel mit Seiden- und Textilwaren — 1., Börseplatz 3.
Klein Paul, Alleininhaber der Firma H. & B. Klein — Handel mit Schuhwaren und einschlägigen Artikeln — 1., Fleischmarkt 18.
Sindermann Adolf, Alleininhaber der Firma: Adolf Sindermann — Fabriksmäßige Erzeugung von Herren- und Damenhüten — 6., Aegidigasse 6.
Kierpel Anton — Friseurgewerbe — 10., Favoritenstraße 168.
Sieder Franz — Gastwirtsgewerbe — 21., Donaufelderstraße 144.
Kriezer Thomas — Gastwirtsgewerbe — 21., Morelligasse 15.
Rotter Edmund — Gemischtwarenhandel — 21., Brünnerstraße 14.
Tibi Matthias — Viktualienhandel — 11., Simmeringer Hauptstraße 129.
Kain Leopold — Kleinfuhrwerksgewerbe — 13., Goldschlagstraße 132.
Weinwurm Wilhelm — Zuckerbäckergewerbe — 13., Breitenseerstraße 9.
Schlotterbeck Alfons — Tapezierergewerbe — 6., Gumpendorferstraße 111.
Scheucher Engelbert — Pferdefleisch-Verschleiß — 18., Schulgasse 20.
Tomaschek Stephan — Musikergewerbe — 21., Leopoldsplatz 4.
Berger Franz — Kleinfuhrwerksgewerbe — 21., Langobardenstraße 3.
Paar Johann — Pferdefleisch-Verschleiß — 21., Erzherzog Karl-Straße 140.
König Stanislaus — Handel mit landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten — 21., Floridsdorfer Hauptstraße 14.
Pitsch Franz — Konzession zum Betriebe des Buchdruckergewerbes — 2., Große Pfarrgasse 30.
Nowak Karl — Gemischtwaren-Großhandel — 2., Molkereistraße 10.
Schuller Michael — Handel mit Lebensmitteln sowie Flaschenbier-Verschleiß — 2., Schüttelstraße 15.
Fickeys Josef — Handel mit Seife, Waschpulver, Parfümerie- und Bijouteriewaren ꝛc. — 2., Ausstellungsstraße 21.
Bernfeld Markus — Erzeugung kosmetischer Zubereitungen — 1., Schottenring 35.
Spitzer Gabriel — Handel mit Theaterkarten im Original und mit Ansichtskarten — 1., Morzinplatz 5.
Pariser Wolf — Handelsagentur — 1, Walfischgasse 3.
Müller Josef — Tischlergewerbe — 15., Langmaisgasse 5.
Blaschke Rudolf — Handel mit Lebens- und Genußmitteln sowie Flaschenbier — 15., Beingasse 10.
Berger Friedrich — Drechslergewerbe — 16., Thaliastraße 143.
Dreiling Johann — Kleinfuhrwerksgewerbe — 5., Kompertgasse 8.
Girsink August — Buchbindergewerbe — 5., Franzensgasse 8.
Marek Karl — Tischlergewerbe — 5., Amtshausgasse 2.
Nebesar Karl — Kleidermachergewerbe — 5., Storkgasse 10.
Haunschmid Johann — Tischlergewerbe — 5., Spengergasse 35.
Schmid Franz — Kleidermachergewerbe — 5., Fendigasse 11.
Musil Otto — Gold- und Juwelenarbeitergewerbe — 5., Bräuhausgasse 63.
Prokop Viktor — Kleinfuhrwerksgewerbe — 5., Diehlgasse 48.
Schönfeld Jonas — Handel mit Galanterie- und Kurzwaren und Rauchrequisiten — 1., Eßlinggasse 10.
Neumann Cäcilie — Pferdefleisch-Verschleiß — 13., Linzerstraße 195.
Märker Charlotte — Fragnergewerbe — 13., Breitenseerstraße 9.
Heiß Therese — Lebensmittelhandel — 8., Strozzigasse 11.
Neuhold Barbara — Handel mit Fragnereiartikeln, Kanditen ꝛc. — 21., Frauenstiftgasse 8.
Meier Karoline — Handel mit Fragnereiartikeln, mit Wein, Obstmost und Obstwein in handelsüblich verschlossenen Gefäßen und Gebinden — 21., Schickgasse 13.
Neumann Anna — Handel mit Wäsche, Schnitt-, Kurz-, Wirk- und Galanteriewaren ꝛc. — 21., Erzherzog Karl-Straße 63.
Kögler Barbara — Handel mit Fragnereiartikeln, Kanditen ꝛc. — 21., Brünnerstraße 30.
Neuern Karoline — Geflügelhandel — 2., Große Sperlgasse 28.
Eisenhöld Amalia — Kleinfuhrwerksgewerbe — 2., Floßgasse 5.
Prochaska Franziska — Kleinfuhrwerksgewerbe — 2., Pazmanitengasse 13.
Hirsch Therese — Handel mit Papier und Papierwaren — 1., Seilerstätte 10.
Ruschka Marie — Konzession zur Ausübung des Gewerbes der Herstellung und Vervielfältigung von Schriftstücken mittels Schreibmaschinen — 1., Seilergasse 14.
Skriwan Madelaine — Witwenfortbetrieb nach dem verstorbenen Gatten Wilhelm Skriwan des Hutmachergewerbes — 1., Singerstraße 3.

* * *

4. Dezember 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

„Unitas," Papierindustrie, Ges. m. b. H. — Erzeugung von Zigarettenhülsen, Zigarettenpapier und Papierwaren — 12., Dunklergasse, Stadtbahnviadukt VI und VII.
Sladek Franz — Handel mit Nutz- und Brennholz, Betrieb eines Sägewerkes — 10., Eugengasse 35.
Rudolf Franz — Kleinfuhrwerksgewerbe — 10., Götzgasse 4.
Kothbauer Johann — Kleinfuhrwerksgewerbe — 10., Leibnitzgasse 42.
Dollinger Aladar Eugen — Gastwirtsgewerbe — 12., Gatterholzgasse 18.
Binzer Elias — Handelsagentur — 1., Sterngasse 13.
Rypar Josef — Viehhandel — 2., Obere Augartenstraße 62.
Gömöry Edmund — Kleinfuhrwerksgewerbe — 2., Obermüllnerstraße 17.
Steindl Otto — Kaffeesiedergewerbe — 12., Wilhelmstraße 1 a.
Wanderer Rudolf — Kleinfuhrwerksgewerbe — 12., Arndtstraße 3.
Niewes Josef — Kleinfuhrwerksgewerbe — 12., Füchselhofgasse 1.
Enge Richard — Handel mit Wohnungseinrichtungsgegenständen, Maschinen und Fahrzeugen — 12., Rechte Wienzeile 251.
Blaha Julius — Musikergewerbe — 12., Ruckergasse 41.
Schmal Richard — Kleinfuhrwerksgewerbe — 12., Wilhelmstraße 47.
Mayr Leopold — Musikergewerbe — 12., Arndtstraße 80.
Holub Josef — Schuhmachergewerbe — 12., Malfattigasse 3.
Kollruß Franz — Tischlergewerbe — 12., Michael Bernhard-Gasse 7.
Förster Johann — Zuckerbäckergewerbe — 12., Hetzendorferstraße 75 a.
Fassel Alois — Marktfahrergewerbe — 12., Siebertgasse 8.
Marek Johann — Kleinfuhrwerksgewerbe — 12., Albrechtsbergergasse 13.

Hawlicek Leopold — Kleinfuhrwerksgewerbe — 12., Schallergasse 38.
Kienzl Hermann — Gemischtwarenhandel — 12., Schönbrunnerstraße 264.
Auer Franz — Kleinfuhrwerksgewerbe — 12., Ehrenfelsgasse 3.
Znojemsky Karl — Kleinfuhrwerksgewerbe — 12., Wienerbergstraße 34.
Riglhofer Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — 12., Arndtstraße 78.
Endres Rudolf — Kleinfuhrwerksgewerbe — 12., Arndtstraße 77.
Strohmayer Johann — Kleinfuhrwerksgewerbe — 12., Schönbrunnerstraße 138.
Bauer Franz — Stadt- und Landlohnfuhrwerksgewerbe — 12., Ratschkygasse 11.
Weixelbraun Leopold — Erzeugung von Papiersäcken — 12., Migazziplatz 7.
Lorenz Max — Wäscherei — 12., Albrechtsbergergasse 30.
Polster Karl — Kleinfuhrwerksgewerbe — 12., Fockygasse 43.
Weichselbaum Otto — Gemischtwarenhandel — 12., Breitenfurterstraße 90.
Janzek Franz — Holz- und Stabziehergewerbe — 12., Malfattigasse 7.
Gruber Ferdinand — Häckselschneiderei — 12., Ehrenfelsgasse 6.
Hoffmann Siegmund — Gemischtwarenhandel im Großen — 4., Kolschitzkygasse 7.
Prokop Johann — Kleinfuhrwerksgewerbe — 4., Wiedner Hauptstraße 52.
Korn Josef — Gemischtwarenhandel und Flaschenbier-Verschleiß — 12., Schwenkgasse 21.
Böhm Marie — Handel mit Schuhen — 11., Simmeringer Hauptstraße 113.
Ritter Adele — Gemischtwarenhandel und Flaschenbier-Verschleiß — 11., Simmeringer Hauptstraße 135.
Baroch Marie — Damenkleidermachergewerbe — 11., Simmeringer Hauptstraße 16.
Reiner Freidel — Handel mit Manufakturwaren und Tüchern — 14., Stiegergasse 5.
Halbaerth Anna — Kaffeesiedergewerbe — 12., Schönbrunnerstraße 209.
Lang Marie Margarete — Handel mit Lebensmitteln, sowie Flaschenbier-Verschleiß — 2., Halmgasse 4.
Boschek Anna — Wanderhandel mit Naturblumen, Gemüse und Obst — 2., Sterneckplatz 4.
Elm Barbara — Handel mit Lebensmitteln — 12., Schönbrunnerstraße 155.
Sekanina Leopoldine — Handel mit Spiel- und Kurzwaren — 12., Schönbrunnerstraße 169.
Polzer Leopoldine — Handel mit Lebensmitteln — 12., Rotenmühlgasse 8.
Rapouch Agnes — Pferdefleisch-Verschleiß — 12., Steinbauergasse 17.
Kraus Theresia — Handel mit Lebens- und Genußmitteln, sowie Flaschenbier — 12., Tichtelgasse 20.
Korn Schabsa — Handel mit Schneiderzugehör — 4., Margareten, straße 47.
Tilsch (Tils) Marie — Lebensmittelhandel, sowie Flaschenbier-Verschleiß — 4., Wiedner Hauptstraße 10.
Heuberger Antonie, geb. Zink, Witwenfortbetrieb — Gemischtwaren-Verschleiß — 9., Nußdorferstraße 53/57.

* * *

5. Dezember 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

Ludwig Oelßner & Komp. — Zimmer- und Dekorationsmalergewerbe — 17., Ottakringerstraße 94.
Gustav Schwarz' Nachfolger, Mahler & Schwarz, Offene Handels-Gesellschaft — Betrieb einer Dampfwäscherei — 16., Liebhardtgasse 34.
Paul Hahn & Komp., Offene Handels-Gesellschaft — Bankagentur — 1., Wollzeile 27.
Stocek Leopold — Personentransport mit dem Einspännerwagen Nr. 736 — 7., Neustiftgasse, Lerchenfelderstraße.
Heinz Paul — Tapezierergewerbe — 3., Reisnermarkt 5.
Gruber Viktor — Zuckerbäckergewerbe — 3., Rennweg 1.
Ruetzinger Anton — Gemischtwarenhandel — 6., Brückengasse 2 a.
Soudek Hugo — Wäschergewerbe — 6., Mollardgasse 70.
Dr. Karl Sigmund — Handel im Großen mit technischen Lebensmitteln wie Oele, Fette, Polier-, Putz- und Schleifmitteln ꝛc. — 3., Landstraßer Hauptstraße 123.
Scheucher Engelbert — Kleinfuhrwerksgewerbe — 18., Semperstraße 13.
Lewida Franz — Briefmarkenhandel — 18., Martinsstraße 3.
Bauer Lorenz — Kleidermachergewerbe — 17., Thelemangasse 5.
Angerer Franz — Zuckerbäckergewerbe — 17., Dornbacherstraße 114.
Kotyza Johann — Kleidermachergewerbe — 17., Helblinggasse 9.
Kirbes Leopold — Sattlergewerbe — 19., Heiligenstädterstraße 112.
Pfeiffer Wenzel — Pferdefleischhauergewerbe — 13., Linzerstraße 186.
Löw Georg Florian — Kleinfuhrwerksgewerbe — 3., Hainburgerstraße 83.
Lackner Friedrich — Friseurgewerbe — 3., Fasangasse 8.
Brandris vel Feld Mendel — Gemischtwarenhandel — 8., Josefstädterstraße 81/83.
Hospes Johann — Herrenkleidermachergewerbe — 8., Piaristengasse 35.
Klauschames Max — Handel mit Automobilen und deren Bestandteilen — 2., Schmelzgasse 7.
Riegler Anton — Fabriksmäßige Erzeugung von Schokolade und Zuckerwaren — 2., Sebastian Kneipp-Gasse 11.
Schmidjörg Johann — Konzession für Elektrotechnik — 3., Hohlweggasse 20.
Hodina Jakob — Drechslergewerbe — 6., Gumpendorferstraße 116 a.
Tomaschek Karl — Herrenkleidermachergewerbe — 6., Millergasse 33.
Zimmel Heinrich — Kleinfuhrwerksgewerbe — 13., Auhofstraße 227.
Jedliczka Martin — Handel mit Lebens- und Genußmitteln sowie Flaschenbier-Verschleiß — 13., Hustergasse 8.
Lehner Anton — Kleinfuhrwerksgewerbe — 10., Triesterstraße 19.
Schwenger August — Kleinfuhrwerksgewerbe — 10., Neusetzgasse 7.
Hampel Franz — Gemischtwarenhandel — 10., Laxenburgerstraße 78.
Kameneczek Franz — Schuhmachergewerbe — 10., Angeligasse 58.
Kolesik Anton — Kleinfuhrwerksgewerbe — 10., Favoritenstraße 250.
Fichtinger Franz — Handel mit Viktualien und Zuckerbäckerwaren — 10., Favoritenstraße 164.
Weiß Eduard — Handel mit Parfümerie-, Galanterie- und Kurzwaren — 2., Praterstraße 43.
Retal Helene — Gastwirtsgewerbe — 13., Rosentalgasse 45.
Holubicska Marie — Braten von Kastanien, Aepfeln und Erdäpfeln — 6., Gumpendorferstraße, Ecke Kasernengasse.
Blau Emilie (Eva) — Verschleiß von Hüten und Modistenzugehörartikeln — 6., Gumpendorferstraße 93.
Schlesinger Rosa — Wildbret- und Geflügelhandel — 3., Radetzkyplatz.
Jelinek Franziska — Verschleiß von Zuckerbäckerwaren, Kanditen, Fruchtsäften ꝛc. — 17., Hernalser Hauptstraße 136.
Dobrusky Marie — Lebensmittel- und Konsumwaren sowie Flaschenbier-Verschleiß — 17., Veronikagasse 44.
Lewy (genannt Lenk) Wilhelmine — Handel mit kunstgewerblichen Gegenständen — 3., Landstraßer Hauptstraße 88.
Kristofik Elisabeth — Verschleiß von Milch, Kanditen, Viktualien und Flaschenbier — 3., Hohlweggasse 32.
Grimme Franziska — Damenkleidermachergewerbe — 8., Langegasse 51.
Engel Marie Stephanie — Damenkleidermachergewerbe — 8., Pfeilgasse 21.
Dolnik Mathilde — Wäscheputzerei — 8., Langegasse 51.
Hahn Fanni — Handel mit Stahl- und Galanteriewaren — 8., Piaristengasse 54.
Seefried Anna — Zier- und Handelsgärtnerei — 11., Simmeringer Hauptstraße, Parz. 746.
Chamades Charlotte — Kaffeesiedergewerbe — 2., Kaiser Josef-Straße 25.
Strohmayer Christine — Kleinfuhrwerksgewerbe — 2., Kronprinz Rudolf-Straße 20.
Bärenreiter Julie — Kleinfuhrwerksgewerbe — 10., Quellenstraße 68.
Leitinger Stephanie — Damenkleidermachergewerbe — 10., Leebgasse 7.
Natajska Anna — Handel mit Säcken — 21., Schloßhoferstraße 19.
Lang Karoline — Verschleiß von Kanditen, Zuckerbäckerwaren, Viktualien und Milch, Flaschenbier — 11., Simmeringer Hauptstraße 107.

* * *

6. Dezember 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

P. und F. Bergmann, offene Handelsgesellschaft — Handel mit Automobilen und Automobilbestandteilen — 2., Schüttelstraße 15 a.
Scharf & Komp. — Fabriksmäßiger Betrieb des Mechanikergewerbes — 10., Davidgasse 96.
Julius Baumgarten & Söhne, Vereinigte Papierwarenfabriken, Kommanditgesellschaft — Fabriksmäßige Papierwaren-Erzeugung und Papierhandel im Großen — 16., Yppengasse 8.
Rottenberg Eisig Hersch (Alleininhaber der Firma E. S. Rottenberg) — Zweigniederlassung der in Tarnopol bestehenden Hauptniederlassung für den Handel mit Bauholz — 2., Wolmutstraße 33.
Oesterreicher Franz (Inhaber der Einzelfirma Franz Oesterreicher) — Großhandel mit Papier-, Schreib- und Nürnbergerwaren — 2., Lilienbrunngasse 10.
Kohn Ernst — Lebensmittelhandel — 9., Rögergasse 18.
Wiest Josef — Obst- und Grünwarenhandel — 16., Rankgasse 18.

Mautner Josef — Buch-, Kunst- und Musikalienhandel — 5., Reinprechtsdorferstraße 57.
Waldt Hubert — Kleinfuhrwerksgewerbe — 3., Fasangasse 51.
Hofmann Julius — Handel mit Konfektionsartikeln und Schneiderzugehör — 16., Thaliastraße 33.
Diezel Konrad — Wanderhandel mit Obst, Blumen, Grünwaren und Geflügel — 16., Koppstraße 36.
Wollner Jakob — Zahntechnikergewerbe — 16., Ottakringerstraße 102.
Docekal Rudolf — Schuhmachergewerbe — 14., Arnsteingasse 35.
Wesely Josef — Tischlergewerbe — 14., Krötlgasse 31.
Hirschhorn Pinkas — Handel mit Uhren, Silber-, Gold- und Juwelenwaren — 7., Neubaugürtel 26.
Brückner Max — Fabriksmäßige Erzeugung von Textilwaren — 7., Seidengasse 26.
Knechtel Karl — Schuhmachergewerbe — 16., Neumayrgasse 10.
Schurk Rudolf — Mechanikergewerbe — 16., Brüßlgasse 24.
Klarer Ferdinand — Feilenhauergewerbe — 16., Hasnerstraße 90.
Reiner Johann — Kleinfuhrwerksgewerbe — 15., Klementinengasse 11.
Holba Johann — Schuhmachergewerbe (Oberteilherrichter) — 15., Schusselkagasse 8.
Dokulil Franz — Kleinfuhrwerksgewerbe — 2., Schiffmühlenstraße 92.
Geiger Karl — Kleinfuhrwerksgewerbe — 6., Stiegengasse 7.
Hajek Josef — Holzhandel im Kleinen — 6., Dominikanergasse 7.
Hofer Josef — Kleinfuhrwerksgewerbe — 18., Johann Nepomuk Vogl-Platz 5.
Beschtiak Ferdinand — Kleinfuhrwerksgewerbe — 19., Hackenberggasse 13.
Ledholder Franz Josef — Pachtbetrieb der dem Alois Eppensteiner gehörigen Kaffeehaus-Konzession — 14., Ullmannstraße 31.
Fanto Siegmund — Juweliergewerbe — 5., Schönbrunnerstraße 27.
Spielmann Adolf — Handel mit Textil-, Kurz-, Galanterie-, Nürnbergerwaren ꝛc. — 6., Gumpendorferstraße 139.
Fleischmann Adolf — Handel mit Lebensmitteln — 2., Schüttelstraße 15 a.
Grün Wilhelm — Handelsagentur und Gemischtwarenhandel im Großen mit Ausschluß von Lebensmitteln — 9., Georg Sigl-Gasse 8.
Griffa on Therese — Friseur- und Rasseurgewerbe, Fortbetrieb nach dem verstorbenen Gatten Jakob Griffaton — 2., Hammer-Purgstallgasse 2.
Balatti Marie — Witwenfortbetrieb des Rauchfangkehrergewerbes nach dem verstorbenen Gatten Anton Balatti — 19., Pyrkergasse 2.
Handschmann, geb. Eitzinger Josefa — Witwenfortbetrieb des Tischlergewerbes nach dem verstorbenen Gatten Friedrich Handschmann — 12., Aichholzgasse 42.
Stich, geb. Neumann Elise — Pachtbetrieb des Gast- und Schankgewerbes — 12., Wilhelmstraße 46.
Jaske Amalie — Witwenfortbetrieb des Gast- und Schankgewerbes — 12., Wilhelmstraße 46.
Kritsch Marie, geb. Haidt — Witwenfortbetrieb des Schuhmachergewerbes nach dem verstorbenen Gatten Franz Kritsch — 12., Rosaliagasse 3.
Lengheim Marie — Witwenfortbetrieb der Einspänner-Lizenz Nr. 675 des verstorbenen Gatten Alois Lengheim — 1., Schwarzenbergstraße.
Laksenberg Liebe — Kaffeesieder-Konzession — 1., Kleeblattgasse 13.
Sputz Melanie — Handel mit Schmuckgegenständen in echter und unechter Fassung — 6., Haydngasse 3.
Barschaudt Hermine — Christbaumhandel — 6., Sonnenuhrgasse.
Greger Regine — Damenkleidermachergewerbe — 6., Stumpergasse 9.
Hlozek Julia — Kleinfuhrwerksgewerbe — 10., Eugengasse 25.
Schmutzer Hedwig — Kleinfuhrwerksgewerbe — 10., Favoritenstraße 145.
Kucera Anna — Lebensmittelhandel — 9., Kinderspitalgasse 7.
Bleha Marie — Gemischtwarenhandel — 9., Rögergasse 5.
Klein Oswaldine — Kleinhandel mit Holz und Kohlen — 16., Grundsteingasse 50.
Mailisch Katharina — Kaffeeschank-Konzession — 1., Franz Josefs-Kai.
Frankl Olga — Fremdenpension — 1., Tuchlauben 7 a.
Krakauer Hanna — Modistengewerbe — 1., Fleischmarkt 22.
Hamral Wilhelmine — Frauen- und Kinderkleidermachergewerbe — 16., Redtenbachergasse 76.
Capek Stephanie — Kleinfuhrwerksgewerbe — 2., Im Werd, Markt.
Kling Charlotte — Damenkleidermachergewerbe — 6., Magdalenenstraße 25.
Schiviz v. Schivizhoffen Karoline — Handel mit Galanterie-, Kurzwaren ꝛc. — 3., Landstraßer Hauptstraße 21.
Illetz Rosa — Witwenfortbetrieb des Tischlergewerbes nach dem verstorbenen Gatten August Illetz — 3., Reisnerstraße 7.

* * *

7. Dezember 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

H. Guttmann & Komp., Offene Handelsgesellschaft — Gemischtwarenhandel im Großen mit Ausnahme von Lebensmitteln — 1., Eßlinggasse 6.
Joe Lestitzky, Offene Handelsgesellschaft — Gemischtwarenhandel im Großen — 1., Biberstraße 22.
Davitscho Josef, Alleininhaber der Firma Davitscho & Deutsch — Gemischtwarenhandel — 1., Kohlmessergasse 3.
Ehrlich Leo — Uebernahme und Durchführung aller Arten von Buchhaltungsarbeiten — 7., Neustiftgasse 54.
Dorn Anton — Zuckerbäckergewerbe — 7., Lerchenfelderstraße 7.
Winkler Karl — Tapezierergewerbe — 7., Hermanngasse 10.
Czech Robert — Zuckerbäckergewerbe — 8., Sanettystraße 4.
Reiß Alfred — Handel mit Holz- und anderen Waldprodukten — 8., Langegasse 24.
Stern Moses — Handelsagentur — 8., Langegasse 28.
Schiller Friedrich — Handel mit Papier-, Galanterie- und Kurzwaren — 8., Lerchenfelderstraße 150.
Wessely Max — Gemischtwarenhandel — 8., Strozzigasse 25.
Dobersberger Franz — Kleinfuhrwerksgewerbe — 2., Nordwestbahnstraße 5.
Bayer Otto — Kleinfuhrwerksgewerbe — 2., Untere Augartenstraße 32.
Birner Karl — Gemischtwarenhandel und Flaschenbier-Verschleiß — 19., Grinzingerstraße 71.
Haberfellner Michael — Kleinfuhrwerksgewerbe — 19., Oblirchergasse 3.
Haberfellner Michael — Holzhandel im Großen — 19., Oblirchergasse 3.
Lorenz Friedrich — Kleinfuhrwerksgewerbe — 18., Martinstraße 58.
Petz Ferdinand — Pferdehandel — 13., Linzerstraße 139.
Spitz Rudolf — Warenhandel — 17., Mariengasse 9.
Kern Emil — Kleinfuhrwerksgewerbe — 18., Ladenburggasse 78.
Kern Emil — Brennholzhandel im Großen — 18., Ladenburggasse 78.
Brany eopold — Maschinschlossergewerbe — 13., Meiselstraße 66.
Hume Josef — Kleinfuhrwerksgewerbe — 10., Angeligasse 42.
Billi Alois — Kleinfuhrwerksgewerbe — 10., Sieccardsburggasse 37.
Kreißl Johann — Kleinfuhrwerksgewerbe — 10., Braunspergengasse 10.
Bürger Aron — Kleidermachergewerbe — 10., Laxenburgerstraße 28.
Lerner Friedrich — Fabriksmäßige Erzeugung von Maschinen — 10., Troststraße 114.
Pilpel Isaak — Fragnergewerbe — 10., Wielandgasse 18.
Sames Max — Handel mit Bilderrahmen und Papierwaren — 10., Eugengasse 16.
Schneider Alois — Fragnergewerbe — 10., Buchengasse 120.
Fritz Georg — Schuhmachergewerbe — 10., Favoritenstraße 155/157.
Heller Emanuel — Gemischtwarenhandel — 10., Lebgasse 34.
Holzer Artur — Handel mit Haushaltungsbedarfsgegenständen — 9., Hahngasse 24.
Zoller Johann — Handel mit technischen und elektrotechnischen Bedarfsartikeln — 8., Bennoplatz 8.
Obst Franz — Fragnergewerbe — 8., Lerchenfelderstraße 44.
Beer Sophie, geb. Saliter — Witwenfortbetrieb des Buchbindergewerbes nach dem verstorbenen Isaak Moses Beer — 2., Große Mohrengasse 42
Jan'a Marie — Handel mit Papier- und Kurzwaren — 8., Josefstädterstraße 93.
Neuhold Leopoldine — Lebensmittelhandel — 8., Langegasse 26.
Maryska Katharina — Massage mit Ausschluß einer Heilzwecke dienenden Betätigung — 8., Albertgasse 31.
Metelka Katharina — Handel mit Zuckerwaren und Kanditen — 8., Josefstädterstraße 71.
Bauer Mathilde — Erzeugung von Streichkäse — 15., Herklotzgasse 4.
Miklas Pauline — Halten einer elektrischen Wäscherolle — 2., Große Pfarrgasse 5.
Mottl Aloisia — Gastwirtsgewerbe — 2., Mühlfeldgasse 12.
Kotoucek Luise — Fremdenbeherbergung — 9., Mariannengasse 1.
Kury Hermine — Damenkleidermachergewerbe — 18., Ladenburggasse 48.
Ramsauer Helene — Kaffeesiedergewerbe — 6., Mariahilferstraße 47.
Hladej Rosalie — Elektrische Wäscherolle — 20., Allerheiligenplatz 6.
Springer Friederike — Zuckerbäckerwaren-Verschleiß — 18., Ladenburggasse 28.

* * *

9. Dezember 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

Firma Robert Goretschau & Komp. — Fabriksmäßige Erzeugung von Lampen, Lustern und Metallwaren — 15., Löschenkohlgasse 39.
Braun & Strauß — Handel mit Tuch- und Schafwollwaren — 1., Marc Aurel-Straße 3.
Baier Heinrich — Alleininhaber der Firma Oesterreichische Metall- und Maschinenhandels-Gesellschaft H. Baier — Handel mit Metallen, Maschinenbestandteilen ꝛc. — 5., Margaretengürtel 6.

Bodak Karl — Tischlergewerbe — 6., Mollardgasse 85.
Eftl Johann — Baumeistergewerbe — 6., Liniengasse 31.
Christ Karl — Kleinfuhrwerksgewerbe — 13., Linzerstraße 58.
Bulker Johann — Schuhmachergewerbe — 18., Kreuzgasse 15.
Brabenecek Adolf — Kleinfuhrwerksgewerbe — 13., Reinlgasse 36.
Bründl Johann — Ledergerberei und Färberei — 13., Kienmayergasse 21.
Navratil Johann — Kleidermachergewerbe — 17., Maußengasse 28.
Thury Karl — Schuhmachergewerbe — 17., Hormayrgasse 8.
Urban Johann — Glasergewerbe — 18., Martinstraße 70.
Drahny Franz — Tischlergewerbe — 13., Moßbachergasse 10.
Eisenhut Ludwig — Kleinfuhrwerksgewerbe — 13., Waidhausenstraße 22.
Boric Johann — Papier-, Schreib- und Zeichenwarenhandel — 13., Lainzerstraße 141.
Kummermann Emil — Gemischtwarenhandel sowie Bier und Wein in Flaschen — 7., Kaiserstraße 81.
Sacher Gustav — Zuckerbäckergewerbe — 7., Burggasse 123.
Schmidt Michael — Erzeugung von Spielwaren — 7, Westbahnstraße 27.
Waberer Markus — Schuhmachergewerbe — 7., Kaiserstraße 86.
Kozian Franz — Elektrotechnische Konzession, 2. Stufe — 7., Lerchenfeldergürtel 36.
Seinlak Franz — Erzeugung von Dörrprodukten und Marmeladen — 7., Mariahilferstraße 82.
Baumgartner Josef — Schuhoberteil-Erzeugung — 2., Novaragasse 19.
Jecha Franz — Musikergewerbe — 9., Höfergasse 5.
Dietmayer Johann — Kleinfuhrwerksgewerbe — 16., Gablenzgasse 1.
Kulschera Karl — Musikergewerbe — 15., Oeverseestraße 45.
Münz Ludwig — Kleinfuhrwerksgewerbe — 9., Salzergasse 28.
Klima Anton — Kleidermachergewerbe — 15., Johnstraße 46.
Hlawatsch Leopold — Handel mit Instrumenten, Maschinen und Einrichtungsgegenständen — 1., Rotenturmstraße 21.
Meth Gustav — Handel mit Abzeichen, Plaketten, Toilette-, Schmuckgegenständen 2c. — 1., Schottenring 17.
Fettinger Viktor — Tapezierer und Dekorateur — 7., Schottenfeldgasse 10.
Politzer Julius — Erzeugung von Likören, Spirituosen und Fruchtsäften auf kaltem Wege — 8., Lerchenfelderstraße 134.
Mezger Adolf — Handel mit Spielwaren und Metallbandpaketverschnürungen 2c. — 7., Hermanngasse 18.
Charasz Icek — Handel mit Gold- und Silberwaren — 2., Stephaniestraße 8.
Borger Alfred — Gemischtwarenhandel — 7., Siebensterngasse 54
Weinmann Rudolf — Handel mit technischen und Installationsartikeln — 7., Neubaugasse 31.
Karl Marie — Hand- und Fußpflege und Massage — 13., Lainzerstraße 19.
Nagy Anna — Obst- und Grünwarenhandel — 7., Neustiftgasse 36.
Gaudl Anna — Marktviktualienhandel — 2., Markt „Im Werd".
Woharcik Margarete — Glasergewerbe — 2., Taborstraße 52.
Klier Agnes — Pferdefleisch-Verschleiß — 16., Menzelgasse 20.
Gabler Marie — Gemischtwarenhandel und Flaschenbier-Verschleiß — 16., Grundsteingasse 34.
Zapletal Anna — Pfaidlergewerbe — 1., Weihburggasse 16.
Prause Theresia — Verschleiß von Zuckerbäckerwaren, Fruchtsäften 2c. — 7., Neustiftgasse 81.
Huber Stephanie Hermine — Lebensmittel-Verschleiß — 7., Burggasse 73.
Hofmann Christine — Personentransport mit dem Fiakerwagen Nr. 193 — 1., Stephansplatz—Kurhausgasse.
Huska Marie Anna — Personentransport mit dem Einspännerwagen Nr. 81 — 8., Laudongasse—Schlösselgasse.
Dörn Anna Marie — Personentransport mit dem Fiakerwagen Nr. 708 — 9., Türkenstraße 1.
Dörn Anna Marie — Personentransport mit dem Fiakerwagen Nr. 718 — 9., Türkenstraße 1.
Mitterböcker Anna — Kleidermachergewerbe — 8., Lerchenfelderstraße 148.
Tauschek Marie — Lebensmittelhandel — 8., Albertgasse 1.

* * *

10. Dezember 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

Firma Jg. Heller, offene Handelsgesellschaft — Fabriksmäßige Erzeugung von landwirtschaftlichen Bedarfsartikeln und Geräten für Weinbau- und Kellereiwirtschaft — 2., Engerthstraße 203/205.
Dauerlicht-Gesellschaft m. b. H. — Fabriksmäßige Erzeugung von galvanischen Elementen und Taschenlampenbatterien — 15., Oeverseestraße 45.
Schönauer Spiritus- und Pottaschefabrik und Raffinerie, vormals S. Adler & Söhne, Ges. m. b. H — Spiritus- und Pottaschefabrikation und Raffinerie, fabriksmäßiger Betrieb — 1., Schottengasse 1 (Zentral-Bureau).
Textil- und Lederwaren-Gesellschaft — Import- und exportweiser Handel mit Textil- und Lederfabrikaten aller Art — 9., Kolingasse 9.
Waldbrunner Anton — Kleinfuhrwerksgewerbe — 5., Einsiedlerplatz 9.
Lustig Isidor — Handel mit Kunstblumen und Gewächsen und einschlägigen Bedarfsartikeln — 9., Clusiusgasse 10.
Blatt Hermann — Handel mit Bekleidungsgegenständen und einschlägigen Bedarfsartikeln — 9., Alserbachstraße 29.
Gschwendt Johann — Handelsagentur — 9., Althanplatz 8.
Ried Ferdinand — Bronzewaren-Erzeugung — 9., Widerhofergasse 6.
Eder August — Kleidermachergewerbe — 9., Wagnergasse 16.
Huml Karl — Kleidermachergewerbe — 9, Bleichergasse 14.
Grubauer Josef — Kleinfuhrwerksgewerbe — 16., Liebhardtgasse 55.
Fuhrmann Franz — Kleinfuhrwerksgewerbe — 16., Ottakringerstraße 104.
Sluka Otto Leopold — Kleinfuhrwerksgewerbe — 16., Klausgasse 28.
Grillowitzer Johann — Kleinfuhrwerksgewerbe — 16., Wilhelminenstraße 3.
Stöckl Rudolf — Pferdefleisch-Verschleiß — 16., Lerchenfeldergürtel 7.
Hull Matthias — Kleinfuhrwerksgewerbe — 16., Enenkelstraße 22.
Bendl Jakob — Kleinhandel mit Brennmaterialien — 16., Roseggergasse 47.
Fels Leopold — Musikergewerbe — 16., Weyprechtgasse 3.
Völkl Karl Robert — Stadtlohnfuhrwerksgewerbe — 16., Redtenbachergasse 54.
Kehrera Karl — Kleinfuhrwerksgewerbe — 16., Klopstockgasse 18.
Olegnik Josef — Kleinfuhrwerksgewerbe — 16., Seitenberggasse 29.
Bollarth Alois — Kleidermachergewerbe — 16., Enenkelstraße 17.
Bendil David — Friseur- und Raseurgewerbe — 16., Degengasse 8.
Krumbein Leib Feiwel — Geflügelhandel — 2., Große Schiffgasse 24.
Neubach Karl — Handel mit Lebensmitteln — 2., Rueppgasse 32.
Kriz Karl — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Koks — 2., Ybbsstraße 13.
Kuba Josef — Wäscheputzergewerbe — 3., Ungargasse 29.
Newikluf Wilhelm — Gemischtwarenhandel im Großen — 3., Khunngasse 2.
Janecek Ernst — Zuckerbäckergewerbe — 3., Hießgasse 8.
Heiligtag Ignaz — Kleinfuhrwerksgewerbe — 3., Leonhardgasse 10.
Kurfürst Ziskid — Verschleiß von Artikeln des täglichen Bedarfes mit Ausnahme von Lebensmitteln — 3., Rennweg 47.
Mauric Johann — Fragnergewerbe — 3., Kleistgasse 25.
Tschermak Franz — Wagnergewerbe — 18., Alseggergasse 36.
Stary Ilia (Elias) — Juwelier- und Goldarbeitergewerbe — 6., Mollardgasse 26.
Wahl Gustav — Buchbindergewerbe — 2., Ausstellungsstraße 1.
Pelikan Marie — Damenkleidermachergewerbe — 9., Servitengasse 4 a.
Wesely Auguste — Betrieb einer elektrischen Wäscherolle — 16., Lindauergasse 30.
Utza Stephanie — Kleinfuhrwerksgewerbe — 16., Neulerchenfelderstraße 19.
Fonne Katharina — Verschleiß von Konditoreiwaren und Fruchtsäften — 16., Speckbachergasse 10.
Krasa Rosa — Marktviktualienhandel — 16., Yppenplatz, Markt.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt.

Seite
Obmänner-Konferenz:
Bericht der 104. Obmänner-Konferenz (21. Oktober 1918) 177
Stadtrat:
Sitzungen des Stadtrates 180
Bericht über die Sitzung des Stadtrates vom 10. Jänner 1919 . . . 180
Bericht über die Sitzung des Stadtrates vom 11. Jänner 1919 . . 184
Bezirksvertretungen:
Sitzungen 187
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Wieden vom 17. Dezember 1918 188
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Favoriten vom 30. November 1918 188
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Rudolfsheim vom 22. November 1918 189
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Döbling vom 20. Dezember 1918 190
Allgemeine Nachrichten:
Die Hilfsaktionen für Wien 191
Milchkühe für Wien 192
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 18. Jänner bis 21. Jänner 1919 192
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster 192
Kundmachungen.

Herausgeber: Die Gemeinde Wien. — Verantwortlicher Schriftleiter: Friedrich Schönsteiner.
Papier aus der Pittner Papierfabrik. — Buchdruckerei E. Kainz vorm J. B. Wallishausser.

Kundmachungen.

Verkauf von Alteisenmaterialien.

Die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" beabsichtigt, die vorrätigen Mengen von Alteisenmaterialien im Wege einer öffentlichen schriftlichen Offertverhandlung zu veräußern, welche **am Donnerstag, 6. Februar, 10 Uhr vormittags** (im Sitzungszimmer, Wien, 4., Favoritenstraße 11, 1. Stock, Tür 20) abgehalten wird.

Die Anbote sind in Form eines nach Tarifposten 44 aa und 60, Punkt 4 des Gebührengesetzes stempelfreien Geschäftsbriefes an die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" zu richten und an die Direktion der städtischen Straßenbahnen, 4., Favoritenstraße 9, derart rechtzeitig einzusenden, daß sie spätestens einen Tag vor der Offertverhandlung dort eintreffen, oder sie sind am Tage der Offertverhandlung vor Eröffnung derselben der Kommission zu übergeben. Nicht rechtzeitig eingelangte Anbote werden nicht berücksichtigt. Die Anbote müssen in einem Umschlage mit der Aufschrift: „Anbot auf Alteisenmaterial zur Offertverhandlung am 6. Februar 1919" verschlossen sein.

Jeder Anbieter muß spätestens am Tage vor der Offertverhandlung ein Vadium im Betrage von 5 Prozent der Anbotsumme bei der Hauptkassa der städtischen Straßenbahnen, 6., Rahlgasse 3, erlegen und sich bei der Offertverhandlung auf Verlangen über diesen Erlag ausweisen. Die Vadiumsbestätigungen sind jedoch den Anboten nicht beizuschließen.

Eine Berufung auf Vadien- und Pfandgelder, die zu anderen Zwecken erlegt wurden, ist nicht zulässig.

Das Vadium kann in barem Gelde, das jedoch nicht verzinst wird, in Einlagebüchern der Wiener Zentral-Sparkassa, einer der Wiener Kommunal-Sparkassen, der Ersten österreichischen Sparkassa oder auch in inländischen mündelsicheren Wertpapieren bestehen.

Im Anbote hat sich der Bieter ausdrücklich auf Ausstellungstag und Geschäftszahl dieser Kundmachung zu berufen und sich den darin festgesetzten Bedingungen zu unterwerfen. Er hat ferner zu erklären, daß er die ausgeschriebenen Materialien besichtigt hat oder deren Beschaffenheit von früher kennt. Zu diesem Behufe steht es den Anbotstellern frei, die Materialien gegen vorherige Anmeldung bei der Lagerverwaltung, 13., Siebeneichengasse 12, auf den betreffenden Lagerplätzen zu besichtigen.

Verkauft werden:

Von den Lagerplätzen für Bahnerhaltung (11., Simmeringer Hauptstraße 156 und 12., Aßmayergasse 57)

Post	1	50.000 kg	Schienenabfälle,
„	2	30.000 „	Bröckeleisen,
„	3	15.000 „	Spitzschienen,
„	4	10.000 „	Stahlguß,
„	5	6.500 „	Laschen,
„	6	2.500 „	Spurhälter,
„	7	4.000 „	Bohr- und Hobelspäne.

Von den Lagerplätzen 13., Siebeneichengasse 7/9 und 13., Hadikgasse

Post	8	50.000 kg	Radreifen,
„	9	40.000 „	Stahlguß,
Post	10	30.000 kg	Grauguß,
„	11	4.000 „	Bröckeleisen,
„	12	2.500 „	Werkzeugstahl,
„	13	400 „	Federstahl,
„	14	2.000 „	Guß, verbrannt,
„	15	2.500 „	Eisenblech,
„	16	20.000 „	Drehspäne.

Die Direktion haftet nicht für ihre wirkliche Aufbringung; hingegen ist der Ersteher verpflichtet, allenfalls bis zu 25 Prozent mehr als die ausgeschriebene Menge zu übernehmen. Jeder Anbieter erklärt sich bereit, die ihm zugeschlagene Menge in der Weise abzuführen, daß er längstens am dritten Tage nach erfolgter Verständigung mit der Abfuhr der lagernden Altmaterialien beginnt und sich verpflichtet, täglich mindestens zwei Waggons, das sind 20.000 kg, abzuführen.

Sollte mit der Abfuhr nicht rechtzeitig begonnen werden, sie ohne Zustimmung der Direktion unterbrochen oder die vorgeschriebene Mindestmenge pro Tag nicht abgeführt werden, so wird in den ersten beiden Fällen pro Tag, im letzteren Falle für jeden rückständigen Waggon eine Konventionalstrafe von 10 K festgesetzt.

Wird die Abfuhr um mehr als acht Tage verzögert oder auf mehr als acht Tage durch Verschulden des Erstehers und ohne Bewilligung der Direktion unterbrochen, so kann die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" überdies das Pfand einziehen und das Uebereinkommen als aufgelöst betrachten.

Die zur Verladung der Altmaterialien nötigen Fuhrwerke und Arbeitskräfte hat der Ersteher auf eigene Rechnung beizustellen.

Ein Abzug im Gewichte wegen anhaftenden Schmutzes oder Rostes wird nicht gewährt. Ebenso wird das Abmontieren einzelner Bestandteile weder vorgenommen noch gestattet. Endlich wird bemerkt, daß die Altmaterialien, so wie sie liegen, das ist ohne Auswahl oder Sortierung, abgeführt werden müssen.

Der Betrag für jede einzelne Fuhre ist vor Abfuhr bei der nächstgelegenen Streckenkassa bar zu erlegen, sofern der Ersteher es nicht vorzieht, bei der Hauptkassa der städtischen Straßenbahnen vor Beginn der Abfuhr ein Depot in barem Gelde zu erlegen.

Die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" behält sich das Recht vor, das Uebereinkommen im Falle der Nichteinhaltung der Offertbedingungen als gelöst zu betrachten, das Pfandgeld einzuziehen und über das Altmaterial anderweitig zu verfügen.

Der Anbotsteller bleibt der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" so lange im Worte, bis er von der Annahme oder Ablehnung seines Anbotes verständigt ist.

Die Vadien von nicht angenommenen Anboten sind binnen acht Tagen nach ergangener Verständigung von der Nichtannahme zu beheben, widrigenfalls sie den Erlegern auf ihre Kosten per Post zurückgesendet werden. Die Vadien der Ersteher werden als Pfand bis zur gänzlichen Abwicklung des Geschäftes zurückbehalten.

Die Pfandgelder werden nur verwahrt, aber nicht verwaltet. Sie müssen frei sein von jeder Belastung und Beschränkung der Veräußerungsmöglichkeit.

Die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" behält sich die uneingeschränkte Wahl unter allen Bewerbern und die Vergebung der Altmaterialien in kleineren Partien an verschiedene Bewerber wie auch die Ablehnung sämtlicher Anbote vor.

In allen aus dem Lieferungsvertrage entspringenden Rechtsstreitigkeiten, welche nicht kraft des Gesetzes vor einen ausschließlich besonderen Gerichtsstand gehören, sind in erster Instanz die sachlich zuständigen Gerichte am Sitze der Wiener Gemeindevertretung, Wien, 1., Neues Rathaus, ausschließlich zuständig.

Beide Teile leisten Verzicht auf das Recht der Einwendung wegen Verletzung über die Hälfte des wahren Wertes (§ 934 des Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches).

Direktion der städtischen Straßenbahnen.

Wien, im Jänner 1919. 1—3

Zentral-Sparkasse der Gemeinde Wien.

Kundmachung.

Vom 20. Februar 1919 an werden die an diesem Tage aufrechten und vor dem Datum dieser Kundmachung bei der Anstalt bereits bestehenden, bisher mit $3^3/_4$ Prozent und $3^1/_2$ Prozent verzinslichen Spareinlagen bis auf weiteres mit

$3^1/_4$ Prozent

verzinst.

Mit der gleichen Verzinsung werden vom Datum dieser Kundmachung auf bereits bestehende und auf neu zu eröffnende Einlagebücher in jedem Kalendermonate nur Einlagenbeträge in der Gesamthöhe von max. 5000 K von jeder Partei angenommen.

Für Neueinlagen über den Betrag von 5000 K bleibt der Zinsfuß einer besonderen Vereinbarung vorbehalten.

Die Frist, innerhalb welcher es den Einlegern gemäß § 11 der Satzungen freisteht, ihre Einlagen vor Wirksamkeit der Zinsfußänderung zurückzunehmen, beginnt am heutigen Tage und läuft am 15. Februar 1919 ab.

Wien, am 20. Jänner 1919. 1—1

Stiftungen.

M. Abt. XIII, 5406/18. Selbständiger Wirkungskreis.

Preysing-Uehlein'sches Stipendium

für einen Hörer der medizinischen Fakultät der Universität in Wien.

Verliehen werden für das Studienjahr 1918/19 drei Jahresbeträge von je 800 K.

Anspruchsberechtigt sind: Bedürftige Hörer der medizinischen Fakultät der Universität in Wien, welche die Maturitätsprüfung an einem Wiener Gymnasium abgelegt haben, im 16. Gemeindebezirke in Wien geboren und nach Wien zuständig sind, in Ermanglung solcher Bewerber Studierende der genannten Fakultät die in Wien geboren und dahin zuständig sind, unter den gleichen übrigen oben angeführten Bedingungen, und zwar insbesondere solche, die im letzten Jahre ihrer Studien stehen.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Nachweis der Zuständigkeit nach Wien, das Impfzeugnis, ein Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnis, das Maturitätszeugnis und die sonstigen Studiennachweise.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.
Einreichungsfrist: **Bis 15. Februar 1919.**

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 15. Dezember 1918. 3—3

M. Abt. XIII, 5120/18. Selbständiger Wirkungskreis.

Johann Gögl'sche Stiftung.

Im Laufe eines jeden Jahres gelangen die verfügbaren Interessen der Johann Gögl'schen Stiftung zu Verleihung.

Die Auszahlung der Beträge ist an einen bestimmten Tag nicht gebunden und erfolgt die Zuwendung der Stiftung nach Maßgabe des Stiftungserträgnisses, so oft Bewerber vorhanden sind.

Zur Bewerbung sind berufen: Handels- und Gewerbetreibende, welche ohne ihr Verschulden in Notlage geraten sind.

Dieselben müssen jedoch österreichische Staatsbürger und in Wien wohnhaft sein und ihr Gewerbe noch betreiben.

Angehörige der deutschen Nation genießen bei sonst gleichen Verhältnissen den Anspruch auf Berücksichtigung vor anderen Bewerbern.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Gewerbeschein oder Konzessions-Dekret und letzter Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer.

Die in solcher Weise belegten Gesuche können jederzeit in der Magistrats-Abteilung XIII überreicht werden.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
im Dezember 1918. 3—3

M. Ab. XIII, 5437/18. Selbständiger Wirkungskreis.

Gustav Figdor'sche Stipendien.

Verliehen werden: Für das Studienjahr 1918/19 zwei Gustav Figdor'sche Stipendien im Betrage von je 1000 K an je einen armen, durch Fleiß, Sitten und Geistesgaben hervorragenden Hörer der Philosophie (Naturwissenschaften) in Wien israelitischen Bekenntnisses.

Dem Gesuche sind beizulegen: Geburtschein, Impfzeugnis, Heimatschein, Armuts(Mittellosigkeits)zeugnis, Maturitätszeugnis und Studiennachweise.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 31. Jänner 1919.**

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 20. Dezember 1918. 1—3

St. P. Z. 1.
B. B. IV.

Josef Anton Aich-Stiftung.

Am 16. Februar 1919 gelangen die Zinsen der Josef Anton Aich-Stiftung im Betrage von 158 K zu zwei gleichen Teilbeträgen zur Verteilung.

Zur Bewerbung sind berufen: Verarmte, deutsche, christliche Gewerbsleute der niedersten Steuerkategorie, welche noch ihr Gewerbe betreiben.

Dem Gesuche sind beizulegen: Armutszeugnis, Taufschein, Heimatschein, Gewerbeschein und der letzte Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer.

Einreichungsstelle: Gemeindebezirkskanzlei des **4.** Bezirkes, 4., Schäffergasse 3, 1. Stock.

Einreichungsfrist: **Bis 10. Februar 1919.**

1—3

M. Abt. XIII, 5401/18. Selbständiger Wirkungskreis.

Johann Anton Eckhart'sche Stiftung

für arbeitsunfähige Gewerbsleute.

Verliehen werden: 27 Stiftplätze zu je 63 K durch Verlosung.

Zur Bewerbung sind berufen: In Wien ansässige, durch Unglücksfälle verarmte, wegen Alters- oder Körpergebrechen arbeitsunfähige Gewerbsleute, gleichviel ob Meister oder Gesellen, ob Männer oder Weiber, die mit keiner dauernden Unterstützung oder doch nur mit dem niedrigsten Erhaltungsbeitrage von monatlich früher 6 K, seit 1. September 1917 10 K beteilt sind.

Mündliche Ansuchen nimmt entgegen: **Vom 1. bis einschließlich 15. Februar 1919** (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage) die Magistrats-Abteilung XIII (1., Rathaus, Ebendorferstraße 1, Halbstock) zwischen 10 und 12 Uhr vormittags.

Jeder Bewerber hat mitzubringen: Tauf(Geburt)schein, Trauungsschein, polizeilichen Meldezettel, Heimatschein, Armutszeugnis und armenärzliches Zeugnis über die Erwerbsunfähigkeit; Witwen auch den Totenschein des Gatten; Meister: Gewerbeschein (Konzessions-Dekret) oder Bestätigung der Gewerbezurücklegung; Gesellen: Arbeits(Wander)buch und Gesellen(Lehr)brief oder Freisprechungszeugnis.

Oeffentliche Ziehung der Lose: Am 6. März 1919 um 10 Uhr vormittags im Rathause (Beratungszimmer des Gemeinderates, 1. Stock, Aufgang über Stiege VII). Die gezogenen Nummern werden durch die „Wiener Zeitung" und durch Anschlag an den Amtstafeln des Rathauses und der Armen-Institute veröffentlicht.

Die Stiftungsbeträge werden ausgezahlt: Von der städtischen Hauptkassa gegen Abgabe des Loses an Werktagen in der Zeit vom 16. bis einschließlich 31. März 1919. Die bis dahin nicht behobenen Beträge fallen an die Stiftung zurück.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 19. Dezember 1918.

M. Abt. XIII, 5395/18. Selbständiger Wirkungskreis.

Wilhelm und Magdalena Brandseph'sche Stiftung

für unheilbare oder erwerbsunfähige Personen.

Gewährt wird: Einmalige oder dauernde Unterstützung.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme, unheilbare Kranke und arme oder mittellose erwerbsunfähige Personen, welche ohne eigenes Verschulden mittellos oder verarmt, christlichen Glaubensbekenntnisses und nach Wien zuständig sind.

Besondere Bestimmungen: Die Zuwendungen aus der Stiftung erfolgen nach Maßgabe des Stiftungserträgnisses, so oft geeignete Bewerber vorhanden sind.

Die Gesuche können jederzeit eingebracht werden.

Dem Gesuche sind beizulegen: Taufschein, Heimatschein, Nachweis der unheilbaren Erkrankung oder der Erwerbsunfähigkeit.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 18. Dezember 1918. 3—3

M. Abt. XIII, 5130/18. Selbständiger Wirkungskreis.

Johann Trobl'sche Stiftung
für verunglückte Bauarbeiter.

Verteilt werden: Die verfügbaren Zinsen in Beträgen von mindestens 100 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Verunglückte christliche Bauarbeiter oder deren Hinterbliebene.

Unter „Bauarbeitern" sind bei dieser Stiftung Maurer und Gerüster (Gehilfen und Lehrlinge), Bautaglöhner und Bautaglöhnerinnen zu verstehen.

Dem Gesuche sind beizulegen: Taufschein, Heimatschein, Nachweis über die Art und Zeit des erlittenen Unfalles, armenärztliches Zeugnis, allenfalls Totenschein des verstorbenen Gatten teiles.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.
Einreichungsfrist: Bis 15. Februar 1919.
Verleihungstag: Mai 1919.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 12. Dezember 1918. 3–3

M. Abt. XIII, 5436/18. Selbständiger Wirkungskreis.

Theresia Rosenauer'sche Stiftung
für verschämte Arme in Wien.

Zur Verleihung gelangen: 500 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Verschämte Arme in Wien.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatsnachweis.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.
Einreichungsfrist: Bis 31. Jänner 1919.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 20. Dezember 1918.

M. Abt. XIII, 5201/18. Selbständiger Wirkungskreis.

Dr. Emanuel Bunzel'sche Stiftung
für erwachsene Blinde.

Verteilt werden: 180 K in fünf gleichen Teilbeträgen.

Zur Bewerbung sind berufen: Erwachsene mittellose Blinde christlichen Glaubens.

Dem Gesuche sind beizulegen: Taufschein, Heimatschein, armenärztliche Bestätigung über die Erblindung.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.
Einreichungsfrist: Bis 15. Februar 1919.
Verleihungstag: 10. April 1919.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 19. Dezember 1918.

M. Abt. XIII, 5396/18. Selbständiger Wirkungskreis.

Stiftung eines ungenannt sein wollenden Menschenfreundes.

Im Laufe eines jeden Jahres kommen aus den verfügbaren Interessen der Stiftung eines ungenannt sein wollenden Menschenfreundes, deren Stammkapital 200.000 K beträgt, Jahresrenten oder einmalige Gaben zur Verleihung.

Anspruch auf diese Stiftung haben bedürftige Personen, die durch ein Ereignis körperlich beschädigt worden sind, oder die bedürftigen Hinterbliebenen der bei solchen Anlässen getöteten oder infolge derselben verstorbenen Personen. In Betracht kommen aber nur mit dem Ringtheaterbrande in keinem Zusammenhange stehende Verunglückte oder deren Hinterbliebene.

Die Verleihung der Stiftung ist an einen bestimmten Tag nicht gebunden und erfolgt die Zuwendung derselben nach Maßgabe des Stiftungserträgnisses, so oft geeignete Bewerber vorhanden sind.

Das Verleihungsrecht steht dem Wiener Stadtrate zu.

Bewerber um eine Unterstützung aus dieser Stiftung haben ihre Gesuche mit dem Tauf(Geburt)scheine, dem Heimatscheine einem armenärztlichen Befunde über ihre Erwerbsunfähigkeit und einem amtlichen Zeugnisse über die ihnen zugestoßene körperliche Beschädigung zu belegen.

Bittsteller, die aus Anlaß ihrer körperlichen Beschädignng schon von der Unfallversicherungskassa, aus einer Stiftung, einem Fonds oder anderweitig eine Unterstützung beziehen, haben dies anzugeben und nachzuweisen.

Wenn Hinterbliebene einer bei einem Ereignisse getöteten oder infolge einer hiebei erlittenen Verletzung verstorbenen Person um eine Unterstützung einschreiten, so haben sie außerdem den Nachweis zu erbringen, in welchem Verwandtschaftsverhältnisse sie zu dem Getöteten oder Verstorbenen gestanden sind.

In solcher Weise belegte Gesuche können jederzeit in der Magistrats-Abteilung XIII überreicht werden.

Ausdrücklich wird bemerkt, daß auf nicht gehörig belegte Gesuche keine Rücksicht genommen werden kann.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 20. Dezember 1918.

Allgemeine Depositen-Bank

Wien, I., Schottengasse 1,

Filialen: Linz, Steyr, Triest, Oderberg-Bahnhof, Lemberg, Stanislau, Drohobycz, Czernowitz

und Wiener Wechselstuben: I., Teinfaltstraße 2, II., Taborstraße 7, IV., Rainerplatz 2, VII., Mariahilferstraße 74 b, VII., Neubaugasse 44, IX., Alserstraße 24, IX., Währingerstraße 63, XIII., Breitenseerstraße 6, XIII., Hietzinger Hauptstraße 3, XIV., Sparkasseplatz 1.

Aktienkapital: K 80,000.000·—. Reserven: K 41,500.000·—.

Bezugspreise
für Wien:
mit Zustellung ganzjährig 20 K
mit Zustellung halbjährig 10 K
ohne Zustellung ganzjährig 18 K
ohne Zustellung halbjährig 9 K
Außerhalb Wiens
ganzjährig 22 K, halbjährig 11 K.

Bezugsbeginn: 1. Jänner, beziehungsweise 1. Juli.

Einzelne Nummern 40 Heller bei der Schriftleitung.

Amtsblatt

der

Stadt Wien

Schriftleitung:
1., Rathaus, Stiege 5, 1. Stock.
Fernsprecher: Rathaus.
Klappe 160 (Hauptschriftleiter).
Klappe 150 (Schriftleitung).

Postsparkassen-Konto Nr. 100.367

Für den Buchhandel:
Gerlach & Wiedling, 1., Elisabethstraße 13. — Ganzjährig 30 K.

Annahme kleiner Anzeigen bei Haasenstein & Vogler, A.-G. 1., Schulerstraße 11.

Erscheint jeden Mittwoch und Samstag.

Nr. 8. Samstag den 25. Jänner 1919. Jahrgang XXVIII.

Stadtrat.

Bericht

über die Sitzung vom 16. Jänner 1919.

Vorsitzende: Die VB. Hoß, Rain und Neumann.

Anwesende: Die StR. Angermayer, Breuer, David, Dechant, Emmerling, Dr. Haas, Dr. Hein, Heindl, Hellmann, Hötzel, Hohensinner, Jung, Dr. Kienböck, Knoll, Körber, Melcher, Müller, Pick, Richter, Schmid, Schwer, Siegel, Skaret, Spalowsky, Tomola, Vaugoin, Weber, Weigl und Winter.

Entschuldigt: StR. Schneider.

Beigezogen: Ob.Mag.-R. Dr. Müller, Mag.-R. Dr. Fastenbauer, die Direktoren Ing. Spängler, Karel und Menzl, Straßenbahn-Inspektor Lerchenfelder.

Schriftführer: Mag.-Sekr. v. Radler.

VB. Hoß eröffnet die Sitzung und macht folgende Mitteilungen:

Antrag des StR. Spalowsky und Kollegen:

Den während des Krieges im Dienste gestandenen Bediensteten der städtischen Straßenbahnen werden Remunerationen bewilligt. Hievon sollen die Heimkehrer ausgenommen sein. Die Heimkehrer haben nicht nur selbst während der Kriegszeit die schwersten Opfer gebracht, auch ihre Angehörigen und Familien mußten diese Opfer bringen. Nach dem Kriege waren deshalb die Heimkehrer samt ihren Angehörigen in bitterer Not, was die Direktion veranlaßte, Vorschüsse zu gewähren.

Mit Rücksicht darauf wird der Antrag gestellt: Den Heimkehrern der städtischen Straßenbahnen sei eine einmalige Remuneration in der Höhe von 100 K zu gewähren. (Wird der geschäftsmäßigen Behandlung zugemittelt.)

Der Ausschuß des Vereines von Kinderfreunden dankt für die mit Stadtrats-Beschluß vom 27. Dezember 1918, P. Z. 12593, genehmigte Abschreibung der Rückstände an Kanal-, Senkgrubenräumungs- und Wassermehrverbrauchsgebühren im Betrage von 4425 K 92 h, beziehungsweise Verzichtleistung auf die nach Abrechnung mit ihm noch erübrigende Restforderung per 820 K 17 h. (Zur Kenntnis.)

Bericht der Direktion der städtischen Stellwagen-Unternehmung über die Beförderung von Verwundeten, Gefangenen ꝛc. in der Zeit vom 1. Dezember 1914 bis Ende Dezember 1918 für Rechnung der Heeresverwaltung. (Zur Kenntnis.)

Berichterstatter StR. Dr. Haas:

(P. Z. 609, M.Abt. X, 9660.) Der Gesellschaft vom österreichischen Silbernen Kreuze wird die Erlaubnis zur Aufstellung einer Gedenktafel bei dem Grabe Nr. 46 des Josef Ruhlheller in der Kriegergrabstätte des Zentral-Friedhofes unter der Bedingung erteilt, daß die Ausmaße von 50 cm Länge und 40 cm Höhe nicht überschritten und dieses Gedenkzeichen über amtliche Aufforderung auf Kosten der Gesellschaft ungesäumt entfernt werde.

(P. Z. 712, M.Abt. XI b, 30198.) Dem Sekundararzte des Kaiserjubiläums-Spitales Dr. Alfred Heinrich wird der nachgesuchte Urlaub gegen Einstellung der Bezüge in der Dauer von acht Wochen bewilligt.

(P. Z. 430, M.Abt. XI b, 29770.) Der Magistrat wird ermächtigt, die Ueberwachung des Versorgungshauses der Stadt Wien in Liesing bis auf weiteres durch zwei Mann der Volkswehr gegen eine Entlohnung von 11 K per Mann und Tag besorgen zu lassen.

(P. Z. 427, M.Abt. X, 9502.) Die Direktion des Kaiser Franz Josef-Spitales wird ermächtigt, den in dem Antrage vom 5. Dezember 1918 genannten Angestellten des Krankenanstaltenfonds Remunerationen im Gesamtbetrage von 2460 K auszuzahlen und die einzelnen Beträge zu Lasten des Betriebes des in Betracht kommenden städtischen Not- oder Barackenspitales zu verrechnen.

(P. Z. 47, M.Abt. III, 3758.) Ueber Ansuchen wird dem Vereine „Brigittaspital" rückwirkend vom 1. April 1914 auf die Dauer von 15 Jahren, das ist bis 31. März 1929 eine Ermäßigung des mit Gemeinderats-Beschluß vom 22. März 1912, P. Z. 3831, für die Ueberlassung städtischen Grundes im 20. Bezirke, Ecke der Strom- und Pasettistraße festgesetzten jährlichen Bestandzinses von 2800 K auf 450 K unter der Bedingung gewährt, daß die Zahl von 17 unentgeltlichen Spitalbetten aufrecht erhalten wird und im übrigen die im Bestandvertrage vom 10. Dezember 1912, Magistrats-Abteilung I, 4484/12, enthaltenen Bestimmungen vollinhaltlich in Geltung bleiben.

Die Auflösung der von diesem Vereine mit dem Vereine „Lucina" bisher geführten Betriebsgemeinschaft wird zur Kenntnis genommen.

In den Vorstand des Vereines ist ein Mitglied des Gemeinderates zu entsenden. (An den Gemeinderat.)

Berichterstatter StR. Dechant:

(P. Z. 621, Lw.A., 1/222.) Der zum Gutsbestande Cobenzl gehörige Weingarten, Kat.-Parz. 1030 Grinzing, wird auf die Dauer von sechs Jahren, das ist ab 1. Dezember 1918 bis 30. November 1924 um den jährlichen Pachtschilling von 150 K unter den allgemeinen Bestandbedingungen und unter folgenden weiteren Bedingungen an Franz Hengl verpachtet:

Der Bestandzins ist jährlich am 1. Dezember im vorhinein, und zwar für das Jahr 1919 binnen drei Tagen nach Empfang der Pachtverständigung, und zwar an die Gutsverwaltung Cobenzl zu bezahlen. Zur Sicherstellung der dem Bestandnehmer aus dem Vertragsverhältnisse entspringenden Verbindlichkeiten ist binnen eben dieser Frist eine Kaution, bestehend aus einem Einlagebuche der Wiener Kommunalsparkasse Döbling, mit einer Einlage von 75 K zu erlegen.

(P. Z. 631, M.B.A. XIX, 1800/II u. folg.) Die Bezirksamts-Anträge, betreffend vier Gesuche von Parteien aus dem 19. Bezirke um Abschreibung, beziehungsweise Ermäßigung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des 19. Bezirkes, werden genehmigt.

(P. Z. 606, M.Abt. X, 9091.) Dem Josef Pichler wird über Ansuchen die Totengräberstelle im Pötzleinsdorfer Friedhofe ab 1. Februar 1919 unter den bisherigen Bedingungen und mit dem Vorbehalte einer beiden Teilen jederzeit zustehenden vierteljährlichen Kündigung verliehen. Das Vertragsverhältnis mit dem derzeitigen Totengräber Karl Pichler wird mit demselben Tage aufgelöst.

(P. Z. 605, M.Abt. X. 57.) Der Elisabeth Rieder wird die einfache Gruft Nr. 12 (Notgruft) im Sieveringer Friedhofe um die Gebühr von 3000 K unter den vom Magistrate gestellten Bedingungen überlassen.

Dem Kassenvorstand Amon Blaich wird die einfache Gruft Nr. 36 im Sieveringer Friedhofe nach Versetzung und Uebernahme des Gruftbelages um die Gebühr von 6600 K überlassen. Seinem Ansuchen um Anrechnung der Gebühr für Zugewiesene wird keine Folge gegeben.

Dem Hans Willander wird die einfache Gruft Nr. 37 ohne Belag im Sieveringer Friedhofe um 4800 K auf Friedhofsdauer überlassen.

Berichterstatter StR. Jung:

(P. Z. 625, B.D., 154.) Es wird zur Kenntnis genommen, daß ein Teil der mit dem Stadtrats-Beschlusse vom 28. Mai 1918, P. Z. 5208, an die Wienerberger Ziegelfabriks- und Bau-Gesellschaft vergebenen Ziegel für den Bau der Kriegerheimstätte in Aspern Verwendung findet. Die Kosten hiefür sind vorläufig aus dem mit dem Gemeinderats-Beschlusse vom 17. November 1918, P. Z. 8903, genehmigten Kredite von 15 Millionen Kronen zu bestreiten und nach Maßgabe ihrer Verwendung vom Wiener Kriegerheimstättenfonds rückzuersetzen.

(P. Z. 627, B.Abt. VI c, 3806/18.) Dem Vereine „Kinderschutzstationen" wird vorbehaltlich des Ergebnisses der baubehördlichen Genehmigung die Bewilligung erteilt, in dem städtischen Grundarmenhause im 11. Bezirke, Kobelgasse 24, bauliche Umgestaltungen vorzunehmen. Es wird jedoch bedungen, daß sämtliche Herstellungen auf Kosten des Vereines durchgeführt werden und der Verein die Verpflichtung übernimmt, daß bei der seinerzeitigen Rückstellung des Hauses an die Gemeinde Wien über deren Verlangen der ursprüngliche Bauzustand auf seine Kosten wieder hergestellt werde und allfällige über Verlangen der Gemeinde zu belassende Abänderungen und Herstellungen ohne Anspruch auf Entschädigung in das Eigentum der Gemeinde Wien übergehen.

(P. Z. 10823, M.Abt. III, 3271.) Das Anbot der Elise Kopelent, mit dem sie der Gemeinde Wien die Liegenschaft 11., Simmeringer Hauptstraße 168, im Katastralausmaße von 22.773 m² um den Einheitspreis von 17 K per Quadratmeter zum Kaufe anbietet, wird wegen der viel zu hohen Forderung abgelehnt.

Berichterstatter StR. Hohensinner:

(P. Z. 616, M.Abt. XV, 15242.) Die Einrichtung eines Physiksaales sowie einer eigenen Direktionskanzlei für die Mädchen-Bürgerschule 10., Siccardsburggasse 57, wird genehmigt.

(P. Z. 617, M.Abt. XV, 16285.) Zu der mit Beginn des Schuljahres 1918/19 erfolgten provisorischen Eröffnung der zweiten Parallele zur vierten Klasse an der Hilfsschule für schwachbefähigte, schulpflichtige Kinder, 20. Bezirk, Greiseneckergasse 29, wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 632, Jug.A., 1351.) Es wird genehmigt, daß die Kindergartenkandidatin Hilda Liebig bis auf weiteres an dem öffentlichen Kindergarten der Gemeinde Wien im 3. Bezirke, Siegelgasse 2/4, hospitiert und praktiziert.

Berichterstatter StR. Pick:

(P. Z. 611, M.Abt. XIII, 4855.) Besetzung von Freiplätzen an der Wiener Handelsakademie. Der Berichterstatter beantragt, die vom Studienjahr 1918/19 angefangen erledigten zwei städtischen Freiplätze auf die lehrplanmäßige Studiendauer an Otto Pelzer und Alexander Grünberg zu verleihen.

Die Verleihung an Otto Pelzer wird abgelehnt und die Verleihung der Stiftplätze an Friedrich Kostka und Alexander Grünberg genehmigt.

(VB. Rain übernimmt den Vorsitz.)

Berichterstatter VB. Hoß:

(P. Z. 620, M.Abt. XIX, 5.) Für die Durchführung der Wahlen in die konstituierende Nationalversammlung im Jahre 1919 wird zur Ausgabs-Rubrik L/I 33 ein Zuschußkredit von 1.250.000 K bewilligt. Dieser Betrag ist zu seiner Bedeckung auf das Anlehen pro 1918 zu verweisen. Zur Durchführung dieser Wahlen wird der Magistrat ermächtigt, bis zum Wahltage zur Bewältigung der sich anläßlich der Durchführung der Wahlen ergebenden Schreibarbeiten Aushilfsschreibkräfte nach dem jeweiligen Bedarfe, jedoch nur bis zur Höchstzahl von 400 Personen unter den vorgeschlagenen Bedingungen aufzunehmen. Den Mitgliedern der Wahlbehörden, den bei der Durchführung der Wahlen verwendeten Beamten und Dienern werden Entschädigungen, beziehungsweise Gebühren gewährt. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 686, M.Abt. XVI, 24290.) Konskriptionsamtskontrollor Gustav Fleischmann wird zum Konskriptionsamts-Ober-Kontrollor befördert. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 718, Str.B., 6.) Die von der Direktion der städtischen Straßenbahnen und von der Magistrats-Direktion beantragten

Remunerationen mit dem Gesamtbetrage von 1,056.498 K 50 h werden genehmigt. Die Auszahlung hat mit der größten Beschleunigung zu erfolgen.

(VB. Hoß übernimmt den Vorsitz.)

Berichterstatter VB. Rain:

(P. Z. 715, St.U., 56/2/18.) Für Anerkennungsgaben an Beamte und Unterbeamte der städtischen Stellwagen-Unternehmung anläßlich außerordentlicher Mehrleistungen im Jahre 1918 werden 20.000 K genehmigt.

(P. Z. 716, Str.B., 489.) Die Anbringung von Ankündigungen politischen Inhaltes in den Straßenbahnwagen wird grundsätzlich abgelehnt; die Direktion der städtischen Straßenbahnen wird ermächtigt, derartige Ansuchen ohne Vorlage an den Stadtrat abzulehnen.

(P. Z. 334, B.D., 57.) Die Mehrkosten der Behebung des im Jahre 1917 entstandenen Wasserleitungsrohrbruches in der Langegasse im 8. Bezirke im Betrage von 5647 K 43 h, welche auf Ausgabs-Rubrik XXVI 1 c bedeckt sind, werden genehmigt.

(P. Z. 338, St.U., 7.) Für den doppelt verwaisten Sohn Leopold nach dem verstorbenen Stellwagenschaffner Johann Kaut wird ein Erziehungsbeitrag in der Höhe von jährlich 133 K 33 h nach Maßgabe der bestehenden Bestimmungen ab 1. November 1918 genehmigt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 328, M.Abt. XVIII, 3253.) Der Josefa Ritter, Witwe nach dem am 30. Mai 1918 im Betriebe der städtischen Leichenbestattung verunglückten und am 14. Juni 1918 infolge dieses Betriebsunfalles verstorbenen Ferdinand Ritter, wird für die Dauer des Witwenstandes eine mit 20 Prozent vom Jahresarbeitsverdienste des Gatten berechnete Witwenrente im Betrage von monatlich 55 K 27 h vom 14. Juni 1918 zuerkannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Nachbenannte Bedienstete der städtischen Stellwagen-Unternehmung werden in den dauernden Ruhestand versetzt:

(P. Z. 434 u. 341, St.U., 500 u. 869/18) die Kutscher Franz Konwalinka und Jakob Steiner mit 16. Dezember 1918 unter Zuerkennung eines jährlichen Ruhegenusses von 726 K, beziehungsweise 917 K;

(P. Z. 340, St.U., 790/18) der Lackierer Franz Kainz mit 19. Dezember 1918 unter Zuerkennung eines jährlichen Ruhegenusses von 1635 K 4 h. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 342, L.U., 1071.) Die von der Direktion der „Gemeinde Wien — städtische Leichenbestattung" vorgeschlagenen Remunerationen an Beamte dieser Unternehmung im Gesamtbetrage von 530 K werden bewilligt.

(P. Z. 320, M.Abt. XXII, 1802.) Der Magistratsbericht über die aus Anlaß der vorübergehenden Sperre des Wiener Rathauskellers aufgelaufenen Kosten, wonach an den Rathauskellerwirt Dombacher für Leistungen an das entlassene Personal ein Höchstbetrag von 25.432 K 58 h auszuzahlen ist, während 1330 K von der Bestandzinsvorschreibung in Abzug zu bringen sind, wird genehmigend zur Kenntnis genommen.

(P. Z. 706, St.U., 28.) Die Uebernahme von Uniformen und Uniformstoffen vom Deutschmeister-Schützenkorps in Wien durch die Direktion der städtischen Stellwagen-Unternehmung um den Gesamtbetrag von 17.604 K wird nachträglich genehmigt.

(VB. Hoß übernimmt den Vorsitz.)

Berichterstatter StR. Schmid:

(P. Z. 770. Str.B., 457.) Fortsetzung der Wechselrede über die Verbesserung des Sonntagsverkehres der Straßenbahnen.

StR. Dr. Hein beantragt die Wiederaufnahme der Debatte.

(Wird beschlossen.)

StR. Hötzel beantragt, den Betriebsschluß von 8 Uhr auf 9 Uhr zu verlegen.

StR. Angermayer stellt folgenden Antrag: Die Privatkonsumenten dürfen nur Gas oder elektrisches Licht benützen. Die Ersparnis an Elektrizität soll für die Verbesserung des Sonntagsverkehres verwendet werden.

StR. Vaugoin beantragt die Kommissionierung der Linie 158 wegen Unterfahrung im Zuge der Reichgasse.

StR. Skaret beantragt ebenfalls die Verlängerung der Betriebsdauer um eine Stunde und regt die Verschiebung der Sperrstunde der Haustore von 8 auf 9 Uhr an.

StR. Dr. Hein schließt sich dem Antrage Hötzel an.

StR. Spalowsky beantragt die Einführung des vollen Sonntagsverkehres, jedoch mit ausgedehnten Intervallen und weiters, daß die Linie 57 an Sonn- und Feiertagen wie an Wochentagen zu betreiben sei.

StR. Müller beantragt, den Betriebsschluß mit halb 9 Uhr festzusetzen und die Verbesserung des Sonntagsverkehres nach den in der Stadtrats-Sitzung vom 10. Jänner 1919 von der Direktion der städtischen Straßenbahnen gestellten Anträgen zu beschließen.

Die Anträge Spalowsky und Hötzel werden abgelehnt und der Antrag Müller angenommen; die Anträge Angermayer, Vaugoin und Skaret werden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

(P. Z. 713, M.D., 321.) Die Gemeinde Wien erklärt sich ohne Anerkennung einer rechtlichen Verpflichtung, lediglich aus Billigkeitsgründen und freiwillig bereit, für das ihr von den Ingenieuren Leopold Rhomberg und Josef Oelz seinerzeit angetragene Projekt, betreffend die Verwertung der Wasserkräfte des Ennsflusses für die Erzeugung elektrischer Energie und ihre Fortleitung in das Wiener Stadtgebiet eine Vergütung von 160.000 K unter den vereinbarten Zahlungsbedingungen zu leisten.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 656, Str.B., 4188.) Die gemäß § 8 der Dienstordnung der städtischen Straßenbahnen bei der Bahnerhaltung beschäftigten männlichen Personen werden, soferne sie Mitglieder der Pensionskasse sind, nach ununterbrochener zweijähriger Dienstzeit zu ständigen Bediensteten ernannt und zu Bahnwächtern 3. Klasse eingereiht. Die Ernennung zu definitiven Bediensteten erfolgt wie bisher nach einer zehnjährigen Dienstzeit, beziehungsweise nach einer achtjährigen Dienstzeit als ständige Bedienstete.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 650, G.W., 112.) Der Rechnungsbeamte der städtischen Gaswerke Anton Ehrenberg v. Schwarzenfeld wird mit dem Range vom 1. Jänner 1919 in die 2. Gehaltsklasse, 3. Gehaltsstufe befördert. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 657, Str.B. 4141/1.) Zu Inspektoren der städtischen Straßenbahnen werden unter Belassung in ihren gegenwärtigen Bezügen befördert: die Vize-Inspektoren, und zwar:

Ing. Theodor Kwapil mit dem Range vom 1. Juni 1916, Max Kmentt mit dem Range vom 1. November 1916, Julius Joly und Ludwig Köberle mit dem Range vom 1. Jänner 1918, Adolf Kraus mit dem Range vom 1. Mai 1918, August Winter mit dem Range 1. Dezember 1918, Ernst Muhr, Johann Siwoin, Ludwig Reichert und Josef Kozian mit dem Range vom 1. Februar 1919. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 11181, E.W., 2896.) Den Betriebsbeamten der städtischen Elektrizitätswerke, das ist den Elektromaschinenmeistern, Maschinenmeistern, Kesselmeistern, Stationsmeistern, Werkmeistern, Kabelmeistern, Ober-Maschinisten, Ober-Elektrikern und Ober-Heizern wird eine für die Pension anrechenbare Personalzulage von jährlich 600 K bewilligt. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 641, E.W., 3301.) Der gräflich Larisch-Mönnich'schen Zentral-Direktion in Karwin wird die Lieferung von 25.500 t Karwiner Kleingruskohlen für das Jahr 1919 zu den Preisen und Bedingungen ihrer Offerte vom 14. Dezember 19.8 übertragen.

Nachstehende Bedienstete der städtischen Gaswerke werden über ihr Ansuchen in den bleibenden Ruhestand versetzt:

(P. Z. 652, G.W., 4747/18.) der Laternenwärter Anton Kindelmann mit einem Ruhegenuß von 1410 K 78 h jährlich;

(P. Z. 653, G.W., 4792/18.) der Laternenwärter (Aushilfsdiener) Michael Aigner mit einem Ruhegenuß von 1188 K 2 h jährlich;

(P. Z. 654, G.W., 49) der Maurergehilfe Franz Antony mit einem Ruhegenuß von 905 K 61 h jährlich;

(Z. P. 655, G.W., 4955/18) der Magazinsgehilfe August Schiftner mit einem Ruhegenuß von 1001 K 60 h jährlich;

(P. Z. 708, G.W., 4461/18) der Hilfsarbeiter (Nachtwächter) Ernst Grünauer mit einem Ruhegenuß von 815 K 89 h jährlich. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 651, G.W., 3695.) Der technische Beamte Franz Zieglhuber wird infolge dauernder Dienstunfähigkeit in den bleibenden Ruhestand versetzt.

Auf Grund des Gemeinderats-Beschlusses vom 22. Februar 1916, P. Z. 15187/14, wird ihm unter Anrechnung von zehn Dienstjahren gemäß §§ 5 und 6 der Pensionsvorschrift für die Beamten und Diener der Stadt Wien bis zur gesetzlichen Neuregelung der Militärversorgung eine Gehaltspension von 1040 K mit dem Anteile an der Steigerungsquote von 80 K jährlich, zusammen daher 1120 K, und eine Quartiergeldpension von 480 K jährlich zuerkannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 635, E.W., 3079.) Der Marie Mäußl, Witwe des am 1. November 1918 im Ruhestande verstorbenen Professionisten der ehemaligen Allgemeinen österreichischen Elektrizitäts-Gesellschaft Franz Mäußl, wird mit der Wirksamkeit vom 1. Dezember 1918 eine Witwenpension von jährlich 330 K und ein Leichenkostenbeitrag von 165 K zuerkannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 636, E.W., 3447.) Der Barbara Urbanek, Witwe des Hilfsarbeiters der städtischen Elektrizitätswerke Julius Urbanek, wird eine Abfertigung von 912 K 50 h und ein Leichenkostenbeitrag von 456 K 25 h zuerkannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 637, E.W., 7.) Den Hinterbliebenen des am 1. Juli 1914 von der Allgemeinen österreichischen Elektrizitäts-Gesellschaft vertragsmäßig übernommenen Elektrikers 1. Klasse Josef Komarek werden, und zwar der Witwe eine Witwenpension von jährlich 622 K 5 h ab 26 Dezember 1918 und ein Leichenkostenbeitrag von 754 K, jedem der drei unehelichen Kinder Marie, Johanna und Josef ein Erziehungsbeitrag von jährlich 124 K 41 h gleichfalls ab 26. Dezember 1918 zuerkannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 639, E.W., 3448.) Der Christine Schuberth wird aus Anlaß des Ablebens des Hilfsarbeiters der städtischen Elektrizitätswerke Johann Gebler ein Leichenkostenbeitrag von 507 K bewilligt.

(P. Z. 645, G.W., 4837.) Der Anna Baumgärtner, Witwe nach dem Hilfsarbeiter der städtischen Gaswerke Josef Baumgärtner, wird eine Witwenpension im Jahresbetrage von 565 K 14 h sowie ein Krankheits- und Leichenkostenbeitrag im Betrage von 423 K 85 h zuerkannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 646, G.W., 4841.) Der Ottilie Poppenwimmer, Witwe nach dem Hilfsarbeiter der städtischen Gaswerke Josef Poppenwimmer, wird eine Abfertigung von 1048 K 55 h sowie ein Krankheits- und Leichenkostenbeitrag im Betrage von 524 K 27 h zuerkannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 647 und 648, G.W., 4795 und 4963.) Krankheits- und Leichenkostenbeiträge werden zuerkannt: der Anna Krebs, Tochter des Hilfsarbeiters der städtischen Gaswerke Jakob Ponek, im Betrage von 252 K 58 h und dem Karl Winter, Sohn des Laternenwärters i. R. Anton Winter, im Betrage von 252 K 58 h.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 642 und 643, E.W., 1414 und 1337.) Die Ausstellung von Erklärungen anläßlich der Unterfahrung der Linie Wien—Triest und der Pottendorferlinie der priv. Südbahn-Gesellschaft durch 5000 Volt Drehstromhochspannungskabel wird genehmigt.

(P. Z. 644, E.W., 3120.) Es wird genehmigt, daß anläßlich der Verlegung einer Kabelleitung im Straßengrunde der Löwengasse im Gemeindegebiete Altkettenhof im Straßenbezirke Schwechat zu Handen des Bezirksstraßen-Ausschusses Schwechat die im Entwurfe übersendete Erklärung ausgestellt werde.

(P. Z. 699, B.D., 206.) Die Gemeinde Wien verkauft an Hermann Hajek zwei zweipferdige Leuchtgasmotoren samt Zugehör und an Therese Rosin einen vierpferdigen Leuchtgasmotor samt Zugehör zu den mit dem Magistrate vereinbarten Preisen. Die Motoren und die Zugehöre sind, wie sie liegen und stehen, zu übernehmen. Die vereinbarten Beträge sind vor dem Beginne des Abbaues der verkauften Gegenstände bei der städtischen Hauptkasse einzuzahlen. Die Magistrats-Bau-Abteilung XIII a hat die Durchführung der Abbauarbeiten zu überwachen. Für allfällige Beschädigungen der Gebäude haben die Käufer zu haften.

(P. Z. 649 und 707, G.W., 78 und 4390.) Nachbenannten Beamten der städtischen Gaswerke wird das Definitivum im Sinne der „Dienstordnung für die definitiv angestellten Beamten und Diener der städtischen Gaswerke und der städtischen Elektrizitätswerke in Wien" verliehen: dem Rechnungsbeamten Johann Olegnik und dem Verwaltungsbeamten Rupert Kienreich.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 658, Str.B., 120.) Die Anträge der Straßenbahn-Direktion, betreffend 33 Ansuchen um Fahrpreisbegünstigungen, werden genehmigt.

Berichterstatter VB. Neumann:

(P. Z. 698, B.Abt. XIII a, 5056.) Das Ergebnis der Ueberprüfung bezüglich der Vorratsgebarung im städtischen Röhrenlager auf dem Laaerberge im 10. Bezirke für die Zeit vom 1. Oktober 1915 bis 30. September 1916 und vom 1. Oktobor 1916 bis 30. September 1917 wird genehmigend zur Kenntnis genommen und dem Verwalter, Bauaufsichts-Ober-Revidenten 1. Klasse Anton Karner die Entlastung erteilt.

Berichterstatter StR. Skaret:

(P. Z. 633, M.Abt. XXII, 1895.) Hinsichtlich der Vergebung und Benützung des Amtsfuhrwerkes werden für die Zeit vom 1. Jänner 1919 bis 30. Juni 1919 folgende Anordnungen getroffen:

Das Anbot der Firma L. Zehetgruber's Söhne (für die Bezirke 14 und 15) wird angenommen.

In den übrigen Bezirken bleibt es den Bezirksamtsleitern überlassen, für die Beistellung des erforderlichen Amtsfuhrwerkes von Fall zu Fall vorzusorgen, wobei die Leiter der Bezirke 1 bis 9 sich nach den besonderen Weisungen des Magistrates zu halten haben werden.

Die mit Stadtrats-Beschluß vom 8. Februar 1917, P. Z. 1414/17, gewährte Entschädigung von 1 K per Kommission wird auf 2 K für jede im Sinne des § 2 des Gebührennormales ohne Amtsfuhrwerk durchgeführte Amtshandlung erhöht.

Die Anbote der Fuhrwerks-Unternehmungen Faßhold und Mano Seidl werden abgelehnt.

Berichterstatter VB. Rain:

(P. Z. 331, M.Abt. XXII, 1789.) Die Bezüge der fünf Präsidial-Chauffeure werden um 20 K monatlich, die Verköstigungsgebühr um 150 K jährlich ab 1. Oktober 1918 erhöht.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 623, B.D., 5258.) Die Instandsetzung von drei Lastkraftwagen im veranschlagten und bedeckten Kostenbetrage von 31.700 K wird genehmigt und der Motorlastwagen- und Motorenfabrik Ing. G. Perl auf Grund der vorgelegten Kostenvoranschläge vom 26. und 29 November 1918 übertragen.

Berichterstatter StR. Dr. Kienböck:

(P. Z. 687, M.Abt. XIX, 1544.) Von der Ergreifung des Rekurses gegen die Erwerbsteueraufteilung bezüglich der Felixdorfer Weberei- und Appretur-Aktiengesellschaft für das Jahr 1917 wird Umgang genommen.

(P. Z. 610, M.Abt. XIII, 5292.) Die Gemeinde Wien ist bereit, die Verwaltung und Verleihung der Paul Spitaler-Stiftung zu übernehmen. Dem vorgelegten Stiftbriefentwurfe wird zugestimmt.

Berichterstatter StR. Tomola:

(P. Z. 702, Jug.A., 119.) Die Anzahl der Volkskindergärten, das sind Kindergärten mit Ausspeisung und ganztägigem Betriebe, wird einstweilen mit acht festgesetzt.

Den Leiterinnen solcher Kindergärten wird für ihre vermehrte Dienstleistung eine Zulage von 600 K jährlich gewährt.

Im Status A der städtischen Kindergärtnerinnen werden acht Stellen für definitive Kindergärtnerinnen erster Kategorie (Ober-Kindergärtnerinnen) und acht Stellen für provisorische Kindergärtnerinnen neu systemisiert.

Den provisorischen Kindergärtnerinnen wird nach fünfjähriger ununterbrochener, zufriedenstellender Dienstzeit und bei Vorhandensein der körperlichen Eignung zu diesem Berufe das Definitivum verliehen. Eine Unterbrechung der Dienstleistung, mag sie vor oder nach der Wirksamkeit dieses Beschlusses eingetreten sein, hebt die Anrechenbarkeit der bereits vollstreckten Dienstzeit nicht auf, wenn sie erwiesenermaßen außer Schuld und Zutun der Kindergärtnerin lag.

Die Gesamtkosten von 24.170 K werden genehmigt und wird für den nicht bedeckten Teilbetrag von 2000 K ein erster Zuschußkredit zur Ausgabs-Rubrik XXXVIII 4 c 1 bewilligt.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 690, M.Abt. XXII, 40.) Der Frauen-Abteilung des Arbeitsnachweises der Stadt Wien werden die im Hochparterre der Mädchen-Volksschule 15., Viktoriagasse 6 gelegenen Räume top. Nr. 92, 93 und 94 auf Widerruf, spätestens bis zur Wiederbesiedlung der Schule für Unterrichtszwecke, zur Verfügung gestellt.

(P. Z. 703 und 704, Jug.A., V. 1386/5 und V. 1411/5.) Nachbenannte Ober-Kindergärtnerinnen werden über ihr Ansuchen in den bleibenden Ruhestand versetzt: Anna Lustig mit einem Ruhegenusse von jährlich 2484 K 72 h und Josefine Prokoph mit einem solchen von jährlich 3250 K.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Folgenden Ansuchen um Mitbenützung von Turnsälen zur Abhaltung von Wählerversammlungen wird unter den vom Magistrate vorgeschlagenen Bedingungen Folge gegeben:

(P. Z. 615, M.Abt. XV, 413 bis 415) dem christlichsozialen Bezirkswahl-Komitee Mariahilf in Schulen des 6. Bezirkes, der sozialdemokratischen Bezirksorganisation 13. Bezirk in einer Schule dieses Bezirkes, dem Brigittenauer Wählerklub, sowie dem Wiener christlichen Frauenbund und der katholischen Frauenorganisation des 20. Bezirkes in Schulen dieses Bezirkes;

(P. Z. 683, M.Abt. XV, 513) dem christlichsozialen Bezirkswahl-Komitee Simmering in einer Schule des 11. Bezirkes;

(P. Z. 684, M.Abt. XV, 438) dem christlichsozialen Bezirkswahl-Komitee des 17. Bezirkes in Schulen dieses Bezirkes;

(P. Z. 710, M.Abt. XV, 654) dem sozialdemokratischen Bezirkssekretariat Margareten in Schulen des 5. Bezirkes.

(P. Z. 711, M.Abt. XV, 653) dem christlichsozialen Wählerverein Favoriten in Schulen des 10. Bezirkes.

Berichterstatter StR. Müller:

(P. Z. 597 und 598, M.Abt. II, 8430 und 8490.) Abfertigungen werden folgenden Gartenarbeiterswitwen angewiesen: der Josefine Kukla im Betrage von 803 K unter Abweisung ihres Ansuchens um Bewilligung einer jährlichen Gnadengabe und der Josefa Vukitsch im Betrage von 821 K 25 h.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 12749, M.Abt. III 907.) Das Anbot des Friedrich Fischer um tauschweise Ueberlassung eines an die Realität 12., Wilhelmstraße 22, anschließenden städtischen Grundes wird genehmigt.

(An den Gemeinderat.)

Berichterstatter StR. Vaugoin:

(P. Z. 709, M.B.A. XIII, 3004/17.) Die aus der Abgrabung der von der Gemeinde Wien an Josef Pokorny verpachtet gewesenen

und seither verkauften Kat.-Parz. 377/25, Einl.-Z. 264 Grundbuch Ober-St. Veit, entstandenen Kosten an Arbeitslohn und Verführung im Betrage von 1222 K 54 h werden ohne Rückvergütungsanspruch gegen die Erben des obgenannten Pächters von der Gemeinde Wien übernommen.

(P. Z. 694, Bau-Abt. XII, 180.) Das Anbot des Fuhrwerksbesitzers Anton Fuhrmann, bei städtischen Arbeiten, insoferne kein besonderer Unternehmer bestellt ist, sowie bei Ueberschwemmungsgefahren (ausgenommen das Verführen der Rettungsschiffe) das Fuhrwerk unter den bisherigen Bedingungen in der Zeit vom 1. Jänner bis 30. Juni 1919 weiter zu besorgen, wird angenommen.

Berichterstatter StR. Spalowsky:

(P. Z. 593 und 594, M.Abt. II, 9139, 9138.) Die normalmäßige Witwenpension wird angewiesen der Steinbruchaufseherswitwe Anna Dattinger im Jahresbetrage von 292 K vom 1. Juli 1918 angefangen und der Steinbrucharbeiterswitwe Anna Wimhofer im Jahresbetrage von 408 K 80 h vom 1. November 1917 angefangen.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 697, B.A. X, 530.) Dem Kanalaufseher Ludwig Kirchner wird das Definitivum verliehen.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 701, A.F.A., 1115.) Die Kanzlisten 2. Klasse des Arbeiterfürsorgeamtes der Stadt Wien Wenzel Stengel und Ferdinand Werner werden zu Kanzlisten 1. Klasse befördert.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Berichterstatter StR. Hellmann:

(P. Z. 682, B.Sch.R., 12129.) Zur Eheschließung des provisorischen Lehrers 2. Klasse Josef Haunold wird nachträglich die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 634, B.Sch.R., 5603.) Die provisorische Lehrerin 2. Klasse Marie Zumtobel wird gemäß § 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, im Vorrückungswege zur Volksschullehrerin 2. Klasse mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Mai 1918 ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Berichterstatter StR. Angermayer:

Die normalmäßigen Witwenpensionen werden angewiesen:

(P. Z. 584, M.A. II, 9780/18) der Ratsdienerswitwe Rosina Philipp im Jahresbetrage von 800 K, vom 1. Jänner 1919 an,

(P. Z. 585, M.A. II, 9581/18) der Exekutionsamts-Ober-Offizialswitwe Josefine Ikinger im Jahresbetrage von 1300 K vom 1. Jänner 1019 an,

(P. Z. 586, M.A. II, 9580/18) der Bauaufsichts-Ober-Revidentenswitwe Cäcilie Zamponi im Jahresbetrage von 2980 K vom 1. Dezember 1918 an,

(P. Z. 591, M.A. II, 217) der Gartenarbeiterswitwe Marie Masopust im Jahresbetrage von 728 K vom 12. Oktober 1918 an,

(P. Z. 592. M.A. II. 9077/18) der Straßenarbeiterswitwe Elisabeth Eberle im Jahresbetrage von 462 K 33 h vom 1. Dezember 1918 an. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Normalmäßige Witwenpensionen und Erziehungsbeiträge werden angewiesen:

(P. Z. 588, M.A. II, 9990/18) der Steinplatzarbeiterswitwe Antonia Grainer im Jahresbetrage von 584 K sowie ein Erziehungsbeitrag von 116 K 80 h jährlich für das Kind Anton, vom 26. November 1918 an,

(P. Z. 589, M.A. II, 8926/18) der Maschinenmeisterswitwe Josefine Hauk im Jahresbetrage von 1888 K sowie ein Erziehungsbeitrag von 377 K 60 h jährlich für das Kind Eduard, vom 1. Dezember 1918 an,

(P. Z. 590, M.A. II, 8687/18) der Vermittlungsbeamtenswitwe Stephanie Fingerl im Jahresbetrage von 1546 K 67 h sowie ein Erziehungsbeitrag von je 309 K 33 h jährlich für die Kinder Johann und Stephanie, vom 1. November 1918 an.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 595, M.A. II, 159.) Der Gärtnergehilfenswitwe Leopoldine Prochazka wird die normalmäßige Witwenpension im Jahresbetrage von 559 K 66 h vom 3. August 1918 an anschließend an den bis dahin ausbezahlten Aktivitäts-(Mobilisierungs-)Bezug des verstorbenen Gatten bis zur gesetzlichen Neuregelung der Militärversorgung unter gleichzeitiger Einstellung eines eventuellen Pfründenbezuges angewiesen. Auf den Rückersatz der Differenz zwischen dem obigen Versorgungsgenusse und dem Aktivitäts-(Mobilisierungs-)Bezug des Gatten vom Todestage (20. August 1917) bis 2. August 1918 wird verzichtet.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Nachbenannten Straßenarbeiterswitwen werden Abfertigungen angewiesen:

(P. Z. 596 und 599, M.A. II, 8707 und 7906) der Marie Fröhlich im Betrage von 1168 K und der Therese Schiener im Betrage von 620 K 50 h, letzterer unter Abweisung ihres Ansuchens um Bewilligung einer jährlichen Gnadengabe.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 696, B-Abt. VII, 2595.) Den Kabelmeistern Anton Bösel und Ferdinand Koch wird zur Deckung der ihnen anläßlich der Ueberwachung der Kabellegungsarbeiten erwachsenden Auslagen für das Jahr 1919 eine im nachhinein fällige, monatliche Zulage von 60 K bewilligt.

Berichterstatter StR. Weber:

(P. Z. 681, M.A. X, 64.) Dem Ansuchen des Zimmermeisters Josef Peter um Herabsetzung der mit Stadtrats-Beschluß vom 24. August 1918, P. Z. 8654, festgesetzten Gebühr für den Grustplatz Gruppe A, Reihe 7, Nr. 1 im Stadlauer Friedhofe wird keine Folge gegeben, jedoch die Frist zum Erlage dieser Gebühr bis 15. Februar 1919 verlängert.

(P. Z. 613, M.A. XIV, 686/18.) Der Theresia Ulrich und Rosa Aust wird die politische Bewilligung zur Abteilung der Kat.-Parz. 281/4 der Liegenschaft Einl.-Z. 109 behufs Uebertragung dieser Fläche in eine eigene Grundbuchs-Einlage erteilt.

(VB. Neumann übernimmt den Vorsitz.)

Berichterstatter VB. Hoß:

(P. Z. 685, M.A. XVI, 111.) Im Personalstande des Konskriptionsamtes werden im Wege der Zeitbeförderung ernannt: Leopold Oberhauser zum Konskriptionsamts-Kommissär mit dem Range vom 16. November 1918 und Otto Stöhr zum Konskriptionsamts-Akzessisten mit dem Range vom 13. April 1916. Die Anweisung des neuen Gehaltes erfolgt für Leopold Oberhauser vom 1. Dezember 1918, für Otto Stöhr vom 1. Oktober 1918,

die Anweisung des neuen Quartiergeldes für Leopold Oberhauser vom 1. Februar 1919 und Otto Stöhr vom 1. November 1918.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 672, M.D., 4623.) Der städtische Aushilfsdiener Vinzenz Pabisch wird im Vorrückungswege zum Amtsdiener 2. Bezugsklasse mit dem Range vom 28. Juli 1918 ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 695, B.Abt. VII, 2513.) Den Oesterreichischen Siemens-Schuckert-Werken wird für die elektrischen Installationsarbeiten im Kühllagerhause aus Billigkeitsgründen eine in den allgemeinen Baukosten bedeckte Aufzahlung von 6700 K gewährt.

(P. Z. 673, M.D., 71.) Dem Magistrats-Konzept-Praktikanten Dr. Johann Jüllich werden bei Aufrechterhaltung seiner gegenwärtigen Diensteigenschaft, längstens bis zum Ablauf eines Jahres vom Tage des Dienstantrittes nach der Rückkehr von der militärischen Dienstleistung an gerechnet, die Grundbezüge der 10. Rangsklasse, und zwar der Gehalt von 2400 K ab 1. März 1918 und das Quartiergeld von 1200 K jährlich ab 1. Mai 1918 unter gleichzeitiger Einstellung des bisherigen Adjutums bewilligt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 705, Lgh., 37244.) Im Stande der Angestellten der Lagerhäuser der Stadt Wien werden auf Grund des Gemeinderats-Beschlusses vom 13. November 1918, P. Z. 11001/18, im Wege der Zeitbeförderung ernannt: zum definitiven Ober-Offizial Robert Hanslik mit dem Range vom 15. Juni 1916, zum provisorischen Ober-Offizial Paul Hofbauer (16. Juni 1918), zum definitiven Offizial Gustav Killmann (28. Juli 1917), zum provisorischen Offizial Bruno Becher (29. Juli 1917), zu provisorischen Akzessisten: Otto Heinrich Dostal (13. Februar 1917) Karl Wiesbauer (15. Februar 1917), Johann Kimmel und Edwin Machacek (15. August 1917), Josef Luza (16. Februar 1918), Franz Mischer (1. April 1918), Franz Solar (10. Mai 1918) und Johann Smejkal (18. Oktober 1918), zu provisorischen Unterbeamten 1. Bezugsklasse Wenzel Risavy, Gregor Franz, Anton Grätzl und Julius Helpap mit dem Range vom 15. Juni 1918 und Georg Ruschka (29. August 1918) und zu provisorischen Dienern 1. Bezugsklasse Anton Fray und Karl Rehberger (15. Juni 1918);

ferner wird im Wege der Zeitbeförderung befördert: zum Kanzlisten 1. Klasse Emmerich König (2. Juli 1917).

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 624, B.D., 5198.) Zwei der Stadtbauamts-Direktion zugeteilten Beamten des Stadtbauamts-Hauptstandes wird vom Tage dieser Diensteszuweisung an und auf deren Dauer für die damit verbundenen Mehrleistungen eine monatliche Diensteszulage von je 150 K, in welcher auch die Entschädigung für die Entfernungsgebühren inbegriffen ist, zuerkannt.

(P. Z. 604, M.Abt. IX, 11849.) Es werden zu Neujahr 1919 auf Grund der vorgelegten Verteilungsausweise Neujahrsgelder bewilligt, und zwar für das auf den Märkten und in den Markthallen beschäftigte Arbeiterpersonale im Gesamtbetrage von 766 K, für das dem Veterinäramte unterstellte Reinigungs- und Desinfektionspersonale des Zentral-Viehmarktes und der Schlachthäuser im Gesamtbetrage von 580 K.

Berichterstatter StR. Dr. Hein:

(P. Z. 619, M.Abt. XIX, 1542.) Von der Ergreifung des Rekurses gegen die Erwerbsteueraufteilung bezüglich der Hadern-Zentrale Ges. m. b. H., für die Jahre 1917 und 1918 wird Umgang genommen.

(P. Z. 688, M.Abt. XIX, 1550.) Von der Ergreifung des Rekurses gegen die Erwerbsteueraufteilung bezüglich der Zuckerfabriken Schöller & Komp., A. G. für das Jahr 1916 und bezüglich der Aufteilung der Erwerbsteuer der Münchengrätzer Zuckerfabrik und Oekonomiepachtungen für die Jahre 1913 bis 1915 wird Umgang genommen.

(P. Z. 689, M.Abt. XIX, 1549.) Von der Ergreifung des Rekurses gegen die Erwerbsteueraufteilung bezüglich der G. Roth A.-G. für das Jahr 1917 wird Umgang genommen.

(P. Z. 676, M.Abt. II, 10356/18.) Die Ausfolgung der von August Schweitzer erlegten Bürgerspitalfonds-Kaution, bestehend aus einem Sparkassenbuch mit einer Einlage von 300 K, ohne Beibringung des Erlagscheines wird bewilligt.

(P. Z. 600, M.Abt. II, 223.) Die Ausfolgung der von Theophil Streib anläßlich der Uebernahme des Cafés Payer erlegten Kaution von 400 K ohne Beibringung des Erlagscheines wird bewilligt.

Berichterstatter StR. Melcher:

(P. Z. 693 M.Abt. XXII, 1750/18.) Die der Marie Hasemann, Tochter des Wiener Ehrenbürgers Georg Sigl, zufolge Gemeinderats-Beschlusses vom 11. Juli 1916, P. Z. 7019, bewilligte jährliche Gnadengabe von 1200 K wird ab 1. Jänner 1919 auf 1800 K erhöht und der hiezu erforderliche Zuschußkredit zur Ausgabs-Rubrik XXXVIII 9 a α in der Höhe von 300 K bewilligt. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 679, M.Abt. III, 3335.) Die Gemeinde Wien erwirbt zu den bereits ihr gehörigen Dreiviertelanteilen an den Liegenschaften Einl.-Z. 1046 und 1047 des Grundbuches für den 6. Bezirk, Wallgasse Or.-Nr. 33 und 35 von dem Wiener Wärmestuben- und Wohltätigkeitsverein die diesem Vereine gehörigen Viertelanteile um den Pauschalbetrag von 56.230 K 32 h unter den vom Magistrate vorgeschlagenen Bedingungen.

Zur Bedeckung des Kaufschillings von 56.230 K 32 h wird zur Ausgabs-Rubrik XII 13 ein Zuschußkredit in der Höhe des Erfordernisses bewilligt. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 628, B.A. X, 31.) Der Entwurf für die Herstellung eines Hauptunratskanales in der Pasching- und Dürauergasse, vom bestehenden Vorkopfe gegen die Güpferlingstraße im 17. Bezirke, wird genehmigt.

Die Anbote der Firma H. Rella & Komp. auf die Erd- und Baumeisterarbeiten im veranschlagten Kostenerfordernisse von 3010 K 21 h gegen eine Aufzahlung von 505 Prozent,

der Ersten Schattauer Tonwarenfabriks-A.-G. auf die Lieferung der Steinzeugschalen und Wandplatten im veranschlagten Kostenerfordernisse von 507 K gegen eine Aufzahlung von 500 Prozent werden angenommen,

das Anerbieten der Firma Löwit & Komp. Wien, auf eine Beitragsleistung von 1000 K zu den Kosten dieses Kanalbaues wird angenommen.

Für den mit der Ueberwachung der Bauarbeiten zu betrauenden Beamten des Stadtbauamtes wird für die Dauer des Baues ein Zehrgeld von täglich 5 K genehmigt.

Die Gesamtkosten dieses Kanalbaues im Betrage von 27.087 K 6 h werden bewilligt. (An den Gemeinderat.)

Berichterstatter StR. Heindl:

(P. Z. 612, M.Abt. XIII, 99.) Aus den verfügbaren Interessen der Menschenfreund-Stiftung werden verliehen: 150 K an Marie Rünninger, je 100 K an Marie Vlcek, Hermine Vitovec, Anna Dexinger, Marie Steindl, Franziska Statzinger, Anastasia Demel und Marie Voller, je 50 K an Marie Brejcha, Theresia Scherer, Adele Preißler, Antonie Bayer und Marie Tarek.

Berichterstatter StR. Schwer:

(P. Z. 824.) Der Ankauf des Pastellbildes „Kahlenbergerdorf" vom akademischen Maler Ferdinand Zach um den Preis von 800 K wird genehmigt.

Schluß der Sitzung.

Bericht

über die Sitzung vom 17. Jänner 1919.

Vorsitzende: Bgm. Dr. Weiskirchner und die VB. Rain und Neumann.

Anwesende: VB. Hoß und die StR. Angermayer, Breuer, Dechant, Emmerling, Dr. Haas, Dr. Hein, Heindl, Hellmann, Hohensinner, Jung, Dr. Kienböck, Knoll, Körber, Melcher, Müller, Richter, Schmid, Schwer, Siegel, Spalowsky, Tomola, Vaugoin, Weber, Weigl und Winter.

Entschuldigt: Die StR. Pick und Skaret.

Beigezogen: Magistrats-Ober-Kommissär Dr. Riefler.

Schriftführer: Magistrats-Konzipist Dr. Forkl.

Bgm. Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung.

StR. Dr. Kienböck stellt folgenden Antrag:

Die Gemeinde Wien möge bei der Finanzverwaltung des Staates dringendst dahin wirken, daß die Praxis bei Durchführung der letzten die Steuerzahlung betreffenden Gesetze den tatsächlichen Verhältnissen und der wirtschaftlichen Lage der Unternehmungen Rechnung trage, besonders weil die Besorgnis besteht, daß eine große Anzahl gewerblicher Betriebe eingestellt und dadurch die Arbeitslosigkeit vermehrt wird.

(Geht zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung.)

Berichterstatter StR. Breuer:

(P. Z. 12230, M.Abt. XIX, 1390.) Der Magistratsbericht, betreffend die Ueberreichung einer Denkschrift wegen Milderung der Härten in der Vorschreibung und Einhebung der Steuern zugunsten des Mittelstandes wird mit Rücksicht auf die während der letzten Tage eingetretenen Aenderungen an den Magistrat rückgeleitet und dieser beauftragt, bis zur nächsten Stadtrats-Sitzung einen neuerlichen Bericht, und zwar unter Bezugnahme auf den heutigen Antrag Dr. Kienböck vorzulegen.

StR. Emmerling wünscht, daß sich der Magistrat in großen Umrissen über die Forderungen der Gemeinde hinsichtlich der Steuerreform äußere.

Berichterstatter StR. Heindl:

(P. Z. 714, M.Abt. XIII, 3960/18.) In die zum Zwecke der Verleihung 1919 der Adolf Ignaz und Julie Marzellne Mautner v. Markhof'schen Stiftungen für Wiener Waisenkinder abzuhaltende Verlosung sind die vom Magistrate vorgeschlagenen Kinder einzubeziehen.

Berichterstatter StR. Dr. Haas:

(P. Z. 753, B.Abt. VI b, 891.) Die unvorherzusehenden Mehrkosten anläßlich der Errichtung einer Jugendfürsorgestelle und eines städtischen Kindergartens im städtischen Hause 3., Landstraßer Hauptstraße 96 im bedeckten Gesamtbetrage von 42.000 K werden genehmigt.

(P. Z. 742, M.Abt. II, 9997.) Der Witwe Paula Schwarz, nach dem städtischen Arzte Dr. Kaspar Friedrich Schwarz, wird die normale Witwenpension im Jahresbetrage von 1520 K sowie eine Gnadengabe von jährlich 320 K zu obiger Witwenpension vom 1. Jänner 1919 an auf Lebensdauer, eventuell bis zu einer etwa eintretenden anderweitigen Versorgung angewiesen.

Für die Kinder Klementine Schwarz und Friedrich Schwarz wird ein Erziehungsbeitrag von je 304 K jährlich und eine Gnadengabe von jährlich je 64 K zu obigen Erziehungsbeiträgen vom 1. Jänner 1919 an für die im § 18 der Pensionsvorschrift für die Gemeindebeamten und Diener der Stadt Wien bestimmte Zeit festgesetzt.

Der obgenannten Witwe wird gnadenweise ein Sterbequartal im Ausmaße von 750 K (statt 650 K) angewiesen.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend; an den Gemeinderat.)

Berichterstatter StR. Wergl:

(P. Z. 614, M.Abt. XIV, 2644/16.) Leopoldine Tomanek übergibt die mit den Buchstaben π p o r" s t u g' w' v' n m μ π bezeichneten Straßengründe längs des Meidlinger Marktplatzes und einer neuen Gasse zwischen dem Meidlinger Markte und der Vivenotgasse sofort nach der Genehmigung des Stadtrats-Antrages in der bestehenden Höhenlage in den physischen Besitz der Gemeinde Wien.

Die Gemeinde Wien verpachtet diese Straßengründe vom 1. Jänner 1918 an an die Oesterreichische Holz-Import-Kommandit-Gesellschaft, und zwar die mit den Buchstaben o r" v' n (o) bezeichnete Teilfläche unkündbar bis 31. Dezember 1923, die mit den Buchstaben π p o n m μ (π) bezeichnete Fläche gegen sechsmonatliche Kündigung und die mit den Buchstaben r" s t u g' w' v' (r") bezeichnete Fläche gegen dreimonatliche Kündigung.

Der Pachtvertrag endet für alle Straßengrundflächen auch ohne Kündigung längstens mit 31. Dezember 1923.

Der Pachtvertrag erlischt ferner auch vor dem 31. Dezember 1923 in dem Falle, als der Pachtvertrag, der zwischen der Oesterreichischen Holz-Import-Kommandit-Gesellschaft und der Eigentümerin der an diese Straßengründe angrenzenden Baustellen abgeschlossen wurde, erlischt, und zwar in diesem Falle gleichzeitig mit diesem Pachtvertrage.

a) Im Falle der Kündigung einer Baustelle im Straßenteile r_2 s t u g_1 w_1 v_1 r_2 erlischt der Pachtvertrag nicht nur bezüglich der vor dieser Baustelle befindlichen, sondern auch der anstoßenden, bis zur Vivenotgasse reichenden Straßenhälfte;

b) im Falle der Kündigung einer Baustelle am Marktplatze erlischt der Pachtvertrag nur bezüglich der an diese Baustelle angrenzenden Straßengrundfläche;

c) im Falle einer Kündigung im Straßengrundteile o r_2 v_1 n o erlischt der Pachtvertrag nicht nur bezüglich der vor dieser Baustelle befindlichen, sondern auch der anstoßenden bis an den Marktplatz reichenden Straßenhälfte.

Die Oesterreichische Holz-Import-Kommandit-Gesellschaft zahlt vom Jahre 1918 an am 2. Jänner jedes Jahres den im vorhinein fälligen Pachtzins von 1000 K bei der städtischen Hauptkassa-Abteilung für den 12. Bezirk.

Für die Dauer der Bezahlung dieses Pachtzinses entfällt die Bezahlung des jährlichen Platzzinses von 50 K, der anläßlich der Baubewilligung M.B.A. XII 42863/07 für die Benützung eines Teiles dieser pachtweise überlassenen Straßengründe vorgeschrieben wurde.

Eine Rückzahlung des gezahlten Pachtzinses findet nicht statt, wenn der Pachtvertrag bezüglich aller Straßengrundflächen oder eines Teiles vor Ablauf des Jahres, für welches der Pachtzins bereits gezahlt ist, nach den im Punkte 2 bestimmten Fällen erlischt.

Dagegen verringert sich der nächstjährige Pachtzins in dem Falle, als sich infolge Kündigung die pachtweise überlassenen Grundflächen verringern, und zwar nach dem Verhältnisse des Ausmaßes der aus dem Pachtvertrage ausscheidenden Grundflächen zu dem Ausmaße der Gesamtgrundflächen.

Die Oesterreichische Holz-Import-Kommandit-Gesellschaft übergibt nach Endigung des Pachtvertrages die Straßengrundflächen vollständig geräumt in der richtigen Höhenlage an die Gemeinde Wien.

Die Pächterin verpflichtet sich, im Falle der Notwendigkeit der Herstellung von Einbauten in den verpachteten Straßengründen die Ausführung derselben zu gestatten, für die Zeit der Arbeiten jene Teile, die benötigt werden, von der Materiallagerung frei zu machen und der Ausführung keinerlei Hindernisse entgegenzustellen.

Zur Sicherstellung dieser Verpflichtungen erlegt die Gesellschaft eine Kaution im Betrage von 2000 K.

Berichterstatter VB. Reumann:

(P. Z. 680, M.Abt. III, 3881.) Die Entfernung von 13 an der östlichen Grenze der Bürgerspitalfonds-Liegenschaft, 10., Quellenstraße Or.-Nr. 1, befindlichen Bäumen wird bis zur Herstellung der Böschung und Abtragung der auf der Fondsliegenschaft vorhandenen Baulichkeiten vertagt.

Berichterstatter VB. Rain:

(P. Z. 755, L.U., 1065.) Die Direktion der städtischen Leichenbestattung wird nachträglich ermächtigt, im Pfarrhause Maria Geburt im 3. Bezirke eine Filiale zu errichten; der jährliche Mietzins von 900 K ab 1. Jänner 1919 sowie die ortsübliche vierteljährliche Kündigungsfrist wird genehmigt.

(VB. Rain übernimmt den Vorsitz.)

Berichterstatter StR. Schwer:

(P. Z. 587, M.Abt. II, 8354.) Der Feuerwehrlöschmeisterswitwe Rosa Taucher wird die normalmäßige Witwenpension von 1108 K 12 h und ein Erziehungsbeitrag von je 201 K 30 h für die beiden unversorgten Kinder Alois und Rosa vom 10. Oktober 1918 an angewiesen. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 297, M.Abt. II, 9358.) Der Feuerwehrmannswitwe Therese Heinz wird für das Kind Gertrud ein Erziehungsbeitrag von 165 K 56 h jährlich vom 27. Oktober 1918 an angewiesen. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 601, M.Abt. IV, 4215.) Die auf Grund des Stadtrats-Beschlusses vom 23. August 1917, Z. 8684, errichtete Arsenalfeuerwache ist sofort aufzulassen.

(P. Z. 602, M.Abt. IV, 4083.) Dem der Freiwilligen Feuerwehr Gersthof zugeteilten Telegraphisten 1. Klasse der städtischen Feuerwehr Anton Beck wird die Instandhaltung der Geräte und des Rüsthauses einschließlich aller Reinigungsarbeiten gegen eine monatliche im nachhinein fällige Zulage von 80 K vom 1. Jänner 1919 an übertragen.

(P. Z. 745, M.Abt. IV, 3803.) Die Drucklegung des Kartenblattes Zone VI, Kolonne 3 der neuen Ausrückungspläne der städtischen Feuerwehr durch die Firma Franz Hierhammer mit dem Kostenbetrage von 4534 K wird genehmigt.

(P. Z. 337, Saml., 824.) Das Ansuchen des Schriftstellers Viktor Orendi-Hommenau um Zahlung des erhöhten Bezugspreises von 15 K für den Jahrgang 1919 seiner Monatsschrift „Von der Heide" wird genehmigt. Der Gesamtbetrag in der Höhe von 450 K für 30 Exemplare der genannten Zeitschrift wird gleich wie im Vorjahre im voraus angewiesen.

(P. Z. 629, B.D., 114.) Die Magistrats-Anträge, betreffend sieben Ansuchen vom vierten Quartale 1918 um Herabsetzung, beziehungsweise Abschreibung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des 8. Bezirkes, werden genehmigt.

P. Z. 700, B.A. XIII a, 4985.) Die Mehrkosten der Behebung des im Jahre 1917 entstandenen Wasserleitungsrohrbruches in der Lenaugasse im Betrage von 720 K 95 h, welche auf Ausgabs-Rubrik XXVI 1 c bedeckt sind, werden genehmigt.

Berichterstatter StR. Hohensinner:

(P. Z. 749, M.Abt. XV, 16109.) Der Schuldienerswitwe Genofeva Ledl wird die normalmäßige Witwenpension im Jahresbetrage von 750 K vom 1. Dezember 1918 an angewiesen. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Berichterstatter StR. Tomola:

(P. Z. 751, M.Abt. XXII, 1657.) Dem Vorsitzenden des Ortsschulrates des 8. Bezirkes werden für Zwecke der von ihm errichteten Kinderbücherei die Räume top. Nr. 18, 19, 20 im Erdgeschosse und 87 auf dem Dachboden des Gewerbegerichtsgebäudes 8., Schlesingerplatz 2 samt freier Beheizung und Beleuchtung unentgeltlich gegen jederzeitigen Widerruf überlassen.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 748, M.Abt. XII, 6426.) Die mit Stadtrats-Beschluß vom 16. Juli 1918, P. Z. 7172, auf Kriegsdauer erteilte Bewilligung der Erhöhung der Remuneration für die Hilfslehrer im V. städtischen Waisenhause wird bis auf Widerruf verlängert.

(P. Z. 770, M.Abt. XV, 812.) Dem Bezirkswahl-Komitee des 16. Bezirkes wird die Mitbenützung der Turnsäle in den im Ansuchen angeführten Schulen des 16. Bezirkes außerhalb der Unterrichtszeit und insoweit die Säle nicht für amtliche Wahlzwecke

Reklamationsverfahren) in Anspruch genommen werden, einschließlich der kostenlosen Beleuchtung unter den im Magistratsberichte angegebenen Bedingungen bewilligt.

(P. Z. 11396, 11394, 11874 und 11786, M.Abt. II, 3597, 1986, 3623, 1482/18.) StR. Tomola berichtet über die vom Magistrate beantragten Subventionen pro 1918: 1. Für humanitäre Zwecke, 2. für humanitäre Vereine, die sich mit der Armenpflege befassen, 3. für Wissenschaft und Kunst, Volksbibliotheken, nationale und vaterländische Zwecke, Fremdenverkehr und Sport und für verschiedene andere Zwecke und 4. für Privat-Volks- und Bürgerschulen, Lehrerinnenbildungsanstalten, Privatlehranstalten, Knabenhorte, Knabenbeschäftigungsanstalten und Vereine zur Pflege des Jugendspieles und verschiedene Schulzwecke.

Hiezu stellt StR. Winter folgenden Antrag: Der Stadtrat setzt ein fünfgliederiges Komitee ein, das binnen acht Tagen dem Stadtrate Richtlinien über die Verteilung der Stadtbeiträge an einzelne Vereine vorzulegen hat. Bis dahin wird die Beratung über die Subventionen ausgesetzt.

StR. Hohensinner stellt den Zusatz-Antrag: Das Komitee soll aus sieben Mitgliedern bestehen, und zwar aus vier Mitgliedern der christlichsozialen, zwei Mitgliedern der sozialdemokratischen und einem Mitgliede der demokratischen Vereinigung.

StR. Schmid beantragt die Wahl eines Komitees von sieben Mitgliedern, welches sich mit der Aufstellung der Richtlinien für Subventionen pro 1919 zu beschäftigen hat.

Hierauf stellt der Berichterstatter folgenden Vermittlungs-Antrag: Den Vereinen, deren beantragte Subventionen von keiner Seite angefochten werden, sind diese sofort zu bewilligen; das zu wählende Komitee hat bloß hinsichtlich der vom Stadtrate als strittig erklärten Subventionen die Vorberatung zu pflegen.

Nachdem StR. Winter seinen Antrag zurückgezogen hat, werden der Antrag des Berichterstatters sowie der Antrag des StR. Hohensinner einstimmig angenommen.

In das Komitee wurden gewählt die StR. Dechant, Dr. Haas, Hellmann, Hohensinner, Dr. Krenböck, Tomola und Winter.

In der folgenden Beratung werden aus der Vorlage P. Z. 11396 für 69 Vereine Subventionen im Sinne des Magistrats-Antrages genehmigt; aus der Vorlage P. Z. 11394 für 35 Vereine, aus der Vorlage P. Z. 11874 für 65 Vereine und aus der Vorlage P. Z. 11874 für 34 Vereine.

Berichterstatter StR. Richter:

(P. Z. 607, M.Abt. X, 9564.) Dem Damasius Eigner wird behufs Erbauung einer einfachen Gruft der Gruftplatz Nr. 5 der Gruppe 22 im Baumgartner Friedhofe um die Gebühr von 2400 K unter der Bedingung überlassen, daß dieser Betrag binnen acht Wochen nach Verständigung beim magistratischen Bezirksamte für dem 13. Bezirk eingezahlt, vor Errichtung der Gruft um die Baubewilligung ebendaselbst eingeschritten endlich der Bau selbst durch befugte Gewerbsleute auf Kosten des Gesuchstellers ausgeführt werde. Sollte aber die erste Leiche eine nichtzugewiesene sein, so ist vor der Bestattung eine weitere Gebühr von 2400 K beim magistratischen Bezirksamte 13 nachzuzahlen.

(P. Z. 608, M.Abt. X, 9208.) Dem Raimund Frühwirth und dem Josef Köhler werden behufs Erbauung von einfachen Grüften über deren Verzicht auf die Gruftplätze Nr. 26, beziehungsweise 27, die Gruftplätze Nr. 3, beziehungsweise 4 der Gruppe 22 des Baumgartner Friedhofes überlassen. Die Bedingungen des Stadtrats-Beschlusses vom 19. Dezember 1918, P. Z. 12371/18, bleiben im übrigen vollkommen aufrecht.

Berichterstatter StR. Schmid:

(P. Z. 754, B.D., 4569.) Den im Verzeichnisse zu B.-D. 4569/18 angeführten Beamten des bau- und maschinentechnischen Hilfsstandes des Stadtbauamtes werden für die in der Zeit vom 1. Mai 1918 bis 30. November 1918 geleisteten auswärtigen Amtshandlungen nebst ihren bisher bezogenen Entfernungsgebühren-Pauschalien die in dem Verzeichnisse angegebenen Beträge von zusammen 6130 K zuerkannt.

In Abänderung des Gemeinderats-Beschlusses vom 25. Juni 1907, P. Z. 6321, mit dem den Beamten des bau- und maschinentechnischen Hilfsstandes des Stadtbauamtes Entfernungsgebühren-Pauschalien bewilligt wurden, wird genehmigt, daß diese Beamten mit Ausnahme jener, die der Wienflußaufsicht oder Betrieben in ihrem Amtssitze zugeteilt sind oder deren Amtshandlungen bloß in die Zone ihres Dienstortes fallen, ab 1. Dezember 1918 bis auf weiteres längstens bis zur endgültigen Regelung der Entschädigung für den Außendienst an Stelle der Pauschalien die Entfernungsgebühren nach dem Gebührennormale verrechnen dürfen.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 759, G.W., 134.) Der Einsetzer der städtischen Gaswerke Franz Madl wird über Ansuchen in den bleibenden Ruhestand versetzt und ihm der vorschriftsmäßige Ruhegenuß mit zusammen 2206 K 47 h jährlich zuerkannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 761, G.W., 4199.) Dem gewesenen Heizer der städtischen Gaswerke Johann Adametz wird eine Gnadengabe von 730 K jährlich auf die weitere Dauer von drei Jahren, bis zum 30. Juni 1921, allenfalls bis zu einer früher eintretenden Versorgung verliehen.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 757, G.W., 113.) Dem Rechnungsbeamten der städtischen Gaswerke Anton Ptačnik wird das Definitivum verliehen.

(P. Z. 760, G.W., 4916.) Der Laternenwärter der städtischen Gaswerke Julius Bauer wird über Ansuchen in den bleibenden Ruhestand versetzt und ihm der vorschriftsmäßige Ruhegenuß mit zusammen 1299 K 40 h jährlich zuerkannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 758, G.W., 103.) Dem Anton Hafner, Vater des am 26. Dezember 1918 verstorbenen Hilfsarbeiters Anton Hafner, wird der Krankheits- und Leichenkostenbeitrag im Betrage von 391 K 25 h zuerkannt.

(VB. Neumann übernimmt den Vorsitz.)

Berichterstatter VB. Hoß:

(P. Z. 772, G.W., 330.) Dem Vereine der Beamten der städtischen Gaswerke wird als Beitrag zur Errichtung einer für alle Angestellten der städtischen Gaswerke und deren Angehörige bestimmten Gemeinschaftsküche aus den laufenden Betriebmitteln der städtischen Gaswerke ein einmaliger Betrag von 50.000 K bewilligt. Dem Verein wird weiters das für den Küchenbetrieb und für das Lebensmittellager 8., Buchfeldgasse 4, benötigte Gas einschließlich der Gasmesser von den städtischen Gaswerken unentgeltlich zur Verfügung gestellt. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 756, Lgh., 1001.) Im Stande der Angestellten der Lagerhäuser der Stadt Wien werden im Wege der Stellenbeförderung mit dem Range vom Ernennungstage die Titulatur-Ober-Inspektoren Ernst Krystufek und Josef Peldrian zu Ober-Inspektoren, die Titular-Inspektoren Ludwig Podirsky, Friedrich Hauschka und Otto Cakl zu Inspektoren und der Titular-Maschinenmeister Leopold Kämmerer zum provisorischen Maschinenmeister ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 603, M.Abt. VIII a, H. 27.) Die Wiener Nationalräte in der Nationalversammlung sind zu ersuchen, in Ergänzung des Antrages des Prof. Dr. Schöpfer und Genossen nachstehenden Antrag zu stellen:

„Ungiltigkeitserklärung aller Rechtsgeschäfte, durch welche die Ausübung der Jagd auf länger als 10 Jahre unkündbar überlassen wird.

Anwendung dieser Bestimmung auch auf solche Rechtsgeschäfte, welche zur Zeit des Inkrafttretens des Gesetzes bereits abgeschlossen sind."

(P. Z. 678, M.A. II, WiA., 27 und 31.) Dem Steueramts-Adjunkten Julius Worofsky und dem Kanzlisten Franz Morawetz wird ausnahmsweise und gnadenweise die Einreihung in die nächsthöhere Kriegszulagenklasse bewilligt.

(P. Z. 671, M.D., 361.) Der Magistrats-Sekretär Dr. Josef Seemann wird zum Magistratsrate in der 6. Rangsklasse ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 722, M.D., 424.) Dem Magistrats-Sekretär Dr. Karl Hubmayer wird in Würdigung seiner vorzüglichen Dienstleistung der Titel „Magistratsrat" verliehen. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 675, M.D., 8293.) Die Zulassung der Kanzlei-Ober-Offiziale Ludwig Wottawa und Philipp Kurfürst, des Kanzlei-Offizials Anton Pokora, des Kanzlei-Akzessisten Eduard Hofmann und des Kanzlei-Praktikanten Karl Sandner zum Besuche des Unterrichtskurses zur fachlichen Ausbildung der im Konzeptsdienste verwendeten Kanzleiorgane wird ausnahmsweise bewilligt.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 670, M.D., 318.) Die nachstehenden Kanzleigehilfen werden entsprechend ihrer Gesamtdienstzeit nnd unter Anrechnung der Kriegsmehrdienstzeit als Kanzlisten 1. Klasse in den Kanzlistenstatus eingereiht:

Viktor Leiner mit einem Monatsbezuge von 210 K und einem jährlichen Mietzinsbeitrag von 1080 K;

Anton Kuhn, Josef Almer, Anton Roßmann und Friedrich Pokorny mit einem Monatsbezuge von 200 K und einem jährlichen Mietzinsbeitrage von 960 K;

Karl Brantl mit einem Monatsbezuge von 185 K und einem jährlichen Mietzinsbeitrage von 840 K;

Wilhelm Brabez, Adalbert Wawronek, Gustav Winkler, Nikolaus Öhler, Ludwig Riha, Josef Schram, Franz Walassek, Johann Bartak und Josef Dober mit einem Monatsbezuge von 170 K und einem jährlichen Mietzinsbeitrag von 720 K;

Franz Gruber, Johann Hejny, Josef Drexler, Eduard Mader, Josef Hader, Josef Pluhowsky, Karl Polt, Hans Lieb, Karl Kreuziger, Rudolf Wiedermann, Leo Guttmann, Ludwig Duschet, Josef Pichler, Johann Hadl, Karl Sedlak, Karl Svedek und Karl Grünner mit einem Monatsbezuge von 155 K und einem jährlichen Mietzinsbeitrage von 600 K;

Anton Kosch, Hans Kafka, Johann Schlor, Ludwig Worliczek, Albert Mühldrexler, Adolf Saliger, Emil Schneider, Franz Tanzwirth, Raimund Klein, Georg Nusterer, Josef Heger, Otto v. Pfuhl, Alfred Witz, Franz Stöhr, Anton Geiger, Guido Leischner und Ferdinand Jirousek mit einem Monatsbezuge von 140 K und einem jährlichen Mietzinsbeitrage von 480 K.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 626, B.D., 4155.) Im Sinne des Punktes II des Gemeinderats-Beschlusses vom 13. November 1918, P. Z. 11001, wird den der Direktion des Stadtbauamtes unterstehenden städtischen Angestellten ab 1. Oktober 1918 eine Erhöhung der Ueberstundenentlohnung in dem in der bauämtlichen Zusammenstellung ersichtlichen Ausmaße gewährt.

Im Sinne des Punktes III 6 des obzitierten Beschlusses wird ab 1. Oktober 1918 den im Stunden-, Tag- oder Wochenlohne stehenden, der Direktion des Stadtbauamtes unterstellten städtischen Angestellten, für die durch Zeitablauf erreichbare Bezugserhöhungen nicht vorgesehen sind, eine Lohnzulage von täglich 20 h gewährt, wenn sie bereits am 1. Oktober 1917 im Dienste der Gemeinde Wien gestanden sind.

Berichterstatter StR. Siegel:

(P. Z. 630, B.D., 116.) Die Magistrats-Anträge, betreffend neun Ansuchen aus dem 4. Quartale 1918 um Herabsetzung, beziehungsweise Abschreibung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des 3. Bezirkes, werden genehmigt.

(VB. Rain übernimmt den Vorsitz.)

Berichterstatter StR. Emmerling:

(P. Z. 750, M.Abt. XXI, 5.) In Abänderung des Stadtrats-Beschlusses vom 22. September 1916, P. Z. 8882, wird genehmigt, daß der nächste „Bericht über die Gemeindeverwaltung der Stadt Wien" (Verwaltungsbericht) die Zeit vom 1. Jänner 1914 bis zum 30. Juni 1918 zu umfassen hat.

Berichterstatter StR. Müller:

(P. Z. 747, M.Abt. XI, 88656.) Das Anbot der Firma Otto Loebenstein auf Zahlung des Arbeitspreises von 4 K für 1000 Stück Papierservietten für das Falten, Legen, Zählen und Einschleifen derselben durch Pfleglinge des städtischen Werkhauses wird angenommen.

Berichterstatter StR. Melcher:

(P. Z. 774, M.Abt. III, 3870.) Dem Edmund Kallich wird über Ansuchen die Frist zur Verbauung der Liegenschaft Einl.-Z. 1778 des Grundbuches Alsergrund neuerlich um ein Jahr, das ist bis 24. Jänner 1920 unter der Bedingung erstreckt, daß die zur Sicherstellung der Verbauungsverpflichtung erlegte Kaution von 4000 K im Sinne des § 3 des Kaufvertrages weiterhin haftet.

(An den Gemeinderat.)

Berichterstatter StR. Knoll:

(P. Z. 762, Kg., 119.) Das Reinigungspauschale für den städtischen Kindergarten Wien, 21., Baumergasse 24, wird vom 1. November 1918 angefangen von 540 K auf 800 K jährlich erhöht; dasselbe hat als Pauschale für die Besorgung des gesamten Reinigungs- und Heizdienstes in diesem Kindergartengebäude zu gelten.

Schluß der Sitzung.

Bezirksvertretungen

Sitzung.

8. Bezirk, 29. Jänner, 4 Uhr nachmittags.

6. Gemeindebezirk, Mariahilf.

Oeffentliche Sitzung vom 19. Dezember 1918.

Vorsitzender: BV. Wolfgang Dirnbacher.

Schriftführer: Kanzleileiter Direktions-Adjunkt Roman Kienast.

Nach Feststellung der Beschlußfähigkeit eröffnet der Vorsteher die Sitzung und spricht BR. Groß anläßlich des Ablebens seines Sohnes das Beileid der Bezirksvertretung aus. Die Verhandlungsschrift der öffentlichen Sitzung vom 28. November 1918 wird verlesen und genehmigt.

Einlauf.

Schreiben des Bürgermeisters, betreffend die Wichtigkeit eines ausgiebigen Zeichnungserfolges der ersten deutschösterreichischen Staatsanleihe. Hiezu richtet der Vorsitzende an die Anwesenden das Ersuchen, im Bezirke unter der Bevölkerung eine rege Aufklärungs- und Werbearbeit einzuleiten. (Zur Kenntnis.)

Anträge.

BR. Jettel beantragt, den Herrn Bürgermeister zu ersuchen, bei der maßgebenden Behörde vorstellig zu werden, daß die Sperrung des Durchganges durch die Burg, welche von der Bevölkerung unliebsam empfunden wird, ehestens aufgehoben werde. (Angenommen.)

BR. Pollak beantragt, Schritte einzuleiten, daß die Kehrichtabfuhr im Bezirke wöchentlich zweimal, und zwar an den hiefür festgesetzten Tagen vorgenommen wird. Derzeit lagern volle Kehrichtkisten oft mehrere Tage auf den Gehwegen, da die Abfuhr nicht rechtzeitig und an den hiezu bestimmten Tagen erfolgt. Diesem sanitären Uebelstande wolle unverzüglich abgeholfen werden, umsomehr, als jetzt wieder genügend Arbeitskräfte und Material zur Verfügung stehen. (Angenommen.)

Schluß der öffentlichen Sitzung.

Allgemeine Nachrichten

Donauregulierungs-Kommission.

Die Donauregulierungs-Kommission trat am 12. Dezember 1918 unter dem Vorsitze des Staats-Sekretärs für öffentliche Arbeiten, Johann Zerdik, zur 32. Vollversammlung zusammen.

Der Vorsitzende besprach in eingehender Weise das Projekt der weiteren Ausgestaltung der Donau als Großschiffahrtsweg. Hierin sei ein hervorragendes wirtschaftliches Bindemittel mit dem Deutschen Reich, dem westdeutschen Fluß- und Wasserstraßengebiete, endlich der Ost- und Nordsee zu erblicken. In der baldigen Ausgestaltung dieser großen Handelsstraßen sieht der Redner eines der vornehmsten Werkzeuge für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschösterreichs. Er betonte deshalb die Notwendigkeit der ehesten Sicherstellung der technischen und finanziellen Voraussetzungen für diese weitreichenden Arbeiten, insbesondere aber auch für die Verbesserung der Hochwasserverhältnisse bei Wien.

Der Staats-Sekretär gedachte sodann der in Bälde vollendeten 50-jährigen Tätigkeit der Kommission, welche nicht nur der Flußregulierung an sich, sondern auch dem Schutze der Landeskulturen gegen Hochwasser und Eisgänge gewidmet war und deren schöne Erfolge nicht zuletzt der bewährten, auf dem Prinzipe der Autonomie begründeten Organisation der Kommission zu danken seien.

Unter lebhaftem Beifalle richtete der Staats-Sekretär an die Kommission einen Appell zur weiteren intensiven Arbeit zum Wohle Deutschösterreichs und der Stadt Wien, an welcher Arbeit er gerne nach allen Kräften teilnehmen wolle.

Sonach wurde eine Reihe von Veränderungen im Vorsitze und unter den Mitgliedern der Kommission bekanntgegeben. An Stelle des vormaligen Statthalters in Niederösterreich Freiherrn v. Bleyleben, wurde der Landeshauptmann v. Steiner zum ersten und an Stelle des in den Ruhestand getretenen Sektionschefs Siedek, der Sektionschef im Staatsamte für öffentliche Arbeiten, Ing. Rudolf Reich, zum zweiten Stellvertreter im Vorsitze der Kommission ernannt.

Für den ausgeschiedenen Landes-Ausschußbeisitzer Grafen Colloredo-Mannsfeld wurde der Landesrat Josef Zwetzbacher als beratendes Mitglied in die Kommission delegiert. Das beratende Mitglied Sektionschef Herbst wurde seiner Funktion enthoben. Mit der Leitung der Geschäfte der Bau-Direktion wurde der Baurat Ing. Ludwig Brandl betraut.

Infolge des immer mehr fühlbar gewordenen Mangels an Landungs- und Ladeplätzen im Durchstiche erwies sich die Auflassung der am rechten Ufer unterhalb der Stadlauerbrücke befindlichen Schiffmühlekolonie als notwendig und wurden die Modalitäten dieser Auflassung endgiltig bestimmt. Sodann wurde beschlossen der Bau-Direktion für den Anlauf von freigewordenen der Heeresverwaltung eigentümlichen Materialien behufs Ergänzung des Inventars der Kommission einen entsprechenden Kredit zur Verfügung zu stellen.

Dem Lande Niederösterreich wurde für die Rekonstruktionsarbeiten an der Mündung des Perschlingbaches eine Subvention bewilligt. Weiters wurde beschlossen, an der deutschösterreichischen Staatsanleihe sich mit einem größeren Betrage zu beteiligen.

Ueber Anregung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner wurde sodann beschlossen, das zur Beratung der Wiener Angelegenheiten eingesetzte Spezial-Komitee ehestens einzuberufen und wird dieses Komitee auch die mit der Ausgestaltung des Donaustromes zusammenhängenden zwischenstaatlichen Fragen in den Rahmen seiner Erörterung vorberatend einzubeziehen haben. Nachdem noch eine Reihe kleinerer und Personal-Angelegenheiten erledigt worden war, wurde die Sitzung geschlossen.

Zentralstelle der Fürsorge

für die Angehörigen der Einberufenen und für die durch den Krieg in Not Geratenen in Wien und Niederösterreich.

DCV. Spendenausweis.

38544.	Franz Hinterndorfer		6 K — h
	Monatsbeiträge für Ausspeisezwecke, und zwar:		
38545.	Stadtrat Dr. Oskar Hein, für Sept. . .	6 K — h	
38546.	Stadtrat Dr. Oskar Hein für Okt. . . .	6 „ — „	
38547.	Richard Heller . . .	12 „ — „	
38548.	Mizzi Heller	18 „ — „	
38549.	Dr. Josef Rainert .	6 „ — „	48 „ — „
	Monatsbeiträge für Ausspeisezwecke, und zwar:		
38550.	Ober-Baurat Ferd. Dehm	50 K — h	
38551.	Franz Pichler jun., f. Okt., Nov., Dez. .	36 „ — „	86 „ — „
38552.	Ungenannt sein wollende Dame für Arme des 17. Bezirkes		2.000 „ — „
38553.	Oesterr. Siemens-Schuckertwerke, freiwillige Beiträge der Beamten und Arbeiter für September		1.650 „ — „
38554.	1prozentiger freiwillig. Gehaltsabzug von Lehrpersonen an der Volksschule f. Knaben 20., Treustraße 9 . .	21 K 10 h	
	Hievon ab 25 Prozent für das „Rote Kreuz“	5 „ 27 „	15 „ 83 „
	Monatsbeiträge für Ausspeisezwecke, und zwar:		
38555.	Felbermayer & Komp.	100 K — h	
38556.	Matthias Hartl . .	6 „ — „	
38557.	Emil Hutter	24 „ — „	
38558.	Baronin Lilienau . .	30 „ — „	
38559.	Karoline Marburg .	12 „ — „	
38560.	August Popper . .	6 „ — „	
38561.	Anna Prandstetter .	6 „ — „	
38562.	Josefine Rosenfeld, f. Okt., Nov. und Dez.	60 „ — „	
38563.	Paula Schmiedl, für Sept. und Okt. . .	36 „ — „	280 „ — „
38564.	Julius Schneider		100 „ — „
38565.	1prozentiger freiwilliger Gehaltsabzug der Lehrpersonen an der Volksschule f. Knaben und Mädchen, 18., Celtesgasse 2	8 K — h	
	Hievon ab 25 Prozent für das „Rote Kreuz“	2 „ — „	6 „ — „
	Monatsbeiträge für Ausspeisezwecke, und zwar:		
38566.	Dr. Josef Breuer .	60 K — h	
38567.	Regierungsrat Gallia	30 „ — „	90 K — h
38568.	1prozent. freiwilliger Gehaltsabzug d. Lehrpersonen an der Volksschule für Mädchen 6., Gumpendorferstraße 4	20 K — h	
	Hievon ab 25 Prozent für das „Rote Kreuz“	5 „ — „	15 „ — „
	Monatsbeiträge für Ausspeisezwecke, und zwar:		
38569.	Ministerialrat Dr. Alfr. Freiherr v. Berlepsch, f. Sept. u. Okt.	12 K — h	
38570.	Hermine Keil . . .	6 „ — „	
38571.	Paul v. Schiff-Suvero	606 „ — „	624 „ — „
38572.	Frauenarbeits-Komitee 12. Bezirk, Freitischablösungen		1.035 „ 18 „
38573.	Arbeitspersonale der Firma Arnold Seitl .	25 K — h	
38574.	Firma Arnold Seitl .	25 „ — „	50 „ — „
38575.	Frau Kommerzialrat Martha Pflaum .		100 „ — „
	Monatsbeiträge für Ausspeisezwecke, und zwar:		
38576.	Wiener Baugesellschaft	200 K — h	
38577.	Nelly Kurth, für Juni bis Oktober	30 „ — „	
38578.	Karl Mendl	6 „ — „	236 „ — „
38579.	Exzellenz Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner, für Ausspeisungszwecke pro November		120 „ — „
	Präsidium der Post- und Telegraphen-Direktion Wien, und zwar:		
38580.	Spende der Beamten der Direktion für Oesterreich unter der Enns	100 K — h	
38581.	Spende einer größeren Anzahl von Postämtern dieses Direktionsbezirkes	200 „ — „	300 „ — „
38582.	Post- und Telegraphen-Direktion Wien, 3., Hetzgasse 2		13 „ 70 „
	Monatsbeiträge für Ausspeisezwecke, und zwar:		
38583.	Josefine Ernst . . .	12 K — h	
38584.	Berta Humpel . . .	6 „ — „	18 „ — „
38585.	Langjährige Tarock-Gesellschaft im Café Thury, für Ausspeisezwecke		6 „ — „
38586.	Tabakfabrik Wien-Ottakring		5 „ 50 „

Monatliche Beiträge für Ausspeisungszwecke, und zwar:

38587.	Adele Leinkauf . . .	10 K — h	
38588.	Karoline Marburg .	12 „ — „	22 K — h
38589.	Aktion Exzellenz Gräfin Anka Bienerth-Schmerling, für Ausspeisezwecke . . .		25.000 „ — „
38590.	Komitee „Schwarzgelbes Kreuz", Freitischablösungen:		
	1. Wertpapiere . . .	30.000 K — h	
	2. bar		5.000 „ — „
38591.	Bezirksvertretung Fünfhaus, Sammlung Witzmann, für Ausspeisezwecke		96 „ — „

Freiwillige Beiträge städtischer Beamten und Angestellter, und zwar:

38592.	Bezirksvorstehung 9 .	10 K 50 h	
38593.	Stadtbuchhaltung . .	45 „ — „	
38594.	Feuerwehr (Offiziere)	65 „ — „	
38595.	Lagerhäuser	36 „ — „	
38596.	Veterinäramts-Inspektor Dr Ant. Nepustil .	7 „ — „	163 „ 50 „

Monatliche Beiträge für Ausspeisezwecke, und zwar:

38597.	Mathilde Backhaus .	10 K — h	
38598.	Gemeinsamer Finanzminister Baron Spitzmüller	750 „ — „	
38599.	Karl Kohn	24 „ — „	
38600.	Hildegarde und Rosa Lueger	120 „ — „	
38601.	Josefine Pollak . . .	12 „ — „	
38602.	Hugo Schwitzer . .	6 „ — „	922 „ — „
38603.	Leopold Gollerstepper, Spende zur Ausspeisung christlicher Schulkinder des 7. und 6. Bezirkes		200 „ — „
38604.	Magistrats-Direktor Karl Pawelka, Monatsbeitrag für November 1918 .		20 „ — „
38605.	Albin Voglsang in Eggenburg . . .		50 „ — „

Freiwillige Beiträge von städtischen Beamten, und zwar:

38606.	Ober-Magistratsrat Dr. Franz Jamöck .	12 K — h	
38607.	Johann Bauer . . .	1 „ — „	13 „ — „

1prozentiger freiwilliger Gehaltsabzug von Lehrpersonen an den Schulen Wiens, und zwar:

38608.	Volksschule f. Knaben 6., Corneliusgasse 6 .	25 K — h	
38609.	Volksschule f. Mädchen 6., Gumpendorferstraße 4	20 „ — „	
		45 K — h	
	Hievon ab 25 Prozent für das „Rote Kreuz"	11 „ 25 „	33 „ 75 „

Monatsbeiträge für Ausspeisezwecke:

38610.	Jenny Eißler . . .	50 K — h	
38611.	Josefine Knopp . .	6 „ — „	
38612.	Marie Kretz	60 „ — „	
38613.	Vilma Lauer . . .	6 „ — „	
38614	Sidi [illegible]	60 „ — „	
38615.	Emmerich Szakats .	12 „ — „	194 K — h

Frauenarbeits-Komitee für den 18. Bezirk; Freitischablösungen pro August 1918:

38616.	Hofrat Bříha . . .	6 K — h	
38617.	Mathilde Bacher . .	6 „ — „	
38618.	Franz Frischauf . .	30 „ — „	
38619.	Hermine Hertz . . .	6 „ — „	
38620.	Natalie Knoth . . .	6 „ — „	
38621.	Friederike Gerr . . .	6 „ — „	
38622.	Brunno Koffler . .	12 „ — „	
38623.	Ernestine Kulka . .	6 „ — „	
38624.	Franz Kurzbauer . .	6 „ — „	
38625.	Olga v. Ludassy . .	12 „ — „	
38626.	Frau Dr. v. Madjera	6 „ — „	
38627.	Marie Narath . . .	12 „ — „	
38628.	Anna Nemetz	6 „ — „	
38629.	Marie Pawlik . . .	12 „ — „	
38630.	Hermine Přihoda . .	6 „ — „	
38631.	Stephanie Raab . .	6 „ — „	
38632.	Aug. Freiin v. Slatin	6 „ — „	
38633.	Dr. Heinr. Frh. v. Slatin	6 „ — „	
38634.	Irene Freiin v. Slatin	6 „ — „	
38635.	Emilie Sonnenburg .	6 „ — „	
38636.	Adele Spitzer . . .	6 „ — „	
38637.	Amalia Schmertosch .	6 „ — „	
38638.	Helene Schmeger . .	6 „ — „	
38639.	Franziska Schwanzara	6 „ — „	
38640.	Leonie Schwanzara .	6 „ — „	
38641.	Antonia Scholz . .	6 „ — „	
38642.	Frau S. Trautzl . .	6 „ — „	
38643.	Hochwürden Pfarrer Ignaz Wenzl . . .	6 „ — „	
38644.	Frau Major Zydlo .	12 „ — „	228 „ — „

Frauenarbeits-Komitee für den 18. Bezirk; Freitischablösungen pro September 1918:

38645.	Hofrat Büringer . .	12 K — h	
38646.	Hofrat Bříha . . .	6 „ — „	
38647.	Mathilde Bacher . .	6 „ — „	
38648.	Frau Danielowsky .	12 „ — „	
38649.	Franz Frischauf . .	30 „ — „	
38650.	Hermine Hertz . . .	6 „ — „	
38651.	Natalie Knoth . . .	6 „ — „	
38652.	Bruno Koffler . . .	6 „ — „	
38653.	Ernestine Kulka . .	6 „ — „	
38654.	Franz Kurzbauer . .	6 „ — „	
38655.	Anna Liebherr . . .	6 „ — „	
38656.	Olga v. Ludassy . .	6 „ — „	
38657.	Frau Dr. v. Madjera	6 „ — „	

38658.	Marie Narath . . .	6 K — h	
38659.	Anna Nemetz . . .	6 „ — „	
38660.	Frau Ortner	18 „ — „	
38661.	Marie Pawlik . . .	6 „ — „	
38662.	Ottilie Pöschel . . .	12 „ — „	
38663.	Hermine Prihoda . .	6 „ — „	
38664.	Stephanie Raab . .	6 „ — „	
38665.	Marie Ritter . . .	12 „ — „	
38666.	Aug. Freiin v. Slatin	6 „ — „	
38667.	Dr. Heinr. Freih. v. Slatin	6 „ — „	
38668.	Irene Freiin v. Slatin	6 „ — „	
38669.	Emilie Sonnenburg .	6 „ — „	
38670.	Adele Spitzer . . .	6 „ — „	
38671.	Amalie Schmertosch .	6 „ — „	
38672.	Antonie Scholz . . .	6 „ — „	
38673.	Frau S. Trantzl . .	6 „ — „	
38674.	Hermine Trenkler . .	12 „ — „	246 K — h
38675.	Forstverwaltung der Gemeinde Wien in Wildalpen. Freiwillige Beiträge des Forstpersonales		40 „ — „
38676.	Hofherr-Schrantz-Clayton-Shuttleworth A.-G.		300 „ — „
38677.	Bezirkshauptmannschaft Baden, Sammlungsergebnis November 1918 . . .		41 „ 27 „
38678.	Freiwillige Gehaltsabzüge der Beamten des Kaiserjubiläums-Spitales		101 „ 10 „
38679.	1prozent. freiwilliger Gehaltsabzug von Lehrpersonen an der Volksschule 19., Managettagasse 1		12 „ 61 „
	Monatsbeiträge für Ausspeisezwecke, und zwar:		
38680.	Matthias Hartl . .	6 K — h	
38681.	Marie Löwe und Therese Graß . . .	12 „ — „	
38682.	Mathilde Pochet . .	10 „ — „	
38683.	Georg Reimers . . .	6 „ — „	
38684.	Cäcilie Schreiber . .	12 „ — „	46 „ — „
38685.	Kranzablösungsspende für D. N. . .		20 „ — „
38686.	Freiwilliger Gehaltsabzug des städtischen Direktions-Adjunkten i. P. Ludwig Ziegler		9 „ — „
	Monatsbeiträge für Ausspeisezwecke, und zwar:		
38687.	L. Braun	6 K — h	
38688.	Baronin Sophie Lilienau	30 „ — „	
38689.	Baronin Pretis . .	100 „ — „	
38690.	Rosa Rosenthal . . .	24 „ — „	
38691.	Durchlaucht Fürstin Therese zu Schwarzenberg	60 „ — „	
38692.	Durchlaucht Prinzessin Josefine zu Schwarzenberg	6 „ — „	226 „ — „
	Monatsbeiträge für Ausspeisezwecke, und zwar:		
38693.	Minist.-Rat Dr. Alfred Freiherr v. Berlepsch	6 K — h	
38694.	G. Borckenstein & Sohn	60 „ — „	
38695.	Christine Mraczek (Oktober u. November)	12 „ — „	
38696.	Ober-Landesgerichtsrat Julius Mraczek (Oktober u. November)	12 „ — „	
38697.	Wilhelmine Zehenthofer	6 „ — „	96 K — h
38698.	Karoline Rinnböck für Ausspeisezwecke		50 „ — „
38699.	Julius Schneider		100 „ — „
38700.	Städtische Hauptkassa-Abt. XVI (Freiw. Beiträge von städtischen Beamten) . .		16 „ — „
	Monatsbeiträge für Ausspeisezwecke, und zwar:		
38701.	Fritz Bab, für Oktober	12 K — h	
38702.	Fritz Bab, für November	12 „ — „	
38703.	Jos. J. Bachmayer .	6 „ — „	
38704.	Ferd. Dehm	50 „ — „	
38705.	Sophie Egger . . .	12 „ — „	
38706.	Adolf Falkenstein . .	18 „ — „	
38707.	Dr. Siegfr. Feitler .	6 „ — „	
38708.	Emma Henninger . .	6 „ — „	
38709.	Dr. Rud. Kaufmann	6 „ — „	
38710.	D. Kellner	60 „ — „	
38711.	Dr. Gustav Leipen .	12 „ — „	
38712.	Sophie v. Lenz, für Oktober	6 „ — „	
38713.	Sophie v. Lenz, für November	6 „ — „	
38714.	Josef Müller . . .	24 „ — „	
38715.	Minna Minich . . .	6 „ — „	
38716.	Emil Nitsch	6 „ — „	
38717.	Klementine Nitsch . .	6 „ — „	
38718.	Gustav Pach	5 „ — „	
38719.	Julius v. Petravic, für Oktober	12 „ — „	
38720.	Julius v. Petravic, für November . . .	12 „ — „	
38721.	Dr. Friedrich Pineles	24 „ — „	
38722.	J. Reichsfeld . . .	12 „ — „	
38723.	Wilh. Rosen	6 „ — „	
38724.	Matth. Salcher & Söhne	10 „ — „	
38725.	Matthias Stalzer, für Oktober	12 „ — „	
38726.	Matthias Stalzer, für November	12 „ — „	
38727.	Dr. Eduard Weiß .	6 „ — „	
38728.	Julius Weissert . .	6 „ — „	371 „ — „
38729.	Ungenannt sein wollende Dame für Arme des 17. Bezirkes		500 „ — „

1prozentiger freiwilliger Gehaltsabzug von Lehrpersonen an den städtischen Schulen Wiens, und zwar:

38730.	Volksschule f. Mädchen 6., Kopernikusgasse 15	4 K — h	

Monatliche Beiträge für Ausspeisungszwecke, und zwar:

38731.	Wilhelm Bergel . .	12 K — h	
38732.	Nini Bermann . . .	6 „ — „	
38733.	Johanna Bindtner .	12 „ — „	
38734.	Berta Clauser, für Oktober-November .	60 „ — „	
38735.	Dr. H. v. Frisch . .	10 „ — „	
38736.	A. v. Haßlinger-Pratobevera	6 „ — „	
38737.	Dr. Oskar Hein, für Oktober	6 „ — „	
38738.	Dr. Oskar Hein, für November	6 „ — „	
38739.	Kahn-Hut & Komp., für Oktober	6 „ — „	
38740.	Kahn-Hut & Komp., für November . . .	6 „ — „	
38741.	Jeanne Kohn, für Oktober bis Dezember .	18 „ — „	
38742.	Familie Kohn und Hochberger, für Oktober bis Dezember .	54 „ — „	
38743.	Ottilie Leonhard . .	6 „ — „	
38744.	Eduard Münch . . .	18 „ — „	
38745.	Ign. Pick, für Oktober	12 „ — „	
38746.	Ign. Pick, für November	12 „ — „	
38747.	Klara Pollak . . .	10 „ — „	
38748.	Betti Prantner-Kaulla	6 „ — „	
38749.	Stephan Quittner .	30 „ — „	
38750.	Gustav Reitler, für Oktober	30 „ — „	
38751.	Gustav Reitler, für November	30 „ — „	
38752.	Marie Reichel . . .	12 „ — „	
38753.	Robert Simon . . .	12 „ — „	
38754.	Senatspräsident Emil Conte Smecchia, für Oktober	12 „ — „	
38755.	Senatspräsident Emil Conte Smecchia, für November	12 „ — „	
38756.	Luise Thum	10 „ — „	
38757.	Berta v. Trnkoczy .	12 „ — „	426 „ — „
38758.	Exzellenz Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner für Ausspeisungszwecke (Dezember 1918)		120 „ — „

Monatliche Beiträge für Ausspeisungszwecke, und zwar:

38759.	Friedrich Allina, für Oktober	5 K — h	
38760.	Friedrich Allina, für November	5 K — h	
38761.	Berger, Volk & Komp.	6 „ — „	
38762.	Rud. Bisteghi, f. Okt.	10 „ — „	
38763.	Rud. Bisteghi, f. Nov.	10 „ — „	
38764.	Dr. Josef Breuer . .	60 „ — „	
38765.	Auguste Egger . . .	12 „ — „	
38766.	Direktor Franz Hartl, für Nov. und Dez. .	12 „ — „	
38767.	Ant. Heldwein . . .	12 „ — „	
38768.	Jenny Jeiteles . . .	60 „ — „	
38769.	Jak. & Jos. Kohn, A.-G., f. Okt. u. Nov.	12 „ — „	
38770.	Dr. Friedr. Kraft . .	6 „ — „	
38771.	Lulu Kruger	6 „ — „	
38772.	Anna Mayer, f. Okt. .	6 „ — „	
38773.	Anna Mayer, f. Nov.	6 „ — „	
38774.	Marie Neßler . . .	8 „ — „	
38775.	Dr. Viktor Rosenfeld .	30 „ — „	
38776.	Dr. Gustav Siegler .	6 „ — „	
38777.	Regine Schütz . . .	30 „ — „	
38778.	Therese Trebitsch . .	10 „ — „	
38779.	Karl Truxa f. Okt. .	6 „ — „	
38780.	Karl Truxa f. Nov. .	6 „ — „	322 K — h

Frauenarbeits-Komitee für den 18. Bezirk; Freitischablösungen für Oktober 1918:

38781.	Eduard Bauer . .	6 K — h	
38782.	Marie Brenta . . .	18 „ — „	
38783.	Hofrat Büringer . .	6 „ — „	
38784.	Hofrat Břiha . . .	6 „ — „	
38785.	Mathilde Bacher . .	6 „ — „	
38786.	Frau Drucker . . .	18 „ — „	
38787.	Frau Diamand . . .	18 „ — „	
38788.	Franz Frischauf . .	30 „ — „	
38789.	Hermine Hertz . . .	6 „ — „	
38790.	Natalie Knoth . . .	6 „ — „	
38791.	Bruno Koffler . . .	6 „ — „	
38792.	Ernestine Kulka .	6 „ — „	
38793.	Franz Kurzbauer . .	6 „ — „	
38794.	B. Löwit	8 „ — „	
38795.	Olga v. Ludassy . .	6 „ — „	
38796.	Dr. v. Madjera . .	6 „ — „	
38797.	Anna Marschner . .	6 „ — „	
38798.	Marie Narath . . .	6 „ — „	
38799.	Anna Nemetz . . .	6 „ — „	
38800.	Pauline Newald . .	18 „ — „	
38801.	Frau Oberst Magdalena	18 „ — „	
38802.	Marietta Paganini .	6 „ — „	
38803.	Marie Pawlik . . .	6 „ — „	
38804.	Hermine Přihoda . .	6 „ — „	
38805.	Stephanie v. Raab .	6 „ — „	
38806.	Minna Revelant, verehel. Schröder . .	6 „ — „	
38807.	Anna Sedlaček . . .	18 „ — „	
38808.	Aug. Freiin v. Slatin	6 „ — „	

38809. Dr. Heinrich Freiherr v. Slatin . . . . 6 K — h
38810. Irene Freiin v. Slatin 6 „ — „
38811. Anna Slawik . . . 18 „ — „
38812. Emilie Sonnenburg . 6 „ — „
38813. Frau Sommer . . . 18 „ — „
38814. Adele Spitzer . . . 6 „ — „
38815. Amalie Schmertosch . 6 „ — „
38816. Helene Schmeger . . 12 „ — „
38817. Dr. Schröder . . . 6 „ — „
38818. Karoline Schwartzmann . . . . . 18 „ — „
38819. Franziska Schwanzara . . . . . 6 „ — „
38820. Leonie Schwanzara . 12 „ — „
38821. Antonie Scholz . . 6 „ — „
38822. Frau S. Trautzl . . 6 „ — „
38823. Oberst Wencelides . 6 „ — „
38824. Josef Westermayer . 18 „ — „
38825. Hofrat Zeißel . . . 18 „ — „
38826. Franz Zotter . . . 10 „ — „
38827. Major Zydlo . . . 12 „ — „ 472 K — h

Monatliche Beiträge für Ausspeisungszwecke, und zwar:

38828. Maxim. Fechner . . 30 K — h
38829. F. Fleischer (Okt.) . 6 „ — „
38830. F. Fleischer (Nov.) . 6 „ — „
38831. Rosalia Gaber (Okt. und Nov.) . . . . 60 „ — „
38832. Berta Hecht . . . . 6 „ — „
38833. Maja v. Kralik . . 6 „ — „
38834. Dr. Richard Leipen . 6 „ — „
38835. August Popper . . 6 „ — „
38836. Emil Spitzer . . . . 6 „ — „
38837. Hildegarde Wahlberg 12 „ — „ 144 „ — „
38838. Frauenarbeits-Komitee I., Freitischablösungen . . . . . 330 „ — „

Monatsbeiträge für Ausspeisezwecke, und zwar:

38839. Felbermayer & Co. . 100 K — h
38840. Dr. A. Hanc . . . 6 „ — „
38841. Hermine Fechter . . 6 „ — „
38842. Dr. Wilh. Knöpflmacher . . . . . 6 „ — „
38843. Karl Mendl . . . . 6 „ — „
38844. Riedl's Dom-Hotel . 6 „ — „
38845. Berta Urban . . . . 30 „ — „ 160 „ — „
38846. Redaktion des „Neuen Wiener Tagblatt" 26. Spendenabfuhr . . . . . 479 „ — „
38847. Konvikt Kalksburg, durch Redaktion der „Reichspost", Sammlungsergebnis für die Aktion „Schutz vor Winterkälte" 447 „ — „
38848. Komitee „Schwarz-gelbes Kreuz", Freitischablösungen bar . . . . . 20.000 „ — „
Wertpapiere im Nennwerte von 7000 K
38849. Exzellenz Gräfin Anka Bienerth-Schmerling für Ausspeisezwecke . . . 25.000 „ — „

Monatliche Beiträge für Ausspeisungszwecke, und zwar:

38850. Anna Münch . . 6 K — h
38851. Otto Zeißl (Oktober bis Dezember) . . . 36 „ — „ 42 K — h
38852. Friedrich Bauer . . . . . 6 „ — „
38853. Rudolf v. Halle . . . . . 6 „ — „
38854. Ludwig Heiner . . . . . 6 „ — „
38855. Max Kalbeck (Okt.) . . . . . 6 „ — „
38856. Max Kalbeck (Nov.) . . . . . 6 „ — „
38857. Ernestine Wlach . . . . . 12 „ — „

Frauenarbeits-Komitee für den 3. Bezirk, für den Monat Oktober 1918:

38858. Frau v. Mautner (September—Oktober) 48 K — h
38859. Frau Moser (August—Oktober) . . . . 54 „ — „
38860. Frau Dr. Zweibrück (September—Oktober) 12 „ — „
38861. Herr Knauer (August—September) . . . 12 „ — „
38862. Frau Dr. Brück . . 10 „ — „
38863. Herr Neumann (September) . . . . . 6 „ — „
38864. Fritzi Geist (Sept.) . 6 „ — „
38865. Frau Prof. Jäger . 18 „ — „
38866. Norbert Langer . . 12 „ — „
38867. Frau v. Goldberger . 24 „ — „
38868. Exzellenz Krittek . . 16 „ — „
38869. Frau Felkl . . . . 12 „ — „
38870. Anna Mandrie . . . 6 „ — „
38871. Dela Grazia . . . . 6 „ — „ 242 „ — „

Frauenarbeits-Komitee für den 3. Bezirk, Freitischablösungen für November 1918:

38872. Frau v. Mauthner . 24 K — h
38873. Frau Moser . . . . 18 „ — „
38874. Frau Dr. Zweibrück 6 „ — „
38875. Direktor Patzau . . . 10 „ — „
38876. Frau Dr. Brück . . 10 „ — „
38877. Fritzi Geist . . . . 6 „ — „
38878. Herr Neumann . . . 6 „ — „
38879. Frau v. Goldberger . 24 „ — „
38880. Frau Felkl . . . . 12 „ — „
38881. Dela Grazia . . . . 6 „ — „
38882. Anna Mandrie . . . 6 „ — „
38883. Exzellenz Krittek . . 16 „ — „
38884. Norbert Langer . . 12 „ — „
38885. Frau Prof. Jäger . . 18 „ — „ 174 „ — „
38886. Langjährige Tarock-Gesellschaft im Café Thury für Ausspeisezwecke . . . . . 6 „ — „

Monatliche Beiträge für Ausspeisungszwecke, und zwar:

38887. Seraphine Hoffmeister (Oktober) . . . . . 6 K — h

38888.	Seraphine Hoffmeister (November)	6 K — h	
38889.	Franz Freiherr v. Krauß	20 „ — „	
38890.	Ottilie Leonhard . .	6 „ — „	
38891.	Hugo Schwitzer . .	6 „ — „	
38892.	Rudolf Stumvoll (Dezember)	6 „ — „	
38893.	Lndwig Wrana . . .	6 „ — „	56 K — h
	Freiwillige Gehaltsabzüge der städtischen Beamten, und zwar:		
38894.	Stadtbuchhaltung . .	15 K — h	
38895.	Kaiserjubiläums-Spital	45 „ 50 „	60 „ 50 „
38896	1prozentiger freiwilliger Gehaltsabzug von Lehrpersonen an der Volksschule für Knaben 6., Cornelíusgasse 6 . .		20 „ — „
	Monatsbeiträge für Ausspeisezwecke:		
38897.	Mathilde Backhaus .	10 K — h	
38898.	Johann Bindtner . .	6 „ — „	
38899.	A. Baron Czedik . .	10 „ — „	
38900.	Ober-Magistratsrat Dr. Franz Jamöck .	6 „ — „	
38901.	Marie Kretz	60 „ — „	
38902.	Nelly Kurz (Nov. u. Dez.)	12 „ — „	
38903.	Vilma Lauer	6 „ — „	
38904.	Hildegarde und Rosa Lueger	120 „ — „	
38905.	Karoline Marburg .	12 „ — „	
38906.	C. Castiglioni . . .	90 „ — „	
38907.	Alfred Neu & Co.	60 „ — „	
38908.	Emilie Nitsch . . .	6 „ — „	
38909.	Klementine Nitsch . .	6 „ — „	
38910.	Cl. Pollak	10 „ — „	
38911.	Baronin Pretis . . .	100 „ — „	
38912.	Max Spitz und Marie Pollak	12 „ — „	
38913.	Durchlaucht Fürstin Therese Schwarzenberg	60 „ — „	
38914.	Prinzessin Josefine Schwarzenberg . . .	6 „ — „	592 „ — „
38915.	Frauen-Arbeits-Komitee für den 21. Bezirk: Freitischablösungen pro Sept. u. Okt. 1918		192 „ — „
	Für allgemeine Ausspeisungszwecke durch Exzellenz Frau Berta Weiskirchner als Vorsitzende der Frauen-Hilfsaktion:		
38916.	Mizzi Olschbaur . .	26 K — h	
38917.	Harriet Baronin Haynau, f. Okt. . .	18 „ — „	
38918.	Angestellte der Firma Felbermayer & Komp.	28 „ — „	
38919.	I. österr. Sparkasse, f. Oktober	2.000 „ — „	
38920.	Dr. Max Schneider v. Ernstheim, f. Oktober	100 K — h	
38921.	Harriet Baronin Haynau, f. Nov. . .	18 „ — „	
38922.	Ungenannt sein wollender Wohltäter . .	5.000 „ — „	
38923.	Dr. Hans C. Zimmermann (Nov.) . . .	18 „ — „	
38924.	Dr. R. Miller v. Aichholz	1.000 „ — „	
38925.	Firma M. J. Elsinger & Söhne	100 „ — „	
38926.	Beamtenschaft der Firma M. J. Elsinger & Söhne	80 „ — „	
38927.	Dr. Heinrich Krükl (Okt.)	20 „ — „	
38928.	Viktor v. Ephrussi (Nov.)	200 „ — „	
38929.	Otto Suppancic . . .	100 „ — „	
38930.	Marie Tschirschky v. Bögendorff	100 „ — „	
38931.	Gebr. Böhler & Komp. A.-G.	2.500 „ — „	
38932.	Firma J. Eißler & Brüder (Okt.) . . .	400 „ — „	
38933.	Dr. Heinrich Krükl, f. Nov.	20 „ — „	
38934.	Dr. Max Ritter Schneider v. Ernstheim (Nov.)	100 „ — „	
38935.	Oesterr.-ungar. opt. Anstalt C. P. Goerz	50 „ — „	
38936.	I. österr. Sparkasse, f. Nov.	2.000 „ — „	
38937.	Franz Josef Stiebitz	100 „ — „	
38938.	Angestellte der Firma Felbermayer & Komp.	18 „ — „	
38939.	Baronin Leitenberger	100 „ — „	
38940.	Baronin Harriet Haynau, f. Dez. . .	18 „ — „	
38941.	Dr. Hans Zimmermann f. Dez. . . .	18 „ — „	
38942.	Viktor v. Ephrussi f. Dez.	200 „ — „	
38943.	Marie Tschirschky v. Bögendorff, f. Dez.	100 „ — „	14.402 K — h

Lebensmittelverkehr.

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 12. Jänner bis 18. Jänner 1919:

Rindfleisch 227.203 kg, und zwar aus Wien 194.450, aus Oberösterreich 8871, aus Steiermark 23.882 kg.

Pferdefleisch 12.595 kg, und zwar aus Wien 11.500, aus Oberösterreich 1095 kg.

Schaffleisch 130 kg aus Wien.

Schweine- und Rauchfleisch 9092 kg, und zwar aus Wien 7942; aus Oberösterreich 1150 kg.

Kälber 7 Stück aus Wien.

Schafe 1504 Stück, und zwar aus Wien 1195, aus Oberösterreich 335.

Preisbewegung (in Kilogramm).

Rindfleisch (Siedfleisch) von 8 K 60 h bis 22 K.

Rindfleisch (Rostbraten und Rieden) 14 K bis 28 K.

Kalbfleisch von 5 K 75 h bis 19 K 50 h.

Schaffleisch von 22 K 50 h bis 24 K.

Schweinefleisch, 20 K.

Kälber von 4 K 70 h bis 13 K 30 h.

Schafe von 15 K 50 h bis 18 K 50 h.

Lämmer 15 K.

Per Bahn langten 15 Waggons mit 24·469 t ein.

Die dieswöchigen Zufuhren waren in Bezug auf Rind-, Schaffleisch und Pferdewürste größer als in der Vorwoche. Rindfleisch war ausreichend, Schaf- und Schweinefleisch nicht bedarfdeckend. Kalbfleisch war nur für Spitäler bestimmt. Der Marktverkehr war nur Samstag und Sonntag lebhaft, an den übrigen Tagen mittelmäßig.

Von der Gemeinde Wien wurden ausgegeben: 4000 kg Selchfleisch, 1050 kg geselchte Köpfe, 3000 kg Schweinefleisch, 11.500 kg Pferdewürste.

Die Preislage blieb unverändert.

Von der Vieh- und Fleischverkehrs-Gesellschaft wurde nichts zugeführt.

* * *

Rindermarkt.

In der Woche vom 9. Jänner bis 16. Jänner 1919 gelangten am Zentral-Viehmarkte St. Marx am Rindermarkte zur Verteilung an Extremfleischhauer 195, an Einheitsfleischhauer 459 Rinder.

Am 21. Jänner 1919 gelangten auf dem Zentral-Viehmarkte St. Marx an Extremfleischhauer 103, an Einheitsfleischhauer 472 Rinder zur Verteilung.

* * *

Jung- und Stechviehmarkt vom 16. Jänner 1919.

1. Auftrieb, beziehungsweise Zufuhr.

Kälber ausgeweidet 149, Lämmer ausgeweidet 23, Schafe lebend 1075, Schafe ausgeweidet 22 Stück.

2. Preise per Kilogramm.

Kälber ausgeweidete, 1. Qualität bis 4 K 80 h, 3. Qualität von 3 K bis 4 K 60 h.

Lämmer ausgeweidete, 1. Qualität bis 16 K.

Schafe ausgeweidete, 1. Qualität von 10 K bis 16 K.

Schafe lebende, 1. Qualität bis 11 K 20 h.

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 15 Stück Kälber weniger zugeführt. Auf dem Schafmarkte wurden um 233 Stück Schafe mehr aufgetrieben.

Jung- und Stechviehmarkt vom 23. Jänner 1919.

I. Auftrieb, beziehungsweise Zufuhr.

Kälber ausgeweidet 117, Lämmer ausgeweidet 24, Schafe lebend 915, Schafe ausgeweidet 15 Stück.

2. Preise per Kilogramm.

Kälber ausgeweidete, 1. Qualität bis 4 K 80 h, 3. Qualität von 4 K 40 h bis 4 K 50 h.

Lämmer ausgeweidete, 1. Qualität bis 16 K.

Schafe ausgeweidete, 1. Qualität von 10 K bis 16 K.

Schafe lebende, 1. Qualität von 11 K 90 h bis 12 K 90 h.

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 32 Stück Kälber weniger zugeführt. Auf dem Schafmarkte wurden um 160 Stück weniger aufgetrieben.

3. Verteilung.

Am Jung- und Stechviehmarkte St. Marx gelangten zur Verteilung an Spitäler und Sanatorien 149 weidner Kälber, an Fleischhauer und Wirte 23 weidner Lämmer, 22 weidner Schafe und 445 lebende Schafe.

Am 18. Jänner 1919 wurden an die Fleischhauer 880 lebende Schafe abgegeben.

* * *

Pferdemarkt.

Zum Verkaufe wurden gebracht am 14. Jänner 1919: 462 Gebrauchs- und 594 Schlächterpferde.

Zum Verkaufe wurden gebracht am 17. Jänner 1919: 415 Gebrauchs- und 419 Schlächterpferde.

Zum Verkaufe wurden gebracht am 21. Jänner 1919: 530 Gebrauchs- und 320 Schlächterpferde.

Preis für Gebrauchspferde von 1600 K bis 8000 K per Stück.

Der Markt war am 14. Jänner 1919 sehr lebhaft; am 17. Jänner und 21. Jänner 1919 lebhaft.

Baubewegung

vom 22. Jänner bis 24. Jänner 1919.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den 1. bis 9. und 20. Bezirk. — Für den 10. bis 19. und 21. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen

Adaptierungen.

1. Bezirk: Hoher Markt 9, von F. Schröpfer, 6., Mariahilferstraße 23/25, Bauführer F. Mögle (87).
" " Wollzeile 12, von Paul Hoppe, 3., Barichgasse 7, Bauführer derselbe (111).
" " Hegelgasse 8, von D. Small & Komp., Bauführer J. Eger (136).
2. Bezirk: Kleine Stadtgutgasse 12, von G. Pierchala, ebenda, Bauführer B. Brusenbauch (85).
" " Kaiser Josef-Straße 40, von Moritz Delikal, ebenda, Bauführer K. Michna (106).
" " Taborstraße 52 b, von J. S. Wechsler, 9., Glasergasse 15, Bauführer B. Brusenbauch (115).

3. Bezirk: Wedlgasse 3, von F. Papouschek, 9., Bindergasse 4, Bauführer Zakowski (86).
" " Landstraßer Hauptstraße 50, von der Länderbank, 1., Hohenstaufengasse, Bauführer Dehm & Olbricht's Nachf. (130).
" " Rennweg 50, von G. Roth, A. G., ebenda, Bauführer Kotschi (133).
7. Bezirk: Mariahilferstraße 94, von S. Cormuß, ebenda, Bauführer E. Epstein (88).
" " Neubaugasse 25, von dem „Projektograph", Filmverleih- und Vertriebs-G. m. b. H., ebenda, Bauführer F. Mögle (110).
8. Bezirk: Laudongasse 58, von Georg Naber, ebenda, Bauführer G. Hengl (101).
" " Albertgasse 39, von Aug. Scheffel (117).
16. Bezirk: Souterrain des Hoftraktes, Nauseagasse 20, von Franz Daniček, Nauseagasse 18, Bauführer Ferdinand Ptazek (19).
20. Bezirk: Hellwagstraße 6/8, von Blau & Komp., ebenda, Bauführer E. Melcher (98).

Diverse geringere Bauten.

3. Bezirk: Kraftwagenhalle, Ungargasse 46, von Paula Kukutsch, ebenda, Bauführer A. Woyk's Witwe (84).
20. Bezirk: Kanalherstellung, Handelskai 1 a, von der Donaudampfschiffahrts-Gesellschaft, Bauführer F. Schindler (99).

Eintragungen in den Erwerbsteuerkataster.

10. Dezember 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

(Fortsetzung.)

Siegel Katharina — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Koks — 2., Josef Christ-Gasse 10.
Mayerhofer Marie — Viktualien-Verschleiß — 3., Apostelgasse 39.
Kubicek Karoline — Handel mit Lebensmitteln — 3., Dapontegasse 9.
Houf Anna — Damenkleidermachergewerbe — 3., Kleistgasse 29.
Henisch Hermine — Schönheitspflege (Gesichtsmassage), Hand- und Nagelpflege — 3., Rudolf v. Alt-Platz 6t
Davidsohn Abraham Salomon — Gemischtwarenhandel im Großen — 3., Ungargasse 48.
Klein Elisabeth — Muster und Schablonenzeichnerei — 13., Einwanggasse 12.
Kiesmann Adelheid — Warenhandel — 13., Goldschlagstraße 131.
Seebök Rosa — Handel mit Kanditen, Bäckereien, Marmelade, Himbeeraft ꝛc. — 7., Neubeugasse 84.

* * *

11. Dezember 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

Ferdinand Kohn & Komp., offene Handelsgesellschaft — Zuckerbäckergewerbe — 2., Nordbahnstraße 38.
Krall Otto, Alleininhaber der Firma Mechanische Reparaturanstalt „Zur Schreibmaschine Otto Krall — Mechanikergewerbe — 6., Millergasse 11.
Schwarz Josef — Handel mit Lebens- und Genußmitteln sowie Flaschenbier-Verschleiß — 13., Zehetnergasse 42.
Fürst Franz — Eisen- und Metallwarenhandel — 5., Grohgasse 13.
Zauner Viktor — Pferdefleisch-Verschleiß — 5., Kompertgasse 14
Kerausch Roman — Spenglergewerbe — 5., Margaretenstraße 123.
Nekham Friedrich — Mechanikergewerbe — 6., Gumpendorferstraße 118.
Reiter Anton — Wildbret- und Geflügelhandel — 6., Stumpergasse 32.
Bartek Josef — Handel mit Papier-, Schreib-, Zeichenrequisiten und Galanteriewaren — 14., Schwendergasse 16.
Fritz Julius — Handelsagentur — 14., Mariahilferstraße 201.
Schopf Gottfried — Akquisition von Inseraten und Uebergabe derselben an Zeitungen — 14., Felberstraße 64.
Sedlak Rudolf — Fragnergewerbe — 14., Stättermayergasse 31.
Leitgeb Gustav — Lebensmittel- und Konsumwarenhandel mit Flaschenbier — 18., Schulgasse 10.
Riglhofer Franz — Gemischtwarenhandel — 12., Arndtstraße 78.
Mayerhofer Josef — Pachtbetrieb der dem Ludwig Kisse jun. gehörigen Einspänner-Lizenz Nr. 838 — 1., Werdertorgasse.
Sandner Karl Ludwig — Kleinfuhrwerksgewerbe — 16., Heimerlegasse 8.
Barton Franz — Kleinhandel mit Brennmaterialien — 16., Fröbelgasse 1.
Hochhauser Johann — Kleinfuhrwerksgewerbe — 2., Floßgasse 7.
Mrazek Franz — Damenkleidermachergewerbe — 2., Czerningasse 7.
Richter Ignaz — Fleischhauergewerbe — 1., Hoher Markt (Stand).
Leer Oskar — Verschleiß von Lebensmitteln und Konsumwaren — 5., Rechte Wienzeile 73.
Richter Josef — Kleinfuhrwerksgewerbe — 5., Mittersteig 22.
Hornischer Karl — Handel mit Altmaterial — 5., Reinprechtsdorferstraße 18.
Kropek Johann — Kleinfuhrwerksgewerbe — 5., Nikolsdorfergasse 27.
Kopal Josef — Kleinfuhrwerksgewerbe — 5., Wiedner Hauptstraße 134.
Otschenaschek Lorenz — Verschleiß von Zuckerbäckerwaren und Kanditen — 5., Arbeitergasse 13.
Zalud Anton — Handel mit Original Eintrittskarten für Theater, Varietes und Konzerte — 5., Schönbrunnerstraße 99.
Sonnek Erwin — Handel mit Maschinen und einschlägigen technischen Bedarfsartikeln — 5., Schönbrunnerstraße 28.
Sonnek Erwin — Handelsagentur — 5., Schönbrunnerstraße 28.
Senger Rudolf — Kleinfuhrwerksgewerbe — 5., Stolberggasse 51 a.
Mayer Karl — Spenglergewerbe — 5., Jahngasse 42.
Fleischmann Adolf — Handel mit Lebensmitteln — 2., Schüttelstraße 15.
Fialka Josefa, geb. Luck — Witwenfortbetrieb des Schuhmachergewerbes nach dem verstorbenen Gatten Josef Fialka — 2., Haidgasse 6.
Frank Berta — Witwenfortbetrieb des Gast- und Schankgewerbes nach dem verstorbenen Anton Frank — 9., Währingergürtel 104.
Thum Marie — Personentransport mit dem Fiakerwagen Nr. 629 — 4., Frankenberggasse 10/14.
Faninger Olga — Personentransport mit dem Einspännerwagen Nr. 1133 — 8., Laudongasse—Schlösselgasse.
Faninger Olga — Personentransport mit dem Einspännerwagen Nr. 965 — 8., Alserstraße 27/31.
Faninger Olga — Personentransport mit dem Einspännerwagen Nr. 1455 — 15., Westbahnhof.
Zack Melanie — Gastwirtsgewerbe — 7., Zieglergasse 96.
Seltmann Josefa — Konditoreiwaren und Fruchtsäfte-Verschleiß — 16., Haslingergasse 41.
Gokitsch (auch Kokits) Marie — Kleinfuhrwerksgewerbe — 16., Friedrich Kaiser-Gasse 27.
Jaburek Helene — Zuckerbäckerwaren-Verschleiß — 18., Kreuzgasse 40.
Wessely Barbara — Chemische Putzerei — 14., Märzstraße 103.
Siebenhaar Berta — Pferdefleisch-Verschleiß — 14., Meiselstraße 26.
Borutzky, Justine v. — Verschleiß von Zuckerbäckerwaren, Kanditen, Fruchtsäften ꝛc. — 14., Graumanngasse 41.
Ferber Wilhemine — Photographengewerbe mit Ausschluß der Portraitphotographie — 5., Diehlgasse 3.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt.

	Seite
Stadtrat:	
Bericht über die Sitzung des Stadtrates vom 16. Jänner 1919	197
Bericht über die Sitzung des Stadtrates vom 17. Jänner 1919	204
Bezirksvertretungen:	
Sitzung	208
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf vom 19. Dezember 1918	208
Allgemeine Nachrichten:	
Donauregulierungs-Kommission	208
Zentralstelle der Fürsorge für die Angehörigen der Einberufenen und für die durch den Krieg in Not Geratenen in Wien und Niederösterreich	209
Lebensmittelverkehr:	
Täglicher Fleischmarkt (Großmarkthalle) vom 12. Jänner 1919 bis 18. Jänner 1918	214
Rindermarkt vom 9. Jänner bis 16. Jänner 1919	215
Jung- und Stechviehmarkt vom 23. Jänner 1919	215
Pferdemärkte vom 14., 17. und 21. Jänner 1919	215
Baubewegung:	
Gesuche um Baubewilligungen vom 22. Jänner bis 24. Jänner 1919	215
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster	216
Kundmachungen.	

Herausgeber: Die Gemeinde Wien. — Verantwortlicher Schriftleiter: Friedrich Schönsteiner.
Papier aus der Pittner Papierfabrik. — Buchdruckerei E. Kainz vorm J. B. Wallishausser.

Kundmachungen.

Verkauf von Alteisenmaterialien.

Die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" beabsichtigt, die vorrätigen Mengen von Alteisenmaterialien im Wege einer öffentlichen schriftlichen Offertverhandlung zu veräußern, welche **am Donnerstag, 6. Februar, 10 Uhr vormittags** (im Sitzungszimmer, Wien, 4., Favoritenstraße 11, 1. Stock, Tür 20) abgehalten wird.

Die Anbote sind in Form eines nach Tarifposten 44 aa und 60, Punkt 4 des Gebührengesetzes stempelfreien Geschäftsbriefes an die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" zu richten und an die Direktion der städtischen Straßenbahnen, 4., Favoritenstraße 9, derart rechtzeitig einzusenden, daß sie spätestens einen Tag vor der Offertverhandlung dort eintreffen, oder sie sind am Tage der Offertverhandlung vor Eröffnung derselben der Kommission zu übergeben. Nicht rechtzeitig eingelangte Anbote werden nicht berücksichtigt. Die Anbote müssen in einem Umschlage mit der Aufschrift: „Anbot auf Alteisenmaterial zur Offertverhandlung am 6. Februar 1919" verschlossen sein.

Jeder Anbieter muß spätestens am Tage vor der Offertverhandlung ein Vadium im Betrage von 5 Prozent der Anbotsumme bei der Hauptkassa der städtischen Straßenbahnen, 6., Rahlgasse 3, erlegen und sich bei der Offertverhandlung auf Verlangen über diesen Erlag ausweisen. Die Vadiumsbestätigungen sind jedoch den Anboten nicht beizuschließen.

Eine Berufung auf Vadien- und Pfandgelder, die zu anderen Zwecken erlegt wurden, ist nicht zulässig.

Das Vadium kann in barem Gelde, das jedoch nicht verzinst wird, in Einlagebüchern der Wiener Zentral-Sparkassa, einer der Wiener Kommunal-Sparkassen, der Ersten österreichischen Sparkassa oder auch in inländischen mündelsicheren Wertpapieren bestehen.

Im Anbote hat sich der Bieter ausdrücklich auf Ausstellungstag und Geschäftszahl dieser Kundmachung zu berufen und sich den darin festgesetzten Bedingungen zu unterwerfen. Er hat ferner zu erklären, daß er die ausgeschriebenen Materialien besichtigt hat oder deren Beschaffenheit von früher kennt. Zu diesem Behufe steht es den Anbotstellern frei, die Materialien gegen vorherige Anmeldung bei der Lagerverwaltung, 13., Siebeneichengasse 12, auf den betreffenden Lagerplätzen zu besichtigen.

Verkauft werden:

Von den Lagerplätzen für Bahnerhaltung (11., Simmeringer Hauptstraße 156 und 12., Aßmayergasse 57)

Post	1	50.000 kg	Schienenabfälle,
„	2	30.000 „	Bröckeleisen,
„	3	15.000 „	Spitzschienen,
„	4	10.000 „	Stahlguß,
„	5	6.500 „	Laschen,
„	6	2.500 „	Spurhälter,
„	7	4.000 „	Bohr- und Hobelspäne.

Von den Lagerplätzen 13., Siebeneichengasse 7, 9 und 13., Hadikgasse

Post	8	50.000 kg	Radreifen,
„	9	40.000 „	Stahlguß,
Post	10	30.000 kg	Grauguß,
„	11	4.000 „	Bröckeleisen,
„	12	2.500 „	Werkzeugstahl,
„	13	400 „	Federstahl,
„	14	2.000 „	Guß, verbrannt,
„	15	2.500 „	Eisenblech,
„	16	20.000 „	Drehspäne.

Die Direktion haftet nicht für ihre wirkliche Aufbringung; hingegen ist der Ersteher verpflichtet, allenfalls bis zu 25 Prozent mehr als die ausgeschriebene Menge zu übernehmen. Jeder Anbieter erklärt sich bereit, die ihm zugeschlagene Menge in der Weise abzuführen, daß er längstens am dritten Tage nach erfolgter Verständigung mit der Abfuhr der lagernden Altmaterialien beginnt und sich verpflichtet, täglich mindestens zwei Waggons, das sind 20.000 kg, abzuführen.

Sollte mit der Abfuhr nicht rechtzeitig begonnen werden, sie ohne Zustimmung der Direktion unterbrochen oder die vorgeschriebene Mindestmenge pro Tag nicht abgeführt werden, so wird in den ersten beiden Fällen pro Tag, im letzteren Falle für jeden rückständigen Waggon eine Konventionalstrafe von 10 K festgesetzt.

Wird die Abfuhr um mehr als acht Tage verzögert oder auf mehr als acht Tage durch Verschulden des Erstehers und ohne Bewilligung der Direktion unterbrochen, so kann die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" überdies das Pfand einziehen und das Uebereinkommen als aufgelöst betrachten.

Die zur Verladung der Altmaterialien nötigen Fuhrwerke und Arbeitskräfte hat der Ersteher auf eigene Rechnung beizustellen.

Ein Abzug im Gewichte wegen anhaftenden Schmutzes oder Rostes wird nicht gewährt. Ebenso wird das Abmontieren einzelner Bestandteile weder vorgenommen noch gestattet. Endlich wird bemerkt, daß die Altmaterialien, so wie sie liegen, das ist ohne Auswahl oder Sortierung, abgeführt werden müssen.

Der Betrag für jede einzelne Fuhre ist vor Abfuhr bei der nächstgelegenen Streckenkassa bar zu erlegen, sofern der Ersteher es nicht vorzieht, bei der Hauptkassa der städtischen Straßenbahnen vor Beginn der Abfuhr ein Depot in barem Gelde zu erlegen.

Die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" behält sich das Recht vor, das Uebereinkommen im Falle der Nichteinhaltung der Offertbedingungen als gelöst zu betrachten, das Pfandgeld einzuziehen und über das Altmaterial anderweitig zu verfügen.

Der Anbotsteller bleibt der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" so lange im Worte, bis er von der Annahme oder Ablehnung seines Anbotes verständigt ist.

Die Vadien von nicht angenommenen Anboten sind binnen acht Tagen nach ergangener Verständigung von der Nichtannahme zu beheben, widrigenfalls sie den Erlegern auf ihre Kosten per Post zurückgesendet werden. Die Vadien der Ersteher werden als Pfand bis zur gänzlichen Abwicklung des Geschäftes zurückbehalten.

Die Pfandgelder werden nur verwahrt, aber nicht verwaltet. Sie müssen frei sein von jeder Belastung und Beschränkung der Veräußerungsmöglichkeit.

Die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" behält sich die uneingeschränkte Wahl unter allen Bewerbern und die Vergebung der Altmaterialien in kleineren Partien an verschiedene Bewerber wie auch die Ablehnung sämtlicher Anbote vor.

In allen aus dem Lieferungsvertrage entspringenden Rechtsstreitigkeiten, welche nicht kraft des Gesetzes vor einen ausschließlich besonderen Gerichtsstand gehören, sind in erster Instanz die sachlich zuständigen Gerichte am Sitze der Wiener Gemeindevertretung, Wien, 1., Neues Rathaus, ausschließlich zuständig.

Beide Teile leisten Verzicht auf das Recht der Einwendung wegen Verletzung über die Hälfte des wahren Wertes (§ 934 des Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches).

Direktion der städtischen Straßenbahnen.

Wien, im Jänner 1919. 2—3

M. Ab. XIII, 5437/18. Selbständiger Wirkungskreis.

Gustav Figdor'sche Stipendien.

Verliehen werden: Für das Studienjahr 1918/19 zwei Gustav Figdor'sche Stipendien im Betrage von je 1000 K an je einen armen, durch Fleiß, Sitten und Geistesgaben hervorragenden Hörer der Philosophie (Naturwissenschaften) in Wien israelitischen Bekenntnisses.

Dem Gesuche sind beizulegen: Geburtschein, Impfzeugnis, Heimatschein, Armuts(Mittellosigkeits)zeugnis, Maturitätszeugnis und Studiennachweise.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.
Einreichungsfrist: **Bis 31. Jänner 1919.**

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 20. Dezember 1918. 2—3

Allgemeine Depositen-Bank

Wien, I., Schottengasse 1,

Filialen: Linz, Steyr, Triest, Oderberg-Bahnhof, Lemberg, Stanislau, Drohobycz, Czernowitz

und Wiener Wechselstuben: I., Teinfaltstraße 2, II., Taborstraße 7, IV., Rainerplatz 2, VII., Mariahilferstraße 74 b, VII., Neubaugasse 44, IX., Alserstraße 24, IX., Währingerstraße 63, XIII., Breitenseerstraße 6, XIII., Hietzinger Hauptstraße 3, XIV., Sparkasseplatz 1.

Aktienkapital: K 80 000.000 — Reserven: K 41,500.000

Zur kulanten Besorgung aller im Kursblatte notierten Effekten und Valuten bestens empfohlen:

Wechselstube des Bankhauses

Schelhammer & Schattera

Wien, I., Stephansplatz 11, Parterre. Gegründet 1832.

Bei Ministerien, Ämtern etc.
besteingeführte

Frema-Werke (Friedrich May)

Wien, I., Fischhof 3

Telephon Nr. 14602

liefern regelmässig:

Frema-Vervielfältigungsapparate
Frema-Vervielfältigungs-Zubehöre
Frema-Kohlepapier
Frema-Farbbänder
Frema-Schreibmaschinenpapier
Frema-Büro-Utensilien

Berndorfer Metallwarenfabrik

ARTHUR KRUPP A. G.

Berndorf Nieder-Oesterr.

Gegründet im Jahre 1843, gegenwärtig über 6000 Angestellte.

NIEDERLAGEN: WIEN, I., WOLLZEILE 12. :: BUDAPEST UND PRAG. ::

In eigener Erzeugung:

Bestecke und Tafelgeräte aus Alpacca-Silber, China-Silber und unversilbertem Alpacca und Pacfong. Kochgeschirre und Tafelgeräte aus Rein-Nickel, Gefäße, Kessel und technische Artikel aus Rein-Nickel für chemische Laboratorien, Krankenhäuser, Dampfküchen usw. Zinnstahlbestecke, Kunstbronzen. Bleche und Drähte aus Rein-Nickel, Neusilber, Messing, Tombak, Kupfer und Kupfernickel. Widerstandsdrähte, Fassondrähte, Stäbe und Stangen Druckkupferbleche, Rein-Nickel-Anoden, Elektrolytkupfer in Lamellen. Patronenhülsen, Geschoßmäntel

:—: etc. etc. etc. :—:

Schutzmarke für Alpacca-Silber I. Schutzmarke für Alpacca. Schutzmarke für Rein-Nickel.

Achtung auf die obenstehenden Schutzmarken.

Niederösterreichische Landes-Hypotheken-Anstalt.

Verlosungs-Kundmachung.

Bei der in Gemäßheit des § 18 der Anstaltsstatuten am **7. Jänner 1919** vorgenommenen **öffentlichen Verlosung** von **Pfandbriefen** und **Kommunal-Schuldscheinen** der Niederösterr. Landes-Hypotheken-Anstalt wurden gezogen:

A. 4½%ige Pfandbriefe im Gesamtbetrage von 745.000 K. (11. Verlosung.)

Zu 10.000 K: Nr. 4 10 60 95 173 174 175 177 178 179 180 181 182 183 197 327 328 329 330 331 343 625 626 627 628 629 630 650 651 652 653 654 836 837 888 949 950 951 952 953 986 997 1148 1233 1399 1446 1447 1588 1599 1606 1608 1609 1610 1611 1612 1657 1719 1720 1721 1722 1723 1728 1863.

Zu 2000 K: Nr. 42 43 44 216 217 218 219 220 287 288 289 290 291 1696 1778 1911 2029 2125 2349 2373 2397 2399 2522 2580 2600 2613 2748 2813 2814 2815 2816 2817 3077 3153 3154 3220 3249 3414.

Zu 1000 K: Nr. 156 157 158 159 161 163 168 272 290 300 304 589 591 592 593 594 595 596 597 944 952 956 1102 1103 1104 1105 1113 1294 1332 1343 1345 1446.

Zu 200 K: Nr. 36 60 175 176 177 178 179 1321 1331 1356 1357 1358 1359 1360 1694 1722 1800 1813 1823 1824 1831 1965 1966 2074 2075 2076 2077 2078 2079 2080 2081.

Zu 100 K: Nr. 39 157 248 306 400 405 549 562.

B. 4%ige Pfandbriefe im Gesamtbetrage von 2,620.400 K. (55. Verlosung.)

Zu 5000 fl. oder zu **10.000 K:** Nr. 188 189 197 200 2332 2650 2651 2652 2653 2654 2820 2844 2845 2881 2962 3081 3085 3086 3087 3088 3115 3237 3428 3429 3430 3435 3436 3850 3851 3871 3872 3873 3874 3875 6710 6795 6797 6798 6799 6800 6801 7041 7042 7045 7046 7047 7512 7513 7515 7516 7520 7580 7585 7628 7630 7632 7633 7637 8814 8815 8816 8817 8818 9655 9661 9662 9664 9665 9667 9846 10105 10362 11999 12000 12001 12002 12003 12201 12403 12701 12702 12703 12704 12705 18850 18851 18854 18855 18857 18867 18880 18881 18883 18885 18886 18960 18961 18963 18965 18966 19021 19174 19223 19403 19404 19405 19408 19412 19413 19487 19488 19489 19490 19491 19492 19495 19496 19497 19498 19499 19500 19501 19502 19503 20289 20290 20291 20292 20293 22967 22968 22969 22970 22971 22974 22975 22978 22979 22980 22981 22982 22983 22984 22985 23407 23408 23409 23411 23412 24045 24046 24047 24048 24049 25067 25069 25070 25071 25072 25110 25111 25113 25114 25117 26920 27052 27761 27785 27786 27787 27788 27816 27817 27818 27819 27823 27846 27847 27849 27851 27852 27853 27861 27862 27863 27864 27865 28626 28627 28628 28630 28635 32754 32830 32917 32918 32919 32921 32922 33395 33413 33676 33677 33678 33679 33680.

Zu 1000 fl oder zu **2000 K:** Nr. 559 562 563 3575 3579 3582 3585 3586 4400 4636 4637 4638 4643 4645 4646 4654 4655 4656 4657 4658 4685 4688 4689 4690 4691 4714 4715 4716 4717 4718 4726 4727 4728 4729 4730 5273 5854 5878 5880 5883 5884 5886 5916 5917 5918 5919 5920 5921 5923 5924 5927 5929 5937 5939 5942 5944 5945 6032 6039 6041 6042 6044 6045 6046 6047 6049 6715 6762 8137 8449 8489 8673 8676 8678 8680 8681 8732 8764 8766 8770 8771 8774 8827 9283 9579 13113 13114 13115 13116 13117 13137 13505 13600 14088 14115 14118 14119 14120 14121 14144 14313 14482 14483 14484 14485 14488 14512 14747 18994 18995 18998 18999 19000 19001 19009 19010 19012 19013 19062 19063 19064 19065 19066 20006 20082 20083 20084 20085 23091 23130 23159 23280 23303 23304 23305 23306 23307 23381 23519 23660 23712 23713 23714 23715 23716 23717 23718 23719 23721 23724 23796 23803 23958 33842 33843 33844 33845 33846 34162 34416 34519 34626 34632 34676 34724 34725 34726 34727 34728 34749 34825 35735 35917 35918 35919 35920 35921 35932 35933 35934 35935 35936 36433 39942 39989 39991 40201 40532 40734 41392 41648 41806 41807 41808 41809 41810 41815 41816 41817 41820 41821 41921 42441 42443 42444 42445 42446 45884 46461 46584 46585 46586 46587 46588 46589 46615 46616 46617 46618 46619 46854 46860 46900 46901 46910 46911 46912 47101 47125 47220 47581 47770 53946 54009 54010 54011 54012 54013 54249 54532 54783 54922.

Zu 500 fl oder zu **1000 K:** Nr. 796 868 884 1065 1481 1482 1483 1705 1894 3021 4221 5693 5696 5697 5698 5700 5701 9904 9906 9908 9909 9910 9996 9997 13490 13601 13917 14401 16397 16464 16466 16467 16477 16478 16479 16480 16481 16496 16497 16498 16499 16500 16770 19786 19841 20041.

Zu 100 fl. oder zu **200 K:** Nr. 2819 2820 2822 3348 3349 3351 3353 3354 3359 3360 3361 3363 3364 3591 3620 3621 3622 3623 3624 4529 4530 4858 5492 5494 5496 5497 5499 5500 5501 5503 5506 5510 5511 5512 5513 5514 5515 5575 5802 5803 5808 5812 6902 6904 6905 6906 6907 6928 6930 6931 6932 6935 8912 8913 8914 8915 8917 9461 9463 9464 9465 9468 10205 10206 10207 10208 10213 13691 13765 13766 13767 13768 13769 13770 13771 13774 13775 13776 16749 17715 17716 17721 17722 17723 17806 17807 17808 17812 17813 17819 17820 17821 17822 25444 25445 25446 25447 25448 25483 25484 25485 25486 25494 26022 26024 26025 31983 31984 31985 31986 34065 34066 34067 34068 34069 36524 36525 36526 36527 36528 36590 36591 36592 36593 36594 36645 36646 36647 36648 36649 36707 37089 37419 37420 37421 38381 38382 38383 38384 38385 43028 43894 43896 43897 44426.

Zu 50 fl oder zu **100 K:** Nr. 299 493 688 1361 2118 3297 3298 3459 4191 4649 4751 6196 6197 6198.

**

C. 3½%ige Pfandbriefe im Gesamtbetrage von 16.800 K. (43. Verlosung.)

Zu 2000 K: Nr. 203 204 229 361 364 377.
Zu 1000 K: Nr. 184 218.
Zu 200 K: Nr. 123 124 125 284 285 286 288 290 315 402 413 415 416 417.

D. 4½%ige Kommunal-Schuldscheine im Gesamtbetrage von 52.800 K. (11. Verlosung.)

Zu 10.000 K: Nr. 112 364 505.
Zu 2000 K: Nr. 35 37 197 259 315 579 614 679 690 700.
Zu 1000 K: Nr. 307.
Zu 200 K: Nr. 162 325 327 328 329 362 367 456 464.

E. 4%ige Kommunal-Schuldscheine im Gesamtbetrage von 498.200 K. (38. Verlosung.)

Zu 10.000 K: Nr. 1575 1576 1577 1859 1929 2015 3496 3497 3498 3499 3500 4151 4152 4153 4154 5493 5827 5928 5929 5930 5931 5932 6051 6287 8978 8979 8980 9458 9459 9460 9461 9479 9558 10750 10751 10752 10830 10831 10832 10833 11803 12071 12403 12685.
Zu 2000 K: Nr. 2679 2793 2794 2795 2796 2797 2933 2934 2935 4496 4497 4498 4499 4500 7801 8831 8832, 9998 10627 11227 11228 11229 11230 11814 11815.
Zu 200 K: Nr. 1702 1703 1704 1901 1902 1904 1905 1913 1959 1960 1961 1963 1964 3647 3648 3649 3651 5681 5682 5683 5684 8241 8242 8243 8244 8245 9905 9991 9997 10204 10205 10505 10506 10507 10508 10575 10576 10607 10788 11070 11811.

F. 3½%ige Kommunal-Schuldscheine im Gesamtbetrage von 20.000 K. (41. Verlosung.)

Zu 10.000 K: Nr. 1142.
Zu 2000 K: Nr. 6 13 47 1017.
Zu 200 K: Nr. 5 49 50 60 61 62 67 2173 2174 2175.

Die vorgenannten Pfandbriefe und Landes-Kommunal-Schuldscheine **werden am 1. Juli 1919** gegen Rückstellung der verlosten Stücke samt Couponbogen und Talon **zur Zahlung fällig.**

Die Anstalt löst dieselben jedoch auch **vor diesem Termine zum Nennwerte** ein und vergütet hiebei, soferne die Stücke mit allen noch nicht fälligen Coupons und Talon versehen sind, die **bis zum Einlösungstage** entfallenden Zinsen.

Vom 20. des dem Fälligkeitstermine vorhergehenden Monates an erfolgt die Zahlung obiger Werte **durch die Anstaltskassa** bei ordnungsmäßiger Vorlage der Stücke **schon mit dem vollen,** dem Fälligkeitstermine entsprechenden **Betrage.**

Dem Besitzer verloster Stücke, welcher bei deren Einlösung das Kapital behebt, werden vom Verfallstage an 3% Zinsen vergütet.

Die nächste Verlosung findet am **7. Juli 1919** statt.

Die gerichtliche Amortisierung wurde eingeleitet bei den verlosten 4%igen Pfandbriefen zu 100 fl. Nr. 732, 1610, 1691, 13734; ferner bei den noch nicht verlosten Pfandbriefen zu 100 fl. Nr. 3315, zu 200 K Nr. 19046, zu 1000 fl. Nr. 14454, zu 2000 K Nr. 28111, zu 10.000 K Nr. 28, 783, 40715, 40716 und den Pfandbriefmänteln zu 200 K Nr. 16698, 16736, 17982, 19527, zu 1000 K Nr. 18150, 18237, 18792, 19180, zu 2000 K Nr. 35452, 41263, 41511, 42582, 53218, 55510 und zu 10.000 K Nr. 30141, 30142, 30318, 30319, 30763, 30764, 30765.

Die vom Lande Niederösterreich garantierten Pfandbriefe und Kommunal-Schuldscheine der Niederösterreichischen Landes-Hypotheken-Anstalt sind kautionsfähig und können zur Anlage der Gelder der Gemeinden, Korporationen, Stiftungen, des Postsparkassen-Amtes und aller unter öffentlicher Aufsicht stehenden Anstalten, von unter Vormundschaft und Kuratel stehenden Personen, von Fideikommiß- und Depositen-Geldern und zu Dienstes- und Geschäftskautionen verwendet werden.

Die Anstalt zahlt die Rentensteuer von den Zinsen ihrer Pfandbriefe und Kommunal-Schuldscheine aus Eigenem, und werden daher die Coupons abzugfrei eingelöst.

Die Niederösterreichische Landes-Hypotheken-Anstalt beleiht Pfandbriefe und Kommunal-Schuldscheine eigener Emission bis zu 85%, Staatspapiere und andere pupillarsichere Wertpapiere bis zu 75% des Kurswertes gegen eine Verzinsung, welche den Wechselzinsfuß der Österr.-ungar. Bank nur um ½% übersteigt.

Die Verlosungslisten sowie das Verzeichnis der bereits früher verlosten und bisher zur Einlösung nicht vorgewiesenen Pfandbriefe sind bei der Anstaltskasse kostenfrei erhältlich.

Wien, am 7. Jänner 1919.

Vom Kuratorium der N.-ö. Landes-Hypotheken-Anstalt.

(Nachdruck wird nicht vergütet.)

Bezugspreise
für Wien:
mit Zustellung ganzjährig 20 K
mit Zustellung halbjährig 10 K
ohne Zustellung ganzjährig 18 K
ohne Zustellung halbjährig 9 K
Außerhalb Wiens
ganzjährig 22 K, halbjährig 11 K.

Bezugsbeginn: 1. Jänner, beziehungsweise 1. Juli.

Einzelne Nummern 40 Heller bei der Schriftleitung.

Amtsblatt der Stadt Wien

Erscheint jeden Mittwoch und Samstag.

Schriftleitung:
I., Rathaus, Stiege 5, 1. Stock.
Fernsprecher: Rathaus.
Klappe 160 (Hauptschriftleiter).
Klappe 150 (Schriftleitung).

Postsparkassen-Konto Nr. 100.367

Für den Buchhandel:
Gerlach & Wiedling, I., Elisabethstraße 13. — Ganzjährig 30 K.

Annahme kleiner Anzeigen bei Haasenstein & Vogler, A.-G. I., Schulerstraße 11.

Nr. 9. Mittwoch den 29. Jänner 1919. Jahrgang XXVIII.

Obmänner-Konferenz.

Bericht über die 105. Sitzung vom 3. November 1918.

Vorsitzende: Bgm. Dr. Weiskirchner und VB. Hierhammer.

Anwesende: Die VB. Hoß und Rain; die GR. v. Steiner, Schmid, Leitner, Dr. Hein, Dr. v. Dorn, Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller, Reumann und Skaret; Mag.-Dior. Pawelka, die Ob.-Mag.-Räte Dr. Mayr, Dr. Ehrenberg und Dr. Held, Mag.-R. Dr. Roßkopf.

Beigezogen: GR. Moißl.

Schriftführer: Mag.-Ob.-Kom. v. Radler.

Bgm. Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung und gibt bekannt den Ausweis der Zentral-Stelle im Rathause vom 30. Oktober 1918, die Tabelle über den Stand der Anmeldungen für den Unterhaltsbeitrag vom 1. November 1918, die Tabelle über die Kleinhandelspreise wichtiger Lebensmittel in der Zeit vom 27. Oktober bis 2. November 1918, den Ausweis über die Schlachtviehauftriebe auf dem Zentral-Viehmarkte St. Marx am 29. Oktober 1918 und den Sanitätsbericht über die Zeit vom 21. Oktober bis 2. November 1918. (Diese Berichte und Tabellen werden im Anschlusse an den Sitzungsbericht veröffentlicht.)

Bgm. Dr. Weiskirchner teilt mit, daß er die Konferenz heute einberufen habe, weil es sich um eine sehr dringende Angelegenheit, die Vergebung des 250 Millionen Kronen-Anlehens handle. Es sei keine Stunde zu verlieren, weil man sonst vielleicht in Verhältnisse komme, wo eine Geldbeschaffung überhaupt ausgeschlossen ist. Er ersuche zunächst den GR. Moißl, der sich eingefunden hat, um Mitteilungen über die

Uebernahme des Militärverpflegsmagazins

zu machen, seinen Bericht zu erstatten.

GR. Moißl berichtet, daß gestern drei Delegierte eines auf der Straße gebildeten Komitees versucht haben, in das Verpflegsmagazin einzudringen. Sie seien zurückgewiesen worden, worauf 200 bis 300 Soldaten einzudringen versuchten, die ebenfalls abgewehrt wurden. Darauf sei er ersucht worden, sofort mit dem Staatssekretär für Heerwesen zu sprechen. Er sei zum Unterstaatssekretär gegangen und habe mit seinem Adjunkten vereinbart, die Gemeinde möge die dortigen Vorräte übernehmen. Es seien dies 900 Waggons Mehl und außerdem 35 Waggons Fett, in Schwechat und in Tulln 40 bis 60 Waggons Zucker und zirka 100 Waggons Mehl.

Bgm. Dr. Weiskirchner teilt mit, daß im Verpflegsmagazin zirka 800.000 leere, unbenützte Säcke liegen. Es sei bekannt, welche Not die Gemeinde an Säcken leide und im Verpflegsmagazin liegen 800.000 Stück, die einen Wert von 24 Millonen Kronen repräsentieren.

GR. Moißl teilt weiters mit, daß die Mannschaft jetzt noch zu haben sei, ob auch noch morgen, wisse man nicht. Dr. Roßkopf habe vereinbart, und dazu erbitte er die offizielle Genehmigung, daß die Mannschaft täglich 6 K und die Beamten ihren bisherigen Gehalt von der Gemeinde bekommen. Die Sache müsse in der Form geschehen, daß die Uebernahme womöglich heute nachts oder morgen nachts erfolge. Von Schwechat müßten die 600 Waggons hereingeführt werden, denn dort seien die Leute unzuverlässig. Die Baracken seien auch äußerst feuergefährlich und es treiben sich Soldaten dort herum. Die Mannschaft des Verpflegsmagazins übernehme die Haftung nicht, sie werde auch heute vier Mann mit dem Betriebsleiter herschicken, damit alles Notwendige mit Dr. Roßkopf besprochen werde. Der Zucker und das Mehl in Tulln müssen auch sofort beansprucht werden, und der Herr Bürgermeister habe diesbezüglich interveniert, weil das sonst morgen oder übermorgen verschwinde.

Bgm. Dr. Weiskirchner erklärt, daß er Herrn Kollegen Moißl sehr dankbar sei; dieser sei gestern um 1/4 1 Uhr nachmittags zu ihm gekommen und er habe sofort die nötigen Verfügungen getroffen. Er habe es auch für seine Pflicht erachtet, das Kriegsministerium zu verständigen und habe mit dem Sektionschef Bartold das Einvernehmen gepflogen. Er habe keine Einwendung erhoben, daß die Gemeinde das Verpflegsmagazin übernehme. Infolgedessen habe er um 4 Uhr den Mag.-R. Dr. Roßkopf und den Dior. Dr. Nübel hinausgeschickt. Herr Dr. Roßkopf werde dann erscheinen und darüber Mitteilung machen. Natürlich habe Sektionschef Bartold die Bedingung gestellt, daß die Wiener Garnison von dort aus weiter verpflegt werde, das sei ja selbstverständlich.

GR. Moißl bemerkt, daß das auch gestern besprochen worden sei. Von diesen 900 Waggons Mehl genügen für die Wiener und Provinzgarnisonen 300, so daß 600 für die Stadt Wien verbleiben.

Bgm. Dr. Weiskirchner erklärt, daß dies nahezu ein zweiwöchentlicher Bedarf sei. — Er habe die traurige Mitteilung bekommen, daß das Magazin der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft abgebrannt sei, vermutlich infolge Brandlegung, und daß dabei nahezu der ganze ukrainische Zucker verbrannt sei.

GR. Skaret bemerkt, daß Dr. Nübel bei ihm gewesen sei und erklärt habe, es bestehe die große Gefahr, daß die Kartoffelverladung am Franz Josef-Bahnhof und Ostbahnhof gestört werde, weil die dazu kommandierten Bahnarbeiter beinahe zur Gänze Tschechen seien. Gestern habe ein großer Teil die Arbeit niedergelegt und sei einfach weggegangen. Gestern seien nur mehr 15 Leute am Franz Josef-Bahnhof zur Verladung dagewesen und man könne nicht wissen, ob sie heute früh noch kommen werden. Dr. Nübel habe erklärt, daß unter solchen Umständen Plünderungen sehr leicht möglich seien. Er habe sich sofort mit Ob.Mag.-Rat Dr. Ehrenberg in Verbindung gesetzt und diesen gebeten, Vorsorge zu treffen, daß eine genügende Anzahl Arbeiter zur Kartoffelverladung auf den Ost- und Franz Josef-Bahnhof komme, wenn möglich deutsche.

Ob.Mag.-R. Dr. Ehrenberg bemerkt, daß er das vorausgesehen und rechtzeitig entsprechende Aufträge erteilt habe. Tatsächlich habe die Mannschaft bei der Kartoffelverladung nahezu ausschließlich aus Serben bestanden. Die Leute hätten gestern Früh die Arbeit überhaupt nicht aufgenommen oder nur unter der Bedingung, daß sie bedeutend höhere Löhne bekämen. Der Herr Bürgermeister habe genehmigt, daß jeder deutsche Arbeiter und Soldat, der mitarbeitet, einen entsprechenden Lohn erhalte, wobei die spezielle Vereinbarung dem betreffenden Lagerhalter anheimgestellt worden sei. Darüber, ob heute gearbeitet werde, habe er noch keine Meldung, heute seien noch vier Waggons angekommen.

Bgm. Dr. Weiskirchner bemerkt, daß alle Kommandierten als freie Arbeiter betrachtet werden.

VB. Hierhammer übernimmt den Vorsitz.

Kartoffelversorgung.

Ob.Mag.-R. Dr. Ehrenberg berichtet über den Stand der Kartoffelversorgung und führt aus, daß bekanntlich die Gemeinde von dem Rechte, das ihr nach der Kartoffelverordnung zustehe, den Kartoffelbedarf Wiens vertragsmäßig zu decken, reichlich Gebrauch gemacht habe. Die Gemeinde habe im ganzen abgeschlossen 11.816 Waggons auf einer Grundfläche von 22.227 Hektar. Es seien in der Zeit vom 1. September bis 29. Oktober im ganzen hereingekommen 1957 Waggons. Davon seien nicht weniger als 1590 Waggons Vertragskartoffeln. Die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt habe also nur knapp 300 Waggons aufgebracht. An der Spitze der Lieferungen stehe Böhmen mit 546 Waggons, dann komme Niederösterreich mit 400, Mähren mit 264, Galizien mit 283, Polen mit 66, Schlesien mit 67, die Bukowina mit 77 und Görz mit 98 Waggons. Es sei das nicht die gesamte Ernte, weil im Juli und August auch schon etwas gekommen sei. Aus Ungarn seien 153 Waggons gekommen, zum großen Teil aus dem Vertrage mit dem Grafen Wenkheim. Während noch in der vorigen Woche die Einläufe halbwegs befriedigend waren, zirka 70 Waggons, sei seit Donnerstag ein auffallender Rückgang. Am 30. Oktober seien es noch 42 Waggons, am 31. Oktober 31, am 1. November 6 gewesen, gestern 11 und heute 4 Waggons. Nun sei der Stand, wenn auch nur die Einkiloquote aufrecht erhalten werden solle, sehr gering. Die Gemeinde habe jetzt im ganzen 520 Waggons, sie könne damit bis zur Woche vom 23. November ausreichen, weil sie wöchentlich 200 Waggons brauche. Mit Rücksicht auf die Gefahr, daß Frost einträte, sei die Situation außerordentlich kritisch. Daß die Gemeinde die Dreikiloquote, die der Gemeinderat vor einem Monat beanspruchte, von der Regierung bekommen werde, sei ganz ausgeschlossen. Es wäre technisch nicht möglich. Auch die Zweikiloquote werde kaum möglich sein und wenn die Gemeinde ständig mit der Einkiloquote rechnen könne, müsse sie froh sein. Die Gemeinde habe dann noch immer bis Mitte März einen Bedarf von mindestens 4000 Waggons. Aus den früheren Berichten sei bekannt, daß es die Gemeindeverwaltung an nichts habe fehlen lassen. Die Gemeinde sei wiederholt vorstellig geworden wegen rascher Kartoffelzufuhren, noch zu einer Zeit, wo die politischen Ereignisse noch nicht so kritisch gewesen seien. Die Gemeinde habe zuletzt noch manches erreicht, speziell in Galizien, wo großer Arbeitermangel sei, seien Erntekompagnien und Automobile zur Verfügung gestellt worden. Leider stehe das alles jetzt auf dem Spiele. Wie die Verhältnisse momentan seien, kämen nur Zuschübe aus Böhmen in Betracht. Noch bis zu den letzten Tagen habe er gehofft, Kartoffeln aus der Ukraine zu bekommen, wo nach allen Informationen die Besitzer lieferungswillig seien, wenn auch mit Erhöhung der Prämien und Auszahlungen. Aber die Schwierigkeiten, Kartoffeln aus solchen Gegenden nach Wien zu bringen, seien schon in der letzten Zeit ganz außerordentlich gewesen, weil durch die polnischen Gebiete von Westgalizien nahezu nichts mehr hereinkomme. Die Lebensmittel werden in Krakau beschlagnahmt, zum Teile auch in Mähren. Die Verhältnisse in Galizien seien anarchisch. Die Brücke bei Przemysl solle gesprengt sein, es werde also die Zufuhr größerer Mengen aus der Ukraine und Galizien nicht möglich sein und es bleibe nur Böhmen und Mähren übrig. In Böhmen habe die Gemeinde an Vertragskartoffeln abgeschlossen 6283 Waggons, in Mähren 1259. Der Herr Bürgermeister habe in einer der letzten Obmänner-Konferenzen erklärt, daß der jetzige tschechische Gesandte Tusar die Ablassung von 4000 Waggons zugesichert habe. Es sei Aufgabe der Gemeinde, fortwährend zu drängen, um wenigstens dies zu erreichen. Er sei also in ständiger Fühlung mit dem Vize-Präsidenten Tusar.

Dieser habe bei einer Unterredung am Montag erklärt, in Böhmen sei eine gute Kartoffelernte und der tschechoslowakische Nationalrat habe die Absicht, Wien nach Möglichkeit mit Kartoffeln zu versorgen. Aber damals sei die Situation noch so gewesen, daß die Tschechen das Eisenbahnwesen zuerst in ihren Ländern geregelt wissen wollten. Er habe also erklärt, insolange diese Regelung nicht durchgeführt sei, sei die Kartoffellieferung in großen Mengen nicht möglich. Er habe dann Mittwoch und gestern abermals längere Besprechungen mit ihm gehabt, deren Ergebnis folgendes gewesen sei: Der tschechoslowakische Nationalrat werde die Kartoffeln liefern, jedoch unter der Voraussetzung, daß das Deutschösterreichische Staatssekretariat für Verkehrswesen die Erklärung abgebe, daß eine gleiche Anzahl Waggons entweder leer oder mit tschechischen Soldaten besetzt, an den Einbruchstationen nach Niederösterreich zur Verfügung gestellt werde. Er werde sich diesfalls sofort mit dem Eisenbahnminister in Verbindung setzen. Er habe sich dabei

auf den Vorgang Deutschlands berufen, das auch erklärte, es liefere keine Kohlen mehr, weil es fürchte, die Waggons nicht mehr zurückzubekommen. Er habe sich gestern abends noch mit dem Eisenbahnminister in Verbindung gesetzt und sei heute Früh vom Sektionschef Enderes empfangen worden. Er habe sofort erklärt, es sei selbstverständlich, daß dieser Weg eingeschlagen werden könne, es sei kein Anstand und er habe namens des Staatssekretariates sofort an den tschechischen General-Direktor nach Prag telegraphiert, daß die deutschösterreichische Regierung bereit sei, diesen Modus anzunehmen. Es sei also zu hoffen, daß auf diese Weise die Sache geordnet werde und die Kartoffeln kämen. Der tschechische Gesandte habe aber bei einer Besprechung erklärt, es sei unbedingt notwendig, daß Vertreter der Stadt Wien direkt mit dem tschechischen Nationalrat in Fühlung träten. Nun habe er gestern die vertrauliche Mitteilung bekommen, daß ein tschechischer Beamter sich an den tschechischen Nationalrat wegen Lieferung von Kartoffeln an das Arbeitsministerium gewendet habe und in Prag sei die Auskunft gegeben worden, daß vor Abschluß der Verhandlungen mit der Wiener Regierung keine Kartoffeln zu haben seien und der tschechische Nationalrat das Eintreffen der Wiener Delegierten in Prag erwarte. Das stimme also mit dem, was ihm Vize-Präsident Tusar mitgeteilt habe. Der Herr Bürgermeister habe angeordnet, alle möglichen Wege einzuschlagen, um auch außer den Vertragskartoffeln solche nach Wien zu bringen. Es seien einige Aktionen im Zuge, von denen er allerdings mit Rücksicht auf die politischen Ereignisse nicht wisse, ob sie durchführbar sein würden. Es sei mit einem ruthenischen Reichsratsabgeordneten ein Schluß auf 2000 Waggons gemacht worden, die aber jetzt nicht geliefert werden könnten. Ferner sei mit Ungarn Fühlung genommen worden und es sei auf ungefähr 1000 bis 1500 Waggons ungarischer Kartoffeln, allerdings zu 60 K und gegen Austausch von Zuckerrüben, zu hoffen.

Bgm. Dr. Weiskirchner bemerkt, daß dieses Tauschgeschäft schon vor längerer Zeit beabsichtigt worden sei, als noch die politischen Verhältnisse andere gewesen wären. Die ungarische Regierung habe den Spiritusbrennereien 1000 Waggons Kartoffeln zur Verfügung gestellt. Er habe Gelegenheit gehabt, sich mit diesen ungarischen Brennereien in Verbindung zu setzen, sie seien bereit, so und soviele Waggons Kartoffeln zu liefern unter der Bedingung, daß dafür Zuckerrüben gegeben werden. Ob Karolyi dieses Geschäft bewilligen werde, wisse er nicht, die Stellung Karolyi's und des ungarischen Nationalrates zur Ausfuhr sei noch nicht klar. Jedenfalls sei die Sache eingeleitet, 4000 Waggons Zuckerrüben seien aus Böhmen und Mähren gesichert. Darüber habe man sich mit den böhmischen Abgeordneten, dem Vertreter der Zivnostenska banka und Vize-Präsidenten Tusar verständigt. Er teile dies nur mit, um zu zeigen, daß alles mögliche geschehe. Nach seinen Verbindungen müsse er annehmen, daß die Ausfuhr gesichert sei.

Ob.-Mag.-R. Dr. Ehrenberg führt aus, daß ein Beamter entsendet worden sei, der die Verhandlungen einleiten sollte. Inzwischen sei aber der Umsturz in Ungarn erfolgt. Der Beamte habe jedoch mitgeteilt, daß nach Ansicht der Pester Kreise das Geschäft zu machen sei, wenn Karolyi ans Ruder komme. Die Gemeinde werde mit Offerten auf Lieferung von Kraut und Rüben aus Böhmen geradezu überschwemmt und er habe bereits die Nachricht, daß gegen die Lieferung von Sauerkraut, das im Auftrage der Gemeinde in Ungarisch-Hradisch erzeugt werde, seitens des Nationalrates keine Einwendung erhoben werde. Gestern habe ein telephonisches Gespräch zwischen dem Sekretär David als Geschäftsführer der Gemüse- und Obstverteilungsstelle und dem Direktor der Gemüse- und Obststelle in Prag stattgefunden, in welchem letzterer erklärte, er sei gerne bereit, weiter nach Wien zu liefern und brauche nur zwei Waggons Knoblauch, die David auch zugesagt hat. Aus allem gehe hervor, daß die Tschechen liefern müßten, weil sie sonst in Gemüse und Sauerkraut förmlich erstickten. Dasselbe sei in Ungarn der Fall, man brauche sich also nicht zu ängstigen, die Ernte sei auch in Niederösterreich ziemlich gut. Es handle sich nur um die Kartoffeln. Heute sei der Lagerstand 520 Waggons, bei einer Wochenmenge von 200 Waggons reiche die 1 Kiloquote bis in die Mitte der Woche vom 16. bis 23. November. Gestern habe Sektionsrat Drechsler nomine des deutschösterreichischen Ernährungsamtes mitgeteilt, daß eine Eingabe kommen werde, wonach die Gemeinde Wien die Versorgung des Militärs mit Kartoffeln werde übernehmen müssen. Er wisse nicht, wie viel es sein werde.

GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller stellt den Antrag, daß sofort Delegierte, wenn möglich heute nachmittags als Bevollmächtigte der Gemeinde nach Prag geschickt würden. Er möchte weiters Folgendes bemerken: Auf den Hauptbahnhöfen im Westen, namentlich Salzburg, seien große Mengen österreichische Soldaten angesammelt, welche drei Nationalitäten angehören: Deutsche, Ungarn und Serben und heimgeschickt werden sollen. Es werde vielleicht möglich sein, die Sache so zu arrangieren, daß die slawischen Soldaten nicht nach Wien fahren, da ja die Linie Budweis—Linz vorhanden sei. Diese Soldaten seien teilweise in einem sehr pitoyablen Zustande. Sie seien noch in der alten Stimmung und kämen aus Deutschland, wo Ordnung herrsche. Er rege an, diese Leute zu empfangen und zu übernehmen, damit sie nicht die Unordnung vergrößern.

Bgm. Dr. Weiskirchner erklärt, daß er dies dem betreffenden Staatssekretär mitteilen werde.

GR. Skaret bemerkt, es sei ausgeschlossen, daß die Delegierten heute noch nach Prag führen. Der Staatsrat beschäftige sich derzeit mit der Frage der Verhandlungen mit dem tschechoslowakischen Staat über die Verpflegung. Dazu komme, daß auch ein neues Ernährungsamt bestehe. Es würde sich also nicht empfehlen, das über den Kopf des Staatsrates und Ernährungsrates zu machen, es müßte doch im Einvernehmen geschehen.

Bgm. Dr. Weiskirchner erklärt, Ob.-Mag.-R. Dr. Ehrenberg werde sich sofort mit Staatssekretär Löwenfeld-Ruß und dem Unterstaatssekretär Enderes ins Einvernehmen setzen.

GR. v. Steiner schließt sich dem Antrage an, ersucht jedoch, die Gemeinde möge sich auch an den Staatssekretär für Heerwesen wenden. Es sei gar nicht notwendig, daß die tschechischen Soldaten nach Wien gebracht würden, nachdem von München nach Pilsen nur 14 Stunden seien. Ebenso könnten die Ungarn über Sillein befördert werden.

Bgm. Dr. Weiskirchner stellt zusammenfassend fest, daß unter der Voraussetzung, daß ein Einverständnis mit den beiden Staatssekretären erzielt werde, der Gemeinderat seine Delegierten, welche aus allen drei Parteien des Gemeinderates bestimmt

werden, nach Prag schicke. Als Delegierte der Stadt Wien werden bestimmt die GR. Leitner, Skaret und Dr. Hein.

Das 250 Millionen-Anlehen.

Bgm. Dr. Weiskirchner berichtet sodann über die Verhandlungen wegen Aufnahme eines 250 Millionen Kronen-Anlehens und führt aus, daß Gen.-Dior. Rotter namens der Banken folgendes unverbindliche Anbot gestellt habe, unverbindlich insoferne, als die endgiltigen Abmachungen mit dem Bankenkonsortium getroffen werden müssen. Die Banken seien der Meinung, daß es nicht möglich sei, sofort 250 Millionen Kronen zu begeben, sie würden aber die Uebernahme von 100 Millionen fix und eine Option auf weitere 100 Millionen bis Ende 1919 vorschlagen. Für die 100 Millionen fix wird bei einer Laufzeit von 60 Jahren und einer Verzinsung von vier Prozent ein Uebernahmskurs von 88 angeboten. Sollte der Emissionskurs zwischen 90 und 91 sein, erhielte die Gemeinde 50 Prozent der Differenz, bei einem Kurs über 91 75 Prozent der Differenz. Wenn die Banken selbst der Meinung seien, es werde sich ein Emissionskurs von 91 ergeben, so sei der Uebernahmskurs von 88 wohl zu gering. Die Banken verlangen weiter die Rentensteuerfreiheit und die Marktfreiheit bis ein Jahr nach Ausübung der Option. Den letzten Punkt halte er deshalb nicht für annehmbar, weil sich für die Gemeinde die Notwendigkeit eines Valuta-Anlehens ergeben werde, sei es, um aus Argentinien Weizen, aus Nordamerika Fett oder aus Spanien Reis zu bekommen. Die Bestimmung über die Marktfreiheit müßte also bei den weiteren Verhandlungen unbedingt geändert werden. Dann verlangen die Banken die Zustimmung der deutschen Nationalversammlung für die Begebung des Anlehens und die Mündelsicherheit. Er glaube, daß die Banken nur in Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse diese Forderung gestellt hätten. Denn bisher habe der Landtag die Kompetenz für die Bewilligung von Gemeinde-Anlehen gehabt und er glaube daher, daß nunmehr die Landesversammlung, die sich nächsten Dienstag konstituieren werde, und die Regierungs- und Vollzugsgewalt übernehme, kompetent sei, die Ermächtigung zu geben. Wegen der Mündelsicherheit, die bisher ein Vorrecht der beiden Häuser des Reichsrates gewesen sei, müsse man allerdings an die Nationalversammlung herantreten. Endlich sei auch die bekannte Kriegsklausel in dem Anbot enthalten, denn es sei selbstverständlich, wenn die öffentlichen Kassen nicht funktionieren, könne keine Bank das Anlehen begeben. Darum haben sich die Banken auch eine achttägige Frist vom Moment des Abschlusses, vorbehalten wegen der Möglichkeit des Abstoßens der Anleihe. Das sei auch eine Bedingung, die nicht weiter in Betracht kommt.

Ob.Mag.-R. Dr. Held führt in Ergänzung des Berichtes aus, daß das Anbot von 88 im ersten Moment erschreckend erscheine, aber man müsse bedenken, daß die letzten Anlehen immer mit 4·5 Prozent begeben worden seien, wobei sich natürlich ein höherer Kurs ergebe. So sei das 4·5 prozentige 250 Millionen Kronen-Anlehen vom Jahre 1917 zum Kurse von 90 (mit einer 0·25 prozentige Bonifikation) abgeschlossen worden. Dieser Kurs sei eigentlich viel schlechter, denn ein Kurs von 88 bei 4 Prozent würde einem Kurs von 99 bei 4·5 Prozent entsprechen. Nun entspreche allerdings der derzeitige Kurs unserer früheren Anlehen diesem Verhältnisse nicht ganz. Der Kurs der 4·5 prozentigen Anlehen sei in der Vorwoche 99 und der der 4 prozentigen Anlehen 94·5 gewesen. Jedenfalls zeige aber auch dieses Verhältnis, daß das jetzige Anbot von 88 sehr niedrig sei. Nun habe bei der gestrigen Besprechung Dior. Rotter erklärt, daß die Banken über den Betrag von 91 bei der Emission nicht gehen werden, so daß mit der 75 prozentigen Bonifikation nicht gerechnet werden könne. Bei einem Emissionskurse von 91 bekommt die Gemeinde 88·5 Prozent, während den Banken ein Gewinn von 2·5 Prozent zufallen würde. Ob bei den Banken eine Erhöhung des Uebernahmskurses zu erreichen sein werde, wisse er nicht, halte es aber nicht für ausgeschlossen. Andernfalls wäre bei diesem verhältmäßig teuren Geld noch zu erwägen, ob nicht überhaupt das ganze Offert abgelehnt werden solle. Derzeit betrügen die verfügbaren Anlehensbestände 154 Millionen Kronen, wovon 125 bei der Postsparkasse gegen Kündigung und 29 Millionen bei der Länderbank erliegen. Weitere 35 Millionen Kronen seien momentan für Approvisionierungszwecke gebunden und dürften in absehbarer Zeit nicht frei werden. Mit Rücksicht auf die großen finanziellen Anforderungen, die in der nächsten Zeit an die Gemeinde Wien gestellt werden, für die Approvisionierung, die Wohnungsfürsorge, die Kriegszulagen der Angestellten, dann mit Rücksicht auf die bedeutenden Kuponrückstände und Markvorschüsse, die ebenfalls in absehbarer Zeit beglichen werden müssen, könne mit den obigen 154 Millionen Kronen das Auslangen nicht gefunden werden. Es müsse vielmehr getrachtet werden, den ganzen angeforderten Betrag von 250 Millionen Kronen zu bekommen, und bleibe nichts übrig, als mit den Banken weiter zu verhandeln. Er glaube, daß sich hiebei auch ein günstiger Uebernahmskurs, etwa 89, erreichen lassen werde und daß die Banken auch die Forderung der Marktfreiheit wenigstens für das Ausland fallen lassen dürften. Was die Tilgung betreffe, so sei ursprünglich damit gerechnet worden, von den aufzunehmenden 250 Millionen die 80 Millionen Kriegs-Anleihe zurückzuzahlen. Das hätte den Vorteil gehabt, künftig nur mit einer Annuität von 11 Millionen rechnen zu müssen. Nach der derzeitigen Lage dürften aber diese 80 Millionen weiterbehalten werden und das verlange im nächsten Jahre eine Zahlung von weiteren 8·5 Millionen.

GR. Skaret erklärt, er halte den Kurs von 88 für zu niedrig, vielleicht wäre ein Kurs von 90 den gegenwärtigen Verhältnissen angemessen. Er wisse nicht, aber der Herr Referent habe so getan, als ob dies schwer möglich wäre. In dieser Richtung sollten alle Versuche unternommen werden. Er frage, ob es nicht möglich wäre, nachdem dieses Anlehen von der Gemeinde Wien begeben werde und die Deckung durch das Gemeindevermögen gesichert sei, den Versuch zu machen, einen Teil des Anlehens in Deutschland unterzubringen.

GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller bemerkt, daß dies eine Katastrophe wäre.

Bgm. Dr. Weiskirchner gibt der Meinung Ausdruck, daß es sehr gefährlich wäre, wenn es nicht zu einem bestimmten Zwecke geschähe, wie bei dem Anlehen in argentinischen Dollars, wofür wir Weizen bekämen. Schauen Sie nur die Valutakurse an.

Ob.Mag.-R. Dr. Held bemerkt, daß mit den fremden Anlehen die schlechtesten Erfahrungen gemacht worden seien, die Valutadifferenz werde sich in die Millionen summieren.

Bgm. Dr. Weiskirchner bemerkt, daß die nach Frankreich, England ꝛc. fälligen Interessen der früheren Anlehen 25 bis 30 Millionen ausmachen.

GR. Reumann führt aus, daß die Gemeinde gezwungen sei, dieses Anlehen aufzunehmen, weil sie in der nächsten Zeit einen großen Geldbedarf haben werde. Es müsse versucht werden mehr herauszubringen. Ihm wäre es lieber, wenn man anstatt einer Kurserhöhung mehr von dieser Option herausbringen könnte, so daß die Gemeinde sofort 150 bis 200 Millionen bekäme. Die Gemeinde habe in der nächsten Zeit auch für die Beschäftigung der Arbeitslosen zu sorgen und dazu brauche sie viel Bargeld. Wenn es nicht gelingt, diesen Strom Arbeitsloser mit Arbeit zu versorgen, werde die Situation geradezu verheerend sein. Zudem befinde man sich in eigentümlichen Verhältnissen, schon in Bezug auf den Waffenstillstand. Wenn es gelinge, ihn abzuschließen, werde unter den drückenden Bedingungen auch die sein, daß Wien von den Italienern militärisch besetzt werde und daß die Italiener das Recht haben werden, hier in Wien ihren Bedarf zu decken. Die Folge werde eine ungemeine Preissteigerung der notwendigsten Bedarfsartikel sein und die Kommune werde Maßnahmen treffen müssen, die sehr schwere finanzielle Opfer erfordern würden. Es werde also notwendig sein, vor allem Geld zu beschaffen, so viel möglich sei. Keinesfalls dürfe die Sache verzögert werden, denn jedes Hinausschieben verschlechtere die Situation.

GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller erklärt, daß seine Stellung, was das Anlehen selbst betreffe, seit jeher bekannt sei. Er schließe sich daher der Anregung des Kollegen Reumann an, daß der Herr Bürgermeister ersucht werde, die Anlehenssumme möglichst hoch zu gestalten. Man müsse auch mit einer militärischen Besetzung rechnen und jedenfalls werde die Gemeinde auch aus diesem Grunde unbedingt flüssige Geldmittel benötigen. Er finde den Standpunkt der Banken unbegreiflich. Es sei eine internationale Erscheinung, daß der Kommunalkredit viel besser sei als der Staatskredit. Die Stadt Wien bilde nach der Bevölkerung ein Viertel von Deutschösterreich, ein kommunales Anlehen sei also mit einer Kriegsanleihe oder den österreichischen Renten gar nicht zu vergleichen. Der Kredit Wiens sei noch in keiner Weise tangiert. Es sei auch für die Banken eine große Annehmlichkeit, wenn sie bei der großen Geldflüssigkeit 250 Millionen disponieren könnten. In Böhmen, das seine staatliche Ordnung so rasch geregelt habe, sei der erste Schritt der neuen Regierung gewesen, die Leute aufzufordern, die Milliarden, die sie thesauriert haben, wieder einzulegen. Auch hier werde das eintreten müssen. Die Leute werden nicht weiter thesaurieren können und wollen. Diese Geldmasse komme also auf den Markt, die Papiere würden früher, als man glaube, über pari stehen. Er halte also diese Bedingungen für unmöglich. Er wolle keine Anregung geben, sondern bringe es nur zur Diskussion. Wenn geordnete Verhältnisse wären, würde er verlangen, daß die Gemeinde selbst das Anlehen auflegen solle, und er glaube, der Zulauf wäre kolossal. Wenn die Kurse richtig seien, wäre ihm ein höher verzinsliches Anlehen immer lieber, als ein niedriger verzinsliches, bei dem man einen Kapitalsverlust habe.

Bgm. Dr. Weiskirchner bemerkt, daß er ein Verhandlungs-Komitee vorschlage, das morgen mit dem General-Direktor verhandle.

GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller führt weiter aus, daß man den Vertretern der Banken den Standpunkt klarmachen müsse, daß sie auch gewisse Verpflichtungen gegen die Stadt Wien hätten. Er erkläre offen, er finde das heutige Anbot für unakzeptabel. Der Banknotenmangel sei nur scheinbar und würde in kürzester Zeit aufhören. Bezüglich der Kriegsanleihen könne man unbesorgt sein.

Nun komme er auf die Frage des Valuta-Anlehens. Vor einem Valuta-Anlehen würde er entschieden warnen. Aus zwei Gründen. Erstens würde die Gemeinde Deutschland gegenüber gewisse Verpflichtungen übernehmen müssen, die sie dann nicht erfüllen könnte. Die Gemeinde werde aber auch, wenn der Friede komme, gewisse Importe brauchen, Weizen, Fett ꝛc., und dazu werde sie Geld benötigen. Die Gemeinde dürfe sich also nicht mit einer Schuld belasten, die ihr so bedeutende Verpflichtungen auferlege. Er könne auch den deutschen Finanzleuten den Vorwurf nicht ersparen, daß sie die Stabilität unserer Valuta nicht unterstützt haben. Das Verhältnis zwischen Mark und Krone hätte nicht so sein müssen, wie es tatsächlich sei. Er konkretisiere also seine Ausführungen dahin: Erstens schließe er sich der Ansicht des Kollegen Reumann an, so viel Geld als möglich zu beschaffen, um die erste Menschenpflicht zu erfüllen, den heimkehrenden Leuten den Weg zur alten Ordnung zu erleichtern. Arbeit würde genug da sein, man brauche Waggons und Bauten. Das sei nur eine Frage der Organisation und diesbezüglich wolle er den Dringlichkeits-Antrag stellen, ob die Stadt Wien nicht auch eine Art Ausschuß für Uebergangswirtschaft bilden solle. Weiters würde er bitten, daß der Kurs statt mit 88 mit 90 festgesetzt werde. Ferner möchte er die Anregung des Herrn Bürgermeisters zu dem Antrage formulieren, ein Verhandlungs-Komitee einzusetzen, das den Banken gegenüber energisch den Standpunkt der Gemeinde vertrete. Er bitte also, daß die Obmänner-Konferenz heute keinen Beschluß über den Begebungskurs fasse, sondern die Sache zur neuerlichen Verhandlung zurückweise und daß dann neuerlich an die Obmänner-Konferenz berichtet werde. Endlich möchte er den Grundsatz feststellen, daß vorläufig von der Aufnahme eines Valuta-Anlehens überhaupt abgesehen werde.

Bgm. Dr. Weiskirchner bemerkt, daß er mit dem argentinischen Gesandten und mit dortigen Firmen verhandelt habe, daß die Gemeinde, sobald die Schiffahrt freigegeben werde, Mais erhalte. Dazu wäre natürlich ein Valuta-Anlehen notwendig.

VB. Rain führt aus, daß das vorliegende Offert gegenüber dem seinerzeitigen etwas besser sei, er sei aber vollständig einverstanden, daß ein Komitee sich um bessere Bedingungen bemühe. Die Durchführung müsse aber sehr rasch erfolgen, weil, wenn der Waffenstillstand geschlossen würde, die Ansprüche an den Geldmarkt unter Umständen eine Form annehmen könnten, daß man sich nicht mehr zurechtfinde. Die Gemeinde habe das größte Interesse, nach dem Kriege Arbeit und Verdienst zu schaffen, aber die Banken noch mehr Interesse, nicht bloß für sich, sondern in erster Linie auch für ihre Klientel, daß in Wien Arbeit und Verdienst sei. Mit dem Antrage der Bank könne er nicht einverstanden sein, daß eine Verschiebung der zweiten Rate bis Ende 1919 erfolge. Der Herr Bürgermeister habe eine großzügige Aktion in Argentinien unternommen, die vielleicht 50 bis 80 Millionen erfordern werde, und man wisse nicht, welche anderen Aufgaben die Gemeinde noch übernehmen müsse. Unsere Valuta hab

unsere Regierung bei Kriegsbeginn leichtsinnig selbst über den Haufen geworfen. Die Bankakte seien sistiert worden und die Banknotenpresse habe man gehen lassen. Wenn man sich nicht entschließen konnte, gleich ein Kriegs-Anlehen auszugeben, so wäre doch die Möglichkeit gewesen, auf die bestehenden Bestände, insbesondere Salz und die Wälder, ein Anlehen zu bekommen. Das wäre ein fundiertes Anlehen gewesen und die Zettelwirtschaft wäre nicht gleich so eingerissen. Er habe den Standpunkt, das Anlehen müsse möglichst rasch abgeschlossen werden, aber es müsse getrachtet werden, den ganzen Betrag mindestens bis Ende Juni 1919 zu bekommen, denn man wisse nicht, wie sich die Verhältnisse weiter entwickeln werden. Die Banken hätten derzeit so viel Geld, weil die Geschäftsleute ihre ganzen Warenlager entblößt und das Geld in die Banken und Sparkassen getragen hätten. Im Frieden werde jeder trachten, sein Geschäft wieder aufzurichten und dazu Geld benötigen.

GR. v. Steiner führt aus, daß niemand wisse, wie die Geldverhältnisse nach Abschluß des Waffenstillstandes sein werden, nur das eine wisse man, daß ein enormer Bedarf entstehen werde. Die Majorität des Gemeinderates sei immer dafür eingetreten, die Gemeinde möge Geld beschaffen, so lange noch eine günstige Gelegenheit sei, immer aber sei es der österreichische Finanzminister gewesen, der den Geldmarkt für die Kriegsanlehen in Anspruch genommen und die Gemeinde gehindert habe. Er habe auch den Standpunkt, daß ein möglichst großer Betrag aufgenommen werden solle. Das Verhandlungs-Komitee solle trachten, das Ganze zu bekommen. Beim Kurs könne man vielleicht nicht so viel erreichen, höchstens bis 1½ Prozent. Die Hauptsache sei aber, so viel Geld zu bekommen, um Arbeit und Nahrungsmittel in erforderlicher Menge zu beschaffen.

GR. Leitner spricht sich für die Einsetzung des Verhandlungs-Komitees aus, das so rasch als möglich arbeiten müsse. Es könnte das Anlehen vielleicht auch bei unseren kommunalen Sparkassen aufgelegt werden.

Bgm. Dr. Weiskirchner bemerkt, er habe die Vertretung der Sparkassen gefragt und sie hätten gesagt, sie seien es nicht imstande.

Die Obmänner-Konferenz stimmt der Wahl eines Verhandlungs-Komitees zu, das morgen um 10 Uhr mit General-Direktor Rotter in Verhandlung tritt.

In das Verhandlungs-Komitee werden einstimmig gewählt die drei Vize-Bürgermeister, GR. D. Ritter v. Schwarz-Hiller und GR. Emmerling.

Bgm. Dr. Weiskirchner ersucht Ob.Mag.-R. Dr. Held, sich mit General-Direktor Rotter zu verständigen, daß auch mehrere Vertreter der Banken der Verhandlung beiwohnen.

Antrag auf Wahl eines Ausschusses für Uebergangswirtschaft.

GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller stellt den Antrag, daß raschestens der Magistrat im Einvernehmen mit einigen Herren der Obmänner-Konferenz ein Statut für einen Ausschuß für Uebergangswirtschaft ausarbeite. Das Statut sei der Obmänner-Konferenz binnen drei bis vier Tagen zur Beratung und Beschlußfassung vorzulegen.

GR. Neumann stellt demgegenüber den Antrag, daß diese Agenden von der Obmänner-Konferenz selbst durchgeführt werden. Es werde aber notwendig sein, daß für eine gewisse Zeit die Obmänner-Konferenz in Permanenz erklärt werde, diese Notwendigkeit werde vielleicht schon in den nächsten Tagen eintreten.

GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller erklärt, seinen Antrag zurückzuziehen.

Bgm. Dr. Weiskirchner erklärt, er werde einfach diesen Beschluß dem Gemeinderate in der nächsten Sitzung zur genehmigenden Kenntnis bringen. Die Obmänner-Konferenz stimmt diesem Vorschlage des Bürgermeisters zu.

Die Vorräte des Kriegsministeriums.

Bgm Dr. Weiskirchner teilt mit daß er sich gestern vom Sektionschef Bartold ein Verzeichnis habe geben lassen, was in Wien an Stoffen, Wirkwaren, Konfektionswaren und Schuhen noch für das Kriegsministerium erliege. Es sei ihm bekannt, daß eine große Anzahl von Kaifirmen, die für das Kriegsministerium geliefert, in den letzten Wochen nichts mehr abgeliefert hätten, weil das Kriegsministerium ein sehr schlechter Zahler sei, es seien Millionen ausständig. Er möchte nun, ohne vorzugreifen, die ganzen Vorräte für die Gemeinde beschlagnahmen, vorbehaltlich der Verhandlung über den Preis. Dazu seien für ihn zwei Momente bestimmend. Erstens, damit der Wiener Bevölkerung im kommenden Winter an solchen Stoffen, Konfektions- und Wirkwaren, sowie Schuhen, eine Aushilfe gegeben werde könne, zweitens habe er bei den Verhandlungen mit den Vertretern der neuen slavischen Staatengebilde gesehen, daß diesen Kompensationen gegeben werden müßten, damit sie bezüglich der Lebensmittel willfähriger würden.

GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller ersucht, daß der Herr Bürgermeister vielleicht sofort mit dem Staatssekretär des Innern verhandle, daß die Vorräte der Schuhfabrik in Mittendorf und die sonstigen Einrichtungen der Flüchtlingsfürsorge in Anspruch genommen werden, damit dieselben in erster Linie für Wien reserviert bleiben. Es käme auch die Bekleidungsstelle des Ministeriums des Innern in Betracht. Es sei wichtig, daß da rasch etwas geschehe, damit nicht die lokalen Verwaltungen die Dinge an sich reißen würden. Es seien Depots in Steiermark und Krain, die Hauptsache sei aber in Innerösterreich, in der Schuhfabrik in Mitterdorf, die der Statthalterei unterstehe. Leider sei schon viel weggeschleppt worden.

Mag.-Dior. Pawelka teilt mit, daß in dieser Angelegenheit auch mit der Aktion „Kälteschutz" verhandelt worden sei, weil sich diese auflösen solle. Nun habe sie bedeutende Lager an Stoffen und Schuhen. Zunächst habe der Kaiser Karl-Invalidenfonds darauf greifen wollen. In längeren Verhandlungen sei es nun gestern gelungen, ein Uebereinkommen zu treffen, wonach die Gemeinde alle Vorräte übernehme. Sie seien allerdings zunächst für Invalide bestimmt, es werde aber auch möglich sein, etwas für die Gemeinde Wien zu bekommen. Es würde das einen Anfangsvorrat bilden. Es seien zum Beispiel 25.000 Meter Halbpapier-Stoffe, 1 Million Meter Zwirn, 350 fertige Lodenanzüge, 8000 Meter doppeltbreiter Loden, noch Friedensware, 2000 Paar Schuhe, der größte Teil noch mit Ledersohlen. Die Sachen würden der Gemeinde zum Originalpreise überlassen. Ein Anzug komme auf zirka 200 K und die ganzen Vorräte dürften nicht einmal 700.000 K kosten. Morgen werde das inventiert. Die Lager

räume des „Kälteschutzes" seien auch für Wien gesichert, so daß man die Sachen noch einige Zeit dort liegen lassen könne. Ebenso sei für Bewachung gesorgt. Weiters habe er in der Vereinigung zur Bekämpfung der Tuberkulose gestern mit Reg.-R. Kögler über die Aufteilung gesprochen und vereinbart, daß die Gemeinde zwei Eingaben an das Staatsamt für Volksgesundheit mache und bitte, daß der Fonds aufgeteilt werde, und zwar nicht nach der Bevölkerungszahl, sondern nach dem Sammelort. Auf diese Weise werde für Wien der Hauptteil entfallen, nachdem hier das Ergebnis der Sammlungen das größte gewesen sei. Ebenso werde wegen Aufteilung des Kaiser Karl-Kriegsfürsorgefonds verhandelt.

Bgm. Dr. Weiskirchner ersucht, nicht den Militär-Witwen- und Waisenfond zu vergessen.

GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller macht weiters noch auf das Volksbekleidungsamt der Statthalterei aufmerksam. In diesem säßen eine Reihe bekannter Persönlichkeiten, Elderschi, Spalowsky und einige andere Herren. Dienstag sei Sitzung und es frage sich, ob da nicht die Frage erwogen werden solle, daß eine gewisse Teilung der Agenden zwischen Wien und Niederösterreich erfolge.

Bgm. Dr. Weiskirchner ersucht den GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller, alle Vorbereitungen zu treffen und sich auch mit Direktor Dr. Förster in Verbindung zu setzen. Direktor Frankfurter

Nachweisung

der eingegangenen Spenden und der hievon bestrittenen Ausgaben bis 30. Oktober 1918.

Empfang	Betrag K	h	Ausgaben	Betrag K	h
Beihilfen vom Kriegshilfsbureau des k. k. Ministeriums des Innern . . . Bargeld .	2,105.000	—	Fortlaufende Unterstützungen	3,266.596	21
Wertpapiere im Nennwerte von .	50.000	—	Einmalige Unterstützungen	2,270.680	91
Spenden ohne besonderen Widmungszweck Bargeld .	[1]) 6,350.264	07	Auslagen für die Ausspeisung Bedürftiger .	28,403.548	24
Spenden für Ausspeisungszwecke:					
a) Freitischablösungsbeträge, gesammelt von Exzellenz Gräfin Anka Bienerth-Schmerling	[2]) 3,500.000	—	Auslagen für die Näh- und Strickstuben der Frauen-Hilfsaktion	3,097.307	73
b) Abfuhren des Komitees des „Schwarz-gelben Kreuz" . . . . . Bargeld .	[3]) 1,367.222	80	Beiträge an Fürsorgestellen, Bargeld . . .	1,138.916	88
Wertpapiere im Nennwerte von .	105.000	—	Wertpapiere im Nennwerte von .	50.000	—
c) Sonstige . . . . . Bargeld .	[4]) 1,638.144	69	Auslagen für Porto, Drucksorten u. dgl. .	114.392	83
in Wertpapieren .	—	—			
Spenden für die Aktion: „Warmes Frühstück für Schulkinder" . . . . . Bargeld .	[5]) 569.868	31	Verläge gegen Verrechnung	49.331	46
Spenden für allgemeine und Ausspeisungszwecke durch Exzellenz Frau Berta Weiskirchner als Vorsitzende der Frauen-Hilfsaktion	[6]) 5,909.136	27			
Zinsen der Wertpapiere	304.046	61			
Beitrag aus Staatsmitteln zu den Kosten der öffentlichen Ausspeisung	9,859.197	05			
Vergütung für in den Nähstuben der Frauen-Hilfsaktion geleistete Arbeiten	2,901.196	50			
Summe: Bargeld .	34,504.076	30	Summe: Bargeld .	38,340.774	26
Wertpapiere im Nennwerte von .	155.000	—	Wertpapiere im Nennwerte von .	50.000	—
Ab die Ausgaben, Bargeld .	38,340.774	26	Anmerkung:		
Wertpapiere im Nennwerte von .	50.000	—	An laufenden Unterstützungen für 76 Personen sind derzeit bewilligt pro Monat . . . . . 2.936 K 50 h		
Daher Abgang .	*) 3,836.697	96			
verfügbar .	105.000	—			

Wien, am 30. Oktober 1918.

Weidinger m. p.,
Rechnungs-Ober-Revident.

[1]) Darunter als Erlös für abgegebene 357.160 K 60 h Nominale Wertpapiere 298.755 K 51 h
[2]) „ „ „ „ „ „ 22.276 „ — „ „ „ „ 18.391 „ 55 „
[3]) „ „ „ „ „ „ 252.000 „ — „ „ „ „ 227.140 „ 80 „
[4]) „ „ „ „ „ „ 83.733 „ 80 „ „ „ „ 77.008 „ 80 „
[5]) „ „ „ „ „ „ 400 „ — „ „ „ „ 314 „ — „
[6]) „ „ „ „ „ „ — „ — „ „ „ „ — „ — „
715.570 K 40 h 621.610 K 66 h.

*) Gedeckt zum Teile aus dem vom k. k. Finanz-Ministerium erhaltenen Vorschuß von 1.000.000 K, mit dem Reste aus den eigenen Geldern der Gemeinde Wien.

Stand der Anmeldungen für den Unterhaltsbeitrag am 1. November 1918.

Bezirk	Zahl der eingelangten Anmeldungen	Davon wurden vorgelegt der Unterhalts-Kommission in Wien	Unterhalts-Kommission d. Heimatortes	Zentralstelle im Neuen Rathause	In Behandlung sind noch	Anmerkung giro.	a. a.
I.	3321	3043	—	4	31	243	—
II.	38642	36586	110	106	20	1820	—
III.	29229	28040	400	185	116	488	—
IV.	6884	6132	208	44	161	180	159
V.	24865	23865	25	Abt. XI:111 20	212	632	—
VI.	9692	9664	—	—	28	—	—
VII.	9356	9048	—	90	18	200	—
VIII.	10449	8300	49	10	34	1835	221
IX.	19034	18457	—	—	26	551	—
X.	40474	39876	19	234	105	49	191
XI.	10743	10456	—	26	45	216	—
XII.	27749	27128	—	75	179	—	367
XIII.	29089	27415	—	510	44	1120	—
XIV.	29086	28246	—	122	31	687	—
XV.	17487	16925	—	54	30	478	—
XVI.	54031	52770	677	399	185	—	—
XVII.	33172	32271	163	149	84	380	125
XVIII.	14180	14031	5	30	8	106	—
XIX.	10558	10207	95	45	36	175	—
XX.	35320	34266	166	255	13	620	—
XXI.	17132	16447	102	166	113	304	—
Summe	470493	453173	2019	2635	1519	10084 + 1063 = 11147	

Kleinhandelspreise wichtiger Lebensmittel und Approvisionierungsartikel im Wiener Gemeindegebiete.

Artikel		Nähere Bezeichnung	Menge	Woche vom 28. Oktober bis 3. November 1917. Preise in Hellern von	bis	25. Juli 1914 von	bis	Woche vom 27. Oktober bis 2. November 1918. von	bis
Rindfleisch mit Zuwage	inländisches	vorderes	1 kg	698	1280	160	220	720	1800
	ausländisches		"	—	—			—	—
	inländisches	hinteres	"	800	1460	180	260	840	2000
	ausländisches		"	—	—			—	—
Schweinefleisch		im freien Handel	"	—	—	160	280	3600	4800
		städtisches	"	—	—	160	280	1500	1600
Pferdefleisch		vorderes	"	—	450	88	112	—	450 *)
		hinteres	"	—	560	96	120	—	560 *)
Kartoffel	inländische	runde (frühe)	"	36	44	20	26	62	72
	ausländische		"	—	—			—	—
Zwiebel			"	166	244	32	40	180	284
Zucker			"	116	123	80	92	148	300
Weizenmehl		Auszugmehl	"	—	120	42	48	—	276
		Mundmehl	"	—	67	40	44	—	170

*) Handelspreise Vorderes 12 bis 21 K, Hinteres 14 bis 22 K.

Artikel	Nähere Bezeichnung	Menge	Woche vom 28. Oktober bis 3. November 1915		25. Juli 1914		Woche vom 27. Oktober bis 2. November 1918	
			Preise in Hellern					
			von	bis	von	bis	von	bis
Brot	weißgemischt	kg	—	—	27·8	42·7	—	—
	schwarzgemischt	„	—	57·1	25·5	39·7	—	124
Sauerkraut		„	—	—	—	—	—	156
Fisolen		„	—	—	36	40	—	—
Erbsen	ganz	„	—	—	32	48	—	—
	gespalten	„	—	—	48	64	—	—
Reis		„	—	—	42	82	—	—
Schweineschmalz		„	—	—	176	200	—	—
Speck geräuchert	ohne Paprika	„	—	—	154	200	Höchstpreise: — Handelspreise: —	—
Butter ausländische	Tee-	„	1663	1683	320	400	—	3080
Butter inländische	Tee-	„	—	—	220	300	—	—
Butter	Koch-	„	—	—	—	—	—	—
Margarine		„	—	833	160	200	—	833
Eier	frische	1 Stück	34	52	7	10	79	130
	konservierte	„	—	—	—	—	—	—
Milch im Ausschank	Voll-	1 l	56	64	26	32	104	112
	Kinder-	„	—	—	20	26	120	164
Petroleum		„	—	50	26	36	—	78
Kohle	Stein-	50 kg	346	453	186	204	500	780
	Braun-	„	160	300	107	119	490	600

sei sehr entgegenkommend, er habe die Gemeinde für die Straßenbahner sehr unterstützt.

GR. v. Steiner bemerkt, daß nach den Waffenstillstandsbedingungen auch die Munition übergeben werden solle. In der Ottakringer Fabrik sei heute noch viel Rohmaterial, dasselbe höre er auch vom Steinfelde. Die Gemeinde habe ein Interesse, daß kein Zuzug von Maschinenarbeitern nach Wien erfolge, wenn aber die Maschinenfabrik in Wr.-Neustadt kein Rohmateriale habe, könnten die Leute nicht arbeiten, man müßte sich daher mit dem Staatssekretär ins Einvernehmen setzen, daß die Munitions-Erzeugung sistiert werde. Für die Feinde Munition zu machen, habe keinen Zweck, für die Gemeinde sei es wichtiger, wenn das noch vorhandene Rohmaterial für andere Zwecke verwendet werde. Da könnte Staatssekretär Mayer eingreifen.

Die Frage der Neukonstituierung des Gemeinderates.

GR. Skaret erklärt, daß auf allen Gebieten der deutsch-österreichischen Verwaltung in der letzten Zeit entsprechende Wandlungen eingetreten seien. In Wien habe die Gemeinde ein Verwaltungsgebiet, das weit über manches Kronland hinausgeht. Die Mandate in den Gemeinderat seien längst abgelaufen. Man könne doch nicht weiter in der gegenwärtigen Zusammensetzung fortwirtschaften. Es würden in der nächsten Zeit gewisse Fragen akut werden und es frage sich, ob der Gemeinderat von allen Wandlungen unberührt bleiben solle. Er würde also den Herrn Bürgermeister, beziehungsweise den Bürgerklub fragen, ob er in dieser Richtung in nächster Zeit Vorschläge zu machen gedenke.

Bgm. Dr. Weiskirchner bejaht diese Frage und bemerkt, daß er darüber mit Kollegen Reumann bereits gesprochen habe.

Ausweis über den Schlachtviehauftriebe auf dem Zentral-Viehmarkte St. Marx

am 29. Oktober 1918.

Schlachtviehauftrieb: 2114 Stück Mastvieh, 482 Stück Beinlvieh, zusammen 2596 Stück. Darunter befanden sich: 1009 Stück Ochsen, 487 Stück Stiere, 1060 Stück Kühe, 40 Stück Büffel, zusammen 2596 Stück.

Ferner langten aus dem Auslande für die Oesterreichische Zentral-Einkaufs-Gesellschaft ein: Schlachtviehauftrieb: — Stück Mastvieh, — Stück Beinlvieh, zusammen — Stück.

Außerdem langten für die Großschlächterei für die Volksfürsorgeaktion ein: Schlachtvieauftrieb: — Stück Mastvieh, — Stück Beinlvieh, zusammen — Stück und für die Eigenregie der Garnison und die Großschlächterei für die Provinz: Schlachtviehauftrieb: 159 Stück Mastvieh, 31 Stück Beinlvieh, zusammen 190 Stück. Darunter befanden sich: 52 Stück Ochsen, 15 Stück Stiere, 123 Stück Kühe, zusammen 190 Stück.

Bericht über die Gesundheitsverhältnisse der Zivilbevölkerung Wiens

in der Zeit vom 21. Oktober bis 2. November 1918.

Die seit Anfang September in Wien herrschende Grippe-Epidemie hat die Gesundheitsverhältnisse der Stadt sehr ungünstig beeinflußt und insbesondere eine Sterblichkeit gebracht, wie sie in Wien seit einem halben Jahrhundert nicht beobachtet wurde. In der Berichtzeit dürfte jedoch der Höhepunkt bereits überschritten sein, da sowohl die Sterblichkeit, noch mehr aber die Zahl der Erkrankungen wesentlich abgenommen haben. In der 42. und 43. Jahreswoche sind insgesamt 2607 und 2152 Personen gestorben, gegen 1753 in der Vorwoche und 807 und 709 im Vorjahre. Die Sterblichkeitsziffern auf 1000 Einwohner mit Ausschluß der Ortsfremden betrugen 51·2, 40 gegen 34·2 in der Vorwoche, 15·2 und 13·2 im Vorjahre. An Grippe und Lungenentzündungen sind in den zwei Wochen 1468 und 1243 Personen gestorben gegen 814 in der Vorwoche; es ist somit ein Abfallen der Sterblichkeit nach Grippe auch ziffernmäßig festzustellen. Noch stärker ist der Abfall der der Erkrankungen. Der Vorstand der Krankenkassen Wiens hat am 18. Oktober einen Stand von 6085 Grippekranken, am 25. Oktober nur mehr 3220, die städtischen Straßenbahnen am 17. Oktober 1495, am 23. nur mehr 885. Die übrigen Infektionskrankheiten wiesen einen sehr geringen Stand auf. An Flecktyphus ist eine Frau aus Galizien und ein polnischer Arbeiter am Kontumazmarkte erkrankt.

Obmänner-Konferenz.

Bericht über die 106. Sitzung am 6. November 1918.

Vorsitzender: Bgm. Dr. Weiskirchner.

Anwesende: Die VB. Hierhammer, Hoß und Rain; die GR. Schmid, Dr. v. Dorn, Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller und Reumann. Mag.-Dior. Pawelka, Ob.Mag.-R. Dr. Mayr, Mag.-R. Dr. Fastenbauer, Dr. Roßkopf und Dr. v. Dierkes. Die Direktoren Menzel und Karel.

Dienstlich verreist: GR. Leitner, Dr. Hein und Skaret,

Schriftführer: Mag.-Ob.-Kom. v. Radler.

Bgm. Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung und teilt mit, Dior. Menzel habe erfahren, daß 60 bis 70 Waggons oberschlesischer Kohle zum Maximalpreis zu haben seien. Er bitte um die Ermächtigung, diese Kohle sofort zu kaufen.

Die Obmänner-Konferenz erteilt die Ermächtigung.

Die Kohlenversorgung des städtischen Gaswerkes.

Dior. Menzel erstattet hierauf den Bericht über den Stand des städtischen Gaswerkes und führt aus, daß der Vorrat an Kohle 36.500 t sei, der durchschnittliche Tagesverbrauch 230 Waggons; das Auslangen wäre also, wenn keine weiteren Zuschübe kommen, für zirka 16 Tage gesichert. Der Stand des Kohlenlagers habe am 9. Oktober 1918 58.400 t betragen. Nach dem Plane des Arbeitsministeriums sollte Ende Oktober der Kohlenvorrat 113.000 t betragen, er sei also nur ungefähr halb so hoch gewesen, als in Aussicht genommen war und seitdem noch ununterbrochen gesunken bis auf 35.000 t. Ueber die Zufuhren aus dem Ostrau-Karwiner Reviere werde Mag.-R. Dr. Fastenbauer berichten, der die Verhandlungen mit dem Arbeitsministerium und durch dasselbe mit dem tschechischen Nationalrate führt. Die Kohlensituation sei kritisch, aber bei weitem nicht so bedrohlich wie die augenblickliche Frage des Ersatzes der Kriegsgefangenen. Im Simmeringer Gaswerke waren 730 italienische Kriegsgefangene beschäftigt, in Leopoldau 200. In Simmering haben die Kriegsgefangenen zirka 55 Prozent des Arbeiterstandes betragen. Die Gefangenen haben erklärt, noch bis Sonntag zu arbeiten; wenn sie dann die Arbeit einstellen, müsse die Gasversorgung Wiens auf das äußerste Maß herabgesetzt werden, wenn sie noch einige weitere Tage aufrecht bleiben solle. Die Bemühungen, an Stelle der Kriegsgefangenen andere Arbeiter zu bekommen, reichen auf mehr als sechs Wochen zurück, auf eine Zeit, wo von dem Zusammenbruch noch keine Rede gewesen ist. Man habe sich schon damals um einen Ersatz umgesehen, weil man sich auf die Zusicherung des Kriegsministeriums nicht verlassen habe, und habe sich an das Gouvernement in Lublin gewendet, das schon zweimal aus der Arbeitersammelstelle in Russisch-Polen Arbeiter zur Verfügung gestellt hatte, ungefähr 34 bis 35 Mann, die noch heute im Werke seien. Es sei auch schriftlich und mündlich die Zusicherung gegeben worden, daß ohne weiteres noch einige hundert Arbeiter zur Verfügung gestellt würden. Tatsächlich seien auch 500 Leute vor acht Tagen in das Gaswerk Simmering geschickt worden, die hätten aber sofort erklärt, nicht zu arbeiten und hätten schleunigst entfernt werden müssen, weil sie Miene machten, auf das Lebensmittelmagazin loszugehen. Die städtische Arbeitsvermittlung sei auch außerstande, einen Ersatz zu beschaffen. Die Direktion habe sich nun sofort mit dem neuen Amte für Heerwesen in Verbindung gesetzt, welchem die personelle und sachliche Demobilisierung unterstehe, und er habe mit dem Unterstaatssekretär Dr. Deutsch und seinem Adjunkten Leutnant Braunsthal und Dr. Hamburger persönlich Fühlung genommen und dabei den Bedarf an Arbeitern mit 1100 Mann bekanntgegeben. Es sei der Direktion von Tag zu Tag zugesichert worden, ein Ersatz werde ohneweiters möglich sein, da die Arbeiter in den großen Munitionsfabriken frei werden würden. Die Angelegenheit sei aber immer wieder hingezogen und es sei heute erklärt worden, daß diese ganzen Agenden von nun an dem Staatssekretär für soziale Fürsorge unterständen, der, wie Dr. Hamburger gesagt habe, ohne weiters in der Lage sein

werde, dem Werke 700 bis 1000 Arbeiter zur Verfügung zu stellen, was aber selbstverständlich ausgeschlossen sei. Er müsse offen gestehen, daß er nicht wisse, woher er einen Ersatz für die Kriegsgefangenen bekommen solle. Die Kriegsfangenen würden von der Gemeinde wie die eigenen Arbeiter behandelt, sie bekämen 8 K Lohn und wenn sie mehr verlangten, auch mehr, daneben freie Verpflegung und Bekleidung. Die Mehrheit sei so einsichtig — wie überhaupt ihre Haltung bisher einwandfrei gewesen sei — daß sie begreifen würden, wenn man ihnen sage, falls sie früher weggingen, würden sie wieder bewaffnet und müßten neuerlich vielleicht gegen Deutschland kämpfen. Es sei aber eine starke Minderheit gegen den Abmarsch, und zwar gerade in Simmering, wo die Züge mit Soldaten vorüberfahren und die Leute sie als Kameraden begrüßten.

Die Leute erklärten also, daß sie nur bis Samstag mehr arbeiten wollen. Aehnlich sei es in Leopoldau, dort sei ein Kriegsgefangenenlager von 1000 Mann, es sei kein einziger Mann mehr zur Bewachung dort, nur ein Hauptmann, der erklärt, daß er nicht mehr im Lager schlafen könne, daß er auch nur bis Samstag bleibe, da seine Bemühungen, Wache zu bekommen, gescheitert seien. Es sei also nicht ausgeschlossen, daß diese Kriegsgefangenen, wenn es an Lebensmitteln fehle, zum Gaswerke zögen und dort plünderten. In Simmering sei nur ein Feldwebel mit zwei Mann, es sei eine eigene Garde von Deutschmeistern gebildet worden, denen 8 K mit voller Verpflegung und Ausrüstung gegeben wurde. Das seien jetzt neun Mann zur Bewachung von 530 Gefangenen. Im Arsenale seien noch zirka 5000 Arbeiter beschäftigt, die auch früher oder später frei würden, aber nicht früher, als die Bezahlung aufhöre. Wenn sie aber auch aufhöre, würden diese Leute im Gaswerke nicht arbeiten können, weil es meist gelernte Handwerker seien, während das Gaswerk gewöhnliche Hilfsarbeiter brauche. Direktor Hofer habe keine Arbeiter. Die ganzen Arbeiter seien seit jeher Slaven, Kroaten, Polen gewesen, Wiener hätten dort niemals gearbeitet, kämen also für diese Arbeiten nicht in Betracht. Also auch die Hoffnung, Leute zu bekommen, wenn in den nächsten Tagen Arbeitslosigkeit eintrete, sei gering. Er ersuche, das Gaswerk zu ermächtigen, überall durch Anschlag mitzuteilen, daß im Gaswerke Leute Beschäftigung finden. Die Arbeiter der Kriegsindustrien haben noch den Lohn für 14 Tage bekommen und arbeiteten früher nicht. Namentlich zum nachmittägigen Schichtwechsel im Gaswerke gingen die Leute nicht, die früher vielleicht bei der Drehbank gestanden seien oder sonst leichte Arbeit gehabt hätten. Dann wäre zu verhandeln mit dem Staatsamt für soziale Fürsorge, das nach Aussage des Dr. Hamburger Arbeiter verschaffen könne. Die Gefahr sei akut. Auch die Kohlengefahr sei ernst, aber nicht so bedrohlich als die Arbeiterfrage. Das Gaswerk habe noch gewisse Vorräte, die auf eine Reihe von Tagen hinweghelfen würden, und er glaube schon, bis Ende des Monates auskommen zu können.

Auf die Frage des GR. Reumann, ob im Augenblicke, als die Arbeiter weggehen, die Versorgung der Stadt mit Gas in Frage gestellt sei, erwidert Dior. Menzel, daß dies momentan der Fall wäre. In den Gasbehältern seien 600.000 m³, die tägliche Abgabe sei 760 000 m³. Wenn die Behälter voll seien, so enthalten sie zirka 850.000 m³, aber auch das spiele keine Rolle, die Behälter geben nur den Ausgleich in den einzelnen Tagesstunden. Wenn die 700 Mann weggehen, betrage der Ausfall in der Produktion sofort mindestens 300.000 m³.

GR. Reumann regt an, ob es nicht möglich wäre, durch eine bedeutende Erhöhung der Taglöhne die Leute noch auf einige Zeit zu fesseln. Er wisse, daß dies für die Zukunft einen gewissen Einfluß habe, aber er glaube, es müßten jetzt alle Mittel angewendet werden; in Zukunft werde ein Sinken der Löhne schon dadurch eintreten, daß das Anbot an Arbeitskräften ziemlich groß sein werde.

Vgm. Dr. Weiskirchner bemerkt, es dürften also nur Zulagen gegeben werden.

GR. Reumann bemerkt fortfahrend, daß das Ministerium für soziale Fürsorge die Leute auch nicht aus dem Boden stampfen könne. Die Leute bekämen jetzt 6 bis 7 K, man müsse ihnen also etwas mehr bieten, um sie für uns zu interessieren. Beim Lagerhaus gebe es jetzt auch Taglöhne von 9 K, mit der Aussicht, im Akkord noch mehr zu verdienen. Vielleicht sollte man eine Konferenz mit den Gefangenen abhalten.

Dior. Menzel teilt mit, daß die Landesstelle für die Kriegsgefangenen diesen telephonisch den Auftrag gegeben habe, bis auf weiteres bei ihrer Arbeitsstelle zu bleiben. Natürlich bestehe dagegen ein gewisses Mißtrauen, das vielleicht schwinden würde, wenn italienische Abgeordnete wie Dr. Pittoni mit ihnen verhandeln würden.

VB. Hierhammer gibt der Meinung Ausdruck, daß man, wenn auch die Italiener noch eine Zeit bleiben, für Ersatz sorgen müsse und da stimme er dem Kollegen Reumann vollkommen zu, daß die Leute bedeutend besser bezahlt werden müßten. Es handle sich darum, das öffentlich bekanntzumachen. Er schlage vor, daß die Rathauskorrespondenz an sämtliche Blätter eine Notiz versende, ferner daß ein Anschlag in den Straßenbahnwagen stattfinde.

Vgm. Dr. Weiskirchner erklärt, daß in dieser Hinsicht der Direktor ermächtigt werde, den Verhältnissen entsprechende Zulagen zu geben. Vielleicht wäre auch der Weg gangbar, daß man sich mit dem Kriegsministerium ins Einvernehmen setze, damit die Arbeiter, die dort frei würden, an das Gaswerk gewiesen würden.

Dior. Menzel teilt mit, daß er sich mit allen großen Firmen in der Umgebung der Gaswerke in Verbindung gesetzt habe, die Leute wollen aber noch weiter dort bleiben. Es seien meistens Handwerker, die Firmen wollen ihre Aufträge noch fertig machen, weil sie hoffen, so noch etwas von ihrem Geld zu retten. Die Leute machen jetzt noch zum Beispiel Scheinwerfer, sogar Stahlhelme.

GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller macht aufmerksam, daß auf den Bahnhöfen täglich zahlreiche Soldaten ankommen, die unterstandslos seien und nicht in ihre Heimat zurückkehren könnten. Es seien alle möglichen Nationalitäten darunter. Man sollte also auch am Ostbahnhof und an anderen Bahnhöfen, wo die Leute ankommen, plakatieren, daß sie hier Arbeit und Quartier bekommen könnten. Jetzt kümmere sich niemand um die Leute, sie kämen in einem schrecklichen Zustand an, seien tagelang ohne Essen gefahren, so daß sie glücklich wären, wenn sie ein Bett und Essen bekämen. Genau so sei es am Nordbahnhof. Diese Leute kämen zu ihm und er könne ihnen nicht helfen, weil das Ministerium die Beihilfe verweigere. Er bitte den Herrn Bürgermeister, darüber mit Dr. Mataja zu sprechen

und ihn auf die Gefahr aufmerksam zu machen, wenn man für diese Leute nicht sorge.

Bgm. Dr. Weiskirchner teilt mit, daß diese Soldaten durch die akademische Legion in den Schulen untergebracht werden würden. Er ersuche Herrn Dior. Menzel, sich ein Verzeichnis der Schulen geben zu lassen und Ingenieure hinzusenden, um die Leute auf das Gaswerk aufmerksam zu machen.

Reg.-R. Schmid meint, daß die Leute, die ankommen und nach Rumänien fahren wollen, nicht hier bleiben wollen.

Bgm. Dr. Weiskirchner bezeichnet den Vorschlag des Kollegen Dr. v. Schwarz-Hiller als sehr beachtenswert. Der Bürgermeister bemerkt weiters, daß 36.000 t Kohle im Gaswerke seien, bei einem täglichen Verbrauche von 2300 t reiche der Vorrat auf 14 bis 16 Tage In 14 Tagen könne doch die Verkehrsfrage geregelt sein. Er habe heute aus Krakau ein Telegramm bekommen, daß die polnische Regierung in Anbetracht der drohenden Frostgefahr die Durchfuhr von Kartoffeln bewillige. Das sei doch ein Anzeichen, daß eine gewisse Einsicht einzukehren beginne.

Dior. Menzel teilt mit, daß ungefähr 260 Waggons Kohle gekommen seien, wodurch das Lager gestiegen sei.

Der Kohlenstand im städtischen Elektrizitätswerke.

Dior. Karel berichtet über den Stand im Elektrizitätswerke und führt aus, daß die Direktion schon am 9. August 1918 über den kritischen Stand berichtet hatte, daß trotz aller Urgenzen der Kohlenvorrat im verflossenen Sommer weit hinter dem Vorjahre zurückgeblieben sei. Er habe am 30. September 1918 nur 44.000 t betragen, während er am gleichen Tage des Vorjahres 78.000 t betragen habe. Dabei seien noch durch den Betrieb des Ueberlandwerkes Ebenfurth bis 30. September 1918 27.000 t erspart worden, sonst wäre der Vorrat überhaupt nur mehr 16.000 t. Die Direktion habe damals um Intervention der Gemeinde gebeten und der Stadtrat habe sich an die Regierung gewendet, daß die Kohlenlieferungen sofort verbessert und 300 kräftige Erdarbeiter für den Bergbau in Zillingsdorf und Neufeld zugewiesen werden, wo an 30.000 Waggons Kohle abgelagert sei und die Förderung auf 100 Waggons täglich gebracht worden sei. Es sei aber nicht gelungen, das aufrecht zu erhalten, im Gegenteile, die Förderung sei wegen Leutemangel auf 50 bis 60 Waggons täglich gesunken. Die Aktion der Gemeinde habe nur den Erfolg gehabt, daß das Kriegsministerium die Aufstellung von drei Bergarbeiterkompagnien und die Beistellung von 154 Kriegsgefangenen aus Temesvar versprochen habe. Seitdem seien die bekannten Verhältnisse eingetreten und er glaube nicht, daß von dieser Seite Hilfe zu erwarten sei. Eine Besserung der Zufuhren sei nicht eingetreten, im Gegenteile, sie haben in beängstigender Weise abgenommen. Vom 1. bis 29. Oktober 1918 seien aus Ostrau-Karwin nur mehr ein Drittel, 3600 statt 10.100 geliefert worden, aus Nordwestböhmen 4000 statt 9000, aus Oberschlesien 8000 statt 15.850. Wir haben im ganzen 35.000 statt 70.000 t bekommen. Der Vorrat habe am 29. Oktober 1918 nur mehr 33.000 t betragen, seitdem sei er noch unter 30.000 gefallen. Wenn der Kohleneingang in den nächsten Monaten der gleiche bleibe wie im Oktober, so könnten die Vorräte bis Ende Dezember ausreichen. Das Werk habe auch Kohle, die über dieses angegebene Quantum hinausreiche, und mit der noch durch eine gewisse Zeit das Auslangen gefunden werden könnte. Nun liege die Sache so, daß das Werk gegenwärtig überhaupt keine Kohle bekomme. Manchen Tag komme nichts, dann wieder 1, 10 oder 12 Waggons. Er glaube, daß da eine Intervention bei den k. k. Ministerien nichts mehr nütze und die Verhandlungen durch den Staatssekretär für öffentliche Arbeiten mit dem tschechoslowakischen Staate wegen der Zufuhr aus Ostrau-Karwin und dem Pilsner Revier zu führen wären, ebenso bezüglich der Durchfuhr aus dem westböhmischen und oberschlesischen Revier. Nun bestehe aber die weitere Gefahr, daß infolge der politischen Verhältnisse vielleicht gar nicht mit einer Kohlenzufuhr aus Ober-Schlesien zu rechnen sei. Er könne sich nicht vorstellen, daß die Deutschen, wenn das Land hier von den Feinden besetzt werde und der Krieg fortdauere, ihre Waggons mit Kohle hereinschicken würden. Das Elektrizitätswerk beziehe aber die Hälfte seines Bedarfes aus Deutschland. Nun habe er noch die Nachricht bekommen, daß die Kriegsgefangenen im Ebenfurther Kraftwerk und in Neufeld die Tagbauarbeiten eingestellt hätten. Die Folge sei die Einstellung des Betriebes in Ebenfurth gewesen. Heute werde wohl gefahren, es werde aber nur ein unbeträchtliches Quantum elektrischer Energie geliefert, weil keine Leute da seien. Es sei also notwendig, an Sparmaßnahmen zu denken, damit man der Direktion keinen Vorwurf mache. Der Straßenbahnbetrieb, der gegenwärtig 46 Millionen Kilowatt-Stunden im Jahr erfordere, sei so unzulänglich, daß eine weitere Restringierung aufreizend wirken würde. Er müsse also so lange als möglich aufrecht erhalten werden. Allerdings müsse er auch bitten, daß eine Verbesserung des Verkehres erst dann eintrete, bis die Belieferung mit Kohle besser geworden sei und der Bergbau wieder flott werde. Die Direktion habe diesfalls alles mögliche verfügt und sich an die Gemeindevorsteher der umliegenden Orte gewendet, dort plakatiert und auch mit den Firmen am Steinfeld verhandelt, sie sollen ihre freiwerdenden Arbeitskräfte schicken.

Es sei auch annonciert und an einzelnen Bahnhöfen in der Nähe seien Plakate angeschlagen worden, daß in der Zentrale Ebenfurth sofort Maschinisten, Schlosser, Maurer, kräftige Erd- und Kohlenarbeiter gegen gute Bezahlung, Unterkunft und Verpflegung aufgenommen werden würden. Es komme aber niemand. Die Leute die kämen, verlangten einen Taglohn von mindestens 22 K. Er habe sich auch an das Amt für soziale Fürsorge und die städtische Arbeitsvermittlung gewendet, aber bisher nichts erreicht. Es werde auch sofort der Vorschlag des GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller ausgeführt und getrachtet werden, für den Bergbau Rumänen zu bekommen, die gerade die richtigen Leute dazu wären. Was die Beleuchtung betreffe, so sei sie in den Geschäftslokalen und bei den Privaten schon äußerst reduziert. Es würden aber noch 41 Millionen Kilowattstunden für Beleuchtungszwecke gebraucht und viel lasse sich da nicht ersparen. Es bleiben also nur Sparmaßnahmen bei der Strombelieferung für motorische Zwecke, die jetzt 93 Millionen Kilowattstunden erfordere. Es müsse verlangt werden, daß die Nachtschichten in allen Betrieben, die nicht Approvisionierungszwecken dienen oder ihrer Natur nach ununterbrochen sein müssen, eingestellt und die Arbeitszeit von 3 Uhr früh bis 3 Uhr nachmittags festgesetzt werde. Dadurch werde eine Kohlenersparung von 6½ Waggons pro Tag erzielt. Man könnte auch die Wohnungsbeleuchtung in der Weise einschränken, daß bei Berechnung die

zulässigen Verbrauchsquantums unter sonstiger Aufrechthaltung des heutigen Verrechnungsmodus eine Brenndauer bis 9 Uhr statt bis 11 Uhr abends zugrunde gelegt werde. Gegenwärtig dürften vier Räume beleuchtet werden, das erfordere soviel Strom, als wenn in jedem dieser Räume von Einbruch der Dunkelheit an bis 11 Uhr eine Lampe brennen würde, die 60 Watt braucht. Das lasse sich noch reduzieren. Am Lande hätten ja die Leute gar kein Licht, man könne also verlangen, daß die Leute sich kurze Zeit einschränken, und das ergebe eine Ersparnis von zwei Waggons täglich. Dann könnte noch ein Waggon erspart werden, wenn in allen Betrieben und Aemtern die durchgehende Arbeitszeit obligatorisch festgesetzt würde. Ausnahmen könnte es ja geben, es wäre auch nur für kurze Zeit. Dann könnte noch verlangt werden, daß die Geschäfte, mit Ausnahme der Lebensmittelgeschäfte, bei Einbruch der Dunkelheit geschlossen werden. Viele machen das ohnehin und das gebe wieder einen Waggon täglich, die Einstellung der Personenaufzüge einen halben Waggon, die Sperrung der Theater, Varietees und Kinos einen Waggon pro Tag. Alles zusammen ergäbe eine Ersparnis von 11½ Waggons täglich und mit Rücksicht darauf, daß an Sonn- und Feiertagen nicht soviel gebraucht werde, monatlich 300 Waggons Kohle, die erspart würden. Diese Sparmaßnahmen müßten spätestens Mitte November in Kraft treten, wenn sich bis dahin die Kohlenbelieferung nicht gebessert habe.

Wenn aber die Zufuhren dann noch weitere acht Tage so schlecht bleiben, müßten noch strengere Maßregeln erfolgen, vor allem die Kürzung der Fabriksbetriebe, so daß nur fünf bis sechs Stunden gearbeitet werde. Die erste Stunde ergäbe eine Ersparnis von drei Waggons, die zweite und die folgenden Stunden würden bereits 4 bis 4½ Waggons stündliche Ersparung ergeben. Es werde nämlich mehr, weil, wenn man nur eine Stunde kürze, viele Betriebe sich in der Weise helfen würden daß sie während dieser Zeit die Motoren weiter arbeiten lassen, infolgedessen ergäbe die erste Stunde weniger Ersparnis. Dann müßte eine wesentliche Einschränkung des Straßenbahnverkehres verlangt werden. Die Konsequenzen derartiger Maßnahmen wären in der gegenwärtigen Zeit so weitreichend, daß er glaube, daß seitens der Regierungsstellen alles getan werden müsse, daß rechtzeitig Kohle geliefert werde, so daß der Bevölkerung diese neuerliche Plage erspart werde. Er müsse auf die Situation aufmerksam machen und diese Sparmaßnahmen beantragen, damit die Direktion dann nicht ein Vorwurf treffe. Bezüglich der Beschaffung von Arbeitskräften bitte er, zur Kenntnis zu nehmen, daß auch in Wien heute einige hundert italienische Kriegsgefangene den Dienst eingestellt und zum Teil auch verlassen hätten. Der größte Teil seien qualifizierte Arbeiter, die an den wichtigsten Stellen verwendet würden. Nun habe er aber schon zu Beginn des heurigen Jahres mit der Eventualität gerechnet, daß der Krieg plötzlich zu Ende sein und diese Leute wegfallen könnten. Infolgedessen habe er veranlaßt, daß zirka 130 kaufmännisch und technisch gebildete Bureaubeamte im Betriebsdienst ausgebildet werden. Diese Herren müßten jeder eine Woche reguläre Schichten mitmachen und alle vier oder sechs Wochen seien sie zu einer Art Waffenübung einberufen worden, damit sie das Gelernte nicht vergessen. Dadurch sei das Werk imstande, sich über diese Schwierigkeit hinwegzuhelfen. Es sei also eine Unterbrechung des Betriebes in Wien nicht zu befürchten.

Regierungsrat Schmid bedauert, daß in Neufeld der Betrieb ganz eingestellt werden müßte. Man müßte doch den Leuten höhere Löhne geben. 22 K seien sehr viel; man müßte ihnen eben Extrazulagen geben, damit kein Präjudiz daraus entstehe. Da man jetzt darauf angewiesen sei, müßte man wenigstens für die Uebergangszeit mehr bewilligen. Von den Sparmaßregeln verspreche er sich nicht viel, obwohl man vielleicht auch in der Richtung etwas tun solle. Bei der Wohnungsbeleuchtung ginge es vielleicht noch, aber bei den Kaffeehäusern und Gasthäusern nicht. Auch die durchgehende Bureauzeit wäre sehr gut.

Bgm. Dr. Weiskirchner bemerkt, daß man sich mit dem Gewerbeverein und der Handelskammer ins Einvernehmen setzen müßte.

Ob.Mag.-R. Dr. Mayr erwidert, daß dies geschehen sei, aber alle hätten sich ablehnend verhalten.

Bgm. Dr. Weiskirchner schlägt vor, sie ins Rathaus einzuladen; Dior. Karel solle ihnen die Lage darstellen. Die durchgehende Bureauzeit sei auch für die Gemeinde nicht angenehm, aber es müsse sein.

Regierungsrat Schmid meint, daß sich, was die motorischen Betriebe betreffe, das wohl von selbst ausgleichen werde, nachdem so viele Kriegsbetriebe keine Arbeit mehr hätten.

VB. Rain führt aus, daß die Angelegenheit in zwei Gruppen zu teilen sei. Was die Ersparung in den Wohnungen, die Zusammenlegung der Bureauzeit und die Aufzüge betreffe, so lasse sich darüber sprechen. Eine Reduzierung bei der Industrie werde aber auf die Arbeitsverhältnisse rückwirken. Er stehe auf dem Standpunkte des GR. Schmid, wenn man 300 Arbeiter benötige und ihnen um 10 K täglich mehr zahlen müsse, so mache dies 90.000 K im Monat, wie stehe aber dem gegenüber der wirtschaftliche Schaden. Heute seien bei ihm einige Leute gewesen, Maschinisten von der Marine, welche um Aufnahme als Maschinisten gebeten hätten. Vielleicht könnte man, nachdem zirka 1000 deutsche Marineangehörige zurückgekehrt seien und sich im Marineministerium aufhalten, mit diesen verhandeln. Die Leute seien 12, 15 und 20 Jahre bei der Marine gewesen, sie seien plötzlich entlassen worden und nicht imstande, eine Stellung zu bekommen, weil die Kriegsindustrie sie nicht mehr aufnehme. Er habe beim Staatsrate Zerdik wegen der Kohle vorgesprochen. Dieser verhandle mit dem Vertreter des böhmischen Staatsrates und es scheine, daß betreffs der Eisenbahnen eine Einigung zustandekomme, daß Zug für Zug ausgetauscht werde, daß für jeden Waggon, der hereinkomme, ein Waggon leer oder mit tschechischen Soldaten hinausgehe. Staatsrat Zerdik glaube, das werde in einigen Tagen geregelt sein.

Dior. Karel bemerkt, daß die Maschinisten von der Kriegsmarine besser im Wiener Werk gebraucht werden könnten, nach Zillingdorf gingen sie nicht. Er sei auch überzeugt, daß sie die Arbeit dort nicht machen könnten, denn sie sei eine schwere. Um nicht mißverstanden zu werden, bemerke er, die Direktion müsse diese Sparmaßnahme vorschlagen, wenn sie nicht binnen acht Tagen Kohle oder eine Zusicherung auf Kohlenzuschübe bekomme. Es sei eine Drohung, sonst nichts. Die Regierung solle überlegen, was geschehen werde, wenn der Betrieb eingestellt werden müßte. Es werde aber geschehen, wenn es so weiter geht. Er hege überhaupt Befürchtungen für die spätere Zeit.

Bgm. Dr. Weiskirchner stellt fest, daß, soferne die nötigen Arbeiter für Zillingsdorf da seien, die Aufrechthaltung eines Teiles der Stromversorgung gesichert sei. Staatssekretär Zerdik hoffe, daß in absehbarer Zeit, in acht bis zehn Tagen, die Sache gehen werde, so lange könne das Werk aushalten. Das Elektrizitätswerk sei gegenüber dem Gaswerke im Vorteile dadurch, daß es, wenn auch Arbeiter fehlen, durch die technischen Beamten den Betrieb halbwegs aufrecht erhalten könne. Er möchte heute noch nicht mit Sparmaßregeln drohen. Er halte das nicht für glücklich.

GR. Reumann ist der Meinung, daß über diese Maßnahmen vorläufig in der Oeffentlichkeit gar nichts gesagt werden solle. Es herrsche genug Aufregung und es könnte das Anlaß zu recht zahlreichen Rekriminationen geben. Was die Verkürzung der Arbeitszeit in den Betrieben betrifft, so müßte man auch mit den Unternehmern sprechen, weil man nicht wisse, welche Haltung diese einnehmen. Er mache aufmerksam, daß die Verkürzung der Arbeitszeit dann nicht vorübergehend sein werde, und daß man die kontinuierliche Arbeitszeit nicht mehr wegbringen werde. Das habe eine gewisse Bedeutung für die ganze Produktion. Er glaube, das Hauptbestreben müsse sein, Kohle aufzutreiben. Jedenfalls müsse man auch mit jemand vom Staatsrat darüber sprechen, damit von dort aus Unterstützung komme. Wenn man sehe, daß es nichts nütze, könnte man vielleicht die Herren in die Obmänner-Konferenz einladen und wenn man ihnen hier den Ernst der Situation darstelle, werde das einen gewissen Nachdruck geben.

GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller spricht sich ebenfalls entschieden gegen die Androhung von Sparmaßregeln aus, weil die Verminderung der Beleuchtung geradezu ein Appell an alle lichtscheuen Elemente sei, sich zusammenzuraffen. Er sei sonst immer für volle Offenheit, hier aber vorläufig für Zurückhaltung. Den letzten Vorschlag des Kollegen Reumann würde er wärmstens befürworten. Es seien schon Präzedenzfälle dagewesen, und es würde dies sicher einen Eindruck auf die maßgebenden Faktoren machen.

GR. Dr. v. Dorn ist ebenfalls nicht für eine öffentliche Drohung, aber der Regierung müßte man dies mitteilen und darauf hinweisen, daß ihre eigene Popularität daran hänge und daß sie große Angriffe zu erwarten habe, wenn sie nicht die richtige Vorsorge treffe.

Die Kohlenversorgung Wiens.

Mag.-R. Dr. Fastenbauer berichtet hierauf über die Kohlenversorgung und führt aus, daß durch das Verbot der Ausfuhr von Kohle aus dem tschecho-slowakischen Staat und der Durchfuhr der deutschen Kohle die Lage der Kohlenversorgung Wiens äußerst bedenklich geworden sei. Man sei ganz auf die Vorräte angewiesen. Am Nordbahnhofe seien nur zirka 62.000 t, von denen beiläufig 40.000 t Industriekohle seien, so daß für den Hausbrand nur 20.000 t übrigblieben. Unser Wochenbedarf an Hausbrand sei 20.000 t, für Gewerbe und Industrie an Grobkohle 5000 t, zusammen 25.000 t. Es sei also kaum für eine Woche Vorrat da. Die Situation bessere sich aber dadurch, daß infolge der Beschlagnahme noch einige Kohle anrolle. Speziell in letzter Zeit seien auf diese Art 210 Waggons gesichert worden, dann sei noch die Produktion des Gaswerkes, so daß auf täglich 50 Waggons zu rechnen sei und mindestens bis Mitte der nächsten Woche mit dem Hausbrand das Auslangen gefunden werde. Die Beurteilung der Lage auf den städtischen Kohlenplätzen sei schwierig, weil die Vorräte nicht genau geschätzt werden können, indem ein nicht unwesentlicher Abgang durch Schwund, Diebstähle und Vergrießung entstehe. Die kleinen Plätze werden bis Samstag Kohle haben, die größeren Plätze, wie Westbahnhof, Matzleinsdorf etc. dürften vielleicht noch für drei Wochen versorgt sein. Es werde also später nötig sein, die Kunden der kleineren Plätze dorthin zu überweisen. Es handle sich nun darum, welche Vorkehrungen zu treffen seien. Schon am 22. Oktober sei im Arbeitsministerium über westfälische Kohle verhandelt worden.

Das Arbeitsministerium habe darauf hingewiesen, daß möglicherweise Schwierigkeiten eintreten werden, indem speziell die Anlieferung aus Nordwestböhmen in der letzten Woche weit hinter dem Bedarfe zurückbliebe. Auch die Zufuhr aus Ober-Schlesien sei infolge Waggonmangels restringiert worden. Es sei mit der Oesterreichischen Kohleneinfuhr-Gesellschaft die Lieferung von 2000 Waggons westfälischer Kohle vereinbart worden. Am 24. Oktober sei mit dem Großkohlenhandel die Räumung von 32 Rutschen zur Einlagerung dieser Kohle vereinbart worden. Am 26. Oktober sei er schriftlich vom Abschluß des Vertrages verständigt worden. Die Kohle rolle bereits, dürfte aber nicht vor Mitte nächster Woche kommen, denn mit der Versendung sei, nachdem das Oktoberquantum nicht mehr zur Verfügung gewesen sei, erst im November begonnen worden, der Termin sei also erst vom 4. November an zu rechnen und dürfte die Lieferung zehn bis zwölf Tage, unter Umständen 14 Tage dauern. Eine Schwierigkeit bestehe bezüglich des Kohlenpreises, der außerordentlich hoch sei, so daß diese Kohle in Wien wahrscheinlich auf 23 K zu stehen kommen werde, während der gewöhnliche Preis 10K 80h sei. Es bleibe vorläufig nichts übrig, als die Sache unter allen Umständen anzunehmen. Im Arbeitsministerium sei auch erwogen worden, für den Fall der Sperrung der böhmischen Linien, die jetzt tatsächlich erfolgt sei, oberschlesische Kohle auf einem Umwege über Sachsen, Regensburg und Passau hereinzubringen. Diese Maßregel sei aber nicht durchführbar, nachdem diese deutsche Linie nicht genügend leistungsfähig sei. Daher sei das Hauptgewicht darauf gelegt worden, die deutschböhmische Kohle zu erhalten, und am 30. Oktober sei mit dem Gesandten Tusar verhandelt worden. Am 31. Oktober abends habe eine neuerliche Besprechung mit ihm stattgefunden, er habe sich entschuldigt, daß die Sache nicht vorwärts gehe, weil seine Regierung auch erst im Entstehen begriffen sei. Am 4. April sei es endlich gelungen, mit Zerdik in Verbindung zu treten. Er habe ihm auseinandergesetzt, daß die Gemeinde unbedingt so rasch als möglich Kohle brauche, und er habe sofort zugestimmt daß Verhandlungen mit Prag wegen der Durchfuhr stattfänden. Ober-Bergrat Kloß sollte nach Prag fahren. Bei den Vorbereitungsarbeiten habe sich aber herausgestellt, daß ein Vertreter der Prager Regierung in Wien ist, so daß die Verhandlungen sofort hier aufgenommen werden könnten. Sie seien gestern eingeleitet und heute fortgesetzt worden, im wesentlichen habe schon Herr VB. Rain darüber berichtet. Die Regierung suche zunächst den wirtschaftlichen und politischen Teil zu trennen, weil der politische Teil wahrscheinlich nicht so rasch fertig sein werde. Es sei ja bestritten,

ob das nordwestböhmische Revier tschechisches oder deutsches Staatsgebiet sei. Das Hauptgewicht sei darauf gelegt worden, daß, bevor irgendwelche weitere Verhandlungen stattfinden, vorläufig die Kohle von Nordwestböhmen abrolle. Drei bis vier Züge im Tag, damit wenigstens der dringendste Bedarf gedeckt sei. Es habe den Anschein, als ob die Tschechen hier entgegenkommen würden, und es dürfte auch in nächster Zeit die Eisenbahnfrage durch Wagenaustausch geregelt werden. Der Kohlenbedarf des Gaswerkes und Elektrizitätswerkes sei dem Staats-Sekretär ebenfalls mitgeteilt worden. In der Zwischenzeit sei nun eine neue Schwierigkeit wegen Lieferung der deutschen Kohle aufgetaucht; infolge der Nachricht vom Waffenstillstand sei es fraglich, ob die deutsche Kohle überhaupt kommen werde, nachdem die Entente den gesamten österreichischen Wagenpark benützen darf. Nun habe aber eine Anfrage beim Reichs-Kohlen-Kommissär ergeben, daß die deutsche Regierung derzeit nicht daran denke, die Zufuhr einzustellen, die westfälische Kohle rolle weiter, oberschlesische sei auch versprochen für den Moment, wo die Durchfuhr durch Böhmen freigegeben werde. Die deutschen Lieferanten seien aber um ihr Geld besorgt und Samstag habe er telegraphisch die Weisung bekommen, daß die Kohle erst geliefert werden dürfe, wenn eine Staatsgarantie gegeben, die bereits gelieferte Kohle bar bezahlt und die künftigen Lieferungen im voraus bezahlt würden. Er habe in der Sitzung, die im Ministerium stattfand, sofort die Erklärung abgegeben, daß die Gemeinde Wien bezüglich der nach Wien rollenden Kohle selbst die Garantie leisten werde, und weil der Staatsrat noch nicht so weit sei, eine derartige Garantie leisten zu können, vereinbart, daß die alte k. k. Regierung die Haftung für die Lieferungen im Oktober übernehmen müsse, weil diese Lieferungen noch unter der alten Herrschaft erfolgt seien, während die neue Regierung die Garantie pro November übernehme, wobei er auch erklärt habe, daß die Gemeinde für die Lieferung im November selbst garantiere. Sonntag vormittags sei es noch gelungen, 2·2 Millionen Mark durch die Länderbank aufzubringen und Montag und Dienstag sei es gewiß gewesen, daß heute die Verständigung des Reichsamtes erfolge, daß die Garantie geleistet werde, wobei der Großhandel die Gegenleistung in Kronen bezahle.

Die Obmänner-Konferenz stimmt diesem Vorgange zu.

Mag.-Rat Dr. Fastenbauer bemerkt weiters, daß Ober-Bergrat Kloß telegraphisch mitgeteilt habe, er habe vor einigen Stunden die Verhandlungen abgeschlossen, die Kohle werde in geschlossenen Zügen abgesandt.

Das 250 Millionen Kronen-Anlehen.

Bgm. Dr. Weiskirchner berichtet hierauf über die Verhandlungen mit den Banken wegen des 250 Millionen Kronen-Anlehens und führt aus, daß das Komitee folgendes erreicht habe. Die Banken hätten ursprünglich nur 100 Millionen fix übernehmen und für weitere 100 Millionen eine einjährige Option bewilligen wollen. Es sei gelungen, zu erreichen, daß die Banken die ganzen 250 Millionen sofort übernehmen, und zwar auf 60 Jahre und zu vier Prozent. Zweitens sei eine einjährige Marktfreiheit gefordert gewesen, und zwar vom Momente der Option an. Die Banken akzeptieren nun eine sechsmonatliche Marktfreiheit; außerdem gelte diese nicht für Valuta-Anlehen der Stadt Wien. Der größte Kampf sei um den Uebernahmskurs gewesen. Die Banken hätten zuerst 88 vorgeschlagen. Er müsse anerkennen, daß die Kollegen im Verhandlungs-Komitee ohne Unterschied der Partei dem General-Direktor Rotter gegenüber mit allem Nachdruck den Standpunkt der Gemeinde bezüglich der Erhöhung des Kurses vertreten hätten. Die Banken haben gestern 89 geboten, also ein Prozent Aufbesserung; er habe 90 gefordert. Die Banken haben erklärt, sie seien bereit, auch noch einen höheren Kurs zu gewähren, machten jedoch aufmerksam, daß nach ihrer langjährigen Erfahrung der Gemeinde abgeraten werden müsse, zu einem höheren Kurs zu begeben, weil dadurch die Begebbarkeit des Anlehens beeinträchtigt werde. Es sei das wirklich Gefühlssache. Es sei zweifellos, daß ein niedrigerer Kurs einen höheren Anreiz zur Abnahme bilde; wie weit aber das Publikum einen solchen Anreiz brauche, darüber gingen die Meinungen auseinander. Die Meinung der Banken sei, daß ein Emissionskurs von 92 unter den jetzigen Verhältnissen nicht genug Anreiz biete. Ferner sagen die Banken nicht mit Unrecht, unsere alten vierprozentigen städtischen Anlehen hätten jetzt einen Kurs von 94, die Spannung zwischen diesem Kurs und einem Emissionskurs von 92 für das neue Anlehen wäre zu gering, denn jeder Zeichner wolle auch einen Kursgewinn machen. Er habe schon gedacht, ob nicht ein neues Anbot gemacht werden sollte, daß die Banken mit $89^1/_2$ übernehmen und die zwei Prozent, die sie für ihre Spesen rechnen, auf $1^1/_2$ Prozent herabsetzen. Bei einem Kurs von $89^1/_2$ und einer Spannung von $1^1/_2$ Prozent haben die Banken einen Emissionskurs von 91, bei dem sie auf einen Erfolg hoffen. Das wäre also noch in Erwägung zu ziehen. Was die Mündelsicherheit betreffe, so sei die diesbezügliche Eingabe bereits überreicht und er hoffe, daß die Nationalversammlung in der nächsten Sitzung darüber beschließen werde. Endlich sei noch eine Frage gewesen. Für den Fall, als wider Erwarten die 250 Millionen voll gezeichnet werden, also der unbegebbare Rest im Portefeuille der Banken bliebe, verlangen diese, daß ihnen die Mobilität des Kapitales dadurch gesichert werde, daß die Obligationen von der Oesterreichisch-ungarischen Bank belehnt und in das Verzeichnis der mit einem höheren Prozentsatz belehnbaren Effekten aufgenommen werden. Es habe nun Ob.Mag.-R. Dr. Held beim Generalsekretär Schmied vorgesprochen und folgende Nachricht erhalten: Nach § 65 der Bankstatuten belehnt die Oesterreichisch-ungarische Bank alle Anlehens-Obligationen, die auf Grund behördlicher Bewilligung von Gemeinden und anderen zur Ausschreibung von Umlagen berechtigten Körperschaften ausgegeben werden. Die Mündelsicherheit sei keine Bedingung für die Belehnung, wohl aber die börsenmäßige Kotierung, um die anzusuchen wäre. Dies werde geschehen, und in dieser Beziehung seien also die Bedenken des Bankenkonsortiums hinfällig. Für den Rest des Anlehenskapitales, der durch die Belehnung der Oesterreichisch-ungarischen Bank nicht gedeckt werde, haben die Banken gefordert, daß wir ihnen Wechsel ausstellen, welche mit dem Giro einer Wiener Großbank versehen, bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank eskomptiert werden können.

Es sei selbstverständlich, daß die Banken für die Mobilität ihres Kapitales sorgen müssen. Er hätte auch gegen diese Wechsel nichts einzuwenden, den Wert haben wir ja in Händen, und er glaube, daß das wirklich nur der Ausdruck zu großer Aengstlichkeit sei, denn er habe nach wie vor die Ueberzeugung, daß diese 250 Millionen Kronen glatt begeben

werden und kein Rest bleiben werde. Die Banken übernehmen also zu vier Prozent mit 60jähriger Amortisation ein Anlehen im Betrage von 250 Millionen zum Kurse von 89; sollten die Herren seinem früheren Vorschlage zustimmen, so würden die Banken auch mit 89·5 übernehmen. Die Banken werden dieses Anlehen zur Subskription auflegen, die Gemeinde müsse aber die Verpflichtung übernehmen, den durch Subskription nicht bedeckten Teil eventuell durch Wechsel sicherzustellen. Die Banken verlangen ferner die Marktfreiheit für die Zeit von sechs Monaten ab Annahme des Anbotes; das gelte jedoch nicht für Valuta-Anlehen. Die Gemeinde übernehme die Rentensteuer, erwirke die Ermächtigung zur Ausgabe von Teilschuldverschreibungen bei der n.-ö. Landesversammlung und die Mündelsicherheit bei der deutschösterreichischen Nationalversammlung. Die Emission soll womöglich binnen acht Tage nach Abschluß erfolgen. Die Banken wahren sich in dieser Zeit das Recht des Rücktrittes, falls die Börse und die öffentlichen Kassen zu funktionieren aufhören sollten.

GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller meint, daß man ja teilweise recht zufrieden sein könne, weil gegenüber dem ersten Anbot Erfolge erzielt worden seien. Mit einem Punkte sei er aber nicht einverstanden, das sei der Kurs und daß die Banken zwei Prozent verlangen. Er habe bereits in der früheren Sitzung und auch dem Herrn General-Direktor Rotter gesagt, das Geschäft sei ein Geschäft nicht nur für die Gemeinde, sondern für die Banken. Nach seiner Ansicht müßten sie da bei aber nicht verdienen. Er behaupte sogar, daß die Spesenquote von 1·5 Prozent nicht aufgebraucht werden werde. Es sollten diese 1·5 oder 2 Prozent beim ersten Anlehen im neuen Oesterreich überhaupt aufgelassen werden. Wenn die Banken nicht einsehen, daß ein vernünftiger Kurs für die Stabilisierung des Gemeindekredites wichtig sei, bedaure er dies. Er habe sich vorgenommen, dem Herrn Bürgermeister vorzuschlagen, mit Rücksicht auf die außerordentliche Zeit und die außerordentliche Bedeutung dieser ersten deutschösterreichischen Anleihe auch einen außerordentlichen Vorgang zu wählen, daß zur Subskription in Gestalt eines Aufrufes eine Erklärung der Obmänner-Konferenz hinausgegeben werde, von sämtlichen Mitgliedern unterschrieben, worin die Bevölkerung auf die Bedeutung der neuen Anleihe aufmerksam gemacht und die Einhelligkeit des ganzen Gemeinderates in dieser Frage kundgetan werde. Er könne nur sagen, daß in Deutschland diese Erklärung bei der Kriegsanleihe einen außerordentlichen Eindruck gemacht habe. Er sehe von einem Begebungskurs von 92 ab und sage 91·5, aber für die Gemeinde müsse der Kurs 90 bleiben. Bei einem Vergleiche der Staatsrenten und der Papiere der Gemeinde Wien sehe man, daß die Rente durch den Krieg etwa 25 Prozent, die Anlehen der Gemeinde Wien aber nur etwa 4 Prozent zurückgegangen seien. Er beantrage also 90 als Uebernahmskurs, 91·5 als Emissionskurs.

Regierungsrat Schmid führt aus, daß nur Direktor Rotter anwesend gewesen sei und es sei ihm vorgestellt worden, daß es im eigenen Interesse der Banken sei, bei diesem Anlehen recht liberal vorzugehen, weil jetzt eine gewaltige Strömung gegen die Banken bestehe. Die Banken seien aber jetzt sehr ängstlich, weil die Abhebungen sehr groß seien. Es spiele auch die Besorgnis mit, weil Dr. Steinwender Staatssekretär für die Finanzen sei, und die Leute fürchten, für den Fall einer Vermögensabgabe an ihren Depots sehr viel zu verlieren. Da müßte man aufklärend wirken. Wenn auch die Depots gekündigt werden, bliebe den Leuten doch nichts anderes übrig als zu zahlen. Das Wichtigste sei, daß wir die 250 Millionen auf einmal bekämen. Was den Kurs betreffe, so sei er ganz der Meinung des Kollegen Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller, daß die Gemeinde vom Kurs von 90 Millionen nicht abgehen solle. Bei 1½ Prozent Spesen verdienten die Banken noch immer.

GR. Neumann erklärt, daß er auch für den Antrag des Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller sei. Wenn es aber nicht gelinge, den Kurs von 90 Millionen zu erreichen, möchte er nicht, daß nochmals die ganze Geschichte besprochen werden müsse.

Die Obmänner-Konferenz ermächtigt den Herrn Bürgermeister zum Abschluß des Uebereinkommens.

VB. Rain führt aus, daß in ein paar Tagen gewaltige Veränderungen eintreten könnten. Bei einem Friedensschluß Deutschlands werde die Gefahr eines Durchzuges von Truppen erspart. Es könne auch der Friede bis dahin geschlossen sein. Ein großer Teil der Leute, die überflüssiges Geld hätten, und das seien Tausende von Familien, nicht nur unter den Großkapitalisten, sondern im Mittelstand, würden dann die Papiere nehmen wollen. Es ergebe sich also für dieses Papier eine Klientel, die die Banken ausnützen würden. Wenn man den Banken im vorhinein vom höheren Kurs nichts zukommen lasse, hätten sie kein Interesse, das Publikum aufmerksam zu machen. Den Grad der Geldflüssigkeit kenne man hier nicht. Seit zwei Tagen kämen wieder eine Menge kleine Leute zur Sparkassa, um Geld einzulegen. In zwei arbeiterreichen Bezirken seien die Einlagen nicht zurückgegangen, sondern gestiegen, während bei der sogenannten Intelligenz ein Abfall zu verzeichnen sei. Er glaube also, daß man das im Interesse der Gemeinde verlangen solle. Wenn die Sache einmal im Druck sei, könne nichts mehr geändert werden. Den Aufruf halte er unter allen Umständen für einen glücklichen Gedanken.

Bürgermeister bemerkt, die Gemeinde solle, wenn die Emission zwischen 91½ und 92½ sein sollte, 50 Prozent, wenn er 92½ übersteige, 75 Prozent Anteil erhalten.

Bürgermeister ersucht den Ob.Mag.-Rat Dr. Mayr, Dior. Rotter von dem Ergebnisse der Verhandlung zu benachrichtigen.

Maßnahmen gegen die Wohnungsnot.

Dior. Sagmeister berichtet über Maßregeln zur Behebung der Wohnungsnot und führt aus, daß die sogenannte schlechte Gestaltung des Wohnungsmarktes unter anderen Verhältnissen von guter Bedeutung für den Kredit und die Stellung der Stadt Wien wäre und in gewissem Sinne könne er sagen, er hoffe, daß die starke Nachfrage nach Wohnungen bleiben werde. Im Verfolge des Wohnungsprogrammes der Gemeinde Wien solle zunächst für die Herstellung von 1000 Wohnungen gesorgt werden, und er habe die Ueberzeugung, daß man sie alle anbringen werde. Die Leute sehen voll Zuversicht in die Zukunft. Es sei richtig, daß ein sehr starkes Zuströmen von anderen Ländern stattfinde, und zwar von Leuten in besserer Stellung. Nun komme aber ein großes Interkalar von November bis Februar. Gegenwärtig gebe es eine Abwanderung von Wien fast gar nicht, außer in den untersten Schichten und selbst die könnten nicht fort, weil die Bahnen nicht gehen. Alle anderen

müßten dableiben, eine Uebersiedlung mit Möbeln sei ausgeschlossen. Es sei nicht eine Wohnung frei. Anderseits sei ein ungeheurer Zuzug zu erwarten und zum Teil auch schon eingetreten. Die Leute fänden keine Unterkunft. Er habe sich im Kriegsministerium mit dem Akzessisten Dr. Haas ins Einvernehmen gesetzt, er hoffe, daß er von den 3000 Wohnräumen, die das Kriegsministerium in Wien innehabe, möglichst bald viele freigeben könne, er könne keinen Termin bestimmen. Diese Räume seien auch zum großen Teil so umgewandelt, daß sie für Wohnzwecke nicht gleich benützt werden könnten. Darum habe sich die Frage aufgedrängt, ob man nicht im Sinne einer schon im Ministeritm für soziale Fürsorge in Verhandlung stehenden Verordnung auf die schon bestehenden eigentlichen Wohnungen, die jetzt unbewohnt seien, greifen solle. Zum Teile stünden Möbel darin, aber sie seien nicht bewohnt. Im Ministerium für soziale Fürsorge sei ein Gesetzentwurf in Verhandlung, das komme aber hier nicht in Betracht, weil der Termin zu spät sei, und werde nur für einen späteren Zeitpunkt aktuell werden, wo vielleicht schon Erleichterungen eintreten werden. Es würde sich also nur um die jetzige Zeit handeln. Es kämen jetzt schon Leute zurück, und daß man dies am Arbeitsmarktenicht so merke, sei begreiflich, denn die Leute kämen mehr tot als lebendig an und es sei begreiflich, daß sie nicht sofort Arbeit suchten, sondern ein paar Tage bei ihrer Familie ausruhen wollten. Wegen Uebernahme des Artilleriebarackenlagers werde morgen verhandelt werden. Heute sei ihm mitgeteilt worden, daß inzwischen von anderer Seite Ukrainer gekommen seien, die dort zu plündern angefangen hätten. Der Kommandant habe nur 40 Mann und könne nichts machen. Es seien also jetzt Ukrainer dort und gingen so lange nicht weg, als sie nicht abfahren könnten. Das Lager werde in einem Zustande sein, daß die Mittelklasse dort unmöglich wohnen werde können.

Bmg. Dr. Weiskirchner bemerkt, daß GR. Neumann einmal einen zweckmäßig erscheinenden Antrag eingebracht habe, daß gewisse Zone um Wien herum in die Aktion der Wohnungsfürsorge einbezogen werde. In der Nähe Wiens seien Hunderte und Tausende von Sommerwohnungen leer.

Dior. Dr. Sagmeister erklärt, daß im Entwurf des Ministeriums die Sache vorgesehen sei. Es solle eine Wohnzone gebildet werden und in dieser die gleichen Anforderungen gestellt werden wie in Wien selbst; diese Idee komme also zur Durchführung, allerdings in bürokratischer Weise mit allen möglichen Terminen und Organen. Dann fürchte er auch die Verkehrsverhältnisse. Der Verkehr zum Beispiel nach Mauer werde Schwierigkeiten haben. Morgen werde eine Beratung im Ministerium für soziale Fürsorge stattfinden, und er würde dabei darauf hinwirken, außerdem beantrage er, daß eine Kundmachung auf Grund des Gemeindestatutes, allerdings in ziemlich weitgehender Auslegung desselben, hinausgehe, daß in Anbetracht der Notwendigkeit, Wohnungen zu verschaffen und die Sicherheit der Personen und des Eigentums zu verbürgen, nach §§ 46 und 100 des Gemeindestatuts die in Wien vorhandenen unbewohnten Räume in größeren Gebäuden mit der Wirkung in Anspruch genommen werden, daß die weitere Verfügung über die angeforderten Räumlichkeiten ausschließlich dem städtischen Wohnungsamte zustehe. Er hoffe aber, daß unter einigen Tagen die Ministerial-Verordnung herauskomme, den es sei in jeder Hinsicht besser, das Odium nicht selbst zu haben und daß die Sache in Form Rechtens geschehe. Komme die Verordnung nicht, so müßte er neuerlich berichten, ob nicht doch andere Maßregeln ergriffen werden müßten, denn es müßte sehr bald die Sache geregelt werden.

GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller führt aus, daß er vor einiger Zeit im Gemeinderate eine viel radikalere Maßregel beantragt habe, die Zerschlagung von Wohnungen. Er sei aber nicht gegen den Vorschlag des Herrn Direktors, weil er gegen einen Eingriff in die Privatverhältnisse sei, er sei nur mit aller Entschiedenheit dagegen, weil er heute höchst unzeitgemäß sei, wo jede Handlung anders gewertet und aufgefaßt werde. Er sei auch der Ansicht, daß dies nicht nötig sei. Die Erledigung des Requisitionsrahmengesetzes wäre viel wichtiger. Im Laufe der nächsten Tage werden zwei Häuser frei, jedes mit 24 bürgerlichen Wohnungen. Wenn die hergegeben werden, seien sie für die Gemeinde verloren. Er verhandle darüber schon seit langem.

Bgm. Dr. Weiskirchner bemerkt, daß diese Angelegenheit schon lange im Eisenbahnministerium anhängig sei.

Dior. Dr. Sagmeister erklärt, daß die Sache jede Woche betrieben werde und vielleicht morgen Gelegenheit sein werde, diese Sache zu berühren. Es würde aber zweckmäßig sein, wenn jemand ex praesidio zur Besprechung in das Ministerium für soziale Fürsorge entsendet werde.

Bgm. Dr. Weiskirchner ersucht den GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller, diese Funktion zu übernehmen.

GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller führt weiter aus, daß jetzt eine Reihe von Häusern abgestoßen werde. Das Haus in der Badgasse sei dem GR. Rummelhardt für die Lehrlinge zugesagt. Das Haus am Mariahilfergürtel müßte der Magistrat übernehmen. Dieses Haus gehöre der Hotel-Aktiengesellschaft und mit dieser habe er jetzt eine Vereinbarung, daß sie ihre Entschädigungsansprüche gegen ihn mit 30.000 K ausgleiche unter der Bedingung, daß er ihr das Haus zurückgebe. Er sei also eigentlich jetzt wortbrüchig, aber es sei seine Pflicht als Gemeinderat, schließlich werde ja die Gesellschaft dafür entschädigt. Das Kriegsministerium habe viele wertvolle Räume in Anspruch genommen, von denen man nicht wisse, wann sie frei würden, besonders die Hotels „National" und „Hungaria". Hier sollte die Gemeinde eine Aktion einleiten, die vorgeschlagene Maßregel halte er aber nicht für zeitgemäß. Wenn der Herr Bürgermeister sich an die Spitze der Aktion stelle und sich mit den betreffenden Staats-Sekretären ins Einvernehmen setze, damit diese Gebäude sichergestellt würden, werde der momentanen Wohnungsnot abgeholfen werden können. Die Zahl der möblierten Zimmer habe außerordentlich zugenommen, die Leute vermieteten auch ganze Wohnungen möbliert. Natürlich machten sie dabei ein recht gutes Geschäft. Auch dagegen sollte etwas geschehen.

Dior. Dr. Sagmeister ersucht um Mitteilung genauer Daten. Die neue Mieterschutz-Verordnung erkläre solche Transaktionen nicht nur für ungültig, sondern untersage sie auch. Es sei einige Male aufs schärfste eingegriffen worden und infolgedessen hätten die sogenannten Ablösegeschäfte jetzt aufgehört. Bezüglich der Requisitions-Verordnung liege der Regierung der fertige Entwurf vor, er brauche nur genehmigt werden.

Regierungsrat Schmid ist der Meinung, daß eine große Zuwanderung erfolgen werde. Die Leute, die zurückkämen, werden wieder eine eigene Wohnung haben wollen. Anderseits

werden tschechische und polnische Beamte in großer Zahl abgehen. Es müsse getrachtet werden, die vielen Häuser, die jetzt von den Zentralen, dem Kriegsministerium ꝛc. belegt seien, so bald als möglich freizubekommen. Das Arbeitsministerium zum Beispiel habe in zwei großen Zinshäusern Räumlichkeiten, die sehr gut für Wohnungen geeignet seien. Er glaube, man solle mit diesem Entwurfe noch zurückhalten, die Gemeinde dürfe damit nicht anfangen, denn eine solche Maßregel würde geradezu fürchterlich wirken. Man würde auch dabei nicht stehen bleiben und auch auf die aristokratischen Palais und Hofgebäude greifen. Bezüglich der polnischen Flüchtlinge müsse man trachten, daß kein neuer Zuwachs erfolge, die Wohnungen müßten für die Deutschösterreicher reserviert bleiben. Weiters frage er an, inwieferne Zinssteigerungen gestattet seien. Die Hausherren begännen jetzt schon mit großen Steigerungen bis zu 20 und 25 Prozent, obwohl das Mieterschutzgesetz noch nicht aufgehoben sei.

GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller macht darauf aufmerksam, daß die Frage des Optionsrechtes der Flüchtlinge nicht der Staatsrat, sondern der Friedenskongreß entscheiden werde. Es werde auch nicht jeder Deutsche nach Wien gehen wollen, aber man müsse doch auch mit der Zukunft Wiens rechnen. Ein Zuzug nach Wien werde nicht zu vermeiden sein. Er glaube aber auch, daß man bis zum nächsten Frühjahre jeden Zuzug fernhalten müsse. Die Sache werde sich ohne Gehässigkeit machen lassen. Wenn das Wohnungsamt die freiwerdenden Wiener Wohnungen übernehme, so würden zirka 2000 Wohnungen für die Wiener zur Verfügung stehen. Man könne nicht plötzlich die Flüchtlingsunterstützungen einstellen. Wichtiger wäre, wenn sie in Ungarn eingestellt würden.

Dior. Dr. Sagmeister bemerkt, daß das Mieterschutzgesetz wie bisher weiter bestehe. Solche Steigerungen, wie sie GR. Schmid erwähnt habe, seien sicher gegen die Mieterschutzverordnung, es müßte denn eine durchgreifende Reparatur stattgefunden haben. Solche Dinge seien auch strafbar. Er werde eine Kommuniquee hinausgeben, in welchem die Leute im eigenen Interesse aufmerksam gemacht würden, besonders in der heutigen Zeit nur legale Steigerungen vorzunehmen, aber nicht zu übertreiben.

Die Obmänner-Konferenz stimmt der Ablehnung des Entwurfes einmütig zu und genehmigt, daß GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller morgen als Vertreter der Gemeinde Wien an der Konferenz im Ministerim für soziale Fürsorge teilnimmt, daß Dior. Dr. Sagmeister ersucht wird, mit aller Energie auf die Wiener Lager zu greifen und daß der Magistrat als politische Behörde das Kriegsministerium auffordert, sofort die Hotels, die bezeichnet worden sind, zu räumen, da sonst bei der herrschenden Wohnungsnot die Gemeinde Wien zu weiteren Maßnahmen gezwungen wäre.

Beschaffung von Wildbret.

Mag.-R. Dr. v. Dierkes berichtet sodann über die Beschaffung von Wildbret und führt aus, daß seit Oktober 1916 eine städtische Uebernahmsstelle für Wildbret mit Uebernahmsstellen in Krems und St. Pölten bestehe. Heuer sei plötzlich ohne Einvernehmung der Gemeinde eine Statthalterei-Verordnung erlassen worden, wodurch eine eigene Wildübernahmsstelle der Statthalterei kreiert werden wird. Die Bezirke, wo die größten Abschüsse stattfänden, werden so der Gemeinde weggenommen und der Statthalterei zugewiesen. Wien würde nur auf zirka 2000 Hasen Anspruch haben, die Statthalterei auf 12.000. Außerdem bestehe eine eigene Wildstelle für Baden. Unter diesen Umständen sei die städtische Uebernahmsstelle lahmgelegt, weil Wild aus Mähren und Böhmen nicht zu bekommen sei. Die Gemeinde sei nun an die frühere Statthalterei herangetreten, daß diese Verordnung geändert werde. Das sei nicht geschehen, sondern es sei nur erklärt worden, daß die Gemeinde von dem Wild in St. Pölten und Krems 80 Prozent bekommen solle. Das würde aber höchstens 1000 Hasen ausmachen, weil dort die Hasenjagden gering seien. Außerdem übernehme die Statthalterei die Wohlfahrtsorganisationen und die Konsumentenorganisationen. Letztere brauchten aber außer dem Erster Wiener Konsumverein das Wild nicht, weil Hirsche und Rehe schwer an die Parteien auszuteilen seien und die nötigen Einrichtungen dazu nicht zur Verfügung ständen. Für die gesamte übrige Bevölkerung bleibe beinahe gar nichts. Er schlage daher vor, sofort schriftlich und mündlich an den neuen Landeshauptmann heranzutreten, daß er diese Verfügung der früheren Statthalterei aufhebe und der städtischen Uebernahmsstelle wieder alle Bezirke zurückgebe, und daß auch die eigene Stelle für Baden sofort der Gemeinde zugewiesen werde. Es sei auch zu hoffen, daß wieder größere Jagden stattfinden werden, weil die Jäger zurückgekommen seien und die Munition wieder frei sei.

Die Obmänner-Konferenz stimmt diesem Vorschlage zu.

Allgemeine Nachrichten.

Nachweisung

der Eingänge an Steuern und Militärtaxen im II. Quartale 1918/19

bei den städtischen Steueramts-Abteilungen für die Bezirke I bis XXI.

Landesfürstliche Steuern	324,349.053 K 66 h
Militärtaxen	141.604 „ 76 „
Landesumlagen	18,018.953 „ 98 „
Städtische Umlagen	30,512.507 „ 11 „
Gewölbwache-Beiträge	40.609 „ 20 „
Handelskammer-Beiträge	1,433.658 „ 84 „
Gewerbeschul-Beiträge	1,365.184 „ 41 „
Handelsschul-Beiträge	150.568 „ 92 „
Kontokorrent- und Interims-Verrechnung	19,326.499 „ 18 „
Summe der Brutto-Empfänge	395,338.640 K 06 h

Davon nach Gattungen:

Grundsteuer samt Zuschlägen	121.084 K 11 h
Hauszinssteuer samt Zuschlägen	41,503.020 „ 78 „
Alte Erwerbsteuer samt Zuschlägen	188 „ 80 „
Alte Einkommensteuer samt Zuschlägen	87 „ 32 „
Allgemeine Erwerbsteuer samt Zuschlägen	21,353.210 „ 52 „
Erwerbsteuer von den der öffentlichen Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen samt Zuschlägen	35,617.981 „ 08 „
Rentensteuer samt Zuschlägen	2,072.146 „ 42 „
Einkommensteuer	45,983.120 „ 27 „
Besoldungssteuer samt Zuschlägen	4,383.551 „ 12 „

Tantiémenabgabe	479.282 K 12 h
Kriegsgewinnsteuer	154,651.993 „ 72 „
Kriegszuschläge	56,386 558 „ 28 „
Rentabilitätszuschlag	11,167.766 „ 13 „
Strafen für das Ärar	211.415 „ 96 „
Strafen für die Kommune	2.660 „ — „
Zinsen für das Ärar	1,709.607 „ 78 „
Zinsen für die Kommune	103.641 „ 03 „
Exekutionskosten	— „ — „
Exekutionsgebühren für die Kommune	123.220 „ 68 „
Kontokorrent- und Interims-Verrechnung	19,326.499 „ 18 „
Militärtaxen	141.604 „ 76
Summe	395,338.640 K 06 h

Hievon ab den Betrag von . . . . . 23,618.451 K 86 h
(Dieser Betrag besteht aus Übertragungen von Zahlungen eines Steuerjahres auf ein anderes, aus baren, an Steuerträger geleisteten Ersätzen von zu viel bezahlten Steuerbeträgen und aus den Kontokorrent- und Interims-Ausgaben.)

Somit verbleibt ein reiner Empfang an direkten Staatssteuern samt Umlagen und Nebengebühren per . . 371,720.188 „ 20 „

Diese Summe der reinen Empfänge im I. Quartale 1918/19 per . . . . 371,720.188 K 20 h

ergibt gegenüber der der reinen Empfänge in der gleichen Periode des Vorjahres per . . . . . 184,056.729 „ 49 „

eine Zunahme von . . . . . 187,663.458 K 71 h

während die Summe der reinen Empfänge im I. und II. Quartale 1918/19 per . . . . . 597,417.551 „ 86 „

gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres per . . . . . 333,298.612 „ 20 „

eine Zunahme von . . . . . 264,118.939 K 66 h

aufweist.

Niederösterreichischer Amtskalender 1919, 54. Jahrgang.

Dieses im Verlage der Staatsdruckerei erschienene Jahrbuch enthält in gewohnter Anordnung eine ausführliche Uebersicht sowohl über den Allerhöchsten Hofstaat als auch über den gesamten Verfassungs- und Verwaltungsorganismus der Monarchie mit besonderer Bedachtnahme auf Niederösterreich, von welch letzterem alle Zivil- und kirchlichen Behörden mit ihrem vollständigen Status, dann sämtliche Unterrichts-, Humanitäts- und Krankenanstalten, gleichwie die Wiener Aktiengesellschaften und Vereine mit ihren Funktionären aufgeführt sind. Außerdem bringt der Amtskalender eine bezirksweise Uebersicht der Gemeinden Niederösterreichs mit deren Vertretungen, der dortländigen Bezirksschulräte, Bezirksarmenräte, Bezirksstraßen-Ausschüsse und Bezirkskrankenkassen sowie der Sanitätspersonen, Volks- und Bürgerschullehrer u. s. w.; bei jeder Gemeinde sind auch alle in derselben ihren Sitz habenden Behörden und Anstalten ersichtlich gemacht. Ein als Taschenkalender zu verwendendes Kalendarium sowie eine Fülle von die verschiedenen Bedürfnisse berücksichtigenden geschäftlichen Notizen lassen das vorliegende Werk, dessen Angaben nach dem neuesten Stande ergänzt und berichtigt sind, nicht nur für Behörden, Gemeinden, Anstalten und Korporationen, sondern auch für Private als ein gewiß willkommenes Hilfs- und Nachschlagebuch erscheinen, dessen Preis von 12 K bei den hohen Herstellungskosten und der Reichhaltigkeit seines Inhaltes als ein mäßiger bezeichnet werden kann.

Zunahme des Flecktyphus.

Mitteilung des städtischen Gesundheitsamtes.

Im Monate Jänner haben die Erkrankungen an Flecktyphus in Wien gleichwie in anderen Städten so in Berlin, Budapest ꝛc. weiter zugenommen. Bisher wurden 79 Erkrankungen zur Anzeige gebracht. Sie betrafen fast ausschließlich heimkehrende Soldaten oder Personen, welche mit ihnen unmittelbar im Verkehr standen, insbesondere ihre nächsten Angehörigen. Die Ursache der Ausbreitung des Flecktyphus liegt darin, daß die in den Einbruchstationen während des Krieges betriebenen Reinigungsanstalten sich nicht mehr in deutschösterreichischem Besitz befinden und größtenteils aufgelassen wurden, weshalb die meisten Heimkehrer in ungereinigtem und vielfach verlaustem Zustande nach Wien kommen.

Da die Verbreitung des Flecktyphus ausschließlich durch Läuse erfolgt, ist Reinlichkeit der sicherste Schutz vor Ansteckung. Es ist dringend geboten, daß alle Personen, welche Ungeziefer an sich bemerken, womöglich noch vor Betreten einer Wohnung sich einer entsprechenden Reinigung unterziehen, wozu in den vorhandenen Anstalten unentgeltlich Gelegenheit geboten ist. Die Anstalten befinden sich: Für Militärpersonen 10., Gudrunstraße 87, für Militär und Zivil (auch Frauen und Kinder) im 12. Bezirke, Steinbauergasse, Ecke Malfattigasse, Badestunden von 9 bis 4 Uhr.

Baubewegung

vom 25. Jänner bis 28. Jänner 1919.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den 1. bis 9. und 20. Bezirk. — Für den 10. bis 19. und 21. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen.

Adaptierungen.

1. Bezirk: Spiegelgasse 3, von der Firma Wurzl & Söhne, ebenda, Bauführer K. Michna (141).
„ „ Freisingergasse 4, von J. Hugler, ebenda, Bauführer A. Michler (142).
2. Bezirk: Taborstraße 3, von Emil Reitmann, 3., Esteplatz 3, Bauführer Wiener Bau-Gesellschaft (147).
5. Bezirk: Kriehubergasse 12, von der Deutschösterreichischen Pensionsanstalt für Angestellte, 5., Blechturmgasse 11, Bauführer Wiener Bau-Gesellschaft (146).
7. Bezirk: Schottenfeldgasse 63, von Jos. Steiner, ebenda (154).

Eintragungen in den Erwerbsteuerkataster.

11. Dezember 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

(Fortsetzung.)

Passini Marie — Kleinfuhrwerksgewerbe — 5., Siebenbrunnengasse 39.

Knoller Franziska — Naturblumenbinderei und -Handel — 5., Kettenbrückengasse 11.

Dlouhy Anna — Verschleiß von Zuckerbäckerwaren und Kanditen — 5., Schönbrunnerstraße 60.

Klaus Leopoldine — Kleinfuhrwerksgewerbe — 5., Gassergasse 34.

Bartik Adele — Verschleiß von Kanditen, Fruchtsäften, Zuckerbäckerwaren ꝛc. — 4., Wiedner Hauptstraße 148.

Huber Anna — Gemischtwaren-Verschleiß mit Ausschluß des Klein-Verschleißes sowie Flaschenbier und -Wein — 5., Brandmayergasse 8.

Szendrey Franziska — Lebensmittelhandel — 8., Sanettystraße 1.

Schlesinger Josefine — Handel mit Galanterie-, Papier- und Schnittwaren — 8., Alserstraße 59.

* * *

12. Dezember 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

Weingartshofer & Komp., Offene Handels-Gesellschaft — Fabeiksmäßig betriebener Karosseriebau — 9., Alserbachstraße 4.

A. Fürst & Komp. — Handel mit Baumaterialien — 3., Erdbergstraße 64.

Firma Weiler's Austro Film & Komp., Ges. m. b. H. — Handel mit Films, kinematographischen Bedarfsartikeln, sowie Verleihung derselben — 8., Josefstädterstraße 87.

Buchdruckerei Gutenberg, Ges. m. b. H. — Konzession zum Betriebe des Buchdruckergewerbes — 2., Ferdinandstraße 29.

Frei Eugen, Alleininhaber der Firma Eugen Frei — Kommissionshandel mit Leder — 2., Ferdinandstraße 30.

Bata Thomas, Alleininhaber der Firma F. & A. Bata, Zlin — Zweigniederlassung der in Zlin 544, Mhr, befindlichen Zweigniederlassung für die Erzeugung von Schuhwaren — 2. Taborstraße 17.

Wasser Mordche (Markus) — Gemischtwarenhandel im Großen, ausgenommen Lebensmittel — 1., Marc Aurel-Straße 9.

Michalek Friedrich — Herstellung von Plänen, maschinentechnischen und Musterzeichnungen für die Textilindustrie, sowie Ausarbeitung patenttechnischer Unterlagen — 15., Gebrüder Lang-Gasse 13.

Kresta Wilhelm — Zuckerbäckergewerbe — 15., Sperrgasse 5

Bavra Franz — Kleidermachergewerbe — 18., Eckpergasse 16.

Podiwinsky Franz — Handel mit Optikerwaren — 3., Landstraßer Hauptstraße 21.

Docekal Ferdinand — Schuhmachergewerbe — 13., Reinlgasse 15.

Herlitschka Karl — Kleinfuhrwerksgewerbe — 9., Pulverturmgasse 7.

Schnabl Karl — Kleinfuhrwerksgewerbe — 9., Liechtensteinstraße 141.

Wais Anton — Handel mit lebenden und geschlachteten Schweinen — 9., Wagnergasse 20.

Schirmböck Leopold — Zuckerbäckergewerbe — 9., Fuchsthallergasse 15.

Boritz Symche Salomon — Handel mit Linoleum, Leder und Gummigegenständen — 2., Valeriestraße 2.

Lichtenstein Rudolf — Zubereitung der zur arzneilichen Verwendung bestimmten Stoffe und Präparate — 8., Kochgasse 34.

Braun Heinrich — Kuverts und Papiersäcke-Erzeugung — 4., Rainergasse 14.

Polzer Stephan — Kleinfuhrwerksgewerbe — 4., Starhembergasse 27.

Riehs Oskar — Kleinfuhrwerksgewerbe — 4., Hauslabgasse 2.

Klamper Friedrich — Lederausschneidergewerbe — 4., Favoritenstraße 25.

Pausch Karl — Handel mit Automobilen und sämtlichem Automobilzugehör — 4., Waltergasse 1.

Kreuzer Josef — Schuhmachergewerbe — 4., Schönburgstraße 15.

Gold Moritz — Kommissionshandel mit Wein — 6., Hirschengasse 7.

Stahl Mechel — Geflügelhandel — 2., Obere Augartenstraße 64.

Höbart Josef — Marktwiktualienhandel — 3., Augustinermarkt.

Fischer Alfred — Elektrotechnikergewerbe 1. Stufe — 5., Schönbrunnerstraße 25.

Kube Sigismund — Schuhmachergewerbe — 3., Beatrixgasse 28.

Fränkel Edmund — Handel mit Gold-, Silber- und Bijouteriewaren — 6., Gumpendorferstraße 109.

Salzer Eduard — Säcke-Erzeugung und Reparatur — 4., Schelleingasse 6.

Königsberger Isidor — Musikergewerbe — 9., Rotenlöwengasse 5.

Spitzer Adolf — Zuckerbäckerwaren-Verschleiß — 18., Staudgasse 14.

Paschkes Philipp — Ausleihen von Films an Kinobesitzer — 15., Schweglerstraße 47/49.

Gabor Marie — Frauen- und Kinderkleidermachergewerbe — 1., Goldschmidgasse 6.

Bernhard Anna — Pferdefleisch-Verschleiß — 13., Speisingerstraße 32.

Seibt Sophie — Handel mit Lebensmitteln — 9., Glasergasse 13.

Kurka Elisabeth — Handel mit Bekleidungsgegenständen und einschlägigen Bedarfsartikeln — 9., Währingerstraße 63.

Steinbach Therese — Wäscherei und Wäscheputzergewerbe — 9., Achamergasse 2.

Weiß Aloisia — Pfaidlergewerbe — 2., Pazmanitengasse 25.

Köhler Leopoldine — Gast- und Schankgewerbe — 8., Strozzigasse 16.

Strobl Elisabeth — Marktwiktualienhandel — 4., Naschmarkt.

Mras Anna — Christbaumhandel — 4., Phorushalle.

Langhammer Marie — Gastwirtsgewerbe — 4., Kleine Neugasse 2.

Tollmann Emilie — Handel mit Parfümeriewaren, Bürsten, Wasch-, Putz- und Toiletteartikeln — 4., Favoritenstraße 6.

Kirnbauer Adelheid — Handel mit „Heller"-Marmelade — 3., Erdbergstraße 25.

* * *

13. Dezember 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

Benz & Komp., Offene Handelsgesellschaft — Gewerbsmäßiger Betrieb einer Garage — 4., Viktorgasse 21.

W. Avril & Sohn, Offene Handelsgesellschaft — Handel mit Uhren, Uhrenbestandteilen, optischen Waren, Juwelen, Gold- und Silberwaren ꝛc. — 7., Lindengasse 46.

Decker & Mikschik, Offene Handelsgesellschaft — Erzeugung sämtlicher kosmetischen Präparate und Parfümeriewaren — 5., Rüdigergasse 4.

Mark Hans, Alleininhaber der Firma „Harald", Import- und Exporthaus — Großhandel mit allen im freien Verkehr erlaubten Waren — 13., Eitelbergergasse 21.

Zerner Moritz, Alleininhaber der Firma Max Zerner — Handel mit Manufaktur- und Pfaidlerwaren — 1., Vorlaufstraße 2.

Klein Bernhard, Alleininhaber der Firma Bernhard Klein — Handel mit Schuhen, Manufaktur, Schnitt- und Wirkwaren — 1, Rudolfsplatz 5.

Brünner Adolf — Handel mit Wäsche, Bekleidungswaren aus Papier, Rohfarben ꝛc. — 7., Lindengasse 47.

Schwarz Heinrich — Handel mit Kommissionswaren, und zwar mit Gold- und Silberwaren ꝛc. — 7., Neustiftgasse 33.

Geller Moritz — Handelsagentur und Kommission in landwirtschaftlichen Artikeln — 7., Neustiftgasse 26.

Kelsen Ernst — Fabrikation chemischer Produkte — 7., Zieglergasse 6.

Schmidt Matthäus — Spenglergewerbe — 4., Alleegasse 40.

Müller Oskar — Handel mit Säuren und Essenzen — 4., Kettenbrückengasse 20.

Weyde Julius — Bilanz- und Bücherrevision — 4., Schwindgasse 3.

Seidenwerg Sissie (Siegmund) — Handel mit Schuhen und Hüten — 18., Währingerstraße 160.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt.

Seite

Obmänner-Konferenz:
Bericht der 105. Obmänner-Konferenz (3. November 1918) 217
Bericht der 106. Obmänner-Konferenz (6. November 1918) 226
Allgemeine Nachrichten:
Nachweisung der Eingänge an Steuern und Militärtaxen im II. Quartale 1918/19 234
Niederösterreichischer Amtskalender 1919, 54. Jahrgang 235
Zunahme des Fleckthyphus 235
Baubewegung:
Gesuche um Laubewilligungen vom 25. Jänner bis 28. Jänner 1919 235
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster 236
Kundmachungen.
Beilage:
Gesetze, Verordnungen und Entscheidungen, sowie Normativbestimmungen des Gemeinderates, Stadtrates und des Magistrates (I).

Herausgeber: Die Gemeinde Wien. — Verantwortlicher Schriftleiter: Friedrich Schönsteiner.
Papier aus der Pittner Papierfabrik. — Buchdruckerei E. Kainz vorm J. B. Wallishausser.

Offert-Ausschreibungen.

Vorbemerkung zu folgenden Ausschreibungen.

Die Behelfe (Pläne, Profile, Ausmaße, Kostenanschläge, Bedingnisse u. s. w.) können, falls nicht speziell anderes angegeben ist, im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Die Bedingnisse können, insofern dieselben überhaupt verkäuflich sind, bei der städtischen Hauptkassa zu den festgesetzten Preisen bezogen werden.

Die Anbote sind in der in den Bedingnissen vorgeschriebenen Form zu überreichen.

Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmäßig ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Nähere Auskünfte werden in der betreffenden Magistrats-Abteilung erteilt.

Ort und Stunde der Verhandlung	Ort (Bureau)	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
7. Februar halb 10 Uhr	E. W. 2499 9/2, Mariannengasse 4, 1. Stock.	Gas-Generatoren-Gebäude der Gemeinde Wien — Ueberland-Zentrale Kraftwerk Ebenfurth.	1. Eiserne Dachkonstruktionen. 2. Eiserne Galerien, Bühnen und Bunker. 3. Lieferung von gewalzten Trägern. 4. Fassoneisenfenster, eiserne Türen, Stiegengeländer, Rippenblech-Abdeckungen 2c.	— Vorbemerkung: Pläne können bei der Direktion der städtischen Elektrizitäts-Werke, Abt. V, für Hochbau- und Gebäudeerhaltung eingesehen und zum Betrage von 6 K per Blatt auch bezogen werden. Kostenanschläge und Bedingungen liegen bei der Direktion, Abt. V, an Werktagen von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags zur allgemeinen Einsicht auf und können zum Preise von 2 K käuflich erworben werden. 1—3
11. Februar 11 Uhr	Bau-Abt. 10 BauratIng. H. Stolz.	Neubau eines Hauptunratskanales in der Erzbischof- und Himmelhofgasse im 13. Bezirke, in der Strecke von der Gaheis- bis Himmelhofgasse 56.	1. Erd- und Baumeisterarbeiten . . . 2. Lieferung von Steinzeugrohren . . 3. Lieferung von Steinzeug-Sohlenschalen und -Wandplatten	19.006 K 37 h 575 „ — „ 12.432 „ — „ Vorbemerkung: Pläne, Ausmaß, Kostenanschlag und Bedingnisse in der Bau-Abt. 10, Neues Rathaus, Mezzanin. 1—3

Kundmachungen.

Verkauf von Alteisenmaterialien.

Die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" beabsichtigt, die vorrätigen Mengen von Alteisenmaterialien im Wege einer öffentlichen schriftlichen Offertverhandlung zu veräußern, welche **am Donnerstag, 6. Februar, 10 Uhr vormittags** (im Sitzungszimmer, Wien, 4., Favoritenstraße 11, 1. Stock, Tür 20) abgehalten wird.

Die Anbote sind in Form eines nach Tarifposten 44 aa und 60, Punkt 4 des Gebührengesetzes stempelfreien Geschäftsbriefes an die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" zu richten und an die Direktion der städtischen Straßenbahnen, 4., Favoritenstraße 9, derart rechtzeitig einzusenden, daß sie spätestens einen Tag vor der Offertverhandlung dort eintreffen, oder sie sind am Tage der Offertverhandlung vor Eröffnung derselben der Kommission zu übergeben. Nicht rechtzeitig eingelangte Anbote werden nicht berücksichtigt. Die Anbote müssen in einem Umschlage mit der Aufschrift: „Anbot auf Alteisenmaterial zur Offertverhandlung am 6. Februar 1919" verschlossen sein.

Jeder Anbieter muß spätestens am Tage vor der Offertverhandlung ein Vadium im Betrage von 5 Prozent der Anbotsumme bei der Hauptkassa der städtischen Straßenbahnen, 6., Rahlgasse 3, erlegen und sich bei der Offertverhandlung auf Verlangen über diesen Erlag ausweisen. Die Vadiumsbestätigungen sind jedoch den Anboten nicht beizuschließen.

Eine Berufung auf Vadien- und Pfandgelder, die zu anderen Zwecken erlegt wurden, ist nicht zulässig.

Das Vadium kann in barem Gelde, das jedoch nicht verzinst wird, in Einlagebüchern der Wiener Zentral-Sparkassa, einer der Wiener Kommunal-Sparkassen, der Ersten österreichischen Sparkassa oder auch in inländischen mündelsicheren Wertpapieren bestehen.

Im Anbote hat sich der Bieter ausdrücklich auf Ausstellungstag und Geschäftszahl dieser Kundmachung zu berufen und sich den darin festgesetzten Bedingungen zu unterwerfen. Er hat ferner zu erklären, daß er die ausgeschriebenen Materialien besichtigt hat oder deren Beschaffenheit von früher kennt. Zu diesem Behufe steht es den Anbotstellern frei, die Materialien gegen vorherige Anmeldung bei der Lagerverwaltung, 13., Siebeneichengasse 12, auf den betreffenden Lagerplätzen zu besichtigen.

Verkauft werden:

Von den Lagerplätzen für Bahnerhaltung (11., Simmeringer Hauptstraße 156 und 12., Aßmayergasse 57)

Post	1	50.000 kg	Schienenabfälle,
„	2	30.000 „	Bröckeleisen,
„	3	15.000 „	Spitzschienen,
„	4	10.000 „	Stahlguß,
„	5	6.500 „	Laschen,
„	6	2.500 „	Spurhälter,
„	7	4.000 „	Bohr- und Hobelspäne.

Von den Lagerplätzen 13., Siebeneichengasse 7/9 und 13., Hadikgasse

Post	8	50.000 kg	Radreifen,
„	9	40.000 „	Stahlguß,
„	10	30.000 „	Grauguß,
„	11	4.000 „	Bröckeleisen,
„	12	2.500 „	Werkzeugstahl,
„	13	400 „	Federstahl,
„	14	2.000 „	Guß, verbrannt,
„	15	2.500 „	Eisenblech,
„	16	20.000 „	Drehspäne.

Die Direktion haftet nicht für ihre wirkliche Aufbringung; hingegen ist der Ersteher verpflichtet, allenfalls bis zu 25 Prozent mehr als die ausgeschriebene Menge zu übernehmen. Jeder Anbieter erklärt sich bereit, die ihm zugeschlagene Menge in der Weise abzuführen, daß er längstens am dritten Tage nach erfolgter Verständigung mit der Abfuhr der lagernden Altmaterialien beginnt und sich verpflichtet, täglich mindestens zwei Waggons, das sind 20.000 kg, abzuführen.

Sollte mit der Abfuhr nicht rechtzeitig begonnen werden, sie ohne Zustimmung der Direktion unterbrochen oder die vorgeschriebene Mindestmenge pro Tag nicht abgeführt werden, so wird in den ersten beiden Fällen pro Tag, im letzteren Falle für jeden rückständigen Waggon eine Konventionalstrafe von 10 K festgesetzt.

Wird die Abfuhr um mehr als acht Tage verzögert oder auf mehr als acht Tage durch Verschulden des Erstehers und ohne Bewilligung der Direktion unterbrochen, so kann die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" überdies das Pfand einziehen und das Uebereinkommen als aufgelöst betrachten.

Die zur Verladung der Altmaterialien nötigen Fuhrwerke und Arbeitskräfte hat der Ersteher auf eigene Rechnung beizustellen.

Ein Abzug im Gewichte wegen anhaftenden Schmutzes oder Rostes wird nicht gewährt. Ebenso wird das Abmontieren einzelner Bestandteile weder vorgenommen noch gestattet. Endlich wird bemerkt, daß die Altmaterialien, so wie sie liegen, das ist ohne Auswahl oder Sortierung, abgeführt werden müssen.

Der Betrag für jede einzelne Fuhre ist vor Abfuhr bei der nächstgelegenen Streckenkassa bar zu erlegen, sofern der Ersteher es nicht vorzieht, bei der Hauptkassa der städtischen Straßenbahnen vor Beginn der Abfuhr ein Depot in barem Gelde zu erlegen.

Die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" behält sich das Recht vor, das Uebereinkommen im Falle der Nichteinhaltung der Offertbedingungen als gelöst zu betrachten, das Pfandgeld einzuziehen und über das Altmaterial anderweitig zu verfügen.

Der Anbotsteller bleibt der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" so lange im Worte, bis er von der Annahme oder Ablehnung seines Anbotes verständigt ist.

Die Vadien von nicht angenommenen Anboten sind binnen acht Tagen nach ergangener Verständigung von der Nichtannahme zu beheben, widrigenfalls sie den Erlegern auf ihre Kosten per Post zurückgesendet werden. Die Vadien der Ersteher werden

als Pfand bis zur gänzlichen Abwicklung des Geschäftes zurückbehalten.

Die Pfandgelder werden nur verwahrt, aber nicht verwaltet. Sie müssen frei sein von jeder Belastung und Beschränkung der Veräußerungsmöglichkeit.

Die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" behält sich die uneingeschränkte Wahl unter allen Bewerbern und die Vergebung der Altmaterialien in kleineren Partien an verschiedene Bewerber wie auch die Ablehnung sämtlicher Anbote vor.

In allen aus dem Lieferungsvertrage entspringenden Rechtsstreitigkeiten, welche nicht kraft des Gesetzes vor einen ausschließlich besonderen Gerichtsstand gehören, sind in erster Instanz die sachlich zuständigen Gerichte am Sitze der Wiener Gemeindevertretung, Wien, 1., Neues Rathaus, ausschließlich zuständig.

Beide Teile leisten Verzicht auf das Recht der Einwendung wegen Verletzung über die Hälfte des wahren Wertes (§ 934 des Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches).

Direktion der städtischen Straßenbahnen.

Wien, im Jänner 1919. 3—3

M. B. A. XXI, Z. 36.

Jagdpachtschillingsanteile für 1918.

Vom magistratischen Bezirksamte für den 21. Bezirk, als politischer Behörde 1. Instanz, wird im Sinne des § 23 des Jagdgesetzes für Wien vom 8. Dezember 1902 (L.-G.- und V.-Bl. Nr. 22 aus dem Jahre 1903) verlautbart, daß die Grundbesitzer im 21. Wiener Gemeindebezirke die Auszahlung der Anteile am Jagdpachtschilling für das abgelaufene Jahr 1918, welche auf sie nach der Größe ihres in das bezügliche Gemeindejagdgebiet einbezogenen Grundbesitzes entfallen, unter Nachweis ihres Anspruches (Vorlage eines den derzeitigen Besitzverhältnissen entsprechenden Grundbesitzbogens oder Grundbuchsauszuges) in der Zeit vom 1. Februar 1919 bis einschließlich 2. März 1919 während der gewöhnlichen Amtszeit in der Einlaufstelle des magistratischen Bezirksamtes, 21., Am Spitz 1, und in der Expositur in Stadlau des magistratischen Bezirkamtes verlangen können.

Falls der Anspruch innerhalb dieser Frist nicht erhoben wird, so verfällt der betreffende Betrag zugunsten der Gemeindekassa.

Bekanntmachung.

Das Bezirksamt beabsichtigt, die im Besitze der Gemeinde Wien stehende Realität 10., Katharinengasse Nr. 1, mit Ausnahme des Wohngebäudes, zu vermieten.

Das Objekt liegt an der Grenze des verbauten Bezirksteiles, einige Schritte seitlich der Favoritenstraße (Endstation der 67er-Linie der Straßenbahn) und besteht aus einem ebenerdigen Verwaltungsgebäude (23 m lang, 9 m tief), einem offenen, 42 m langen, 22 m tiefen Schuppen, sowie einem einstöckigen, gemauerten, zirka 115 m langen und 35 m tiefen Gebäude, welches Stallungen für zirka 500 Pferde, eine Schmiede, sowie Räume für eine Sattlerei, Wagnerei u. s. w. umfaßt.

Das Objekt kann als Stall weiterhin benützt werden, eignet sich aber auch als **Magazin, Garage, Werkstätte** u. dgl.

Die städtischen Aemter werden eingeladen, einen eventuellen Bedarf nach diesem Objekte bis zum 8. Februar 1919 dem gefertigten Amte bekanntzugeben. 1—1

Magistratisches Bezirksamt für den X. Bezirk.

Stiftungen.

M. Abt. XIII, 5406/18. Selbständiger Wirkungskreis.

Preysing-Uehlein'sches Stipendium

für einen Hörer der medizinischen Fakultät der Universität in Wien.

Verliehen werden für das Studienjahr 1918/19 drei Jahresbeträge von je 800 K.

Anspruchsberechtigt sind: Bedürftige Hörer der medizinischen Fakultät der Universität in Wien, welche die Maturitätsprüfung an einem Wiener Gymnasium abgelegt haben, im 16. Gemeindebezirke in Wien geboren und nach Wien zuständig sind, in Ermanglung solcher Bewerber Studierende der genannten Fakultät, die in Wien geboren und dahin zuständig sind, unter den gleichen übrigen oben angeführten Bedingungen, und zwar insbesondere solche, die im letzten Jahre ihrer Studien stehen.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Nachweis der Zuständigkeit nach Wien, das Impfzeugnis, ein Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnis, das Maturitätszeugnis und die sonstigen Studiennachweise.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.
Einreichungsfrist: **Bis 15. Februar 1919.**

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 15. Dezember 1918.

M. Ab. XIII, 5437/18. Selbständiger Wirkungskreis.

Gustav Figdor'sche Stipendien.

Verliehen werden: Für das Studienjahr 1918/19 zwei Gustav Figdor'sche Stipendien im Betrage von je 1000 K an je einen armen, durch Fleiß, Sitten und Geistesgaben hervorragenden Hörer der Philosophie (Naturwissenschaften) in Wien israelitischen Bekenntnisses.

Dem Gesuche sind beizulegen: Geburtschein, Impfzeugnis, Heimatschein, Armuts(Mittellosigkeits)zeugnis, Maturitätszeugnis und Studiennachweise.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.
Einreichungsfrist: **Bis 31. Jänner 1919.**

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 20. Dezember 1918. 3—3

St. P. Z. 1.
B. B. IV.

Josef Anton Aich-Stiftung.

Am 16. Februar 1919 gelangen die Zinsen der Josef Anton Aich-Stiftung im Betrage von 158 K zu zwei gleichen Teilbeträgen zur Verteilung.

Zur Bewerbung sind berufen: Verarmte, deutsche, christliche Gewerbsleute der niedersten Steuerkategorie, welche noch ihr Gewerbe betreiben.

Dem Gesuche sind beizulegen: Armutszeugnis, Taufschein, Heimatschein, Gewerbeschein und der letzte Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer.

Einreichungsstelle: Gemeindebezirkskanzlei des 4. Bezirkes, 4., Schäffergasse 3, 1. Stock.

Einreichungsfrist: **Bis 10. Februar 1919.**

2—3

M. Abt. XIII, 5399/18. Selbständiger Wirkungskreis.

Hermine Elßler'sche Universitäts-Stipendienstiftung.

Verliehen wird: Ein einmaliger Jahresbetrag von 600 K für das Studienjahr 1918/19.

Zur Bewerbung sind berufen: Studierende der weltlichen Fakultäten der Wiener Universität.

Bedingungen:

a) Der Bewerber muß in Wien geboren, österreichischer Staatsbürger und mindestens 18 Jahre alt sein;
b) hervorragende Begabung und vorzüglicher Fleiß;
c) tadelloser Lebenswandel;
d) Mittellosigkeit.

Vorzugsberechtigt sind Angehörige der Familien Elßler oder Schäffl, hinsichtlich welcher das Erfordernis der Geburt in Wien entfällt.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Impfzeugnis, Mittellosigkeitszeugnis und Studiennachweise; ferner ist anzuführen, ob der Stiftungswerber oder eines seiner Geschwister ein Stipendium bezieht.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.
Einreichungsfrist: **Bis 31. Jänner 1919.**

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 20. Dezember 1918.

M. Abt. XIII, 5130/18. Selbständiger Wirkungskreis.

Johann Trobl'sche Stiftung
für verunglückte Bauarbeiter.

Verteilt werden: Die verfügbaren Zinsen in Beträgen von mindestens 100 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Verunglückte christliche Bauarbeiter oder deren Hinterbliebene.

Unter „Bauarbeitern" sind bei dieser Stiftung Maurer und Gerüster (Gehilfen und Lehrlinge), Bautaglöhner und Bautaglöhnerinnen zu verstehen.

Dem Gesuche sind beizulegen: Taufschein, Heimatschein, Nachweis über die Art und Zeit des erlittenen Unfalles, armenärztliches Zeugnis, allenfalls Totenschein des verstorbenen Gattenteiles.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.
Einreichungsfrist: **Bis 15. Februar 1919.**
Verleihungstag: Mai 1919.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 12. Dezember 1918.

Allgemeine Depositen-Bank

Wien, I., Schottengasse 1,

Filialen: Linz, Steyr, Triest, Oderberg-Bahnhof, Lemberg, Stanislau, Drohobycz, Czernowitz

und Wiener Wechselstuben: I., Teinfaltstraße 2, II., Taborstraße 7, IV., Rainerplatz 2, VII., Mariahilferstraße 74 b, VII., Neubaugasse 44, IX., Alserstraße 24, IX., Währingerstraße 63, XIII., Breitenseerstraße 6, XIII., Hietzinger Hauptstraße 3, XIV., Sparkasseplatz 1.

Aktienkapital: K 80 000.000·—. Reserven: K 41,500.000·—.